Univ. of
Toronto
Library

DIE FRIEDENS-WARTE

Zeitschrift für zwischenstaatliche Organisation

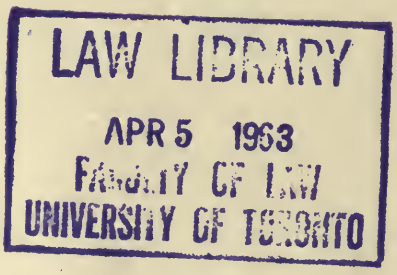
Herausgegeben
von
ALFRED H. FRIED

XIV. JAHRGANG

128104
10 | 6 | 13

BERLIN ▪ WIEN ▪ LEIPZIG
1912

JX
1903
F7
Jg.14



LC
Nov 8/63
MCy

A. Spezial-Artikel.

Seite

Angell, Normann, Die Luftspiegelungen der Landkarte. Eine Fragestellung . 88
Arnhold, Adolf, Deutsch-englische Verständigungskonferenz. (30. Oktober bis 1. November.) 406
Austriacus, Balkankrieg und Balkankrise in ihren wirtschaftlichen Konsequenzen 452
Baccaria, Paolo, Der Pazifismus in Italien 56
v. Bar, Geh. Rat, Prof., Der Anlaß des Balkankrieges und eine wenig beachtete Möglichkeit, schwerwiegende internationale Interessenstreitigkeiten friedlich auszugleichen 446
Beer-Portugael, Ihr. den, Dardanellen-Streitigkeiten 203
Bellardi, Dr. Werner, Bekennt Farbe! 296
— Der Wehrverein. Offener Brief an Herrn Dr. Heinrich Fraenkel, Berlin-Schmargendorf 321
Bernstein, Eduard, Wie man Kriegsstimmung erzeugt 2
Burton, E. T., Die amerikanischen Schiedsverträge 124
Cockram, W., Bourke, Die Rüstungskosten und die Teuerung 243
Duméril-Hallberger, Edmund, Frédéric Passys Einäscherung . . . 255
Eckstein, Anna B., Zur „Realpolitik und Friedensbewegung". Offener Brief an Herrn Dr. Hans Wehberg . . . 289
Erich, Prof. Dr. Rafael, Finnland und die Friedensbewegung 261
Fernau, Hermann, Die Demokratie und die Friedensidee im heutigen Frankreich 173
Friedrichs, Elsbeth, Eine Friedensrede des Professor Weinel in Jena . . . 96
Gädke, R., Der neue Reichstag und die äußere Politik Deutschlands 43
— Der Krieg — ein Gebot Gottes . . . 84
— Die neuen Wehrvorlagen in Deutschland 126
— πόλεμος πατὴρ πάντων? 166
— Kann man dem Wettrüsten Einhalt tun? 283
— Das Fazit des Balkankrieges 449
Goldscheid, Rudolf, Krieg und Kultur, die Lehren der Krise 441
Grosch, Dr. G., Völkerrechtliche Delikte und ihre Bestrafung 254
— Die Einschränkung der Kriege . . . 338
Harsányi, E., Föderation oder Symbiose? 62

Seite

Jaroussede Sillac, Die Aufgaben der III. Haager Konferenz 134, 180
Jong van Beek en Donk, Dr. Jkhr. de, Völkerrechtskodifikation und Genfer Weltfriedenskongreß 329
Jordan, David Starr, Krieg und Mannheit 16, 57
Key, Ellen, Ein Vorläufer des wissenschaftlichen Pazifismus 50
Küster, Geh. San.-Rat Dr. Konrad, Noch einmal: Der Zweckverband Europa . 293
Kraus, Rudolf Walter, Die Wandlung vom Wehr- zum Lehrideal 139
— Der geschichtliche Pazifismus . . . 298
Lage von Stael-Holstein, Dr. Baron, Die wissenschaftliche Vorbereitung der Interparlamentarischen Konferenzen 335
Lamszus, Wilhelm, Ein Prolog zu meinem „Menschenschlachthaus", ein Präludium zum kommenden Krieg . . 454
Lochner, Louis P., Die internationale Studentenbewegung 171
Meider, Egon, Erste gemeinsame Tagung der vier internationalen Studentenvereine Deutschlands in Göttingen 295
Neufville, E. de, Franz Wirth und die Friedensbewegung 420
Ojserkis, Iro, Der Geschichtsunterricht und die Friedensidee 215
Okuma, Graf Shigenohu, Die chinesische Revolution und der Weltfriede . . . 164
Piloty, Prof. Dr. R., Pazifismus und Nationalismus 404
Quidde, Prof. Ludwig, Ein wenig Gerechtigkeit gegenüber England . . . 7
— XVII. Interparlamentarische Konferenz 365, 412
— Deutsche und Franzosen auf dem Genfer Kongreß 419
Reinsch, Prof. Paul S., Das neue China unter den Nationen 86
Schneidewin, Prof. Dr. Max, Gedanken zur Verhütung des Krieges auch in der gespannten Lage der Gegenwart . . 256
Uebelhör, Dr. M., Die Quäker und die Friedensidee 213
Umfrid, Otto, Die Pflicht der Professoren 14
— Der Wehrverein 47
— Der englische Wolf und das deutsche Lamm 129
— Empfindlichkeit 252
— Deutsch-englische Interessensphären . 326

Seite

Umfrid, Otto, Lebensfragen 409
Wehberg, Dr. jur. Hans, Die Rüstungsfrage im Wandel der Zeiten 91
— Friede zwischen Italien und der Türkei? 132
— Offener Brief an Herrn Regierungsreferendar Dr. Hans Ernst Posse! . . 177
— Italien und Peru vor dem Haager Schiedshofe 208
— Realpolitik und Friedensbewegung . . 246
— Die Genfer Tagung der Interparlamentarischen Union 286
— Ein Jubiläum des Haager Schiedshofes 324
— Die Tagung des Völkerrechtsinstituts in Christiania 328
— Isolierte und institutionelle Schiedsgerichte 332
— Der Genfer Weltfriedenskongreß . . . 369
— Zur orientalischen Frage 403
— Die Türkei und Rußland vor dem Haager Schiedsgerichte 455
Westphal, Dr. A., Der V. deutsche Friedenskongreß 408
Friedrich der Große und der Friedensgedanke 1
Ueber den deutschen Flottenverein. Aus dem Briefe eines höheren Militärs 8
Eine Rede des Baron de Forest im englischen Unterhaus . . 9
Das Arbeitsprogramm der Carnegiestiftung 11
Moderne Friedensschlüsse . . 41
Dr. Eugen Schlief † 54
Zweckverband Europa 81
Offener und allgemeiner Brief an alle Generale und Admirale in und außer Dienst und an alle sonstigen Militärs, die es unternehmen, die Friedensbewegung zu bekämpfen 94
Der Fortschritt in den amerikanischen Schiedsverträgen . 121
Die Wehrvorlage im Reichstag 161
Stead † 168
Friedenspolitik und militärische Ratgeber. Von besonderer Seite 201
Frédéric Passy † 205
Jacques Novicow † 210
Die XVIII. Lake-Mohonk-Konferenz 212
Ein Scherz der Weltgeschichte 241
Der Staatenverband der Haager Konferenzen 250
„Das Menschenschlachthaus“ . 281
Die Lebensinteressen der Staaten. 336
Vor zwanzig Jahren. Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der Deutschen Friedensgesellschaft 1892—1912 . . . 361
Die Propaganda der Tat . . . 363
Erster Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung 380
Der Krieg am Balkan. Mit Ausschluß der Oeffentlichkeit. — Neue „Kulturstaaten“. — Der Krieg als Kulturförderer. — „Die große Täuschung.“ — Europa vor der Entscheidung 401
„Aktualitäten“ 417

B. Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha von Suttner.

Neujahr. — Fortgesetzter Krieg und Friedensgerüchte. — Informierte Kreise. — Mangelnde Grundlagen zur Vermittlung. — Aus der Republik China. Friedenskonferenz in Schanghai. — Botschaft nach Washington. — Die Schiedsvertragsfrage vor dem amerikanischen Senat. — Graf Julius Andrassy über das Verhältnis zu Italien. Verwerflichkeit von Präventivkriegen. — Die Kriegsparteien, die es tatsächlich gibt. — Lord Lonsdale beim Deutschen Kaiser. — Kapitän Lux. — Wie die europäische Gleichgewichtslage zu lösen wäre. — Kriegsäronautik. — Das unglückliche Persien. — Ostasiatischer Pazifismus. — Crispis Memoiren . . . . . Seite 21

Fortdauer des tripolitanischen Krieges. — Groß-Vezier Said Pascha über das türkische politische Programm. Abgeord. Cirmenis Ansichten über Völkerrecht. — Streit mit Frankreich. Berufung auf die Haager Konventionen des Kriegsrechtes. — Die Zweihundertjahrfeier Friedrichs des Großen. — Deutsch-englische Freundschaftsaktion in England. — Paneuropa als konkretes Ziel. — Die letzten Wahlen im Deutschen Reich. Die nationalistische Presse fordert Krieg. — Oesterreichische Aeroplane für China. — Die Kunst des Schürens. — Die Taftschen Schiedsverträge . . Seite 65

Der Streik der englischen Bergarbeiter. — Der Krieg um Tripolis. Hurraszene in der Kammer. Protestartikel der „Revista del Lavoro“. Die Beschießung des Hafens von Beirut. — Neu aufgenommene und wieder fallen gelassene Mediationsvorschläge der Mächte. Darf man Kriegführende stören? Ein Ausspruch Tafts. — Deutsch-englische Annäherung. Aus Asquith's Rede. — Kriegerische Aviatik. Eine Million gesammelt für die französische Luftflotte. Was der Flieger Rossi erzählt. — Graf Aehrenthal † . . . . . Seite 81

Der unnütze Krieg. Die Intervention der Mächte, wie Italien sie wünscht. — Der wachsende Rüstungsparoxysmus; Luftflotten. — Stapellauf in Triest. — Die chauvinistische Woge in Frankreich. — Eine edle Geste Kaiser Wilhelms. — Der Kohlenstreik. — Attentat auf den König Viktor Emanuel. — Die Rede Churchills. Blick hinter die industriellen Kulissen der Rüstungen. — Die neuerstehende Friedenspartei in Italien . . . . Seite 140

Der Untergang der Titanic. — W. T. Stead. — Internationale Seegenossenschaft. — Die Sperrung der Dardanellen. — Bestürzung unter den Neutralen. — Lokalisierung des Krieges. — Die Antwort der „Tribuna“. — Der Untergang des Dampfers „Texas“. — Chronik der

Luftkriegsflotte. — Kriegsminister Auffenberg über die notwendige „vierte Waffe". — Ein russisch-japanischer Streit vor dem Haager Schiedsgericht. — Frédéric Passy . Seite 183
„Krieg und Kriegsgeschrei." — Kriegerische Denkungsweise. — Umschwung der Stimmung in Italien. — Die deutschen Wehrvorlagen. — Bellicitis. — Alte Schablone. — Schießunterricht in den Mittelschulen. — Befreiung der Welt. — Nach San Francisco . . . Seite 218
Briefe aus Amerika . . . . . Seite 264, 300, 339, 385, 422, 458.

C. Aus der Zeit.

I. Völkerrecht.

Der Stand der Seerechtsbill. — Der Kampf um die amerikanischen Schiedsverträge. — Die Neutralisierung des Luftraumes. — H. W. Baron Stengel als Befürworter des Haager Schiedshofes . . . . . Seite 25
Die Prisenfälle „Carthage" und „Manouba" vor dem Haager Schiedsgericht. — Warum erst 1915? . . . . . Seite 68
Die amerikanischen Schiedsverträge ratifiziert! — Ein internationales Schiedsgericht für Privatklagen gegen Schuldnerstaaten. — Präsident Taft für den Schiedsvertrag mit Deutschland. — Die Aufgaben der III. Haager Konferenz. — Wiederaufnahme der Londoner Seerechtsdeklaration. — Die Begründung der Souveränitätserklärung über Tripolis und die Cyrenaika. — Die vierte zentralamerikanische Konferenz . . . . . Seite 101
Der Haager Schiedshof . . . . Seite 144
Der Haager Schiedshof . . . . Seite 187
Ein Völkerrechts-Institut auf christlicher Grundlage . . . . . Seite 266
Eine Untersuchungskommission über die „Tavegnano"-Affäre. — Internationales Luftrecht und Schiedsgericht. — Geheimrat Zitelmann. — Ein englisch-japanischer Streitfall . . . . . Seite 303
Haager Schiedshof und Panamakanalfrage. — Italienisches Staatsversicherungsmonopol. — Ein deutscher Erlaß über Schiedsgerichtsbarkeit und die zweite Friedenskonferenz. — Internationale Polizeimacht und die Pläne Sullys, de Saint Pierres und Alberonis. — Internationale Völkerrechtshochschule im Haag. — Nationale Lehrstühle für Völkerrecht. — Ein Streitfall zwischen Italien und Argentinien. — Die deutschen Reklamationen aus dem Burenkriege. — Internationales Schiedsgericht für Privatklagen gegen Schuldnerstaaten. Seite 341
Ein amerikanisches Institut für internationales Recht . . . . . Seite 388
Haager Schiedshof . . . . Seite 425
Haager Schiedshof. — Elihu Root über die schiedliche Erledigung des Panamastreites

II. Rüstungsproblem.

H. W. Die bisherigen Staatsbeschlüsse über Rüstungsbeschränkungen . . . Seite 28
Lloyd George für Frieden und Verminderung der Rüstungen. — Zum Kapitel der Rüstungskartelle . . . . . Seite 69
Baron d'Estournelles über die Beschränkung der Rüstungslasten. — Die Begründung der Rüstungsvermehrung durch den ungarischen Ministerpräsidenten. — Wie Präsident Taft für Rüstungen eintritt . . . . . Seite 104
Die Frage der Kriegsmittelbeschränkung auf der ersten Haager Konferenz. — Die Rede Churchills. — Der große Irrtum . . Seite 144
Militärziffern . . . . . Seite 187
Der Fall Gravenstaden und die Kanonenfabriken . . . . . Seite 222
Der Zwang zum Frieden. Von Lang. — Die neue russische Flottenvorlage . Seite 267
Der Tiefstand der Rentenkurse und die Rüstungen. — Ein offiziöser österreichisch-ungarischer Vorschlag für den Rüstungsstillstand. — Die neue Drehung der Rüstungsschraube. — Ist der Luftkrieg zu verbieten? — Die Kölnische Zeitung und die Rüstungsfrage. — Verbot der „Schwarzen Armeen". — Asquith über die Abrüstungsfrage . Seite 305
Das Steigen des Kriegsbudgets einst und jetzt. — Rüstungsfrage und Seebeuterecht. — Die Rüstungen als Versicherungsprämie. — Die Balkanfrage und Rüstungsverträge . . . Seite 346
Der sozialdemokratische Parteitag gegen das Wettrüsten . . . . . Seite 389
Adolf Wagner und das Rüstungsproblem. Seite 426

III. Verschiedenes.

Ein deutsch-englischer Friedenskongreß. — Geheimrat Fabricius macht Schule. — Ein Musterbeispiel der Verhetzung. — Englische Minister über die Beziehungen zu Deutschland. — Pierre Loti über den Tripoliskrieg. — Eine Friedenskundgebung der Hamburger Handelskammer. — Ein Vortrag des Professors de Gubernatis . . . . . Seite 29
Graf Albert Apponyi gegen die austro-italienische Kriegshetze. — Die Freimaurerei gegen den Tripoliskrieg. — Der Jugend-Weltverband. — Lehrerschaft und Marokkofrage. — Kurze Mitteilungen . . . . . Seite 70
Die Kriegsmär von 1911. — Die anglo-deutsche Verständigung. — Professor Harnack über die anglo-deutsche Verständigung. — Neue Aeußerungen der Wissenschaft über den Pazifismus. — Die Münchener Handelskammer und die deutsche Friedensgesellschaft. — Der beleidigte Krieg. — Die Mission des Staatssekretärs Knox in Zentralamerika. — Brief eines Studenten. — Vom Standpunkt der Menschheit. — Die Fortschritte der panamerikanischen Bewegung . . . . Seite 106
Deutsch-englische Verständigung. — Anglo-deutsche Kirchenversammlung. — Deutsch-französische Friedensdemonstration zwischen Sozialisten. — Zuchthaus für Kriegshetzer. — Fürst Albert von Monaco in Wien. — Die Friedensidee in der Schule. — Der Krieg „ein Gebot Gottes". Eine Entgegnung von Rabbiner Dr. Unna-Mannheim. — Das internationale Bureau des Lehrervereins. — Union des Asso-

ciations internationales. — Erinnerungsplakette an die zweite Haager Konferenz. — Auch eine Anerkennung. — Witziges . . . . Seite 146

Die Beendigung des italienisch-türkischen Krieges. — Die Vereinigung der internationalen Assoziationen. — Helden des Friedens. — Bernard Shaw über den Krieg. — Was die Völker für den Friedenspalast gestiftet haben. — Der Krieg — ein Gebot Gottes. — Verschiedene Mitteilungen . . . . . Seite 188

Fahrt der Baronin Suttner nach den Vereinigten Staaten. — Akademische Friedensaktion in England. — Rundschreiben des Unterrichtsministers der Vereinigten Staaten über den 18. Mai in den Schulen. — Sir George Reids Friedensrede. — Die Meldung Podbielskis. Seite 222

Alldeutsche gegen von Marschall. Von Kg. — Flottenverein und Hetzerei gegen England. Von Kg. — Des Kaisers Friedensrede. — Haldane über die anglo-deutsche Verständigung. — Rückgang der Geburten in Deutschland. — „Die gänzlich urteilsunfähigen Pazifisten." — Die letzten Briefe Frédéric Passys. — Die Reise um die Welt eines Artikels der Friedens-Warte. — Verschiedene Mitteilungen . . . Seite 268

Eine Friedensdemonstration der Bergarbeiter. — Ein Denkmal für Stead. — Das dankbare Vaterland. — Der „Wehrverein" als Kläger. — Deutsch-englische Verständigungskonferenz in London. — Herr von Kiderlen-Wächter über Krieg, Frieden und Abrüstung. — Kleine Mitteilungen . . . . . Seite 308

„Ich bin kein Pazifist." — Das Geschenk Deutschlands für den Friedenspalast. — Kriegswaffenmakler. — Spionage. — Carnegiefriedensstiftung. — Beendigung des italienisch-türkischen Krieges? — Baron d'Estournelles de Constant. — Der Wehrverein als Kläger. — Kaiser Wilhelm II. als Träger des Nobelpreises? — Ein unberechtigter Angriff Hermann Bahrs . . . . . Seite 347

Friedrich Naumanns Stellungnahme zum Pazifismus. — Wilhelm Lamszus. — Pazifistische Gedanken am Gynäkologenkongreß. — Baron d'Estournelles gegen den König von Montenegro. — Eine Friedensrede am Eucharistenkongreß. — Kleine Mitteilungen . . Seite 389

Der Friede von Lausanne. — Der neue Präsident der Vereinigten Staaten. — Ein wichtiger Schritt zur deutsch-englischen Verständigung. — Vom internationalen Handelskammerkongreß in Boston. — Der dritte internationale Kongreß der amerikanischen Studenten. — Sozialdemokratische Verblendung. — Der Mucker über den Krieg. — Der Friedensschrei einer Türkin. — Herbert Eulenburg über die Friedensbewegung. — Volksausgabe von Normann Angell. — Kleine Mitteilungen . . Seite 426

Rückkehr der Baronin Suttner. — Der Bierabend von Saarbrücken. — Das verbotene Plakat der österreichischen Friedensgesellschaft. — Vize-Admiral Siegel. — Internationaler Friedenskonkreß in Basel 462

D. Aus der Bewegung.

Der nächste Friedenskongreß. — Der Friedenssonntag in Königsberg . . . Seite 33

Der nächste Weltfriedenskongreß. — Sitzung der interparlamentarischen Union. — Der Verband für internationale Verständigung. — Die Friedensbewegung in Italien. — Kurze Mitteilungen . . . . . Seite 113

Pazifistisches Kongreß-Kalendarium. — Aus Finnland . . . . . Seite 151

Kongreß-Kalendarium. — Ellen Robinson †. — Sitzung der Kommission des Berner Friedensbüros. — Austritt der italienischen Gruppe aus der Interparlamentarischen Union. — Richard Feldhaus quer durch Deutschland . Seite 191

Pazifistisches Kongreß-Kalendarium. — Vom VIII. nationalen Friedenskongreß in London. — Die Sitzung des europäischen Rats der Carnegiestiftung in Paris. — Sitzung der Kommission des Berner Bureaus. — Die Passyfeier in Paris. — Vrede door Recht . . . Seite 225

Der XIX. Weltfriedenskongreß. — Die internationale Studentenbewegung in Deutschland. — Die Friedensbewegung in Japan. — Pazifistisches Kongreßkalendarium . Seite 271

Erster Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung. — Der Friedenstag in den ungarischen Schulen. — Der Monistentag in Magdeburg. — Pazifistisches Kongreß-Kalendarium . . . . . Seite 311

Eingabe der deutschen Friedensgesellschaft an den Reichskanzler. — Programm des XIX. Weltfriedenskongresses. — Programm des V. deutschen Friedenskongresses. — Erster Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung. — Kleine Mitteilungen. — Pazifistisches Kongreß-Kalendarium . . Seite 352

John Lund. — Staatsminister von Beernaert † und Freiherr von Marschall †. — Die Aktualitäten der Friedenskongresse im Urteile der pazifistischen Presse. — Eckstein-Petition. — Friedensfahrten Richard Feldhaus' Seite 393

Wilhelm Försters 80. Geburtstag. — Baron d'Estournelles 60. Geburtstag. — Andrew D. White. — Eine bemerkenswerte Friedensorganisation . . . . . Seite 432

Der Nobelpreis von 1912. — Vorschläge zur Reform der Weltfriedenskongresse . . 464

E. Pazifistische Chronik.

S. 25, 100, 143, 186, 220, 265, 302, 387, 425, 461.

F. Literatur und Presse.

I. Besprechungen.

Albrecht, Requisitionen . . . . . Seite 73
Andrews, Peace Day 230
Argument of the Hon. Elihu Root on behalf of the United States before the North-Atlantic Coast Fisheries Arbitration 314
Barclay, The turco-italian War and its Problems 72
Bein, Die Untersuchungskommissionen nach dem friedensrechtlichen Abkommen der zweiten Haager Konferenz . . 435
Bibliographie du Mouvement de la Paix 465
Bührer und Saager, Die Weltregistratur 315
Classics of Int. Law, the (Richard Zouche) 313
Congrès mondial des Associations internationales 231
Consultations pour les sociétés étrangères d'assurances sur la vie établies en Italie etc. 154
Crispi, Memoiren 192
Dreibund, Der 435
Eijkmann, l'Internationalisme Scientifique 34
Einicke, Rechte und Pflichten der neutralen Mächte im Seekrieg nach dem Haager Abkommen 314
Ellis, Rassenhygiene und Volksgesundheit 273
d'Estournelles de Constant, Einschränkung der Ausgaben für Rüstungen zu Lande und zur See 153
Ethische Rundschau 73
Fiedler, H. G., Das Oxforder Buch Deutscher Dichtung 74
Flügge, Gegenwartsnöte 231
Focherini, Problemi di diritto internazionale pubblico 354
— La dottrina Canonica del diritto della guerra da S. Agostino a Baltazar d'Ayala 353
Fried, Kurzgefaßte Darstellung der panamerikanischen Bewegung 315
— The German Emperor and the Peace of the World 434
Friedenswerk; v. e. Menschenfreunde der Tat 466
Giorchio del Vecchio, Il fenomeno della guerra e l'idea della pace . . 73
Goldscheid, Friedensbewegung und Menschenökonomie 273
Görris, De denkbeelden over oorlog en de bemoeingen voor vrede in de elfde eeuw 353
Grosch, Zwang im Völkerrecht . . . 275
Handbuch der Politik 433
Harms, Probleme der Weltwirtschaft . 273
Hedin, Ein Warnungsruf 274
Herr, Die Untersuchungskommission der Haager Friedenskonferenz 435
In rei Memoriam 194
Jahrhundert, Das monistische . . . 195
Janson, Lügen 275
Jordan, Unseen Empire 434
Jordan und Krehbiel, Syllabus of Lectures on International Conciliation 434
Lange, Annuaire de l'Union Interparlementaire 230
Lippe, v. d., Gedanken über eine neue Wehrverfassung 434
(Erzherzog Ludwig Salvator) Sommerträumereien am Meeresufer 193
Morris, International Arbitration and Procedure 115
Müller, Arthur, Paracelsus und der Träumer 153
— Das persönliche Wirken und Werben . 194
Nereus, Die Probleme der österreichischen Flottenpolitik 313
Nys, Le Droit international 72
Oppenheim, International Law. Vol. I 72
Ostwald, Der energetische Imperativ . 466
Peace Year-Book, The, 1912 . . . 73
Pfeiffer, Die Wahrheit über die Kriegsgefahren 315
Picard, La question de la Limitation tation des armements de nos yours . 354
Raeder, L'Arbitrage international chez les Hellenes 313
Résolutions textuelles des congrès universels de la paix 355
„Der Ruf" 466
Schiedsgericht, Int., für Streitigkeiten zwischen Privatpersonen und ausländischen Staaten 231
Sève, Grundzüge des Unterrichts in der Lehre vom Völkerfrieden 314
Sieper, Kultur des modernen England . 230
Stoiloff, Die intern. Schiedssprechung 275
Sturm, Aug., Das Recht auf Frieden . 115
Suttner, Bertha v., Aus der Werkstatt des Pazifismus 115
— Die Barbarisierung der Luft 274
Toinet, La Limitation conventionelle des armements 231
Traités généraux d'arbitrage communiqués au bureau international de la Cour permanente d'Arbitrage 73
Union des Associations Internationales etc. 231
Verband internationaler Studentenvereine 466
Vesnitch, Le Cardinal Alberoni Pacifiste 355
Vierkandt, Die Stetigkeit im Kulturwandel 152
Weg zum Weltfrieden, Der, im Jahre 1912 35
Wehberg, Die internationale Friedensbewegung 35
— Internationale Schiedsgerichtsbarkeit . 35
Weien, v. d., Die Frage der obligatorischen Schiedssprechung . . .
Zitelmann, Internationales Privatrecht 355

II. Eingegangene Druckschriften, Zeitschriften-Rundschau, Fachpresse, Artikel (Rundschau und Bibliographie).

Seite 36, 74, 116, 154, 195, 232, 276, 315, 355, 395, 435, 467.

G. Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

G. Mitteilungen der Friedensges.
Deutsche Friedensgesellschaft: Ortsgruppe Berlin. Seite 39.
Englische Ferienheimgesellschaft. Seite 239.
Internationaler Studentenverein in Berlin. Seite 158.
„Internationalis Concordia“ in Stockholm. Seite 40.
Oesterreichische Friedensgesellschaft. Seite 40, 79, 120, 159, 200, 240, 280, 320, 400, 440, 472.
Wiener Akademischer Friedensverein. Seite 80.
World Peace Foundation. Seite 39.

Januar 1912.

Friedrich der Große und der Friedensgedanke.*)

Zum zweihundertsten Geburtstag am 24. Januar 1912.

Friedrich der Große, dessen Persönlichkeit sein Zeitalter beherrschte, hat, obwohl er mit dem größten Verächter des Krieges in jener Zeit, mit Voltaire, eng befreundet war, wiederholt seiner Skepsis gegenüber den für die Beseitigung des Krieges vorgeschlagenen Mitteln Ausdruck verliehen. Der Plan St. Pierres hat ihn oft beschäftigt; hat doch der mutige Abbé während des ersten Schlesischen Krieges (1742) dem König sein Buch übersandt und ihn aufgefordert, den Frieden Europas wieder herzustellen. Der König soll sich ironisch darüber geäußert haben. In seinen „Totengesprächen" (1773) läßt er den Prinzen Eugen über die Enzyklopädisten, jene „entschiedenen Vertreter des ewigen Friedens" und über den „Traum eines gewissen Abbé de St. Pierre, der von der ganzen Welt ausgelacht wurde", sich lustig machen. Dennoch geht aus verschiedenen Aeußerungen des Preußenkönigs hervor, daß er, wenn er auch an ein Mittel zur Beseitigung des Krieges nicht zu glauben vermochte, den Krieg und sein Opfer vom Gesichtspunkt des aufgeklärten Menschen ansah. So äußerte er sich zu Voltaire, daß er befriedigter sein würde, wenn er, statt den Siebenjährigen Krieg geführt zu haben, die „Athalie" verfaßt hätte.**) In einem Gedichte, „La Guerre" drückt er den Abscheu vor nutzlosem Blutvergießen aus. „Diese Menschen sind Eure Kinder", ruft er den Fürsten zu, „habt ein Vaterherz!" Immerhin, ein Pazifist war Friedrich der Große nicht, und an dem Problem, das sein Zeitalter so sehr beschäftigte, ging er verständnislos vorüber. Angesichts der sich mehrenden Schriften über das Friedensproblem schrieb er am 27. November 1773 voll ironischer Skepsis an Voltaire: „Ich bedaure, daß mein hohes Alter mich des schönen Anblickes beraubt, dessen Beginn ich nicht einmal erleben werde."

Auch der Gelegenheit, einen praktischen Schritt zur Verminderung der Kriegslasten durhzuführen, widersetzte sich der König. Es war zum erstenmal in der Geschichte, daß eine europäische Regierung einer andern einen Vorschlag auf Verminderung der Rüstungen unterbreitete, als bald nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges der österreichische Staatskanzler Fürst Kaunitz dem preußischen Gesandten in Wien einen solchen Antrag stellte. Kaunitz führte aus: Gleich wie die Klöster, so seien die großen stehenden Heere, die die Mächte unterhielten, für das Menschengeschlecht schädlich und bedrohten es im Laufe der Zeit mit „völligem Untergang". Dieser „traurigen Perspektive", diesem „inneren Kriege", den die Fürsten in Friedenszeiten miteinander führten, solle nun ein Ende gemacht werden, und zwar durch Abrüstung. Er habe sich oft die Schwierigkeiten überlegt, die der Ausführung eines so heilsamen Werkes im Wege ständen, und deren grösste sei seiner Ansicht nach die Bemessung der Truppenzahl für die einzelnen Mächte. Er schlug daher vor, Preußen und Oesterreich sollten als Basis den jüngst geschlossenen Hubertusberger Frieden nehmen, dreiviertel der Soldaten, die sie damals unter den Fahnen hatten, entlassen und zur gegenseitigen Kontrolle den Truppenbesichtigungen der anderen Macht Kommissare beiwohnen lassen.

*) Aus dem noch ungedruckten II. Teil (2. Aufl.) von Alfred H. Frieds Handbuch der Friedensbewegung.

**) Lagorgette, Rôle de la guerre. S. 677.

Als der König diesen Bericht seines Gesandten erhielt, meinte er, daß Kaunitzens Vorschlag lediglich durch die derzeitige finanzielle Notlage der österreichischen Monarchie diktiert sei, da es ihr schwer fiele, alle ihre Truppen, die sie zurzeit auf den Beinen habe, zu unterhalten. Vertraulich fuhr er fort, er könne auf diesen Abrüstungsvorschlag nicht eingehen, da im Ernstfalle die Oesterreicher schneller als er ihre Armee versammeln könnten. Für den Fall, daß Kaunitz auf seinen Vorschlag zurückkäme, beauftragte Friedrich endlich seinen Gesandten, in angemessener Weise zu erklären, dieses Projekt schien ihm fast nach dem des Abbé St. Pierre auszusehen, und schwerlich würden sich die Mächte über die Zahl der beizubehaltenden Truppen einigen können.

Im Jahre 1769 kam Kaiser Josef II. bei der Begegnung, die er mit Friedrich in Neisse hatte, nochmals auf den Vorschlag von Kaunitz zurück und meinte, man solle die Truppenzahl der Armee zur Erleichterung der Völker vermindern, doch auch diesmal lehnte der König ab.

So scheiterte der erste Versuch eines Rüstungsübereinkommens.

Wie man Kriegsstimmung erzeugt.

Von Reichstagsabg. Ed. Bernstein, Berlin.

Es untersteht leider keinem Zweifel, daß die Ereignisse der zweiten Hälfte des Jahres 1911 der Friedensbewegung einen schweren Schlag versetzt haben, dessen Wirkungen ungeschehen zu machen viel Arbeit kosten wird. Während in den ersten Monaten des nun abgelaufenen Jahres noch alle Welt fast von Nachlassen im Wettrüsten und von Befestigung der Freundschaftsbeziehungen zwischen den Kulturvölkern sprach, führen am Jahresende die Verfechter der Rüstungen und die Anwälte des Unfrieden säenden Mißtrauens von neuem das große Wort. Soweit Deutschland in Betracht kommt, wird dies am greifbarsten dadurch veranschaulicht, daß im gegenwärtigen Wahlkampf für den Reichstag nicht Eine bürgerliche Partei für die Forderung: „Verminderung der Rüstungsausgaben durch internationale Abmachungen" einzutreten wagt, die Parteien der Mitte und der Rechten, d. h. der kommenden Reichstagsmehrheit, dagegen durch den Mund ihrer Wortführer unumwunden für gesteigerte Rüstungen plädieren. Zwischen den Heydebrand und den Zedlitz, den Bassermann und den Hertling oder Erzberger besteht in diesem letzteren Punkte keine Meinungsverschiedenheit.

Wie ist dieser Umschwung gekommen, was sind seine tieferen Ursachen?

Das große Publikum ist darüber keineswegs völlig im klaren. Nur die äußeren Vorgänge sind ihm bekannt geworden, was hinter den Kulissen geschehen ist, ist zu einem guten Teil noch Geheimnis der beteiligten Diplomaten und der mit ihnen in Verbindung stehenden Einbläser der Presse. Wie wenig aber die Vorgänge, die sich vor den Augen des Publikums abgespielt haben, zur Erklärung des Wandels in der Stimmung eben dieses Publikums ausreichen, wird durch nichts so sehr veranschaulicht, als durch das Schicksal der verhängnisvollen Rede, die der englische Minister Lloyd George am 21. Juli 1911 auf einem Fest der Kaufmannschaft der City im Mansion-House verlas.

Die „Friedenswarte" hat in ihrer Nummer für August/September 1911 diese Rede abgedruckt und gezeigt, dass sie kein Wort über Deutschland enthält, sich mit keiner Silbe über Deutschlands Forderungen in bezug auf Marokko oder Teile des Kongo äußert. Und doch hat das bürgerliche Deutschland über diese Rede sich in eine nationale Leidenschaft hinein ereifert, wie sie in diesem Lande kaum jemals vorher seit1870 — wenn nicht seit 1810 — so hochgradige Glut angenommen hat. Fragte man die Aufgeregten, was denn Lloyd George so Beleidigendes gesagt habe, so wußten sie freilich meist nichts Bestimmtes zu antworten. Dem Schreiber dieses ist sogar jedesmal, wo er mit solchen Entrüsteten zusammenkam, von ihnen erklärt worden, Genaueres über die Dinge wüßten sie freilich nicht. Und das waren obendrein sämtlich Leute von höherer als Durchschnittsbildung. Diese Intellektuellen waren wohl von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Lloyd George „Unerhörtes" gegen Deutschland gesagt habe, aber was er gesagt hatte, das war ihnen aus dem Gedächtnis entschwunden, und ganz unbekannt war ihnen, worauf hin er es gesagt hatte.

Letzteres weist auf einen der größten Uebelstände unseres politischen Lebens hin. Kein Arzt, kein Jurist, kein Pädagoge von Einsicht werden über eine Erkrankung, eine Rechtsklage, eine Uebertretung eines Verbots ein Urteil fällen, ohne sich vorher über die näheren Umstände des Falles zu orientieren. Aber über eine so wichtige Sache, wie das Verhältnis zweier großer Kulturnationen zueinander, haben Aerzte, Juristen, Lehrer unseres Volkes der Denker — von Nichtakademikern gar nicht zu reden — Urteile apodiktischster Art herumgegeben, ohne den in Betracht kommenden Tatsachen in irgendeiner Weise auch nur ein wenig auf den Grund zu gehen. Ein unbestimmtes „Man sagt es" war die Autorität, der sie folgten.

Wer aber war zuletzt wirklich der oder das „Man"? Wo haben wir die geheimnisvollen Mächte zu suchen, welche die ganze

bürgerliche Presse Deutschlands ohne Unterschied der Parteien veranlaßten, plötzlich in der schärfsten Weise gegen England Stimmung zu machen und einen Minister, der bis dahin als einer der eifrigsten Verfechter der Einschränkung der Rüstungen bekannt war, für einen Kriegsmann und „Feind Deutschlands" auszurufen?

Es wäre von der größten, die Augenblicksfrage weit überragenden Wichtigkeit, dies festzustellen. Man vergesse nicht, die Stimmung war in Deutschland schließlich zu einer so hochgradigen Erbitterung gegen England gediehen, daß jeder feindselige Akt der Reichsregierung gegen das britische Reich der jubelnden Zustimmung der breiten Masse des deutschen Bürgertums sicher gewesen wäre. Was aber gestern möglich war, ist auch morgen wieder möglich, ob nun England oder Frankreich oder irgendein anderes Land in Betracht kommt. Wir stehen vor der Tatsache, daß es möglich gewesen ist, gewissermaßen über Nacht eine hochgradige Kriegsstimmung zu erzeugen, und wenn wir nicht wollen, daß sich dies wiederhole, müssen wir die geheimnisvollen Faktoren erforschen und bloßlegen, die es bewirkt haben. Nur was man mit den Wurzeln seiner Kraft erkannt hat, kann man hoffen entkräften oder beseitigen zu können.

Leider übersteigt es jedoch die Möglichkeiten eines Einzelnen, die Kanäle aufzuspüren, welche die öffentliche Meinung Deutschlands mit dem Stoff durchtränkten, der sie in die geschilderte Stimmung versetzte, sowie die Quellen zu ermitteln, aus denen jene Kanäle gespeist wurden. Das zu tun, wäre die Aufgabe eines ganzen Komitees von Leuten, die der Presse ihre volle Aufmerksamkeit widmen können und über eine Art Archiv der maßgebenden Zeitungen und Zeitungskorrespondenzen verfügten. Ein solches Komitee der Ueberwachung der Presse würde gerade in Zeitläuften internationaler Spannung der Sache des Friedens und der Verständigung der Nationen außerordentlich wertvolle Dienste leisten können. Es würde mancher irrtümlich unrichtigen Auslegung von Reden und Maßnahmen sofort entgegentreten und schon dadurch mancher Irreführung des Publikums den Weg verlegen können. Die Wirkung einer Unwahrheit, der die Widerlegung nicht auf auf dem Fuße folgt, ist oft durch keine nachträgliche Widerlegung gutzumachen. Ferner aber würde ein so ausgerüstetes Komitee die Fäden ausfindig machen und verfolgen können, die zu den Anstiftern von Verhetzungsnachrichten und den heimlichen Leitern der Verhetzungsfeldzüge führen, mit denen wir es bald in diesem und bald in jenem Lande zu tun haben, und es würde durch Bloßlegung der Urheber das Verhetzungswerk, wenn nicht völlig verhindern, so doch in seinen Wirkungen stark durchkreuzen können. Es ist nun leider einmal vorläufig noch so, daß das breite Publikum leichter, als für die objektive Entwicklung von Wahrheiten, für die Enthüllung des Treibens von Personen zu interessieren ist.

Und tatsächlich haben persönliche Verfehlungen bei dem Verhetzungswerk der Sommer- und Herbstmonate 1911 eine viel größere Rolle gespielt, als ernsthafte Interessengegensätze allgemeiner Natur. Nicht um eines tiefen Interessengegensatzes willen, der wirkliche oder vermeintliche Lebensfragen der beteiligten Nationen betraf, wurden die Gemüter bis zur Siedetemperatur erhitzt. Wir hatten es mit Winkelzügen in einem Spiel zu tun, das einer aus der Diplomatenschule, der deutsche Legationsrat a. D. von Rath, neuerdings im Scherlschen „Tag", Nummer vom 26. Dezember 1911, zynisch als „Europäisches Pokerspiel" bezeichnet hat. „Poker", das Glücksspiel, bei dem das Vortäuschen guter Karten, der „Bluff", zu den beliebten Kniffen gehört, mit schlechten Karten zu gewinnen — schönes Diplomatenwerk im 20. Jahrhundert! Als ob hinter den Spielern nicht viele Millionen von Menschen ständen, die durch „Bluff" irrezuführen unter heutigen Umständen frevelhaft leichtsinniges Spiel mit dem Feuer heißt.

Aber der Herr von Rath hat recht, es ward Pokerspiel betrieben, und zwar trifft der Vorwurf nicht zuletzt den Vertreter der deutschen Diplomatie, Herrn von Kiderlen-Waechter. Ueber die materielle Frage, ob das Deutsche Reich Anspruch auf eine Entschädigung dafür hatte, daß Frankreich sich als Schutzmacht in Marokko festsetzte, wird man verschiedener Meinung sein, je nachdem man sich grundsätzlich zu dieser ganzen kolonialen Eroberungspolitik stellt. Man muß indes von ihrer Bejahung ausgehen, wenn es sich um die Kritik der Methoden der deutschen Diplomatie handelt. Denn die Wege einer Politik können nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Zwecke objektiv gewürdigt werden. Setzen wir also den Zweck des Leiters der auswärtigen Politik Deutschlands — die Erlangung von Kolonialgebiet als Entschädigung für die Festsetzung Frankreichs in Marokko als gegeben, so würde eben zu untersuchen sein, ob zu der Erreichung dieses Zwecks das diplomatische „Pokerspiel" nötig war, das Herr von Kiderlen-Waechter unzweifelhaft getrieben hat, oder ob es zum mindesten aus diesem Zweck heraus sich rechtfertigen läßt.

Es fehlt nicht an Leuten, die das behaupten, aber die Beweisführung ist in keiner Weise zwingend. Vor allem leidet sie daran, daß Herr von Kiderlen-Waechter es gar nicht erst auf eine Probe hat ankommen lassen, ob seine Zwecke ohne Bluff zu erreichen waren. Er hat zwar nicht ohne Einspruch die Franzosen Fez und die Schauja besetzen lassen, wozu sie nach ihrer Ansicht Deutschland gegenüber durch das deutsch-französische

Abkommen von 1909 legitimiert waren, aber er hat, als die Besetzung erfolgt war, statt bestimmte Forderungen zu formulieren und zu sondieren, wie Frankreich und England, die am meisten beteiligten Mächte, sich zu ihnen stellen würden, plötzlich mit dem Bluff der Pantherfahrt nach Agadir zu „pokern" angefangen.

Das Anlegen eines Kriegsschiffes in Agadir ohne Zustimmung der Vertragsmächte bedeutete einen Bruch der Algecirasakte. Deutscherseits ist er damit verteidigt worden, daß vorher die Besetzung der wichtigsten Teile Marokkos durch französische Truppen den Algecirasvertrag faktisch wertlos gemacht habe. Die Verfechter der Sicherung des Weltfriedens durch internationale Verträge können jedoch diese Verteidigung unter keiner Bedingung gelten lassen. Deutschland stand das Recht zu, Verwahrung gegen jede nach seiner Meinung dem Vertrage zuwiderlaufende Maßnahme einzulegen und bei Nichtbeachtung seines Einspruchs sein Verbleiben im Konzert der Algecirasmächte zu kündigen. Aber es stand ihm nicht zu, den Vertrag vor Ablauf der Kündigungsfrist einseitig für ungültig zu erklären und nun auch formell zu durchbrechen. Dadurch, daß es diesen Weg wählte, legitimierte es Gegenmaßregeln der Vertragsmächte, wie die erst in Frankreich und dann in England erwogene Entsendung von Kriegsschiffen nach Agadir, mit der Mission, die Zurückziehung des „Panther" bzw. des dann an seiner Stelle von Deutschland dort stationierten Kreuzers „Berlin" zu erzwingen. Nun ist allerdings hinterher deutscherseits die Fahrt nach Agadir als ein Akt bezeichnet worden, der bloß symbolische Bedeutung haben sollte. Man kann aber auch eine derartige Symbolik nicht energisch genug zurückweisen. Und zwar namentlich wegen ihrer unvermeidlichen Zwei- oder vielmehr Vieldeutigkeit. Wohin würde die Welt kommen, wenn sich jede Regierung das Recht zusprechen dürfte, nach Belieben in solcher Weise ihre Unzufriedenheit zu demonstrieren. Ihren Ernst in einer Sache zu bekunden, haben die Staaten heute zivilisiertere Mittel als Demonstrationen, die einer Drohung, im Weigerungsfalle es auf einen Krieg ankommen zu lassen, zum Verwechseln ähnlich sehen. Durch die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir brachte Herr von Kiderlen-Waechter von vornherein ein Moment des Mißtrauens und der Beunruhigung ins Spiel, von dem man vergeblich behaupten wird, daß es Deutschlands diplomatische Position gestärkt habe, dem aber die Hauptverantwortung dafür zufällt, daß jene Verhandlungen auf allen Seiten mit stillen Mobilisierungsmaßregeln begleitet wurden.

Der zweideutigen Symbolik Frankreich gegenüber folgten verletzende Zweideutigkeiten der deutschen Diplomatie in ihrem Verkehr mit England. Die Erklärungen, welche Herr von Kiderlen-Waechter der englischen Regierung durch den deutschen Botschafter in London, Grafen Wolff-Metternich, über die Absichten Deutschlands zugehen ließ, lauteten so, daß sie die Auffassung zuließen, Deutschland spreche sich das Recht zu, zu bestimmen, wie weit England an der Regelung der Dinge in Marokko interessiert sei und wie weit nicht, und als das englische Kabinett durch den deutschen Botschafter in London und den englischen Botschafter in Berlin die deutsche Regierung wissen ließ, daß England sich nicht gefallen lassen könne, in einer seine Interessen stark berührenden Frage kurzerhand beiseite geschoben zu werden, sondern die Situation für „sehr ernst" betrachte (Eröffnungen Sir Edward Grey's an den Grafen Wolff-Metternich vom 3. und 4. Juli, und des Sir Frank Lascelles bei Herrn von Kiderlen-Waechter vom 12. Juli) setzte Herr von Kiderlen-Waechter diesen Mitteilungen, die nach diplomatischem Gebrauch Antwort erheischten, eine kühle Nichtbeachtung entgegen, die allein genügt hatte, in London eine sehr gereizte Stimmung zu schaffen. Dazu kam aber, daß in derselben Zeit, wo Deutschland England gegenüber schwieg, die englische Regierung von französischer Seite über Vorschläge der deutschen Regierung unterrichtet wurde, welche England sehr nahe angingen.

Welches diese Vorschläge waren, ist ein Punkt, über den die beteiligten Diplomaten bisher in ihren offiziellen Kundgebungen ein sehr bezeichnendes Stillschweigen beobachtet haben, das aber aufgeklärt werden muß, wenn Vorkommnisse, wie die von Lloyd George verlesene Rede, in ihrem rechten Lichte erscheinen sollen. Mit einer Diskretion, die ihm nicht sehr gut bekommen ist, ist Sir Edward Grey in seiner Rede im Haus der Gemeinen vom 27. November 1911 über ihn hinweggegangen. Er sagte (ich zitiere nach dem telegraphischen Bericht des Berliner Tageblatts vom 28. November):

„Der britische Botschafter in Berlin hatte am 12. Juli Gelegenheit, den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amts über einige weniger wichtige Fragen zu sprechen, und ergriff die Gelegenheit, zu sagen, daß einmal von einer Unterhaltung zu Dreien zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien gesprochen worden sei, woraus zu schließen sei, daß wir davon ausgeschlossen werden sollten. Der Staatssekretär sagte unserem Botschafter, er möge uns mitteilen, daß niemals irgend ein Gedanke an eine solche Unterhaltung existiert habe."

Außer dieser negativen Antwort, fährt Grey fort, habe die englische Regierung bis zum 21. Juli nichts weiter von der deutschen Regierung gehört. Inwieweit die Ableugnung den Tatsachen entsprach oder nicht, läßt er unerörtert. Da der Anfrage des englischen Gesandten Mitteilungen der französischen

Regierung an die englische zugrunde lagen — wie denn laut Feststellung des französischen Ministers des Auswärtigen, de Selves in der Sitzung der Deputiertenkammer vom 14. Dezember die französische Regierung die englische fortlaufend über den Gang der Verhandlungen mit Deutschland unterrichtet gehalten hat —, so steht hier deutsche gegen französische Aussage. Und es ist dies nicht das einzige Mal, wo in dieser Sache französische und deutsche Darstellung sich widersprechen. Vergleicht man die Reden des Herrn de Selves vom 14. Dezember und des Ministerpräsidenten Caillaux vom 18. Dezember mit den Erklärungen des Herrn von Kiderlen-Waechter in der Sitzung der Budgetkommission des deutschen Reichstags vom 17. November, so wird man auf noch mehr Widersprüche in den Darlegungen der beiden Parteien über die Einzelheiten der Verhandlungen stoßen. Auf welcher Seite war die Wahrheit?

Soweit man auf Indizien hin entscheiden kann, sprechen sie gegen die Zuverlässigkeit der Aussagen des Herrn von Kiderlen-Waechter in dieser Sache. Der Vertreter des Berliner Auswärtigen Amts verwickelt sich nämlich wiederholt mit sich selbst in Widersprüche. So ist die Erklärung des französischen Ministers de Selves in seiner vorerwähnten Rede, daß Herr von Kiderlen-Waechter zu Anfang der Verhandlungen das ganze Kongogebiet vom Sangha bis zum Ozean einschließlich des Gabon verlangt habe, von der deutschen Regierung unwiderlegt geblieben. Noch am 17. November aber hatte Herr von Kiderlen-Waechter im deutschen Reichstage die Franzosen beschuldigt, „übertriebene Nachrichten" über die deutschen Forderungen verbreitet zu haben, „um gegen Deutschland Stimmung zu machen", und hinzugefügt, dies „habe seinen Eindruck nicht verfehlt und insbesondere in London Mißtrauen gegen Deutschland hervorgerufen" (Drucksachen des Reichstags, II. Session der 12. Legislaturperiode 1909/1911, Nr. 1200, S. 6). Herr de Selves hatte nach London gemeldet, Frankreich betrachte die bezeichnete Forderung als unannehmbar und damit in der Tat Englands Intervention veranlaßt. Aber das ist hier erst sekundär. Hier handelt es sich darum, daß Herr von Kiderlen-Waechter de Selves widerlegen muß, wenn er nicht als Irreführer der öffentlichen Meinung dastehen will.

Indes, Herr von Kiderlen-Waechter scheint in Wirklichkeit noch mehr als jenes bedeutende Stück Afrika verlangt zu haben. In dieser Hinsicht ist eine Stelle in der politischen Rundschau des Dezemberheftes der von dem sozialistischen englischen Abgeordneten John Ramsay Macdonald redigierten „Socialist Review" sehr bemerkenswert. Macdonald wiederholt dort seinen schon früher geäußerten Tadel bezüglich der Rede Lloyd Georges vom 21. Juli 1911. Aber dieser Tadel bezieht sich nur auf das Moment der Zweckmäßigkeit, nicht auf die Frage der sachlichen Berechtigung jener Rede. Macdonald schreibt von ihr: „Sie war genau das, was der deutsche Chauvinist brauchte. Sie lieferte ihm nicht nur einen Vorwand, sondern einen Text zur Klage." Aber der Führer der britischen Arbeiterpartei fährt dann fort:

> „Wenn die Tatsachen völlig bekannt wären, würde sich zeigen, daß allerhand hinter der Rede steckte, und daß vielleicht die Zeit gekommen war, wo ein britischer Minister etwas sagen mußte. Das Auswärtige Amt in Berlin intriguierte mit Frankreich und Spanien in einer Weise, die keine sehr anmutende Lektüre abgäbe, wenn alle Tatsachen bekannt wären. Die in der „Zeit" erschienene, und in der „Times" vom 13. November wiedergegebene Feststellung ist, soweit sie geht, ziemlich genau, aber sie ist nicht vollständig. Was indes Herr Lloyd George vergaß, war, daß seine Rede nicht nur von denen gelesen werden würde, die da wußten, was vorging, sondern auch von denen, die es nicht wußten, und er hat offenbar seine Sätze niemals zunächst daraufhin geprüft, wie sie von den letzteren aufgenommen werden würden. Die Folge war, daß, während sie die Auswärtigen Aemter beruhigten, sie bei großen Massen des deutschen Volkes die Freundschaft für Großbritannien zertrümmerten. Zu einer Zeit, wo wir Frankreich dringend anrieten, sich mit Deutschland zu einigen, wo wir es Frankreich leicht machten, diese Einigung zustande zu bringen, wo wir uns verpflichteten, gegen kein Uebereinkommen Einwand zu erheben, zu dem Frankreich und Deutschland hinsichtlich des Kongo gelangen würden, versetzte die Rede des Schatzkanzlers die deutschen Chauvinisten in die Lage dem deutschen Volk einzureden, daß wir seinen Interessen feindselig wären. Es war eine große Kalamität, aber wir müssen jetzt sehen, das Unheil ungeschehen zu machen." (Socialist Review, Dezemberheft 1911, S. 249—250.)

Macdonald spricht als ein Eingeweihter, und es liegt triftiger Grund zur Annahme vor, daß er noch erheblich mehr weiß, als er hier sagt. Dem Führer einer englischen Parlamentspartei, ob Oppositionsmann oder nicht, stehen ganz andere Möglichkeiten zu Gebote, sich über den diplomatischen Verkehr des Auswärtigen Amts seines Landes zu unterrichten, als einem deutschen Parlamentarier, zumal wenn dieser der Sozialdemokratie angehört. Der Sache nach bilden aber Macdonalds Ausführungen eine viel schärfere Anklage gegen den Vertreter des deutschen Auswärtigen Amts als gegen den britischen Schatzkanzler und den britischen Minister des Auswärtigen. Einen Vorwand liefern, ist eine Ungeschicklichkeit, je nach-

dem ein fahrlässiges Vergehen. Die Ungeschicklichkeit ausnutzen, um die Oeffentlichkeit über den wahren Stand der Dinge irrezuführen, ist dolose Handlungsweise, je nachdem ein Verbrechen.

Man weiß nun zwei Dinge. Erstens, daß das Stück der Lloyd Georgeschen Rede, das sich, ohne Deutschland zu nennen, an die Adresse der deutschen Diplomatie richtete, die Folge war einer am gleichen Tage erfolgten Erklärung des deutschen Botschafters in London, er habe keine Antwort auf die Fragen der englischen Regierung zu geben, und daß, als einige Tage später die Antwort von Berlin endlich eintraf, der Ministerpräsident Asquith am 27. Juli im Haus der Gemeinen eine Erklärung abgab, die dem in der Berliner Note ausgedrückten Wunsch, die englische Regierung möge sich zugunsten einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland äußern, **in weitgehendem Maße entsprach.** Und zweitens weiß man, daß die französische Regierung der englischen durch den Mund des Herrn de Selves in des letzteren Rede vom 14. Dezember das Zeugnis ausgestellt hat, daß sie zu keiner Zeit der Verhandlungen den Versuch gemacht habe, die französische Regierung gegen die deutschen Forderungen zu stimmen. Ungeachtet dieser, der deutschen Regierung bekannten Tatsachen hat die letztere es aber ruhig geschehen lassen, daß wochen-, ja monatelang fast die ganze bürgerliche Presse Deutschlands, und zwar in erster Reihe die Presse derjenigen Parteien, welche der Regierung am nächsten stehen, die Sache so hinstellte, als ob englischer Einfluß und englische Ränke es zu keiner Verständigunge zwischen Deutschland und Frankreich kommen ließen, und so den oben geschilderten Englandhaß erzeugten.

Schon durch diese Passivität allein hat die deutsche Regierung oder mindestens das Berliner Auswärtige Amt schwere Mitschuld an der Erzeugung der Kriegsstimmung in Deutschland auf sich geladen. Denn es standen dem Amt unzählige Möglichkeiten zu Gebote, jener falschen Unterrichtung der deutschen öffentlichen Meinung entgegenzutreten und entgegenzuwirken. Es hat sie unbenutzt gelassen — ja, es spricht eine ziemlich starke Wahrscheinlichkeit dafür, daß es nicht nur durch Passivität Mitschuld an ihr auf sich geladen hat. Ein Teil der hier in Frage kommenden größeren Blätter nehmen in Fragen der Auswärtigen Politik nicht Stellung, ohne sich beim Auswärtigen Amt informiert zu haben. Wie hätte die bürgerliche Presse sonst so übereinstimmend gemäß der Parole „gegen England!" schreiben können, wenn das Auswärtige Amt ihr nicht irgendwie Vorschub geleistet hätte.

Diese Tendenz läßt sich sogar noch in der Rede verfolgen, die Herr von Kiderlen-Waechter am 17. November in der Sitzung der Budgetkommission des deutschen Reichstags gehalten hat. Das Protokoll der Sitzung gibt diese Rede nur sehr abgetönt wieder. Ohrenzeugen erklären, daß sie erheblich mehr Spitzen gegen England enthalten habe, als das Protokoll erkennen läßt. Es ist aber schon bezeichnend, daß diese Rede mit keiner Silbe der versöhnlichen Erklärung erwähnt, die Minister Asquith am 27. Juli im Haus der Gemeinen abgegeben hat. Sie läßt auch nicht erkennen, daß die Asquithsche Erklärung die Folge jener deutschen Note vom 26. Juli war, in der die deutsche Regierung die bis dahin von ihr an den Tag gelegte Methode der kühlen Abweisung der Fragen der englischen Regierung durch eine freundschaftliche Sprache gutgemacht hatte, wie man sie seit vielen Jahren in England von deutscher Seite nicht vernommen hatte. Das heißt, daß **nicht die Methode des Bluff,** sondern — und das festzustellen ist gerade für Friedensfreunde wichtig — die Sprache jener Höflichkeit, welche Nationen einander schulden, die in jenem Moment drohend heraufgezogene Kriegswolke zerstört hat. So sehr wird dies vertuscht, daß der Schriftführer jener Sitzung, der Zentrumsabgeordnete Mathias Erzberger, noch nach der Sitzung mit der Behauptung arbeitet, die „scharfe Sprache", welche der deutsche Botschafter in London im Auftrage des Berliner Auswärtigen Amts am 21. und 25. Juli gegenüber Sir Edward Grey geführt habe, habe die englische Regierung bewogen, vor Deutschland zu Kreuze zu kriechen.

So ward und wird das Volk über die wahre Natur der Vorgänge getäuscht, und in eine, dem Krieg oder den Kriegsrüstungen günstige Stimmung hineingetrieben.

Ob dies der vorgefaßte Zweck der Handlungsweise des Herrn von Kiderlen-Waechter war, kann dahingestellt bleiben. Die nächstliegende Folgerung ist, daß der Minister, nachdem er einmal mit seiner Politik des Bluffs angefangen hatte, sie hinterher nicht kurzweg aufgeben konnte, ohne sich selbst ins Gesicht zu schlagen. Offenbar hat er einen Augenblick geglaubt, durch bestimmte Anerbietungen an Frankreich einen Keil zwischen das anglofranzösische Einvernehmen zu treiben, worin er sich dann freilich schwer enttäuscht sah. — Ueberhaupt merkt man es der Politik des Herrn von Kiderlen-Waechter an, daß dieser seine diplomatischen Sporen an Plätzen des nahen Orients verdient hat, wo Praktiken und Ränke noch an der Tagesordnung sind, auf die man im Verkehr der großen Nationen des westlichen Europas zu verzichten gelernt hat und die auch durchaus zu verwerfen sind. Seine Verteidiger beschönigen die große Diskrepanz zwischen dem,

was er gefordert, und dem, was er erreicht hat, damit, daß sie schreiben, es sei in der großen Politik üblich, mindestens „dreimal mehr zu fordern, als man glaube erlangen zu können." Auch das ist auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Es ziemt einem modernen Großstaat wie das Deutsche Reich nicht, in solcher Weise Schacher zu treiben.*)

Wie im allgemeinen im Handel, ist auch im politischen Geschäft die Methode der festen Preise Maßstab der höheren Kultur. Hätte Herr von Kiderlen-Waechter auf „die Geste von Agadir" verzichtet und seine Forderung weniger hoch geschraubt, als er es tat, so würde er darum durchaus nicht weniger erlangt haben, als ihm schließlich zuteil geworden ist, aber er hätte Europa die großen Reizungen und Beunruhigungen erspart, die den Sommer und Herbst 1911 ausgefüllt haben und uns zwei oder dreimal an den Rand eines Weltkrieges gebracht haben. Das Wieso und Warum dieser Phasen ist noch lange nicht zur Genüge aufgeklärt. Die Völker aber haben das Recht und die Pflicht, zu verlangen, daß ihnen die volle Wahrheit zugängig gemacht werde.

Die Halben- und die Viertels-Wahrheiten sind Gift für das öffentliche Leben. Auf Grund der Ausplaudereien des englischen Hauptmanns Faber und des mißvergnügten Ex-Admirals Beresford reden die deutschen Rüstungsbetreiber dem deutschen Volke ein, das böse England habe im Sommer über das harmlose Deutschland herfallen wollen. Alle Sachverständigen aber wissen, dass die Maßnahmen in den englischen Kriegshäfen — das Herablassen der Torpedonetze etc. — mit Massnahmen korrespondierten, die zur gleichen Zeit in den deutschen Kriegshäfen getroffen wurden, und es ist noch die Frage, wo zuerst „mobil" gemacht wurde.

Die Regierungen schweigen darüber, wie sie über die diplomatischen Vorgänge, welche die Spannung auf das äußerste trieben, teils Schweigen bewahren, teils sich auf Andeutungen beschränken. Was veranlaßt sie zu dieser Zurückhaltung? Auf der einen Seite Schuldbewußtsein, auf der anderen das Bestreben, Kontroversen zu vermeiden, durch welche die Reizungen auf die Höhe getrieben werden könnten. Denn vor dem wirklichen Kriege scheuen die Obersten der Oberen doch zurück. Aber durch das geschilderte Verfahren schaffen und erhalten sie ein Halbdunkel, in dem die gewerbsmäßigen Verhetzer ihr Werk mit größtem Erfolgt betreiben können. Sache der Friedensfreunde ist es, auf jede ihnen mögliche Weise dafür zu sorgen, daß Licht werde. Licht, mehr Licht! ist die Parole.

*) Selbst die radikaldemokratische Londoner Wochenschrift „The Nation", die während der ganzen Kontroverse die Haltung Sir Edward Greys heftig bekämpft und weitestgehendes Entgegenkommen gegenüber Deutschland für Pflicht der englischen Diplomatie erklärt hat, schreibt in ihrer Nummer vom 30. Dezember 1911 in einem Artikel über die Anschuldigungen und Forderungen, die der freikonservative Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher", Professor Hans Delbrück, gegenüber England geltend macht, und die sie für berechtigt erklärt, in Bezug auf Delbrücks Ausführungen:

> „Wir unsererseits glauben, daß diese freimütige Darlegung der deutschen Seite des Streits im wesentlichen den Tatsachen entspricht. Sie ignoriert natürlich das Unheil, das durch die ungeschlachten Manieren und theatralischen Methoden der deutschen Diplomatie verursacht worden ist. Sie sagt nichts zur Entschuldigung der alten Bismarckischen Gepflogenheit der Doppelgeschäfte und Rückversicherungen, die sogar noch mehr irritiert, als die Bluffmanieren. Aber die Zwecke, die Deutschland verfolgt, würden, weit entfernt uns zu schaden, den Wohlstand der Welt erhöhen, und unseren Handel fördern" usw. usw. —

Diese Kritik der deutschen Diplomatie durch das deutschfreundlichste der englischen Blätter, durch das Blatt, das u. a. für die Abtretung der Walfischbay an Deutschland, für Unterstützung Deutschlands in Kleinasien, für Deutschlands Vorkaufsansprüche in bezug auf Angola — kurz, für alle Wünsche der deutschen Kolonialpolitiker eintritt, spricht ganze Bände, und sollte von allen Deutschen, die noch nicht dem Taumel des Hetzpatriotismus verfallen sind, sorgfältig überdacht werden.

Ein wenig Gerechtigkeit gegenüber England.

Von Prof. L. Quidde, München.

Wenn man über das Verhalten der englischen Regierung zur Zeit der Marokkoverhandlungen, im Juli vorigen Jahres, ein richtiges Urteil gewinnen will, so darf man eine Tatsache nicht übersehen, von der in den Erörterungen der deutschen Presse, soviel ich sehe, kaum die Rede gewesen ist.

Als die deutsche Regierung den „Panther" nach Agadir sandte, begründete sie diese Maßnahme mit der Notwendigkeit, dort deutsche Interessen zu schützen. Das Verhalten der englischen Regierung ist erklärlich nur unter der Voraussetzung, daß sie in dieser Begründung einen bloßen Vorwand sah, und daß sie bei der deutschen Regierung die Absicht voraussetzte, sich (wenigstens eventuell, beim voraussichtlichen Scheitern sonstiger Kompensationsverhandlungen) eines Teiles von Marokko zu bemächtigen.

Der überwiegende Teil der deutschen Presse hat sich nicht genug tun können in Entrüstung über die Unterstellungen der eng-

lischen Regierung. Aber hat man denn damals in Deutschland selbst die offizielle Begründung für die Entsendung des Panther gläubig hingenommen? Wer sich an jene Wochen erinnert, wird vielmehr zugeben müssen, dass es kaum eine Uebertreibung ist, wenn ich sage: kein Mensch in Deutschland hat damals diese offizielle Begründung der eigenen Regierung geglaubt. Man hat sie ganz allgemein auf eine Stufe gestellt mit den französischen Erklärungen für die Notwendigkeit des Zuges nach Fez, mit den wiederholten Beteuerungen, die „Souveränität" des Sultans respektieren zu wollen, und den übrigen, in solchen Fällen leider üblichen offiziellen Lügen. Die einen haben gemeint, die Entsendung des Panther habe die Bedeutung eines demonstrativen Aktes, der Deutschlands ernsten Anspruch bei Regelung der Marokkoaffäre ein Wort mitzureden, bekunden sollte (— und so ungefähr stellt ja jetzt auch die Regierung ihre Absicht dar); die anderen aber (und das war nach meinen Beobachtungen die ungeheure Mehrheit, auch in Deutschland) haben auch an diese mildere Auffassung nicht glauben wollen, sondern haben fest angenommen, die Aktion von Agadir sei die Ankündigung von Anexions-Ansprüchen und die Einleitung zur Erwerbung eines Landbesitzes in Südwest-Marokko. Die einen jubelten dieser energischen Kolonialpolitik zu, die anderen fanden sie höchst bedenklich, aber einig waren eigentlich beide Teile darin, daß das Vorgehen der deutschen Regierung anders nicht zu verstehen sei.

Die Regierung ist dem wohl entgegengetreten, aber nicht mit solcher Entschiedenheit, daß ihr Widerspruch überzeugend gewesen wäre. Als man nachher erkannte, daß an eine Landerwerbung in Marokko tatsächlich nicht zu denken sei, sondern nur an wirtschaftliche Garantien und an Kompensationen am Kongo, auch da hat man in Deutschland ganz allgemein angenommen, die deutsche Regierung sei nur vor englischem Einspruch zurückgewichen und die Behauptung, es sei von Anfang an nichts anderes geplant gewesen, stieß überall auf Unglauben: „Wenn man sonst nichts wollte, hätte man doch nicht den Panther nach Agadir geschickt!" So sagten damals nicht nur in Versammlungen und Presse die Alldeutschen, sondern so habe ich unter vier Augen eigentlich jeden, zu welcher Partei er auch gehörte, sagen hören. Aus diesen Voraussetzungen sind ja die Ausschreitungen der deutschen Chauvinisten und die Ausbrüche der Erbitterung gegen England, ebenso aber auch die herben Kritiken besonnener Friedensfreunde erst zu erklären. Die einen waren entrüstet über das „schimpfliche" Zurückweichen vor englischen Drohungen; die anderen tadelten, daß die deutsche Regierung den ersten auffallenden Schritt getan hatte, ohne das Terrain erkundet und sich der Neutralität Englands versichert zu haben. Beide Teile aber schoben so gut wie einmütig die offizielle Erklärung über die Bedeutung der „Panther"-Sendung und über die ursprünglichen Absichten der deutschen Regierung beiseite, so, als ob sie gar nicht vorhanden wäre, oder als ob ihre Unglaubwürdigkeit nicht erst erwiesen zu werden brauchte. Ich habe wenigstens diese Erfahrung immer wieder und in den verschiedensten Kreisen gemacht.

Wenn man so in Deutschland dachte, kann man dann der englischen Regierung einen Vorwurf daraus machen, daß sie der offiziellen Motivierung für die Demonstration von Agadir keinen Glauben beimaß?

Damit ist noch nicht genügend erklärt — geschweige denn gerechtfertigt —, daß Lloyd George (sonst einer der Vertreter der Friedenspolitik im englischen Kabinett und ein Förderer gerade auch deutsch-englischen Einvernehmens!) dazu kommen konnte, seinen gefährlichen und provozierenden Alarmruf auszustoßen. Aber ein wenig anders und ruhiger wird doch das Urteil über englische Unfreundlichkeiten der Vergangenheit ausfallen, wenn man sich erinnert, daß sie von Voraussetzungen ausgingen, die nicht böswillige englische Erfindung oder Verleumdung waren, sondern die die englische Regierung mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes selbst — im Unglauben gegenüber offiziellen Erklärungen der deutschen Regierung — geteilt hat.

Ueber den deutschen Flotten-Verein.

Aus dem Briefe eines höheren deutschen Militärs.

„Besten Dank für das übersandte Heft für Friedensbewegung. Ich habe auch insofern für dieselbe etwas getan, als ich in zwei Zeitungen gegen die Aufhetzung des Flottenvereins einen kleinen Artikel losgelassen habe.

Ich lege Ihnen die Zeitungsausschnitte bei. Es wäre gut, wenn aus dem Inhalt noch mehr Kapital geschlagen würde gegen eine derartige Verhetzung, d. h. recht viele Zeitungen ähnliche Notizen brächten.

Die Faberschen Enthüllungen sollten nicht überschätzt werden. Zunächst sprechen sie von einem Ueberfall durch Deutschland. Das gefiel in England nicht. Es fand sich ein Blatt, ich glaube Observer, das die Sache zum Teil umdrehte, d. h. hinzufügte, England hätte die Absicht, Deutschland zu überfallen; es blieb aber der Zustand der englischen Flotte, die Torpedoschutznetze ausgebracht hatte und nicht gesammelt, sondern geteilt an drei Stellen lag. Es war ein Armeehauptmann, der zum Nutzen der Armee sprach

und die konkurrierende Marine herabsetzte. Im übrigen habe ich mir die Ansicht gebildet, daß jenseits und diesseits durchaus der Friede gewollt wurde und, wenn man will, mit Bluff gearbeitet wurde. Als die Franzosen ernsthafter an die Hilfe Englands mit 150 000 Mann appellierten, hieß es, die Marine könne, so lange eine deutsche Flotte existiere (fleet in beeing), die Sicherheit des Truppentransports nicht garantieren. So steht es zwischen den Zeilen zu lesen, im Naval und Military Record. Das war der kalte Wasserstrahl, der Frankreich zu solchen Konzessionen bewegte, mit denen wir uns zufrieden erklären konnten und England einen Krieg ersparte. Ich werde in dieser Auffassung durch den Wechsel im englischen Marineministerium bestärkt, den ich für eine Verbeugung gegen Frankreich auffasse. Durch die Zeitungen ging, die Ansichten, ob man Frankreich helfen solle oder nicht, seien im Gesamtministerium geteilt gewesen. Lloyd George und Churchill seien für Helfen gewesen. Daß die englische Marine nicht imstande gewesen sein soll, englische Truppentransporte von der englischen bis zur französischen Küste zu sichern, glaubt man mit Recht in Frankreich nicht. Für diese paar Stunden lag gar keine Gefährdung vor. Auch Lord Beresfords Drohung mit einem Buch „Der große Verrat" ist für mich ein Zeichen, daß ich mit meiner Auffassung Recht habe, daß Grey Frankreich nur mit Demonstrationen — Reise des General French usw. —, nicht aber mit den Waffen stützen wollte. Natürlich durfte Grey dies nicht sagen, und hätten wir Agadir als Stützpunkt verlangt, so wäre die Sache ganz anders gewesen, weil eine Bedrohung der englischen Schifffahrtsroute Cap—England in Frage kam. Das ist meine Ansicht. Nun ist das Bluffen vorbei, und sollte man die Gelegenheit wahrnehmen, zu einem wirklich freundschaftlichen Verhältnis zu kommen. Das kann aber nur zustande kommen, wenn nicht immer Unruhe durch Rüstungen à la Flottenverein hineingebracht wird. Schon aus diesem Grunde muß dem Verein entgegengearbeitet werden, abgesehen davon, daß sein Standpunkt ein ganz einseitiger ist."

Eine Rede des Baron de Forest im englischen Unterhaus.

Die Unterhausdebatte über die auswärtige Politik am 15. Dezember hat der englischen Oeffentlichkeit mit dem glänzenden Maidenspeech des Barons de Forest eine große Ueberraschung gebracht. Die Blätter aller Parteien heben den tiefen Eindruck hervor, den diese Rede, selbst auf die Gegner, gemacht hat. Sie wurde in den Couloris eifrig besprochen; Sir Edward Grey spielte in seiner Erwiderung anerkennend darauf an und der irische Abgeordnete und Staatsrechtslehrer Mab Neill sagte, manche Stellen daraus wären eines Edmund Burke würdig gewesen.

Wir lassen hier (nach dem Official Report, Band 32 Nr. 168) einige Zitate daraus folgen:

. . . „Aus der Rede, die wir vor drei Wochen hier vom Staatssekretär des Auswärtigen gehört haben, ging deutlich hervor, daß unser Land und Europa im Laufe des vergangenen Sommers am Rande eines Krieges standen, und zwar infolge eines Kampfes zwischen Deutschland und Frankreich um die politische Vorherrschaft in Marokko. So hätte denn unser Land jeden Augenblick in einen Krieg getrieben werden können, über dessen Grund und Ursache unter tausend Menschen kaum einer etwas gewußt hätte, obschon Tausende, ja Millionen Leute mobilisiert worden waren, um sich hier und in anderen Ländern gegenseitig abzuschlachten. Es will mir scheinen, daß keinerlei Versuch gemacht worden ist, die Leute aufzuklären, welches die Interessen seien, die sie hätten verteidigen sollen.

Wenn ich mich recht erinnere, sagte der Staatssekretär, er denke, daß in einigen Jahren die aus den deutsch-französischen Verhandlungen resultierende Bilanz von Verlust und Gewinn den Diplomaten von sehr geringer Bedeutung erscheinen werden. Ich gehe weiter und meine, daß schon heute jenes Saldo gar vielen Leuten sehr wenig wichtig erscheint. Man begreift, glaube ich, nicht genügend, wie verschieden der Bewertungsmaßstab dieser Dinge bei den Diplomaten und bei den großen Massen des Volkes ist. Der Diplomat ist gewohnt, sich stets im Kampf befindlich mit der Diplomatie anderer Länder zu betrachten und seine Beschäftigung als ein Geschicklichkeitsspiel zu betreiben. Erfolg in dem Spiele erscheint ihm als das wichtigste, und unseligerweise, wenn das Spiel mißlingt, und wenn die beiden Teile zu einem toten Punkt gelangt sind, dann müssen die finanziellen Hilfsquellen und die Menschenleben, die beiden Sünder, herhalten, um zu erreichen, was den Diplomaten nicht gelungen ist. Jeder Abgeordnete, der mit seiner Wählerschaft in Berührung kommt, muß empfinden, daß man in weiten Kreisen des Volkes mit diesem Stand der Dinge mit wachsender Ungeduld erfüllt ist. Die Demokraten protestieren dagegen, als die Schachfiguren der Diplomatie behandelt zu werden, und ich denke, daß sie bald fordern werden, wenn sie schon das Risiko unheilbarer Kriege und ihrer unheilvollen Folgen tragen sollen, daß dies nur für wirkliche Vorteile geschehe. Man beginnt an diesen Vorteilen zu zweifeln, man fragt sich, ob diese diplomatischen Siege wirklichen Ge-

winn und die Niederlagen wirklichen Verlust bringen und ob das Spiel die Kerze wert ist: Nehmen wir die Marokkoverhandlungen. Das Ergebnis ist, daß Frankreich politische Vorherrschaft in Marokko und Deutschland als Entschädigung einen Distrikt im Kongoland erhalten hat. Dies sind die Gewinne und Verluste, die in der Sprache der Diplomatie einander das Gleichgewicht halten sollen. Aber die Frage ist nicht, ob sich diese Gewinne und Verluste balanzieren, sondern ob es tatsächlich überhaupt Gewinne und Verluste sind. Ich gebe zu: Frankreich wird den Vorteil wichtiger strategischer Stützpunkte haben; die militärische Kraft Frankreichs wird erhöht sein. Aber dies ist doch kaum als ein Gewinn an sich zu betrachten. Wir sehen heutzutage die militärische Kraft nicht als ein seiner selbst willen zu erstrebendes Gut an; und daß eine Nation ihre Heeresmacht dazu benützen soll, um lediglich die Heeresmacht weiter zu stärken — und so ins Unendliche — das erscheint mir als ein sehr absurdes Ziel. Sie muß, um wertvoll zu sein, das Mittel zu einem Zweck darstellen.

Und so kommt es, daß wir als einzige Ursachen, die die Völker zum Krieg drängen können, jene ökonomischen Interessen annehmen, von denen man so viel hört, und jene großen wirtschaftlichen Vorteile, die den Völkern angeblich erwachsen, wenn es der Regierung gelungen ist, den territorialen Besitz auszudehnen. Es gibt eine rege vielverbreitete Vorstellung, daß der Erwerb neuer Gebiete durch den Staat eine Bereicherung der Bürger dieses Staates bedeutet. Man sagt: Frankreich besitzt Algier oder Deutschland besitzt Kamerun; aber unter dem Regime von Privatbesitz haben ja die großen Massen des französischen und des deutschen Volkes keinerlei Anteil an dem Besitz jener Gebiete. Der Besitz wird nur in die Hände einiger Individuen oder einiger Gruppen von Individuen gelegt. Gewiß werden in Marokko französischen Syndikaten und in Deutschland deutschen Firmen Konzessionen erteilt werden, aber diese Firmen und Syndikate geben keinen nennenswerten Teil der Bevölkerungen ab. Es ist daher eine Albernheit, daß das Wohl einer ganzen Nation wegen ein paar Konzessionäre gefährdet sei. Es ist albern und wäre unmöglich, ohne diesen so eifrig verbreiteten und so allgemein angenommenen Glauben, daß in irgendeiner geheimnisvollen Weise die Interessen einer französischen Firma mit den Interessen des französischen Volkes unlöslich verwoben seien.

Was ist aber die Tatsache? Die Nationalität der Mitglieder jener Syndikate mögen Franzosen oder Deutsche sein, das in den Konzessionen investierte Kapital ist durchaus international; es gehört den Industrien der ganzen Welt an. Wenn sich die Konzessionen in Aktiengesellschaften umwandeln, so kann jedes Individuum aus jeder Nationalität Aktien kaufen.

Man sagt ferner, daß die Annektierung neuer Gebiete auch den Vorteil habe, daß die Staaten damit den Boden vermehren, auf dem sie ihren Handel ausbreiten und wo ihre Bürger zollfrei einkaufen und verkaufen können. Wenn dem so ist, und wenn die Regierungen wirklich glauben, daß ihre Bürger durch die größere Ausdehnung zollfreier Gebiete gewinnen (was in der Tat der Fall ist), warum heben sie nicht die Zölle auf? Warum tun sie es nicht? Da handelt es sich wieder, meine ich, um Konzessionen; sie wollen eben nur noch neue Privilegien für ein paar bevorzugte Individuen erwerben. Ich glaube, das Geheimnis dieser ganzen Sache ist dieser internationale Wunsch, Gebietserweiterung auf Kosten anderer Nationen zu erlangen. In allen Ländern dient die ganze Maschinerie des Staates, die Land- u. Seemacht des Staates dazu, jene Privilegien zu sichern, die nur einigen Wenigen zugute kommen und in den meisten Fällen den Vielen Schaden bringen, da sie mit ihrem Geld und schließlich mit ihrem Leben aufrechterhalten werden müssen. Ueberall wo Privilegien geschaffen werden, werden zugleich Streitursachen geschaffen. Die Interessen der privilegierten Bürger einer Nation befinden sich im Gegensatz zu den Interessen der privilegierten Bürger einer anderen Nation. Und sofort gibt es einen Appell an das nationale Vorurteil. Jede Nation hält ihre nationalen Interessen für gefährdet, und die Massen auf beiden Seiten, die am Streite tatsächlich nicht das geringste Interesse haben, werden gegenseitig an die Gurgel gehetzt wegen einiger Leute, mit denen sie weniger gemein haben, als miteinander, und die nur versuchen, sie im Kriege auszubeuten, wie sie dies in vielen Fällen im Frieden tun.

Gar manche aus den europäischen Wählerschaften fangen schon an, dies zu begreifen. Sie sehen langsam ein, daß diese internationalen Differenzen nicht zwischen Nationen, sondern zwischen Individuen bestehen, die die Nationen nur für ihre eigenen Zwecke ausnützen. Ich habe selber in Oesterreich einen Volksaufruhr gesehen, der durch den Druck der Zölle verursacht war.

. . . Ich finde, daß es wirklich nötig wäre, in dieser Sache eine Aktion zu entrieren. Eine Regierung muß den ersten Schritt machen, und welche von allen Regierungen der Welt wäre hierzu geeigneter als unsere Freihandelsregierung? Wir hier sind Freihändler, und das Wesen unseres Glaubens, die Grundlage unserer Politik, erfordert die Anerkennung der Tatsache, daß es überall zwischen Konsumenten und Produzenten keine Interessengegensätze, sondern absolute Interessengemeinschaft gibt. Wir verurteilen Privilegien und Privilegiensuchen. Wir passen unsere fiskalische Politik den Bedürfnissen der Vielen und nicht der Wenigen

an. Wir sollten uns an das Volk selber wenden. Würde man das Volk mehr ins Vertrauen ziehen, so würde es nicht mehr lange sich bereit finden, seine eigenen Interessen für ein paar Individuen, die zufällig derselben Nation angehören, beiseite zu setzen. Würden die Karten auf den Tisch gelegt, so bin ich überzeugt, daß dieses Spiel der internationalen Konflikte bald aufhören würde, und es wäre höchste Zeit dazu. Denn das Spiel ist zu gewagt — es kann einigen Vorteil für Konzessionäre bringen und einige Konzessionen für das Land, aber es ist ein Spiel, bei dem das Volk dauernd verliert."

Das Arbeitsprogramm der Carnegiestiftung.

(Eigener Bericht.)

New York, 19. Dezember 1911.

Es hat ein volles Jahr gebraucht, um die vor 12 Monaten allgemein gestellte Frage: welchen Gebrauch können die Kuratorien von Mr. Carnegies Zehn-Millionen-Dollar-Spende zur Beförderung des Weltfriedens von den jährlichen Zinsen von 500 000 $ machen?

Am 14. Dezember 1910 versammelte Mr. Carnegie seine 28 Kuratoren in Washington und übergab ihnen die 10 000 000 $ in Prioritätsobligationen der „United States Steel Corporation". Am 14. Dezember 1911 versammelten sich die Kuratoren zu ihrer ersten Jahresversammlung in Washington und verhandelten über die Vorschläge, die ihnen durch ihr Exekutivkomitee und ihre administrativen Beamten zur Verwendung der Zinsen des Kapitals gemacht worden waren.

Es wurde ein Budget angenommen, welches für das am 1. Juli 1912 beginnende Amtsjahr eine Ausgabe von 487 270 $ gestattet. Bei der Entscheidung über Subventionen waren die Kuratorien genötigt, sowohl manche der ihnen gemachten Vorschläge und Andeutungen ganz abzuweisen und Beträge, die zur Beförderung mancher würdigen Zwecke verlangt worden waren, wesentlich herabzusetzen. Zwischen dem 14. Dezember 1910 und dem 9. März 1911 beschäftigten sich die Kuratoren mit der Ausgestaltung ihrer Organisation. Ein Gesetz für die Inkorporation der Carnegie-Stiftung zur Beförderung des Weltfriedens ist beim Kongreß anhängig, und bis entscheidende Schritte in bezug auf diese Maßnahme getroffen werden, führen die Kuratoren ihr Werk als noch nicht offiziell bestätigte Körperschaft fort. Am 8. März 1911 wurde die ständige Form der Organisation beschlossen, Zusätze wurden angenommen und die Beamten gewählt. Die Aufgabe, einen Plan für die Stiftungsarbeit zu entwickeln, wurde einem aus folgenden Mitgliedern bestehenden Exekutivkomitee anvertraut: Senator Elihu Root, Präsident der Columbia-Universität Nicolas Murray Butler, Ex-Staatssekretär John W. Foster, Ex-Gouverneur von Virginia Andrew J. Montague und Dr. Henry S. Pritchett, Präsident der Carnegie-Stiftung; Prof. James Brown Scott, Anwalt am Staats-Departement zu Washington D. C. und Charlemagne Tower, ehem. Botschafter in Deutschland.

Vier Hauptgrundsätze wurden einstimmig beschlossen:

1. Daß es nicht gut für die Carnegie-Stiftung wäre, mit bereits bestehenden Einrichtungen in Wettbewerb zu treten, oder sie durch direkte eigene Tätigkeit zu verdrängen, sondern eher den bestehenden Organisationen, die etwas zu leisten imstande wären, eine größere Wirkungsmöglichkeit zu verleihen und zwischen den verschiedenen, aber gleichen Zwecken dienenden Körperschaften engere systematischere Beziehungen herzustellen.

2. Daß ein großer Teil der Arbeit der Stiftung in anderen Ländern als in den Vereinigten Staaten geleistet werden müsse, da jener wahrhafte Fortschritt in der Richtung einer ständigen Dauer des Weltfriedens ein allgemeiner sein müsse.

3. Daß es bei der Ausführung der Stiftungsarbeit in anderen Ländern, und besonders in Europa, von wesentlichem Interesse sei, daß die Stiftung nicht als eine amerikanische Mission, die die Völker anderer Länder lehren wolle, wie sie ihre Angelegenheiten führen sollten, aufgefaßt werde; sondern daß sie eher den Vereinigungen und Individuen aller Länder, welche an der Arbeit zur Beförderung des Friedens interessiert sind, beistehen und die öffentliche Meinung zur Unterstützung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit als Mittel, internationale Streitigkeiten zu regeln, entwickeln solle.

4. Daß die Seite, auf welcher das allgemeine Friedenswerk Erstarkung benötige, jene sei, in welcher die Stimmung für den Frieden in unmittelbare Berührung mit den Schwierigkeiten und konkreten Problemen des internationalen Verkehrs in der Praxis käme. Beides zu vereinigen erfordere Kenntnis der praktischen Seite des internationalen Lebens; und um auf diesem Gebiete irgendwelche Fortschritte zu erzielen, sei es nötig, die Dienste wirklich kompetenter Männer anzuwerben, damit diese die wissenschaftliche Forschung weiterführen und endgültige und maßgebende Beschlüsse fassen, die dann zur Grundlage der pazifistischen Erziehung und Argumentation gemacht werden könnten, womit an die mit der Führung der internationalen Angelegenheiten betrauten Männer der Praxis heranzutreten sein wird.

Nach der Einigung über diese Grundsätze schritt das Exekutiv-Komitee zur Festsetzung der drei Abteilungen des Werkes, einer Abteilung für Propaganda und Erziehung, einer Abteilung für Völkerrecht und einer Abteilung für Nationalökonomie und

Geschichte. Die Hauptaufgaben dieser Abteilungen scheinen in ihrem Namen genügend ausgedrückt zu sein.

Die Abteilung für Völkerrecht unter der Leitung von James Brown Scott hat eine Anzahl wichtiger Pläne ins Auge gefaßt. Prof. John Bassett Moore (Columbia-Universität) wurde eingeladen, die Vorbereitung und Veröffentlichung einer Sammlung aller bekannten Fälle der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu übernehmen. Dieser Plan faßt die Festsetzung einer Grundlage für künftige Schiedsgerichtsfälle ins Auge, ähnlich der Serie von Berichten über juridische Fälle an den englischen und unseren eigenen National- und Staatsgerichtshöfen. Er will die Richter und Anwälte mit einer Reihe sorgfältig herausgegebener maßgebender Entscheidungen versorgen, welche in das Vorgehen internationaler Rechtsprechung die Einführung derselben Grundsätze von Präzedenz- und Autoritätsfällen ermöglichen könnte, wie sie an den verschiedenen internationalen Gerichten herrschend sind. Diese Abteilung hat auch die Sammlung und Veröffentlichung aller bekannten Schiedsverträge übernommen.

Die Abteilung wird die Mitarbeit und den Beistand des „Institut du Droit international" anstreben. Diese wichtige Körperschaft besteht seit 1873, und unter ihren Mitgliedern befinden sich die hervorragendsten lebenden Vetreter des Völkerrechts.

Im Sommer 1913 wird die Abteilung bei der Errichtung und Durchführung eines Sommerkursus für Völkerrecht, der im Friedenspalast im Haag abgehalten werden soll, behilflich sein. Man erhofft von diesem einen bedeutenden Fortschritt in der Klärung der Kenntnisse über viele Grundfragen des Völkerrechts, da die führenden Geister auf diesem Gebiet von den verschiedensten Völkern der Welt eingeladen werden sollen, Vorlesungen zu halten und Seminare zu leiten.

Die Abteilung wird auch den gut eingeführten Zeitschriften für Völkerrecht aus der ganzen Welt ihren Beistand leihen und ihnen helfen, noch vermehrten Einfluß zu gewinnen und ihre Verbreitung auszudehnen.

Studium der Kriegsursachen.

Die Abteilung für Nationalökonomie und Geschichte unter der Leitung von Prof. John Bates Clark hat schon ein gutes Stück Arbeit geleistet mit der Formulierung eines Programms für wissenschaftliche Erforschung der historischen und wirtschaftlichen Ursachen der Kriege im Hinblick auf ihre zukünftige Verhinderung. Im vergangenen August berief diese Abteilung in Bern eine aus 22 der führenden Nationalökonomen und Journalisten der ganzen Welt bestehende Konferenz ein, und diese in Unterabteilungen arbeitende Konferenz nahm nach fast zweiwöchentlicher Sitzungsdauer das gründlichste und ausgedehnteste Programm an, das jemals auf diesem Gebiete auch nur angedeutet worden war. Der Bericht des Abteilungsdirektors zeigt ganz deutlich, was eigentlich beabsichtigt ist. Die Mitarbeit von Nationalökonomen von ganz Europa, Südamerika und Asien wird angestrebt werden. Unter den Vertretern der Volkswirtschaftslehre hat dieses Unternehmen große Begeisterung erweckt.

Das Programm der in Angriff zu nehmenden Probleme umfaßt Fragen von ausnehmend praktischen Interessen, wie internationale Anleihen; die Beziehungen der Gläubiger- zu den Schuldnerstaaten; den Nutzen der Anleihen zur Gewinnung von Einfluß über andere Staaten; die Stellung der organisierten Friedensarbeit und der Sozialisten in der Kriegs- und Rüstungsfrage; die volkswirtschaftliche Wirkung des Kaperrechts und seinen Einfluß auf die Entwicklung des Seewesens; die Wirkung des Krieges auf die Nahrungs- und Rohmaterialienversorgung der Welt mit besonderer Beziehung auf jene Staaten, die auf die Hilfe anderer Länder in dieser Richtung hervorragend angewiesen sind; den Einfluß des Krieges und der Kriegsmöglichkeit auf die Schutzzollpolitik, auf Bank- und Geldfuß; den Einfluß der Politik der offenen Tür auf Krieg und Frieden; die Rüstungslasten in neuerer Zeit; das Verhältnis der Militär- zu den Zivilausgaben und Pensionen und noch viele mannigfache Themen dieser Art.

Die Abteilung für Propaganda und Erziehung,

welche unter die Leitung des Präsidenten Butler (Columbia-Universität) gestellt wurde, hat das ganze Gebiet der Propaganda, der Publikation, der internationalen Verständigung und der Erziehung der öffentlichen Meinung im Hinblick auf die ständige Einrichtung freundlicher internationaler Beziehungen im Auge. Die Kuratoren haben beschlossen, daß, so weit es sich um die Propaganda in den Vereinigten Staaten handelt, die Abteilung so geführt werden soll, daß sie die amerikanische „Peace Society", die älteste und bemerkenswerteste Friedensorganisation in unserem Lande, unterstützt, das Werk, das bis jetzt wegen Mangel an Kapital und teils durch Vergeudung von Kräften durch die Verteilung auf mehr oder weniger in dasselbe Gebiet gehörigen Vereinigungen sehr wesentlich eingeschränkt war, zu vereinigen und weiterzuführen. Die amerikanische „Peace Society" soll sich dabei so organisieren, daß sie wirklich Vertreterin der verschiedenen mit ihr verknüpften lokalen Friedensgesellschaften werde.

Das spezielle Werk, das von der Vereinigung für internationale Verständigung sowohl in diesem Lande als in Europa geleistet werden soll, wird wie bisher weitergeführt werden, da es ganz abseits von dem, von den eigentlichen Friedensgesellschaften bearbeiteten Gebiete liegt.

Das Werk wird in den europäischen Ländern durch ein in Paris befindliches europäisches Bureau und Sekretariat und unter der allgemeinen Oberaufsicht und dem Beirat einer beratenden Körperschaft aus einigen 40 der hervorragendsten europäischen Staatsmänner und Publizisten geführt werden. Unter den Mitgliedern des Rats befinden sich Graf Apponyi aus Ungarn, Lord Avebury, Lord Courtney, Lord Morley und Lord Weardale aus Großbritannien; MM. Beernaert aus Belgien und Leon Bourgeois, Baron d'Estournelles de Constant, Passy und Richet aus Frankreich; Prof. Förster und Zorn aus Deutschland; Prof. Lammasch und Baronin v. Suttner aus Oesterreich und anderen fast ebenso bekannten Persönlichkeiten. Zwei der hervorragendsten europäischen Vertreter der Arbeiterpartei haben die Einladung, in die beratende Körperschaft einzutreten, schon angenommen; so Mr. Thomas Burt, der seit 1865 Sekretär der „Northumberland Miners' Mutual Provident Association" und seit 1874 Mitglied des Unterhauses ist, und James Ramsay Macdonald, seit 1890 Sekretär der „Labor Party" und gegenwärtig Führer der Arbeiterpartei im Unterhaus. Rußland wird durch Efremoff, einem Dumamitglied und den Grafen Kamarowski, Professor des Völkerrechts an der Universität Moskau, vertreten. Graf Okuma vertritt Japan. Baron d'Estournelles de Constant wird als Präsident der beratenden Körperschaft fungieren. Sekretär für Europa wird der durch seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit in der Friedens- und Schiedsgerichtsfrage bekannte Herr Prudhommeaux sein.

Die Propagandaarbeit in Europa wird von dem ständigen internationalen Friedensbureau in Bern mit Hilfe von Subventionen aus der Carnegie-Stiftung geführt werden. Dieses Bureau, das seit 1889 besteht, ist eine internationale Vereinigung, der die Friedensgesellschaften der ganzen Welt angehören und die sie miteinander verbindet. Es erhielt voriges Jahr den Nobelpreis.

Auch die wichtige Arbeit des unter der Leitung von Herrn La Fontaine in Brüssel geführten „Office centrale des Institutions internationales" wird gefördert und unterstützt werden. Die für den Frieden und die Schiedsgerichtsbarkeit arbeitenden führenden europäischen Zeitschriften werden finanzielle Förderung erfahren. Spezialkorrespondenten dieser Abteilung wurden in wichtigen Zentren, wie Paris, London, Berlin, Wien und Tokio, ernannt, und durch sie wird die Abteilung in genauer Kenntnis der Fortschritte der Bewegung in bezug auf die öffentliche Meinung der ganzen Welt erhalten werden, soweit sie auf internationale Angelegenheiten und alle jene Dinge bezugnehmen, zu deren Förderung die Stiftung gegründet wurde.

Wichtige Einzelzüge der Arbeit dieser Abteilung werden die Bemühungen bilden, engere und bessere Beziehungen zwischen den intellektuellen Klassen der südamerikanischen Völker und der Vereinigten Staaten, sowie Japans und der Vereinigten Staaten herzustellen. Dies ist hauptsächlich in Bezug auf Südamerika wichtig, mit welchem bis jetzt nur Handels- oder ganz äußerliche diplomatische Beziehungen gepflegt wurden. Es wird ein Austausch von Professoren und Publizisten Südamerikas und der Vereinigten Staaten gleich dem Professorenaustausch mit Deutschland, der schon so wichtige Resultate zutage gefördert hat, eingerichtet werden. Die ersten näheren Bestimmungen werden wahrscheinlich rechtzeitig genug getroffen werden, um das Unternehmen im Herbst 1912 ins Leben treten zu lassen. Auch für Japan ist eine ähnliche Einrichtung geplant und als Erwiderung von Dr. Nitobes Besuch in unserem Lande wird ein amerikanischer Gelehrter für das Studienjahr 1912/13 nach Japan geschickt werden.

Die Abteilung wird auch gelegentliche internationale Besuche der hervorragendsten Vertreter der Bewegung veranlassen und fördern. Die ausgezeichneten Resultate, die vergangenes Jahr die Folge des Besuchs des Grafen Apponyi und des Barons d'Estournelles de Constant waren, beweisen den Wert eines derartigen Plans. Dr. Charles W. Eliot, dessen Reise unglücklicherweise durch seine Erkrankung in Ceylon abgebrochen wurde, wird hoffentlich seine Tour durch China und Japan zur Unterstützung der Ideenrichtung, zu deren Förderung die Stiftung gegründet wurde, fortsetzen können.

Es ist daher klar, daß die Kuratoren ihr Werk in allen Weltteilen durch weitverzweigte Geschäftsstellen und durch mannigfaltige Betätigung führen werden. Noch nie ist das Werk der Friedenspropaganda in so wissenschaftlicher und zugleich in einer dem Völkerverbrüderungsgedanken des Evangeliums so nahekommender Weise betrieben worden, und noch nie gab es so entscheidende Bemühungen, die dahin gehen, die idealen Seiten und praktisch wirksamen Kräfte der Welt auf Grundlage offenkundiger volkswirtschaftlicher und historischer Wahrheiten zur Beförderung des Weltfriedens und zwecks des Ersatzes der Kriege durch ein internationales Gerichtsverfahren in gemeinsamer Arbeit zu verbinden. Die Kuratoren sind sich der Größe ihrer Aufgabe durchaus bewußt und geben sich auch keinen Illusionen hin über alle aktiven und passiven Widerstände, denen sie begegnen werden. Sie sind jedoch voll Zuversicht, daß die von ihnen formulierten Pläne klug, edel und praktisch sind, und daß im Verlauf der Jahre ihr Appell an das aufgeklärte Gewissen und die Intelligenz der Kulturvölker von Erfolg begleitet sein wird.

Die Pflicht der Professoren.

Zu neuerlichen Aeußerungen der Professoren Delbrück und Zorn.

Von O. Umfrid, Stuttgart.

Das Wort der Professoren ist in Ehren gehalten worden von der Zeit an, da die Schüler des Pythagoras sich dafür, daß sie keine Bohnen aßen, einfach darauf berufen haben, daß der Meister es verboten habe, und mit ihrem autos epha die Streitfrage für abgeschlossen erklärte, bis auf die Jetztzeit da deutsche Studenten das „in verba magistri jurare" noch immer für berechtigt und beweisend halten. Ich verstehe sehr wohl, daß der Durchschnittsdeutsche im allgemeinen in seinen Universitätsprofessoren die Elite der Nation bewundert und auch in politischen Fragen sich gern von denen leiten läßt, die Kraft ihrer Geistesschärfe imstande sind, die Politik zur Wissenschaft zu machen. Ich suche mich auch in die Tatsache zu finden, daß ein namenloser Schriftsteller ohne Esprit- u. ohne Magnesiagefunkel in der Darstellung nicht zu Worte kommt und überall nur an verschlossene Türen klopft, auch wenn er sich bewußt ist, Tüchtiges und Lebenweckendes sagen zu können.

Ich glaube aber, daß auch von den Professoren das bekannte Noblesse oblige gilt, und daß sie im Gedanken an das große Auditorium, das innerhalb und außerhalb des deutschen Vaterlandes auf sie lauscht, sich größter Vorsicht zu befleißigen hätten. Diese Vorsicht vermisse ich nun leider sowohl bei Professor Delbrück, dem Herausgeber der preußischen Jahrbücher, als bei Geheimrat Zorn, dem deutschen Delegierten auf der ersten Haager Konferenz, in den Kundgebungen, zu denen sie sich in letzter Zeit hinsichtlich der deutsch-englischen Beziehungen veranlaßt sahen. Professor Delbrück hat einem Interviewer der Daily Mail gegenüber von der Ansicht gewisser Kreise in Deutschland gesprochen, die ein Gesetz verlangten, wonach jeder englische Seesoldat, der in dem ohne Kriegserklärung ausbrechenden Zukunftskrieg gefangen genommen würde, als Seeräuber durch den Strang gerichtet werden sollte. Von diesen liebenswürdigen Absichten hat er ausgerechnet gegenüber einem Vertreter der Daily Mail gesprochen, obwohl er ja so gut wie wir die deutsch-feindliche Stellung dieses Blattes im voraus kannte. Er hat sich daher — meines Erachtens nachher ohne Grund — darüber verwundert, daß die Daily Mail ihm selbst die Ansicht von dem Henken englischer Soldaten imputierte, während er doch nur von solchen erzählte, welche ihrer Wut in dieser Weise Ausdruck gaben. Das hastige Dementi, das Professor Delbrück nun der Daily Mail entgegensetzte, hilft ihm selbstverständlich nichts. Wer heißt ihn, dem Vertreter einer ausländischen, deutsch-feindlichen Presse gegenüber, so den Teufel der germanischen Verbitterung an die Wand zu malen? Damit wird Haß gesät und daraus ist noch niemals eine gute Frucht gekommen. Wie sollen denn die Engländer in ein verträgliches Verhältnis zu Deutschland kommen, wenn sie vernehmen, daß dort Leute sind, die darauf brennen, die Soldaten, die unter dem Union Jack kämpfend, nichts als ihre Pflicht erfüllen, als Seeräuber zu behandeln und dem Galgen zuzuführen? Und ist denn das, was die Engländer uns getan haben, tatsächlich so unerhört, so unmoralisch und piratenmäßig frech gewesen, daß dafür allein die Drohung mit dem Galgen als die rechte Antwort hätte gelten können? Die englische Flotte, sagt man uns, habe uns im letzten Sommer überfallen wollen. Die Engländer selbst erklären dies für eine frei erfundene Legende. In Deutschland wird es trotzdem allgemein geglaubt. Nehmen wir einen Augenblick an, das Foreign Office habe wirklich den ihm zugeschriebenen Ueberfall geplant, so hat es damit nichts anderes getan, als was Friedrich der Große tat, als er den siebenjährigen Krieg eröffnete, nichts anderes, als was der große Moltke riet, als er anno 1875 den Präventivkrieg gegen Frankreich empfahl. Daher ist die Entrüstung unserer Anglophoben ungefähr ebensoviel wert, wie die Entrüstung Götz von Berlichingens über die Bosheit des Bischofs von Bamberg und umgekehrt.

Fast noch schmerzlicher als durch die patriotischen Herzensergüsse Delbrücks wurde ich durch die scheinbar so gehaltenen und ruhig abwägenden Ausführungen des Geheimrats Zorn in der Kölnischen Zeitung vom 30. Dezember berührt. Die scharfe Kritik, die Zorn der englischen Politik angedeihen läßt, scheint um so schwerer ins Gewicht zu fallen, als er im Anfang seines Artikels dem Geiste des Brudervolkes gerecht zu werden sucht, und insbesondere die religiöse Begründung des englischen Friedensstrebens in warm empfundenen Worten würdigt. Um so trüber muß es stimmen, wenn man in den weiteren Darlegungen des berühmten Juristen der völligen Verständnislosigkeit gegenüber England, ja einer geradezu erstaunlichen Unfähigkeit, sich in die englische Volksseele hineinzudenken, begegnet. „Was wir nicht verstehen", schreibt Geheimrat Zorn, „ist das Verhalten Englands. Der Gedanke an die Möglichkeit, daß, während unser Kaiser friedlich in den norwegischen Gewässern Ruhe und Erholung suchte, und am Sognefjord als Mensch unter Menschen der Schönheit der norwegischen Landschaft sich freute, daß in dieser Zeit englische Schiffe in Bereitschaft lagen, um die deutschen Schiffe zu vernichten, — dieser Gedanke ist direkt grauenerregend; man greift sich an den Kopf, und fragt sich: leben wir in Europa oder in der Finsternis des dichtesten afrikanischen Urwaldes? So wenig wir seinerzeit uns einmischten in die englisch-französischen Verhandlungen von 1904 über Marokko-Aegypten, so wenig und noch sehr viel weniger hat

England ein Recht, sich einzumischen in unsere Auseinandersetzung mit Frankreich über Marokko-Kongo. England aber hat diese Verhandlung zum Anlaß genommen, um eine schwere Drohung aus offiziellem Munde an Deutschland zu richten. Wir fragen uns vergeblich: Welchen Grund hat England zu diesem direkt feindseligen Verhalten gegen Deutschland? Und wir finden keine Antwort auf diese Frage".

Nun, wenn Professor Zorn diese Antwort nicht selber findet, so will ich sie ihm zu geben versuchen. England begreift nicht, wozu wir unsere starke Flotte bauen, wenn nicht gegen England. Diese Meinung unserer Vettern mag begründet sein oder nicht — jedenfalls besteht sie in den weitesten Kreisen des Inselreichs. Wie man zur Zeit des Faschoda-Konflikts fürchtete, daß eines Tages französische Kriegsschiffe in die Themse einfahren könnten, so fürchtet man das heute von den deutschen Dreadnoughts. Es ist aber eitel Heuchelei, wenn man von deutscher Seite diese Furcht rein als Gespensterseherei behandelt. In der Zeit der internationalen Anarchie, die Professor Zorn — ich komme darauf weiter unten zurück — direkt aufrechterhalten will, muß die Möglichkeit eines deutsch-englischen Krieges ins Auge gefaßt werden. Sind wir in diesem Kriege siegreich, so werden allerdings unsere Kriegsschiffe die Themse hinauffahren. Deutschland ist ein expansionsbedürftiges und in Wahrheit auch Expansion treibendes Land. Eine gewisse Möglichkeit liegt vor, daß sich Deutschland auf Kosten Englands ausbreiten könnte, daher die Furcht der Engländer, die sie zu deutschfeindlichen Ententen und anderen Gegenmaßregeln treibt, unter denen auch der Gedanke eines Präventivkrieges erwogen werden mag. Professor Zorn behauptet: so wenig wir uns in die Auseinandersetzung zwischen England und Frankreich über Aegypten und Marokko eingemischt haben, ebensowenig habe England ein Recht gehabt, sich in die deutsch-französischen Verhandlungen einzumischen. In Wahrheit haben wir uns zwar nicht in die französisch-englischen Verhandlungen gemischt, wir haben uns aber doch tatsächlich zwischen die englisch-französische Entente gedrängt, indem „wir" nach Tanger gingen, die Souveränität des Machsen, die Unantastbarkeit Marokkos erklärten. Und Professor Zorn weiß so gut wie wir, daß England sich den Franzosen gegenüber verpflichtet hatte, ihnen bei der diplomatischen Durchsetzung ihrer Ansprüche beizustehen. Die Deutschen aber, die sich seinerzeit ihrer Nibelungentreue gegenüber der Donaumonarchie rühmten, sollten Verständnis haben für die Vertragstreue, mit der Eduard Grey an der Entente mit Frankreich auch in kritischer Zeit festgehalten hat. Was aber die schwere Drohung anbelangt, die Lloyd George gegen Deutschland gerichtet haben soll, so mag auch hier noch einmal festgehalten werden, daß Lloyd George den Frieden aufrechterhalten sehen wollte, solange England nicht ausgeschlossen werde aus dem Rate der Völker, daß aber eine etwa geplante Ausschließung ihm als ein zu schweres Opfer erscheine. Das mag ja ein kalter Wasserstrahl für das Berliner Kabinett gewesen sein, aber auch das sollten diejenigen nicht allzu bitter nehmen, die sich zu Zeiten Bismarcks des öfteren der „kalten Wasserstrahlen" erfreuten, die der eiserne Kanzler nach London und Paris hinübersandte.

Professor Zorn operiert in seinem Kampfe gegen England mit einer Pleropherie, die ich nicht ohne weiteres für berechtigt halten kann. Er redet von der tiefernsten Stimmung des kriegsbereiten deutschen Volkes, die bis in das fernste Bergdorf zu spüren gewesen sei, sowie von dem guten Gewissen, mit dem wir dem Gericht der Weltgeschichte entgegentreten können. Ich kann keine sittliche Höhe in diesem Ernste finden, der bereit ist, sich in eines der furchtbarsten Blutbäder zu stürzen, um der Chimäre einseitig nationaler Machtentfaltung willen. Und mir ist es — ehrlich gestanden — fraglich, ob wir uns mit Recht unseres guten Gewissens rühmen dürfen, wenn wir an der internationalen Anarchie festhalten und uns dem wahren Rechtsgedanken verschließen, wie es Professor Zorn in seinem Teile tut.

„Darüber muß man sich klar sein", schreibt er in dem besprochenen Artikel, „und dies predigt die Geschichte des letzten Jahrzehnts jedem Menschen, der sehen will und denken kann (!) mit furchtbarer Deutlichkeit —, daß es vergeblich ist, die großen Entwicklungsfragen der Völker und Staaten in die Formen des „Rechts" und in den Urteilsspruch eines Schiedsgerichtes zwingen zu wollen. Darum kann es keine internationale Schiedsgerichtsbarkeit geben, ohne die Klausel der Ehre und Lebensinteressen der Staaten." Dieser Unglaube, der aus den Worten des berühmten Völkerrechtslehrers spricht, ist ja das, was wir seit eineinhalb Jahrzehnten in allen Tonarten bekämpft haben und noch bekämpfen. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte predigt uns, die wir tiefer denken, als der Bonner Gelehrte, mit furchtbarer Deutlichkeit nichts, als daß wir noch mitten in dem internationalen Faustrecht stecken, und daß wir nichts so bitter nötig haben als die Aufrichtung von Rechtsformen, in welche auch die großen Entwicklungsfragen der Menschheit gefaßt werden können. Was hilft mir das Schiedsgericht, das die Fischerei bei Neufandland regelt, wenn keine Macht vorhanden ist, welche den Raubkrieg Italiens gegen Tripolis verhindern kann. Wegen Fischereirechten bin ich nicht Anhänger der Friedensbewegung geworden; aber der Aufschrei meines Gewissens gegen die Greuel

des Burenkrieges, des ostasiatischen Krieges und der italienischen Räuberei hat mich in die Arme des Pazifismus getrieben. Solange es nicht gelingt, auch die Ehren- und Lebensfragen dem Forum des Schiedsgerichts zu überweisen, oder sie auf andere Weise einer befriedigenden Lösung zuzuführen, solange hat das Schiedsgericht einen nur sehr prekären Wert, und der Pazifismus hat seine Aufgabe nur sehr mangelhaft erfüllt. Man schließe Ansiedelungsverträge ab, wie sie von Professor Goetsch empfohlen werden — vielleicht hört Professor Zorn eher darauf, wenn ich ihm einen seiner Kollegen nenne, als wenn ich meine bescheidene Arbeit erwähne — und man wird auch die Lösung der Entwicklungsfragen der Menschheit in rechtliche Bahnen lenken. Professor Zorn behauptet, wir Deutschen haben getan, was wir konnten, und mehr als das, um den Weltkrieg zu vermeiden. Ich bestreite das im Hinblick auf die sehr mangelhafte Ausbildung des Rechtsgedankens im deutschen Volk seit der Bismarckschen Epoche. Solange wir uns noch als Gegner des obligatorischen Schiedsgerichts, des Rüstungsstillstands und des Kulturbundes der gesitteten Menschheit aufspielen — so lange haben wir nicht getan, was wir konnten. Es klingt sehr großartig, wenn Professor Zorn erklärt: „um unsere nationale Einheit werden wir, wenn es notwendig ist, auch den Kampf mit der ganzen Welt nicht scheuen und stellen uns selbst in diesem Kampfe, wenn es unvermeidlich ist, vor die Alternative: Sieg oder Untergang." Was haben wir dann für uns und die Menschheit gerettet, wenn das Schicksal uns den „Untergang" bescheiden sollte? Wenn werden aber endlich die Koryphäen unseres Volkes erkennen, daß es schmachvolle Zustände sind, die ein edles Kulturvolk vor eine solch grauenhafte Alternative stellen mögen? Das eine was not tut, kann heute nur noch heißen: Heraus aus der mit dem Nationalismus solidarisch verbundenen Anarchie und vorwärts auf dem Wege zu einer Staatenordnung, die jedem Kulturstaat seine Existenz und seine Freiheit garantiert.

Krieg und Mannheit.

Von David Starr Jordan,
Präsidenten der Leland Stanford-Universität
in Kalifornien.

Berechtigte Uebersetzung.

Mein Thema hat schon vor hundert Jahren Schiller mit den Worten gegeben: „Ja, der Krieg verschlingt die Besten."

Ich will nun vom Standpunkt der Biologie aus eine Kritik des Krieges in Angriff nehmen. Von der Auslese der Besten rüht, wie wir wissen, aller Rassenfortschritt her. Nun bedeutet aber Krieg immer einen Rückschlag in der Auslese („reversal of selection").

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß das Blut eines Volkes in hohem Grade seine Geschichte bestimmt. Wenn wir die Natur einer Rasse kennen, können wir auf ihre allmähliche Vervollkommnung hinarbeiten. Die Geschichte des Sachsen wird überall, wo sie sich abspielt, sächsische, die Geschichte des Juden, wo immer er sich auch befinde, jüdische Geschichte sein, und der Neger wird — in welchem Lande immer — die seiner Rasse entsprechendsten Taten vollbringen.

Ich möchte nun gerne zeigen, wie in ähnlicher Weise die Geschichte eines Volkes sein Blut bestimmt. Das Wort „Blut" in diesem Sinn ist eine Redefigur, die die Vererbung ausdrücken soll; denn wir wissen, daß die Grundlage der Vererbung sich im Keimplasma und nicht buchstäblich im Blute befindet. Aber die alte Bezeichnung kann ganz gut ihren Zweck erfüllen. Das Blut, das stärker ist als Wasser, ist der Ausdruck für Rasseneinheit. Nun wird die Natur einer Rasse durch jene ihrer Angehörigen bestimmt, die Nachkommenschaft hinterlassen. Wenn nun irgendeine Menschenklasse durch Wirkungen sozialer oder politischer Kräfte vernichtet wird, so hinterläßt sie keine Nachkommenschaft, und ihre Art wird mit der Zeit auf Erden nicht mehr wiederkehren.

Wenn man in einer Rinderherde die stärksten Ochsen, die schönsten Kühe, die vielversprechendsten Kälber vernichtet, so überläßt man damit die Zeugung der künftigen Herde dem untauglichen Rest. Dies nennen wir Entartung, und es ist zugleich die einzige Art von Rassenentartung, die wir kennen. Und dennoch gehört die aus dem untauglichen Rest hervorgegangene wertlose, schwache, unfruchtbare neue Herde derselben Gattung an wie ihre eigenen Erzeuger. Wenn wir nun im Gegenteil die schwächlichen, mageren, dürftigen, unfruchtbaren Kälber verkaufen oder töten, erhalten wir eine von den tauglichsten Individuen der alten abstammende neue Herde. Diese Tatsachen bilden die Grundlage der künstlichen Zuchtwahl, den Zauberstab, der jegliche dem Menschen nützliche oder angenehme Tier- und Pflanzenformen hervorzulocken vermag.

Dieselben Tatsachen sind auch für die Menschheitsgeschichte grundlegend. Im weitesten Sinne genommen, ist jede Menschenrasse im wesentlichen einer Tierherde gleich. Hier wie dort ändert sich bei Anwendung des gleichen Verfahrens die Gattung auf dieselbe Art und in demselben Verhältnis.

Die einzige Art, auf welche irgendeine Rasse, als Ganzes genommen, veredelt werden konnte, war die Erhaltung ihrer besten und die Vernichtung ihrer schlechtesten Individuen. Diese Verbesserung wird begünstigt durch die Demokratie, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Grundbedingungen, welche gleiche Lebens-

verhältnisse schaffen und jedem Menschen das Recht geben, mit den ihm von der Natur verliehenen Kräften zu stehen und zu fallen.

Die einzige uns bekannte Rassenentartung wird durch jene Kräfte herbeigeführt, welche die besten Individuen vernichten und die zum Kriegshandwerk oder zu Kolonisationszwecken Untauglichen zu Vätern künftiger Generationen machen.

Die Entartung des Individuums ist etwas ganz anderes und hat auch eine ganze Reihe anderer Ursachen. Aber diese individuelle Entartung ist keine angeborene. Jedes Kind, das nicht von vornherein einer ererbten Krankheit verfallen ist, ist sozusagen frei geboren, als Erbe aller Eigenschaften, die sein Vater oder seine Mutter hätten besitzen können. Weder Erziehung, noch Bedrückung, noch eine allgemeine Indolenz können ererbt oder angeboren sein. Sie berühren wohl das Leben des Individuums, können aber sein Blut nicht verschlechtern.

In früher Vorzeit, als die Römer noch Männer waren, als Rom selbst noch klein und unbekannt war, keine Kolonien besaß und nicht über Sklaven herrschte, damals waren die Tage der Größe Roms.

Dann wich die Freiheitsliebe nach und nach dem Geist der Herrschsucht. Das ihnen innewohnende Machtbewußtsein suchten die Menschen nicht an sich selbst, sondern andern gegenüber zu betätigen. Mit der Zeit führte dies zu Knechtung, Angriff, Unterdrückung, Plündern, Kämpfen, Ruhm- und Ehrsucht und all den anderen Begleiterscheinungen kriegerischer Prachtentfaltung. Die Individualität der einzelnen in der großen Masse ging in der Machtbereicherung weniger Individuen unter. Die ursprüngliche Unabhängigkeit wich dem Ehrgeiz, das Wort Patriotismus gewann eine neue Bedeutung und wurde von Haus und Heimat, auf die es sich zuerst bezog, auf das Gepränge von Krieg und Kriegsspiel übertragen.

Einzelzüge der Geschichte Roms aus der Folgezeit gehen uns dabei nichts weiter an. Wir haben jetzt nur einen einzigen Faktor in Betracht zu ziehen. In der Wissenschaft ist dieser Faktor unter dem Namen „Auslese" bekannt. „Sendet die besten Männer in den Kampf", war der Wortlaut des römischen Kampfaufrufs. Und der allen innewohnende Geist der Herrschsucht nahm den Ausdruck wörtlich, und so wurden wirklich die besten Männer in den Kampf gesandt. Im Eroberungszeitalter Roms zog „vir", der echte Mann, zum Kampf und zu der Eroberung fremder Länder aus; „homo", das menschliche Wesen überhaupt, blieb auf dem Acker und in der Werkstatt zurück und zeugte das kommende Geschlecht. So verschwand „vir", um dem „homo" Platz zu machen. Die Söhne echter, wahrer Männer wichen den Söhnen von Lastträgern, Stallburschen, Sklaven und Troßknechten und dem Abschaum der römischen Bevölkerung, dessen die große Armee zu ihrem Siegeslauf nicht bedurfte.

Der Untergang Roms fällt nicht dem zunehmenden Luxus, der Verweichlichung und Verderbtheit der Sitten, der Schlechtigkeit eines Nero und Caligula, der Schwäche von Konstantins würdelosen Nachfolgern zur Last. Er war besiegelt, als bei Philippi der Geist der Herrschsucht über die Liebe zur Freiheit siegte. Er war schon früher durch den Aufstieg der Konsuln und Triumvirn und den Untergang der ursprünglich einfachen, derb-genügsamen bäuerlichen Bevölkerung, welche keine Willkürherrschaft dulden wollte, besiegelt worden. Als die echten Männer im Kampfe fielen oder als römische Pioniere in weitentlegenen Kolonien zurückgelassen wurden, ging das Leben in Rom noch immer seinen alten Gang weiter. Aber ein anderer Typus des Römers lebte fort, und dieser neue Typus erwies im Verlaufe der römischen Geschichte wiederholt die Schwäche seiner Erzeuger.

So verfolgen wir in der römischen Geschichte das Emporkommen des hauptstädtischen Pöbels und der Kaiser, welche man als eine höhere Potenz des Pöbels bezeichnen könnte. Denn nicht das Vorhandensein eines Kaisers überhaupt macht das Wesen des Imperialismus aus. Das liegt vielmehr im Nichtvorhandensein des Volkes, im Mangel an wirklichen Männern. Kinder im Tragkleid sind schon Kaiser gewesen. Ein hölzernes Götzenbild kann demselben Zweck dienen und hat ihm tatsächlich oft genug gedient. Der Niedergang eines Volkes kann nur eine einzige Ursache haben: den Niedergang der Gattung, der seine Herren und Meister entstammen.

Eine Rinderherde kann auf keine andere als die oben geschilderte Weise qualitativ zurückgehen, und die Menschenrassen unterstehen demselben biologischen Gesetz. An dem Zuwachs an absoluter Macht weniger können wir als einer Art historischen Barometers den Niedergang der Gattung innerhalb desselben Volkes konstatieren. Dies sehen wir an der Geschichte Roms. Die — wenn auch nicht absolute — Macht eines Julius Caesar, die auf der ihm eigenen furchtbar-erhabenen Persönlichkeit beruhte, zeigt, daß die Tage eines Cincinnatus und Junus Brutus vorbei waren. Auch die absolutistische Kaisermacht des Augustus beweist dasselbe. Aber der Niedergang machte weitere Fortschritte. „Der kleine Finger Konstantins war dicker als die Lenden des Augustus", heißt es. Zur Zeit des Claudius und Caligula war der Kaiser nicht mehr die starke Persönlichkeit, die alle ihr unterstellten einzelnen Untertanen und Untertanenvereinigungen in Schach hielt. Er war das Geschöpf des Pöbels, und dieser betete, von seiner Machtfülle berauscht, sein eigenes Werk als göttliches Wesen an. Zweifellos war der letzte römische Kaiser Romulus Augustulus, bevor er auf den Moderhaufen der Geschichte geworfen wurde, in seinen

eigenen wie in des Pöbels Augen der gottähnlichste aller Kaiser.

Wie haben sich nun die Historiker zu diesen Tatsachen zu stellen? Nur sehr wenige haben die volle Tragweite ihrer eigenen Berichte erfaßt, denn nur sehr wenige haben die Menschen als Organismen betrachtet und die Völker als von dem Charakter ihrer Lebensbedingungen abhängige Masse von Lebewesen aufgefaßt.

Soviel mir bekannt ist, war Benjamin Franklin der erste, der den Menschen als in der Natur lebendes Wesen, als eine Spezies mitten unter anderen Arten von Lebewesen aufgefaßt und erkannt hat, daß der Mensch von den Naturkräften ebenso abhängig sei wie das Tier und alle anderen in der Natur vorkommenden Lebewesen.

Franklin sagt: „Wenn eine einzige Macht ihr stehendes Heer herabsetzte, würde sie sofort von den anderen Mächten überrumpelt werden. Dennoch, glaube ich, hat die Erhaltung eines stehenden Heeres eine Wirkung, welche mit der Zeit als so verderblich empfunden wird, daß sie zur Abschaffung dieses Systems führen müßte. Ein stehendes Heer vermindert nicht bloß die Bevölkerung eines Landes, sondern man kann direkt sagen, daß die Gestalt des Menschenschlags der nächsten Generationen dadurch eine wesentlich kleinere wird. Denn das Heer repräsentiert die Blüte der Nation. Die kraftvollsten, stärksten und bestgebauten Männer eines Landes werden immer in seinem Heer zu finden sein. Und diese Männer können gewöhnlich nicht heiraten."

Was für stehende Heere gilt, gilt noch weit mehr für die Kämpfenden und die im Kampfe Fallenden, denn, wie Franklin sagt: „Kriege werden nicht in Kriegszeiten bezahlt; die Rechnung folgt erst später nach."

In Otto Seecks großzügigem Geschichtswerk „Der Untergang der antiken Welt" finden wir die Ursache des Niedergangs Roms nur in der „Ausrottung der Besten". Der Geschichtsschreiber des „Niedergangs und Falls des römischen Reiches" oder jedes anderen Reiches beschäftigt sich nur mit den Einzelheiten des Prozesses, durch welchen die besten Männer ausgerottet wurden. So sagt Dr. Seeck von Griechenland*): „Eine Fülle von Geisteskraft ging in diesen selbstmörderischen Kriegen zugrunde." „In Rom erschlugen Marius und Cinna die Aristokraten zu Hunderten und Tausenden. Sulla vernichtete die Demokraten nicht weniger gründlich. Und was an wahrhaft starken Männern übrig blieb, fiel als Opfer der Proskriptionen des Triumvirats." „Die Römer hatten weniger angeborene Kraft zu verlieren als die Griechen. So wurden sie auch schneller als diese vom Untergang ereilt. Wer in Rom die Kühnheit besaß, nach politischer Macht zu streben, wurde fast ausnahmslos zu Boden geschleudert. Nur die Feiglinge blieben übrig, und ihrem Blute entstammte die neue Generation. Ihre Feigheit trat im Mangel an eigenem Willen, im sklavischen Nachahmen der kaiserlichen Herren und fremder Sitten und Gebräuche zutage.

Die Römer der republikanischen Zeit hätten nie das bewirkt, was die Geschichte der Kaiserzeit ausmacht. In ihren Händen wäre Rom eben Republik geblieben. Und hätte Rom sich vom Weltherrschaftstraum freizuhalten gewußt, so wäre es bis heute die römische Republik geblieben. Denn der Grund der schließlichen Zerstörung lag nicht in der Rasse selbst, noch in ihrer Regierungsform, sondern in dem System, durch welches die besten Männer von der Fortpflanzung der Gattung abgehalten wurde. „Das Römerreich", sagt Seeley, „ging an seinem Mangel an Männern zugrunde." Der furchtbare Mangel wirklicher Männer wird selbst von Julius Caesar konstatiert. Und dennoch wissen wir aus derselben Zeit, daß es eine Ueberfülle von Menschen gab. Die römische Bevölkerung schwoll förmlich an und drohte die Stadt zu überfluten. Ein gewisser Typus von Männern war sehr zahlreich vertreten, aber es waren Menschen „mit Dünger in ihrer Blutmischung", um sich mit Emerson derb, aber zutreffend auszudrücken. Aber die selbstsicheren Ackerbürger, die kühnen Bewohner des Apennin, die Römer der ersten Frühzeit waren im Aussterben begriffen, und mit der Veränderung des Rassentypus ging die Veränderung des Geschichtsbildes Hand in Hand.

Die Blüte des römischen Heeres war Jahrhunderte hindurch die Verkörperung von Geduld, Ausharren, größtem Heldenmut, Ausdauer im Ertragen von Strapazen, der fast instinktiven Unterwerfung unter militärische Disziplin. All diese Eigenschaften hatten einst den Grundcharakter der Bevölkerung jenseits des Apennin gebildet. Unter den Antoninen folgte eine Periode der vollständigsten Unfruchtbarkeit. „Der Ertrag an Menschen war ein schlechter" („The human harvest was bad"). Man stiftete Prämien für Heiraten und setzte Strafen gegen den Zölibat als gegen Rassenselbstmord aus. „Die Ehe", sagt Metellus, „ist eine Pflicht, welcher — so hart sie auch sei — sich jeder Bürger mannhaft unterziehen sollte." Dennoch wurden angesichts der fortwährenden Abnahme der Geburten immerfort Kriege geführt und die Quantität und Qualität der „Menschenernte" („human harvest") zogen schon früh die Aufmerksamkeit der einsichtigen Männer Roms auf sich.

„Die Kriege hatten die Wirkung, daß die Reihen der Bauern und Kleinbürger

*) Da das betreffende Geschichtswerk nicht zur Verfügung stand, mußten alle Zitate aus der englischen Uebersetzung ins Deutsche zurückübersetzt werden. A. D. R.

dezimiert wurden, während die Zahl der nicht zum Kriegsdienst zugelassenen Sklaven sich ständig vermehrte."

So wich „vir" dem „homo", der wahre Mann dem, der nur den Mannesnamen trug. Und Männer dieser Art gab es stets: „Ein Hühnerhof wird immer voll sein, sei die urvölkern; die Eroberung ersparten sie." Und dieser Vorgang wird in der Geschichte als Untergang des römischen Reiches bezeichnet.

„Von je hunderttausend kräftigen Männern wurden immer achtzigtausend getötet. Von je hunderttausend Schwächlingen blieben neunzigbis fünfundneunzigtausend am Leben", berechnet Dr. Seeck und die biologische Bedeutung einer solchen Berechnung tritt klar vor Augen. Dr. Seeck will es nicht wahr haben, daß Roms Untergang im Abfall von der alten Sittenreinheit, in Luxus und Korruption, in der Vernachlässigung militärischer Schutzmaßregeln und in der überhandnehmenden intellektuellen Verfeinerung seinen eigentlichen Grund habe. „Es ist undenkbar, daß die große Masse an dieser Verfeinerung litt." „Wenn sprüngliche Zahl der Hühner so klein sie wolle," sagt Benjamin Franklin. Und so wurde Rom vom Mob erfüllt. Kein Wunder, daß die Führer, die Helden des Mob, zu verhältnismäßig hoher Macht gelangten. Kein Wunder, daß „Konstantins kleiner Finger stärker war, als die Lenden des Augustus". Kein Wunder, daß, wenn Tiberius seine Untertanen mit der Peitsche, Valentinian die seinen mit Skorpionen züchtigte.

„Die Regierung, die die Rolle der Gottheit übernahm, nahm gleichzeitig auch deren Attribute an. Die Zahl der Würdenträger wuchs, die Bürger selbst verloren alle Rechte. Sklavische Furcht lastete lähmend auf dem Volke und die Regierenden berauschten sich an ihrer eigenen Grausamkeit und Selbstüberhebung. „Die schlechtesten Regierungen bleiben immer die, die göttergleiche Anbetung genießen." „Der Kaiser besaß in seinem Heere eine überwältigende Macht, auf welche die Bürger keinen Einfluß gewinnen konnten, und welche gegen Vernunftgründe wie glühender Beredsamkeit gegenüber gleich taub blieb, Krieger ohne Vaterlandsliebe, denn sie hatten ja kein Vaterland, Menschen ohne jede Menschlichkeit, die keine zarten Bande an Haus und Herd knüpften." „Durch die ganze römische Literatur geht die barbarische Verachtung ehrenhafter bürgerlicher Arbeit." „Die römische Zivilisation war keine schöpferische, sie war kriegerisch, d. h. sie wirkte zerstörend." Und zu welchem Ende mußte das schließlich führen? Die Nation brachte keine echten Männer mehr hervor. Um die römischen Felder zu bestellen, „mußte man fremde Völker heranziehen". Der scharfäugige, kraftvoll arbeitende Freibauer wich dem Sklaven, dem Ackerknecht, dem Paria, dem Taglöhner mit der Haue („man of the hoe"), dem Menschen, dessen Los man nicht verbessern konnte, da in ihm selbst nicht die Möglichkeit zu eigner Vervollkommnung lag. „Die Sklaven sind immer rechtlos, und nur die freien allein besitzen alle Rechte." So wichen schließlich die Römer der Barbarenwelt, da sie die Schwächeren waren. „Die Barbaren brauchten sich bloß anzusiedeln und das Land zu bewir den sündhaften Luxus der reichen Römer verdammen, vergessen wir, daß die Handelsfürsten des 15. und 16. Jahrhunderts in dieser Beziehung Lucullus und Apicius nicht nachstanden, und daß ihre Verschwendung und der Aufwand, den sie trieben, nicht im mindesten zum Fortschritt der Völker, denen sie angehörten, beitrugen. Die Leute, die in Rom übermäßig luxuriös lebten, waren dünner gesät als heute in irgendeinem europäischen Staat. Die Massen lebten zu allen Zeiten kümmerlich und dürftig, weil sie nicht anders leben konnten. Können wir nun wirklich ernstlich glauben, daß eine Kriegsmacht von ungezählten Millionen Menschen durch den Luxus von ein paar hundert Reichen verweichlicht wurde?" „Zu lange haben die Historiker die Auffassung vertreten, daß die Zahl der Reichen und Vornehmen das Schicksal der Welt ausmacht. Die Hälfte des römischen Reiches bestand aus rohen Barbaren, welche ganz unberührt von griechischer und römischer Bildung geblieben waren."

„Was immer auch die geheimen ursprünglichen Ursachen gewesen waren, die unmittelbare Veranlassung, der der Untergang des römischen Reiches zugeschrieben werden muß, war der physische, nicht der moralische Verfall. Die römischen Heere blieben an Mannhaftigkeit, Zucht und militärischem Geist, was sie stets gewesen waren, und Illyriens Kaiser von bäuerlicher Herkunft waren würdige Nachfolger eines Cincinnatus und Cajus Marius. Aber es blieb eine offene Frage, wie man die Lücken im Heere ausfüllen könnte. Es fehlte an Männern. Das Kaisertum ging an diesem Mangel an Männern zugrunde."

Kann sich die Geschichte jemals wiederholen? Ja, denn die echte Geschichte wiederholt sich immer. Ist dies nicht der Fall, so haben wir es nicht mit Geschichte, sondern mit einer bloßen Aufeinanderfolge von Tatsachen zu tun. Gleiche Ursachen erzeugen gleiche Wirkungen, so oft wir es mit ihnen zu tun haben. Im Leben der Völker wie im Leben der Natur gibt eine karge Aussaat nur eine karge Ernte. Wo Schwächlinge und Feiglinge die Ueberlebenden sind, „ist die Menschenernte schlecht" und wird nie anders als schlecht ausfallen.

Die hervorragendste römische Provinz war Gallien, das meistbegünstigte Land, wo die edelsten Römer, die Franken und Normannen miteinander verschmolzen und aus ihrer Blutmischung ein Volk hervorging, dessen Angehörige hoffnungsvolle Führer in allen Künsten des Friedens, doch leider auch

Anführer in den unheilvollen Kriegskünsten wurden.

Vor nicht allzu langer Zeit besuchte ich die Stadt Novara in Oberitalien. Dort hatten Landleute im Süden der Stadt auf einem Weizenfelde menschliche Schädel zu einer zehn bis zwölf Fuß hohen Pyramide angehäuft. Ueber dieser Pyramide hatte einer von ihnen ein Schutzdach errichtet, um den Regen abzuhalten. Es waren die Schädel junger Leute aus Savoyen, Sardinien und Oesterreich — von Männern von 18 bis 35 Jahren, ohne jeden körperlichen Defekt, Landleuten aus den umliegenden Dörfern, Handwerksleuten aus den Stadtläden —, welche bei Novara aufeinanderstießen, um sich wegen einer für sie ganz bedeutungslosen Frage gegenseitig zu töten. Sollte Karl Albert von Savoyen seinen schwankenden Thron behalten, oder würde er ihn an einen andern Fürsten abtreten müssen? Das war die Frage, und die Schlacht bei Novara war der Versuch einer praktischen Beantwortung dieser Frage. Wie diese Entscheidung ausfiel, ist für uns ganz bedeutungslos. Die Geschichte verzeichnet sie, wie sie noch weit unbedeutendere Tatsachen verzeichnet. Aber ein Umstand berührt uns dabei näher: hier starben Menschen zu Tausenden. Und weiters fielen Franzosen, Oesterreicher und Italiener bei Magenta für dieselbe Sache. Jedermann weiß, was „Magentarot" ist, die Farbe des Blutes, das einst unter Olivenbäumen floß. Und Solferino! Einst gab dies Schlachtfeld purpurnen Bändern seinen Namen, den Namen des Bluts, das Italiens Orangenhaine befleckte. Bei Solferino wurde der Anstoß zur Gründung des Roten Kreuzes gegeben, vom Mitgefühl für die Leiden der Verwundeten, die fünf Tage lang hilflos auf dem Schlachtfelde liegen blieben, hervorgerufen. Lodi, Marengo — all diese Namen rufen Erinnerungen an müßiges Blutvergießen, an Vergeudung von Menschenleben wach. Es gibt in ganz Italien nicht einen Platz, den nicht Franzosenblut gefärbt hätte, kaum eine Eisenbahnstation, die nicht durch eine Pyramide aus den Gebeinen französischer Krieger näher bezeichnet wäre. Durch ganz Aegypten, bis an den Fuß der Pyramiden kann man ihre Spur verfolgen. Dasselbe findet man in ganz Deutschland: bei Ulm und Wagram, bei Jena und Leipzig, bei Lützen und Bautzen, bei Hohenlinden und Austerlitz. In Rußland: bei Moskau; in Belgien: bei Waterloo. „Ein Knabe kann sich einer Kugel so gut entgegenstellen wie ein Mann", sagte Napoleon. Und viele Schädel und Knochen von Knaben sind dabei, die „vor Abend noch wie Gras zertreten" wurden. „Zu Kanonenfutter bestimmt", hieß die grausame Losung jener Tage, in der das ganze Leben des französischen Landmanns enthalten war. Man lese die gräßlichen Berichte von Frankreichs Ruhmestaten aus jener Zeit oder stelle sich die Menschenschlächterei bei Waterloo, die grauenhafte Katastrophe von Moskau, das Gemetzel bei Sedan, die Verwüstung Algiers, die Anwendung todbringenden Gifts in Madagaskar, die Verbrechen in Indochina, die entsetzlichen Wirkungen der Laster des Lagerlebens mit ihrem ganzen Gefolge von Krankheit und Unfruchtbarkeit vor, dann erst wird man verstehen, wie der freie Landmann zum erbärmlichen „Taglöhner mit der Haue" wurde. Die übrigen, denen es nicht um Waffenruhm zu tun war und die zum Kriegshandwerk untauglich waren, wurden die Väter der folgenden französischen Generation. Wie der langgehörnte Urtypus in einer vernachlässigten und mißbrauchten Herde veredelter Rinder wiederkehrt, so kehrt der ursprüngliche „Mann mit der Haue", der stumpfsinnig-mechanische Erdarbeiter, in einer Menschenrasse, mit der so wüst gehaust wurde, wieder.

Zu den Verlusten, die der Krieg uns zufügt, zählen wir nicht allein die Männer, welche im Kampfe fallen oder deren Leben durch Krankheit verwüstet wird. Im Leben eines Mannes spielt nicht er allein eine Rolle. Die Kugel, die sein Herz durchbohrt, trifft auch das Herz wenigstens eines andern Wesens. Denn jeder Soldat hat eine Liebste; und wenn sie seinetwegen einsam bleibt, so ist sie so gut wie er für die Fortpflanzung der Rasse verloren.

Heute gibt es in Frankreich Leute, die behaupten, daß die Franzosen ein im Niedergang begriffenes Volk seien. Das ist keine Behauptung von Feinden und Widersachern, sondern eine Konstatierung seitens einsichtsvoller Menschen. Das soll aber nicht etwa heißen, daß die Pariser Quartiere des Elends und Verbrechens so viele Menschenleben zerstören. Die verderblichen Wirkungen der Großstadt treten überall zutage, und immer berühren sie gerade die untersten Bevölkerungsschichten am tiefsten. In allen Großstädten können wir eine Abnahme der Geburten konstatieren, in allen sinkt das Durchschnittsniveau ihrer Bewohner tiefer, aber Frankreich besteht doch nicht nur aus Großstädten! Das heißt auch nicht, daß Frankreichs Geistesgrößen an Zahl abnehmen, daß der Ruhm französischer Bildung erlischt. Wenn diese Behauptung überhaupt wahr ist, so heißt das nur, daß die Nation als solche körperlich zurückgeht. Wenn wir die Wurzeln eines Baumes beschneiden, so greifen wir damit weder seinen Blütenschmuck, noch seinen Ertrag an Früchten an. Aber wir stellen damit seine Zukunft in Frage, sein weiteres Wachsen und Gedeihen. Es wird auch behauptet, daß der aus der Abnahme der Geburten erwachsende Schaden kein individueller sei und seinen Sitz viel tiefer habe. Es wird ferner behauptet, daß die Durchschnittsgröße der Menschen um mindestens zwei Zoll geringer und daß die physische Kraft selbst

der Bauern auf dem Lande im Abnehmen begriffen sei. Legoyt meint, daß es „langer blühender Friedenszeiten bedürfe, bevor Frankreichs Männer den hohen Wuchs, um den sie in den Koalitionskriegen gebracht worden, wieder erlangen würden". Und was ist nun die Ursache all dieser Erscheinungen? Vielleicht Unmäßigkeit, Laster, schlechte Erziehung, Bureaukratenherrschaft und der Massenandrang zu bequemen, verweichlichenden Berufsarten? Dies mögen Symptome einer Zeit sein, sind aber keine Gründe. Demolins fragt in seinem geistvollen Buche: „Worin besteht die Ueberlegenheit der angelsächsischen Rasse?" Bevor wir diese Frage beantworten, wollen wir untersuchen, wieso die lateinische Rasse der englischen nachsteht. Wenn wir zugeben, daß eine solche Inferiorität wirklich besteht und die Gründe dafür zu finden trachten, so finden wir, daß im Hintergrunde dieser Tatsachen dieselben Ursachen wie beim Falle Griechenlands, Roms und Spaniens stehen. Sie liegen nicht in der Inferiorität der Rasse überhaupt, sondern in den bösen Erfahrungen, die die Rasse zu machen gezwungen war. Wir finden den Geist der Herrschsucht, Ruhmsucht und Kriegslust wieder und als Charakter der Ueberlebenden kriecherische Unterwürfigkeit, Feigheit und überdies Unfruchtbarkeit. Die Ueberlebenden aber halten die Geschichte der Zukunft in ihren Händen. Der Hauptfaktor in der Entwicklung einer Rasse wird immer die Auslese, nicht die Menge bleiben. Eine kollektive Entwicklung bei Mensch oder Tier, die Auf- und Abwärtsbewegung eines Ganzen als Ganzes, unberührt von Auslese und Zuchtwahl, gibt es überhaupt nicht. Wie Leponge schon gesagt hat, besteht diese Erscheinung bloß in der Theorie, aber nicht in der Praxis des täglichen Lebens und nicht in der Geschichte der Völker.

Das Ueberleben der für den Kampf ums Dasein Tauglichsten ist der wichtigste treibende Faktor des Rassenfortschritts und der Rassenveränderungen. Nun erfährt im Gesamtverlauf der Menschheitsgeschichte der Prozeß der natürlichen Zuchtwahl manchmal einen ganz beträchtlichen Rückschlag. Ein Rückschlag im Prozeß der Auslese ist der Beginn des Niedergangs und Verfalls. Können wir dies beim Untergang Roms und im Sturze Frankreichs beobachten? Wir wollen wieder einen Rückblick auf die Geschichte werfen. Ein kurzer Ausschnitt wird genügen und uns den Schlüssel zum Ganzen liefern.

In der Wiertz-Galerie in Brüssel befindet sich ein wunderbares Gemälde aus der Zeit der Schlacht bei Waterloo, das „Napoleon in der Hölle" zum Gegenstand hat. Es stellt den großen Feldherrn dar, wie er mit übereinandergeschlagenen Armen und unbewegtem Gesicht langsam in das Reich der Schatten hinabsteigt. Vor ihm — den ganzen Hintergrund des Gemäldes erfüllend — sind die Männer, die sein zügelloser Ehrgeiz in die Hölle vorausgeschickt hat, dargestellt. Jeder Gesichtsausdruck und jede Art menschlicher Haltung sind vertreten. 3 700 000 waren es im ganzen, so erzählt die Geschichte, mehr als die Hälfte aller Franzosen. Sie werden natürlich nicht alle auf dem einen Bilde dargestellt; ihre große Zahl wird nur angedeutet. Und hinter den Millionen, die uns gezeigt oder bloß angedeutet werden, stehen die Millionen und Milliarden von Menschen, die existieren hätten können und nicht existieren: der ungeheure, unabsehbare Keil aller, die man sich als Nachkommen der im Kampfe Gefallenen vorstellen könnte. Die Soldaten der napoleonischen Heere waren makellose Jünglinge, „die Besten, die die Nation hervorgebracht hatte", die als Kanonenfutter verwendet wurden, „um vor Einbruch des Abends wie Gras zertreten zu werden" im Wirbelwind napoleonischer Schlachten. Diese Männer kamen vom Pflug, vom Geschäftsladen, von der Schule, es waren wirklich die Besten des Volkes. Zuerst 18- bis 35jährige Männer, dann später ältere und jüngere. „Je kraftvoller und stärker ein junger Mensch ist," sagt Novicow, „je regelmäßiger gebaut, um so größere Aussicht hat er, durch Flinte und Gewehr, durch Büchsen und andere ähnliche Höllenmaschinen der Zivilisation getötet zu werden." Unter den Kriegern, die Napoleon vernichtete, befand sich „die Elite Europas". „Napoleon", sagt Otto Seeck, „sammelte in einer Reihe von Jahren alle hochgewachsenen Burschen und zerstreute sie über viele Schlachtfelder, so daß die folgende Generation meist aus Männern von niedrigerem Wuchs bestand. Und mehr als einmal mußte seit Napoleons Zeiten das Militärmaß herabgesetzt werden."

(Schluß folgt.)

RANDGLOSSEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 8. Januar 1912.

Keine Neujahrsbetrachtungen! Die wirklichen Wendepunkte im Zeitenlauf, die haben mit dem Datum nichts zu tun. Wenn ein Christoph Columbus sich einschifft, ein Gutenberg den ersten Druck liefert, ein Blériot den Aermelkanal überfliegt: das sind die Neujahrstage der Menschheitsgeschichte; und jene Tage, an welchen die Leibeigenschaft, die Folterjustiz und ähnliche Dinge gefallen sind — und noch fallen werden — die bedeuten die Silvesterfeiern eines begrabenen Zeitabschnitts. Ach, Silvesternacht der nun schon vieltausendjährigen Kriegsepoche, wann

werden wir dich begehen dürfen? Dann erst werden wir rufen: Prosit!

Unterdessen wälzen sich ununterbrochen die Schrecken von 1911 nach 1912 hinüber. Um Tripolis herum wird weiter gekämpft, gestorben, gehenkt, gezüchtigt, überfallen, und wie sonst diese kulturverbreitenden Aktionen beschaffen sind. Gerüchte, daß der Krieg bald aufhören werde, steigen auf. In Konstantinopel ward das Wort von einem möglichen Friedensschluß, „bei dem die Ehre und das Prestige geschont bliebe", ausgesprochen. Italien gibt auch die gnädige Erklärung ab, daß, wenn sein Wille — über Tripolitanien unumschränkter Herr zu sein — bedingungslos erfüllt wird, es das Kriegführen einstellen und der beste Freund der Türkei sein werde; und die Mächte fangen wieder an, darüber Gedanken auszutauschen, was sich in der Sache, wenn sie beendet wäre, vermitteln ließe. Grundlagen müssen gefunden werden, auf welchen Vorschläge sich aufbauen ließen, vorläufig sei noch nichts solches gegeben, also muß man geduldig weiter massakrieren lassen. Die Blätter informieren sich in „informierten Kreisen" wie die Dinge stehen, und erhalten die Information, daß niemand etwas weiß — daß es jedenfalls verfrüht wäre, etwas von einem Friedensschlusse zu sprechen, für den die Voraussetzungen noch nicht wahrnehmbar, da die beiden Kriegführenden in ihren Ansprüchen noch zu weit auseinander gehen. Das mysteriös-diskrete Geschleiche auf samtenen Sohlen, das von den Staatsmännern und Diplomaten der „Neutralen" um ein Kriegstheater herum aufgeführt zu werden pflegt, erinnert an das Gebahren vorsichtiger Katzen um einen heißen Brei. Der Niederschlag dieser energischen Aktion findet sich so recht deutlich in einer Pressemitteilung, die unter der Spitzmarke „Die Friedensgerüchte, Auffassung in informierten Kreisen" der aufhorchenden Mitwelt folgendes eröffnet: Wien, 5. Januar 1912. „So sehr es auch die Mächte begrüßen würden, wenn eine Wendung eingetreten wäre, die die Hoffnung auf einen nahen Friedensschluß als gerechtfertigt erscheinen ließe, man es sich gleichwohl nicht verhehlen könne, daß die Anzeichen für eine derartige Entwicklung noch vager Natur sind. Der geeignete Moment, daß alle Mächte gemeinschaftlich im Interesse der Herbeiführung des Friedens wirken könnten, ist noch nicht gekommen. Da die beiden kriegführenden Staaten auf ihren gegensätzlichen Standpunkten beharren, ist die Basis für eine Friedensverhandlung nicht vorhanden. Wenn die Mächte den Eindruck gewinnen werden, daß eine Möglichkeit vorliegt, eine solche Grundlage zu schaffen, werden sie es selbstverständlich an Bemühungen nicht fehlen lassen, Verhandlungen herbeizuführen. Offenbar haben die geehrten Mächte vergessen, daß sie sich selber in den Haager Vereinbarungen eine solche Grundlage geschaffen haben, die es ihnen bei jedem Konflikt und in jedem Stadium vor und nach der Eröffnung der Feindseligkeit zur Pflicht macht, ihre Vermittlung anzutragen.

China, das revolutionsdurchschütterte Riesenreich, hat sich als Republik erklärt. Bis zur definitiven Einsetzung und Anerkennung der „Republik China" wird es wohl noch manche Kämpfe geben. Aber, daß dieses Land, das uns Europäern als die Verkörperung des Begriffes allerstrengsten Konservatismus erschien, nun auf einmal nach solchem radikalen Umsturz strebt, das dünkt schier märchenhaft. Es ist aber etwas so Unerwartetes und Gewaltiges, wie etwa ein Vulkanausbruch. Für die Zukunft des Globus (wir müssen wirklich schon aufhören zu glauben, daß unsere Lebensinteressen allein an Europa geknüpft sind) wird dieses Erwachen und Recken des gelben Riesen unberechenbare Folgen haben. Es brauchen aber keine schlimmen Folgen zu sein — im Gegenteil. Der Friedensgedanke, der die alte chinesische Kultur durchdringt, wird wohl auch der neuen chinesischen Kultur die Signatur geben. (Am 24. Dezember hat das republikanische Kabinett in Shanghai eine Art Friedenskonferenz abgehalten. Die Botschaft des neuen Ministers des Aeußeren, Wu Ting Fang (der lange Zeit Botschafter in Washington war), die er an jenem Tage an die Vereinigten Staaten durch die Associated Press gelangen ließ, zeigt, wie die chinesischen Staatsmänner sich ihre Aufgabe vorstellen, und sie soll — hier in diesen, der Organisation der Welt geweihten Blättern — eingezeichnet werden:

Grüße an das Volk der Vereinigten Staaten und der Welt, von einem Vertreter der neugegründeten Schwesterrepublik. Wir hoffen und erwarten die Erreichung unseres großen Zieles. Wenn dies geschehen ist, so wird dies nicht nur dem chinesischen Volke, sondern allen Nationen, mit denen wir in kommerzieller und diplomatischer Verbindung stehen, zum Wohle gereichen. Ich bin überzeugt, daß alle Nationen mit unserem Kampfe um die Freiheit und bessere Regierung sympathisieren. Ich erwarte vertrauensvoll, daß die Nationen, wie sie erklärt haben, streng neutral bleiben werden, bis zum Abschluß unseres Kampfes. Wu Ting Fang.

Während ich dieses schreibe, entscheidet sich im amerikanischen Senat das Schicksal der Taftschen Schiedsverträge. Wird dieser große Plan des mächtigsten Pazifisten an den Haarspaltereien einiger engherziger lokalpatriotischer Politiker scheitern, wie dies schon im Jahre 1896 mit dem Vertrage Pauncefote-Olney geschehen? Es wäre aufs tiefste zu beklagen. Aber nach einem zweiten Begräb-

nis würde die unsterbliche Idee sicherlich ein zweites mal auferstehen, — diesmal aber nach viel kürzerer Pause, weil inzwischen das Verständnis dafür, und die Agitation dafür, unendlich gewachsen sind. Was Taft mit den hundert Reden geleistet hat, die er über das ganze Land zugunsten seines Planes gehalten, das ist bewundernswert. Und in fast allen Städten der Union fanden Riesendemonstrationen für die Verträge statt. Ebenso gefährlich aber als unbegreiflich ist die Gegnerschaft Theodor Roosevelts. Beinahe so unbegreiflich wie der Enthusiasmus für den tripolitanischen Krieg unseres einstigen alten Mitkämpfers Teodoro Moneta. Man kann keinem schmerzlicheren Rätsel gegenüberstehen, als wenn man Menschen, für deren Integrität der Gesinnung man übrigens die Hand ins Feuer legt, ihren eigenen Prinzipien zuwiderhandeln sieht.

☞

In der Weihnachtsnummer der Neuen freien Presse hat der K. ung. Minister a. D. und Mitglied des ungarischen Reichstags, Graf Julius Andrassy, einen ausgezeichneten und mutigen Artikel veröffentlicht. Anläßlich des unlängst durch die Demission Baron Conrads in Umlauf gekommenen Gerüchtes, daß es in Oesterreich eine mächtige Kriegspartei gibt, die einen Krieg gegen Italien führen wollte, erklärte Graf Andrassy, daß die Verwirklichung dieses, hochgestellten Personen zugeschriebenen Planes so schändlich und unfaßbar wäre, daß man ihn unmöglich ernst nehmen könne. Graf Andrassy sagt: Das Heraufbeschwören eines nicht unbedingt notwendigen Krieges ist eines der größten Verbrechen (da die Pazifisten der Ansicht sind, daß es überhaupt keine „unbedingt notwendigen" Kriege gibt, so betrachten sie jedes Heraufbeschwören eines solchen als verbrecherisch). „Das einzige, scheinbar ernst zu nehmende Argument", so heißt es in dem Artikel weiter, „wäre, daß, wenn wir Italien nicht in einem Moment angreifen, wo es sich in einer Klemme befindet, die Italiener sich auf uns stürzen würden, sobald wir in schwierige Verhältnisse geraten. Auch das ist nicht stichhaltig. Bismarck hat jene Kriege scharf verurteilt, welche nur geführt werden, weil es wahrscheinlich sei, daß sie eines Tages nicht zu vermeiden sein werden. Er fand, daß man damit unmittelbar eine sichere Gefahr heraufbeschwört, um eine in Zukunft zu erwartende, ganz ungewisse, zu vermeiden. Welcher Leichtsinn in einem solchen auf Weissagungen beruhenden Kriege liegt, beweist nichts besser als unser Verhältnis zu Rußland." Mit Rußland war nämlich vor einigen Jahren auch ein unvermeidlicher Krieg erwartet, und es fehlte nicht an militärischen Stimmen, die während des russisch-türkischen Feldzugs den Moment für gekommen erklärten, einen Präventivkrieg gegen Rußland zu führen. Der Vater des Grafen Julius Andrassy widersetzte sich damals dieser abenteuerlichen Politik. Der Artikel enthält folgendes treffliche Bild: In einem Eisenbahncoupé haben einmal zwei Passagiere aufeinander geschossen, weil jeder von dem anderen glaubte, daß er auf ihn schießen würde. Jeder nahm die Nervosität der anderen als Zeichen böser Absichten. Zwei hysterische Personen mag dergleichen passieren. Dürfen zwei Großmächte dasselbe tun?

☞

Tatsache ist, das gibt auch Graf Andrassy zu, daß die Stimmung zwischen den beiden Nachbarn nicht zufriedenstellend ist, und er schreibt dies dem Umstande zu, daß es in jedem der beiden Reiche Leute gibt, die glauben, daß der andere früher oder später einen Angriff unternehmen werde, und er meint, daß das als trauriges Erbteil des Hasses, diese gegenseitige Frucht zurückgeblieben ist. Er rät daher, die italienische Freundschaft zu pflegen, die Mißverständnisse zu beseitigen und die Dynastien einander näher zu bringen, damit die Freundschaft der Monarchen die Freundschaft der Völker besiegle.

Warum aber, so frage ich, soll man erst auf dem Wege der Freundschaft zur Vermeidung des Kriegführens gelangen? Das wäre eine fatal unsichere Existenz in der Gesellschaft, wenn alle jene, mit denen man auf gleichgültigem oder vielleicht etwas gespanntem Fuße steht, einem darum als Totschläger und Totzuschlagende zu gelten hätten? Muß man denn einander entweder in den Armen liegen oder an die Gurgel packen? Sehen wir der Tatsache ins Gesicht: Es gibt Leute in Italien, die den „Austriaco", und Leute bei uns, die den „Katzelmaker" nicht mögen. Es gibt auch Leute auf beiden Seiten der Alpen, die gern einen Krieg herbeiführten — es gibt (besonders seit der tripolitanische Feldzug die imperalistischen Gefühle aufgestachelt) Irredentisten, die die Eroberung von Trient und Triest — wenn nicht gar die Widerherstellung des altrömischen Reichs — ersehnen, es gibt militaristische Parteien bei uns, die für ihr Leben gern sich soldatische Lorbeeren, und klerikale Parteien, die die Widerherstellung der weltlichen Macht des Papstes ersehnen. Aber um diesem entgegenzuwirken, brauchen die Massen der Friedenswollenden beider Länder nicht erst Freundschaftsergüsse zu inszenieren, brauchen nicht das Vorhandensein der Kriegswoller und Kriegshetzer abzuleugnen, sie brauchen nur im Bewußtsein ihrer Zahl, ihrer Vernunft, ihres über die Grenzen reichenden Einverständnisses hintreten und sagen: Wir wollen keinen Krieg — wir denken nicht daran.

☞

Zwischen England und Deutschland stehen ja die Dinge ähnlich — schon seit zehn Jahren. Die Friedenswoller werden auch recht be-

halten, wie es allen Anschein hat. Zu viele sehen ein, welches Verbrechen und welches Unglück am deutsch-englischen Kriege wäre. Und wie aus den Mitteilungen des Lord Lansdale hervorgeht, der eben von einem Besuch beim deutschen Kaiser zurückgekehrt ist, ist dieser der entschlossenste Gegner eines solchen Krieges. Das pazifistische Wollen und Denken fängt jetzt allenthalben an, leidenschaftlich und aktiv zu werden. Früher war es nur passiv und aller Eiferlärm und alle Tatkraft waren nur auf seiten der Kriegerischen. — Der Chauvinismus, der sich als Patriotismus drapiert und als exasperierter Nationalismus gebärdet, fühlt sich von der neu aufsteigenden Weltanschauung bedrängt und erhebt sich allenthalben desto lauter; — in Preußen stürmt er als Wahlparole hinaus, in Frankreich bejubelt er den aus der deutschen Festungshaft entflohenen Kapitän Lux. (Ob sich denn das Kriegssystem nicht schämt, daß Spionage — diese Ekeltat — zu seinen Dienstpflichten zählt?), in England ruft er nach Konskription und Schutzzölle, in Italien prügelt er auf der Straße jeden, der nicht in die Kriegsjubelhymnen einstimmen will — aber dem allen gegenüber regt und reckt sich der neue Geist und rüstet zur Tat. — Welcher Tat? Es wäre ganz einfach. Alle diese Drohungen, Gefahren, Rüstungen, Verdächtigungen, Intrigen und Kannegießereien kommen nur von Gleichgewichtsverhältnissen und möglichen Verschiebungen der zwei großen europäischen Mächtegruppen: Triple entente und Dreibund. Mein Gott, sie bestehen ja beide aus zivilisierten, friedensbedürftigen und friedensbeteuernden Leuten — was hindert sie, sich zum Sechsbund zu verschmelzen?

☞

Neues von der Kriegs-Aeronautik. Der russische Aeroklub richtet an die Regierung das Ansuchen, daß im Wege der Gesetzgebung ein freiwilliges Luftschifferkorps gebildet werde, dessen Unterhalt das Kriegsressort zu übernehmen hätte. In Frankreich wurden neuerlich mehrere Apparate im Hinblick auf militärische Verwendung konstruiert. Da ist vor allem ein Eindecker von Maurane Saulnier, ganz aus Stahl, einsitzig. Durch ein Lanzierrohr kann der Lenker Bomben, 18 an der Zahl, angeblich mit großer Zielsicherheit auf die Erde herabgleiten lassen. Die Albatros-Werke in Berlin-Johannistal zeigten ihren neuesten Militär-Zweidecker, Type 1912 (wie wird die Type 2912 aussehen?). Die Völker sehen ruhig zu, wie da die vierte Waffe langsam heranwächst, die, wenn sie sie nicht von der Höhe herab mit Sprengstoffen bestreut, ihnen doch jedenfalls aus der Tiefe der Taschen Unsummen hervorholen wird.

☞

Das unglückliche Persien! Soll diese alte Kultur, die eben daran war, sich zu verjüngen, zugrunde gehen? Soll das Land „aufgeteilt" werden, weil es schwach ist und einen starken Nachbar hat? Und immer dieselben Methoden. „Strafmaßregel" heißt es. Wenn Ueberfallene und Unterjochte sich zu wehren wagen, werden sie zu Rebellen erklärt und nach Maßgabe militärischer Notwendigkeiten gezüchtigt. Aus Täbris wurde geschrieben: „Die russischen Truppen verfahren in ungemein grausamer Weise. Sie dringen in die Behausungen ein und machen durch Säbelhiebe und Flintenschüsse Männer, Frauen und Kinder nieder. Häuser werden in die Luft gesprengt. In der Bevölkerung herrscht ungeheurer Jammer."

☞

Auf solche Grauennachricht möge gleich eine erfreuliche folgen. Es geht eben zweierlei vor in der Welt. Aus Tokio, 14. Dezember, wird gemeldet: Minister Graf Okuma hat sich im Namen der japanischen Pazifisten an die englischen und amerikanischen Friedensgesellschaften gewendet, um ein Zusammengehen mit diesen Gesellschaften zur Einführung des Pazifismus nach China herbeizuführen.

☞

Die lehrreichen Lektüren zur unfreiwilligen Aufdeckung der diplomatischen Kulissengeheimnisse mehren sich. Nun sind die Memoiren Crispis erschienen. Folgende Aufzeichnungen seien der Meditation der Figuren übergeben, die auf den politischen Schachbrettern gezogen werden sollen. Ueber ein Gespräch mit dem König berichtet Crispi dem Ministerpräsidenten wie folgt: „Der König erhofft für Italien nichts von den Kombinationen, die infolge des orientalischen Krieges getroffen werden, da es dafür zu spät sei. Zuversichtlicher denkt er über die andere Kombination — das Bündnis mit dem Deutschen Reiche. Der König fühlt das Bedürfnis, seine Tage mit einem Siege zu beendigen, um dem italienischen Heer die Kraft und das Ansehen wiederzugeben, die ihm gegenüber Europa fehlten und damit hat er recht." Von Salisbury ist noch eine interessante Ausführung verzeichnet: Er meinte, daß die Besetzung Tripolitaniens durch Italien sich vollziehen werde, nur sei der Augenblick noch nicht gekommen. Er bitte Italien zu warten. „Die italienische Regierung wird Tripolitanien haben, aber um den Hirsch zu schießen, muß der Jäger warten, daß er ihm in Schußweite kommt, sonst entwischt er ihm, sogar, wenn er verwundet ist." Besonders lehrreich erscheint mir die Mitteilung, daß Crispi für den Fall eines Krieges mit Frankreich von Salisbury eine Verstärkung der englischen Flotte im Mittelmeer erbeten, und Salisbury hatte zugesagt. — Wie liebenswürdig doch diese Herren sind!

PAZIFISTISCHE CHRONIK

7. Dezember. Im englischen Unterhaus wird die Seerechtsbill angenommen.

9. Dezember. Der englische Kriegsminister Haldane hält in Accrington eine Rede, worin er für die Verständigung mit Deutschland eintritt. Er sehe keinen Grund, warum England nicht gute Beziehungen mit Deutschland unterhalten solle.

11. Dezember. Lord Charles Beresford hält in Leicester eine Rede, in der er für die Verständigung mit Deutschland eintritt. „Ich sehe nicht ein, weshalb wir nicht mit Deutschland zu einer Verständigung gelangen sollten."

11. Dezember. Das Berner Friedensbureau erlässt ein Rundschreiben an alle Vertragsstaaten der Haager Konferenz, in dem diese aufgefordert werden, im russisch-persischen Konflikt zu vermitteln.

12. Dezember. Die englische Arbeiterpartei richtet an die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Reichstag ein Schreiben, worin gegen die Verhetzung der beiden Völker protestiert wird und für die Differenzen eine schiedliche Lösung verlangt wird.

13. Dezember. Das englische Oberhaus verwirft die Seeprisenbill mit 145 gegen 53 Stimmen.

14. Dezember. August Bebel beantwortet das Schreiben der englischen Arbeiterpartei namens der deutschen Sozialdemokratie, die mit ganzer Kraft für friedliche Verständigung zwischen beiden Völkern einzutreten verspricht.

15.—20. Dezember. Die französische Deputiertenkammer berät über das mit Deutschland getroffene Marokko- und Kongoabkommen. Annahme des Vertrages mit 393 gegen 36 Stimmen. 141 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Am 19. Dezember hielt Jean Jaurès eine hervorragende deutsch-freundliche Rede.

19. Dezember. 1. Generalversammlung der Kuratoren der Carnegiestiftung für den Frieden. Das Berner internationale Friedensbureau wird mit 100 000 Franken subventioniert.

28. Dezember. Erklärungen des Grafen Aehrenthal im Ausschuss der ungarischen Delegationen. Friedliche Erklärungen über die Lage.

AUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Der Stand der Seerechtsbill. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Das in England so hart umstrittene Seerechtsgesetz, dessen Durchführung die Voraussetzung der Annahme der Londoner Deklaration für die englische Regierung bildet, die wiederum die Voraussetzung für die endliche Errichtung des Haager Prisenhofes ist, ist am 7. Dezember im englischen Unterhaus mit 172 gegen 125 Stimmen angenommen worden. Hingegen ist am 1. Dezember das Gesetz im Oberhause mit 145 gegen 53 Stimmen abgelehnt worden.

Damit ist die Sache aber noch nicht erledigt, wie verschiedene chauvinistische deutsche Zeitungen, die die Gelegenheit zu Ausfällen gegen England benützten, glauben machen wollten. Die Stellung des Oberhauses ist durch die Vorgänge des letzten Verfassungsstreites zu einer bloß förmlichen hinabgedrückt worden. Das Unterhaus kann die Bill wieder aufnehmen; und wenn sie ein drittes Mal vom Oberhaus abgelehnt wird, wird sie dennoch Gesetz. Die Entscheidung des Oberhauses hat daher nur verzögernde Kraft.

Die Freunde des internationalen Rechtes haben schon sehr lange gewartet; sie werden noch einige Zeit warten können.

Der Kampf um die amerikanischen Schiedsverträge.

Wenn diese Zeilen vor die Augen der Leser kommen, wird das Schicksal der Taftschen Schiedsverträge möglicherweise schon entschieden sein. Es wird dann Zeit sein, das Ergebnis an dieser Stelle zu erörtern. Vorläufig können wir nur auf den ungeheuren Kampf hinweisen, der gegenwärtig in den Vereinigten Staaten für und gegen die Schiedsverträge geführt wird. Daß wir unter den Hauptgegnern den Nobel-Laureaten Theodor Roosevelt sehen, bereitet uns wohl unangenehme Empfindungen, aber keine Enttäuschung. Wir haben von diesem Manne, der es versteht, jede Konjunktur für sich auszunützen, niemals einen direkten pazifistischen Fortschritt erwartet. Seine Gegnerschaft gegen die Taftschen Verträge dürfte als ein Wahlmanöver aufzufassen sein.

Viel unangenehmer berührt uns eine Nachricht über die am 12. Dezember in Carnegie-Hall in New York abgehaltene Versammlung, über die parteiisch gefärbte Mitteilungen in der deutschen Presse gebracht wurden. Unsere Chauvinistenblätter brachten mit unverhohlener Freude die Nachricht, daß es den New Yorker Deutschen (!) gelungen sei, jene Versammlung zu sprengen. Bekanntlich behaupten unsere nationalen Ultras, daß die Schiedspläne Tafts nur ein verkleidetes Bündnis zwischen England und der Union gegen Deutschland bedeuten.

Es hindert sie nichts, diese Lüge weiter zu verbreiten, trotzdem sie wissen, daß auch die deutsche Regierung eingeladen worden ist, einen solchen Vertrag mit der Union abzuschließen und auch ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt hat.

Jene Versammlung vom 12. Dezember hatte, wie uns darüber von New York berichtet wird, den Zweck, den Senat zur unmittelbaren Ratifikation der Schiedsverträge zu veranlassen. Der ehemalige Gesandte in England und Vertreter auf der Haager Konferenz, Choate, präsidierte und eröffnete die Versammlung. Ihm folgte Henry Watterson, einer der einflußreichsten amerikanischen Journalisten, der während des Bürgerkrieges Offizier der Bundesarmee war. Hierauf sprach Nicholas Murray Butler, der Präsident der Columbia-Universität, der eine Resolution zum Vorschlag brachte. Just nach dieser Rede ereignete sich der Zwischenfall. Es waren 3500 Menschen in der Versammlung, deren überwiegende Mehrheit bereit war, die Resulotion anzunehmen. Die Opposition machten zweihundert speziell für diesen Zweck gedrillte und in die Versammlung gebrachte Leute, die von dem deutsch-amerikanischen Rechtsanwalt Kölble geführt wurden. Die meisetn von den 200 Störern waren Irländer, der kleinere Teil Deutsch-amerikaner. Das Lärmen dieser kleinen Gruppe störte die Fortsetzung der Versammlung, hinderte aber nicht, daß die Resolution angenommen wurde.

Wie sehr die anwesenden Störer der Versammlung im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung standen, bewies die einstimmige Verurteilung ihres Verhaltens in der gesamten amerikanischen Presse aller Schattierungen, einschließlich der führenden deutsch-amerikanischen Zeitungen.

Die von der großen Versammlung angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut: „Diese Massenversammlung von New Yorker Bürgern, die am 12. Dezember 1911 in Carnegie-Hall zusammengetreten ist, gibt ihre begeisterte Zustimmung zu den vorgeschlagenen allgemeinen Schiedsverträgen, die zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien und Frankreich eingegangen, am 3. August 1911 zu Washington unterzeichnet und vom Präsidenten mit der dringenden Empfehlung, sie zu ratifizieren, dem Senat übermittelt wurden.

Wir teilen die Befriedigung und den Enthusiasmus, mit welchem Gefühle diese Verträge bei den Regierungen und den Bevölkerungen von Großbritannien und Frankreich begrüßt worden sind. Wir sind der Ansicht, daß eine überwiegende Mehrheit des amerikanischen Volkes diese Gefühle teilt und mit zuversichtlicher Hoffnung dem Tag entgegensieht, wo die richterliche Beilegung internationaler Streitfälle ein ebenso gebräuchliches und normales Verfahren bilden wird, wie dies bei der richterlichen Beilegung individueller Ansprüche und Streitigkeiten der Fall ist. Wir wollen eifersüchtig den Ruf der Vereinigten Staaten als Führerin und als Beispiel in der Bewegung zur Beseitigung des Krieges durch ein internationales Rechtsverfahren bewahren und wünschen die Annahme und Ratifikation dieser Verträge, die die öffentliche Meinung der Welt unter den Schutz unseres Staates gestellt hat, so rasch wie möglich.

Wir fordern den Senat auf das dringlichste auf, diese Verträge in der nächstmöglichsten Zeit zu beraten und zu ratifizieren und legen den Senatoren des Staates New York es ans Herz, den größtmöglichsten Nachdruck für das zu entfalten, was wir als die einstimmige Anschauung der Bürger dieses Staates zugunsten jener Verträge halten.

Wir autorisieren und fordern den Vorsitzenden dieser Versammlung auf, ein Exemplar dieser Resolution dem Senat, und persönlich den Senatoren des Staates New York zu übermitteln."

Die Neutralisierung des Luftraumes. :: :: :: :: :: :: ::

Ueber die Madrider Tagung des „Institut de Droit international", die sich bekanntlich in eingehender Weise mit dem Luftkrieg befaßt hat, erfahren wir etwas Näheres in einer Denkschrift, die der Wiener Universitätsprofessor Dr. Hans Sperl unter dem Titel „Die Luftfahrt vom Standpunkt der Rechtswissenschaft" in Hermann Hörnes „Buch des Fluges" III. Band veröffentlicht hat. Darin heißt es:

> „Nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit und der Volkswirtschaft, sondern auch im Interesse der völkerrechtlichen Einrichtung des Krieges selbst wäre es zu wünschen, daß auf den Haager Friedenskonferenzen eine Neutral-Erklärung des Luftraumes insofern vereinbart werde, als sich die Staaten verpflichten, keine Luftschiffer-Kombattanten-Abteilungen zu errichten. Der furchtbare Eindruck, den die Schrecken eines Luftkrieges auf die Phantasie der Völker hervorrufen würde, muß die Reihen der unbedingten Gegner jedes Kriegswesens außerordentlich stärken. Tatsächlich wären die Greuel und die wirtschaftlichen Kosten eines Luftkrieges kaum zu ertragen. Ist es schon unerreichbar, innerhalb der bestehenden kriegerischen Einrichtungen abzurüsten, so wäre es doch möglich, dem Entstehen neuer unheilvoller und kostspieliger Kriegswerkzeuge für die Luft durch Staatenvertrag vorzubeugen.
>
> Das Verbot oder doch die Einschränkung des Luftkrieges hat am Madrider Kongreß des Institut de droit international 1911 zu lebhaften Debatten geführt. Die englischen Juristen Westlake und Holland waren

für das unbedingte Verbot jedweden Kämpfens in der Luft, ebenso der Belgier Alberic Rolin, die Franzosen hingegen unter Vortritt Fauchilles für volle Kriegsführung im Luftraume. Große Beachtung fand eine Mittelmeinung, die unterscheidet zwischen horizontaler und vertikaler Kampfeswcise. Ersteres ist Schießen zwischen zwei Luftschiffen, letzteres zwischen dem Festlande und dem Luftfahrzeuge. Dieser vertikal geführte Kampf soll zugelassen werden, da er den Bewohnern der Erdoberfläche geringere und abgrenzbare Gefahren bringt, weil die zurückfallenden Geschosse und abstürzenden Luftschiffe nur auf einen solchen Flächenbereich auftreffen, der ohnedies schon Schauplatz des Landkrieges ist. Doch ist diese ganze Unterscheidung zwischen horizontalem und vertikalem Luftkrieg eine Halbheit, eine nach allen Richtungen bedenkliche Maßnahme, deren Durchführung zu den verschiedensten Unmöglichkeiten führen müßte. Entweder Beseitigung jedes Luftkrieges oder volle Gestattung; und da kann jeder Menschenfreund und wahrhaft fortschrittlich gesinnte Politiker nur für das Verbot des Luftkrieges überhaupt stimmen. In ähnlichem Sinne hatte der deutsche Jurist Ludwig von Bar in Madrid den Antrag gestellt, militärische Luftschiffe als Kriegsmittel nur für Zwecke der Benachrichtigung und Erkundigung zu gestatten. Die Gründe seines Antrages gingen weniger dahin, daß ein Luftkrieg völkermoralisch verwerflich sei, als in die Richtung praktischer Erwägungen. Der Nutzen solcher Kriegsführung sei außer Verhältnis zur Schädigung der neutralen Luftfahrt, zu den ungeheuren Kosten einer Luftflotte und zur Gefährdung des eigenen Staates durch das Abstürzen von Militärluftzeugen und darin befindlichen Kanonen oder anderer schwerer Lasten. Schließlich nahm das Institut durch Mehrheitsvotum folgende nichtssagende Resolution an: Der Luftkrieg soll erlaubt sein, sofern er für die friedliche Bevölkerung oder deren Eigentum nicht größere Gefahren in sich schließt als der Land- oder Seekrieg. — Dieser Grundsatz ernstlich verwirklicht, würde den Luftkrieg überall ausschließen, ausgenommen oberhalb unbewohnter Wüsten oder ferne von den Küsten oberhalb offenen Meeres."

Baron Stengel als Befürworter des Haager Schiedshofes.

H.W. Bekanntlich arbeiten die ausländischen Versicherungsgesellschaften, die in Italien ihre Niederlassungen haben, schon seit längerer Zeit dahin, die Frage der Entschädigung der Gesellschaften vor den Haager Schiedshof zu bringen, da der Entwurf des italienischen Gesetzes ausdrücklich bestimmt, daß keine Versicherungsgesellschaft das Recht auf eine Entschädigung hat. Nun hat die Münchener Rückversicherungsgesellschaft Baron v. Stengel, den früheren Münchner Staatsrechtslehrer, mit der Ausarbeitung eines Rechtsgutachtens beauftragt, das soeben als Manuskript unter dem Titel „Die Monopolisierung der Lebensversicherung und die Entschädigung der ausländischen Versicherungsgesellschaften" im Umfange von 26 Großoktavseiten erschienen ist.

Ganz gewiß läßt sich nicht bestreiten, daß die Unterwerfung der Entschädigungsfrage unter das Urteil des Haager ständigen Schiedshofs einen ziemlich bedeutsamen Einschnitt in die Souveränität Italiens bedeuten würde. Denn ganz sicherlich darf ein Staat nach freiem, billigem Ermessen bestimmen, ob er die durch Eingriffe der Gesetzgebung entstandenen Schäden von Privatpersonen ersetzen will oder nicht. Die modernen Verfassungen gewährleisten einen solchen Schutz nur bei Eingriffen auf dem Wege der Verwaltung, z. B. bei der Enteignung; bei Eingriffen im Wege der Gesetzgebung ist es lediglich ein Problem der Gesetzgebungspolitik, nicht aber des Staatsrechts, ob eine Entschädigung gegeben werden soll. (Bereits diesen einfachen Punkt hat Stengel in seinem Gutachten verwirrt, indem er die Eingriffe im Wege der Gesetzgebung nicht von denen im Wege der Verwaltung trennt.)

Nun gibt es allerdings einen (wenn auch bestrittenen) Satz des internationalen Rechts, daß derartige ausländischen Personen im Wege der Gesetzgebung oder Verwaltung zugefügte Schäden auf diplomatischem Wege erstattet werden. Auch v. Stengel behauptet das Bestehen eines solchen Satzes. Er meint daher, es könne die Frage, ob den Versicherungsgesellschaften Entschädigung gewährt werden soll, sehr gut vor den Haager Schiedshof kommen. Auch ich bin dieser Meinung, nur muß ich meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß Baron v. Stengel, der früher die Souveränität der Staaten für einen Fetisch erklärte und sich als Gegner des Haager Schiedshofes aufspielte, nun auf einmal mit ziemlicher Energie für die Ueberweisung eines internationalen, die Souveränität des italienischen Staates stark berührenden Streites an den Haager Schiedshof eintritt. Das verstehe ich ganz und gar nicht.

Für mich, als den Anhänger des modernen Völkerrechts, ist die Sache klar, nicht aber für das alte politische Völkerrecht des Barons v. Stengel. Ein Anhänger des alten politischen Völkerrechts übt Verrat an seiner bisherigen Auffassung, wenn er diesen Streit dem Haager Hofe überweisen will. Man denke doch: Erklärt das Haager Schiedsgericht, daß Italien den deutschen, österreichischen usw. Versicherungsgesellschaften Entschädigung zahlen muß, dann ist Italien gezwungen, auch seine eigenen nationalen Versicherungsgesellschaften zu entschädigen; dann ist ihm die Entscheidung

der Frage, die bisher eine Frage der nationalen Gesetzgebungspolitik war, ganz und gar aus der Hand genommen. Und darum steht die v. Stengelsche Auffassung in scharfem Gegensatze zu dem, was in dem Buche „Weltstaat und Friedensproblem“ (1909 von einem Herrn v. Stengel herausgegeben) auf Seite 93 steht: „Infolge dieser Zusammenfassung unter einer höchsten Gewalt erscheinen die als Staaten bezeichneten Gemeinwesen zunächst nach innen, aber ebenso nach außen als geschlossene Einheiten, und zwar in der letzteren Beziehung in der Weise, daß sie eine Einmischung in ihre inneren Verhältnisse sich nicht gefallen lassen.“

v. Stengel will sogar dann den Streit dem Haager Schiedshofe überweisen lassen, wenn es sich nicht um eine Rechts-, sondern um eine politische Frage handeln würde.

Derselbe Professor, der früher immer auf die Schiedsgerichtsbarkeit verächtlich herabgesehen hat, müht sich nun ab, auf einer einzigen Seite die hier in Betracht kommenden Bestimmungen der Haager Konvention auszulegen. Man kann sich denken, mit welchem Resultat! v. Stengel redet nur von der Hoffnung der anderen Staaten, daß sich Italien freiwillig auf das Schiedsgericht einläßt. Er sucht, wie dies ein Rechtsgutachten doch unbedingt tun müßte, gar keine Rechtspflicht des italienischen Staates zu konstruieren. v. Stengel hat vergessen:

1. Daß einige Staaten mit Italien Schiedsverträge abgeschlossen haben und diese daher die Ueberweisung des Streites an den Haager Hof auf Grund der Verträge verlangen können. Gleichzeitig hat daher v. Stengel versäumt, auf die verschiedene Lage derjenigen Gesellschaften hinzuweisen, deren Staaten mit Italien Schiedsverträge abgeschlossen haben, und der anderen, deren Staaten solche Verträge nicht vereinbart haben. Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben keine Schiedsverträge mit Italien abgeschlossen, wohl aber Frankreich, England und Amerika usw. Ein Rechtsgutachten müßte die betreffenden Artikel der Verträge aufzählen.

2. Daß bereits in der Geschichte des Völkerrechts Fälle vorgekommen sind, in denen genau dieselbe bei der Einführung eines Staatsmonopols entstehende Frage der Entschädigung ausländischer Gesellschaften einem internationalen Schiedsgerichte unterworfen wurde. Man braucht da gar nicht lange zu suchen. Man schlage nur „La Fontaine, Pasicrisie Internationale“ auf, wo man im Inhaltsverzeichnis unter „Monopoles“ die nötigsten Angaben findet. Aber sicherlich existieren noch weitere, als die dort angeführten Fälle.

3. Daß auch die Frage zu erörtern war, was geschehen solle, wenn die italienische Regierung erklärte, der Fall gehöre nicht zu den im Schiedsvertrage vorgesehenen.

Man sagt also nicht zu viel, wenn man behauptet, daß in dem Stengelschen Gutachten der Kern der ganzen Sache überhaupt nicht erfaßt ist. Staatsrechtlich und völkerrechtlich ist das Gutachten unzureichend.

Nachdem wir so die Inkonsequenz und mangelnde Wissenschaftlichkeit Baron v. Stengels nachgewiesen haben, können wir nun sagen: Wenn die Herren Gegner der Friedensbewegung keine gefährlicheren Angreifer im Kampfe gegen uns haben wie v. Stengel, dann wird der Sieg unserer Idee nicht lange auf sich warten lassen.

Rüstungsproblem.

Die bisherigen Staatsbeschlüsse über Rüstungsbeschränkungen.

H. W. In der Julinummer 1911 dieser Zeitschrift habe ich auf die drei mir damals bekannten Staatsbeschlüsse über Rüstungsbeschränkungen hingewiesen, nämlich die einseitige vorübergehende Abrüstung Brasiliens, den Staatsvertrag zwischen Chile und Argentinien von 1902 und die deutsch-englische Vereinbarung von 1911. Nun ist damit die Aufzählung sämtlicher bisher getroffener Beschlüsse über die Rüstungsfrage keineswegs erschöpft. Ich bin heute in der Lage, auf einige weitere Präzedenzfälle hinzuweisen. Vielleicht hat der eine oder andere Leser die Freundlichkeit, mich auf weitere Verträge aufmerksam zu machen, damit später einmal eine erschöpfende Uebersicht derselben möglich ist.

Der wichtigste Vertrag über Rüstungsbeschränkung ist wohl der Rush-Bagot-Vertrag vom 28. April 1817 zwischen England und Nordamerika, worin die beiden Staaten ihre maritime Macht auf den großen Grenzseen auf je vier Schiffe von nicht über hundert Tonnen mit einem achtzehnpfündigen Geschütz beschränkten. „Die Friedenswarte“ hat bereits auf Seite 29 des Jahrgangs 1907 den Inhalt dieses Vertrages ausführlich wiedergegeben. In der amerikanischen Literatur wird dieser Vertrag recht oft erwähnt, so von Scott in der „Alumni Quaterly“ (1911, S. 206) in seinem wertvollen Artikel „One aspect of the Peace Movement“. An dieser Stelle sollen nur die damaligen Ausführungen in der „Friedenswarte“ ergänzt werden. In der Nr. 5 der „Revue Générale de droit international public“ (1911) ist nämlich der Nachweis versucht worden, daß dieser Vertrag von Nordamerika nicht gehalten wurde. Ob diese Behauptung den Tatsachen entspricht, kann nicht nachgeprüft werden; die Unterlagen jenes Artikels sind aber doch so sorgfältig, daß man leider annehmen muß, der Rush-Bagot-Vertrag bestehe heute nur noch auf dem Papiere.

In der Praxis, so heißt es in jenem Aufsatze, hat Nordamerika den Vertrag von 1817 längst gebrochen. Vier Schiffe durfte es nach jenem Vertrage besitzen. 1909 aber zählte seine Flotte auf jenen Seen 10 Schiffe mit insgesamt 72 Geschützen, während Kanada nur ein einziges Fahrzeug besaß. Am 1. Dezember 1909 fragte im kanadischen Unterhause der Deputierte

Foster deswegen bei der Regierung an und erklärte, daß doch unter diesen Umständen der Vertrag auch für Kanada nicht mehr bestände. Der Minister erklärte aber, die Regierung hielte sich an diesen Vertrag für gebunden, obwohl er von der Gegenseite gebrochen wäre. Es sei allerdings versucht worden, eine Modifikation zu erreichen, doch sei man zu keiner Einigung gelangt.

Ein ähnlicher Vertrag ist zwischen Rußland und der Türkei zustande gekommen. In dem Annexvertrage zum Pariser Frieden von 1856 verpflichteten sich Rußland und die Türkei, zwecks Neutralisierung des Schwarzen Meeres, eine ganz bestimmte Anzahl von Kriegsschiffen im Schwarzen Meere aufzustellen und keine militärischen Befestigungen am Schwarzen Meere zu errichten. Diese Vereinbarung, die Rußland nur unter dem Drucke der anderen Vertragsmächte des Pariser Friedens abgeschlossen hatte, kündigte Rußland einseitig im Jahre 1870. (Siehe die Verträge bei Strupp, Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts, I. S. 193, 285.)

Ferner kann man zu den Rüstungsbeschränkungsverträgen die Bestimmung in den Berliner Kongreßakten (Artikel 52) zählen, in der sich die Staaten verpflichteten, auf dem neutralisierten Teile der Donau vom Eisernen Tore bis zur Mündung keinerlei Kriegsschiffe, ausgenommen Polizeischiffe, zu halten.

Erwähnt sei auch die Bestimmung des Vertrages zwischen Frankreich und dem Pascha von Tripolis vom 11. August 1830, wodurch Tripolis verpflichtet wurde, fortan seine Seestreitkräfte nicht mehr zu vergrößern. Es durfte die Kriegsschiffe, die im Dienste standen, ausbessern und diejenigen vollenden, deren Bau es begonnen hatte. Auch durfte es im Falle des Verlustes eines Kriegsschiffes dieses durch ein anderes ersetzen. 1835 übernahm die Türkei, als sie eine türkische Oberherrschaft in Tripolis einrichtete, die aus diesem Vertrage hervorgehenden Verpflichtungen. (Vergl. „Revue Générale de droit international publique", 1905, S. 336, 338.)

Freilich kann dieser letzte Fall nicht als ein Präzedenzfall für Abrüstungsverträge angesehen werden. Solche setzen, um Erfolge zu haben, voraus, daß der Vertragsschluß ein freiwilliger gewesen ist. Die von dem Pascha von Tripolis übernommene Verpflichtung ist zweifellos nur zwangsweise eingegangen worden, ebenso wie Preußen 1806 nur auf Napoleons Befehl ein bestimmtes kleines Truppenkontingent halten durfte. Ferner legte der letzte Vertrag nur einer Partei eine Verpflichtung auf.

Verschiedenes.

Ein deutsch-englischer Friedenskongress. :: ::

Das „National Peace Council" in London, bekanntlich die Vertretung der hervorragendsten Friedensgesellschaften Großbritanniens, hat sich als die Zentralstelle zur Förderung der deutsch-englischen Verständigung konstituiert. Es ruft alle Handelskammern, Gewerkschaften und anderen wirtschaftlichen Organisationen beider Länder zu einer energischen Propaganda für die Beseitigung der bestehenden Spannung auf. Zu diesem Zwecke soll Ende Februar nach Erledigung der Reichstagswahlen in London ein Kongreß stattfinden, an dem die Vertreter aller jener Körperschaften beider Länder teilnehmen sollen, die für eine Besserung der anglo-deutschen Beziehungen eintreten. In England werden sich auch die Arbeiterkreise an diesen Kongreß beteiligen. Ob die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer alten Tradition brechen wird, die darauf besteht, mit den bürgerlichen Anhängern des Friedens nicht zusammenzuwirken, bleibt noch abzuwarten. Vielleicht wird das Ergebnis der Wahlen für diesen Entschluß entscheidend sein.

Bezüglich dieses Kongresses wäre es wichtig, die Methode und die Verhandlungsgegenstände vorher festzulegen. Was die Methode anbelangt, erscheint es unbedingt erforderlich, daß die jetzt geplante Verständigungsaktion sich von den bisherigen Aktionen grundlegend unterscheidet. Es geht nicht an, daß dieser Kongreß lediglich aus einer Reihe großartig arrangierter Feste besteht und daß die Aussprache nur bei festlich gedeckter Tafel und beim gefüllten Pokal stattfindet. Dazu ist die Zeit viel zu ernst. Das gesellschaftliche Beiwerk muß gänzlich unterdrückt werden. Und die Vertreter beider Völker dürfen zur gegenseitigen Aussprache nur in ernsten Räumen zusammenkommen, in Versammlungssälen, in Klubs, in Kirchen, in den Nebenräumen des Parlaments usw.

Auch auf die immer in so weitem Maße seitens der Engländer geübte Gastfreundschaft sollte in diesem Falle von vornherein verzichtet werden.

Bei den starken Gegensätzen, die namentlich in Deutschland zwischen den verschiedenen Gruppen bestehen, die an diesem Verständigungskongreß teilnehmen sollen, wäre es vielleicht am besten, wenn sich die betreffenden Gruppen als Kongreßteile formieren würden, die mit der entsprechenden Gruppe in England die Zusammenkünfte gemeinsam abzuhalten hätten. Jede dieser Gruppen sollte alsdann eine

oder zwei Personen für einen großen Ausschuß delegieren. Als solche Gruppen denke ich mir: Die Mitglieder der interparlamentarischen Union, die Mitglieder der pazifistischen Organisationen, jene Organisationen, die nicht zu den Friedensgesellschaften gehören, aber dennoch eine völkerverständigende Tendenz verfolgen, wie der „Verband für internationale Verständigung", das „Anglo-deutsche Comité", das „Kirchliche Comité für die anglo-deutsche Verständigung", die Gewerkschaften, die Sozialisten, die Vertreter der Universitäten, der akademischen Jugend, der Kirche, der Frauen, der Handelskammern und sonstiger Interessenten und Berufsorganisationen. Diese verschiedenen Gruppen tagen und beraten einzeln, während erst zum Schluß des Kongresses eine gemeinsame Sitzung aller Gruppen stattzufinden hätte.

Da dieser Kongreß von der englischen Regierung gefördert werden wird, ist es notwendig, daß er auch das Placet der deutschen Reichsregierung erhält. Er braucht nicht die Unterstützung der Reichsregierung zu erstreben, aber ihrer Zustimmung und ihrer wohlwollenden Förderung muß er sicher sein.

☞

Geheimrat Fabricius macht Schule. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Rektor der Freiburger Universität Geheimrat Fabricius hat den Vertretern der Ortsgruppe Freiburg der deutschen Friedensgesellschaft zwar erklärt, daß er in seiner berühmt gewordenen Kommersrede mit dem Worte „Einfaltspinsel" nicht die Vertreter der Friedensbewegung gemeint habe. Das hindert jedoch den General Keim nicht, in seinem kürzlich erlassenen Aufruf zur Gründung eines „Wehrvereins" bei einer Kritik über die Friedensbewegung sich auf Prof. Fabricius zu berufen und der Bezeichnung der Führer der Friedensbewegung als „Einfaltspinsel" nicht nur zuzustimmen, sondern darüber hinaus sie auch „Volksverderber" zu nennen, deren Bestrebungen das Volk körperlich und ethisch verweichlichen.

Der neue „Wehrverein", für den General Keim die Werbetrommel rührt, soll ein Gegenstück zum Flottenverein werden, in erster Linie aber ein Verein zur Bekämpfung des Pazifismus. Als einen der Beweggründe zur Gründung dieses Vereins führt der kampflustige General folgendes an:

„Es sind fernerhin bei uns Kräfte an der Arbeit, die kriegerische Tüchtigkeit des deutschen Volkes zu untergraben, es einer materialistischen Weltanschauung auszuliefern, Nationalstolz und Vaterlandsliebe als überwundene Begriffe hinzustellen. Alles dem Traume des Weltfriedens und internationaler Verbrüderung zuliebe."

Daß es bei solchen pompösen Ankündigungen ohne Verleumdungen nicht geht, ist ja bekannt. Wir wünschten dem Herrn General, daß ihm eine Ahnung darüber aufgehe, welche Ziele die Friedensbewegung eigentlich verfolgt, damit er selbst in die Lage käme, sein Urteil richtig einzuschätzen, was wir uns aus Gründen des Taktes hier leider versagen müssen.

☞

Ein Musterbeispiel der Verhetzung. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Im „Tag", Morgenausgabe vom 4. Januar, lesen wir folgendes:

„Wie weit der Deutschenhaß geht, erhellt aus einer Zuschrift, die das „Luzerner Vaterland" aus seinem Leserkreise erhalten hat:

„Wiederholt haben Sie auf die Nervosität der Engländer aufmerksam gemacht, die sich überall da zeigt, wo von Deutschland und Deutschen zu sehen oder zu hören ist. Ich kann Ihnen dazu ein kleines Beleg liefern, das zwar, für sich genommen, fast als Lächerlichkeit erscheinen mag. Als symptomatische Erscheinung mag der Vorfall Beachtung verdienen.

Letzten Frühsommer mietete eine reiche alleinstehende Engländerin in der Innenschweiz eine kleine Villa. Eine junge Luzernerin trat hier zu ihr in Dienst. Als die Dame gegen den Herbst hin nach London zurückkehrte, nahm sie die ihr liebgewordene Luzernerin mit. Bald nach ihrer Rückkehr wurde die Dame krank und starb, und die Luzernerin sah sich nach einem andern Platze um. Durch ein Plazierungsbureau wurden ihr mehrere Stellen offeriert. Die erste Dame verlangte, daß sich unsere Luzernerin vorstelle. Das geschah. Die Dame fand Gefallen an ihr, um so mehr, als sie französisch gestellte Fragen prompt in fließendem Französisch beantwortete. Bereits waren sie über den Dienstvertrag einig, als der Dame schwere Bedenken kamen. Sie fragte plötzlich: „Wenn Sie etwas denken, wie denken Sie es, deutsch oder französisch?" Verblüfft über eine so alberne Frage antwortete die Luzernerin frisch: „Deutsch, natürlich!" „Ja, dann ist's was anderes. Wenn Sie französisch denken würden, wären wir einig geworden; weil Sie aber deutsch denken, kann ich Sie nicht brauchen. Adieu!""

Soweit muß also die Redaktion des „Tag" gehen, um aus einem kleinen Schweizer Lokalblatt das Hetzmaterial gegen England herbeizuschaffen. Es kümmert die Redaktion nicht, ob die ganze Geschichte überhaupt wahr ist, ob die betreffende Dame nicht vielleicht verrückt, überspannt oder aus irgendeinem privaten

Grunde, der mit der hohen Politik gar nichts zu tun haben muß, deutschfeindlich gesinnt ist oder ob in ihrer Frage nicht etwa bloß die Rücksicht auf die glatte Abwicklung der häuslichen Geschäfte und keineswegs eine deutschfeindliche Gesinnung enthalten war. Aber selbst wenn die Geschichte wirklich wahr wäre, und jene Dame mit Vorliebe täglich zwei Deutsche zum Frühstück verzehren würde, was will die Redaktion mit der dienstbereiten Veröffentlichung dieser Notiz eigentlich erzielen? — Die Antwort liegt zu klar zutage. Hetzen will sie; um jeden Preis hetzen, und wenn von den Tausenden Leserinnen des „Tag" in nächster Zeit 200 ebenso handeln würden wie jene unbekannte Dame in England, so würde die Redaktion des „Tag" sicher nicht anstehen, dieselbe Handlung, die sie bei der Engländerin verurteilt, bei deutschen Frauen als eine patriotische Tat hinzustellen.

Man muß sich wahrhaftig den Kopf halten vor Entsetzen, wenn man sieht, wie gewissen deutschen Zeitungen kein Mittel lächerlich genug erscheint, das dazu dienen könnte, die deutsche Volkspsyche zu vergiften, sie zu einem Antagonismus zu England zu bringen. Die großen deutschfreundlichen Reden verantwortlicher Staatsmänner in England werden im „Tag" nicht mit jener Liebe behandelt wie die Dienstmädchen-Angelegenheit jener sagenhaften Engländerin, deren Erlebnis das Blatt „als symptomatische Erscheinung" seinen Lesern vorzusetzen wagt.

Von den tausenden und zehntausenden Verhetzungsversuchen, die täglich in der deutschen Presse zu finden sind, ist dies nur ein einzelner, der einmal als typisches Beispiel hier klargelegt werden sollte.

☞

Englische Minister über die Beziehungen zu Deutschland.

In der Januarnummer des englischen Pazifisten-Organes „The Arbitrator" werden die Aeußerungen einiger Mitglieder des gegenwärtigen englischen Ministeriums veröffentlicht, die sie unter besonderer Bezugnahme auf die anglo-deutschen Beziehungen der Redaktion jenes Blattes zur Verfügung gestellt haben.

Die Aeußerungen sind durchweg von einem Geist der Versöhnung beseelt. Alle drücken die Anschauung aus, daß die Mißstimmung, die gegenwärtig zwischen beiden Ländern herrscht, überwunden werden kann, daß sie überwunden werden muß. Der Kriegsminister Haldane hofft bestimmt, daß allmählich ein besseres Verhältnis aufkommen wird. Der Kolonialminister Lewis Harcourt gibt die Versicherung, daß es der letzte Gedanke der Engländer sei, die Deutschen von dem gebührenden Platz an der Sonne auszuschließen. Der ehemalige Marineminister und jetzige Minister des Innern Mc. Kenna fürchtet sich nicht mehr vor dem deutschen Gespenst, sondern glaubt an den guten Willen und den gegenseitigen Respekt der beiden Regierungen. Der Handelsminister Sydney Buxton erhofft sehr viel vom Verschwinden der Marokkoaffäre und wünscht Deutschland Gedeihen, weil das auf die Wohlfahrt des englischen Volkes eine Reflexwirkung ausüben und den Frieden fördern wird. Der Generalpostmeister Herbert Samuel ist überzeugt, daß beide führenden Nationen der Gegenwart etwas besseres zu tun haben, als aufeinander loszustürmen. Der Unterrichtsminister Pease denkt, daß das neue Jahr nach all den Mißverständnissen der Vergangenheit eine vollkommene Besserung und freundliche Stimmung bringen wird. Und Hobhouse, der Kanzler von Lancaster, singt ein Loblied auf die segensreichen Wirkungen eines wohlanständigen Wettbewerbes.

☞

Pierre Loti über den Tripoliskrieg. :: :: :: :: :: :: :: ::

Im „Figaro" veröffentlicht der bekannte französische Dichter einen tiefergreifenden Artikel über jene Vorgänge im Norden Afrikas, die heute alle Kulturmenschen erschüttern. Er schreibt:

„Ich erinnere mich noch einer Nacht an den Küsten Afrikas, als ich im Schimmer des Magnesiumlichtes auf kurze Augenblicke den Kampf eines Büffels mit einem Panther sah, der ihm in den Nacken gesprungen war. Bewundernswert war dieser arme Büffel in seinen verzweifelten Sprüngen und seinen Bemühungen, die Bestie abzuschütteln, die ihm am Halse saß; aber der Kampf war ungleich; zuerst wegen des unerwarteten Angriffes und dann, weil der Büffel keine Krallen hatte. Und zwischen jener Episode an der afrikanischen Küste und dem Italienisch-Türkischen Krieg vollzieht sich in meinem Geiste eine Verbindung. Dieselbe Plötzlichkeit, dieselbe Beweglichkeit bei dem Angreifer, dieselbe Ungleichheit der Waffen, dieselbe furchtbare Wut der Verteidigung. Und diesmal sind es Menschen! Und Europa schaut, wie immer, wenn massakriert wird, gelassen zu! Welcher Verfall jener großen leeren Worte: Fortschritt, Friedensliebe, Konferenzen und Schiedsgericht!*) Ich höre schon die Italiener antworten, daß wir selbst die Eroberer gespielt haben, zuerst in Algier — freilich in vergangenen Zeiten — dann in Tonking. Ach, ja, beugen wir das Haupt. Und doch war es unendlich weniger blutig als das Werk Italiens in Tripolitanien. Doch ich will nicht gegen die Italiener allein meine Stimme erheben, ich spreche auch gegen uns und gegen alle sogenannten christlichen Völker Europas, gegen uns alle, die wir mit Worten der Brüderlichkeit auf den Lippen von Jahr zu Jahr irgendein neues teuflerisches Explosivmittel

*) Leere Worte?! Das ist jetzt leicht zu sagen. Was hat Pierre Loti bis jetzt dazu beigetragen, daß diese Worte Taten werden und Macht bekommen? F. W.

erfinden und die Menschen der braunen oder gelben Rasse wie Schlachtvieh behandeln . . . Wenn man abseits der großen Metropole, wo sanfte brüderliche Reden gehalten werden, dies Werk verfolgt, so muß man feststellen, daß die Menschheit seit den Tagen der Hunnen auf dem Wege zur Barmherzigkeit keine zehn Schritt zurückgelegt hat."

Pierre Loti wendet sich dann gegen die Haltung der französischen Presse, die fast durchweg in diesem Kriege Italien Sympathien bezeugt. „Sie registriert mit Ruhe Siege, bei denen die Italiener dank einer mörderischen Artillerie nur drei oder vier Tote verlieren, während die Türken zu Hunderten auf der Walstatt bleiben. Sie erzählen, ohne zu schaudern, wie ganze Reihen von Gefangenen in öffentlicher Schaustellung gehenkt werden. Man plündert, brennt und mordet; und das nennt man dann „freie Bahn machen", als handle es sich um eine Jagd auf Raubtiere. Der Korrespondent eines großen Pariser Blattes feierte kürzlich die Schönheit (!) eines Artilleriefeuers auf große Entfernungen, das so gut gezielt war, daß die Araber mit ihren armseligen Gewehren wie Pflanzen hingemäht wurden, spricht von einer „verdammten" Moschee, die den Siegeslauf aufhält, weil die Türken sich hier verschanzt haben und sich wie die Löwen verteidigen. Ein anderer erzählt, wie man in den Oasen zwischen den Leichen und den Kadavern getöteter Hunde noch einige letzte „Fanatiker" entdeckte, die noch gegen die Eroberer zu schießen wagten; aber man „fing" sie und führte sie ohne Mühe fort, wahrscheinlich zur Schlachtbank. All das atmet eine erstaunliche Unbewußtheit. Aber wenn die französische Presse sich auf seiten der Angreifer stellt, spiegelt sie so schlecht wie nie die Gefühle der Nation. Der Abscheu und schmerzliches Staunen herrschen einstimmig im Volke."

Eine Friedenskundgebung der Hamburger Handelskammer.

Der Bericht der Hamburger Handelskammer vom 30. Dezember enthält in seiner Schlußbetrachtung folgende wichtige Stelle:

„Das verflossene Jahr hat besonders in politischer Beziehung Deutschland manche ernste Stunde gebracht. Wie nahe die Gefahr einer Störung des Friedens über den Nationen geschwebt hat, ist mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit erst nachträglich durch die im November erfolgte Kundgebung der deutschen Regierung über die mit England anläßlich der Marokkoangelegenheit geführten Verhandlungen zum Bewußtsein der Bevölkerung der beteiligten Länder gelangt. Die jetzt glücklich überwundene Periode einer derartig starken Spannung politischer Gegensätze hat erfreulicherweise hüben wie drüben allgemeine Aeußerungen der Ueberzeugung ausgelöst, daß die unabsehbaren Schädigungen, die der Ausbruch kriegerischer Verwicklungen zwischen Deutschland und England, wie auch immer der endliche Ausgang sein möge, für das gesamte Wirtschaftsleben beider Länder im Gefolge haben müßte, eine friedliche Lösung etwa bestehender Schwierigkeiten im beiderseitigen Interesse erheischen. Wenn auch der vorsichtigste Kaufmann bei der Entschließung über die Art und die Ausdehnung jeder einzelnen Unternehmung nicht mit einer ständigen Kriegsgefahr rechnen kann, so müssen doch Handel, Schiffahrt und Industrie sich voll bewußt bleiben, welch schwere geschäftlichen Beziehungen die plötzliche Stockung des Verkehrs und die Vernichtung außerordentlich großer Werte durch einen Krieg zeitigen muß, und in Rücksicht hierauf scheint, im ganzen genommen, eine diesen Verhältnissen entsprechende Zurückhaltung angebracht zu sein. Eine solche Erkenntnis bietet neben der durch Erklärungen der leitenden Staatsmänner kundgegebenen festen Absicht der Regierungen, den Krieg nach Möglichkeit zu vermeiden, eine beachtenswerte Gewähr für eine fernere Aufrechterhaltung des Friedens. Daß Friedensliebe sehr wohl mit würdiger Betonung des nationalen Standpunktes und entschiedener Vertretung der hieraus sich ergebenden Interessen gepaart sein kann, davon hat die Haltung der deutschen Regierung einen Beweis geliefert, der um so freudiger zu begrüßen ist, als dadurch die Zweifel, die in dieser Hinsicht eine Zeitlang von einem Teil der deutschen Bevölkerung gehegt wurden, in glücklicher Weise behoben sind."

Ein Vortrag des Professor de Gubernatis.:: :: :: :: ::

Im (Mailänder) „Secolo" vom 5. Januar lesen wir einen ausführlichen Bericht über einen Vortrag, den Professor de Gubernatis am 4. Januar im Saale des „Circolo per gli Interessi Industriali, Commerciali ed Agricoli" über das Thema „Vorspiel und Vorhersagen für das Jahr 1912" vor einem zahlreich erschienenen Publikum gehalten hat.

Dieser Vortrag ist so ziemlich das Haarsträubendste, das wir von einem vermeintlichen Gesinnungsgenossen in Italien gehört haben. Wir folgen im Nachstehenden dem Bericht des „Secolo":

„Von Caesare Goldmann vorgestellt, der einen Gruß an E. T. Moneta sandte, und mit bewegten Worten Angelo de Gubernatis die Anerkennung dafür aussprach, daß er dafür eingetreten ist und bewiesen hat, daß der Pazifismus nicht gleichbedeutend mit Feigheit sei und niemals die Bedeutung von Antipatriotismus haben könne, erging sich der Vortragende ausführlich in einer Verteidigung der von den auswärtigen Pazifisten wegen ihrer Haltung gegenüber dem italienisch-türkischen Krieg getadelten italienischen Pazifisten, indem er das gute Recht Italiens verfocht, fortgetrieben

von dem geschichtlichen Verhängnis (!) zur Erorberung von Tripolis zu schreiten!

Die Italiener — sagte Professor de Gubernatis — erklärten den Türken nicht aus Haß den Krieg, sondern infolge äußerster und peinlichster Notwendigkeit und in der Hoffnung, daß die Türken die Ratschläge der unzuverlässigen Mächte zurückweisen und sich mit einer wirtschaftlichen Entschädigung zufrieden geben würden, indem sie Tripolitanien den Italienern ebenso überlassen hätten, wie sie drei Jahre zuvor der Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Oesterreich-Ungarn zugestimmt haben.

In diesem Kriege, der seit zwei Monaten dauert und bereits den Anblick einer geschichtlichen Epopöe angenommen hat — so fährt der Vortragende fort —, hat sich der italienische Soldat nicht nur durch äußere, sondern vor allen Dingen durch innere Kraft ausgezeichnet. Der Krieg darf nicht in Wildheit ausarten; die italienische Tapferkeit muß zivilisiert sein; die Wildheit ist keine Tugend. Nachdem er an den Brief des Obersten Fara an die jungen Mädchen von Verona erinnert hat, fragte er die ausländischen Pazifisten, ob ein ähnlicher Brief von turko-arabischer Seite eingegangen wäre . . .

Für die auswärtigen Pazifisten hatte der Redner keine zu höflichen Worte: **William Stead wurde ein „Wahnsinniger", die anderen Pazifisten arbeiteten dem tripolitanischen Unternehmen wie „Besessene" entgegen.**

Der Vortragende erinnerte an die Episoden, die von der ausgesuchten Höflichkeit der italienischen Soldaten zeugten, sprach von dem Soldaten, der dabei betroffen wurde, als er seine Ration mit einem türkischen Gefangenen teilte, von dem Bersaglieri, der die kleine Araberin beschützte, und gab der Meinung Ausdruck, **daß der Krieg, wenn er von einem Kulturvolk geführt wird, auch zu einer guten erziehenden Schule werden kann."** (!!)

Genug dieser Verirrungen! — Jeder Kommentar wäre überflüssig. Und de Gubernatis ist noch immer Mitglied der Berner Bureaus! Wie lange denn noch?! Daß der Sekretär der Mailänder Friedensgesellschaft „Unione Lombarda", Diottalevi, kürzlich von Sozialisten aus einem Versammlungssaal hinausgeworfen wurde, weil er unaufhörlich „Viva la guerra!" rief, sei hier nur nebenbei erwähnt. Welche Geistesverwirrung herrscht in Italien, wenn der Sekretär einer Friedensgesellschaft wie ein Besessener „Hoch der Krieg" ruft.

AUS DER BEWEGUNG

Der nächste Friedenskongress. :: :: :: :: :: ::

Das Direktionskomitee des Internationalen Friedensbureaus, das am 25. und 26. November in Bern vereinigt war, hat sich auch mit der Frage des nächsten Friedenskongresses befaßt. Man war sich einig darüber, daß es unmöglich ist, den Friedenskongreß im Frühjahr in Rom abzuhalten. Es besteht die Absicht, eine in Aussicht gestellte Einladung der portugiesischen Regierung, im Herbst in Lissabon zu tagen, anzunehmen.

Es wäre gewiß sehr wichtig, wenn die Pazifisten aller Länder ihre nächste Vereinigung in der Hauptstadt der jüngsten Republik Europas abhalten würden. Wichtig schon aus dem Grunde, weil dadurch das lateinische Amerika in weiterem Umfange für die pazifistische Idee interessiert werden könnte, als dies bisher der Fall war. Es bestehen jedoch sehr gewichtige Bedenken, schon in diesem Jahre nach Lissabon zu gehen. Bei den ungeheuer erschütternden Vorgängen, die wir im vergangenen Jahre in Europa erlebt haben und zum Teil noch erleben, muß es für uns wichtiger sein, auf den Gang der politischen Verhältnisse in Europa selbst Einfluß zu nehmen als auf die pazifistische Entwicklung Südamerikas. Das Hemd ist uns näher als der Rock. Wenn wir aber in Europa gehört werden wollen, dürfen wir nicht nach Lissabon gehen, das von den Zentren des alten Erdteils viel zu weit entfernt liegt und das zu den Hauptstädten der übrigen europäischen Länder nur sehr schwache Pressebeziehungen besitzt. Es ist unbedingt nötig, daß wir 1912 in einer Stadt tagen, die ein europäisches Pressezentrum ist. Die Verhandlungen des nächsten Friedenskongresses werden so aktuell sein, daß wir im Interesse der Propaganda für unsere Idee dafür sorgen müssen, gehört zu werden. Es wäre der größte Fehler, den wir begehen könnten, uns gerade in diesem Jahre in Lissabon zu verstecken.

Der für Wien beabsichtigte Friedenskongreß ist aus verwickelten politischen Gründen in diesem Jahre nicht durchführbar. Die Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien sind derart delikater Natur, daß es nicht rätlich erscheint, in Wien einen Kongreß abzuhalten, der die Handlungen der italienischen Regierung einer nicht sehr schmeichelhaften Kritik unterziehen wird. Ebensowenig rätlich erscheint es uns, in der Hauptstadt eines Landes zu tagen, das irgendwie an der Marokkoaffäre beteiligt war. Es bleiben uns daher nur die Haupt-

städte der beiden neutralen Länder, Hollands und Skandinaviens, zur Wahl. Da der letzte Kongreß aber in einer skandinavischen Hauptstadt getagt hat, reduziert sich die Wahl der in Aussicht zu nehmenden Städte auf eine Stadt der Schweiz, Belgiens oder Hollands.

Es wäre sehr wichtig, wenn die an einer glänzenden Durchführung des nächsten Friedenskongresses interessierten Pazifisten zu dieser wichtigen Frage möglichst umgehend und möglichst entschieden Stellung nehmen wollten.

Der Friedenssonntag in Königsberg. :: :: :: :: :: :: ::

Am 17. Dezember v. J. beging die Freie evangelische Gemeinde in Königsberg die Feier des Friedenssonntags. Prediger Tiedje hielt einen Vortrag über „Die nationale Ehre". Die Not, so führte der Redner aus, habe die Kriege geboren. Aber die Not solle nicht Gesinnung und die Kraft sollen nicht Gewalt werden. Es gebe nicht nur ein individuelles und soziales, sondern auch ein menschheitliches Gewissen. Das Friedensfest, das der Staat eingesetzt habe, sei das Sedanfest, das Fest des Militarismus. Gegen den bewaffneten Frieden, in dem wir lebten, erhebe sich der Ruf aller Friedensfreunde, das sei Adventsglaube, sei Zukunftsglaube. Solch ein Zukunftsglaube sei das einigende Band aller Friedensfreunde, auch solcher, deren Kirche das Friedensfest nicht habe aufnehmen können. In den letzten Jahren sei ein sozialer Gemeingeist aufgekommen, die Kirche habe sich schweigend seiner enthalten. Der Ruf nach Weltfrieden erschalle, die Kirche segne die Waffen. Kein Vorwurf könne die Friedensfreunde mehr zu einem erhabenen Lächeln verführen, als der oft erhobene Vorwurf, sie schädigten die nationale Ehre. Die Botschaft des Weltfriedens sei eine religiöse Frage. Es sei ein heilig ernster Idealismus, der die Friedensfreunde beseele. Nach der Moral der Landsknechtsehre solle der Staat nach außen mit den Waffen klirren. Wahre Ehre aber liege in den Gesetzen der Freiheit und Milde. Der Mensch sei dem Menschen eine heilige Sache. Freilich verneine kein vernünftiger Friedensfreund das Recht der Notwehr. Wenn uns unsere nationalen Lebensbedingungen verkümmert zu werden drohten, so müßten wir zum Schwerte greifen. Wohl aber müßten wir uns jener junkerlichen Moral, die in den Waffen einherschreitet, entgegenstellen. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, schon ihre Kinder zu lehren, den Krieg zu verachten, und ihnen kein Soldatenspielzeug und keine Kriegervereinsliteratur in die Hand zu geben, schloß der Redner seine Ausführungen. Gesangsvorträge leiteten die Feier ein und gaben ihr den Abschluß.

Adressen erbeten!

Die „Friedens-Warte" soll in einer großen Anzahl von Lesehallen oder sonstigen Stellen, wo Zeitungen zur Lektüre zugänglich gemacht werden, die aber bislang das Blatt nicht erhielten, gratis aufgelegt werden. Wir bitten die Freunde des Blattes, uns die Adressen von öffentlichen Lesehallen jeder Art, ferner von Vereinen, Klubs, Anstalten etc., die Zeitungen zur Benutzung ihrer Mitglieder oder Besucher auflegen, gütigst angeben zu wollen.

Zuschriften sind an den Herausgeber zu richten.

„Die Friedens-Warte".

Für den Wehberg-Fonds

sind eingegangen und werden hiermit dankend quittiert:

Von Vize-Admiral, Exzellenz N. 9 M. (Mit dem Hinzufügen: „Für die Friedens-Warte-Bewegung, die mir sehr sympathisch ist.")

LITERATUR U. PRESSE

Besprechungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

P. H. Eijkmann, L'Internationalisme Scientifique (Sciences pures et Lettres). Avec un Avant-Propos du Professor Paul S. Reinsch. Publication du Bureau Préliminaire de la Fondation pour L'Internationalisme. 6 Von Lennepweg, La Haye (Pays-Bas). Gr. 8°. La Haye. 1911. W. P. Van Stockum et Fils. 108 S. und ca. 160 unnumerierte und einseitig bedruckte Seiten mit „Notes".

Es ist eine erwiesene Tatsache, daß sich im Mittelalter lange vor Kopernikus die Gebildeten über die Kugelgestalt der Erde vollständig klar waren, während die Masse der Menschen noch immer die alte Vorstellung einer Erdscheibe und einer um diese sich drehenden Sonne bewahrte. Eine gleiche Erscheinung können wir heute beobachten, wenn wir sehen, wie die junge Wissenschaft des Internationalismus für die wenigen, die ihr bis jetzt folgen, die Organisation der geistigen Welt erkennt und darlegt, während die Menschen in ihren staatlichen Organisationen noch immer so handeln, als ob diese Welt in der vollkommensten Anarchie lebte. Man wird diesen Widerspruch zwischen der bereits vorhandenen Erkenntnis der internationalen Organisation und der anarchischen Betätigung einstmals ebenso belächeln, wie wir heute jenen angedeuteten Widerspruch im Mittelalter belächeln.

Einen wertvollen Beitrag zur Ueberwindung dieses Widerspruchs bietet das vorliegende Buch, das uns das bereits vorhandene internationale Zusammenwirken auf dem Gebiete der Wissenschaft mit Fleiß und Umsicht zur Darstellung bringt. „Eine Gesamtanschauung der Bewegung, die man in den folgenden

Seiten finden wird," sagt Professor Paul S. Reinsch, selbst eine Autorität auf dem Gebiete des Internationalismus*), in der Vorrede zu dem Eijkmannschen Buche, „gestattet nicht nur, sich eine Idee über die Haupttendenzen des Jahrhunderts zu machen, in dem wir leben, sie wird auch gewissermaßen als Führer durch die Arbeit dienen, die noch zu erfüllen ist, um zu einer wirklichen und befriedigenden Organisation der wissenschaftlichen und geistigen Aufgaben zu gelangen, die in der Welt sich vollziehen."

Das Eijkmannsche Buch bietet in seinem Hauptteil eine übersichtlich zusammengefaßte Darstellung aller internationalen Organisationen auf wissenschaftlichem Gebiete, in seinem Nebenteil bringt es die einzelne Organisation, mit den zu ihrer Wertung und Erkenntnis nötigen Daten versehen. Diese „Notes" sind abzutrennen und aufzukleben, so daß jeder Benützer des Buches die Daten dauernd ergänzen kann. Auf diese Weise wird das Buch nicht nur eine prachtvolle augenfällige Darstellung der internationalen Verquickung der Wissenschaft sein, sondern auch ein brauchbarer Behelf für die Gelehrtenwelt.

Zur Geschichte dieses dankenswerten Unternehmens erwähnt der Herausgeber in den „Conclusions" auf S. 101 folgendes: „Bis zu einem gewissen Punkt haben wir in anderer Form die Arbeit aufgenommen und ergänzt, die schon Alfred Fried in seinem „Annuaire de la Via Internationale" unternahm." Dieses Eingeständnis ist erfreulich. Mein im Jahre 1905 zuerst veröffentlichtes „Annuaire" war in der Tat die erste Zusammenstellung der internationalen Tatsachen unserer Zeit. Um sie auszubauen, fehlten mir die Mittel und die Kraft. Daß dieser Ausbau nunmehr in so wirksamer Weise unternommen wird, ist mir recht. Allerdings findet mein „Annuaire" seine Fortsetzung durch das in Brüssel direkt zu diesem Zwecke begründete „Office centrale des Institutiones internationales". Zwischen dem Institute im Haag, dem wir das vorliegende Buch verdanken, und dem Institute in Brüssel besteht ein Wettbewerb, der, wie jeder Wettbewerb im Interesse der Sache auf das freudigste zu begrüßen ist. Freilich wird man den Gedanken nicht los, ob nicht gerade in dem Bestreben, den internationalen Organisationen eine einheitliche Ober-Organisation zu geben, der Wettbewerb nicht am Ende für das Ziel ein Hemmnis sein kann. Aber ich glaube, daß das Gesetz, das zum Ueberleben der Tüchtigsten führt, auch hier seine Macht ausüben wird, wenn es nicht — was am wünschenswertesten ist — zu einer Vereinigung beider, das gleiche Ziel erstrebenden Institute kommen sollte. F.

Der Weg zum Weltfrieden im Jahre 1911. Pazifistische Chronik. Zusammengestellt von Alfred H. Fried. Gr. 8°. Berlin. Wien. Leipzig. 1911. Verlag der „Friedens-Warte". — 31 S. 50 Pfg. = 60 Heller.

Diese Uebersicht über die pazifistischen Erscheinungen des Jahres wurde nun zum drittenmal veröffentlicht. Es hat sich herausgestellt, daß eine derartige Zusammenfassung der Ereignisse, begleitet durch einen kurzen Kommentar, für die Propaganda von großem Nutzen ist. Namentlich, wenn die Veröffentlichung gerade zur Weihnachts- und Neujahrszeit vor sich geht, wo die meisten Menschen zur stillen Einkehr und zur ruhigen Wertung der Erscheinungen sehr geneigt sind. Die Broschüre kam diesmal in 6000 Abzügen zur Verbreitung. Es wäre wünschenswert, wenn sie in späteren Jahren in 30 000 bis 100 000 Exemplaren verbreitet werden könnte. Der Herausgeber hofft, daß diese Auflage allmählich durchgeführt werden kann.

Es sind noch Exemplare vorhanden, die Interessenten zum billigen Massenpreise (das Hundert zu 8 M.) zur Verfügung stehen.

Dr. Hans Wehberg, Internationale Schiedsgerichtsbarkeit. (Burschenschaftliche Bücherei, Band IV, Heft 3). 8°. Berlin. (1911). Carl Heymanns Verlag. 52 S. 60 Pfg.

Dr. Hans Wehberg, Die internationale Friedensbewegung. (Staatsbürger-Bibliothek, Heft 22). 8°. M.-Gladbach. 1911. Volksvereins-Verlag G. m. b. H. 47 S. 40 Pg.

Wehberg hat der Friedensbewegung mit der Veröffentlichung dieser beiden Broschüren einen zweifachen Dienst getan. Zunächst dadurch, daß er eine Darlegung ihres Wesens in Kreise einführte, die der Bewegung zum Teil fernstehen, zum Teil ihr nur eine gewisse Skepsis entgegenbringen. Die Einreihung der einen Broschüre in die „Burschenschaftliche Bücherei" wird das Verständnis über die Schiedsgerichtsbarkeit unter jenen Studenten erwecken, die bislang glaubten, das große Problem mit ihren nationalen Anschauungen unvereinbar ansehen zu müssen. Gerade zur Erleuchtung der Burschenschaften hat Wehbergs rastlose und immer neue Werte zeitigende Tätigkeit viel beigetragen. Zuerst durch Veröffentlichung von Artikeln über den Pazifismus in burschenschaftlichen Vereinszeitungen, dann durch Vorträge und Anregungen zu solchen Vorträgen in den Korps, und jetzt mit jener Broschüre über die Schiedsgerichte. Es ist wichtig, festzustellen, daß sich infolge dieser Werbearbeit die Vorträge über die Friedensbewegung in den Korps stark vermehrt haben, und daß das Verständnis in jenen Kreisen, aus denen sich die künftigen Beamten und Staatsmänner rekrutieren, bedeutend zugenommen hat. Durch die Einreihung der anderen Broschüre in eine vom katholischen Gesichtspunkt aus redigierte Schriftensammlung wird das Interesse eines großen Teiles des deutschen Volkes, der in den politischen Vertretungskörpern eine ausschlaggebende Rolle spielt, für die Friedensidee entfacht und — da das Zentrum wie hervorragende katholische Kirchenfürsten mit dem Papste an der Spitze sehr oft im Sinne des Pazifismus hervorgetreten ist — die Aktion gestärkt und angeregt.

In zweiter Linie sind diese beiden Broschüren, ganz abgesehen von dem Rahmen, in dem sie erscheinen, wertvolle Propagandamittel für die allgemeine Friedensbewegung, die darin eine auf der Höhe der Zeit stehende zusammenfassende Darstellung in schöner Ausstattung und zu einem volkstümlichen Preise findet, wodurch ihr die Werbearbeit bedeutend erleichtert wird. So groß unsere Literatur auch

*) Siehe Friedens-Warte 1911, S. 309.

schon ist, so fehlte es uns doch an billigen und gut dargestellten Schriften.

Die Broschüre über die Schiedsgerichtsbarkeit bringt in wirklich meisterhafter Weise alles vor, was zur Geschichte und dem Wesen der Schiedsgerichtsbarkeit wünschenswert erscheint. Sie schildert kurz, aber anschaulich die Entwicklung des Schiedswesens, ihre Erfolge und Ausblicke und umfaßt eine Darstellung des friedensrechtlichen Teiles der Haager Abkommen und der durch sie geschaffenen Einrichtungen. Im Schlußkapitel kommt Wehberg auch auf die Rolle zu sprechen, die die Schiedsgerichtsbarkeit in der Friedenswissenschaft einzunehmen berufen ist. „Die Schiedsgerichtsbewegung", so sagt er klar, „ist immer nur ein Teil derjenigen Bestrebungen, die den Krieg seltener machen wollen." Diesen Satz hätte ich gern etwas ausführlicher begründet gesehen. Er stellt die wichtigste Lehre des Pazifismus dar, deren Verkennung dazu beiträgt, das Mühlrad unserer Gegner so lustig zu drehen. Der Pazifismus selbst hat sich zu der Einfachheit dieser Lehre noch nicht genügend bekannt. Sie muß immer mehr in den Vordergrund treten.

In der zweiten Broschüre über die „Internationale Friedensbewegung" sehe ich zu meiner Freude, daß sich Wehberg ganz auf den Boden meiner in meiner Schrift „Die Grundlagen des revolutionären Pazifismus" entwickelten Lehren stellt, die er kurz und volkstümlich zum Ausdruck bringt. Meisterhaft ist in jener Broschüre seine Darstellung des Haager Werkes. In einem besonderen Abschnitt wird übersichtlich auf „die Frage des Stillstandes der Rüstungen" eingegangen. Der Geist dieses Abschnittes ist schon durch die Ueberschrift gekennzeichnet, indem das unselige Wort „Abrüstung" vermieden wird und dessen up to date-Vollendung durch die Beziehungen auf Norman Angell dargetan wird.

Immer mehr rückt Wehberg in die vorderste Reihe der Friedenstechniker. Jede Veröffentlichung von ihm ist ein Zuwachs der Werte unserer Bewegung und ihrer Literatur. Ein umfangreiches Werk über die internationale Staatengerichtsbarkeit (nicht Schiedsgerichtsbarkeit) hat er eben im Manuskript vollendet, ein neues über das Rüstungsproblem hat er eben in Angriff genommen. Wir können also in Kürze wieder neue wertvolle Arbeiten von ihm erwarten. F.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Bulletin of the Pan American Union. November 1911. Washington.
Aus dem Inhalt: World-wide recognition of the Pan American Union. (Ueber La Fontaines Veröffentlichung in der „Int. Conciliation".) — Groundbreaking ceremonies of the Panama-Pacific International Exposition at San Francisco. — The International Bureau of American Students. — usw.

Eduard Bernstein, Die englische Gefahr und das deutsche Volk. Gr. 8°. Berlin 1911. Verlag: Buchhandlung des Vorwärts. 48 S. 75 Pfg.

Dr. Hans Sperl, Die Luftfahrt vom Standpunkt der Rechtswissenschaft. Sonderdruck aus Hermann Hoernes, „Buch des Fliegens", Band III. Kl. 4°. 21 S. Ohne Ort und Verlagsfirma.

Dr. Kurt Pollack, Die Internationale Union zur Förderung der Wissenschaft. Sonderdruck aus der Münchener medizinischen Wochenschrift. Nr. 49. 1911. 8°. München. I. F. Lehmann. 11 S.

E. Lehr, Friedensministerium. 8°. Wien (1911). Im Selbstverlage des Verfassers. XI u. 105 S.

Gustav Maier, Der Krieg um Tripolis und die Friedensbewegung. Vortrag, gehalten in den Friedensvereinen Zürich und Luzern im November 1911. Herausgegeben vom Zentralkomitee des Schweizerischen Friedensvereins. Separatabdruck für meine Freunde zu Neujahr 1912. 8°. Bern 1911. Hallersche Buchdruckerei A.-G. 19 S.

Ewald Gerhard Seeliger, Englands Feind. Der Herr der Luft. Roman. 8°. Wiesbaden. Westdeutsche Verlagsgesellschaft 352 S. 3 M.

Der fliegende Tod. Von einem deutschen Offizier. 2. Aufl. 8°. Wiesbaden. Westdeutsche Verlagsgesellschaft. 124 S. 3 M.

Otto Bütow, Deutsche Schulreform. 8°. Braunschweig. 1911. Albert Limbach. 15 S.

Puella classica, Lebenserfahrungen in Poesie und Prosa. 8°. Budapest u. Leipzig. 1911. Albert Otto Paul. 167 S. eleg. geb.

Georg Wutke, Was entsteht aus den Bewegungen der Erde? Erklärungen der Naturerscheinungen auf einer einheitlichen Grundlage. 8°. Berlin. 1911. Selbstverlag. 48 S.

Oskar Kresse, Die Ueberwinder des Todes. Kl. 4°. Berlin. O. J. (1911.) John Schwerins Verlag. Mit Zeichnungen von Carl Reimann. 232 S. Eleg. gebd.

Almanach de La Paix pour 2912. 24. anné. Préface de M. Charles Richet. 8°. Paris. Plon Nourrit & Co. 68 S. 25 Cts.

Jackson H. Ralston, International Arbitral Law and Procedure. Being a Resumé of the Procedure and Practice of International Commissions, and Including the views of Arbitrators upon questions arising under the Law of Nations. Gr. 8°. Boston und London. Ginn & Comp. 1910. 352 S. cloth.

International Conciliation. Nov. 1911. Nr. 48: The general Arbitration Treaties of 1911. 37 S.

—, Dez. 1911. Nr. 49. Heinrich Lammasch, The Anglo-American Arbitration Treaty and Hon. Jackson H. Ralston, Forces making for International Conciliation and Peace. 21 S.

—, Special Bulletin. November 1911: William Howard Taft, The Dawn of World Peace. 13 S. New-York. American Association for International Conciliation.

Columbia University in the City of New York. Annual Report of President Butler. November 6. 1911. 8°. o. O. u. J. 56 S.

William Howard Taft, The proposed Arbitration Treaties with Great Britain and France. Delivered before the American Society for Judicial Settlement of International Disputes Cincinnati, November 7. 1911. 8°. Repr. from the Proceedings of the Society. 15 S.

La Conferencia pan-americana de Buenos Aires. Informe presentado par los Delegados Plenipotenciarios de Chile reunida en Buenos Aires, desde el 12 de Julio hasta el 27 de Agosto de 1910. 8°. Santiago de Chile. Ministerio de Relaciones exteriores. 1911 410 S.

Alejandro Alvarez, Rasgos Generales de la Historia Diplomática de Chile (1810 bis 1910). Primera Epoca: La Emancipacion. 8°. Santiago de Chile 1911. Imprenta, Litografia y Encuadernacida „Barcelona". 263 S.

Giorgio del Vecchio, Il Fenomeno della guerra e l'Idea della Pace. 2. ed Gr. 8°. Torino 1911. Fratelli Bocca. 99 S. 3 L.

—, L'Evoluzione dell'Ospitalità. Estratto dalla Rivista Italiana di Sociologia, Anno VI. Fasc. II—III. Marzo-Giugno 1902. Gr. 8°. Roma 1902. „Rivista it. di Sociologia". 15 S.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (Eßlingen). Dez. O. Umfrid, Unreife Anschauungen. — usw.

Der Friede (Bern). Dez. Gustav Maier, Der Krieg von Tripolis und die Friedensbewegung. — W. Rohl, Der Krieg und die Zeitung. — Schultheß, Pazifist. Rundschau. — usw.

La Paix par le Droit (Paris). Frédéric Passy, Ceux qu'il font honorer; Randal Cremer. — Jarousse de Sillac, L'Organisation des Sociétés des Etats. Les Conferences périodiques de la Paix. — Charles Richet, Encore la question du courage militaire. — Maurice Delpeuch, Le Pacifisme et l'idée de justice. — A. Sève, Le Pacifisme et l'Enseignement primaire. — J. Prudhommeaux, Emigration et conquête coloniales. — usw.

Bulletin de la Ligue des Catholiques français pour la Paix (Brignais. No. 7. P. Monceau, Saint Augustin et la guerre. — Marcoult, Pacifisme et Théosophie. — P. Allegret, La guerre et l'Evangile. — Vanderpol, La doctrine scolastique de la guerre. — usw.

Documents Interparlamentaires (Brüssel). Dez. L'Union Interparlamentaire et la guerre italo-turque. (Okt.—Nov. 1911.)

La Paix (Genf). Nov. Testuz, On nous conseille de nous taire. — Louis Dumur, Le Pacifisme et la guerre italo-turque.

— Dez. Dr. H. Monnier, Le Pacifisme et la guerre. — Marguerite Gobat, Le Mouvement pacifiste. — usw.

The Arbitrator (London). Dez. Great Britain and Germany. — The italo-turkish War. — „The War God." — John Bright. Centenary Meeting in London. — A great Ambassador. Sir Edward Greys Tribute to Mr. Bryce.

Concord. G. H. Perris, The July-Crisis. — Felix Moscheles, Is it Peace or War? — Edward G. Smith, A Plea for Commonsense. — William Heaford, International Notes. — Edward G. Browne, The Foreign Policy of Sir Edward Grey.

The Herald of Peace (London). Januar. Peace a Policy of a Principle. — Italo-turkish War. — Peace Societys Memorial to the Gouvernements. — usw.

Advocate of Peace (Washington). Dez. (Arbitration Treaties Number.) The Ratification of the Arbitration Treaties. — Marcuse P. Knowlton, The Commission of Inquiry only a part of the Machinery to make the Treaties effective. — Simeon E. Baldwin, The Constitutional Objection to the New Arbitration Treaties. — John B. Moore, The Peace Treaties. — President Tafts Pleas for the Treaties. — Cardinal Gibbons, Support President Tafts Arbitration Treaties. — Andrew Carnegie, The Result of the Arbitration Treaty. — William J. Hull, The Worlds two Vicious Circles. — Philander C. Knox, The Constitutional Objection to the treaties entirely untenable. — Roosevelt and the Arbitration Treaties. — usw.

The Cosmopolitan Student (Madison, Wisc.). Nov. und Dez.

The Messenger of Peace (Richmond, Ind.). Nov. und Dez.

The Anti-Militarist (Christchurch, Neuseeland). Okt. J. Stevens, Military Training. — M. Laing, The Maroccan Crisis. — The Presse and Militarisme. — R. F. Williams, Militarisme and the Law of the Struggle. — David Starr Jordan, War and Manhood.

Fredsfanan (Stockholm). Nov. und Dez.

Vrede door Recht (Haag). Dez.

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Rundschau): In seiner „Christlichen Welt (Nr. 1, 1912) veröffentlicht Pastor Rade „Zeitgemäße und unzeitgemäße Adventsgedanken", worin er Gutes über den Tripoliskrieg und die anglo-deutsche Kriegshetze sagt. Z. B.:

„Schlagt ihn tot, er ist ein Pazifist!" rufen die Kirchenzeitungen. Dieselben, die unablässig reine Lehre schützen (eine wundervolle Aufgabe). Da ist manchmal kein Unterschied zwischen der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung und den Leipziger Neuesten Nachrichten. Und die Reformation (Nr. 42) druckt mit Genugtuung Sätze eines führenden modern-positiven Theologen ab über „die Notwendigkeit des Krieges" (was ist Notwendigkeit? notwendig für wen?) mit dem Schlußwort: „So geht es in der Welt zu, so war es früher, und so wird es auch in Zukunft sein, bis diese Weltzeit zu Ende geht." Weiter hat ein christliches Blatt in solchem Moment nichts zu sagen? Nichts von dem, was sein soll? und was uns als Christen, die in der Welt sind, doch vornehmlich interessieren muß?" —

In den „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 26. Dez. finden wir einen Leitartikel, „Zum ewigen Frieden" betitelt, in dem eine Anerkennung des Pazifismus zum Ausdruck kommt, die wir sonst in diesem Blatte vermißt haben. So heißt es darin:

„Die Friedensbewegung ist ein so wichtiger, ernster, ethisch immens bedeutungsvoller Vorgang im internationalen geistigen und rechtlichen Leben unserer Zeit, daß es Pflicht nicht nur des Politikers, sondern jedes gebildeten

strebenden Menschen ist, sich mit ihrer Geschichte und Entwicklung, mit ihrer Organisation und ihren Zielen bekannt zu machen. Es ist beschämend, immer wieder auch in gebildeter Gesellschaft zu sehen, wie wenig verbreitet selbst die elementarsten Kenntnisse vom Wesen und Umfange, von der Tiefe und dem Wachstum der Friedensbewegung sind." —

In einem aus Rom datierten Artikel der (Wiener) „Arbeiterzeitung" (23. XII.) „Von Krieg, Reaktion und anderen Plagen", wird darauf hingewiesen, daß die Besatzung von Tripolis in erschreckendem Maße von der Syphilis ergriffen wird. „Man vergegenwärtige sich nur, welch ungeheure Einbuße es für ein Land bedeutet, wenn ein so großer Bruchteil seiner tüchtigsten Jugend durchseucht wird. Da sind Leute darunter, namentlich unter den Alpenjägern, daß einem das Herz lacht, sie anzusehen: stark wie Stiere und gewandt wie Gemsen. Und die sollen siech, und zur Erzeugung eines siechen Schlages bestimmt, nach Hause zurückkehren! Ist es nicht genug, wenn die heutige Generation Opfer stellt? Will man noch kommende Geschlechter „fürs Vaterland" siech und verkümmert werden lassen?" —

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" (15. XII.) wird berechnet: „Was hätte der Deutsch-Englische Krieg gekostet?" Daß der Krieg selbst bei einem Siege Deutschlands und der Erlangung einer Kriegsentschädigung von 20 Milliarden noch kein „Geschäft" wäre, wird zugegeben. Aber — so schließt der Artikel trostreich — „Deutschland führt einen Krieg, abgesehen von allen diesen Einwänden, nur aus idealen Gründen". Schöner Idealismus!

„Das Ende der Friedensbewegung?" betitelt sich ein im „Kölner Stadtanzeiger" (14. Dez.) und in anderen Zeitungen enthaltener Artikel der Baronin Suttner, der sich gegen den im Deutschen Reichstag gemachten Ausspruch des Abgeordn. Bassermann wendet, wonach „von der ganzen großen Friedensbewegung nicht mehr die Rede sei". Baronin Suttner erinnert an ähnliche Aussprüche: „Der Darwinismus ist überwunden" — „Il n'y a pas d'affaire Dreyfus", und weist nach, daß in der gesamten Presse, in allen Parlamenten, in tausenden von Veranstaltungen, Reden und Schriften von nichts anderem die Rede ist, als „von der großen Friedensbewegung". — Bassermann spricht von der Friedensbewegung wie der Blinde von der Farbe. —

In der „Kölnischen Zeitung" vom 4. Dez. sucht ein Anonymus in einem „Krieg und Völkerrecht" betitelten Artikel den Nachweis zu erbringen, daß das Völkerrecht nur als Schmiersalbe, d. h. zur Linderung der Kriegsgreuel, aber nie zur Abschaffung der Kriege oder zur Verminderung der Rüstungen werde führen können. In derselben Zeitung veröffentlicht Prof. Zorn einen sehr wenig hoffnungsfrohen Neujahrsartikel („Und Friede auf Erden", 30. XII.), in dem er wieder einmal das Prophetentum riskiert, das ihm schon oft schlecht bekommen ist, und die Behauptung aufstellt: „Darum kann es keine internationale Schiedsgerichtsbarkeit geben ohne die Klausel der Ehre und der Lebensinteressen der Staaten." Und dies zu einer Zeit, wo zwei mächtige Staaten daran gehen, diese Klausel in ihren Schiedsverträgen zu beseitigen. Auch sonst ist der Artikel Zorns bedauerlich; er rasselt ganz furchtbar mit dem Säbel und ergeht sich in Phrasen („Sieg oder Untergang!"), die in einer Festrede zum Stiftungsfest eines patriotischen Gesangvereins angebrachter wären, als in dem Artikel eines Mannes, der sich laut rühmt, ein Hauptmitarbeiter am Haager Werk zu sein. — Da ist ein Artikel eines anderen Staatsmannes folgerichtiger und hoffnungsfreudiger. Nämlich der Artikel des ehem. ungarischen Kultusministers, Grafen Albert Apponyi in der jetzt von Ludwig Stein umgeformten Revue „Nord und Süd" (1. Januar-Heft) über „Internationale Rechtsbildung". Bei der verschämten Abneigung gewisser Politiker, als Pazifisten angesehen zu werden, sei ein Satz aus diesem Artikel ganz besonders hervorgehoben. Graf Apponyi spricht von den neuen amerikanischen Schiedsverträgen. „Man jubelte im Lager der Friedensfreunde," sagt er weiter, „in unserm Lager, denn ich zähle mich mit Stolz dazu."

Im „Tag" vom 10. XII. zieht Generalleutnant z. D. von Reichenau wieder einmal „Die Bilanz des Krieges" und kommt zu einem Gewinnsaldo: Männliche Tugenden, Gesundheit, Steigerung der Energie, „kurz alles, was den physischen und ethischen Wert des einzelnen und der Nation ausmacht". Unerhörte Verblendung, die die Welt als Raufplatz sich vorstellt, und von all den höheren Dingen, die sie regieren, keine Ahnung hat. „Das Glück des dauernden Friedens ist... eine Täuschung", so meint der Herr Generalleutnant. Ein Glück, daß dieses Zeug kein Mensch mehr glaubt. — Im „Tag" selbst — wie merkwürdig — fand er (30. 12.) einen sehr geistreichen Widerleger in Kurt Graeser, der pazifistische Argumente findet, ohne anscheinend selbst Pazifist zu sein.

Auf einen Artikel eines ehemaligen Staatsmannes sei hier besonders hingewiesen. Der Geheime Rat Julius Graf Andrassy, vor kurzem noch Ministerpräsident und einflußreicher Parteiführer im ungarischen Reichstag, tritt in der „Neuen Freien Presse" (24. Dez., „Die Gerüchte über eine Kriegspartei") in scharfer Weise und mit offener pazifistischer Gesinnung denjenigen Kreisen in der Donau-Monarchie entgegen, die seit einiger Zeit frivol mit einem Krieg gegen Italien spielen. Eine „selbstmörderische Politik" nennt er die Haltung eines Fürsten, der diesen Krieg unternehmen wollte, und der Treulosigkeit an Vaterland und Regenten zeiht er den Staatsmann, der dazu raten möchte. „Wir können keinen Fußbreit unseres Gebietes aufgeben", heißt es da, „wir können aber auch nicht einen Fußbreit neue Eroberungen machen. Jede Ausbreitung würde uns nur schwächen." In derselben Nummer der „Neuen Freien Presse" verbreitet sich Lujo Brentano über die Beziehungen zwischen England und Deutschland und erblickt in einer Reform des Seerechtes mit

garantiertem Schutz des Privateigentums die Grundlage zu einem anglo-deutschen Ausgleich.

(Bibliographie): I. Friedensbewegung im allgemeinen: Richard Lange, IV. internationale Freimaurerzusammenkunft in Paris am 8., 9. und 10. Juli 1911. „Der Herold" (Berlin). 24. XII. * Militarismus und Kulturaufgaben. „Leipziger Volkszeitung." 20. XII. * v. Loebell, Kriegsmöglichkeit. „Der Tag." 8. XII. * Hans Leuß, Right or wrong — my country! „Die Welt am Montag." 11. XII. * Stefan v. Máday, Schülerenquête über den Krieg. „Zeitschrift für Philosophie und Pädagogik" (Langensalza). XI. u. XII. * Kalau v. Hofe, Weltfrieden oder Hunengefahr? I. II. „Der Tag." 6. XII. * C. L. Siemering, Baronin Bertha v. Suttner. „Manchester Nachrichten." Jan. * Prof. Broda, Die nordafrikanische Krise und ihre Lehren für die Friedensbewegung. „Dokumente des Fortschritts." XI. Heft. * Krieg und Kriegsgreuel. „Vorwärts." 25. XII. * Der Friedenspreis. „Ulmer Tageblatt." 19. XII. * Alfred H. Fried, Wie ich Pazifist wurde. „Neues Wiener Journal." 25. XII. * Ders., Világbeeke (Weltfriede). „Világ" (Budapest). 14. XII. * Ders., Ueber die Konferenz der II. Abteilung der Carnegiestiftung (in japanischer Sprache). „The Taiyo" (Tokio). Nov. oder Dez.

II. Die internationale Politik: Paul Rotenbach, Die deutsch-englische Krisis. „Die Hilfe." 7. XII. * Erich Lilienthal, Einfluß im Auslande. „Kölnische Zeitung." 10. XII. * Prof. Dr. Paul Arndt, Deutschlands Verhältnis zu England. I. „Die Mainbrücke" (Frankf. a. M.), 9. XII.

III. Völkerrecht: Dr. Hans Wehberg, Das erste Jahrzehnt der Entwicklung des Haager ständigen Schiedshofs. „Juristische Blätter" (Wien), 22. I. * Ders., Die Kriegsversicherung bei den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten. „Mitteilungen für die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten (Kiel), 25. X. * Ders., Ist die Blockade von Tripolis rechtsgültig? „Kölnische Zeitung", 26. X. * Ders., Die Begründung eines internationalen Verbandes der Seeversicherer. „Oesterreichische (Assekuranz-) Revue" (Wien), 13. XI. * Ders., Das v. Stengelsche Gutachten über das italienische Staatsversicherungsmonopol. „Deutsche Versicherungspresse". 15. XI. * Ders., Die Richter des Haager ständigen Schiedshofes. „Deutsche Richterzeitung" (Hannover), 15. XI. * Ders., Der Italienisch-Türkische Krieg und das italienische Staatsversicherungsmonopol. „Der Tag", 19. XI. * Ders., Geheimrat Kohler über deutsch-englische Versicherungsverträge im Kriegsfalle. „Masius' Rundschau" (Leipzig), Heft X/XI. * Ders., Rijksdag en Rijkskanselier. „De Nieuwe Courant" (Haag), 4. XII. * Ders., A. H. Fried. „Kölnische Zeitung", 11. XII. * Ders., Internationale Organisation der Versicherungsgesellschaften und staatliche Monopolisierung. „Annalen des gesamten Versicherungswesens" (Leipzig), 27. VII. * Ders., Der Briefwechsel zwischen Prof. Oppenheim (Cambridge) und dem englischen Unterstaatssekretär über deutsch-englische Versicherungsverträge im Kriegsfalle. 9. u. 16. XI. * Ders., Das neue engl. Prisenrecht. „Annalen des gesamten Versicherungswesens (Leipzig), 21. IX. * Ders., Versicherungen bei ausländischen Gesellschaften im Kriegsfalle. „Oesterr. (Assekuranz-) Revue. 25. IX. * Ders., Die Weltwissenschaft und die Fortbildung des Völkerrechts. „Der Tag", 3. I. * Ders., Een nieuw arbeidsveld voor het Haagsche Hof von Arbitrage. „Het Vaderland" (Haag), 22. XI. * L. v. Bar, Die völkerrechtliche Stellung Aegyptens im gegenwärtigen Italienisch-Türkischen Kriege. „Das Recht" (Hannover), 25. XI. * Dr. Noeldeke, Die Ablehnung der Seeprisenbill. „Hamburger Fremdenblatt", 25. XII.

IV. Internationales: Dr. Max Seber, Internationalismus und Kulturfortschritt. „Das freie Wort", 2. XII. * Victor Duras, Die Notwendigkeit internationaler staatlicher Organisation. „Dokumente des Fortschritts", Heft XI.

V. Wirtschaftliches: Volkswirtschaftliche Berechtigung der Kriegslasten. „Dresdener Anzeiger", 17. XII. * v. Mackay, Italiens Finanzen und der Krieg. „Der Tag", 12. XII.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

World Peace Foundation.

Boston, Mass. U. S. A. 29 Beacon Street.

Die Welt-Friedens-Stiftung in Boston gibt bekannt, daß sie für ihre seit zwei Jahren veröffentlichten Flugschriften ein Titelblatt mit Inhaltsverzeichnis herausgibt. Alle Veröffentlichungen erschienen in englischer Sprache. Zur Beförderung in Europa nimmt die Stiftung die Vermittelung des Smithsonian-Instituts in Anspruch.

Deutsche Friedensgesellschaft: Ortsgruppe Berlin.

Berlin W., Magdeburger Str. 14.

Bei der am 30. Dezember im Berliner Rathause stattgehabten Protestversammlung der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft ist vom „National Peace Council" in London nachstehende Begrüßung eingegangen:

„Mit großem Interesse erfahren wir, daß am 30. d. M. in Berlin eine Versammlung veranstaltet wird als Kundgebung gegen die internationale Kriegshetzerei.

Unser Komitee, das 27 große Friedensorganisationen Großbritanniens vertritt, wünscht Ihnen zu dieser Kundgebung jeden Erfolg, und wir senden unsern deutschen Freunden zum neuen Jahre herzliche Grüße mit der Versicherung, daß auch wir energisch daran weiterarbeiten, die Kriegshetzereien eines Teiles der Presse und gewisser Kapitalisten zu überwinden. Während des letzten Halbjahres haben besonders Deutschland und England viel aushalten müssen, und wir bedauern aufs tiefste, daß Mißverständnisse beider Regierungen nicht früher aufgeklärt wurden.

Aus den Rundschreiben, die wir Ihnen separat senden, werden Sie ersehen, wie wir hier für bessere Verhältnisse zwischen Deutschland und England zurzeit Propaganda machen, denn wir müssen unsere Regierung überzeugen, daß eine freundliche Verbindung mit Deutschland absolut nötig ist, damit der drückenden Last der Rüstungen zu Lande und zur See Einhalt getan werden kann.

Im nächsten Februar, gleich nach den deutschen Reichstagswahlen, beabsichtigen wir eine Konferenz deutscher und englischer Friedensfreunde zu berufen."

„Internationalis Concordia" in Stockholm.

Resolution,
angenommen am 6. Dez. 1911.

Wir bedauern schmerzlich, daß die Flamme des Krieges wieder angefacht wurde, um so mehr, als es diesmal unter der Mitwirkung von Politikern geschah, die sich vormals in erster Reihe derer zu befinden schienen, die die Abmachung internationaler Zwistigkeiten mittels ausschließlich friedlicher Mittel forderten.

Wir hoffen, daß die zivilisierte Welt, die die Botschaften der auf dem Kriegsschauplatze verübten barbarischen Greuel mit Abscheu vernehmen, durch die in allen Ländern zunehmende Kraft der erwachenden allgemeinen öffentlichen Meinung einen baldigen Schluß dieses unserer Zeit unwürdigen Zustandes hervorrufen werde, und daß die streitigen Fragen, deren Lösung der Krieg hervorruft, durch ein Schiedsgericht zur Abmachung gelangen, zu dem die streitenden Parteien angewiesen werden.

Die Völker der Erde sollen durch eine gemeinsame Kundgebung ihrer Meinung beweisen, daß die Menschheit doch ein Gewissen besitzt, dessen Stimme nicht verstummen darf!

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Preisausschreibung für Volks-, Bürger- und Mittelschulen.

Im Laufe des heurigen Jahres veranstaltet unsere Gesellschaft ein Preisausschreiben für die besten Arbeiten über das Thema: „Wie würde ich mit meinen Schülern den 18. Mai feiern?" Zur Verteilung gelangen je ein Preis zu 200 Kronen, 150 Kronen, zwei Preise zu 100 Kronen und drei Preise zu 50 Kronen. Der Termin der Einsendung ist der 15. September. Die näheren Bestimmungen über die obengenannten Preise sind in einem Prospekt enthalten, welcher vom Sekretariate, I, Spiegelgasse 4, verlangt werden kann und kostenlos zugesendet wird.

☞

Der Krieg und die Friedensbewegung.

Vor zahlreicher Zuhörerschaft fand vor einigen Tagen im Saale des Ingenieur- und Architektenvereins ein von der Oesterreichischen Friedensgesellschaft veranstalteter Vortrag statt, bei dem Richard Feldhaus aus Basel über obiges Thema sprach. Er warf u. a. die Frage auf: Was ist der Krieg? und widerlegte die zahlreichen Argumente der Kriegsfreunde aufs trefflichste. Feldhaus betrachtet den gegenwärtigen Krieg in Tripolis nicht als Dementi gegen die Friedensidee, sondern ist der Ansicht, daß dieser Krieg den Abscheu der ganzen zivilisierten Welt wachrufen und dadurch auf solche Art unzählige neue Anhänger der Friedensidee zuführen wird. Redner wies überzeugend nach, wie der ethische Abscheu vor dem Kriege ein gewaltiger Bundesgenosse geworden, wie der moderne Krieg eigentlich nichts anderes sei, als ein mechanisches, raffiniertes Problem der Menschenschlachtung, eine Industrie von Mord- und Zerstörungswerkzeugen...

Der tiefdurchdachte Vortrag wurde durch Lichtbilder unterstützt, die in grausamer Lebendigkeit die Wirkungen des Krieges zeigten. Darauf folgte die Vorlesung eines Kapitels des neuen Werkes der Baronin Suttner: „Der Menschheit Hochgedanken". Prof. Dr. Rudolf Kobatsch dankte dem Vortragenden für die gehaltvollen Ausführungen. Nach dem Vortrage fand noch eine gemütliche Zusammenkunft statt, welcher auch der Vizepräsident der Ungarischen Friedensgesellschaft, Professor Zipernowsky, beiwohnte. Vizepräsident Groller feierte den ebenfalls anwesenden jüngsten Laureaten des Nobelpreises, Alfred H. Fried, in schwungvollen Worten. Zum Schlusse rezitierte R. Feldhaus unter großem Beifall einige Gedichte.

☞

Samstag, den 6. d. M. sprach Feldhaus bei dem von unserer Ortsgruppe in Linz veranstalteten Vortragsabend. Das übervolle Haus zeichnete den ausgezeichneten Vortragsmeister durch rauschenden Beifall aus.

☞

Unser Vizepräsident, Prof. Dr. Kobatsch, hielt Sonntag, den 7. d. M. im Saale der Wiener Kaufmannschaft einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Die Friedensbewegung."

☞

Der Wiener Volksbildungsverein veranstaltet anläßlich seines 25jährigen Jubiläums eine Reihe von glänzenden Vorträgen. Gleich am zweiten Festabend, am 11. d. M., sprach Baronin von Suttner unter dem Titel: „Aus meiner pazifistischen Laufbahn". Im selben Zyklus wird am 30. Januar Graf Albert Apponyi einen Vortrag halten.

☞

Der im Vorjahre mit so großem Erfolg abgehaltene „Populäre Vortragszyklus" über die Friedensbewegung gelangt heuer zur Wiederholung. — Außer den im Vorjahre Mitwirkenden haben die Herren P. Dr. Berger, Kooperator, Dr. Goldscheid, Prof. Dr. Longo, Dozent Dr. Richter Vorträge zu halten zugesagt. — Wir kommen in der nächsten Nummer auf dieses Unternehmen nochmals zurück.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2. — Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzenz Jerabek in Wien

Februar 1912.

Moderne Friedensschlüsse.

Während die Gegner des Pazifismus ihre Argumente zugunsten oder für die Unumgänglichkeit des Krieges stets aus der Vergangenheit nehmen, während sie glauben, aus den Erfahrungen der alten Römer, des Mittelalters oder einer zeitlich uns näher liegenden Vergangenheit, die ihrem Wesen nach aber durch Weltenfernen von uns getrennt ist, Schlüsse für unsere Gegenwart ziehen zu dürfen, ist es in der Hauptsache unsere Aufgabe darzulegen, daß völlig veränderte Verhältnisse in den menschlichen Beziehungen auch ganz andere politische Bedingungen nach sich ziehen müssen. Wer aus der Vergangenheit auf unsere grundlegend veränderte Gegenwart schließen und daraus Verhaltungsmaßregeln ziehen will, handelt anachronistisch.

Die Leute, die sich in unserer modernen Welt nach den Maximen der Vergangenheit einzurichten bemühen, glauben, daß jeder schwerere Konflikt zwischen Staaten nur nach einem Kriege beigelegt werden kann. Der Krieg ist ja auch für sie nicht der Zweck an sich, wie man manchmal anzunehmen geneigt ist, sondern nur das Mittel. Er soll den Gegner in eine Lage bringen, durch die er gezwungen wird, friedlich zu verhandeln. Der Zweck ist bei jedem Kriege immer der Friedensschluß. Nun hat sich aber in der menschlichen Psyche eine Veränderung vollzogen, die noch viel zu wenig beachtet wird. Die Menschen vermögen heute intensiver zu denken als früher. Sie sind dadurch in den Stand gesetzt, Irrtümer zu vermeiden und die daraus sich ergebenden Schädigungen zu überwinden. Das Denken ist überhaupt der Tod aller Routine. Und so merken die Routiniers des „Ewigen Krieges“ nicht, wie sehr durch diese glücklicherweise unzerstörbare Veranlagung der Menschen der Krieg trotz aller für ihn eingestellten Vorbereitungen an Bedeutung verliert, wie er in dem Maße aufhört ein anwendbares Mittel zu werden, je mehr man über seine Zweckdienlichkeit nachdenkt. Das heißt: Je mehr man seine Eignung zur Erreichung seines eigentlichen Zweckes, des Friedensschlusses zwischen zwei in Konflikt geratene Parteien, in Betracht zieht.

Bei diesem Nachdenken kommt man allmählich zu der Ueberzeugung, daß der Abschluß eines Konflikts auch ohne Krieg zu ermöglichen ist. Es ist dies ein vielleicht langwierigeres, aber ertragreicheres Verfahren. Ein Verfahren, das durch den „energetischen Imperativ“, den Ostwalds geniale Lehre aufgestellt hat, bedingt wird: Die Erreichung des größten Vorteils durch den geringsten Kraftaufwand.

Man muß sich nur darüber klar werden, wie trotz unserer von Kriegslärm erfüllten Zeit der energetische Imperativ unser politisches Leben schon beherrscht. Die Kriege, die früher an der Tagesordnung waren, wurden immer seltener und haben zwischen den großen und machtvollen Staatengebilden, bei denen die Energievergeudung infolge eines Krieges am drastischsten zum Ausdruck kommen würde, schon seit mehr als vierzig Jahren aufgehört. Nur aus Atavismus glaubt man immer noch an ein solches Narrenunternehmen, und während uns die unentwegten Kriegsverteidiger beweisen wollen, daß der Krieg ein Naturgesetz ist, übersehen sie dabei, daß das Entfallen der Kriege eigentlich der Wirkung eines unerbittlichen Naturgesetzes zuzuschreiben ist. Europäische Kriege sind uns nicht etwa deshalb erspart geblieben, weil die europäischen Staaten keine Konflikte mehr haben, sondern deshalb, weil die kräftesparende Methode der Verständigung sich als die vorteilhaftere erwiesen hat. Und da man den Krieg um des Friedens willen führte und den Frieden um des Vorteils wegen erstrebte, den man in ihm zu finden hoffte, so ist es nur zu klar, daß man jenem

Frieden den Vorzug gibt, der die größeren Chancen des Vorteils bietet, nämlich jenem, der nicht erst durch Krieg errungen wurde. Man arbeitet in der politischen Welt immer mehr mit „modernen Friedensschlüssen", das heißt mit solchen, die nicht nach einem Kriege, sondern an Stelle eines solchen geschlossen werden, wo sich die Gegner nicht mehr mit der unpraktischen Gewalt, sondern mit der praktischeren Logik gegenseitig gefügig machen. Solche Friedensschlüsse sind bereits seit Jahrzehnten an der Tagesordnung. Unsere Diplomatie hat gar nichts anderes mehr zu tun, als dauernd jenes vernünftige Verfahren anzuwenden. Nur übersehen die durch die Lehren der Vergangenheit etwas verblendeten Zeitgenossen, daß jeder solcher Friedensschluß einen vermiedenen Krieg bedeutet, und daß alljährlich Dutzende solcher Kriege sich ereignen, die sich gerade dadurch auszeichnen, daß sie sich eigentlich nicht ereignen, sondern nur zu gewissen Beunruhigungen der öffentlichen Meinung und der Märkte führen, Erscheinungen, die ich nach einer in der Medizin üblichen Bezeichnung als „kriegerische Aequivalente" kennzeichnen möchte.

Gerade jetzt erleben wir zwei wunderbare Beispiele, die das Gesagte bekräftigen. Hier den Konflikt zwischen Italien und der Türkei, der zum Kriege geführt hat, und da den Konflikt zwischen England und Deutschland, der zu allen möglichen kriegerischen Aequivalenten führte, aber selbst in den kritischsten Momenten nicht zum Kriege sich entwickeln konnte. Während nun Italien und die Türkei gerade infolge der Anwendung des anachronistischen Mittels der Kräftevergeudung zu einem Friedensschluß nicht gelangen können, während sich beide Teile offenkundig nach einem solchen sehnen, sehen wir die führenden Personen in Deutschland und England, unterstützt von einer kraftvollen öffentlichen Meinung in beiden Ländern, bemüht, den modernen Weg zu beschreiten und den einträglichen Friedensschluß durch Verständigung und gegenseitige Konzessionen unter Vermeidung von Gewaltsanwendung herbeizuführen.

Italien und die Türkei sind gezwungen, auf der abschüssigen Bahn, die sie betreten, weiter fortzufahren. Dem unzeitgemäßen Begriffe des Prestiges müssen sie Opfer an Menschen und Gütern bringen. Auf eine katastrophale Energievergeudung müssen sie warten, die die Fähigkeit zum Friedensschluß erst zeitigen soll. Zwischen Deutschland und England liegen die Dinge doch ganz anders. Der Konflikt ist viel schwerer als der, der zwischen Italien und der Türkei bestand. Er hatte im vergangenen Sommer eine gefährliche Wendung angenommen. Aber was die Kriegsschreier auch einwenden mögen: daß die Kriegsgefahr nahe war, will gar nichts besagen; daß sie trotz der gefährlichen Nähe nicht zum Kriege geführt hat, sagt alles. Nun, da die schwierige Situation überwunden ist, begannen beide Teile über ihr Verhältnis zu diskutieren. „Zwiesprache" zu führen, wie wir es im Leitartikel der Dezembernummer dieser Blätter des weiteren ausgeführt haben. Es wird die Methode denkender Wesen angewendet, und diese muß zu einem günstigen Ergebnis führen.

Solch ein moderner Friedensschluß geht allerdings nicht so rasch vonstatten, wie der altmodische nach der Schlacht. Er kann sich Monate, vielleicht Jahre hinziehen. Die Hauptsache aber ist, daß er unternommen wird. Und daß er unternommen wurde, daß er sogar im vollen Gange ist, darüber kann kein Zweifel mehr obwalten. Der Besuch Viscount Haldanes in Berlin bewies dies aufs neue. England konnte gar keinen besseren Unterhändler wählen, als diesen hochgebildeten Mann, der Deutschland in seinem innersten Wesen erfaßt hat, wie jene Rede*) beweist, die der „Verlag der Friedens-Warte" im Herbst dieses Jahres in 200 000 Exemplaren in ganz Deutschland kostenlos verbreitete. Man weiß in Deutschland aus jener Rede, welche Hochachtung der gegenwärtige englische Kriegsminister dem deutschen Volke, der deutschen Wissenschaft, dem deutschen Wesen zuteil werden läßt, und wie gerecht er alle deutschen Ansprüche anerkennt. Hunderte von Briefen, die dem Herausgeber der Friedens-Warte in Verfolg jener Versendung zugekommen sind, beweisen, daß Viscount Haldane den Boden für seine Friedensaktion in Deutschland günstig vorbereitet fand. All das Gerede der Kriegspresse, daß der Besuch keine besondere Bedeutung hätte, daß er nur gewissen Studien oder privaten Zwecken dienen sollte, ist müßig. Die Anwesenheit dieses Mannes in der Hauptstadt des Deutschen Reiches hat eine geschichtliche Bedeutung, und wir

*) Deutschland und Großbritannien. Eine Studie über nationale Eigentümlichkeiten. Festrede, gehalten am 3. August 1911 zur Eröffnung der Sommerferienkurse an der Universität Oxford von Mr. Right Honourable Viscount Haldane. Aut. Uebersetzung von Dr. Rud. Eisler. Berlin, Verlag der Friedenswarte. Kostenlos.

können ruhig sagen, daß Haldane als wirksamer Friedensbote erschienen ist. Wo Männer von so hoher Kultur erscheinen, um mit den führenden Personen eines Staates, mit dem ihr Heimatland in schweren Konflikten und Gegensätzen sich befindet, in Berührung zu treten, wird das Tor zu jenem Verzweiflungsausgang verrammelt, der zum Kriege führt.

Haldanes Anwesenheit in Berlin bildet ein Glied in jenem Prozeß, in dem der anglo-deutsche Friedensschluß bereitet wird. Ein Glied, das andere Glieder an sich fügen wird.

„Was not tut", so heißt es in jener Rede Haldanes „ist also die Heranbildung gegenseitigen Verständnisses. Mir erscheint in diesem Augenblicke kaum etwas so wünschenswert, als daß England und Deutschland dazu gelangen, einander zu verstehen. Ein solches wechselseitiges Verstehen ist aber nur durch Studium und Erkenntnis zu erlangen. Dieses Studium läßt, wie ich meine, bei uns mehr zu wünschen übrig als bei den Deutschen. Sie kennen unsere Literatur und Geschichte weit besser als wir die ihrige. Shakespeare und Scott sind ihnen beinahe ebenso vertraut wie uns selber. Auf jeden Briten, der deutsch lesen und sprechen kann, kommen fünf Deutsche, die englisch lesen und sprechen können. Hingegen scheinen sie mir etwas weniger von unserer Art, die Dinge zu betrachten, zu wissen, als uns die ihrige bekannt ist. Wir sind keineswegs eine Nation, welche hinter dunklen Worten und Taten geheimnisvolle Pläne und selbstsüchtige Absichten verbirgt. Wir streben nicht aus Prinzip und planmäßig, einen immer größeren Teil der Erdoberfläche allen anderen vorweg zu nehmen. Was wir in dieser Hinsicht bisher getan haben, taten wir nicht gemäß einer vorgeplanten und ausgeklügelten Politik, sondern nur deshalb, weil wir lange Zeit das einzige Volk am Platze waren, weil es zurzeit geboten schien und wir das einzige dazu bereite Volk waren. Deutschland hat, wie mir scheint, das besondere Pech gehabt, hundert Jahre zu spät in der Weltgeschichte zu einer Nation zu erwachsen, und dieser Umstand hat die Entwicklung, die es sonst genommen hätte, beeinflußt. Sein Fortschritt muß aber dadurch nicht gehemmt werden. Es ist schon jetzt durch seine intellektuelle und moralische Tüchtigkeit eine der größten Nationen der Welt; seine Organisationskraft ist unerreicht; es verfügt über vortreffliche Methoden und hat viel Sinn für das Aktuelle und Konkrete. Ueberall dringt es zum Wohle der Menschheit vor, und es wird sich kaum durch etwas zurückhalten lassen. Ich darf wohl hinzufügen, daß nichts seinen Weg so erleichtern wird, als wahrhaft offene und günstige Beziehungen zu unserem Lande in Handel, Politik und gesellschaftlichem Verkehr. Denn viele, sehr viele von uns sind der Ansicht, daß, je bedeutender Deutschlands Handel und Gewerbe ist, desto mehr auch unser Handel und Gewerbe zunehmen wird. Kooperation in der Entwicklung ist nach jeder Richtung von hoher Bedeutung."

Und der Mann, der am 3. August 1911 an der Oxforder Universität so gesprochen hat, dürfte der geeignetste gewesen sein, um im Verkehr mit den höchsten Personen des Reiches die Ueberzeugung zu erwecken, daß der anglo-deutsche Friede eines vorhergehenden Krieges nicht bedarf. A. H. F.

Der neue Reichstag und die äußere Politik Deutschlands.

Von Richard Gädke, Berlin-Steglitz.

Seit zwanzig Jahren ist kein Wahlkampf in Deutschland mit gleicher Erbitterung, mit so leidenschaftlicher Feindseligkeit geführt worden. Von rechts wie von links ertönte diesmal der Schlachtruf: „Es geht aufs ganze." Dieser Losung entsprechend haben sich zum erstenmal, seitdem das Reich steht, aus dem Wirrwarr der Parteizersplitterung zwei große Gruppen herauskristallisiert, die für die Zukunft etwas wie eine deutsche Rechte und eine deutsche Linke ahnen lassen — wenn die Entwicklung einigermaßen gradlinig fortschreitet. Die Geschlossenheit war allerdings erheblich größer auf der rechten als auf der linken Seite. Konservative, Zentrum, Antisemiten traten den liberalen Parteien von vornherein in gemeinsamer Kampfesfront gegenüber und erlaubten sich den Luxus von Sonderkandidaturen nur dort, wo es ungefährlich war. Besonders das Zentrum hat in geradezu vorbildlicher Weise verschiedenfach eigene Kandidaturen vermieden und sofort für die Konservativen gestimmt, wenn es hoffen konnte, dadurch bessere Stichwahlen — in seinem Sinne — herbeizuführen. Auch sein entschiedenster politischer Gegner muß dies anerkennen, weil nur auf diesem Wege eine Gesundung unserer Parteiverhältnisse und schließlich der Sieg des Liberalismus zugleich mit dem Pazifismus herbeigeführt werden kann.

Die Parteien der Linken vermochten sich noch nicht emporzuschwingen zu der gleichen rücksichtslosen Durchführung des Wahlkampfes und zu der gleichen Zurückstellung trennender Unterschiede zwischen ihren einzelnen Gruppen zugunsten des taktischen Erfolges. Nur zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen kam vor den Hauptwahlen eine Verständigung zustande, aber sie erstreckte sich nicht einmal über sämtliche Wahlkreise; sogar bei den Stichwahlen stimmten beide Parteien noch mehrfach gegeneinander. Vor allen Dingen aber zeigte sich, daß zwischen den bürgerlichen Wählern, mehr noch zwischen deren Organisationen, und den Sozialdemokraten ein durch reaktionäre Verhetzung und eigene Furcht vertiefter Abgrund klaffte, der selbst durch den eigenen Vorteil, selbst durch eine fast zwingende Notlage nur schwer zu überbrücken war. Sehr spät erst, fast im letzten Augenblick, gab die Leitung der freisinnigen Partei eine etwas schwächliche Stichwahlparole zugunsten der Sozialdemokratie aus; auch ein Teil der nationalliberalen Wählerschaft zeigte sich dem Zentrum gegenüber entschlossener als ihre Organisationen.

Immerhin kam es so, daß die neue Vertretung des deutschen Volkes nicht ganz dem Willen entspricht, der von der Mehrheit der Wähler ausgedrückt worden ist. 7¾ Millionen Stimmen wurden für liberale und demokratische, nur 4½ Millionen für reaktionäre Parteien abgegeben; aber im Reichstage besitzen jene die unsichere Mehrheit von nur 201 Stimmen, während diese 196 für sich beanspruchen dürfen. Man wird dies auch für die Stellung des Reichstags allen internationalen Fragen gegenüber beachten müssen, um so gewisser, als ein Teil der Mehrheit in diesen Fragen den Konservativen und der Regierung näher steht als der Demokratie.

Nach den Ereignissen des letzten Sommers und Herbstes erwartete man im Auslande vielfach, daß der Wahlkampf vorwiegend im Zeichen der auswärtigen Politik stehen und besonders von der Spannung mit England würde beeinflußt werden. Es kann nicht geleugnet werden, daß von den reaktionären Parteien, insbesondere von Konservativen, Alldeutschen, Antisemiten, frevelhafte Versuche unternommen worden sind, die nationale Phrase in den Wahlkampf zu werfen und unser Volk durch das Schreckgespenst englischer Kriegstreibereien über den völligen Zusammenbruch hinwegzutäuschen, den die innere Politik des schwarz-blauen Blockes erlitten hatte. Nie ist das Wort Patriotismus schmählicher gemißbraucht worden, niemals mit größerer Gewissenlosigkeit das Herrschaftsinteresse der reaktionären Parteien mit dem Mantel der Vaterlandsliebe drapiert worden.

Ich möchte es dahingestellt sein lassen, ob das Geschrei nicht vielleicht doch einen Einfluß auf den Gang der Wahlen hätte haben können, obwohl ihm die entschieden liberale Presse sofort entgegentrat. Glücklicherweise sah sich die Regierung selbst gezwungen, den Chauvinismus als Wahlparole gründlich abzulehnen. Der Reichskanzler persönlich kennzeichnete den patriotischen Entrüstungsrummel der Konservativen als gewissenlose Hetze und als Wahlmache. Das hat zweifellos der Reaktion ihren stärksten Trumpf aus dem Spiele gewunden.

* * *

Man wird nicht annehmen dürfen, daß eine solche Taktik der Regierung leicht geworden ist. An und für sich wünschte sie zweifellos die Vernichtung des blau-schwarzen Blocks zu vermeiden, mit dem sie 2½ Jahre hindurch so bequem hatte regieren können; an und für sich war ihr besonders eine Stärkung der Sozialdemokratie so ziemlich das unangenehmste, was ihr geschehen konnte. Sie hätte eine Sammlung aller bürgerlichen Parteien gegen die „rote Flut" sehr gern gesehen, um so lieber, als jene notwendigerweise den Konservativen in erster Linie zugute kommen mußte. Wollte sie aber zu diesem Zwecke den nationalen Chauvinismus entflammen, so hätte sie zugleich ihr eigenes Werk, den Marokko-Kongovertrag, preisgeben und das Einverständnis ihrer Unzulänglichkeit in den Verhandlungen mit Frankreich und England machen müssen. Sie hätte beiden Ländern gegenüber einen Ton anschlagen müssen, der die Kriegsgefahr in die nächste Nähe der Wahrscheinlichkeit gerückt hätte. Die weitere Entwicklung der Ereignisse hätte sie dann jedenfalls nicht mehr in der Hand gehabt.

Einem beträchtlichen Teile der herrschenden Partei wäre ein solcher Ausgang schwerlich unangenehm gewesen, und ihr hätten sich die alldeutschen und die antisemitischen Kreise bedenkenlos angeschlossen, die gerade in den Kreisen des gebildeten höheren Mittelstandes, unter Studenten, Akademikern, Beamten, pensionierten Offizieren ihren starken Rückhalt und ihre lärmende Gefolgschaft finden. Die Presse dieser Richtungen, zahlreiche Geständnisse angesehener Führer lassen darüber keinen Zweifel, daß dort der Krieg nicht als ein großes Unglück, sondern mindestens zurzeit als ein erstrebenswertes Ziel und als ein Ausweg aus allen inneren Schwierigkeiten angesehen wird. So gut wie in England und in Frankreich, gibt es auch in Deutschland eine starke imperialistische Strömung, die sich von dem Traume einer deutschen Weltherrschaft wiegen läßt und mit dem Schwerte uns den Platz an der Sonne erkämpfen möchte. Sie hält uns vielleicht für ernstlich bedroht durch machiavellistische Künste der englischen und französischen Staatsmänner, und

sie ruft dem deutschen Volke die Erinnerung an Friedrich dem Großen in das Gedächtnis, der seinen Feinden zuvorgekommen sei. Die Junker insbesondere sehen in einem Kriege, den sie sich selbstverständlich siegreich denken, die Verewigung ihrer Herrschaft, die Niederhaltung des Sozialismus. Sie gehen von der richtigen Anschauung aus, daß kriegerische Zeiten noch niemals der bürgerlichen Freiheit günstig gewesen sind, sondern immer den Absolutismus und die Reaktion gestützt haben.

* * *

Wenn die Regierung sich diesem gewissenlosen Spiele widersetzte, so danken wir es zweifellos dem bestimmten Willen desjenigen, der in unserem Lande noch immer die allein ausschlaggebende Stelle bildet. Man mag dem persönlichen Regimente so abgeneigt gegenüberstehen, wie man will: im vorliegenden Falle ist es der Aufrechterhaltung des Friedens zugute gekommen. Kaiser Wilhelm II., dem vielleicht in seiner Jugend und im Beginne seiner Regierung die Hand gelegentlich nach dem kriegerischen Lorbeer zuckte, hat sich mehr und mehr zu einem Friedensfürsten entwickelt, weil er die große Verantwortung und die unabsehbaren Gefahren eines Waffenganges scheut, der nicht unmittelbar zur Erhaltung des nationalen Bestandes unternommen wird. Mehr als die Parteien des Reichstages — mit Ausnahme selbstverständlich der sozialdemokratischen — ist er noch immer die sicherste Stütze des Friedens. Oder richtiger: mehr auch als die sozialdemokratische Partei, weil er beträchtlich mehr Macht in Händen hat.

Und darum konnte das hetzerische Vortäuschen mit der Kriegsgefahr keine Rolle in diesem Wahlkampfe spielen; darum traten die innerpolitischen Momente in ihm beherrschend hervor. Hier aber fand die Regierung keine zündende Wahlparole, was ihr von den Scharfmachern aller Art gewaltig verübelt wird. Aber woher nehmen, ohne zu stehlen? Regierungsautorität und schwarzblauer Block haben vollkommen abgewirtschaftet. Die Wähler waren berufen, über unsere Wirtschaftspolitik, über das Zollsystem und die Finanzreform, über Klassenherrschaft und Klassenjustiz, über das gebrochene Versprechen der Wahlreform in Preußen ihr Urteil abzugeben — und sie haben dies mit unzweideutiger Klarheit, mit schneidender Schärfe getan. Der Wahlkampf stand allein unter dem Zeichen der inneren Politik — und da bildet sein Ergebnis einen ersten Anfang zur Abschüttelung der reaktionären Zwingherrschaft, die seit 30 Jahren auf Deutschland lastet und jeden Fortschritt in freiheitlichem Sinne zu verhüten gewußt.

* * *

Zweifelhaft aber ist die Stellung, die der neue Reichstag der äußeren Politik gegenüber einnehmen wird, eben weil diese im Wahlkampfe keine Rolle gespielt hat. Unbedingt friedlich, unbedingt für Verständigung mit den freieren Völkern des Westens, unbedingt für Schiedsgerichtsverträge und für Abrüstung ist nur die sozialdemokratische Fraktion. Aber mit ihren 110 Mitgliedern bildet sie immerhin nur ein starkes Viertel des Reichstages, wenn auch ihre Wählerschaft mehr als ein Drittel aller Stimmen aufgebracht hat. Trotz ihrer Stärke ist sie für sich allein zur Ohnmacht verdammt. Der Regierung aber ist die Stärke dieser Partei ein Greuel; die Wahlverwandtschaft, durch die das Ministerium der „gottgewollten Abhängigkeiten" mit den preußischen Junkern verbunden ist, macht ihm den entschiedensten Kampf gegen die wachsende Macht des Sozialismus zum dringendsten Gebot. An diesem Punkte beginnt die innere Politik des Reiches auf die äußere erheblich einzuwirken. Man wird versuchen, in die beginnende Verständigung zwischen dem entschiedenen Liberalismus und dem Sozialismus einen Keil einzutreiben. Indem man zunächst die beiden Parteien im Parlament voneinander zu trennen sucht, um sodann bei Neuwahlen ein abermaliges Zusammengehen zwischen ihnen unmöglich zu machen.

Welch besseres Mittel aber gäbe es, einen so schönen Vorsatz durchzuführen, als den schon oft bewährten Appell an den Patriotismus? Darum gehen wir einer erneuten Aera verstärkter Rüstungen entgegen, wenn auch die Regierung ganz sicher einer politischen Verständigung mit England, einer „Entspannung" zwischen beiden Ländern, nicht abgeneigt, wahrscheinlich sogar bestrebt sein wird, sie in dem Rahmen zu fördern, den die Rücksicht auf die innere Politik zuläßt. Die Frage bleibt immerhin bestehen, ob erneute Rüstungen Deutschlands nicht dazu dienen werden, das in England in weiten Kreisen noch immer bestehende Mißtrauen zu vermehren, in beiden Ländern eine Atmosphäre allgemeinen Argwohns zu schaffen und so letzten Endes ein besseres Verhältnis mehr zu stören als zu fördern.

Der neue Reichstag wird auf dem Gebiete der äußeren Politik ebenso wie auf dem der Rüstungen mehr noch als der alte das Instrument sein, auf dem die Regierung spielt. Und zwar gerade, weil die sozialdemokratische Partei so stark in ihn zurückgekehrt ist. Sollte er sich aber der ihm zugedachten Rolle entziehen wollen, so wird er aufgelöst werden, und man wird unter nationaler Flagge einen gefügigeren Reichstag zu erhalten suchen.

* * *

Nun ist die der Sozialdemokratie zunächst benachbarte bürgerliche Partei theoretisch gleichfalls eine Anhängerin des großen Gedankens der Schiedsgerichte, der gegenseitigen Abrüstung, des Friedens zwischen den Völkern. Ihrer ganzen Struktur nach kann der Vertreter in großkapitalistischer Interessen, der Banken, des Kaufmannsstandes, des städtischen Hausbesitzes eine imperialistische Tendenz deutscher Politik nicht angenehm sein, die die Gefahr diplomatischer, und letzten Endes auch kriegerischer Zusammenstöße in greifbare Nähe rückt. Aber auch sie ordnet ihre Stellung zur äußeren Politik den Rücksichten auf die innere unter; sie hat derart das Verlangen, ihre nationale Zuverlässigkeit herauszukehren, sich regierungsfähig zu erweisen, sich geeignet zu zeigen für „positive" Mitarbeit, daß ihre theoretischen Ueberzeugungen vor einem starken Regierungswillen sich wahrscheinlich verflüchtigen werden. Wenn sie unzweifelhaft einer Verständigung mit den Westmächten auf breitestem Boden den Vorzug geben würde, wird sie gleichwohl den neuen Wehrvorlagen der Regierung keinen grundsätzlichen Widerstand entgegensetzen. Im Namen des Friedens! — natürlich! — Man wird den Frieden mehr als je im Munde führen, zu gleicher Zeit aber das deutsche Schwert derart schärfen, unsere Machtmittel zu Lande wie zur See derart verstärken, daß wir jedem möglichen Zusammenstoße mit größter Ruhe entgegensehen können.

* * *

Die festeste Stütze einer imperialistischen Politik bilden auch im neuen Reichstage die Konservativen, Antisemiten, Alldeutschen, denen ein beträchtlicher Teil der Nationalliberalen hinzuzurechnen sein wird.

Das Zentrum an sich ist einer Verständigungspolitik nicht abgeneigt, aber in allen Fragen nichtreligiöser Natur derart grundsatzlos, daß es ihre Lösung immer von seinem jeweiligen Parteiinteresse abhängig machen wird. Jedenfalls hat es seine nationale Zuverlässigkeit und Ergebenheit auch im Wahlkampfe stark betont, seitdem es wieder Seite an Seite mit den Konservativen gerückt war.

Daraus folgt, daß die Mehrheit des neuen Reichstages in allen Fragen der äußeren Politik von den Direktiven abhängig sein wird, die ihr von der Regierung gegeben werden. Schiedsgerichtsverträge, die ihr vorgelegt werden, werden sicherlich mit großem Wohlwollen aufgenommen werden. Einer Verständigung mit England, sagen wir einem besseren Verhältnisse mit ihm, wird sie gewiß nicht entgegentreten — eine Verschlechterung aber auch nicht aufhalten, wenn unglücklicherweise die beiden Regierungen erneut in Spannungen geraten sollten. Von deren Gewissenhaftigkeit hängt auf diesem Gebiete mehr ab als vom Willen des Reichstags.

Ganz klar und bestimmt scheint mir also die Stellung seiner überwältigenden Mehrheit der Abrüstungsfrage gegenüber zu sein; diese wird auch nicht den geringsten Schritt vorwärts machen. Im Gegenteil! Die Regierung hat bekanntlich schon während des Wahlkampfes neue Wehrvorlagen in Aussicht gestellt. Das erst am 7. März 1911 Gesetz gewordene Quinquennat wird eine sehr beträchtliche Erweiterung erfahren, von der sowohl das Landheer wie auch die Flotte betroffen werden soll. Das Budget von ohnehin 1460 Mill. M. für Rüstungszwecke wird hierdurch ganz beträchtlich — man spricht von 75—150 Millionen — überschritten werden. Es ist möglich — aber keineswegs sicher —, daß die Ankündigung dieser Absicht der Sozialdemokratie eine Anzahl neuer Stimmen zugeführt hat. Alle anderen Parteien aber haben sich dem Vorhaben der Militärbehörden zum Teil durchaus freundlich, zum Teil mindestens nicht feindlich gegenübergestellt. Die Regierung wird also im Reichstage nur geringem Widerstande gegen ihre militärischen Forderungen begegnen. Und man muß es, wenn man ein gewissenhafter Chronist sein will, einfach zugestehen, daß noch immer breite Schichten des deutschen Volkes in der stärksten Ausgestaltung von Heer und Flotte die beste Versicherung gegen die Kriegsgefahr erblicken. Seufzend zwar und oft murrend, aber im ganzen geduldig ertragen sie die schwere Rüstung, mit der der Leib unseres Volkes gepanzert ist. Ich will nicht sagen, daß Abrüstungsverträge, wenn sie zustande kämen, nicht ebenso wie Schiedsgerichtsverträge mit Jubel würden aufgenommen werden. Aber — ich wiederhole es — die große Mehrheit des Reichstages wird sicher keine ernsthafte Initiative in dieser Beziehung ergreifen, sondern der Parole folgen, die von der Regierung ausgeht. Und diese lautet: weiterrüsten!

* * *

Der wirkliche Kampf im neuen Reichstage wird daher nicht um die Sache selbst durchgefochten werden, sondern erst dann, wenn es sich um die Deckung der Kosten handelt. Es ist möglich, aber kaum wahrscheinlich, daß es hierüber auch zu einer Auflösung kommen könnte.

Alles in allem muß man also sagen: Der deutsche Reichstag wird in die internationalen Beziehungen keine neue Note hineinbringen, er wird ein besseres Verständnis zu England weder fördern noch hindern. Aber gewisse herrschende Schichten im Volke und gewisse Parteien im Reichstage werden den nationalen Gedanken mehr als je pflegen, einer weitgehenden Rüstungs-

politik Vorschub leisten, und darin ein Mittel suchen, die „rote Flut" im Innern zurückzudämmen, den Liberalismus von ihr möglichst zu trennen, ja wenn angängig, zu zertrümmern. So wenig ich an eine unmittelbare Kriegsgefahr glaube, so wenig hoch wird dennoch der Pazifismus seine Erwartungen spannen dürfen, soweit es hierbei auf die Haltung des deutschen Reichstages ankommt. Sich an die Staatsleiter und an die Völker unmittelbar zu wenden, wird für die Friedensfreunde eine lohnendere Aufgabe sein.

Der deutsche Wehrverein.

Von O. Umfrid, Stuttgart.

Ein schlimmeres Zeichen der Zeit läßt sich kaum denken, als die mit Pauken und Drommeten in die Wege geleitete Gründung des deutschen Wehrvereins. Vorsitzender ist General Keim, derselbe, der mit seinen chauvinistischen Fanfaren sogar dem Flottenverein — und das will was heißen — lästig wurde. Nachdem die Lorbeerkränze, die er dort gesammelt hatte, schon ein wenig welk geworden sind, will er sich einen neuen Nimbus schaffen durch die Gründung des famosen Wehrvereins. Wie urteilslos die Masse ist, das zeigt der volle Saal, den er bei seiner Gründungsrede vor sich hatte, das zeigt u. a. auch die traurige Tatsache, daß in Schwaben, wo man leider vielfach preußischer als die Preußen denkt, die erste Ortsgruppe dieses überflüssigen Vereins sich bildete.

Was will der deutsche Wehrverein? Er will ausgesprochenermaßen die Aufgabe der Scharfmacher erfüllen; er will der Regierung das Rückgrat stärken für die neuen Wehrvorlagen, die sie vor den Reichstag bringen will. Um dieses Ziel zu erreichen, sind ihm und seinem Leiter alle Mittel, die zur Volkserregung dienen können, recht. Mit unverblümter Offenheit spricht General von Keim es aus, daß Deutschlands Schicksal nicht in Parlamenten, Kontoren und Werkstätten, sondern auf dem Schlachtfelde entschieden werden müsse. Damit wir in der Schlacht der Zukunft siegreich seien, müssen wir noch weiter rüsten. Wir haben nach Herrn Keim geschlafen seit dem Jahre 1871, man hat im Deutschen Reich nicht scharf genug gesehen, was unsere Gegner für den Kriegsfall aufzubieten haben. Die Wut der Zahlen muß nach diesem Heer- und Flottenschwärmer uns noch mehr ergreifen. Frankreich kann im Kriegsfall eine Viertel Million mehr aufstellen als wir, der Zweibund kann 2½ Millionen mehr ins Feld führen als wir; wir haben mit einem Angriff von vier (!) Seiten zu rechnen; auf Oesterreich, wo „das Heer im Begriff ist, zu verdorren", können wir uns nicht verlassen, noch weniger auf das treulose Italien; darum rüstet — rüstet — rüstet! Das ist die Quintessenz von allem, was diese Herren sagen können, und dabei schämt sich keiner, diese abgedroschenen Phrasen aus dem vorigen Jahrhundert als der Weisheit letzten Schluß nur immer wieder aufzuwärmen, während unsere neue Zeit doch so viel neue Lichtgedanken nötig hätte. Daß die französische Ueberlegenheit der Zahl nur auf dem Papier steht, daß unsere westlichen Nachbarn gar nicht genug militärtaugliche Leute haben, um all ihre Kadres zu füllen, daß Rußland nach der Niederlage im ostasiatischen Kriege überhaupt gar nicht in der Lage ist, sich in einen europäischen Feldzug einzulassen, daß es bei seiner miserablen Finanzwirtschaft, seinem unsoliden Bauernstand gar nicht fähig ist, die Lasten eines europäischen Krieges durchzuhalten, daß seine Soldaten auf Strohsohlen marschieren und folglich schwerlich sehr weit laufen werden, das braucht General Keim nicht zu wissen, wenn er nur zum Weiterrüsten hetzen kann.

Während er aber auf der einen Seite von eingebildeten Gefahren träumt, so unterschätzt er auf der anderen Seite die wirkliche Gefahr. Mit unserer stärksten Flotte könnten wir den vereinigten englisch-französischen Geschwadern nicht widerstehen, und mit unserem stärksten Heere werden wir Frankreich nicht mit derselben Leichtigkeit niederwerfen können, wie das im Jahre 1870/71 geschehen ist. Nicht die große Zahl der französischen Soldaten wird den Siegeslauf unserer Truppen aufhalten; diese Zahl steht bekanntlich nur auf dem Papier, wohl aber werden wir uns an dem doppelten Gürtel von Sperrforts verbeißen, der die deutsch-belgische Grenze umgibt, und in den Lücken, welche zwischen den Festungswerken offen stehen, werden höchstwahrscheinlich Schlachten in der Art der Schlacht von Mukden geschlagen werden. Zehn- bis vierzehntägige Schlachten, ohne entscheidenden Sieg, wohl aber mit gegenseitiger Erschöpfung. Und selbst wenn der Feind zum Rückzug genötigt wird, so wird ihm die Möglichkeit, sich hinter Festungswällen zu verschanzen und von dort aus unseren Vormarsch aufzuhalten, immer wieder offen stehen. Vor der Bezwingung von Paris wird aber keine Rede sein von einem Friedensschluß. Um jedoch die Riesenwerke von Paris zu belagern, werden wir zwei Millionen Streiter brauchen, und um es auszuhungern, gegen zwei Jahre. In dieser Zeit würde uns wahrscheinlich durch die englische Flotte die Zufuhr abgeschnitten sein; wir werden mit einer mindestens zehnprozentigen Steigerung der Lebensmittelpreise rechnen müssen; das arme Volk, das von der Hand in den Mund zu leben genötigt ist, wird Hunger leiden; wenn dann die zur Verzweiflung getriebenen Massen die Brandfackel der Revolution erheben, so wird General Keim sich einbilden, völlig unschuldig daran zu sein.

Es schwebt aber noch eine andere Gefahr in der Luft, die der deutsche Wehrverein in seinem blinden Eifer völlig übersieht. Das ist die ungeheure Belastung der Völker durch den Rüstungsdruck. Dasjenige Volk, das zuerst sich bewußt ist, die Last nicht länger tragen zu können, wird losschlagen, in der Erinnerung an das Wort, daß ein Ende mit Schrecken besser sei, als ein Schrecken ohne Ende. Unsere Rüstungsfanatiker züchten also nicht nur den kriegerischen Geist; nein, ich erhebe die Anklage gegen sie, daß sie direkt mit der Empfehlung neuer Rüstungen, die angeblich den Frieden schützen sollen, den Krieg mit seinen Schrecken vorbereiten. Leider ist nur zu viel Aussicht vorhanden, daß jene unverantwortlichen Scharfmacher bei den verantwortlichen Stellen ein bereitwilliges Entgegenkommen erfahren.

Die einseitig nationale Weiterrüstung aber, welche die Regierung dem neuen Reichstag vorlegen wird, dürfte, wenn sie angenommen wird, keinen anderen Erfolg haben, als die anderen Mächte zu Gegenmaßregeln zu treiben; und wenn sie nicht im eigenen Lande weiterrüsten können, wie die Franzosen, so werden sie versuchen, schwarze Truppen aufzustellen, oder durch neue Ententen Deutschland immer enger einzuschnüren. Ob uns der Krieg aus dieser Einschnürung befreien kann, ist mehr als fraglich. Der einzige unanfechtbare Weg ist nach wie vor die Herbeiführung eines Rüstungsstillstandes durch das Mittel des Staatensyndikats. Davon weiß der deutsche Wehrverein nichts. Das deutsche Volk aber, das von einer gewissenlosen Presse in eine direkt friedensgefährliche Stimmung hineingehetzt worden ist, macht den Eindruck eines Blinden, der einem blinden Leiter folgt. Wir wollen nichts versäumen, ihm, so lange es noch möglich ist, die Augen aufzutun. Wir werden dann, wenn der Zusammenbruch dennoch erfolgen sollte, das tröstliche Bewußtsein haben, daß wir das unsrige taten, um ihn aufzuhalten.

Der deutschfeindliche Hintergedanke bei den amerikanischen Schiedsverträgen.

Die deutsche friedensfeindliche Presse ist seit langem bemüht, der Gefahr, die der Kriegskonjunktur durch den Abschluß der vorbehaltlosen Schiedsverträge der Union mit England und Frankreich drohen würde, nach Kräften vorzubeugen. Als bewährtes Mittel, dieses große Friedenswerk bei dem deutschen Publikum in Mißkredit zu bringen, erscheint ihr der Nachweis, daß jene Verträge ein verkapptes Bündnis mit der Spitze gegen Deutschland bedeuten. Das Brandmal der „Deutschfeindlichkeit“ wurde dem Präsidenten Taft und dem Staatssekretär Knox aufgedrückt. Begründet wird dieses gehässige Treiben durch den Umstand, daß die Verhandlungen seitens der Regierung der Union nur mit England und Frankreich geführt wurden, nicht mit Deutschland. Das liegt aber daran, daß die Verhandlungen mit Deutschland in einem Augenblick begonnen hatten, als die Opposition des amerikanischen Senats gegen jene Verträge sich geltend zu machen begann, so daß es ganz klug erschien, diese Verhandlungen so lange zu unterbrechen, bis die endgültige Ratifizierung der zunächst angebahnten Verträge, jener mit England und Frankreich, erreicht sein wird. Als der Präsident der Handelskammer von Charleston, Charles Hilles, kürzlich den Vorwurf zurückwies, daß es sich bei den Verträgen mit England und Frankreich um ein „Bündnis“ gegen Deutschland handle, daß vielmehr mit Deutschland Verhandlungen bereits eingeleitet sind, die man aber, ebenso wie die Verhandlungen mit anderen Mächten, nur temporär ruhen lasse, um die definitive Entscheidung des Senats über die Verträge mit England und Frankreich abzuwarten, ließ sich die „Kreuzzeitung“ in einem „New Yorker Briefe“ (abgedruckt am 25. Januar) schreiben:

„Nahezu alle Welt (!) . . . ist dagegen fest davon überzeugt, daß nach Annahme der dem Senat vorliegenden Verträge die Verhandlungen wenigstens mit Deutschland nicht nur „temporär ruhen“ würden, sondern bis in ferne Zukunft. England würde andernfalls auch gar nicht so großen Wert auf den Vertrag legen.“ Diese Unterstellung, deren abscheulicher Charakter aus den unten folgenden Darstellungen ganz klar ersichtlich ist, wird noch ergänzt durch die Verdächtigung des Staatssekretärs Knox, dem die „Kreuzzeitung“ vorwirft, daß er sich auf die kundgegebene Bereitwilligkeit der Reichsregierung in die Verhandlungen über einen Schiedsvertrag einzutreten „in Schweigen gehüllt“ habe. „Man glaubt (dieses infame „man“), er habe eine ablehnende Antwort erwartet.“ Als aber der Staatssekretär Knox am 30.. Januar im „National Press Club“ in Gegenwart des deutschen Botschafters, Graf Bernstorff, über die Schiedsverträge sprach und die Erklärung abgab, diese seien keineswegs gegen Deutschland gerichtet, was schon dadurch bewiesen werde, daß er mit dem deutschen Botschafter über einen gleichen Vertrag verhandelt habe, entblödet sich das konservative Organ (31. Januar) nicht, darin nur einen Beweis dafür zu sehen, „daß dieser . . . deutschfeindliche (!) Staatssekretär Knox mit der Persönlichkeit des deutschen Botschafters Reklame für seine Schiedsverträge zu machen sucht“. Also: wenn sich der Staatssekretär Knox „in Schweigen hüllt“, ist er ein

Deutschenfeind. Wenn er aber redet und ausdrücklich erklärt, daß er mit Deutschland unterhandelt, wenn er dies in Gegenwart des deutschen Botschafters tut, — tut nichts: Knox ist auch ein Deutschenfeind weil er — redet. Man muß diese Taktik des Junkerblattes als bewußt schlecht bezeichnen, denn wenn sie nicht schlecht wäre, wäre sie so sehr dumm, daß sie das übliche Maß von Dummheit bei weitem übersteigen würde.

Man müßte nach diesen Klagen über den mangelnden Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Union meinen, die „Kreuzzeitung" sei das schiedsfreundlichste Organ, Deutschland wäre das schiedsfreundlichste Land. Daß dem aber nicht so ist, daß Deutschland nur einen einzigen Schiedsvertrag abgeschlossen hat (seltsamerweise gerade mit England, in dem die „Kreuzzeitung" aber kein verkapptes „Bündnis" wird erblicken wollen), während die Vereinigten Staaten 33, andere europäische Großmächte 13 bis 14 solcher Verträge zum Abschluß brachten, daß ferner die „Kreuzzeitung" sonst der gesamten Schiedsvertragsbewegung feindlich gegenübersteht, ist zur Genüge bekannt. Ihr Lärm über die angebliche Zurücksetzung Deutschlands bei den neuen Schiedsabschlüssen der Union hat nur den Zweck, das Schiedswesen überhaupt zu diskreditieren und das Friedenswerk, das sie befestigen werden, in der Entwicklung zu stören.

Um jedoch diese friedensfeindliche Taktik der „Kreuzzeitung" und der ihr gesinnungsverwandten Presse in das richtige Licht zu setzen, erachte ich es für überaus wichtig, hier aus einer Rede einige Mitteilungen zu machen, die das Oberhaupt der Vereinigten Staaten, Präsident Taft, der Urheber jener vorbehaltlosen Schiedsverträge, vor kurzem gehalten hat. In dieser Rede sind einige Mitteilungen über die Entstehung der Verhandlungen und über die Absichten, die seitens der Vereinigten Staaten mit der Durchführung jener Verträge gehegt werden, mitgeteilt. Diese Rede wurde in Cincinnati am 7. November 1911, also zu einer Zeit gehalten, die lange vor den Verdächtigungen der „Kreuzzeitung" liegt. Sie wurde in einer Versammlung der „Amerikanischen Gesellschaft für juristische Beilegung internationaler Streitfälle", an der nur Gelehrte teilnahmen, gesprochen; also in einem Kreise, wo Amerikaner ganz unter sich waren; nicht einmal ein deutscher Botschafter „als Reklame" hinzugezogen war. Daß sie auch gar nicht darauf berechnet war, für die Schiedsverträge „Reklame" zu machen, geht daraus hervor, daß sie erst jetzt bekannt wird, wo der Verhandlungsbericht über die Beratung jener Gesellschaft gedruckt vorliegt.

Hören wir zunächst, was Präsident Taft darin über die Entstehungsgeschichte jener Verträge sagt:

„Ich freue mich, heute hier zu sein, weil es ungefähr ein Jahr her ist, daß ich die Ehre hatte, einem Bankett derselben Gesellschaft beizuwohnen und dabei zu wiederholen, was ich nur ganz nebenbei sechs Monate früher zu sagen unternahm; nämlich, daß es mir aufgefallen war, daß in unseren mit fremden Mächten abgeschlossenen Verträgen, von den der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfenden Materien just jene ausgenommen waren, die die nationale Ehre oder die vitalen Interessen berühren. Ich sagte, daß ich keinen richtigen Grund sehe, warum nicht eine Frage der nationalen Ehre oder des vitalen Interesses wie irgendeine andere Frage schiedsgerichtlich gelöst werden könnte. Dieser Bemerkung ließ ich vor einem Jahre auf dem Bankett dieser Gesellschaft die Mitteilung folgen, daß ich hoffte in die Lage zu kommen, mit irgendeinem größeren europäischen Staat ein Abkommen zu treffen, in dem wir übereinkommen würden, jede zwischen uns auftauchende Kontroverse, ob sie die nationale Ehre oder die Lebensinteressen berühre oder nicht, der Schiedsgerichtsbarkeit zu überweisen. Diese Bemerkung wurde zuerst von dem französischen Botschafter aufgegriffen, der neben mir saß. Als ich mich niedersetzte, sagte er: ‚Wir werden einen solchen Vertrag mit Ihnen schließen'; und ich erwiderte: ‚ich bin dabei!'"

Wie man sieht, war es also gar nicht zuerst England, das jene Schiedsvertragsabkommen mit der Union anfing, sondern Frankreich. England schloß sich erst einige Wochen später durch die Erklärung Sir Edward Greys im Parlament der Anregung des Präsidenten Taft an.

Ueber die Einwände sprechend, die die Senatskommission im vorigen Herbst gegen die Verträge vorgebracht hat, sagte Präsident Taft weiter:

„Es ist die Sache der Völker auf dem ganzen Erdenrund, die wir vertreten; es ist die Sache der Völker auf dem ganzen Erdenrund, die wir durch das Eintreten für die Ratifikation dieser Verträge hochhalten. Sollen wir jetzt auftreten und sagen, daß wir wegen einer Beschränktheit in unserer Verfassung in einen solchen Vertrag nicht eintreten, die Welt nicht führen können? Wir sind ein Volk von neunzig Millionen zwischen den Ozeanen; wir haben die größten Hifsquellen irgendeines Landes von der Welt, und wir hätten in einem in die Länge gezogenen Krieg Hilfsquellen, die uns in die Lage setzen würden, es erfolgreich mit jedem Lande aufzunehmen. Wir haben vor keinem Lande Furcht, und wir schreiten nicht deshalb in der Richtung des Friedens vor, weil wir Furcht haben. Deshalb nehmen wir auch bei der Behandlung dieser Sache eine vorteilhafte Stellung ein, da uns niemand der Feigheit beschuldigen kann,

wenn wir andere Mittel als jene des Krieges zur Beilegung unserer Streitigkeiten suchen. Wir haben keine uns umstrickenden Bündnisse, wir sind durch die Ozeane isoliert, was uns im Kriegsfall einen Vorteil bieten würde, über den alle Nationen der Welt sich klar sind. Und alle Nationen der Welt erwarten von uns, daß wir ihnen in der schwierigen Lage helfen, in der sie sich befinden, wo sie ein bewaffnetes Lager bilden und sich gegenseitig zu bewachen haben, als ob eine jede von ihnen des anderen ständiger Feind wäre.

Sollen wir nun nach Verwerfung dieser Verträge durch den Senat vor die Welt hintreten und sagen: ‚Ja wir haben das tiefste Mitgefühl für Euch', wir hoffen, daß ihr ins rechte Gleis kommen werdet, wir hoffen, daß der Friede die Oberhand behalten wird. Aber Ihr werdet einsehen, daß wir in unserer Verfassung eine Bedingung haben, die uns zwingt, einzuhalten und zuzuschauen. Wir können Euch mit ermutigenden Worten anfeuern, aber wir können uns am Werke selbst nicht beteiligen!"

. . . . . Sollen wir unserer Verfassung eine so beschränkte Auslegung geben, daß wir ins Hintertreffen gelangen und lediglich die Zuschauer des Weltfortschrittes in der Richtung des allgemeinen Friedens werden, oder sollen wir die Führung übernehmen? Nun, ich glaube wohl, daß es für diese Frage nur eine Antwort gibt. Ich hoffe aufrichtig, daß der Senat diese Antwort berücksichtigen wird. Und ich glaube, daß die Antwort aus der Masse des Volkes kommen muß, daß dieses die Ratifizierung dieser Verträge wünscht; und ich bin sicher, daß sie, wenn sie ratifiziert sein werden, einen solchen unendlichen Fortschritt bedeuten werden, daß wir uns alle über ihr Zustandekommen freuen werden. Ich finde die Wichtigkeit dieser Verträge nicht darin, daß wir uns einen Krieg mit England oder Frankreich vom Leibe halten werden; wir werden niemals mit England oder Frankreich Krieg führen. Ihr Zweck liegt vielmehr darin, der ganzen Welt zu zeigen, daß wir bereit sind, uns in bezug auf jene Länder in diese Lage zu setzen, und daß jene Länder bereit sind, dies in bezug auf uns zu tun. In dem Augenblick, wo die Verträge ratifiziert sind, werden andere Nationen nur zu gern bereit sein, die gleichen Verträge mit uns abzuschließen. Und wenn wir mit allen Nationen Verträge dieser Art gemacht haben, werden wir notwendiger- und vernünftigerweise erwarten müssen, daß sie beginnen werden, solche Verträge auch untereinander abzuschließen. Und ist dies geschehen, dann haben wir den Staatengerichtshof erreicht."

Aus dieser vor einer gelehrten Körperschaft gehaltenen Rede sieht man ganz deutlich, welche große pazifistische Idee der Absicht zugrunde liegt, die die amerikanischen Staatsmänner bei der Durchführung der vorbehaltlosen Schiedsabkommen leitet. Man sieht deutlich, wie grundlos die Verdächtigungen der deutschen Kriegspresse sind, wie unberechtigt ihr Vorwurf ist, daß die Verträge ein verkapptes Bündnis mit der Spitze gegen Deutschland sein sollen, wie schmählich die Unterschiebung ist, daß man immer eine Ausrede finden werde, einen solchen Vertrag mit Deutschland zu hintertreiben. Mit allen Nationen sollen solche Verträge gemacht werden, und alle sollen sie untereinander machen! Das ist die Absicht, und diejenigen, die das Gegenteil behaupten, fälschen die Tatsachen. F.

Ein Vorläufer des wissenschaftlichen Pazifismus.

Von Ellen Key, Alvastra Strand.

Es war mir eine große persönliche Freude, daß A. H. Fried die eine Hälfte des Nobelpreises für 1911 erhalten hat. Denn damit wurde jener Richtung in der Friedensbewegung, die für mich die hoffnungsvollste ist, weil sie die vernünftigste ist, die erste bedeutungsvolle Anerkennung zuteil. Für die Leser der Friedenswarte brauche ich nicht zu sagen, daß es die Richtung ist, die die Friedensbewegung im Zusammenhang mit der ganzen übrigen Evolution sieht, und die daher die endgültige Erreichung des Friedens als das Resultat eines organischen Entwicklungsverlaufs erwartet. Unter den heute Lebenden ist wohl die Friedenswarte der hervorragendste Vorkämpfer dieses Gedankens. Aber als Schwedin mag es mir gestattet sein, mit berechtigtem Stolz zu betonen, daß ein Schwede, verkannt und unverstanden von seinem Lande und seinen Zeitgenossen, wie alle Bahnbrecher, der erste war, der in wissenschaftlichen, auf die Entwicklungslehre gestützten Werken den erwähnten Satz bewiesen hat. Seine unübersetzten Werke sind Europa, also auch A. H. Fried, unbekannt geblieben, der auf eigenen Wegen zu denselben Resultaten gekommen ist. Aber es ist kein Tag zu frühe, daß die europäische Friedensbewegung sich die vortrefflichen Waffen des Schweden zu eigen macht und dem Waffenschmied die Ehre gibt, die ihm gebührt.

* * *

Sein Name ist Gustav Björklund. Er wurde 1846 auf dem Lande geboren, wo der Vater Pächter war. Bis zu seinem dreizehnten Jahre ging der wissensdurstige Knabe in die Volksschule, aber als der Vater in

eine Provinzstadt übersiedelte, kam Gustav in eine Mittelschule, wo er mit achtzehn Jahren das Abiturium ablegte, dem später das Phil. Cand.-Examen folgte.

Der Vater hatte gewünscht, daß der Sohn Geistlicher würde, was damals noch der Höhepunkt des Ehrgeizes für die schwedische Landbevölkerung war. Aber Gustav Björklund, der schon im Alter von 10—12 Jahren über metaphysische und soziale Probleme zu grübeln begann, hatte ein ganz anderes Lebensziel. Und dieses verfolgte er sein Leben lang mit unbeugsamer Energie, trotz aller Schwierigkeiten, die Armut, schwankende Gesundheit, Entbehrungen und andere Leiden ihm in den Weg legten. All dies ertrug er mit männlichem Gleichmut, und dabei fand er in seiner philosophischen Lebensanschauung eine große Stütze. Als Gustav Student geworden war, zog der Vater in die Universitätsstadt Upsala, die damals noch von I. C. Boströms idealistischer Philosophie beherrscht wurde. Gustav Björklund umfaßte und verkündete diese mit Begeisterung. Ich war seine Hörerin, als er in Stockholm einen Vorlesungskursus für Damen über diese Philosophie hielt. Und obgleich es ihm nie gelang, mich in dieser Hinsicht zu seiner Jüngerin zu machen, flößte er mir doch große Achtung für die Schärfe seines Denkens und seine flammende Begeisterung ein.

Diese Gaben stellte er später in den Dienst der Friedensbewegung, und ihr widmete er bis zu seinem Tode — er starb 1903 am Herzschlag — seine besten Kräfte.

* * *

Schon als Kind empfand er tiefes Mitgefühl mit den besitzlosen Klassen. Und früh erwachte sein Wunsch, ihre Lage zu verbessern. Aber scharfsinnig, wie er war, erkannte er klar, daß keine tiefgehende Besserung denkbar ist, solange die Milliarden, die die Völker heben könnten, von Kriegsrüstungen und Kriegen verschlungen werden. Darum glaubte er der Wohlfahrt der Menschheit am besten dienen zu können, wenn er wissenschaftlich — nicht, wie gewöhnlich, gefühlsmäßig — die Kriegshypnose angriff, sie dadurch angriff, daß er den alleinherrschenden Aberglauben widerlegte, daß die Nationen immer in ihrer jetzigen politischen Isolierung verharren müßten. Er bewies, daß die Nationen nur Durchgangsformen jener Entwicklung sein können, die mit der langsamen, aber unaufhaltsamen Entwicklung der ganzen Menschheit zu einer organischen Einheit zusammenfällt.

Um sich die wissenschaftliche Grundlage für seine geplanten Werke zu verschaffen, studierte Björklund nicht nur Philosophie, sondern auch Völkerrecht und Naturwissenschaften. Er fuhr nach England, um das moderne Fabriksleben in seiner typischen Gestalt kennen zu lernen, eine andere Studienreise führte ihn nach Deutschland, Belgien und Frankreich.

Anonym war Gustav Björklund schon 1883 hervorgetreten, denn er war der Verfasser des Antrags bezüglich Schwedens Anschluß an das Neutralitätsprinzip, der damals von zwei Reichstagsabgeordneten den beiden Kammern des Reichstags vorgelegt wurde.

Offen trat er 1887 mit seiner grundlegenden Arbeit über die Friedensbewegung hervor. Dies ist das kurze, aber große Buch „Ueber das Verwachsen der Nationen". Diesem folgte 1890 „Ueber die Bedeutung der Segmentierung", und 1892 „Ueber Entwicklungsanarchie".

Es gelang Björklund auch, einen Preis von 1000 Fr. für die beste Antwort in einer internationalen Preisausschreibung aufzubringen:

„Wie ist eine kräftige internationale Meinung, die in geeigneter Weise gegen den jetzt herrschenden Militarismus reagiert, am besten zu erzielen?"

Es kamen Antworten aus der ganzen zivilisierten Welt. Gustav Björklund bearbeitete selbst die eingelaufenen Beiträge in einer Schrift, die „Die Friedens- und Abrüstungsfrage" heißt. Diese Arbeit ist schon nicht nur ins Deutsche, Französische und Englische, sondern auch in mehrere andere Sprachen übersetzt.

Aber Gustav Björklunds eigene, oben erwähnten drei Arbeiten, die in Zukunft als eines der bedeutungsvollsten Glieder in der Entwicklung der Friedensidee betrachtet werden müssen, die sollten vor allem in der ganzen Welt verbreitet werden, denn sie enthalten die Argumente, mit denen denkende Gegner der Friedensbewegung wirklich gewonnen werden können. Jetzt, wo Carnegies großer Friedensfonds zugänglich ist, wäre es ein leichtes, diese ausgezeichneten Argumente aus ihrem Grabe, der unbekannten Sprache eines kleinen Landes, auferstehen zu lassen, auf daß sie der Idee dienen, der Gustav Björklund seine beste Kraft geweiht hat.

Gustav Björklunds andere zwei Bücher, „Das Verhältnis zwischen Körper und Seele" (1894) und „Tod und Auferstehung" (1900), sind der Ausdruck seines idealistischen Ewigkeitsglaubens. Selbst tief überzeugt von der Unsterblichkeit der Seele, schöpfte er aus diesem Glauben nicht nur seine unauslöschliche Arbeitsenergie und Arbeitsfreude, sondern auch seine Geduld und Milde in all seinen Leiden, Enttäuschungen und Kümmernissen. Im Lichte der Ewigkeit sah er das Menschenleben so groß, daß seine Unverletzlichkeit, seine Heiligkeit für ihn zum Axiom wurde. Und dieses Axiom war ein Moment seiner Friedenshoffnung, die ihm nur, aus dem Gesichtspunkt der Ewigkeit gesehen, groß genug schien.

* * *

Der Gedankengang in Gustav Björklunds Werken über den Frieden ist, kurz zusammengefaßt, der folgende:

Die Menschheit ist ein in der Entwicklung begriffener Organismus. Alle Organismen sind Gesellschaften oder Gemeinwesen, und alle Gemeinwesen sind Organismen. Gemeinwesen und Organismus sind Begriffe, die sich gegenseitig voraussetzen und bedingen. Kein Organismus ist denkbar, der nicht zugleich ein Gemeinwesen wäre, und umgekehrt läßt sich kein Gemeinwesen denken, das kein Organismus ist. Es sind nur verschiedene Seiten ein und derselben Sache. Der Organismus ist ein Gemeinwesen, weil er aus gleichartigen und selbständig lebenden Individuen — den Zellen — zusammengesetzt ist, und diese bilden gerade dadurch ein Gemeinwesen, daß sie in dem von ihnen zusammengesetzten Organgebäude aufgehen.

Das Prinzip oder Gesetz, nach dem Individuen ein Gemeinwesen oder einen Organismus bilden können, ist die Arbeitsteilung.

Die Bedeutung der Arbeitsteilung wird uns klar, wenn wir uns fragen, was von der menschlichen Gesellschaft überbleiben würde, wenn die Arbeitsteilung aufhörte? Damit würde man nicht nur alles Zusammenwirken zwischen Menschen in derselben Werkstätte, demselben Beruf und Industriezweig aufheben, sondern auch alle diese Fabriken, Berufe und Industriezweige selbst. In einem Gemeinwesen, wo es keine Arbeitsteilung gäbe, würde es also keine Schneider, Schuster, Lehrer, Kaufleute usw. geben, keine Werkstätten, keine Fabriken, keine Industriezweige, kurz keine Berufe irgendwelcher Art und Beschaffenheit. Aber damit wären auch alle gesellschaftlichen Bande zwischen den Menschen gelöst. Der eine Mensch würde nicht von dem anderen abhängen und könnte in keinem sozialen Verhältnis zu ihm stehen. Ein jeder würde für sich leben, für sich arbeiten und wäre sich selbst genug. In einer Stadt, wo die Menschen zu Hunderttausenden zusammengepfercht sind, würde sich nach der Aufhebung der Arbeitsteilung jeder einzelne Mensch ebenso einsam und verlassen fühlen, als wenn er auf einer unbewohnten Insel oder in einer Wüste lebte. Damit würde auch das geistige Leben der Gesellschaft aussterben. Die Worte der Sprache, die die verschiedenen Verhältnisse ausdrücken, in die die Menschen jetzt durch die Arbeit zueinander treten, würden sinnlos und ohne Gegenstück in der Wirklichkeit sein und daher bald in Vergessenheit geraten. Der ganze Gesellschaftsbau würde zusammenstürzen und sich in seine elementaren Bestandteile auflösen, in selbständige, voneinander unabhängige Individuen, die natürlich selbst nach einer solchen Auflösung aufhören und verschwinden würden. Mit dem Tod des Gemeinwesens wäre ihr eigener unmittelbar verbunden.

In gleicher Weise würde man auch das naturorganische Gebäude in seine Grundelemente auflösen, wenn man die Arbeitsteilung zwischen den Zellen aufheben wollte, weil der ganze Organbau mit all seinen Geweben, Gliedern und Organen nur ein Ausdruck dieser Arbeitsteilung zwischen den Zellen ist, die dann aus denselben Gründen wie die menschlichen Individuen bei der Auflösung der Gesellschaft ihrem Untergang entgegengehen würden.

Die Nationen sind durch ein letzten Grundes auf der Arbeitsteilung beruhendes Zusammenwirken zwischen kleineren Einheiten entstanden, die erste Einheit ist der Stamm gewesen. Unter eigenen Göttern, eigenen Gesetzen und eigener Verwaltung hatte der Stamm eine selbständige Individualität und blieb Jahrhunderte hindurch die einzige Gesellschaftsform. Von solcher Beschaffenheit war die römische Gens, der keltische Clan usw. Von solcher Beschaffenheit war die ursprüngliche Gesellschaftseinheit bei allen Völkern, die dieses Stadium schon hinter sich haben, und so ist sie auch heute bei den Völkern, die noch auf dieser Entwicklungsstufe stehen.

Eine dem Stamm übergeordnete Einheit gab es anfangs in der Gesellschaft nicht, die Stämme waren selbständige Gemeinwesen und weit unabhängiger voneinander, als heutzutage die Nationen. Jahrhunderte hindurch blieb der Gesellschaftskörper eine Vereinigung solcher Stammgemeinwesen.

Aber schon in diesem Stadium treten Ansätze zu Gesellschaftseinheiten höherer Ordnung hervor, die dann im Laufe der Entwicklung historische Individualität erhalten. Die Stämme wachsen an und verzweigen sich. Zwischen den einzelnen Zweigen desselben Ursprungs besteht ein natürlicher Zusammenschluß fort. Aber wenn der Stamm eine gewisse Größe erreicht hat, lockern sich die Bande. Jüngere Zweige trennen sich ab und bilden neue Stammesverbände derselben Art. So entstehen unter verschiedenen Namen bei verschiedenen Völkern natürliche Vereinigungen von Stämmen, die in bezug auf Größe und Organisation eine überraschende Aehnlichkeit aufweisen. Eine solche Vereinigung war z. B. die curia bei den Römern, die phratria bei den Griechen, die centena bei den Franken. Aus diesen kleineren Einheiten bildete sich dann die Landschaft, der germanische Gau, das englische Shire usw. Ueberall beginnen diese persönlich und gehen dann zu einer Einteilung nach dem Landgebiet über. Das Gebiet des Stammes war das Dorf. Von der Gleichförmigkeit in bezug auf den äußeren Umfang, den die historische Landschaftsbildung bei den verschiedenen Völkern aufweist, können wir uns schon durch einen Blick auf die Karte eine Vorstellung

machen. Und von der Landschaft an kann man sagen, daß das Gemeinwesen eine Zusammensetzung von Einheiten verschiedener Grade und Ordnungen aufweist, die ebenso wie die ihnen entsprechenden in der naturorganischen Welt gleichförmigen Bau und Zusammensetzung zeigen. Jede solche ökonomische, soziale und politische Einheit repräsentiert ein gewisses Kulturstadium. So ist der Stamm oder die Dorfgemeinde eines, der Sprengel ein anderes, der Provinzstaat ein noch höheres Kulturstadium. Die Nation nun ist das höchste Entwicklungsstadium, das man bisher erreicht hat.

Die Geschichte zeigt uns, daß die heute lebenden Nationen tatsächlich durch ein solches Miteinanderverwachsen der kleineren Gesellschaftseinheiten zu immer größeren und größeren entstanden sind. Und daß dieser historische Prozeß mit der Bildung der Nationen nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, ist klar. Der Prozeß schreitet noch immer in derselben Richtung und zu demselben Ziele fort. Die Nationen werden jetzt durch die Entwicklung ebenfalls zu Gliedern einer höheren und umfassenderen Gesellschaftseinheit umgebildet.

Es zeigt sich, daß der Entwicklungsgrad und das Ausbreitungsgebiet der Gesellschaft in einer notwendigen Abhängigkeit voneinander stehen. In dem Maße, in dem die Entwicklung der Gesellschaft in der Zeit fortschreitet, breitet sie sich auch zu einem entsprechenden Umfang im Raume aus.

Aber wie weit kann die Entwicklung in dieser Weise fortgehen? Wo ist die Grenze und das Endziel? In der Eigenschaft der Nationen als gleichförmige Einheiten ist schon die Art, die Grenze und das Ziel ihrer Entwicklung gegeben. Für sie ist solange die Möglichkeit zu weiterem Fortschreiten vorhanden, als sie noch eine ökonomische, politische und soziale Einheit und Individualität haben, und erst wenn sie als Glieder in einer höheren Einheit aufgegangen sind — und zuletzt in einem die ganze Menschheit umfassenden Organismus — kann ihre Entwicklung als abgeschlossen gelten. Die Ursache der Zersplitterung der Menschheit in diese Masse von selbständigen Nationen liegt in dem noch tiefen Kulturgrad. Aber jeder Fortschritt an Kultur ist auch ein Schritt zur Vereinigung dieser Gemeinwesen. Die künftigen Fortschritte wie die schon vollbrachten sind nämlich nur durch fortgesetzte Teilung und Konzentration der Arbeit möglich, also durch einen Prozeß, der die innere Bauart und Organisation der Nationen so umbildet, daß diese selbst schließlich naturnotwendig in einem einzigen organischen Ganzen aufgehen müssen. Die Menschheit ist ein in der Entwicklung begriffener Organismus, der zufolge des jetzigen Standpunkts der Entwicklung in gleichartige kleinere Gemeinwesen zerfällt, die durch die Entwicklung zu einem höheren Ganzen verwachsen, nach denselben allgemeinen Gesetzen, wie die Segmente in naturorganischen Komplexen.

Wir wissen ja, daß jedes einzelne Land in Europa einmal das war, was Europa heute ist: eine Einheit von mehreren selbständigen Ländern. Der Zusammenschluß dieser kleinen Länder zu einem größeren hat sich oft durch Eroberung vollzogen, aber ist dann lange ein loser, leicht lösbarer geblieben. Denn der Staat als Organismus wächst bis zu einem gewissen Punkt und zerfällt dann. Ein wirklich neuer Gesellschaftskörper wird nur durch ein fortschreitendes Verwachsen geschaffen, eine langsame Entwicklungsarbeit, bei der die einzelnen Gemeinwesen durch dieselben Lebensinteressen verbunden werden. Solange die Interessen der einzelnen Teile einander entgegengesetzt oder doch voneinander unabhängig sind, können diese Teile nur durch Zwang zusammengehalten werden, nicht wirklich miteinander verwachsen. Eine Nation, so wie sie sich heute darstellt, ist also ein Glied in einer langen Entwicklungskette, ist eine verhältnismäßig neue Schöpfung. Was andeutet, daß diese neue Schöpfung fertig gebildet ist, das ist das Nationalbewußtsein. Dieses äußert sich als Zusammengehörigkeitsgefühl, ein Gefühl, dem das Bewußtsein gemeinsamer geistiger und materieller Werte zugrunde liegt. Diese Gemeinsamkeit zeigt sich in einem gemeinsamen Haushalt und einer gemeinsamen Gesellschaftsordnung, in gemeinsamen Sitten und Gesetzen, in einer gemeinsamen Art, zu denken, zu wollen und zu handeln! Diese bewußte Gemeinsamkeit ist von so großer Bedeutung für unser ganzes heutiges Gedanken- und Gefühlsleben, daß die heute lebende Generation sich kaum vorstellen kann, daß das starke Gefühl, das wir Patriotismus nennen, nur einige hundert Jahre alt ist und daß es in einigen hundert Jahren ebenso sehr seine Form geändert haben wird, wie das heutige Vaterlandsgefühl von dem mittelalterlichen Landschaftspatriotismus verschieden ist.

Die Verhältnisse, die in erster Linie die nationalen Gefühle umgestalten, sind der Verkehr und die Großindustrie.

Während früher jede Nation im großen ganzen sich selbst kleidete und ernährte, beginnen jetzt die Völker sich gegenseitig zu ernähren und zu bekleiden. Durch diesen Arbeitsaustausch verwandeln sich die Mitglieder der Nationen in Mitglieder eines größeren Ganzen. Das Nationalgefühl, das auf der Anerkennung der einem Volk gemeinsamen geistigen und materiellen Werte und Interessen beruht, muß in dem Maße abnehmen, in dem das internationale Gefühl durch die Erfahrung erwacht, daß jedes Volk immer mehr geistige und materielle

Werte, Gedanken und Gefühle, Bedürfnisse und Wünsche mit anderen Völkern gemein hat.

Schon jetzt werden die politischen Parteibildungen der verschiedenen Länder ebenso sehr von internationalen wie von nationalen Interessen bestimmt — z. B. in der Freihandels- und Zollfrage. Und allmählich werden die internationalen ökonomischen Interessen und Parteistreitigkeiten so viele und so tiefe Erschütterungen in dem Leben jedes einzelnen Volkes herbeiführen, daß alle Völker einsehen werden, daß die internationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan geleitet und die internationalen Streitfragen durch eine gemeinsame Behörde entschieden werden müssen. Es ist kein Zufall, daß die sozialistische Arbeiterbewegung der Gegenwart international ist. Denn die Großindustrie muß nach und nach nicht nur eine geänderte Gesellschaftsordnung in jedem Lande, sondern auch neue Verhältnisse zwischen den verschiedenen Ländern hervorrufen.

Durch die moderne Großindustrie konzentriert sich die Gesellschaftsarbeit allmählich in gewissen Zentren, die so zu Organen einer an Umfang stets wachsenden Gesellschaftseinheit umgebildet werden. Die Kleinindustrien werden hingegen überflüssig und müssen sich zu solchen Organen umgestalten, wie sie der in der Bildung begriffene Gesellschaftskörper braucht. In dieser Richtung ist die Entwicklung erst dann abgeschlossen, wenn jeder Teil der Erde seine besondere Spezialität hat und als arbeitendes Organ in der Weltgesellschaft aufgegangen ist. Die Friedensfrage hängt aufs engste mit der Frage einer sozialen Neugestaltung zusammen, denn heute sind es vor allem die ökonomischen Interessen, die die Kriegsanlässe bilden . . .

So weit Gustav Björklund. Hätte er das Vorrücken des Sozialismus miterlebt, er würde sich mit uns allen gefreut haben, die wir überzeugt sind, daß der Sozialismus und die Friedenssache nicht zu trennen sind, wenigstens nicht für das Auge, das weit zu sehen vermag.

Dr. Eugen Schlief †.

Am 22. Januar verschied zu Berlin Dr. jur. Carl Samuel Eugen Schlief, der hervorragende gelehrte Verfechter einer internationalen Staatenordnung, der in der deutschen Friedensbewegung eine eigenartige, aber nicht uninteressante Rolle gespielt hat.

Schlief wurde 1851 zu Guben geboren. Er hat somit kaum das 62. Lebensjahr vollendet. Nach seinem Universitätsstudium widmete er sich der Anwaltskarriere. Im Jahre 1877 wirkte er am Reichs-Ober-Handelsgericht in Leipzig. Im Jahre 1892 veröffentlichte er sein bedeutendes Buch: „Der Friede in Europa", in dem er für die Herstellung eines europäischen Staatenbundes eintrat. Das Schliefsche Buch ist eines der hervorragendsten Werke der Friedensliteratur. Leider ist es zu wenig bekannt; wohl deshalb, weil Schliefs Stil mit seinem verwickelten Periodenbau auch für den Deutschen schwer verständlich ist. Ein Münchener Gelehrter hat einmal im Hinblick auf dieses Buch verlangt, man müßte es ins Deutsche übersetzen. Nichtsdestoweniger enthält es ein ungeheures geschichtliches Material und eine erquickende Fülle gesunder politischer Anschauungen, die trotz der hohen Entwicklung, die die Friedensbewegung und das Völkerrecht mittlerweile genommen haben, heute noch Geltung besitzen. Die Grundlage seiner Lehre bildete die Forderung nach einem „Staatengrundvertrag", wie er es nannte, durch die eine „Staatenvergesellschaftung" hergestellt werden sollte, womit aber eigentlich nichts anderes gemeint war, als ein durch gewisse Bestimmungen beschränkter Föderationsvertrag. Auszüglich findet man die Lehre Schliefs in meinem „Handbuch der Friedensbewegung", I. Auflage (S. 91 u. f.), wiedergegeben. Interessant ist es festzustellen, daß Schlief in dem berühmten Buche — also im Jahre 1892 — nachwies und vorhersagte, daß die erste Anregung zur Organisierung der Beziehungen der europäischen Staaten eigentlich von Rußland ausgehen müßte, was durch das Zarenmanifest im August 1898 wirklich auch eintrat. Später verdichtete Schlief seine politisch-pazifistischen Anschauungen in einer kleinen Schrift, die er „Hohe Politik" betitelte und unter dem Pseudonym B. O. T. Shafter (Botschafter!) herausgab. (2. Aufl., Berlin 1902).

Trotzdem er ein tiefer Denker und ein geistreicher Jurist war, konnte Schlief auf die Bewegung keinen großen Einfluß ausüben. Er war nicht einmal in Deutschland sehr bekannt geworden, geschweige im Ausland. Das lag nicht nur an seinem schwierigen Stil, sondern auch an seinem Wesen. Er war ganz Eigenbrödler. Wenn er auch manchmal Neigung zeigte, sich mit Gleichgesinnten zu assozieren, so wollte er ihnen seine Anschauungen bis ins kleinste Detail gebieterisch auferlegen. Da dies nicht ging, so trat er immer sofort zurück, ohne nur den Versuch zu machen, seine Genossen zu seinen Anschauungen zu erziehen und sie allmählich zu diesen hinüberzugeleiten. So blieb Schlief der organisierten Friedensbewegung nach einem fehlgeschlagenen Versuch, sich mit ihr zu vereinigen, vollständig fern und übergoß sie

nicht selten mit einem ätzenden Spott. Er machte ihr stets den Vorwurf der Unfruchtbarkeit, da sie sich nicht blindlings und einseitig auf die Idee des Staatengrundvertrags festlegen wollte. Aber mit eben solchem Spott äußerte er sich auch über die Haager Konferenzen, die Interparlamentarische Union usw. Er, der Förderer einer „Staatenvergesellschaftung" blieb selbst jeder Vergesellschaftung fern, weil er sich nicht einzuordnen und nicht durchzusetzen verstand.

Als ich im Herbst 1892 daran ging, in Berlin die Deutsche Friedensgesellschaft ins Leben zu rufen, war Schlief der erste, an den ich mich wandte. War er doch der einzige in Deutschland, von dem ich wußte, daß er bereits etwas gegen den Krieg zu unternehmen versucht habe. Es war sein Buch, das mir bekannt geworden war. Schlief, der damals in Dresden wohnte, leistete meinem Ersuchen Folge und kam nach Berlin. Gemeinsam machten wir die ersten Besuche. Aber schon nach der ersten vorbereitenden Sitzung im „Kaiserhof" trat er wieder zurück. Man wollte, um die Fesseln des damaligen Vereinsgesetzes weniger fühlbar zu machen, die zu gründende Friedensgesellschaft nicht als einen politischen, sondern als einen humanitären Verein bezeichnen. Dem wollte Schlief nicht zustimmen. Er setzte seine Doktrin in den Vordergrund und ließ die Taktik fallen. Der nachstehende Brief begründet seine Haltung:

Dresden-A., 6. November 1892.

Sehr geehrter Herr Fried!

Ich danke Ihnen ergebenst für Ihre gef. Mitteilung von gestern und übersende Ihnen gleichzeitig das Telegramm des Msr Passy, welches mir vom „Kaiserhof" aus hierher nachbefördert worden ist.

Im übrigen sehe ich mich zu meinem größten Bedauern genötigt, Ihnen mitzuteilen, daß ich, nach nochmaliger reiflicher Erwägung der von Ihnen neulich gefaßten Beschlüsse, mich außerstande fühle, an der Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft teilzunehmen. Indem man glaubt, den Zweck derselben möglichst allgemein und unbestimmt fassen zu sollen, und sie grundsätzlich für eine unpolitische Vereinigung erklärt, bei welcher auch stark auf das weibliche Element gerechnet wird, erachte ich dem Ganzen jenen allgemeinen humanitären Stempel aufgeprägt, welcher der guten Sache bisher mehr als alles andere geschadet hat, weil damit den Gegnern derselben eine ausgezeichnete, leider nur allzu geschickt benutzte Handhabe geboten wurde, alle derartigen Bestrebungen lächerlich zu machen, oder doch als das Ergebnis eines gänzlich unpraktischen und verschwommenen Kosmopolitismus hinzustellen. — Gerade dadurch, daß man ängstlich vermeidet, sich in einer ganz bestimmten Weise aussprechen und von vornherein sich über den praktischen Weg zu äußern, auf welchem man sein Ziel zu erreichen gedenkt, gewinnt man ja allerdings vielleicht die Massen, — obgleich die Sozialdemokratie sich unter allen Umständen abseits halten wird —, aber man schreckt auch unbedingt die gemäßigten Elemente und die leitenden Kreise ab, auf deren direkte Bearbeitung es m. E. vornehmlich ankommt.

Ich kann nur wiederholen, daß ich nie im Leben sehnlicher gewünscht habe, mich zu irren, als im vorliegenden Falle; und andererseits werden Sie ja eine so gewaltige Anzahl von Gesinnungsgenossen beiderlei Geschlechts finden, daß es auf einen einzelnen gewiß nicht ankommt, namentlich, wenn er, wie es bei mir der Fall ist, auf Grund jahrelanger Beschäftigung mit den einschlägigen Fragen eine ganz feste, vorgefaßte Meinung vertritt, welche viele „idealer" veranlagte Persönlichkeiten abschreckt und der gesamten in Szene zu setzenden Bewegung auch leicht an Popularität Abbruch tut, während es den sämtlichen, neulich anwesenden Herren doch darauf ankam, vornehmlich auf die breiteren Schichten des Volkes zu wirken. —

Ich werde jedenfalls die Entwicklung Ihrer Gesellschaft mit allerregstem Interesse verfolgen, und spreche dabei noch einmal die Hoffnung aus, daß Ihre Bemühungen sich nicht anläßlich platonischer für die tatsächliche Entwicklung der Dinge völlig unwirksamer Kundgebungen erschöpfen mögen.

Ich stelle Ihnen anheim — falls Ihnen das angebracht erscheint — das vorstehende bei Ihrer nächsten vertraulichen Versammlung zur Vorlesung zu bringen, und gestatte mir den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung, mit welcher ich mich zeichne als

Ihr ergebenster

Schlief.

In der Sache hatte ja Schlief recht gehabt. Seine Methode war aber falsch. Hätte man ihr nachgegeben, so wäre es noch lange nicht zur Gründung einer Friedensgesellschaft in Deutschland gekommen, und die Entwicklung der deutschen Friedensbewegung wäre um Jahrzehnte zurückgeblieben. Für eine politisch-wissenschaftliche Begründung war eben damals die Zeit noch nicht reif, und es ist schwer erfindlich, wo damals die Männer hätten herkommen sollen, die für eine solche Begründung Verständnis gehabt hätten. Es bedurfte erst der Aufrüttelung der Geister, die zur Klärung des politischen Friedensbegriffes und zur Erweckung der Völkerrechtswissenschaft geführt hat, und dieser Prozeß ist durch die Gründung der Friedensgesellschaft auf breiter Basis erst in die Wege gelenkt worden.

Was Schlief damals erreichen wollte, ist heute, wo die Verhältnisse sich so sehr geändert haben, im Frankfurter „Verband für Internationale Verständigung" ausgeführt. Dieser Verband wurde im gegebenen Moment ein Bedürfnis. Als die Entwicklung der Friedensbewegung in Deutschland so weit gediehen war, daß es angebracht erschien, diejenigen für eine zwischenstattliche Organisation eintretenden Elemente, die sich dem

Rahmen der „Friedensgesellschaften" nicht anpassen konnten, in einer neuen, auf politisch-wissenschaftlicher Grundlage gestellten Organisation zu vereinigen, wandte ich mich abermals an Schlief. Das Ergebnis war sein in der Friedens-Warte (1909, Nr. 25) erschienener Artikel, in dem er für die Gründung einer „Partei der internationalen Ordnung" eintrat. Als es sich aber darum handelte, Schlief in Kontakt mit anderen Männern zu bringen, die an der Gründung einer solchen Institution mitarbeiten wollten, zeigte sich auch hier wieder seine Unfähigkeit zur „Vergesellschaftung", und der „Verband für internationale Verständigung" mußte ohne seine Mitwirkung zustandekommen. Und das ist schade.

Nur einmal trat Schlief noch agitatorisch hervor. Als es sich um 1899 und 1900 darum handelte die kriegshetzerische Burenbewegung der Alldeutschen zu bekämpfen, hielt er im Rahmen des in München begründeten Komitees mehrere Vorträge in Süddeutschland. Bis 1910 schrieb Schlief regelmäßig Beiträge für die Friedens-Warte. In den letzten Monaten war er still geworden. Es dürfte Krankheit gewesen sein, die ihn verhinderte sich zu äußern. Wir betrauern in ihm einen Mann, der mit großem Wissen und starkem Geiste an die brennendste Frage unserer Zeit herantrat, der zu den Vorkämpfern der Friedensidee auf deutschem Boden gehörte, und dessen Schriften, wenn ihnen auch nicht der erwünschte positive Einfluß auf die Entwicklung der Bewegung zuteil wurde, doch nie übersehen, niemals vergessen werden können.

A. H. F.

Der Pazifismus in Italien.

Von Paolo Baccari, Herausgeber des „Il Popolo Pacifisto".

Um mit aller Genauigkeit die gegenwärtige Spaltung verstehen zu können, die unter den italienischen Pazifisten über die Eroberung von Tripolis eingetreten ist, muß man ein wenig in die Vergangenheit zurückschauen.

Zunächst muß ich hervorheben, daß die Friedensbewegung bei uns zu Lande durch Mangel an tätiger Propaganda sowie durch Mangel an Energie und an Solidarität zwischen den verschiedenen bestehenden Friedensgesellschaften für weitere Kreise unzugänglich geblieben ist. Das Volk — das dabei doch am meisten interessiert ist — ist unserer Bewegung immer fremd geblieben, weil es nur hin und wieder den seltenen in wenigen Zentren abgehaltenen Vorträgen beigewohnt hat. Die große Mehrheit der Arbeiterpartei wußte nichts und weiß nichts von den wahren, vielfachen und dauerhaften Vorteilen, die der Pazifismus für alle und namentlich für die große Familie der Arbeiter bringen konnte, und sie glaubt, daß dieses göttliche Ideal nur die schöne Utopie einiger Schwärmer und Träumer sei.

Um diese falsche Auffassung zu zerstreuen, ist nichts getan, nichts versucht worden, man ließ der Welt ihren Lauf.

Die Pazifisten — mit einigen wenigen Ausnahmen — haben fast nichts gearbeitet, um ihr eigenes humanitäres Programm zu verbreiten, und die Fleißigsten unter ihnen begnügten sich damit, an den Kongressen teilzunehmen, manchmal einen Vortrag zu halten oder einen Artikel zu schreiben; und die allermeisten glaubten schon das Höchste getan zu haben, wenn sie sich als Mitglieder der verschiedenen Gesellschaften meldeten und ihren Beitrag zahlten. Die Verbreitung unserer Sache in Italien wurde stets gebremst. Wie rasch haben dagegen die herveistischen Prinzipien sich hier entwickelt — hauptsächlich infolge der wirksamen Propaganda ihrer Verfechter.

Bei allen unseren Kongressen konnte man leicht beobachten, daß ein gut Teil der Kongressisten, entweder weil sie alte Patrioten oder weil sie in den Erinnerungen an unsere Einheitsschlachten aufgewachsen und erzogen waren, eine innere Vorliebe für den Krieg hegten.

Dieser Stand der Dinge konnte uns wahrlich nicht befriedigen, und daher erlaubten wir uns oft, unsere Führer zu ermahnen, daß sie sich bemühen sollten, unsere Propaganda unter der Mitwirkung aller zu verstärken, aber leider wurde auf unsere Anregung geantwortet: „Der Krieg, wer denkt denn daran, wer spricht davon?" Und uns stellte man als moderne Don Quixotes hin, die mit blindem Eifer harmlose Windmühlen bekämpfen.

Das von den Kriegshetzern genährte Feuer brütete unter einer leichten Aschenschicht und mußte endlich einmal hervorbrechen.

Die nationalistische Partei versuchte, nachdem sie uns an den Pranger gestellt hatte, mit allen Mitteln — und es gelang ihr prächtig — den Massen die Idee eines Kolonialkrieges zu insinuieren, der geeiget wäre, die nach den Niederlagen in Afrika gedrückten Verhältnisse des Landes wieder zu heben, und der nationalen Industrie neue Gebiete zu gewinnen und demgemäß neue Reichtumsquellen für die Arbeiter, die früher gezwungen waren, in die Fremde auszuwandern, um ihr Leben zu fristen.

Diese Kampagne wurde mit einer bewundernswerten Taktik geführt, um sowohl die Freunde als die Gegner des Krieges dazu zu bringen, das koloniale Unternehmen gutzuheißen.

Die Tagespresse, die stets die Ziele der neuen Partei unterstützt hatte, fand keine bessere Mission, als zu beweisen, daß die ganze Nation, ohne Unterschied der Partei, den Krieg wolle, und es war ihr hochwill-

kommen, berichten zu können, daß alle das gegenwärtige Unternehmen wünschten, auch die Pazifisten, mit Ausnahme einiger weniger dem Pazifismus angehörenden Anarchisten.

Dies trug sich gerade am Vorabend unseres Kongresses zu, der im vorigen September in Rom abgehalten werden sollte, und der auf Geheiß des Berner Bureaus verlegt worden war. Wir hofften, auf diesem Kongresse unsere guten Gründe zur Geltung zu bringen, und so eine Periode erhöhter Tätigkeit zur Verbreitung unseres Ideals zu initiieren.

Da der Kongreß nicht stattfand, so haben wir, um kein trauriges Schauspiel zu geben, geschwiegen — gedrückten Herzens —, doch waren wir vertrauend, mehr noch: überzeugt, daß die Apostaten wieder zur Vernunft kommen würden. Die Presse hingegen, indem sie die Abtrünnigen bald lobte, bald tadelte, verkündete, mit schlecht verhehlter Freude, das Ende der humanitären Utopie, die für kurze Zeit die Herzen einiger Träumer erweicht und gerührt hatte. Wir waren über alle Maßen bestürzt, nicht über das dumme Geschwätz oder über die wenigen an uns gerichteten Höflichkeiten, aber weil wir ein heiliges unverletzliches Recht der Menschheit mit Füßen getreten sahen, und weil wir voraussahen, nicht mit Unrecht, wie so viele junge Existenzen martyrisiert und geopfert und wie viele Millionen vergeudet würden.

Die verhaßte Hydra des Krieges mit ihren sieben wilden Köpfen wider sich erheben zu sehen, die langsam eroberte Erziehung zur Menschlichkeit wieder zerstört zu sehen; zu sehen, wie die grausamen und primitiven jetzt kaum gemilderten kriegerischen Instinkte triumphieren und das Land überschwemmen, zu sehen, wie in einem Augenblick das reine und hehre Ideal zusammenstürzt und verschwindet, dem wir alles geopfert hatten, das war für uns ein Schmerz, für den es keine Worte gibt. Diesen Schmerz und diese Bestürzung diktierten uns den Protest, der in dem neapolitanischen Blatte „La Luca del Pensiero" unter dem Titel „Nec meta, nec spe" veröffentlicht worden ist; und jenen anderen Artikel „Die höchste Pflicht". Und dieselben Gefühle inspirierten den Protest des pazifistischen Arbeiter-Komitees in Mailand und die Tagesordnung der Friedensgesellschaft von Torrepellice.

Die Abtrünnigen verteidigten sich, so gut sie konnten, gegen die Angriffe, indem sie zuerst vorbrachten, daß jenes Unternehmen notwendig war, um blutigere Kriege zu vermeiden, und dann, indem sie behaupteten, daß die scheinbare Spaltung zwischen den Anhängern des gleichen Prinzips nur auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß es unter den Pazifisten Quäker, Patrioten und Herveisten gebe. Die zur Rechtfertigung ihres Verhaltens angegebenen Gründe sind ganz unstichhaltig, da es zwischen uns niemals irgendeine Spaltung gegeben, im Gegenteil, es herrschte stets die größte Solidarität — die sogar manchmal etwas schädlich war.

Wir haben niemals daran gedacht, uns einen utopistischen Frieden vorzustellen, wie er von den alten Dichtern und Denkern geschildert wurde, sondern einen humanitären und realen Frieden, der, vom neuen Volksrechte (dem internationalen Recht) ausgehend, imstande wäre, alle verschiedenen Streitigkeiten, die sich von Volk zu Volk erheben könnten, zu lösen. Um den Sieg unseres Ideals zu sichern, haben wir stets die Achtung aller Nationalitäten, die Föderation aller Staaten und die allmähliche Rüstungsverminderung gefordert. Diese Grundsätze sind — daran muß man erinnern — nicht von uns ersonnen worden, sondern wurden uns von den Meistern und Aposteln des Pazifismus gelehrt.

In der Dezembernummer meiner Revue „Il popolo pacifista" schrieb ich eine kurze Notiz über die gegenwärtige Spaltung und erinnerte an die Resolution, die auf dem Kongreß in San Marino angenommen worden ist, worin alle Kolonialkriege verurteilt wurden.

Unsere Aktion war stets in Uebereinstimmung mit unseren höchsten und festesten Prinzipien und ist bei den wechselnden Strömungen fest geblieben, und so wie wir in der Vergangenheit den Krieg gegen die Buren, denjenigen zwischen Rußland und Japan und den unserigen in der Eritrea verurteilt haben, so verurteilen wir heute das neue Unternehmen. Die Liebe zur Menschheit und zur Gerechtigkeit ist und wird stets unser Ziel, unser ständiges Streben sein.

Die gewünschte Anhängerschaft der Arbeiterpartei wird, wie es scheint, der Friedensbewegung den baldigen Sieg sichern. Und wenn meine Worte nicht nur bei den Pazifisten, sondern bei allen Menschen, die den Kultus der Humanität heben, Gehör finden könnten, so würde ich ausrufen: Ihr, die ihr Verständnis für Menschenliebe habt, vereinigt euch alle, um die Welt von der schädlichsten und schändlichsten Seuche, von der sie vergiftet wird — vom Kriege zu befreien. Und saget heute den beiden kriegführenden Völkern: Genug ist's; genug!

Bonefro, Januar 1912.

(Deutsch von B. v. S.)

Krieg und Mannheit.

Von David Starr Jordan,
Präsidenten der Leland Stanford-Universität
in Kalifornien.

Berechtigte Uebersetzung.

(Schluß.)

Ich brauche die Geschichte der napoleonischen Feldzüge nicht wiederzugeben. Seine eigene Geschichte beginnt mit dem ersten Konsulat: die Gerechtigkeit und Hilfsbereit-

schaft, die im Code Napoleon zum Ausdruck kamen, die Tapferkeit des mutigen Leutnants, sein militärisches Genie und seine Unerschrockenheit ließen ihn die gute Meinung seines Volkes voll und ganz verdienen.

Aber auch hier wich die Freiheitsliebe dem Geist der Herrschsucht. Der Weg zum Ruhm führt leicht abwärts. Ein Feldzug folgte auf den andern, zuerst gegen Feinde, dann gegen neutrale, endlich gegen befreundete Staaten. Die Jagd nach dem Ruhm ließ ihm die Alpen überqueren, Italien und Aegypten durcheilen, von der Schweiz nach Oesterreich, von Deutschland nach Rußland ziehen. Auf jeden Sieg folgte eine neue Truppenaushebung, und Konskriptionen trugen von jeher zu einer Herabwürdigung der Menschen bei. „Die Menschenernte war schlecht." Der erste Konsul wurde Kaiser, der Diener seines Volkes, der Begründer von dessen Dynastie. Wieder folgte Konskription auf Konskription. „Laßt sie nur mit den Waffen in der Hand sterben. Ihr Tod ist ruhmvoll und wird tausendfach gerächt werden. Soldaten können immer ersetzt werden", waren Napoleons Worte, als Dupont in Spanien sein Heer zur Ergebung zwang, um ein sonst dem sicheren Tode geweihtes Bataillon zu retten. Die Konskriptionen nahmen zu, und nach der Schlacht bei Wagram begannen nach Berichten aus jener Zeit die Franzosen ihre Schwäche zu erkennen. Die große Armee war nicht mehr die Armee, die bei Jena und Ulm gekämpft hatte. „Blutjunge Rekruten, welche vorzeitig ausgehoben und sofort in den Kampf geschickt wurden, verminderten die Kraft des Heeres."

Und weiter ging es nach Moskau . . . . . „sie kämpften, während ihr Elend immer wuchs, bis von den 600 000 Mann, die stolz den Njemen überschritten hatten, um Rußland zu erobern, nur 20 000 halbverhungerte und erfrorene waffenlose Schatten Mitte Dezember über die Kormiobrücke wankten".

Trotzdem er das glänzendste Heer, das je ein Feldherr befehligt, verloren hatte, wich Napoleon nicht um Haaresbreite von seinem Vorsatz, Deutschland zu beherrschen und Rußland zu strafen. „Mit der ganzen Gewalt, die ihm eigen, zwang er die jungen Männer des Reichs zu den Waffen . . . . und wieder wurden 350 000 Mann vom Senat bewilligt. Der Wirbelwind des russischen Feldzuges schleuderte 150 000 Männer unter zwanzig Jahren in den alles verschlingenden Abgrund." „Die Landleute mußten ihre Kinder zu Kanonenfutter hergeben." Aber „viele erschraken über diese furchtbare Verschwendung der besten Kräfte der Nation". „In weniger als einem halben Jahre nach dem Verlust einer halben Million Menschen wurde ein neues, fast ebenso großes Heer unter die kaiserlichen Fahnen einberufen. Aber der größte Teil dieses Heeres bestand aus jungen, ungeübten Truppen, und es wurde allgemein bemerkt, daß die im Schreckensjahr geborenen Soldaten nicht mehr den früher Ausgehobenen glichen. Tapfer waren sie, von geradezu heroischer Tapferkeit, und der Kaiser suchte ihnen auf jede Weise seinen unbezwinglichen Geist einzuflößen." „Sicherlich konnte der Kaiser aus Knaben Helden machen, aber die Verluste des Jahres 1812 wettzumachen, vermochte er doch nicht." „Da es an Soldaten fehlte, zog man Knaben zum Kriegsdienst heran." Um die „Menschenernte" sah es sehr bedenklich aus.

Zugleich mit den Wirkungen des Krieges machten sich die Folgen der Auswanderung bemerkbar. Aber zwischen beiden herrscht doch ein gewaltiger Unterschied: die starken Männer, die aus ihrem Lande auswandern, gehen der Welt nicht verloren. Was ein Erdteil verliert, gewinnt der andere. Aber den Verlusten, die der Krieg fordert, steht kein entsprechender Gewinn gegenüber.

Die Folgen der Auswanderung lassen sich am besten an England beobachten. Die Bewohner der Grafschaften Devon und Somerset gründeten die Kolonie an der Massachuseffs Bay. Den Lenden Altenglands ist unser Neuengland entsprungen. Und aus dem Keime des vom Mutterlande unabhängig gewordenen Neuengland entstanden die Vereinigten Staaten. Die Bedeutung der Grafschaften Devon und Somerset im heutigen England läßt sich in keiner Weise mit der Rolle vergleichen, die sie zur Zeit der Königin Elisabeth spielten. Ihre heutige Bedeutung liegt jenseits des Ozeans bei den Männern, welche die Namen Plymouth und Dartmouth, Exeter und Tauhton, Bristol und Bath und Barnstable mit sich in einen neuen Weltteil verpflanzten.

Welch wundervoll geschäftiges Leben würde in den schläfrigen alten Landstädten des heutigen Englands erwachen, wenn wir den großen Stamm der Bewohner Neuenglands mit all seinen Verzweigungen in seine alte Heimat Devon und Somerset verpflanzen könnten! Aus jeder englischen Grafschaft sind starke Männer ausgezogen, um die Welt zu erobern und zu bevölkern. Der Einfluß Großenglands auf die heutige Kulturbewegung ist bedeutend größer als der des eigentlichen Englands im engeren Sinn. „Wer weiß etwas von England, der nur von England selbst gehört hat?" Niemals wurde ein bezeichnenderes Wort gefunden, um Englands Größe zu bezeichnen.

Die Schweiz ist heute das Land des Friedens, das Land der Freiheit. Aber einst sandten die spareifrigen Kantone ihre Männer als Mietsöldner aus, um gegen Bezahlung unter jeder Flagge zu kämpfen, die ihre Dienste zu entlohnen vermochte. Einst gab es ein Sprichwort am französischen Hof: „Pas d'argent, pas de Suisses" („Kein Geld, keine Schweizer"). Denn die Bevollmächtigten der freien Republik betrieben ihren Handel mit viel Geschäftsgeist.

In Luzern steht das edelste aller Denkmäler auf Erden, das Denkmal der Schweizergarde Ludwigs XVI., die vom Pariser Pöbel zu Versailles niedergemetzelt wurde. An einem schönen Punkt in der Umgebung der Stadt ist ein überlebensgroßer Löwe mit einem Speer in der Brust, der im Tode noch die bourbonische Lilie und Frankreichs Schild mit seinen Pranken festhält, aus einem Felsblock, dem eine Quelle entspringt, herausgehauen. Und der Reisende sollte, wie Carlyle meint, Luzern und dies Denkmal nicht nur um Thorwaldsens willen, sondern in Erinnerung an germanische Biederkeit und Tapferkeit besuchen, deren Wert immer unverändert bleiben werde — handle es sich um England, Sachsen oder um die Schweiz.

Unter dem Löwen sind die Namen der Krieger, an deren Tapferkeit er mahnen soll, eingegraben. Und mit der Erinnerung an ihren Heldenmut beschleicht uns das Mitleid mit ihnen, der Gedanke an die Vergeudung des Lebens dieser Tapferen in einer Welt, die für diese Tapferkeit mannigfache Verwendung hätte. „Nachkommen der Männer, die bei Sempach, aber nicht vor dir, o Burgunder, knieten." Die Schweiz könnte noch mehr solcher Söhne brauchen. — Vielleicht sind es Hirngespinste, aber mir scheint es auf meinen Wanderungen in der Schweiz, daß ich aus dem Charakter der heutigen Generation die Kantone, welche Soldtruppen ausschickten, von den anderen, die ihre Nachkommen für ihr Land aufsparten, unterscheiden könnte. Möglicherweise ist Luzern aus anderen Gründen schwächer als Graubünden und Unterwalden, weniger männlich als das kleine Appenzell. Aber unter allen Umständen bleibt eines richtig: der Niedergang eines Volkes wächst im gleichen Verhältnis mit der Zunahme und Strenge seiner Auslese für den Kriegsdienst.

Spanien ging vor Jahrhunderten am Imperialismus zugrunde. Nur mehr der Schatten des alten Spaniens ging bei Manila und Santiago um. Schon im Jahre 1630 äußerte sich der Augustinermönch La Puenta folgendermaßen über das Schicksal Spaniens: „Dem Gewinn an bekehrten Heidenseelen stelle ich die Kosten der Armada und die Menschenopfer an Soldaten und Mönchen gegenüber, die man nach den Philippinen geschickt hat; und mir scheint der Verlust größer als der Gewinn; denn Bergwerke liefern Silber und Wälder liefern Bauholz, aber nur Spanien bringt Spanier hervor, und vielleicht müßte es so viele hergeben, daß es menschenleer und dazu gebracht werden könnte, die Kinder Fremder an Stelle seiner eigenen aufzuziehen." „Das ist Kastilien," sagte ein spanischer Ritter, „es bringt Menschen hervor und vernichtet sie." „Dieses furchtbar erhabene Wort", sagt Capitano Carlos Gilman Calkins, dem ich diese beiden Zitate verdanke, „enthält den Inbegriff spanischer Geschichte."

Das kriegerische Volk der Gegenwart ist das dekadente Volk der Zukunft. Das war immer so und muß der Natur der Dinge nach auch so bleiben. In seinen reizenden Studien über „Alt- und Neujapan" kommt Arthur Knapp immer wieder auf die erstaunliche Tatsache der kriegerischen Tüchtigkeit Japans nach mehr als zweihundert Friedensjahren zurück. Er bringt als Beweis dafür den Chinesich-Japanischen Krieg. Noch deutlicher trat dies nach dem Erscheinen von Knapps Werk auf den Schlachtfeldern der Mandschurei zutage. Ihm erscheint es verwunderlich, daß nach mehr als sechs Generationen, die gar keinen physischen Mut zu betätigen brauchten, solche Mannestugenden noch nicht verschwunden waren. Wir können darin nur eine Bestätigung unserer Theorie finden. In Friedenszeiten werden eben die Starken nicht hingeschlachtet, die Tapferen nicht geopfert. Im friedlichen Kampf ums Dasein wird von der Natur selbst ein Preis für diese Tugenden ausgesetzt. Die Kraftvollen und Tapferen überleben die Minderwertigen. Die Faulen, Schwachen und Liederlichen gehen zugrunde. „Die Schlachten am Yalu-Fluß, in Korea und in der Mandschurei", sagt der Japaner Nitobé, „gewann der Geist unserer Vorfahren, der unsere Waffen lenkte und in unseren Herzen lebte. Dieser Geist unserer Vorfahren ist nicht erstorben, er lebt heute noch. Lernt nur den Japaner, selbst den fortschrittlichsten und modernsten, näher kennen, und ihr werdet finden, daß er in seinem tiefsten Innern ein Samurai ist."

Wenn wir dies aus der Shinto-Sprache in die wissenschaftliche Terminologie übersetzen, so werden wir auch darin einen Beweis für die Rassenvererbung der Volkskraft, das Fortleben der Art der Starken im Leben der Selbstbewußten finden.

Wenn Japan nach zweihundert Jahren ununterbrochenen Kampfes männlich und kriegerisch bliebe, das wäre wahrlich ein Wunder. Aber ein solches Wunder hat sich bis jetzt an keinem Volke gezeigt. Selbstverständlich leben kriegerische Traditionen am stärksten bei den Völkern fort, die häufig in Kriege verwickelt sind. Aber kriegerische Traditionen und die zum Sieg erforderliche physische Kraft sind ganz getrennte Dinge. Wenn die anderen maßgebenden Faktoren gleich bleiben, so haben die Völker, welche am wenigsten Krieg geführt, die größte Aussicht, im Notfalle die starken Heere zu stellen, auf denen der Sieg beruht.

Als Amerikaner interessieren wir uns natürlich mehr für das Schicksal unseres Mutterlandes als für das der übrigen Völker Europas.

Was läßt sich nun von England bezüglich der Vernichtung der Auslese durch den Krieg sagen? Wir haben keine statistischen Beweise

für den tatsächlichen Niedergang des Volkes, und die Engländer würden auch alle derartigen Feststellungen empört zurückweisen. Wenn die Londoner Blätter in der Saurengurkenzeit ihre Spalten mit Auslassungen über die Degeneration Englands füllen, so weisen die Journalisten damit auf etwas ganz anderes hin. Sie behandeln das Problem der unteren Schichten, das Ausbeutungssystem, die Kinderarbeit, Arbeitsüberbürdung und den Mangel an hinreichender Nahrung, vorzeitige Senilität die verheerenden Wirkungen des Alkohols — lauter Einflüsse, die individuelle Degeneration und damit die Unfruchtbarkeit gewisser sozialer Schichten berühren, aber größtenteils keine Spur weiterer Vererbung hinterlassen und daher keinen Faktor für Rassenniedergang bilden. Ein solcher Niedergang ist Ursache und Wirkung zugleich und auch ein bestimmtes Symptom: ein Zeichen von Klassenunterschieden, die Ursache weiterer Schwächung und die Wirkung ungerechter und herabwürdigender sozialer, politischer und industrieller Lebensbedingungen aus der Vergangenheit.

Aber unser Problem ist nicht das der Quartiere des Elends und Verbrechens, sondern ein ganz anderes. Welche Folgen haben Englands große Kämpfe für seine Freiheit und alle militärischen Anstrengungen gehabt, daß heute der Anschein imponierender Ordnung erweckt werden kann, den man mit dem Namen „Pax Britannica", „den britischen Frieden", bezeichnet?

Wer jemals England bereist hat, wird wissen, um welchen Preis dies erreicht wurde.

„Eine Witwe im stillen Chester lebt
Und beweint ihren einzigen Sohn.
Am Pabengfluß ein Grabmal steht,
Voll Scheu die Birmanen dem nah'n."

Diese Strophe wird in jedem englischen Dorf gesungen, und ihre Geschichte kündet die Mauer jeder Dorfkirche. Ueberall sieht man dort Gedenktafeln an vor der Zeit dahingeraffte junge Männer, Söhne der Landedelleute von Eton und Rugby, Winchester und Harrow, Studenten aus Oxford und Cambridge, die ihr Leben auf irgendeiner unbedeutenden kriegerischen Expedition in fernem Lande lassen mußten. Ihre Gebeine ruhen im Zululand, in Kambodscha, an der Goldküste, in Transvaal. In England lebt nur das Gedenken an sie fort. In den Dorfkirchen zählen diese Gedenktafeln nach Dutzenden, in den Kathedralen der Städte nach Tausenden. Man kann von einer Bischofsstadt zur andern gehen — nach Canterbury, Winchester, Chichester, Exeter, Salisbury, Wells, Ely, York, Lincoln, Durham, Litchfield, Chester, an all diese wundervoll malerischen Orte, die der Klang jener Namen uns vorzaubert, und überall wird sich dieselbe Erscheinung wiederholen, überall wird man voll Trauer solche Gedenktafeln an vor der Zeit hinweggeraffte, blühende junge Menschen finden. Welch große Vorteile hätte es für England haben können, wenn all diese „nicht heimgekehrten Tapferen" und alle ihre möglichen Nachkommen zu seinen Söhnen gezählt werden könnten! Zweifellos waren es nicht lauter charaktervolle junge Menschen. Zweifellos waren sie nicht alle selbst nur des Ruhms einer knapp gehaltenen Grabschrift würdig. Aber die meisten von ihnen verdienten sie doch wohl. Viele unter ihnen waren tapfer und treu, und die meisten sahen aus „treuherzigen britischen Blauaugen" in die Welt.

Wir geben schließlich auch zu, daß der Krieg nicht der einzige Zerstörungsfaktor der modernen Gesellschaft ist, und daß das heutige England im Besitz vieler Vorteile für den Kampf ums Dasein ist, welche die männermordende Wirkung des Kriegs wesentlich vermindern und abschwächen.

Mangels anerkannter feststehender Tatsachen können wir uns auf die Dichtung berufen, die unbewußt und unabhängig für den Rückschlag in der Auslese Zeugnis ablegt.

Rudyard Kipling ist der Dichter des britischen Imperialismus; und dennoch können wir uns auf sein Zeugnis berufen, wenn wir von den Kosten der englischen Weltherrschaft sprechen. So sagt er von der Herrschaft zur See:

„Wir nährten die See wohl tausend Jahr,
Und sie ruft uns, noch immer nicht satt;
Und doch ist keine Welle in ihr,
Die nicht einen Landsmann verschlang..."

Und wenn er von Landerwerbung spricht, warnt Kipling die englischen Soldaten:

„Du Witwe von Windsor, oh, fliehe sie,
Die halbe Welt ist ihr eigen,
Wir kauften sie ihr mit Feuer und Schwert,
Wir düngten sie mit unserem Blut,
Wir Aermsten — mit unserem Blut!"

Durch alle Strophen zieht sich derselbe Refrain, der dumpfe Mollakkord des Sieges, die Lehre, die in jedem Krieg für uns enthalten ist.

„Gebt Frieden; störet nicht zu sehr
Mit Klag' der edlen Toten Schlaf.
Zwar kinderlos und dorngekrönt,
Geht England aufwärts doch den Weg."

Diese Strophe deutet das unvermeidliche Ende jeder imperialistischen Politik, jeder Herrschaft von Mensch über Mensch durch Waffengewalt an. Weit mehr als alle im Kampfe Gefallenen oder vom Lagerleben dahin Gerafften beklagt das Volk „die schönen Frauen und die tapferen Männer", welche die Nachkommen der starken und männlichen Toten hätten werden können. Wenn wir uns den Volksgeist personifiziert vorstellen könnten, würde dieser weniger die „niemals heimkehrenden Krieger" als alle jene beklagen, die sein hätten können, aber niemals existiert haben, und welche auch im künftigen Lauf der Geschichte niemals auf Erden erscheinen werden.

In Lexington feuerten „die kampfbereiten

Farmer" die Schüsse ab, „deren Knall die ganze Welt vernahm". Ihnen galt das Leben weniger als der Grundsatz, den Cromwell in das Statutenverzeichnis des Parlaments eingetragen: „Jede von Gott gebilligte gerechte Macht leitet sich von der Zustimmung des ganzen Volkes her." Seit dem Unabhängigkeitskrieg sind viele patriotische Gesellschaften in den Vereinigten Staaten entstanden. Die charakteristischsten davon sind die Vereinigungen der „Söhne der Revolution" und der „Söhne der amerikanischen Freiheitskriege", deren Grundgedanke und Aufnahmsbedingung die persönliche Abstammung ihrer Mitglieder von den Kämpfern für Amerikas Unabhängigkeit ist. Es gilt dabei die auch durch Tatsachen ganz gerechtfertigte Annahme, daß unsere Vorfahren aus der Revolutionszeit einen höheren Menschentypus darstellten, und daß die, unter deren Vorfahren sich Namen aus dem Heldenzeitalter Amerikas finden, allen Grund haben, mehr von ihrer Person zu halten. In ihrem eigenen engbegrenzten Wirkungskreis haben sie doch das Gefühl, daß auch sie imstande gewesen wären, unter gleichen Umständen dieselben Taten zu vollbringen wie Putnam und Allen, Marion und Greene. Wenn aber die Ueberlebenden eine edlere Gattung darstellen als die große Masse, so müßten auch die im Kampfe Gefallenen einen höheren Typus darstellen. Wenn wir die Namen der tapferen Männer und edlen Frauen, deren Vorfahren bei Sexington kämpften, nennen, so denken wir unwillkürlich auch an alle die Männer und Frauen, welche niemals existieren werden, deren Anrecht aufs Dasein in derselben Schlacht zunichte gemacht, deren Lebensfaden dort durchschnitten wurde.

Manchmal gibt es zwar keinen anderen Ausweg. Ich gebe zu, daß der Krieg manchmal unvermeidlich ist. Manchmal ist er notwendig, manchmal sogar gerecht. Einmal ereignete sich auch in der Geschichte unseres Landes der Fall, daß für „jeden Blutstropfen, der einem Menschen mit der Peitsche entlockt wurde, ein anderer durch das Schwert vergossen werden mußte". — 650 000 Menschenleben hat uns die Abschaffung des Sklavenunwesens gekostet. Und diese ungeheure Zahl, fast eine Million Menschen, setzte sich aus den Besten zusammen, die das gesamte Volk aufbringen konnte. Ob Nord oder Süd, das Volk verarmte durch diesen Verlust. Die Lücken, die sie hinterließen, scheinen ausgefüllt zu sein. Verhältnismäßig wenige von uns fühlen heute noch die Wunden, die uns vor vierzig Jahren geschlagen wurden. Eine neue Generation von Männern und Frauen, die nach dem Bürgerkrieg geboren wurden, ist aufgewachsen. Sie haben die Lebensfragen des Volkes in ihre Hände genommen, aber ihre Hände sind nicht so stark und unbemakelt wie die ihrer Vorfahren. Es ist, als stünde der heute lebende Mensch Schulter an Schulter mit den Menschen, die heute leben könnten. Die Männer, die in der „bösen Zeit" starben, waren aus stärkerem Holz geschnitzt als die Väter der heutigen Durchschnittsmenschen. „Die Kriegskosten werden nicht in Kriegszeiten bezahlt; die Rechnung kommt später nach."

Nach der wahrscheinlichen Berechnung, die Quetelet aufgestellt hat, erscheint in jeder Generation die gleiche Anzahl begabter Dichter, Künstler, Forscher, Patrioten, Athleten und Ausnahmsmenschen jeder Art.

Aber dieses Gesetz schließt die Forderung einer sich ununterbrochen gleichbleibenden Zeugungskraft in sich. Bedingung ist, daß in jeder Generation eine annähernd gleiche Anzahl durch Körper- oder Geisteskräfte hervorragender Männer die Reihen der im Kampfe ums Dasein überlebenden Männer bildet, um die Pflichten und Verantwortlichkeit der Vaterschaft auf sich zu nehmen. Sonst wird Quetelets Gesetz der Wirkung eines andern Gesetzes unterworfen, der Wirkung des Rückschlags der Auslese, dem biologischen Gesetz der „Verminderung der Wiederkehr". Mit einem Worte: die Abstammung von biologisch minderwertigen Vorfahren ist der einzige wirksame Faktor bei der Rassenverschlechterung, wie natürliche oder künstliche Zuchtwahl nach einer bestimmten Richtung hin der einzig wirksame Faktor beim Rassenfortschritt ist. Und sicherlich sind alle wahrscheinlichen und Durchschnittsberechnungen einem höheren Gesetz, dem grundlegenden biologischen Gesetz, welches im ganzen Verlauf des Lebens niemals niedergezwungen oder eingeschränkt werden kann, unterworfen: dem Gesetz, daß die Ernte immer der Saat entsprechen wird.

Man erzählt, daß Guizot einmal an James Russel Lowell die Frage stellte: „Wie lange wird die Republik dauern?" „So lange die leitenden Ideen ihrer Gründer die herrschenden bleiben", war die Antwort. Daraus ergibt sich wieder die Frage: „Wie lange wird dies der Fall sein?" So lange das Blut ihrer Begründer im Blute des Volkes vorherrschen wird. Es muß ja nicht gerade das Blut der Puritaner und Virginier, der eigentlichen Schöpfer des Gebiets der Vereinigten Staaten, sein. So eng dürfen wir unsere Geschichte nicht begrenzen. Es ist das Blut der freien Männer — seien es Römer, Franken, Sachsen, Normannen, Dänen oder Samurai — freie Vorfahren schaffen ein freies Volk. Unsere Republik wird so lange dauern, solange die Menschenernte gut ist, solange die ganze Richtung unserer Geschichte, solange friedlicher und kultureller Fortschritt nicht die Schwächsten, sondern die Besten jeder Generation als Schöpfer der Zukunft übrig läßt. Die römische Republik dauerte so lange, als es Römer gab. Die amerikanische Republik wird so lange dauern, als ihre Bürger an Körper und Geist freie Männer bleiben.

Föderation oder Symbiose?

Von E. Harsányi, Budapest.

Noch immer begegnet man der Auffassung, daß eine, den dauernden Friedenszustand sichernde Weltorganisation der Staaten nur in der Form eines politisch einheitlichen Staatengebildes denkbar sei, und da stellen sich die meisten auf Grund der Analogie des bisherigen Vorganges der Staatenbildung ein utopistisches Weltreich oder doch mindestens eine Weltföderation vor. Es wurde in der pazifistischen Literatur mit Hinweis auf die Spencer'sche biologische Erklärung der Gesellschaftsentwicklung bereits vielfach ausgeführt*), daß ein solcher Schluß per Analogiam falsch sei, indem der Entwicklungsgang eines Organismus mit zunehmender Integration auch eine zunehmende Differenzierung aufweist.

Es ist aber nicht erforderlich, auf Grund einer Hypothese eine Prognose der zukünftigen Gesellschaftsentwicklung aufzustellen, vielmehr läßt sich bereits aus dem Staatenleben der Gegenwart die Notwendigkeit einer, mit der Weltorganisation parallel fortschreitenden Bildung von politischen Staatengemeinschaften wachsenden Umfanges widerlegen.

Der Irrtum in der Beurteilung der Wesenheit der gegenwärtig bestehenden Staatengebilde muß dem Umstande zugeschrieben werden, daß bei diesen als zusammenhaltendes Prinzip sowohl die politischen Bande, als auch das Netz des innerhalb der Staatengebilde auftretenden Organisationsvorganges nebeneinander bestehen. Da sich aber die Entwicklung dieser Organisation infolge des Zwanges der Erfordernisse des gesellschaftlichen Zusammenlebens unbewußt vollzieht, während die politischen Bande durch den bewußten Willensakt einzelner Personen oder Parteien künstlich hergestellt werden, da ferner die ein Staatengebilde zusammenhaltenden politischen Bande in verhältnismäßig einfachen, leicht überblickbaren Beziehungen (Vertrag, Konstitution usw.) bestehen, während die in der innerstaatlichen Organisation liegenden Bande ein äußerst verwickeltes, unentwirrbares Netz bilden, so ist es selbstverständlich, daß bei einem noch so entwickelt organisierten politischen Staatengebilde lediglich die bestehenden politischen Bande als formative Faktoren berücksichtigt zu werden pflegen, während die Rolle der innerhalb dieses politischen Staatengebildes bestehenden Organisationen unbeachtet bleibt.

Allerdings wurden die bestehenden Staatengebilde zunächst durch den Machtspruch irgendeines politischen Faktors willkürlich zustande gebracht (womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß gegebenenfalls diesem Akte nicht bereits ein Organisationsvorgang bis zu einem gewissen Grade vorangehen konnte), und für die meisten Staatengebilde mag ursprünglich dieses politische Band das einzige zusammenhaltende Prinzip gewesen sein.

Die zunächstliegende Wirkung des geschaffenen politischen Bandes mußte darin bestehen, daß die Entwicklung eines Organisationsvorganges innerhalb des politischen Staatengebildes, oder falls ein solcher bereits auch vorher bestanden hatte, die Weiterentwicklung desselben, mehr oder weniger begünstigt wurde. Die sich immer mehr stärkende innerstaatliche Organisation kommt nun mit ihrer zunehmenden Entwicklung stets mehr als zusammenhaltendes Prinzip des Staatengebildes zur Geltung und sichert hierdurch den Bestand des politischen Bandes. Je vollkommener die innerstaatliche Organisation, desto mehr bildet die letztere das faktische erhaltende Prinzip des Staatengebildes, während das ursprünglich konstituierende politische Band bezüglich seiner tatsächlichen erhaltenden Wirkung stets mehr und mehr in den Hintergrund tritt. Trotz dieses sich unbewußt vollziehenden Umwandlungsvorganges wird aber der Bestand des Staatengebildes auch weiterhin dem politischen Bande zugeschrieben, weil ja die bewußte Konstitution des Staatengebildes mit der Schaffung des politischen Bandes begann, und weil das, durch die fortschreitende innerstaatliche Organisation aufrechterhaltene politische Band auch weiterhin bestehen bleibt. Denn selbst wenn mit der Zeit die zur Vollkommenheit entwickelte Organisation allein den tatsächlichen zusammenhaltenden Faktor bilden sollte und das nebenbei bestehende politische Band völlig überflüssig geworden sein dürfte, so bewirkt dieser Umstand allein nicht die Lösung des politischen Bandes, weil es zunächst nicht mit Sicherheit erkannt werden kann, wann dieser Zustand der Vollkommenheit bereits eingetreten ist, und weil sowohl die Organisation als auch die politischen Bande den gleichen Zweck, nämlich die Erhaltung des Staatengebildes, verfolgen, so daß beim Ueberwiegen des einen Faktors keine Interessen die Bekämpfung des anderen Faktors fordern. Endlich sprechen auch Zweckmäßigkeitsrücksichten, insbesondere Verwaltungsrücksichten, für die Aufrechterhaltung der politischen Konstitution.

Da das staatenbildende politische Band ein willkürlich auferzwungenes ist, die Organisation jedoch eine natürliche Entwicklung darstellt, kann bloß der von dieser letzteren geschaffene Zustand durch den inhärierenden Entwicklungstrieb von selbst dauernd aufrechterhalten bleiben bzw. weitergedeihen, wogegen die politischen Bande nur so lange bestehen können, als der Zwang des sie schaffenden Willens seine herrschende Kraft zu behaupten vermag.

*) Vergl. Fried: Handb. d. Friedensbewegung, zweite Auflage, S. 116, und Fried: „Das internationale Leben der Gegenwart", S. 16.

Der willkürlichen Konstruktion irgendeines gesellschaftlichen Gebildes stellt sich stets die destruktive Tendenz der in dem lebenden Organismus der Gesellschaft durch den Zwang hervorgerufenen Reaktion entgegen, so daß, wenn der willkürlichen politischen Konstitution die Entwicklung der Organisation als erhaltendes Prinzip nicht in dem Maße folgt (falls sie der Konstitution bereits nicht entsprechend vorhergegangen ist, wie z. B. der Entstehung des italienischen Königreiches), als die Kraft des politischen Faktors durch die Reaktion geschwächt wird, so tritt früher oder später der Zeitpunkt der Sprengung der politischen Bande ein. Dieser Zerfall tritt ein, gleichviel, ob das Gebilde durch das starke politische Band der Personal-Union zusammengehalten wird (vergl. Schweden und Norwegen), oder ob es durch Allianz entstanden (die Tendenz Italiens, aus dem Dreibund zu treten), oder aber ob willkürliche Uebereinkommen das Band bilden (Italiens Bruch des Schiedsgerichtsvertrages; „Verträge brennen wie Zunder").

Die bestehenden Staatengebilde haben demnach ihren dauernden Bestand nicht der politischen Konstitution des Gebildes, sondern der, unter dem Schutze und unter der begünstigenden Wirkung der politischen Konstitution innerhalb des Staatengebildes entwickelten Organisation zu verdanken.

Die eminente Wichtigkeit der, das Staatengebilde beherrschenden politischen Bande liegt eben darin, daß sie die Entwicklung der Organisation innerhalb des Gebildes begünstigen und dieser Organisation alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen trachten. Infolgedessen geht die Organisation innerhalb eines politisch konstituierten Staatengebildes rascher vor sich, als zwischen politisch gesonderten Staatengebieten. Hierin liegt aber ein weiterer Grund dafür, daß die durch die begünstigte Organisation des politischen Staatengebildes bedingte größere Konsolidation lediglich der politischen Konstitution zugeschrieben wird.

Es wäre theoretisch denkbar, daß ein staatenartiges gesellschaftliches Gebilde ohne politische Konstitution, lediglich auf Grund der organisatorischen Entwicklung entsteht; doch setzt das Auftreten der Organisationstätigkeit bereits eine verhältnismäßig hohe Stufe der Kulturentwicklung voraus, die nicht ohne vorhergehende politische Integration entstehen konnte. Da nun die politische Konstruktion von Staatengebilden schon bei einer verhältnismäßig niedrigen Kulturstufe auftritt, so sind in dem Zeitpunkt derjenigen Kulturstufe, bei welcher der Organisationsvorgang wirksam einsetzen kann, die politisch konstituierten Staatengebilde bereits als gegebene Tatsachen vorhanden. Der Organisationsvorgang verwandelt das politisch konstruierte Aggregat allmählich in einen, durch die politische Konstruktion begrenzten, lebenden, einheitlichen Organismus.

Nach Erreichung dieser Entwicklungsstufe kann nunmehr die Weiterentwicklung auch fernerhin in der gleichen Weise fortschreiten, nämlich dadurch, daß zunächst eine über den Umfang der bestehenden Organisation greifende politische Aggregation stattfindet, und daß dieses Aggregat nachträglich organisiert wird. Hierbei muß der Bestand des neuen Aggregates, insolange und insofern dieses nicht zum Organismus umgebildet ist, durch Gewaltmittel gegen die destruktiven Reaktionen behauptet werden.

Bei der für das wirksame Einsetzen der Organisation reifen hohen Kulturstufe angelangt, gibt es aber für die Weiterentwicklung noch eine andere Möglichkeit. Es kann nämlich die Organisation zwischen den politisch konstituierten Staatengebilden fortschreiten, ohne daß vorher ein politisch konstruierter Rahmen für diese weitere Organisation geschaffen werden müßte. Diese zwischenstaatliche Organisation gedeiht unter dem Drucke der Verhältnisse der bestehenden Kulturstufe zwischen den einzelnen politisch konstituierten Staatengebilden der Kulturwelt in ähnlicher Weise, wenn auch nicht so frei und unbehindert, wie unter dem Schutze der politischen Bande innerhalb eines politisch konstruierten Staatsgebildes.

Die erstere Entwicklungsweise ist die durch die Diplomatie befolgte Art der Weiterbildung der Staatenorganisation mit all ihren politischen Mitteln (Verträge, Allianzen, Ententen, Okkupation, Militarismus usw.), während die zweite Entwicklungsweise durch den Pazifismus propagiert wird. Selbstverständlich lassen sich hier keine scharfen Grenzen ziehen, weil einerseits auch die Diplomatie durch die neuzeitlichen Verhältnisse allmählich zur Beschreitung der pazifistischen Entwicklungsrichtung gedrängt wird, andererseits aber kann sich der Pazifismus die aus der Weiterentwicklung der politischen Bande, insbesondere aus den Schiedsgerichtsverträgen entspringenden Vorteile nicht entgehen lassen, weil der durch diese politischen Bande gebotene Schutz die Entwicklung der zwischenstaatlichen Organisation bedeutend begünstigt.

Ob gegebenenfalls nach einer gewissen Entwicklungsstufe der fortschreitenden zwischenstaatlichen Organisation gewisse größere Staatengebilde nachträglich auch politisch konstituiert würden, dafür können Verwaltungs- oder andere Zweckmäßigkeitsrücksichten maßgebend sein, doch ist dies bei dieser Sachlage nebensächlich, weil die politische Konstitution sozusagen nicht mehr konstruktiv, sondern im wesentlichen lediglich deklarativ wirkt, d. h., es wird in diesem Zustande allein die ausgebildete Organisation, nicht aber die politische Konsti-

tution, das zusammenhaltende Prinzip des neuen Staatengebildes sein.

Bis zur Entwicklungsstufe also, bei welcher die politische Konstitution der Organisation vorhergeht, wird zunächst ein Aggregat geschaffen, und dieses zu einem Organismus mit wechselwirkenden Organen entwickelt, während nach dem Ueberschreiten dieser Stufe (auf welcher die heutige Kulturwelt stehen dürfte) kein neues Aggregat entstehen muß, sondern im wesentlichen eine Symbiose der einzelnen entwickelten individuellen Staaten mit organisch wechselwirkenden Organismen entsteht, deren Lebensbedingungen ebenso unzertrennlich aneinander geknüpft sind, wie bei den Symbiosen des Tier- und Pflanzenreiches.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

2.—7. Januar. Die in Liverpool tagende Konferenz der englischen christlichen Studenten (1680 Teilnehmer) erlässt eine deutschfreundliche Kundgebung.

11. Januar. Der christlich-soziale Reichsratsabgeordnete Dr. v. Fuchs hält vor den Salzburger Bauern eine Rede, worin er gegen das österr.-ungar. Bündnis mit Italien ankämpft und die Behauptung aufstellt, dass Italien nach Beendigung des Tripolis-Konfliktes Oesterreich-Ungarn überfallen müsse.

12. Januar. Appell der „Society of Friends" in England für eine anglo-deutsche Verständigung.

12. Januar. Reichstagswahlen in Deutschland. Mehrheit der Linken. 7½ Millionen Stimmen für die Friedenspartei.

16. u. 18. Januar. Konflikt zwischen Frankreich und Italien wegen Anhaltung der französischen Schiffe „Manouba" und „Carthage" durch italienische Kriegsschiffe.

19. Januar. Unter dem Vorsitz des Parlamentsmitgliedes Sir John Brunner fasst das Executiv-Comité der „National Liberal Federation" in London eine Resolution, in der „freundschaftliche Verständigung mit Deutschland" gefordert wird.

22. Januar. Im ungarischen Abgeordnetenhaus wendet sich Albert Graf Apponyi gegen jene Bestrebungen in Oesterreich, die zu einem Bruche mit Italien treiben.

25.—30. Januar. Englische Parlamentarier in Russland. Erwiderung des Londoner Besuchs der Reichsduma.

26. Januar. Der Direktor der London City- und Midlandbahn wies in einer Rede bei der Versammlung jener Bahn auf die Notwendigkeit hin, Deutschland bei weiteren Landerwerbungen zu unterstützen. „Nichts Besseres könne für die Finanzen der ganzen Welt geschehen."

29. Januar. Grosse deutsch-englische Freundschaftsversammlung in Glasgow. Der frühere englische Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, hält eine Verständigungsrede.

30. Januar. Staatssekretär Knox hält im Presseklub zu Washington in Gegenwart des deutschen Botschafters, Graf Bernstorff, eine Rede über die geplanten amerikanischen Schiedsverträge und gab der Hoffnung Ausdruck, dass es bald zum Abschluss eines vorbehaltlosen Schiedsvertrags zwischen Amerika und Deutschland kommen werde.

30. Januar. Der Bischof von Winchester, Dr. Talbot, tritt auf der Diözesankonferenz für die anglo-deutsche Verständigung ein.

Ende Januar. Der Deutsche Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter in Rom.

Ende Januar. Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich in Berlin. Angebliche Einleitung einer Annäherung Oesterreich-Ungarns an Russland.

Ende Januar. Der Lord-Mayor von London wendet sich in einem Rundschreiben an 400 Bürgermeister des vereinigten Königreichs, um darin zu einer Aktion für die anglo-deutsche Verständigung aufzufordern.

Anfang Februar. Das Comité der englischen Kirchen-Friedensliga fordert in einer Resolution die Förderung der anglo-deutschen Verständigung seitens der englischen Politiker.

1. Februar. Der franco-italienische Konflikt über die Beschlagnahme der Schiffe „Manouba" und „Carthage" wird dem Haager Schiedshof überwiesen.

2. Februar. Präsident Taft verlangt vom amerikanischen Kongress die Ermächtigung zur Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks Studiums über die Ursachen der Lebensmittelteuerung.

3. Februar. Grosse Friedensrede Lloyd Georges in der Londoner City. „Die Welt würde besser und reicher werden", wenn ein besserer Verkehr zwischen den Nationen eintreten würde.

6. Februar. Besuch des russischen Grossfürsten Andreas Wladimirowitsch in Wien. Annäherung Oesterreich-Ungarns an Russland.

7. Februar. Die Thronrede zur Eröffnung des neu gewählten Deutschen Reichstags kündigt neue Lasten für militärische Zwecke an.

8. Februar. Der englische Admiral Lord Beresford weilt als Gast des Kaisers in Berlin. Aeusserung des Lords zu Vertretern der Presse: „Ein Krieg zwischen Deutschland und England wäre ein Verbrechen."

8.—11. Februar. Viscount Haldane, der englische Kriegsminister, weilt in Berlin und nimmt Fühlung mit den Männern der Regierung.

9. Februar. Lord Churchill, erster Lord der Admiralität, hält in Glasgow eine Rede über die Flottenrüstungen. Für England sei die Flotte ein Lebensbedürfnis, für Deutschland ein Luxus. Ankündigung einer Erhöhung der prozentualen Ueberlegenheit der englischen Flotte, falls auf dem Kontinent die Flottenverstärkungen ihren Fortgang nehmen sollten.

10. Februar. In Brüssel tritt der Rat der Interparlamentarischen Union zusammen.

10. Februar. Im französischen Senat wird der deutsch-französische Marokkovertrag mit überwältigendiger Mehrheit angenommen. Grosse Friedensrede Clemenceaus.

10. Februar. In Rio de Janairo stirbt der Minister des Aeussern, Rio Branco, der hervorragende Förderer des panamerikanischen Gedankens.

10. Februar. Der König von Montenegro in Petersburg.

RANDGLOSSEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 9. Februar.

Jetzt dauert der unselige Krieg um Tripolis schon über vier Monate. Wie viel Schmerzgestöhne und Todesröcheln ist in dieser Zeit schon zum Wüstenhimmel aufgestiegen, und noch immer niemand, der Einhalt gebietet? Die Bestürzung, die die ganze Welt erfaßte, als die italienische Kriegserklärung hereinbrach, der allgemeine Wunsch, daß irgendein Mittel gefunden werde, den Krieg noch abzuwenden, oder doch schnellstens zu beenden, diese Gefühle, sollte man meinen, müßten in den vier Monaten immer heftiger geworden sein; aber nein — im Gegenteil, es ist, als hätte man sich schon an das Faktum gewöhnt: dort in Nordafrika wird Krieg geführt, und die Gleichgültigkeit wächst; die Mächte tauschen nicht einmal mehr darüber Gedanken aus, wie man einen Gedankenaustausch gegebenenfalls in die Wege leiten könnte. Selbst das Interesse an dem Verlauf des Feldzugs erlischt — denn man erfährt ja doch nichts Sicheres. Hin und wieder kommt eine Meldung aus Konstantinopel von einem türkischen Siege, die aber von der „Agenzia Stefani" schnell dahin richtiggestellt wird, daß es sich um ein Gefecht handelt, bei dem viele hundert türkische Leichen auf der Walstatt blieben und italienischerseits nur ein Pferd am Huf verwundet wurde. Ob die Gefühle der Begeisterung, die in den ersten Kriegstagen Italien durchtobten, auch schon abgeflaut sind? Vermutlich. Neue Komplikationen müßten kommen, um die Gemüter aufzurütteln. Kämen doch rechtzeitig irgendwelche Vorschläge, um unter Wahrung der beiderseitigen Prestige-Phantome ein Ende des Gemetzels und Bombardierens und Schiffekaperns herbeizuführen! Je länger so ein Höllenschlund offen steht, je mehr Unheil strömt heraus, bis in fernste Gegenden, bis in ferne Zukunftstage.

☞

Großvezier Said Pascha hat zu dem Korrespondenten der „Daily News" interessante Dinge gesagt. „Unsere Politik ist die Aufrechterhaltung und, wo es nötig ist, die Schaffung eines besonderen herzlichen Einvernehmens mit allen unseren Nachbarn; gewissenhafte Achtung für die Verträge und, wenn über ihre Auslegung ein Streit entsteht, friedliche Verhandlungen; wenn die Verhandlungen fehlschlagen, der Haager Schiedsgerichtshof; kurz alles, was die aufgeklärte Menschheit unserer Zeit zur Verhinderung eines kriegerischen Zusammenstoßes vorgekehrt hat, jenes Aeußersten, das wir übrigens, wie unsere ganze militärische Geschichte beweist, durchaus nicht fürchten, wenn hartnäckige Unbilligkeit uns zwingen würde, unseren Mut und unsere Waffen in die Wagschale zu werfen." — „Und die tripolitanische Frage?" bemerkte der Korrespondent. — „Habe ich nicht", erwiderte Said Pascha, „vorhin von der Pflege unseres Gartens gesprochen? Ich wußte nicht, daß Tripolis aufgehört hatte, ein Teil davon zu sein." —

Interessant ist es auch, demgegenüber die folgenden Worte zu stellen, die in einem Artikel enthalten sind, den der italienische Abgeordnete Benedetto Cirmeni in der „Neuen freien Presse" (18. Januar) veröffentlicht hat. Er spricht von den sich erhebenden Gerüchten über bevorstehende Friedensverhandlungen und bemerkt hierzu: „Die einzige Friedensbedingung Italiens ist die Anerkennung seiner völligen und absoluten Souveränität über das ganze afrikanische Vilajet. Sämtliche etwaigen Vorschläge, die in irgendeinem Maße diese Bedingung schmälern können, werden von der italienischen Regierung kurz und bündig beharrlich zurückgewiesen werden." Und an anderer Stelle: „Nachdem Italien der Türkei das Ultimatum überreicht und ihr den Regeln des Völkerrechts gemäß den Krieg erklärte, hat es den größten und vollgültigsten Rechtstitel auf das volle Eigentum des umstrittenen Gebietes erworben. Es liegt dann auch kein Grund vor, daß die Türkei die Oberhoheit über ein Gebiet behalten soll, das sie im Krieg verloren hat. Nachdem sie die von Italien gemachten Ausgleichsvorschläge zurückgewiesen, muß die Türkei die Folgen des von ihr gewollten Krieges tragen." Das sind schon recht staunenswerte Betrachtungen; aber die Krone des Cirmenischen Artikels ist doch der folgende Satz: „Werden seine Bedingungen nicht angenommen, dann wird Italien den Krieg fortsetzen, selbst wenn es überzeugt wäre, daß die Weiterführung des Krieges bis zum Frühjahr die Auflösung der Türkei in Europa und den so gefürchteten Weltbrand entfachen würde." Hierzu eine Glosse zu machen, versagt mir völlig die Kraft.

☞

Die Folgen und Verwicklungen, die, wenn einmal losgelassen, der Krieg nach sich zieht, sind unabsehbar; so hat sich durch verschiedene Operationen von angehaltenen

Schiffen und beschossenen Eisenbahnanlagen ein Streit zwischen Italien und dem ihm so befreundeten Frankreich entsponnen, der sich schon zur Feindschaft zuzuspitzen drohte. In diesen Streitigkeiten hat man sich oft — zur Verteidigung des italienischen Vorgehens — auf die Haager Konventionen des Kriegsrechtes berufen: was laut Paragraph soundso zu kapern erlaubt, was zu bombardieren nicht verboten sei u. dergl. m. Daraus geht hervor, welche Abschwächung und Gefährdung der Friedenssache darin liegt, daß die zur Einsetzung des Friedensrechts einberufenen Friedenskonferenzen sich von den gegnerischen Elementen auf den Abweg drängen ließen, die Kriegsbräuche zu kodifizieren. Schon heute müssen die Pazifisten außer- und innerhalb der Haager Delegation ihre Hauptforderung und ihren ganzen Einfluß dafür geltend machen, daß die dritte Haager Friedenskonferenz sich einzig mit der Verfolgung ihrer ursprünglichen Ziele: „Internationale Gerichtsbarkeit", „Erstrebung und Erlösung von den Rüstungslasten" befassen möge.

☞

Die Zweihundertjahrfeier Friedrichs des Großen ist in Berlin feierlich begangen worden. Festsitzung in der Akademie, Festvorstellung in der Oper, Festpredigt in der Kirche — alles trug militärischen Charakter. In der Oper war das ganze Parkett mit Offizieren aller Waffengattungen besetzt, der Theaterintendant trug Gardekürassieruniform und der Reichskanzler die Uniform eines Generalmajors. Das Festspiel von Lauff zeigt auf der Bühne das Kriegslager von Hohenfriedberg; die Soldaten aller Waffengattungen geben ihrer Begeisterung für den König Ausdruck. König Friedrich erscheint und hält eine Rede, in der er mitteilt, daß er trotz aller Warnungen die Schlacht zu liefern gedenke. Wer ihn verlassen wolle, solle von dannen gehen. Natürlich folgen ihm alle mit Begeisterung in die Schlacht. Bei der Festsitzung der Akademie der Wissenschaft, der der Kaiser beiwohnte, trug der Chef des Generalstabs v. Moltke das Reichsinsiegel voran; Kriegsminister von Heeringen trug aufrecht das entblößte Reichsschwert; Großadmiral von Tirpitz den Reichsapfel; Feldmarschall von der Goltz das Zepter. Nach einer Ansprache des Kaisers (in der er, wie es sich in diesen Räumen geziemte, nicht dem kriegerischen, sondern dem Geist der Wissenschaft huldigte) hielt der Geheimrat Dr. Koser die Festrede, in der es wieder rasselte und klirrte: „Unsere Feier ist eine Erinnerungsfeier an ernste Zeit — in ernster Zeit. Noch heute müssen wir, um Friedrichs Worte zu wiederholen, scharf auf unsere Nachbarn achten und bereit sein, uns von heute auf morgen gegen die verderblichen Anschläge zu verteidigen." Noch knurrender als in den Hallen der Wissenschaften war die Festpredigt im Tempel der Christenliebe. Als Text waren die Worte des Propheten Jesaias gewählt: „Wenn sie gleich alle zusammentreten, müssen sie dennoch sich fürchten und zuschanden werden." Der Kanzelredner beklagte es, daß im Lande ein Mißtrauen gegen die eigene Kraft vorhanden sei. „Das Ausland sieht das ganz anders an als wir selbst, und gerade in der Mißgunst, mit der es unser Tun und Lassen verfolgt, liegt ein Zeugnis unserer Kraft und Größe. Gott", so schloß der Prediger, „läßt uns nicht zuschanden werden. Und so lange unsere Armee, vom obersten Kriegsherrn bis zum letzten Soldaten, der Zuversicht lebt, und wenn zugleich alles zusammenarbeitet, müssen sie dennoch sich fürchten und zuschanden werden. So lange wird Preußen groß sein." Also jetzt wissen wir es; der Prophet Jesaias hatte Preußen im Sinne, und unter denen, die sich fürchten müssen, dachte er offenbar an die Tripelentente. Darum möge nur „die ganze Armee der Zuversicht leben, und — und — (was wäre wohl ein passendes Schlußwort?) — — und (ja richtig: stehen wir nicht vor dem Altar des Bergpredigers?) und „liebet euch untereinander".

☞

In den letzten Tagen des Januar hat in Glasgow eine deutsch-englische Freundschaftsversammlung stattgefunden, in der auf Vorschlag des früheren englischen Botschafters in Berlin, Sir Frank Lascelles, eine Resolution angenommen wurde, die jede Bewegung begrüßt, welche die Entwicklung freundlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England zum Ziele hat. Sir Frank hat diese Resolution damit begründet, daß Argwohn und Mißtrauen zwischen Deutschland und Großbritannien in hervorragendem Maße durch mißverständliche falsche Darstellungen verursacht werden. — Diese Kundgebung ist übrigens nur eine von den vielen, die gegenwärtig in England veranstaltet und geplant werden, um der unseligen beiderseitigen Kriegshetzerei ein Ende zu machen. Die Reise des Kriegsministers Haldane und des Admirals Lord Besesford nach Berlin gehört in dieselbe Kette von Aktionen. Wenn die Chefs des Heeres und der Marinedepartements selber in das vermeintliche Feindesland reisen und dort offen erklären, daß ein Krieg zwischen den beiden betreffenden Ländern ein Verbrechen wäre, so zeigt das doch deutlich, daß ein solches Ding nicht gewünscht und nicht geplant wird.

☞

Zwischen welchen zwei europäischen Großmächten wäre eigentlich heute ein Krieg kein Verbrechen? Kein namenloses Unglück? Immer deutlicher und klarer schält sich aus all den gefahrdrohenden Gruppen-

bildungen und Gruppenverschiebungen der verschiedenen Staaten die Notwendigkeit heraus, die als das konkret politische Ziel des Pazifismus verkündet und angestrebt werden soll: die Verschmelzung der getrennten Allianzen zu einem — festungs- und zollschrankenbefreiten — Europabund. Paneuropäische Union. Nach dem Beispiel, nicht der Vereinigten Staaten Nordamerikas, die nur eine Zentralregierung haben, sondern nach dem Beispiel der Union der amerikanischen Republiken, in der die Staatengebilde des ganzen transatlantischen Kontinents in ihrer ganzen Selbständigkeit gleichberechtigt verbunden sind. Diese Betrachtung gehört freilich nicht in die Chronik der letzten Monatsereignisse. An der Oberfläche des Geschehenen zeigt sich dergleichen noch nicht, aber es keimt im Boden des Werdenden.

☞

Im Deutschen Reiche hat sich inzwischen etwas Tatsächliches vollzogen, das von größter Bedeutung ist. Die neuen Wahlen haben ergeben, daß jene Partei, die stets für den Völkerfrieden und gegen die Rüstungsvermehrungen eintritt, mit einer Anzahl von 110 Vertretern, also als die numerisch größte Partei, von 4½ Millionen Wählern in das Parlament entsendet worden ist. Das erste, was dem neuen Parlament zur Beratung vorgelegt werden soll, wird jedoch wieder eine militärische Mehrforderung sein. Das liegt schon so im Verlauf der Epidemie, von der seit einer Reihe von Jahren die europäische Politik ergriffen ist. Man wird aber nicht mehr sagen können — wie dies so oft von den nationalistischen Parteien behauptet wurde — daß die Gesamtheit der Nation hinter diesen Forderungen steht. Auf die bevorstehenden Debatten, die nicht nur unter dem Einfluß des Wahlergebnisses, sondern auch unter dem Einfluß der eben im Gange befindlichen englisch-deutschen Verständigungsaktion stehen werden, können die Pazifisten allerorten mit großer Spannung entgegensehen. Die militaristisch-chauvinistische Presse ist natürlich exasperiert und fordert ohne Umschweife, daß zur Gesundung des Landes Krieg geführt werde. Auch ohne besonderen Anlaß. Die „Post" veröffentlichte zum Geburtstage des Kaisers einen Artikel, worin sie ausführt, daß der allzulange Frieden das Volk verdorben habe, und in dem sie dem Kaiser, „dessen Traum, dereinst als Fürst des Friedens gepriesen zu werden, der Erfüllung ferner sei als je", den Geburtstagswunsch darbringt, daß ihn die Stunde entscheidender Erkenntnis stark und bereit finden möge zu jedem Entschluß und mutiger Tat. — Wahrlich, einem Monarchen wird es schwer gemacht, das Friedensprinzip zu verwirklichen. Und doch — der Fürst, der zu dieser mutigen Tat die Kraft und die Ausdauer finden wird, dem blüht in der kommenden Geschichtschreibung der größte Ruhmeskranz.

☞

Die Eroberung der Luft und der Krieg. Diesem Kapitel gebührt unsere größte Aufmerksamkeit. Wieder läßt sich neues verzeichnen: Aus Wienerneustadt wurde unterm 24. Januar gemeldet: Der chinesische Offizier Lee der hier bei Illner im Fliegen ausgebildet wurde, ist mit zwei für die chinesische Armee bestimmten Eindeckern nach China abgereist. Ein zweiter chinesischer Offizier wartet die Fertigstellung weiterer Etrich-Apparate für die chinesische Armee ab. Die hiesigen Monteure Rüthofer und Johann Warschalowsky haben sich zur Montierung der Apparate nach China begeben. Wie man sieht, unsere Industriellen beteiligen sich fleißig an der Verschärfung der so beliebten „gelben Gefahr".

☞

Auch die irredentistische Gefahr ist ein beliebter Gegenstand — in unseren Militärkreisen. „Gestatten Sie mir," so schreibt ein alter Offizier an die Donzersche Armeezeitung, „einen Vorschlag zu unterbreiten, wie wir Soldaten gewisse Aeußerungen der irredentistischen Propaganda zu unserm Nutzen verwerten können." Der Einsender stellt dann den Antrag, daß jeder Angriff der irredentistischen Presse von unseren Offizieren unverzüglich zur Kenntnis der Unteroffiziere und Soldaten gebracht werde. „Das wären lebensfrische Beispiele für den Soldaten, an die sich nützliche Besprechungen über unseren Stand, seine Pflichten, seine Notwendigkeiten, seine äußeren und inneren Feinde anknüpfen ließen. Mir altem Soldaten dünkt es, als müßte die irredentistische Bewegung — unsererseits geschickt ausgenützt — wie der Zug eines kräftigen Gebläses auf die Glut unseres soldatischen Geistes wirken." Schöner und offener kann man wahrlich nicht die Theorie des „Schürens" lehren.

☞

Während ich schreibe, ist die große Entscheidung noch nicht gefallen, ob die amerikanisch-englischen und amerikanisch-französischen bereits unterschriebenen einschränkungslosen Schiedsverträge vom Senat ratifiziert werden oder nicht. Vielleicht ist, wenn diese Blätter erscheinen, der Senatsbeschluß schon bekannt, und vor der weittragenden Bedeutung dieses Ereignisses (wenn nämlich Zustimmung und nicht Ablehnung erfolgt ist) wird das Interesse an den anderen gegenwärtigen Vorkommnissen erblassen. In Amerika ist man in „maßgebenden Kreisen" (Taft, Carnegie, Knox) voll Zuversicht, aber — — es wäre beinah zu schön, als daß es sollte sein.

AUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Die Prisenfälle Carthage und Manouba vor dem Haager Schiedsgericht.

H. W. Nachdem das Jahr 1910 einen Höhepunkt in der Tätigkeit des Haager Schiedshofes, sowohl was die Wichtigkeit der überwiesenen Fälle als auch was die Dauer der Tagungen anlangt, dargestellt hatte, nachdem auch in keinem Jahre so viele neue Fälle (3) dem Tribunale überwiesen worden waren, hat das Jahr 1911 gewissermaßen eine Ruhepause gebracht. Kein einziger Konflikt ist dem Haager Hofe übergeben worden. Nur ein Urteil, nämlich in der Savarkarfrage, wurde gefällt. Immerhin zeigte die Schiedsklausel in dem deutsch-französischen Marokkoabkommen, welcher Wertschätzung sich das Haager Tribunal noch immer erfreut.

Gleich der erste Monat des neuen Jahres hat nun dem Haager Hofe die Ueberweisung eines neuen Streitfalles gebracht, und zwar handelt es sich um die Fragen, ob die Italiener berechtigt waren, eine auf dem nach einem neutralen Hafen fahrenden französischen Postdampfer „Carthage“ befindliche Flugmaschine als Konterbande zu beschlagnahmen und die auf dem nach einem neutralen Hafen fahrenden französischen Postdampfer „Manouba“ befindlichen angeblichen Sanitätspersonen unter der Behauptung, es seien Soldaten und Offiziere des türkischen Heeres, festzunehmen. Die juristische Seite der Fragen ist ein wenig verworren, weil die Londoner und Haager Vereinbarungen mangels allgemeiner Ratifikation nicht ohne weiteres ausschlaggebend sein können und man demnach auf das italienische Seekriegsrecht rekurrieren muß. Daß das Flugzeug als Konterbande zu betrachten ist, scheint mir zweifellos; wenn auch in der italienischen Konterbandeerklärung von Flugzeugen nicht die Rede war, so ist doch zu berücksichtigen, daß jene Erklärung eine Generalklausel enthielt, durch die alle dem Kriege dienenden Gegenstände mit umfaßt wurden. Weiterhin kommt bei dem Fall „Carthage“ die Lehre von der fortgesetzten Reise in Betracht. Nach der Londoner Erklärung hätte das Flugzeug nicht weggenommen werden dürfen, wenn es sich um relative Konterbande gehandelt hätte, wohl aber, wenn absolute Konterbande vorgelegen hätte. Nach italienischem Seekriegsrecht wird die Lehre von der fortgesetzten Reise anerkannt. Der springende Punkt wird also wohl sein, ob das Flugzeug wirklich für die Türken bestimmt war. Selbst wenn dies aber nicht der Fall sein sollte, so war die vorläufige Beschlagnahme nicht völkerrechtswidrig, wenn Italien greifbare Verdachtsgründe hatte; es wäre dann lediglich zur Entschädigung verpflichtet.

Auch bei dem „Manoubafalle“ ist die Lehre von der fortgesetzten Reise in Betracht zu ziehen. Hier liegt aber die Sache viel klarer, da sogar die Londoner Deklaration die Festnahme feindlicher Militärpersonen auf nach neutralen Häfen begriffenen Schiffen ohne weiteres gestattet. Es handelt sich in Wahrheit vor allem um die Frage, ob die Betreffenden Sanitätspersonen waren. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, so ist es nicht zweifellos, ob wirklich die Haager Vereinbarungen in dieser Beziehung allein entscheidend sind, weil die Türkei die Bestimmungen nicht ratifiziert hat und das Abkommen nur gilt, wenn sämtliche Kriegsparteien ihm beigetreten sind.

Obwohl, wie man sieht, die Sachlage für die Italiener gar nicht so ungünstig liegt, ist in Frankreich eine grosse, fast unbegreifliche Aufregung wegen des italienischen Vorgehens entstanden. Man redete bereits von dem Abbruch der diplomatischen Verhandlungen. Um so befriedigender ist der Ausgang des Streitfalles für die Friedensbewegung. Ich betone das namentlich deshalb, weil man während des russisch-japanischen Krieges keinen einzigen Konflikt dem Haager Hofe überwiesen hat, obwohl doch recht viele streitige Prisenfälle auftauchten. Eine wertvolle Ausnahme bildete allerdings der Huller Fall.

Was die Zusammensetzung des Prisenhofes anlangt, so glaube ich schon jetzt mit Bestimmtheit annehmen zu müssen, daß nationale Staatsangehörige im Tribunale sitzen werden. Ich schließe das daraus, weil gerade Fromageot, dem die Akten der Prisenfragen vorgelegt worden sind, ein Befürworter der Parteivertretung im Tribunale ist. Aber vielleicht täusche ich mich, und man macht endlich einmal mit dem Grundsatze der Unparteilichkeit Ernst.

Der neue Streitfall ist der dreizehnte dem Haager Hofe überwiesene. Mit Stolz darf man die neue Kette von schwierigen Prozessen seit der zweiten Haager Konferenz überblicken. Der Haager Hof kommt nicht mehr zur Ruhe. Es ist eine wunderbare Wandlung, die sich seit den Tagen der Errichtung des Haager Hofes vollzogen hat.

Auch Breysig hat das am 28. Januar im „Tag“ eingestanden, als er von der „entwicklungsgeschichtlich längst nicht hoch genug eingeschätzten Tatsache der Friedenskonferenz von 1899 und der Schiedsgerichtsbewegung“ sprach. Die Friedensbewegung hat das schon vor und nach der ersten Friedenskonferenz betont.

Warum erst 1915? :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Durch die Zeitungen geht eine Reutermeldung, wonach die dritte Haager Konferenz erst im Jahre 1915 zusammentreten soll. Das wäre acht Jahre nach der zweiten Konferenz. Dem Wortlaut der von dieser Konferenz erlassenen „Empfehlung“ würde das ja entsprechen; doch nicht dem Sinne. Denn wenn zwischen der zweiten und ersten Haager Konferenz wohl ein Zwischenraum von acht Jahren gelegen hat, so ist dieser durch zufällige Ereignisse um zwei Jahre verlängert worden. Bereits 1904 ergriff Präsident Roosevelt die Initiative zur Einberufung der Konferenz, und sie hätte 1905 — also sechs Jahre nach der ersten — zusammentreten können, wenn Rußland nicht durch den Krieg mit Japan eine Hinausschiebung verlangt hätte. Da der Friede von Portsmouth im September 1905 geschlossen wurde, hätte die Konferenz 1906 zusammentreten sollen, wenn nicht für dieses Jahr bereits die dritte pan-amerikanische einberufen gewesen wäre. Nur durch diese Zwischenfälle kam es, daß die Konferenz erst 1907 — nach acht Jahren also — zusammentrat. Warum aber diesen Zufall ausnützen? Haben denn die Regierungen so wenig Interesse für das Friedenswerk, daß sie es so weit wie möglich hinauszuschieben suchen?

Hier sollten die Friedensorganisationen mit aller Macht dafür eintreten, daß die III. Haager Konferenz spätestens 1913 eröffnet wird.

Rüstungsproblem.

Lloyd George für Frieden und Verminderung der Rüstungen.

Nach längerer Pause hat Englands pazifistischer Finanzminister am 3. Februar wieder das Wort ergriffen. Er hat abermals sehr vernünftig gesprochen. Aus seiner Rede sei namentlich folgende Stelle hervorgehoben:

„Es hat niemals in der Geschichte eine Zeit gegeben, wo England besser gerüstet war, irgend einer Gefahr zu begegnen. Wenn man verlangt, daß Ersparnisse in den Finanzen gemacht werden, so muß das Anwachsen der Rüstungen zum Stillstand gebracht werden. So lange aber Neid, Eifersucht, Furcht und Argwohn unter den Nationen nicht beseitigt sind, wird man das Anwachsen der Rüstungen nicht aufhalten. Das ist das erste, was man tun muß, und dies ist der günstigste Augenblick, es auszuführen, trotz zahlreicher entgegengesetzter Faktoren. Wir sind nicht die Einzigen, die die Gefahr erkennen, die aus der internationalen Atmosphäre entspringen kann. Trotz aller Begleitumstände, die wir bedauern, haben die jüngsten Ereignisse doch die Wirkung gehabt, die Aufmerksamkeit aller Nationen auf die Gefahren der Lage zu lenken. Ich will auf vergangene Dinge nicht zurückgreifen. Ich werde die Regierung nicht verteidigen oder andere kritisieren. Ich werde auch nicht mich selbst und das, was ich getan habe, verteidigen. Warum? Nicht, weil ich nicht bereit wäre, es zu tun, wenn ich es für wünschenswert erachtete, sondern, weil ich überzeugt bin, daß man, je mehr man sich verteidigt, die Erregung wachhält.

Ein sehr günstiger Umstand besteht: die Marokkofrage, die ständig eine Quelle der Erregung und der Feindschaft unter den Großmächten war, ist geregelt worden. Ein Abkommen ist zustande gekommen, das sowohl Frankreich wie Deutschland zum Vorteil gereicht, und das auch die britischen Interessen nicht verletzt. Der Tag nach einem Streit ist nicht immer die schlechteste Zeit, Zwistigkeiten zu beseitigen. Ich glaube, daß es im Interesse Frankreichs, Deutschlands und Rußlands, wie auch in unserem eigenen liegt, daß ein besseres Verstehen zwischen den Nationen bestehe. Das glaube ich aufrichtig und zuversichtlich. Es ist erreichbar. Die Welt würde dadurch besser und reicher werden, die Steuern würden herabgesetzt werden können, und alles Geld, das an den Rüstungen gespart würde, könnte dazu benutzt werden, die Hilfskräfte des Landes zu entwickeln und die Lage des Volkes zu verbessern.

Der Eckstein guter Finanzen ist Friede auf Erden und gegenseitiger guter Wille unter den Menschen.“

„Die Welt würde dadurch besser und reicher werden.“ Es ist sicher nicht unrichtig, diese Worte als Einleitung zu einer großzügigen Verständigungsaktion zwischen Deutschland und England anzusehen.

Zum Kapitel der „Rüstungskartelle“. :: :: :: :: :: ::

Die „Neue Freie Presse“ meldet unterm 22. Januar:

„Die Skoda-Werke haben vor einigen Wochen eine größere Kanonenlieferung nach China vollzogen, worüber im vergangenen Sommer Verhandlungen gepflogen worden waren. Der Kaufpreis dieser Kanonen im Betrage von einer Million Kronen wurde bereits bar emittiert.

Im Zusammenhange mit diesen Lieferungen wurden auch Verhandlungen über eine chinesische Anleihe in Oesterreich eingeleitet. Die Anleihe soll 6 Mill. M. umfassen, sechsprozentig sein und durch die Steuer- und Zolleingänge einer chi-

nesischen Provinz gesichert werden. Die Anleihe würde von der Creditanstalt und der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft gemeinsam mit den Skoda-Werken abgeschlossen werden. Ein Teil des Erlöses würde für Kanonenbestellungen dienen."

Daraus ist klar ersichtlich, daß ein Finanzkonsortium der chinesischen Regierung das Geld leiht, das diese gezwungen ist, zum Teil in Rüstungsmaterial anzulegen.

Verschiedenes.

Graf Apponyi gegen die austro-italienische Kriegshetze.

In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 22. Januar beschäftigte sich Graf Albert Apponyi mit den Fragen der auswärtigen Politik. „In unserer Politik und in der europäischen Politik," sagte er, „treten in der jüngsten Zeit Tendenzen zutage, welche man nicht ohne Bemerkung lassen kann. Anläßlich des Rücktritts des Generalstabschefs und im Zusammenhange mit den Nachrichten, die über die Motive seines Rücktrittes verbreitet waren, habe ich an den Ministerpräsidenten bereits die Frage gerichtet, ob tatsächlich Neigungen vorhanden sind, unsere auswärtige Politik von den bisherigen erprobten Grundlagen abzuwenden und in abenteuerliche Richtungen zu stürzen. Der Ministerpräsident hat darauf eine beruhigende Antwort gegeben und erklärt, daß die mit der Leitung der auswärtigen Politik betrauten Funktionäre an keine abenteuerliche Politik denken und insbesondere von einer Abwendung vom Dreibund oder von einer Gefährdung des guten Verhältnisses mit Italien nichts wissen wollen. Auf dieser Grundlage habe ich trotz meiner oppositionellen Stellung im Abgeordnetenhause und in der Delegation erklärt, daß ich die Regierung in der Erhaltung dieser richtigen Tendenz unserer auswärtigen Politik vollkommen unterstützen werde. Man kann jedoch nicht leugnen, daß auch seither in Oesterreich jene Bestrebungen, welche eine Abwendung von dieser auswärtigen Politik bezwecken, nicht aufgehört haben und sich mit ziemlich großer Kraft äußern, nicht nur bei den parlamentarischen Vertretern einzelner Parteien, sondern auch in sehr angesehenen Zeitschriften, welche unser Verhältnis zu Italien Tag für Tag in einer Weise in Diskussion ziehen, welche absolut nicht geeignet ist, unser bestehendes gutes freundschaftliches Verhältnis und unsere Bundesgenossenschaft aufrechtzuerhalten, sondern im Gegenteil die Tendenz verfolgt, unser gutes Verhältnis mit dieser befreundeten Großmacht zu stören, und uns in einen Konflikt mit ihr zu treiben. Ich halte es für notwendig, diesen Tendenzen gegenüber auch hier von den Bänken der Opposition die Erklärung zu wiederholen, daß Ungarn und Oesterreich, insbesondere aber Ungarn, sich einer verhängnisvollen Richtung zuwenden würden, wenn diese Bestrebungen irgendeinen Erfolg aufweisen könnten. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.) Es würde dadurch jenes europäische System umgestoßen werden, in welchem wir eine Garantie unserer Machtstellung erblicken, ohne daß auch nur eine Spur oder ein Schatten eines neuen europäischen Systems vorhanden wäre, das imstande wäre, an die Stelle der bisherigen Politik zu treten. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.) Ich weiß, daß gewisse psychologische Voraussetzungen für die Innigkeit des Verhältnisses zwischen unserer Monarchie und Italien in dem anderen Staate der Monarchie fehlen oder mindestens nicht in demselben Maße vorhanden sind wie bezüglich des Verhältnisses zwischen der Monarchie und Deutschland. Diese psychologischen Voraussetzungen zu ersetzen, ist Ungarn berufen mit seinen Sympathien, mit seinen freundschaftlichen Gefühlen gegenüber Italien. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.)

Ich glaube aber auch, hiervon abgesehen, daß es der internationalen Stellung Ungarns zu sehr großem Nutzen gereichen wird, wenn Ungarn und das ungarische Abgeordnetenhaus jenen Wall bilden, an welchem alle Bestrebungen, die Oesterreich und Ungarn in eine abenteuerliche Politik hineintreiben wollen, abprallen werden. Wir erweisen dadurch nicht nur uns selbst, sondern auch dem europäischen Frieden einen Dienst, der unmöglich ohne Anerkennung und ohne Dank bleiben kann." (Lebhafte Zustimmung.)

Die Freimaurerei gegen den Tripolis-Krieg. :: :: :: ::

Die Großloge für das ottomanische Reich übermittelte an alle freimaurerischen Groß-Behörden einen Aufruf folgenden Inhalts: „Jeder Krieg ist ein tödlicher Schlag gegen unsere Prinzipien, gegen unsere Institution. Durch den Krieg gewinnen unsere Gegner Anhänger und verlieren wir an Einfluß. Die türkische Freimaurerei, die sich ihrer Pflichten bewußt ist, eine schwierige Zivilisationsmission zu erfüllen, findet sich durch einen bedauerlichen und schädlichen Konflikt auf dem Wege zum Triumphe ihres Kulturwerkes aufgehalten. So ist es denn heilige Pflicht aller Freimaurer, das Werk der Freimaurerei zu schützen und zu stützen, und so richten wir denn an alle mit uns im Bunde für die Güter der Menschheit arbeitenden Brüder den feierlichen Appell, die Freimaurerei zu der wirksamen Kraft zu machen, die die Geister und die überreizten Meinungen beruhigt, auf daß Friede und Einigkeit an die Stelle der Zwistigkeiten treten, diese ewigen Feinde der Freimaurerei."

Am 16. Dezember hat hierauf die Groß-Loge von Ungarn an die freimaurerischen

Groß-Behörden von Italien und der Türkei ein Schreiben gerichtet, worin die Freimaurerverbände beider Länder aufgefordert werden, alles in Bewegung zu setzen, um die Wiederherstellung des Friedens zu erreichen. Auch die freimaurerischen Großbehörden in Brüssel und Athen haben ähnliche Kundgebungen erlassen. Besonders der belgische Appell ist von echtem pazifistischen Geist durchdrungen. Er lautet: „Der Gr.-Or. von Belgien, versammelt zu Brüssel am 12. Nov. 1911, drückt sein tiefes Bedauern darüber aus, daß ein blutiger Konflikt zwischen Italien und der Türkei ausbrechen konnte, ohne daß ein Versuch gemacht wurde, den ausbrechenden Streit zwischen den zwei Völkern vor dem Internat. Gerichtshof im Haag oder vor irgend-ein Schiedsgericht zu bringen. Er verkündet von neuem seine friedlichen Gesinnungen und seinen Abscheu vor Eroberungskriegen und blutigen Zusammenstößen: er fordert die italienischen Maurer auf, sich mit den türkischen Maurern in Verbindung zu setzen, um Mittel zur Beseitigung der ihre Länder trennenden Streitpunkte zu finden. Er bittet sie eingedenk zu sein der Pflicht der Brüderlichkeit, welche die Grundlage unseres Ordens ist, und die sowohl im Tempel, als im profanen Leben zu erfüllen sie eidlich gelobt haben."

☞

Der Jugendbund-Weltverband. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Weltverband des Jugendbundes für entschiedenes Christentum umfaßt nach einem Ausweis seines deutschen Organs „Jugend-Leben" (I. Jahrgang Nr. 7) 79 077 Vereine mit 3 953 850 Mitgliedern. Diese Mitglieder erstrecken sich über die ganze Welt, so hat der Verband in China allein 781 Vereine als Mitglieder. Das erfreuliche ist, daß der Weltverband sich energisch der Friedenspropaganda zuwendet. Auf seiner 25. Internationalen Konferenz, die in Atlantic-City, Ver. St. v. Am., stattfand, hielt Präsident Taft einen Vortrag über „Die Vermeidung des Krieges". „Ich kam zu Ihnen," so begann der Präsident der Vereinigten Staaten seine Ausführungen, „um über einen Gegenstand zu reden, an dem ich mit der ganzen zivilisierten Welt ein lebhaftes Interesse habe, und das ist die Vermeidung des Krieges durch Einrichtungen, welche geeignet sind, Streitigkeiten zwischen den Völkern auf friedlichem Wege beizulegen.

Ich bemerke, daß auf Ihrer letzten 24. Internationalen Konferenz einer Ihrer Beschlüsse folgendermaßen lautete: Als Nachfolger des Friedensfürsten unterstützen wir jede Bemühung, die gemacht wird, den Krieg zu unterdrücken. Die ungeheure und immer anwachsende Steuer, welche der Krieg und seine Rüstungen der friedlichen Industrie auferlegen und die furchtbaren Schrecken des Krieges selbst fordern, daß alle, die Gott und die Menschheit lieben, sich vereinigen zur Unterdrückung des Krieges.

In den letzten 25 Jahren haben wir großen Fortschritt gemacht zu einer internationalen Lage, in welcher der Krieg weniger wahrscheinlich ist, als früher."

Die Rede schloß mit einem Appell, daß „jede Bewegung, die darauf abzielt, vom Kriege abzuraten und Mittel zu liefern, welche den Krieg vermeiden, die ernstliche Unterstützung dieser Organisation finden möge, welche die Zwecke und Grundsätze des ‚Jugendbundes für entschiedenes Christentum' hat." —

Es ist zu hoffen, daß die deutsche Sektion dieses Weltbundes den Friedensgedanken unter ihren Mitgliedern zu fördern bestrebt sein wird.

☞

Lehrerschaft und Marokkofrage. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In der in Hamburg (Alfred Janssen, Verlag) erscheinenden Zeitschrift „Roland", Monatsschrift für freiheitliche Erziehung für Schule und Haus, finden wir einen ausgezeichneten Artikel, der „Lehrerschaft und Marokkofrage" betitelt ist. Wir entnehmen diesem folgende Stelle:

„Jeder Krieg aber muß heute schon als atavistische Erscheinung am Volksleben aufgefaßt werden. Und Tatsache ist es, daß Deutschland im Juli und August des vorigen Jahres unmittelbar vor dem Ausbruche eines furchtbaren Krieges stand. Haben wir Lehrer als Kulturarbeiter nicht um so mehr die ernsteste Pflicht, allen Kriegsgelüsten im Volke entgegenzutreten? — Unsere Macht ist groß!! — Sie ist viel größer, als wir meinen und unendlich größer, als andere glauben. Laßt uns den Kindern den Patriotismus zeigen als das, was er in Wirklichkeit ist: eine unmoralische, engherzige und antireligiöse Regung, redet z. B. am Sedantage vom Segen des Friedens, anstatt von dem des Krieges, ein Segen, den es nie gegeben hat und nie geben wird. Es ist der verhängnisvollste Irrtum, wenn man glaubt, daß durch einen Krieg jemals ein Stück Kultur errungen worden sei. Die Wirkung des Krieges ist immer nur eine zerstörende und niemals eine aufbauende gewesen!

Weckt dagegen, wo es nur angeht, Verständnis für fremde völkische Eigenart. Lehrt die Kinder konsequent auch über die Grenzen des Reiches hinweg sehen. Gar manche fremde Sitte und Einrichtung könnte für unser Volk vorbildlich werden.

Tragt diese Gedanken auch vor allem schon ins Volk hinein. Wir Lehrer kommen von allen Ständen am meisten und tiefsten mit den weitesten Kreisen in Berührung. Klärt auf über die entsetzlichen Wirkungen des Krieges und bekämpft auf das entschiedenste den Gedanken, daß überhaupt eine Nation in ihrer Ehre durch eine andere könnte beleidigt werden."

☞

Kurze Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die Londoner „Peace Society" erläßt einen „juristischen Protest" gegen den Tripoliskrieg, der mit mehreren hundert Unterschriften hervorragender Juristen aller Länder bedeckt ist. — Jean Grand Carteret u. A. Schleicher in Paris erließen einen Aufruf zur Gründung eines Komitees für die geistige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland. — In Paris würde eine Internationale Liga des Rechtes der Völker begründet, die sich der unterdrückten Völkerschaften annehmen wird. Ein derartiges Unternehmen kann mehr Schaden stiften als nützen! — Die nächste Lake-Mohonk-Konferenz findet vom 15.—17. Mai statt. — Die 27. Konferenz der International Law Association tritt am 27. Mai in Paris zusammen. — Am 1. Februar feierte der hervorragende Völkerrechtsjurist den Beer Portugael, ehemaliger holländischer Kriegsminister und holländischer Delegierter auf beiden Haager Konferenzen, seinen 80. Geburtstag. — Am 5. Februar starb zu Paris im 48. Lebensjahre Pierre Quillard, der den Besuchern der Friedenskongresse als beredter Anwalt der Armenier bekannt ist. Quillard war Herausgeber des in Paris erscheinenden Blattes „Pro Armenia". — Am 9. Februar starb in Paris im 85. Lebensjahre Pater Hyacinth Loison, ein hervorragender Verfechter der Friedensidee. — Am 24. September wird in Boston der internationale Handelskammer-Kongreß eröffnet. Auf der Tagesordnung steht auch die Beratung über den ständigen internationalen Schiedshof. — Vom 15. bis 18. Mai wird in London der achte englische nationale Friedenskongreß tagen. Vorher wird am 13. Mai eine anglo-deutsche Verständigungskonferenz stattfinden. — Eine internationale Konferenz für Funkentelegraphie wird am 4. Juni in London zusammentreten. — Der Lord-Mayor von London hat eine Einladung des Berliner Oberbürgermeisters zum Besuch der deutschen Reichshauptstadt angenommen. — Staatssekretär Knox soll von allen Regierungen bündige Antworten auf seinen Vorschlag erhalten haben, daß das Prisengericht im Haag auch als ständiger Schiedshof funktionieren soll. — In Paris, 24 Pierre Curie, ist das europäische Bureau der Carnegie-Friedensstiftung errichtet worden. General-Sekretär ist Prudhommeaux, Sekretär Puech.

LITERATUR U. PRESSE

Besprechungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

L. Oppenheim, International Law. A Treatise. Vol. I. Peace. Second Edition. Gr. 8°. London. Longmans, Green and Co. 1912. XXXV und 647 S. cloth. 18 Sh.

Ernest Nys, Le Droit International. Les principe, les Théories, les faits. Tome premier. Nouvelle Edition. Gr. 8°. Bruxelles. M. Weißenbruch, 1912. 602 S.

Das gleichzeitige Erscheinen von Neuauflagen zweier hervorragender Lehrbücher des Völkerrechts ist ein erfreuliches Zeichen für das große Interesse, das diesem so lange vernachlässigten Zweige der Wissenschaft jetzt entgegengebracht wird. Gleichzeitig auch ein Zeichen eines neuen Aufschwunges des Völkerrechts selbst und damit der Weiterentwicklung der internationalen Organisation.

Professor Oppenheims groß angelegtes Werk ist 1905 zum erstenmal erschienen. Das Werk der zweiten Haager Konferenz konnte demnach noch nicht darin enthalten sein. Dieses wie die Londoner Seerechtsdeklaration von 1908 bereichern den Inhalt der neuen Auflage. Aber auch die anderen mittlerweile erstandenen völkerrechtlichen Probleme, wie das der drahtlosen Telegraphie, der Unterseetunnels, der Prisengerichtsbarkeit, des wirklich ständigen Schiedshofes, die großen Schiedsfälle wie der Casablancafall, der Neufundlandfischereistreit, der Fall Sawarkar usw. fanden eingehende Berücksichtigung in der neuen Auflage. Zum Schluß des Bandes finden wir die Handelsverträge und die internationalen Unionen neu aufgenommen.

Das Werk von Nys war jahrelang vergriffen. Der nunmehr unternommene Neudruck entsprach einem Bedürfnis. Auch hier wurde die Entwicklung der neuesten Zeit in die Darstellung mit aufgenommen. Die Introduktion, die eine geistreich geschriebene kurze Geschichte des Völkerrechts enthält und wohl verdiente, besonders als Flugschrift veröffentlicht zu werden, reicht bis zur zweiten Haager Konferenz. In der Darlegung der völkerrechtlichen Autoren wird bereits das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts behandelt. Wir finden bereits Sir Thomas Barclay, Walter Schücking, Ottfried Nippold u. a. angeführt.

Die völkerrechtliche Bedeutung der Luftschiffahrt ist in einem besonderen Kapitel des vorliegenden Bandes behandelt, wobei bereits die Madrider Beratungen des Institut de Droit International zugrunde gelegt sind.

Es wird sich Gelegenheit finden, auf beide Schriften noch ausführlicher zurückzukommen.

Sir Thomas Barclay, The turco-Italian War and its Problems. With Appendices contnining the chief state papers bearing on the Subject. With an additional Chapter on Moslem Feeling. 8°. London, 1912. Constable & Company Ltd. XIII u. 259 S. cloth.

In diesem Buche hat der gelehrte Jurist alle jene völkerrechtlichen Abkommen zusammengestellt, die Italien durch sein Vorgehen in Tripolis verletzt hat. Ferner alle Dokumente, die der Krieg selbst hervorgebracht hat. In der Einleitung unterzieht er das italienische Unternehmen einer eingehenden Kritik und hebt die Schädigungen hervor, die die allgemeine Politik durch die Erschütterung eines mühevoll errichteten Rechtsfundaments erlitten hat. Diese Schädigung ist um so größer, als gerade Italien eine hervorragende Rolle bei allen Förderungen des internationalen Rechtsfortschritts der letzten Jahrzehnte ge-

spielt hat. „Die Heiligkeit der Verträge und der gute Glaube zwischen den Staaten ist nicht lediglich eine theoretische oder moralische Verabredung. Sie bildet die tatsächliche Grundlage der internationalen Stabilität, auf der die öffentlichen und privaten Kalkulationen ganzer Nationen begründet sind." So sagt Barclay in der Einleitung.

Das Buch ist ganz dazu geeignet, den Triumph des Völkerrechts, über den Versuch Italiens, sich darüber hinwegzusetzen, vorzubereiten. Es zeigt, wie die Dinge mächtig sind und die widerstrebenden Handlungen der Menschen korrigieren.

Traités généraux d'arbitrage communiqués au bureau international de la Cour permanente d'Arbitrage, première Série, La Haye, M. Nyihoff, 1911, XVI und 392 S. Preis 7,50 M.

Die Herausgabe der vorliegenden Sammlung ist von der französischen Regierung beim Hager Bureau angeregt worden. Sie enthält 90 Schiedsverträge in der Urschrift, also nur drei Fünftel sämtlicher bisher geschlossener Verträge, weil viele Staaten die Schiedsabkommen dem Bureau nicht mitgeteilt haben. Zwei kurze Register sind dem Buche vorangestellt. Eine systematische Anordnung hat man den Verträgen nicht gegeben. Eine ausführliche Uebersicht über die in dem Buche enthaltenen Schiedsverträge und einige Bemerkungen zu der Aufgabe des Haager Bureaus, als Zentralstelle für Schiedsgerichtsbarkeit zu dienen, werden sich in Heft 3/4 dieses Jahrgangs der „Zeitschrift für internationales Recht" aus meiner Feder finden. Wg.

Requisitionen von neutralem Privateigentum, insbesondere von Schiffen, von Dr. jur. Erich Albrecht, Beiheft 1 zum VI. Bande der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht", Breslau 1912, Einzelpreis 1,80 M., für die Abonnenten der Zeitschrift gratis. 68 S.

Der Verfasser behandelt ein ziemlich vernachlässigtes Gebiet des Kriegsrechts in klarer Weise. Er kommt dabei insbesondere auf das jus angariae sowie auf Grundsätze des modernen Kriegsrechts zu sprechen.

Ethische Rundschau. Unter diesem Titel ist, wie wir schon in Heft 12 kurz mitteilten, soeben von Magnus Schwantje in Berlin eine Monatsschrift gegründet worden, zu deren Hauptaufgaben die Förderung der Friedensbewegung gehört. (Verlag der Ethischen Rundschau, Berlin W. 15, Düsseldorfer Straße 30.)

Das soeben erschienene erste Doppelheft enthält den ausführlichen Aufsatz „Irrige Ansichten über die Friedensbewegung" von Alfred H. Fried. Auch ein großer Teil des Aufsatzes „Die ethische Bedeutung unserer Anschauungen von den Tieren" von Magnus Schwantje handelt von der Friedensbewegung. Außer der Friedensbewegung will die Ethische Rundschau manche andere wichtige Bestrebungen fördern, vornehmlich solche, die von den anderen Blättern zu wenig unterstützt, oder gar unterdrückt werden. Die neue Zeitschrift, an der hervorragende Schriftsteller mitarbeiten, verspricht ein wertvoller Bundesgenosse unserer Fachblätter zu werden und verdient die Unterstützung aller Friedensfreunde. — Ein ausführlicher Prospekt über die Ethische Rundschau ist durch den Verlag zu beziehen.

Il fenomeno della guerra e l'idea della pace, von Giorchio del Vecchio, Professor an der Universität Messina. Torino, Fratelli Bocca Editori, 1911, 95 S. Preis 2,50 Mark.

Die vorliegende Studie über das Wesen des Krieges und die Idee des Friedens ist 1910 zuerst in der „Rivista di diritto internazionale" erschienen und wird jetzt von dem Verfasser in zweiter und erweiterter Ausgabe herausgegeben. Der Zweck ist eigentlich nicht ganz ersichtlich. Es scheint, daß Vecchio mit seiner Arbeit den italienisch-türkischen Krieg rechtfertigen will. Dieser Versuch dürfte aber als mißlungen zu betrachten sein. Das Buch steht wissenschaftlich nicht auf besonderer Höhe, wenn es auch namentlich die deutsche Literatur recht fleißig benutzt. Die Ordnung der Menschheit gemäß dem Rechte ist nach Ansicht des Verfassers nicht weniger eine Tendenz der historischen Entwicklung als eine Forderung der Vernunft. In diesem Prozesse hat der Krieg eine besondere Mission, nämlich den Schutz der Gerechtigkeit. Die völlige Verurteilung des Krieges wäre nur begründet, wenn bewiesen würde, daß der Krieg nicht diesem Ziele dient, was aber unmöglich ist. Es gibt heute Ungerechtigkeiten, die nur durch den Krieg geheilt werden können. Losgelöst von der Funktion des Rechts ist der Friede wertlos, im Gegenteil gefährlich, da er das Gefühl für das Recht abstumpft.

Ist damit das Problem auch nur einigermaßen erschöpft? Hat nicht fast jeder Weltfriedenskongreß das legitime Recht der Staaten auf Selbstverteidigung anerkannt? Man muß gestehen, daß Fried das Friedensproblem in seinen Büchern doch erheblich tiefer dargestellt hat.

Der Verfasser nennt seine oben erwähnte Theorie die Rechtstheorie und erörtert die sonstigen für den Frieden aufgestellten Theorien. Auch hier ist er nicht erschöpfend. Er weist die asketische Theorie, die lehrt, man solle alles Leid ertragen, zurück, ebenso die imperialistische, die durch die Zentralgewalt eines Bundesstaates oder eines Weltstaates die Kriege unter den Einzelstaaten verhindern will, desgleichen die empirisch-politische Theorie, die einen Zusammenschluß der Staaten unter Wahrung der Selbständigkeit und die Erledigung aller Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht vorschlägt. Ueber alle diese Versuche eines Tolstoi, Alexander des Großen, Dante, Sully usw. haben andere ausführlicher geschrieben.

Wehberg.

The Peace Year-Book 1912. Ed. by Carl Heath, London. The National Peace Council. 250 S. cloth.

Das ist die zweite Ausgabe des Friedens-„Gotha", um den wir unsere englischen Gesinnungsgenossen eigentlich beneiden. Das Jahrbuch enthält auch in diesem Jahre eine handliche Zusammenstellung aller wichtigen Ereignisse des Jahres, eine Sammlung kurzer und dokumentierter Artikel über zeitgemäße Fragen, die Adressen aller Friedensorgani-

sationen; eine reichhaltige Bibliographie wie die Biographien und Porträts führender Pazifisten.

Eigentlich wäre die Herausgabe eines solchen Jahrbuches die beste Aufgabe für das Berner Bureau. Es hätte in drei Sprachen zu erscheinen und könnte bei guter Durchführung ein Handbuch werden, das weit über die pazifistischen Kreise hinaus, wie für die gesamte politische Welt von Wichtigkeit werden würde.

☞

Das Oxforder Buch Deutscher Dichtung vom 12. bis zum 20. Jahrhundert; herausgegeben von H. G. Fiedler, Professor der deutschen Sprache und Literatur an der Universität Oxford. Mit einem Geleitworte von Gerhart Hauptmann. 16°. Oxford. Universitäts-Verlag, 1911. XII und 596 S. Eleg. Leinenbd. m. Goldschn.

Ein hocherfreuliches Unternehmen, dieses in England gedruckte Buch voll deutscher Lieder und Dichtungen. Von den Volksliedern aus „Des Knaben Wunderhorn", von den Minnesängern angefangen bis zu den Sängern unserer Tage, bis Dehmel, Hoffmannsthal, Schaukal das Beste und Bekannteste. Alle Lieder, alle Gedichte, die einem Deutschen von Jugend auf geläufig sind, hat der Herausgeber trefflich zusammengestellt. Aus dieser Sammlung weht der Vaterlandsbegriff in seiner reinsten Züchtung. Und der Umstand, daß diese gesammelten Kleinodien des deutschen Volkes in fremdem Land gedruckt wurden, für fremde Leser bestimmt sind, läßt dieses Oxforder Buch Deutscher Dichtung als reinen und edlen Verständigungsgruß erscheinen, den Deutschland dem Volk der Briten entbietet. Wahrlich, in dieser Zeit des Haders und des Mißtrauens, der großen Panzerkolosse und der gegenseitigen Spionenschnüffeleien ein erfreuliches Zeichen der beginnenden Verständigung. Engländer, die diese Verse gelesen, können keine Deutschenhasser mehr sein, wenn sie es je gewesen.

Möge uns recht bald eine ähnliche englische Anthologie beschieden sein.

☞

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::
(Besprechung vorbehalten.)

Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht. Hrsggb. von Prof. Dr. Josef Kohler in Berlin, Prof. Dr. L. Oppenheim in Cambridge und Dr. Felix Holldack in Leipzig. VI. Bd., 1. Heft. Breslau 1912. J. M. Kerns Verlag. Mit einem Beiheft: Dr. Erich Albrecht, Requisitionen von neutralem Privateigentum, insbesondere von Schiffen.

Aus dem Inhalt: Dr. A. Frhr. Hold von Ferneck, Eine Lanze für den Prisenhof. — Josef Kohler, Casablancasache usw.

Bulletin of the Pan American Union (Washington). Dec. The Tolls of the Panama Canal. — The Pan American Mass. — Celebration in San Salvador of first effect for Independence in Central America. — Present Progress on Panama Canal. — Prominents in Pan American Affairs.

Archiv für aktuelle Reform-Bewegung auf jeglichem Gebiet des prakt. Lebens. Heft IX. Justizrat Dr. Aug. Sturm, Das Recht auf Frieden. Eine völkerrechtliche Reformschrift mit Wertung der Idee Andrew Carnegies und der Abschluß einer allgemeinen Rechtslehre. Leipzig. Eduard Demme. (1912.) 90 S. 1,50 M.

Dr. Hans Wehberg, Die Weltwirtschaft, die Grundlagen der Friedensbewegung und das Versicherungswesen. Abdruck aus dem Assekuranz-Jahrbuch von A. Ehrenzweig.

Ludwig Wagner, Ferienkurse für Ausländer in Kaiserslautern. Ausführlicher Bericht über ihre Entstehung, ihren Zweck, ihre Entwicklung und ihren Verlauf. Kaiserslautern. 1909. Eugen Crusius. 128 S.

—, Weltweihnacht. Sonderabdruck aus dem „Bayreuther Bundesblatt" Nr. 4 (Jan. 1912).

Rüstungs-Kartelle. Ueber den Einfluß der Erzeuger von Kriegsmaterial und des in Rüstungsgewerben angelegten Kapitals. In deutscher Sprache zuerst veröffentlicht in der „Friedenswarte". Freiburg i. Br. 1911. 16 S. Verlag der Freiburger Friedensgesellschaft.

Proceedings of International Conference under the Auspices of American Society for Judicial Settlement of International Disputes. December 15—17, 1910. Washington. D. C. Baltimore. The Wawerley Press. Brosch. 4°. 400 S. 1 $.

Proceedings of the American Society of International Law at its fifth annual Meeting held at Washington D. C. April 27—29. 1911. Gr. 8°. New York. Baker, Voorhis & Co. 1911. 400 S.

Third Annual Report of the American School Peace League. 1911. Am. School Peace League. 94 S.

T. H. Haynes, Imperial Ethics. 8°. London. 1912. The St. Catherine Press. 19 S. 2 Pence.

William Howard Taft, The proposed Arbitration Treaties with Great Britain and France. Adress delivered before the American Society for judicial Settlement of International Disputes. Cincinnati Nov. 7. 1911 8°. 15 S. Repr. from the Proceedings of the Society.

International Conciliation. January 1912. No. 50. France and Commerce their relation to international good will. 8°. New York (1912). 58 S.

Charles Richard Wheeler, Critique of pure Kant or a real Realism vs. a fictitious Idealism in a word the Bubble and Monstrosity of the Kantian Metaphysic. 8°. Boston 1911. 298 S. gbd. The Arakelyan Press. 1,50 $.

Rev. Edward Cummings, The Arbitration Treaties and our religious Duy. 8°. Boston-World Peace Foundation. 10 S.

Nicholas Murray Butler, „Whey should we change our form of Government?" An Adress beforc the Commercial Club of St. Louis. 27. Nov. 1911. 8°. 26 S.

A. B. van der Vies, De Verklaring von London. Aus „Vrede door Recht". Jan. 1912. 8°. 6 S.

Eduard Clunet, De l'Etat actuel de la Vie juridique Internationale organisée. Conférence. 8°. Madrid 1911. Revista de Derecho. International y Politica exterior. 14 S.

Institut de Droit International.

Session de Madrid de 1911. Séance inaugurale du 15 Avril 1911, présidée par S. E. Garcia Prieto. Discours de S. E. Manuel Garcia Prieto, Ministre des Affaires Etrangers et Mr. Eduard Clunet, Président de l'Institut de Droit International. 8°. Madrid 1911. R. Alvarez. 28 S.

Edoardo Gisetti e Luigi Einaudi, A proposito della Tripolitania. Ottimismo o Pessimismo Coloniale? 8°. Toriner Soc. Tipografico-Editrice Nazionale. 1911. 27 S.

Pro Pace. Almanacco Illustrato pel 1912. Anno XIII. Edita a cura della Societá internazionale per la Pace: Unione Lombarda. Kl. 8°. 123 S.

Elias molee, altutonish. (pangerman). 8°. Tacoma. Wash. U. St. Am. 1554 th Street. 1911. 32 S. 15 Cts.

Frederik Bajer, Dansk Interparlamentarisk Gruppes Arborg I. 16°. Kopenhagen 1912. 84 S.

A. Vanderpol, La Guerre devant le Christianisme (suivi d'une traduction du „de jure belli" du François de Victorien). 8°. Paris. A. Tralin. (1912.) 280 S. 2,50 Fr.

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

H. W. Ich werde zunächst einige besonders wichtige Aufsätze der bereits länger erschienenen Nummern registrieren.

Schiedsgerichtsbarkeit.

In Nr. 1 der „Revue Générale" 1911 schreibt A. H. Fried über die Rolle der Schiedsgerichtsbarkeit in dem Rahmen der internationalen Organisation. Er betont, der Krieg lasse sich nicht durch die Schiedsgerichtsbarkeit, sondern nur durch die internationale Organisation zurückdrängen; die Schiedsgerichtsbarkeit sei eine Funktion des Rechts und könne daher ihre volle Kraft nur in der Organisation, nicht in der Anarchie der Staaten ausüben. Mit der größeren Organisation der Welt, mit der die Konflikte der Staaten ihren heutigen anarchischen Zustand veränderten, würde auch die Macht der Schiedsgerichtsbarkeit steigen, indem ihr immer wichtigere Streitfälle überwiesen würden. Alles, was für die größere Organisation der Welt wirke, die Technik, die Weltwirtschaft usw., steigere auch die Macht der Schiedsgerichtsbarkeit. Andererseits würden aber mit der immer größeren Organisation der Welt zahlreiche Streitigkeiten ohne Schiedsgericht friedlich erledigt, wenn die Staaten ein ausreichendes Völkerrecht haben und mehr rechtlich handeln würden. Aus alledem folge, daß die internationale Organisation die Hauptsache sei. Diese internationale Organisation sei sehr wohl von der Staatenföderation zu unterscheiden und im Gegensatz zu dieser ein natürlicher Vorgang, der entstehen würde, selbst wenn es keine Friedensbewegung gäbe. Dem Grundgedanken Frieds ist ganz gewiß zuzustimmen, wenn bei seinen Ausführungen auch vielleicht die Tatsache, daß der Abschluß von Schiedsverträgen auch eine große moralische Bedeutung hat und dadurch indirekt wieder die internationale Organisation beschleunigt wird, zu wenig hervortritt. Aber es ist zu beachten, daß Fried ganz gewiß seine Ausführungen für die Gegner der Friedensbewegung geschrieben hat, die immerfort glauben, die Friedensbewegung wolle den Krieg durch Schiedsverträge aus der Welt schaffen. Denen gegenüber schadet eine scharfe Formulierung jenes Prinzips nichts. Auch bezüglich der Rüstungsstillstandsfrage hat Fried diese Taktik wiederholt erfolgreich verwertet.

Von den drei letzten Schiedssprüchen des Haager ständigen Schiedshofes finden wir das Neufundlandurteil zweimal in der „Revue de droit international", und zwar in Nr. 1 von Balch, in Nr. 2 von de Louter, ferner in dem „American Journal" Nr. 1 von Lansing besprochen. Die Autoren sind im großen und ganzen mit dem Urteile des Neufundlandschiedsgerichts im höchsten Maße einverstanden. Wie Lansing und Balch, zwei Amerikaner, betonen, ist das Urteil als ein großer Triumph der modernen Schiedsgerichtsbarkeit zu betrachten und gibt eine praktische und endgültige Lösung der schwierigen, die Kabinette Amerikas und Englands über 100 Jahre beschäftigenden Frage. Nur die Beantwortung der fünften dem Schiedsgerichte zur Entscheidung vorgelegten Frage erscheint den Autoren übereinstimmend unzutreffend und einem Kompromisse gleich zu kommen. Bekanntlich hatte sich das Schiedsgericht hierbei über die Ausdehnung des Territorialmeeres in den sogenannten Baien schlüssig zu machen. Es bestimmte, daß die Dreimeilenzone in solchen Fällen nicht dem Verlaufe der kanadischen Küste zu folgen habe, sondern der Sperrlinie, die sich durch die Verbindung der beiden Vorgebirge ergebe. Balch, Lansing und de Louter meinen mit Recht, daß diese Entscheidung in dem herrschenden Völkerrechte keine Stütze finde.

Das Urteil des Orinokoschiedsgerichts finde ich in Nr. 1 des „American Journal" von Dennis und in Nr. 2 der „Revue Générale" von Scelle besprochen. Dennis gibt keine so eingehende Kritik des Urteils wie Scelle. Er begnügt sich damit, den Verlauf des Prozesses und die Gesichtspunkte, die für die Entscheidung des Schiedsgerichts maßgebend gewesen sind, wiederzugeben, und sagt nicht, wie er das an anderer Stelle einige Monate später („Columbia Law Review", 1911, S. 500) getan hat, daß das Urteil Elemente eines Vergleiches enthält. Der Hauptwert des Aufsatzes von Dennis liegt vielmehr auf prozeßrechtlichem Gebiete. Er schildert uns, daß zwischen den Parteien Differenzen über das, was die Cases, die Countercases und Arguments enthalten sollen, entstanden, und welche Schwierigkeiten gerade in diesem Prozesse die Sprachenfrage erregte. Scelle dagegen übt schärfste Kritik an dem Urteile und bedauert, wie das auch de Melville (Eigen Haard, 1911, S. 96) getan hat, daß das Schiedsgericht die Revisionsfrage nicht prinzipiell gelöst habe. Er vermutet, das Schiedsgericht habe keiner Partei ganz Recht oder Unrecht geben wollen und daher eine entschiedene Stellungnahme zu der Frage, wie weit wesentlicher Irrtum zur Revision berechtige, vermieden. Aus dem gleichen Grunde habe es den Satz aufgestellt, daß, wenn ein Teil eines Schiedsspruchs nichtig wäre, nicht notwendig auch die anderen Teile nichtig zu sein brauchten. Er hat recht, wenn er am Schlusse sagt, die Schiedsrichter des Orinokostreites hätten sich zu sehr als „amiables compositeurs", denn als eigentliche Richter gefühlt, und warnt mit Nachdruck vor

einem solchen Verfahren, da die diplomatischen Schiedsgerichte eine Gefahr für das Völkerrecht seien. Wie Dennis betont, ist das Urteil auch in Venezuela scharf kritisiert worden.

Das Urteil des Savarkarschiedsgerichts finde ich von Hamel in der „Revue de droit international" Nr. 4, von Robin in der „Revue Générale" Nr. 3, von Kohler und Strupp in Nr. 2 bzw. deren Beiheft der „Zeitschrift für Völkerrecht" besprochen. Alle diese höchst eingehenden Begründungen sprechen ein geradezu vernichtendes Urteil über jene Entscheidung aus. In seiner Art hat mir besonders gefallen, was der Amsterdamer Universitätsprofessor van Hamel vom rein menschlichen Standpunkte zu dieser Entscheidung gesagt hat. Er spricht von der Savarkaraffäre als einem tragischen Falle, der ihn tief berührt habe. Treffend sagt Kohler: Die Haager Richter haben den Kernpunkt in dieser Sache übersehen. In Deutschland würde man kurzerhand ein Disziplinarverfahren gegen solche Richter eröffnen, die den Kernpunkt absichtlich übersehen. Aber warten wir ab. Begnügen wir uns für die Gegenwart damit, daß die Mitwelt und die Geschichte ein vernichtendes Urteil über solche Männer fällt; in der Zukunft werden wir schon eine Disziplinarinstanz schaffen. Vor mir liegen die umfangreichen Schriftsätze der beiden Parteien in dem Savarkarfalle. Was hat sich eigentlich das Schiedsgericht gedacht, als es mit keinem Worte dazu Stellung nahm?

Panamerika und Zentralamerika.

In Nr. 1 der „Revue Générale" 1911 bespricht Alvarez die Stellungnahme der amerikanischen Republiken zur Monroedoktrin auf der vierten panamerikanischen Konferenz. Bekanntlich war vor der vierten panamerikanischen Konferenz 1910 die Rede davon, daß die brasilianische Delegation im Einverständnisse mit Argentinien und Chile der Versammlung einen Vorschlag unterbreiten wollte, um die Monroedoktrin auf alle amerikanischen Länder auszudehnen. In Wirklichkeit hat aber die Konferenz gar keine Resolution in dieser Hinsicht gefaßt. Diese Tatsache klärt Alvarez in seinem Artikel auf. Er geht von der Bedeutung der Monroedoktrin aus, die lediglich aus der Notwendigkeit entstanden sei, die Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten zu Anfang des 19. Jahrhunderts gegenüber Europa zu wahren. Die Vereinigten Staaten hätten als mächtigster Staat dieses Prinzip unter ihren Schutz genommen. Dadurch sei der Irrtum entstanden, als ob die Monroedoktrin ein Prinzip lediglich Nordamerikas sei. In Wahrheit sei die Monroedoktrin ein Bestandteil des amerikanischen Völkerrechts. Man müsse sich nur hüten, die Idee der Hegemonie und des Imperialismus, die lediglich Prinzipien der Vereinigten Staaten seien, mit der Monroedoktrin durcheinander zu werfen. Auf der vierten panamerikanischen Versammlung hätte es sich also gar nicht darum handeln können, ob alle amerikanischen Staaten die Monroedoktrin als Grundsatz des amerikanischen Völkerrechts anerkennen wollten; man sei sich vielmehr über den Geltungsbereich der Monroedoktrin, der sich auf den gesamten amerikanischen Kontinent erstrecke, vollkommen einig gewesen. Der brasilianische Antrag habe nur die Vorteile der Monroedoktrin feststellen und Nordamerika den Dank der Bruderstaaten für die Beschirmung jenes Prinzips zum Ausdruck bringen wollen. Auf der Konferenz hätte man sich aber über die geeignete Fassung dieser Resolution nicht einigen können, weil man einerseits fürchtete, Europa zu verletzen, und andererseits infolge der oben erwähnten Mißverständnisse über die Monroedoktrin nicht feststand, ob nicht fernerstehende Kreise in jenem Beschlusse eine Anerkennung der nordamerikanischen Suprematie erblickt hätten. Aus diesen Gründen habe schließlich Brasilien den Antrag zurückgezogen, nachdem ihm im Prinzip alle Staaten, auch Chile, zugestimmt hätten.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen von Alvarez sei auf den Aufsatz des Florentiner Professors Cavaglieri in Nr. 3 der „Revue Générale" über die positive Lehre von der Völkerrechtsgemeinschaft hingewiesen, obwohl dieser nur teilweise über das sogenannte amerikanische Völkerrecht handelt. Der Autor führt aus, man habe sich heute von dem Naturrechte abgewandt und vertrete die Lehre vom positiven Völkerrechte; aber man wende diese positive Methode im Einzelfalle nicht immer richtig an. Dies zeige sich namentlich bei der Lehre von dem Begriffe und den Grenzen der Staatengemeinschaft. Nach der richtigen Ansicht nähmen diejenigen Staaten an der Völkerrechtsgemeinschaft teil, die die Regeln des Völkerrechts anerkannten. Im Gegensatze hierzu aber fände sich vielfach die Behauptung, zur Staatengemeinschaft gehörten diejenigen Staaten, die zivilisiert seien. Hiergegen wendet sich Cavaglieri eingehend. Er weist ferner nach, daß es ein amerikanisches, asiatisches und afrikanisches Völkerrecht überhaupt nicht gibt, sondern nur ein mondiales.

In Nr. 1 der „Revue Générale" bespricht Rey den Werdegang und die Zukunft der zentralamerikanischen Staaten. Die zentralamerikanische Konferenz hatte namentlich einen zentralamerikanischen Gerichtshof, ein zentralamerikanisches Bureau und jährliche Versammlungen vorgesehen. Unterdessen ist der Gerichtshof, der bereits zweimal funktioniert hat, und neuerdings eine eigene Zeitschrift herausgibt, sowie das Bureau errichtet worden, und die beiden ersten jährlichen Versammlungen haben 1909 zu Tegucigalpa und 1910 zu Salvador stattgefunden. Rey erklärt, daß bisher nur der zentralamerikanische Gerichtshof das geleistet habe, was man von ihm wünsche. Dagegen hätten die Konferenzen, die auf dem Gebiete des Münz-, Zoll-, Maß-, Gewichts- und Handelswesens Beschlüsse gefaßt hätten, sowie das zentralamerikanische Bureau nur wenige Resultate gehabt. Beim internationalen Bureau liege das daran, daß man ihm zu wenig Befugnisse erteilt habe. Rey befürwortet, es solle das Bureau genau so selbständig gestellt werden wie z. B. die europäische Donaukommission. Er meint, die Konferenzen hätten sich bisher an zu schwierige Aufgaben herangemacht. Rey hofft aber auf eine Besserung, nachdem ein planmäßigeres Zusammenarbeiten des Bureaus und der Konferenzen 1910 angeordnet worden ist, und wünscht die Schaffung eines Staatenbundes der fünf zentralamerikanischen Republiken.

Dritte Haager Friedenskonferenz.

Von den Plänen, die in der neueren Zeitschriftenliteratur für die nächste Haager Frie-

denskonferenz auftauchen, sei zunächst der des holländischen Professors van Vollenhoven betreffend die Schaffung einer internationalen Polizeimacht zur Exekution der Sprüche des Haager Schiedsgerichts Erwähnung getan. Ich beschränke mich hier auf die Wiedergabe dessen, was Vollenhoven in der „Revue de droit international" 1911, Nr. 3 (kurz wiedergegeben ist das Projekt auch in der „Revue Générale" 1911, Nr. 2) hierüber ausführt. Van Vollenhoven will, daß die Staaten einen Vertrag folgenden Inhalts miteinander abschließen: 1. Falls ein Staat sich weigert, einen Schiedsspruch zu erfüllen, so sollen die anderen Staaten auf Verlangen des in dem Schiedsprozesse obsiegenden Staates diesem einen Teil ihrer Seestreitkräfte zur Verfügung stellen, um dem obsiegenden Staate die Möglichkeit zu geben, dem Urteil mit Gewalt Anerkennung zu verschaffen. 2. Das gleiche soll geschehen, falls ein Staat die Rechte der Neutralen im Kriege verletzt. Dann sollen die anderen Staaten dem Neutralen ebenfalls einen Teil ihrer Seestreitkräfte zur Verfügung stellen. 3. Der internationalen Flotte sollen von den Vertragsstaaten alle Häfen und Stützpunkte zur Benutzung überlassen werden. Welche Anerkennung der Plan in Holland findet, zeigt einmal der für die Idee Vollenhovens eintretende Aufsatz van Eysingas in der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht" (1911, Nr. 5/6) über „La Police Internationale", ferner das Buch „In't Sicht der Derde Vresdesconferentie". (Dordrecht, 1911.)

Viel bemerkenswerter erscheint mir ein Plan zwecks Schaffung eines internationalen ständigen Weltbureaus, das für die sämtlichen Staaten das bedeuten würde, was das panamerikanische und zentralamerikanische Bureau für einen beschränkten Kreis der Staatengemeinschaft darstellen. Dieser Plan ist in Nr. 2 der „Revue Générale" sehr eingehend erörtert, und auch in seinem Wortlaute abgedruckt. Er ist der amerikanischen Regierung überreicht worden, damit diese ihn auf die Tagesordnung der dritten Haager Friedenskonferenz setze. In der Hauptsache hätte dieses Bureau folgende drei Aufgaben: 1. Es müßte als eine Zentralauskunftsstelle für zahlreiche Gegenstände des internationalen Lebens fungieren. 2. Es müßte eine Art ständiges Komitee zur Vorbereitung internationaler Konferenzen bilden, und 3. es müßte als Zentralpunkt über allen bestehenden internationalen Unionen stehen und deren Tätigkeit überwachen. Es ist dies ein ausgezeichneter Gedanke, der den namentlich von Fried in letzter Zeit sehr propagierten Gedanken eines paneuropäischen Bureaus modifiziert.

In seinem trefflichen Aufsatze „Arbitrage obligatoire entre Etats ou recours d'individus à une juridiction internationale?" in der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht" (1911, Nr. 5/6) befürwortet van Eysinga einen ständigen internationalen Gerichtshof, vor dem Privatpersonen gegen Schuldnerstaaten klagen können. Er weist dabei auf das Projekt des Prisenhofs und zwei Bestimmungen der von Frankreich abgeschlossenen Schiedsverträge mit Haiti und Guatemala hin, durch die den Privaten das Recht des selbständigen Auftretens vor dem Gerichtshofe gegeben wurde.

Die Januarnummer des „Advocate of Peace" enthält, wie bereits die vorhergehende Nummer, wertvolle Aufsätze über den englisch-amerikanischen Schiedsvertrag. Hervorgehoben sei ein Aufsatz von Thomas Raeburn White über „Die Einwendungen gegen die schwebenden Schiedsverträge". Er wendet sich zunächst gegen die Behauptung, die Amerikaner könnten ihre Lebensfragen nicht schiedsrichterlich erledigen, und betont, daß durch den Schiedsvertrag das Recht der Notwehr nicht beseitigt werde. Weiter widerlegt er die Behauptungen, daß sich Amerika unmöglich an die Entscheidung der Ermittlungskommission darüber, ob ein Streit, „justiciable" sei, binden könne, und daß der amerikanische Senat durch den Vertrag seines Bestätigungsrechtes beraubt würde.

Einer der herzerfreuendsten Aufsätze, den wir in der letzten Zeit gelesen haben, ist der Hold v. Fernecks in Nr. 1, 1912 der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsreecht": „Eine Lanze für den Prisenhof." Was ich schon im Maiheft 1911 der Friedenswarte ausgeführt habe, wird hier bis ins einzelne dargetan. Hold v. Ferneck ist sehr höflich, aber aus seinen Angriffen gegenüber den Erörterungen des Bonner Assessors Pohl über die rechtliche Natur des Prisenhofs klingt doch ein überlegenes Lächeln gegenüber Pohls Rückständigkeit und Unklarheit deutlich durch. Pohl ist Stubengelehrter, ohne einen Blick für die großen realen Aufgaben der Gegenwart. Die „Zeitschrift für Völkerrecht" hat sich wiederum das Verdienst erworben, einen Reaktionär von der Art Stengels in seine Grenzen zurückgewiesen zu haben.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völker-Friede (Eßlingen). Jan. O. Umfrid, Europäisches Unbehagen. — usw. usw.

Der Friede (Bern). Jan. G. C., Die Volksbataillone vor! — usw. usw.

Die Friedensbewegung (Bern). Jan. Fréd. Passy. Was wir sind und was wir wollen. — Wilh. Ostwald, Nationale Ehre. — E. Giretti, Italien und der Krieg. — usw. usw.

La paix par le Droit (Paris). No. 1. F. Passy, Ceux qu'il faut honorer: Jules Simon. — Charles Richet, l'Aviation au point de vue de la Paix. — usw. usw.

— No. 2. Fréd. Passy, Ceux qu'il faut honorer: Sully-Prudhomme et Eugène Manuel. — Léon Bourgeois. — usw. usw.

Etat-Unis d'Europe (Bern). Januar. Gaston Moch, Un Bilan Colonial. — usw. usw.

The Arbitrator (London). Jan. The Anglo-Russian Agreement. — Parlaments and Treaties. — The Naval Prize Bill. — Honouring the Memory of Sir Randal Cremer. — Anglo-German Friendship. New Year Messages from british Statesmen. — Frederik Sessious, On the Stealing of Tripolis. — Mrs. H. Bradlaugs Bonweer, Women, Liberales and Peace. — Anglo-american Peace Celebration. usw. usw.

Concord (London). Jan. Felix Moscheles, Who is responsible? — J. F. Green, Cynicism triumphant. — Josef Finn, Material Interests and Sentiment. — The Command of the Sea. — For an Anglo-German Understanding a national Compeign. — Der Menschheit Hochgedanken. — usw. usw.

The Advocate of Peace (Wash.). Jan. Public Opinion and the Arbitration Treaties. — David J. Foster, The Four Corner Stoner of the Temple of Intern. Justice. — Letter from Senator John Sharp Williams. Sabiero Shimada, Universal Peace. — President Taft, Arbitration and question of Honor. — Richard Bartholdt, Progress beyond the most sanguine Dreams. — Thomas Racburn White, The Objections of the pending Arbitration Treaties. — usw. usw.

The Cosmopolitan Student (Madison). Jan. Convention Number.

Il Popolo Pacifiste (Bonefro). Dez. Paolo Baccari, Il Pacifismo al Bivio. usw. usw.

Fredsfanan (Stockholm). Jan. C. S., Det militaristike Bedrägeriet. — Gösta Setterberg, Militarism och antimilitarism.

Fredsbladet (Kopenhagen). Jan. Vrede door Recht (Haag). Jan. A. B. van der Vies, De Verklaring von London. — De Arbitrage in de tweede Kamer.

Nemzetközi élet (Int. Leben) (Budapest). Jan. In ungar. Sprache: Harsányi, Die int. Organisation im Dienste der nat. Entwicklung. — Domherr Dr. Gießwein, Die Weltsprache und der Weltfriede. — A. H. Fried, Der militärische und der pazifistische Friedensbegriff. — usw. usw.

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Sehr eingehend befaßt sich die Presse beider Welten mit den amerikanischen Schiedsverträgen, deren Erledigung durch den Senat bald erfolgen dürfte. In der von dem ehemaligen deutschen Reichstagsabgeordneten Viereck in New York herausgegebenen Revue „Rundschau zweier Welten“ (Januarnummer) äußern sich hervorragende Deutschamerikaner, wie das Kongreßmitglied Richard Bartholdt, der Präsident des deutsch-amerikanischen Nationalbundes, Dr. C. J. Herxamer, der Präsident des deutsch-amerikanischen Bundes im Staate New York, Theodor Suter, der Herausgeber des deutsch-amerikanischen Blattes „Herold“, C. D. Wolffram u. a., über die geplanten Schiedsverträge. Entgegen der von verschiedenen alldeutschen Blättern verbreiteten Anschauung, daß sich die Deutschen der Union gegen diese Schiedsverträge auflehnen, treten diese führenden Deutsch-Amerikaner für diese Verträge ein. Richard Bartholdt sagt zum Schluß seiner Ausführungen sehr richtig: „In der Tat bedarf es wohl keiner Prophetengabe, um vorauszusehen, daß der Veitstanz der Friedensfeinde einen ähnlichen Verlauf nehmen wird, wie einst der Versuch westlicher Rothäute, die heranbrausenden Bahnzüge mittels Stricken aufzuhalten, denn die Wahrheit und der Kulturfortschritt haben ihre ewigen Rechte, und wer sich ihnen mutwillig entgegenwirft, wird von ihren Riesenrädern zermalmt werden. In der „Neuen Freien Presse“ vom 2. Februar behandelt Professor Münsterberg von der Harward-Universität das Thema in sehr ausführlicher Weise. Münsterberg ist kein Pazifist; er steht mehr auf dem Standpunkt Roosevelts oder gar Mahans, doch sieht er sich veranlaßt die Anschauung zu bekämpfen, als ob diese Verträge gegen Deutschland gerichtet wären, und er bezeichnet es als einen Fehler, daß die Reichsregierung nicht gleichzeitig mit England und Frankreich zum Abschluß eines Schiedsvertrages mit der Union gelangt sei, der auch ihr angeboten war. In der „Kölnischen Zeitung“ (20. Januar) hebt Dr. Hans Wehberg einige „Bedenken gegen den englisch-amerikanischen Schiedsvertrag“ hervor, die er in der Beschränkung des Vertrages auf „rein rechtliche“ Streitigkeiten erblickt, für die es, wie er richtig ausführt, kein scharfes Kriterium gibt. Daraus ergeben sich Unklarheiten, die der Schiedsgerichtsbarkeit nicht förderlich sein können. Die „Kölnische Volkszeitung“, die sonst sehr energisch für die Schiedsgerichtsbarkeit und die Weltorganisation eintritt, macht merkwürdigerweise in ihrem Artikel vom 19. Januar, „Das englisch-amerikanische Schiedsgerichtsprojekt“ betitelt, gegen diese mobil und leistet sich die bereits genügend abgetane Phrase, daß jene Verträge „friedensgefährlich“ seien. Natürlich versucht auch die „Kreuz-Ztg.“ in einem in der Nummer vom 25. Januar erschienenen New Yorker Brief über „Heftige Konflikte wegen der Schiedsgerichtsverträge“ die Sache so darzustellen, als ob die Verträge gegen Deutschland gerichtet seien, England ja sonst keinen so großen Wert darauf legen würde (!), und das Blatt mit dem eisernen Kreuz an der Stirn dreht die Tatsachen so um, als ob die Ver. Staaten einen solchen Vertrag mit Deutschland gar nicht abschließen wollten, sondern die Absicht hätten, ihn für alle Zeiten „temporär ruhen“ zu lassen. Als aber die Nachricht eintrifft, daß Staatssekretär Knox im National Press Club in Anwesenheit des deutschen Botschafters Grafen Bernstorf einen Vortrag über die Schiedsverträge gehalten hat und sich dabei gegen die gehässige Annahme wehrte, als seien die Verträge gegen Deutschland gerichtet, da schreibt die „Kreuzzeitung“ am 31. Januar, „daß der deutschfeindliche (!) Staatssekretär Knox mit der Persönlichkeit des deutschen Botschafters Reklame (!) für seine Schiedsverträge zu machen suchte“ (!). Einen vernünftigen Artikel über die Verträge enthält der Bericht des New Yorker Korrespondenten des „Berliner Tageblatt“, M. Baumfeld (25. Januar), worin die Lauterkeit der Absichten Tafts und Knox' bewiesen wird.

Ueber die Reden Viscount Haldanes, die soeben in einem Bande gesammelt unter dem Titel „Universitees and National Life“ erschienen, schreibt Professor Dr. C. Sieper in München in der „Kölnischen Zeitung“ (8. Januar) unter der Ueberschrift „Universitäten und nationales Leben“. Er führt verschiedene pazifistische Aeußerungen des englischen Kriegsministers an, vergißt aber zu erwähnen, daß die hervorragende Rede, die Haldane im August in Oxford über das Verhältnis zwischen Deutschland und England gehalten hat, auch in deutscher Sprache erschienen ist und kostenlos verbreitet wird. Der Berliner Professor Alois Brandl weist in seinem, ebenfalls dem englischen Kriegsminister gewidmeten Artikel in der „Internationalen Monatschrift“ (Dezember 1911), „Der englische Kriegsminister und die deutschen Universitäten“ betitelt, auf jene im Verlag der Friedenswarte erschienene Rede hin.

Trotz der in der Friedenswarte erschienenen Darlegung über den rein privaten Charakter des französischen Hetzblattes „La France militaire", fahren deutsche Zeitungen fort, ihren Lesern vorzureden, daß es sich um ein amtliches Organ der französischen Regierung handelt. So der „Schwäb. Merkur" in einem Artikel „Französische Liebenswürdigkeiten" (8. Januar), so die „Deutsche Zeitung" in ihrem Artikel „Unser Rückzug" (10. Januar), wo es heißt: „In diesem Stil wagt heute . . . das amtliche Blatt des französischen Heeres über Deutschland zu sprechen." Solche Fälschung zum Zwecke der Verhetzung!

Ueber den Aufruf, den der Verband für „Internationale Verständigung" kürzlich erlassen hat, äußern sich die chauvinistischen Blätter höchst bezeichnend. So sagt die „Deutsche Tageszeitung" (31. Januar): „Alles in allem werden wir uns freuen, wenn die Oeffentlichkeit sich mit dieser Vereinigung möglichst nur dann zu befassen haben wird, wenn sie — sich eines Tages aus Langeweile auflöst!" Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" (11. Januar) ist es „ein Rätsel" warum sich „gerade die Deutschen zu einem Verband für internationale Verständigung zusammenschließen müssen." Die „Braunschweigische Landeszeitung" nennt die Unterzeichner des Aufrufes „kosmopolitische Schwarmgeister", „Träumer" und „Nebulisten".

Die famose „Post", die den Ausgang der Wahlen nicht überwinden kann, betitelt einen Leitartikel ganz dreist: „O Herr, gib wieder Krieg!" Mit Recht ruft das „Berliner Tageblatt" (3. Februar) nach einem „leistungsfähigen Eisbeutel für den überhitzten Kopf dieses schätzbaren Zeitgenossen".

(Bibliographie): I. Friedensbewegung im allgemeinen: Prof. Zorn, England und Deutschland. „Köln. Ztg." 24. I. * Emile Vandervelde, Der afrikanische Krieg. „Dokumente des Fortschritts." Jan. * Georg Jeiteles, Der Weltbund. „Die Leuchte" (Lennepp) Nr. 1 u. 2 * Maurice Delpeuch, Le Pacifisme et l'Idée de Justice. „Journal d'Allemagne". 19. I. * Die Ueberwindung des Krieges durch den Sozialismus. „Leipziger Volkszeitung." 11. I. * Beda Prilipp, Berta von Suttner und die Eroberung der Luft. „Vossische Ztg." 21. I. * Ludwig Pohlner, „Hochgedanken der Menschheit". „Berliner Tageblatt." 29. I. * Marie Holzer, Ein neues Buch Bertha von Suttners. „Leipziger Neueste Nachr." 26. I. * Le Bureau Européen de la dotation Carnegie pour la Paix International. „Le Temps." 23. I. * Der Krieg in den Lüften. „Neues Wiener Journal." 24. I. * Alfred H. Fried, Diplomacy must be reorganized. „The Times." (South Bed. Ind.) 30. XII. — „The Farmer." 30. XII. — „The Johnstowne Tribuna." 30. XII. — „The Detroit Times." — „Springfield Daily News." 30. XII. — „The Evening Herald" (Erie). 30. XII. — „The Daily Standard Union" (Brooklyn). 30. XII. — „The Daily Commonwealts" (Fond du Lac, Wisc.). 30. XII. — „The Marion Daily Star." 30. XII. * Ders., Die „Berechtigung" des Krieges. „Neues Wiener Journal." 9. II.

II. Die internationale Politik: Bertha von Suttner, Die Friedensgerichtsaktion des Präsidenten Taft. „Breslauer Generalanzeiger." 4. II. — „Generalanzeiger f. Frankfurt a. M. 2. II. * Jean Grand-Carteret, Un Appell aux Intellectuelles de la France et d'Allemagne. „Journal d'Allemagne." 21. I. * Sir Thomas Barclay, Eine deutsch-englisch-französische Verständigung? „Berliner Neueste Nachrichten." 8. I. * Dr. Rob. Scheu, Soll das Bündnis mit Italien erweitert werden? „Neues Wiener Journal." 27. I. * Louis Viereck, Die Landung in Esbjerg. „Rundschau zweier Welten" (New York). Jan.

III. Völkerrecht: Dr. Hans Wehberg, Die amerikanische Gesellschaft für internationale Gerichtsbarkeit. „Zeitschrift des internationalen Anwaltsverbandes" (Wien). Jan. * Ders., Englische Ansprüche gegen Rußland wegen der Wegnahme des Schiffes Oldhamia. „Zeitschrift für Versicherungswesen" (Berlin). 10. I. * Ders., Der mitteleuropäische Wirtschaftsverein und die Verfolgung von Ansprüchen gegen Schuldnerstaaten. „Mitteilungen des Handelsvertragsvereins" (Berlin). 5. I. * Ders., Die Wegnahme des Postdampfers „Carthage". „Der Tag." 21. I.

IV. Internationales: Die Schaffung einer internationalen Genossenschaftsstatistik. „Blätter für Genossenschaftswesen" (Berlin). 20. I. * Dr. Wilh. Exner, Internationalismus. „Berliner Börsen-Courier." 28. I.

V. Wirtschaftliches: Finanzwirtschaft und internationale Rüstungen. „Frankfurter Ztg." 20. I. * Die italienischen Staatsfinanzen und der Krieg. „Frankfurter Ztg." 23. I. — Vom deutschen Wehrverein. „Tägl. Rundschau." 25. I.

BRIEFKASTEN

G. v. G., Wiesbaden. Ein Artikel in der angedeuteten Richtung wäre mir willkommen.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

II. Volkstümlicher Vortragszyklus.

Der große Erfolg des im vorigen Jahre abgehaltenen Vortragszyklus veranlaßte den Vorstand, auch heuer einen solchen zu veranstalten. Es ist uns gelungen, einige hervorragende Persönlichkeiten zu gewinnen, so daß der Zyklus auf zehn Vorträge erweitert werden konnte. Ferner erhielten wir die Bewilligung des Rektorates der Wiener Universität, die Vorträge in einem dortigen Hörsaale abhalten zu dürfen. Den ersten Vortrag hielt am 1. Februar Vorstandsmitglied Arthur Müller unter dem Titel: „Was will die Friedensbewegung". Am 8. Februar sprach Hochwürden Kooperator Joh. Berger über: „Die religiösen Motive der Friedensbestrebungen"; endlich am 15. Februar Alfred H. Fried über „Panamerika". Die Zahl der Anmeldungen zum Vortragszyklus beträgt über 400. Die Vorträge selbst wurden sehr beifällig aufgenommen und es fand nach jedem solchen eine lebhafte Diskussion statt.

Bei den noch abzuhaltenden Vorträgen werden sprechen: 22. Februar: Universitäts-Professor Dr. Leo Strisower: Die Haager Konferenzen und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. 29. Februar: Hofschauspieler Heinrich Prechtler: Rezitationen. 7. März: Universitäts-Dozent Professor Dr. Oswald Richter: Naturwissenschaft und Friedensbewegung (Die Pflanzen und Tiere als Lehrmeister des Friedens) mit Demonstrationen. 14. März: Rudolf Goldscheid, Präsident der soziologischen Gesellschaft: Menschenökonomie und ihre Beziehungen zur Friedensbewegung. 21. März: Vizepräsident Professor Dr. Rudolf Kobatsch: Krieg und Frieden im Lichte der Volkswirtschaftslehre. 28. März: Professor Dr. Josef Longo, Leiter des Landerziehungsheims in Mödling: Jugenderziehung und Friedensbewegung. 4. April: Baronin Bertha Suttner: Erinnerungen und Erfahrungen.

Schule und Friedensbewegung.

Der Vorstand unserer Gesellschaft veranstaltet im Laufe dieses Jahres ein Preisausschreiben für Lehrkräfte der österreichischen Volks-, Bürger- und Mittelschulen, für die beste Arbeit über das Thema: „Wie würde ich mit meinen Schülern den 18. Mai (Gedenktag der I. Haager Friedenskonferenz) feiern?“ Es gelangen zur Verteilung: 1 Preis zu 200 Kronen, 1 Preis zu 150 Kronen, 2 Preise zu 100 Kronen, 3 Preise zu 50 Kronen.

Außerdem werden besonders hervorragenden Arbeiten, die keinen Preis erhalten haben, ehrenvolle Anerkennungen erteilt oder Bücher als Preise verliehen.

Die Arbeiten sollen womöglich in deutscher Sprache verfaßt werden; sofern sie in einer anderen österreichischen Landessprache verfaßt sind, ist eine vollständige deutsche Uebersetzung anzuschließen, in welchem Falle es nicht auf die Sprachrichtigkeit, sondern auf die erschöpfende Darstellung ankommt. In der Ausarbeitung des Themas ist den Verfassern volle Freiheit gelassen, doch ist an eine Feier gedacht, die den Zeitraum von 1—2 Lehrstunden nicht überschreitet. Die Arbeiten sollen den Umfang von höchstens 3000 Worten, gleich 16 Druckseiten haben, dürfen nur einseitig geschrieben und müssen deutlich lesbar sein. Die eingesandten Arbeiten dürfen keine Namensangabe enthalten, sie sind vielmehr mit einem Kennworte oder Spruche zu versehen, außerdem haben die Einsender in einem versiegelten Briefumschlage, welcher außen mit dem gleichen Kennworte oder Spruche versehen ist, eine genaue Namens- und Wohnungsangabe beizufügen.

Um die Preise können sich alle in öffentlichen und privaten Diensten stehenden Lehrpersonen der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder ohne Unterschied der Stellung und Nationalität bewerben.

Schluß der Einsendung ist der 15. September 1912. Nach diesem Tage einlangende Arbeiten können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Oesterreichische Friedensgesellschaft behält sich das Recht vor, die preisgekrönten Arbeiten innerhalb zweier Jahre nach Zuerkennung der Preise zu veröffentlichen; nach dieser Zeit haben die Verfasser das freie Verfügungsrecht darüber.

Als Preisrichter werden tätig sein: Ludwig Demal, Schulleiter, Winklarn; Josef Diesner, Bürgerschullehrer; Alfred H. Fried, Schriftsteller; Alois Grasmaier, Lehrer, Neumarkt (Steiermark); Karl Heinl, Lehrer, Chodau; Karl Jordan, Fachlehrer; Dr. Ludw. Karell, k. Rat, Schriftsteller; Dr. Rudolf Kobatsch, Professor an der Konsularakademie; Dr. Josef Longo, Professor am Francisco-Josephinum, Mödling; Dr. Wladimir Misař, Realschulprofessor; Arthur Müller, Schriftsteller; Ernst Nedl, Lehrer, Dux; Gräfin Hedwig Pötting, Stiftsdame; Dr. Oswald Richter, Dozent an der Wiener Universität; Georg Schmiedl, Fachlehrer; Johann Storch, Fachlehrer, Petschau; Baronin Bertha v. Suttner; Thomas Unterlercher, Schulleiter, Treffling (Kärnten); Josef Werner, Lehrer, Ober-Preschkau; Dr. Franz Wollmann, Direktor der Lehrerbildungsanstalt in Krems.

Vorträge.

In der Mitgliederversammlung des Bildungsvereins in Koken (Böhmen) hielt der Obmann des Vereins, Oberlehrer Ig. Hoffmann, einen Vortrag über „Zweck und Ziele der Friedensbewegung“, welcher allgemeinen Beifall fand.

Am 10. d. M. hielt unser Mitglied Richard Altar auf Aufforderung der freien akademischen Vereinigung der Mathematiker und Physiker im Hörsale des mathematischen Seminars an der Wiener Universität einen Vortrag über „Die moderne internationale Friedensbewegung“.

Hauptversammlung der Ortsgruppe Marienbad.

Am 25. Januar fand im Hotel „Englischer Hof“ die IX. Hauptversammlung der Ortsgruppe statt. Sämtliche bisherigen Funktionäre wurden wiedergewählt, bis auf den Schriftführer Dr. Philipp Goldberger, der wegen Domizilveränderung gezwungen war, seine Stelle niederzulegen. An seine Stelle trat Herr Redakteur Wilhelm Moroder. Dr. Goldberger gehörte seit Gründung der Ortsgruppe dem Vorstand an und wirkte stets unermüdlich für unsere Bewegung. Durch seinen Abgang verliert die Ortsgruppe einen bewährten Mitkämpfer.

Wiener akademischer Friedensverein.

In der am 16. Dezember 1911 abgehaltenen Generalversammlung wurden Rudolf Bronald (als Kassierer), Dr. Anton Köllinger, Ing. Robert Korpitsch und Ing. Max Ried (als Obmann) wiedergewählt und cand. jur. Egon Meider (als Schriftführer) neu in den Vorstand entsendet. Zu Kassenrevisoren wurden abermals Dr. Rudolf Müller und Dr. H. Veigl bestellt. Auf einhelligen Vorschlag des Vorstandes wurde sodann der Schriftsteller Alfred H. Fried zum Ehrenmitglied des Wiener akademischen Friedensvereins ernannt.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.
Druck: Pass & Garleb G.m.b.H., Berlin W.57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien.

März 1912.

Zweckverband Europa.

Wir haben kürzlich eine Organisation sich gestalten sehen, die uns im beschränkten Umfange als ein Abbild dessen erscheint, das wir erweitert für ganz Europa benötigen. Es ist der Zweckverband Berlin in dem sich einige dreißig oder vierzig an sich selbständige Gemeinden zur besseren Durchführung gewisser gemeinsamer Angelegenheiten, zur besseren Vertretung gemeinsamer Interessen zusammengefunden haben. Bislang herrschte hier völlige Anarchie. Aus politischen Gründen wollte die preußische Regierung zur Schaffung eines Groß-Berlin, das ist zur Einverleibung der Berlin umgebenden Vororte, ihre Einwilligung nicht geben. So entstand das Anormale, daß die Großstadt alle möglichen Lasten eines weltstädtischen Gemeinwesens auf sich nehmen mußte, ohne die Vorteile der Einnahmen aus einer stets anwachsenden Bevölkerung zu genießen. Die steigende Einwohnerzahl Berlins kam den Vororten zugute. Dadurch entstanden Gegensätze, die schließlich wieder den Nachteil eines jeden einzelnen Ortes bildeten, und im allgemeinen die Bevölkerung in Berlin und seinen Vororten auf das empfindlichste trafen. Diese Vororte wuchsen selbst zu großen Städten an und entwickelten große Bedürfnisse auf dem Gebiete des Verkehrs, der Sanitätspflege, der Nahrungsmittelversorgung, des Sicherheitsdienstes usw., die infolge der vielfach entgegenwirkenden Maßnahmen der einzelnen autonomen Behörden nur unter schweren Opfern oder gar nicht erfüllt werden konnten. Es war nun ein Gebot der Vernunft, die Befriedigung der Bedürfnisse und die Interessen zu organisieren. Wenn sich auch die Menschen dagegen wehrten, die Logik der Dinge — jene Kraft, der wir jeden Fortschritt verdanken — trieb dazu, daß die vernünftige Forderung verwirklicht wurde. Der Zweckverband Berlin, der die Anarchie des Gemeindebetriebes in und um Berlin beseitigte, ist heute Wirklichkeit.

Das, was hier für drei Millionen Einwohner geschehen ist, muß sich auch für die vierhundert Millionen Einwohner der größeren Gemeinde Europa über kurz oder lang vollziehen. Das Bedürfnis ist dort das gleiche wie hier, und seine Erfüllung eine ebenso große Notwendigkeit. Hier wie dort leiden die Bewohner unter der Zersplitterung der Verwaltung der von ihnen bewohnten Bodenfläche. Hier wie dort sehen wir ein Hinauswachsen der Interessen der Menschen über die Grenzen des Verwaltungsgebietes. Alle wirklich wichtigen und großen Bedürfnisse und Interessen ragen heute weit über den Rahmen des Staates hinaus. Aber jenseits der Grenze des Staates hört dessen Macht auf, stößt das Interesse der Staatsangehörigen auf feindlichen Widerstand. Dieses Schicksal widerfährt jedoch jedem Volke; jedes sieht im andern das Hemmnis der Entwicklung der größten Interessen seiner selbst. Diese Gemeinsamkeit des Schicksals ist jetzt die Quelle des Unheils, die Europa drückt; es ist die zwischenstaatliche Anarchie. Durch etwas Besinnung könnte gerade diese Gemeinsamkeit die Quelle unsäglicher Vorteile, die Erfüllung der Bedürfnisse aller werden. Das Eingreifen der Vernunft vermöchte die Anarchie in Harmonie zu wandeln. Es brauchte nur zu geschehen, was jetzt in Berlin geschehen ist. Die Staaten hätten nicht sich selbst — wie man früher in der Verzweiflung glaubte fordern zu müssen —, sondern lediglich jene Interessen zu organisieren, die ihnen allen gemeinsam sind.

Wir haben hier den Schlüssel zu einem schwierigen Problem. Früher glaubte man, man könnte den Vorteil des eigenen Volkes nur durch die Bezwingung der andern Völker sichern. Später fiel man von dem

einen Extrem ins andere und setzte an die Stelle der als Ausweg aus dem Dilemma gedachten Unterjochung der anderen die völlige Verschmelzung aller, die Umwandlung der Staatenwelt zu einer politischen und wirtschaftlichen Einheit. Das eine war ebenso unmöglich wie das andere und konnte deshalb nie realisiert werden. Europa konnte weder kosakisch noch republikanisch werden. Napoleons Prophezeiung rechnete nicht mit der Kraft der mittleren Linie, die ja doch immer die stärkste ist. Der Gedanke der „Vereinigten Staaten von Europa" war utopisch. Schon deshalb, weil er die Konstruktion eines sozialen Gebildes voraussetzte, während sich ein solches nur organisch entwickeln kann. Man kann die europäische Gemeinschaft nicht konstruieren, man muß sie züchten. Im Zweckverband liegt die Lösung. Schon die Bezeichnung wirkt versöhnend, schon der Name beseitigt alle Gegnerschaften und Hindernisse. Er bezeichnet eine Vereinigung, die nicht die Selbständigkeit der einzelnen aufhebt, sondern nur dazu da ist, bestimmte, den einzelnen Staaten gemeinsame Bedürfnisse besser erreichbar zu machen. Die Staaten sollen nicht mehr wie in der Föderationsidee dem Zweck geopfert werden, sondern der Zweck wird den Staaten dienstbar gemacht. Sie suchen darin nicht, ihre Hindernisse einzeln zu überwinden, wodurch sie kräftevergeudend gegeneinander geführt werden, sondern gemeinsam; wodurch das Hindernis überhaupt aufhört, Hindernis zu sein.

Der Zweckverband Europa ist keine Utopie. Er ist die Forderung von heute und die Wirklichkeit von morgen. Vielleicht schon zur Hälfte die Wirklichkeit von heute. Dieser Verband erfüllt sich schon, wenn er auch in seinen heute wahrnehmbaren Vorerscheinungen noch nicht das Ganze verheißt. Jedenfalls ist es ein Ziel, das greifbar naheliegt, das werden muß; entweder durch die Mithilfe der Menschen, die heute das große Gemeinwesen Europa bewohnen, oder trotz ihrer durch die Logik der Dinge.

Der gemeinsamen Angelegenheiten gäbe es in Fülle. Und würde man erst darangehen sie zu organisieren, würde man erstaunt sein, wie sich die der gemeinsamen Regelung unterwerfbaren Angelegenheiten mehren würden. Unsere ganze neuzeitliche Kultur, unsere gesamte Wirtschaft, alle unsere sozialen und wissenschaftlichen Bedürfnisse sind heute ihrem Wesen nach gemeinnational. Solange auf diesen Gebieten nur einseitig national gearbeitet wird, oder so lange man sich immer nur von Fall zu Fall über das Gemeinsame verständigt, wird der höchstmögliche Ertrag der Arbeit nicht erreicht, das vorhandene Bedürfnis nicht voll befriedigt. Das sind Binsenwahrheiten, die in ihrer Richtigkeit zu erkennen, die Menschen nur durch das Gift des übertriebenen Nationalismus gehindert werden. Wo der Nationalismus ausgeschaltet wird, wo es sich um Angelegenheiten im innern Staatsleben handelt, da werden die Handlungen der Menschen schon ganz allgemein auf Grund dieser Erkenntnis eingerichtet. Etwas, das aber innerhalb des Staates vernünftig ist, kann nicht aufhören, vernünftig zu sein, wenn es zwischen den Staaten zur Anwendung kommt.

Was der Zweckverband Europa zu erfüllen hätte ist ganz deutlich zu ersehen aus einer bereits bestehenden Einrichtung, deren zunehmende Bedeutung den Europäern wohl zu denken geben müßte. Es ist dies die Pan-amerikanische Union, die für die westliche Halbkugel die Rolle eines solchen Zweckverbandes bedeutet. Ich habe hier wiederholt auf die hohe Bedeutung und auf die rasche Entwicklung hingewiesen, die jene Vereinigung aller Staaten eines Kontinents genommen hat und habe hier versucht, den Vorurteilen und der falschen Auffassung zu begegnen, die man in Europa noch immer glaubt, dieser Vereinigung entgegenbringen zu müssen. Ich will hier auf die Bedeutung dieser Union und ihre wirklichen Ziele nicht näher eingehen. Es sei in dieser Beziehung auf mein Buch „Pan-Amerika" (Berlin, Verlag Maritima 1911) verwiesen, aus dem man sich zur Genüge orientieren kann. Aber um ein Bild der Wirksamkeit und der großen Entwicklung dieses amerikanischen „Zweckverbandes" zu geben, möchte ich hier kurz zusammenziehen, was die pan-amerikanische Union in den dreißig Jahren ihres Bestandes geleistet hat. Das Organ dieser Union sind die sogenannten pan-amerikanischen Konferenzen, deren bis jetzt vier abgehalten wurden (die letzte 1910; die fünfte ist für 1914 festgesetzt), und das „Pan-Amerikanische Bureau".

Aus den Konferenzen rühren bis jetzt folgende Ergebnisse her:

1. Das von sämtlichen amerikanischen Regierungen erhaltene pan-amerikanische Bureau in Washington. Eine offizielle Einrichtung, die vor 20 Jahren als einfaches Zoll-Informationsbureau begründet wurde, heute die Zentralstelle der gesamten pan-amerikanischen Union ist und sich zu einer Art „Ministerium des Innern" der amerikanischen Statengemeinschaft entwickelt hat.

2. Die von den Regierungen errichteten pan-amerikanischen Komitees in jedem Lande, deren Aufgabe es ist, die Verbindung mit der Zentralstelle in Washington aufrechtzuerhalten.

3. Die interkontinentale Eisenbahn, die den gesamten Kontinent von Norden nach Süden durchschneiden und alle amerikanischen Hauptstädte miteinander verbinden wird. Von den 10 000 englischen Meilen sind bereits 6000 ausgebaut.

4. Der Ausbau der interamerikanischen Seeschiffahrt.

5. Die Regelung der Schiffahrt auf den internationalen Gewässern.

6. Maßnahmen zur Vereinheitlichung, Regulierung und Vereinfachung des Zollverfahrens.

7. Die Errichtung einer ständigen Zollkommission.

8. Die Veranstaltung von Zollkongressen.

9. Regelung des Münz-, Maß- und Gewichtswesens.

10. Projektierung einer internationalen amerikanischen Bank mit Zweigniederlassungen in allen Hauptstädten.

11. Regelung des Hafenverkehrs und der Konsulardienste.

12. Errichtung einer Sammlung der wichtigsten Landesprodukte.

13. Herausgabe eines Handelswörterbuches in den vier amerikanischen Sprachen.

14. Errichtung einer ständigen Kaffeekommission.

15. Abhaltung von Kaffeekongressen.

16. Abmachungen über das Sanitätswesen.

17. Errichtung von Sanitätsämtern in Washington und Montevideo.

18. Abkommen über die Auslieferung von Verbrechern.

19. Abkommen über die Fremdengesetzgebung.

20. Errichtung einer internationalen Kommission zur Kodifikation des amerikanischen Privatrechts.

21. Abhaltung von Privatrechtskonferenzen.

22. Abkommen über das Patent- und Musterschutzwesen.

23. Verträge über den Schutz des geistigen Eigentums.

24. Abkommen zum Schutz der Naturreichtümer.

25. Aufstellung eines Inventars der natürlichen Hilfsquellen.

26. Regelung des Volkszählungswesen.

27. Schaffung einer Kommission zum Studium und zur Bewahrung der amerikanischen Altertümer.

28. Errichtung eines amerikanischen Museums der Natur- und Kunstprodukte.

29. Errichtung bibliographischer Aemter.

30. Organisierung eines Professoren- und Studentenaustausches.

31. Abhaltung großer wissenschaftlicher Kongresse.

32. Abschluß eines Schiedsvertrages für Geld- und Entschädigungsansprüche.

33. Beschluß gemeinsamer Haltung auf Weltkongressen (z. B. auf der II. Haager Konferenz bezüglich der Schiedsgerichtsbarkeit und der Drago-Doctrin).

34. Ehrung hervorragender amerikanischer Politiker, Gelehrter, Forscher, Techniker, Philantropen usw.

Diese und ähnliche Dinge könnte vielleicht mit noch größerem Erfolg, wie es in Amerika der Fall ist, der Zweckverband Europa erfüllen. Es gibt genug Gebiete, auf denen eine gemeinsame Arbeit aller europäischen Staaten eine Förderung des Gesamtwohls leicht und rasch herbeiführen könnte. Viele Maßnahmen, die heute bereits durchgeführt werden, aber, weil sie nur von Fall zu Fall unternommen werden, sehr langwierig und schwierig zustandekommen, und noch mehr solche Maßnahmen, die aus eben diesen Gründen unterlassen werden, könnten von einer ständigen europäischen Zentrale — eines paneuropäischen Bureaus — mit Hilfe regelmäßiger europäischer Konferenzen getroffen bzw. beschleunigt werden. Eine derartige Vereinigung hätte gar keinen politischen Charakter; sie würde lediglich eine Gesamt-Verwaltungs-Union bilden, wie wir Einzelunionen für bestimmte Zwecke, besonders mondialer Natur, schon zahlreiche haben.

Die Teilnehmer würden ihre vollständige staatliche Unabhängigkeit bewahren, ohne unter ihr leiden zu müssen. Trotzdem würde ein solcher „Zweckverband" unbedingt auch die politischen Beziehungen in heilsamer Weise beeinflussen. Die ständige wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit würde die gegenwärtige wirtschaftliche und kulturelle Abhängigkeit All-Europas zum Ausdruck bringen, so daß die politischen Konflikte mit der Zeit ihre gefahrdrohende Schärfe verlieren und die Mittel einer ausgleichenden Beilegung leichter gefunden werden würden, als bislang. Gerade im Hinblick auf diese politische Nachwirkung ist die Schaffung eines lediglich europäischen Zweckverbandes der eines mondialen vorläufig vorzuziehen. Die europäischen Staaten sollen sich erst daran gewöhnen ihre rein europäischen Angelegenheiten gemeinsam zu behandeln, ohne sie durch Welteinflüsse vorher zu komplizieren. Wo es sich um weitergehende Abmachungen handelt, werden diese am besten nach wie vor durch Weltkonferenzen oder die ständigen Weltbureaus erledigt werden. Vielfach wird auch ein Zusammengehen des amerikanischen Verbandes mit dem europäischen genügen.

Vielleicht ist gerade jetzt der Zeitpunkt gekommen, den Vorschlag zur Schaf-

fung einer paneuropäischen Union oder, wie es besser genannt wird, eines Zweckverbandes Europa in den Vordergrund der Erörterungen zu stellen. Wir stehen vor einer entscheidenden Wendung in der europäischen Politik. Wenn die anglo-deutsche Verständigung zustandekommt, ist Europa reif und bereit zur Kooperation, ist der Friede auf diesem Erdteil dauernd gesichert. Da wäre der Zeitpunkt, wo eine erleuchtete Regierung eines großen Staates zum Sammeln blasen und die zerwühlten und zerrütteten Verhältnisse auf diesem alten Kulturboden dadurch völlig sanieren könnte.

Es wäre dies eine Aufgabe, die des Deutschen Reiches würdig wäre und deren Erfüllung dem deutschen Volke mehr Erfolg bringen könnte, als ein siegreicher Krieg. Es wäre ein Friedenspfand, das Deutschland ganz Europa bieten würde, wenn es die Initiative ergreifen wollte zur Organisierung des „Zweckverbandes Europa" mit dem Sitz eines europäischen Bureaus in Berlin, das dadurch von der Reichshauptstadt zur Hauptstadt Europas avancieren würde. A. H. F.

Der Krieg — ein Gebot Gottes.

Von Richard Gädke, früher Oberst.

Im preußischen Abgeordnetenhause hat der Abgeordnete Hoffmann den Krieg einen „Hohn auf Gott, auf das Christentum und auf die Menschlichkeit" genannt und ist dafür von dem konservativen Präsidenten von Erffa — man muß seinen Namen der verdienten Unsterblichkeit überliefern — zur Ordnung gerufen worden. Verständlich wird dieser Vorfall nur, wenn man sich erinnert, daß der Präsident ein preußischer Junker und der gemaßregelte Redner ein Sozialdemokrat ist. Die Anwesenheit dieser „Umstürzler" allein im preußischen Dreiklassenparlament wirkt auf die Beherrscher Deutschlands wie auf den Stier das rote Tuch, und sie geben sich darum bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit Mühe, von der Höhe ihrer eigenen Kulturentwicklung, Sittlichkeit und Erziehung herab jene aufrührerische Menschenklasse zu belehren und „zu sich heraufzuziehen". Das Unverständigste, hier wird es Ereignis.

Im deutschen Reichstage hat man den guten Geschmack gehabt, ein Bild von dem Platze über der Präsidententribüne zu entfernen, das Kaiser Wilhelm I. darstellt, wie er über das Schlachtfeld von Sedan reitet. Man hatte das feine Empfinden, daß das Gemälde, so hoch auch seine künstlerischen Eigenschaften sein mochten, in einer gesetzgebenden Versammlung nicht recht angebracht sei. Im preußischen Abgeordnetenhause ruft man einen Mann zur Ordnung, der den Krieg einen „Hohn auf Gott, auf das Christentum und auf die Menschlichkeit" nennt. Nichts kann bezeichnender sein für den Grad von Heuchelei, durch die unsere Oberschicht die Gebote der Religion in Einklang bringt mit den brutalen Instinkten ihrer Herrschsucht und ihrer Gewaltpolitik. Nichts aber auch erklärt es besser, warum das deutsche Volk, obwohl doch in seiner überwiegenden Mehrheit so fügsam, so gutgläubig, so gesittet und wohl erzogen wie irgendeines auf der Welt, überall ringsum bei den Nachbaren so wenig Zuneigung findet; nichts macht das Mißtrauen verständlicher, das diesem auf friedlichen Erwerb erpichten Volke unentwegt kriegerische Pläne und Eroberungsabsichten unterstellt. Wenn der Ordnungsruf, der bei der reaktionären Mehrheit lebhaften Beifall auslöste, den Geist dieser Parteien richtig deutet, dann sollte man über dem Präsidentensitze ein Gemälde anbringen, das den apokalyptischen Reiter darstellt, und darunter in goldenen Lettern die Inschrift:

„Der Krieg ist ein Gebot Gottes,
des Christentums, der Menschlichkeit."
v. Erffa, am 1. März 1912.

Ihm gegenüber aber ein anderes Gemälde mit dem Tempel des Krieges, auf dessen weitgeöffneten Toren die Worte prangen, die Dante über den Eingang seiner Hölle gesetzt hat:

„Mich schuf, der allgerecht bestraft und lohnt,
Gott Vater, mächtig schon vor irdischen Tagen,
Gott Sohn und der im Geist der Liebe thront!
Von Ewigkeit bin ich — für Ewigkeiten:
Die Hoffnung laßt zurück beim Weiterschreiten!"

In der Tat, wir müßten alle Hoffnung zurücklassen, wir, die wir wünschen, daß allmählich der Krieg aufhören werde, ein normales Mittel des Völkerverkehrs zu sein. Müßten sie zurücklassen, wenn jener Ordnungsruf auch nur einen Schein von Berechtigung haben würde. Er soll die religiösen Gefühle der Mehrheit gröblich verletzt haben. Was sind das für religiöse Gefühle! Wenn um die Wende des dreizehnten zum vierzehnten Jahrhundert Dante den Gott der Liebe ausdrücklich zum Erfinder der Höllenstrafen macht, so kann man das aus der religiösen Auffassung eines der Barbarei noch nicht entronnenen Zeitalters und aus dem persönlichen Racheempfinden eines leidenschaftlichen Politikers erklären. Wenn aber im Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts in einer „Volksvertretung" der Krieg nicht als ein Hohn gegen den Willen Gottes, als des Inbegriffs der Liebe und Weisheit bezeichnet werden darf, so ist das ein so bedauerliches Ereignis, daß kein Wort der Entrüstung ihm gegenüber stark genug erscheint.

Man mag wohl der Ansicht sein, daß noch auf lange hinaus der Krieg kein überwundener Standpunkt sein wird; man mag selbst so pessimistisch denken, ihn als ein notwendiges Uebel für alle Zeit zu betrachten. Aber daß er dem in das Gesicht schlägt, was wir als erhabenste Lehren jeden religiösen Empfindens, was wir als Ideal der Sittlichkeit und als Ziel menschheitlicher Entwicklung anzusehen gewohnt sind, das dürfte niemand leugnen, bei dem verbissener Parteigeist nicht jedes Gefühl für Gerechtigkeit und Anstand, jede Fähigkeit besonnenen Abwägens zerstört hat.

Wir sehen es gewiß alle Tage, daß immer wieder die Elementartriebe des Tieres den Fortschritt der Menschlichkeit hemmen, sobald die Leidenschaft Herr über ganze Völker geworden ist. Das tripolitanische Abenteuer Italiens mit allen seinen Begleiterscheinungen ist sicherlich ein Belag für die barbarischen Instinkte, die noch immer wieder frevelhafte Kriege zum Ereignis werden lassen. Aber die ganze gebildete Welt außerhalb Italiens war entrüstet über diesen Krieg, und sah ihn als einen frivolen an; niemand glaubte, daß er ein „Glied in Gottes Weltordnung" sei.

So hat Feldmarschall Moltke den Krieg freilich ganz allgemein genannt in einer Kontroverse mit dem Staatsrechtslehrer Bluntschli. Wer wollte dem großen Feldherrn diesen Standpunkt verargen? Aber auch er hat schließlich seine Behauptung wesentlich gemildert. „Wer möchte in Abrede stellen", schreibt er an Herrn Goubareff, „daß jeder Krieg, auch der siegreiche, ein Unglück für das eigene Volk ist, denn kein Landerwerb, keine Milliarden können Menschenleben ersetzen und die Trauer der Familie aufwiegen. Aber wer vermag in dieser Welt sich dem Unglück, wer der Notwendigkeit zu entziehen? Sind nicht beide nach Gottes Fügung Bedingungen unseres irdischen Daseins?"

Also nur, weil er glaubt, daß auch das Unglück von Gott gewollt sei, hält er daran fest, daß der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung sei. Als ein Unglück aber betrachtet er ihn in jedem Falle. Man wird nicht leugnen können, daß dies der Begriff des alttestamentarischen Gottes sei, des eifernden Gottes, der da sagt: „Das Dichten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf." Mit dem Begriff des Gottes aber, den Jesus Christus gelehrt hat, steht der Krieg in unversöhnlichem Gegensatze.

Die Verherrlichung des Krieges ist Menschensatzung, aber nicht Gottes Gebot. Man mag Gott als persönlichen Weltenregierer auffassen oder nicht, immer widerspricht es einer geläuterten Auffassung seiner Allweisheit und Alliebe, daß er Unglück und Totschlag als Mittel zur Erziehung des Menschengeschlechts wollen könne. Insofern war der Abgeordnete Hoffmann mit seinem Ausrufe zweifellos nicht im Unrecht; und wir, die wir des Glaubens leben, daß der Krieg ein vermeidbares Unglück sei, müssen ihm doppelt recht geben.

Wie minderwertig sich aber auch die Moral des Dreiklassenparlamentes bei dieser Gelegenheit gezeigt haben möge, die Logik der Tatsachen ist schließlich mächtiger als der erbitterte Widerstand einer handvoll Menschen, deren Herrschaft auf Gewalt beruht und die in der Anwendung von Gewalt das Allheilmittel für alle Gebreste der Zeit suchen. Während man den Angriff auf den Krieg mit einem Ordnungsrufe ahndet, gleitet man ganz langsam und allmählich selbst auf eine Bahn, die der Rüstungsbeschränkung nicht mehr in grundsätzlicher Feindschaft gegenübersteht.

Wenn das Uebermaß der Rüstungen sicher eine der größten Drohungen für den Fortbestand des Friedens bedeutet, dann ist deren vertragliche Beschränkung eine der zuverlässigsten Garantien für seine Fortdauer. Da ist es nun bemerkenswert, daß die journalistische Vorkämpferin des agrarischen Junkertums sich in letzter Zeit vertraglichen Abmachungen mit England über die Stärke der beiderseitigen Flotten nicht mehr völlig ablehnend gegenüberstellt. Die alte Abneigung der konservativen Partei gegen die gräßliche Flotte mag wohl hineinspielen; denn zu Lande beabsichtigt sie alle Forderungen der Militärverwaltung zu erfüllen, solange die Grundbesitzer nicht die Kosten zu tragen haben. Aber man verschließt sich doch nicht mehr dem Gedanken, daß ein Wettrüsten zur See für beide Völker verhängnisvoll und zwecklos sei, und man ist bereit, das augenblickliche Stärkeverhältnis zur Grundlage einer Verständigung zu machen. Natürlich nicht ohne einen gewissen Vorteil für Deutschland; denn die Junker sind bekanntlich die zähesten Handelsleute der Welt. Die „Deutsche Tageszeitung" gibt auf einmal zu, daß Deutschland an Zahl moderner Riesenkampfschiffe, und damit der in Betracht kommenden Kampfeseinheiten überhaupt, bereits die Zwei-drittel-Stärke der englischen Flotte erreicht, alle anderen Seemächte aber hinter sich gelassen habe. Dies Verhältnis zu verewigen, ist sie bereit. Während also England bisher daran festhielt, daß seine Flotte doppelt so stark sein müsse als die deutsche, und nach anderer Berechnung den Zwei-Mächte-Standard plus zehn Prozent behaupten müsse, soll es sich jetzt vertraglich damit begnügen, eine nur um 50 Prozent stärkere Flotte als Deutschland zu bauen. Es ist ohne Zweifel klar, daß bei den größeren Aufgaben der englischen Seemacht ein solches Verhältnis für Deutschland nicht ungünstig sein würde. Aber es ist dennoch ein großer Fortschritt, wenn man die bisher mit Hartnäckigkeit vertretene Ansicht aufgibt, daß das souveräne Deutschland durch niemand und durch nichts

sich hindern lassen dürfe, die Zahl seiner Kampfschiffe so hoch zu bemessen, als ihm selber gutdünkt. Jede vertragliche Beschränkung ist dem schrankenlosen Wettbewerbe vorzuziehen; sie würde das Eingeständnis sein, daß von den beiden großen Nachbarstaaten keiner den andern mehr auf friedlichem Wege niederringen und zur völligen Aufgabe seiner Ziele zwingen könne, daß man aber an die Gewalt der Waffen zu dem Behufe nicht appellieren wolle. Das wäre, wenn es zustande käme, ein Sieg der gesunden Vernunft über die blöden Instinkte des Chauvinismus. Und würde die Möglichkeit auch weitergehender friedlicher Verständigungen anbahnen!

Mag dann im Dreiklassenparlamente der Krieg nach wie vor als ein Glied in Gottes Weltordnung gefeiert werden, wenn nur die Praxis des Staatenverkehrs dahin führt, dieses Glied nach Möglichkeit auszuschalten und „Gottes Weltordnung" durch menschliche Weisheit zu verbessern.

Das neue China unter den Nationen.

Von Prof. Paul S. Reinsch,
z. Zt. Roosevelt-Professor in Berlin.

Daß der plötzliche Eintritt einer mächtigen nach modernen Methoden organisierten Nation in unser Völkerleben auf dasselbe einen ganz bedeutenden Einfluß ausüben muß, ist unfraglich. Es besteht aber eine große Verschiedenheit der Meinungen darüber, ob dieses großartige Ereignis zu den schon bestehenden Gegensätzen zwischen Völkern noch schroffere hinzufügen wird oder ob es andererseits dazu beitragen kann, daß die Einheit der Welt, die völkerrechtlichen Verbindungen der Nationen und das Zusammenwirken derselben weiter gestärkt werde. Indem wir uns diesen Fragen zuwenden, wollen wir nicht sowohl die wahrscheinliche Stellung der neuen Regierung gegenüber einzelner Staaten untersuchen, sondern vielmehr über die allgemeine Tendenz des neuen chinesischen politischen Lebens uns ein Urteil bilden. Die großen Vorgänge der Jetztzeit in China können ja zu einer Verschärfung des Gegensatzes dieses Reiches zu einzelnen Staaten, wie z. B. Rußland und Japan, führen. Schon die Verschiedenheit der Regierungsform aber in noch stärkerem Maße das Erwachen eines mächtigen Nationalitätssinnes werden es verursachen, daß die Chinesen den Vordringungsversuchen von Rußland und Japan einen weit resoluteren Widerstand leisten werden, als es früher der Fall war. Auch liegt es in der Natur der Sache, daß sich die neue Regierung mit Ländern, wie den Vereinigten Staaten und Deutschland, welche die Entwicklung eines starken Chinas begünstigen, auf noch freundschaftlicherem Fuße verhalten wird als während des letzten Jahrzehntes. Aber auf diese Wahlverwandtschaften und Gegensätze wollen wir uns hier des weiteren nicht einlassen.

Sehen wir uns die Sachlage in ihrem ganzen Umfange an, so können wir wohl die Erwartung aussprechen, daß die Ausbildung einer großen und wirksamen Nationalorganisation in China sowohl im fernen Osten als in der ganzen Welt beruhigend und stabilisierend wirken muß. Ein schwaches, verteidigungsunfähiges, der Aufteilung anscheinend verfallenes China enthielt in sich eine ständige Bedrohung des Weltfriedens. Tritt an Stelle dessen eine effektive Organisation, durch welche das gewaltige Reich wirksam regiert werden kann, so wird jene Achtung nicht ausbleiben, die den Frieden des Landes und damit des fernen Ostens garantiert. Es mag hier natürlich eingewendet werden, daß gerade die Erstarkung Chinas zu Kriegen zwischen diesem Reich und seinen Nachbarn führen kann; wird aber die Regeneration der chinesischen Regierung mit derselben Zielbewußtheit weiter durchgeführt, wie es bisher der Fall gewesen ist, so verringert sich die Kriegsgefahr, da es dann die Nachbarn nicht so leicht versuchen werden, durch weiteres Eindringen in China dessen Rechte zu schädigen. Von außen aus betrachtet, muß die Zusammenfassung dieses großen Volkes in einer wirksamen politischen Organisation als ein Fortschritt bezeichnet werden, denn es sind gerade die großen, mächtigen Nationen, bei denen auch das Verantwortungsgefühl zu finden ist, welches die sicherste Garantie des Völkerrechts bildet.

In bezug auf das Völkerrecht selbst war China bisher im ganzen etwas skeptisch. Es hatte erfahren, daß die fremden Mächte das Völkerrecht namentlich zur Bestärkung und Verschärfung ihrer Ansprüche gegen China gebrauchten; sodann schloß der Begriff der völkerrechtlichen Extraterritorialität alles ein, was in dem Umgang mit fremden Nationen den Chinesen noch besonders demütigend erscheint. Daß die Fremden in China selbst das chinesische Recht nicht anerkennen brauchen, daß sie in ihren kleinen Republiken, den offenen Handelsstädten, unter ihren eigenen Gesetzen leben und sich nicht an das chinesische Reich kehren, ist ein Zustand, der den Chinesen die Schwäche ihres eigenen politischen Wesens zu klar vor Augen führt, um unangenehm auf sie zu wirken. Nach der ersten Haager Konferenz verhielt sich China ablehnend gegen die dort angenommenen Verträge, unter Angabe seiner eigenen Unfähigkeit, die Truppen in den verschiedenen Provinzen genügend zu kontrollieren, um die Beobachtung der im Haag vorgeschriebenen Regeln immer zu sichern. Das Jahr 1900 brachte eine erschreckende Erfahrung. Ohne vom Haager Abkommen gebunden zu

sein, wurden ausländische Truppen auf China losgelassen. In der Zeit des Erwachens und der konstruktiven Tätigkeit, die während des letzten Jahrzehnts in China erfolgte, fing man an, sich die Vorzüge des Völkerrechts näher zu vergegenwärtigen. Man sah, daß es nicht ein Mittel der Erpressung, sondern des Schutzes sei, und daß Zusammenwirken bei seiner Fortbildung von China erwartet werden müsse, sollte es seine ihm gebührende Stellung unter den Nationen annehmen. So beteiligte sich China an der zweiten Haager Konferenz und nahm viele der allgemeinen Verträge, auf denen das jetzige internationale Leben beruht, an. Aus der Frage des chinesischen Delegierten im Haag, was zu tun sei, wenn eine Nation den Krieg erklärte, die andere aber nicht kämpfen wolle, scheint der alte Skeptizismus noch heraus; sie ist nicht so naiv wie viele glaubten; aber es drückt sich in ihr auch andererseits die große Friedensliebe des chinesischen Volkes aus.

Ein Resultat der jetzigen Nationalbewegung ist unumgänglich. Als moderner Staat organisiert, wird China sofort darauf bestehen, die volle Souveränität über alle Teile seines Gebietes auszuüben. Wird die große chinesiche Reform erfolgreich durchgeführt, so können auch die anderen Nationen nicht mit Recht dem neuen China den Eintritt in die volle Mitgliedschaft des Völkerrechtsgemeinwesens verweigern. Wie derzeit in Japan, wird es nun bald in China mit der Extratorialität vorüber sein. Als Herr Taft vor einigen Jahren noch als Kabinettsmitglied China besuchte, erregte er unter den dort ansässigen Ausländern Entsetzen durch seine freimütige Erklärung, daß China in seinem eigenen Hause Herr sein werde. Dieses Resultat ist nun erheblich näher gerückt. Von jedem Gesichtspunkte aus kann aber der Eintritt Chinas in die vollen Rechte und Verpflichtungen der Völkergemeinschaft nur als etwas sehr wünschenswertes erscheinen.

Daß sich die Chinesen hierauf in jeder Hinsicht vorbereiten, erhellt schon daraus, daß von seiten der Beamten und auch der jungen Studierenden dem Völkerrecht in den letzten Jahren besondere Achtung geschenkt worden ist. Völkerrechtliche Themata werden auch beständig in der chinesischen Presse erörtert; zugleich gibt es eine Revue, die sich ganz dieser Wissenschaft widmet. So ist die Idee der völkerrechtlichen Gemeinschaft, der das Leben der Völker normierenden und ihren Umgang möglich machenden Regeln jetzt bei den Chinesen schon in die allgemeine Denkensart übergegangen. Das politische Denken Chinas hat es ja in dem letzten Jahrzehnt vermocht, sich in hervorragender Weise die Erfahrungen Europas und Amerikas anzueignen und daraus das für das nationale Leben Wichtige auszusondern. So ist die chinesische Gedankenwelt nicht nur bereichert und vertieft worden, sondern sie hat sich auch zur Anpassung an das Völkerleben der Welt mit Fleiß vorbereitet.

Wenden wir uns nun etwas dem voraussichtlichen Charakter der politischen Handlungsweise dieses mächtigen neuen Staates zu, so finden wir hier vielerseits die größten Befürchtungen ausgesprochen. Von der Bildung dieser neuen Weltmacht erwarten viele nur Gefahren und Uebel für das alte Europa. Man stellt sich das neue China als sofort von einem unbändigen Eroberungsdrang erfüllt vor und fürchtet weitgehende Machtverschiebungen. Es scheint aber doch ganz klar, daß der größere Teil dieser Befürchtungen hervorgeht aus falschen Analogien und aus Gedankenkonstruktionen, die nicht auf dem wirklichen Charakter des chinesichen Volkswesens beruhen. Man erinnert sich noch an die Einfälle der Mongolen in Europa und fürchtet ihre Wiederholung, nur denkt man nicht daran, daß dieses nicht die ruhigen seßhaften Chinesen waren, sondern ganz andere Stämme, die dem Nomadenwesen noch nicht entwachsen und die unter den Bedingungen des modernen Lebens zu Eroberungen nicht mehr tauglich sind, wie es das Fiasko der russischen Kosacken bewiesen hat. Dieselben Horden, die Europa überfielen, trieben auch in China ihr Wesen, und die Chinesen hatten von ihnen ein gleiches zu leiden. Es kann wohl mit Recht behauptet werden, daß die Zeit der Völkerwanderungen in geschlossenen Volksteilen vorüber sei. Die großen Nationen, von denen überhaupt eine wirkungsvolle Kriegsführung erwartet werden kann, sind einesteils so seßhaft geworden, daß es ihnen gar nicht mehr einfallen kann, sich en masse fortzubewegen; andererseits sind sie auch so stark, daß sie ihre Heimat gegen Eroberungszüge sehr wirksam verteidigen können. Unter allen Nationen sind nun aber die Chinesen am seßhaftesten, am meisten durch Gefühl und Tradition an ihre Scholle gebunden. Sie haben ja den großen Ruhmestitel, durch Fleiß und Selbstbeherrschung es für die größte Menschenzahl möglich gemacht zu haben, auf einem gegebenen Gebiete zu leben; und sie haben dies eben möglich gemacht, indem sie nicht nur die Künste des Friedens entwickelten, sondern auch den Gedanken des Friedens in ihrem Leben ausdrückten. Lao-Tze ist noch immer der Philosoph, der das Denken der chinesischen Millionen beherrscht, und die tiefe Friedfertigkeit dieses Gedankenkreises findet man auch im Konfuzianismus wieder.

Es darf ja nicht übersehen werden, daß in den letzten Jahren, gleichzeitig mit der Entwicklung eines starken Nationalgefühls sich auch der Sinn für militärische Macht ausgebildet hat. Ueberall in Vereinen, Gesellschaftsgruppen und Schulen sucht man die militärische Ausbildung zu begünstigen und zu fördern. Aber es ist dies der natür-

liche Drang des erwachenden Nationalgefühls, sich in jeder Richtung hin kräftig zu bebetätigen und namentlich auch die Grundbedingungen des Nationallebens durch die nötige Macht genügend sichern zu können. Es ist ein Instrument zur Erhaltung und Verteidigung des chinesischen Nationallebens und Geistes; aber die Hauptneigungen dieses Geistes, welche durch dies Instrument verteidigt werden sollen, haben sich nicht mit einem Male von dem alten chinesischen Volkswesen losrissen; sie sind noch dieselben wie immer; friedfertig und im wahren Sinne des Wortes zivilisiert. Von dem neu erstarkten China eine napoleonische Eroberungspolitik zu erwarten, heißt seine ganze psychische Entwicklung zu vergessen. Der Gerechtigkeitssinn Chinas wird allerdings die militärische Macht gebrauchen, um sich vor Uebergriffen fremder Nationen zu schützen; wo es die fundamentalen Lebensbedingungen der Nationen verlangen, mag diese Macht auch ein Vordringen des Chinesentums unterstützen, namentlich in der Richtung der Mongolei. Aber zu fürchten haben von dem Erwachen dieser Macht nur diejenigen, die sich den gerechten Ansprüchen dieses großen Volkes widersetzen oder die über es ungerechte Vorteile erstreben.

Vom Gesichtspunkte des ökonomischen Lebens der Welt ist die Ausbildung eines großen Nationalstaates in China auch als ein im ganzen und namentlich für die nächste Zukunft die Einheit der Welt begünstigendes Moment anzusehen. Das Errichten einer wirksamen Organisation dieser Art ist immer von Vorteil für alle anderen Mitglieder der Völkergemeinschaft. So wird auch der Wohlstand, der sich unter den neuen Bedingungen in China entwickeln wird, für die ganze Welt von Nutzen sein. Fürs erste führt es nun besonders zur gegenseitigen Verständigung unter den Nationen, daß man in dem neuen China ein Absatzgebiet sieht, das allen gleichmäßig zugänglich gehalten werden wird; in großem Maße werden daher die ökonomischen und politischen Rivalitäten zwischen den Nationen im Osten abgeschwächt werden, hat sich die neue Organisation in China erst vollständig und sicher etabliert.

Sieht man das Erwachen der chinesischen Nation vom Gesichtspunkte der zivilisierten Welt aus an, so kann man es nur als einen großen Fortschritt begrüßen — einen Fortschritt, den alle Nationen mit Genugtuung begrüßen dürfen. Denn das Beste, was sie im Osten und Westen, von Japan über Europa bis nach Amerika, gedacht, geleistet und erkämpft haben, soll nun in dem neuen China seinen Ausdruck finden und dem Leben dieses mächtigen Volkes zu einer Wiedergeburt verhelfen, wodurch das Zusammenwirken des alten erprobten Nationalcharaktes mit den neuen Bestrebungen nach wirkungsvollem Ausdruck der Nationalpersönlichkeit eine große Zivilisation ins Leben rufen wird. Sieht auch diese oder jene Nation sich in Einzelheiten in kleineren Interessen benachteiligt oder gefährdet, so kann doch einer jeden aus der Entwicklung, die jetzt vor unseren Augen vorgeht, nur Nutzen und Segen erwachsen. Denn es ist für jede Nation der Welt von der größten Wichtigkeit, daß die großen Energien des chinesischen Volkslebens in der Richtung der höchsten Zivilisation weitergebildet und ausgestaltet werden mögen.

Die Luftspiegelung der Landkarte.

Eine Fragestellung.

Von Norman Angell.

Die europäische und amerikanische Presse beschäftigt sich sehr eifrig mit der Erörterung der Lehren, die sich aus dem im Vorjahre beendeten diplomatischen Konflikt und dem hoffentlich seinem Ende nahen militärischen Konflikt ergeben, und aus den meisten dieser Exkurse ins Gebiet der hohen Politik — gleichviel, ob die Verfasser Franzosen, Italiener oder Engländer sind — gewinnt man entschieden den Eindruck, daß wir Zeugen eines Stückes Weltgeschichte waren bzw. noch sind — einer großen Bewegung, in welcher titanische, „in ursprünglichen Bedürfnissen und Treiben tiefwurzelnde" Kräfte wirken.

Seit Monaten sprachen die in die diplomatischen Verhältnisse Eingeweihten von den kommenden Dingen mit verhaltenem Atem, wie wenn ihnen eine apokalyptische Vision vorschwebte. Auf das bloße Gerede hin von einem Kriege zwischen drei Nationen gerieten große Handelsinteressen in Verwirrung, wurden auf der Börse Vermögen verloren und gewonnen, stellten Banken die Zahlungen ein, wurden Tausende ruiniert. Während anderseits der Umstand, daß es zwischen einer vierten und fünften Nation wirklich zum Kriege kam, allerhand weitere Konfliktsmöglichkeiten auslöste, und zwar nicht nur in Europa, sondern auch in Asien, nebst der entfernteren Gefahr eines Ausbruches religiösen Fanatismus mit allen seinen Folgen. Die Beziehungen zwischen den Völkern haben sich im allgemeinen weiter verschlimmert, der gegenseitige Verdacht ist gestiegen, und das einzig sichere Ergebnis des Ganzen ist, daß die fünf oder sechs in Betracht kommenden Nationen neue ungeheure Lasten zu tragen haben werden in Gestalt weiterer für Rüstungen draufgehender Steuern. Die auch so schon nicht allzu bequemen Lebensbedingungen — inmitten all der Probleme der Teuerung, der Arbeitskonflikte, der Kriegsgefahren, der ungelösten sozialen Schwierigkeiten — werden für zwei- oder dreihundert Millionen Menschen in Europa noch saurer werden.

Die Bedürfnisse also, die einen Konflikt solchen Umfangs entfesselt haben, müssen allerdings „ursprünglicher" Art sein. Tatsächlich versichert uns eine Autorität, daß die derzeitigen Vorgänge „den Kampf ums Dasein zwischen den Menschen" bedeuteten, — wie er ähnlich auch unter allem, was da fleucht und kreucht, stattfinde.

Nun gut, nehmen Sie aber, bitte, mit mir für einen Augenblick an, daß sich der Konflikt keineswegs um so etwas dreht, daß es sich vielmehr bei alledem um vollständig nichtige Dinge handelt, Dinge, die von der ungeheuren Mehrheit der Deutschen, Engländer, Franzosen, Italiener und Türken mit der vollkommensten Gleichgültigkeit behandelt werden können. Denn für die ungeheure Mehrheit dieser rund 250 Millionen Menschen ist es gehüpft wie gesprungen, ob Marokko oder irgendein am Aequator gelegenes vages Sumpfland von deutschen, französischen, italienischen oder türkischen Beamten verwaltet wird, so lange die Verwaltung eine tüchtige ist. Ja, man darf noch weiter gehen: nach der französischen, deutschen und italienischen Kolonialpolitik der Vergangenheit zu urteilen, darf man sagen, daß die Nation, die im Streit um derartige Gebiete gewinnt, damit sich eine weitere ruinöse Last aufhalst.

Das eben Gesagte wird natürlich als verkehrt erscheinen, man wird mir entgegenhalten, daß ich außer acht lasse das Bedürfnis, für die zukünftige Ausbreitung der Rasse zu sorgen, das Streben eines jeden Volkes, „noch einen Platz an der Sonne" und der Himmel weiß was noch.

Schön! Wollen wir aber doch einmal das Wortgeschwefel lassen und gewisse Tatsachen betrachten, die man allgemein verkennt, obwohl man darauf mit der Nase stößt.

Frankreich, so heißt es, habe ein neues Reich gewonnen, einen großen Sieg davongetragen; es wächst und dehnt sich aus, es sei reicher geworden um den Wert, den seine Nebenbuhler sich hätten entgehen lassen.

Nehmen wir nun an, Frankreich würde aus Marokko den gleichen Nutzen ziehen, wie aus seinen anderen Besitzungen — meinetwegen aus Tunis, das ja die erfolgreichste Leistung der französischen Kolonialpolitik seit vierzig Jahren bedeutet. Was hat aber dabei Frankreich materiell eigentlich gewonnen?

Im Laufe von dreißig Jahren hat es um den Preis von einigen hundert Millionen Mark (es gehört zur gesegneten französischen Kolonialverwaltung, niemals die wirklichen Kolonialkosten bekanntzugeben) in Tunis eine Kolonie gegründet, wo heute, abgesehen von Soldaten und Beamten, etwa 25 000 echt französische Kolonisten leben, genau die Zahl Menschen, um welche Frankreich — das wirkliche Frankreich — alljährlich ärmer wird!

Ferner beträgt der Wert des tunesischen Handels nicht einmal soviel wie die unmittelbaren Besetzungs- und Verwaltungskosten Frankreichs, ganz abgesehen von der indirekten Erhöhung der gesamten Militärlast, die eine Folge der Eroberung von Tunis ist. Dabei ist noch zu bedenken, daß der tunesische Markt natürlich so oder anders für Frankreich auch dann existieren würde, wenn das Land unter englischer — oder sogar auch unter deutscher Verwaltung stände.

Mit anderen Worten, Frankreich verliert alljährlich an einheimischer Bevölkerung eine Tunis gleichwertige Kolonie, wenn wir den Wert von Kolonien in Gemeinwesen, die aus dem Menschenmaterial des Mutterlandes gemacht sind, ausdrücken. Und doch spricht man von französischer „Expansion", von einem Beweis für die Fähigkeit Frankreichs, seine Großmachtstellung aufrechtzuerhalten, wenn seine Lenker und Diplomaten als Ergebnis eines Menschenalters Kolonialpolitik darauf hinweisen können, daß 25 000 Franzosen drüben ein künstlich-exotisches Leben führen unter Bedingungen, welche auf die Dauer ihrem Rassenwesen schaden müssen. Nach einiger Zeit — wenn die Dinge so fortgehen wie bisher, wenn die gegenwärtig so kräftig wie je wirkenden Tendenzen nicht irgendwie gründlich umschlagen — wird die französische Rasse, wie wir sie jetzt kennen, verschwunden sein, ausgemerzt, vielleicht ohne einen einzigen Feuerschuß, durch Deutsche, Belgier, Engländer, Italiener und Juden. Heutzutage leben in Frankreich mehr Deutsche, als man Franzosen zählt in sämtlichen von Frankreich seit einem halben Jahrhundert erworbenen Kolonien, und der deutsch-französische Handel übersteigt den Handel Frankreichs mit seinen sämtlichen Kolonien. Frankreich ist heutzutage für die Deutschen eine bessere Kolonie als sämtliche von Frankreich seit 1871 gewonnenen Gebiete es wären, wenn dieselben Deutschland gehörten.

„Man sagt mir", bemerkte kürzlich ein französischer Deputierter (mit einem übrigens nicht ganz originellen Witzwort), „daß die Deutschen in Agadir sind. Ich weiß, daß sie in den Champs-Elysées sind." Welch letzteres freilich viel schwerer ins Gewicht fällt.

Diejenigen Franzosen aber, welche das Verschwinden ihrer Rasse beklagen, welche dafürhalten, daß die Energie, das Blut und Geld, die in Afrika und Asien so ungeheuerlich verschwendet werden, lieber für die Aufrechterhaltung Frankreichs, für die Kolonisation und Entwicklung des Mutterlandes durch eine bessere soziale, industrielle und kommerzielle Organisation, für die Eindämmung der massenhaften Fremdeninvasion verwendet werden sollten, — diese Franzosen werden als schlechte Patrioten verschrien, in denen jegliches Gefühl für die Fahne erstorben wäre, die für die Klänge des Klapphorns taub seien, und wie das ebenso unsinnige wie verderbliche Geschwafel noch weiter lauten mag.

Anderseits will man uns glauben machen, daß Deutschland während der Expansionsperiode Frankreichs — seit dem Kriege — sich gar nicht „ausgedehnt" habe, daß dasselbe erdrosselt und zerquetscht wäre, keinen Platz an der Sonne hätte, — daß Deutschland daher um einen solchen Platz ringen und die Sicherheit der Nachbarländer gefährden müsse.

Nun wohl, ich behaupte wiederum, daß das in Wirklichkeit falsch ist: Deutschland wurde weder zerquetscht noch erdrosselt; im Gegenteil, wenn wir uns nur von der Luftspiegelung der Landkarte freimachen, erkennen wir, daß seine Expansion die allerwunderbarste ist. So gut wie ohne Kolonien vermehrte Deutschland seine Bevölkerung um 20 Millionen, um die Hälfte der derzeitigen Bevölkerung Frankreichs — und das in einem Zeitraum, während dessen die französische Bevölkerung tatsächlich abnahm. Unter sämtlichen europäischen Nationen riß Deutschland an sich das größte Stück des gestiegenen Welthandels, der Weltproduktion, gewann es den größten Einfluß. Ungeachtet der Tatsache, daß Deutschland im Sinne politischer Herrschaft kaum etwas gewonnen hat, lebt heute eine deutsche Bevölkerung, die der weißen Bevölkerung des gesamten britischen Kolonialreichs gleichkommt, ganz oder zum größten Teil von der Entwicklung und Ausbeutung von Gebieten, die außerhalb der Landesgrenzen liegen. Diese Tatsachen sind nicht neu; sie wurden in den letzten Jahren in England selbst in tausenden politischen Reden breitgetreten, dennoch aber scheint eine Seite ihrer Bedeutung der Oeffentlichkeit entgangen zu sein.

Wir gelangen also zu folgendem Ergebnis: Auf der einen Seite eine Nation, die ihre politische Herrschaft enorm erweitert und dabei doch an nationaler Kraft verliert, wenn man unter dieser letzteren das Wachsen eines gesunden, kräftigen, unternehmenden Volksschlages versteht. (Ich leugne nicht, daß Frankreich an Reichtum wie an Lebensbehaglichkeit seinen Rivalen überbieten mag, aber das gehört in ein anderes Kapitel.) Auf der anderen Seite ungeheure Expansion — in Gestalt einer wachsenden und kräftigen Bevölkerung, die ihre Ernährung findet, und doch so gut wie gar keine Erweiterung der politischen Herrschaft.

Eine derartige Sachlage erscheint als verkehrt, insofern der landläufige hochpolitische Jargon irgendeinen Sinn hat. Mit anderen Worten: im Lichte der Tatsachen verliert alles Gerede von jenen „ursprünglichen Bedürfnissen" nahezu jeden Sinn.

Wir berühren hier tatsächlich eine der entscheidenden Wirrvorstellungen, eine, die den meisten der gegenwärtigen internationalen Händel zugrunde liegt und die Macht alter Gedanken und alter Worte aufzeigt.

In den Tagen des Segelschiffes und des über unwegsame Straßen dahinschlendernden Holzwagens mußte ein Land, das aus einem anderen irgendwie bedeutenden Nutzen ziehen wollte, dieses tatsächlich unter seine politische Botmäßigkeit bringen. Seither aber haben der moderne Dampfer, die Eisenbahnen, der Telegraph die Bedingungen des ganzen Problems gründlich umgestaltet. In der modernen Welt spielt politische Herrschaft als Handelsfaktor eine immer geringere Rolle, indem die nichtpolitischen Faktoren dieselbe in der Praxis ganz unwirksam machen. Es trifft heutzutage auf jede Nation zu, daß die von ihr am erfolgreichsten ausgebeuteten auswärtigen Gebiete gerade diejenigen sind, von denen sie keinen Zoll breit ihr „eigen" nennt. Selbst bei der vorbildlichsten Kolonialmacht der Welt — bei Großbritannien — sehen wir, daß der größte Teil ihres Ueberseehandels auf Länder entfällt, welche sie weder zu „besitzen", noch zu beaufsichtigen, noch zu bezwingen, noch zu beherrschen versucht — nebenbei bemerkt, tut sie auch nichts mehr von alledem in bezug auf ihre Kolonien.

Millionen Deutsche in Deutschland ziehen ihren Gewinn oder ihren Lebenserwerb aus Ländern, worauf sich ihre politische Herrschaft keineswegs erstreckt. Der moderne Deutsche beutet Südamerika aus, indem er zu Hause bleibt. Wo er dagegen versucht, unter Mißachtung dieses Grundsatzes durch die politische Macht zu wirken, erreicht er nahezu nichts. Die deutschen Kolonien sind zum Lachen. Die Regierung muß die Leute bestechen, um sie noch dorthin senden zu können. Der Handel mit den Kolonien ist mikroskopisch klein. Wenn die seit dem Krieg hinzugekommenen 20 Millionen Deutschen für ihren Lebensunterhalt auf die politischen Eroberungen Deutschlands angewiesen wären, so müßten sie verhungern. Was ihnen Ernährung bringt, das sind Länder, wohin das Deutsche Reich nie einen Soldaten gesandt: Brasilien, Argentinien, die Vereinigten Staaten, Indien, Australien, die Türkei, Rußland, Frankreich und England. Deutschland, das keinen einzigen Pfennig für die politische Eroberung Südamerikas ausgegeben hat, bezieht heute aus demselben einen höheren Tribut als Spanien, das für jenen Zweck Berge von Gold und Meere von Blut verschwendet hat.) Das sind die wahren deutschen Kolonien. Und doch erscheinen die ungeheuren moralisch lebenswichtigen Interessen, welche sie für Deutschland darstellen, indem ohne sie so zahlreiche Deutsche tatsächlich brotlos wären, den Diplomaten und den Militärs als durchaus nebensächlich; um ihretwegen kam es zu keinem Agadir-Auftreten, wurden keine Dreadnoughts gebaut.

All der Aufwand an diplomatischer und militärischer Rivalität, all die Reichtumsverschwendung, unsagbare Narreteien, wie sie eben jetzt im Tripoli-Abenteuer zutage treten, all das wird für Zwecke vorbehalten, welche von beiden streitenden Teilen aufgegeben werden könnten, nicht nur ohne Verlust, sondern sogar mit Gewinn.

Italien aber, dessen Staatsmänner die alten „Hurra-Axiome" so treu befolgt haben, wird das rasch genug entdecken. Selbst die Verteidiger des italienischen Vorgehens geben nunmehr die Behauptung auf, daß Italien aus diesem kolossalen Widersinn irgendwelchen moralischen Nutzen ziehen könnte.

Angesichts dessen, was das Unternehmen kosten wird — und zwar nicht Italien allein, sondern auch einem großen Teil von Europa (etwa 250 Millionen Menschen) — gibt alle Welt zu, daß Italien besser getan hätte, die Kulturarbeit zu Hause fortzusetzen: mit der Cholera aufzuräumen, die hauptsächlich der ungeheuren Verbreitung von unfaßbarem Elend und Unwissenheit zuzuschreiben ist, oder das einheimische, besonders gefährliche Verbrecherwesen auszurotten — das in Geheimbünden organisierte Brigantentum, eine Art „Thugee", dem die britische Regierung vor 70 oder 80 Jahren in Indien den Garaus gemacht hat. Und dann wird die „Mission" in Tripoli natürlich auch noch dazu führen, die besten Elemente der Türkei in ihrem Werke der Abschüttelung eines veralteten asiatischen Absolutismus zu stören, während die indirekten Wirkungen derselben die sind, dem übrigen Europa ungeheure Lasten aufzuzwingen und nebenbei die Schwierigkeiten des britischen Reichs ungeheuer zu vermehren. Zieht man auch nur einen Teil der Kosten in Betracht, so plädieren die wärmsten Fürsprecher der wertvollen „Expansion" nicht mehr für den materiellen Vorteil derselben. Dann heißt es: Es gilt die Ehre, das Prestige — es handelt sich darum, auf Europa einen Eindruck zu machen.

Nun, man darf hoffen, daß Europa (nach Kenntnisnahme von Reuter-Depeschen, aus Berichten der „Times" und „Daily Mirror" über die Art und Weise, wie Italien seine „Ehre" verteidigt) den gebührenden Eindruck gewonnen hat, und daß die italienischen Patrioten mit dem neuen Ruhmesblatt der italienischen Geschichte zufrieden sind. Das ist aber auch alles, was sie abbekommen werden.

Oder eher nein, sie werden noch mehr abbekommen. Für Italien, aber leider auch für das europäische Gleichgewicht wird das Ganze eine Verschärfung ganz bestimmter alltäglicher Daseinsschwierigkeiten bedeuten — der Teuerung, der Unsicherheit der Existenz, der sehr tiefgehenden Probleme des Elends, der Erziehung, der Politik. Dies letztere aber — nicht das theatralische Waffengetöse oder selbst die weniger theatralische Abschlachtung wehrloser arabischer Männer, Frauen und Kinder — ist der wahre Inhalt des „Kampfes ums Dasein unter den Menschen". Das schiert jedoch die Dilettanten der „hohen Politik" nicht. Für Leute, die ihre Sprache und Denkgewohnheiten aus den Zeiten des Segelschiffes herübernehmen, die noch vom „Besitz" eines Landes sprechen, noch an die Möglichkeit irgendeiner Art von Tribut glauben, noch voraussetzen, daß der Umfang von Handel und Industrie durch die Grenzen des politisch beherrschten Gebietes bestimmt wird, — für sie bedeutet Kampf die eitle physische Balgerei zwischen Menschengruppen, welche, wie der Sieg auch fallen mag, die wahre Lösung weiter denn je hinausschiebt.

Wäre es nicht an der Zeit, daß der schlichte Mann von der Straße — der, glaube ich, wahrhaftig durch den diplomatischen Jargon weniger geblendet ist als seine Führer, weniger als sie im Banne einer veralteten Phraseologie befangen ist — darauf dringt, daß die wohlbestallten „Sachkundigen" einiges Verständnis für die wirklichen Dinge, einen Sinn für Maß und Ziel gewinnen, sowie etwelche Kenntnisse in der Wirtschaftsgeschichte, über den wirklichen Verlauf menschlichen Zusammenarbeitens?

Die Rüstungsfrage im Wandel der Zeiten.

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

Wenn man einmal zu der Ueberzeugung kommen würde, die Rüstungsfrage — losgelöst von dem Probleme der internationalen Organisation — sei unlösbar, so könnte man doch keineswegs leugnen, daß die Aufrollung dieses ganzen Problems höchst nützlich gewesen ist. Jahrzehntelang ist von pazifistischer Seite immer wieder das Schiedsgericht und die Abrüstung gefordert, und von der Durchführung dieser Ideen der Weltfriede erwartet worden. Erst die Schwierigkeit, auf diesen Bahnen zu einem Resultate zu kommen, veranlaßte die Aufstellung eines neuen Systems, nämlich der internationalen Organisation. Hätte man an die Rüstungsfrage gar nicht gedacht, sondern lediglich Schiedsgerichte erstrebt, so würde man erst viel später zu der neuen Erkenntnis gekommen sein, weil man doch auf dem Gebiete des Schiedsgerichtswesens immerhin einige Fortschritte sah und sich leicht der Meinung hingeben konnte, lediglich die Fortbildung des schiedsrichterlichen Verfahrens würde einen dauernden Frieden sichern. Bei der Abrüstungsfrage sah man viel deutlicher, daß man mit diesem Kurieren an den Symptomen allein unmöglich weiterkommen konnte, und wurde gerade durch die Vertiefung in dieses Problem auf die richtige Bahn gelenkt.

Die Beschäftigung mit der Abrüstungsfrage hat aber auch sonstige Vorteile gehabt. Man denke an die Trostlosigkeit der politischen Verhältnisse vor 100 Jahren! Wenn damals gleich die Lehre von der internationalen Organisation aufgestellt worden wäre, so hätte die Friedensbewegung erst viel später die Völker erfaßt, weil gerade der Glaube, daß eine plötzlich Abrüstung allem Kriegselend ein Ende machen könnte, ermunternd und begeisternd wirkte. So wurde in jenen ersten Vorkämpfern die Ueberzeugung wach, sie würden selbst noch das Heil erleben, während die Aussicht, durch eine langsame Förderung eines natürlichen, noch im Werden begriffenen Förderationsprozesses in etwa hundert Jahren oder noch später ihrer Idee zum Siege zu verhelfen, die meisten mutlos gestimmt hätte. In den ersten Jahrzehnten, in denen sich eine Idee am schwersten durchringt, haben übertriebene Vorstellungen auch ihre nützlichen Wirkungen.

Während nun die Friedensbewegung heute aus diesem ersten Zustande heraus ist und mit vollster Kraft die internationale Organisation zu stärken sucht, kommen noch immerfort die Gegner mit den irrtümlichsten Angriffen. So sagte Zorn in der Zeitschrift für Politik" im Jahre 1909: „Denn die Abrüstung ist der Haupt- und Kernpunkt einer geistigen Bewegung, die sich Pazifismus nennt."*) Gegen solche schweren Vorwürfe aber muß immer wieder Front gemacht werden. Ich darf wohl annehmen, daß die deutschen, österreichischen und französischen Pazifisten von Zorn auch zu den Anhängern dieser geistigen Bewegung gezählt werden. Was diese Gruppe angeht, so hat ihr gegenüber Zorn deswegen völlig unrecht, weil alle Führer den Kernpunkt des Pazifismus in dem Probleme der internationalen Organisation erblicken und eine Beschäftigung mit der Rüstungsfrage z. T. ganz ablehnen. Insbesondere Moch, Dumas, Fried u. a. haben dies namentlich auf den neueren Weltfriedenskongressen immer wieder betont. Eine andere englisch-amerikanische Gruppe unter Führung von Perris und Trueblood haben freilich eine besonders lebhafte Initiative in der Rüstungsfrage gefordert. Aber auch bei ihnen tritt klar der Gedanke hervor: „Wir erblicken in solchen Rüstungsverminderungen nur ein Mittel, um die Verständigung der Völker zu fördern. Wir glauben nicht, daß durch Abrüstung der Weltfriede kommen, wohl aber durch Rüstungsvereinbarungen ein freundlicheres Verhältnis der Völker angebahnt werden kann." Daraus geht ohne weiteres hervor, daß heute von allen Führern der Friedensbewegung das Problem der Rüstungsverständigung nicht als der Kernpunkt der ganzen Idee aufgefaßt wird, mag auch der einzelne die Rüstungsfrage höher oder geringer achten. Man kann heute Pazifist sein und dabei doch die Abrüstungsfrage ablehnen, wie das der französische Staatsanwalt Dumas tut. Das ist ein tapferer Standpunkt, während andere, die immer Schiedsgerichtsbarkeit im Munde führen, und dabei jede Bezeichnung als Pazifist ablehnen, nur beweisen, daß sie sich in die Materie noch nicht genug vertieft haben. Denn wer ein richtiges Verständnis für die Schiedsgerichtsfrage gewinnen will, der kann dies nicht, ohne die Stellung dieses Problems im Rahmen der internationalen Organisation zu erörtern. Weil dies bisher nicht geschehen ist, darum haben wir auch in Deutschland keine einzige Darstellung des Problems der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, die strengen, wissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen vermag.

Der Grund dafür, weshalb man sich in Deutschland und anderswo keine Mühe gibt, das Rüstungsproblem zu verstehen und eben durch dieses Verständnis begeisterte Sympathie für die internationale Organisation zu gewinnen, ist vielleicht aus den Vorgängen auf der ersten Haager Friedenskonferenz zu erklären. Während diese großartige Staatenversammlung, in deren Mitte sich ja Zorn ewigen Ruhm erworben hat, die Pazifisten zu viel tieferem Erfassen der ganzen Geschehnisse veranlaßte, glauben die Gegner des Pazifismus, und auch Zorn, daß jene Staatenversammlung die ganze Torheit der Rüstungsfrage enthüllt habe.

Von den mehr als 35 Wegen, die bisher in der Rüstungsfrage vorgeschlagen worden sind, und über die ich später ausführlicher schreiben werde, hat die Haager Friedenskonferenz des Jahres 1899 nur zwei geprüft. Man denke: 35 und wahrscheinlich noch mehr Vorschläge sind gemacht worden, um die Rüstungsfrage ihrer Lösung näher zu führen. Eine Staatenkonferenz tritt zum ersten Male zur Beratung derselben unvorbereitet zusammen; fast nur Militärs haben das Wort, und hierbei werden zwei von diesen fünfunddreißig Vorschlägen abgelehnt. Ist es da nicht oberflächlich, zu behaupten: Die Rüstungsfrage ist auf der ersten Friedenskonferenz als Utopie entlarvt worden?

Ganz zweifellos sind unter den anderen 33 Vorschlägen solche, die sehr wohl durchführbar sind. Ich nenne nur die Forderung zur Beseitigung des Seebeuterechts. Daß hierdurch ein wesentlicher Grund zur Schaffung immer neuerer Schiffe beseitigt und

*) An ungefähr derselben Stelle glaubt Zorn eine so eminent wichtige Tatsache wie die Mitarbeit der Pazifisten an der ersten Haager Konferenz damit abtun zu können, daß er betont, die erste Haager Friedenskonferenz „sei von männlichen wie weiblichen Friedenstauben umschwärmt gewesen". Was aber würde Zorn sagen, wenn man seine bedeutsame Mitarbeit von 1899 dadurch charakterisieren wollte, daß man von dem Vordrängen etwa des Schiedsgerichtsonkels spräche!

mancherlei Uebertreibungen chauvinistischer Organe der Boden entzogen würde, wer kann das bestreiten? Der Gedanke hat in neuerer Zeit erheblich an Boden gewonnen. Auf den Ergebnissen meiner Schrift „Das Beuterecht im Land- und Seekriege" hat nicht nur Dumas auf dem letzten französischen Nationalfriedenskongreß seinen trefflichen Bericht aufgebaut, auch die Arbeit des Engländers Macdonell, Professor an der Universität London, stützt sich darauf zum Teil. Wie viele von den anderen Vorschlägen zur Rüstungsfrage höchst diskutabel sind, werde ich später einmal ausführen.

Aber der Glanz der Haager Friedenskonferenz erlischt bezüglich der Abrüstungsfrage noch viel mehr, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der erste Vorschlag, betreffend einen Stillstand der Friedenspräsenzstärke der Landarmee auf fünf Jahre, der allergeeignetste und schwierigste war, und daß der zweite Vorschlag, betreffend eine Festsetzung des Flottenbudgets auf die Dauer von drei Jahren, mit Gründen abgelehnt worden ist, die heute von Männern wie Zorn, Renault, Lammasch, Scott und vielen anderen für falsch erklärt werden. Dieser letzte Punkt ist von ganz besonderem Reiz, und meines Wissens bisher von keinem hervorgehoben worden. Ich möchte daher einen Augenblick bei ihm verweilen.

Bei der Erörterung der Frage der Festsetzung des Flottenbudgets auf die Dauer von drei Jahren erklärten 1899 die Vertreter von England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Portugal, die eigentliche Schwierigkeit liege hier beim Parlamente und in seiner gesetzlichen Zuständigkeit auf dem Budgetgebiete. Es gehe nicht an, daß sich die Regierungen bezüglich der Budgeterhöhungen bänden, wenn das Parlament darüber noch zu sprechen habe. Aus diesen Gründen wurde dann der Antrag abgelehnt. In dem offiziellen Konferenzberichte findet sich ausdrücklich die Erklärung: „Die Mehrzahl äußerte Bedenken vor allem im Hinblick auf die konstitutionellen Schwierigkeiten, im voraus die Abstimmung über das Budget zu binden." Freilich waren damals schon verschiedene Delegierte der Ansicht, daß diese Auffassung bezüglich einer möglichen Bindung der Regierungen nicht ganz zutreffend sei, namentlich van Karnebeck und v. Bille gaben dieser Ansicht entschiedenen Ausdruck. Trotzdem wurde der Antrag aus konstitutionellen Gründen abgelehnt, und den Regierungen ein neues Studium der Frage empfohlen.

Nun vergleiche man hiermit die Verhandlungen über die konstitutionellen Schwierigkeiten bei der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit auf der zweiten Haager Friedenskonferenz! Gerade die Vertreter Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Portugals wiesen damals die entsprechenden Einwendungen Deutschlands als unhaltbar zurück. Und Zorn betont mit allem Nachdruck auf S. 27 seiner Schrift „Das Deutsche Reich und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit": „Wenn ein Staat internationale Rechtspflichten vertragsmäßig übernimmt, so sind dadurch alle Organe des Staates in gleicher Weise gebunden, auch die Gerichte und die Parlamente. Das ist die einfache logische Konsequenz aus dem Begriffe des internationalen Rechts."

So stellt sich uns die vielgerühmte Tätigkeit der ersten Haager Konferenz bezüglich „ihrer Vernichtung der unreifen russischen Anträge bezüglich der Abrüstungsfrage" (Zorn, a. a. O. S. 38) doch etwas anders dar, als wie es gewöhnlich geschildert wird. Man sieht aber, welche falschen Vorstellungen in allerweitesten Kreisen bestehen und wie wenig man sich bisher Mühe gegeben hat, das Problem wirklich wissenschaftlich zu durchdringen. Meurers Darstellung ist auch dem ganzen Probleme nicht gerecht geworden.

Ich kann es mir in diesem Zusammenhange nicht versagen, die Rede v. Bethmann Hollwegs im Deutschen Reichstage, die er vor ungefähr einem Jahre gehalten hat, kurz zu kritisieren. Bezüglich der von dem Reichskanzler gemachten Aeußerungen über die Schiedsgerichtsfrage werde ich das demnächst in der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht" tun und darlegen, das ungefähr jedes Wort, das der Reichskanzler damals über vorbehaltlose Schiedsverträge gesprochen hat, unzutreffend ist.

v. Bethmann Hollweg sagte damals — und auf diesen Satz wollen wir hier unsere Kritik beschränken —: „Wenn die Großmächte ein Abkommen über eine allgemeine internationale Abrüstung treffen, dann müssen sie sich zunächst darüber einigen, welche Geltung überhaupt die einzelnen Nationen im Verhältnis zueinander beanspruchen dürfen. Es muß eine Art Rangordnung aufgestellt werden. — Ich müßte es ablehnen, ein solches Formular zu entwerfen und einem internationalen Areopag vorzulegen."*)

Zunächst ist es gar nicht richtig, daß jede internationale Vereinbarung, die auf eine Erleichterung der Rüstungslasten hinstrebt, eine Rangordung der Staaten voraussetzt. Z. B. bei dem oben erwähnten Vorschlage über das Seebeuterecht wäre eine Festsetzung über eine Rangordnung nicht erforderlich, ebenso bei den meisten, ja ungefähr allen Projekten, die bisher gemacht worden sind. Vor allem aber kommt es mir hier darauf an, zu zeigen, daß dieselbe Regierung, die hier

*) Neuerdings scheint man eine Rangordnung an sich nicht abzulehnen und beschränkt sich auf das Verlangen, das Verhältnis der deutschen zu der englischen Flotte nicht im Sinne von 1:2, sondern von 2:3 zu regeln; vgl. Deutsche Revue, Februar 1912, S. 129, und Konteradmiral z. D. Schlieper im „Tag" vom 11. Februar 1912.

eine Rangordnung ablehnt, auf der zweiten Haager Friedenskonferenz keinen Anstand genommen hat, von den anderen Regierungen die Anerkennung einer solchen Rangordnung bei der Besetzung der Richterstellen im Prisenhofe und Cour de la justice arbitrale zu verlangen. Wer die Verhandlungen der zweiten Haager Konferenz kennt, wird ja ohne weiteres wissen, für wie selbstverständlich es damals die Großmächte hielten, daß sich die Kleinstaaten vor dieser Rangordnung (dieser Klassifikation, wie Pohl, Prisengerichtsbarkeit, S. 142 sagt) beugten.

Aus dieser letzteren Tatsache im Verein mit der völlig ungeeigneten Begründung der Ablehnung des russischen Flottenstillstandsantrages auf der ersten Haager Konferenz wird man wohl den Schluß ziehen müssen, daß die Staaten weniger Gründe als Vorwände für ihre ablehnende Haltung zur Rüstungsfrage anzuführen wissen. Wir Pazifisten können uns freuen, daß jene Zeit, wo man die Anträge totzuschweigen suchte, vorüber ist, und man sich gezwungen sieht, uns Rede und Antwort zu stehen. Das ist aber ein Anfang für eine allmähliche Diskussion der ganzen Rüstungsfrage, die nicht mehr in Stocken geraten wird.

Nachdem die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer tieferen Diskussion der Rüstungsfrage durch die Regierungen — diese würde zum mindesten dahin führen, daß die Regierungen das ganze Problem der internationalen Organisation klarer sehen und bewußter die Organisation der Staatengemeinschaft, auch durch andere Mittel als lediglich durch Schiedsgerichtsbarkeit usw., fördern werden — weite Kreise ergriffen hat, kommt es meiner Ueberzeugung heute in erster Linie darauf an, das ganze Problem der Rüstungsfrage, das ohne eine gleichzeitige Behandlung des gesamten Friedensproblems gar nicht erfaßt werden kann, wissenschaftlich zu vertiefen. Wir müssen den Regierungen ein solches Material vor Augen führen, daß sie nicht anders können, als eine ehrliche Prüfung desselben beginnen. Dabei müssen wir uns heute noch mehr als früher vor einseitigen Darstellungen, vor irgendwelcher Utopie hüten. Wir müssen überzeugt sein, daß die Lösung des Problems heilbringender sein wird, wenn wir schrittweise als überstürzt vorgehen. Die internationale Organisation ist ein natürlicher Prozeß, der nur langsam beschleunigt werden kann.

Je mehr man sich gerade in dieses Problem vertieft, um so mehr Freude bereitet einem diese Beschäftigung. Denn es ist hier noch so wenig zusammengestellt worden, daß man sich immer wieder vor neuen Aufgaben sieht. Und ich bin fest überzeugt, daß nur die ganze Lösung des Problems der internationalen Organisation mich einmal in den Stand setzen wird, eine völlige Würdigung der Schiedsgerichtsbarkeit zu geben. In dieser Erkenntnis habe ich mich auch in meinem Kommentar zum Haager Friedensabkommen auf die Erläuterung des Schiedsverfahrens im wesentlichen beschränkt.

Zwei Jahre studiere ich schon an der Rüstungsfrage, und werde noch weitere Jahre daran arbeiten, ehe ich etwas Größeres darüber veröffentliche. Wenn es auch nichts Bedeutendes sein sollte, was ich einstmals über dieses Problem sagen werde, ja sogar, wenn ich zu einer Ablehnung der meisten Vorschläge auf diesem Gebiete kommen sollte — was ich heute unmöglich sagen kann —, so wird man mir doch zugestehen müssen, daß ich dieses brennende Problem unserer Zeit nicht mit einer billigen Phrase abgetan, wie das heute zahlreiche Befürworter des Schiedsgerichts tun, sondern daß ich die Gründe und Gegengründe reiflich erwogen, auf alle Weise meine Sympathie wenigstens mit dem Geiste jener Anträge zu erkennen gegeben, und nicht gewagt habe, sie als Utopien zu bezeichnen und dadurch lächerlich zu machen. Denn wer nicht wenigstens der Gesinnung jener Anträge seine Zustimmung öffentlich gibt, wer es wagt, sie als Hirngespinste zu verspotten, von dem wird man nie sagen können, daß er mit seinem ganzen Herzen an der Förderung der internationalen Verständigung mitgewirkt, mögen seine Bemühungen auf schiedsgerichtlichem Gebiet noch so groß sein. Es gilt auch hier die Wahrheit, daß nur der der Menschheit voranhilft, der sich ganz einer Idee widmet.

Offener und allgemeiner Brief

an alle Generale und Admirale in und außer Dienst und an alle sonstigen Militärs, die es unternehmen, die Friedensbewegung öffentlich zu bekämpfen.

Alle neuen Ideen erwecken naturgemäß Widerstand. Das ist immer so gewesen und ist nur zu natürlich. Das Neue tritt eben gerade so unvollkommen in die Welt wie der Mensch. Und der Widerstand, dem es begegnet, wird hier wie dort zum Erziehungsfaktor.

Daher muß aller Widerstand von den Anhängern und Vertretern der neuen Idee als wichtiges Förderungsmittel freudig begrüßt werden. Es ist die Logik der Dinge, die hier wiederum jene Weisheit bekundet, die die der Menschen überragt. Und wer diese erkennt, wer die Methoden des Fortschritts beobachtet, wird in jedem Gegner einen Förderer erblicken.

Die zahlreichen höheren Offiziere, die in Deutschland und Oesterreich — und wohl auch in anderen Ländern — ausziehen, um durch Zeitungs- und Revueartikel die Friedensbewegung zu vernichten, wissen gar nicht, daß

sie — und sie folgen dabei einem ehernen Gesetze — der Idee nur nützen, die sie als Irrlehre bekämpfen wollen. Auch dann nützen sie ihr, wenn sie sich bemühen, eine angebliche Notwendigkeit, Naturgesetzlichkeit oder vermeintliche Vorzüge des Krieges darzustellen. Sie wissen gar nicht, wie sehr sie den Krieg dadurch erst recht diskreditieren. Eine Einrichtung, die sozial nützlich ist, empfiehlt sich von selbst, und braucht nicht erst angepriesen zu werden wie eine Schreibmaschine oder ein neues Staubsaugermodell.

Es ist sonderbar, daß die Zeitungen, die zur Verteidigung des Krieges oder zur Bekämpfung irgend eines pazifistischen Fortschrittes ausschließlich Militärs das Wort geben, nicht einsehen, daß ihre Methode jeder Logik entbehrt; nicht einsehen, daß sie gerade dadurch, daß sie die Männer des Kriegerberufes als Gegner der Friedensidee in das Feld führen, deren Argumenten den Nachdruck nehmen, den sie damit gerade zu erzeugen wähnen. Den guten Glauben zugegeben und selbst die hohe Bildung einzelner Offiziere angenommen, zeugt es doch von einer höchst naiven Auffassung der Dinge, wenn man meint, daß diejenigen, die berufen sind, den Krieg zu führen, das beste Urteil besitzen müßten über die Möglichkeiten, den Krieg zu vermeiden, ihn aus den zwischenstaatlichen Beziehungen ganz auszuschalten. Was in aller Welt hat das rein technische Problem der Kriegführung mit dem soziologischen Problem der Kriegsvermeidung zu tun? Wie kommt man auf die Idee, daß ein Mann, der alle Fähigkeiten besitzen mag, ein Regiment, ein Armeekorps, eine Flotte zu kommandieren, auch die sozialen Notwendigkeiten, die wirtschaftlichen Verzweigungen des modernen Lebens, das finanzielle Problem, die wirtschaftlichen Bedürfnisse usw. zu erkennen vermag, die die Grundlage der Kriegsvermeidung bilden. Ein Wiener Schriftsteller, der die sehr populäre Figur einer Marktfrau geschaffen und diese alle Tagesereignisse glossieren läßt, ließ diese, als sie zum erstenmal ein Telephon benützte, erklären, sie glaube nicht daran, daß ein telephonisches Gespräch sich durch den Draht abwickle, da sonst die Rastelbinder (die slovakischen Mausefallenhändler) zuerst daraufgekommen sein müßten. Die ganze Naivetät dieser Volksfigur wiederholt sich in der Anschauung, daß das Friedensproblem von den Beamten der bewaffneten Macht am besten verstanden werden müßte. Wo begegnet man im öffentlichen Leben noch solchen Verwechslungen zwischen technischer und wirtschaftlicher sozialer Arbeit? Wird man je den Elektrotechniker, der eine elektrische Bahn zu führen hat, als Fachmann für deren Rentabilität ansehen, wird man den Krankenpfleger als Sachverständigen über Ursachen, Umfang und Heilungsaussichten des Patienten betrachten, da er von Zeit zu Zeit kalte Umschläge zu geben oder Medizin zu verabreichen hat? Oder wird man den Apotheker anrufen, um sein Urteil über die Krankheit zu hören, zu deren Bekämpfung er das Medikament bereitet? Freilich, in gewissen Volkskreisen hält man den Krankenpfleger und den Apotheker für medizinische Autoritäten, und unsere Zeitungen, die mit Vorliebe den hohen Militärs das Wort gegen die Friedensidee erteilen, handeln im Grundsatz nicht anders wie jene, die sich von Heilgehilfen, vom Bader oder vom Apotheker „behandeln" lassen.

Die Kriegsbeseitigung ist kein militärtechnisches Problem, der Soldat, und stände er noch so hoch auf der Stufenleiter der militärischen Hierarchie, wäre er der erfolgreichste seines Faches, wird vom Friedensproblem ebensowenig wissen, wie der Apotheker von der Heilkunde. Er ist auf diesem Gebiete nicht mehr Autorität wie etwa ein Schauspieler, ein Komponist, ein Geologe oder der Direktor einer Eisenbahngesellschaft. Das Problem des Friedens ist ein soziologisches, und die Soziologie ist eine Wissenschaft von solchem Umfange, von solcher Tiefe, von solch umwälzender und umwertender Kraft, daß nur derjenige ein Wort mitreden kann, der zum mindesten ein Teilgebiet dieser Pan-Wissenschaft eingehender studiert hat. Es liegt nur zu nahe, daß gerade der Militär, der in seinem Fache das größte Ansehen errungen hat, der also sein ganzes Ich, sein ganzes Leben dieser einen Aufgabe hingegeben hat, nicht die Zeit erübrigen konnte, um in das ihm fernliegende Gebiet der Soziologie einzudringen, daß er also dem Problem der Friedensbewegung gegenüber ein Laie geblieben ist, dessen militärische Autorität für dieses Problem ebensowenig in Betracht kommt wie für die Obstzucht oder die Wetterkunde.

Aber noch ein anderes Moment kommt in Betracht, das den militärischen Bekämpfungen der Friedensbewegung jeden Kredit nimmt. Diese Herren sind im letzten Grunde Interessierte. Interessierte an einer Einrichtung, der sie ihr Leben gewidmet haben, der sie ihre Existenz, ihr Ansehen, ihre Erfolge verdanken, in deren Ideenkreis sie erzogen wurden. Ihr Urteil muß — der gute Glaube, die Ehrlichkeit und die Lauterkeit der betreffenden Personen ganz außer Zweifel gelassen — subjektiv sein. Es muß beeinflußt sein von ihrer Erziehung, dem Milieu, der in Jahrzehnten entwickelten Weltanschauung. Welchen Wert kann ein solches Urteil für die Oeffentlichkeit besitzen? Wird nicht jedem Denkenden sofort Molières Wort „Vous êtes orfèvre Monsieur Josse" einfallen? Da ist es gar nicht notwendig, daß böse Absicht zugrunde liegt. Das Urteil, das von solcher Seite gegen die Friedensbewegung gefällt wird, muß unbewußt einseitig und gefärbt, kann daher für niemand, der denkt, maßgebend sein.

Wer wird in einem Interessenkampf den zunächst Beteiligten als Richter anrufen, wem wird es einfallen, einen Jockey über die Abschaffung der Wettrennen, einen Fleischer über den Vegetarismus, einen Bierbrauer über die Abstinenzbewegung zu befragen? Schon auf der ersten Haager Konferenz hat ein weiser Diplomat im Hinblick auf die Beratungen des durchwegs von Militärs besetzten Abrüstungsausschusses den Ausspruch getan: „Es ist, als ob man die Schuster über die Abschaffung der Stiefel beraten ließe." Und dennoch hören unsere Zeitungen nicht auf, die Krieger über die Abschaffung des Krieges zu Worte kommen zu lassen. Sie sehen nicht ein, daß sie damit die Bewegung, die sie bekämpfen wollen, nur fördern. Schon dadurch, daß sie damit die Gleichgültigen zum Denken anregen. Und mehr braucht die Friedensbewegung überhaupt nicht, als daß möglichst viele Gleichgültige zu denken beginnen. Denn dann hat sie gesiegt. Diejenigen, die nicht denken können, vermögen uns ohnehin nicht zu nützen. Die überlassen wir gern allen Admiralen und Generalen der Welt als gläubiges Publikum.

Der Militär ist daher der ungeeignetste Vertreter des Anti-Pazifismus. Er ist zu seiner Bekämpfung nicht legitimiert. Er kennt die Probleme nicht, um die es sich handelt, er hat uns daher nichts zu sagen. Kennte er die Probleme, dann würde er schweigen und einsehen, daß sie mit seinem Soldatenberuf nichts zu tun haben.

Man betrachte nur die militärische Argumentation gegen die Friedensidee. Die Idee hat sich in den letzten Jahrzehnten ungeheuer vertieft. Aus allen Wissenskreisen ist ihr Verstärkung geworden. Ein ganzes System der Friedenswissenschaft hat sich ausgebildet, von dem die schreibenden Generale im „Tag", in der „Deutschen Revue", in der „Oesterreichischen Rundschau" und in anderen antipazifistischen Organen keine Ahnung haben. Sie kommen immer noch mit den alten, abgetanen Argumenten. Sie wissen nicht, wie sehr diese schon widerlegt sind. Wüßten sie es, dann würden sie ganz andere Angriffspunkte wählen, die sich heute noch darbieten, weil eben das System der Friedenswissenschaft noch nicht vollkommen ausgebildet ist. Sie würden es verschmähen, mit dem „si vis pacem, para bellum", mit der Betonung der Notwendigkeit der Erhaltung des „kriegerischen Geistes" zu kommen, die Rüstungen als „Versicherungsprämie", das Heer als „Volksschule" zu bezeichnen. Sie würden aufhören, Moltke zu zitieren, der ja auch General war und keineswegs Soziologe, und würden uns nicht immer wieder Schiller zitieren, der ein großer Dichter gewesen, aber die heutige Welt nicht ahnen konnte, und dessen Kriegsverherrlichungen uns ebensowenig als maßgebend vorgesetzt werden dürfen, wie man etwa einem modernen Metallgießer das Verfahren des Schillerschen Glockengießers als praktisch anempfehlen darf. „Nehmet Holz vom Fichtenstamme usw. . ." Ich glaube, dieses technische Rezept hat zwar seine poetische Schönheit behalten, dürfte aber heute kaum mehr anzuwenden sein. Ebensowenig wie der Krieg, den der große Dichter zuweilen verherrlicht, der aber mit dem Kriege der Gegenwart nur mehr den Namen gemein hat.

Die Bekämpfung der Friedensbewegung durch die Militärs gleicht dem Versuche, Ideen durch Bajonette zu bekämpfen. Mit der bewaffneten Macht kann man Schlachten schlagen, aber nicht eine Bewegung überwinden, deren Anhänger nach Millionen zählen und die heute von der Wissenschaft unterstützt, von zahlreichen Regierungen bereits vertreten wird.

Wir wollen den Militärs den Glauben an ihren Beruf nicht rauben, wir wollen ihnen die Weltanschauung nicht nehmen, auf der sie die Notwendigkeit und Ewigkeit ihres Berufes aufbauen. Wir begreifen ihr Denken vollständig. Aber wir wollen ihnen nur klar machen, daß alles, was sie gegen die „Friedensgreuel" sagen und schreiben, blindes Schießen ist. Sie können uns nichts sagen. Sie können uns nicht schaden. Sie schreiben ja seit langem gegen uns, und alljährlich wird die Friedensbewegung mächtiger und größer. Daraus können sie die Wertlosigkeit ihres gegen uns unternommenen Kampfes beurteilen. So kämpften die Sklavenhändler, die Inquisitoren, die Postillone, die Grundherren und Feudalen gegen die fortschreitende Zeit. Die Militärs der Anti-Friedenspresse vergrößern die tragische Kolonne derjenigen, die dem Fortschritt sich entgegenstellten, die Forderungen der Zukunft mit Argumenten der Vergangenheit bekämpften. Wir können sie begreifen; aber wir müssen sie bedauern.

A. H. F.

Eine Friedensrede von Professor Weinel in Jena.

Im vergangenen Jahre wurden in diesen Blättern einige Aussprüche führender Persönlichkeiten über die Friedensbewegung veröffentlicht. Eine Umfrage hatte diese Aeußerungen ergeben, und das Resultat stellte sich wohl im allgemeinen dem Leser als ein günstiges dar. Mir schien bei tieferem Eindringen in den Wortlaut der Aussprüche — und das pflegt ja wohl bei solchen Umfragen oft so zu sein — in der Formulierung einiger derselben eine gewisse Künstlichkeit, ein Versteckspiel mit Vorbehalten zu liegen, und es drängte sich mir die Frage auf, warum bedarf es erst einer Umfrage, um Männer wie diese aus einer für den Fortschritt einer großen Sache verderblichen Reserve herauszulocken? Warum fließen diese schönen Aussprüche nicht mit der

Naturnotwendigkeit eines sprudelnden Quells aus den Federn der Verfasser so vieler Schriften? Warum?

Es ist darum doppelt wertvoll, wenn ein hervorragender Geist von seinem Katheder aus in den Vortragssaal tritt, um vor versammeltem Volk aus dem inneren Drange einer harmonisch geschlossenen Weltanschauung heraus sich zu bekennen als positiver Friedensfreund.

So geschah es in Jena, wo Professor Weinel am Mittwoch, den 14. Februar 1912, von der Friedensgruppe aus gebeten, einen öffentlichen Vortrag im Saale des Volkshauses hielt. Sein Thema lautete: „Die Einwendungen gegen die Friedensbewegung."

Für uns Pazifisten kann ja wohl die Behandlung dieses Themas — und wenn dieselbe, wie in diesem Falle, auch noch so vorzüglich ist — nichts wesentlich Neues enthalten; doch müssen wir das sichere, bewußte Kundgeben eines besonderen pazifistischen Standpunktes, wie es hier zum Ausdruck kam, als sehr wertvoll empfinden. Ist es nicht einfach tragisch, daß gerade die Jesuskirche in der Geschichte der Friedensbewegung eine so untergeordnete Rolle spielt? Aber Professor Weinel macht vieles gut, wenn er zum Schluß seines Vortrages mit erhobener Stimme und eindrucksvoller Betonung sagt:

„Ganz ohne Zweifel ist das Menschheitsideal auf unserer Seite, und ich möchte es auf das entschiedenste betonen, daß wir nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen den Krieg bekämpfen, sondern weil wir es als eine Schande an sich erachten, Krieg zu führen. Ich schäme mich durchaus nicht, daß ich diesen rein idealen Gesichtspunkt der christlichen Moral allen Opportunitätsrücksichten vorziehe. Wir Friedensfreunde sind Idealisten! Aber wir stehen trotzdem mit beiden Füßen auf dem dauernden Boden der Wirklichkeit, und hoffen durch unsere Vorschläge zu beweisen, daß wir praktisch und im Leben bewandert sind, nicht blinde Idealisten, sondern idealistische Wirklichkeitsmenschen. Solche sind wir, solche wollen wir sein!"

Indem ich so das Schlußwort vorwegnehme, will ich dadurch von vornherein betonen, unter welchem Geist der ganze Vortrag stand. Ganz Jena, das diesen Professor mit Stolz den seinigen nennt, aber der Friedensbewegung so wenig Beachtung schenkt, ganz Jena hätte das hören müssen, vielleicht wäre manche schlummernde Kraft zur Ueberzeugung erwacht! — Daß so wenige Gegner anwesend waren, beklagte der Redner in folgenden Worten: „Wir hatten eine starke Gegnerschaft erwartet und eine lebhafte Debatte . . . Man nimmt uns aber nicht ernst, man hält es gar nicht der Mühe für wert, sich mit uns näher zu beschäftigen. . . . . Diese Gleichgültigkeit in das Gegenteil zu verkehren, muß eine der ersten Aufgaben einer zielklaren Propaganda sein."

Die beiden großen Gesichtspunkte, von denen aus der Vortrag ins einzelne geht, heißen:

„Einwendungen gegen den Frieden an sich"
und
„Einwendungen gegen die Friedensbewegung".

Als einer, der es mit dem von ihm vertretenen Evangelium ernst nimmt, behandelte der Redner den ersten allgemeinen Punkt. Wie er jene eitlen Menschen kennzeichnete, denen der Kriegsruhm wirklich noch ein erstrebenswertes Ziel bedeutet, und denen oft im alltäglichen Leben der geringe Mut mangelt, ihre eigene Meinung frei und offen zu vertreten, wie er davon redete, daß die menschliche Natur sich allerdings langsam ändere (Beispiel: Schilderung der noch vor tausend Jahren permanent herrschenden Kriegszustände, mit ihren mühsam durchgesetzten kurzen Unterbrechungen durch den Gottesfrieden usw.), wie auch der Krieg einst abgeschafft sein wird, wie der Weg der Kultur hinauf und immer hinauf führe, wie wir eigentlich noch gar nicht wissen, was Mensch ist, und daß das Streben nach Menschheit die Kultur bedeute —das alles waren Ausführungen, an denen die Verfasserin von „Der Menschheit Hochgedanken" ihre helle Freude gehabt hätte.

Für die Behandlung des anderen Teiles, Einwendungen gegen die Friedensbewegung, entnahm der Redner, die einzelnen bekannten Einwände nacheinander betrachtend, sein Beweismaterial teilweise dem Inhalt der „Friedenswarte", teilweise demjenigen des Buches „Die große Täuschung" von Norman Angell. Doch erklärte er sich nicht in allen Punkten mit den Ausführungen des englischen Schriftstellers einverstanden, wenn er auch im allgemeinen sich ihm zuneigte, ja, sich oft mit ihm identifizierte.

Geradezu in Gegensatz aber setzte sich Professor Weinel zu dem in unserem führenden Pazifismus oft ausgesprochenen Standpunkt der prinzipiellen Zugrundelegung des Zweckmäßigkeits- und Nützlichkeitsprinzips, wie er auch in Norman Angells Buch häufig betont wird. Es ist nicht das Nützlichkeitsprinzip, welches die Welt regiert, und regieren soll. Es ist vielmehr die Ethik, und nur die Ethik, die das Verhältnis der Menschen und der Völker zueinander zu bestimmen hat. Und allein die Ethik soll auch die große Führerin des Pazifismus sein und bleiben.

Erfreulich war es, wieder einmal zu erleben, daß diese Stimmung durchaus nicht vereinzelt erscheint, wie man gegenwärtig häufig annimmt, denn als der erste Diskussionsredner, sich dieser Auffassung, sie

noch weiter ergänzend, warm anschloß, da zeigte der neu hervorbrechende Applaus, wie die Zustimmung eine allgemeine war.

Elsbeth Friedrichs, Jena.

RANDGLOSSEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Wien, den 8. März 1912.

In diesen letzten Wochen ist etwas Gewaltiges in die Erscheinung getreten — beinahe lautlos, unheimlich und gigantisch: der Bergarbeiterstreik in England. Eine Million Menschen legen am selben Tage zur selben Stunde ihr Werkzeug nieder! Welch ein Bild von Disziplin, Zusammengehörigkeit und Entschlossenheit. Es ist auch eine Schlacht. Aber in ganz neuer Form. Ueberhaupt — will man denn noch immer nicht sehen, wie unsere Zeit im Zeichen des „Ganz-Neuen" steht? Eine Schlacht ist es — bisher eine gewaltlose — und beinahe schon ein Sieg. Denn die Regierung will einen Minimallohn als Gesetz einführen, und damit ist die freie Verfügungsmacht aus den Händen des Privatunternehmers genommen; damit ist schon ein Stückchen Sozialisierung des Staates erreicht. Umwälzungen bereiten sich vor, die unabsehbar sind. Die direkten materiellen Folgen sind schon bedrohlich genug. Stillstand der Arbeit im sozialen Körper, das ist wie Stockung des Bluts in den Adern. Schon wird der Verkehr eingeschränkt, schon schließen sich die Fabriken, schon steigen die Preise — und diese Wellen, die bisher noch nur ein leises Wellengekräusel sind — die stoßen bis an die fernsten Ufer an; — überall, auf der ganzen Erde, wird man die Rückwirkung spüren — wehe, wenn aus den Wellchen sturmgepeitschte Wogen werden! Wie die ganze Welt in ihrem Handel, ihrem Reichtum, ihrer Existenz mit einem Wort — zusammenhängt, diese Lektion wird der Bergarbeiterstreik den Zeitgenossen doch wenigstens lehren. Möglicherweise geht die Sache ruhig aus und alles kommt wieder ins Geleise; aber ihre Nachwirkungen werden sich weit über Zeit und Raum erstrecken. Es war nur ein Anfang — d. h. ein sichtbarer Anfang, denn unbemerkt hat es sich schon gar lange vorbereitet. Alles ist ja Fortsetzung; nur wessen wir in der ewigen Fortsetzungsreihe zum erstenmal gewahr werden, das nennen wir „Anfang".

☞

Man muß auch von anderen Dingen erzählen. Eigentlich, wenn man einem solchen an Schrecken und Verheißungen so reichen Ereignis gegenübersteht, wie dieser Millionenstreik, sollte man für die anderen Begebenheiten des Tages kein Interesse übrig haben. Aber leider — oder vielleicht zum Glück? — in der Beurteilung der Wichtigkeit oder Unwichtigkeit dessen, was die gegenwärtige Stunde enthält, fehlt uns der Sinn für das richtige Größenverhältnis. Und so sind wir, angesichts der sozialen Umwälzung, die sich in den englischen Kohlenrevieren abspielt, doch imstande, uns z. B. um das Schicksal der Wehrvorlage im ungarischen Parlament zu interessieren, gerade so, wie etwa eine Ameise, wenn ein Waldbrand nur mehr zehn Schritte von ihrem Haufen entfernt ist, sich doch geschäftig bemühen wird, ihr Grashälmchen hineinzutragen. Also reden wir von andern Dingen. Und zwar von Tripolis — das übrigens keine Grashälmchen-, sondern eine gar wichtige Angelegenheit ist, in der sich in den letzten Wochen auch vieles und Bedeutungsvolles zugetragen hat. Da war die jubelnde Hurrahszene in der Kammer mit Unterlage des bekannten Spruchs: „Nimm dir was, so hast du was". (Und hast du's nicht, so sag', du hast's.) Aber so profan klang das nicht. Die Souveränitätserklärung über Lybien, mit einfallendem Begeisterungschor, würde sich eher zu einem effektvollen Opernauftritt eignen, mit Text à la d'Annunzio und Musik à la Schwerterweihe der Hugenotten. Doch, habe ich nicht unrecht, im Tone bittern Scherzens von so tieftraurigen Dingen zu reden, wie dieser tripolitanische Krieg und diese patriotische Hypnose und Psychose es sind, in deren Bann das ganze Land steht? Doch nein: nicht das ganze Land. Auch Parlamente sind kein untrügliches Echo der wahren Volksstimme. Eben, während ich dieses schreibe, kam mir die in Rom erscheinende „Rivista del Lavoro" (Heft Jänner und Februar) zugeflogen. Von Anfang bis zu Ende von pazifistisch-demokratischem Geist durchweht, ist das ganze reiche Heft nur ein Protest gegen den gegenwärtigen und gegen jeden Eroberungskrieg. Weiter hat sich zugetragen, daß italienische Schiffe ein paar alte im Hafen von Beirut liegende türkische Schiffe in den Grund geschossen und dabei auch die Stadt beschädigt haben, worüber dort eine große Panik und in der übrigen Welt große Bestürzung ausbrach. Wie? Will jetzt Italien den Krieg von der afrikanischen Nordküste in andere Gewässer tragen, dabei den ganzen europäischen Levantehandel schädigen, und die Gefahren von Komplikationen auf dem Balkan, vom Aufflammen islamitischen Fanatismus heraufbeschwören, seine eigene Konnationalen, die in orientalischen Städten leben, zum mindesten der Ausweisung, möglicherweise auch dem Massaker, aussetzen?

☞

Da stellte sich dann in der europäischen Diplomatie wieder die bekannte Anbahnung vorsichtigen Gedankenaustausches ein, begleitet von leisen Sondierungen und Vor-

schlägen. Diese wurden bald fallen gelassen. Da kam England auf die Idee, sämtliche Mächte mögen Italien zur Einschränkung des Kriegsschauplatzes verhalten. Wieder regte sich da etwas, das auf eine entstehende Europaseele deutet. Aber die beiden Mittelstaaten, Italiens Dreibundgenossen, erklärten, da nicht mitzutun — es würde gegen das strikte Gebot der Neutralität verstoßen. Es würde auch gegen jenen Respekt verstoßen, der in gewissen Kreisen vor der Erhabenheit des Begriffes „Krieg" herrscht. So etwas darf man nicht aufhalten, einem zum Schlage Ausholenden darf man nicht in den Arm fallen. . . . Im Gegensatz zu diesen Anschauungen unserer alten Welt muß ich wieder in die neue hinüberblicken. Wie sagte doch Präsident Taft bei der Einweihung der panamerikanischen Union, diesem Bund von einundzwanzig Republiken von Nord- und Südamerika? „Wir müssen es erreichen", — sagte das Staatsoberhaupt der Vereinigten Staaten — „daß, wenn zwei, was immer für zwei, von den einundzwanzig miteinander kämpfen wollen, die neunzehn andern sie daran verhindern."

☞

Die deutsch-englische Versöhnungs- und Verständigungssache hat — zum Verdruß der beiderseitigen Mißtrauensschürer — große Fortschritte gemacht. Die Missionsreise Lord Haldanes (des Kriegsministers, das ist das Pikante daran) hat ihr Ziel: Zerstreuung der Kriegswolken, mehr als erreicht. Denn nicht nur eine Detente ist erfolgt, sondern der praktische Weg einer Art Entente wurde betreten, indem über verschiedene strittige Interessen positive Vereinbarungen vorbereitet werden. Dies hat nach der Rückkunft Haldanes Premierminister Asquith deutlich in seiner Unterhausrede vom 13. Februar gesagt:

Beide Regierungen sind von dem aufrichtigen Wunsche beseelt, einen besseren Stand der Dinge herbeizuführen.

Im vergangenen Monat erhielten wir Anzeichen, daß der Besuch eines englischen Ministers in Berlin nicht unwillkommen sein würde und die Erreichung uns gemeinsamer Ziele erleichtern könnte. Daher ging Haldane nach Berlin.

Seine Gespräche mit den deutschen Autoritäten umfaßten ein weites Gebiet. Auf beiden Seiten machte man mit vollständiger Freiheit Angaben und gab freimütige Erklärungen ab. Ich glaube aufrichtig, daß diese Konversationen mehr als ein bloß akademisches Resultat haben werden. Auf beiden Seiten sprechen unverkennbare Beweise für den aufrichtigen Wunsch, sich auf besseren Fuß zueinander zu stellen, unbeschadet der besonderen Beziehungen zu anderen Mächten.

In diesem Geiste ist man auch gegenwärtig mit einer sorgfältigen Prüfung praktischer Möglichkeiten beschäftigt.

☞

Das Werden und Wachsen der kriegerischen Aviatik müssen wir Pazifisten unablässig mit unserer Aufmerksamkeit verfolgen, einmal, weil sie so recht den Wahnwitz der Rüstungsüberbietungen zeigt, und auch zeigt, mit welchen mächtigen Fangarmen der Militarismus alles an sich reißt, was der schaffende Menschengeist ersinnt, und dann, weil wir uns vorbereiten müssen auf den Antrag. der vor die Haager Konferenz gebracht werden soll, das Verbot von 1899 zu erneuern, oder in Ermangelung eines solchen Antrags, sowie im Falle seiner Ablehnung, auf den Protest uns vorbereiten, der von der öffentlichen Meinung aller Länder sich erheben soll. Also hier einiges Neue von den Luftflotten.

Das Pariser Blatt „Excelsior" entblödete sich nicht, zu verbreiten, daß im deutschen Generalstab der Plan schon feststeht, mittels Fliegern nach Paris zu gelangen und dort genügend Sprengstoffmengen auf die Stadt herabzuschleudern, um sie zu zerstören. — In der Sorbonne hat unter dem Vorsitz Clemenceaus eine von 4000 Menschen besuchte Versammlung stattgefunden, in der beschlossen wurde, die französische Flugtruppe so rasch als möglich zu unüberwindlicher Stärke auszugestalten und dazu die Mittel aus den freiwilligen Spenden der Nation zu beschaffen. — Eine Sammlung wurde eingeleitet, und heute übersteigt die gezeichnete Summe schon eine Million. —

Nachfolgend eine herzerfreuende Schilderung aus der Praxis des aviatischen Bombenwerfens, die sich sowohl an den ästhetischen Sinn wie an das Gemüt des Lesers wendet:

Beschießung eines Aeroplans bei Tripolis.

Was der Flieger E. Rossi erzählt:

„Am Morgen des 31. Jänner stieg ich mit Kapitän Montu auf und nahm die Richtung nach dem etwa 30 km entfernten feindlichen Lager. Der Zweck der Reise galt der Rekognoszierung und der Erprobung einer Hasenbombe. Wir flogen in einer Höhe von 600 m. Nachdem wir 15 km zurückgelegt hatten, sichteten wir die ersten Gruppen arabischer Zelte, die uns mit einem so wohlunterhaltenen Salvenfeuer begrüßten, daß ich nicht übel Lust hatte, auf die Fortsetzung der Reise zu verzichten. Aber ich schämte mich sofort meiner Kleinmütigkeit und steuerte entschlossen direkt auf die türkischen Zelte zu, indem ich meinem Begleiter das Signal gebe, die aufgehängte Bombe zum Abwurf fertig zu machen.

Hundert Meter vom Zentrum des Zeltlagers entfernt gebe ich das zweite Signal zum Schleudern und erhalte unverzüglich von Montu das den Abwurf meldende Gegensignal. Um die Wirkung zu beobachten, steuerte ich sofort nach links. Ich sah, wie sich eine starke Staubwolke vom Boden erhob und Menschen, Pferde und Kamele nach

allen Richtungen auseinanderstoben. Es war ein wunderschöner Anblick: die Bombe hatte die beabsichtigte Wirkung hervorgebacht.

Aber die Freude über diese Wahrnehmung wurde empfindlich durch das Salvenfeuer beeinträchtigt, dessen ununterbrochenes Geknatter . . .“

Hier breche ich die Beschreibung ab. Etwas Eindrucksvolleres als das Wort „die Freude über diese Wahrnehmung“ kann nicht mehr folgen.

Graf Aehrenthal ist gestorben. Für uns Pazifisten knüpfen sich an das Andenken dieses Staatsmannes zwei sehr verschiedene Eindrücke. Er war der Urheber der Annexion Bosniens, und diese Tat wird ihm von der politischen Zeitgeschichte als Großtat angerechnet, und in Anerkennung dieser Tat sind ihm die Ehren erwachsen, mit denen er in seinen letzten Jahren überschüttet und nach seinem Tode mit kaiserlichem Pomp zu Grabe getragen worden ist. Wir andern haben in der Annexion den Bruch internationaler Verträge und die nahe Kriegsgefahr gesehen, die sie zur Folge hatte. Auch die vielen Millionen, die die damalige Herstellung der Kriegsbereitschaft kostete, und der damit — nicht nur Oesterreich-Ungarn, sondern allen europäischen Staaten — neu gegebene Anstoß zu weiteren Rüstungssteigerungen kann als Folge derselben Aktion betrachtet werden. Daß wir damals dagegen protestierten, dessen werden sich alle unsere Freunde erinnern. Das ist der eine Eindruck. Daß Graf Aehrenthal aufrichtig und energisch bemüht war, das friedliche Verhältnis zu Italien aufrechtzuerhalten, und daß er sich den militärischen Maßnahmen widersetzte, die von dem verbündeten Nachbar als verletzende Provokation aufgefaßt werden konnten, — das ist der andere, der gute Eindruck. Dafür weihen die Freunde des Friedens dem zu früh dahingerafften Minister rückhaltlose Dankbarkeit.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

29. Januar. Grosse Versammlung zur Förderung der anglo-deutschen Verständigung in Glasgow unter Vorsitz des Bürgermeisters D. M. Stevenson. Daran anknüpfend freundschaftlicher Gedankenaustausch zwischen dem Bürgermeister von Glasgow und dem Bürgermeister Dr. Oehler von Düsseldorf.

5. Februar. Die Arbitration League in London erlässt ein von zahlreichen hervorragenden Persönlichkeiten Englands unterzeichnetes Manifest gegen die Rüstungen für den Luftkrieg.

13. Februar. Abdankung der Mandschu-Dynastie. China wird Republik.

13. Februar. Premierminister Asquiths grosse Rede über die anglo-deutsche Verständigung im Unterhaus. Bestreitet, dass England im vorigen Sommer Deutschland überfallen wollte. Günstige Aussichten der durch Viscount Haldane eingeleiteten Verhandlungen.

14. Februar. Der Minister für Indien Earl of Crewe erklärt die militärischen Massnahmen des Sommers als rein defensive Massregeln und erhofft nach allen Erklärungen eine Beruhigung der öffentlichen Meinung in beiden Ländern.

14. Februar. Der deutsche Reichskanzler von Bethmann Hollweg bezeichnet im Reichstag die Besprechungen mit Lord Haldane als Grundlage für vertrauensvolle Beziehungen.

14. Februar. Präsident Taft hält in der Flottenliga eine Ansprache, in der er für den Bau neuer Schlachtschiffe eintritt, unter Betonung, dass er die Zeit, an Flottenausgaben zu sparen, erst dann für gekommen erachte, wenn der Krieg abgeschafft sein werde.

15. Februar. Die dem englischen Hofe nahestehende „Westminster Gazette“ spricht ihre Genugtuung über die Erklärung der Minister Asquith und Earl of Crewe über die Beziehungen Englands zu Deutschland aus.

Mitte Februar. Im dänischen Folkething bezeichnet der Minister des Auswärtigen die schiedsgerichtliche Beilegung der Konflikte Dänemarks mit anderen Ländern als das Ziel seiner Politik.

15. Februar. Die Pariser Munizipalität trifft zum Besuch der Stadtbehörden in St. Petersburg ein.

16. Februar. Japan ratifiziert die Haager Konvention vom 18. Oktober 1911.

16. Februar. Staatssekretär Grey hält in Manchester eine Rede, in der er betont, dass die in den Reden des Premierministers Asquith und des deutschen Reichskanzlers beobachtete strikte Zurückhaltung keinen Mangel an Herzlichkeit in sich schliesse und seine Zuversicht auf Klärung des politischen Horizonts ausdrückt.

17. Februar. Minister des Auswärtigen der öster.-ungarischen Monarchie, Graf Aehrenthal †.

18. Februar. In einer neuerlichen Rede in Manchester erklärt Staatssekretär Grey, dass England keine Eroberungsgelüste, sondern Interesse am Frieden habe, und weist auf die pazifistischen Aufgaben der Presse hin.

18. Februar. In einer von 6000 Personen besuchten Volksversammlung in Mailand greifen 10 sozialistische Redner die Kriegspolitik Giolittis heftig an und nehmen eine Tagesordnung an, die den sozialistischen Abgeordneten auferlegt, in entschiedene Opposition gegen das Ministerium zu treten, das Annexionsdekret zu verwerfen, neue Kriegskredite zurückzuweisen und neue Steuern nicht zu bewilligen.

20. Februar. Sir Robert Hadfield betont in einer Unterredung mit einem Journalisten die Notwendigkeit, dass England der kolonialen Expansion Deutschlands nicht im Wege stehe.

20. Februar. Das permanente internationale Friedensbureau in Bern veranstaltet eine Weltfriedenspetition wegen des italienisch-türkischen Krieges, die um sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, Abschluss eines für beide Teile ehrenvollen Friedens und Anbietung der guten Dienste der Neutralen an die kriegführenden Mächte ersucht.

21. Februar. Anlässlich der Ernennung des Grafen Berchtold zum österr.-ungarischen Minister des Aeussern fand ein Depeschenwechsel zwischen diesem und den russischen Ministern Kokowzow und Sasonow statt, der die „gemeinsame Aktion" zur Erhaltung des Friedens beider Regierungen betont.

22. Februar. Annexions-Debatte in der italienischen Kammer. Annahme des Annexions-Dekrets von Tripolis mit überwiegender Mehrheit. Turati spricht dagegen.

26. Februar. Admiral Lord Beresford hält in Grantham eine Rede, in der er sich zwar mit Mr. Churchill's Glasgower Rede einverstanden erklärt, im übrigen aber für eine englisch-deutsche Flottenverständigung eintritt.

26. Februar. Ein Bewunderer von Lord Haldanes Buch „Universitäten und das nationale Leben" hat sich erboten, 5000 Exemplare an deutsche Schulen zu verteilen; der deutsche Kaiser hat das Anerbieten dankend angenommen und die Verteilung des Buches verfügt.

29. Februar. Es beginnt in Berlin eine Reihe französischer Konferenzen, die bis 31. März stattfinden werden, an denen sich französische Schriftsteller, Kritiker und darstellende Künstler beteiligen sollen.

29. Februar. In einer Rede zur Förderung der deutschfreundlichen Beziehungen in Newcastle sagt Sir Frank Lascelles, dass keine der beiden Nationen einen wirklichen Angriff beabsichtigte, dass man sich aber davor hüten müsse, Deutschland seine Rüstungen vorzuschreiben.

Ende Februar. Der Bischof von Winchester tritt in einer Ansprache an seine Diözesan-Geistlichkeit für eine Entente mit Deutschland ein.

Ende Februar. Unterzeichnung eines russisch-bulgarischen Abkommens über die Rückzahlung der seitens Bulgarien eingegangenen Schuld für die Kosten aus der Besetzung Ost-Rumeliens.

Anfang März. Staatssekretär Knox begibt sich auf eine Rundreise nach den Hauptstädten der lateinischen Staaten am Karibischen Meer und am Golf von Mexiko um die Verständigung zwischen diesen und der Amerikanischen Union zu fördern.

Anfang März. Die Grossmächte versuchen zwischen Italien und der Türkei zugunsten eines baldigen Friedensschlusses zu vermitteln.

4. März. Die bremische Handelskammer erhält von der Handelskammer zu Plymouth ein Schreiben, in dem die Ueberzeugung ausgedrückt wird, dass das wirtschaftliche Gedeihen Englands und Deutschlands in hohem Masse von der Erhaltung des Friedens abhängig sei und jede Gemeinschaft mit allen die freundschaftlichen Beziehungen gefährdenden Organen abgelehnt wird.

7. März. Der amerikanische Senat ratifiziert die vorbehaltlosen Schiedsverträge, die die Regierung der Vereinigten Staaten mit Frankreich und England abgeschlossen hat.

AUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Die amerikanischen Schiedsverträge ratifiziert.

In dem Augenblick, wo diese Blätter in den Druck gehen, kommt die Nachricht, daß die vorbehaltlosen Schiedsverträge, die die Regierung der Vereinigten Staaten auf Anregung des Präsidenten Taft mit England und Frankreich abgeschlossen hat, vom amerikanischen Senat nach zweitägiger Debatte mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit angenommen wurden.

Allerdings berichten die kurzen Telegramme von gewissen Konzessionen die die Regierung dem Senat machen mußte, namentlich durch Ausschließung derjenigen Fragen von der Schiedsgerichtsbarkeit, die die Einwanderung wie jene, die die Monroe-Doktrin betreffen, sowie durch Annahme einer Resolution des Senators Lodge, die die Zustimmung des Senats zu jedem Kompromiß, das über Schiedsfälle abgeschlossen wird, auch dann bedingt, wenn die gemeinsame, von beiden im Streit befindlichen Staaten gebildete „Hohe Untersuchungskommission" den Fall als arbitrabel bezeichnet hat. Die mit der Bildung dieser Untersuchungskommission bezweckte Umgehung des Senats ist somit nicht erreicht worden; immerhin ist der Senat, der die amerikanischen Mitglieder einer solchen Kommission zu ernennen hat, moralisch an den Beschluß dieser Kommission gebunden.

In der nächsten Nummer der „Friedens-Warte" wird der ganze Sachverhalt von der berufenen Feder eines Mannes, der selbst am Zustandekommen der Schiedsverträge mitgewirkt hat, von dem Senator E. Burton aus dem Staate Ohio eingehend dargelegt werden.

Ein internationales Schiedsgericht für Privatklagen gegen Schuldnerstaaten.

Nachdem die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft und der Handelsvertragsverein das Problem eines internationalen Schiedsgerichts für Privatklagen gegen Schuldnerstaaten zur Diskussion gestellt haben, hat es weithin die Aufmerksamkeit der Juristen und Handelsleute erweckt. So hatte zunächst die Heidelberger Tagung der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissen-

schaft und Volkswirtschaftslehre im September 1911 das Thema auf seine Tagesordnung gesetzt. Leider war der Referent, Professor Apt aus Berlin, an dem Erscheinen verhindert, und der Vortrag mußte auf die nächste Tagung verschoben werden. Bereits im Oktober 1911 hat dann der mitteleuropäische Wirtschaftsverein auf seiner Münchener Tagung dasselbe Thema auf die Tagesordnung gesetzt und Geheimrat Fischer (Breslau) zum Referenten bestimmt. Dieser hat auch einen sehr eingehenden Bericht erstattet, der in den Protokollen des Kongresses abgedruckt ist. Fischer wendet sich zum Teil gegen die Ausführungen in meiner Schrift „Ein internationaler Gerichtshof für Privatklagen" und befürwortet kein ständiges Gericht, sondern nur ein Abkommen, wonach die Staaten sich verpflichten, derartige Streitfragen einem Schiedsgerichte zu unterwerfen. Fischer sagt: „Ich glaube, daß man grundsätzlich dem Schuldnerstaate die — natürlich nicht nach Willkür, sondern nach Recht — zu treffende Entscheidung darüber vorbehält, ob ein Schiedsgerichtsfall gegeben ist. Dadurch ist nun freilich der Gläubiger erheblich ungünstiger gestellt." (S. 18 des Protokolls.) Ich glaube, daß wir dann nicht viel besser daran sind wie jetzt. Denn da der Schiedsvertrag zwischen den Staaten geschlossen werden muß, so müßte bei jeder Bagatellsache von einigen tausend Mark die diplomatische Unterstützung des Heimatsstaates der Privatpersonen angerufen werden, und der Mechanismus wäre viel zu schwerfällig.

Die gleiche Frage wird auch auf dem nächsten internationalen Kongresse der Handelskammern zu Boston behandelt werden. Wie aus den „Mitteilungen des Handelsvertragsvereins" vom 20. November 1911 ersichtlich, haben sich neuerdings weitere interessante Differenzen zwischen Privatpersonen und Schuldnerstaaten eingestellt. Von Interesse dürfte die Mitteilung sein, daß Holland einem solchen Schiedsgerichte aus Gründen der Souveränität auch heute noch sehr abgeneigt ist. Mir hat der Staatsminister dies erst kürzlich mitgeteilt. Auch hat der bekannte holländische Professor de Louter den Vorschlag in einem Artikel in dem Haager „Nieuwe-Courant" scharf bekämpft. Das ist um so eigentümlicher, als kürzlich die Idee einer internationalen Polizeimacht, die ich für ganz verfehlt erachte, gerade in Holland viele Anhänger gefunden hat. Immerhin hat der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" das Projekt des oben erwähnten Schiedsgerichts schon am 2. November 1910 und wiederholt später befürwortet.

Wehberg.

Präsident Taft für den Schiedsvertrag mit Deutschland.

Die Herren Marcus M. Marks und Dr. Louis Livingston Seaman begaben sich neulich als Ausschuß der New-Yorker Friedensgesellschaft nach Washington, um mit dem Präsidenten Taft und dem deutschen Gesandten Grafen Bernsdorff über den gegenwärtigen Stand der Schiedsvertragsfrage mit Deutschland zu beraten. Bei ihrer Rückkehr berichteten sie, daß sowohl der Präsident als auch der deutsche Gesandte dem Gedanken eines solchen Vertrags äußerst freundlich gegenüberstehen. Als Abschluß der Verhandlungen wurden folgende Briefe gewechselt:

17. Februar 1912.

An Hon.
William H. Taft,
Im Weißen Haus,
Washington.

Geehrter Herr Präsident! Wir erfuhren aus zuverlässiger Quelle, daß eine maßgebende Feststellung Ihrerseits über den gegenwärtigen Stand unseres Schiedsvertrages mit Deutschland sehr dazu beitragen würde, die Geneigtheit unserer Regierung zu Verhandlungen mit Deutschland auf derselben Basis wie mit Großbritannien und Frankreich überzeugend darzutun. Wir wurden offiziell des freundlichsten Entgegenkommens von seiten Deutschlands bei derartigen Vertragsverhandlungen versichert.

Da wir Ihre freundliche Haltung in dieser Angelegenheit kennen, glauben wir in Uebereinstimmung mit unserer heutigen Unterredung, daß eine offizielle Erklärung Ihrerseits im geeigneten Moment der öffentlichen Meinung nicht den geringsten Zweifel über ihr warmes Interesse an dem möglichst frühen Abschluß eines Vertrages lassen wird, der wie dieser den Geist der Brüderlichkeit und Gerechtigkeit, der unser Volk mit dem deutschen verbindet, so nachdrücklich zeigt. Mit dem Ausdruck vollster Hochachtung Ihre ergebenen

Marcus M. Marks,
Louis L. Seaman, M. D.
Außerordentliche Abgesandte der
New-Yorker Friedensgesellschaft.

Hierauf traf vom Präsidenten Taft folgende Antwort ein:

Weißes Haus, Washington.
19. Februar 1912.

Geehrte Herren!

In Beantwortung Ihres Briefs vom 17. Februar freut es mich, Ihre Aufmerksamkeit auf die Vorgeschichte der Verhandlungen über die jetzt dem Senate vorliegenden Schiedsverträge lenken zu können. Im Dezember 1910 sagte ich in meiner Rede in der Amerikanischen Gesellschaft zur rechtlichen Regelung internationaler Streitigkeiten:

„Wenn wir jetzt über ein positives Uebereinkommen mit einem großen Volk verhandeln und auch durchsetzen können, durch welches die Entscheidung eines internationalen Schiedsgerichtshofs in allen möglichen Fällen, handle es sich nun um nationale Ehre, um territoriale oder Geldfragen, die nicht durch Unterhandlungen ge-

regelt werden können, bindend gemacht wird, so haben wir einen großen Schritt nach vorwärts gemacht und damit bewiesen, daß es wenigstens zwischen zwei Staaten möglich ist, den gleichen Vorgang eines systematischen Rechtswesens zu beobachten, wie es zwischen Individuen eines Rechtsstaats üblich ist."

Dieser Feststellung folgte eine sofortige gleichlautende öffentliche Erklärung Großbritanniens und Frankreichs, die ihre Bereitwilligkeit zum Beginn von Unterhandlungen zwecks Abschlusses eines derartigen Vertrags kundgaben. Da kein anderer Staat auf diese Andeutung reagierte, unterbreitete unsere Regierung Großbritannien und Frankreich als Grundlage derartiger Unterhandlungen einen provisorischen Entwurf, dessen Inhalt im Mai 1911 veröffentlicht wurde, gleichzeitig mit der Erklärung, daß die Vereinigten Staaten geneigt wären, auch mit anderen Staaten in derartige Verhandlungen einzutreten. In der Folge verlangten und erhielten die diplomatischen Vertreter Deutschlands und einiger anderer europäischer Staaten Abschriften des ersten Entwurfs. Aber die Verhandlungen mit Deutschland, wie solche mit anderen Mächten, blieben zurzeit in Schwebe bis zur endgültigen Entscheidung des Senats über die Verträge mit Großbritannien und Frankreich.

Die deutsche Regierung hielt ebenso wie die amerikanische den zeitweiligen Aufschub der Verhandlungen unter den gegenwärtigen Umständen für ratsam. Aus diesem Grunde sind die Verhandlungen mit Deutschland noch nicht abgeschlossen.

Sie können versichert sein, daß unmittelbar nach Sanktion der jetzigen Verträge die ernsthaftesten Anstrengungen gemacht werden sollen, einen Vertrag mit Deutschland zustandezubringen, der ebenso vorteilhaft und ebenso bezeichnend für den allgemeinen Wunsch nach dem Weltfrieden durch Schiedsgerichtsbarkeit sein wird, wie die bereits abgeschlossenen Verträge Zeugnis für die friedliche Gesinnung der beiden Vertragsmächte ablegen. Niemand erkennt klarer als unsere Regierung den überragenden Nutzen, den ein solcher Vertrag mit Deutschland der Sache des Weltfriedens bringen würde.

Ihr ergebener
William H. Taft.

Die Aufgaben der dritten Haager Konferenz. :: :: ::

Die Vorarbeiten für die nächste Friedenskonferenz haben in verschiedenen Ländern bereits begonnen. Wir werden demnächst einen Artikel aus der Feder des Herrn Jarousse de Sillac veröffentlichen, aus dem ersichtlich sein wird, wie weit man sich in Frankreich mit dieser Materie bereits befaßt hat. Auch in Schweden ist von der Regierung bereits ein Komitee eingesetzt worden, das mit den Vorarbeiten für die Konferenz betraut ist. Kürzlich hat der Reichstagsabgeordnete Wawrinski der schwedischen Kammer einen ausführlich begründeten Antrag überreicht, in dem alle für die nächste Haager Konferenz in Betracht kommenden Fragen einer Erörterung unterzogen werden und der Reichstag ersucht wird, die Regierung zu veranlassen, daß sie die angeführten Fragen der die Konferenz vorbereitenden Kommission zur Prüfung überweise. Es wird darin auch der Wunsch ausgesprochen, daß die schwedische vorbereitende Kommission, an deren Spitze übrigens Herr Beckmann steht, sich mit den ähnlichen, in Norwegen und Dänemark zu errichtenden Kommissionen in Verbindung setze.

Die Fragen, die Wawrinski als Programmpunkte für die III. Haager Konferenz in einer ausführlichen Denkschrift in Anregung bringt, sind folgende:

1. Die Materien der Londoner Seerechtsdeklaration, die noch immer nicht ratifiziert ist, sollen vor die III. Friedenskonferenz gebracht werden, damit auch jene Staaten, die in London nicht eingeladen waren, an dem Zustandekommen dieser wichtigen Regelungen des Seekriegsrechtes teilnehmen können, um dadurch dessen endgültige Anerkennung durch alle Nationen zu fördern.
2. Die Errichtung einer Zentralstelle zur Verfolgung von Völkerrechtsbrüchen.
3. Die Herstellung eines obligatorischen Schiedsvertrages zwischen jenen Staaten, die einem solchen beizutreten geneigt sind.
4. Die obligatorische Vermittlung.
5. Automatischer Zusammentritt der folgenden Haager Konferenzen.
6. Gründung einer internationalen Völkerrechtsakademie im Haag.
6. Schaffung eines europäischen Bureaus nach dem Muster des pan-amerikanischen Bureaus.
7. Allmähliche Verminderung der Rüstungslasten.
8. Zusammenwirken der kleineren Staaten für eine Verminderung der Rüstungen unter ihnen.
9. Kontrolle der diplomatischen Verhandlungen.

Die Begründungen, die Wawrinski seinen Vorschlägen beifügt, verdienen allgemeines Interesse. Es ist zu hoffen, daß seine Denkschrift baldigst im Druck erscheint, damit sie der öffentlichen Diskussion unterbreitet werden kann.

Wiederaufnahme der Londoner Seerechtsdeklaration.

Die Annahme, der wir in Nr. 1 der Friedens-Warte (S. 25) Ausdruck verliehen haben, wonach es mit der Ablehnung der englischen Seerechtsbill durch das Oberhaus sein Bewenden nicht haben werde, scheint sich zu bestätigen. Am 11. Februar hat der Parlamentssekretär

Acland bekanntgemacht, daß die Regierung die Absicht habe, die im vorigen Jahre vom Oberhaus abgelehnte Seeprisenbill während dieser Session wieder einzubringen. Bekanntlich muß nach dem im vorigen Jahre geschaffenen Vetogesetz dreimal ein Gesetzentwurf im Unterhause angenommen sein, ehe der Widerstand der Lords unwirksam wird. Es ist zu hoffen, daß es das Oberhaus nicht zum Aeußersten wird kommen lassen. Die Annahme der Seerechtsbill durch das englische Parlament ist von hervorragend pazifistischer Bedeutung. Sie bildet die Voraussetzung der Ratifizierung der Londoner Seerechtsdeklaration.

Die Begründung der Souveränitätserklärung über Tripolis und die Cyrenaika.

Der Gesetzentwurf über die Annexion der noch immer nicht annektierten türkischen Provinzen hat der italienischen Kammer am 22. Februar vorgelegen und wurde von dieser mit einem widerlichen Pathos gutgeheißen. Unter den Waffen schweigen nicht nur die Gesetze, sondern schweigt auch die Vernunft. Diese fand nur wenige Vertreter im italienischen Parlament. Diesen wenigen aber gebührt höchste Ehre. **Widerlicher aber als die Kammerverhandlung** mutet jenes Schriftstück an, mit dem die Regierung die Gesetzesvorlage begründete. Es wird für alle Zeiten ein Dokument diplomatischer Heuchelei und Scholastik bleiben.

Es wird darin ausgeführt, daß Tripolis sicher von einer anderen europäischen Nation in Besitz genommen worden wäre, wenn Italien nicht zugegriffen hätte. Den Beweis dafür bleibt die italienische Regierung schuldig. Sie schritt zum Präventivkrieg, der sich immer rechtfertigen, dessen Notwendigkeit sich aber nie beweisen läßt. Für die Ausschließung der türkischen Oberhoheit bei italienischer Verwaltung beruft sich das Dokument auf die Annexion Bosniens und der Herzegowina, ohne dem Bedenken Raum zu geben, daß es sich hier um zwei Provinzen handelte, die durch einen europäischen Beschluß seit 30 Jahren von Oesterreich-Ungarn verwaltet wurden. Das Beispiel von Cypern hält die Regierung hier nicht für stichhaltig. Und schließlich kommt die italienische Regierung zu der Erkenntnis, daß die Annexion von Lybien sogar für die Türkei höchst notwendig war, da sie „das einzige Mittel bildet, um künftigen Konflikten zwischen Italien und der Türkei den Boden zu entziehen". In der Tat ein probates Mittel. So kann man einen Todschlag rechtfertigen, da er in einem besonderen Fall das beste Mittel bilden kann, künftigen Streitigkeiten zweier Gegner den Boden zu entziehen.

Die vierte centralamerikanische Konferenz :: :: :: ::

tagte vom 1.—20. Januar in Managua in Nicaragua unter dem Vorsitz von D. Maximo H. Zepeda. Diese Konferenz fand statt auf Grund des am 27. Dezember 1907 in Washington geschlossenen Vertrages der centralamerikanischen Staaten. Ihre Aufgabe besteht darin, die gemeinsamen Angelegenheiten der fünf Republiken zu regeln. Es sind dies pan-amerikanische Konferenzen im kleinen. Die erste centralamerikanische Konferenz trat am 1. Januar 1909 in Tegucigalpa in Honduras, die zweite 1910 in San Salvador, die dritte 1911 in Guatemala zusammen. Die fünfte Konferenz ist für den 1. Januar 1913 in San José, Costa Rica, anberaumt. Über die Beratungen der vierten Konferenz liegen Einzelheiten noch nicht vor.

Rüstungsproblem.

Baron d'Estournelles über die Beschränkung der Rüstungslasten.

Auf der 17. Interparlamentarischen Konferenz, die im vorigen Jahre in Rom hätte stattfinden sollen, und die nunmehr am 17. Sept. d. J. in Genf zusammentreten wird, sollte Baron d'Estournelles de Constant einen Bericht über die Beschränkung der Land- und Seerüstungen erstatten. Dieser Bericht erschien nunmehr im Märzheft der jetzt von Prof. Ludwig Stein herausgegebenen Halbmonatsschrift „Nord und Süd" (Breslau, Schottländer). Einige Stellen aus diesem interessanten Dokument wollen wir hier festhalten:

„Es ist klar, daß ein gut verwaltetes Land darauf halten muß, die besten Flinten und die besten Kanonen zu besitzen, sei es nur, um gegebenen Falles bei dem gegenwärtigen Zustand der Welt seine anderen Industrien gegen die Ueberraschung eines Ueberfalles zu schützen. Das nennt man eine Versicherung; wir haben es nie bestritten; aber der Preis der Versicherung muß den Mitteln des Besitzers angemessen sein; er darf die Industrien nicht opfern, die man zu schützen berufen ist; das aber tut z. B. ein Staat, der sein Kriegsmaterial mit soviel Vorliebe bestellt, daß er genötigt ist, andere wichtige Fabrikationen einzustellen und Lokomotiven und Waggons zu entbehren oder sie massenweise im Ausland zu bestellen. Das sehen wir alle Tage, und wenn wir uns gestatten, zu protestieren, wie ich es laut im Parlament und bei jeder Gelegenheit getan habe, sehe ich nicht ein, in welcher Weise ich den Frieden „predige", wie man sagt; ich weigere mich ganz einfach, mit den Wölfen zu heulen; und ich finde, daß es mutiger, patriotischer ist, gegen einen Mißbrauch zu protestieren, als ihn mitzumachen. Es wäre nützlich und interessant, der Tabelle der den militärischen Lieferungen gewidmeten Ausgaben eine Liste aller derjenigen gegenüberzustellen, die die nationale Tätigkeit in jedem Lande und jeder Kolonie verlangt. Es ist kein ein-

ziger unter uns Kollegen, der in seinem Lande nicht das Ungenügende der Budgets für öffentliche Arbeiten, Ackerbau, Handel und Unterricht konstatiert hätte, sowie den unberechenbaren Nachteil, den dieser Mangel den wesentlichsten Interessen seines Landes zufügt. Alle Tage sehen wir, daß der Wissenschaft die verlangten Kredite verweigert werden, obgleich diese Opfer sicherlich gewinnbringend wären und Reichtümer hervorbringen würden, aus denen Heer und Flotte, sowie alle anderen öffentlichen Dienstzweige Nutzen ziehen würden. Aber die Minderwertigkeit des Handels, des Ackerbaues, des Unterrichtes und der Wissenschaft besteht darin, daß sie jedermann interessieren, d. h. eine arbeitsame, anonyme und unorganisierte Menge, während die militärischen Lieferungen vor allem einige wohlorganisierte Personen interessieren.

Wieviel hätten die großen Kulturstaaten für das Wohl der ganzen Welt getan, wenn sie damit angefangen hätten, wo sie früher oder später enden werden: wenn sie in dauernden Werken die Tausende von Millionen Franken angelegt hätten, die sie verschwendet haben, die Millionen von Jahren der Arbeit, die sie immobilisiert haben? Es handelt sich nicht nur um das ausgegebene Geld, es handelt sich nicht nur um die ganze Jugend eines Landes, die alljährlich ihrer normalen Arbeit entzogen wird; es handelt sich um so viel Kräfte, die durch den Staat selbst und zu seinem eigenen Schaden dem Ackerbau, dem Handel, der Industrie des ganzen Landes entzogen werden.

Wer kann berechnen, was diese Kräfte und diese Reichtümer eingebracht hätten, wenn sie dazu verwendet worden wären, die Hilfsquellen auszubeuten, an denen die Erde überreich ist, nicht nur in den neuen Kontinenten, in Afrika, Amerika, in Asien, Australien, sondern auch in Europa selbst?"

Diese Ausführungen sollten vor allen Dingen jene Regierungsvertreter zur Kenntnis nehmen, die es noch immer für angebracht halten, zu erklären, daß die Rüstungen auch der Wirtschaft große Vorteile bringen.

Am Schlusse seines Berichtes fordert d'Estournelles das Studium des Problems und macht dabei folgende treffliche Ausführungen:

„Es gibt keinen Grund, um an der Lösung des Problems der Einschränkung zu verzweifeln. Es hat nur seine Neuheit gegen sich. Man verzweifelte vor zehn Jahren und machte sich ebenso lustig über die Lösung des Problems eines internationalen Schiedsgerichtshofes; dieser Gerichtshof ist eingesetzt worden; er hat entscheidende und rechtskräftige Resultate geliefert, einzig, weil man sich damit beschäftigt hat, weil die Frage des Schiedsgerichts aufgehört hat, ein Wahngebilde zu sein, und praktisches Gebiet betreten hat, das patriotischen Erwägungen zugänglich ist. Es wird ebenso mit der Rüstungseinschränkung an dem Tage sein, wenn sie so studiert werden wird, wie sie es verdient, und nicht im voraus als antipatriotisch und aussichtslos verurteilt wird.

Alsdann wird jeder von uns sehen, wie jeder seiner Gegner von heute die Argumente sich aneignet, die wir seit zehn Jahren so vergeblich verschwenden, und ebenso wie die früheren Gegner des Schiedsgerichts ihre wärmsten Anhänger geworden sind, werden wir die Einschränkung der Rüstungen unter dem Beifall aller derjenigen triumphieren sehen, die sie am stärksten bekämpft haben."

Es scheint, daß die Erfüllung dieser Prophezeiungen nicht mehr in so ferner Zukunft liegt, wie mancher noch meint.

Die Begründung der Rüstungsvermehrung durch den ungarischen Ministerpräsidenten.

In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 15. Februar hielt der Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary eine große Rede, in der er die neue österreichisch-ungarische Wehrreform, die mit einer beträchtlichen Vermehrung des Landheeres in Verbindung gebracht wird, vertrat. Zur Rechtfertigung der Erhöhung der Kontingente und der Kosten sagte der Minister folgendes:

Er konstatiert vor allem, daß nicht nur in Oesterreich-Ungarn, sondern in allen Staaten die Organisierung der Wehrmacht eine der wichtigsten Fragen ist, welche den dazu Berufenen große Sorgen verursachen. Das ist in Oesterreich-Ungarn infolge der geographischen Lage (Das ist ein Umstand, der allen Staaten gemeinsam ist! Fr.-W.) der Monarchie vielleicht in noch höherem Maße der Fall. Wie ist nun die Notwendigkeit aufgetaucht, die Rüstungen der Monarchie zu vermehren und für eine verstärkte Sicherheit der Monarchie zu sorgen? Einzig und allein aus den Bestrebungen unserer Nachbarn, die auch in positiven Tatsachen und Handlungen zutage getreten sind, auf diesem Gebiete ebenfalls fortzuschreiten, was nicht nur die in unserer Nachbarschaft lebenden großen, sondern auch die kleinen Nationen getan haben. Würde die Monarchie in diesen Rüstungen zurückbleiben, so würde sie in eine Inferiorität geraten, und dadurch könnten die wertvollsten Schätze der Nation empfindlich geschädigt werden. Es ist möglich, daß es auch Elemente gibt, die sich nicht darum kümmern, wenn wir auf diesem Gebiete in eine inferiore Lage geraten. Das sind aber ganz gewiß nicht unsere guten Freunde. Unsere guten Freunde wünschen uns stark zu sehen, und daß wir stark seien, ist auch eine unbedingte Voraussetzung dessen, daß wir als gute Bundesgenossen dienen können. Und nur wenn wir gute Bundesgenossen sein

können, können auch wir gute Bundesgenossen erhalten. Das Verhältnis der Bundesgenossenschaft beruht immer auf einer Reziprozität der Interessen, und ein solches Verhältnis bewährt sich nur dort, wo beide (Warum „beide", warum nicht lieber zehn, vierzehn, zwanzig Teile?! Fr.-W.) Teile Vorteil daraus ziehen können. Die Rüstungen bilden somit eigentlich die Basis der Politik der Bündnisse. (Dereinst werden die Bündnisse die Basis der Politik des Nichtrüstens bilden! Fr.-W.) Sonst kann, wie wir in ganz Europa sowie auf der ganzen Welt sehen, keine Nation ohne Bundesgenossen bestehen; einen guten Bundesgenossen kann man aber nur dann finden, wenn man ihm auch in Zeiten der Gefahr von Wert ist. — —

Diese ministerielle Rüstungsbegründung ist so schwach wie alle anderen, die wir in den meisten Parlamenten zu hören bekommen. Man verlangt die Erhöhung der Rüstungen, weil auch die Nachbarn ihre Rüstungen erhöhen. Sogar die „kleinen Nationen" tun es, und infolgedessen muß man nachfolgen. Daß auch die Nachbarn, und namentlich die kleinen Nationen nur „nachfolgen", darüber verliert der Minister kein Wort. Er tut so, als ob der fehlerhafte Kreis sich schließen müßte, wenn Oesterreich-Ungarn nun daran geht, sein Heer beträchtlich zu vermehren, als ob die „Inferiorität" dann auf einmal und endgültig überwunden wäre. Daß die Nachbarn, und auch die ganz kleinen unter ihnen, in dieser Rüstungsvermehrung der Monarchie wiederum den Anlaß zum eigenen Fortschreiten auf dem Gebiete der Rüstungen sehen werden, und Oesterreich-Ungarn neuerdings in Inferiorität kommen wird, diese klarste und einfachste Erkenntnis spielt keine Rolle in der ministeriellen Rechtfertigung. In England und in den Vereinigten Staaten pflegen die Minister, wenn sie Neurüstungen vertreten müssen, stets hinzuzufügen, daß diese Belastung der Bevölkerung aufhören könnte, wenn es zu einer Vereinbarung mit den Nachbarn kommen könnte. Sie begnügen sich nicht, bloß auf die Nachbarn hinzuweisen, sondern suchen darzulegen, daß es einen Ausweg aus dieser unvernünftigen Bahn geben könnte. Das tut man in Mitteleuropa nicht. Man äußert sich nicht über die Möglichkeit einer vernünftigen Lösung. Und die Minister haben auch recht, wenn sie das nicht tun. Sie haben es ja nicht notwendig! So lange aus den Reihen der Volksvertreter ihren Rüstungsvorschlägen nur ein williges Echo folgt, brauchen sie nicht demokratischer zu sein als das Volk, das ihnen diese Vertreter ins Parlament schickt.

Auch die andere Begründung des ungarischen Ministers, daß man gerüstet sein müsse, um bündnisfähig zu sein, ist nicht neu. Unbewußt tritt darin ein organisatorischer Gedanke zum Vorschein, nämlich der, daß die Friedenssicherung nicht mehr durch ein isoliertes Vorgehen herbeigeführt werden kann, sondern nur durch ein Zusammenwirken mehrerer Staaten. Der Gedanke, daß dieses Zusammengehen zu einem europäischen Bund erweitert werden könnte, wobei sich die Verbündeten durch weise Abkommen eine Beschränkung in der Verpflichtung des Gerüstetseins auferlegen, liegt da näher, als mancher Minister, der für Bündnisfähigkeit plädiert, zu glauben scheint.

☞

Wie Präsident Taft für Rüstungen eintritt. :: :: :: :: ::

Durch die Zeitungen ging kürzlich die Nachricht, daß Präsident Taft für eine Vermehrung der amerikanischen Flotte eingetreten ist. Vielfach wurde die kurze Meldung derart veröffentlicht, daß man einen Widerspruch aus dieser Haltung des Präsidenten gegenüber seiner sonstigen Stellungnahme zu den Problemen des Friedens herausmerken sollte. Hören wir nun, was Taft in Wirklichkeit gesagt hat:

„Ich bin für eine gute und starke Flotte, die unser Volk in die Lage setzt, seine Stellung zu bewahren und unseren berechtigten Forderungen in anderen Ländern Geltung zu verschaffen. Ich glaube nicht, daß die Zeit schon gekommen ist, um an der Flotte zu sparen. Die Flotte ist kostspielig; kostspielig ist auch die Armee; kostspielig ist der Krieg. Und die Kostspieligkeit dieser drei Einrichtungen ist ein guter Grund für die Abschaffung der Kriege, wenn es gar keinen anderen gäbe. Aber bis der Krieg abgeschafft ist, sollten wir uns der Situation anpassen, und täten wir es nicht, würden wir es an Vorsicht und Vernunft fehlen lassen."

Diese Rede wurde am 23. Februar auf der Friedens-Versammlung des Flotten-Vereins gehalten. „Friedens-Versammlung des Flotten-Vereins"! Wie uns das anmutet. Ebenso seltsam wie die Begründung der Vorlage durch den Redner. Bei uns preisen die Kriegs- und Marineminister jede Rüstungsvermehrung als einen wirtschaftlichen Vorteil an, über den man sich eigentlich freuen müßte, während hier das Uebel als Uebel bezeichnet und die Notwendigkeit der Beseitigung seiner Ursachen hervorgehoben wird. Taft verlangt die Abschaffung des Krieges, den ein Land allein nicht abschaffen kann. Unsere Kriegsminister preisen den Krieg als Wohltat, und ergötzen sich an dem Gedanken, daß er nie abgeschafft werden könne.

☞

Verschiedenes.

Die Kriegsmär von 1911. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die Erbitterung, die im Herbst 1911 in ganz Deutschland England gegenüber herrschte, wurde mit dem Umstand begründet, daß nach den Erzählungen des englischen Hauptmann Faber England im vergangenen Sommer bereit gewesen wäre,

Deutschland zu überfallen. Alles soll genau ausgerechnet gewesen sein, die englische Flotte soll die Torpedonetze herabgelassen haben und englische Torpedos sollen den Spuren der deutschen Hochseeflotte gefolgt sein.

Dies alles wurde als Tatsache angenommen.

Die dadurch in Deutschland erzeugte Erbitterung hätte genügt, um die Reichsregierung zu rechtfertigen, wenn sie den Krieg erklärt hätte:

Und nun hören wir über diese „Tatsache" folgendes: Premierminister Asquith erklärte am 14. Februar im englischen Parlament:

> Es wird zum Beispiel erzählt, daß es in Deutschland viele Leute gebe, die fest glauben, daß wir einmal oder einigemal im Sommer oder Herbst des letzten Jahres einen Angriff auf ihre Lande in Erwägung gezogen oder sogar vorbereitet hätten, und daß die Bewegungen unserer Flotte mit Rücksicht hierauf sorgfältig berechnet gewesen seien. Ich schäme mich fast, einer so wilden und so weitschweifenden Einbildungskraft zu widersprechen. Die ganze Erzählung ist eine reine Erfindung (Beifall) und es gibt — ich brauche es in diesem Hause kaum zu versichern — nicht den Schatten einer Begründung dafür. Ebenso lag nirgends und zu keiner Zeit irgendein aggressiver oder provokatorischer Charakter in den Bewegungen unserer Schiffe. Aber allein der Umstand, daß solche Gerüchte — wohl nicht bei der deutschen Regierung, aber in den Köpfen einer großen Zahl intelligenter und ehrlichgesinnter Leute in Deutschland — Glauben finden konnten, ist an sich ein bezeichnendes und höchst bedauerliches Symptom.

Der Staatssekretär des Aeußeren, Sir Edward Grey, sagte in seiner am 16. Februar in Manchester gehaltenen Rede:

> „Es ist nicht schwer, die Wahrheit zu sagen; die Schwierigkeit besteht darin, der Wahrheit Glauben zu verschaffen. Es liegt so sehr in der menschlichen Natur, lieber etwas zu glauben, was aufregend wirkt, als etwas, was einen beruhigenden Eindruck hervorruft. Ich hoffe, der Premierminister hat in seiner vor kurzem im Unterhause gehaltenen Rede ein für allemal eine große Unwahrheit erledigt, nämlich die, daß wir im letzten Jahre einen nicht provozierten Angriff auf Deutschland geplant hätten. Es war nie die geringste Begründung für einen solchen Verdacht vorhanden. Weder durch die Bewegungen unserer Schiffe noch durch sonst irgend etwas, das wir taten, konnte der Glaube gerechtfertigt werden, daß wir jemals daran dachten, selbst zuerst den Frieden zu brechen oder irgendjemand anderen zum Friedensbruch zu ermutigen oder zu provozieren."

Der Minister für Indien, Earl of Crewe, sagte am 14. Februar im Oberhause:

„Was im letzten Sommer so ernsthaft war, hatte nichts mit den Regierungen zu tun, sondern war der Zustand der öffentlichen Meinung in beiden Ländern. Es ist nutzlos, sich der Tatsache verschließen zu wollen, daß in Deutschland vielfach geglaubt wurde, wir träfen Vorbereitungen besonderen Charakters für einen möglichen Angriff auf Deutschland, doch war nie ein Grund zu dieser Annahme vorhanden. Alles was geschehen ist, war nur die allgemein anerkannte Tätigkeit der Ressorts, war nur die Fortsetzung rein defensiver, ich will nicht sagen Vorbereitungen, sondern Maßregeln, die stets bei allen Gelegenheiten getroffen werden und die sich bei dieser Gelegenheit gar nicht änderten und sich nicht zu einer besonderen Tätigkeit entfalteten. Ich vermute, daß die Berichte über solche gewöhnliche und alltägliche Vorbereitungen in Deutschland den Eindruck erweckt haben, daß wir Vorbereitungen besonderer Art träfen."

Drei Minister Englands erklären, daß die in Deutschland geglaubte Nachricht eine Lüge war.

Die Frage ist berechtigt: Warum erklären sie das erst jetzt; warum haben sie das Dementi der Lüge nicht auf dem Fuße folgen lassen? Und noch berechtigter ist die Frage: Warum hat die deutsche Regierung sich nicht gerührt; warum ist sie nicht mit aller Energie dem offen verbreiteten Märchen von dem beabsichtigten englischen Ueberfall entgegengetreten? Warum hat sie durch ihr

Schweigen die Lüge wirken und das deutsche Volk in einer Stimmung verharren lassen, die den Frieden aufs höchste hätte gefährlich werden können?

Welchen Zweck hat denn die Diplomatie, wenn sie nicht in solchen gefährlichen Augenblicken die öffentliche Meinung zu beruhigen die Pflicht hat? Harden erzählt in der Zukunft (Nr. 22, Seite 281), daß man „dem Deutschen Kaiser mit Daten und Ziffern" die Behauptung von der englischen Ueberfallabsicht „als falsch erwiesen" habe. — Warum nicht dem deutschen Volk? Warum ließ man es ruhig geschehen, daß die Jingos die Oberhand behielten und sogar die besonnenen Leute mit sich rissen? —

Gegen diese Pest muß es ein Mittel geben. Es darf nicht mehr vorkommen, daß eine derartig heimtückische Vergiftung der öffentlichen Meinung ruhig Platz greift, ohne daß die dazu Berufenen dem Unheil zu steuern suchen.

Am Rande eines Krieges standen wir, so sagen uns mit triumphierendem Lächeln unsere Gegner, und sie verlangen neue Schiffe, neue Kanonen, neue Soldaten. Gebt uns eine von Pazifisten geleitete Telegraphenagentur, die eure Lügen rasch brandmarkt, und wir werden euch vom Kriegsrande sicherer abhalten als es die größten Dreadnoughts je vermögen.

Die anglo-deutsche Verständigung. :: :: :: :: ::

Während über die Mission Viscount Haldanes und seine Erfolge in Berlin von offizieller Seite tiefstes Stillschweigen bewahrt wird, beschäftigt sich die Presse immer ausführlicher mit dieser wichtigen Frage. Es wäre müßig hier auf die mannigfachen Vermutungen näher einzugehen. Soviel dürfte feststehen, daß etwas im Gange ist, und wie wir vielleicht hoffen dürfen, nichts Alltägliches, sondern etwas Großes, Dauerndes; etwas, das der internationalen Politik eine ganz andere Richtung geben wird. Wir haben im Jahre 1904 das damals geschlossene Kolonialabkommen zwischen Frankreich und Großbritannien als ein Ereignis ersten Ranges bezeichnet, das eine Aenderung der Politik im Sinne der pazifistischen Struktur bedeutete. Wir haben Recht behalten. Damals schrieben wir hier (Fr.-W. 1904, S. 63): „Das große Beispiel wird Nachahmung zeitigen. Die praktischen Folgen werden sich bei den zunächst beteiligten Völkern bald geltend machen, so daß das automatische Streben nach dem Gleichgewicht in wenigen Jahren ähnliche Abkommen zwischen andern Völkern hervorrufen muß." Es kam der Ausgleich zwischen England und Rußland, den man sich früher ohne vorhergehenden Krieg gar nicht vorstellen konnte. In Deutschland wollte man die pazifistische Tendenz dieser neuen politischen Methode noch nicht erfassen und suchte die Vorgänge nach den Grundsätzen der alten Diplomatie zu bewerten. Die Einkreisungsgefahr wurde zu einem politischen Dogma erhoben. Umsonst wiesen die Pazifisten darauf hin, daß es sich nicht um eine Einkreisung, sondern um eine Selbstauskreisung Deutschlands handle, daß Großbritannien jederzeit bereit sein würde, ein ähnliches Abkommen mit Deutschland zu treffen, wie es eines mit Frankreich getroffen hatte. Aber die Verbitterung wuchs und fand in der Marokkoangelegenheit reichliche Nahrung. Nachdem diese Krise glücklich überwunden war, sehen wir Deutschland mit England — verhandeln: Frieden schließen ohne vorhergehenden Krieg. Ganz unglaubliche Perspektiven öffnen sich. — Es ist noch nicht Zeit, sich darüber auszulassen.

Während die Verhandlungen der Diplomatie hinter verschlossenen Türen ruhig weiter laufen, walten noch die Kundgebungen der Sympathie und der Verständigung in England. Fast alle Minister und Parteiführer haben in den letzten Wochen das Wort ergriffen und die Verständigung mit Deutschland verlangt. Von großer Bedeutung dürften die Aeußerungen sein, die Sir Frank Lascelles, einer der besten Kenner Deutschlands, da er lange Jahre als Botschafter in Berlin geweilt hat, im „Daily Chronicle" veröffentlichen ließ. Er äußerte sich erfreut über die Reise Haldanes nach Berlin und fügt hinzu:

„Bloße Freundschaftsbeteuerungen von unserer Seite würden das deutsche Volk nicht befriedigen, das nach „Taten, nicht Worten" verlangt. Die Schwierigkeit ist, daß es zwischen unseren beiden Völkern kaum einen eigentlichen Streitgegenstand gibt." Sir Frank Lascelles fährt dann fort: „Unglücklicherweise gibt es in Deutschland wie in England einen gewaltigen Ballast an Unkenntnis und Mißverständnissen. Im deutschen Volke ist noch immer der Glaube festgewurzelt, daß wir bei zwei Gelegenheiten im vergangenen Sommer drauf und dran waren, einen kriegerischen Anschlag

gegen Deutschland auszuführen. Genau derselbe Argwohn hinsichtlich der Politik und der Absichten Deutschlands herrsche auf dieser Seite der Nordsee. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, daß wir alles tun, was in unserer Macht steht, diese populären Sagen, die sich nicht auf Tatsachen gründen, zu zerstören. Ich glaube ernstlich, daß das feindselige Gefühl zwischen beiden Nationen bereits zum großen Teil im Aussterben begriffen ist."

Aehnlich äußerte sich der englische Großindustrielle Sir Robert Hadfield dem Berliner Vertreter der „Daily Mail" gegenüber. Er vertritt die Anschauung, daß es ein großer Fehler der englischen Politik sei, den kolonialen Ausdehnungsbestrebungen Deutschlands entgegenzutreten. Er kam zur Ueberzeugung, „daß Deutschland nicht immer in den Windeln bleiben kann und will." Und daß es immer besser für den Frieden der Welt sei, je eher das bekannt wird. Zur Klärung der Athmosphäre macht er den nicht von der Hand zu weisenden Vorschlag, daß zehn bedeutende Engländer und zehn deutsche Bankiers, Kaufleute, Zeitungsbesitzer, Fabrikanten usw. beauftragt würden, einen Vertrag „gegenseitiger Duldung" abzuschließen.

Ueber die anderen anglo-deutschen Kundgebungen der letzten Zeit unterrichtet die „Pazifistische Chronik" der vorliegenden Nummer.

Zu erwähnen ist jedoch noch, daß für den 14. und 15. Mai als Einleitung zu dem derzeitigen englischen nationalen Friedenskongreß in London unter dem Vorsitz des bekannten liberalen Politikers Lord Courtney of Pennwith eine anglo-deutsche Verständigungskonferenz stattfinden wird, an der deutscherseits außer den führenden deutschen Pazifisten einige dreißig hervorragende Vertreter der Finanzwelt, Kaufmannschaft, der Industrie und Wissenschaft teilnehmen werden. Näheres darüber wird in der Aprilnummer der Friedens-Warte veröffentlicht werden.

Professor Harnack über die anglo-deutsche Verständigung.

Der Sekretär des deutschen kirchlichen Komitees für die anglo-deutsche Verständigung, Pfarrer Siegmund-Schultze in Berlin, erhielt unterm 17. Februar von Prof. Harnack nachstehenden Brief, aus dem wir nachfolgende Stelle hier festhalten wollen:

„Der Gang der weltgeschichtlichen Entwicklung hat die drei germanischen Reiche England, Nordamerika und Deutschland auf großen Linien der Kultur an die Spitze der Menschheit gestellt. Diese drei Staaten haben außer ihrer Blutsverwandtschaft auch ein großes Erbe gemeinsam. Diese Gemeinsamkeit steckt ihnen die höchsten Ziele, aber verpflichtet sie auch vor dem Richterstuhl der Geschichte zu gemeinsamem und friedlichem Wirken. Mit den anderen großen Staaten vermögen sie Frieden zu halten, ohne innere Freundschaft, nämlich jenen Frieden, den das wohlverstandene eigene Interesse zu schaffen vermag. Dieser Friede reicht aber unter ihnen selbst nicht aus; denn sie stehen sich zu nahe; sie sind Schwestern. Unter Schwestern aber gibt es nur den Frieden, der auf herzlicher Anerkennung, auf Freundschaft und auf edlem Wettstreit beruht; außerhalb desselben droht ihnen bittere Feindschaft und der Krieg. Somit ist jede dieser drei Nationen darauf angewiesen, der anderen innerlich nahe zu treten und mit ihr friedlich zu wetteifern. Ist eine fleißiger als die anderen, so müssen diese ihren Fleiß verdoppeln; ist eine erfinderischer als die anderen, so müssen diese ihre Erfindungsgabe steigern; ist eine sittlich stärker und geförderter als die anderen, so müssen diese ihre sittlichen Kräfte anspannen. Die Gaben sind gleich verteilt, und andere Mittel, um nebeneinander zu bestehen, gibt es in ihrem Verhältnisse nicht. Wenn sie aber vereint und onne Neid zusammenarbeiten, so wird jede von ihnen sich selbst aufs sicherste erhalten; sie werden das Wohl der ganzen Menschheit fördern, und niemand wird ihnen das Szepter aus der Hand nehmen! Ueber solche Erwägungen mögen die Klugen lächeln; aber ich bin gewiß, daß sie kein Traum sind, sondern die beste Realpolitik, und ich habe noch immer die Hoffnung — besonders auch im Hinblick auf die ausgezeichneten Gesinnungsgenossen in England —, daß diese Politik sich verwirklichen wird."

Neue Aeusserungen der Wissenschaft über den Pazifismus.

„Ich bitte Sie gefl., von der beabsichtigten Zusendung der „Friedens-Warte" Abstand zu nehmen, da ich mich für Gesundbeten, Tischrücken, Friedensbewegung und ähnliche psychopathische Erscheinungen absolut nicht interessiere."

Conrad Bornhak, Dr. jur., a. o. Univ.-Professor und Dozent an der technischen Hochschule zu Berlin (SW., Blücherplatz 2), geboren 1861; in einer Postkarte (!) vom 20. 2. 1912 an den Herausgeber der „Fr.-W.".

„Daß die neuesten Institutionen des internationalen Rechts unter dem Einfluß des Pazifismus entstanden sind, kann kaum bestritten

werden. Auch wenn die Regierungen großenteils diesen Neuerungen mit äußerstem Skeptizismus gegenüberstehen, so haben sie den pazifistischen Strömungen doch äußerlich Rechnung getragen, weil diese eben eine gesellschaftliche Macht sind, zwar keine dominierende, aber immerhin eine fühlbare."

Prof. Max Huber in Zürich, wissenschaftlicher Delegierter der Schweiz auf der II. Haager Konferenz, in seiner Arbeit „Beiträge zur Kenntnis soziologischer Grundlagen des Völkerrechts und der Staatengesellschaft" im IV. Bd. des „Jahrbuch des öffentlichen Rechts", 1910.

„Weite Kreise sind von dieser Bewegung ergriffen, selbst die Regierungen aller Länder können sich ihrem Einfluß nicht mehr entziehen, und auch ihre Gegner können nicht länger mit Hohn und Spott allein sie bekämpfen."

Prof. L. Oppenheim in Cambridge in „Die Zukunft des Völkerrechts" aus der Festschrift für Binding. Leipzig. 1911.

„Alles, was von den Anhängern des Krieges und der von ihm erzeugten streitbaren Kraft gesagt wird, ist recht und schön. Allein es ist die Frage, ob hier nicht eine Blüte menschlichen Tuns gerühmt wird, deren Lebensalter vorüber ist. Einem Rittersmann von 1450 würde der heutige Zustand einer vom Staate erzwungenen privaten Friedfertigkeit ebenso weichlich und weibisch erscheinen wie den heutigen Anhängern des Krieges der beständige Friede. Die höheren Stände Englands haben auf den Zweikampf verzichtet, die Franzosen pflegen ihn mit gefälliger und ein wenig eitler Sorglichkeit, aber niemand wird den heutigen Franzosen für mutiger halten als den heutigen Engländer. Allerdings die Wehrhaftigkeit darf dem Mann so wenig wie den Völkern, nie abkommen, die klägliche Todesfurcht, die der moderne Kulturmensch an sich großzieht, hat er allen Anlaß wieder fortzuzüchten, aber dies alles wird möglich sein, während es undenkbar ist, die Fortdauer der Kriege den Völkern wie eine Doktor-Eisenbart-Kur aufzuerlegen, wenn sich ihr Sinn gänzlich davon abwendet. Ehe die heut im Lauf befindliche Entwicklung zum Menschheitsfrieden hin ihr Ziel erreicht, wird noch mancher Rückfall in die alte, schöne Streitlust der Völker stattfinden, wird noch mancher Uebergangszustand durchzumachen sein. Uns Deutschen muß dabei nur daran gelegen sein, daß wir für das strotzende Wachstum unserer Volkszahl mehr Raum auf der Erde gewinnen, sei es noch mit List und Gewalt, so lange die alte Regel herrscht, sei es durch Kauf und durch Verträge mit einzelnen Staaten, durch allgemeine internationale Abmachungen auf die zukünftige Weise."

Prof. Kurt Breysig in Berlin im „Tag".

Die Münchener Handelskammer und die Deutsche Friedensgesellschaft.

In den Tageszeitungen war zu lesen:

„In der öffentlichen Sitzung der Münchener Handelskammer vom 14. Febr. gab der Vorsitzende Kommerzienrat Pschorr zunächst bekannt, daß die Kammer von der Deutschen Friedensgesellschaft in Stuttgart angegangen sei, zur Besserung der deutsch-englischen Beziehungen mitzuwirken. Da sich die Kammer indessen von lediglich auf dem Papier stehenden Kundgebungen, die nur zu oft der erforderlichen Würde und Zurückhaltung entbehren, keinen Erfolg verspräche, nimmt sie an etwa geplanten Kundgebungen und Adressen nicht teil."

Dieser Beschluß ist wieder einmal so recht bezeichnend für die Widerspenstigkeit gewisser Kreise des deutschen Volkes gegen eine offenkundige Friedensbetätigung. Die Deutsche Friedensgesellschaft hat mit ihrem Rundschreiben an die Handelskammern nichts anderes getan, als die englischen Friedensgesellschaften in ihrem Lande taten. Nur mit dem Unterschiede, daß die Engländer die unumwundene und allgemeine Zustimmung fast aller englischen Handelskammern erhielten. Es war eine ernste Pflicht der Deutschen Friedensgesellschaft, den Engländern zu zeigen, daß man auch in deutschen Handelskreisen der Verständigung ebenso gewogen ist wie jenseits des Kanals.

Was soll der lächerliche Einwand von „nur auf dem Papier stehenden Kundgebungen"? Soll man sie auf Erz schreiben oder auf Marmor? Und weiß denn die Münchener Handelskammer nicht, daß es sich darum handelt, eine umfassende Kundgebung aller Berufskreise in beiden Ländern zustande zu bringen, und daß eine einzelne Weigerung ein unangenehmes Loch in dieses nicht ohne Mühe zustandezubringende Friedenswerk reißen muß?

Mit welch bedauernswerter Verständnislosigkeit nimmt es sich die Münchener Handelskammer heraus, von Kundgebungen der Deutschen Friedensgesellschaft zu sprechen, „die nur zu oft der erforderlichen Würde und Zurückhaltung entbehren". Was hat denn die Münchener Handelskammer bereits zur Förderung des Friedensgedankens so Großes getan, daß sie sich wagt, das Jahrzehnte alte Kulturwerk der Deutschen Friedensgesellschaft so von oben herab zu kritisieren? Die Münchener Handelskammer hat sich durch diesen Beschluß selbst sehr niedrig eingeschätzt. Möge sie wegbleiben vom Friedenswerk; es wird auch ohne sie zustandekommen.

Der beleidigte Krieg. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Den Ordnungsruf, den der konservative Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, Freiherr von Erffa, dem sozialdemokratischen

Abgeordneten Hoffmann zuteil werden ließ, bespricht Richard Gaedke in einem besonderen Artikel dieser Nummer. Einige Bemerkungen über diesen bezeichnenden Vorgang können wir uns aber auch hier nicht versagen.

Wie seltsam mag jene „Ordnung" aussehen, die sich Herr von Erffa vorstellen mag, in der eine Kritik des Krieges eine Störung hervorzurufen vermag. Der konservative Präsident hat sicherlich keine Ahnung, welche zahlreichen bedeutenden Männer der Weltgeschichte, die sich ähnlich und oft noch viel krasser über den Krieg ausgesprochen haben, er mit diesem Ordnungsruf einen Tadel aussprach.

„Die Wurzel des Bösen, die höchste Potenz der Sünde", nannte Prinz Peter von Oldenburg den Krieg. — „Es gibt nichts Notwendigeres, als gegen den Krieg anzukämpfen", meinte Papst Leo XIII. — „Der Krieg ist ein barbarisches Handwerk" (Napoleon I.). — „Der Krieg ist die Geißel der Welt" (General Foy). — Der Krieg ist „die Geißel und Schmach der Menschheit" (Garibaldi). — „. . . ein unmenschliches, ärger als tierisches Beginnen" (Herder). — „Krieg ist Unheil im größten Maßstab" (Jeremy Bentham). — „Der Krieg ist der Quell aller Uebel und Sittenverderbnis . . ." (Kant). — „Der Krieg, diese Landplage und dieses Verbrechen, worin alle Landplagen und Verbrechen enthalten sind!" (Voltaire). — „Der Krieg ist jene Einrichtung, die mehr als alle anderen ein Schandfleck und eine Geißel der modernen Kultur ist" (Robert Buchanan). — „Der Krieg befiehlt die Rabenpost" (Goethe). — „. . . eine rohe, grausame und verabscheuungswürdige Sache" (Tolstoi). — „Der Krieg ist die Hölle" (General Shermann). — „Man wird durch den Krieg ein Stück Vieh" (General von Kretschmann). — „Der Krieg ist ungeachtet allen etwas Fürchterliches" (Kaiser Friedrich).

Wir könnten diese Aussprüche verhundertfachen.

Herr von Erffa mag sie getrost alle „zur Ordnung" rufen; die Blüte der Menschheit schreitet über ihn und seine Anschauung hinweg und wird den Krieg immer mehr ächten.

Die Mission des Staatssekretärs Knox in Zentralamerika.

Ueber den Zweck der Reise, die der Staatssekretär der Vereinigten Staaten nach den Hauptstädten der am Karibischen Meer und am Golf von Mexiko gelegenen Staaten unternimmt, gibt eine Kundgebung Aufschluß, die am 10. Februar von der Washingtoner Regierung ausgegeben wurde. Darin wird folgendes gesagt:

„Die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den am Karibischen Meer und am Golf von Mexiko gelegenen spanischen Republiken sind im Hinblick auf unsere Interessen und unsere Verantwortlichkeit in jener Gegend für uns von höchster Wichtigkeit. Der Präsident meint, daß es für die Lösung der sich täglich von selbst darbietenden diplomatischen Probleme von großem Nutzen sein würde, wenn wir unser freundschaftliches Interesse daran durch einen Besuch der Nachbarrepubliken seitens des Staatssekretärs kundgeben. Durch Schaffung engerer Beziehungen und Erwerbung genauerer Informationen, die sich aus den Unterredungen ergeben müssen, die er in den Hauptstädten jener Republiken mit den Leitern ihrer Regierungen zu führen in der Lage sein wird, wird unsere Regierung in die Lage gesetzt werden, die bestehenden Fragen viel wirksamer zu behandeln. Es wird dies zum erstenmal sein, daß ein amerikanischer Staatssekretär diese Länder besucht haben wird."

Die Reise Knox', dem von der Regierung der Kreuzer „Washington" zur Verfügung gestellt wurde, erinnert vielfach an die so erfolgreiche Reise, die sein Vorgänger Elihu Root im Jahre 1906 aus Anlaß der III. panamerikanischen Konferenz durch die Staaten Südamerikas gemacht hat.

Brief eines Studenten. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Folgender aus einer deutschen Universitätsstadt an Baronin Suttner gerichteter Brief sei hier mitgeteilt, um zu zeigen, wie dringend es wäre, die Verbindungen der „Cosmopolitan Clubs" und der „Corda fratres" auch in unseren Hochschulen bekannt zu machen, schon, damit die einzelnen Studierenden, die in ihrem Innern der Friedenssache zuneigen, davon Kenntnis erhielten, daß es schon große akademische Korporationen gibt, die sich offen zu der Bewegung bekennen und von ihren Grundlagen und Zielen genau unterrichtet sind. Der Brief ist vom 25. Februar d. J. datiert und lautet: „Sehr geehrte Baronin! Sie werden erstaunt sein, daß ein einfacher deutscher Student es wagt, an Sie zu schreiben. Doch werden Sie es hoffentlich verzeihlich finden, wenn Sie hören, daß er ein eifriger Anhänger der Friedensidee ist. —

Was ich möchte? Fast weiß ich es selber nicht. Jedenfalls mal zu einem Menschen sprechen, der meine Ideen nicht blindlings von der Hand weist. In diesen Tagen wird so viel von Krieg geredet. An den Universitäten agitieren sozusagen die Professoren für ihn. Das lebhafte Beifallsgetrampel der Studenten beweist nur den Widerhall, den die Worte finden. Auch die meisten meiner Verbindungsmitglieder sind für den Krieg. Mehrere sagen ihn sogar für die und die Zeit voraus. Nun, das ist wohl mehr politische Kannegießerei. Aber daß sie den Krieg wollen, das verstehe ich nicht. Man muß, ist man für den Frieden, beinahe fürchten, als antinational verschrieen zu werden."

Zum Schluß sagt der Briefschreiber, der offenbar keine Sachkenntnis von der Friedens-

bewegung besitzt und nicht weiß, daß man nicht zugleich ein Anhänger und ein Bezweifler ihres Zieles sein kann: „Könnte man wirklich nicht nach ein paar weiteren Friedensjahrzehnten zu hoffen anfangen, daß es doch vielleicht ohne Krieg gehen könnte? Doch nein, das halte auch ich nicht für wahrscheinlich. Ich bin pessimistisch genug, zu glauben, daß der Krieg nicht abzuschaffen ist. Denn so lange es Gute und Böse gibt, wird dessen Existenz wohl nicht aufhören. Oder glauben Sie, geehrte Baronin, daß das Böse jemals aus der Welt verschwinden wird?"

Darauf antwortete die Befragte: „Der Krieg besteht nicht darum weiter, weil es Böses gibt, sondern weil man ihn noch für gut hält."

Vom Standpunkt der Menschheit. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Lord Haldane sprach in einem Bericht über seine Berliner Missionsrede folgende bedeutungsvolle Worte:

„Wir betrachteten die Dinge nicht nur in Hinblick auf England und Deutschland. Wir betrachteten sie in Hinblick auf etwas viel Wichtigeres: auf die Welt im allgemeinen (the world at large).

Unsere Gespräche waren nicht nur sehr umfassend, sondern auch sehr offen und aufrichtig. Ich glaube nicht, daß wir vieles beiseite gelassen haben, und das Ganze war von dem Geiste jener großen Männer — und es waren sehr große Männer —, die sich bemühten, die Fragen von höheren Warten zu untersuchen, nicht nur als Kontroversen zwischen Nationen, sondern bestrebt waren, diese Fragen vom Standpunkt der Menschlichkeit zu erwägen."

Die Entwicklung der panamerikanischen Bewegung.

Die „Panamerikanische Union" veröffentlicht soeben ihren Jahresbericht von 1911, der gleichzeitig eine Darstellung der Entwicklung dieser Einrichtung und ihrer Wirkung gibt, die in den letzten fünf Jahren, seitdem die gegenwärtigen Exekutivbeamten an der Spitze stehen, erzielt wurden. Diese Darstellung, die im nachfolgenden zusammengezogen wird, bildet gleichzeitig einen Beleg für die Ausführungen im Leitartikel der vorliegenden Nummer.

Die Fortschritte sind folgende:

1. Der tatsächliche Aktivstand an Gebäuden und Grundstücken ist von nichts auf 1 100 000 Dollars angewachsen.

2. Die Totalsumme der Beiträge der 21 Republiken haben sich von 54 000 auf 125 000 Doll. vermehrt.

3. Viele Staaten waren im Rückstande und die Vereinigung stand vor fünf Jahren einem Defizit gegenüber; heute gibt es keine tatsächlichen Rückstände und das Amtsjahr 1910/11 wurde mit einer günstigen Bilanz eröffnet.

4. Die Zahl der Angestellten der Union hat sich nahezu verdreifacht.

5. Der Einlauf und die Versendung von Poststücken, Flugschriften und anderen Veröffentlichungen ist von 100 000 Stück pro Jahr auf über 700 000 angewachsen und wird wahrscheinlich im nächsten Jahre eine volle Million erreichen.

6. Die Zahl der Bibliotheksbände ist von 12 000 auf 23 000 gestiegen, die Photographiensammlung von 1000 auf 11 000.

7. Das monatlich erscheinende „Bulletin" hat sich von einer trockenen amtlichen Publikation zu einer illustrierten sowohl anziehenden als auch interessanten und belehrenden internationalen Monatsschrift entwickelt, die den Fortschritt und die Entwicklung der amerikanischen Völker darstellt.

8. Dieses „Bulletin", das ursprünglich in vier Sprachen unter einem Umschlag bei sehr begrenzter Verbreitung veröffentlicht wurde, erscheint jetzt in vier verschiedenen Ausgaben, nämlich in englischer, spanischer, portugiesischer und französischer Sprache, wovon im vergangenen Jahre 50 000 Exemplare in den Vereinigten Staaten, 40 000 im lateinischen Amerika und 10 000 in Europa und Asien verteilt wurden.

9. Der jährliche Handelsverkehr des lateinischen Amerika mit der ganzen Welt ist während dieser Zeit von 1 700 000 000 auf 2 360 000 000 Doll. gestiegen, was einen Zahlenzuwachs von 660 000 000 Dollar oder eine durchschnittliche Jahreserhöhung von 100 000 000 Doll. ausmacht.

10. Der gesamte Handelsverkehr, sowohl Import- als Exporthandel zwischen den Vereinigten Staaten und den 20 Staaten des lateinischen Amerika ist ungefähr von 498 000 000 auf 640 000 000 Dollar angewachsen, also um 142 000 000 Doll. gestiegen.

11. Der Export der Vereinigten Staaten nach dem lateinischen Amerika ist ungefähr von 205 000 000 auf 270 000 000 angewachsen, also um 65 000 000 Doll. gestiegen.

12. Der Export der 20 Staaten des lateinischen Amerika ist ungefähr von 292 000 000 auf 369 000 000 Dollar angewachsen, also um 77 000 000 Doll. gestiegen.

Einzelaufzählung der bisherigen Leistungen.

13. Bei spezieller Betrachtung des bisher Geleisteten, ergibt sich folgendes als besonders bemerkenswert:

a) Die Panamerikanische Union hat den Unterricht im Spanischen an zahlreichen Mittel-, Hoch- und öffentlichen Volksschulen eingeführt.

b) Sie hat das Studium der Geschichte und der Handelsgeographie des lateinischen Amerika an ähnlichen Unterrichtsanstalten gefördert.

c) Sie hat Hunderte von wissenschaftlichen Vereinen zum Studium Südamerikas bewogen.

d) Sie hat den Reiseverkehr zwischen Nord- und Südamerika heben helfen und zahlreiche wissenschaftliche Reisen nach dem Norden Amerikas veranlaßt.

e) Sie hat Schritte zum Austausch von Professoren und Studenten zwischen nord- und südamerikanischen Universitäten und Mittelschulen getan.

f) Sie hat Dampfschiffgesellschaften dazu gebracht, die Schiffsverbindungen zwischen den Häfen der Vereinigten Staaten und des lateinischen Amerika zu verbessern und auszudehnen.

g) Sie hat viele Preßkorrespondenten, Vortragende und Schriftsteller veranlaßt, das lateinische Amerika zu besuchen und es zu studieren.

h) Sie hat die Vereinigten Staaten eingeladen, auch solche Fachmänner zum Studium ihres Nachbarstaates zu entsenden.

i) Sie hat Tausenden von Zeitungen in den Vereinigten Staaten, im lateinischen Amerika, in Europa und Asien die verschiedenartigsten Daten über die amerikanischen Republiken geliefert.

j) Sie hat zahlreiche Bibliotheken mit Listen von Büchern und sonstigen Veröffentlichungen über die Geschichte, geographische Lage und den Verkehr des lateinischen Amerika versorgt.

k) Sie hat Anfragen von Rechtsgelehrten über die Gesetze, Rechtssammlungen und Statuten des lateinischen Amerika beantwortet.

l) Sie hat Berg- und Wasserbau-Ingenieuren, sowie Elektrotechnikern Auskünfte über technische Aussichten im lateinischen Amerika gegeben.

m) Sie hat Kapitalisten und Finanzmännern Andeutungen über die Möglichkeit der Erschließung von Hilfsquellen, neuer Eisenbahnbauten und der Anlage neuer Industrien gegeben.

n) Sie hat Handelskonferenzen zur Beförderung des panamerikanischen Handels abgehalten, an denen Hunderte von maßgebenden Größen des Geschäftslebens und Handelssachverständige teilnahmen.

o) Sie hat die Bewegung der Handelsvereinigungen, Export- und Importhäuser, der Schiffs- und Baugesellschaften, „um bei der Eröffnung des Panamakanals bereit zu sein," in Fluß gebracht und beschleunigt.

p) Sie hat direkt und auch brieflich Fabrikanten, Exporteure und Importeure nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch im lateinischen Amerika, in Europa und anderen Erdteilen mit den Handelsmöglichkeiten und Bedingungen der amerikanischen Republiken bekannt gemacht.

q) Die Exekutivbeamten und Mitglieder der Union haben in Beantwortung direkter Aufforderungen zahlreiche Adressen von Handelsgesellschaften und sozialen Vereinigungen, von Schulen, Vereinen usw. angegeben.

r) Sie hat die Regierungen und Funktionäre aller amerikanischen Republiken und vieler anderer Staaten mit Auskünften über die verschiedensten Dinge versehen.

s) Sie hat Tausende von Erkundigungen jeder Art und Gattung aus dem großen Publikum aus der ganzen Welt in bezug auf Handel, materielle Hilfsquellen, Gesetze, Geschichte. Regierungsformen und allgemeine Fortschritte der amerikanischen Republiken beantwortet.

AUS DER BEWEGUNG

Der nächste Weltfriedenskongreß

soll im August oder September in Genf stattfinden. Das Berner Bureau fordert in seiner Zeitschrift „Die Friedensbewegung" auf, Vorschläge für das Programm zu unterbreiten.

☞

Sitzung der Interparlamentarischen Union. :: :: :: :: ::

Unter dem Vorsitz des Staatsministers Beernaert vereinigte sich am 10. Februar zu Brüssel der Interparlamentarische Rat. Elf Gruppen waren durch sechzehn Mitglieder vertreten.

Der Rat nahm zunächst Kenntnis von der Korrespondenz zwischen der italienischen Gruppe und dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates bezüglich der seitens des Rates am 4. Oktober 1911 gefaßten Resolution über den Italien.-Türkischen Krieg. Der Rat billigte den Brief seines Präsidenten und nahm auf Vorschlag des Lord Weardale eine Tagesordnung an, wonach der Rat unter Kenntnisnahme des erwähnten Briefwechsels sein Bedauern über die Abwesenheit der italienischen Mitglieder zum Ausdruck brachte.

Bezüglich des Zusammentritts der 17. Interparlamentarischen Konferenz wurde beschlossen, gegen den 17. September in Genf eine rein geschäftliche Zusammenkunft zu veranstalten, bei der festliche Veranstaltungen in Wegfall kommen werden. Die Tagesordnung, die für den Kongreß in Rom festgesetzt war, bleibt aufrechterhalten.

Das Bureau der Union wurde beauftragt, eine Resolution auszuarbeiten, die den Wunsch des Interparlamentarischen Rates nach Ratifikation der Londoner Seerechtsdeklaration seitens der großbritannischen Regierung äußert. Infolge dieses Beschlusses richtete das Bureau am 24. Februar an den englischen Minister Sir Edward Grey ein Schreiben, in dem der Interparlamentarische Rat der englischen Regierung seine Wünsche für eine baldige Ratifikation der Londoner Seerechtsdeklaration vom 26. Februar 1909 durch Großbritannien zum Ausdruck bringt. Der Rat, heißt es in dem Schreiben weiter, habe in seiner letzten Sitzung einmütig anerkannt, daß verschiedene Zwischenfälle im Verlaufe des italienisch-türkischen Krieges bewiesen hätten, wie wichtig eine allgemeine Regelung des Seekriegsrechts und die Tätigkeit eines internationalen Gerichtshofes seien, der über Streitfälle auf diesem Gebiete zu entscheiden habe. Das Bureau gibt am Schlusse des Schreibens seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß sich die übrigen Mächte der erfolgten Ratifikation durch Großbritannien anschließen würden.

☞

Die Verband für Internationale Verständigung :: :: :: hat seine erste Ortsgruppe gegründet. Am 27. Februar fand zu diesem Zwecke in Straßburg eine öffentliche Versammlung statt, der Professor Laband präsidierte und in der Professor Otfrid Nippold einen Vortrag hielt. Er setzte darin die bekannten Ziele des Verbandes auseinander und legte Gewicht darauf, daß gerade in Straßburg die erste Ortsgruppe des Verbandes erstehe. An der Diskussion, die einen erfreulichen Beweis für die Fortschritte der Friedensbewegung in Deutschland lieferte, beteiligten sich Professor Dr. Müller, der Abgeordnete Georg Wolf, Pfarrer Witt, der namens der Straßburger Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft sprach, Herr Rauscher und Präsident Curtius. Es erfolgten zahlreiche Einzeichnungen von Mitgliedern.

Die Friedensbewegung in Italien. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: Die „Società operaia pro Arbitrato e disarmo" setzt tapfer ihr Propagandawerk fort. Im Monat Februar veranstaltete sie in sieben verschiedenen Städten Vorträge mit Alma Dolens und Ernesto Ghezzi als Redner, und zahlreiche andere Arbeitervereine schlossen sich ihr an. Am 22. Februar, dem Tage, der in früheren Jahren in Italien als Friedenstag gefeiert wurde, erließ die Gesellschaft einen Aufruf, den wir im Wortlaut wiedergeben, weil darin die dokumentarische Widerlegung jener vom offiziellen Italien so laut verkündeten Behauptung enthalten ist, daß die ganze Bevölkerung — bis auf einige wenige Sozialdemokraten — für den Krieg begeistert sei. Die Società operaia gehört nicht der sozialistischen Partei an. Der Aufruf ist unterzeichnet: Alma Dolens, Carlo dell' Avalle, Ghezzi, Bellotti, Gatti, Benetti, Corbella, Broggi, Ripetti, Monza, Zirotti. Er war in 1½ m langen Plakaten in Mailand affichiert und lautet:

„Bürger! Arbeiter! Der 22. Februar, das Datum, das festgesetzt wurde, um die Verbrüderung der Menschen zu begehen und in die Landesgrenzen überschreitender Eintracht diejenigen zu vereinen, die eine Aera ruhiger Arbeit herbeisehnen, — dieser Tag ist in diesem Jahre kein Festtag für die Italiener.

In unserer Gegenwart, die sich ihrer Zivilisation rühmt, und während Völker und Regierungen die Wohltaten einer Friedenspolitik preisen, die der Hauptfaktor für die Entwicklung des Handels, der Industrie, der Künste, der Wissenschaften, mit einem Wort des ganzen modernen Lebens ist, das die Völker in die neue mondiale Strömung leitet, wurde durch ein plötzliches Wiedererwachen kolonialkriegerischen Geistes das Recht der Gewalt eingesetzt.

Der Krieg mit seinen Gemetzeln, Zerstörungen, Hinrichtungen — alles Erscheinungen, die sich von dieser Erbschaft mittelalterlicher Tyrannei nicht trennen lassen — hat jetzt seit vier Monaten zwei Nationen in Trauer gestürzt, und die herzlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten gestört.

Bürger, Arbeiter! Im XX. Jahrhundert sollte das erneute, vom Gefühle der Solidarität durchdrungene soziale Gewissen nur solche industrielle und ökonomische Expansion befürworten, die andere nicht verletzen. Das Uebergehen eines Landes — sei es auch an den äußersten Grenzen der Kultur gelegen — von einer Macht zur anderen, sollte nur mit der Einwilligung der dabei interessierten, mit der Zustimmung der übrigen Nationen und des Mittels des Schiedsgerichtes vorgenommen werden.

Der italienische Heroismus bedarf keiner blutigen Konflikte, um sich zu betätigen. Das Ueberhandnehmen der Seuchen, die fürchterlichen Katastrophen, mit denen eine stiefmütterliche Natur unser schönes Land so oft heimsucht, das gibt unseren Landsleuten genügende Gelegenheit, ihre Tapferkeit zu beweisen, eine Tapferkeit, die sich in Werken der Rettung und Hilfe, nicht aber des grausamen Kampfes bewähren soll.

Die erhöhten Bedürfnisse, der Fortschritt, der heftige Forschungstrieb drängen die Menschen in das Dunkle des Erdinnern, in die geheimnisvollen Tiefen der Meere und in die noch ungekannten Regionen der Luft, und machen ihn zum Besieger der treulosen Elemente.

Die fruchtbaren Kräfte des Volkes, namentlich der Arbeiter, müssen sich für größere Schlachten, für kulturelle Siege stählen, die viel stolzes Wagen, beharrliche Ausdauer und edlen Opfermut erfordern. Für Italien, das in zwei Kulturepochen der Welt die Normen des Rechtes gelehrt hat, ist wahrlich in der willkürlichen Eroberung eines Fetzen afrikanischen Bodens kein Ruhm zu suchen.

Unser Vaterland, festhaltend an der Ueberlieferung des Altertums, soll nach der Vorherrschaft in den Künsten, in der Kultur streben, die es seit Jahrhunderten ausgezeichnet hat, und es soll, den Lehren seiner früheren Geschichtsschreiber treu, die Mission der Versöhnung unter den Völkern ausüben, und, auf den Bahnen des Fortschritts verharrend, die Bestrebungen des Volkes unterstützen, das eine bessere Zukunft erhofft, aber nicht von selbstherrlichen Eroberungen, sondern von dem ungetrübten Gedeihen der Arbeit."

Kurze Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: Professor Wilhelm Paszkowski, der Leiter der Auskunftsstelle an der Berliner Universität hat sich am 9. März nach den Vereinigten Staaten begeben, um in verschiedenen

Städten Vorträge über deutsche Kultur zu halten. Er wird dabei über die deutsche Presse, das deutsche Theater und die Wandlungen sprechen, die in der letzten Dekade in wirtschaftlicher und politischer Beziehung eingetreten sind. — Anna I. Eckstein, die Organisatorin der Weltpetition für die dritte Haager Konferenz, hat jetzt ihre Aktion nach Frankreich verlegt. Am 2. März sprach sie, unterstützt von J. Prudhommeaux in Guise. —

LITERATUR U. PRESSE

Bertha von Suttner, Aus der Werkstatt des Pazifismus. 8. Wien und Leipzig 1912. Hugo Heller & Cie. 55 S. M. 1,25 od. Kr. 1,50.

Im Rahmen des vom Wiener Volksbildungsverein aus Anlaß seines 25jährigen Bestandes veranstalteten Vortragszyklus, „Aus der eigenen Werkstatt", in dem hervorragende Persönlichkeiten der Wissenschaft, der Politik, des Handels, Erlebnisse aus ihrer Berufstätigkeit erzählten, hat auch Baronin von Suttner aus ihrer pazifistischen Karriere einiges erzählt. Dieser Vortrag ist nun im Druck erschienen und weiteren Kreisen zugänglich gemacht worden.

Baronin von Suttner erzählt darin interessante Einzelheiten ihrer schriftstellerischen und pazifistischen Tätigkeit. So die Geschichte ihres Romans „Die Waffen nieder!", ihre Erlebnisse auf den Haager Konferenzen, über ihre Beziehungen zu Alfred Nobel, über ihre im Jahre 1906 unternommene Reise nach Skandinavien und über ihren Aufenthalt in den Vereinigten Staaten. Wir lernen eine große Anzahl interessanter Menschen kennen, mit denen die Verfasserin bei all diesen Gelegenheiten zusammenzukommen Gelegenheit hatte, und vermögen dabei zu ermessen, wie tief der Friedensgedanke bereits schon in jener Schicht eingedrungen ist, aus der die eigentlichen Kulturträger hervorgehen.

Das Recht auf Frieden, eine völkerrechtliche Reformschrift, von Justizrat Dr. August Sturm, Leipzig 1912, 90 S., Preis 1,50 M.

Sturms frühere Schriften habe ich zum Teil in der Januarnummer 1910 dieser Zeitschrift besprochen. In der Zwischenzeit habe ich mich oft mit den Gedanken Sturms beschäftigt und glaube, daß er recht hat, wenn er so großen Wert auf die Verfeinerung des Rechtsgefühls unter den Völkern legt. Vielleicht ist die Friedensbewegung heute zu sehr von dem abgewichen, was einst Berta v. Suttner betont hat. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß das Rechtsgefühl allein, wie Sturm offenbar annimmt, imstande sein wird, die internationale Organisation zu schaffen, aber es ist doch wohl ein stärkerer Faktor der Entwicklung, als man heute vielfach annimmt. Gerade weil die Stengel u. a. gar nicht scharf logisch denken und ihren Widerstand gegen die Förderung des Weltfriedens rein gefühlsmäßig begründen. — Wer hätte das besser nachgewiesen als Kohler und Hold v. Ferneck in der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht"! —, darum müssen auch wir Pazifisten immer mehr gleichzeitig nicht nur auf den Verstand, sondern auch auf das Gefühl zu wirken trachten. Dadurch, daß Sturm in seinen drei großen Werken dies betont hat, hat er sich ganz gewiß ein Verdienst erworben, was um so größer sein wird, je mehr es ihm gelingt, seinen Ideen Geltung zu verschaffen. Daß dem eine äußerst schwere Lesbarkeit seiner großen Werke entgegensteht, hat Sturm wohl selbst eingesehen und deshalb in einer kleinen Schrift das Wesentliche noch einmal zusammengefaßt und ergänzt. Er glaubt, daß das Rechtsgefühl insbesondere durch die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes für das ganze internationale Privatrecht neben dem Staatengerichtshofe sowie durch Vorlesungen über Friedensrecht an allen Universitäten der Welt gestärkt werden kann. Das sind sicherlich zwei sehr gute Vorschläge, die auch in absehbarer Zeit verwirklicht werden dürften. Sturm schlägt vor, daß gerade die Carnegiestiftung ihre Mittel zur Erreichung dieser Ziele verwerten soll.

Wenn Sturm auch vielleicht unter den breiten Massen durch seine Schriften nur wenige Anhänger für die Friedensbewegung gewinnen wird, so dürften seine Werke doch jedenfalls viele unter den Gebildeten, die heute dem Pazifismus skeptisch gegenüberstehen, auf unsere Bewegung aufmerksam machen. Dr. Wehberg.

International Arbitration and procedure, by Morris, New Haven, Yale University Press, 1911, 238 S., 5,40 M.

Die vorliegende Arbeit will keine streng wissenschaftliche Abhandlung über die Schiedsgerichtsbarkeit darstellen, sondern nur in allgemein verständlicher Form eine Uebersicht über die Geschichte der Schiedsgerichtsbarkeit, die wichtigsten Schiedsgerichtsfälle, die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit und die Haager Friedenskonferenzen geben. Der Verfasser geht eingehend auf die Entstehungsgeschichte des Haager Schiedshofes ein und wiederholt, was auch White in seinen Memoiren darüber geschrieben hat. Am Schlusse wird die Bedeutung des neuen englisch-amerikanischen Schiedsvertragsprojektes erörtert. W.

Voranzeige.

Immer mehr bricht sich in Deutschland die Erkenntnis Bahn, daß die Haager Friedenskonferenzen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Aus diesem Gedanken heraus ist eine Schriftensammlung ins Leben gerufen worden, die systematisch das ganze Haager Material verarbeiten will. Unter der redaktionellen Leitung von Professor Schücking und unter Mitwirkung zahlreicher Völkerrechtslehrer wird binnen kurzem — voraussichtlich schon im April — eine bei Duncker & Humblot in Leipzig erscheinende Sammlung „Das Werk von Haag" herauskommen, von der sich bereits die zwei ersten Bände im Druck befinden. Band 1 ist von Professor Schücking und handelt über „den Staatenverband der Haager Konferenzen", Band 2 von Dr. Wehberg über „das Problem eines internationalen Staatengerichtshofes". Jeder Band dürfte etwa 200 Druckseiten umfassen.

Im selben Verlage erscheint demnächst noch eine andere völkerrechtliche Sammlung, die vom norwegischen Nobelinstitut veranlaßt wird.

Prof. Nippold hat eine umfangreiche Schrift unter der Feder, die sich mit den Aufgaben der III. Haager Konferenz befaßt.

Für alle, die sich für den Werdegang des Pazifismus interessieren, namentlich aber für die große Zahl jener, die die Veröffentlichung der Baronin von Suttner mit Freude begrüßen, wird die Drucklegung ihres Vortrags im Volksbildungsverein eine willkommene Gabe bedeuten. Auch äußerlich ist das Bändchen geschmackvoll ausgestattet.

Eingegangene Druckschriften. (Besprechung vorbehalten.)

Bulletin of the Pan American Union (Washington). Januar. The fifth International Sanitary Congress. — Engineering and commercial conditions and problems in Latin America. — The cacao of the world.

— Februar. Pan American Society of the United States. — The fourth Central American Conference. — Dr. Drago Visit to the United States. — Seeing South America. — Argentine Universities. — usw.

The American Journal of International Law. Vol. 6, Nr. 6. Januar. New York 1912.

Aus dem Inhalt: Ernest Nys, The Development and Formation of International Law. — Amon J. Hershey, History of International Law since the Peace of Westphalia. — James Brown Scott, The Governement of the United States and American Foreign Minionaries. — usw.

Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie. Herausgegeben von Prof. Dr. Josef Kohler und Dr. Fritz Berolzheimer in Berlin. V. Band, 2. Heft. Berlin und Leipzig, Dr. Walther Rothschilds Verlag. Separatabdruck: Justizrat Dr. A. Sturm, Ein neuer rechtsphilosophischer Versuch.

Kultur und Fortschritt (neue Folge der Sammlung „Sozialer Fortschritt") No. 411. Gautzsch bei Leipzig, 1912, F. Dietrichs Verlag. Inhalt: Wilh. Börner: Die ethische Bewegung. 12 S.

Publikationen des deutsch-czechischen Komitees. Nr. II. Verlag des deutsch-czechischen Komitees, Wien 1912. 8°. 44 S.

Aus dem Inhalt: Dr. H. Herbatschek, Beiträge zur deutsch-czechischen Frage. — Prof. Dr. Franz Krejči-Prag, Nationalismus und Chauvinismus. — usw.

Monatsschrift für höhere Schulen. Herausgegeben von Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. R. Köpke und Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. A. Matthias in Berlin. XI. Jahrgang. Berlin 1912. Weidmann'sche Buchhandlung. Separatabdruck: Gaston Moch, Rapport à S. A. S. le Prince Albert Ier sur une Mission à l'Étranger en vue de la Création d'un Lycée à Monaco. Besprochen von Fr. Kemény, Budapest.

E. Lehr, „Benützte und unbenützte Millionenspenden". Nachklänge zur Schrift „Friedensministerium". Wien 1912. Im Selbstverlage des Verfassers. Gr. 8°. 8 S.

F. Lamaert, Ueber die Realisierbarkeit volkswirtschaftlicher Probleme. (Praktischer Teil.) Wien 1911. Kommissionsverlag Carl Steller. Brosch. 15 S.

C. Rückert, „Mit dem Tornister". Ungeschminkte Feldzugs-Erinnerungen eines Infanteristen aus dem Jahre 1870. Frankfurt a. M. 1912. Neuer Frankfurter Verlag. 8°. Kart. 178 S.

Nationalökonomie und Jurisprudenz. Antiquariatskatalog Nr. 352 der Basler Buch- und Antiquariatshandlung vormals Adolf Geering. Brosch. 58 S.

Judicial Settlement of International Disputes, Nr. 7. Baltimore, Februar 1912. Published by the American Society for Judicial Settlement of International Disputes. 16°. 31 S. Will. Howard Taft, Pres. of the United States: The proposed Arbitration Treaties with Great Britain and France.

Albert E. Pillsbury, The Arbitration Treaties. An Examination of the Majority Report of the Senate Comittee on Foreign Relations. 8°. Boston-World Peace foundation. 18 S.

Pamphlet Series of the „World Peace Foundation". Boston 1912. Nr. 4, P. I: David Starr Jordan, Concerning Sea Power. Oktober 1911: Nr. 3, P. III: Dr. Christian L. Lange, Parliamentary Government and the Interparliamentary Union. Januar 1912: Nr. 4, P. III: Rev. William C. Ganned, International Good-Will as a Substitute for Armies and Navies. Oktober 1911: No. 3, P. IV: Chambers of Commerce for Arbitration.

International Conciliation. Published by the American Association for International Conciliation, New York. 8°. Nr. 50, Jan. 1912: Finance and Commerce, their Relation to International Good Will. Nr. 51, Febr. 1912: Prof. Frank Jewett Mather, Do the Arts make for Peace?

David Starr Jordan, „Relations of Japan and the United States". Reprinted from The Journal of Race Development, Vol. 2, Nr. 3, January, 1912.

Raymond L. Bridgman, The first book of World-Law. A compilation of the international conventions to which the principal nations are signatory, with a survey of their signifinance. Boston 1911. Ginn and Company, Publishers, 1911. Geb. 308 S.

Israel Zangwill, The War God. A Tragedy in five acts. London, 1911. William Heinemann, Publ. Cloth. 164 p.

Les Annales des Nationalités. Bulletin mensuel de l'Office Central des Nationalités, Directeurs J. Gabrys et Jean Pélissier. No. 1, 2, Janvier-Février 1912. Paris. J. Pelissier, La Coopérative des Nationalités. — Novicow, L'Essence de la Nationalités. — Les Tendances autonomistes dans l'Europe contemporaine.

Union Interparlamentaire 1912, Uccle-Bruxelles, Bureau interparlamentaire, Rapport du secrétaire général au conseil interparlamentaire pour l'année 1911, suivi du programme du bureau pour 1912.

Bureau International de Documentation Educative. Nouvelle Bibliothèque Pédagogique, Ostende 1912. Actes et Documents No. 17. Fr. Kemény, Suggestions d'Enseignement International.

Dr. A. Coêlho Rodrigues, Mémoires sur l'Union et la Pacification de l'Amérique Latine et de l'Europe. Adressés au XXIe Congrès Universel de la Paix de 1912. Genève 1912. Imprimerie Albert Kündig. 4°. 32 p.

La Società delle giovinette italiene per la Pace. Nel suo primo triennio (22. Febbraio 1909—22. Febbraio 1912). 53 S.

Intermita Sciigo. No. 1, 1912. Kristiania, Norge. Brynjulf Jhss. Klingenberg, La Pacparlamento kaj ĝia Organizo.

Eduard Suess, El „La Vizaĝo de la Tero" Esperantigita de Theodor Fuchs. Wien 1912. Verlag A. Schönfeld. 8°. 38 S.

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

H. W. In No. 6 der „Revue Générale" von 1912 wirft André in einem Artikel „le traité anglo-américain d'arbitrage de 1897" die Frage auf, ob der neue englisch-amerikanische Schiedsvertragsentwurf diesmal größere Aussicht auf Annahme habe als der Olney-Pauncefote-Vertrag von 1897. Er meint, daß die Mehrzahl der Schwierigkeiten, die dem früheren Vertrage entgegenstanden, die Fragen der Grenze von Alaska und des zentralamerikanischen Kanales, heute nicht mehr beständen, daß aber die Hartnäckigkeit des Senates bezüglich der Wahrung seiner Rechte ziemlich gleich geblieben sei, und die Ratifikation auch des neuen Vertrages daher zweifelhaft erscheinen müsse. Auch das Februarheft 1912 des „Advocate of Peace" enthält wieder zahlreiches Material über die Frage des englisch-amerikanischen Schiedsvertrages und die Senatsverhandlungen über den Vertrag vom Januar 1912.

Das Berner Bureau gibt seit dem 1. Januar 1912 die Zeitschrift „Le Mouvement Pacifiste" in drei Sprachen halbmonatlich heraus. Trotz der zahlreichen Friedenszeitschriften fehlt ein Organ, das in Form einer großen Revue keinerlei Feuilletons, sondern ausschließlich umfangreiche, das Friedensproblem von Grund aus beleuchtende Artikel bringt. Eine Zeitschrift, die den großen Völkerrechtsrevuen ebenbürtig an die Seite tritt, nur eben nicht das gesamte Völkerrecht, sondern den Pazifismus behandelt. Wenn das Berner Bureau einmal eine solche Zeitschrift, die etwa sechsmal im Jahre in drei Sprachen — oder besser nur in Französisch erschiene, so würde es sich ein großes Verdienst erwerben. In eine solche Zeitschrift gehörten auch z. B. die Biographien bedeutender Friedensfreunde. In No. 1/2 der „Le Mouvement Pacifiste" wendet sich Ostwald gegen den Begriff der nationalen Ehre und meint, eine solche könne nur durch den betreffenden Staat selbst, nicht aber durch einen anderen verletzt werden. In derselben Nummer gibt die Redaktion einen sehr interessanten Rückblick auf die vergangenen Jahre der „correspondance bimensuelle", die zuerst als hektographiertes Blatt von Ducommun in die Welt gesandt wurde. Gobat widmet in No. 3 dem Engländer Bright Worte der Anerkennung als einem der ersten Pazifisten, die nicht nur aus Gefühl, sondern auch aus Vernunftgründen den Krieg bekämpft haben.

In No. 3 der „La Paix par le Droit" bespricht Dumas zwei italienische Werke über die Kodifikation des internationalen Rechts von Fiore und Internoscia. Er betont, daß gerade Angehörige derjenigen Nation eine Kodifikation des Völkerrechts in so glänzender Weise unterstützten, die kürzlich durch die gewaltsame Einverleibung von Tripolis die Grundsätze des Völkerrechts gröblich verletzt habe. Fiore hält sich in seinem Kodifikationsversuch viel mehr als Internoscia an die bereits bestehenden Verträge, die er im Gegensatze zu Internoscia sorgsam benutzt. Fiore beschränkt sich in der Hauptsache auf das Völkerrecht, Internoscia berücksichtigt auch das internationale Privatrecht. Beide sind im Grunde ihres Herzens Pazifisten. Sie wollen den Krieg durch die Herrschaft des Rechts beseitigen.

In No. 2 der „Paix par le Droit" verurteilt Dumas scharf das Vorgehen der Italiener in den Streitfällen Carthage und Manouba. Viel ausführlicher behandelt dieselbe Frage van der Flier in No. 2 von „Vrede door Recht". Er untersucht die juristischen Punkte recht eingehend und hält die Frage, wer recht hat, für durchaus zweifelhaft.

Dr. Glaser (München) gibt im Februarheft des „Arbitrator" eine Darstellung des Ergebnisses der deutschen Reichstagswahlen vom pazifistischen Standpunkte. Einen besonders bemerkenswerten Aufsatz über „Die Vermeidbarkeit der letzten Kriege" in den letzten 50 Jahren enthält Heft 2 des „Völkerfriede" aus der Feder von Umfrid. Er erörtert namentlich die Möglichkeiten, wie diesen Kriegen hätte vorgebeugt werden können. Seine Rezepte lauten: Neutralisation der Türkei, friedliche Abtretung eines Landstrichs gegen Entschädigung, Volksabstimmung, Bündnisvertrag, polizeilicher Eingriff der Mächte, Abschwächung der Nationalitätsprinzips, mehr Geduld und staatsmännische Voraussicht, Anwendung der modernen Wirtschaftslehre, Abschluß von Handels- und Niederlassungsverträgen, je nach den Umständen des einzelnen Falles. Er kommt zu dem zweifellos richtigen Resultate, daß alle diese Kriege bei gutem Willen hätten vermieden werden können. In No. 2 der „Les Etats-Unis d'Europe" beginnt Gaston Moch einen bemerkenswerten Aufsatz über den Zusammenhang zwischen dem Reichtum eines Landes, dem Frieden und den Rüstungen. Er führt vor allem aus, wie jeder Staat ein Interesse an dem wirtschaftlichen Aufschwung seines Nachbarn hat.

In Nr. 5/6 der „Revue de droit international" (1911) berichtet Rolin über die Tätigkeit der vom Institut für internationales Recht zur Erörterung über die Arbeiten der dritten Haager Konferenz eingesetzten Kommission. Uebermäßig bedeutsam ist nicht, was diese Kommission vorgeschlagen. Sie wandelt noch ganz auf den bisherigen Bahnen; friedens- und kriegsrechtliche Pläne finden wir bunt durcheinander. Und doch kann eigentlich die Hauptaufgabe der nächsten Friedenskonferenz gar nicht zweifelhaft sein, einmal von Grund aus zu erörtern, wie die Staaten durch gegenseitiges Zusammenwirken planmäßig die Organisation der Welt fördern können. Es muß festgestellt werden, welche Wege außer der Schiedsgerichtsbarkeit die im Werden begriffene Organisation der Kulturwelt fördern können. Immerhin ist es wertvoll, daß sich die Kommission des Instituts für den wirklich ständigen Gerichtshof und den Weltschiedsvertrag ausgesprochen hat. Auch sei das Projekt, das den Haager Konferenzen eine ständige Organisation nach Analogie des panamerikanischen Bureaus verleihen will, freudig begrüßt.

Das Organ der japanischen Friedensgesellschaft „Heiwa", das in Tokio erscheint, berichtet in seiner Novembernummer 1911 über den außerordentlichen Erfolg der Vortragsreise David Star Jordans in Japan.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völker-Friede (Eßlingen). Feb. O. Umfrid, Die Vermeidbarkeit der letzten Kriege. — usw.

Der Friede (Bern). Februar. Prolog zur Friedfeier von Paul Busson. — B. v. Suttner, Das Ende der Friedensbewegung? — Englisch-deutsche Annäherungsbestrebungen. — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). Feb. No. 3. Fréd. Passy, Die Erlöser der Welt. — Em. Arnaud, Kriegsrecht. No. 4. Prof. Wilh. Förster, Die Friedensbewegung als eine höhere Form der Energie. P. Clerget, Der Spitzbergenhandel.

La Paix par le Droit (Paris). No. 3. J. Dumas, Les derniers essais de Codification internationale. — Prudhommeaux, La Politique internationale et l'Arbitrage. — usw.

États-Unis d'Europe (Bern). Feb. Gaston Moch, Richesse, Paix et Armements. — usw.

Bulletin de la Ligue des Catholiques français pour la Paix (Brignais). No. 18. O. Gaillard, Morale internationale des Israélites. S. Mariger, Contre les crimes collectifs. — usw.

The Arbitrator (London). Feb. The real voice of Germany. — Espionage. — Persia. — The effect of the German elections on Anglo-German Relations. (By Friedrich Glaser). — Anglo-German Relations. — The Anglo-Russian Convention, 1907. — Bomb Throwing from Italian Aeroplanes. — How the Carnegie Peace Fund is to be used. — Anglo-American Arbitration. (Letter from Dr. Butler). — usw.

Concord (London). Feb. Felix Moscheles, Will Women, when they have the vote, further the Cause of Peace? — Edw. G. Smith, The complete pacifist. — The future of Persia. — Anglo-German understanding. — Maurice, A Great diplomatist. — usw. —

The Advocate of Peace (Wash.). Feb. The Arbitration Treaties. German-American Opposition to the Treaties. — Prof. George W. Kirchwey, Right is ready. — Sen. Isidor Rayner, The Treaties without amendment. — — Speech of Hon. Portor J. Mc. Cumber. The general Arbitration Treaties. — Ralph Blumberg, Can War be abolisched? — Jos. B. Hannen, New Impetus for World Peace. — usw.

La Luce del Pensiero (Neapel). No. 4—5. D. Maggiore, Mario Rapioardi. — B. d. Suttner, Non ci perdiamo di coraggio. — Ern. Ghezzi, Perchè è sorta la Società Operaia Pro Arbitrato e Disarmo. — Alma Dolens, Manifesto della Società Pro Arb. e Disarmo. — usw.

Orgaan van den Algemeenen Nederlandschen Bond „Vrede door Recht" (s'Gravenhage). Van der Vies, Z. Exc. Luit.-Generaal Ihr. S. C. C. den Beer Portugael. — Wereldpetitie Anna Eckstein. — Van der Flier, de inbeslagneming der Carthage en der Manouba. — usw.

Fredsfanan (Stockholm). Feb. R. P. Arnoldson, Den Stora Bluffen. — Ed. Giretti, Italien och Kriget. — usw.

Heiwa („Peace und Justice", Tokio. Nov. 1911. Dr. David Starr Jordan in Japan. — usw. — Dez. 1911. Mr. Hamilton Holt's Visit to Japan. — Dr. J. W. Hill and the International Peace forum. — usw.

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Rundschau): „Kriegsfurcht" betitelt sich ein Artikel, den der österreichische General Emil v. Woinovich in der „Oesterreichischen Rundschau" (15. Febr.) veröffentlicht. Es ist reine „Generalsoziologie", die den Krieg vom militärtechnischen Standpunkt wirtschaftlich und sozial verteidigen will. Woinovich findet die „Furcht" vor dem Kriege gar nicht berechtigt, denn es gibt erstens auch im Frieden Epidemien und wirtschaftliche Katastrophen, dann wäre es heute eine „anachronistische Uebertreibung", von Kriegsgreueln bei Kriegen zwischen zivilisierten Völkern zu reden. Da wäre viel darüber zu sagen. Gewiß gibt es auch im Frieden Elend, dieses rührt aber zum größten Teil aus den früheren Kriegen und aus der Vorbereitung der künftigen her, und überdies sind wir ja bemüht, diese Greuel zu beseitigen, was uns ja auch mit stets wachsendem Erfolge gelingt. Ob der Krieg zwischen zivilisierten Völkern keine Greuel erzeugt, wollen wir bezweifeln. Auch die zivilisierten Völker schießen nicht mit Bonbons, und ihre Wolfsgruben und Drahtnetze, ihre unterirdischen und submarinen Minen sind keine Humanitätseinrichtungen. Wohl will es uns aber scheinen, daß Kriege zwischen zivilisierten Völkern überhaupt nicht stattfinden können. Solange sie Krieg führen sind sie eben noch nicht zivilisiert. Und dann scheint mir der Ausgangspunkt der Woinovichschen Beweisführung verfehlt. Die „Furcht" vor dem Kriege! Wir bekämpfen ihn sicherlich nicht, weil wir ihn fürchten, sondern weil er unzweckmäßig und kräftevergeudend, weil er widersinnig, weil er kulturfeindlich ist.

Woinovich versucht den Krieg um seiner Vorteile wegen zu preisen; dabei mißlingt ihm aber die Beweisführung. Der Herr General ist — man höre — ein Gegner des Wettrüstens, und als bestes Mittel dagegen empfiehlt er — — den Krieg. „Wie dem Raume nach," sagt er, „so ist aber auch der Zeit nach ein zielloses, unbegrenztes Rüsten verwerflich. Es kann nur durch eine bestimmte — nicht allzu lange — Zeit mit Aufgebot aller Kraft gerüstet werden, also für einen bald bevorstehenden Krieg, sonst wird das Rüsten zur Gewohnheit, stumpft ab und wird leicht zur Spielerei, greift überdies den Volkswohlstand oft empfindlicher an als ein Krieg, schwächt endlich den Geist der Armee und damit ihre Kriegsbrauchbarkeit." Da heißt es im militärischen Lager immer: „Willst du den Frieden, so rüste den Krieg." General Woinovich fügt hinzu: „Wenn du den Krieg rüstest — führe ihn bald, denn langes rüsten ist schädlich.

Wertvoll ist diese Anerkennung der Schädlichkeit des Wettrüstens von militärischer Seite immerhin! Aber wie seltsam ist das Mittel, das anempfohlen wird: Krieg zur Verhinderung des Wettrüstens!

Ein anderer Satz: „Kriege zwischen Kulturnationen treiben die Menschheit in ihrem Fortschritte rascher vorwärts, wie die Erfahrungen der letzten fünfzig Jahre lehren." Ja, sind wir aber am Ende nicht schon so weit in den Kulturfortschritt hineingetrieben worden, daß wir den Krieg ganz überwunden haben? Die Ueberwindung des Krieges ist nämlich ein Ergebnis des Kulturfortschritts, Herr General!

In der allezeit reaktionären „Münch. Allgem. Zeitung" schreibt Major a. D. Belleville einen Artikel, der den Titel führt: „Der Weltfriede ein Wahn." Man muß gestehen, daß sich der

Verfasser bemüht, die Friedenkbewegung höflich zu behandeln; aber er hat von ihr noch sehr wenig erfahren. Wo in aller Welt empfehlen die Pazifisten, wie es in jenem Artikel tatsächlich heißt, daß irgendeine Großmacht mit dem Wettrüsten vorangehen soll, wo verlangen sie einen „Weltstaat", „wo alle Verschiedenheiten der Rassen, Nationen und Staaten untergehen sollen"? Dieser Weltfriede ist in der Tat ein Wahn. Bezeichnend für den Geist jenes Artikels ist ein Satz, der hier nicht vorenthalten werden darf. Er lautet: Vor allem ist festzustellen, daß durch die, wenn auch langsam, so doch beständig fortschreitende Kultur und Zivilisation auch die Zahl der Friedensfreunde von selbst beständig zunimmt und darum die ganze Friedensbewegung eigentlich vollständig unnötig ist." Erinnert dieser Satz nicht an jenen Ausspruch des braven Münchener, der einem Alkoholgegner zustimmt und dabei die Worte spricht: Wozu brauchen wir überhaupt den schädlichen Alkohol, wo wir in München so gutes Bier haben." — Weil die Zahl der Friedensfreunde zunimmt ist die Friedensbewegung unnötig, Herr Major? Die Friedensbewegung ist ja gar nichts anderes als die durch die Kulturentwicklung gezeitigte Zunahme der Friedensfreunde. Man sieht, es ist sehr leicht in der Münchener Allgemeinen Zeitung über eine große Kulturerscheinung zu Gericht zu sitzen. Nach einer Legitimation wird da nicht gefragt. —

Im Stuttgarter „Beobachter" führt unser Umfrid wieder tapfer seine Klinge. In der Nummer vom 22. Februar weist er den Großadmiral von Köster zurecht, der sich in seinen neuesten Flottenreden wieder zahlreiche Widersprüche zuchulden kommen ließ. In der Nummer vom 19. Februar weist er auf die unbedingt friedensfreundlichen Stimmen der englischen Kirchen hin und fordert, daß endlich von deutscher kirchlicher Seite eine ebenso unzweideutige friedliche Antwort erfolgen möge. Und in der „Ulmer Zeitung" vom 21. Februar rechnet Umfrid mit dem Wehrverein ab, dem er unrichtige Verwertung der Rüstungszahlen nachweist. Schade, daß diesem Friedensstreiter nicht ebenso die angesehensten deutschen Zeitungen und Revuen offen stehen, wie den Herren Generalen, die den Krieg anpreisen. Im Pester Lloyd vom 25. Februar schreibt Baronin Berta von Suttner „Ueber Luftflotten" und weist darin auf den von englischer Seite gemachten Versuch hin, zu einem Verbot der Luftwaffe zu gelangen, ehe wieder ungeheure Interessen und riesige Kapitalien in dieser neuen „Waffe" investitiert sind. Von den zahlreichen Artikeln Wehbergs, die in der nachstehenden Bibliographie aufgeführt sind, sei namentlich auf den in den „Burschenschaftlichen Blättern" (1. III.) veröffentlichten Aufsatz „Deutsche Burschenschaften im Kampfe für die internationale Verständigung" hingewiesen. Hierin versucht es Wehberg neuerdings die in den Burschenschaften organisierten Studenten für das Friedensproblem zu interessieren.

(Bibliographie). I. Friedensbewegung im allgemeinen: Anatole France, Der Krieg. „Der Weg." 10. II. * Alfred H. Fried, Vertagte Kriege. „Neues Wiener Journal." 25. II. * Mayer, kgl. bayr. Generalmajor z. D., Vom Wesen des Krieges. „Danzers Armee-Ztg." 29. II. * Max Nordau, Gefühlsnationalismus. „Pester Lloyd." 25. II. * Opitz-Treuen, Deutschtümliches. „Der Tag." 3. III. * Dr. Hans Wehberg, Deutsche Burschenschafter im Kampfe für die internationale Verständigung („Burschenschaftliche Blätter" 1. III.).

II. Die internationale Politik: Dr. Freih. v. Jettel-Ettenach, Die Politik des Grafen Aehrenthal. „Deutsche Revue." März. * Dr. Benedetto Cirmeni, Italien, Oesterreich und der Dreibund. „Deutsche Revue." März. * Dr. Hans Wehberg, Die Volksstimmung Italiens und die Rechtfertigung des italienisch-türkischen Krieges. „Handel u. Industrie." 24. II. * Alfa, Die deutsche Weltpolitik und England. „Die Grenzboten." 21. II. * Ein reichsdeutscher Politiker, Deutschland und England. „Oesterreichische Rundschau." 1. III. * Carl Peters, Englische Annäherung. „Der Tag." 28. II. * Legationsrat a. D. vom Rath, Die Mission Lord Haldanes. „Der Tag." 14. II. * Dr. Freih. von Mackay, Deutschland und England. „Münchener Allgemeine Zeitung" 10. II. * Die Verhandlung über den deutsch-französischen Vertrag. „Kölnische Zeitung." 12. II. * Prof. Wilh. Foerster, Marokko und die Conciliation internationale. „Ethische Kultur" No. 5. 1. III. * A. de Manos Albas, Manifesto á los Pueblos de America. Necesidad de la Unión Pan-Americana. „Hispania" (London) 1. III.

III. Völkerrecht: Prof. Dr. E. J. Bekker, Staatsverträge wider die Spionage. „Deutsche Juristenzeitung." 1. III. * Dr. Hans Wehberg, Die Carnegie-Friedensstiftung und die Universität für Völkerrecht. „Der Tag." 21. II. * Ders., Die Beschießung von Beirut und das Völkerrecht. „Der Tag." 3. III. * Ders., Die interparlamentarische Union und die Regelung des Luftkrieges. „Deutsche Luftfahrerzeitung." 10. I. * Ders., Die internationalen Schiedsverträge und das italienische Staatsversicherungsmonopol. „Masius' Rundschau" (Leipzig). Heft 1,2. * Ders., Den Beer Poortugael und die Haager Friedenskonferenzen. „HetVaderland"(Haag). 1.II. * Ders., Ist von dem Haager Schiedshofe eine rein rechtliche Erledigung der italienischen Monopolversicherungsfrage zu erwarten? „Der Versicherungsfreund" (Wien). 1. II. * Ders., Wer kommt als Schiedsrichter für die Ansprüche der Versicherungsgesellschaften anläßlich des italienischen Staatsversicherungsmonopols in Betracht? „Finanzielle und Assekuranzrevue" (Wien). 5. II. * Ders., Der Haager Schiedshof und die Schiffswegnahme im Mittelmeer. „Der Tag." 9. II. * Ders., Eine deutsch-französische Uebereinstimmung in einer wichtigen Völkerrechtsfrage. „Handel und Industrie." 10. II. * Ders., Präzedenzfälle für die Ueberweisung des Streites betreffend das italienische Staatsversicherungsmonopol an ein internationales Schiedsgericht. „Zeitschrift für Versicherungswesen." 28. II.

IV. Internationales: Prof. Julius Wolf, Tafts internationale Teuerungsenquete. „Der Tag." 28. II.

V. Wirtschaftliches: Dr. M. Ritzenthaler, Der Londoner Geldmarkt im Kriegsfall. „Börsen-Archiv" (Berlin). 2. III. * L. J., Finanzwelt und Friedenspropaganda. „Ethische Kultur" No. 4. 15. II. * D'Estournelles de Constant, Ueber die Einschränkung der Rüstungen. „Oesterreichische Rundschau." 1. I. * Dr. Hans Wehberg, Zwei amerikanische Verträge über Flottenverständigung. „Handel und Industrie" (München). 3. II.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Die XX. Hauptversammlung wurde am 9. März im Saale des niederösterreichischen Gewerbevereines abgehalten. Ueber deren Verlauf berichten wir in der nächsten Nummer.

☞

In der am 13. v. M. abgehaltenen Vorstandssitzung wurde unser langjähriges und tatkräftiges Mitglied, Prof. Dr. Oswald Richter, Priv.-Doz., in den Vorstand kooptiert.

☞

Ehrung Alfred H. Fried's.

Bekanntlich wurde Fried, der unermüdliche Vorkämpfer für die Schiedsgerichtsidee und für die internationale Organisation der Staaten, im Dezember v. J. durch die Verleihung des Nobelpreises ausgezeichnet. Diesen Anlaß benutzten mehrere Freunde und Verehrer des Genannten dazu, um ihre Glückwünsche in der solennen Form einer künstlerisch ausgestatteten Adresse auszudrücken. Diese Adresse wurde kürzlich von dem Herrenhausmitgliede Hofrat Prof. Dr. Lammasch, Mitglied des ständigen Schiedsgerichtshofes im Haag, und Prof. Dr. Kobatsch, dem Vizepräsidenten unserer Gesellschaft, Alfred H. Fried überreicht. Unterschrieben ist die Adresse von folgenden Persönlichkeiten: Freiherr v. Aichelburg-Labia (Linz); Schriftsteller Hermann Bahr; Moritz Benedikt, Herausgeber der „Neuen Freien Presse"; Hofrat Dr. Bernatzik, Vizepräsident Blum, Geh. Rat Böhm, Ritter v. Bawerk, Minister a. D.; Hofrat Dr. Burckhard; Prof. Dr. Celakovsky (Prag); Geh. Rat Freiherr v. Czedik; Gemeinderat Dr. Ritter v. Dorn; Präsident der „Concordia" Dr. Ehrlich; Geh. Rat Dr. Exner, Sekt.-Chef; Schriftsteller Dr. Friedjung; Fabrikbesitzer Carl Franck (Linz); Schriftsteller Dr. Gelber; Tondichter Dr. Goldmark; Schriftsteller Balduin Groller; Hofrat Freiherr v. Hock, Abg.; Professor Dr. Jerusalem; Hofrat Dr. Jodl; Professor Dr. Kobatsch; Ministerpräsident a. D. Dr. Ritter v. Koerber; Russ. Kammerherr v. Koudriavtzew; Herrenhausmitglied Graf Kuefstein; Hofrat Dr. Lammasch; Univ.-Prof. Lentner (Innsbruck); Hofrat Dr. Lieben; Herrenhausmitglied Lobmeyr; Hofrat Dr. Mach; R.-R. Abg. Dr. Masaryk, Prof. (Prag); Bankpräsident Morawitz; R.-R. Abg. Dr. Ofner; Geh. Rat Freiherr v. Plener, Minister a. D.; Dr. Podlipny (Prag); Gräfin Hedwig v. Pötting; Hofrat Dr. v. Roszkowski (Lemberg); Graf Ludwig Sarnthein (Innsbruck); Univ.-Prof. Dr. Seidler; Präsident, Schriftsteller Wilhelm Singer; Hofrat Dr. Skedl (Czernowitz); Univ.-Prof. Dr. Spiegel (Prag); Dr. Streit, Minister und Griech. Gesandter; Univ.-Prof. Dr. Strisower; Eduard Suess; Baronin Bertha v. Suttner; Univ.-Prof. Dr. Trakal (Prag); Oberkirchenrat Dr. Witz-Oberlin; Hofrat Dr. Ritter v. Zoll, Univ.-Prof. (Krakau).

☞

II. Volkstümlicher Vortragszyklus.

Am 22. Februar (als 4. Vortrag) sprach Univ.-Prov. Dr. Leo Strisower über: „Die Haager Konferenzen und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit". Am 29. Februar trat Hofschauspieler Prechtler vor das Auditorium. In meisterlicher Darstellung, voll Ueberzeugungskraft und innerer Wahrheit las er einige Schilderungen von den Schrecknissen des Krieges (Ernst von Bergmanns „Kriegsbriefe" aus 1866; „Fröschweilers Chronik" des Pfarrers Klein aus 1870 und „Meine Erlebnisse im Russisch Japanischen Krieg" (vom russischen Militärarzt W. Weressajew). Satire und Humor kamen zur Geltung, vor allem in der Parodie „Die lustige Stadt" von Berta v. Suttner, ferner in kleineren Gedichten von Stieler und Schmidt-Cabanis. Den Schluss bildete das Lehrerstück „Der Herr Schulinspektor" von A. Müller, welches die Schwierigkeiten eines wirklich objektiven Geschichtsunterrichtes in der Schule schildert. Am 7. März hielt Dr. Oswald Richter, Priv.-Doz., einen Vortrag über „Naturwissenschaft und Friedensbewegung" (Die Pflanzen und Tiere als Lehrmeister des Friedens) mit Demonstrationen. Die Vorträge waren ungemein gut besucht und wurde dem Redner lebhaft Beifall gezollt.

☞

Im Rahmen des Zyklus sprach am 27. Febr. der Präsident der Ungarischen Friedens-Gesellschaft Dr. Alexander Gießwein über „Pazifismus vom Standpunkte der Soziologie". Der Vortragende, von Oberkirchenrat Dr. Witz-Oberlin im Namen unserer Gesellschaft freundlichst begrüßt, dankte für den Empfang und überbrachte die Grüße der ungarischen Pazifisten. Der Redner schloß den hochinteressanten Vortrag mit dem Wahlspruch der Stadt Lübeck „Eintracht zu Hause und Friede nach außen" mit dem Hinweise, daß er als Ungar nach Wien gekommen sei, um mit den Oesterreichern gemeinsam für den Frieden zu arbeiten.

☞

Der Verein reisender Kaufleute in Wien ist unserer Gesellschaft als Mitglied mit einem Jahresbeitrage von 50 Kronen beigetreten. Er richtete an uns eine Zuschrift, in welcher er sich bereit erklärte, unsere Bestrebungen zu fördern, indem er in der Vereinszeitung die Mitglieder zum Beitritt einladet.

☞

Vom Verfasser des Pazifistischen Jugendbuches und des Herrn Schulinspektors Arthur Müller erscheint in nächster Zeit im Verlage von Bernhard Wolfram, Wien, ein pazifistisches Theaterstück, betitelt „Parazelsus und der Träumer". Dasselbe spielt in Erfurt zur Reformationszeit und bringt interessante Parallelen zwischen dem rechtlosen Zustande von damals in Deutschland und dem heutigen zwischen den Staaten Europas. Das Stück wird vom Autor Freitag, den 15. März, im Festsaale des niederösterreichischen Ingenieur- und Architektenvereines öffentlich gelesen werden.

Bestellungen und Bezahlungen vermittelt das Bureau der Oesterreichischen Friedensgesellschaft, Wien I, Spiegelgasse 4. Ermäßigter Subskriptionspreis, falls bis Ende März bestellt, für Mitglieder von Friedensgesellschaften und Abonnenten der Friedenswarte 2 M.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.
Druck: Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien.

April 1912.

Der Fortschritt in den amerikanischen Schiedsverträgen.

Die Schiedsverträge des Präsidenten Taft sind durch den amerikanischen Senat nicht verbessert worden. Es ist nicht alles erreicht worden, was ihr Urheber gewollt und die Freunde einer Sicherung des Weltfriedens erhofft hatten. So liegen die Dinge aber doch nicht, daß man von dem „Ende des Schiedsgerichtsrummels" sprechen kann, wie die „Hamburger Nachrichten" in ihrer Sympathie für den Weltfrieden sich auszudrücken belieben. Nicht ein Ende der Schiedsgerichtsbarkeit bedeuten diese in ihrer Form etwas beschnittenen Verträge, sondern einen Fortschritt, und zwar keinen unbedeutenden.

Dieser Fortschritt besteht zunächst darin, daß nach Artikel 1 alle Streitfragen, die zwischen den vertragsschließenden Parteien entstehen sollen, sofern ihre diplomatische Beilegung nicht möglich war und die ihrer Natur nach „justiciable" sind, d. h. daß sie nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit überhaupt beurteilt werden können*), dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten sind. Was in diesen Bestimmungen fehlt, bedeutet den neuen Gewinn. Es sind dies die dehnbaren Vorbehalte für jene Streitfragen, die „die Ehre oder die vitalen Interessen" eines Staates berühren. Die Verträge enthalten somit eine feste Bindung der Vertragschließenden, die durch keinerlei diplomatische Tüfteleien gelockert werden kann.

Der weitere Fortschritt dieser Verträge besteht in der obligatorischen Einrichtung einer Untersuchungskommission. Diese durch den Artikel 2 bestimmte Kommission unterscheidet sich ebenfalls ganz wesentlich und in fortschrittlichem Sinne von ihrem Urbilde in den Haager Abkommen. In diesen sind die Untersuchungskommissionen noch ein zartes Treibhauspflänzchen, die ebenfalls nur bei solchen Streitigkeiten in Kraft treten sollen, wenn 1. „weder die Ehre noch wesentliche Interessen" berührt sind, 2. „soweit die Umstände es gestatten", 3. wenn beide Parteien über die Errichtung einer solchen Kommission einig sind. Für die in den amerikanischen Verträgen geschaffene Einrichtung der „Vereinten Hohen Untersuchungskommission" fallen diese Kautschukvorbehalte Nr. 1 und 2 völlig fort und wird ferner die wichtige Tatsache eingeführt, daß die Kommissionen schon auf Verlangen einer Partei in Wirksamkeit treten müssen. Die weitere große, bedeutende Neuerung liegt darin, daß die betreffende Kommission ihren Bericht ein Jahr lang aufschieben kann.

Das sind unleugbare Fortschritte der Schiedsgerichtsbarkeit, die dazu beitragen werden, die Friedenssicherheit zwischen denjenigen Staaten, die solche Verträge zum Abschluß bringen werden, ganz bedeutend zu erhöhen. In jedem Falle sind diese Verträge als eine Festigung des Haager Werkes zu betrachten, und da sie sich aus Elementen der Haager Abkommen zusammensetzen, erscheint es gar nicht ausgeschlossen, daß diese amerikanischen Verträge auf der nächsten Haager Konferenz die Grundlage eines Mondialabkommens bilden werden, was gegenüber dem heutigen Stande der Schiedsgerichtsbarkeit als ein ganz unerhörter Fortschritt zu bezeichnen sein wird.

Betrachten wir nun, was durch den Senatsbeschluß vom 7. März von den Verträgen weggenommen wurde bzw. durch welche Zusätze sie verwässert wurden.

*) Ich halte in diesem Artikel das Wort „justiciable" aus Bequemlichkeit bei, da es keinen bündigen deutschen Ausdruck dafür gibt und die Umschreibung nur auf Kosten der Satzklarheit möglich wäre.

Weggenommen wurde nur die letzte Klausel des dritten Artikels, mit der es folgende Bewandtnis hat: Im Artikel 1 wurde bestimmt, daß die „justiciablen" Streitfälle dem Haager Schiedshof bedingungslos zu überantworten sind. Die Verfasser der Verträge wollten nun ganz sichergehen und allen möglich erscheinenden Differenzen im voraus die Spitze abbrechen, indem sie eine Bestimmung schufen, wonach entschieden werden solle, ob ein Fall „justiciable" sei, wenn die Parteien in der Beurteilung des Falles nicht übereinstimmen. Nach dieser letzten Klausel des Artikel 3 sollte nun die eingesetzte Untersuchungskommission das Recht haben, unbedingt festzustellen, ob ein Streitfall, über den sich die Parteien nicht einig sind, ob er nach den Bestimmungen des Artikel 1 „justiciable" ist, dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden müsse.

Diese Klausel fehlt nun in den Verträgen. Sind diese dadurch wertlos geworden, oder hat die Schiedsgerichtsbarkeit, wie die nationalistischen Organe zu behaupten sich nicht entblöden, durch diese Streichung einen tödlichen Schlag erlitten? Selbst wenn es so wäre, würde der Umstand, daß diese Streichung nur mit einer einzigen Stimme Mehrheit beschlossen wurde, die Gefahr als sehr wenig eminent erscheinen lassen. Das einzige mißliche Ergebnis dieser Streichung liegt darin — man höre —, daß die Untersuchungskommission eines Tages wird erklären können, ein ihr unterbreitet gewesener Streitfall sei „justiciable", ohn daß für die Vereinigten Staaten die Verpflichtung damit ausgesprochen sein wird, diesen Streitfall, entgegen dem Willen der daran beteiligten anderen Macht, vor das Haager Schiedsgericht zu bringen.

Was würde das heißen? Den Krieg? Kein Hohngelächter wäre stark genug, um eine bejahende Antwort darauf zu verhöhnen. Man bedenke doch folgendes: In dieser gemischten hohen Kommission sitzen sechs Mitglieder, von denen je drei von den beiden im Streite befindlichen Staaten ernannt wurden. Die von Amerika ernannten Mitglieder sind sogar unter Mitwirkung des Senats ernannt worden. Diese sechs Personen höchster Qualität und höchsten Ansehens haben sich mit fünf gegen eine Stimme oder gar überhaupt einstimmig dahin erklärt, daß der ihnen vorgelegene Streitfall „justiciable" sei. Kann man sich eine amerikanische Regierung vorstellen, kann man sich einen Senat der Vereinigten Staaten vorstellen, der einer solchen Entscheidung gegenüber, an der er durch die Ernennung seiner Vertrauensmänner in der Kommission indirekt selbst beteiligt war, dann sagen wird: „Non possumus?" Das ist ausgeschlossen. Die lächelnden Gegner der Schiedsgerichtsbarkeit unterschätzen die moralischen Imponderabilien der internationalen Politik.

Aber das Unmögliche einer solchen Stellungnahme angenommen; die Vereinigten Staaten bleiben fest und hart dabei, der Fall ist einmal nicht „justiciable", die Untersuchungskommissionen mögen beschließen, was sie wollen, wir gehen nicht nach dem Haag! Heißt das etwa, daß morgen zur liebenswürdigen Schlichtung dieses Konfliktes geschossen werden muß? Daß können nur jene umnebelten Geister annehmen, die immer noch glauben, die Schiedseinrichtung an sich ist es, die den Krieg beseitigen hilft, während es in Wirklichkeit jener Geist ist, der die Möglichkeit zur Schaffung von Rechtseinrichtungen erst gibt, während es der Friedenswille ist, der Schiedseinrichtungen erst möglich macht, die im Grunde den Krieg verhindern. Ich gehe soweit, zu behaupten, daß der höchste Erfolg der Schiedsgerichtsbarkeit in der geringsten Anwendung ihrer Einrichtungen liegen wird, d. h. daß der Geist des Rechtes und der Verständigung, der Schiedseinrichtungen schafft, dann jene Stärke besitzen wird, Streitfälle auch ohne den Spruch Dritter einfach durch das einsichtige Entgegenkommen der beteiligten Staaten zu lösen. Nun bedenke man doch, daß jener Spruch der Vereinigten Hohen Untersuchungskommission für die Justiciabilität eines Streitfalles, abgesehen von seinem moralischen Gewicht, noch ein anderes Kriegshindernis zeitigen wird. Nämlich die klare und objektive Darlegung des Konfliktes als Ergebnis der internationalen Untersuchung. Es will mir scheinen, daß nach der Darlegung einer solchen Untersuchungskommission die Voraussetzungen für die Ueberweisung des Streitfalls an ein Schiedsgericht laut Artikel 1 der Verträge überhaupt gar nicht mehr gegeben sein werden, denn in diesem Artikel 1 heißt es doch, daß solche Streitfälle dem Haager Hof überwiesen werden sollen, die nicht nur „justiciable" sind, sondern deren diplomatische Beilegung nicht möglich war. Wenn aber eine unparteiische Hohe Unter-

suchungskommission den Konflikt klar dargelegt haben wird, so ist dadurch die diplomatische Beilegung wieder möglich geworden. Und sie wird sogar viel leichter zustandekommen als die Lösung durch ein Schiedsverfahren; um so leichter, als die kluge Hohe Untersuchungskommission in wirklich ernsten Fällen ein Jahr gewartet haben wird, ehe sie mit ihrem Berichte an die Regierungen herantritt. Wer da weiß, wie dadurch gerade die größte Gefahr ausgeschaltet worden ist, nämlich die Leidenschaft der Masse und der öffentlichen Meinung, der wird keine Sorge mehr darüber haben, daß trotz des Wegfalls der letzten Klausel des Artikels 3 diejenigen Staaten, die einen solchen Vertrag unterzeichnen werden, den Frieden unter sich als sicher betrachten können.

Und nun die Zusätze. Der Senat hat durch eine Resolution das Wort „alle" in Artikel 1 doch etwas eingeschränkt. Er hat Ausnahmen getroffen für folgende fünf Fälle:

1. Fragen über die Zulassung von Ausländern in den Vereinigten Staaten und über die Zulassung von Ausländern für die Erziehungsinstitute der Einzelstaaten.

2. Fragen über die Gebietsintegrität der Einzelstaaten und der Union.

3. Fragen über die Schulden irgendeines Einzelstaates.

4. Fragen über die als Monroe-Doktrin zeichnete, herkömmliche Haltung der Vereinigten Staaten in amerikanischen Angelegenheiten.

5. Fragen rein innerpolitischer Natur.

Diese Vorbehalte unterscheiden sich zunächst von den in den bisherigen Schiedsverträgen enthaltenen dadurch, daß sie nicht kautschukartig sind, sondern fest umrissene Objekte klarlegen und nicht dazu dienen sollen noch können, den Zweck des Schiedsvertrages überhaupt illusorisch zu machen. Sie sind überdies bei näherer Betrachtung für den Wert der Verträge vollkommen bedeutungslos. Es sind Vorbehalte für Streitfälle, die niemals zu einem Kriege geführt haben, auch niemals zu einem solchen werden führen können. Zum Teil enthalten sie Selbstverständlichkeiten wie die Fragen unter 2 und 5, zum Teil sind sie der Ausdruck von Aengsten, die insofern ganz unbegründet sind, als die Verträge für künftig entstehende Streitigkeiten, und nicht für solche gelten, die in der Vergangenheit beruhen, wie die in Punkt 3 berührten Schuldverpflichtungen gewisser amerikanischer Einzelstaaten. Aus all diesen Vorbehalten spricht nichts wie die Angst einiger Senatoren vor dem Unbekannten und die daraus sich ergebende Ungewißheit, ob sie ihre Haltung in dem von ihnen vertretenen Lande werden rechtfertigen können. Es sind die Symptome von Kinderkrankheiten des obligatorischen Schiedswesens, die wir daran erkennen.

Aber alle diese Ausnahmen besagen ja nicht, was die oberflächlichen Beurteiler und die durch ihre freudige Erregung in ihrer Urteilskraft nur zu sehr geschwächten Gegner glauben annehmen zu müssen, daß jene fünf Konfliktsgruppen der Schiedsgerichtsbarkeit überhaupt entzogen werden sollen. Sie besagen ja nur einfach, daß sich der Senat die schiedliche Lösung derartiger Streitfälle nicht als obligatorisch vorschreiben läßt, daß er sich vielmehr von Fall zu Fall die Entscheidung vorbehält, wie Konflikte dieser Art zu schlichten sind. Man muß schon ein ganz verhärteter Kriegsgläubiger sein, wenn man annimmt, daß Streitfälle dieser Kategorien jemals anders als friedlich beigelegt werden oder daß sie, soweit Punkt 2 und 5 in Frage kommen, überhaupt erhoben werden könnten. Im Rahmen dieser mit dem Schutzdamm der Untersuchungskommission versehenen Verträge zerfallen diese Vorbehalte überhaupt in nichts. Gewiß; der Senat hat mit ihnen ein Loch in die Taftschen Verträge gerissen, aber ein so winziges, bedeutungsloses Loch, daß wir es uns in Anbetracht der andern errungenen Fortschritte ruhig gefallen lassen können.

So können wir denn feststellen, daß die nunmehr vom amerikanischen Senat ratifizierten Schiedsverträge einen großen friedensrechtlichen Fortschritt bedeuten. Die kleinen Schönheitsfehler, die sie aufweisen, werden in einer späteren Zeit, wo der Senat nicht mehr durch die Wahlleidenschaften, die ihn gerade jetzt beherrschen, beeinflußt sein wird, leicht auszugleichen sein. Die kleine Zufallsmehrheit, die an dem Monumentalwerk Tafts herumkleisterte, wird alsdann nicht mehr zustandekommen. Ein Fortschritt ist erreicht; an uns liegt es, den folgenden herbeizuführen.

A. H. F.

Die amerikanischen Schiedsverträge.

Von Theodor E. Burton,
Mitglied des Senats der Vereinigten Staaten.

Washington, 21. März.

Die tatsächliche Verwässerung der allgemeinen Schiedsverträge zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien und zwischen diesen und Frankreich im Senat der Vereinigten Staaten am 7. März 1912 bezeichnet in keiner Weise eine Aenderung in der Haltung des amerikanischen Volkes in bezug auf die große Bewegung zugunsten des Weltfriedens. Die Bürgerschaft der Republik ist dem Grundsatz der friedlichen Regelung von Streitfragen zwischen den Staaten ebenso geneigt, wie nur je. Der Krieg war dem moralischen Gefühl irgend eines Volkes zu irgend einer Zeit niemals verabscheuungswürdiger, als den Amerikanern der heutigen Generation Die Vermehrung der Ausgaben für Heer und Flotte duldet man, nicht weil bei unserem Volke Angriffs- oder ehrgeizige Expansionsgelüste herrschen, sondern weil eine derartige Politik als wirksamste Friedensgarantie betrachtet wird. Das amerikanische Volk wünscht zweifellos seine Macht- und Einflußstellung unter den Völkern der Welt aufrecht zu erhalten, aber es wünscht dies in der Weise, daß diese Stellung so weit als möglich dazu benützt werde, den guten Willen und freundliche Beziehungen zwischen allen Völkern der Welt zu fördern.

Dieses tatsächliche Interesse wurde von den Vereinigten Staaten gelegentlich der Sanktionierung der dem Senate vorgelegten Schiedsverträge bewiesen. Mehrere sehr ausgebreitete und einflußreiche Organisationen, deren Tätigkeit völlig der Förderung der Sache des Weltfriedens gewidmet ist, unterstützten die Verträge sehr energisch und taten viel dazu, die öffentliche Meinung in diesem Sinne anzuregen und wirksam zu machen. Die hervorragendste dieser Organisationen ist die mit Mr. Andrew Carnegie in enger Verbindung stehende „American Peace Society", die seit mehr als 80 Jahren die Friedensbewegung in erfolgreichster Weise unterstützt. Neben dieser Gesellschaft mögen der „Federal Council of the Churches of Christ", ferner die „American Association for International Conciliation", die „American Peace Arbitration League of New York" und die „Massachusetts Peace Society" erwähnt werden. Sowohl die religiöse Presse des Landes als auch ein großer Teil der weltlichen Presse zollte den Verträgen schrankenlose Zustimmung und legte dem Senate dringend nahe, diese auch wirklich in ihrer ursprünglichen Form zu sanktionieren.

Endlich bot als wirksamstes Mittel der Präsident der Vereinigten Staaten, Mr. William H. Taft, in öffentlichen Ansprachen an die Bürger der Vereinigten Staaten den mächtigen Einfluß seines hohen Amtes, seiner umfassenden Bildung und seiner gründlichen Kenntnis des Rechts und der internationalen Beziehungen auf. Die Antwort auf all diese vereinigten Einflüsse war eine allgemeine und weit ausgedehnte Billigung weiterer Schritte zum Zweck des Zustandekommens und der Anwendung von Schiedsverträgen.

Daß die dem Senate vom Präsidenten vorgelegten Verträge nicht sanktioniert wurden, kommt daher, daß die meisten Senatoren glaubten, die Terminologie darin würde vom Volke nicht verstanden, somit hätte dieses die Verträge nicht gebilligt. Ferner sollte die entwertende Abschwächung der Verträge nicht so ausgelegt werden, als bedeute sie von seiten der Majorität der Senatsmitglieder eine feindselige Stellung zur Schiedsgerichtsbarkeit oder zur Erweiterung der Fälle, wo sie zur Anwendung gelangen könnte. Fast jeder Senator der gegen die Sanktionierung sprach, verurteilte den Krieg als Mittel internationaler Streitschlichtung und verwahrte sich gegen die Zumutung, der freundlichen Regelung von Streitigkeiten im Wege zu stehen oder eine weitere Anwendung der Schiedsmethode aufhalten zu wollen.

Die Debatte im Senat ging äußerst gründlich auf den Gegenstand ein und dehnte sich auf die feinsten Nuancen der Bedeutung eines jeden Wortes und eines jeden Satzes aus. Außer jenen Einwendungen, die aus rein politischen Gründen geltend gemacht wurden, erhoben sich drei Haupteinwände. Um diese genau zu verstehen, muß man die Verfassungsbestimmung, die den Senat zu einem Teil der vertragschließenden Gewalt unserer Regierung macht, in Verbindung mit den Bedingungen des Artikels 1 und der 3. Klausel des Artikels 3 der Schiedsverträge vergleichend betrachten. Die Verfassung enthält in Art. 2, Sec. 2, Klausel 2 folgende Bestimmung über die Machtbefugnis des Präsidenten der Vereinigten Staaten:

> „Er hat, die Zustimmung einer Zweidrittel-Majorität des Senates vorausgesetzt, die Macht, auf Grund des Rates und der Mitwirkung des Senats, Verträge abzuschließen."

Artikel 1 der vorgelegten Verträge lautet wie folgt:

> „Alle auf diplomatischem Wege nicht beizulegenden Streitigkeiten, die sich künftig zwischen den hohen Vertragschließenden ergeben könnten und die sich auf internationale Angelegenheiten beziehen, an welchen die hohen Vertragschließenden auf Grund eines Rechtsanspruchs oder sonstiger Abmachungen beteiligt sind, sollen, sofern die Möglichkeit einer juristischen Entscheidung nach Recht und Billigkeit gegeben ist, der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreitet werden" usw.

Artikel 3, Klausel 3 lautet wie folgt:

> „Es wird ferner beschlossen, daß in Fällen, in denen die Parteien sich nicht darüber einigen

können, ob ein Streitfall der schiedsgerichtlichen Entscheidung unter Art. 1 dieses Vertrages überwiesen werden soll, diese Frage der vereinigten hohen Untersuchungskommission vorgelegt werde und, wenn alle Glieder dieser Kommission oder alle bis auf eines darin übereinstimmen, daß der betreffende Streitfall im Bereich des Art. 1 liegt, er in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Vertrags der Schiedsentscheidung überwiesen werde."

Der erste der obenerwähnten Einwände, der von einer Anzahl der tüchtigsten Senatoren sehr dringend geltend gemacht wurde, bezog sich darauf, daß die Sanktionierung der dritten Klausel des Artikels 3 ein verfassungswidriges Vorgehen wäre. Es wurde vorgebracht, daß, da die Verfassung den Senat zu einem Teil der vertragschließenden Gewalt des Landes mache, dies ein vom Senat nicht zu übertragendes Vorrecht sei und daß er gar nicht das Recht oder die Macht habe, darauf zu verzichten. Der Kernpunkt dieser Einwände ist die Frage, ob die Uebertragung des Entscheidungsrechtes darüber, ob ein bestimmter Streitfall seiner Natur nach juridisch entscheidbar sei oder nicht, einer außenstehenden Kommission übertragen werde, in der Tat eine Uebertragung der vertragschließenden Gewalt bedeute. Die diesen Standpunkt vertretenden Senatoren wiesen darauf hin, daß die Entscheidung über die Möglichkeit der schiedsgerichtlichen Behandlung einer Frage oft die wichtigste Tatsache in bezug auf jedes spezielle Schiedsabkommen sei und daß daher die Entscheidung über derartige Fragen in die Kompetenz einer vertragschließenden Macht gehöre, infolgedessen nicht übertragbar sei. Es wurden zahlreiche Beispiele historischer und fingierter Ereignisse mit Einschluß der Monroe-Doktrin sowie vieler Fälle aus der inneren Regierungspolitik in bezug auf Einwanderung, öffentliches Schulwesen, Schulden einzelner Staaten und ähnliche Dinge angeführt, um die große Wichtigkeit zu beweisen, die in erster Linie die Entscheidung über die Möglichkeit der schiedsgerichtlichen Behandlung einer gegebenen Frage hat.

Es wurde allgemein angenommen, daß, wenn auch die Möglichkeit juridischer Behandlung in Art. 1 oder Art. 3 vorgesehen sei, die ganze Frage denn doch vor den Senat kommen müsse, damit über das eventuelle Schiedsverfahren entschieden würde. Der Senat hätte dann noch die Macht, alle vorbereitenden Schritte durch seine Weigerung, unwirksam zu machen.

Einige Senatoren behaupten, dies sei die wohlerwogene und wohlverstandene Absicht des Uebereinkommens und solle durchaus nicht als Uebelwollen ausgelegt werden. Andere wiesen ebenso nachdrücklich darauf hin, daß der Senat nicht in gutem Glauben einer gewissen Methode zur Bestimmung der Rechtseignung einer Frage zustimmen könne, um dann im Einzelfall Entscheidungen zurückzuweisen, die seinen eigenen Grundsätzen widerspricht. Der zweite Einwand wurde äußerst eindringlich von einigen Senatoren erhoben, die, obgleich sie nicht der Ansicht waren, daß die Sanktionierung der Verträge eine verfassungswidrige Uebertragung der vertragschließenden Gewalt bedeute, doch behaupteten, daß sie eine vom Gesetz nicht vorgesehene Herabminderung der Rechte des Senates bilden. Sie wiesen darauf hin, daß eine so wichtige Pflicht, wie die Entscheidung über die Möglichkeit rechtlicher Behandlung einer internationalen Streitfrage in der Wahrung der Würde des Senates einer Außenkommission nicht übertragen werden könnte. Auch glaubten sie nicht, daß eine Regierungsmaßnahme, die der Senat nach der Verfassung erst durch eine Zweidrittel-Majorität zu einer solchen macht, ebenso gut oder in der gleichen Weise durch eine nach den Bestimmungen dieser Verträge eingesetzte Kommission ausgeführt werden dürfte.

Der dritte Einwand bezog sich durchweg auf die Bestimmungen des Artikels 1. Nach den Bestimmungen der Haager Abkommen und der bisher abgeschlossenen allgemeinen Schiedsverträge werden alle Fragen der nationalen Ehre und der Lebensinteressen und Streitigkeiten, an denen eine dritte Partei beteiligt ist, ausdrücklich von der Zahl der zur Schiedsbehandlung geeigneten Fragen ausgeschlossen. Jede nicht ausdrücklich ausgeschlossene Frage wurde als zur Schiedsbehandlung geeignet betrachtet, sofern sie juridischer Natur ist.

Durch die Unbestimmtheit der Terminologie in den vorgelegten Verträgen und in der Definition der Streitfälle, welche durch ein Schiedsverfahren geregelt werden sollen, ferner durch die Anwendung der Ausdrücke „Rechtsanspruch" und „ihrer Natur nach zur schiedsgerichtlichen Behandlung geeignet" („justiciable"), wurden manche Leute zu der Annahme geführt, daß dieser Artikel einer großen Unsicherheit in der Auslegung seiner Bedeutung begegnen müßte. Die Tatsache, daß keine genügend zufriedenstellende Definition dieser Ausdrücke gegeben werden konnte und besonders, daß keine genaue Abgrenzung der in das Gebiet dieser Ausdrücke fallenden Fragen möglich war, ist ein anderer Faktor, der wesentlich zu der Niederlage der Verträge beitrug. Man kann ruhig behaupten, daß die Opposition des Senates nicht gegen die eigentliche Bedeutung und den Sinn dieser Verträge gerichtet war, die die Bahn für eine friedliche Regelung von Streitfragen von wesentlicherem Interesse, als es bisher der Fall war, eröffnen und der Welt das Beispiel höchsten Vertrauens auf die moralische Verantwortlichkeit und die äußerste Gerechtigkeit aller Kulturvölker geben sollen. Nicht der Mangel an Bereitwilligkeit, die Vorhut menschlichen

Fortschritts auf einen Außenposten der Zivilisation auszusenden, hielt die Bewegung im Senat auf, sondern ein Zurückschrecken vor ihrer Unsicherheit. Der menschliche Geist fühlt sich unter unsicheren Bedingungen immer unruhig und unbehaglich, und so behielt in diesem Falle die Besorgnis über die ungewisse Bedeutung der Terminologie und Furcht vor den möglichen Folgen die Oberhand über den natürlichen Trieb, einen Schritt nach vorwärts zu tun.

Da die dritte Klausel des Artikels 3 den Hauptfortschritt gegenüber früheren Schiedsverträgen bezeichnete, kam der gegenwärtige Charakter der Haltung des Senats in dem Antrag zum Ausdruck, diese Klausel zu streichen und in dieser Form drang dieser mit 42 gegen 40 Stimmen durch. Die zustimmenden Voten wurden bis auf sechs von den Demokraten abgegeben; von diesen sechs republikanischen Voten drei von den sogenannten Insurgenten oder Taft-Republikanern; von den negativen Stimmen wurden alle bis auf drei von den Republikanern abgegeben.

Der Sanktionierungsbeschluß wurde also so verändert, daß die Anwendung des Artikels 1 der Verträge folgendermaßen eingeschränkt wurde:

„Der Senat stimmt der Sanktionierung des besagten Vertrages unter der Bedingung zu, daß er die Zuweisung an das Schiedsgericht in folgenden Fällen ausschließt: Die Zulassung von Fremden in die Vereinigten Staaten oder die Aufnahme von Fremden in Erziehungsinstitute der Einzelstaaten; die territoriale Unantastbarkeit der Einzelstaaten oder der Union; die Frage von Vertrags- oder Geldschulden eines der Staaten der Union; jede mit der Monroe-Doktrin zusammenhängende Frage bezüglich der Aufrechterhaltung des traditionellen Standpunktes der Vereinigten Staaten in bezug auf amerikanische Verhältnisse; ferner jede rein innerpolitische Frage."

Dieser Zusatz drang mit 46 gegen 36 Stimmen durch, und in dieser Form wurden die Verträge mit 76 gegen 3 Stimmen sanktioniert.

Es wird vielfach angenommen, daß die Verträge in ihrem gegenwärtigen Zustand keinen wesentlichen Fortschritt gegenüber schon bestehender Abkommen bedeuten. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß durch die tatsächliche Verwässerung der Verträge den Hoffnungen auf eine sofortige Erweiterung der Anwendbarkeit der Schiedsverträge ein harter Schlag versetzt wurde. Aber sie bedeutet keinen tatsächlichen Rückschlag der großen Freundschafts- und Friedensbewegung unter den Völkern der Erde und sollte auch nicht so aufgefaßt werden. Diese Bewegung ist zu tief begründet, zu sehr in dem Herzen des Volkes wurzelnd, zu sehr mit seinen höchsten Idealen und Bestrebungen verwachsen, als daß sie durch einen Streit über die Bedeutung einzelner Ausdrücke wirklichen Schaden erleiden könnte.

Die neuen Wehrvorlagen in Deutschland.

Von Richard Gädke.

Man rufe heutigen Tages das deutsche Volk zu einem Referendum über die neuen Rüstungsvorlagen zusammen, so wird sich ohne allen Zweifel die überwältigende Mehrheit dagegen aussprechen. Ohne lärmende Agitation, ohne jede „demagogische Hetze", allein aus seinem tiefen Friedensbedürfnis, aus Abneigung gegen den wachsenden Militarismus, aus der Liebe heraus zur Werte schaffenden Arbeit. Immer vorausgesetzt, daß die Abstimmung eine geheime wäre. Aber so sicher dieses Ergebnis ist, mit ebenso großer Bestimmtheit darf man den umgekehrten Ausgang voraussagen, wenn nur die oberen Hunderttausend und ihr Familienanhang zur Ballotage mit Ja oder Nein zusammentreten würden. Ziemlich gleichgültig, ob dann die Abstimmung öffentlich oder geheim wäre. In den Kreisen der regierenden Beamtenschaft, in der Adelsoligarchie mit ihrem Gefolge, unter der akademischen Jugend und unter den Reserveoffizieren, wunderbarer Weise auch unter den führenden Männern der Industrie und natürlich unter den Kolonialenthusiasten hat eine Art von Chauvinismus Fuß gefaßt, der nicht gerade auf einen Krieg hindrängt, ihn aber auch nicht fürchtet und in jedem Falle auf ihn vorbereitet sein will. Die ganze verfügbare Kraft der Nation, die persönliche wie die finanzielle, in den Dienst dieses Gedankens zu stellen: das allein gilt ihnen als Patriotismus. Den Anspruch Deutschlands auf einen Platz an der Sonne, und zwar auf einen möglichst großen und günstigen Platz, im Notfalle auch mit den Waffen in der Hand durchzufechten, das ist in jenen Kreisen nationales Glaubensbekenntnis. Die Wortführer und Macher der öffentlichen Meinung sind bei uns im großen ganzen — abgesehen von den ganz links stehenden Parteien — weniger friedliebend als die Masse unseres Volkes. Und da jene auch das Parlament beherrschen, werden die neuen militärischen Forderungen der Regierung im Reichtage auf keinen unüberwindlichen Widerstand stoßen. Man wird sich etwas zieren, man wird mit einiger Hartnäckigkeit feilschen, wird etwas abhandeln — aber man wird sich schließlich in den Kommissionen überzeugen lassen. Man wird sich jedenfalls nicht auf den Standpunkt stellen, daß das Quinquennatsgesetz vom 27. März 1911, das die Friedenspräsenzstärke des Heeres bis zum 31. März 1916 geregelt hat, ein zweiseitig bindender Vertrag sei, der ohne die dringendste Notwendigkeit vor seinem natürlichen Ablauf nicht geändert werden dürfe.

Nun läßt sich ja nicht verkennen, daß die Militärbehörde und daß die Rüstungsfanatiker, die in dem neugegründeten Wehrverein des Generals Keim versammelt sind,

einen nicht unwirksamen Hintergrund für ihre Forderungen haben. Wenn sie immer und immer wieder den Nachweis führen, daß Frankreich die Kraft der Nation ungleich schärfer militärisch verwerte als Deutschland, so kann man ihnen nicht unbedingt und schlechthin widersprechen. Sie übertreiben natürlich, wenn sie die finanziellen Opfer unserer transvogesischen Nachbarn als wesentlich höher hinstellen. Der alte Kunstgriff muß immer noch seine Wirkung tun — und tut sie einer vorbereiteten Gemütsverfassung gegenüber auch —, daß Frankreich pro Kopf seiner so viel schwächeren Bevölkerung für Heer und Flotte mehr ausgebe als Deutschland. Mit unverblümten Worten warfen sie unserem Volke einen gefährlichen Mangel an Opferwilligkeit vor, weisen auf den Patriotismus der Franzosen rühmend hin und beschuldigen die demokratische Opposition beinahe des Vaterlandsverrats. Hiergegen kann man natürlich mit Fug und Recht einwerfen, daß im Verhältnis zu seinem Einkommen der französische Steuerzahler in Wirklichkeit weniger leistet als der deutsche, der außerdem eine größere Nachkommenschaft heranzuziehen hat.

Berechtigt aber ist andererseits der Hinweis auf die Ausnutzung der lebendigen Volkskraft zum Heeresdienste. Frankreich nimmt nicht nur den letzten brauchbaren Mann ohne jede Rücksicht auf bürgerliche Verhältnisse in Anspruch, sondern greift tief in die Masse der minder brauchbaren Klasse hinein. Was irgendwie für das Heer nutzbar gemacht werden kann, ja noch mehr als das, wird ausgehoben. Daher die große Zahl derer, die sich der Gestellung und die sich der Uebungen mit allen möglichen Schlichen zu entziehen suchen, daher die zahlreichen Wiederentlassungen, daher der ungünstige Gesundheitszustand im französischen Heere. Die maßgebenden Schichten Deutschlands aber sehen nur, daß man dort drüben im Verhältnis zur Bevölkerung erheblich mehr leistet als bei uns, und mit dem Hinweis hierauf bleiben sie nicht ohne Eindruck, auch wenn ihnen entgegengehalten wird, daß absolut genommen das deutsche Heer im Frieden wie im Kriege die Streitkräfte unseres Nachbars immerhin überflügelt habe. Solange nach dem neuesten Worte Lloyd Georges „die epileptischen Anfälle des Militarismus" dauern, wird die Forderung immer einen Kern von Wahrheit enthalten, daß jedes Volk sich für die Möglichkeit eines Krieges unbedingt so stark rüsten müsse, als seine eigene Volkskraft eben zulasse. Wenn die entgegenstehenden Interessen der Völker nicht durch Schiedsgerichtsverträge, nicht durch eine übergeordnete Gewalt ausgeglichen werden, sondern entweder durch einen Vergleich der gegenseitigen Waffenstärke oder durch den Krieg selbst, dann hat dieser Standpunkt in der Tat die logische Folgerichtigkeit für sich. Es steht eben alles miteinander in innerem Zusammenhange. So werden wir mit der Beschränkung der Rüstungen erst dann einen Schritt weiter kommen, wenn wir allmählich im internationalen Verkehr den Appell an die Gewalt in ähnlichem Maße ausschließen wie im innerstaatlichen Leben des einzelnen Volkes. Abrüstung und Schiedsgerichtsverträge sind voneinander nicht zu trennen. Für die Stärke der Landmacht ist also in Deutschland der Wunsch maßgebend, ein immer stärkeres Uebergewicht über Frankreich zu gewinnen, ein solches Uebergewicht, daß jeder Gedanke an einen Rachekrieg vor der unerbittlichen Gewalt der Tatsachen verschwinden muß. Daß es hierbei nicht ohne einen Seitenblick auf Rußland und auf die 150 000 Mann des englischen Expeditionsheeres abgeht, ist klar. Die erneute Verstärkung des deutschen Heeresetats um 29 000 Mann würde jene englische Hilfe völlig wettmachen.

Dieser Gedanke an England beherrscht aber außerdem in entscheidendem Maße unsere Seerüstung, die an sich wohl erheblich unpopulärer ist als die Landrüstung, aber andererseits wieder getragen wird von sehr erheblichen materiellen Interessen einflußreicher Kreise. Auch darf man den Willen des Kaisers und die nicht ungeschickte Agitation des Reichsmarineamtes auf diesem Gebiete nicht unterschätzen. Beide wurden unterstützt durch die auch in breiteren Schichten des deutschen Volkes nun einmal herrschende Ueberzeugung, daß England unserem wachsenden Gedeihen, der gewaltigen Blüte unserer Industrie und dem immer fühlbarer werdenden Wettbewerb unseres um sich greifenden Handels mit ausgesprochenem Neide und mit Mißgunst gegenüberstehe — weniger vielleicht in den breiten Massen des arbeitenden Volkes als in der regierenden Oberschicht. Der Argwohn, daß wir England überall und immer auf unseren Wegen als offenen oder heimlichen Gegner treffen werden, trägt viel dazu bei, eine immer stärkere Flottenrüstung geduldig und mit fester Entschlossenheit auf sich zu nehmen — um so mehr, als unser Volk sich im allgemeinen darüber im unklaren befindet, daß unsere Flottenpolitik tatsächlich bereits mitten im Wettrüsten auf Tod und Leben mit England begriffen ist. Das amtliche Deutschland könnte auf diesem Wege sogar noch rascher fortschreiten, wenn es hier nicht einem gewissen Widerstreben derjenigen Klasse begegnete, auf die es sich nach alter Tradition vorzugsweise stützen zu müssen glaubt; ich meine die Schicht des grundbesitzenden Adels, dessen Interesse und dessen Geschichte mit dem Landheere unauflöslich verknüpft sind. Industrie, Handel und auch die Flotte mit ihrem Seeoffizierkorps bringen ein ungewohntes Moment in den Entwicklungsgang unseres Reiches. Die Junker ahnen darin so etwas wie ein feindliches Element, das ihrem vorwaltenden Einflusse gefährlich werden könnte. Gleichwohl wird der Adel aus grundsätzlichen politischen Erwägungen heraus auch den Flottenvorlagen der

Regierung keinen offenen Widerstand entgegensetzen, solange die hierfür erforderlichen Lasten mehr das mobile Kapital als den Grundbesitz treffen.

Diese Verhältnisse muß man im Auge behalten, wenn man die neuen Wehrvorlagen der Regierung richtig beurteilen will.

Die Militärverwaltung hält es für ihr Recht, mit jedem Quinquennat die Stärke des Heeres mit dem Wachstum der Bevölkerung in Einklang zu setzen, d. h. beständig zu vergrößern. Diese Friedensvermehrung ist ihrem Grunde nach unabhängig von den zufälligen Wechselfällen der äußeren Politik, die nur insofern eingreift, als sie einem widerstrebenden Reichstage gegenüber verwandt wird, um an den Patriotismus des Volkes zu appellieren. Die alle fünf Jahre eintretende Verstärkung des Landheeres ist somit eine Art Gewohnheitsrecht geworden, das bis zu einem gewissen Grade von allen Parteien respektiert wird, mit Ausnahme der Sozialdemokratie. Es heißt, daß die gesamte waffenfähige Jugend des Reiches im Kriegsdienste ausgebildet und darauf also die Stärke des Friedensheeres bemessen werden müsse. Selbst die Sozialdemokratie würde übrigens dieser Forderung keinen Widerstand entgegensetzen, wenn zugleich die Länge der Dienstzeit wesentlich heruntergesetzt würde. Die übrigen Parteien haben sich — nicht alle vielleicht theoretisch, wohl aber — praktisch mit der zweijährigen Dienstzeit abgefunden, die ihnen durch die Ausnahme der Einjährig-Freiwilligen schmackhaft gemacht ist.

Als vor einem Jahre ein neues Quinquennatsgesetz vereinbart werden mußte, legte sich die Militärverwaltung eine für deutsche Verhältnisse ungewöhnliche Zurückhaltung auf, indem sie nur eine Vermehrung um 11 000 Mann (ungerechnet die Offiziere und Unteroffiziere) forderte, die im Laufe der nächsten fünf Jahre bewirkt werden sollte. Der energische Widerspruch des Reichsschatzsekretärs der die Wirkung seiner Finanzreform noch nicht übersehen konnte, und die Rücksicht auf die kommenden Wahlen, deren Ausfall zu fürchten man alle Ursache hatte, waren die einzigen Gründe für diese Bescheidenheit. Nun aber kam der Marokkozwischenfall im vergangenen Sommer und Herbste der Heeresverwaltung und auch der Marine sehr gelegen; in manchen Schichten des deutschen Volkes herrschte eine gewisse Erregung, die Abneigung gegen die Einmischung Englands war eine ziemlich allgemeine, man hatte den Eindruck, daß es einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich nicht ungern gesehen, vielleicht sogar geschürt hatte.

Inzwischen hatten sich die Finanzen Deutschlands günstig entwickelt, man glaubte ihnen neue Ausgaben aufbürden zu können, die Wahlen waren vorüber und hatten ein der Regierung nicht genehmes Ergebnis geliefert. Durch eine „patriotische" Aufgabe, vor die man den Reichstag stellte, glaubte man die Annäherung der bürgerlichen Linken an die Sozialdemokratie wieder beseitigen zu können, die sich während der Wahlen und bei der Präsidentenwahl des Reichstages angebahnt hatte. Man hoffte durch die Wehrvorlage die bürgerlichen Parteien in eine gemeinsame Kampfesfront gegen die Sozialdemokratie zu bringen — eine Koalition beiläufig, in der die reaktionären Strömungen das Uebergewicht haben würden. Die Hoffnung ist insofern nicht ganz unberechtigt, als von der liberalen Linken ein grundsätzlicher Widerspruch gegen die Rüstungsvorlagen kaum zu erwarten sein wird. Sie scheut das Odium einer solchen Maßregel, scheut den Vorwurf staatsfeindlicher Gesinnung und fürchtet die Einschätzung unter die „antinationalen" Parteien sowie die grundsätzliche Bekämpfung durch die staatlichen Behörden bei den Wahlen. Die Regierung aber glaubt, im Notfalle in einem Appell an den nationalen Chauvinismus, wie schon öfter, eine gute Parole für Neuwahlen zu besitzen, bei denen der Regierungsapparat mit Hochdruck arbeiten würde.

So und nicht anders muß man die Vorgeschichte der neuen militärischen Vorlagen beurteilen; sie ist in erster Linie aus dem Berufseifer der militärischen Behörden und sodann aus innerpolitischen Verhältnissen zu erklären. Die Ereignisse der äußeren Politik sind in Wahrheit nicht die eigentlichen Beweggründe, sondern nur eine schätzbare, mit Freude benutzte Unterstützung für die Absichten der Reichsregierung. Insbesondere haben weder Frankreich noch England ihrerseits durch unvermutete Neurüsutngen Anlaß zu der deutschen Vorlage geboten.

Diese stellt die zweitgrößte Verstärkung unserer Machtmittel dar, die seit dem Jahre 1871 von dem Volke verlangt worden ist. Allerdings hat man bei uns ein außerordentlich Geschick, die wahre Größe dieser Forderung, zwar nicht vor den fremden Sachverständigen, aber vor dem eigenen Volke möglichst zu verschleiern. So heißt es jetzt, daß die Friedensstärke des deutschen Heeres um 29 000 Mann erhöht werden solle. In Wirklichkeit muß man hierzu noch die 11 000 Mann rechnen, die durch das Gesetz vom vorigen Jahre bewilligt und erst zum kleinsten Teile dem Heere einverleibt worden sind. Im Laufe des vom 1. April 1911 laufenden fünfjährigen Zeitraumes soll also das deutsche Heer eine Verstärkung um 40 000 Gemeine und Gefreite erfahren, wozu aber nun noch etwa 5000 Unteroffiziere hinzuzufügen sind. Erst so erhalten wir die wahre Erhöhung der Friedensstärke um mindestens 45 000 Köpfe — wobei immer noch die Offiziere fehlen. Man muß überhaupt bei einem Vergleich der Stärke des deutschen mit der fremder Heere immer berücksichtigen, daß jenes wie eine gut geleitete Aktiengesellschaft eine ganze Reihe „stiller Reserven" besitzt. Die Zahl der überzähligen Tauglichen

betrug im letzten Jahre rund 12 000, wobei alle die mitgerechnet sind, die in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse aus gesetzlichen Gründen nicht eingestellt werden dürfen. Eine Erhöhung der Durchschnittsstärke um 40 000 Gemeine bedingt bei zweijähriger Dienstzeit eine Mehraushebung von fast 22 000 Köpfen. Daraus folgt, daß man bereits genötigt sein wird, dem französischen Beispiel zu folgen und in die Reihen der minderbrauchbaren Leute hineinzugreifen, mit den üblen Folgen, die sich drüben gezeigt haben. Hierzu tritt dann noch im Laufe der nächsten vier Jahre eine Verstärkung der deutschen Flotte um 5600 Köpfe.

Die Mehrausgaben für die neue Heeres- und Flottenreform werden halbamtlich auf 338 Millionen Mark beziffert — man sieht, daß unsere Militärverwaltung aus dem Vollen zu arbeiten gewohnt ist. Aber natürlich gibt auch diese Summe bei weitem noch nicht die volle Höhe der Mehrkosten wieder, die in dem seit dem 1. April 1911 laufenden Quinquennat für Heer und Flotte aufgewandt werden sollen. Zunächst enthalten jene 338 Millionen nur die Kosten der neuen Gesetze für drei Jahre, man muß ihnen das vierte Jahr mit mindestens 114 Millionen Mark hinzufügen und ferner die 141 Millionen berücksichtigen, die bereits durch das Quinquennatsgesetz vom 27. März 1911 bewilligt waren. Das ergibt im ganzen eine Summe von 593 Millionen in fünf Jahren oder pro Jahr eine Mehrausgabe von rund 119 Millionen Mark für Heer und Flotte.

Trotzdem ist es klar, wie ich noch einmal wiederholen möchte, daß im großen und ganzen sich eine Mehrheit im Reichstage für die militärischen Forderungen der Regierung finden wird. Erst über die Deckung dieser Summen werden die scharfen Kämpfe entstehen. Und hier allerdings ist der Ausgang durchaus unsicher und unberechenbar. Sicher aber, daß die Regierung im Notfalle vor einer Auflösung des Reichstages nicht zurückschrecken wird. Und dieses Spiel wird sich spätestens alle fünf Jahre von neuem wiederholen. Sowohl das deutsche Heer wie die deutsche Flotte werden in ununterbrochener Vorwärtsentwicklung wie in dauernder Vermehrung bleiben, solange Bevölkerung und Finanzen des Deutschen Reiches es irgendwie gestatten. Eine dauernde Mehrheit im Reichstage gegen die Schraube ohne Ende, eine Mehrheit für Verkürzung der Dienstzeit ist in absehbarer Zeit wenig wahrscheinlich.

Der englische Wolf und das deutsche Lamm.

Von O. Umfrid, Stuttgart.

„Die Deutschen gefallen sich zuzeiten in einem Element des Mißwollens und Uebelredens." So lesen wir schon bei Goethe, und heute gilt dasselbe in Beziehung auf den Fortschritt im Völkerleben, insbesondere im Verhältnis zu dem stammverwandten Brudervolk, das uns die Hände über den Kanal entgegenstreckt. Und wenn einst Bismarck sagte: „Ich habe Sympathie für England gehabt, aber die Engländer wollen sich nicht von uns lieben lassen", so gilt das neuerdings im umgekehrten Sinn: Die Engländer bringen uns ihre Sympathie entgegen, aber wir verbitten uns die Liebe des „perfiden Albion". Die Broschüren, die unser Verhältnis zu England behandeln, wachsen seit dem Besuch Haldanes in Berlin wie Pilze aus dem Boden; wir können uns nicht mit allen beschäftigen; nur eine, die an Böswilligkeit alle anderen übertreffen dürfte, und die den Titel führt: „Englands Weltherrschaft und die deutsche Luxusflotte" von Lookout, wollen wir heute aufs Korn nehmen.

Es ist merkwürdig, auch bei diesem enragierten Gegner Englands drängt sich die Erkenntnis auf, daß der englische Nationalcharakter sympathische Züge nicht entbehrt. „Wenn ein Engländer einmal ein Gentleman ist," sagt er auf Seite 4, „dann ist er ein ganz exemplarischer Gentleman, und der Deutsche fühlt sich bei ihm sehr bald heimisch"; und weiter: „Wenn höchstes Glück der Erdenkinder die Persönlichkeit ist, dann sind die britischen Inseln die Gefilde der Seligen; denn nirgends wird der Wert der Persönlichkeit so geschätzt, nirgends der bewußten Männlichkeit das Sichdurchsetzen so freudig gewährt"; und endlich: „Es ist eine großzügige Art, ein weltumspannendes Denken und etwas ungeheuer Männliches in der englischen Kultur, deren ganzes Wesen jenen erfrischenden Salzhauch des Meeres aufweist, der unserer binnenländischen Verhocktheit bis vor kurzem noch fehlte."

Man sollte denken, daß ein Volk von so hervorragenden Charaktereigenschaften auch in Sachen der äußeren Politik nicht ganz von Gott verlassen sein werde. Lookout belehrt uns aber, daß England in der Politik sich niemals von moralischen Erwägungen leiten läßt, sondern nur von geschäftlichen Rücksichten, daß es stets bereit ist, den Sozius von heute morgen übers Ohr zu hauen, daß es seine Allianzen nach Bedarf wechselt, wie die Wäsche. „Seine Politik", sagt er, „ist krankhaft entartet, es genügt ihr nicht mehr, den eigenen Vorteil zu suchen, sondern sie will den Nachteil der Konkurrenten, auch wenn gar nichts dabei herausspringt; das ist nicht mehr nationaler Egoismus, zu dem jedes Volk verpflichtet ist (!), sondern es ist das, was man im Sport unfaires Reiten nennt. Die Ritterlichkeit hat im politischen Lexikon des Engländers keinen Platz. Treue ist ihm ein leerer Wahn; jedes Recht, hinter dem keine Bajonette stehen, erklärt er für einen Fetzen Papier, den er zerreißen könne."

Und nun folgt ein langes Sündenregister der englischen „Greueltaten". Beginnend mit den Räubereien, die englische Admirale sich den spanischen Silberflotten gegenüber zuschulden kommen ließen, und mit der Treulosigkeit, die von englischen Staatsmännern gegenüber französischen Emigranten an den Tag gelegt wurde, zählt der Verfasser alle Akte der Gewalttätigkeit und politischen Habgier haarklein auf, die im Lauf der Jahrhunderte von St. James aus angeordnet wurden. Er vergißt selbstverständlich nicht den Opiumkrieg, nicht das Bombardement von Kopenhagen, nicht die Eroberung der Burenstaaten. Merkwürdigerweise aber ist die Enttäuschung, die den Russen auf dem Berliner Kongreß zuteil geworden ist, nicht etwa, wie man in Petersburg bisher immer meinte, auf den deutschen, sondern auf den englischen Einfluß zurückzuführen, und wenn die Japaner keine Kriegsentschädigung von Portsmouth nach Hause trugen, wenn die Franzosen jetzt bei ihrer Besetzung von Marokko auf weitgehende spanische Ansprüche stoßen, so muß auch daran England schuldig sein.

Daß wir selbst auch eine lange Beschwerdeliste gegen England werden aufstellen können, obwohl unsere Minister mehr als einmal erklärt haben, daß uns kein tieferer Interessengegensatz von England scheide, das ist für den Autor von „Englands Weltherrschaft" eine ausgemachte Sache. Um die schwarze Liste zu füllen, muß er freilich eine Reihe von ollen Kamellen, die wir zum großen Teil glücklich vergessen hatten, wieder aufwärmen, so die Zertrümmerung der Hansa, die Imstichlassung Friedrichs des Großen, die Gegnerschaft Palmerstons (!) gegen den Bau einer deutschen Flotte, die Waffenlieferung an die Franzosen während des 70er Krieges und nun neuerdings die französische Waffenbrüderschaft, welch letztere ja selbstverständlich auch von uns bemerkt und keineswegs günstig beurteilt wurde.

Die ganze Anschauung, von der unsere Nationalisten ausgehen, ist darum so verfehlt, weil sie moralische Maßstäbe an die Politik fremder Staaten anzulegen pflegen, während sie sich weigern, die des eigenen Landes sittlich beurteilen zu lassen. Sie stellen sich damit auf den Boden des Botokuden, der erklärt: wenn ich einem meiner Nachbarn eine Frau raube, so ist es eine gute Handlung; wird mir eine Frau geraubt, so ist es eine böse Tat. Tatsächlich ist die ganze auswärtige Politik aller Staaten, Deutschland nicht ausgeschlossen, von Macchiavelli an, auf dem Prinzip des Staatenegoismus aufgebaut. Das Staatsinteresse wird als das einzig ausschlaggebende Motiv für alle Staatsmänner betrachtet. Nicht nur die englischen, sondern ebenso die auswärtigen Minister anderer Staaten treiben die Geschäfte rücksichtslos nur im Interesse der Partei, des Mandanten, des betreffenden Volkes. Von Ritterlichkeit ist in keinem politischen Lexikon die Rede. Daß Nikolaus I. einmal der österreichischen Monarchie aus bloßer Gefälligkeit beigesprungen ist, das ist eine Ausnahme, welche die Regel bestätigt, eine Handlungsweise, die der eiserne Kanzler nur bei einem so „eigenmächtigen und übertrieben ritterlichen Autokraten" erklärlich fand. Daß auch Bismarck, der klassische Vertreter der Interessenpolitik auf deutschem Boden, in der auswärtigen Politik weder von moralischen noch rechtlichen Erwägungen geleitet war und daß er allein die Macht für rechtsschöpferisch hielt, das geht aus folgenden Zitaten hervor: „Das europäische Recht", schreibt er auf Seite 6 des zweiten Bandes seiner Gedanken und Erinnerungen, „wird durch europäische Traktate geschaffen. Wenn man aber an letztere den Maßstab der Moral und Gerechtigkeit legen wollte, so müßten sie ziemlich alle abgeschafft werden. Jede Regierung nimmt lediglich ihre Interessen zum Maßstab ihrer Handlungen, wie sie dieselben auch mit rechtlichen und gefühlvollen Deduktionen drapieren mag." Daß man einen Vertrag nicht mehr zu halten braucht, wenn er nicht mehr nützlich ist, also die geschworene Treue brechen darf, ist für Bismarck selbstverständlich, sonst würde er nicht schreiben: „Ich glaube, daß das wandelbare (!) Element des politischen Interesses das unentbehrliche Unterfutter für geschriebene Verträge ist, wenn sie haltbar (!) sein sollen."

Nach diesem Rezept hat er selbstverständlich z. B. Anno 1866 gehandelt. Er hat damals manches Recht, hinter dem nicht genügend Bajonette standen, für einen Fetzen Papier erklärt, den er zerreißen könne, nur daß kaum ein Deutscher von heute über das „perfide Preußen" deklamieren oder den Satz unterschreiben würde, Preußen kenne als Großmacht keine Treue.

Ich möchte unseren Patrioten die Wahl lassen: entweder machen sie endlich einmal ernst mit der Behauptung von der Eigengesetzlichkeit des politischen Handelns, das heißt: sie erklären, ob es sich nun um das Inland oder das Ausland handelt, immer wieder dasselbe: die Politik hat sich nicht nach moralischen Regeln zu richten; sie ist nichts anderes als das Sichausleben des nationalen Egoismus. Oder aber sie verlangen die Anwendung der moralischen Regeln auf politische Aktionen, ob dieselben diesseits oder jenseits des Kanals begonnen werden. Dann aber gilt es in der Regel bei sich selber anzufangen und ein scharfes Selbstgericht zu üben gegenüber den egoistischen Betätigungen des Staatsgedankens; denn das muß immer wieder klar hervorgehoben werden: der Staat ist zwar auch, wenn man von rein sittlicher Beurteilung ausgeht, so gut wie das Individuum zur Selbstbehauptung, aber niemals zum Egoismus verpflichtet. Es

kann niemals sittliche Pflicht sein, die eigenen Interessen rücksichtslos und auf Kosten der anderen durchzusetzen, und das versteht man unter Egoismus.

Gehen wir aber von der Ansicht aus, daß die Politik, als das harte Handwerk, das sie bis zum heutigen Tage ist, nicht von ethischen Geboten, sondern von einer Art Naturgesetzlichkeit geleitet sei, so ist es sinnlos, sich über einzelne, uns unangenehm auffallende Aeußerungen derselben zu empören. Die Entrüstung sollten wir uns dann überhaupt abgewöhnen auf diesem Gebiete zu betätigen, sonst stehen wir auf der Stufe jenes mittelasiatischen Volksstammes, den Sven Hedin dabei betroffen hat, wie er einen Wolf zur Strafe für seine „Sünden" zu Tode marterte. Ist es ein Naturgesetz, daß sich in der Politik der Egoismus der Staaten auslebt, so hat es keinen Sinn, sich über „unfaires Reiten" des einen der beiden Partner zu beklagen. Ist die Staatsraison, der Staatenegoismus das einzig ausschlaggebende, so folgt alles übrige von selbst, und weder das Bombardement von Kopenhagen noch das von Alexandria, weder der Opiumkrieg noch der Feldzug gegen die Buren darf dann verurteilt werden. Das ist alles so naturnotwendig, wie die Tatsache, daß der Wolf Schafe zerreißt.

Werfen wir uns aber umgekehrt zu Rittern auf für die beleidigte Moral, so gilt es, den Staatsegoismus ebenso im eigenen Lande wie in England zu bekämpfen. Daß wir auch unsererseits in Durchsetzung der eigenen Interessen nicht skrupelhaft und zimperlich verfahren, dafür stehen zahlreiche Beispiele zur Verfügung. Es ist nicht bloß ungerecht, sondern auch dumm, sich selbst als weißes Unschuldslamm dem britischen Wolfe gegenüber darzustellen. Wenn man ein Sündenregister Preußens aufstellen wollte, so müßte man, von allzu Entlegenem zu schweigen, mit der Teilung Polens beginnen. Man müßte die geradezu erschütternde Geschichte des Jahres 1866 von Wilhelm Hopf vergleichen. Man müßte von dem Freundschaftsbund mit Abdul Hamid während der Armeniermetzeleien sprechen. Man müßte den Vertragsbruch nennen, der zur Annexion von Bosnien und Herzegowina führte, und müßte fragen, ob die Treue gegenüber den beschworenen Verträgen in diesem Falle mehr als leerer Wahn gewesen sei. Es mag sein, daß die deutsche Diplomatie erklärt, sie habe sich keine Vorwürfe gegenüber der englischen zu machen; die Leiter der englischen Politik mögen das etwas anders beurteilen, sie mögen darauf hinweisen, daß die Einbohrung Deutschlands in der asiatischen Türkei ihnen als Bedrohung der Verbindungslinie zwischen Afrika und Indien erscheinen mußte und daß wir mit der Erbauung unserer starken Flotte eine beständige Gefahr für den englischen Welthandel und für die Versorgung des Inselreichs mit den nötigen Lebensmitteln darstellen.

Das letztere führt uns auf eine Auseinandersetzung mit Lookout über den eigentlichen Zweck seiner Schrift. Er will für eine starke Vermehrung unserer Flotte Stimmung machen, um dadurch die Engländer zu der Rücksichtnahme auf unsere Wünsche zu zwingen, die er sonst für ausgeschlossen hält. Die Suprematie zur See, welche die Engländer für sich in Anspruch nehmen zu müssen glauben, ist für den Verfasser von „Englands Weltherrschaft" eine für uns Deutsche unerträgliche Anmaßung. „An jedem Kreuzweg zur See", sagt er wörtlich, „liegt heute gepanzert und mit vorgestreckter Lanze England. Durch die Straße von Gibraltar, von Malta, von Suez, von Aden, von Malakka und sonst überall müssen alle Nationen Spießruten laufen, und wenn es dem Büttel der Ozeane gefällt, dann gebietet er von heute auf morgen Feierabend und der Weltverkehr stockt, das Rohmaterial bleibt aus, die Industrien brechen zusammen und Millionen von Arbeitern stehen brotlos auf dem Pflaster. Die Weltherrschaft zur See bedeutet für ein Volk, das sie aufrecht zu erhalten vermag, die Möglichkeit, die furchtbarsten Krisen über andere Völker zu bringen." Daß unsern Vettern über dem Kanal unendlich viel daran gelegen ist, diese Suprematie aufrecht zu erhalten, zeigt sich darin, daß sie um ihretwillen auch zu großen Opfern bereit wären. „Sie wollten", schreibt Lookout, „fortan alles für uns tun, sie wollten unsere koloniale Ausdehnung in Afrika nicht mehr hindern und in der Bagdadfrage uns entgegenkommen, sie wollten wirklich nicht nur in Worten, sondern auch in Taten uns ihre Freundschaft beweisen, — nur eines, eines müßten wir ihnen zugestehen, die Suprematie zur See." Damit aber wären wir, wie uns die angefochtene Broschüre lehren will, die Düpierten, die Narren, die ihre letzten Trümpfe aus der Hand geben würden, um einer Freundschaft willen, die bei nächster Gelegenheit wieder in Scherben ginge. Der Kampf gegen die englische Suprematie sei unsere Aufgabe, die Gleichberechtigung unser Ziel, und das sei nur zu erreichen, wenn wir wenigstens ein Verhältnis von 2:3 Dreadnoughts im Jahr gegenüber den englischen Schiffsbauten erreichen könnten.

Ganz abgesehen davon, daß das letztere unmöglich ist, so lange die englische Admiralität bei dem Grundsatz bleibt, auf jeden deutschen Dreadnought zwei zu setzen, also das Verhältnis 2:1 durchzudrücken, es koste, was es möge; ganz abgesehen davon, daß diese deutsch-englische Rivalität uns Milliarden und aber Milliarden kostet, die nutzlos ins Meer geschleudert werden; ganz abgesehen davon, daß das Leben unserer blauen Jungen uns zu kostbar sein sollte, um sie für das Phantom eines Prestigekampfes als die morituri in die Schlacht zu schicken, sollten wir doch von rein realpolitischem Standpunkt aus bedenken, daß unsere Lage,

wenn wir das vereinigte Europa gegen uns haben, eine geradezu verzweifelte werden dürfte, daß es infolge einer Niederlage, die doch auch im Bereich der Möglichkeit liegt, auf lange hinaus, vielleicht für immer vorbei wäre mit unseren weltpolitischen Aspirationen. Eine zielbewußte Bündnispolitik ist das einzige, was uns heute frommt, und da der Dreibund in Scherben zu gehen droht, so muß ein vollgültiger Ersatz geschaffen werden. Suchen wir ihn an der Seite Englands und trachten wir danach, den Partner durch bedeutende Vorteile, die wir ihm gewähren, dauernd an uns zu fesseln! Dann werden wir die englische Suprematie zur See nicht mehr zu fürchten haben, wir werden sie vielmehr mit England teilen.

Von einer wirklichen Versöhnung mit England könnte freilich keine Rede sein, wenn man in der Art rüsten wollte, wie es unser Flottenverein verlangt. Daß man auch von realpolitischem Standpunkt aus anderer Meinung sein kann als Lookout, das beweist der nationalliberale Professor Oncken, der in seiner Broschüre „Deutschland und England" erklärt: „Ein umfangreiches Verstärkungsprogramm der Flotte würde sofort die Engländer veranlassen, auf jeden neuen deutschen Kreuzer jedesmal zwei englische zu setzen. Die ungeheuren Kosten würden ein neues Loch in unsere finanzielle Rüstung reißen, auf die es im Ernstfalle viel mehr ankommen wird, als man denkt. Es gibt auf diesem Wege auch bestimmte Grenzen. Es gibt ein Höchstmaß von Flottenverstärkung, das die Engländer sofort zur Kriegserklärung hinreißen könnte." Mögen sich das die Flottenfanatiker hinter die Ohren schreiben, uns genügt es für heute, gezeigt zu haben, daß in der Politik nicht auf der einen Seite die hungrigen Wölfe wüten und auf der anderen die sanften Schafe grasen, sondern daß der Raubtiercharakter der Mächte ganz im allgemeinen fortbesteht, solange nicht das Prinzip der einseitig nationalen und egoistischen Interessenpolitik ersetzt wird durch das Prinzip der Rechtspolitik. Beschämend aber ist es für uns Deutsche, daß in England gegenwärtig viel mehr als bei uns sittliche Gedanken um den Einfluß ringen, der ihnen in der Politik wie in allen menschlichen Beziehungen gebührt.

Friede zwischen Italien und der Türkei?

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

Das internationale Berner Friedensbureau versandte kürzlich einen Petitionsbogen zur Unterschrift, in dem „die Unterzeichneten, schmerzlich bewegt durch die schon so lang andauernden Feindseligkeiten zwischen Italien und der Türkei und durch die Uebel aller Art, die daraus erwachsen sind oder noch erwachsen können, die beiden kriegführenden Regierungen inständig um die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und um den Abschluß eines dauerhaften und für beide Teile gleich ehrenvollen Friedens ersuchen". Prinzipiell ist es ja richtig, daß ein für beide Seiten ehrenvoller Frieden für unsere Bewegung auch in diesem Falle vorteilhaft wäre. Aber man muß sich doch fragen, ob denn ein solcher ehrenhafter Frieden überhaupt möglich ist. Nach dem Vorangegangenen kann diese Frage nur mit aller Entschiedenheit verneint werden. Denn Italien hat sich darauf festgelegt, daß Tripolis ein Bestandteil seines Reiches werden soll, und man kann unter den jetzigen Umständen nicht die geringste Hoffnung haben, daß Italien das von dem Parlamente genehmigte Einverleibungsdekret wieder aufhebt. Es bliebe also nur die Möglichkeit, daß die Türkei auf Tripolis verzichtet und sich mit etlichen Phrasen und ansehnlichen Goldstücken abspeisen läßt. Die politische Frage kann hier ganz außer acht gelassen werden, daß es nämlich für die Türkei unmöglich ist, sich auf einen so ehrlosen Frieden einzulassen; ich möchte doch auch einmal vom rein pazifistischen Standpunkte die Frage aufwerfen, ob ein solcher Friede — der, wenn ein solcher in allernächster Zeit zustande käme, sicherlich für die Türkei einen Verzicht auf Tripolis enthalten würde — uns Pazifisten willkommen sein darf. Diese Frage kann nur verneint werden.

Das Vorgehen Italiens läßt sich sehr wohl verstehen, aber anders als eine Räuberei darf man es nicht charakterisieren; ein vorsichtigeres Urteil wird der ganzen Sachlage nicht im entferntesten gerecht. Es gibt Dinge im internationalen Rechtsleben, die man scharf beim richtigen Namen nennen muß. Uebrigens haben eine Fülle angesehener Männer auch in Deutschland das italienische Vorgehen ebenfalls aufs schärfste verurteilt. Unter einem im „The Herald of Peace" (1912, S. 225) abgedruckten Proteste stehen die Namen von Männern, wie Meurer, Schücking, Niemeyer, Rehm, Lentner u. a.

Sind auch bis heute seit dem Beginne des italienischen Vorgehens mehr als sechs Monate verstrichen, so würde doch, wenn die Italiener schon jetzt ihren Raub ohne weitere Gefahr und ohne weitere Verluste an sich bringen würden, ein ganz offenbares Unrecht allzu schnell seine unverdiente Belohnung finden. Den Italienern selbst würde die Ueberzeugung erwachsen, daß ihr Vorgehen doch durchaus nützlich und ruhmvoll gewesen sei, und anderen Völkern würde ebenfalls das Verlangen nach so süßen, verbotenen Früchten entstehen. Wir Pazifisten haben aber das denkbar größte Interesse daran, daß den Italienern ihr Werk nur unter den größten und denkbar schwersten Verlusten an Gut und Blut gelingen möge.

Wenn es erreicht würde — wozu die Hoffnung ja leider nicht allzu groß ist —, daß die Italiener ihre Eroberungspläne aufgeben müßten, so würde der Pazifismus einen hoch bedeutsamen Triumph erleben. Was erstrebt die Friedensbewegung anders als die Organisation der Welt, die unauslöschlich mit der immer größeren Herrschaft des Rechts und der Niederkämpfung des Unrechts verknüpft ist! Gelingt es daher, daß Italiens unrechtmäßiger Anspruch an dem Rechte der Türkei zerschellt, dann ist der offenkundigste Rechtsbruch der neueren Zeit zurückgewiesen.

Für ganz unmöglich möchte ich es übrigens durchaus nicht ansehen, daß Italien schließlich unterliegt. Bei so schwierigen Fragen wie der orientalischen muß man mit jeder Möglichkeit rechnen. Man kann heute noch nicht sagen, wie sich die Dinge entwickeln. Jedenfalls war der bisherige Erfolg der Italiener so verblüffend, daß heute nach sechs Monaten noch immer die Kriegsschiffe in den Kampf eingreifen können. Soweit sind also die Italiener schon vorgedrungen!

Bildet einerseits die Unsicherheit der Folgen des italienischen Eingreifens ein Grund für die Annahme der Möglichkeit eines Scheiterns des italienischen Vorgehens, so ist sie nach anderer Seite hin besorgniserregend, indem dadurch weitere kriegerische Ereignisse mit anderen Staaten entstehen können. Es ist selbstverständlich, daß man, falls weitere Verwicklungen solcher Art durch die Fortdauer des Krieges unausbleiblich würden, für einen Frieden um jeden Preis eintreten muß. Denn irgendein neuer Krieg würde unserer Sache viel mehr schaden als der Sieg des Unrechts in dem gegenwärtigen Kriege. Wie sehr man auch darauf hinweisen mag, daß der heutige Friede im Grunde nur ein Waffenstillstand ist, so bedeutet doch eine immer größere Verlängerung dieses Waffenstillstandes eine gewaltige Steigerung der Macht unserer Idee. Den Völkern tritt dadurch, daß es bei allen schweren Konflikten zwischen den europäischen Großmächten nicht mehr zum Kriege kommt, klar vor Augen, daß die Bedeutung des Krieges immer mehr schwindet. Eine solche Tatsache spricht auf die Dauer mehr zugunsten der Friedensbewegung als irgend etwas anderes.

Im übrigen würde ein neuer Krieg zwischen europäischen Staaten unserer Idee einen unendlich größeren Schaden antun, als der italienische Spaziergang in Afrika. Während irgendeine neue Verwicklung doch auf Grund irgendwelcher vermeintlicher Rechtsansprüche erfolgen würde, weil es ja heute in der Regel niemand mehr wagt, so ohne allen äußeren Vorwand einen Krieg vom Zaune zu brechen, und demgemäß ein neuer Krieg nach seinem Ausbruche von der Mehrzahl der Menschen für unvermeidlich gehalten und gegen unsere Idee verwertet werden würde, ist der italienisch-türkische Krieg so ungerecht von Italien heraufbeschworen worden, daß sich viele klar denkende Menschen sagen und sagen müssen: „Dieser Krieg hätte doch bei gutem Willen nicht nur Italiens, sondern auch der neutralen Staaten vermieden werden können. Daß dies aber nicht geschehen ist, muß wohl daran liegen, daß unsere Rechtsmittel noch nicht genug entwickelt sind. Also müssen wir dahin streben, diese zu vervollkommnen." Das ist nicht Utopie, sondern es sind in der Tat eine Anzahl von Männern durch die Tripolisaffäre der Friedensbewegung näher gebracht worden. Einer meiner Freunde sprach kürzlich einen deutschen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten, der ihm folgendes erzählte: „Seit Jahren hat mir Ihr Freund Wehberg Zeitungsaufsätze und sonstiges Material zugesandt, um mich auf die Friedensbewegung aufmerksam zu machen. Aber ich habe diese Idee immer für ganz bedeutungslos und undurchführbar gehalten. In dieser meiner Meinung ist aber ein erheblicher Wandel eingetreten, seitdem ich das Vorgehen der Italiener in Tripolis verfolgt habe. Es wäre doch außerordentlich zu bedauern, wenn infolge dieses Rechtsbruches weitere schwere Verwicklungen eintreten würden, nachdem wir gerade die Marokkokrise so glücklich überstanden haben. Solche plötzlichen Ueberfälle, wie sie jetzt Italien verübt hat, dürften doch nicht vorkommen; ich erkenne unbedingt an, daß alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, derartige Wiederholungen zu vermeiden, die ernsteste Unterstützung verdienen."

Vielleicht ist der italienisch-türkische Krieg der letzte Krieg, den eine europäische Macht führt. Dann wäre es auf jeden Fall ein Glück, daß dieser letzte Krieg eine so eklatante Räuberei ist, daß auch dem Blödesten über die Unnatur der heutigen Zustände die Augen geöffnet werden. Selten waren auch wohl die Völker einiger in der Verurteilung eines Krieges. Hätte nicht ein so ganz unerhörter Bruch des Völkerrechts vorgelegen, dann hätte die interparlamentarische Union nicht ihr lebhaftes Bedauern zu dem italienischen Vorgehen ausgesprochen. Es ist ein wesentliches Anzeichen für den bedeutsamen Geist innerhalb der Union, daß sie einen solchen Beschluß gefaßt hat, wie sich denn auch sonst diese Institution außerordentlich schön entwickelt und andere internationale Bureaus um ungezählte Längen schlägt. Ich weise nur darauf hin, daß die interparlamentarische Union zuerst den Anfang mit einer systematischen Veröffentlichung aller zeitgenössischen Schiedssprüche im Annuaire von 1911 gemacht hat, eine Aufgabe, die eigentlich das internationale Bureau im Haag längst hätte erfüllen müssen. Wie von den deutschen Universitätsprofessoren am meisten v. Bar, so verdient unter den internationalen Instituten

vor allem die interparlamentarische Union den Nobelpreis.

Bei keinem Kriege in den letzten Jahrzehnten haben die europäischen Großmächte so verzweifelte Anstrengungen gemacht, um ein Aufhören der Feindseligkeiten zu erreichen, und diese Bemühungen werden in der Folgezeit fortgesetzt werden. Ganz gewiß wird dieses vorläufig ergebnislose Ringen um den Frieden den Mächten einmal gründlicher vor Augen führen, welch kostbar Gut doch der Friede ist. Sie werden sich überlegen, wieviel schlauer es doch wäre, wenn man Zustände schafft, die den Ausbruch des Krieges unmöglich machen, als wenn man erst die Dinge an sich herankommen läßt, und mit den Bemühungen einsetzt, nachdem der Krieg begonnen hat.

Wenn aber unsere Staatsmänner nur ein wenig realpolitischen Blick haben, wenn sie kraftvoll gewillt sind, in Zukunft Wiederholungen solcher plötzlichen Kriegsausbrüche zu vermeiden, dann wäre es doch endlich an der Zeit, daß man nicht lediglich mit allgemeinen und speziellen Schiedsverträgen den Weltfrieden zu sichern trachtete, sondern sich einmal diese Frage stellte: Haben wir Großmächte nicht die Pflicht und Schuldigkeit, alle Versuche zu machen, die eine Verständigung der Völker allmählich herbeiführen, soweit Menschenkraft dazu imstande ist? Wäre es nicht an der Zeit, einmal planmäßiger zu versuchen, internationale Friedenspolitik zu treiben?

Es wird von mir noch an anderer Stelle eingehender untersucht werden, wie diese Friedenspolitik beschaffen sein müßte. Einige Grundlagen der internationalen Friedenspolitik werde ich demnächst in der „Frankfurter Zeitung" und der „Revue Générale de Droit intern. public" behandeln. Eines sei hier nur im Anschluß an die jüngsten Enthüllungen des englischen Hauptmanns Faber gesagt: Mußte nicht von der englischen und deutschen Regierung diesem törichten Geschwätze sofort mit Entschiedenheit entgegengetreten werden, damit nicht sogar Männer wie Zorn auf solche Legendenbildungen hereinfielen[1]) und diese Gelegenheit zu wenig erfreulichen Ausführungen benutzten? Aber die Männer des Flottenvereins und die großen Kriegsindustriellen besitzen bei uns noch einen solchen direkt staatsgefährlichen Einfluß, daß unserem Deutschen Reich eine solche Friedenspolitik in hohem Maße erschwert wird. Es bedarf daher eingehendster Ueberlegung, wie den Kanonenfabrikanten und Alldeutschen allmählich ihr Handwerk gelegt werden soll. Jahrzehntelanger Kampf wird dazu erforderlich sein.

[1]) Vgl. S. 23 der „Nachrichten des Deutsch-Englischen Verständigungs-Komitees" vom Februar 1912, in denen Professor Sieper Zorns Ausführungen aus der „Kölnischen Zeitung" zurückweist.

Die Aufgaben der III. Haager Konferenz.

Von Jarousse de Sillac,
Sekretär der französischen Kommission für die Vorbereitung der III. Haager Konferenz.

„Das Völkerrecht ist naturgemäß auf dem Prinzip aufgebaut, daß sich die verschiedenen Völker in Friedenszeiten möglichst viel Gutes erweisen und in Kriegszeiten einander möglichst wenig Schaden zufügen." Montesquieu,
„Esprit des Lois", III, 1.

Als Graf Murawiew auf Befehl des russischen Kaisers durch das Rundschreiben vom 12./24. August 1898 die erste Friedenskonferenz einberief, erfaßte fast niemand*) die Tragweite dieser Initiative, die damals den Augen des Historikers Mommsen als „Druckfehler der Weltgeschichte" erschien. Um sich über die Entwicklung der in Zukunft periodisch wiederkehrenden Friedenskonferenzen Rechenschaft abzulegen, genügt es, das bisher Erreichte näher zu untersuchen und den bis jetzt zurückgelegten Weg zu überblicken.

Der Inhalt des ersten russischen Entwurfs war sehr beschränkt: es handelte sich darum, eine bestimmte Anzahl von Mächten zu vereinigen, um die Möglichkeit zu untersuchen, den Rüstungen zwecks Herabminderung der finanziellen Lasten der Staaten „ein Ziel zu setzen". Aber da der dem Zusammentritt dieser „Abrüstungskonferenz" vorhergehende Meinungsaustausch der Mächte bewiesen hatte, daß die diesbezüglichen Aussichten auf Erfolg nur sehr geringe seien, erweiterte ein zweites Schreiben Murawiews vom 11. Januar 1899 das ursprünglich wenig umfangreiche Programm, indem er als besonderen Punkt „die Möglichkeit, bewaffnete Konflikte durch friedliche Mittel beizulegen" und die „Regelung der Kriegssatzungen und Gebräuche" hinzufügte.

Diese beiden neuen Programmpunkte veränderten den Charakter der Versammlung so sehr, daß sie selbst ihren Namen abänderte. Sie nannte sich von da an „Friedenskonferenz". Und in der Tat verwandelte die Konferenz, der den Tatsachen selbst innewohnenden Beweiskraft folgend, diese erst nur nebenbei angeführten Bestimmungen in ihren Hauptprogrammpunkt, schob die verfrüht gestellte Abrüstungsfrage in den Hintergrund und bemühte sich, ihren neuen Namen zu rechtfertigen, indem sie alle ihre Anstrengungen auf die friedliche Regelung internationaler Streitfälle konzentrierte. Schließlich betonte die zweite 1907 tagende Konferenz diese Tendenz ganz besonders und gab der ursprünglichen Anregung des Zaren eine viel umfassendere Ausdehnung.

Aus den Ergebnissen der beiden Konferenzen läßt sich für die Zukunft ein aus folgenden

*) Mit Ausnahme der Pacifisten in allen Ländern! Anm. der Fr.-W.

Punkten zusammengesetztes Arbeitsprogramm organisch entwickeln: Regelung des Krieges; Erhaltung des Friedens; Organisation einer Gesellschaft der Kulturstaaten. Wir wollen diese drei Programmpunkte nacheinander untersuchen, indem wir uns dabei immer fragen, was von den beiden ersten Konferenzen schon geleistet wurde, und was von den künftigen noch zu leisten ist.

I. Regelung des Krieges.

Das bisher Geleistete: Man hat den Haager Delegierten die Erörterung von Kriegsfragen zum Vorwurf gemacht. Man müßte dies im Gegenteil lobend anerkennen, denn damit haben sie am besten ihr praktisches Verständnis für reale Fragen erwiesen. Die Völker müssen normale und friedliche Beziehungen zueinander pflegen. Aber diese Beziehungen können unterbrochen werden und der Gewalt Platz machen. Daher darf diese Eventualität nicht außer acht gelassen werden. Man muß vielmehr von vornherein mit ihr rechnen und Regeln aufstellen, um die sich aus ihr ergebenden Uebelstände möglichst einzuschränken. Die Grundsätze des Völkerrechts in bezug auf diese Fragen waren bisher teils in Spezialwerken, teils in nicht ratifizierten Entwürfen, wie zum Beispiel dem der Brüsseler Konferenz vom Jahre 1874, verstreut: das Haager Werk besteht in der Vereinigung und gegenseitigen Anpassung dieser Grundsätze, mit einem Wort, in ihrer Kodifikation. Zweifellos hat es die Frage nicht vollständig erschöpft, aber es hat für eine große Anzahl wichtiger Punkte gemeinsame Regeln festgesetzt.

Vor allem handelte es sich darum, die Beziehungen der kriegführenden Staaten untereinander zu regeln, ihnen anzugeben, was zu tun zulässig, zu unterlassen geboten wäre. Von diesem Gesichtspunkt aus wurden im Haag Bestimmungen über folgende Punkte getroffen: Eröffnung der Feindseligkeiten. Gebräuche und Satzungen des Landkriegs. — Bestimmungen über das Verhalten feindlicher Kauffahrteischiffe. — Verwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe. — Submarine Minen. — Bombardement durch Seestreitkräfte. — Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg.

Den unvermeidlichen Kriegsnotwendigkeiten Rechnung tragen und das Endziel eines jeden Krieges — Schwächung des Feindes — so bald als möglich erreichen zu lassen, aber gleichzeitig in die Beziehungen der in den Kampf verwickelten Staaten und ihrer Bürger das Maximum an Humanität und Gerechtigkeit bringen: das ist der Grundgedanke, der das durch diese verschiedenen Abkommen geregelte Kriegsrecht beseelt.

Ein anderer Gesichtspunkt war die Stellung der Neutralen in Kriegszeiten, ihre Rechte und Pflichten, wenn auch keiner der wichtigsten, der ganzen modernen Auffassung der Neutralität nach. In Kriegszeiten sind die Neutralstaaten sozusagen Zuschauer des Kampfes und haben ein doppeltes Interesse daran, daß der Krieg sich nicht bis zu ihnen ausbreite: erstens entgehen sie dadurch selbst den sich daraus ergebenden schweren Folgen und zweitens bewahren sie ihre eigene Sicherheit und damit die nötige Autorität, um ihrer Stimme bei den kriegführenden Staaten Nachdruck und Gewicht zu verleihen und sie zum Friedensschluß zu veranlassen. Um ihnen diese neue Rolle zu ermöglichen, mußte das Terrain erst geebnet und eine förmliche „Gesetzgebung der Neutralität" ausgearbeitet werden. Die Regeln für die Neutralstaaten enthalten Abkommen über folgende Punkte: Rechte und Pflichten der Neutralstaaten und neutraler Personen im Landkrieg. — Rechte und Pflichten der Neutralmächte im Seekrieg. — Deklaration über das Seekriegsrecht (Blockade — Konterbande — Neutralitätswidrige Unterstützung usw.).

Diese letzterwähnte „Deklaration" ist allerdings erst auf der Londoner Seekriegskonferenz vom Jahre 1909 erlassen worden; aber diese selbst kann als Fortsetzung der letzten Friedenskonferenz, da sie zur Genehmigung der Tätigkeit des Prisenhofs einberufen wurde, gelten. Endlich haben sich die Konferenzen hauptsächlich damit beschäftigt, die Sanktionierung der einzelnen Gesetze des Kriegsrechts durchzusetzen. Das sind wohl nur sehr bescheidene, bisher erreichte Zugeständnisse, aber sie bedeuten nichtsdestoweniger einen Schritt nach vorwärts auf einem neuen Weg, auf dem sich das formale Recht bisher noch nicht begeben hat. Das wichtigste davon ist die Klausel über den Schadensersatz, den die das Abkommen über das Kriegsrecht verletzende Partei zu leisten hat (Art. 3). Andere wichtige Bestimmungen sind die über den Verlust des Anspruchs auf Unverletzlichkeit seitens des Parlamentärs, der sich eine verräterische Handlung zuschulden kommen läßt (Art. 34), über die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten im Falle der Verletzung des Waffenstillstandes (Art. 40), der Verlust des Vorrechts der Neutralität (Art. 17 des Abkommens über die Rechte und Pflichten der Neutralen) usw.

Das noch zu Leistende: Für die nächste Friedenskonferenz liegt ein schon vollkommen vorgezeichnetes Programm der Kodifikation des Kriegsrechts vor. Es werden dabei hauptsächlich zwei Gesichtspunkte ins Auge zu fassen sein: erstens will man die Kriegsführung selbst soweit als möglich human gestalten*), ohne dabei den Versuch zu machen, sich der Anwendung der Errungenschaften der Technik auf militärischem Gebiete zu widersetzen, denn das wäre vergebliche Mühe; zweitens will man die Stellung der Neutralen immer mehr klarstellen und festigen, um sie vor der Ausbreitung der Feindseligkeiten auf ihr Gebiet zu schützen und ihnen die Betätigung ihres gemeinsamen Einflusses im Sinne der Wiederherstellung des Friedens zwischen den kriegführenden Parteien zu ermöglichen.

*) Siehe Art. 4 der Haager Schlußakte vom 18. Okt. 1907.

Von diesen beiden Gesichtspunkten aus werden die schon bestehenden Abkommen zweifellos verbessernde Abänderungen erfahren. Ueberdies werden auf der Tagesordnung auch andere Fragen stehen, von denen die meisten schon zum Gegenstand eingehenden Studiums seitens des „Institut international de droit" und der „Interparlamentarischen Union" gemacht wurden, wie beispielsweise folgende Themen:

Kaperrecht (Schutz des Privateigentums).
Beschränkung der Blockade auf Kriegshäfen.
Neutralität bestimmter interozeanischer Meerengen und Kanäle.
Wirkung des Kriegszustandes auf Verträge und Privatkontrakte.
Regelung der Luftschiffahrt in Kriegszeiten.

Es bleibt hier noch ein gewaltiges Stück Arbeit zu leisten, das, solange die Möglichkeit eines Krieges überhaupt ins Auge gefaßt werden muß, von allergrößter Wichtigkeit ist.

II. Erhaltung des Friedens.

Das bisher Geleistete. Die beiden ersten Konferenzen haben von diesem Gesichtspunkt aus einen förmlichen internationalen Kodex unter dem Titel „Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle" und „Abkommen betreffs Beschränkung von Gewalt bei Eintreibung von Vertragsschulden" ausgearbeitet. Außerdem bereiten auch einige in das Schlußabkommen eingeschobene „Deklarationen" eingehende Verbesserungen vor. Endlich ist der „Prisenhof" zur rechtlichen Regelung einer Reihe besonderer Streitfälle bestimmt worden. Alle diese Einrichtungen dienen dem gleichen Zweck: den Staaten die Möglichkeit zu geben, ihre Streitigkeiten auf andere Weise als durch Waffengewalt zu entscheiden.

Die „Vermittlung" ist der erste sich dabei ergebende Vorgang. Sie wird von einer oder zwei den kriegführenden Parteien befreundeten Mächten ausgeübt. Der in gemeinsamem Einvernehmen ernannte Vermittler soll die „einander entgegengesetzten Ansprüche" in Uebereinstimmung bringen. Der Hauptunterschied dieses Systems von dem Schiedsverfahren besteht darin, daß die Vorschläge des Vermittlers für die Parteien niemals bindend sind und auch nicht in einer Darlegung ihrer Rechte begründet sein müssen.

Nach diesem diplomatischen Mittel der Schlichtung von Streitigkeiten kommen die juridischen. Bei allen Streitfällen kann man deutlich zwei verschiedene Elemente unterscheiden: die Tatsachen- und die Rechtsfrage. Zur Klärung der ersteren wurden die internationalen Untersuchungskommissionen eingesetzt. Zur Behandlung der letzteren wurde das Schiedsverfahren in allen Einzelzügen festgestellt.

Die Untersuchungskommission soll alle strittigen Fragen zwischen zwei Staaten aufklären und eine Einigung unter der Voraussetzung vollster Unparteilichkeit erzielen. Eine selbstverständliche Aufgabe dieser Kommission ist die Hintanhaltung öffentlicher Diskussionen von Fragen, die die Eigenliebe beider Völker übermäßig aufstacheln könnten. Die ausgezeichnete Wirkung dieser Maßnahme war beim Huller Zwischenfall deutlich erkennbar. Hierauf folgt die „Schiedssprechung", welche „die Erledigung von Streitigkeiten zwischen den Staaten durch Richter ihrer Wahl auf Grund der Achtung vor dem Rechte" zum Gegenstand hat.

Man hat zwei wichtige Methoden ausgedacht, um die Schiedssprechung dem Bewußtsein der Völker einzuprägen und sie zu einer ihnen gewohnheitsmäßigen Einrichtung zu gestalten: erstens den Abschluß von Uebereinkommen, die den Appell zweier Staaten an die Schiedssprechung für „alle Fälle, die ihr nach ihrer Ansicht unterworfen werden können", stipulieren. Durch den in diesem Text enthaltenen Fingerzeig (Art. 40) ist die Zahl der Schiedsverträge eine ziemlich beträchtliche geworden (gegen 110); zweitens die Gründung eines „ständigen Schiedshofs". Dieser Schiedshof wird von einer Art Richterkollegium gebildet, in das jede Vertragsmacht vier Personen von anerkannter Sachkunde in Fragen des Völkerrechts ernennt. Bei Unterbreitung von Streitfällen ist der praktische Vorgang der, daß aus ihrer Gesamtzahl drei bis fünf Schiedsrichter ernannt werden. Diese vereinigen sich dann, beraten untereinander und formulieren ihren Schiedsspruch nach festgesetzten Regeln. So macht der Haager Schiedshof nach einer berühmt gewordenen Aeußerung das Schiedsverfahren zu einem für die Mächte „angenehmen und ehrenvollen".

Diese scheinen das auch eingesehen zu haben und machen immer häufiger davon Gebrauch (Beispiele: die Casablanca-Affäre, 1909; der anglo-amerikanische Konflikt über die nordatlantische Fischerei, 1910; die Savarkar-Affaire, 1911 usw.). Um den Schiedshof so oft als möglich in Aktion treten zu lassen, hat man den in einen Streitfall nicht mitverwickelten Mächten die „Pflicht" auferlegt, den unmittelbar vor der Kriegserklärung stehenden Parteien in Erinnerung zu bringen, „daß ihnen der ständige Schiedshof offen stehe" (Art. 48). Dieser „Rat" kann nur als „Betätigung guter Dienste" ausgelegt werden. Andererseits kann eine der beiden in Streit befindlichen Mächte dem Haager Bureau eine Note unterbreiten, durch die sie ihre Geneigtheit zur Anerkennung eines Schiedsspruchs wissen läßt und mitteilt, daß das Bureau diese Erklärung sofort zur Kenntnis bringen könne. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat, als ihm der erste amerikanische Delegierte vom Jahre 1907 diese Bestimmung in Erinnerung brachte, die eben erläuterte „Pflicht" bei mehrfachen Gelegenheiten erfüllt und hat dadurch mehrere Kriege zwischen den südamerikanischen Staaten vermeiden helfen.

Der „internationale Prisenhof" gehört ebenfalls zur Zahl der „zur friedlichen Regelung internationaler Streitfälle" bestimmten Mittel.

Endlich untersagt das „Abkommen betreffs der Vertragsschulden" ganz kategorisch jede

Gewaltanwendung zwecks ihrer Eintreibung. Eine Ausnahme ist nur dann gestattet, wenn die gegnerische Partei das Schiedsverfahren abgelehnt hat oder den Schiedsspruch nicht ausführen will. Daraus geht hervor, daß Differenzen dieser Art immer den Schiedsrichtern unterbreitet werden sollen: sie bilden also mit den Prisenstreitfällen zwei Gebiete, auf welchen sämtliche Staaten die Wirksamkeit internationaler Rechtsprechung anerkennen.

Das noch zu Leistende. Die künftigen Konferenzen haben die Kodifizierung des Völkerrechts in der Weise fortzusetzen, daß sie 1. die Mittel zur Erhaltung des Friedens verbessern und vermehren und 2. die noch nicht kodifizierten Grundsätze, auf welchen die Beziehungen der Staaten untereinander beruhen, erklären. Von diesem doppelten Gesichtspunkt aus lenken folgende Punkte die Aufmerksamkeit besonders auf sich.

Sanktionierung. Es ist bekannt, daß die meisten von den Staaten gemachten Vorschläge, ganz besonders die einzelnen Abkommen des Schiedsverfahrens, der Sanktion entbehren. Dennoch aber wurden tatsächlich die erlassenen Schiedssprüche auch immer vollzogen. Andererseits haben die Regierungen in neuerer Zeit immer streng dafür Sorge getragen, in dem von ihnen herbeigeführten Krieg nicht als angreifender Teil betrachtet zu werden. Diese beiden Tatsachen lassen sich als Wirkungen ein und derselben Ursache erklären: der Furcht vor dem abfälligen Urteil der öffentlichen Meinung, der Wunsch, den Schein des guten Rechts zu wahren und damit die Unterstützung der Neutralen für sich zu haben.

Und warum all dies? Die öffentliche Meinung wird jetzt allmählich eine moralische Macht, welche sich vielleicht mit großer Leichtigkeit in eine tatsächlich wirksame Macht verwandeln ließe. So existiert also, wenn auch nur latent, eine die öffentliche Moral fördernde Kraft, und es wird die Aufgabe der Friedenskonferenzen sein, diese latente Kraft wirksam zu machen und zu organisieren. Bei dieser Aufgabe werden sie sich darauf beschränken, den in Artikel 48 im Keim schon enthaltenen Gedanken, der den Neutralen die Pflicht der Friedensvermittlung auferlegt und dem Haager Bureau die Rolle des Vermittlers am Vorabend bewaffneter Konflikte zuweist, weiter zu entwickeln.

Um die Bildung der öffentlichen Meinung zu begründen, um ihr zu ermöglichen, sich ganz auf Seite des guten Rechts zu schlagen, muß man erst den Begriff des guten Rechts näher erläutern. Man kann dabei von der allgemein anerkannten Tatsache ausgehen, daß der von einer fremden Macht angegriffene Staat sich in der Lage gerechter Notwehr befindet. Aber nicht immer ist die Macht, die als erste eine fremde Grenze überschreitet, wirklich der angreifende Teil. Es läßt sich oft ganz leicht einrichten, eine Kriegserklärung zu provozieren. Die Neutralen brauchen also ein besonderes Kriterium, das sie den wirklichen Angreifer sofort herausfinden läßt. Ein solches Kriterium besteht auch wirklich und läßt sich in ungefähr folgende Worte fassen: das gute Recht eines Staates geht nicht aus der Natur der erhobenen Forderungen oder der von ihm eingeleiteten militärischen Aktionen, sondern aus der Tatsache hervor, daß dieser Staat seine Bereitwilligkeit, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen, erklärt hat, während die Gegenpartei sich weigerte, an den Schiedshof zu appellieren oder den schon erlassenen Schiedsspruch auszuführen. Die Ablehnung des Schiedsverfahrens ist das eigentliche Element, das der öffentlichen Meinung den Anhalt bietet, sich gerechterweise vollkommen auf eine Seite zu schlagen*).

Wenn man auf diese Weise die öffentliche Meinung dazu erzogen hat, sich nach einem Rechtsprinzip zu richten, wird es an der Zeit sein, zu untersuchen, auf welche Weise sie sich im Notfall wirksam erweisen könnte.

Vermittlung: Diese bildet ein bequemes und in manchen Fällen auch sehr passend anzuwendendes Mittel, um zur gegenwärtigen Zeit die Differenzen politischer oder territorialer Natur, die die Staaten dem Schiedshof nicht zu unterbreiten wünschen, austragen zu helfen. Aber dieses schon vom Pariser Kongress im Jahre 1856 und von der Berliner Generalakte vom 26. Februar 1885 gerühmte und durch die Haager Konferenzen vom Jahre 1899 und 1907 reglementierte Mittel müßte noch eingehende Verbesserungen erfahren. In erster Linie scheint es nicht unbedingt nötig, an eine oder mehrere andere Mächte zu appellieren: Man hat dargelegt, daß gewisse offizielle Körperschaften oder selbst Privatpersonen ebensogut die Rolle des Vermittlers unter denselben Bedingungen spielen könnten, was überdies den Vorteil hätte, daß jede nationale Interessenfrage ausgeschaltet wäre. Man hat auch vorgeschlagen, Verträge zu stipulieren, die die Anrufung eines Vermittlers unter Umständen zur Pflicht machen und darauf bezügliche, den Artikeln 40 und 48 entsprechende Paragraphen abzufassen. Derartige wirklich praktische Vorschläge könnten in Titel II des Abkommens über die Regelung internationaler Streitfälle eingeschaltet werden.**)

Man hätte also gleich zwei Lösungen an Stelle einer einzigen bei der Hand: die Vermittlung oder das Schiedsverfahren, die je nach der Natur der Streitfälle in Anwendung zu bringen wären.

Die Schiedsgerichtsbarkeit. Ueber diesen Punkt haben die Untersuchungen und Ergebnisse der II. Konferenz Klarheit geschaffen und

*) Gaston Moch, „Du droit de légitime défense", 1910. Bericht an den Stockholmer Friedenskongreß.

**) Siehe N. Politis, „L'Avenir de la Médiation", Revue de droit international public, 1910, p. 136.

damit den einzuschlagenden Weg deutlich bezeichnet. Die Möglichkeit, gewisse Arten von Streitfällen der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterbreiten, ist von allen Mächten ohne jeden Vorbehalt einstimmig anerkannt worden. Sechs dieser Arten sind auf der Konferenz von 32 Staaten und zwei andere Streitarten seither von allen Kulturstaaten anerkannt worden: nämlich die Frage der Eintreibung von Vertragsschulden und die Prisenfrage. Was für zwei Fälle angenommen wurde, kann auch auf eine größere Anzahl ausgedehnt werden. Bezüglich der anderen Differenzen, für die noch der gewöhnliche Vorbehalt der nationalen Ehre, der Lebensinteressen eines Staates usw. gemacht wird, können Sinn und Auslegung dieser Reserven wie im italienisch-belgischen Vertrag*) näher beleuchtet werden.

Man hat also den Vorwurf der Möglichkeit willkürlicher Auslegung, der dieser Klausel in den Diskussionen von 1907 gemacht wurde, wesentlich einzuschränken. Endlich müßte man von diesen Vorbehalten alle jene streichen, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen und nur einer Undeutlichkeit der Phraseologie entspringen. Es wäre wünschenswert, daß ein auf den schon angenommenen Grundlagen beruhendes Band der schiedsgerichtlichen Einigung die auf der dritten Konferenz versammelten Kulturstaaten miteinander bereits verbinden könnte.

Jene Staaten aber, die anläßlich dieser nächsten Zusammenkunft die Gelegenheit gern benutzen wollen, sich durch einen eingehenderen Vertrag untereinander zu binden und so eine der Zahl nach beschränkte, sich der obligatorischen Schiedssprechung fügende Vereinigung zu bilden, sollen in keiner Weise daran gehindert werden.

Auf keinen Fall aber darf außer acht gelassen werden, daß der Schiedshof den Zweck hat, Streitigkeiten „auf Grundlage der Achtung vor dem Rechte“ zu regeln, und daß man daher nicht versuchen soll, ihm solche schwierigen Fälle zu unterbreiten, wo jede ernste rechtliche Grundlage für eine Schiedssprechung fehlt; daß man vor allem die Richter nicht in die Lage bringen dürfe, freundliche Vermittler in Fragen, bei denen das Recht nichts zu tun hat, zu spielen und dabei zu riskieren, das Schiedsverfahren herabzusetzen, indem man Schiedssprüche erzwingt, die nur eine Befriedigung beider Teile sein sollen. In solchen Fällen nehme man lieber seine Zuflucht zur Vermittlung.

Schiedshof und „Cour de justice internationale“. Diese Frage soll später eingehend behandelt werden.

Internationale „Pflicht“.**) Zur Fortsetzung der diesbezüglichen Arbeiten der beiden ersten Konferenzen muß man die praktischen Mittel aufsuchen, die den Mächten die Ausübung dieser Pflichten erleichtern sollen. Der Verwirklichung solcher Pläne scheinen sich hauptsächlich zwei Schwierigkeiten entgegenzustellen:

1. Wenn auch nach dem Wortlaut des Abkommens „der Rat, sich an den ständigen Schiedshof zu wenden“, nur als ein zu den guten Diensten zu rechnender Akt aufzufassen ist, so schreckt doch jede Macht davor zurück, als erste das von den anderen Staaten beobachtete Stillschweigen zu brechen und sich ganz offiziell in die Streitigkeiten zweier Staaten einzumischen. Man müßte also ein Verfahren ausfindig machen, ein solches Vorgehen aus einem vereinzelt bleibenden in ein gemeinsames zu verwandeln, um ihm mehr Gewicht zu verleihen und die Verantwortlichkeit auf mehrere Parteien zu verteilen. Könnte nicht eines der ständigen Organe der Haager Institutionen („Verwaltungsrat“ oder „Schiedsbureau“) zwecks Erreichung dieses Zieles beauftragt werden, am Vorabend eines bewaffneten Konflikts die Meinung der Mächte darüber einzuholen, ob sie die Gelegenheit für günstig halten, die in Artikel 48 erläuterte „Pflicht“ zu erfüllen und den beiden streitenden Parteien die Antwort der Staaten, die sich dieser „Pflicht“ zu unterziehen wünschen, zu übermitteln?

2. Die andere Schwierigkeit ist die, den richtigen Moment zu erkennen, in dem ein Konflikt eine bedrohliche Wendung zu nehmen scheint, damit die Möglichkeit gegeben ist, die Meinung der neutralen Mächte einzuholen. Man könnte diesbezüglich dem internationalen Organ die freie Entscheidung in der Beurteilung der Lage überlassen und, um jeden Zeitverlust zu vermeiden, müßte man ihm das Zugeständnis machen, ganz direkt, und zwar telegraphisch, mit jedem der beteiligten Staaten in Verbindung treten zu dürfen.

Einschränkung der Rüstungen. Bekanntlich sind die beiden ersten Konferenzen zu keiner Einigung über diesen Punkt gelangt. Sie haben sich auf bloße Wünsche, deren Erfüllung auf bedeutende Widerstände zu stoßen scheint, beschränkt. Die auf der ganzen Welt herrschende Unsicherheit, der Mangel einer exekutiven Gewalt zur Ausführung rechtlicher Beschlüsse, lassen jeden Staat die Herabsetzung und Verminderung seiner Rüstungen als eine seine Existenz bedrohende Maßregel empfinden. Jeder wünscht den Nachbarstaat zu überflügeln, und die Fortschritte der Technik erzeugen eine sich unaufhörlich erneuernde Rivalität. Dennoch ist der Mißbrauch produktiver Arbeit und die damit verbundene Geldvergeudung so ins Auge fallend, daß das Uebermaß an Rüstungen zweifellos auch bei den reichsten Staaten einmal das Gefühl der völligen Erschöpfung hervorrufen wird. Erst an diesem Tage wird man an die „Einschränkung der Rüstungen“ denken können, aber man müßte gleichzeitig — oder besser noch früher — die rechtliche Erledigung von Streit-

*) „Deklaration“ als Anhang zum „Obligatorischen Schiedsvertrag“ zwischen Belgien und Italien vom 18. November 1910.

**) Siehe Art. 48 des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907.

fällen auf bindende Weise sichern. Es wäre noch zu bemerken, daß „Einschränkung der Rüstungen" nicht gleichbedeutend mit „Abrüstung" ist und die Möglichkeit eines Krieges in keiner Weise ausschließt.

Kodifikation der anderen Grundsätze des Völkerrechts. Selbstverständlich gehören alle bisher erwähnten verschiedenen Rechtsmittel zu der Sammlung des gesamten Völkerrechts, dessen wichtigsten Teil sie bilden, da ihre nächste und wichtigste Aufgabe die Erhaltung des Friedens ist. Aber um dieses Ziel ganz sicher zu erreichen, muß man unter anderem auch die Grundsätze, auf welchen die normalen Beziehungen zwischen den Völkern beruhen, festlegen. Es heißt (Art. 37), daß die verschiedenen Richter auf Grund der Achtung vor dem Rechte urteilen sollen. Aber auf Grund welchen Rechts? Dies zu erklären, haben die Mächte vollständig vergessen. Man muß eben die Bestandteile des noch nicht kodifizierten Rechts in Paragraphen des formalen Rechts umsetzen. Dies ist eine äußerst umständliche und verwickelte Sache. — Unter den bisher noch nicht in Angriff genommenen Fragen befinden sich folgende:

Verantwortlichkeit der Mächte.

Regelung der Unverletzlichkeit der Diplomaten und Konsuln.

Internationale Verkehrswege.

Kompetenz der nationalen Gerichte und Exekutionsmaßnahmen im Hinblick auf fremde Staaten. (Schluß folgt.)

Die Wandlung vom Wehr- zum Lehrideal.

Von Rudolf Walter Kraus, Wien.

Der Glaube daran ist kein phantastischer, der einem Zweckoptimismus entspringt, sondern es ist ein Glaube, wie ihn etwa der Vater eines kleinen, gesunden Jungen hat, von dem er mit ziemlicher Sicherheit kräftige Entwicklung vorausdenkt. Die vielversprechenden Ansätze einer allmählichen Umwertung des Staatsideals fundieren diesen Glauben.

Das Staatsideal der heute Mächtigen ist der Wehrstaat, ein geschichtliches Ergebnis von Jahrhunderten; er garantiert seinen Inwohnern Schutz und Fortschritt, wenn sie die nötigen Wälle und Bajonette liefern. Nahe seinem Gipfelpunkte ist er auf jeden Fall; denn die Bewaffnung stellt schon alle Elemente in ihren Dienst und vielfach in solchem Maße, daß wohl die Erstehungsgrenze der Kriegsmittel betreten ist. So wurde das Wehrstaatsideal zur dauernden Kalamität der Wirtschaftsbestrebungen und die vorübergehenden Kriegsbrandschatzungen der älteren Geschichte wurden zur stehenden Einrichtung. Damit war aber auch die periodische Gegnerschaft, die spontan auftauchende Friedenssehnsucht vergangener Zeiten zur stetigen Bereitschaft gezwungen, mit anderen Worten: Die Friedensbewegung setzte ein in jener Zeit, wo der Glaube für das alleinseligmachende Wehrstaatsideal in vielen Menschen abbröckelte. Und die immer wachsende Gegnerzahl der Rüstungsgläubigen, dann deren letzte Machtanstrengungen, versunkene Jahrhunderte heraufzubeschwören, und nicht zum geringsten der verschleierte Abfall vieler Rüstmänner, die wohl das Uebel, aber nicht seine Bekämpfungsmöglichkeit zugeben, das sind durchwegs Erscheinungen, die mählich das Gebäude des Wehrstaates unterwuschen. So betrachtet, ist das Verfechten seiner unbedingten Existenz entschieden eher ein Phantom, als das Bestreben, neuen Entwicklungsrichtungen entgegenzueilen!

Die Morschheit der alten Garde zeigt sich aber auch in der Beschaffenheit ihrer Waffen, mit denen sie die Organisationsbestrebungen der Pazifisten und aller zeitbewußten Menschen bekämpfen. Und diese Waffen sind die Anzweifelungen, dem die Scharen der anderen den Schild ihres Glaubens entgegenstemmen.

Die Beispiele aus der Geschichte dürften wohl zu Dutzenden zu finden sein, zu wessen Gunsten der Kampf sich entscheidet und ob der Zweifel oder der Glaube mehr Zuversicht verdient. Wer mit Unvoreingenommenheit den Kampf der beiden Ideen betrachtet, die in ihrer Zuspitzung Militarismus und Pazifismus heißen, der wird jedoch nicht nur hypothetische Beweise, sondern genug der Tatsachen finden, die immer und immer drängender auf die Unzulänglichkeit des Wehrstaatsideals deuten. Doch das ist schon der Gang der Welt. Je tiefgründiger die Gegensätze, um so langwieriger ihr Ausgleich. Und es entspricht nur der Kompliziertheit des eigentlichen Pazifismus — nicht des weinerlichen, der sich lächerlich macht —, daß seine Durchdringung der Massen viele Zeit verbraucht. Aber selbst mit dieser Durchdringung ist er erst ein kleines Stück weiter gekommen, denn die Lebendigkeit einer Idee zeigt sich nicht allein in ihrer Vorbereitung, sondern in ihren Schöpfungen. Wenn also die Grundidee des heutigen Staates, unbeschadet seiner Verfassung, die Wehrhaftigkeit ist, die Erziehung seiner Bürger zur Grenzverteidigung, die Bereitschaft seines Kapitals zu den Kriegskosten, so muß die Grundidee eines nichtmilitärischen Staates entschieden eine andere sein. Und da wir ja noch nicht die Entwicklungsstufe des pazifistisch organisierten Staates erklommen haben, so können wir eben nur jene Vorkommnisse überblicken, aus deren mutmaßlichen Endpunkten sich ein staatlich brauchbarer Grundgedanke ergibt.

Die erste wirksame Organisation der Staaten wurde durch die naturwissenschaftlichen Fortschritte des 19. Jahrhunderts hervorgerufen und man könnte in diesem Sinne von einem technischen Internationalismus reden. Notgedrungen folgten dem technischen der finanzielle und der literarische Inter-

nationalismus. So wurde der Bedarf nach einem neuen Rüstzeug, das nicht trennend, sondern einigend wirken sollte, wach. Es entstand der Neubau und Ausbau des Schulwesens, den wir alle noch immer miterleben, wenn wir eingedenk der Kleinheit unserer Lebenszeit, den geschichtlichen Maßstab stattgefundener Fortschritte anlegen und den Blick auf die Welt werfen. Ja, das Schulwesen im weitesten Sinne des Wortes, wo es alle nur denkbaren Lehr- und Erziehungseinrichtungen umfaßt, scheint uns ein Sammelpunkt jedweder Erziehungsmöglichkeiten der Gegenwart. Fordern nicht Militaristen und Pazifisten, Künstler, Landwirte, Religionsgenossenschaften, Freigeister u. s. f. in bunter Reihe eine Einwirkung auf die Jugend in ihrem Sinne? Und die verschiedensten Berufe haben ihre Fachschulen und Fachzeitungen. Alle Wissenschaften und Ideen und Berufe sind aber heute international, sowie Goldmünzen, die aus demselben Wertmetall überall ein anderes Gepräge haben. Dadurch nun, daß die Schule auf dem breiten Untergrund bildungsstrebender Massen steht, daß ihr die Quellen aus dem Ideenborne der Welt fließen, dadurch eben besitzt sie die Kristallisationsfähigkeit, einen Menschentyp des persönlichen Internationalismus zu schaffen.

Der konstitutionelle Internationalismus ist dann nur die notwendige Folge.

In jedem Fall aber entspricht der Bildungsinternationalismus nicht den Schlagwortbegriffen von Volksvergessenheit und Vaterlandslosigkeit, sondern jenem edlen Begriffe, daß das Recht etwas so staatenloses wie die Bildung ist.

Durch die Schule also ginge der Weg zu einem neuen Staatsideale, wie die Wehrnotwendigkeiten verronnener Zeitläufte zum Wehrstaate führten.

Wer nun eifrig die Ereignisse des Tages beobachtet und in ihrer Allgemeinheit verwertet, wird finden, daß der Weg zu erhöhter Bildung vom Wehrstaatsideale wegführt. Einige Beispiele dafür: Immer allgemeiner verlangt man kürzeren Militärdienst, aber längere Bildungszeit. Beamte verschiedenster Art fordern allenthalben, auf ihre Studien pochend, keine Zurücksetzung gegen Offiziere. Schulbücher und wissenschaftliche Werke betonen mehr die Kultur- gegenüber der Kriegsgeschichte. Die Arbeiterschaft kämpft um Verkürzung der Arbeitszeit, damit sie die Kulturgüter nicht bloß dem Namen nach kennen lerne. Hohe Auszeichnungen für Zivil-, d. h. Zivilisationsleistungen, werden immer allgemeiner. Hohe Militärs wünschen häufig Krieg, weil ihnen die Berufsbefriedigung fehlt, während andererseits tüchtige Geographen, Maler, Musiker und Dichter aus dem Offiziersstande hervorgehen. Gebildete Kaufleute, geschulte Arbeiter, Gelehrte und Künstler treten häufig in den Dienst „feindlicher" Staaten u. s. f. Zufall dürfte es auch kaum sein, daß man heute „Mehr Goethe" ruft, daß man die Lebensgrundsätze jenes wunderbaren Mannes alt und jung vorführt, der selbst einem Napoleon gegenüber nur Mensch blieb.

Und beleuchten wir die verschiedenartigen Vorkommnisse mit der Verhimmelung der Jugend, wie sie unsere Zeit frönt, mit den Humanitätsgrundsätzen, die der vertieften Bildung der letzten Jahrzehnte entsprungen, mit dem Persönlichkeitsbewußtsein, das die überlieferten Autoritäten nur zu oft in Verlegenheit bringt, und endlich mit der unendlichen Liebe zum Leben, die nicht zum geringsten durch die Bildungsgüter erhöht wird, so können wir wohl behaupten, daß die Grundidee, die nach dem Wehrstaate staatserhaltend zu wirken vermag, der Bildungs-, der Lehrstaat ist.

Der Lehrstaat, der in seiner Schule, seiner Presse und all seinen anderen Lehr- und Erziehungsfaktoren die Reichswehr nach außen übernehmen kann, weil die Bildung ein Rüstzeug ist, zu dem mitunter die militaristischen Staaten schon greifen.

Wie lange die Entwicklung wohl dauern mag, brauchen wir in einer Zeit des wehrstaatlichen Ueberidealismus nicht fragen. Wer aber an die Entwicklung glaubt, ist ein Pazifist.

RANDGLOSSEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Von **Bertha v. Suttner.**

Wien.

„Der unnütze Krieg." So betitelt die „Vita internazionale" die Fortsetzung des tripolitanischen Feldzugs. Und sie beklagt sich, daß die europäischen Mächte nichts tun, um dem weiteren aussichtslosen, überflüssigen Gemetzel ein Ende zu bereiten. Die Türkei muß ja schließlich unterliegen, meint das Blatt, Italien kann nicht aufhören und kann die vorgenommene Besitzerklärung Lybiens nicht rückgängig machen; — die Türkei kann auch nicht leicht sich freiwillig als besiegt erklären, also wäre das einfachste — meint das Blatt und drückt damit die offizielle italienische Meinung aus — wenn die Mächte die Türkei zwingen würden, den Krieg einzustellen. Ein paar hübsche, prestigeschonende Phrasen könnten die Transaktion überzuckern. Die Pazifisten des Auslands — so meint das Blatt — sollten, wenn ihnen der Frieden wirklich so heilig ist, ihre Regierungen zu dieser Intervention anfeuern. Denn wenn die Mächte die Türkei nicht zur Nachgiebigkeit zwingen, dann muß Italien es tun, dann muß Italien die widerspenstige Feindin ins Herz treffen und rücksichtslos den Krieg nach allen verwundbaren Stellen tragen; muß alle Häfen, und muß Konstantinopel beschießen, auf die Gefahr hin,

daß im Balkan der Brand auflodert und über ganz Europa sich verbreiten kann. Die Verantwortung solcher Katastrophen fiele dann auf die Untätigkeit der Mächte, und, wie es aus diesen Schlußfolgerungen hervorzugehen scheint, auch auf die unklugen türkenfreundlichen Pazifisten — aber durchaus nicht auf das unschuldige Italien, das ja von den militärischen Notwendigkeiten gezwungen wird, den Krieg bis aufs äußerste fortzuführen. Und das Ende ist ja für die Türkei doch nicht zweifelhaft — früher oder später muß sie erliegen — also: „unnützer Krieg."

Sicherlich: unnütz ist heutzutage jeder Krieg. Das sollen sich alle sagen, die einen solchen beginnen wollen; — das sollen sich auch die Mächte sagen, und sofort vermittelnd oder verhindernd eingreifen. Diese Forderung erheben die Pazifisten immer, und einigen unter ihnen, die im Haager Rate saßen, ist es auch gelungen, sie in die Paragraphen der Konvention „zur friedlichen Schlichtung internationaler Konflikte" einzuführen. Aber eine so ungeheuerliche Lesung: „Wenn der Angreifende müde wird, dreinzuschlagen, so hindere man — den Angegriffenen, sich zu verteidigen", die läßt keiner jener Paragraphen zu, und für die ist kein noch so friedenssehnsüchtiger Pazifist zu haben, denn sein Friedenswille geht nicht von dem Verlangen nach Ruhe, sondern von dem Verlangen nach Gerechtigkeit aus. Fürchterlich für die weitere Entwicklung der Gesellschaft der Völker wäre das geschaffene Präzedens: Wenn ein Starker in das Land eines Schwachen einfällt, dann werde (nach längerem Zusehen) die Unterstützung der Mächtigen dem — Starken zuteil. Nein, dagegen verwahren wir uns.

☙

Der Babelturmbau der Rüstungen wird in immer fieberhafterem Eifer fortgeführt. Wehrvorlagen, Heeresvermehrungen überall. Dreadnoughts über Dreadnoughts, Waffenbestellungen über Waffenbestellungen; als Antwort auf die deutschen Heeresverstärkungen drohen die Franzosen mit Einstellung schwarzer Truppen; was aber den höchsten Paroxysmus dieses ganzen Wahnsinns darstellt, das ist die wildpatriotische Begeisterung mit der allenthalben die Herstellung der Luftflotten betrieben wird. Die Millionen — aus dem Volkssäckel — strömen nur so zu. Und das ist doch erst der Anfang, der allererste Anfang. „Corriere della Sera" beschreibt einen neuerlichen Erfolg von aus den Lüften geschleuderten Bomben auf Araberzelte, und fügte hinzu: „Die einzige Ehre Italiens wird es bleiben, daß es zuerst diese neue Waffe benutzt hat, die bestimmt ist, in künftigen Kriegen eine so große Rolle zu spielen." — Ehre? wirklich — „Ehre" nennen sie das? Die Entwicklung dieser „fünften Waffe" soll in diesen Blättern genau registriert werden. Wenn sie zur höchsten Vollkommenheit gelangt, so müßte sie die übrigen vier vernichten. Das scheint man gar nicht zu bedenken. Was soll denn der Zweck der Schiffsflotten noch sein, wenn sie von oben herab in Brand gesetzt werden können? Und welche Landtruppen können noch auf Straßen marschieren, in Lagern rasten, auf Eisenbahnen transportiert werden, wenn Straßen und Zelte und Bahnen unausgesetzt einer solchen nicht abzuwehrenden Zerstörung ausgesetzt sind. . . Diese Fragen sind der Zukunft vorbehalten. Die Gegenwart gehört der Ausarbeitung und Vorbereitung der neuen Morderrungenschaft und davon wollen wir die fortlaufenden Phasen getreulich registrieren. Also denn: Die öffentliche Sammlung in Frankreich für den Bau von Kriegsaeroplanen hält jetzt bei drei Millionen. In Deutschland haben die Sammlungen gleichfalls begonnen. Prinz Heinrich äußerte bei einem Festmahl: eine Luftflotte tue uns bitter not, und er hoffe, daß die patriotische Bevölkerung die nötigen Summen gern herbeischaffen werde. Die Türkei bestellt Aeroplane für ihre Armee. Aus Tripolis liegt wieder ein erhebender Bericht von der praktischen Anwendung zweier „Lenkbaren" (österreichischer Provenienz) vor: „Das Luftschiff schwebte in einer Höhe von 1300 Metern über dem Lager. Kommandant Denti hielt drei Bomben bereit, eine kleinere und zwei große. Er warf die kleine zuerst hinab und sie fiel hundert Meter vor dem Zelt zu Boden. Dann wurden die großen geworfen, und durch Staub und Rauch sah man oben, wie die Leute nach allen Seiten flohen. Das Unheil, welches innerhalb des Zeltes angerichtet worden, konnte man vom Ballon aus nicht sehen." Der Korrespondent fügt hinzu, daß der neuen Waffe ungeheure Wichtigkeit beizumessen sei, daß man heute noch gar nicht beurteilen könne, welche Wirkung die aus einem lenkbaren Ballon geschleuderten Bomben auf den Ausgang einer großen Schlacht haben können. —

☙

Ende März wurde in Triest ein neuer Dreadnought vom Stapel gelassen. Glanzvolle Feste, Straßenjubel, Anwesenheit von Erzherzögen, Ministern, Parlamentariern, Geistlichkeit. In einem dieser „stolzen" Feier gewidmeten Leitartikel schreibt die „Neue Freie Presse" u. a.: „Die Dreadnoughts mit ihren gepanzerten Drehtürmen, mit ihren Geschützen, die zentnerschwere Geschosse zehn Kilometer weit schleudern, die schnellfeuernden Kanonen, die Arbeit der kleinen zierlichen Magazingeschütze, und dorten in den Lüften, so weit entfernt, daß die Geschosse von unten nicht treffen können, kreisen die Motorballons und Flugmaschinen, gelenkt von mutigen Piloten, die Tod und Verderben herunterwerfen auf die Schlachtschiffe, von denen jedes ein Stück unseres Nationalvermögens bildet. Dreadnoughts, Wassertorpedos und Lufttorpedos, das Brüllen und Krachen der Geschütze, alles das zusammen muß jede Vor-

stellung der Hölle übertreffen. Aber die österreichisch-ungarische Monarchie muß diesen Weg gehen — —" Wirklich, den Weg zur Hölle m u ß man gehen? Und noch dazu unter Pomp und Glanz, unter Freudenjubel und Segenssprüchen? Warum muß man? Die Antwort liegt bereit: weil die anderen diesen Weg gehen. Und warum gehen ihn die anderen? Die müssen eben auch, weil die anderen — — Nein wahrlich, über solche Schildbürgerei werden unsere späteren Nachkommen hell auflachen. Wir indessen können nur weinen.

☞

Ueber Frankreich hat sich in den letzten Wochen plötzlich eine Woge von Chauvinismus ergossen, von heftigster „vive l'armée"-Stimmung, die vom unversöhnten Revanchegedanken durchdrungen ist. Alle Camelots du Roy, alle Cocardièrs, Bonapartisten, Orleanisten, Nationalisten, Antisemiten, Klerikalen — kurz „toute la bande" derjenigen, die zur Dreyfuszeit „vive l'armée!" riefen, sind jetzt wieder lebendig geworden, und die Sensations- und Reaktionspresse verstärkt ihren Chor. Diesmal handelt sich's nicht darum, Zola ins Wasser zu werfen, sondern mittels fliegender und schwarzer Truppen Deutschland zu besiegen oder doch ihm einen Mordsrespekt einzujagen. Die Intellektuellen tun da natürlich nicht mit. Hinter dem Geschrei liegt auch nicht die Gesinnung des Volkes. Kaiser Wilhelm hat mit einer wirklich schönen Geste auf diese chauvinistischen Clownereien geantwortet: er hat sich beim französischen Botschafter in Berlin zu Tische geladen. Damit hat er diese Patriotarden von hüben und drüben höchst wirkungsvoll beschämt.

☞

Der große englische Kohlenstreik geht seinem Ende entgegen. Die neue Phase aber, in die das soziale Problem durch diese Aktion und ihre Nebenerscheinungen getreten ist, die hat das Problem in ein neues helles Licht gerückt, und die begonnenen Kämpfe werden weitergeführt werden. Doch jedem Problem wohnt eine Lösung inne. Vielleicht wird auch diese zu finden sein. Jedenfalls hat man gelernt, daß man sie suchen muß.

☞

Auf den König von Italien wurde ein Attentat verübt. Zum Glück ohne Erfolg. Die Sache hat sogar ein günstiges Nachspiel gehabt. Kaiser Franz Josef schickte als erster ein teilnahmsvolles Telegramm. Darüber waren die Italiener so ergriffen, daß sie „Evviva l'Austria" riefen. Ach, wann werden denn die Völker begreifen, daß zwischen ihnen — wie zwischen gebildeten Leuten — Freundlichkeit die erste und zugleich lohnendste Anstandspflicht ist, daß mit der hingereichten Hand alles zu erreichen ist, mit der geballten Faust — nichts.

☞

Der englische Marineminister Churchill hat eine klare und aufrichtige Flottenrede gehalten, in der er sagte, daß für jeden über das Programm gebauten deutschen Kiel zwei englische gebaut würden; daß, wenn aber Deutschland innehält oder gar zurückgeht, England das gleiche tut, „was für beide Länder eine Wohltat wäre." Es wurde hüben und drüben beleidigend gefunden, daß da Deutschland offen als der Gegner bezeichnet wurde, während es doch alter diplomatischer Brauch ist, in offiziellen Ministerreden die Rüstungen nur als gegen „alle Eventualitäten" gerichtet auszugeben — beileibe nicht gegen den Nachbar, mit dem man schon jahrelang in gegenseitiger Hechelei lebt, viel eher gegen einen Ueberfall aus dem Mond oder dem Mars. In Deutschland vergaß man, indem man sich über Churchills Worte ärgerte, daß vor kurzem einige Redner riefen: „England ist der Feind", und der Kronprinz dazu von seiner Loge aus beifällig nickte. Der Weg zur Verständigung geht nur über Aufrichtigkeit. Und leicht ließe sich an Churchill die Antwort richten: Gut, hören wir beide zu bauen auf: wir wollen ja Freunde sein. Freilich gibts da noch Schwierigkeiten. Hören wir, was der englische Industrielle Sir Robert Hatfield, der sich jüngst zwei Wochen in Deutschland aufgehalten hat und von Kaiser Wilhelm empfangen worden ist, zum Korrespondenten der „Daily Mail" gesagt hat: Ob die Deutschen mit dem Bau von Kriegsschiffen einhalten werden? Diese Frage scheint mir mehr wirtschaftlicher als politischer Natur zu sein. Ich, für meine Person, vermag nicht wohl einzusehen, wie Deutschland mit dem Ausbau seines Flottenprogramms einhalten kann, ohne es auf wirtschaftliches Unheil ankommen zu lassen. Riesige Geschäftszusammenhänge von Krupp und der „Vulkan" sind ermutigt worden, ungeheures Kapital in Anlagen für Flottenschiffbau zu stecken. Wenn England Deutschland auffordert, Schiffswerften zu schließen, oder Krupps Unternehmen zum alten Eisen zu werfen, so kommt das fast einer Aufforderung zu industriellem Selbstmord gleich. Welche Nation könnte sich das gestatten?" — Diese Auffassung läßt tief blicken. Zuerst braucht man Fabriken für die Rüstungen, dann aber braucht man die Rüstungen (ergo die wachgehaltenen Freundschaften) für die Fabriken. Wollte man irgendwo die Todesstrafe abschaffen, müßte man erst bedacht sein, ob das nicht die Galgenmacher schädigt.

☞

In Italien mehren sich die Proteste gegen den Krieg. In Parma demonstrierte eine Menge von 10 000 Menschen gegen die Fortsetzung des tripolitanischen Feldzugs. In Mailand haben die Sozialisten jenen ihrer Abgeordneten das Mandat entzogen, die im Parlament für den Krieg gestimmt hatten. Die treu und konsequent gebliebenen Pazifisten

sammeln sich, um neue Vereine zu gründen. Die Namen Giretti, Alma Dolens, Alziator, Domenico Maggiore (Herausgeber der vortrefflichen Revue Luce del Pensiero) und andere, den Verein Societá operaia pro Arbitrato e disarmo", alle diese müssen wir hochhalten und von ihnen und denen, die sich ihnen anschließen, das Wiederaufleben des italienischen Pazifismus erhoffen. — Erinnert man sich noch, welches Bedauern die ganze Welt erfüllte, als auf der Veneziana Piazetta der Markusturm zusammenstürzte. Das ganze Bild des geliebten Venedigs war einem dadurch verdorben. Aehnliches, nur noch viel schmerzlicher, empfanden wir, als unser geliebtes Land der Schönheit und der Kultur, das in der Friedensbewegung so voran war, plötzlich Krieg erklärte und als der Turm der „Unione lombarde" zusammenfiel. Der Markusturm ist jetzt wieder aufgebaut — sogar mit andern Steinen — aber das gewohnte teure Bild der Piazetta ist wieder hergestellt und alle Liebhaber Venedigs atmen auf. Und so werden wir aufatmen, wenn der zusammengestürzte Pazifismus wieder — wenn auch mit andern Steinen — neu aufgebaut sein wird.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

8. März. Interpellationen über die auswärtige Politik in der französischen Deputiertenkammer. Jaurès bezeichnet Delcassés Politik als schweren politischen Fehler und verlangt für die Zukunft volle Oeffentlichkeit der aus materiellen Interessengruppierungen zu Staatsangelegenheiten gemachten Kolonialpolitik.

9. März. Der englische Kriegsminister Lord Haldane erklärt in einem Schreiben an ein deutsches Denkmalkomitee, es sei sein ernster Wunsch, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und England bedeutend verbessert würden.

11. März. Miss Anna Eckstein beginnt eine Serie von Vorträgen und Versammlungen in den französischen Provinzstädten zugunsten der Weltfriedens-Petition.

18. März. Sir Winston Churchill erklärt im englischen Unterhause, England gebe den Zweimächte-Standard auf, verlangt aber den 60 Prozent-Standard gegenüber Deutschland.

19. März. Lord Beresford erklärt den ersten Paragraphen der Denkschrift zum Flottenetat für eine indirekte Drohung und Herausforderung gegen Deutschland und hätte eine Erwähnung Deutschlands lieber unterlassen gesehen.

19. März. Der Deutsche Kaiser erscheint zum Diner bei Mr. Cambon. (Der zweite offizielle Besuch eines deutschen Kaisers beim französischen Botschafter seit 1870).

22. März. Sitzung von Delegierten der Deutschen Friedensgesellschaft und des englischen National Peace Council zum Zwecke der Vorbesprechung für den am 14. und 15. Mai in London abzuhaltenden Friedenskongress.

23. März. Der Deutsche Kaiser trifft zum Besuche des Kaisers Franz Joseph in Wien ein.

23. März. Beim Diner der Internationalen Schiedsgerichtsliga führte Sir Frank Lascelles die Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und England hauptsächlich auf Lord Haldanes Besuch zurück und erhofft von der gegenwärtigen Lage ein Arrangement künftigen beiderseitigen Zusammengehens beider Länder.

24. März. Ankunft des Deutschen Kaisers in Venedig, wo ihn die Bevölkerung herzlich empfängt.

25. März. Versammlung der britischen Abteilung der Vereinigung deutscher und britischer Kirchenmänner zur Förderung der Beziehungen zwischen Deutschland und England in Queenshall (London). Der Erzbischof von Canterbury, D. Spiecker und Prof. Deissmann treten in beredter Weise für freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern ein.

25. März. Die städtischen Körperschaften von Glasgow haben den Oberbürgermeister von Berlin, sowie die Oberbürgermeister der grösseren Städte Deutschlands für die Zeit vom 22.—27. Mai d. J. nach Glasgow eingeladen und die Stadt Edinburg hat ihren Besuch bis zum 29. erbeten.

25. März. Zusammentreffen Kaiser Wilhelms mit König Viktor Emanuel.

28. März. Festmahl der amerikanischen Handelskammer für ihre Hamburger Mitglieder. Reichstagsabgeordneter Dr. S. Heckscher weist auf die deutsch-amerikanische Freundschaft hin.

29. März. Der bayrische Ministerpräsident Frhr. v. Hertling erklärt im Dreibund eine Garantie gegen einen europäischen Krieg zu sehen und der internationalen Schiedsgerichtsbewegung, für die er im Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten gern eintreten werde, sympathisch gegenüberzustehen.

29. März. Der Sultan von Marokko unterzeichnet den Vertrag über das französische Protektorat.

29. März. In Madrid findet ein republikanisch-sozialistisches Protestmeeting gegen die Rif-Expedition statt, in dem der Feldzug gegen Melilla aufs schärfste verurteilt wird.

30. März. Grosse, deutsch-französische Sozialistenversammlung in Paris, zur Feier des Sieges der deutschen Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen.

31. März. Demonstrationen an verschiedenen Orten Oberitaliens gegen den Krieg. Auf einem sozialistischen Meeting in Parma wird der Krieg aufs schärfste verurteilt und die Zurückziehung der Truppen aus Afrika gefordert.

Ende März. Die internationale, von Russland, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Spanien, Portugal, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, der Pforte, Griechenland, Monako, den Vereinigten

Staaten und Japan beschickte Seerechtskonferenz tritt in Petersburg zusammen.

1. April. Der englische Marineminister Winston Churchill erklärt im Parlament, dass Verhandlungen zwischen Deutschland und England schweben, die einen freundlichen Informationsaustausch über die Marine einleiten sollen.

AUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Haager Schiedshof. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Von der norwegischen Regierung sind Sigurd Ibsen, früherer Minister, und Horst, früherer Gerichtspräsident und Mitglied des Nobelkomitees, auf weitere sechs Jahre zu Mitgliedern des Haager Schiedshofes ernannt worden. — In dem italienisch-peruanischen Streite, der Ende April zur Verhandlung kommen wird, sind am 21. März die Contremémoires dem internationalen Bureau übersandt worden. — An demselben Tage ist auch die Replik Rußlands in dem russisch-türkischen Streite wegen der Zahlung von Verzugszinsen eingegangen. Voraussichtlich wird das russisch-türkische Schiedsgericht nicht, wie bisher bestimmt, im April, sondern erst Ende dieses Jahres zusammenkommen. Ursprünglich war die Verhandlung auf den Februar 1911 angesetzt worden. Es ist im ganzen eine dreimalige Vertagung nötig gewesen.

Rüstungsproblem.

Die Frage der Kriegsmittelbeschränkung auf der ersten Haager Friedenskonferenz.

Der vom Obersten Grafen Barantzew auf der ersten Haager Friedenskonferenz eingebrachte russische Antrag betreffend die Gewehrfrage bei den Landarmeen hatte vor allem auch vorgesehen, daß die Einführung von Selbstladegewehren auf die Dauer von fünf Jahren verboten sein sollte. Bekanntlich scheiterte damals der gesamte Kriegsmittelbeschränkungsvorschlag. Von verschiedenster Seite wird seit jener Zeit immer wieder hervorgehoben, welch großes Verdienst sich damals der deutsche Oberst Groß v. Schwarzhoff erworben hat, daß er so „schneidig" die russischen Vorschläge ablehnte. Meurer kann sich auf S. 532 seines hervorragenden Werkes über die erste Haager Konferenz nicht enthalten, zu betonen: „Die Rede des deutschen Vertreters war ein wahres Meisterstück von soldatischer Klarheit und Geradheit, sowie überzeugender Eindringlichkeit." Eine spätere Zeit wird wohl hinzusetzen müssen: „und zeugte von erstaunlicher Unkenntnis der Bedeutung des ganzen Problems, das nicht vom nationalen, sondern nur vom internationalen Standpunkte aus richtig gewürdigt werden kann".

Aber schon heute erscheinen uns die damaligen Verhandlungen in anderem Lichte, wenn wir uns nur mit ihrer Durchdringung zu befassen suchen. Als 1899 der russische Gesamtantrag abgelehnt war, kam man noch speziell auf die Frage der Selbstladegewehre zu sprechen. Aber, wie Meurer hervorhebt, kam es zu einer eigentlichen Debatte überhaupt nicht, und es lehnten die meisten Großmächte den russischen Antrag auf Verbot der Einführung von Selbstladern ab, und nur Belgien, Dänemark, Spanien, Holland, Persien, Rußland, Siam, die Schweiz und Bulgarien stimmten dafür. Frankreich, Japan, Portugal, Rumänien, Serbien und die Türkei enthielten sich der Stimme.

Nun ist es aber von Interesse, festzustellen, daß bis heute keine einzige Großmacht einen Selbstlader eingeführt hat, obwohl die Modelle zu Selbstladern vollkommen gebrauchsfertig in den Kriegsministerien liegen. Jeder Staat scheut sich, mit seinem Selbstlader hervorzutreten, weil er fürchtet, die anderen Staaten würden dem folgen, und es würden dann ungeheure Ausgaben nutzlos gemacht worden sein, weil das Modell des betreffenden Staates dann nur absolut, nicht aber relativ verbessert worden sei. Damit man meine Behauptungen nicht in Zweifel stellt, führe ich hier an, was einer unserer Gegner, der General der Artillerie v. Deines, am 16. März 1912 im „Tag" in einem „Lord Haldane über die Bewaffnung England-Frankreichs und Deutschlands" überschriebenen Artikel ausgeführt hat. Es heißt, dort wörtlich: „Alles spricht dafür, daß Frankreich eines Tages mit einem automatisch arbeitenden Gewehr hervortreten wird. Daß auch alle übrigen Staaten sich ein neues Gewehrmodell gesichert haben, um nicht überrascht zu werden, ist anzunehmen. Indessen: wer zuerst mit der neuen Waffe auf dem Plan erscheint, fürchtet, daß die anderen von ihm lernen und ihn wieder überholen. Jeder scheut die enormen Kosten, die die Neubewaffnung eines Millionenheeres hervorrufen muß. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es also vorläufig noch bei den bisherigen Gewehrsystemen bleiben, und damit können wir, wie sich aus den obenstehenden Ausführungen ergibt, ganz zufrieden sein."

Wir sehen also, daß sogar, obwohl ein ausdrücklicher internationaler Vertrag nicht besteht, die Einführung eines Selbstladers den Staaten infolge der internationalen Beziehungen der ganzen Frage als nicht opportun erscheint. Hier tritt wieder die Logik der Dinge zutage, die unsere Bestrebungen mehr als alles andere unterstützt. Ob es aber nun nicht angebracht wäre, auf der nächsten Haager Friedenskonferenz nochmals auf das Verbot der Kriegsmittel zurückzukommen? Wehberg.

Die Rede Churchills. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die Rede, die der erste Lord der Admiralität am 18. März gehalten hat, ließ an Offenheit nichts mehr zu wünschen übrig. Sie sagt, warum um die Wette gerüstet werden muß, und läßt erkennen, wie das Uebel abzustellen geht. Einige Sätze aus jener Rede seien hier deshalb festgehalten:

„Das finanzielle Aussehen des Flottenetats ist nicht erfreulich. Alle Welt baut Flotten. Alles, was mit der Flotte in Verbindung steht, wächst beständig an Größe, Kompliziertheit und Kosten. Ich will dem Hause die Flottenfrage mit vollkommener Offenheit darlegen. Es wird dies namentlich mit Bezug auf eine Macht notwendig sein. Durch eine indirekte Ausdrucksweise kann jetzt nichts gewonnen werden. Im Gegenteil, die Deutschen sind ein Volk mit derbem Verstand, deren starker männlicher Sinn und Mut vor einer offenen und ungeschminkten Feststellung von Tatsachen nicht zurückweicht und nicht verletzt wird, wenn sie höflich und ehrlich ausgesprochen werden. Jedenfalls muß ich meine Pflicht gegen das Haus und das Land erfüllen. Die Zeit ist gekommen, wo beide Nationen ohne Verstellung und Verstimmung die Bedingungen verstehen sollten, unter denen sich der Wettbewerb zur See in den nächsten Jahren gestalten wird. Wir berechnen im Frieden unseren Schiffbau relativ nach Prozentsätzen. Dagegen werden Flotten im Seekrieg nicht durch Vergleich, sondern durch Subtraktion berechnet. Wir müssen erwarten, daß in einem Kampf zwischen guten und ebenbürtigen Flotten auf beiden Seiten ungeheurer Schaden angerichtet wird. Das ist sehr vorteilhaft für die stärkere Seemacht. Es wird sich stets für uns lohnen, Schiff gegen Schiff jeder Klasse zu verlieren. Der Prozeß des Ausmerzens würde uns, wenn auch auf einem fürchterlichen Wege, zu einem sicheren Siege führen, zu einem Zustand nicht relativer sondern absoluter Ueberlegenheit. Mit der gegenseitigen Vernichtung der neuesten Schiffe steigen die älteren Schiffe schnell im Wert. Wir besitzen mehr Deadnoughts als irgend zwei andere Mächte zusammen. Aber wenn alle Dreadnoughts der Welt morgen versenkt wären, so würde unsere Ueberlegenheit zur See weit größer sein als heute. Es ist sehr leicht, die Neubauten schnell zu vermehren, solange man nicht durch die Kosten für die Erhaltung eines großen Bestandes belastet ist. Unsere deutschen Nachbarn haben noch nicht angefangen, die jährlich wiederkehrende Last der Erhaltung einer riesenhaften Flotte zu empfinden. Diese Aufwendungen wachsen langsam, aber unerbittlich. Daher kann im Lauf der Zeit das rapide Tempo der Neubauten in gewissem Grade durch den Hemmschuh der wachsenden Unterhaltungskosten aufgehalten werden.

Die Standards für die Flottenstärke müssen zeitweise nach den Umständen variieren. Als Frankreich und Rußland die beiden nächststärksten Seemächte waren und ihre Kombination möglich erschien, war der Zweimächte-Standard ein zweckmäßiger Grundsatz. Das Emporsteigen der Flotte einer einzelnen Macht zum ersten Rang auf dem Kontinent hat dies verändert. Wir haben nicht mehr als die größtmögliche Gefahr, das Bündnis zweier etwa gleichstarker Seemächte zu betrachten, sondern die Entwicklung einer sehr starken homogenen Flotte, die einer einzelnen Regierung untersteht. Daher ist der Zweimächte-Standard nicht mehr anwendbar.

Der tatsächliche Standard der Neubauten, den die Admiralität in den letzten Jahren verfolgte, war eine Ueberlegenheit von 60 % in Schlachtschiffen und Schlachtkreuzern der Dreadnoughtklasse, verglichen mit der deutschen Flotte. Wenn wir also diesen Standard auf das geltende deutsche Flottengesetz anwenden, so erscheint es notwendig, abwechselnd vier und drei Schiffe der Dreadnoughtklasse die nächsten sechs Jahre hinaus zu bauen: Das ist das Mindeste, was den 60-Prozent-Standard erhalten wird. Der Entwurf unserer Neubauten, den ich unter aller Reserve mache, würde folgendermaßen aussehen: Vier, fünf, vier, vier, vier, vier gegen zwei, drei, zwei, zwei, drei, zwei oder andernfalls, wenn Deutschland drei Schiffe baute: Fünf, vier, fünf, vier, fünf, vier gegen drei, zwei, drei, zwei, drei, zwei."

Wir als Nation befinden uns in der Defensive. Es ist undenkbar, daß wir auf Deutschland oder eine andere europäische Macht einen unvermuteten Angriff machen. Abgesehen von der moralischen Seite, was würde es nützen? Wir haben kein Mittel, einen solchen Angriff, selbst wenn er erfolgreich wäre, auszunutzen und den Krieg zu einem schnellen Abschluß zu bringen. Wir sind auf die Defensive angewiesen. Die Folgen einer Niederlage zur See wären für uns viel größer als für Deutschland und Frankreich. Unsere Position ist im hohen Grade künstlich. Wir beziehen unsere Nahrungsmittel über See. Wir haben eine sehr kleine Armee und können die Unabhängigkeit und die Lebensinteressen eines großen kontinentalen Staates nicht bedrohen und könnten keine Invasion gegen einen kontinentalen Staat ausführen. Diese Tatsachen rechtfertigen die maritime Suprematie Englands. Wir betrachten die Stärke unserer Flotte nicht von dem Gesichtspunkt des Handels, sondern von dem unserer Freiheit. Wir dürfen es niemals dahin kommen lassen, daß die Flotte einer einzelnen Macht uns in irgendeinem Augenblick mit begründeter Aussicht auf Erfolg angreifen könnte. Wenn dies „insulare Arroganz" ist, so ist

es zugleich die erste Bedingung unserer Existenz. Es wird keine Schwierigkeit machen, Vorkehrungen zu treffen, die uns ermöglichen, unsere Stellung zu erhalten und so schnell als notwendig den entsprechenden Spielraum für unsere Sicherheit zu gewährleisten. Diese Maßregeln werden auch keine übermäßigen und unverhältnismäßigen Ausgaben herbeiführen. Es ist nur nötig, einen größeren Bruchteil der vorhandenen Flotte auf einen höheren Stand der Indienststellung, und damit zu größerer Bereitschaft zu bringen."

Der grosse Irrtum. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In der „Neuen Freien Presse" vom 24. März wird folgendermaßen über eine Aeußerung berichtet, die der österreichische Reichstagsabgeordnete Pacher anläßlich eines mit dem Erzherzog Thronfolger beim Stapellauf des jüngsten Dreadnoughts geführten Gespräches, zu diesem über die wirtschaftliche Bedeutung der Rüstungen getan hat. Da heißt es:

„Auf eine Frage des Erzherzogs schilderte Abgeordneter Pacher den großen Eindruck, den der Stapellauf des „Tegetthoff" und die sich daranschließenden Manöver unserer Flotte auf die deutschen Abgeordneten gemacht haben. Als Abg. Pacher hinzufügte, daß die Lieferungen für Heer und Flotte die Industrie und das Gewerbe befruchten und sich zu einem bedeutenden Teile in Arbeitslöhne umsetzen, welchen Umstand die deutschen Abgeordneten mit vollem Erfolge für die Begründung ihrer Haltung in der Frage der neuen Kriegsschiffbauten ins Treffen führen konnten, gab Erzherzog Franz Ferdinand lebhaft seine Zustimmung zu erkennen und sagte: „Es wird ja alles vom Inlande bezogen."

Das ist eben der große Irrtum, zu glauben, daß die Rüstungen Industrie und Gewerbe befruchten. Sie beschäftigen wohl einzelne Fabriken und eine Anzahl Arbeiter, sie führen einem Teil des wirtschaftlichen Betriebes Arbeit und Geld zu; aber von einer Befruchtung der Volkswirtschaft im allgemeinen kann keine Rede sein, denn die Rüstungsobjekte, die da erzeugt werden, sind unproduktiv. Das heißt, sie erzeugen keine neuen Werte. Wenn man Eisenbahnen, Brücken, Landstraßen, Kanäle baut, so werden diese Arbeitsprodukte immer neue Arbeit bringen, immer wieder Geld einbringen und dauernd fruchttragend sein. Ebenso, wenn man das Geld in hygienischen oder in der Volksbildung dienenden Einrichtungen anlegt. Das Produkt der Rüstungsausgaben trägt nichts mehr. Noch mehr: es entwertet sehr rasch und bedingt erhöhte Neuausgaben für ebenso unproduktive Schöpfungen.

Es sei hier an jene ewig wahre Stelle in dem berühmten Zarenmanifest erinnert:

„Da die finanziellen Lasten (der Rüstungen) eine steigende Richtung verfolgen und die Volkswohlfahrt an ihrer Wurzel treffen, so werden die geistigen und physischen Kräfte der Völker, die Arbeit und das Kapital, zum großen Teil von ihrer natürlichen Bestimmung abgelenkt und in unproduktiver Weise aufgezehrt. Hunderte von Millionen werden aufgewendet, um furchtbare Zerstörungsmaschinen zu beschaffen, die heute als das letzte Wort der Wissenschaft betrachtet werden und schon morgen dazu verurteilt sind, jeden Wert zu verlieren, infolge irgendeiner anderen Entdeckung auf diesem Gebiete. Die nationale Kultur, der wirtschaftliche Fortschritt, die Erzeugung von Werten sehen sich in ihrer Entwicklung gelähmt und irregeführt."

Das sind Wahrheiten, an denen nicht gerüttelt werden kann!

Wenn der Herr Abg. Pacher glaubt, daß die Ausgaben für Heer und Flotte die Industrie und das Gewerbe befruchten, weil sie sich in Arbeitslöhne umsetzen, so müßte er jedes Hagelwetter, das die Fensterscheiben einer Stadt in Massen zerschlägt, als einen großen wirtschaftlichen Vorteil betrachten, denn auch hier setzt sich das Unwetter in Arbeitslöhne um. Die logische Folge eines solchen Gedankenganges wäre, daß man mindestens zweimal im Jahre auf behördliche Anordnung alle Fensterscheiben zerschlage. Wie müßten dann Handel und Gewerbe in Blüte kommen! Aber das würde man nicht tun, weil hier, wo der klare Blick nicht durch die patriotische Phrase getrübt ist, jeder leicht erkennen kann, daß eine solche Ausgabe keine produktive ist.

Man komme mir nicht mit dem Einwand von der produktiven Bedeutung der Rüstungen als „Versicherungsprämie". Ich habe den Irrtum, der gerade in dieser Beschönigung des Rüstungsunwesens liegt, in meinem „Handbuch der Friedensbewegung", 2. Aufl., Bd. I, S. 68, genügend klargelegt.

Verschiedenes.

Deutsch-englische Verständigung. :: :: :: :: :: :: :: :: :

In Berlin hat kürzlich eine vertrauliche Sitzung von Delegierten der Deutschen Friedensgesellschaft und anderen Vertretern des Pazifismus stattgefunden, die von der englischen Friedensgesellschaft veranlaßt war. Mr. Snell war als Abgeordneter der National Peace Council nach Berlin gekommen. Die Sitzung hatte den Zweck, Vorarbeiten für eine am 14. und 15. Mai in London abzuhaltende anglo-deutsche Verständigungskonferenz zu besprechen. Diese Konferenz, die unter dem Vorsitz des liberalen Oberhausmitgliedes Lord Courtney of Pennwite stattfinden wird, soll auch von Vertretern deutscher wissenschaftlicher, industrieller, merkantiler, künstlerischer und gemeinnütziger Institutionen besucht werden. Im Anschluß an

die Berliner Sitzung begab sich eine Deputation nach dem Auswärtigen Amt und nach dem Reichsamt des Innern, wo längere Unterredungen stattfanden. Die Kommission war mit dem Ergebnis dieser Besprechungen sehr befriedigt. An der Sitzung, die unter dem Vorsitz des Geheimrat Fr. Förster stattfand, nahmen von auswärtigen Pazifisten teil: Prof. Quidde, Stadtpfarrer O. Umfrid, E. de Neufrille, Dr. Westphal, Alfred H. Fried. Sonst waren noch erschienen: Eisenbahndirektor Schrader, Superintendent Schulze, Reichstagsabgeordneter Faßbender u. v. a.

Anglo-deutsche Kirchenversammlung. :: :: :: :: :: :: ::

Ueber die am 25. März in der Londoner Queens Hall stattgehabte Jahresversammlung der britischen Abteilung der Vereinigten Räte der Kirchen Großbritanniens und Deutschlands zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern beider Reiche, die von hohen kirchlichen Würdenträgern Englands zumeist besucht war und der der Erzbischof von Canterbury präsidierte, entnehmen wir dem Berichte Professor Dr. Karl Breuls in der Magdeburger Zeitung (28. 3.) nachstehende interessante Charakteristik.

„Ein tiefer Ernst, eine aufrichtige und darum alle Anwesenden unwiderstehlich mit sich fortreißende Begeisterung tönte aus allen Reden hervor, und der feste Wille, jeder an seiner Stelle, dem seelenvergiftenden und letzthin überall ohne jede wirkliche Berechtigung in beiden Völkern emporgeschossenen Mißtrauen entschlossen entgegenzutreten. Und wenn man bedenkt, welch weitreichenden Einfluß die englischen Kirchenmänner, die, trotz aller verschiedenen Ansichten in anderen Fragen, jetzt den festen Vorsatz gefaßt und unzweideutig ausgesprochen haben, die Giftpflanze der Verhetzung und leichtfertigen Verunglimpfung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auszurotten, besitzen, so darf man wohl von einem großen Erfolge der heutigen Versammlung reden und ohne falschen Optimismus schöne Hoffnungen auf die hier gesäte Saat bauen. Daß sie nur allmählich reifen kann, daß die Gefühle der Zusammengehörigkeit beider Völker sich erst langsam wieder entwickeln können, wissen wir alle. Zu viel ist im letzten Jahre gehetzt, zu viele Begehungs- und Unterlassungssünden sind begangen, als daß wir das uns allen vorschwebende Ziel, das herzliche Einvernehmen, schon in allernächster Zeit verwirklicht zu sehen hoffen dürfen. Aber am Ernst und an dem weitreichenden Einfluß der jetzt offen und warm für freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland eintretenden Männer ist nicht zu zweifeln . . .

Ohne Zweifel bestand die zahlreiche Versammlung aus guten englischen Patrioten. Aber aus allen Reden ging doch klar hervor, auch erfreulicherweise aus denen der Vertreter Deutschlands, daß man ein überzeugter Vaterlandsfreund sein kann, ein mutiger und männlicher Mann, und doch warm eintreten für Friede und Freundschaft auf vernünftiger Grundlage. Ja, es scheint jetzt eben in Deutschland Mut zu erfordern, für Frieden und Freundschaft mit England aus Ueberzeugung einzutreten. Da wollen wir uns doch der stolzen Worte erinnern: „Wer die Wahrheit kennet und saget sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.“ Die Wahrheit aber ist, daß England nicht daran denkt, Deutschland hinterrücks zu überfallen, daß kein Ministerium drei Tage länger sich halten könnte, das eine solche Absicht auszuführen bereit wäre. Man möge Lord Haldane und seinen Freunden Vertrauen schenken — und abwarten.“

Deutsch-französische Friedensdemonstration von Sozialisten.

Am 30. März fand in dem durch seine Friedensdemonstrationen bereits berühmt gewordenen Salle Wagram in Paris vor 5000 bis 6000 Personen ein deutsch-französisches Verbrüderungsfest statt, bei dem deutsche und französische Sozialdemokraten herzliche und zum Teil verständige Reden hielten. Für Frankreich sprachen Jaurès, Guesde, Vaillant und Dubreuilh, für Deutschland Scheidemann, Weill und Grumbach.

Aus den Reden seien hier einige Sätze festgehalten.

Vaillant, der Vorsitzende, charakterisiert zunächst in einer kurzen Ansprache die Feier als ein Familienfest, denn der Sieg der deutschen Sozialdemokratie sei auch ein Sieg der sozialistischen Partei Frankreichs wie der gesamten Internationale.

Dubreuilh begrüßt die auswärtigen Gäste. Es war uns ein Bedürfnis, den großen Sieg zu feiern. Dieser Sieg heißt: Friede. Er ist ein Unterpfand des europäischen Friedens, der es dann ermöglichen wird, die sozialistische Zukunft vorzubereiten. (Stürmischer Beifall.)

Grumbach erinnert an die jüngste Kammerrede des Genossen Jaurès, wo er unter dem Geheul der Chauvinisten unbeirrt den Revanchegedanken bekämpft habe. Wir Sozialisten sind es, die allein das Recht haben, die elsaß-lothringische Frage zu lösen, denn stets, hüben wie drüben, war unsere Haltung die gleiche, von dem Protest Bebels und Liebknechts gegen die gewaltsame Annexion, bis heute. Wir Internationalisten allein sind es, die das Recht der Nationen, aller Nationen, verteidigen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Weill bespricht besonders die Wahlen in Elsaß-Lothringen, die ein Dementi der Chauvinisten beider Länder waren. Elsaß-Lothringen will nicht mehr als Vorwand zu kriegerischen Provokationen dienen, sondern den Frieden durch die Sozialdemokratie begründen . (Stürmischer Beifall.)

Scheidemann, von lautem Beifall begrüßt, entschuldigt sich zunächst, nicht in französischer Sprache sprechen zu können,

und führt dann aus: Wir Sozialdemokraten sind gewohnt, die politischen Erscheinungen auf ihre wirtschaftlichen Ursachen zu prüfen, und begreifen deshalb den nationalen Egoismus, ohne ihn deshalb zu billigen. Aber was die Schürer des deutsch-französischen Gegensatzes tun, hat mit wirtschaftlichen Ursachen nichts gemein, und ist selbst vom Standpunkt der Interessen der herrschenden Klassen bis zum Wahnsinn unvernünftig. Die deutschen Kapitalisten sind vorwiegend industrielle Unternehmer, die französischen aber Händler und Finanziers. Nun ist es aber eine Regel, daß wohl das Industriekapital sich bekämpft, daß aber dieses mit dem Finanz- und Handelskapital in Frieden lebt. Wenn also, auch vom Standpunkt der herrschenden Klassen zwei Länder berufen sind, miteinander im besten Einverständnis zu leben, so sind es Deutschland und Frankreich. In der Tat ist auch die Logik der wirtschaftlichen Entwicklung über die chauvinistischen Ideologien zur Tagesordnung übergegangen, haben französische Geldkapitalisten mit dem deutschen Unternehmertum Bündnisse geschlossen. Hier ist die nationale Phrase zur gedankenlosen Formel einer überlebten Konvention und die vollendetste Heuchelei geworden. Und darum sagen wir zu den Kapitalisten beider Länder: Wenn Ihr einig seid, um Geschäfte miteinander zu machen, den Profit zu teilen, in der aufstrebenden Macht des Proletariats den gemeinsamen Feind zu sehen, warum seid Ihr nicht einig, um uns die furchtbare Last der Rüstungen abzunehmen und das Gespenst zu verscheuchen, dessen Existenz dauernd Qual und Schande für zwei große zivilisierte Völker bedeutet — der Gedanke eines neuen Krieges?! .... 4¼ Millionen Wähler stimmten für uns, obwohl die Gegner ihnen unzählige Male gesagt haben, daß wir die gegenwärtige Ordnung zerstören wollen, während der Marokkokrise mit dem Hochverrat gespielt haben. Und deshalb sind diese Wahlen das größte Fiasko, das der Chauvinismus in Deutschland je erlitten hat. Sie bedeuten vielleicht noch keine unbedingt zuverlässige Sicherung gegen den Krieg, wohl aber eine ausreichende Gewähr dafür, daß Deutschland niemals einen Angriffskrieg gegen eine auswärtige Macht unternehmen wird. Es gilt in beiden Ländern die Ueberzeugung zu festigen, daß es zwischen ihnen nie wieder zum Kriege kommen kann und darf. Von den verbrecherischen Illusionen eines solchen Krieges lebt der Militarismus beider Länder, ohne sie wird er überflüssig, lästig und lächerlich. Wir wollen den Frieden! Wir wollen aber nicht den Frieden, wie er jetzt ist, den nervenzerrüttenden Waffenstillstand bis zu einem ungewissen Termin, sondern den Frieden, getragen von der Gemeinschaft der Interessen und der unerschütterlichen Gesinnung der Völker. Seien wir einig! Wo sich deutscher Ernst und deutsche Gründlichkeit mit französischer Initiative und französischem Elan paaren, da muß eine Macht entstehen, der keine Gewalt der Erde gewachsen ist.

Diese, von stürmischen Beifallsbezeugungen unterbrochene Rede löste zum Schluß eine begeisterte Ovation aus. Eine Musikkapelle intoniert die „Internationale", in die die Anwesenden einstimmen.

Als letzter Redner kommt Jaurès, stürmisch begrüßt, an die Reihe. Jaurès verspottet die Uebung der Bourgeoisie, uns hier „sanspatrie", dort „Vaterlandslose" zu nennen, und immer die Sozialisten des anderen Landes als die patriotischen Musterknaben hinzustellen. In wuchtigen Sätzen geißelt der Redner dann **die Kriegshetzer, die modernen Barbaren.** Der Krieg ist der Sohn der Nacht, und deshalb will die Bourgeoisie, daß es überall dunkel sei. Schon aber steigt die Morgenröte des sozialistischen Tages herauf, und mit ihr der Friede.

— Das ist ja alles sehr schön und herzerfrischend. Aber warum denn diese Lügen; warum denn die sogenannte Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit als kriegerisch hinstellen? Warum dieses absichtliche Augenzudrücken vor den nicht zur Sozialdemokratie gehörigen Pazifisten? Warum in dieser Verbrüderung zweier Parteien gleich den Haß und den Krieg gegen einen anderen Teil der Menschheit mit einschließen? Bei unseren sozialistischen Zielgenossen heißt es immer: Friede; gegen wen?

Zuchthaus für Kriegshetzer. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In einem Aufsatz Stadtpfarrer Umfrids wurde darauf hingewiesen, daß es im deutschen Strafgesetzbuch einen Paragraphen gibt, der die Kriegstreiberei mit Strafe belegt.

Dieser pazifistische Paragraph (§ 87) lautet:

„Ein Deutscher, welcher sich mit einer ausländischen Regierung einläßt, um dieselbe zu einem Kriege gegen das Deutsche Reich zu veranlassen, wird wegen Landesverrats mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren und, wenn der Krieg ausgebrochen ist, mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von sechs Monaten bis zu fünf Jahren und, wenn der Krieg ausgebrochen ist, Festungshaft nicht unter fünf Jahren ein.

Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden."

Das sind interessante Bestimmungen, die für die pazifistische Propaganda nicht ohne Wichtigkeit sind. Die Mitwirkung eines Deutschen an der Herbeiführung eines Krieges wird darin als Landesverrat bezeichnet. Es gibt sehr viele Deutsche, die durch ihre das Ausland provozierenden Reden und Schriften die Gefahr eines Deutschland bedrohenden Krieges zeitigen. Das einzige, was sie schützt, als Landesverräter behandelt zu werden, ist nur das Fehlen des „Einlassens mit einer ausländischen Regierung", wenn auch die Wirkung ihrer Handlung oft

derjenigen gleich ist, die § 87 RStrG. mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bedroht. Der Sinn dieses Paragraphen ist doch der, daß die Gefährdung des Reiches durch Herbeiführung eines Krieges seitens eines Deutschen verbrecherisch ist. Und wie viele, die die Friedensbewegung als vaterlandsfeindlich und „gefährlich" ausschreien, haben in den letzten Jahren offen oder versteckt einen Krieg Deutschlands gegen eine andere Macht (was identisch ist mit einem Krieg der anderen Macht gegen Deutschland) herbeizuführen gesucht und haben dadurch sozusagen das Zuchthaus mit dem Aermel gestreift.

Fürst Albert von Monaco in Wien. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Um in der Geographischen Gesellschaft in Wien einen Vortrag zu halten, hielt sich Fürst Albert von Monaco vom 31. März bis zum 5. April 1912 in Wien auf. Unmittelbar nach seiner Ankunft am Abend des 31. März folgte er einer Einladung der Baronin Suttner zum Diner, dem sich ein Empfang anschloß. Am darauffolgenden Tage speiste der Fürst beim Kaiser Franz Josef in Schönbrunn. Seinem Vortrage, der in den neuen Festräumen des Militärkasinos stattfand, wohnten Mitglieder des Hofes, sämtliche Minister, die meisten in Wien akkreditierten Botschafter und Gesandten, sowie zahlreiche andere Gäste bei. In diesem Vortrag, der von den Fortschritten der Ozeanographie handelte, wußte der Fürst dennoch seine pazifistische Anschauung einzuflechten. So wies er auf die gemeinsamen Erforschungen der Tiefsee hin, die Oesterreich-Ungarn und Italien in der Adria vornehmen, wobei sie ihre Kriegsschiffe in den Dienst der Wissenschaft stellen und sagte darüber folgendes: Diese Kommission ist ein bemerkenswertes Zeichen der Verbrüderung, durch die die Völker die sozialen und philosophischen Probleme würdiger, entsprechender und ersprießlicher als durch die Gewalt der Waffen lösen werden.

Während der Anwesenheit des Fürsten in Wien erschien in der „Neuen Freien Presse" ein Feuilleton von S. Münz, worin dieser das Ergebnis einer früher gehabten Unterredung mit dem Fürsten niederlegte. Auch darin erscheint uns Fürst Albert ganz als Pazifist. So, wenn er seinem Besucher gegenüber die Bemerkung macht: „Es ist fast besser, in der Kriegführung unbeschränkt zu sein, als wie jetzt unter der Flagge der Scheinhumanität Krieg zu führen, denn jetzt sollen alle möglichen Grausamkeiten durch gewisse beschränkende Gesetze gedeckt werden, in denen sich angeblich Menschenliebe äußert. Früher hatte man wenigstens für Grausamkeiten keine sie entschuldigenden Regeln und Paragraphen."

Die Friedensidee in den Schulen. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In der Oberprima eines westfälischen Gymnasiums wurde kürzlich den Schülern als Klassenaufsatz das Thema zur Beantwortung gestellt: „Ist der Krieg eine Geißel der Menschheit?" Ich hatte Gelegenheit, die 13 Aufsätze durchlesen zu können, und habe wieder einen Einblick in den einseitigen Horizont unserer Abiturienten bezüglich der Friedensfrage erhalten. Nur einer der Aufsätze war mit Entschiedenheit der Ansicht, daß der Krieg nur ein Uebel sei. Es war dies der beste mit „sehr gut" zensierte Aufsatz. Bei der Durchsicht der Aufsätze war besonders bemerkenswert, wie von den Schülern die Perserkriege, die Kriege der Cimbern und Teutonen, der Dreißigjährige Krieg und der Krieg 1870/71 als die hauptsächlichsten Kriege immer wieder angeführt und alle in einem Atem genannt wurden, als sei seit den Perserkriegen die Frage der Nützlichkeit und Schädlichkeit des Krieges die gleiche geblieben. Von dem großen Zusammenhang der Weltwirtschaft wußte niemand etwas zu sagen. Von den modernen Humanisierungsbestrebungen, von der Schiedsgerichtsbarkeit und den Haager Friedenskonferenzen waren nur schiefe Gedanken zu lesen. Es wird somit dringend Zeit, daß in unserem modernen Schulunterricht der Friedensidee eine größere Beachtung geschenkt wird.

W.

Der Krieg ein „Gebot Gottes." :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Eine Entgegnung.

Von Rabbiner Dr. Unna-Mannheim.

Im Märzheft der „Friedens-Warte" kritisiert Richard Gädke das Verhalten des Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses, der einen Abgeordneten zur Ordnung rief, weil er den Krieg als einen „Hohn auf Gott, auf das Christentum und die Menschlichkeit" bezeichnete. Er zitierte dabei eine Stelle aus Moltkes Briefen und knüpfte daran die Bemerkung:

„Also nur, weil er glaubt, daß auch das Unglück von Gott gewollt sei, hält er daran fest, daß der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung sei. Als ein Unglück aber betrachtet er ihn in jedem Falle. Man wird nicht leugnen, daß dies der Begriff des alttestamentarischen Gottes sei, des eifernden Gottes, der da sagt: „Das Dichten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf." Mit dem Begriff des Gottes aber, den Jesus Christus gelehrt hat, steht der Krieg in unversöhnlichem Gegensatze."

Nach den Worten des Verfassers könnte es aber scheinen, als ob die Auffassung, der Krieg sei „ein Gebot Gottes", mit dem alttestamentlichen Gottesbegriff vereinbar wäre, und dagegen muß entschieden Verwahrung eingelegt werden. Man sollte doch endlich einmal die irrige Meinung aufgeben, daß der Gott des Alten Testaments ein Gott der Rache, der des Neuen ein Gott der Liebe sei. In trefflicher Weise hat vor kurzem Arthur Drews im zweiten Teile seines Werkes „Die Christusmythe" diese

immer wiederholte Behauptung zurückgewiesen und an einer ganzen Anzahl von Stellen gezeigt, daß schon lange vor Jesus die Auffassung Gottes als des Vaters im Judentum eine ganz gewöhnliche war, und daß auch die Liebe für den Nebenmenschen, wie Jesus sie fordert, nichts anderes sei als die alttestamentliche Nächstenliebe. — Und wer hat denn zuerst die Idee des allgemeinen Völkerfriedens verkündet? Das waren die Propheten des Alten Testaments, das war Jesaia, der sagt: „Sie werden umschmieden ihre Schwerter zu Sensen und ihre Lanzen zu Rebenmessern; es wird kein Volk mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden nicht mehr den Krieg lernen." Sein Ideal eines Königs ist der Friedensfürst, unter dessen Herrschaft „Wolf und Lamm nebeneinander lagern". Von den Königen Israels war der einzige, der als Eroberer auftrat, David; und er wird nicht als Kriegsheld gefeiert, sondern als Psalmdichter. Und die Weisen des Talmud, die nur das Alte Testament kennen, preisen überall in den höchsten Tönen den Frieden. Auf drei Dingen, sagen sie, ruht die Weltordnung: auf Wahrheit, Recht und Frieden. Ja, sie gehen so weit, daß sie sogar das Wort „Schalom" (Friede) als einen der Namen Gottes bezeichnen.

Wenn irgendeine Religionsgemeinschaft, so hat also die jüdische das Recht, sich dagegen zu verwahren, daß ihr eine Anschauung insinuiert wird, die den Krieg als ein „Gebot Gottes" erscheinen läßt.

Das Internationale Bureau des Lehrervereins. :: :: ::

Das internationale Bureau der Lehrervereine hielt Mitte August 1911 im Lehrervereinshaus zu Berlin seine sechste Sitzung ab. Die Vereinigung wurde bekanntlich im Jahre 1905 begründet. Im Jahre 1909 schloß sich der große Deutsche Lehrerverein mit seinen 120 000 Mitgliedern an, dem 1910 der Deutsch-österreichische Lehrerbund folgte. Vorher schon hatten sich dem Bureau angeschlossen der Englische, der Französische, der Tschechische, der Bulgarische, der Holländische, der Luxemburgische und der Belgische Lehrerverein. Jetzt vereinigt das Bureau 18 Lehrerverbände aus 16 Ländern mit **403 000** Mitgliedern. Auf der letzten Berliner Tagung wurden die Satzungen einer Durchsicht unterzogen. Zweck und Aufgabe der Vereinigung wurden wie folgt festgelegt: „Zwischen den Lehrervereinen der Kulturstaaten, welche als Organisationen des gesamten Lehrerstandes eines Landes gelten, ist ein Internationales Bureau errichtet worden, welches die Aufgabe hat, zur Hebung der Volksbildung durch Hebung der Volksschule und zur materiellen und sozialen Besserstellung der Lehrer und Lehrerinnen beizutragen. Daneben soll seine Aufgabe sein, zwischen den Gliedern des Lehrerstandes Bande internationaler Freundschaft und Zusammengehörigkeit zu knüpfen und dadurch die friedliche Annäherung der Völker zu fördern."

Union des Associations internationales. :: :: :: :: :: :: ::

Am 15. und 16. April wird in Brüssel eine Versammlung der „Union des Associations internationales" stattfinden. Seit der ersten Versammlung der Vereinigung im Jahre 1910, an der 130 internationale Gesellschaften teilgenommen haben, und auf der die Existenz des Zentralbureaus offiziell anerkannt wurde, ist eine große Arbeitsleistung vollbracht worden. Die belgische Regierung stellte die nötigen Räume zur Verfügung, die nun tatsächlich von einer großen Zahl internationaler Gesellschaften zum Sitze ersehen wurden. In 16 Sälen wurde ein „Internationales Museum" mit 3000 Gegenständen und Tabellen untergebracht; eine Kollektiv-Bibliothek von 75 000 Bänden wurde vereinigt und über 11 Millionen Notizen über Autoren und Werke bilden den Bestand der „Universellen Bibliographie", außerdem sind in den Archiven 10 000 Dossiers mit 300 000 Stück Dokumenten angesammelt worden. Neben dieser Riesenarbeit hat das Zentralbureau die Herausgabe der „Akten der Kongresse" und des stattlichen „Jahrbuches des internationalen Lebens" besorgt, von dem der erste umfangreiche Band bereits vorliegt. Er enthält eine vollständige Zusammenstellung kurz gefaßter Beschreibungen aller internationaler Bestrebungen. In den nächsten Jahren wird die erste Nummer der Monatsschrift „Revue de la Vie Internationale" erscheinen, die fortlaufend über die wichtigsten Erscheinungen und Vorgänge auf dem Gebiete der internationalen Organisation und des internationalen Lebens berichtet. Die „Carnegie Endowment for international Peace" hat in Anbetracht der Dienste, die die Union der Friedenssache indirekt leistet, indem sie die internationalen Beziehungen fördert, dieser eine jährliche Unterstützung von 75 000 Franken bewilligt. Diese Summe bildet vorerst den Grundstock für das Bureau. Die Union arbeitet in sechs Abteilungen: 1. Ausschuß für Zusammenarbeit und gemeinschaftliche Unternehmungen; 2. Ausschuß für Gesetzgebung und Reglementation; 3. Ausschuß für Einheits-Systeme; 4. Ausschuß für innere Organisation der Gesellschaften und Kongresse; 5. Ausschuß für Dokumentation und Veröffentlichungen; 6. Ausschuß für wissenschaftliche und technische Sprache. Vorsitzender der Union ist Staatsminister Beernaert, Generalsekretäre die Herren Senator La Fontaine und Otlet.

Erinnerungsplakette an die zweite Haager Konferenz.

Der in Paris lebende Bildhauer und Medailleur Tony Szirmai, der sein Können schon sehr oft in den Dienst der Friedensidee stellte, hat aus Anlaß der zweiten Haager Konferenz eine wunderschöne künstlerische Plakette hergestellt, die als ein würdiges Er-

innerungszeichen an jenes große Friedensereignis allen jenen empfohlen werden kann, die die verschiedenen Etappen der pazifistischen Entwicklung durch Werke der Kunst sich vor Augen zu halten wünschen.

Die Plakette, die in Bronze ausgeführt ist, zeigt auf der Vorderseite einen in die Posaune stoßenden Engel, dessen rechte Hand einen Siegeskranz schwingt und über dessen Haupt die Worte PAX stehen. Unterhalb der Schwingen des aufrechtstehenden Engels befinden sich rechts und links das Bild des Urhebers der Konferenz, des Zaren, und das der Königin von Holland, die die Konferenz in ihrer Hauptstadt beherbergte. Eigenartig ist die Rückseite. Sie ist für jeden der 44 auf der Haager Konferenz vertreten gewesenen Staaten besonders hergestellt und zeigt, umgeben von einer entsprechenden Allegorie und mit einer auf die Konferenz bezug nehmenden lateinischen Inschrift versehen, das Porträt des Staatsoberhauptes des betreffenden Staates. Die Serie sämtlicher 44 Plaketten hätten auf dem römischen Weltfriedenskongreß ausgestellt werden sollen. Vielleicht wird in Genf nachgeholt, was in Rom nicht möglich war. Jede Plakette befindet sich in feinem Lederetui. Interessenten wenden sich am besten direkt an den Künstler (112 Brd. Malesherbes).

☞

Auch eine Anerkennung. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Prof. Dr. Ernst Mayer, Professor für deutsches bürgerliches Recht, Kirchenrecht und Rechtsgeschichte an der Universität Würzburg, schreibt mir (auf offener Postkarte):

„Geehrter Herr!

Ich bitte mit der Zusendung der Friedenswarte aufzuhören. Es ist mir unerträglich, dieses Phrasengedresch, das jeden geschichtlichen Wissens entbehrt, länger an Hand zu haben.

Ergebenst

Prof. Dr. Ernst Mayer."

☞

Witziges. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Reichstags hat beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, 36 000 M. für ein monumentales Tor aus Schmiedeeisen für den Haager Friedenspalast zu bewilligen. Dies gibt der Rheinisch-Westfälischen Zeitung Anlaß zu einem Artikel (7./3.), aus dem wir hier einiges festhalten wollen: „... zum ungeheuersten Witz der Weltgeschichte droht die Haager Friedenskonferenz zu werden. Seit ihrem Zusammentritt ist erst ein Dutzend Jahre verflossen. Aber in dieser kurzen Zeit haben sich die Russen und Japaner geschlagen, hat England die Buren sich untertan gemacht und Frankreich Marokko eingesteckt, haben England und Rußland Persien aufgeteilt, drohte ein österreichisch-serbisches Scharmützel und uns im vorigen Sommer dreimal ein englischer kriegerischer Ueberfall, und hat Italien türkisches Gebiet mit Krieg überzogen. Eine ungewöhnlich friedliche Zeit, nicht wahr? Mit papierenen Beschlüssen schafft man nicht den Weltfrieden. Verträge haben nur so lange Wert, als hinter ihnen Macht steht. Und wer schwach ist, muß zugrunde gehen, damit der Starke Raum gewinnt zur Entfaltung seiner Kräfte. Das sind die Lehren des ersten Dutzends Jahren seit dem berühmten Abrüstungs-Brief des Zaren Nikolaus. Wer Frieden mit England will, trete für eine mächtige Flotte ein, und wer gegen einen Ueberfall der Franzosen gesichert sein will, der sorge dafür, daß unser Heer lückenlos und stets schlagbereit bleibe. Auch wir sind für die Stiftung eines Tores am Haager Friedenspalast. Damit er für ewig geschlossen werde." Kommentar überflüssig.

AUS DER BEWEGUNG

Pazifistisches Kongress-Kalendarium. :: :: :: :: :: :: ::

10. bis 13. April, Nimes. Generalversammlung der Gesellschaft „La Paix par le Droit". 25. Stiftungsfest.

15. bis 16. April, Brüssel. Generalversammlung der „Union des Associations internationales".

14. bis 15. Mai, London. Anglo-deutsche Verständigungskonferenz.

15. bis 17. Mai, Lake Mohonk N. Y. 18. Lake Mohonk Konferenz für internationale Schiedsgerichtsbarkeit.

16. bis 18. Mai, London. Nationaler englischer Friedenskongreß.

..... Mai, Dresden. Nationaler deutscher Friedenskongreß.

28. bis 29. Mai, Paris. Sitzung des europäischen Rats der Carnegie-Stiftung.

30. Mai, Paris. Internationale Feier des 90. Geburtstags Frèd. Passys.

30. bis 31. Mai, Paris. Sitzung der Kommission des Berner intern. Friedensbureaus.

16. bis 20. Juni, Paris. Weltkongreß der Nationalitäten.

22. bis 27. August, Haag. II. Kongreß für moralische Erziehung.

24. bis 31. August, Christiania. Kongreß des Institut de Droit int.

... September, Genf. XIX. Weltfriedenskongreß.

13. bis 17. September, Genf. XIII. Interparlamentarische Konferenz.

☞

Aus Finnland. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Ich erhalte folgende Zuschrift:

„Sehr geehrter Herr!

„Pyrkijá", Organ der Finnländischen Jugendvereine, erscheinend in Laihia (Finnland), veröffentlichte am 4. März 1912 einen Aufsatz „Das Ziel der Friedensbewegung", welchen ich aus dem Vorworte Ihrer Broschüre „Der Weg zum Weltfrieden 1911" übersetzt habe. — Lehrer Gustav Kuhtala (Adresse Tammerfors, Finnland) ist wieder zum Präsidenten des Finnländischen Friedensvereins („Suomen Rauhanlütto", Tammerfors) erwählt

worden. — In unserer Hauptstadt Helsingfors gibt es eine andere Friedensgesellschaft, und Senator L. Mechelin ist der Präsident dieser Gesellschaft. — Leider haben wir keine finnische Friedenszeitung, nachdem „Wäinämöinen" zu erscheinen aufgehört hat.

Hochachtungsvoll

Johann A. Mäkinen,
Korrespondent des Finnl. Friedensverein.
Ostola, den 16. März 1912."

LITERATUR U. PRESSE

Die Publikationen des norwegischen Nobelinstituts. :: Das im Jahre 1904 in Kristiania begründete Nobelinstitut, das unter der Leitung des mit der Verteilung des Nobelfriedenspreises stehenden Nobelkomitees des norwegischen Storthing steht, hat sich entschlossen, seine internationale Betätigung durch Herausgabe einer Serie wissenschaftlicher Werke zu erweitern. Diese unter der Bezeichnung „Veröffentlichungen des norwegischen Nobelinstituts" erscheinenden Schriften, werden den Zweck haben, „die Friedensbewegung und die Entwicklung der internationalen Rechtsorganisation zu fördern". Sie werden in den Weltsprachen veröffentlicht werden. Der erste Band der Veröffentlichungen wird am nächsten 1. Mai erscheinen und enthalten:

A. Raeder, Kristiania: Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei den alten Griechen. Ungefähr 300 Seiten in 8°. Das Werk Raeders, das auf dem Studium alter Inschriften beruht, wird eine vollkommene Darstellung der Anwendung der Schiedsgerichtsbarkeit im griechischen Altertum bieten.

Der erste Teil des zweiten Bandes wird eine Arbeit von Professor Achille Lorias von der Universität Turin enthalten. Hierauf werden Schriften von den Professoren Oppenheim in Cambridge, Zorn in Bonn, Lammasch in Wien, Reinsch in Madison, Federspiel in Kopenhagen und anderen europäischen und amerikanischen Autoren folgen.

Die Veröffentlichungen des Nobelinstituts werden durch die Firmen H. Aschehoug & Cie. in Kristiania, Duncker & Humblot in Leipzig, Felix Alcan in Paris, Williams & Norgate in London und G. P. Putnams Son. in New York veröffentlicht werden.

Besprechungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Alfred Vierkandt, die Stetigkeit im Kulturwandel. Eine soziologische Studie. Leipzig. Duncker & Humblot. 1908. 209 S. 5 Mark.

Das Buch Vierkandts erweitert das soziologische Wissen um ein Beträchtliches, indem es zum ersten Male Licht hineinführt in jene Vorgänge des sozialen Lebens, die den Kulturfortschritt bedingen. Es bietet ein Stück Wissenschaft, das sofort in politische Praxis eingewechselt werden kann. Denn was ist wichtiger für die Parteien des Fortschritts, was vor allen Dingen für jene Reformbewegungen, die die Menschheit zum endgültigen Abwerfen aller atavistischen Eierschalen bringen wollen, als zu wissen, nach welchen Methoden sich der Kulturfortschritt vollzieht. Für uns Pazifisten daher ein Buch, das unserer Lehre eine feste Stütze gibt.

Vierkandt enthüllt uns die Kontinuität aller Geschehnisse, den langen Stammbaum aller Neuerungen, von denen wir oft annehmen, daß sie fertig aus irgendeinem Kopf gesprungen sind. Sein Buch erscheint mir ein umständlicher Beweis des alten Ben-Akiba-Wortes zu sein „Alles schon dagewesen", nur mit einer Umformung in der Richtung, daß das Dagewesene fortwährend verbessert und dem Bedürfnisse angepaßt wird, bis es brauchbar und zweckdienlich in die Erscheinung tritt. Wir verfolgen in diesem Buche den Stammbaum so mancher Erfindung, so mancher Einrichtung, die wir als eine Großtat unserer Zeit betrachten und kommen zu dem Schlusse, den uns Vierkandt schon in der Einleitung verrät „daß neue Kulturschöpfungen überwiegend an ältere bereits vorhandene anknüpfen." So zeigt uns Vierkandt, wie uralt die Buchdruckerkunst war als Gutenberg sie erfand, wie das moderne Fahrrad schon im 17. Jahrhundert seine Vorläufer hatte, und wie diese ersten Versuche durch fortwährende Verbesserungen in neuen Phasen zum modernen Verkehrsinstrument sich entwickelte. Wir sehen, wie Jenners große Entdeckung der Schutzimpfung nur aus einer Kombination verschiedener Verfahren bestand, die schon vor ihm zur Anwendung gelangten. Wir erfahren, wie Stephenson und andere nur vollendeten, was die Zeit vor ihnen an unmerklich kleinen Vorarbeiten aufgehäuft hatte.

Von besonderer Wichtigkeit für den Pazifismus erscheint mir die von Vierkandt aufgestellte Theorie des Kulturwandels. Zur Erzeugung eines Fortschrittes wesentlicher Art sind nach ihm drei Momente von grundlegender Wichtigkeit: Die Reife, das Bedürfnis und die Initiative. Wo eines dieser Momente fehlt, kann der Fortschritt nicht zustande kommen. Fehlt die Reife für das Erfassen der Zweckdienlichkeit der Neuerung, so nützt es nichts, wenn das Bedürfnis schon da ist, andererseits bleibt das Bedürfnis ungestillt, wenn auch die Reife schon genügend vorhanden wäre. Vierkandt belegt dies an erhebenden Beispielen. Vollends wirkungslos bleibt die Initiative ohne Reife und Bedürfnis. Reife und Bedürfnis bilden zusammen den Begriff der Disposition, die Initiative erscheint als die auslösende Kraft. Die Lehre von der Rettung der Zeit durch die großen Männer wird dadurch sehr erschüttert. Sie vermögen nichts ohne die unendliche Vorarbeit, die Reife und das Bedürfnis, die die Dispositionsfähigkeit zur Auslösung des Fortschrittes zeitigten. Der Anstoß von außen ist aber das Augenfällige an der Fortschrittszeugung, darum wird ihm bei der Masse das ganze Verdienst zugewiesen. Die Masse und die von ihr beeinflußte Geschichtsschreibung verehrt die auslösende Kraft. Wie wir sehen, mit Unrecht. Dem Anstoß gebührt wohl ein Verdienst am Fortschritt aber nicht das Primäre, sondern das Sekundäre. Der Held ist Nebensache, die unzähligen namenlosen Vorarbeiter sind die Hauptsache.

Es will mir scheinen, als ob in dieser Theorie Vierkandts ein wichtiges Argument gegen jene beliebte Behauptung von der kulturfördernden Kraft des Krieges gelegen ist. Leider geht der Verfasser nicht näher darauf ein. Wir können aber aus seinen Darlegungen eine wichtige Argumentation zugunsten der Friedensidee ziehen. Gewiß; der Krieg zieht oft Kulturfortschritte nach sich. Er gibt den Anstoß, und zwar einen künstlich herbeigeführten. Er könnte aber einen solchen Fortschritt nicht bewirken, wenn nicht die Disposition, die Reife und das Bedürfnis, im Volke vorhanden gewesen wären. Da diese Disposition vorhanden war, so hätte jeder durch Krieg bewirkte Kulturfortschritt auch durch friedliche Initiative bewirkt werden können. Es gibt keinen Kulturfortschritt, der nicht auch ohne Krieg zu bewirken gewesen wäre. Hingegen wird mancher Fortschritt dadurch gehemmt, als die Einrichtung des Krieges, seine Vorbereitung und Erwartung, die auslösende Initiative hindert. Diese Ueberzeugung, die ich mir schon längst gebildet habe, wurde bei mir durch die Lektüre des Vierkandtschen Werkes nur bestärkt. Ich würde wünschen, daß der Verfasser bei einer neuen Auflage auf die Rolle des Krieges als auslösender Faktor des Fortschritts zu sprechen kommen würde. F.

D'Estournelles de Constant, Einschränkung der Ausgaben für Rüstungen zu Lande und zur See. Bericht, vorgelegt im Namen der Kommission, die mit der Diskussion der Frage vor der 17. Interparlamentarischen Konferenz beauftragt wurde. Brüssel und Leipzig. Misch & Thron. 1912. 48 S.

Abermals, wie im Jahre 1906, erhebt Baron d'Estournelles seine Stimme, um die Notwendigkeit einer Verständigung über das Wettrüsten der Staaten darzulegen. Es ist in diesen bemerkenswerten Ausführungen nicht von „Abrüstung" die Rede. Man betrachte nur den Titel. Er spricht nur von „Einschränkung" der Rüstungen. D'Estournelles erhebt nicht den Anspruch, eine Lösung des Problems vorzulegen. „Wir sind weit davon entfernt, das Problem gelöst zu haben", so sagt er in den einleitenden Kapiteln, „aber man muß es aufstellen, bevor man es lösen kann."

Um dieses Problem aufzustellen, gibt der Verfasser zunächst eine Geschichte des Problems. Und — so sonderbar es klingen mag — diese Frage, von der die Regierungen in ihrer Mehrheit gar nichts wissen wollen, die von dem Lärm der Panzerplattenpresse verhöhnt und beschimpft wird, sie hat bereits eine ziemlich lange Geschichte. Eine Geschichte, die den Beweis liefert, daß man durch das Schließen der Augen die große Frage nicht aus der Welt schafft. Durch den Abdruck des Inhaltsverzeichnisses der d'Estournelles'schen Schrift glauben wir den Wert dieser Darlegungen am besten zu kennzeichnen und darzutun, wie sehr diese ausgezeichnete Arbeit geeignet ist, der Propaganda gute Dienste zu tun. Das Inhaltsverzeichnis weist folgende Kapitel auf:

Die patriotische Einschränkung. Darlegung der Motive. Ursprung der Regierungsinitiative und der konservativen Anträge der Einschränkungspläne. Möglichkeit die Einschränkung zu verwirklichen. Die Rüstungen haben seit 1898 zugenommen. Die Kosten der Rüstungen zur See. Der große Tonnengehalt. Die Zunahme der Rüstungen ist für ein Land nicht nur wirkungslos, sondern verhängnisvoll; sie führt zu sozialen Krisen und Streiken. Das Uebermaß der Rüstungen steht im Widerspruch mit dem Fortschritt des Schiedsgerichtsgedankens. Die nationale Verteidigung und die Einschränkung. Die großen Militärmächte unterliegen in den wirtschaftlichen Kämpfen. Die militärischen Lieferungen dürfen die andern nationalen Industrien nicht schädigen. Ein Zerstörungskrieg ist nicht mehr möglich. Die alten Legenden; der Schutz der Kolonien und des Seehandels; die Truppentransporte; die Herrschaft auf dem Meere. Der große Tonnengehalt. Die unvermeidlichen Kriege; der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Die Organisation des Friedens ist kein Wahn mehr. Die Abhängigkeit der Staaten untereinander. Die Pflicht der Interparlamentarischen Union. Die Unmöglichkeit, einen allgemeinen Einschränkungsplan aufzustellen. Allgemeine Dringlichkeit der nationalen Untersuchungen. Die unvermeidlichen Einwände.

Arthur Müller, Paracelsus und der Träumer. Dramatisches Traumspiel in fünf Akten. Verlag Bernhard Wolfram (A. Müller-Fröbelhaus), Wien, 131 S.

Um die verheerenden Wirkungen des Krieges zu schildern, wählt der Autor dieses Stücks die stürmische Zeit der Religionskämpfe bei Luthers erstem Auftreten. Er führt uns in die Humanisten- und Friedensstadt Erfurt, die eben — im Jahre 1521 — nahe daran ist, ihren Ehrentitel durch eigene Schuld einzubüßen. Die unter der Oberhoheit des Erzbistums Mainz stehende Stadt hat im sogenannten „Pfaffensturm" die Katholiken verjagt und verweigert ihre Wiederaufnahme in Rat und Zunft, weshalb sie von Mainz mit Krieg bedroht wird. Statt die von dem Erzbischof-Kurfürsten empfohlene Duldung zu üben, beschließt der Rat, den Kurfürsten von Sachsen um Hilfe und Unterstützung gegen Mainz zu bitten. Doch Verrat in der Stadtverwaltung selbst bringt Erfurt wieder in die Hände seines ursprünglichen Herrn: am dritten Tage der Belagerung wird ein Stadttor den belagernden Mainzern geöffnet. Dieser von der „Friedensstadt" selbst heraufbeschworene Krieg öffnet den Bürgern die Augen über das Unheil, das sie damit auf sich geladen. Hohe Steuern und vermehrte Abgaben zu Vorbereitungs- und Rüstungszwecken, der Tod nicht nur der Kämpfer, sondern unschuldiger Kinder und Frauen, Kranker und Greise, Brand und Plünderung bei der Belagerung legen ihnen den Wunsch nahe, wieder in einer Friedensstadt zu leben. Diese erst durch die Praxis des Lebens bitter erworbene Erkenntnis der Bürger vertritt von Anfang an — zunächst in tatenloser, theoretischer Weise, dann durch tatkräftiges Handeln — der idealistische „Träumer", der Stadtschreiber von Erfurt, dem im Leben wie im Lieben (er erhebt seine Augen zu der Bürgermeisterstochter Leonore) der streitbare Ulrich von Hutten gegenübersteht. Der scheinbar unpraktische Theoretiker und Ideologe behält sterbend recht und erficht noch einen großen moralischen Sieg dadurch, daß er Paracelsus,

den großen Wundermann des Jahrhunderts, auf seine Seite bringt. Dieser von vielen Zeitgenossen und Nachfahren als Charlatan betrachtete, heute von der Wissenschaft freudig anerkannte Arzt und Naturforscher vertritt die neue, kommende Zeit zunächst in seiner Wissenschaft. Er wird als Entdecker der Bakterientheorie hingestellt, er sucht und findet das Heilmittel gegen die Volksseuche, von der auch Hutten ergriffen ist, er spricht vorahnend von den später ausgenützten Wirkungen der Elektrizität, im „Traum" des Schreibers als Thomas Moorus sogar direkt von Telephon und Telegraph, von Photographie und Luftschiffen, und wie die Wunder der Technik, so sieht er auch — Zollfreiheit und ewigen Völkerfrieden voraus. Es werden überhaupt fast alle großen Namen des Jahrhunderts herbemüht: Maximilian, der Bekämpfer des Fehderechts und Verbreiter des Landfriedens, als Herr des Traumreichs, in dem auch Soliman, der Feind der europäischen Christenheit, Aufnahme findet; die Männer der Wissenschaft, Erasmus von Rotterdam und Thomas Moorus im „Traum", die großen Erfurter Humanisten, Adus Reebeanus und Eobanus Hessus, die natürlich auf Seite des Fortschritts stehen, während die beschränkten, ewig tüftelnden Professoren sich ihm nutzlos entgegenstemmen. Ein ungeheurer Apparat wird aufgeboten, um die Friedens- und Schiedsgerichtsidee ins Volk des 16. Jahrhunderts zu tragen. Dieser redet der Stadtschreiber energisch das Wort:

„Der Streit wird sein, doch soll in Zukunft
Des Bürgers Fehde schlichten das Gericht,
Und wenn sich Fürsten streiten, mög' entscheiden
Ein Richter künftig, wem gebührt das Recht.
Wer braucht dann noch zu tragen Waffen,
Wenn Frieden hat das Land und auch die Welt?"

Wegen seiner pazifistischen Tendenz wünschen wir dieser weiteren Arbeit Arthur Müllers, unseres tapferen Mitkämpfers, den besten Erfolg. Möge er nicht nur „die Bretter", die einmal die Welt bedeuteten, erobern, sondern die Welt selbst, der das Eindringen pazifistischen Geistes heute so not tut.

M. W.

Consultation pour les sociétés étrangères d'assurances sur la vie établies en Italie, par Clunet, avec les adhésions de Anzilotti, Asser, von Bar, Holland, Gabba, Lammasch, Lyon-Caen, Roguin, Rolin, Paris, 28 janvier 1912, als Manuskript gedruckt, 51 S.

Die vorliegenden Rechtsgutachten sprechen sich dafür aus, daß Italien nach Völkerrecht verpflichtet ist, die Frage der Entschädigung der ausländischen Versicherungsgesellschaften anläßlich der Einführung des italienischen Staatsversicherungsmonopols dem Haager Schiedsgerichtshofe zu unterwerfen. Das beste Gutachten ist das von Lammasch. Die Sammlung bietet sehr interessantes Material über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit und berücksichtigt vor allem auch die Fragen, auf deren Wichtigkeit ich in Nr. 1 dieses Jahrgangs der Friedenswarte bei der Erörterung des v. Stengelschen Gutachtens über die gleiche Frage aufmerksam gemacht habe. Wehberg.

Frederic von Martens door Edgar de Melville, Band 42 der Sammlung „Mannen en Vrouen van Beteekenis", 40 S., Haarlem, H. D. Tjeenk Willink & Zoon, 1912, Preis 1,30 M.

Das mit einem Bildnis von Martens versehene Büchlein bildet eine interessant geschriebene Würdigung dieses großen Mannes. Die Sammlung, in der diese Schrift erschienen, hat auch bereits Monographien anderer Pazifisten, insbesondere Assers und Bertha v. Suttners gebracht. Es wäre erfreulich, wenn diese Arbeiten ins Deutsche übersetzt würden. W.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Revue Générale de Droit International Public (Paris). Janvier-Février 1912. No. 1.

G. Lauser-Hall, de l'internement des prisonniers de guerre sur territoire neutre, en cas de guerre sur terre. — C. Dupuis, Le rejèt du Naval Prize-Bill par la Chambre des lords. — E. T. Holland, Lois et contumes de la guerre sur terre. — usw.

Bulletin of the Pan-American-Union (Washington). Februar.

Improved banking facilities for foreign trade. — Latin America in the magazines. — Sugar in Brazil.

The American Political-Science Review (Baltimore). February 1912. Vol. VI. No. 1.

Paul S. Reinsch, Diplomatic Affairs and International Law 1911. — usw.

Supplement: Proceedings of the American Political-Science Association at its Eighth Meeting (Dez. 27.—30. 1911).

D'Estournelles de Constant, Einschränkung der Ausgaben für Rüstungen zu Lande und zur See. Verlagsbuchhandlung Misch & Thron. Brüssel und Leipzig 1912.

Sigmund Münz, Von Bismarck zu Bülow. Erinnerungen und Begegnungen an der Wende zweier Jahrhunderte. Verlag Georg Stilke. Berlin 1912.

T. Palamenghi Crispi, Die Memoiren Francesco Crispis. F. Fontane & Co. Berlin 1912.

Ortsgruppe Königsberg der deutschen Friedensgesellschaft. Zweiter Jahresbericht. (Februar 1911—1912).

Bruno Kiesewetter, Lawrence Kansas, U. S. A.: Internationale Sozialpädagogik. Separatabdruck der „Dokumente des Fortschritts." Verlag Georg Reimer, Berlin.

K. W. Bührer und Ad. Saager, Die Organisierung der geistigen Arbeit durch „Die Brücke." Fr. Seybolds Buchhandlung. Ansbach 1911.

Karl Ettlinger, Zwei Briefe über „Die Brücke." Sonderabdruck aus dem Berliner Tageblatt, No. 302. Jahrgang 1911. Fr. Seybolds Buchhandlung. Ansbach 1911.

Adolf Saager, Der Künstler und „Die Brücke." Fr. Seybolds Buchhandlung. Ansbach 1911.

Adolf Saager, „Die Brücke" als Organisierungsinstitut. Fr. Seybolds Buchhandlung. Ansbach 1911.

Wilh. Ostwald, Sprache und Verkehr. Akademische Verlagsgesellschaft. Leipzig 1911.

L. Conturat, O. Jespersen, R. Lorenz, W. Ostwald, L. Pfaundler, Weltsprache und Wissenschaft. Gedanken über die Einführung der internationalen Hilfssprache in die Wissenschaft. Verlag Gustav Fischer. Jena 1909.

Wilh. Ostwald, La Ponto. Aus dem Deutschen in die Weltsprache „Ido" übersetzt. Im Selbstverlage der „Brücke". München 1911.

Ders. La Mondo Formati. Aparta Imprimuro ek La Börsenblatt für den deutschen Buchhandel. No. 243, 1911. Tradukita en la Linguo Internaciona „Ido". Im Selbstverlage der „Brücke." München 1912.

R. W. Bührer und A. Saager, La organizado de la intelekta laboro per la Ponto. Esperantigita de J. Schmidt. Librejo Fr. Seybold. Ansbach 1911.

Grundlagen der Weltsprache. Sonderdruck aus Heft 5 von „Idano", Monatsschrift zur Verbreitung der Idosprache (Reform-Esperanto) in den Ländern deutscher Zunge. Franck'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Fr. Schneeberger. Kurzer Lehrgang der Weltsprache Ido. Ido-Verlag, Lürslingen-Solothurn. 8°.

Verband für die Schaffung eines Weltsprache-Amtes: Aufruf und Statuten.

D'Estournelles de Constant, Limitation of Naval und Military Expenditure. Misch & Thron. Bruxelle 1912.

American Association for Internal Conciliation, New York: Viscount Haldane, Great-Britain and Germany. A study in national characteristics. Spezial-Bulletin. March, 1912. 8°. 30 S. — Franz Boas, An Anthropologist's View of War. No. 52. March 1912. 8°. 14 S.

Diana Agabeg Apcar, Betrayed Armenia. Published by the „Japan Gazette" Press. Yokohama 1910. 4°. 77 S.

Dieselbe, In his name. „Japan Gazette" Press. Yokohama 1911. Gr. 8°. 52 S.

Dieselbe, Peace and no peace. „Japan Gazette" Press. Yokohama 1911. Gr. 8°. 101 S.

D'Estournelles de Constant, Limitation des charges navales et militaires. Misch & Thron. Bruxelles 1912.

Conciliation Internationale. Librairie Ch. Delagrave. Paris. Bulletin trimestriel, No. 1 (1912): M. D'Estournelles de Constant, L'accord franco-allemand du 4 novembre 1911. — No. 3 (1911): Dr. L. Quidde, L'organisation de l'Union Interparlementaire. — No. 4 (1911): M. D'Estournelles de Constant, Limitation des charges navales et militaires.

Délégation pour l'adoption d'une Langue auxiliaire internationale. Imprimerie Paul Brodard. Coulomniers 1910. Compte-Rendu de travaux du comité; Conclusions du rapport (par les secrétaires L. Conturat et L. Leau).

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

H. W. In Nr. 1 der „Revue Générale de Droit intern. public" wird ein interessantes Rundschreiben mitgeteilt, in dem Scott und Alvarez die Begründung eines amerikanischen Institutes für internationales Recht befürworten, das ähnlich wie das Brüsseler Recht zusammengesetzt sein, sich aber auf die Bearbeitung der rein amerikanischen Probleme beschränken soll. In derselben Nummer gibt Drago eine interessante Schilderung des Neufundlandstreites vor dem Hager Schiedsgericht, in dem er mancherlei persönliche Eindrücke von den Verhandlungen und den Reden der Rechtsanwälte widergibt. In der Nr. 1 der „Revue de droit intern." schildert Rolin die neuere, sehr erfreuliche Entwicklung der Interparlamentarischen Union.

In der Märznummer von „Vreede door Recht" würdigt Ter Meulen Frieds Verdienste und erblickt seine wertvollste Tätigkeit in dem ihm wohlgelungenen Bestreben, den Pazifismus von einer Utopie zur Wissenschaft zu erheben. In derselben Nummer wird ein Aufsatz des Utrechter Professors de Louter über die Zukunft des Völkerrechts, der in „De Gids" Februar 1912 erschienen ist, besprochen. Ein Vergleich dieser Arbeit mit dem tüchtigen Werke Oppenheims falle nicht zugunsten de Louters aus. De Louter ist im großen und ganzen Skeptiker. Ihm fehlt noch die rechte Einsicht in die Bedeutung des Haager Werkes.

Der „Advocate of Peace" befürwortet in seiner Märznummer, in allen Ländern einen Aufruf gegen die Verwendung der Luftfahrzeuge im Kriege zu veranstalten. Ich halte jeden Versuch, den Luftkrieg zu beseitigen, für aussichtslos und bin im Gegenteil der Meinung, daß gerade die Schrecken des Luftkrieges dazu beitragen werden, die Staaten noch mehr zu einem friedlichen Zusammenschluß zu bringen. Das, was Bloch vor zehn Jahren verkündet hat, ist heute noch nicht ganz Wahrheit geworden, aber es wird allmählich zur Wahrheit werden. Noch mehrere solcher wunderbarer Erfindungen von Kriegswaffen, wie die Luftfahrzeuge, und die Stellung des Pazifismus ist dauernd gefestigt! In der Märznummer des „Arbitrator" ist der Aufruf abgedruckt, der die amerikanische Friedenszeitschrift zu ihrem Vorschlage gegen den Luftkrieg angeregt hat. Man darf übrigens gespannt sein, wie sich die interparlamentarische Union auf ihrer nächsten Versammlung zu der Frage stellen wird.

Im Märzheft des „Völkerfriede" bespricht Umfrid ein Buch von Paul Rohrbach „Deutschland unter den Weltvölkern" sehr beifällig.

In Nr. 5 der Zeitschrift „Die Friedensbewegung" ist ein hochbedeutsamer Aufsatz „Zur Abrüstungsfrage" enthalten. Allégret gibt zunächst in einem Briefe seinen Standpunkt zur Rüstungsfrage wieder und betont, wie wertvoll es sei, daß die Friedensbewegung die Förderung der internationalen Organisation als Hauptpunkt auf ihr Programm geschrieben habe. Gobat gibt in einem Schlußworte seine eigene Meinung zu dem Probleme und sagt, es sei ein Irrtum anzunehmen, daß die Begrenzung oder Beschränkung der Rüstungen nicht eher möglich sein werde, als bis die internationale Organisation vollendet sei. Ganz gewiß muß es gelingen, zu verhindern, daß durch die fortwährenden neuen Rüstungen Mißtrauen unter die Staaten gesät wird. Dagegen ist die völlige Abrüstung gar nicht eher denkbar, als bis die Organisation der Menschheit beendet ist.

In Nr. 4 der „La Paix par le Droit" befürworten Richet und Ruyssen, die öffentliche Meinung solle dahin organisiert werden, daß sie von der nächsten Friedenskon-

ferenz einen vorbehaltslosen Schiedsvertrag nach dem Mondialsystem verlange. Ich glaube nicht, daß dieser Vorschlag glücklich ist. Die internationale Organisation kann nicht von heute auf morgen geschaffen werden, und man muß auf papierne Verträge nicht zu großes Gewicht legen. Die Hauptsache bleiben doch der Zwang der tatsächlichen Verhältnisse infolge des Zusammenhanges der Weltwirtschaft und der Geist, der die Regierungen beseelt. Hiermit müssen die Verträge im Einklang stehen, wenn sie von Wert sein wollen. Unablässige Arbeit ist erforderlich, um langsam die große Saat auf natürlichem Wege zur Entwicklung zu bringen.

Fachpresse.

Völkerfriede (Eßlingen). März. O. Umfrid, Deutschland unter den Weltvölkern. — usw.

Der Friede (Bern). März. Th. Schmidt, Idealer Antimilitarismus. — W. Kohl, Kriegshandwerk. — Genossenschaftsidee und Weltfrieden. — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). März, Nr. 5. J. H. Resny, aîné, Der Konkurrenzkampf. — Schülerwettbewerb für den Friedensunterricht. — usw.

La Paix par le Droit (Paris). Nr. 4. Frédéric Passy, Ceux qu'il faut honorer; Charles Lemonnier. — J. Prudhommeaux, Une année de propagande pacifiste. — Pierre Nattan-Larrier, Après la crise. — usw. — Nr. 5. Frédéric Passy, Ceux qu'il faut honorer: Potonié. — Louis Salafa, Le Banquet de la Paix. — usw.

Etats-Unis d'Europe (Bern). März. Gaston Moch, Richesse, Paix et Armements (Suite). — Madeleine Block, Impressions sur le Congrès des Races (Suite). — usw.

The Arbitrator (London). März. Anglo-German Relations. — Mr. Churchill's Blunder. — Armed Airships. — A Memorial against the Use of Armed Airships. — S. Blackeney B. A., How compulsory Military Training would work. — Lord Haldane's Mission. — Conscription in New Zealand. — Sir Edward Grey on the Anglo-Russian Agreement. — usw.

Concord (London). März. Felix Moscheles, Force in Sheep's Clothing. — T. Baly, D. C. L., The Rights of the Invaded. — C. E. Maurice, Some Dangers of Anglo—Germanism. — Conscription in New Zealand. — The war in Tripoli: A juridical Protest. — usw.

The Herald of Peace and International Arbitration (London). April. William Evanson, The American Arbitrations Treaties. — G. A. Hopkins, The Confessions of the War Party. — usw.

The Advocate of Peace (Wash.) März. Charles E. Beals, Chicago Office and Field Secretaryship. — J. L. Tryon, Maine and New Hampshire in Line. — William H. Short, New York Peace Society. — George Elliot Howard, The Power of Organised Peace. — Senator Mc. Cumber, The General Arbitration Treaties. — Edward L. Parsons, Christianity and the Peace Movement. — usw.

Messenger of Peace (Richmond, Ind.). Febr. — Harold A. Swank, Significance of the Two Hague Peace Conferences. — David Starr Jordan in Japan. — usw.

The Cosmopolitan Student (Madison, Wisconsin). Febr. M. A. Kuller, The Cosmopolitan Spirit. — The Student Movement abroad. — usw.

Orgaan van den Algemeenen Nederlandschen Bond „Vrede door Recht" (Gravenhage). März. Prof. Mr. J. de Lonter, De Toekomst van het Volkenrecht. — J. ter Meulen, De beteekenis van Alfred Fried. — De opening van het Vredespaleis — Der Menschheit Hochgedanken. — usw.

Artikel.

(Rundschau): „Deutsch-englische Mißverständnisse" betitelt sich ein in Fortsetzungen in der „Frankfurter Zeitung" (26. und 27. März) erschienener Artikel des Münchner Professors Dr. M. J. Bonn, der in ausgezeichnet klarer und objektiver Weise, die Ursachen der Verstimmung auf beiden Seiten der Nordsee erhellt. Die besonderen bemerkenswerten Schlußworte des Artikels lauten:

„Man mag immer die Vorstellungen, die in Deutschland über England und in England über Deutschland bestehen, als Mißverständnisse betrachten; sie können aber leicht zu Handlungen führen, aus denen dann unverrückbare Tatsachen hervorgehen werden. Man hört heute, da die Stimmung in verantwortlichen Kreisen besser geworden zu sein scheint, häufig den berechtigten Wunsch, nicht nur schöne Worte, sondern nützliche Taten möchten den Umschwung der Verhältnisse bezeugen. So erfreulich eine solche Bescheidenheit ist, wenn sie von Leuten geübt wird, die noch vor kurzem leidenschaftliche Leitartikel für nationale Taten hielten, — mit Taten allein ist ein dauerndes gutes Verhältnis zwischen Deutschland und England nicht zu begründen; es gibt keine Handlung, an der nicht gedeutelt werden könnte, und es gibt keine Deutung, die hitzigen Phantasten zu kühn wäre. Es ist dringend zu wünschen, daß die Regierungen vernünftige Vereinbarungen treffen; es ist aber ebenso nötig, daß die Presse diese Abmachungen dann als solche bezeichnet. Ueber die böse Presse ist, nicht immer mit Unrecht, schon viel geklagt worden. In Deutschland wie in England gibt es ja Blätter, die eine unwahre Tatsache, die das Publikum aufregt, lieber bringen, als eine wahre, die es langweilt; und da diese Blätter einander gerne zitieren, so bauschen sie ihre gegenseitige Bedeutung auf. Im großen ganzen stammen aber die unwahren oder die halbwahren Nachrichten, die die Presse verbreitet, weniger aus den Köpfen der Herausgeber, als von ihren Zuträgern, — den „privaten" wie den „beamteten". Die ersteren kann man sich vom Leibe halten — aber die letzteren? Daher genügt es nicht, daß wohlmeinende Individuen sich gelegentlich in öffentlichen Versammlungen zusammenfinden und den begeisterten Ausführungen eines Redners lauschen. Es handelt sich vielmehr darum, die Mißverständnisse, die von interessierten Kreisen, seien es gewissenlose Politiker oder kühl

rechnende Interessenten, hervorgerufen werden, zu beseitigen und immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Welt groß genug für die Entwicklung beider Völker ist, auch wenn sich zwei Firmen beider Länder über einen Lieferungsvertrag nicht einigen können."

In den „Sozialistischen Monatsheften" (Nr. 6) geht Eduard Bernstein dem „modernen" Spuk zuleibe. Mit Recht geißelt er die Versuche das Mißtrauen gegen England dadurch zu nähren, indem man gewisse englische Maßnahmen aus dem 17. und 18. Jahrhundert als Beweis der Vertrauensunwürdigkeit des heutigen Englands anführt. „Es gibt heute", so führt Bernstein treffend aus, „schwerlich auch nur einen Engländer, der die Kriege, die England in dem hier geschilderten Zeitalter und früher geführt hat, und die Methoden seiner Eroberungspolitik in Bausch und Bogen gutheißt, aber sehr viele (und zwar nicht bloß Sozialisten), die über diese Politik und die auf Grund ihrer geführten Kriege die schärfsten Verdammungsurteile gefällt haben. Ueberhaupt ist nicht einer der hier in Betracht kommenden Kriege ohne starke Opposition in England selbst geblieben. Was man dem deutschen Publikum heute von der Herrschaft des Grundsatzes Right or wrong, my country in bezug auf England erzählt, wird durch jede Seite der englischen Geschichte Lügen gestraft. Nirgends sind Kriege, die die Regierungen Englands führten, noch während dieser Kriege selbst, so rückhaltlos von heimischen Politikern bekämpft worden wie gerade in England. Die Bolingbroke und Harley, die Edmund Burke und John Dunning, die William Pitt und Charles Fox haben alle gelegentlich mit Entschiedenheit ihre Stimme für diejenigen erhoben, mit denen England gerade im Krieg lag, wenn sie nicht, wie zum Beispiel Fox, direkt deren Siege feierten. Und das blieb nicht auf das 18. Jahrhundert beschränkt. Wenn im Juni 1781 zurzeit des Krieges mit den nordamerikanischen Kolonien, ein William Pitt der Jüngere diesen Krieg im Parlament als „höchst fluchwürdig, verrucht, barbarisch, ungerecht und teuflisch" geißelte, so sehen wir im 19. Jahrhundert einen John Bright und andere während des Krimkriegs diesen in großen Volksversammlungen mit gleich scharfen Ausdrücken bekämpfen und laut erklären, daß die größte Schuld für ihn nicht bei Rußland, sondern bei den Westmächten, England und Frankreich, liege. Das hat aber nicht verhindert, daß John Bright, ebenso wie die Bolingbroke, Burke usw., als um das Land verdiente Patrioten ihre Denkmäler in Westminster erhalten haben, und in neuester Zeit ist ein Campbell-Bannerman Ministerpräsident geworden, obwohl er nur etliche Jahre vorher, während des Krieges gegen die Buren, unumwunden für das Recht der Buren eingetreten war.

Bemerkenswert sind auch die Schlußausführungen jenes Aufsatzes, denen wir unumwunden zustimmen. Sie lauten: „Wie viele Reste von Gewaltpolitik jener Zeit sich nun auch in die Gegenwart hinüber vererbt haben, so sind doch die Beziehungen der Völker, die Kräfte und Aufgaben der Politik so wesentlich andere geworden, daß es für jeden normal denkenden Menschen ausgeschlossen sein sollte Vorgänge aus dem Jahrhundert der schlimmsten interstaatlichen Anarchie, der tückischsten Kabinettspolitik, als Beweise für angebliche Tendenzen heutiger Völker aufmarschieren zu lassen. Indes sind es nicht mehr bloß Einzelfälle, daß in solcher Weise die Geschichte zum Spuk mißbraucht wird. Eine ganze Literatur dieser Gattung überschwemmt den Markt und vergiftet durch beständige Wiederholung der selben Schlagworte das Denken eines nicht unbedeutenden Teils gerade derjenigen Kreise, die man die Klasse der Intellektuellen nennt. Im 17. und 18. Jahrhundert war es immerhin zeitgemäß das Verhältnis der Länder zueinander unter dem Gesichtspunkt einer auf Eroberung gerichteten Politik zu betrachten. Denn der Staat, das waren die Fürsten und die Oligarchien, das Volk aber war die zum Vorteil jener auszupressende Masse. Heute läßt eine Eroberung in allen Ländern vorgeschrittener Kultur die Eigentumsverhältnisse sowie die Verwendung der Steuern im wesentlichen unberührt, und selbst in den Kolonien wird eine Auspressung der einheimischen Bevölkerung immer mehr zur Unmöglichkeit. **Unter diesen Umständen hat man beim Lesen der Artikel unserer Militärschriftsteller oft das Empfinden, als betrete man ein altes, mit dickem Spinnengewebe umzogenes Gemäuer, in das seit Generationen keine Menschenseele eingedrungen ist. Muffige Geister, die unberührt geblieben sind von dem, was in den Völkern wirklich lebt, und wonach sie sinnen und trachten."**

In den „Berliner Neuesten Nachrichten" vom 6. März, schreibt O. C. (anscheinend Otto Corbach) einen „Pazifismus und Amerikanismus" betitelten Artikel, der mit einer für jenes Blatt immerhin merkwürdigen Anerkennung des Pazifismus beginnt: „Nichts ist berechtigter", so heißt es da, „als eine vernünftige Friedensbewegung. So wahr wie es undenkbar ist, daß die Kulturmenschheit zu den handwerksmäßigen Arbeitsmethoden des Mittelalters zurückkehrt, vielmehr auf dem Wege mechanischer Produktion und gesellschaftlicher Arbeitsteilung fortschreiten wird, so lange es noch Eisen gibt, um Maschinen daraus herzustellen, so wahr müssen sich die Menschenverbände immerzu ausdehnen, innerhalb deren der Friede eine Notwendigkeit, der Krieg eine Unmöglichkeit bedeutet." Diese Erkenntnis in den „Berliner Neuesten Nachrichten" ist gewiß recht erfreulich. Nur meint O. C. unmittelbar darauf, „das brauchen uns nicht erst die modernen Pazifisten zu sagen, das hat in „beredten Worten schon der Nationalist Friedrich List verkündet." Also wieder die bekannte Taktik, uns vorzuwerfen, daß wir offene Türen einrennen wollen, nachdem man unsere Worte jahrelang verhöhnt hat. Mit Verlaub, Herr O. C. Wir verschweigen durchaus nicht, daß vor uns mancher kluge Mann unsere Lehren verkündet hat. Auch schon vor List! Wir führen sie in unseren Schriften bis Jesaiah und Zoroaster zurück. — Natürlich ist Ihnen unser Pazifismus kein vernünftiger Pazifismus. Sie sagen: „Was aber List der von Adam Smith begründeten wirtschaftlich wissenschaftlichen Schule vorwarf, sie habe einen Zustand, der erst werden solle, als wirklich bestehend angenommen, das läßt sich auch den modernen Pazifisten vom Schlage A. H. Frieds vorwerfen. Auch er nimmt

den Zustand, unter dem vielleicht einmal in ferner Zukunft ein Weltfrieden bestehen kann, als bereits vorhanden an und predigt allen Völkern der Erde seine Lehre von der unbedingten Abrüstung. Daß internationaler Friede von internationaler Gerechtigkeit abhängt, und daß, solange noch keine völlige internationale Gerechtigkeit die wechselseitigen Beziehungen der Völker regelt, ein zur Geltendmachung eines Grundsatzes internationaler Gerechtigkeit unternommener Krieg der Sache des Weltfriedens in Wirklichkeit ebenso förderlich, wie ein auf Kosten internationaler Gerechtigkeit zustande gebrachter Schiedsvertrag zwischen zwei Nationen ihr hinderlich sein muß, das sind ihm böhmische Dörfer."

Gestatten Sie, Herr O. C., Ihnen zu widersprechen. Es ist eine grobe — Fahrlässigkeit, was Sie da sagen. Ich predige nirgends „die unbedingte Abrüstung", ich lehre vielmehr in allen meinen Schriften, daß die Rüstungen ein Symptom der internationalen Anarchie sind, und nur in dem Maße zurückgehen können, als die internationale Ordnung sich festigt. Ich sage also gerade das, was Sie mir vorwerfen, unterlassen zu haben. Bevor Sie ausgehen, ein Urteil über „vernünftigen" und „unvernünftigen" Pazifismus zu fällen, sollten Sie die Materialien studieren. Die „Berliner Neuesten Nachrichten" habe ich übrigens auf die Unrichtigkeit in jenem Artikel aufmerksam gemacht, die Redaktion hat es aber für „korrekt" gehalten, darüber schweigend hinwegzugehen.

Der Präsident der Columbia-Universität in New York, Mr. Nicholas Murray Butler, veröffentlicht in der „American Review of Reviews" (März) einen Artikel „The Worlds Peace and the Panama Pacific Exposition", indem er für die Errichtung einer großen Friedenshalle auf der San Francisco-Ausstellung eintritt, die als Mittelpunkt der Ausstellung dienen soll. In dieser Halle sollen die großen Kongresse des Jahres 1915 abgehalten werden, unter ihnen auch der Weltfriedenskongreß jenes Jahres, die Interparlamentarische Konferenz und der Kongreß des Institut de Droit international. Auch andere Veranstaltungen, die der internationalen Verständigung dienen, sollten dort abgehalten werden. Präsident Butler weißt darauf hin, daß das Jahr 1915 in mannigfacher Hinsicht ein Friedensjubiläumsjahr sein wird. Es werden nicht nur hundert Jahre vergangen sein, seitdem der Friede zwischen Großbritannien und England besteht, sondern auch hundert Jahre seit der Beendigung der Napoleonischen Kriege. „Trotz der Konflikte, die sich in den letzten hundert Jahren ereignet haben, bedeuten diese nichts gegenüber der fast ununterbrochenen Serie blutiger Kriege, die im Mittelalter begann und bei Waterloo endigte. Im Vergleich zu den vorhergehenden Jahrhunderten bilden die mit 1915 endigenden hundert Jahre, ein Jahrhundert des Friedens und der stetig fortschreitenden Gerechtigkeit." — Diese Tatsache sollte nach Butlers Meinung in San Francisco würdig gefeiert werden.

(Bibliographie): I. Friedensbewegung im allgemeinen. Edwin de Lisles, Unter der Kriegswolke. „Allgemeine Rundschau", 9. III. * The Psychology of War (Besprechung von W. L. Grane, „The Passing of War" und von J. Novikow, War and its Alleged Benefits"). „The Times", 14. III. * Karl Leuthner, Vom Seekrieg zum Landkrieg. „Sozialistische Monatshefte", 28. III. * Alfred H. Fried, Offener Brief an Generale und Admirale. „Neues Wiener Journal", 16. III. * Hermann Friedemann, Der beleidigte Krieg. „März", 16. III. * Emile Flourens, Die Kehrseite der pazifistischen Medaille. „Deutsche Revue", Aprilheft. * d'Estournelles de Constant, Internationale Friedensbestrebungen. „Nord und Süd", 1. III. * Edward F. Winslow, European Armaments and War. „The Independent", 7. III. * Ein Protest gegen die Kriegshetze der Unverantwortlichen. „Ulmer Zeitung", 11. III.

II. Die Internationale Politik. J. Ellis Barker, Zur Besserung der englisch-deutschen Beziehungen. „Deutsche Revue", Aprilheft. * Kontreadmiral z. D. Stiege, Die englische und die deutsche Flottenvorlage. „Vossische Zeitung", 27. III. * Lord Avebury, Deutschland und England. „Neue Badische Landeszeitung", 17. III. * Italien im Dreibunde. (Von einem Diplomaten.) „Oesterreichische Rundschau", 15. III. * Dr. Alfredo Bacelli, Oesterreich und Italien. „Die Zeit", 24. III. * Jean Herbette, France, Allemagne et Triple-Entente. „Le Siècle", 19. III. * Dr. Max Kolben, Internationalisierung Lybiens. „Neues Wiener Journal", 19. III. * William G. Short, Noch einmal Deutschland und die Schiedsverträge. Rundschau zweier Welten (New York), Märzheft. * Die deutsch-englische Verständigung. „Deutsche Revue", 1. III. * F. Cunliffe Owen, The „Kaiser" in American Politics. „The Metropolitan", March. * Union Pan-Americana. Opiniones del Prof. Lammasch, D. Miguel de Unamuno, D. J. M. Nuñez U., Vargas Vila, D. Camilo Torres Elicechea y Sancú Cano. „Hispania", 1. IV.

III. Völkerrecht. Günther Thomas, Die amerikanischen Schiedsgerichtsverträge. „Der Tag", 19. III. * Dr. Hans Wehberg, Vermittlung oder Intervention im italienisch-türkischen Kriege. „Handel und Industrie". 16. III. * Hans Burggraf, David Hill: Völkerverständigung, Völkerorganisation und der moderne Staat. „Der Volkserzieher", 15. III.

IV. Internationales. Leopold Katscher, Rassenkongreß. „Die Gegenwart", 9. III.

V. Wirtschaftliches. Wettrüsten. „Die Zeit", 22. III. * Dem Abgrund entgegen. „Volksstimme", 25. III.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Der internationale Studentenverein in Berlin

hat im verflossenen Wintersemester durch eine Reihe wohlgelungener Veranstaltungen, unter denen besonders eine schöne Weihnachtsfeier und eine prächtige Harzreise im Januar zu nennen sind, seinem Zwecke gerecht zu werden versucht. Den Abschluß des Semesters bildete ein chinesischer Abend, an dem unter anderem Professor Reinsch-Wisconsin, der diesjährige

Austauschprofessor, über die „Zukunft der chinesischen Republik" sprach. Eine nicht bloß auf akademische Kreise beschränkte Zuhörerschaft spendete seinen geistvollen Ausführungen und denen zweier chinesischer Mitglieder des Vereines reichen Beifall. Der Verein kann trotz seines kurzen Bestandes (seit Februar 1911) auf eine erfolgreiche Tätigkeit in der Richtung der Erweckung des Verständnisses für fremde Kultur bei Ausländern und Deutschen zurückblicken; auch hat schon manche Vereinsbekanntschaft zu dauernder Freundschaft zwischen Studierenden der fernabliegendsten Staaten geführt, eine Richtung der Vereinstätigkeit, die durch den Anschluß des Berliner und Leipziger Vereins an den „Corda Fatres"-Bund neue Steigerung erfahren wird. „Die Herzen sind Brüder", wenn dieser schöne Gedanke, den sich dieser große internationale Studentenbund zum Leitspruch gewählt hat, von den Hochschulen ausgehend allmählich in weitere Kreise verbreitet, so sind wir in der Richtung der Völkerverständigung einen großen Schritt vorwärts gekommen. Leider liegen in den Entfernungen der Großstadt Berlin große Schwierigkeiten für die Vereinstätigkeit und so manche, die sich für den Verein und seine Tätigkeit interessieren, erfahren nichts von seinen Veranstaltungen. Die Vereinsleitung ersucht daher Interessenten, ihren Namen und Adresse dem Schriftwart, Herrn M. v. Hamm, Wilmersdorf, Xantener Straße 23, bekanntgeben zu wollen. Für das Sommersemester sind einige größere Vortragsabende (so von Professor Lamprecht aus Leipzig) und nationale Veranstaltungen (so ein russischer und ein südafrikanischer Abend) in Aussicht. Ordentliche Mitglieder können nur Studierende an Berliner Hochschulen werden, als außerordentliche Mitglieder können auch Fernerstehende die Vorteile des Vereins genießen. Die für das Sommersemester neugewählte Vereinsleitung, (Vorsitzender: Dr. Karl Brunner, Wilmersdorf, Kaiserplatz 18, ein Oesterreicher), in der wie bisher die verschiedensten Staaten vertreten sind, wird ihr möglichstes tun, den Mitgliedern des Vereins das kommende Semester recht nutzbringend zu gestalten.

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

20. Hauptversammlung.

Präsidentin, Baronin v. Suttner, eröffnete die 20. Hauptversammlung, besprach vorerst die Ereignisse des Jahres auf dem Gebiete der internationalen Friedensbewegung in erster Linie den unglückseligen italienisch-türkischen Krieg, ferner die erfreuliche Aktion des Präsidenten Taft betreffend, die gewisse Klausel aus den Schiedsgerichtsverträgen zu streichen, kam dann auf die große Wohltat für unsere Bewegung durch die Carnegie-Stiftung zu sprechen, welche dem Berner Büro eine jährliche Subvention von 100 000 Fr. bewilligt. Nicht minder erfreulich sind die Fortschritte in der englisch-deutschen Versöhnung.

Auf die eigentlichen Vereinsangelegenheiten übergehend wurden hervorgehoben: Die Abhaltung eines populären Vortragszyklus, welcher vom Vizepräsidenten, Prof. Dr. Kobatsch und Vorstandsmitglied Arthur Müller geleitet, die denkbar besten Resultate zeitigte. Die Sekretärin der amerikanischen Schulfriedensliga aus Boston, Mrs. Fannie Fern Andrews, wohnte einem solchen Vortrage bei und sprach sich äußerst anerkennend in ihrem Bericht darüber aus.

Weitere Vorträge wurden abgehalten von Prof. Broda, Paris, Prof. Kobatsch, Prof. Dr. Walter Schücking, Marburg, Edwin Mead, Boston, Mrs. Fannie Fern Andrews, Boston.

Anläßlich der Reichsratswahlen wurde an die Genossenschaften ein Rundschreiben gerichtet, in welchem darauf aufmerksam gemacht wird, nur jene Kandidaten zu wählen, welche versprechen, für die Ziele der Friedensbewegung einzutreten. Ebenso wurde an die neugewählten Abgeordneten ein Schreiben gerichtet, mit der Aufforderung, sie mögen auf einen Stillstand der Rüstungen dringen; gleichzeitig wurden sie ersucht, der interparlamentarischen Union beizutreten.

Der Friedenstag am 18. Mai wurde in der Art gefeiert, daß hervorragende Persönlichkeiten ersucht wurden, über die Bedeutung dieses Tages (Eröffnung der I. Haager Konferenz), sowie über den Antrag des Präsidenten Taft ihre Ansichten zu äußern. Die Zuschriften wurden in der Neuen Freien Presse an leitender Stelle veröffentlicht und außerdem in Broschürenform herausgegeben.

An Sir Edward Grey sandte der Vorstand ein Dankschreiben für seine ausgezeichnete Rede. Sir Edward Grey hat hierfür durch die britische Botschaft seinen Dank sagen lassen.

Beim Empfangsabend am 30. August zu Ehren der Mitglieder der Bostoner Handelskammer im Wiener Rathause, begrüßte diese Vizepräsident Prof. Kobatsch im Namen unserer Gesellschaft. Im September weilte der Lordmayor von London in Wien; der Vorstand begrüßte ihn in einem offenen Briefe in der Tagespresse.

Anläßlich der Rüstungsforderungen in den Delegationen wurde eine von Prof. Kobatsch verfaßte Resolution zugunsten eines Rüstungsabkommens in den Zeitungen veröffentlicht.

An den Präsidenten der österreichischen Gruppe der interparlamentarischen Union, Freiherrn v. Plener, richtete unser Vorstand ein Schreiben, in welchem dieser ersucht wird, die interparlamentarische Union möge an den österreichischen Ministerpräsidenten eine Interpellation wegen der bedeutungsvollen Erklärung des englischen Minister des Auswärtigen Amtes über die Einschränkung der militärischen Lasten richten.

Ganz besonders wurde auf dem Gebiete der Schule und Friedensbewegung gearbeitet. Es beteiligten sich an dieser Propaganda durch Vorträge, Veröffentlichung von Friedensartikeln, Einbringung von Friedensanträgen bei Bezirkslehrerkonferenzen, die Herren Lehrer Grasmaier in Neumarkt, Schulleiter Demal in Winklarn, Raimund Schubert in Ober-Preschkau, Fachlehrer Storch in Petschau, Karl Heinl in Chodau, Schulleiter Czizek in Gars und Prof. Batek in Pilsen.

Bei allen österreichischen Bischöfen wurde die Einführung eines Friedenssonntages angeregt

und die Kirchenfürsten zum Mitarbeiten ersucht. Es langten Zustimmungsschreiben von den Bischöfen aus Prag, Königgrätz und St. Pölten ein.

Gegen den italienisch-türkischen Krieg wurde eine Kundgebung geplant, welche jedoch wegen verschiedener Schwierigkeiten, die sich entgegenstellten, unterblieben; dagegen wurde in den Tagesblättern eine diesbezügliche Resolution veröffentlicht.

Hierauf teilte Baronin v. Suttner mit, daß unser langjähriges Vorstandsmitglied, Herrenhausmitglied Ludwig Lobmeyr, sein Mandat, mit Rücksicht auf sein hohes Alter zurückgelegt hat. An dessen Stelle wurde Prof. Dr. Oswald Richter in den Vorstand kooptiert und die Versammlung ersucht, die Wahl nachträglich zu genehmigen (angenommen).

Nach dem Berichte der Revisoren über die Kassagebahrung der Gesellschaft, vom Revisor, Herrn Alfred Pettersch, in Vorlesung gebracht, wurde konstatiert, daß ein Saldo von 11.418,41 K. vorhanden ist und zur Kenntnis genommen.

2. Volkstümlicher Vortragszyklus.

(Fortsetzung.)

Am 14. März sprach der Präsident der Soziologischen Gesellschaft, Herr Rudolf Goldscheid, über „Menschenökonomie und ihre Beziehungen zur Friedensbewegung". Dieser ausgezeichnete Vortrag dürfte noch in Broschürenform erscheinen. Am 21. März sprach unser Vizepräsident, Prof. Dr. Rudolf Kobatsch, über „Krieg und Frieden im Lichte der Volkswirtschaftslehre". Der Vortragende prüfte die wichtigeren wirtschaftlichen Argumente, welche für die Rüstungen angeführt werden; die Rüstungen seien eine Art Versicherungsprämie gegen den Krieg und dessen Schäden; ferner das handelspolitische Argument, indem man den Rüstungen den Schutz und die Sicherung des Außenhandels, namentlich des Exportes, der Handelsschiffe, der Auswanderer zuschreibt; weiter das Produktivitätsargument, demzufolge die Rüstungsauslagen der Volkswirtschaft wieder zugute kommen. Der Vortragende suchte die Unrichtigkeit dieser Argumente auf Grund statistischer Daten und der Erfahrungstatsachen zu widerlegen, und kam dann auf die volkswirtschaftlichen Nachteile der Kriege und der Rüstungen zu sprechen. Nach jedem größeren Kriege habe sich eine Panik eingestellt, außerordentliche Steuer- und Schuldenlasten, welche ihre volkswirtschaftlich schädigenden Wirkungen oft noch nach Dezennien äußern. Die Kriege selbst, aber auch die steigenden Rüstungslasten seien eine Hauptursache der Teuerung, und zwar direkter und indirekter Art. Die Rüstungen bringen auch vielfach Nachteile für die einzelnen Berufe mit sich. Die steigenden Rüstungslasten bewirken, daß die Staaten kulturelle und soziale Bedürfnisse nicht oder nur ungenügend bewirken können. Aus englischen, amerikanischen, deutschen und französischen Quellen wurde ferner der Zusammenhang dargelegt, welcher zwischen den materiellen Rüstungsinteressen und der Rüstungspolitik besteht. In dem Generalberichte einer großen englischen Werft z. B. sei gesagt, daß man hoffe, daß Deuschland mehr Schiffe baue, weil dann auch wieder die englische Schiffsbauindustrie mit größeren Aufträgen bedacht würde. Auch die jetzt in Frankreich herrschende Begeisterung für den Luftschiffbau könne auf die wirtschaftlichen Interessen einzelner Kreise zurückgeführt werden. Den volkswirtschaftlichen und finanziellen Gefahren des unbegrenzten Wettrüstens könne nur durch eine unausgesezte Propaganda zugunsten eines Rüstungsabkommens und der schließlichen Einbürgerung des obligatorischen Schiedsgerichts Halt geboten werden. An den Vortrag schloß sich eine Debate, welche sich sehr lebhaft gesaltete, weil auch Mitglieder des Flottenvereines das Wort ergriffen.

Am 28. März hielt der Leiter des Landeserziehungsheimes in Mödling, Prof. Dr. Josef Longo, einen Vortrag über „Jugenderziehung und Friedensbewegung". Nachdem Redner zunächst die landläufigen Einwände gegen die Friedensbewegung in der Schule scharf widerlegte, zeigte er die Fehler auf, die schon in der Kinderstube und im Elternhaus gemacht werden: militärische Spielsachen und Kinderuniformen beeinflussen den Geist des Kindes in militärischem Sinne frühzeitig. Die Friedenssache lehrt dagegen das Kind frühzeitig, daß es nur eine Moral gibt für Individuen und Staaten, die den Mord verbietet, die erzieht zum Geiste der Brüderlichkeit, die die nationale Eigenart der Völker wahrt, sie aber als Glieder einer großen Familie erkennen läßt. So wird Vaterlandsliebe und Menschenliebe kein Gegensatz. Ein obligater Friedensunterricht ist, vorläufig wenigstens, nicht anzustreben, da die Friedensbewegung unter den Lehrern und Erziehern noch zu wenig Beachtung findet. Die Kriegsbegeisterung, von der unsere Lesebücher und Geschichtsbücher strotzen, läßt sich bei einigem guten Willen stark eindämmen. Das Erlernen fremder Sprachen, namentlich Esperanto, internationale Schülerkorrespondenz, Schüler- und Lehreraustausch unterstützen die Friedensbewegung in der Erziehung. Schul- und Lehrerbibliotheken sollen die Friedensliteratur berücksichtigen. Die Erfolge der Friedensbewegung lassen sich in der Erziehung leicht an das Lebensbild der viel verspotteten „Friedensbertha" anschließen. Nur, wenn die Jugend zum Frieden erzogen wird, wird endlich die Zeit kommen, da das Engelswort „Friede auf Erden" Wirklichkeit geworden ist.

Am 4. April hielt unsere Präsidentin, Frau Baronin Berta von Suttner, den Schlußvortrag über „Erinnerungen und Erfahrungen". Von Mitgliedern der amerikanischen Kolonie, die dem Vortrage beiwohnten, wurden der Baronin Suttner Blumen überreicht.

Subvention. Die Direktion des Berner Bureaus bewilligte uns aus dem für die Verteilung an Friedensgesellschaften bestimmten Betrage der Carnegie-Stiftung pro 1912 eine Subvention von 1800 K. Von diesem Betrage wurden jedoch für die neue italienische Friedensgesellschaft 200 K. in Abzug gebracht. Die erste Hälfte der Subvention per 800 K. wurde bereits unserer Zahlstelle überwiesen.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.
Druck: Pass & Garleb G.m.b.H., Berlin W.57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien.

Mai 1912.

Die Wehrvorlage im Reichstag.

Vor mir liegen die stenographischen Protokolle der Reichstagsverhandlungen vom 22. bis 25. April. Fast hundert Seiten mit ungefähr 112000 Worten. In der Tat eine umfangreiche Erörterung jener großen Frage, die heute die ganze Welt bewegt. Wohl hat sich die Mehrheit des Reichstags für die von der Regierung geforderte Erhöhung der Wehrkraft ausgesprochen; aber es ist nicht zu verkennen, daß sich diese Debatten ganz anders darstellen, wie etwa noch vor zwei Jahrzehnten oder nur vor einem. Es ist unzweifelhaft pazifistischer Geist, der hier eingedrungen ist, und der in den Reden zum Ausdruck kommt. Die Frage der Rüstungsverminderung, die früher im deutschen Parlament als etwas Unerhörtes galt, von der überhaupt nicht gesprochen werden durfte, wird jetzt von allen Rednern berührt und einer Erörterung gewürdigt. Einerlei, ob man sich skeptisch zu diesem Problem verhält oder aussichtsfroher in die Zukunft blickt; es wird erörtert. Es beweist, daß die Diskussion begonnen hat, und die Diskussion ist das Werkzeug aller politischen Wandlungen.

Selbst in der Begründung der Vorlage seitens der Regierung ist eine solche Wandlung zu verzeichnen. Auch hier ist pazifistischer Geist eingedrungen. Der Krieg wird bei der Mehrforderung nicht mehr in den Vordergrund gestellt, sondern weit hinten in einer verschwommenen Perspektive als die wirkliche ultima ratio, an die man selbst nicht mehr zu glauben scheint, rangiert. Das sind Fortschritte, die man nicht bestreiten kann, und an denen man, trotz mancher dunklen Erscheinung der Gegenwart, laut seine Freude äußern darf. Es hat den Anschein, als ob in dem Wahnsinnskampf um die Ueberlegenheit nicht mehr die eigene Energie der Sache nach vorwärts treibt, sondern nur mehr die Schwerkraft der Idee ihre Wirkung ausübt.

In der Rede, mit der der Reichskanzler die neue Vorlage begründete, finden wir sogar direkte Hinweise auf die pazifistische Arbeit. So in dem Satze: „Es geschieht ja viel, um die Konfliktsmöglichkeiten zu vermindern, nicht nur auf Friedenskongressen, sondern auch durch Abmachungen unter den Staaten, Schiedsgerichtsabkommen und ähnliche Verabredungen. Dadurch werden Kriegsmöglichkeiten vermindert, aber ausgeschlossen werden sie nicht. Die Beziehungen der Nationen breiten sich immer weiter über den Erdball aus. Dadurch werden unzweifelhaft die friedlichen Berührungspunkte vermehrt; zugleich treten aber aus dem Konkurrenzkampfe der materiellen Interessen neue Konfliktsmöglichkeiten hervor!“

Gewiß, das sind Worte, die aus unserem Lehrschatz genommen worden sind, und es ist erfreulich, sie aus dem Munde des höchsten Beamten des Reiches wiederholt zu hören. Freilich folgern wir anders daraus; aber unsere Folgerung beruht auf der Voraussetzung, daß die in diesen Lehren ausgedrückte Erkenntnis zu einer gemeinsamen Beschlußfassung aller Staaten führen sollte. Von einem Einzelstaate aus betrachtet, müssen die aus den Weltinteressen sich ergebenden Konfliktsmöglichkeiten zu immer neuen Rüstungen führen. Das ist gar nicht anders denkbar. Wir gehen nur weiter und sagen, das über die ganze Welt ausgedehnte Interesse eines jeden Staates muß zu Einrichtungen führen, die den Konflikten einen anderen Charakter geben, so daß ihre gewaltsame Lösung in keinem Falle mehr als vorteilhaft angesehen wird. Wir weisen auf die Organisierung des normalen Zusammenlebens der gemeinsam interessierten Staaten

hin und verlangen Weltorganisation und Zweckverbände. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Erkenntnis der Richtigkeit unserer Lehre in nicht zu ferner Zeit zu jener grundlegenden Veränderung der Staatenbeziehungen führen muß. Das mechanische Vorwärtsdrängen auf der Bahn des Wettrüstens wird dann aufhören; man wird das gemeinsame Interesse aller Staaten dann derart verdichtet haben, daß es stark genug sein wird, für die Konflikte, die wir ja nicht beseitigen wollen, Regelungen der Vernunft vorauszusehen. Das unbegrenzte Wettrüsten wird dann überflüssig erscheinen.

Der Reichskanzler hat mit richtigem Blick die Gefahr erkannt, die, in dieser Zeit der internationalen Interessenverquickung, wo zugestandenermaßen Kriege von keiner Seite mehr gewollt werden, den Ausbruch eines solchen noch ermöglichen kann. Er sprach von den „lärmenden und fanatisierten Minoritäten", die die Regierungen in die Kriege hineintreiben, von jenem „mißverstandenen Patriotismus", der Handel und Wandel stört und keinen Nutzen bringt. Auch das ist pazifistische Erkenntnis. Nur mit dem Unterschiede, daß wir die Regierungen für stark genug halten, um jene unverantwortlichen Hetzer, jene den Volkswohlstand gefährdenden Elemente zu entkräften. Hier besteht noch ein Mißverhältnis, das auszugleichen ist. Eine Regierung, die sich stark genug fühlt, mächtigen Parteien gegenüber Traditionen und Legimität zu wahren, ist auch stark genug, um jene ihr angeblich lästig erscheinenden Kriegstreibereien zu verhindern oder, was das einzig Angezeigte dabei wäre, lächerlich zu machen. Solange dies nicht geschieht, hat es den Anschein, als ob den Regierungen jene kleinen Kläffer zuzeiten sehr erwünscht wären. Aller Fortschritt in der Erkenntnis der Dinge ist erfreulich. Nur muß man aus jeder Erkenntnis die letzten Konsequenzen ziehen.

Diese Konsequenzen haben im Verlauf der Debatte am folgerichtigsten die beiden sozialdemokratischen Redner gezogen. Es ist erfreulich, zu sehen, wie die deutsche Sozialdemokratie ihren orthodoxen Standpunkt gegenüber der Friedensidee immer mehr aufgibt. Sie begnügt sich nicht mehr, alle Betätigung für den Weltfrieden solange der Kapitalismus nicht durch den Sozialismus überwunden ist, als ideologischen Dilettantismus hinzustellen. Sie fängt an einzusehen, daß bis zu jenem fernen Tage sehr wichtige Gegenwartsarbeit zu leisten ist, und damit schließt sie sich, ohne es zu wollen, oder vielleicht gar ohne es zu wissen, der Arbeit der von ihr noch immer verhöhnten, sogenannten bürgerlichen, Friedensfreunde an. Und das ist gut so. Denn solange die Sozialdemokratie ihr Dogma von der Einen reaktionären Masse aufrecht erhält und jede Zusammenarbeit mit den fortgeschritteneren Teilen des Bürgertums ablehnt, bleibt alle von ihr entfaltete Energie wirkungslos. Ein riesengroßes Triebrad ohne Transmissionsriemen. Taktische Gründe müssen die Sozialdemokratie dahin führen, mit dem fortgeschrittenen Bürgertum zusammenzuwirken, denn nur dadurch erhält sie positiven Einfluß auf die Neugestaltung der politischen Verhältnisse. Das, was die beiden sozialdemokratischen Redner in jener Wehrdebatte an Argumenten vorgebracht haben, ist gar nichts anderes als das, was wir in unseren Schriften und Reden seit Jahr und Tag in den Vordergrund stellen. Der Abgeordnete Haase machte dem Marxismus sein Kompliment, indem er sagte, daß der ewige Friede kommen wird, sobald die großkapitalistische Wirtschaftsordnung durch den Sozialismus abgelöst ist. Er machte aber auch der Gegenwart die Konzession, indem er hinzufügte, daß schon heute eine Einschränkung der Rüstungen möglich wäre. Es ist pazifistische Arbeit, wenn er den Hetzern in der deutschen Presse die Maske herabreißt, wenn er die Lasten und die Kosten, wie die Folgen eines künftigen Krieges ziffernmäßig darlegt. Und der Abgeordnete Gradnauer geht so weit, ganze Sätze aus dem, der Sozialdemokratie früher doch so sehr verhaßten, Zarenmanifest dem Reichstag vorzulesen und ihn an die Rüstungsresolution jener Haager Konferenz zu erinnern, die sozialdemokratische Schriftsteller einstens als „diplomatischen Teetisch" verhöhnten. Wir können dem sozialdemokratischen Abgeordneten fast in allen seinen Ausführungen zustimmen, ganz besonders aber in den nachfolgenden Sätzen, in denen er unsere Lehre vertritt, in denen er Ansichten zum Ausdruck bringt, die wiederholt von uns formuliert wurden auf jenen Friedenskongressen, über die sich die sozialdemokratische Presse und ihre Macher nicht genug lustig machen konnten. So in der nachfolgenden Stelle seiner Rede:

„Wenn es aber nach unseren Rüstungen ginge, dann müßte es in Deutschland doch schon längst außerordentlich sicher gewor-

den sein! In Wirklichkeit ist es so: je mehr gerüstet wird, je mehr Militär- und Marinevorlagen kommen, um so bedrohlicher sind die internationalen Verhältnisse, um so konfliktreicher die Weltzustände geworden! Gerade, weil wir immer und immer gerüstet und die anderen Staaten mit uns gewetteifert haben, haben sich diese schlimmen Zustände entwickelt. Deshalb fordern wir Sozialdemokraten ein Innehalten auf dieser gefährlichen Bahn. Wir können nicht einsehen, daß dieser bewaffnete Friede, von dem Sie sprechen, ein Friede ist, der Anspruch auf diesen Namen machen kann. Es ist kein wirklicher Friede, kein Kulturzustand, sondern ein Friede der Barbarei, der die furchtbarsten Gefahren in sich birgt. Wir vertreten eine ganz entgegengesetzte Politik. Wir lassen das Wort, das Sie so oft zitieren: Wenn du den Frieden willst, so rüste den Krieg! nicht gelten, sondern wir meinen: wenn du einen wirklichen, dauernden Frieden willst, so tue alles Menschenmögliche, um eine Verständigung unter den großen Nationen herbeizuführen!"

Bei den Rednern der Fortschrittspartei ist die konsequente Vertretung des internationalen Standpunktes leider weniger zu bemerken gewesen. Erfreulich ist zwar die Zurückweisung der chauvinistischen Ruhestörer durch den Abgeordneten Müller-Meiningen und eine Abwehr der Rüstungsreklame seitens der Rüstungsvereine und der offiziellen Pressebureaus durch den Abgeordneten Haußmann.

Sehr bedauerlich ist die Haltung des Zentrums gewesen, dessen Redner sich über das schwerwiegende Problem mit einigen sehr billigen Bemerkungen hinweghalfen. So, wenn der Abgeordnete Spahn bemerkte: „Die Verantwortung für die Steigerung der Lasten tragen wir nicht. Diese Verantwortung hat man uns aufgezwungen. Die Steigerungen liegen zum großen Teil in den politischen Verhältnissen begründet . ." Erinnert das nicht stark an Onkel Bräsigs bekannter Definition der Armut? — Aber noch einfacher sind die Bemerkungen des Abgeordneten Erzberger, der es nicht einmal für angebracht hält, sich mit den „Locktönen (!), die besonders von England immer wieder herüberkommen," im deutschen Reichstage noch lange aufzuhalten, und der das Wort Churchills von dem „Luxus" der deutschen Flotte mit der wenig höflichen und noch weniger klugen Bemerkung erwiderte: „Für einen Luxus kann unsere Flotte nur derjenige ansehen, der auf dem Standpunkt des Brandstifters steht; der hält die Feuerwehr auch für einen Luxus." Mit solchen Witzen dient man dem Frieden nicht.

Da sind die Worte, die der konservative Abgeordnete v. Gamp-Massaunen der Rüstungsverständigung mit England widmete, von größerem Ernste getragen. In seiner Rede finden wir die hochwichtige Mitteilung, daß der Staatssekretär des Marineamtes sich in der Budgetkommission einer Flottenverständigung mit England geneigt erklärt habe. Diese Verständigung müßte auf einer Grundlage vor sich gehen, „die die deutsche Flotte als Verteidigungswerkzeug intakt hält". Herr von Gamp lehnt es ab, daß die Festlegung der Schiffsbauten auf das Verhältnis von 2:1 gestellt werde. Er schließt sich der Meinung des Staatssekretärs an, der eine Flottenstärke Deutschlands im Verhältnis von zwei Dritteln zur Flottenstärke Englands fordert. Das sind wichtige Mitteilungen, an die dann der Abgeordnete Haußmann anknüpfte, wobei dieser darauf hinwies, daß England wenigstens für die Hauptklasse der Schiffe den Zwei-Mächte-Standard bereits fallen ließ und im Verhältnis von 60% zu Deutschland, also 1,6 gegen 1 bauen will. Da bestünde ohnehin keine große Differenz mehr zwischen der Auffassung des Marineamtes, die Herr v. Gamp zum Ausdruck brachte und die in Zahlen übersetzt sich als 1,5 zu 1 darstelle, so daß das tatsächliche Verhältnis nur noch um 0,1 für die größten Schiffsklassen auseinandergeht. Herr Haußmann fügt hinzu: „Das sind neue gewichtige Momente, die uns zeigen, daß man auch ohne das Mittel einer völkerrechtlichen Vertragsbindung, die in der Uebergangszeit oder in einer Periode der Gereiztheit für die Völker etwas Beengendes und Unerwünschtes hat, die Formen gefunden und angebahnt hat, um in ein gesundes Gleichgewicht auf der Basis einer Respektierung des beiderseitigen Sicherheitsgefühls zu gelangen, die in ihrer Wirkung auf das gleiche wie ein Vertrag hinauslaufen."

Man sieht, die Reichstagsverhandlungen über die Wehrvorlage lassen manche befriedigende Ausblicke zu. Diesen Wandel festzustellen, ist für uns das Wichtigste. Mag das Ziel noch entfernt sein, der Wandel der Anschauungen zeigt uns den Fortschritt auf dem Wege dahin. Und wer diese stenographischen Protokolle mit Sorgfalt studiert, wird zu der Einsicht kommen, daß auch im Deutschen Reiche dieser Fortschritt sich vollzieht. Die schreienden Patrioten, die

Brunnenvergifter und Feuilletonpolitiker haben leider noch viel zu viel Bewegungsfreiheit. Ihr unverantwortliches Gebaren allein erzeugt jenen Nebel, der uns den Ausblick auf das Ziel verhüllt und es uns manchesmal ganz unmöglich macht, die Etappe zu erkennen, auf der wir uns befinden. Aber bei diesen Erörterungen im Reichstage gewinnt man wieder die Möglichkeit der Klarsicht und erringt sich dadurch die innere Beruhigung und die Ueberzeugung des dauernden Fortschritts. Noch werden die Milliarden in den Orkus geworfen. Aber die Erkenntnis ist doch bereits so weit herangereift, daß man eines Tages zu einem vernünftigen Zusammenwirken aller Nationen wird gelangen können. Es ist daher nichts weniger angebracht als Pessimismus. A. H. F.

Die chinesische Revolution und der Weltfriede.

Von Graf Shigenohu Okuma,
ehem. Ministerpräsidenten, Finanzminister und Minister des Auswärtigen, Tokio.

Die allgemeine Tendenz der heutigen Welt liegt in der Richtung des Friedens. Diese Tendenz macht sich besonders geltend in den Beziehungen zwischen Völkern gleichen Kulturgrades. Solche Völker trachten in jeder Weise, den Krieg zu vermeiden und freundliche Beziehungen untereinander aufrechtzuerhalten. Zu dieser Tatsache ist die Menschheit aufs aufrichtigste zu beglückwünschen. Sobald wir uns aber jenen Erdstrichen zuwenden, die von Völkern bewohnt sind, die einen gleich hohen Kulturgrad nicht erreicht haben, und die daher nicht die nötige Widerstandskraft besitzen, erscheint die Beständigkeit des Friedens nicht so gesichert. Die eigentliche Ursache der Friedensstörung liegt nach meiner Meinung in der Unterschiedlichkeit des Kulturgrades der verschiedenen Völker. Ueberall, wo eine hohe und eine niedrige Zivilisation miteinander in Berührung kommen, ist immer ein Element der Gefahr für die Aufrechterhaltung des Friedens vorhanden. Die durch eine solche Berührung erfolgte Wirkung ähnelt dem, was wir im physikalischen Leben sehen, wenn eine weit ausgedehnte Menge fließenden Wassers in seinem Vorwärtslauf plötzlich auf eine Fläche von tieferem Niveau stößt. Die Gewalt der Zivilisation einer höheren Stufe stürzt sich förmlich auf die Völker der niedrigeren Zivilisation, die nicht mit einer genügenden Widerstandskraft ausgestattet sind.

Ein oberflächlicher Beobachter würde sagen, daß die Hauptgefahrenquelle für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Eroberungslust, dem unersättlichen Expansionsgelüste von seiten der großen Völker liege. Nach meiner Meinung scheint diese Ansicht auf falscher Auffassung zu beruhen. In der heutigen Welt gibt es keine vorherrschende Macht, sondern eine ganze Anzahl starker Nationen. Diese wirken natürlich mit- und gegeneinander als Hemmnis und Ausgleich. Der wunde Punkt bei der Aufrechterhaltung des Friedens scheint mir nicht bei den großen Mächten zu liegen; vielmehr in jenen Gegenden, wo Völker auf einer niedrigeren Zivilisationsstufe diese, angesichts der unwiderstehlichen Gewalt einer höheren Zivilisation, nicht aufrechterhalten können. Wenn der Einfluß einer starken Macht sich auf eine Gegend zu erstrecken beginnt, die von einem schwächeren Volke bewohnt ist, so sehen andere starke Mächte dem nicht bloß zu, sondern suchen ebenfalls ihren Einfluß zu sichern. Der Zusammenstoß solcher entgegengesetzten Kräfte erzeugt diplomatische Strudel und Wirbel. Darin liegt die Gefahr für den Frieden. Die vulkanischen Ausbrüche in der diplomatischen Welt erfolgen daher nicht inmitten der starken Mächte, sondern in Gegenden wie auf der Balkan-Halbinsel, in Afrika oder China, wo die Widerstandskraft eine offenkundig ungleiche ist. Die diplomatische Geschichte Europas der letzten hundert Jahre verzeichnet viele wichtige Ereignisse; eine Analyse dieser Geschichte würde aber die Richtigkeit meiner Theorie deutlich beweisen.

Ein praktisches Beispiel dafür finden wir in der gegenwärtigen Lage Chinas. Dieses Land besitzt nicht nur die nötige Widerstandskraft nicht, sondern auch nicht die Macht zu positivem Vorgehen gegenüber einer Störung des Weltfriedens. Gerade weil China schwach ist, liegt in ihm die Gefahr, daß es zu einem Wirbel internationaler Verwicklungen werden könnte. Ein derartiger Strudel wäre nicht das Ergebnis der Haltung Chinas, sondern der Geltendmachung der widerstreitenden Einflüsse seitens der Mächte. Einer der überzeugendsten Beweisfälle dieses Truismus war der Russisch-Japanische Krieg von 1904/05. Ueber die unbedeutenderen Ursachen dieses Krieges dürften die Meinungen auseinandergehen. Manche werden behaupten, daß die Verantwortung für diesen Krieg einzig und allein Rußland trifft. Die Russen werden vielleicht sagen, daß Japan diesen Krieg anstrebte. In der Tat dürften beide Mächte, vielleicht in verschiedenem Grad, aber jedenfalls gemeinsam, für dieses fürchterliche Blutvergießen verantwortlich zu machen sein. Aber es ist keine Frage, daß, wenn man der Sache auf den Grund geht, dieser Krieg durch die Unfähigkeit Chinas, mit der übrigen Welt auf der allgemeinen Bahn der Zivilisation vorwärtszuschreiten, veranlaßt wurde. China besitzt mehr als ein Fünftel der ganzen Bevölkerung der Erde. Es ist ein großes Volk,

dessen verbürgte Geschichte sich auf 30 Jahrhunderte nach rückwärts erstreckt. Die Fähigkeit oder Unfähigkeit Chinas, sich der übrigen zivilisierten Welt anzupassen und so in den Rat der Völker einzutreten, wird von entscheidendem Einfluß auf die Aufrechterhaltung des Friedens im Orient und infolgedessen auf die Aufrechterhaltung des Weltfriedens überhaupt sein.

Allem äußeren Anschein nach hat die chinesische Revolution ihr Ende erreicht; aber in Wirklichkeit können wir weder in der inneren Verwaltung Chinas noch in seinen diplomatischen Beziehungen eine endgültige Klarheit finden. China wird noch durch das Dunkel der Nacht und durch stürmische See und viele schwierige Meerengen steuern müssen, bevor das Land den Schimmer des Friedenslichtes erblicken wird können. Sollten die Mächte mittlerweile den Versuch machen, ihre territorialen Expansionsbestrebungen auf seine Kosten zu befriedigen, und Schritte zu unternehmen, die zur Zerstückelung dieses weiten Reiches führen, so würden darauf Komplikationen erfolgen, deren Ende einfach nicht abzusehen ist.

Während der Jahre von 1884 bis 1892 teilten die europäischen Mächte Afrika untereinander auf. Dies konnte ohne ernstere Schwierigkeiten zu Ende geführt werden, weil der weitaus größte Teil des dunkeln Erdteils entweder überhaupt unbewohnt oder nur von Wilden bevölkert war. Sollten die Mächte in China ähnliches versuchen, so würden sie es mit weit schwierigeren Bedingungen zu tun haben. Dieses Land hat eine der Einwohnerzahl Europas fast gleich zahlreiche, auf einer hochentwickelten Kulturstufe stehende Bevölkerung. Eine Teilung dieses Reiches auf dieselbe Weise wie in Afrika zu versuchen, wäre ein mit großen Gefahren verbundenes Unternehmen. Ein solcher Versuch würde ein allgemeines Aneinanderprallen der widerstreitenden Interessen seitens der Mäche hervorrufen. Schon die vorherrschende Stellung in der Mandschurei, die Japan als Ergebnis seines Krieges gegen Rußland einnahm, gab seinerzeit Anlaß zu jeder Art von Argwohn und Verdacht. Es wurde sogar behauptet, die Beziehungen Japans zu den Vereinigten Staaten hätten sich hauptsächlich deshalb verschlechtert, weil es Japan nicht gelungen wäre, in jenen Gegenden das Prinzip der Gleichberechtigung und der Politik der offenen Tür aufrechtzuerhalten.

Wenn solche ungünstige Verdachtsgerüchte im Hinblick auf die Beziehungen zweier Mächte entstanden, die aus historischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen so eng miteinander verbunden sind, wie es nur jemals zwei miteinander verbündete Mächte sein konnten, so kann man sich vorstellen, welches Resultat sich ergäbe, wenn die Mächte von dem gegenwärtigen, noch nicht endgültig geordneten Stand der Dinge in China Vorteil ziehen und den Versuch machen wollten, ihre Einflußsphären durch ein Dazwischentreten in seine inneren Wirren oder durch die Aussendung großer Truppenkörper zu begründen. Nicht verbürgte Berichte würden Anlaß zu weiteren Gerüchten geben, Verdacht würde neuen Verdacht erwecken, und der Schluß davon wäre, daß China mitten im Wirbel internationaler Streitigkeiten stände. Es ist daher Sache Japans und Großbritanniens, bei denen von allen Mächten das größte Interesse auf dem Spiele steht, jede mögliche Maßregel zur Erhaltung der territorialen Unantastbarkeit Chinas zu treffen. Aus diesem Grunde hoffe ich zuversichtlich, daß von allen Regierungen der Welt die Kabinette von Tokio und London über die Lage Chinas dahin übereinstimmen werden, mit der stärksten Entschlossenheit dessen territoriale Unantastbarkeit zu wahren und den Status quo in Ostasien aufrechtzuerhalten. Wenn die Grundsätze der anglo-japanischen Allianz in energischer und unzweideutiger Art betont werden, kann kein Spielraum für ehrgeizige Bestrebungen oder für das Erwecken von Verdachtsgründen seitens der Mächte bleiben. Es gibt kein besseres Mittel, China vor dem drohenden Untergang zu schützen und gleichzeitig nicht allein die Interessen Japans und Großbritanniens, sondern die gemeinsamen Interessen aller Völker zu wahren.

Die Regierung und die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika, die so eifrig zur Förderung des Friedens in jeder Richtung wirken, werden sich zweifellos freudig der Aufrechterhaltung der Prinzipien des Anglo-Japanischen Bündnisses anschließen. Das amerikanische Volk wird bald erkennen, in welchem Irrtum es sich befand, wenn es Zweifel und Verdacht in bezug auf Japans Absichten auf China und dessen Gebiet hegte. Wenn auf seiten mancher Amerikaner auf diese Weise Mißverständnisse aufgeklärt werden könnten, und wenn die jetzige Revolution als Schlüssel dazu dienen könnte, China den Weg moralischer und geistiger Verjüngung zu erschließen und Japan Gelegenheit zu geben, seinen Lieblingsplan, die Förderung der mit China gemeinsamen Interessen zu verwirklichen, dann hätte sich ein großes Unglück in eine wahre Glücksquelle verwandelt.

Ich wiederhole, daß die Bedrohung der Beständigkeit des Weltfriedens nicht von seiten der starken Mächte kommt. Der wunde Punkt liegt dort, wo der Stand der Zivilisation ein niedriger ist, und wo infolgedessen die erforderliche Widerstandskraft nicht vorhanden ist. Nahezu ganz Afrika ist schon zwischen den Mächten aufgeteilt worden, und durch diese Teilung ist in jenem Erdteil ein Gleichgewicht europäischer Macht begründet worden. Die Marokkofrage ist

durch das Uebereinkommen zwischen Frankreich und Deutschland geregelt worden. Das Schicksal von Tripolis wird zweifellos binnen kurzem durch den Ausgang des gegenwärtigen Krieges zwischen Italien und der Türkei entschieden werden.

Die Ketten diplomatischer Vulkane erheben sich daher nicht mehr in Afrika, sondern nur auf dem Balkan und in China. Die Balkan-Halbinsel scheint sich jetzt schnell einem Zustand zu nähern, der dem erloschener Vulkane verglichen werden kann. Hingegen hat China gegenwärtig viel Aehnlichkeit mit einem Vulkan am Vorabend eines Ausbruchs. Sollte dieser Ausbruch stattfinden, würde sich das daraus ergebende Unheil über die ganze Welt verbreiten. Nur dadurch, daß China auf dem Pfad des Fortschritts weitergebracht wird, kann es vor dem Untergang gerettet werden. Nur dadurch kann die drohende Gefährdung der Aufrechterhaltung des Weltfriedens abgewendet werden. Es ist daher mein aufrichtiger Wunsch, daß sich die Völker der Erde in dem gemeinsamen Bestreben vereinen mögen, China auf einen höheren Stand der Zivilisation zu erheben. Die Mächte würden der Erfüllung ihrer offenkundigen Pflicht nicht nachkommen, wenn sie aus irgendeinem Grunde es unterließen, die äußersten Anstrengungen im Sinne dieser Friedensmission zu machen.

ΠΌΛΕΜΟΣ ΠΑΤῊΡ ΠΙΆΝΤΩΝ*)?

Das alte Wort des dunklen Heraklit hat seine fröhliche Wiederauferstehung in einem Buche des Generals der Kavallerie z. D. von Bernhardi gefeiert, der es als Leitmotiv für seine Untersuchungen über den nächsten Krieg Deutschlands benutzt.**) Ueberall klingt diese Melodie an, in immer neuen Wendungen sucht er seine Auffassung zu begründen und, ein wahrer eifernder Prophet des Krieges, dem deutschen Volke als eine unerbittliche, aber auch ersehnte Notwendigkeit, als Bedingung und Stufe zu weiterer ruhmreicher, segensvoller Entwicklung klarzumachen — bis zu dem Schlußworte, das in dem Anrufe des alten Arndt an Gott selbst ausklingt:

„Laß hell die Waffen klirren
Von deiner Sternenburg,
Hau von den wüsten Wirren
Den ganzen Jammer durch."

Dem begeisterten Seher hat der Ausgang der Marokkowirren die Feder in die Hand gedrückt; so betrübt er darüber ist, so ist er ihm doch kein endgültiges Ergebnis, ja, er versteigt sich (S. 328) zu dem Bekenntnis, daß das Marokkoabkommen sogar „den Vorteil" biete, „daß es zahlreiche neue Reibungsflächen mit Frankreich schafft". Freilich würde auch er nicht sofort und unmittelbar ein Siedlungsgebiet in dem — von 7—12 Millionen fanatischer Mohammedaner bewohnten — Lande erstrebt haben, aber er würde die Waffen ergriffen — und damit vielleicht hunderttausend deutsche Männer dem Tode, noch mehrere dauerndem Siechtum überantwortet haben —, um die tatsächliche Unabhängigkeit des Scherifats nach der Algecirasakte zu erzwingen. „Das hätte für die Zukunft berechtigte Ansprüche geschaffen." (S. 16 Anmerkung.)

In dem einen Punkte hat der General zweifellos vollkommen recht, daß das Marokkoabkommen nicht, wie unsere Diplomaten rühmen, die Reibungsflächen mit Frankreich vermindert, sondern außerordentlich vermehrt hat, und daß es schon aus diesem Grunde ein stümperhaftes Werk ist. Der Antimilitarismus, der sich dort drüben gewaltig ausdehnte, hat eine merkliche, für die friedliche Entwicklung der Welt keineswegs erfreuliche, Abschwächung erfahren, die Neigung hat zugenommen, das Wettrüsten mit Deutschland durch Ausnutzung der verzweifeltsten Aushilfemittel bis zum äußersten durchzuführen. Eine uns unfreundliche Stimmung ist im Wachsen begriffen. Daß der Verfasser diese Erscheinungen begrüßt, ist allerdings selbst von dem Standpunkte aus kaum zu verstehen, der den Bestrebungen des Pazifismus zweifelnd gegenübersteht. Es grenzt hart an die Linie, wo die Frivolität beginnt. Jedenfalls darf man sich hiernach nicht wundern, wenn er die Forderung aufstellt, daß „auf die eine oder die andere Weise mit Frankreich abgerechnet werden muß". „Da die französische Feindschaft" (die wir doch nach Ansicht des Generals selbst durch den Marokkohandel genährt haben) „auf friedlichem Wege nicht zu beseitigen ist, muß es eben durch Waffengewalt geschehen. Frankreich muß so vollständig niedergeworfen werden, daß es uns nie wieder in den Weg treten kann." (S. 114.)

Das ist die nackteste und brutalste Gewaltpolitik, die man sich denken kann. Es ist allerdings sehr klar, daß die Wünsche und Hoffnungen des größten Teils der gesitteten Menschheit nicht gefördert werden können, wenn solche Kraftnaturen zum maßgebenden Einfluß in einem Staate gelangen sollten. Das aber sind die gleichen Leute, die jedes chauvinistische Pamphlet, das von ihren englischen und französischen Gesinnungsgenossen ausgeht, sofort als Beweis der boshaften und bedrohlichen Absichten unserer Nachbarn denunzieren. Hier aber

*) „Der Krieg, der Vater aller Dinge!"
**) Deutschland und der nächste Krieg. Stuttgart und Berlin 1912. J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger.

sehen wir die Macht- und Gewaltpolitik in ihrer rohesten Form vertreten. Kein Wunder, daß der General nur Worte der Ablehnung für den Gedanken des europäischen Gleichgewichts hat, dessen Grundlage die Kulturgemeinschaft der europäischen Menschheit bildet. Dieser Gedanke hindert die einseitige Machtentfaltung des Deutschtums, folglich muß er über Bord geworfen werden. In unklarer und widerspruchsvoller Weise plädiert der Verfasser dafür, an seine Stelle ein Weltstaatensystem zu setzen, in dem Deutschland, an der Spitze eines mitteleuropäischen Staatenbundes, eine gleichberechtigte, will sagen eine vorwiegende, Stellung erringen solle. Immer bleibt es ihm ein Axiom, „daß wir den Krieg um unsere Weltstellung unter keinen Umständen vermeiden können"; es kommt daher nicht darauf an, „ihn möglichst lange hinauszuschieben, sondern vielmehr darauf, ihn unter möglichst günstigen Bedingungen herbeizuführen". Das Wunderbare ist, daß der gleiche Mann, der so unverblümt die Forderung erhebt, daß das deutsche Volk eine Herrenstellung in der Welt auch um den Preis blutiger Kriege anzustreben habe, zu gleicher Zeit treuherzig versichert: „Kein Volk ist so wenig wie das deutsche geeignet, seine Geschicke selbst zu leiten." Die, die sich selbst nicht regieren können, sind also die geeignetsten Herrscher der Welt.

Das kann nur jemand sagen, dem Staat und staatliche Expansion Selbstzweck sind; nach ihm hat der Staat nicht die Aufgabe, dem einzelnen das größtmögliche Maß von Glückseligkeit, wirtschaftlichem Gedeihen, Sicherheit und Freiheit zu verschaffen, sondern die „höhere Aufgabe, die geistigen und sittlichen Kräfte eines Volkes zur höchsten Entfaltung zu bringen (durch Krieg und Rüstungen!) und ihnen den Einfluß in der Welt zu sichern, der ihnen für den Gesamtfortschritt der Menschheit zukommt". (S. 19.) Und dabei glaubt er doch in dem Staate den Erzieher des Menschengeschlechtes zur Freiheit sehen zu dürfen — er meint offenbar die Freiheit, die der Preuße hat, die Freiheit des Schutzmannssäbels! Indem man die Menschheit durch die Geißel blutiger Kriege unterwirft, erzieht man sie zur Freiheit! eine eigenartige, eine echt preußische, fast schon russische Auffassung der Freiheit!

Darum verteidigt er mit Emphase nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zum Kriege, nicht etwa allein zu dem zur Selbstbehauptung, zum Schutze von Haus und Hof gegen freche Angriffe geführten Kriege — nein, zum Präventivkriege, ja zum Eroberkriege, zum Handelskriege! Es ist fast die Sittlichkeit des alten, biederen, ehrenfesten Raubritters, die hier in moderner Form wieder auflebt. Und darum freut er sich des Wortes von Treitschke: „Der lebendige Gott (welche Blasphemie!) wird dafür sorgen, daß der Krieg als eine furchtbare Arznei für das Menschengeschlecht immer wiederkehrt." (S. 33.)

Diesem Standpunkte entspricht es, wenn er von den deutschen Machthabern verlangt, daß sie unmittelbar und sofort für den Krieg und zum Kriege rüsten. „Warten dürfen wir keinesfalls, bis unsere Gegner ihre Rüstungen vollendet haben und ihrerseits den Augenblick zum Angriff für gekommen halten." (S. 331.) „Die uns noch gegönnte Frist müssen wir zur tatkräftigen Kriegsvorbereitung benützen." „Wir können die Rüstungen zur See und in erster Linie unsere Küstenbefestigungen nicht in friedlicher Gemächlichkeit vollenden." (S. 266.) Er fordert daher, daß wir für die Kriegsvorbereitungen unsere finanziellen Kräfte auf das äußerste anspannen. Dem schließt sich würdig das Rezept zur Entzündung des großen Weltenbrandes, des Muspili, zur Heraufführung der Götterdämmerung an. „Wollen wir einen Angriff unserer Gegner herbeiführen, so müssen wir eine politische Aktion beginnen, die, ohne Frankreich anzugreifen, doch dessen oder Englands Interessen so schwer verletzt, daß diese beiden Staaten sich ihrerseits zum Kriege gezwungen sehen. Möglichkeiten zu solchem Vorgehen bieten sich sowohl in Afrika, wie in Europa selbst." (S. 322.) Man sieht, der Herr Verfasser hat seinen Machiavell mit Nutzen gelesen — aber wozu der gefährliche Umweg? Will man einmal den Krieg, so muß man auch die Gewissenlosigkeit haben, ihn ohne Kriegserklärung überraschend und im günstigsten Augenblick zu beginnen. Das ist offenbar vorteilhafter und sicherer. Wer Teufel sein will, soll auch den Mut haben, es ganz zu sein — sonst kann er leicht ein betrogener Teufel werden, der nur noch das Gespött der Welt erregt.

Hier stoßen wir zugleich auf den Punkt, wo der große deutsche „Patriot" gar nicht merkt, daß die Wirkung seiner Arbeit — wenn sie eine Wirkung überhaupt hat — selbst von seinem eigenen Standpunkte aus eine für Deutschland höchst ungünstige und darum letzten Endes unpatriotische sein muß. Wenn die, die er unsere Gegner nennt, erst einmal überzeugt sind, daß wir sie angreifen wollen, sobald unsere Rüstung lückenlos ist, daß wir entschlossen sind, in den großen Kampf um die Weltherrschaft unter allen Umständen einzutreten, so müßten sie doch die größten Esel sein, wenn sie abwarten wollten, bis wir fertig sind. Insbesondere England würde geradezu verbrecherisch vom Standpunkte seiner eigenen Nation handeln, wenn es zusehen wollte, bis unsere fieberhaft betriebenen Flottenrüstungen uns Siegesaussichten auch zur See gewähren. Dabei ist der General mit unserer neuen Flottenvorlage noch höchst unzufrieden. Mindestens weitere neun große Kreuzer und fünf Linienschiffe

sollen wir „so rasch als möglich“ durch vollwertige ersetzen! (Ausgabe: weitere 650 Mill. Mark!) Das ist der Fluch solcher Bücher, daß sie letzten Endes die Sache schädigen, der zu dienen sie vorgeben; das ist der Frevel dieser unberufenen Gewaltpolitiker, daß sie ihr eigenes Vaterland den schwersten Gefahren aussetzen. Nähmen die Engländer den General ernst, so hätten sie ein volles Recht, uns nach seinem eigenen Rezept sofort und ohne Zaudern den Krieg zu erklären, um sich „und die Menschheit“ vor Gefahren zu schützen. Denn natürlich halten sie sich für den Fortschritt der Menschheit — ganz gleichgültig, ob mit Recht oder Unrecht — für ebenso unentbehrlich wie Herr von Bernhardi die Deutschen hält. Wer also zum Kriege rüstet, soll wenigstens es still und verschwiegen tun, aber nicht in alle Gassen hinausrufen, daß er die anderen zum Streite herauszufordern beabsichtigt. Solche Bücher sind darum in der Tat eine Gefahr für den Frieden und eine Gefahr für das eigene Volk; sie bedeuten ein Verbrechen an dem Fortschritt der Menschheit. Gewiß, in Deutschland selbst wird das Buch kaum großen Schaden anrichten; die Masse des deutschen Volkes ist friedliebend und wird friedliebend bleiben; die liberalen Zeitungen haben den Verfasser unzweideutig abgeschüttelt, und die reaktionären Einsicht genug gehabt, von dem politisierenden Soldaten nicht viel Wesens zu machen. Viel ungünstiger wird die Wirkung auf das Ausland sein; hier könnte die Schrift als Beweis dafür betrachtet werden, daß in Wahrheit Deutschland der Unruhestifter der ganzen Welt sei. Das muß natürlich unsere Politik höchst ungünstig beeinflussen, selbst dann, wenn unsere Regierung — wie es tatsächlich der Fall ist — dem kriegshetzerischen, unüberlegten Treiben des Generals gänzlich ferne steht. Immerhin dürfen wir ihn als ein Zeugnis dessen betrachten, was ich neulich schon in diesen Blättern ausführte: ein Teil des gebildeten Mittelstandes, einflußreiche Schichten in Industrie und Handel stehen nicht mehr auf dem Standpunkt, daß der Krieg in jedem Falle ein Unglück sei. Sie sind vielmehr der Ansicht, daß er auch um kolonialen Gewinns wegen, daß er auch zur Durchsetzung von Handelsinteressen unter Umständen eine notwendige, den Wohlstand, die Macht, das Ansehen Deutschlands fördernde politische Waffe sei.

Diese gefährliche Geistesrichtung wird durch die Zuversicht getragen, daß wir aus jedem Zusammenstoße siegreich hervorgehen würden; denn allerdings es gibt nicht tausend Menschen in Deutschland, die unser Volk und Heer — wenn es hart auf hart kommt — nicht jeder Kombination feindlicher Mächte für gewachsen hielten. Nun begreift man erst, wie der General sich des vieldeutigen Spruches des griechischen Weisen bemächtigen konnte: Unbeschadet aller Lehren der Weltgeschichte bleibt ihm der Krieg der Vater alles Guten, aber nicht auch der alles Bösen. Der Krieg wird und muß siegreich für Deutschland sein, folglich ist er gut für die Entwicklung der Menschheit zur Kultur und Gesittung. Denn Kultur und Gesittung finden ihre höchsten Vertreter im deutschen Volke. Von seinem hohen Standpunkte aus verschwinden ihm Not, Entbehrung, Mühsal, Tod und Elend des einzelnen, wenn nur der Staat als solcher an politischem Einfluß gewinnt. Der Staat — will immer sagen der deutsche Staat — ist ihm das höchste von der Menschheit zu verwirklichende Ideal, ist das Ziel des göttlichen Willens. Zur Herbeiführung seines Triumphes ist selbst der Krieg ein sittliches Mittel. Jedes geschichtliche Beispiel ist ihm gut genug zur Begründung seiner gläubigen Auffassung: Japan hat, so meint er, durch den Krieg mit Rußland außerordentlich gewonnen; und er sieht nicht den immer schwerer werdenden Druck der Rüstung, die das Volk zu tragen hat, nicht die Last wachsender Steuern, nicht die Teuerung aller Lebensmittel, nicht die chronische Finanznot, nicht das Elend der breiten Massen, die nur der Dünger sind, auf dem sein Idol des Staates mächtig ins Kraut schießt. Er verschließt seine Augen auch der Erscheinung, daß alle schweren sozialen Fragen, die die alten Völker Europas zu lösen haben, dieses jung in unsere Kultur aufgenommene Volk unvorbereitet treffen; und darum, wie immer in solchen Fällen, zunächst durch Polizistenknüppel, Gefängnis und Galgen erledigt werden. Es ist wahrlich zu bestreiten, daß das japanische Volk durch den Krieg gegen Rußland glücklicher geworden sei. Gewonnen haben höchstens die höheren Stände, der Adel, der kaufmännische Mittelstand, das Volk aber sieht die Kehrseite der Medaille; aus seiner Haut werden die Riemen geschnitten, mit denen Sieg und äußerer Glanz vor den Staatswagen gespannt werden.

Das Buch des Generals ist letzten Endes nur ein Zeugnis dafür, wie schwer die Idee des Pazifismus in den Köpfen derer Eingang findet, für die der Krieg die Möglichkeit erhöhten persönlichen und Familienglanzes bietet. Der Staat sind wir — der alte Standpunkt des Sonnenkönigs, auf dem sich nun die Zaunkönige eingenistet haben.

Richard Gädke.

Stead †.

„Das Komitee hatte die Freundlichkeit, von mir zu verlangen, bei einer Versammlung, die unter seinen Auspizien am 21. April in der Carnegie-Hall in New York abgehalten werden wird, und wobei Präsident Taft und andere sprechen werden, einen Vortrag über den „Weltfrieden“ zu halten. Ich hoffe

am 10. April mit der „Titanic" abzufahren und werde im Mai wieder in London zurück sein." Das sind die letzten Worte William T. Steads in seinen Editorials der Aprilnummer der von ihm herausgegebenen „Review of Reviews".

William Stead hat Europa, seine Heimat, seine Familie, seine Mitarbeiter an jenem 10. April verlassen und nimmer wird er zurückkehren. In dem Luxussarge der „Titanic" hat er sein kühles Grab gefunden. In den Sielen ist er gestorben. Um einen Vortrag über den Weltfrieden zu halten, hat er den Ozean durchkreuzt, und ist auf dem Wege liegen geblieben. Zu früh für das Werk, das er unternommen hat, zu früh für alle diejenigen, die mit ihm in gemeinsamer Arbeit verbunden waren.

Eine unermüdliche, eine rastlos tätige, eine verschwenderisch produktive Kraft hat die Friedensbewegung verloren. Wer die Geschichte dieser Bewegung schreiben wird, wird in den letzten zwanzig Jahren auf jeder Seite den Namen Steads anführen müssen. Mit dem größten Werke dieser Epoche, mit den Haager Konferenzen, wird er dauernd verbunden sein. Er war es, der dieses Werk vor den Gefahren des Anfangs am besten zu schützen gewußt hat, der es hegte und pflegte, wie ein Gärtner das zarte Pflänzchen im wärmenden Glashaus. Aber auch mit der übrigen politischen Geschichte der letzten Jahrzehnte ist Steads Name für immer verbunden. Als ein Anwalt des Rechts, ein Rufer im Streite für Vernunft und Billigkeit stand er vorneanin allen politischen Wirren dieses zuckenden Europas.

Zuerst sah ich ihn 1899 im Haag. Er war gerade aus Rußland zurückgekommen, wo er mit dem Zaren eine Unterredung gehabt hat. Vorher hatte er eine Rundreise durch ganz Europa unternommen, um die Auffassungen zu sondieren, die über das Zarenmanifest und über die bevorstehende Haager Konferenz bei den verschiedenen Regierungen vorherrschten. Es war betrübt über die Verständnislosigkeit, den Stumpfsinn und die Tücke, mit der man in Europa der Botschaft vom 28. August 1899 begegnet war. Darum war er nach dem Haag gekommen, um das Werk, das die meisten Regierungen wider Willen begonnen hatten, zu gutem Ende zu führen. Stead war damals noch nicht ganz fünfzig Jahre alt. Sein Ansehen war aber in den politischen Kreisen bereits sehr groß. Im persönlichen Verkehr mit den Delegierten verstand er es, Einfluß zu nehmen zugunsten des Haager Werkes. Die stille, persönliche Agitation genügte ihm aber nicht. Er war viel zu viel Journalist, um nicht zu wissen, welch großer Motor die öffentliche Meinung ist. Um diese aufzurütteln, hatte er schon vor der Konferenz Massenkundgebungen veranstaltet und einen internationalen Friedenskreuzzug geplant, der zwar nicht zustande gekommen ist, aber doch seinen Zweck erfüllte, indem er die breite Oeffentlichkeit für die Bedeutung der Konferenz interessierte. Jetzt im Haag pachtete er von dem weitverbreiteten „Dagblad" einige Spalten, in denen er täglich die Konferenzarbeiten erörterte und kritisierte. Durch diese täglichen Dagblad-Spalten drang frische Luft in jene Arbeitsstätte, die die vereinigten Diplomaten sorgfältig von der Oeffentlichkeit absperren wollten, und dieser Luftzufuhr ist es im letzten Grunde zu danken, daß das Werk nicht im Keime erstickte.

Als die Konferenz sich ihrem Ende nahte, hatte sich in Christiania die neunte interparlamentarische Konferenz versammelt, die notwendigerweise zu dem Haager Werk Stellung nehmen wollte und die Absicht hatte, sich mit dessen künftigem Ausbau zu befassen. Noch fehlte der offizielle Schlußvertrag. Stead eilte aus dem Haag nach Christiania und überbrachte den Wortlaut des Vertrages nebst einem Bericht über die Haager Verhandlungen, der von Lord Weardale den versammelten Interparlamentariern zur Verlesung gebracht wurde. Stead saß dabei in einer Loge des Zuschauerraums. Der Bericht begann folgendermaßen: „Ich bring' Euch gute, hocherfreuliche Nachrichten. Wenn Ihr Euch die Größe des Erfolges vorstellen möchtet, der eben erreicht worden ist, würdet Ihr lieber das Tedeum laudamus in der Kathedrale singen, als abstrakte Vorschläge im Storting erörtern. Die Magna Charta des Weltfriedens ist unterzeichnet worden, und was vor zwölf Monaten noch jenseits aller Hoffnung der Friedensgesellschaften lag, ist jetzt von allen Mächten der Welt angenommen worden."

Noch umfangreicher war die Tätigkeit, die Stead für die zweite Friedenskonferenz entfaltete. Wiederum handelte es sich, vorher die Stimmungen der verschiedenen Regierungen für das Werk günstig zu gestalten. Professor von Martens war, wie bekannt, von der russischen Regierung ausgesendet worden, um an den verschiedenen Höfen Europas das Programm festzustellen. Stead eilte ihm voraus. Ueberall fand er offene Türen, und in seinen Unterredungen mit den führenden Staatsmännern und mit einzelnen Staatsoberhäuptern wurde der Grund gelegt für einen freundlichen Ausbau des Haager Werkes auf der zweiten Konferenz. Als diese im Juni 1907 zusammentrat, etablierte Stead eine große journalistische Zentrale. Er begründete den „Courier de la paix", ein in französischer Sprache täglich erscheinendes Blatt, das sich gar bald zum Moniteur der Konferenz entwickelte. Einen ganzen Stab von Mitarbeitern hatte er um sich versammelt, und seine Wohnung auf der Langen Vorhout bildete das Zentrum der im Haag anwesenden Journalisten aus allen Weltteilen. Von dort aus dirigierte Stead nicht nur die öffentliche Meinung in Europa, sondern auch die der Haager Konferenz. Es waren nicht wenige

Delegierte, die bei ihm Rat suchten, und diejenigen, die es unterließen, suchte er auf, um sie zugunsten des Gelingens des Haager Werkes zu beeinflussen. Das, was er in jenen Tagen geleistet hat, wird ihm ein ewiges Denkmal in der Geschichte der Friedensentwicklung sichern. Daß er bei der Einweihung des Haager Friedenspalastes, bei den Vorarbeiten für die nächste Haager Konferenz, bei deren Arbeiten selbst nicht mehr anwesend sein wird, wird der Schmerz all derjenigen bilden, die für den Weltfrieden eintreten. Aber wir werden dafür sorgen — und hier sei die erste Anregung dazu gegeben —, daß in jener Zentralstadt der Welt, in jener Stadt, wo William Stead soviel für den Weltfrieden gewirkt hat, sich bald ein ehernes Denkmal dieses ersten und größten Friedensjournalisten erhebe.

* * *

Das Lebenswerk Steads in diesem Nachruf zu skizzieren ist nicht möglich. Es wird sich sicher eine Feder finden, die es würdig und ausführlich schildern wird. Aber jener großen Episode aus seinem Leben muß hier noch gedacht werden, wo er, der große Patriot, in Konflikt geriet, zwischen seiner Liebe zum Vaterlande und seiner Liebe zur Menschheit. Daß die letztere über die erste siegte, war sein Ruhmestitel. Als der Burenkrieg ausbrach, war es Stead, der die Anhänger des Rechtes organisierte gegen die fanatisierten Massen der Gewalt. Er stellte sich an die Spitze der Burenbewegung und trotzte dem Mob in allen Schichten der englischen Bevölkerung, was um die Wende des Jahrhunderts keine ungefährliche Aufgabe war. Mehr als einmal erschallte der Ruf: „Stead an den Galgen!“ Er gab eine Zeitschrift gegen den Burenkrieg heraus, deren Titel lautete „Krieg dem Kriege“. Auf jeder Nummer befand sich auf der ersten Seite das Programm seines kühnen Unternehmens, das da lautete:

1. „Was sollt Ihr tun?“ — „Diesem Kriege ein Ende machen.“
2. „Wann?“ — „Augenblicklich.“
3. „Warum?“ — „Weil wir im Unrechte sind.“
4. „Wie?“ — „Dadurch, daß wir unsere Sünden bekennen und das Rechte tun.“
5. „Welche Sünden?“ — „Lüge, um die Verschwörung zu verhüllen; Betrug, indem wir falsche Rechte reklamieren; Unredlichkeit, indem wir unser Wort zurückgenommen; Massenmord.“

usw.

In einem deutschen Blatte schrieb Stead damals: „Mit Leib und Seele hasse ich diesen Krieg, den ich als eines der abscheulichsten Verbrechen dieses Jahrhunderts betrachte, und es würde mich vom Herzen freuen, wenn eine Gelegenheit sich böte, dem Präsidenten Krüger den Kopf Chamberlains auf einer Schüssel als Friedensgabe anzubieten, nebst einem Schadenersatz von Millionen für die unersetzbaren Verluste, die wir den Burghers in diesem schändlichen Kriege zugefügt haben. Der Krieg ist verflucht, und verflucht werden auch seine Früchte sein usw.“

Während des Burenkrieges tagte (im September 1901) der IX. Weltfriedenskongreß in Glasgow. Keiner der auswärtigen Delegierten und auch keiner der Engländer wagte es, auf englischem Boden, über das Unrecht jenes Krieges zu sprechen. Da erschien Stead. Ich erinnere mich genau und mit Wehmut, wie er die Rednertribüne betrat, und mit einem Elan, den man einem Südländer eher zugemutet hätte, jene große Frage zur Sprache brachte, die damals alle erfüllte. Seine Donnerstimme erfüllte den Saal von St. Andrews Hall, und die Tränen rannen in seinen weißen Bart, als er vor den Vertretern des Friedensgedankens der ganzen Welt Abrechnung hielt mit jener Politik, die England in Südafrika betrieb. „Da England“, so führte er aus, „das Schiedsgericht, das Präsident Krüger ihm angeboten, abgelehnt habe, liege auf den Kämpfen des englischen Volkes der Fluch der Menschheit und der Zivilisation, und auf seine Kinder und Kindeskinder wird die Blutschuld fallen für die in Südafrika gefallenen Männer . . . Was nützen denn alle Beschlüsse der Haager Konferenz,“ so schloß er, „wenn nicht einer den Mut habe, zu sagen: Verdammt, verdammt, verdammt alle, die noch Krieg führen.“ Es war eine Erleichterung für uns alle, als Quidde auftrat, um als Deutscher Englands Verdienste um die Kultur und die Freiheit zu preisen, und Stead der Uebertreibung zu zeihen.

Ein andermal traf ich mit Stead im Jahre 1906 anläßlich der von ihm veranstalteten und geleiteten deutschen Journalistenreise durch England zusammen. Es war in den Tagen des Aufwallens des anglo-deutschen Antagonismus. Damals war Stead der ersten einer, der laut forderte, daß etwas geschehen müsse, um den Riß zwischen den beiden Nationen wieder zusammenzufügen. Er schlug vor, eine Anzahl deutscher Journalisten nach England einzuladen und diese mit den offiziellen Kreisen des Staates und den Einrichtungen des Landes vertraut zu machen. Seine Anregung fand guten Anklang bei seinen Landsleuten und kam zur Ausführung. Mit dieser Journalistenreise begann jene Aera der wechselseitigen anglo-deutschen Verständigungsfahrten, die so viel dazu beigetragen haben, daß der Riß zwischen diesen beiden Ländern auch in den Zeiten der äußersten Verstimmung nicht endgültig wurde. Sechsundvierzig deutsche Journalisten aller Parteirichtungen, von den extremsten Alldeutschen bis zur Sozialdemokratie, hatten sich an einem schönen Junitage in Bremen vereinigt, um

mit einem Amerikadampfer des Norddeutschen Lloyd sich nach Southampton zu begeben. In Bremen hatte sich Stead in Begleitung seiner Tochter eingefunden, um die Reise mit uns gemeinsam zu machen. Von dem Augenblick an, wo wir uns mit ihm im Bremer Ratskeller trafen, bis wir vierzehn Tage später in Plymouth den von Amerika kommenden Lloyddampfer zur Rückreise bestiegen, wich er nicht mehr von unserer Seite. Er war nicht nur unser Führer und Begleiter, er besorgte nicht nur unsere Vorstellung im Parlament, bei den Ministern und im alten Königsschlosse Windsor, er war auch unser Kofferträger.

In aller Erinnerung ist noch Steads Eintreten für die von Italien bedrängte Türkei. Er wollte die Türkei veranlassen, einseitig das Haager Schiedsgericht anzurufen, um Italien vor aller Welt ins Unrecht zu setzen. Auch einen Kreuzzug wollte er wieder arrangieren. Ein solcher Kreuzzugsplan schien für ihn immer nur der Ausgangspunkt einer großen öffentlichen Diskussion zu sein. Er begnügte sich durch die Erörterung und durch die Vorbereitungen des Planes die öffentliche Meinung nach einer bestimmten Richtung hin zu dirigieren.

Nun sind alle diese Pläne, alle diese Energien, im kalten Ozean begraben. Ein unermüdlich Schaffender ist mit ihm dahingegangen. Ein klassischer Journalist, ein überzeugter Vorkämpfer des Weltfriedens, vor allem aber — ein edler Mensch. Sein Motto lautete: „Verbindung aller Liebenden, im Dienste aller Leidenden."

Wir werden ihn nicht vergessen.

Alfred H. Fried.

Die internationale Studentenbewegung.

Von Louis P. Lochner,
Herausgeber des „Cosmopolitan Student",
Madison (Wisc., Ver. Staaten).

„Amerika, der Schmelztiegel der Nationen" — dieser Ausspruch bezieht sich auch auf die Studentenwelt der Vereinigten Staaten. Hindu, Chinese, Japanese, Armenier, Türke — ein jeder ist auf den großen Universitäten dieses Landes zu finden. Gerade die letzten zehn Jahre haben einen kolossalen Andrang von ausländischen Studenten mit sich gebracht. Während vor dem Jahre 1900 der Orientale oder der Süd-Amerikaner selbst in einer alten Universität wie Harvard oder Yale eine gar seltene Erscheinung war, so ist nun der Andrang fremdländischer Musensöhne stetig im Wachstum. Diese interessante Erscheinung beschränkt sich keineswegs auf die Universitäten der Ost- oder Weststaaten, also auf die der Meeresküste nahegelegenen. In den Zentralstaaten tritt sie ebenso bemerkenswert auf. Als Beispiel sei mir gestattet, meine Alma Mater, die Staatsuniversität Wisconsin, anzuführen. Während im Jahre 1902 nur 17 Ausländer matrikuliert waren, weist unser Zensus jetzt über 120 Repräsentanten 21 verschiedener Länder auf.

Das Interessanteste an dieser ganzen Situation ist nun für die Pazifisten, daß eine Studentenbewegung ins Leben gerufen worden ist, die für die Organisierung der Menschheit von der höchsten Bedeutung und von weitester Tragweite ist. Ich spreche von den internationalen Klub-Verbindungen.

Es ist nun beinahe zehn Jahre her, seit sich 16 ausländische und 2 einheimische Studenten der Universität Wisconsin zu einem Internationalen Verein zusammentaten. Damals erregte das Projekt wenig Beifall. Ein Verein, in welchem absolute Gleichheit der Repräsentanten einer jeden Nation herrscht, in welchem jedes Glied dem anderen Respekt und Freundschaft entgegenbringen sollte, ob seine Haut weiß oder schwarz oder gelb, ob er Monarchist, Sozialist oder Republikaner, ob Buddhist, Mohammedaner oder Schintoist sei, erschien den meisten als eine Unmöglichkeit. Jedoch wuchs und gedieh dieser Verein nicht nur, es trat sogar im nächsten Jahre ein ähnlicher Verein, der sich „Cosmopolitan Club" nannte, auf der Universität Cornell ins Leben; im folgenden Jahre faßte die Idee in Michigan und Illinois Wurzel; und schon im Dezember 1907 wurde ein nationaler Verband, die „Association of Cosmopolitan Clubs", von den acht damals vorhandenen Vereinen gegründet.

Seit der Zeit hat die Bewegung phänomenal um sich gegriffen. Etwa dreißig Vereine, 24 davon bereits dem Generalverbande angehörig, erstrecken sich von Harvard im Osten bis zu der Leland-Stanford Universität im Westen. Auch nach Kanada hin hat sich die Bewegung verzweigt, indem in der Ackerbauschule zu Guelph, Ontario, letztes Jahr bei einem Diner, an welchem der Gouverneur der Dominion und eine Anzahl ausländischer Konsuln teilnahmen, der „Students' Cosmopolitan Club of the Ontario Agricultural College" feierlich gegründet worden ist.

Ja, selbst in das militaristische Deutschland hat sich die Bewegung verpflanzt. Unter der Leitung Professor Münsterbergs und fünf früherer Mitglieder unserer Klubs auf den Universitäten Harvard und Cornell ist vor anderthalb Jahren der Internationale Studentenverein der Universität Berlin entstanden, und etwas später ein gleicher Verband in Leipzig unter der enthusiastischen Zustimmung des verdienten Rektors Lamprecht organisiert worden.

Auch in England ist ein Komitee zur Ausbreitung der internationalen Studentenbewegung bei Gelegenheit des ersten Rassenkongresses durch eine Anzahl amerikanischer und englischer Internationalisten gegründet worden, das es sich zur Aufgabe macht, in London, Cambridge, Birmingham (in Oxford besteht schon seit einigen Jahren ein solcher Verein) und anderen Universitätsstädten Propaganda zu machen.

Seit einigen Monaten sind auch die kanadischen, deutschen und amerikanischen Klubs Mitglieder der Corda-Fratres-Bewegung. Diese Bewegung, auch bekannt als die „Federation Internationale des Etudiants" (Internationale Studentenföderation), erstreckt sich gegenwärtig außer den obengenannten Ländern auf Ungarn, Italien, Holland, Frankreich, Tunis, Malta, Griechenland, Argentinien, Chile und Uruguay. Ihr Hauptzweck ist die Organisierung der Studentenwelt. Im Vorbeigehen sei bemerkt, daß für das Biennium 1911—1913 die Verwaltung der Föderationsangelegenheiten der „Association of Cosmopolitan Clubs" anvertraut worden ist, indem Dr. G. W. Nasmyth von Cornell und Unterzeichneter zum Präsidenten und Sekretär des „Comité Central International" erwählt wurden.

Soviel zur historischen Orientierung. Was tun und treiben nun diese internationalen Vereine? Das wunderschöne Wort Goldwin Smiths ist unser Wahlspruch: „Above all Nations is Humanity." Um diesem Motto Ausdruck zu verleihen, übt der Internationalist zunächst Freundschaft gegenüber seinen Kommilitonen anderer Nation und Rasse. Er ist ihm behilflich, seine Kurse zu belegen, angenehme Räumlichkeiten zu mieten und sich in dem ihm fremden Lande einzuleben. Er führt ihn in amerikanische Familien ein, in welchen er amerikanische Gesinnung, amerikanische Lebensart, amerikanische Ideale kennen lernt.

Sodann ist er bestrebt, internationale Verständigung zu fördern. Zu diesem Zwecke finden unter den Auspizien des Klubs Vorlesungen über internationale Angelegenheiten statt; es werden Debatten über internationale Fragen gehalten; gesellige Abende werden veranstaltet, in welchen sich die Glieder verschiedener Länder nähertreten können und einander besser verstehen lernen.

Den Kern des Klublebens jedoch bilden die sogenannten „Internationalen Abende". An diesen Abenden wird den Mitgliedern einer Nation die Besetzung des Programms übertragen. Ein Beispiel möge genügen. Ich führe einen Japanischen Abend des „Cosmopolitan Club" an der Universität Chicago an. Das folgende Programm gelangte zur Ausführung:

Einleitende Bemerkungen (Shiro Tashiro).
Das kosmopolitische Ideal (Prof. Coulter).
Shakuhachi [jap. Flötensolo] (S. Yamasaki).
„Japanische Studenten in Amerika" (Rede von Konsul K. Yamasaki).
Ikebana [jap. Blumenarrangement] (Fräulein Aoi).
„Eine jap. Hochzeitszeremonie" (K. Kato, Y. Ishida, K. Toda, H. Hishinuma).
Kenbu [Schwerttanz] (G. Jinguje).
Shamisen [jap. Streichmusik] (S. Yamasaki).
Jiu-Jitsu (Prof. Kawano und S. Nakayeda).
Gekken [jap. Fechten] (G. Jinguji und S. Miyasa).
Stereoptikonbilder über Japan (G. J. Kasai).
Japanisches Schullied (Die japanische Kolonie).

Man denke sich hierzu einen mit japanischen Blumen und Flaggen geschmückten Saal; man denke sich die Japaner in ihren seidenen Gewändern; man denke sich artistische, aus Reispapier angefertigte Programme, die an die Zuschauer verteilt wurden — und es ist kaum nötig, anzudeuten, daß ein solcher Abend ungeheuer dazu beiträgt, internationale Verständigung zu fördern.

Im Laufe dieser internationalen Abende lernen die Mitglieder mehr über die Lebensart, die Sitten und Gebräuche, die Zwecke und Ziele verschiedener Länder, als sie je durch Lesen oder durch die mehr oder minder gefärbten kolorierten und einseitigen Berichte Reisender zu erfahren vermögen. Dieser den Gesichtspunkt erweiternde Umgang mit den Vertretern aller Nationen lehrt sie, den Eigenschaften, Bestrebungen und Errungenschaften anderer Völker ein sympathisches Verständnis entgegenzubringen.

Wie bindend das in diesen Vereinen angeknüpfte Freundschaftsband ist, geht schon daraus hervor, daß ein jeder Klub sich den Erwerb eines eigenen Grundstücks und Gebäudes, in welchem Studenten der verschiedensten Länder unter demselben Dach leben können, als Ziel vorsetzt. Schon besitzen einige unserer Klubs solche Domizile, die als wahre Freundschaftstempel bezeichnet werden können. In diesen Häusern bewegt sich der Professor sowohl wie die Schüler, der Einheimische sowohl wie der Ausländer. An den Wänden sind Porträts der Helden verschiedener Nationen, Wappen und Flaggen und sonstige Dekorationen. Auf den Tischen liegen Zeitungen in allen möglichen Sprachen.

Daß die kosmopolitische Studentenbewegung für den Pazifismus von großer Wichtigkeit ist, braucht kaum betont zu werden. Internationale Antipathien und Vorurteile ruhen ja gerade auf jenen Mißverständnissen, denen unsere Vereine entgegenarbeiten und welche sie beseitigen. „Sich verstehen lernen heißt sich lieben lernen", lautet ein amerikanisches Sprichwort. Wo können sich wohl Menschen ver-

schiedener Rassen und Länder unter vorteilhafteren Umständen kennen lernen, als auf den Universitäten in den impressionistischsten Jahren ihres Lebens? Dazu kommt noch, daß die auswärtigen Studenten größtenteils zu den besten Vertretern ihrer Nationen gehören — junge Männer von hervorragender Familie, die einmal später eine einflußreiche Rolle in ihrem Vaterlande spielen und wichtige Aemter bekleiden werden. Auf die jüngere Generation setzt ein Land seine Hoffnung. Wenn nun diese Generation mit dem Ideal der Weltverbrüderung erfüllt ist, kann da die herrliche Frucht des harmonischen internationalen Beisammenseins ausbleiben?

Die Demokratie und die Friedensidee im heutigen Frankreich.

Von Hermann Fernau (Paris).

Wer sich jemals bemüht hat, über die Weisheiten der Tagespresse hinweg in der Volksseele unserer Zeit zu lesen, der weiß oder fühlt unwillkürlich, daß im Volke heute nur noch wenig Vorliebe für Krieg und Kriegsleute lebt. Je deutlicher sich in unseren Kulturstaaten der Volkswille auf die Ausübung der politischen Macht hin organisiert, das heißt je mehr unsere Staaten durch demokratisch gewählte und beeinflußte Parlamente regiert werden, um so sicherer werden mit dieser Demokratisierung in der Regel auch die Garantien, die ein solcher Staat für die Aufrechterhaltung des Friedens bietet.

Wie sehr dergestalt die Ueberhandnahme demokratischer Sitten und Ideen einen schwächenden Einfluß auf die kriegerische Tradition eines Volkes ausübt, dafür bietet das heutige Frankreich ein Beispiel. — Nochmals muß ich hier davor warnen, die Polemiken und Tageslogiken der Presse, die sehr oft nur der Ausdruck der an den Kriegslieferungen interessierten Finanzmächte sind, als Norm für die Denkungsart eines Volkes zu nehmen. Was uns beispielsweise der Journalist als den „Chauvinismus" der Franzosen schildert, das ist in einer Nation, die zur Hälfte von ihrer kleinen Ackerscholle lebt, nur Oberfläche oder Großsprecherei, wenn es nicht, wie gesagt, Stimmungsmache für gewinnbringende Armeelieferungen ist*).

Ganz im Gegensatz zu den vor 30 Jahren noch herrschenden Ideen einer „Revanche" an Deutschland, spricht man im heutigen Frankreich immer häufiger von den Wohltaten des Friedens. Die Haltbarkeit des Dreibundes, die dagegen geschlossene Allianz mit Rußland und Verständigung mit England, die Ableitung der Kriegsenergien in Kolonialkriegen, die das Ansehen der Armee stark schädigende Dreyfusaffäre, zusammen mit dem regierungs- und salonfähig werdenden Sozialismus, nicht zum mindesten auch die seit 30 Jahren in Frankreich im Sinne der modernen Naturwissenschaften modernisierte weltliche Schule und die daraus hervorgegangene weltlich demokratisch fühlende Generation, das alles hat im Verein mit den immer internationaler werdenden Beziehungen der Hochfinanz und der stationär bleibenden Bevölkerung Frankreichs zu einer deutlichen Schwächung des kriegerischen Patriotismus jenseits der Vogesen beigetragen.

Um den besonderen Fall der friedlich gewordenen Außenpolitik Frankreichs verständlicher zu machen, sind zunächst einige allgemeine Bemerkungen über das Verhältnis einer demokratischen Gesellschaft zu Krieg und Kriegern unerläßlich. — Demokratie heißt Volksherrschaft, Erstrebung des allgemeinen Wohls durch die Gemeinsamkeit der Bürger, oder um es populärer auszudrücken, Teilnahme der öffentlichen Meinung an der Regierung des Landes. Je glücklicher dabei die Sehnsuchten der Volksseele mit den Taten der Regierungsberufenen übereinstimmen oder von diesen verwirklicht werden, um so wirklicher ist die Demokratie. — In einem demokratischen Staate, in dem theoretisch jeder Bürger Minister werden kann, halten sich viele zur Herrschaft berufen, und um die höchsten Aemter der Nation entsteht ein Interessenkampf, der als notwendige Folge eine Schwächung des Autoritätsprinzips in den breiten Volksmassen mit sich bringt. Auf die kriegführenden Intelligenzen und Volksherrscher angewendet, ist nun dieses Schwanken und teilweise Nichtvorhandensein der Autorität im Sinne des Friedens sehr heilsam. Sich im freien Konkurrenzkampf der Persönlichkeiten zu seiner (kriegführenden) Macht emporzuringen ist in einer demokratischen Gesellschaft unendlich schwieriger als in einer

---

*) Die patriotische Bewegung zugunsten der Militäraviation, die gegenwärtig in Frankreich mit dem Leitmotiv „Unsere Zukunft liegt in der Luft" an die Börsen der Bürger appelliert, straft meine Ausführungen keineswegs Lügen, sondern bestätigt sie nur. Denn wie sehr sich die französische Nation gegen eine allzu scharfe Betonung und Renaissance des agressiven Patriotismus instinktiv wehrt, ersehen wir aus der Tatsache, daß im Augenblick, wo ich dies schreibe, das heißt nach achtwöchigem heißen Bemühen der an den Aeroplanlieferungen beteiligten Patrioten die öffentlichen Geldsammlungen kaum 2 Millionen Francs ergeben haben. Acht Wochen Zeitungsartikel, Broschüren, Reden, Festlichkeiten und Militärparaden haben den Taschen von 38 Millionen Franzosen nur 2 Millionen Francs entlockt für die Suprematie der Luftarmee. Der Pazifist, der seine Hoffnung auf Frankreich setzt, hat allen Grund, mit diesem Ergebnis zufrieden zu sein.

Monarchie und Autokratie; denn im monarchischen Staate werden die Kriegsführer und Herrscher dem Volke der Einfachheit halber als göttlicher Imperativ aufgezwungen. Und deshalb werden, wie Nietzsche lebhaft beklagte, in einer Demokratie der starke Wille und Ehrgeiz großer, zu Krieg und Herrschaft geborener Persönlichkeiten häufig durch das Interessenspiel der Mitregierenden an ihrer vollen Entfaltung gehindert. — Mögen auch Nietzsche und seine Anhänger diese „gewaltsame Zähmung und Verkleinerung des Menschen" bedauern, die Kultur leidet gewiß nicht darunter, wenn jener Typus Uebermensch, der bisher seine Vollendung nur über Hunderttausende von Leichen und Brandstätten hinweg erreichte, sich vor dem demokratisch entwickelten Gewissen und Willen der Nationen allmählich beugen muß. Wir Pazifisten, die wir die fixe Idee haben, daß die Menschheit ihre vornehmsten Kulturziele erst dann erreichen kann, wenn vorerst die Möglichkeit der Kriege auf immer verschwunden ist, sind an den Uebermenschen der Zukunft ganz enorm interessiert. Wie dachte sich Nietzsche den Uebermenschen politischer Art? Gehört dazu naturnotwendig die kriegführende Brutalität und eiserne Faust eines Bismarck oder Napoleon? Oder dürfen wir uns darunter auch einen neuen Goethe denken, der nicht mehr als Minister über das Ländchen Weimar, sondern über die vereinigten Staaten Europas gebietet? Nebenbei bemerkt: Erschiene uns Bismarcks Gestalt in der Geschichte nicht größer und vornehmer, wenn er die Einigung Deutschlands ohne Kriege, das heißt ohne die (ebenfalls von Nietzsche so sehr beklagte) kulturelle Reaktion der „Gründerzeit" verwirklicht hätte? — Eines ist jedenfalls beweisbar und bewiesen, und Nietzsche war der erste, der unseren Ahnungen hierfür klaren Ausdruck zu geben wagte: Kriege und überhaupt die meisten geschichtlichen Ereignisse hatten bisher als Ursache fast immer die Appetite und Interessen (den „Willen zur Macht") großer Persönlichkeiten, nicht aber die Instinkte oder das Wohlfahrtsbestreben der Völker. Kriege sind dergestalt die Haupttaten politischer Uebermenschen in der Geschichte gewesen, und wenn wir etwa jene seltenen und allein gerechtfertigten Kriege ausnehmen, die ein Volk zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit führt (beispielsweise die Kriege der französischen Revolution, die preußischen Freiheitskriege), dann dienen sie erst in zweiter Linie und mehr zufällig den Gesamtinteressen eines Volkes. Man untersuche einmal ohne Voreingenommenheit, bis zu welchem Grade der persönliche Wille zur Macht eines Napoleon oder Bismarck für die Führung ihrer Kriege ausschlaggebend gewesen ist: Eine schauerliche, bisher noch nicht gewagte Analyse kriegerischer Uebermenschen. — Wenn nun dieser Mißbrauch und Ueberschuß von Führergenie durch den Mechanismus einer demokratisch konstellierten Regierung an der Entfaltung seiner Kriegsinstinkte gehindert und in friedfertigere Bahnen geleitet wird, wenn dergestalt Zunahme der Demokratisierung Verkleinerung des Höhenmenschen heißt, dann werden die Nietzscheaner gut tun, ihr Ideal vom Uebermenschen etwas zu vergeistigen und von materiellen in intellektuelle Gebiete zu tragen. Augenscheinlich haben wir heute kein Bedürfnis mehr für Ausnahmemenschen, die auf solchen „Höhen" leben. Denn heute ist der Krieg eine Niedrigkeit des Menschengeschlechts geworden, er mag ausfallen wie er wolle. Leute, die den Kriegen gar noch eine zivilisatorische Kraft nachsagen, gleichen jenen Wegelagerern, die einen Mann erschlugen, um ihn eines Hundertmarkscheines zu berauben, und nachher sehen mußten, daß der Schein falsch war.

Wer sich ein wenig auf Massenpsychologie versteht, der weiß, daß geniale und mit Prestige umgebene Menschen die Masse immer wieder als Mittel für ihre Zwecke benutzen müssen. Dagegen läßt sich um so weniger etwas einwenden, als die Masse instinktiv „große Männer" verlangt; wo immer ihr welche fehlen, dort erfindet sie sich im Notfalle selbst welche. Starke, führende Persönlichkeiten sind der Zweck der Masse und ihre Rechtfertigung vor der Geschichte. Nur haben sich mit zunehmender Demokratisierung der Sitten die Ansprüche der Massen an ihre Führer durchaus im Sinne des Friedens gewandelt. Denn zwischen den wahlberechtigten, dienstpflichtigen, zeitungslesenden und besitzenden Volksmassen unseres Jahrhunderts und denen, die vor 100 Jahren noch in stumpfer Unwissenheit in den Tag hineinlebten, besteht der für den Frieden wichtige Unterschied, daß heute die Massen von ihren Führern a priori den Respekt des Lebens und Besitzes der Einzelnen fordern. Es scheint, daß der politische Uebermensch der Zukunft nur unter Beachtung dieser demokratischen Grundforderung wird leben können. Noch zu keiner Zeit hat solcherart die Masse (die „öffentliche Meinung") den letzten Absichten ihrer Helden in die hochmütigen Gewissensverstecke geleuchtet. Früher war der große Mann unnahbar und dem Volke von Gott gesandt; heute ist das Volk naseweis, und der große Mann bittet um seine Zustimmung, um zu seiner Macht zu kommen; der große Mann legt Rechenschaft ab, nicht mehr vor Gott, sondern vor dem Volke. — Und eben weil dieses populäre Fragen, Fordern, Bekritteln, Verwerfen und Anbeten in einer Demokratie weniger leicht gefälscht, fortgeschwiegen und fortverboten werden kann als in einer Monarchie (wo der große Mann dekretiert wird und undiskutierbar ist), deswegen sind in einer demokratischen Gesellschaft zwei kriegshindernde Faktoren vorhanden, die den anderen Staatsformen fehlen:

Die Schwierigkeit der Züchtung und Entfaltung von Kriegsgenies und die vor den „höheren Zwecken" der offiziellen Diplomatie einsichts- und respektlos werdenden Forderungen und Zweifel der Volksmassen. Um dasselbe mit anderen Worten zu sagen: Je nachdrücklicher in einer Nation der Respekt vor der Persönlichkeit und dem Besitztum des Einzelnen zur Geltung kommt, um so vorsichtiger wird die Regierung dieser Nation mit Kriegserklärungen sein müssen.

Warum hat der General Boulanger Ende der 80er Jahre die Hoffnungen der Revancheprediger nicht verwirklicht? Warum ist er nicht der Held der so lange gepredigten Revanche gegen Deutschland geworden? Im Augenblicke der Affäre Schnaeble war er mindestens ebenso populär, ehrgeizig und unternehmungslustig als der General Bonaparte 1799 nach seiner Rückkehr aus Aegypten. Und zudem besaß Frankreich damals noch ein gut Teil seiner traditionellen Liebe für Militärparaden, Trommelwirbel und wehende Fahnen; die ganze Nation mit dem Revancheprediger Déroulède an der Spitze schien auf einen Führer zu warten. Und doch — der General Boulanger, den man bereits als den Erneuerer Napoleons pries, zögerte. Er wagte den bis in die Details vorbereiteten Staatsstreich nicht, der ihm die politische Macht gegeben hätte. War er nur ein eingebildeter Volksherrscher und Kriegsmann? Oder waren nicht vielmehr die zu überwältigenden Hindernisse der öffentlichen Meinung und der demokratischen Nebeninteressen der Mitregierenden der dritten Republik um so viel gewaltiger als die, die sich dem großen Korsen in der ersten, noch von Bürgerkriegen zerrissenen Demokratie entgegenstemmten? Wer wollte eine solche Frage, von der nichtsdestoweniger einige Jahre lang der Frieden Europas abhing, mit Sicherheit beantworten?

Halten wir hier nur die bedeutsamen Tatsachen fest, daß 1889 die Affäre Schnaeble friedlich beigelegt und der Boulangismus als gefährlicher Bluff vor der Nation stigmatisiert wurde, daß 1905 der Minister Delcassé gehen mußte, weil er zu stark ins Kriegshorn geblasen hatte, und daß 1911 trotz aller Bemühungen der guten Patrioten keinerlei „öffentliche Meinung" für die Revanche gegen Deutschland, sondern höchstens eine Art patriotischer Bereitwilligkeit zum Verteidigungskriege in Frankreich bemerkbar war. Wenn dergestalt der Frieden zwischen Deutschland und Frankreich seit 40 Jahren nicht gestört worden ist, so lag das neben vielen anderen Gründen auch daran, daß die Kriegsidee aus den angegebenen Gründen in den breiten Massen des Volkes mehr und mehr verhaßt geworden ist. Die Sympathien eines demokratisch fühlenden und demokratisch regierten Volkes gehen heute eben nicht mehr nach kriegerischen Eroberungen, sondern der Krieg wird in einer solchen Gesellschaft immer mehr als widrige Fatalität gewertet. — Wenn wir daher die ruhig abwartende Haltung Frankreichs bei internationalen Diskussionen beobachten, wenn wir in der Außenpolitik unserer Nachbarn seit 30 Jahren das Bestreben bemerken, alle Herausforderungen zu vermeiden, alle auftauchenden Kriegsintelligenzen zu unterdrücken usw., dann hauptsächlich deshalb, weil seit 30 Jahren die Friedensidee im französischen Volke ungeahnte Fortschritte gemacht hat, und heute kein Ministerkabinett in Frankreich mehr diese Forderung des Friedens ignorieren könnte, ohne sofort in Mißkredit zu geraten.

* * *

Nicht ohne Absicht gebrauchte ich soeben den Ausdruck von dem regierungs- und salonfähig werdenden Sozialismus. Jedermann weiß, daß in Frankreich jener Sozialismus, der das Wort Revolution um seinen Anfangsbuchstaben gekürzt hat, seit etwa zehn Jahren seine ersten praktischen Regierungsversuche gemacht hat. Nun haben uns zwar Männer, die wie Millerand, Briand, Viviani und andere die Hoffnungen der sozialistischen Arbeitermassen bereits als Steigbügel benutzen konnten, um zu ihrer politischen Macht zu gelangen, in ihren Reden und Schriften häufig bewiesen, daß sie den ausgesprochen pazifistischen Idealen des Sozialismus nach wie vor sympathisches Interesse und Verständnis entgegenbringen, aber andererseits haben bisher ihre Taten noch wenig mit ihren Ideen übereingestimmt. Denn ein mit sich selbst konsequenter Sozialist müßte, wo er sich überhaupt zur praktischen Ausübung der politischen Herrschaft versteht, irgendwie Versuche zur Beschränkung der Kriegsrüstungen resp. zur Anbahnung der Abrüstung machen. Es ist aber einleuchtend, daß die heute noch in Frankreich allmächtige Hochfinanz, die die „Genossen" als Minister nur duldet, um sich die Sympathien der Masse zu sichern, vorläufig noch eine absolute Verzichtleistung auf solche „Utopien" von ihren Regierungsrepräsentanten verlangt. Trotz aller schon verwirklichten Fortschritte ist eben der Sozialismus (worunter ich hier die Organisation des vierten Standes auf die Ausübung der politischen Macht hin verstehe) auch in Frankreich noch zu schwach, um gegenüber der kriegsrüstenden Finanzoligarchie auf Ministersesseln schon charakterfest zu bleiben. Nichtsdestoweniger ist es für den Geist der französischen Demokratie und für die „Dekadenz" der militaristischen Ideen in Frankreich durchaus bezeichnend, daß Männer wie Millerand, Briand und Clemenceau, die in ihrem besten Alter die Revolution predigten, im heutigen Frankreich die leitenden Intelligenzen geworden sind. Und wenn ein Witzbold die Bemerkung machte, daß man, um heute in Frankreich Kriegsminister zu werden, seine Laufbahn als

Antimilitarist beginnen müsse, so liegt darin mehr als eine boshafte Ironie.

Als wuchtige Ergänzung und Belebung dieses offiziellen und unter der Kontrolle des Kapitals regierungsfähig gewordenen Sozialismus aber bleibt neben den eben besprochenen allgemein demokratischen Faktoren auch in Frankreich (ganz ebenso wie in Deutschland) der international gesinnte Sozialismus eine der wirksamsten Garantien für die Verhinderung von Kriegen und für die allmähliche Verwirklichung des Abrüstungsgedankens. Von dem Antimilitaristen Hervé abgesehen, der im Falle einer Kriegserklärung offen die bewaffnete Revolte gegen den Krieg predigt und dessen revolutionärer Pazifismus ehemals von Briand selbst vor Gericht erfolgreich verteidigt wurde, wird dieser Sozialismus heute in Frankreich am maßgebendsten von Jean Jaurès repräsentiert. Und ich kann es mir nicht versagen, als Vervollständigung dieses Aufsatzes und als Illustration für die Betätigung des französischen Sozialismus hier die Stellung flüchtig zu skizzieren, die dieser führende Geist der französischen Internationale zu dem hier besprochenen Problem einnimmt. In einem kürzlich erschienenen 700 Seiten starken Werke „l'Armée nouvelle", das einen aktiven Offizier als Mitarbeiter hat, setzt Jaurès seinen Landsleuten auseinander, wie man die ins Ungeheure wachsenden Ausgaben für den bewaffneten Frieden herabmindern und den rein defensiven Charakter der demokratischen Armee noch mehr hervorheben könnte, ohne die volle Wehrfähigkeit des Volkes zu schwächen.

Jaurès schlägt zunächst vor, daß die Regierung der französischen Republik auf Grund weitsichtiger sozialer Reformen im Volke eine neue Vaterlandsliebe züchte. Heute ist die traditionelle Vaterlandsliebe namentlich im arbeitenden Volke mehr und mehr ein Zwangsgefühl, eine auf Heuchelei beruhende Fassade geworden, die die schlimmsten Gefahren für die Zukunft der Nation berge. — Jeder Revanchegedanke soll in der Volksseele von der Schule an radikal unterdrückt werden. — Alle etwaigen Konflikte, die die Republik mit anderen Staaten haben könnte, sollen auf jeden Fall einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden, dessen Urteil endgültig ist. Erst wenn alle Versuche zur friedlichen Beilegung eines Konfliktes vergeblich verlaufen sind und unter der Voraussetzung eines tatsächlichen Angriffs, darf die Republik zu den Waffen greifen. — Im wesentlichen ist das System, das Jaurès zur Reorganisation der Armee vorschlägt, eine Anlehnung an das in der Schweiz bestehende System einer Volksmiliz mit folgenden Grundprinzipien:

Vorbereitende Erziehung der Knaben und jungen Männer vom Alter von 10 Jahren an; Rekrutenschule für eine Dauer von sechs Monaten (in der Schweiz zwei Monate); aktive Armee von 20 bis 34 Jahren, in welcher Zeit vier Uebungen von 10 und vier von 21 Tagen zu machen sind; Reserve und Territorialarmee von 34 bis 45 Jahren ohne Uebungen; regionale Rekrutenaushebung; der Soldat hat seine Uniform bei sich; die Waffen werden im Hauptorte des Kantons und den größeren Ortschaften in Verwahr gehalten. Die Bevölkerungen der französischen Ostprovinzen, die eine Art Deckungstruppen vorstellen, deren Mobilisation unverzüglich möglich sein muß, haben sogar ihre Waffen im Hause; die Unteroffiziere und Offiziere sind zu 1/3 Professionelle und zu 2/3 Zivilleute, und werden in besonderen Uebungsperioden und Spezialschulen ausgebildet, die eine Unterabteilung der Universität bilden. — Der Strategie des gegenwärtigen Etatmajors, die heute in einer furchtsamen Offensive besteht, soll eine rein defensive Strategie entgegengesetzt werden. Diese Strategie würde für den Augenblick die Nachbargebiete der Grenzen einer feindlichen Invasion überlassen und sich hinten in starken Stellungen verschanzen. Aus diesen starken Stellungen heraus würde sie in einer plötzlichen und wuchtigen Offensive zu **ihrer** Stunde über den Feind herfallen und nicht mehr, wie beispielsweise 1870, zur Stunde, die der Feind wählte. Diese Taktik, die den rein defensiven Charakter der neuen Armee in einem Unabhängigkeitskriege noch besonders unterstreichen würde, zusammen mit den durch die Herabminderung der Militärlasten geschaffenen sozialen Reformen und der wiederum daraus entstehenden höheren Vaterlandsliebe würde, wie Jaurès betont, den französischen Miliztruppen jene moralische Kraft, jenen alles überwindenden Enthusiasmus geben, die die Hauptursachen der glänzenden Erfolge der revolutionären Armeen von 1792 und 1798 waren.

Dieses hier flüchtig skizzierte Buch, das gegenwärtig in weiten Volkskreisen Frankreichs lebhaftes Aufsehen und Diskussionen erregt, redet eine technisch sehr eindringliche Sprache. Es führt der französischen Nation die absolute Notwendigkeit dieser durchgreifenden Kulturreform so unwiderlegbar vor Augen, daß man hoffen darf, es wird allmählich die Majorität der Volksmeinung erringen. — In diesem Aufsatz haben wir nur flüchtig die rein demokratischen Ursachen für die pazifistischen Tendenzen Frankreichs besprechen können. Daneben aber gibt es für unsere Nachbarin Marianne noch andere ebenso zwingende Gründe, ihr eisernes Korsett ein wenig zu öffnen und den Werbungen des Friedens endlich mehr praktisches Gehör zu schenken als bisher. Es ist wahr, daß sich die moderne Jeanne d'Arc dabei in einer etwas gefährlichen Lage befindet. Denn auf der einen Seite verlangt die Tradition der nationalen Ehre resp. die Großmachtsstellung der Republik eine fortwährende Verschärfung

ihrer Kriegsrüstungen und auf der anderen Seite drängen die Hoffnungen der Demokratie immer ungestümer auf die Erfüllung jener Kulturversprechungen, die Marianne der Menschheit bereits mit ihrer großen Revolution gemacht hat. Und Marianne ist nicht in der glücklichen (oder unglücklichen?) Lage ihrer Nachbarin Germania. In dem Liebeswettstreit zwischen dem Kriegsgott und dem Friedensengel darf unsere Germania noch ungestraft auf Jahre hinaus mit beiden liebäugeln; unsere Staatsform und das Schwachsein oder Nichtsein der „öffentlichen Meinung" in Deutschland gestatten ihr diese zweideutige Haltung. Das Gefährliche und für die Kultur Wertvolle an Mariannens Lage aber ist, daß sie sich in absehbarer Zeit wird entscheiden müssen. Sie ist das erste Staatsmädchen, von dem die moderne Demokratie eine anständige Ehe verlangen wird.

Wir kennen die Zukunft nicht. Aber wenn nicht alle Zeichen trügen, dann wird Frankreich das erste Land unter den europäischen Großmächten sein, das sein stehendes Heer in der von Jaurès gedachten Weise in eine Volksmiliz umwandeln wird. Dies wäre für Europa der vorläufig allein mögliche und verheißungsvolle Anfang und Uebergang zur lang ersehnten Periode des unbewaffneten Friedens. Die Bedeutung einer solchen Militärreform in Frankreich wird niemand entgehen, der jemals die Schwierigkeiten studiert hat, die die Verwirklichung des Abrüstungsgedankens für Europa bietet. Wenn man selbst glauben könnte, daß die Kräfte der deutschen Demokratie in absehbarer Zeit keinen nachhaltigeren Einfluß auf die Regierung unseres Landes ausüben werden als bisher, so würde doch die befreiende Tat unserer Nachbarn einen derartig gewaltigen Eindruck auf das deutsche Volksgewissen machen, daß auch unsere Regierung über kurz oder lang gezwungen würde, das Beispiel Frankreichs nachzuahmen. Denn auch für monarchische Staaten gilt heute bereits, was ich hier für Frankreich angedeutet habe: Daß nämlich das Volksgewissen, das „Veto der Masse", die „öffentliche Meinung" oder wie immer wir es nennen mögen, heute in den Kulturstaaten mächtiger geworden ist als die Herrscher selber. Vor hundert Jahren hatten die Fürsten überhaupt noch keine Rücksichten auf die Wünsche ihrer „Untertanen" zu nehmen; heute aber haben sie sich bereits mit der Notwendigkeit der Befragung des Volkswillens abfinden müssen. Und was in einem solchen Falle der Volkswille auch in Deutschland verlangen würde, darüber besteht, wie gesagt, kein Zweifel.

Wenn dergestalt die langsame Besitzergreifung der politischen Macht durch den vierten Stand, das heißt die ständig fortschreitende Entwicklung und Verwirklichung der Demokratie das hervorstechendste Merkmal unserer heutigen Staatenpolitik geworden ist und wenn wir zugeben müssen, daß das Werden der Demokratie das Vergehen der Kriege beschleunigt, dann haben wir allen Grund, diese Entwicklung zu begrüßen und zu ihrer Beschleunigung beizutragen. Denn in ihr, das heißt in der wachsenden Demokratie, liegt heute eine der sichersten Vorbedingungen für die Schaffung jenes Zustandes, den Millionen unserer Zeit ersehnen und der da heißt: Frieden ohne Furcht und Waffen.

Offener Brief an Herrn Regierungsreferendar Dr. Hans Ernst Posse!

Sehr verehrter Herr Doktor!

Mit großem Interesse habe ich in Nr. 1374/1911 und 407/1912 der „Kölnischen Zeitung" Ihre trefflichen Aufsätze „Krieg und Völkerrecht„ und „Neues vom Völkerrecht" gelesen. Da es mir zwecks Vertiefung meiner eigenen Ansichten über die Probleme der Friedensbewegung höchst wertvoll erscheint, mich in die Anschauungen anderer hineinzudenken, so bitte ich Sie, mir folgende Fragen freundlichst beantworten zu wollen, und zwar entweder in der „Friedens-Warte", oder an anderer Stelle. Ich wähle deswegen die Form eines offenen Briefes, weil es sich meiner Ueberzeugung nach bei dem Widerstreite unserer Ansichten um eine höchst wichtige Frage handelt, und da Sie Ihrer Meinung in einer so weitverbreiteten Zeitung Ausdruck verliehen haben, es nicht mehr als Recht ist, daß auch die meinige zur Geltung kommt.

In Ihrem letzten Aufsatze sagen Sie wörtlich: „Der alte Streit um den Wert des Völkerrechts dreht sich darum, ob als letztes, erreichbares Ziel des Völkerrechts die Verminderung der Rüstungen und Abschaffung der Kriege zu erblicken ist, wie die „Pazifisten" der reinen Schule es wollen, oder ob auf dem Wege des Völkerrechts zunächst nur*) eine Linderung der Kriegsgreuel und eine Beschränkung der Kriegsmittel auf das zur Durchführung des Krieges unbedingt Notwendige liegt. Am 4. Dezember 1911 bin ich in einem Artikel über „Krieg und Völkerrecht" noch für diesen letzten Standpunkt eingetreten, weil er durch die von den Pazifisten arg gescholtene Realpolitik in der augenblicklichen Gestaltung der politischen Verhältnisse diktiert wird, und das Ziel einer Milderung und Humanisierung des Krieges doch sicher viel näher liegt und erreichbarer ist als dessen Abschaffung."

Zunächst bin ich der Meinung, daß die Frage nach dem Werte des Völkerrechts sehr

---

*) Dieses Wort ist von mir gesperrt. Wehberg.

scharf von der anderen getrennt werden muß, ob die Humanisierung oder die Beseitigung der Kriege das bedeutsamste Ziel des Völkerrechts bildet.

Unsere Hauptdifferenz besteht nun darin, daß Sie als einziges Ziel des Völkerrechts, wenigstens in der nächsten Zeit, die Kriegshumanisierung hinstellen. Damit sind ohne weiteres die Probleme der Schiedsgerichtsbarkeit und das gesamte internationale Friedensrecht als ganz bedeutungslos hingestellt. Sie erklären damit klipp und klar, daß die Hauptarbeit auf den Haager Friedenskonferenzen die Fortbildung des Kriegsrechts und nicht des Friedensrechts bildet. Diese Anschauung setzt sich in erheblich scharfen Widerspruch einmal mit der Anschauung der führenden Männer auf den Haager Konferenzen und ferner mit der heute herrschenden Ansicht der maßgebenden Völkerrechtslehrer.

In dem ersten Rundschreiben des Grafen Mourawieff vom 12./24. August 1898, das die Einberufung der großen Haager Friedenskonferenz vom Jahre 1899 vorbereitete, ließ der russische Zar erklären: „que le moment présent serait très favorable à la recherche, dans les voies de la discussion internationale, des moyens les plus efficaces d'assurer á tous les peuples les bienfaits d'une paix réelle et durable, et de mettre avant tout un terme au developpement progressif des armements actuels."

Die erste Haager Friedenskonferenz sollte also nach den eigenen Worten ihres Einberufers über die Sicherung des Völkerfriedens beratschlagen. Sehr treffend ist daher auch die erste Haager Konferenz allgemein als „Conférence de la paix" bezeichnet worden, und dies ist der historische Name nicht nur für die erste, sondern auch für alle folgenden Konferenzen geworden. Freilich verwischte das zweite Rundschreiben des Zaren diesen Grundgedanken, und es wurde mit Recht auch die Frage der Kriegshumanisierung in das Programm aufgenommen. Aber der Verlauf der beiden ersten Friedenskonferenzen zeigt deutlich, wie sehr die Fragen des Friedensrechts der Kernpunkt blieben, um den sich die Beratungen drehten. Als 1899 die Verhandlungen über die Rüstungsverminderung ohne Erfolg blieben und sogar an dem deutschen Widerstande die Fragen der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit und des ständigen Schiedshofes zu scheitern drohten, da fühlte man allgemein: Jetzt stand man vor dem Zusammenbruche der Konferenz, wenn l e d i g l i c h die Frage der Humanisierung gelöst werden würde. Innerhalb der Konferenz arbeitete man mit aller Kraft dahin, auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit zu einem positiven Ergebnisse zu gelangen. Man wußte genau, daß hier die eigentlichen Aufgaben der Konferenz lagen. Man lese doch nur die Schilderung der Verhandlungen, die Zorn 1910 in der Festgabe zu Güterbocks 80. Geburtstag gegeben hat, und wird finden, daß man den Schwerpunkt der Beratungen ganz zweifellos auf dem Gebiete des Friedensrechts erblickte. Zu dem gleichen Resultate wird man gelangen, wenn man die zahlreichen Konferenzreden studiert. Als der Präsident, der russische Botschafter v. Staal, von dem Anbruche eines neuen Zeitalters sprach, das durch die Friedenskonferenz eingeleitet worden sei, so hatte er dabei nur das Friedensrecht, nicht aber das Kriegsrecht im Auge. Wörtlich sagte er: „Aber das Werk, welches für die Herrschaft des Völkerrechts sozusagen eine neue Aera eröffnet, das ist das Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle." Ebenso hat die zweite Friedenskonferenz ihre Hauptaufgabe in der Vervollkommnung der Schiedsgerichtsbarkeit und der Schaffung eines Prisenhofes erblickt. Klar sagt Zorn: „Für beide Haager Konferenzen darf ruhig behauptet werden: Die Schiedsgerichtsfragen waren das Barometer der Konferenz überhaupt, und das Barometer stand am Schluß der ersten Konferenz sehr hoch, am Schlusse der zweiten Konferenz sehr tief; und hier wie dort war Deutschland die Ursache dieses Barometerstandes." (Zeitschrift für Politik II., S. 331.)

Ebenso haben sich die nicht auf den Haager Konferenzen beteiligten Männer ausgesprochen. Wenn v. Liszt seit 1899 ein neues Zeitalter des Völkerrechts beginnen läßt, so ist der Grund hierfür die Errichtung des Schiedshofes, nicht aber das kriegsrechtliche Ergebnis der ersten Haager Konferenz. Auch Nippold, dessen neuester Arbeit ja Ihr trefflicher Aufsatz gewidmet war, hat dies mit einer Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, die keine Zweifel übrig läßt: „Darüber, daß der ständige Schiedsgerichtshof die bedeutsamste Schöpfung der ersten Haager Konferenz ist, gibt es nur eine Stimme", erklärt er auf S. 305 seiner „Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten". Ich könnte natürlich diese Behauptung noch durch viel zahlreichere Argumente belegen. Ich bin der Zustimmung von Männern wie Lammasch, v. Ullmann, Meurer, Niemeyer, Kohler, Fleischmann, Schücking, sicher, wenn ich es als eine geradezu unmögliche Behauptung hinstelle, wenn man die kriegsrechtlichen Ergebnisse der Haager Konferenzen höher einschätzt als die friedensrechtlichen.

Eigentümlicherweise haben Sie nun, verehrter Herr Doktor, in einem Ihrer früheren Aufsätze ebenfalls deutlich gesagt, die größte Schöpfung der ersten Haager Konferenz sei der ständige Schiedshof. Aus diesem Grunde wäre mir eine Erklärung darüber, warum Sie in Ihrem letzten Aufsatze als das größte Ziel des Völkerrechts mit größter Entschiedenheit

nur die Kriegshumanisierung hinstellen, äußerst willkommen.

In zweiter Linie frage ich Sie: Warum reden Sie nur von der „Beseitigung" des Krieges und erwähnen die auf „allmähliche Verringerung" des Krieges gerichteten Bestrebungen mit keinem Worte? Dadurch erwecken Sie den Eindruck, als ob die Friedensbewegung eine direkte plötzliche Beseitigung des Krieges erstrebe, und geben dadurch denen, die die Bedeutung der großen friedensrechtlichen Probleme niemals zu durchdringen versucht haben, ein ganz falsches Bild. Sie meinen, die Pazifisten der reinen Schule wollten die Beseitigung des Krieges und Rüstungsverminderung! Ich glaube, sehr geehrter Herr Doktor, Sie begehen da einen gewaltigen Irrtum. Ich bin ebenso wie Fried ein Pazifist der reinen und allerreinsten Schule, aber was wir wollen, ist nur die internationale Organisation. Das Wort „Beseitigung des Krieges" verwirrt das ganze Problem, und das werden Sie, der Sie doch mit wissenschaftlicher Objektivität an diese Idee herantreten, mir gewiß zugeben müssen.

Bedenken erregt bei mir auch Ihre Darstellung, die Entwicklung des Völkerrechts würde sich in Zukunft nicht auf völkerrechtlichen Konferenzen, sondern im Wege des übereinstimmenden Kompromisses zwischen einzelnen Staaten vollziehen. Und in dem früheren Aufsatze redeten Sie von dem Siegeszuge des Völkerrechts als eines alle zivilisierten Staaten umschlingenden Bandes! Darin scheint mir doch wohl ein Widerspruch zu stecken.

In dem früheren Aufsatz haben Sie ausgeführt: „Auf dem Siegeszuge des Völkerrechts, als eines alle zivilisierten Staaten umschlingenden Bandes, liegt nicht, wenigstens zunächst nicht, eine Begrenzung der Rüstungen, oder etwa gar eine Ausmerzung des Kriegsbegriffs aus dem Bewußtsein der Völker. Dem widerstrebt der Satz: Salus rei publicae suprema lex." Auch hier schreiben Sie wieder so, als ob es nur Bestrebungen zwecks Beseitigung, nicht aber zwecks Verringerung des Krieges gäbe. Daß das Wohl des Staates allem anderen voranzustehen hat, trifft gewiß zu. Aber Sie beweisen gar nicht, daß das höchste Wohl des Staates jetzt und in Zukunft nur durch den Krieg gewahrt werden kann. Daß in absehbarer Zeit der Krieg gar nicht beseitigt werden kann, wurde bereits oben betont. Wir haben aber trotzdem die Pflicht, unser Möglichstes zu tun, damit die Konflikte mehr und mehr friedlich erledigt werden. Für die kleineren Streitigkeiten bietet sich hier in der Schiedsgerichtsbarkeit ein ganz ausgezeichnetes Mittel, für die größeren Konflikte bleibt nur ein Interessenausgleich übrig, von dem um so häufiger Gebrauch gemacht werden wird, je mehr die Völker nichts mehr haben wollen als ihr Recht, und jedem anderen Staate das Licht unter der Sonne gönnen. Diesen Gedanken soll man nicht gering einschätzen. Gerade die Staaten, die in ihrem Innern auf Recht und Gerechtigkeit sehen, werden eines Tages nicht anders können, als diesen Grundsatz auch zum Leitmotiv der äußeren Politik zu machen, wobei freilich noch viel Spielraum zu großen Kämpfen der Völker auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiete übrig bleibt und stets übrig bleiben wird.

Vergebens suchen Sie von dem sogenannten Standpunkte der Realpolitik gegen die Friedensbewegung anzukämpfen. Ich verkenne nicht die ungeheuren Schwierigkeiten des ganzen Problems, das sich nur langsam durchringen wird. Aber wann hätte je die Schwierigkeit eines Problems eine andere Wirkung gehabt als die: nur noch begeistertere Kämpfer auf den Kampfplatz zu führen. Ich glaube, daß der Grundgedanke der Friedensbewegung realpolitischer ist als die sogenannte Realpolitik. Denn mir erscheint die Politik am besten und der bisherigen Entwicklung der Völker am meisten entsprechend zu sein, die gleichzeitig die idealen Faktoren der Völkerentwicklung ins Auge faßt, ohne freilich bei jedem einzelnen Vorschlage die Aufwerfung der Frage zu vergessen: Ist dies auf dem Boden der heutigen Verhältnisse realisierbar? Treffend sagt Zorn in seiner Rektoratsrede: „Die Geschichte beweist, daß auch Völker von Stimmungen erfüllt und fortgerissen werden, denen der nüchterne Staatsmann Rechnung tragen muß." Ich bin gewiß, daß die Völker eines Tages zu der Erkenntnis kommen werden, daß ein Kampf mit blutiger Waffengewalt unserer Kultur unwürdig ist.

Darum scheint mir die Friedensbewegung eine höchst realpolitische Erscheinung zu sein. Mir jedenfalls hat noch niemand eine Utopie nachgewiesen oder nachzuweisen versucht. In allen meinen Arbeiten habe ich nur das befürwortet, was auch von praktischen Staatsmännern für realisierbar erklärt worden ist. Aber ich unterscheide mich doch scharf dadurch von anderen, daß ich alle die friedensrechtlichen Probleme, insbesondere die Schiedsgerichtsbarkeit, nicht als einzelne isolierte Aufgaben betrachte, sondern daß ich sie in organischem Zusammenhang bringe mit der großen Idee der Völkerverständigung. Dies näher auszuführen, muß ich mir hier versagen. Ich verweise nur auf einen Aufsatz, den ich demnächst in der „Revue Générale de droit intern. public" veröffentlichen werde. Kurz gefaßt, läßt sich dieser Gegensatz so formulieren, daß zahlreiche Männer heute die Bezeichnung „Pazifist" mit geradezu ängstlicher Schüchternheit ablehnen, während ich mit dem ungarischen früheren Minister Grafen Apponyi sage: Ich bin stolz darauf, ein Pazifist zu sein. Die einen wollen eben das Problem verwischen

und die einzelnen Programmpunkte zum Schaden des großen Zieles vordrängen, sie wollen keine organische Reform der heutigen Politik, sondern Flickarbeit; die anderen aber zeigen mit unverkennbarer Deutlichkeit auf das leuchtende Ziel hin, das gewaltigste Problem des modernen Völkerrechts: Die allmähliche Sicherung des Friedens auf internationaler Grundlage. Gerade aus diesen letzten Bemerkungen werden Sie ersehen, wie außerordentlich es mich betrübt hat, in der „Kölnischen Zeitung" Ihrer Darstellung zu begegnen, wonach das Friedensrecht neben dem Kriegsrecht überhaupt nicht in Betracht kommt.

Sie stimmen einer Bemerkung Nippolds zu, die Friedensfreunde sollten nicht alles gutheißen und kritiklos befürworten. Ich glaube, man soll lieber an die deutsche Völkerrechtswissenschaft die Mahnung richten, nicht immer hinter den Pazifisten herzuhinken, erst die Ideen derselben zu verspotten und sie dann doch anzunehmen. Lesen Sie doch das Buch des Professors Schücking über den „Staatenverband der Haager Konferenzen", das in aller Kürze erscheinen wird, ein Werk, das nach meiner Ueberzeugung wie ein Donnerschlag wirken wird! Dann werden Sie nur schüchtern mit Professor Nippold die Mahnung wiederholen: Die Pazifisten sollen nicht alles kritiklos annehmen!

Man wird, wenn man in späterer Zeit feststellen wird, wer alles kritiklos angenommen hat, zunächst einmal überlegen müssen, wer hat sich überhaupt die Mühe gegeben, die Fragen zu prüfen? In dieser Richtung sage ich Ihnen noch folgendes: Wir sind beide Schüler Zorns, und sind wohl stolz darauf, dies zu sein. Aber ich frage mich, ob Zorn schließlich stolz auf die Schüler sein kann, die nur seine eigene Meinung wiederholen. Leider ist dies bei recht vielen, die über Völkerrecht schreiben, der Fall. Wer wissenschaftlich arbeitet und sich eine eigene Meinung bildet, der muß ganz vorurteilslos an alles herantreten, für den gibt es eine Autorität überhaupt nicht.

Bei mir hat es mehrere Jahre gedauert, ehe ich mich der Friedensbewegung anschloß. Ich habe um so mehr auf diese Bewegung herabgesehen, je weniger ich von ihren wahren Zielen wußte. Der Herausgeber dieser Blätter weiß am besten selbst, wie zurückhaltend ich in der ersten Zeit war und erst über vieles klar werden wollte, ehe ich mich dem Pazifismus anschloß. Wer aber nicht wie ich jahrelang die Gründe für und wider überlegt hat, wer ohne eingehende Kenntnis der Dinge eine der größten Bewegungen der Gegenwart bekämpft, der mag ein tapferer Streiter der Alldeutschen und des Flottenvereins sein, ein mutiger Kämpfer der Wissenschaft ist er nicht.

Sie, hochgeehrter Herr Doktor, haben in einer sehr eingehenden Arbeit über das Seebeuterecht dem kriegsrechtlichen Teilgebiete des Völkerrechts einen so schönen und allgemein als trefflich anerkannten hingebe, daß Sie auch noch einmal dem Friedensrechte ein gleiches Interesse zuwenden werden.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und der Bitte um Antwort bin ich Ihr sehr ergebener

Dr. Hans Wehberg,
Gerichtsreferendar.

Düsseldorf, den 19. April 1912.

Die Aufgaben der III. Haager Konferenz.

Von Jarousse de Sillac,
Sekretär der französischen Kommission für die Vorbereitung der III. Haager Konferenz.

(Schluß.)

III. Organisation der „Staatengesellschaft".

Das Wort „Gesellschaft" hat sehr verschiedene Bedeutungen (Handelsgesellschaft, philantropische und wissenschaftliche Gesellschaften usw.). Man kann aber auch sagen, daß es im weitesten Sinne jede Vereinigung von Individuen oder Individuengruppen mit gemeinsamen Regeln zur Wahrung gemeinsamer Interessen bezeichnet. So gibt es eine Gesellschaft der zivilisierten Staaten, und diese Staaten haben auch in der Tat in vielen Punkten gemeinsame Interessen, deren Zahl sich mit der Zunahme der Verkehrsmittel, des Handels und des steigenden Fortschrittes täglich vermehrt. Diese gegenseitige Abhängigkeit und Interessengemeinsamkeit sind auf allen Kongressen, die sich bisher mit europäischen und Weltfragen beschäftigt haben, wie vom Wiener Kongreß (1815), vom Pariser (1856) und vom Berliner Kongreß (1878) betont worden. Die Errichtung von gemeinsamen Unionsbureaus hat diesen Interessen einen ganz internationalen Anstrich gegeben und sie damit der Allgemeinheit durchaus zum Bewußtsein gebracht.

Aber erst die beiden Friedenskonferenzen haben tatsächlich die Staatengesellschaften organisiert, indem sie ihr die Vorstellung einer politischen Gesellschaft zugrunde gelegt haben. Diese ist also heute im Keime schon vorhanden und wird in ihrer Weiterentwicklung zu einer gesetzgebenden, richterlichen und Administrativorganisation ausgebildet werden. Das ganze wird eben durch eine in ihren Grundlagen schon vorhandene „Grunderklärung" zusammengehalten werden müssen.

Wenn man die in den verschiedenen Haager Texten der Jahre 1899 und 1907 enthaltenen Neuschöpfungen in Betracht zieht, findet man schon die Entwicklungskeime der „Staaten-

gesellschaft", deren Endziel die Wahrung der gemeinsamen Interessen bei Betonung der vollsten Selbständigkeit und Hervorhebung der besonderen Privilegien aller ihrer Mitglieder ist. Es kommen dabei folgende Hauptpunkte in Betracht:

Grunderklärung. Dies ist in der „Préambule" des „Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle" enthalten. Sie erklärt in ungewöhnlich glücklich gewählten Ausdrücken die grundlegenden Interessen der Staaten, das von ihnen angestrebte Ziel und die Bestimmungen, die ihre Beziehungen regeln sollen.

Nach dieser „Préambule" sind die wichtigsten Interessen, über deren Wahrung gewacht werden muß, „die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens" und die Bande „internationaler Solidarität". „Friede und Solidarität", diese beiden Worte bezeichnen die Macht, die die Staaten dazu bringt, sich zu vereinigen und gemeinsame Gesetze zu schaffen. Das angestrebte Ziel ist „die Sicherheit der Staaten und die Wohlfahrt der Völker". Die Mittel zur Wahrung dieser Interessen und zur Erreichung dieses Zieles sind die „Ausdehnung der Herrschaft des Rechts", die „Stärkung des internationalen Rechtsgefühls" und die „Festlegung der Begriffe von Recht und Billigkeit". Sowie es eine Erklärung der Menschenrechte gibt, besteht jetzt auch eine Erklärung der Rechte der Staaten untereinander, die einen nicht minder wichtigen Wendepunkt bezeichnet.

Bei Voraussetzung dieser Grundsätze bleibt ihre Anwendung in den Jahren 1899 und 1907 zu untersuchen.

Grundzüge einer internationalen Legislativorganisation.

Die „Friedenskonferenz" trägt künftig vollkommen den Charakter einer Versammlung, die — die Ratifikation jeder Regierung vorausgesetzt — mit der auf die Gesamtheit der Kulturstaaten bezüglichen Gesetzgebung betraut ist (1899 waren es 26 Staaten, 1907 schon 44). Jeder Staat wird von mehreren Delegierten (Staatsmännern, Rechtsgelehrten, Technikern), die von der betreffenden nationalen Exekutivmacht ernannt werden, vertreten: die Vertretung ist also eine diplomatische. Die Rolle, die die Konferenz selbst spielt, weist Aehnlichkeit mit der der Parlamente auf: es handelt sich ja auch tatsächlich darum, Gesetze über allgemeine Rechtsfragen berührende Gegenstände zu geben und das Völkerrecht in derselben Weise auszugestalten, in der die Parlamente nationale Gesetze ausarbeiten. Immerhin besteht ein Unterschied: die Konferenzbeschlüsse müssen der Genehmigung der Staaten unterbreitet werden.

Eine andere Aehnlichkeit mit der parlamentarischen Methode besteht darin, daß zum Studium jeder Frage Kommissionen eingesetzt werden. Für jede Kommission wird ein Präsident, ein Referent und ein Sekretär ernannt, und die Ergebnisse bilden die Grundlage eines Berichtes für die Vollversammlung, bevor es zur Abstimmung kommt. Die Ergebnisse der Abstimmung unterscheiden sich sehr wesentlich von denen der parlamentarischen Abstimmung; jeder Staat hat nur eine Stimme und die Majorität kann der Minorität kein Gesetz vorschreiben. Die Annahme einer Entscheidung hängt von der Stimmeneinheit der Staaten ab. Wenn aber nur sehr wenige Staaten sich einem Plan oder einem Artikel widersetzen, so beschränken sich diese Staaten darauf, „einen Vorbehalt zu machen", der sich auf die Punkte bezieht, die ihnen unannehmbar scheinen, ohne aber dagegen zu protestieren, wenn die „Fast-Einstimmigkeit" den vorgeschlagenen Text zu einem Gesetzesparagraphen des Völkerrechts erhebt*).

Was dieser Versammlung einen besonders eigenartigen, der Vorstellung einer gesetzgebenden Versammlung vollkommen entsprechenden Charakter verleiht, ist ihre regelmäßige Wiederkehr und ihre Einberufung kraft des gemeinsamen Willens der Staaten und nicht eines einzelnen Staatsoberhauptes. Tatsächlich wird die dritte Friedenskonferenz auch unter diesen Bedingungen ungefähr sieben Jahre nach der zweiten einberufen werden und man kann füglich annehmen, daß der Grundsatz regelmäßiger Wiederkehr definitiv anerkannt werden wird.

Was bleibt nach Durchsetzung der Periodizität noch zu tun übrig, um dieser internationalen Versammlung so viel Wirksamkeit und allgemeines Ansehen als möglich zu verschaffen?

Das dringendste Bedürfnis wäre die Anlegung einer Konferenzordnung, um eine methodische Führung der Beratungen zu ermöglichen. Auch die sich bei der Abstimmung ergebenden Schwierigkeiten müßten endgültig behoben werden. Unter welchen Bedingungen nun könnte ein Text mit all der den Beschlüssen der Friedenskonferenz zukommenden Autorität dem Völkerrecht einverleibt werden? Das ist die Hauptfrage und sie ist schwer zu beantworten. Man hat gelegentlich der Versammlung im Jahre 1907 oft von der Notwendigkeit, die „Fast-Einstimmigkeit" zu erlangen, gesprochen. Das ist ein unklarer Ausdruck, der besser entfernt werden sollte. Man sollte lieber genehmigen, daß jeder von einer genügenden Anzahl von Staaten (zum Beispiel von $^3/_4$) angenommene Text in die Haager Akten aufgenommen werden und seine Annahme seitens der anderen Staaten offen bleiben solle. Eine ähnliche Methode ist bei einigen im Jahre 1907 genehmigten Abkommen (speziell beim „Abkommen über den Prisenhof") befolgt worden und hat für keinen Staat Unannehmlichkeiten im Gefolge gehabt, da es jedem Staat freistand, das Abkommen aufzukündigen oder es gar nicht anzunehmen. Aber um diese Methode auf alle Fälle anwenden zu können, wäre es vielleicht besser, das Vetorecht, das sich eine ganz geringe Anzahl von Staaten anmaßt, aufzuheben, denn es verhindert eventuell die große Mehrheit der Staaten, sich über die Verwirklichung eines Fortschritts zu einigen.

*) Dies war zum Beispiel beim „Abkommen über den Prisenhof", der nur von 33 Staaten angenommen und dennoch den Haager Akten einverleibt wurde, der Fall.

Auch die Frage der Periodizität sollte auf die Weise gelöst werden, daß die Konferenz zu bestimmten Zeiten stattfindet, ohne daß es der Anregung einer Regierung oder irgendwelcher vorhergehenden Verhandlungen zu ihrer Einberufung bedarf.

Grundlagen einer Rechtsorganisation. Diese stellt sich gegenwärtig in folgender Form dar:

1. Ständiger Schiedshof.
2. Prisenhof.
3. Plan eines internationalen Gerichtshofs.

Die erste dieser Einrichtungen hat schon die Feuerprobe bestanden. Durch ihren fakultativen Charakter und die Freiheit der Parteien in der Wahl der Schiedsrichter hat sie es zu einem vollen Erfolge gebracht. Mit einem Wort, sie war den Bedingungen ihrer Entstehungszeit vollkommen gemäß und man kann ruhig behaupten, daß sie schon eine bedeutende Rolle gespielt hat: sie hat die Staaten mit der Einrichtung der Schiedssprechung vertraut gemacht. Die Erfolge beweisen nebenbei, daß es besser sei, den allgemeinen Ideenfortschritt nicht zu weit zu überholen und mit Unterstützung aller zu arbeiten, sollte die Reinheit der Ideen dadurch auch etwas getrübt werden. Der „fakultative Schiedshof" soll also in seiner jetzigen Form erhalten bleiben. Er kommt für den Augenblick einem wirklichen Bedürfnis entgegen und hat den Staaten wiederholt schon Beweise seines Werts und seiner hohen Unbestechlichkeit gegeben.

Eine ganz andere Einrichtung ist der Prisenhof. Hier haben wir es mit vorher gewählten Richtern zu tun, die während der Sitzungsdauer eine Geldentschädigung für diese erhalten. Ueberdies verpflichten sich die Mächte, sich sofort, sobald sich eine Meinungsverschiedenheit über Seeprisen ergibt, an den Hof zu wenden. Die Schiedssprechung des Prisenhofs ist also eine obligate.

Die Konferenz hat einen weiteren Schritt tun und einen internationalen „Gerichtshof" mit ständigen Richtern bilden wollen. Dieser Plan ist in der Schlußakte vom Jahre 1907 ausgearbeitet, angenommen und ihr angegliedert worden. Seine Verwirklichung ist aber bisher an einer mangelhaften Bestimmung über die Richterernennung gescheitert. Man müßte also diese Frage zu lösen versuchen. Gleichzeitig könnte auch der Haager Gerichtsgewalt eine größere Einheitlichkeit verliehen werden. Entspricht der Name „Schiedsgerichtshof" („Cour de justice arbitrale") der Wirklichkeit? Das Wort „arbitral" erweckt die Vorstellung, daß die Richter gelegentlich eines gegebenen Streitfalles gewählt werden und ihre Macht sofort nach seiner Erledigung erlischt. Da es sich hier jedoch im Gegenteil um ständige Richter handelt, sollte man vielleicht doch eher „internationaler Gerichtshof" sagen. Im Prinzip soll dieser Hof fakultativ sein und die Staaten werden sich gerne an ihn wenden, da seine Intervention für sie nur eine Annehmlichkeit sein dürfte. Wäre es aber für gewisse Streitfälle nicht richtiger, diesen Hof als obligate Schiedsinstanz funktionieren zu lassen? Es würden die auf die bindenden Entscheidungen des Schiedshofes beschränkten Fragen in diesem Hof schon ständige Richter finden und es wäre vielleicht wünschenswert, daß die Staaten miteinander übereinkämen, ihm gewisse Streitfälle zu unterbreiten, da ihm eine ganz außergewöhnliche Kompetenz und die Eigenschaft der ständigen Tagung zukommt. Schließlich könnte man, ebenso wie ein spezieller Gerichtshof für Fragen des Seekaperrechts gegründet wurde, auch spezielle Kammern für gewisse Fragen, die eine besondere Kompetenz der Richter erfordern, einrichten. Auf diese Weise erhielte man eine den verschiedensten Streitmöglichkeiten angepaßte Gerichtsordnung, deren Einheitlichkeit in folgendem Schema deutlich hervortritt:

I. Ständiger Schiedshof (fakultativ).
II. Schiedsgerichtshof (für manche Streitfälle obligat, für manche fakultativ).
Kammern: 1. Für internationales Privatrecht.
2. Für Streitigkeiten über Verwaltungsfragen (die Staatenvereinigungen betreffend).
3. Für Zollfragen.
4. Für Fragen des Kaperrechts.

Grundzüge einer internationalen Verwaltung. Bis heute haben die Staaten niemals den Wunsch geäußert, außerhalb eines jeden von ihnen eine ständige Vertretung zu besitzen, die die internationale Gesamtheit zu vertreten und in allen Fragen von gemeinsamem Interesse zu entscheiden befugt wäre. Selbstverständlich besteht eine solche Vertretung noch nicht, und die sich einer derartigen Einrichtung entgegenstellenden Schwierigkeiten politischer Natur sind so groß, daß sie an dieser Stelle überhaupt nicht diskutiert werden können. Aber es bestehen schon internationale, mit der Ausführung gewisser Beschlüsse oder der Leistung verschiedener, die Gesamtheit der Staaten betreffenden Dienste betraute Verwaltungsbureaus. Man kann in ihnen den Entwicklungskeim einer wirklichen, in der Zukunft liegenden internationalen Verwaltung erblicken. Da sind zunächst die „Bureaus" der Staatenvereinigungen, Organe mit einer sich auf die internationale Gemeinschaft beziehenden Administrationsgewalt (also z. B. Bureaus für folgende Angelegenheiten: literarisches und industrielles Eigentum, Maße und Gewichte, Erdmessung, Weltpost, Eisenbahnen, Sanitäts- und landwirtschaftliche Fragen usw.). Es gibt auch internationale Organe, denen einzelne Staaten teilweise Exekutivgewalt verliehen haben, wie der Donaukommission oder das Recht direkter Entscheidung, wie der Kommission der Zuckerunion.

Unter anderem haben die Friedenskonferenzen auch andere Geschäftsstellen für internationale Verwaltungsfragen errichtet, nämlich:

Den Verwaltungsrat.

Das Schiedsbureau*).
Das vorbereitende Komitee.

Das erstere besteht aus den diplomatischen Vertretern der Staaten im Haag, spielt eine Rolle in völkerrechtlichen Administrationsfragen und hat das Beaufsichtigungsrecht über alle ins Gebiet des Völkerrechts einschlägigen Fragen (Schiedshof, Prisenhof und eventuell Staatengerichtshof). Er hat besonders die Auslagen zu regeln und sie unter die einzelnen Staaten aufzuteilen.

Das „Schiedsbureau" hat mehrere Funktionen. Es führt das Protokoll bei dem vorkommendenfalls von ihm einberufenen Gerichtshof. Ihm obliegt die Einrichtung der Archive und die Sammlung aller das Schiedsverfahren betreffenden offiziellen Dokumente (Schiedssprüche, Verträge usw.). Endlich ist es nicht die unbedeutendste seiner Aufgaben, bei einem eventuellen Streitfall zwischen zwei Mächten der interessierten Partei jene Note zu übermitteln, worin die andere erklärt, „daß sie bereit sei, den Streitfall einer Schiedssprechung zu unterbreiten". So bescheiden diese Vermittlerrolle auch ist, so ist doch die Tatsache von Wichtigkeit, daß sie im Namen der Gesamtheit aller Staaten ausgeübt wird.

Das internationale Vorbereitungskomitee hat nach der 1907er Schlußakte die Aufgabe, das Programm, den Organisationsentwurf und den Gang der Sitzungen der nächsten Konferenz vorzubereiten. Dieses Komitee hat also zweierlei Funktionen: die Vorbereitung internationaler Gesetze und die Organisation der periodischen Haager Versammlung.

So befinden wir uns gegenwärtig in einem Stadium der Zersplitterung der internationalen Interessenvertretung unter diese vier verschiedenen Abteilungen. Es erscheint also als dringendes Bedürfnis, diese Zusammenhangs- und Verbindungslosigkeit der administrativen Einrichtungen aufzuheben und sie in enge Verbindung miteinander zu bringen.

In welcher Form könnte diese Vereinigung und Verbindung zustande kommen? Wäre beispielsweise die Gründung eines internationalen Komitees geboten, dessen Hauptfunktion es wäre, über die Erhaltung der Staatengesellschaft und die Achtung der Grundsätze, auf denen sie beruhen, zu wachen? Sollte das Komitee zu diesem Zweck gewisse Befugnisse des administrativen Rats, des vorbereitenden Komitees und des Haager Bureaus in sich vereinigen, indem es ein gemeinsames Band zwischen den einzelnen Unionsbureaus herstellt? Es wäre Sache der dritten Konferenz, an diese Fragen heranzutreten, denn sie wird und muß sich damit beschäftigen, die besten Mittel zur Sicherung einer einheitlichen Leitung in bezug auf gemeinsame Interessen der Staaten herauszufinden. Das ist entschieden ihre wichtigste Aufgabe.

*) Der offizielle Name dieses Bureaus ist nach dem Abkommen des Jahres 1907 „Internationales Bureau des ständigen Schiedshofs".

Selbstverständlich wird die Zukunft darüber entscheiden, ob es am Platz ist, Mittel zur Wahrung der Achtung vor den Bestimmungen des Völkerrechts zu finden. Augenblicklich ist es unangebracht, der Entwicklung der Dinge allzuweit vorauszugreifen. Heute müssen wir nur immer wieder betonen, daß alle Kräfte in den Dienst des Völkerrechts gestellt werden müssen. Zu diesem Zwecke muß man seine Entwicklung genau verfolgen, um zu sehen, wohin sie denn eigentlich führt. Es ist eine durchaus moderne Erscheinung, daß die Völker in mehreren Fällen bei einigen Gelegenheiten schon internationale Streitkräfte ins Feld geschickt haben, wie bei der China-Expedition, der Besetzung Kretas usw.; auch die Aufstellung der Gendarmerie in Mazedonien gehört hierher. Eine Formel für diese Erscheinung ist schon gefunden. Aber wenn die öffentliche Meinung in den neutralen Staaten sich erst ihrer Macht bewußt geworden ist, wenn man sich daran gewöhnt haben wird, sich am Vorabend eines bewaffneten Konfliktes für oder gegen eine Macht zu erklären, so wird die sich daraus ergebende moralische Macht nur das Symbol der tatsächlich wirksamen Macht sein, über die sie im Notfall verfügen könnte.

Die regelmäßig wiederkehrenden Friedenskonferenzen werden auf diese Weise ihre Wirksamkeit im Sinne der Staatengesellschaft entwickeln und ausbreiten sehen.

RANDGLOSSEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 4. Mai 1912.

Wieder ging ein Schrei — ein fürchterlicher, heulender Angstschrei — durch die Welt und wieder einmal haben die Bewohner der Erde in gemeinsamer Anteilnahme an fremdem Schmerz miteinander kommuniziert. „Nearer to thee, o my God" fühlen sich, in so grauenhafter Todesstunde, die Menschen gezogen, aber auch näher zu einander, näher zum echten Menschentum. Wie die Freude, „Tochter aus Elisium", drängt auch der Schmerz zu dem Dichterruf: „Seid umschlungen Millionen". Eine entsetzlichere, bis zur Erhabenheit grauenvollere Tragödie wie dieses Untersinken der „Titanic" bei Nacht und Eiseskälte läßt sich kaum denken. Wer war der stumme Massenmörder, der dieses Verbrechen begangen hat? Ach, nur ein bewußtseinsloser Eisberg, der genau dahin sich bewegte, wo physikalische Gesetze ihn hintrieben. Immer von neuem, wie bei jeder elementaren Katastrophe, drängt sich uns Kriegsbekämpfern auch hier wieder die maßlos staunende Frage auf: warum dieses berechtigte menschliche Mitgefühl nur bei unglücklichem Ungefähr und nicht bei gewolltem, geplantem Unglück, wie es — oft viel massen-

hafter und viel grauenvoller — den bewußten Mordvorbereitungen der „waffenfreudigen" Nationen entspringt? Ist ein Dreadnought minder unheildrohend als ein Eisberg? Freilich, dieser schwimmt gratis umher, während wir für den Dreadnought 60 Millionen zahlen dürfen. Freilich, der Eisberg ist nur ein dummer Block, und so ein „stolzes" Schlachtschiff ist die Frucht des schärfsten, auf Menschenverderben gerichteten Geistes.

☞

Noch viele Betrachtungen ließen sich von unserem Standpunkt über das „Titanic"-Unglück anstellen; aber nur ein eigenes Leid muß ich hier vor allem klagen: Stead — unser herrlicher Stead unter den Opfern! Der größten, wunderbarsten Einer! Was die Friedenssache an ihm besessen und verloren, das wird in diesen Blättern an anderer Stelle gewürdigt — ich will nur im Geist niederknien . . . Stead, mein armer, mein teurer Freund, lebwohl!

☞

Infolge der Katastrophe wurde eine Anregung gegeben: es sei eine „internationale Seegenossenschaft" zu bilden; von einem auswärtigen Amte möge zur Erörterung der Sicherheitsfrage im Seeverkehr eine Konferenz einberufen werden. Der Vorschlag fand in den Blättern beifällige Würdigung. Ganz natürlich; es ist eine schöne Sache um die Sicherheit zur See, um Sicherheit überhaupt. Aber sonderbar: es existiert doch eine internationale Genossenschaft zur Bekämpfung der herrschenden Unsicherheit — nicht nur vor Schiffbruch, sondern vor Verheerung durch Brand und durch Seuchen, vor Gütervernichtung und Bankerott, kurz die Pazifistengenossenschaft —, die findet, wie man weiß, keine beifällige Würdigung in den Blättern.

☞

Die Italiener beschossen die Außenforts der Dardanellen; aber nach einem kurzen Bombardement dampfte die Flottille wieder ab. Anfänglich schien es, als sollte der Weg nach Konstantinopel forciert werden; dann schien es wieder, als wäre nur eine Demonstration beabsichtigt gewesen. Eine Demonstration, deren Sinn besonders deutlich durch den gewählten Zeitpunkt — eben wurde wieder von den Mächten über Friedensbedingungen sondiert — hervortreten sollte: Pression. Die Folge des plötzlichen Angriffs war verstärkte Verteidigung. Die Türken legten neue Minen, und versperrten die Dardanellen. Und jetzt trat ein, was die Pazifisten stets als eine Begleiterscheinung des „Zukunftskrieges" — nämlich des Krieges unter den modernen Handels- und Verkehrsverhältnissen — hingestellt hatten: die Störung und Aufhebung von Handel und Verkehr, nicht nur auf dem Gebiet der Kriegführenden, sondern überall. Alle werden geschädigt, auch die Neutralen, auch die Unbeteiligten. Es gibt in der neugeschaffenen Weltlage überhaupt keine „Unbeteiligten" mehr. Das Wort wird man zu den andern Fossilien einer vergangenen Epoche legen müssen. Groß war und ist nun die allgemeine Bestürzung. Am eigenen Leibe spüren die Neutralen die Wirkungen des Krieges. Sie versuchen die Türkei zur Freilegung des so wichtigen Verkehrsweges und Italien zu dem Versprechen zu bewegen, daß es den Versuch der Dardanellenforcierung nicht wiederholen, daß es seine Operationen auf das tripolitanische Gebiet beschränken werde. Dieses Versprechen war ja zu Anfang des Krieges sozusagen stillschweigend gegeben und als gleichfalls stillschweigende Bedingung von den zuschauenden Mächten auferlegt worden. Und nun ward es gebrochen, da will man, daß es jetzt formell ausgesprochen werde? Und falls das geschähe, es für bindend halten? Ist es denn nicht der Grundcharakter des Krieges, daß er alles Gesetzliche, alles Bindende mit seinem Schwertschlage zerreißt?

☞

Wenn nun die Neutralen es wirklich erreichten, daß der Krieg lokalisiert bleibe, glauben sie denn wieder unbeteiligt sein zu können. Wird man in seinen Interessen wirklich nur verletzt, wenn Handelsschiffe am Fahren verhindert werden? Und gibt wirklich nur die vorgefallene Tatsache Anlaß zum Begreifen und Abwehrenwollen eines Uebels? Will man denn nie ein Stückchen in die Zukunft schauen? Sieht man nicht, wenn der Krieg nur auf Tripolitanien beschränkt bleibt, daß dort unter der heißen Wüstensonne die aufgehäuften Leichname unfehlbar die Cholera und andere Seuchen hervorbringen werden, und daß es für Seuchen keine gesperrten Wege gibt, daß diese von Nordafrika aus ungehindert nach Europa segeln werden, was doch noch größere „Interessen" verletzen wird, als dies aufgehaltene Handelsschiffe zu tun vermögen.

Im hohen Grade interessant ist die Antwort, welche Italien durch die offiziöse Stimme der „Tribuna" auf jene Zumutung gegeben hat. Sie ist ein Dokument der kriegerischen Weltanschauung, das wir, die wir diese Anschauung bekämpfen, genau studieren sollen. Die „Tribuna" vom 29. April schreibt:

> „Wir haben bereits der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Türkei versucht haben dürfte, die Sperrung der Dardanellen bei den neutralen Mächten auszubeuten. Wir erklären neuerlich, daß, wenn Italien aus eigenem Antrieb seine Aktion in gewissen Meeren und an gewissen Küsten beschränken wollte, das nicht bedeutet, daß es willens sei, sich andere Beschränkungen in anderen Meeren und an anderen Gebieten auferlegen zu lassen."

Also in nichts sich binden, unumschränkt bleiben — mit einem Worte: Rücksichtslosigkeit. „Ich, nur ich und sonst nichts", das ist die Losung des nationalistisch-kriegerischen Geistes. Und wenn einmal Mars ins Amt gesetzt ist, dann waltet nur mehr sein Gebot. Die „Tribuna" fügt zwar dem zuletzt angeführten Satz die Worte hinzu: „wobei Italien freilich beachten wird, die Interessen der Neutralen nicht über das Maß des unumgänglich Notwendigen hinaus zu schädigen." Sehr gnädig. Aber wir kennen sie, diese „militärischen Notwendigkeiten". Sie sind es, in deren Namen alle Dörferniederbrennungen, alle Massenhinrichtungen vorgenommen werden, sie sind es, die, in Verträge und Vereinbarungen als Klausel eingefügt, die ganze Kraft des Textes aufheben.

„Wir können nicht darauf verzichten," fährt das Blatt fort, „unser möglichstes zu tun, um die Türkei dort zu treffen, wo sie am empfindlichsten ist, und um sie zu zwingen, die unvermeidliche Lösung des Konflikts anzunehmen. Die Mächte können nicht umhin, uns dieses unantastbare Recht zuzubilligen ..."

Das ist wohl richtig. Die Mächte können nicht umhin. Denn sie alle bekennen sich zu dem „unantastbaren" Dogma, daß der Kriegführende alles darf und alles soll, was dem Kriegszweck dient. Hat man sich für neutral erklärt, so läßt man dieses Dogma walten, und sieht ruhig zu, wie die beiden Kriegführenden miteinander fertig werden. Das war in früheren Zeiten ein ebenso bequemes als gefahrloses Verhalten. Jetzt aber stellt sich heraus, daß die Schädigungen, die zwei Länder einander zufügen, auch den übrigen schaden. Da beginnt die Verlegenheit. Das eigene Interesse wird tangiert, und da ist es mit dem ruhigen, respektvollen Abwarten, das sich Neutralität nennt, vorbei. Die Mächte werden unruhig, sie fordern Einschränkung des Kriegsschauplatzes — sie fordern freilich nicht laut und öffentlich, um jene unantastbaren Rechte nicht anzutasten, aber von Kabinett zu Kabinett werden sicher die Mahnungen gehen, und auch das Dogma von der völlig unabhängigen Handlungsfreiheit muß weichen. Italien versichert, daß es die Dardanellen nicht zu forcieren versuchen wird; tut das aber auch nicht laut und formell, sondern mit dem Vorbehalt: „Ich verspreche nichts. Ich tue es nicht, weil es mir aus strategischen Gründen, aus eigenem Interesse, nicht behagt." Und so ist die traditionelle Haltung der Rücksichtslosigkeit gewahrt. Die Dardanellen werden der Schiffahrt wieder freigegeben und der Zwischenfall wird als erledigt bezeichnet.

Der unter amerikanischer Flagge fahrende Dampfer „Texas", mit zahlreichen Passagieren an Bord, stieß bei der Ausfahrt aus dem Hafen von Smyrna auf eine Seemine und wurde zerstört. Den Menschen wurden von der Explosion die Glieder abgerissen. Ueber hundert fielen ins Wasser und ertranken. Ein Fall, ebenso traurig — nein, trauriger, weil durch Menschentorheit und Menschentücke verschuldet — wie der Untergang der „Titanic". Aber welcher Unterschied in der Sensation! Warum? Weil der Luxusdampfer mehr und millionenreiche Reisende trug? Nein — weil nur die Elemente anzuklagen waren. Da darf man laut jammern. Wenn es sich aber um Krieg und Kriegsinstrumente handelt, muß man zurückhaltender sein — man darf doch das System von Minenlegung nicht beleidigen. Zwar bemerkten die Blätter seufzend, daß das Kriegsmittel „Unschuldige" hingerafft hat, daß es durch bösen Zufall solche traf, denen es nicht bestimmt war. Und auch die Frage wurde erörtert, wer trägt die Schuld? „Der Kapitän, der unvorsichtig gewesen", antwortete man. Nein — der einzige Schuldige war da der Krieg. Tiger und Schlangen, Tuberkulose und Krebs sucht man auszurotten; auch Eisberge und Vulkane würde man gern unschädlich machen, wenn man nur könnte, aber — Flatterminen und Luftbomben? Allen Respekt.

A propos von Luftbomben: ich pflege ja hier die Fortschritte zu registrieren, welche jene Krankheit macht, der die vom Kriegsdusel berauschte Welt verfallen ist, und die sich jetzt als delirium volens äußert. Die Agenzia Stefani meldet aus Tripolis vom 1. Mai: „Heute früh sind die lenkbaren Luftschiffe P II und P III zu Rekognoszierungszwecken aufgestiegen. Sobald sich die beiden Luftschiffe über dem feindlichen Lager befanden, wurde seitens des Feindes ein lebhaftes Gewehrfeuer gegen sie eröffnet, ohne jedoch den geringsten Schaden zu machen. Gegen 10 Uhr vormittags befand sich P II über dem feindlichen Lager von Azizia, das mit großem Erfolg bombardiert wurde. Vom Luftschiff wurden etwa 30 Bomben auf das Lager herabgeworfen. Zur gleichen Zeit ließ auch das Luftschiff P III ungefähr ein Dutzend Bomben auf das Lager von Sibi ben Aden herabfallen, die außer panischem Schrecken großen materiellen Schaden verursachten." — Das also ist die sich vorbereitende Kriegführung der Zukunft! Eigentlich wird man da auf Forcierungen von Meerengen und Gebirgspässen ganz verzichten können — man fliegt einfach zur „verwundbarsten" Stelle hin und zerhagelt sie. Diesem großen Ziele arbeiten die Völker fieberhaft entgegen. Die Sammlungen für Luftflotten, von den Regierenden angeregt, werden überall eifrigst betrieben, und die Millionen fliegen herbei. Die Blätter bringen auf der ersten Seite Aufrufe; der König von Italien gibt als Beispiel eine

Spende von 100 000 Lire — an das patriotische Gefühl aller Kreise wird appelliert. „Der italienische Justizminister (so meldet der „Tag", 30. 4.) ermächtigte die Direktoren der Gefängnisse und Arbeiterhäuser, unter den Sträflingen Sammlungen zugunsten der Luftflotte zu veranstalten." Caliban dichtet dazu:

Luftballon und Flugmaschino
Gegen Oesterreich! Freudig blechen
Für den Einbruch ins Trentino,
Die gewohnt sind, einzubrechen.

☞

In Oesterreich werden die Sammlungen wohl nächstens eingeleitet werden, denn schon verkündete der Kriegsminister Auffenberg in seiner Rede in den Delegationen, daß im Krieg der Zukunft der Luftflotte eine große Bedeutung zufallen werde und daß wir den Vorsprung einholen müssen, den die anderen Nationen in dieser „vierten Waffe" schon gewonnen haben. Mit welcher Kaltblütigkeit und Selbstverständlichkeit die Kriegsminister doch vom künftigen Kriege reden, wie von etwas so Sicherem und Heiterem, wie etwa der morgige Sonnenaufgang. Das Wort „Vorsprung" enthüllt übrigens so recht den Charakter des Rüstungswettlaufs, in dem die Völker begriffen sind. Rekord, Rekord: darum handelt sich's. Damit will eins dem andern imponieren. Daß die Bahn des Wettlaufs in der Richtung des Abgrunds liegt — wen kümmert's?

☞

Zum Glück sind nicht alle auf dieser Bahn. Wir wissen ja, welche große, täglich wachsende Menge die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen hat, und wie sie dabei von den unbewußt waltenden Kräften der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt wird. Gerade in diesen Blättern, die der sich vollziehenden Organisation der Welt gewidmet sind, wäre es übel angebracht, kassandramäßig nur das kommende Unheil zu verkünden. Hier gleich wieder eine Nachricht, die von der Ausbreitung der neuen Prinzipien Kunde gibt: Als die russische Regierung im letzten Jahre sich entschloß, die Grenze ihrer Territorialgewässer im Ochotskischen Meer zu erweitern, protestierte die japanische Regierung. Da trotz wiederholter Verhandlungen eine befriedigende Lösung dieser Frage nicht gefunden werden konnte, faßte man in Tokio den Beschluß, diese Angelegenheit bei gegenseitiger Zustimmung dem Haager Schiedsgericht zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten.

☞

Zum Schluß ein Wort der Huldigung dem Manne, den die ganze pazifistische Welt als ihren Meister anerkennt und der in diesem Monat seinen neunzigsten Geburtstag begeht: Frédéric Passy. — Ich suche nach einem Wort, das imstande wäre, die ganze Liebe und Ehrfurcht, die dieser Gestalt gebührt, auszudrücken. — nach einem Wort, das die Größe dieses Charakters, die Wirkung dieses Lebens bezeichnen könnte, und ich finde, um dies alles vollklingend zusammenzufassen, nur fünf Silben, nur den Namen selber: Frédéric Passy.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

28. März. D'Estournelles de Constant protestiert im französischen Senat gegen die Flottenvorlage.

30. März. Jahresversammlung des deutsch-englischen Verständigungskomitees. Es wird ein „Ausschuss zur Förderung einer besseren Kenntnis Englands" gegründet und eine Eingabe an den Reichskanzler beschlossen, um den Presshetzereien auf den Grund zu kommen.

2. April. Ankunft der 50 vom „Journal d'Allemagne" prämiierten Berliner Schüler in Paris.

2. April. Schatzkanzler Lloyd George bedauert im englischen Unterhaus, dass durch „die epileptischen Anfälle von Militarismus" der Staat in seiner Tätigkeit für dringende soziale Bedürfnisse gehemmt würde und dadurch der zivilisierten Welt bedeutende Werte entzogen erscheinen.

9. April. In einer Festsitzung der Sorbonne zu Ehren der preisgekrönten deutschen Schüler und Schülerinnen sprach der Deputierte Mr. Painleve über die den Völkerfrieden fördernde Allgemeinbildung.

9. April. In einer vielen deutschen Schulleitern zugegangenen Freundschafts- und Friedenskundgebung versichern viele Angehörige englischer Unterrichtsanstalten und des englischen Unterrichtsministeriums diese ihrer Zuneigung und freundschaftlichen Gefühle und erhoffen eine Vereinigung Deutschlands und Englands zur Förderung des Friedens und Fortschritts der ganzen Welt.

9. April. Austritt Italiens aus der interparlamentarischen Friedensunion.

12. April. Bei dem Festdiner auf der Präfektur von Nizza anlässlich der Enthüllung der englischen Herrscherdenkmäler stellte Ministerpräsident Poincaré fest, dass die Freundschaft zwischen Frankreich und England eine neue öffentliche Bestätigung gefunden habe.

12. April. Die fünf Grossmächte: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, England, Frankreich und Russland überreichen der Pforte einen Vorschlag zum Friedensschluss.

14.—15. April. William T. Stead fällt der Schiffskatastrophe der „Titanic" zum Opfer.

19. April. Beschiessung der Aussenforts der Dardanellen durch die Italiener.

22. April. Beginn der Rüstungsdebatte im Deutschen Reichstag. Reichskanzler von Bethmann Hollweg gegen die Kriegshetzpresse. „Die Völker sind vielfach durch lärmende und fanatisierte Minderheiten in Kriege hineingetrieben worden".

25. April. In mehr als zweiundvierzig Versammlungen in Berlin wird die neue Wehrvorlage aufs schärfste verurteilt und eine scharfe Protestresolution gegen die „wahnwitzige Rüstungspolitik" angenommen. Man verlangt von der deutschen Reichsregierung, dass sie „Raum schaffe für eine friedliche, freiheitliche Entwicklung des deutschen Volkes und für eine Verständigung mit den anderen Völkern".

29. April. Die französische und die italienische Regierung haben nach gegenseitigem Einvernehmen die Mitglieder des Schiedsgerichts zur Erledigung der Streitfälle „Carthage" und „Manouba" bestimmt.

30. April. Der Mailänder „Secolo" bringt einen Leitartikel gegen den ital.-türk. Krieg. Die Kriegskosten gehen über das hinaus, was das Parlament bewilligte. Die Schulden Italiens haben sich um 1½ Milliarden vermehrt usw. — Die Reaktion gegen die Kriegsaktion beginnt.

1. Mai. Weltfriedenstag der Sozialdemokratie.

AUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Haager Schiedshof :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

H.W. In dem französisch-italienischen Streifalle wegen der Prisenfälle Manouba und Carthage, der bekanntlich dem Haager Hofe überwiesen wurde, sind von den Parteien gemeinsam folgende fünf Personen als Schiedsrichter benannt worden: 1. Hammarskjöld, früherer schwedischer Justizminister und Gouverneur von Upsala als Obmann, 2. Kriege, Direktor im Auswärtigen Amt in Berlin, 3. Baron v. Taube, Vortragender Rat im Auswärtigen Amt in Petersburg, 4. Professor Renault in Paris und 5. früherer Minister Fusinato in Rom. Auch diesmal sind also wieder Staatsangehörige der streitenden Parteien in das Schiedsgericht gewählt worden. Seit dem Orinokoschiedsgericht sind die Schiedsgerichte des Haager Hofes stets in dieser Weise gebildet worden. Alle Schiedsrichter sind bereits früher zu Richtern einzelner Schiedsgerichte gewählt worden; Renault bereits viermal, Hammarskjöld und Fusinate bereits zweimal, Kriege und Baron Taube je einmal. Das Schiedsgericht ist fast genau so zusammengesetzt wie das Casablancaschiedsgericht; nur war damals statt des Barons Taube der Engländer Fry fünfter Richter.

Das italienisch-peruanische Schiedsgericht wurde am 20. April cr. durch den Vorsitzenden Renault in Gegenwart des holländischen Ministers des Aeußeren, der Gesandten von Italien, Deutschland, Frankreich usw., der Staatsminister Asser und de Savornin Lehmann eröffnet. In seiner Begrüßungsrede wies Renault darauf hin, daß dieses Schiedsgericht keine so politisch bedeutsame Fragen wie bisher zu erledigen habe, wohl aber einige hochinteressante juristische Fragen, so daß das Urteil für spätere ähnliche Fälle jedenfalls ein treffliches Präjudizium schaffe. Er gedachte weiter der erfreulichen Entwicklung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Als Agenten Italiens fungierten Graf Canevaro und der Senator Scialoia, als Agent Perus der Konsul Mesones. Die nächste Sitzung des Tribunals fand am 22. April statt, und war geheim. Nachdem in dieser die Vertreter der Parteien zu Worte gekommen waren, vertagte sich das Schiedsgericht auf unbestimmte Zeit bis zur Urteilsfällung. Der Streit dreht sich um eine 900 000 Mark betragende Forderung der Italiener Napoleon, Carlos und Canevare. Als diese etwa im Jahre 1875 von der peruanischen Regierung die Bezahlung einer Forderung verlangten, erkannte Peru in einem Augenblicke, als die Regierung von Feinden bedrängt war, die Forderung an, acht Jahre später aber verweigerte, nachdem unterdessen Ruhe eingetreten war, die neue Regierung die Zahlung, gab jedoch den Italienern konsolidierte Bonds, die nur 15 % der geschuldeten Summe gewährleisteten. Die Italiener verweigerten die Annahme dieser Bonds. Es fragt sich nun, ob Peru zur Zahlung der ganzen Summe verpflichtet ist.

Rüstungsproblem.

Militärziffern :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Unter diesem Titel veröffentlicht Friedrich Naumann einen bemerkenswerten Artikel in der „Hilfe" (2. V.). Er kommt zu folgenden interessanten statistischen Berechnungen:

1909	Personenzahl überhaupt	Davon in der Marine	Grössere Kriegsschiffe
Russland	**1 160 000**	41 000	26
Deutschland . . .	660 000	43 000	71
Frankreich . . .	604 000	54 000	82
Oesterreich-Ungarn	400 000	14 000	23
Grossbritannien . .	380 000	**130 000**	**139**
Italien	323 000	28 000	**35**
Japan	280 000	41 000	**42**
Türkei	240 000	14 000	**?**
Vereinigte Staaten .	140 000	48 000	66
Spanien	110 000	16 000	9

Auf Grund dieser Ziffern kann man die Stärke der beiden Dreibünde berechnen, sobald man sicher weiß, wer dazu gehört. Rechnen wir Italien vertragsmäßig zu Deutschland und Oesterreich, so ergibt sich folgendes Bild:

Russland . . . . Frankreich . . . England.	2 144 000	225 000	246
Deutschland . . . Oesterreich-Ungarn Italien	1 383 000	85 000	129

Anknüpfend hieran sagt Naumann:

„Diese Zusammenstellung gibt viel zu denken und sollte von denen, die bei uns zum Kriege drängen, fleißig gelesen werden. Der Unterschied ist nämlich auch dann noch groß, wenn man die englischen Truppen in Indien und die russischen Bestände in Sibirien abzieht. Er ist so groß, daß er durch keine Rüstungsvorlage ausgeglichen werden kann. Und schwächere Teile gibt es dabei auf beiden Seiten ..."

Verschiedenes.

Die Beendigung des italienisch-türkischen Krieges.

Als „Kampf um den Frieden" wird jene große Bewegung bezeichnet, die unter den europäischen Regierungen herrscht, um den Konflikt zwischen der Türkei und Italien zur Beendigung zu bringen.

Dadurch, daß infolge eines falschen Erfassens des ganzen Problems auch Pazifisten und pazifistische Vereinigungen in diese Bewegung miteingreifen, wird unserer Sache kein guter Dienst getan; wird die Verwechslung, die durch das armselige Wort „Friede" in bezug auf unsere Bestrebungen immer wieder begangen wird, noch verwirrter gestaltet. Das ist kein „Friede", der hier herbeigeführt werden soll; das ist einfach der Versuch, die akute Anarchie in eine latente umzuwandeln, den Krieg, der nur dem Grade nach (aber nicht dem Wesen nach!) von jenem Zustande verschieden ist, den man noch immer euphemistisch „Friede" nennt, in jene verwässertere, aber deswegen nicht minder traurige Form hinüberzuleiten. Immer wieder sei es wiederholt: wir Pazifisten haben nicht für kurze Kriege einzutreten, sondern nur für deren Ausschaltung aus den Beziehungen der Staaten. Wir haben dafür einzutreten, daß Kriege überhaupt vermieden werden.

Wenn die europäischen Regierungen nur den zehnten Teil jener Tätigkeit, die sie heute dafür einsetzen, den Konflikt, der sie zu belästigen beginnt, zu beendigen, zur rechten Zeit dafür eingesetzt hätten, ihm vorzubeugen, so wäre ihnen dies mit Leichtigkeit gelungen. Nur Kurzsichtigkeit der Diplomatie und die Gewalt der Routine bringen es mit sich, daß die europäischen Regierungen lieber das schwierigere und nachteiligere Verfahren wählen als das leichtere und vorteilhaftere. Welches Geschrei wird jetzt überall darüber erhoben, daß die Sperrung der Dardanellen den neutralen Handel lähme. Und mit diesem Argument verlangt man gebieterisch den sogenannten „Frieden". Keine Ahnung haben jene Leute, wie sehr ihr Handel ohne Sperrung der Dardanellen einfach durch jene Mittel gehemmt wird, mit denen sie glauben, dem Frieden zu dienen. Das ganze Rüstungssystem unserer Staaten kommt in seiner Wirkung einer ungeheuren Sperrung des größten Teiles aller Lebensbetätigung gleich. Darob wird aber kein Geschrei erhoben. Weil aber ein paar Dutzend Getreidekähne verhindert werden, die Dardanellen zu passieren, tut man entrüstet.

Im übrigen muß dieser famose „Krieg" immer wieder dadurch zugunsten unserer Lehre ausgebeutet werden, daß man nicht aufhört, darauf hinzuweisen, wie lächerlich es erscheint, auf der einen Seite den Krieg als Naturgewalt, als biologisches Grundgesetz oder gar als ein Element der göttlichen Weltordnung hinzustellen und auf der anderen Seite in dem gerade jetzt wütenden Konflikt den Beweis zu liefern, daß es möglich ist, einen Krieg zu lokalisieren, zwei kämpfenden Staaten ebenso gebieterisch einen Kriegsschauplatz anzuweisen, wie man in Amerika den Indianern ihre Reservationen zugewiesen hat.

Wir Pazifisten müssen daher aus diesem Kriege folgende Lehren ziehen:

1. Wenn Europa die Macht hat, einen Krieg zu lokalisieren, hat es auch die Macht, seinen Ausbruch zu verhüten.

2. Wenn es möglich ist, daß eine wohlausgerüstete europäische Großmacht ein unkultiviertes und von keiner organisierten Truppe verteidigtes Land in wenigen Monaten nicht zu bewältigen vermag, so ist es unmöglich, daß in Europa selbst noch ein Krieg geführt werden kann.

3. Wenn dieser an der Peripherie der europäischen Kultur geführte Krieg die Interessen der Neutralen Europas stört, so ist dies ein weiterer Beweis dafür, daß ein in Europa selbst geführter Krieg die Situation für den ganzen Erdteil unerträglich gestalten muß.

4. Es ist leicht, einen Krieg zu beginnen, aber sehr schwer, ihn zu Ende zu führen. Auch diese Erkenntnis muß dazu beitragen, jeden Krieg in Europa für ausgeschlossen zu betrachten.

☞

Die Vereinigung der internationalen Assoziationen. ::

Am 15. und 16. April fand in Brüssel die Jahresversammlung der Verwaltungskommission der Union der Internationalen Assoziationen statt. Es waren einige Hundert Vereinigungen vertreten. Der Versammlung präsidierten Staatsminister August Beernaert und Roland Bonaparte. Die während des Kongresses von 1910 begründeten sechs Kommissionen wurden in Permanenz erklärt. Es sind dies folgende Körperschaften, die nunmehr ständig ihrer besonderen Aufgabe obliegen werden:

1. Die Kommission für Kooperation. Präsidenten: Prinz Roland Bonaparte und Cyrill Van Oberberg.

2. Die Kommission des Rechtsstatuts (Ausarbeitung eines Entwurfs für eine internationale Gesetzgebung für internationale Körperschaften). Präsidenten: Beernaert und Clunet.

3. Die Kommission für Einheiten-Systeme. Präsidenten: Prof. Ostwald und Guillaume, zweiter Direktor des internationalen Maß- und Gewichtsbureaus.

4. Die Kommission für Koordination (interne Organisation der Gesellschaften). Präsidenten: John Barett, Direktor des Bureaus der pan-amerikanischen Union und Stephan Bauer, Sekretär des Internationalen Arbeitsamts.

5. Die Kommission für Dokumentation und der Veröffentlichungen. Präsidenten: Ernst Solvay und General Sèbert.

6. Die Kommission für Terminologie und wissenschaftliche Sprache mit einer Unterkommission für lebende Sprachen. Präsident: Prof. Wilmotte; und einer anderen Unterkommission für künstliche Sprachen. Präsident: Prof. Gariel.

Das Office Central wird eine Enquête über die relative Bedeutung, die ausgeübte Wirkung und das verwendete Budget der internationalen Gesellschaften anstellen, um die Notwendigkeit einer Sicherung ihrer rechtlichen Existenz darzutun. Es ist ferner beschlossen worden, eine Tabelle der gegenwärtig auf den verschiedenen Gebieten menschlicher Betätigung in Gebrauch befindlichen Einheiten aufzustellen.

Neben zahlreichen anderen Beschlüssen erscheinen die verschiedenen Veröffentlichungen des Office Central der Internationalen Assoziationen von großer Bedeutung. Neben dem „Annuaire de la vie internationale" wird eine Revue „La vie internationale" erscheinen, deren erste Nummer angeblich bereits erschienen sein soll.

☞

Helden des Friedens. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Untergang der „Titanic" gibt Heinrich Ilgenstein Veranlassung, in einem „Der Held der Titanic" betitelten Artikel in der „Gegenwart" (Nr. 27) auf jene Behauptungen hinzuweisen, wonach die Kriege notwendig seien, um Helden zu erzeugen. Er schildert nun die Leistungen des Telegraphisten Philipp auf dem Unglücksschiff und knüpft nachstehende, zutreffende Bemerkung daran:

„Die Kriegsfanatiker jammert der Völker, die lang andauernder Friede um die Kraft zum Heroentum bringt. Was sagen sie zu solchen Heldengestalten wie diesen ersten Telegraphisten der „Titanic"? Wie erklären sie es sich, daß der Todesmut, der diesen Unvergeßlichen bis zum letzten Augenblick beseelte, immer wieder seine Vertreter findet, bald hier, bald dort in der Welt, trotzdem langer Friede das Volk „entnervte"? Wie erklären sie das todesmutige Auftreten unserer Flieger, die sich durch kein warnend Beispiel von immer neuen Versuchen zurückhalten lassen? „Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein ..." Wann haben je mitten im Frieden so viele Menschen nach diesem Ausspruch gelebt wie heute?

Die immer größer werdende Liebe zum Frieden hat nichts mit dem Mut zum Sterben zu tun. Es wäre schön, wenn diejenigen, die noch immer im Kriege das einzige Erziehungsmittel zu Mut und Aufopferungsfähigkeit sehen, endlich erkennen wollten, daß auch der Friede seine Helden schafft, und daß im Kampf mit den Elementen wie im Kampf um den Fortschritt die Erziehung zur Tapferkeit auch ohne die Geißel des Krieges sich ganz von selbst ergibt."

☞

Bernard Shaw über den Krieg. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Aus der Beantwortung einer Enquête sind nachstehende Aeußerungen des bekannten englischen Satirikers über den Krieg entnommen.

„Der Krieg ist keine Notwendigkeit, sondern ein Sport. Sogar der entwickelste Sport, denn er tötet Menschen wie Tiere gleicherweis. Der Krieg ist (wie jede Sportgattung) durch einen Kodex geregelt. Ziel dieser Regeln ist: die Härten auf das Erträgliche zu beschränken. Ein Vergleich aus dem Gebiete des alten englischen Boxersports wird meine Vorstellung verdeutlichen. Es fiel auf, daß, wenn zwei Menschen einander gegenübergestellt und ermächtigt waren, sich gegenseitig kampfunfähig zu machen (mit allen Mitteln, durch Beißen, Fußtritte in besonders empfindliche Stellen, durch Augenauslaufenlassen und Verwandtes) — es fiel auf, daß der Sport abkam. Erstens konnte man niemand mehr dazu bekommen (außer ganz schlimmen Viechern). Zweitens ergab sich der unterliegende Teil sofort — und man sah statt eines unerhört schrecklichen Kampfes kaum einen Scheinkampf.

Infolgedessen wurden Regeln ausgearbeitet, um fähige und geübte Männer zu möglichster Ausdehnung des Boxens zu bringen. Es erschien ein Verbot gegen Fußtritte, Hiebe unter den Gürtel, auch gegen das Augenausbohren; der Sturz eines Gegners unterbrach den Kampf, bis der Mann sich erholt hatte ... Erst nachdem diese Bedingungen durchgegangen waren, fand man Boxereien möglich.

Oft dauerten sie nun stundenlang, ohne daß die Kämpfer irgendwelche Zeichen außerordentlichen Muts gaben. Manchmal war ein Faustkämpfer (der fast die Oberhand, aber zugleich Angst hatte) nur dadurch zu fernerem Kampf zu bringen, daß man einen Spiegel holte, um ihn von der Unverbeultheit seines Gesichts zu überführen — während das des Gegners schwarzblau angelaufen war.

Genau in derselben Art konnte der Krieg durch allerhand Regeln aufrechterhalten werden, die sein Schreckliches und Grausames in erträgliche Grenzen lenkten. Explosivkugeln verboten; Nichtkämpfer geschont; Raub und Plünderung untersagt; das Rote Kreuz hilft den Verwundeten; von Zeit zu Zeit gibt es im Haag oder in Genf Kongresse, um die Schönheit des alten Sports zu wahren — indem seine Mißliebigkeiten abermals eingeschränkt werden."

☞

Was die Völker für den Friedenspalast gestiftet haben.

Eine holländische Zeitung hat in diesen Tagen eine Aufstellung der Geschenke veröffentlicht, die die einzelnen Staaten bisher für die Einrichtung des Friedenspalastes gemacht haben, dessen Einweihung voraussichtlich im Frühling 1913 stattfinden wird. Holland hat den Grund und Boden gestiftet, auf dem sich der stattliche Palast erhebt. Außerdem hat die niederländische Regierung dem Friedenskomitee noch sieben gemalte Scheiben zum Geschenk gemacht, die für das Treppenhaus Verwendung finden sollen, und für die Ausschmückung des Sitzungssaales hat sie vier Gemälde leihweise überlassen. Belgien hat Türen aus Bronze und Schmiedeeisen gestiftet. England hat vier gemalte Fenster zum Geschenk gemacht, die für den großen Sitzungssaal verwandt werden sollen. Frankreich hat mehrere Gobelins für die beiden Sitzungssäle geschenkt, und Deutschland hat ein monumentales Eingangstor für den Park gestiftet. Italien hat den nötigen Marmor überwiesen, und die Schweiz hat ein Erzeugnis der heimischen Kunst, ein wahres Wunderwerk von Uhr für den Turm, zum Geschenk gemacht. Die Türkei hat einen großen Teppich gestiftet, und Rußland hat eine große Vase überreicht. Schweden und Norwegen haben große Mengen von Granit geliefert, und die Vereinigten Staaten ein Denkmal gestiftet, das auf dem untersten Absatz der großen Estrade Aufstellung finden soll. Dänemark hat einen Brunnen für den inneren Hof geschenkt; Argentinien und Chile haben ein gemeinsames Geschenk gemacht, indem sie eine Kopie der anläßlich der Versöhnung beider Staaten auf der Grenze ihrer Gebiete errichteten Christusstatue überreicht haben. Oesterreich hat mehrere Bronzekandelaber gestiftet, und Ungarns Geschenk besteht aus Vasen und Wandteppichen. Auch die östlichen Staaten haben dem Friedenspalast Geschenke überwiesen, und zwar hat China vier große, kostbare Vasen geschenkt, und Japan hat einen Wandteppich, der ein wunderbares Stück japanischer Kunst darstellt, für den Saal des Verwaltungsrates überreicht.

☞

Der Krieg — ein Gebot Gottes. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Zu der im vorhergehenden Heft der Fr.-W. S. 149 abgedruckten Entgegnung des Rabbiners Dr. Unna-Mannheim auf den Artikel des Herrn Rich. Gädke in Fr.-W. Nr. 3 erhalten wir folgende Zuschrift:

Steglitz, den 27. April 1912.
Filanderstr. 5.

Sehr verehrter Herr Fried!

Ich glaube, in Heft 2 der Friedenswarte regt sich Unna-Mannheim ein wenig unnötig über meine Heranziehung des „alttestamentarischen" Gottesbegriffes auf. Es ist klar, daß ich nur die vorexilische Auffassung Gottes gemeint haben kann. Es ist mir sehr bekannt, daß die Lehre des späteren Judentums der des Christentums gleichlaufend ist. Ich habe daher die „jüdische Religionsgemeinschaft" überhaupt nicht erwähnt; und es ist unberechtigt, wenn Unna-Mannheim mir vorwerfen zu dürfen glaubt, daß ich ihr eine Anschauung insinuiert habe, die den Krieg als ein Gebot Gottes erscheinen läßt.

Darf ich Sie freundlichst bitten, dieser Erwiderung in der nächsten Friedenswarte Raum zu geben?

Mit vorzüglichster Hochachtung
R. Gädke, fr. Oberst.

☞

Verschiedene Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Gegenwärtig befinden sich verschiedene Vertreter des Pazifismus und des fortgeschrittenen Völkerrechts in den Vereinigten Staaten. Baron d'Estournelles hat sich am 16. April dahin begeben, um an der Champlain-Feier teilzunehmen. Er wird am 16. Mai wieder in Paris sein. Ch. L. Lange ist zum Besuch der Parlamente der Vereinigten Staaten und von Kanada Mitte April hinübergefahren. Dr. Gobat hat sich am 4. Mai eingeschifft. Ebenso Prof. Nippold und de Neufville. Die Letztgenannten werden an der Lake Mohonk-Konferenz teilnehmen, an der sich, einem Bericht zufolge, auch Geh. Rat Prof. Zorn beteiligen soll. — Drei große internationale Konferenzen stehen für diesen Sommer bevor. Die deutsch-französische Kongo-Konferenz wird im Mai in Bern zusammentreten. Am 15. Juni wird im Haag die zweite internationale Weltwechselrechtskonferenz beginnen,

und die zum Schutze des transatlantischen Passagierverkehres von der deutschen Regierung angeregte internationale Konferenz wird ebenfalls in diesem Sommer noch stattfinden. — Die anglo-deutsche Verständigungskonferenz ist bis Ende Juni vertagt worden, da die nötigen Vorarbeiten bis Mitte Mai nicht zu bewältigen waren. Als Abgesandter der Deutschen Friedens-Gesellschaft wird sich jedoch Stadtpfarrer Umfrid am nationalen englischen Friedenskongreß beteiligen, der bekanntlich am 15. Mai zusammentritt. — Am 4. Juli wird eine Anzahl englischer Studenten eine Studienreise durch Deutschland antreten. Die Reisenden werden sich in Hamburg, Kiel, Berlin, Jena, Weimar und München aufhalten und werden dort von den städtischen Vertretern und Universitätsbehörden empfangen werden. Dieser Besuch gilt als eine Gegenvisite für den vor zwei Jahren unternommenen korporativen Besuch deutscher Studenten in England. — Der neue Präsident der Republik China hat den Studenten Vi-Kynin Wellington Koo zum englischen Sekretär ernannt. Koo ist Chinese von Geburt, 24 Jahre alt und war acht Jahre Schüler der Columbia-Universität in New York.

Am 1. Mai erschien die erste Nummer der „Korrespondenz des Verbandes für internationale Verständigung". Die Redaktion befindet sich in Würzburg, Hofstraße 10. Der erste Artikel ist von Professor Dr. Robert Piloty; sein Titel lautet: „Internationale Verständigung".

AUS DER BEWEGUNG

Pazifistisches Kongreß-Kalendarium. :: :: :: :: :: :: ::

15. bis 17. Mai. VIII. Nationaler englischer Friedenskongreß. London.

15. bis 17. Mai. 18. Konferenz für internationale Schiedsgerichtsbarkeit zu Lake Mohonk, N. Y.

25. bis 27. Mai. V. int. Freimaurer-Zusammenkunft als Manifestation für den Pazifismus in Luxemburg.

27. bis 31. Mai. 27. Konferenz der International Law Association in Paris.

28. bis 29. Mai. Sitzung des europäischen Rats der Carnegie-Stiftung in Paris.

30. Mai. Feier zu Ehren von Fréd. Passys 90. Geburtstag in der Sorbonne zu Paris.

30. und 31. Mai. Sitzung der Kommission des Berner Friedensbureaus in Paris.

30. und 31. Mai. Nationaler Deutscher Friedenskongreß in Dresden.

16. bis 20. Juni. Weltkongreß der Nationalitäten in Paris.

25. Juni. Anglo-deutsche Verständigungskonferenz in München.

22. bis 27. August. II. Kongreß für moralische Erziehung im Haag.

24. bis 31. August. Kongreß des Institut de Droit international in Christiania.

26. August. Zusammentritt des XIX. Weltfriedenskongresses in Genf.

18. bis 20. September. XVII. Interparlamentarische Konferenz in Genf.

Ellen Robinson †. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Ende März ist in Liverpool die allen Besuchern der Friedenskongresse bekannte hervorragende Friedenskämpferin Miß Ellen Robinson im 72. Lebensjahre verstorben.

Am 14. März 1840 zu Liverpool geboren, war Ellen Robinson Vizepräsidentin der Liverpool und Birkenhead Womens's Peace and Arbitration Society, und bis vor einigen Jahren Mitglied der Kommission des Berner Bureaus. In Gemeinschaft mit der religiösen Society of Friends beteiligte sie sich seit langer Zeit an der Propaganda gegen den Krieg. Im Jahre 1887 wirkte sie an der Gründung der oben erwähnten Liverpooler Friedensgesellschaft mit. Sie leitete bis 1887 ein großes Mädchenpensionat, zog sich aber davon zurück, um sich ganz der Friedenspropaganda zu widmen. Viele Jahre hindurch hielt sie durchschnittlich pro Jahr 70—100 öffentliche Vorträge über die Friedensbewegung. Im Jahre 1894 übernahm sie die Sekretärstelle der Peace Union, einer Zweiggesellschaft der Londoner Peace Society und arbeitete mit dieser Gesellschaft bis zum Jahre 1904, wo sie sich gesundheitshalber zurückziehen mußte. An den meisten Friedenskongressen hat sie tätigen Anteil genommen. Im Jahre 1895 organisierte sie einen Massenbesuch englischer Frauen in Frankreich zum Zwecke der Eintracht und Verständigung zwischen den beiden Völkern, woraus sich die Women's International Peace Union entwickelte, die nachher in die Ligue internationale des Femmes pour le Désarmement aufging. Zur Zeit des Burenkrieges war Miß Robinson Mitglied des Conciliation committees und nahm regen Anteil an den Versuchen zur Beilegung des Krieges.

Sitzung der Kommission des Berner Friedensbureaus.

Die Mitglieder der Kommission des Berner internationalen Friedensbureaus sind auf Donnerstag, den 30. Mai 1912, vormittags 10 Uhr, zu einer Sitzung im Institut Océanographique, 194 Rue St. Jacques, nach Paris einberufen worden. Die Sitzung wird zwei Tage dauern. Sie wird am Nachmittag des 30. Mai unterbrochen werden, damit die Mitglieder der Kommission der Kundgebung beiwohnen können, die zu Ehren Frédéric Passys in der Sorbonne stattfinden wird.

Die Tagesordnung für die Sitzung der Kommission umfaßt folgende acht Punkte:

1. Festsetzung des Zeitpunktes des nächsten Friedenskongresses.
2. Organisation des Kongresses.
3. Feststellung der Tagesordnung des Kongresses.
4. Revision der Statuten des Bureaus.
5. Rechnungslegung des Bureaus für das 2. Semester 1911.
6. Kurzgefaßter Bericht über die Tätigkeit des Bureaus seit seiner Reorganisation.
7. Reorganisation der Friedensbewegung in Italien.
8. Verschiedenes.

Austritt der italienischen Gruppe aus der Interparlamentarischen Union.

Die italienische Gruppe der Interparlamentarischen Union hat am 27. März d. J. ihren Austritt aus der Union erklärt. Den Anlaß dazu gab das Verhalten des Interparlamentarischen Rats zu dem Vorgehen Italiens gegen Tripolis. In zwei Sitzungen, am 4. Oktober v. J. zu Paris und am 10. Februar 1912 zu Brüssel, hatte dieser Rat sein Bedauern ausgesprochen, daß der italienisch-türkische Krieg gemäß dem Haager Abkommen nicht durch eine Vermittlung beigelegt wurde. Die italienische Gruppe begründet ihren Austritt damit, daß sie dem Interparlamentarischen Rat das Recht bestreitet, über einen noch schwebenden Krieg Beschlüsse zu fassen. Italien habe die Haager Abkommen nicht verletzt, weil eine Vermittlung nur im Einverständnis der kriegführenden Partei angenommen zu werden brauche. In dem Pariser und Brüsseler Beschluß erblicke die italienische Gruppe einen Tadel und eine ungünstige Beurteilung ihres Landes. Der Interparlamentarische Rat sei nicht zuständig und nicht gut unterrichtet; er hätte auch über die Vorgänge in Persien einen ähnlichen Tadel für die beteiligten Länder aussprechen müssen, wollte er wirklich unparteiisch sein. Derartige Erklärungen widersprächen der Gerechtigkeit und dem Interesse des Friedens und könnten sich sogar zu einem Kriegsmittel ausgestalten, das um so gefährlicher erscheine, als es mit dem Mantel des Pazifismus bedeckt sei. Deshalb will die italienische Gruppe der Interparlamentarischen Union so lange fernbleiben, bis ein Artikel den Statuten eingefügt sei, der dem Rat und den Gruppen der Union verbiete, Meinungen und Urteile über die Handlungen eines Staates abzugeben.

Die italienische Gruppe verlangt demnach von der Interparlamentarischen Union ein wenig ehrenhaftes Harakiri. Die Union, die heute bereits auf ein Vierteljahrhundert ihrer segensreichen Tätigkeit zurückblicken kann, hat dem Völkerrecht und der Friedensorganisation bereits hervorragende Dienste geleistet, daß es nicht angeht, an sie Forderungen zu stellen, die aus der zufälligen Situation eines einzelnen Landes heraus geboren wurden. Die Arbeit der Interparlamentarischen Union hat zu dem mächtigen Grundriß des Haager Werkes geführt, an dessen Weiterbau heute alle Kulturvölker mitarbeiten, und als dessen Hüterin zu wirken die Union ein natürliches Recht erworben hat, das ihr so lange auszuüben gestattet sein muß, bis die Regierungen selbst die Wahrung und die Verteidigung des Werkes in die Hand genommen haben werden.

Die Union hat durch ihre Haltung Italien gegenüber keineswegs ihre Befugnisse überschritten. Zu den Vorgängen in Persien konnte man noch keine Stellung nehmen, weil seitdem noch keine Vollversammlung abgehalten worden sei. Die europäischen Ereignisse von so großer völkerrechtlicher Tragweite wie das Tripolisunternehmen liegen der Union vorläufig weit näher. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die italienischen Delegierten aus Anlaß des Burenkrieges, der chinesischen Expedition und des russisch-japanischen Ringens ebenso beschlossen hätten, wie jetzt die anderen Interparlamentarier gegen die italienische Regierung.

☞

Richard Feldhaus quer durch Deutschland. :: :: :: :: ::

Im Monat April hat Richard Feldhaus eine Tournée unternommen, die ihn vom Südwesten des Reichs bis zum äußersten Nordosten geführt hat. Er sprach in Karlsruhe, Heilbronn, Osnabrück, Hannover, Königsberg, Insterburg, Tilsit und berührte auf der Rückreise Stettin und seine Vaterstadt Neuß. Ueberall sprach Feldhaus in großen Massenversammlungen vor Hunderten von Personen über das Thema: Der Tripoliskrieg und die Friedensbewegung. In Osnabrück gelang es ihm, eine Ortsgruppe der D. F. G. zu gründen, der sofort 50 Mitglieder beitraten, als deren Präsident Pastor Dr. Pfannkuchen fungiert.

LITERATUR U. PRESSE

Das Werk vom Haag. An der unter der redaktionellen Leitung von Professor Schücking in Marburg in Kürze erscheinenden Sammlung „Das Werk vom Haag" haben folgende Autoren ihre dauernde Mitwirkung und Unterstützung zugesagt: Fleischmann, Kohler, Lammasch, v. Liszt, Meurer, Niemeyer, Nippold, v. Ullmann und Wehberg.

☞

Besprechungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die Memoiren Francesco Crispis. Erinnerungen und Dokumente; herggb. von T. Palamenghi-Crispi. Deutsch von Dr. Wichmann-Rom; gr. 8°. Berlin. F. Fontane & Co. 1912. XI u. 490 S. Mit dem Porträt Crispis; eleg. geb. Mk. 10.—

Was hier unter dem Titel „Die Memoiren Francesco Crispis" vereinigt ist, besteht nicht lediglich aus Aufzeichnungen des italienischen Politikers, sondern vielfach aus einer Zusammenstellung von Briefen Crispis und einem vermittelnden Text des Herausgebers, zum Teil auch aus tagebuchartigen Aufzeichnungen Crispis. Immerhin bietet die Zusammenstellung wiederum einen tiefen Einblick in die Geheimküche der Diplomatie und ihres sonderbaren Wirkens, wobei Leben, Glück und Gesundheit der Bürger den Einsatz bilden, ohne daß diese davon etwas wissen.

Zu den interessantesten Teilen, die den tiefsten Einblick in jenes geheimnisvolle Walten bieten, ist das erste Kapitel zu rechnen, wo von einer geheimen Mission Crispis die Rede ist, mit der er betraut wurde, um an den verschiedenen Höfen Europas Bundesgenossen gegen Frankreich zu finden. Es war zur Zeit des russisch-türkischen Krieges. Italien sah sich isoliert und glaubte den Augenblick verpaßt, um aus dem Orientkrieg einen Vorteil herauszuschlagen. Crispi wird offiziell auf die

Reise geschickt, um bei den verschiedenen Staaten ein Abkommen anzuregen, wonach den verschiedenen Staatsangehörigen der kontrahierenden Länder volle Bürgerrechte gewährt werden sollten. Das war aber nur der Vorwand nach außen hin. Seine eigentliche Aufgabe galt der Suche nach Bundesgenossen, denn so schreibt er am 27. August 1877 an Depretis: „Der König fühlt das Bedürfnis, seine Lebenstage mit einem Siege zu krönen, um unserem Heere die Kraft und das Ansehen zu verleihen, die ihm beide vor der Welt noch fehlen." Wir verfolgen Crispi auf seiner seltsamen Reise. In Paris stellte er fest, daß in allen Klassen der Bevölkerung die Ansicht verbreitet sei, Italien wolle Frankreich den Krieg erklären. Als echter Diplomat fügt er aber hinzu: „Sobald man mir diese Ansicht kundgab, habe ich sie bekämpft" (!) In einem Bericht an den König von Italien aus Paris am 11. September 1877 schreibt der edle Diplomat, der vierzehn Tage vorher das Bedürfnis des Königs nach einem Siege kennen gelernt hatte, und die Bemerkung dazufügte: „Der König hat leider recht", daß er dem französischen Minister und den anderen Herren, die ihm die Befürchtung geäußert haben, daß Italien die Absicht hege, mit Frankreich Krieg zu führen, erklärt habe, „daß Italien den Frieden brauche und daß wir .... durchaus keine Kriegsabsichten" hätten, er fügte weiter hinzu, „der König von Italien hat getreu den Verträgen und internationalen Verbindlichkeiten stets ein Beispiel von Pflichterfüllung gegeben und wird dies auch ferner tun." Man muß gestehen, ein drastischeres Beispiel diplomatischer „Ehrlichkeit" ist wohl selten zu finden.

Wir folgen Crispi nach Gastein, wo er seine erste denkwürdige Zusammenkunft mit Bismarck hatte. Crispi versucht es zu verhindern, daß Oesterreich-Ungarn sich in Bosnien und der Herzegowina festsetze. Italien könnte das nicht erlauben. Es bliebe „wie in einer Zwangsjacke eingeengt und so oft es dem Nachbarreich gefiele, einer Invasion ausgesetzt". Wieder ein Beweis diplomatischen Scharfblicks. Bismarck empfiehlt Crispi, sich ein anderes türkisches Gebiet an der Adria zu nehmen, aber Crispi meint, „eine Provinz an der Adria genügt uns nicht, wir würden nicht wissen, was wir damit anfangen sollten". Diese Diplomaten der alten Schule haben mit den Ländern und Völkern nur so herumgeworfen.

Von großem Interesse ist es aber, daß Crispi Bismarck in Gastein den Vorschlag einer allgemeinen Abrüstung gemacht habe. Er meinte, daß Deutschland und Frankreich sich darüber einigen könnten und Italien ihnen darin folgen würde. Es ist interessant, was Bismarck nach den Aufzeichnungen Crispis darauf geantwortet hat. Er sagte: „Ein Bündnis mit dem republikanischen Frankreich wäre für uns zwecklos. Eine Abrüstung der beiden Länder wäre nicht möglich. Vor 1870 wurde diese Frage mit dem Kaiser Napoleon verhandelt, und nach langen Besprechungen wurde der Beweis geliefert, daß sich der Gedanke an die Abrüstung nicht in die Praxis umsetzen läßt. Im Wörterbuch finden sich noch keine Vokabeln, welche die Grenzen zwischen Abrüstung und Rüstung festsetzen. Die militärischen Einrichtungen sind in jedem Staat verschieden. Wenn man die Heere auf Friedensfuß stellt, kann man nicht sagen, ob die Nationen, die sich zur Abrüstung bekannt haben, in der gleichen Lage der Offensive und der Defensive sind. Ueberlassen wir diese Frage den Gesellschaften der Friedensfreunde."

Diese Aeußerung Bismarcks ist interessant, und Bismarck hat ganz richtig getan, diese Frage den Gesellschaften der Friedensfreunde zu überlassen. Das Problem ist durch sie seit jenen Tagen merklich gefördert und geläutert worden. Die Vokabeln, die Bismarck noch nicht finden konnte, sind heute vorhanden.

Das Buch Crispis bietet der lehrreichen Angaben eine ganze Menge. Es zeigt uns, wie die europäische Diplomatie alter Schule ihr ganzes Leben damit ausfüllte, einen Krieg zu erwarten und sich dafür einzurichten. So wie die Memoiren des Fürsten Hohenlohe einen prächtigen Beweis diplomatischer Kurzsichtigkeit und Kombinationsunfähigkeit liefern, so bilden auch diese Memoiren Crispis ein prachtvolles Dokument dazu. Wenn alle die Kriege zum Ausbruch gekommen wären, mit denen in diesem Buche sicher gerechnet wird, dann wäre Europa schon längst ein wertloser Schutthaufen. Die nachhaltige Lektüre solcher Memoirenwerke ist von höchstem Nutzen. Sie zeigen uns, wie wenig die Diplomaten gegen die Tatsachen auszurichten vermögen, deren Tragweite sie nicht erfassen. Sie werden einfach von ihnen zur Seite geschoben; und dennoch bilden sie sich ein, die Macher der Geschichte zu sein. A. H. F.

(Erzherzog Ludwig Salvator), Sommerträumereien am Meeresufer. 8°. Prag 1912. Druck und Verlag von Heinrich Mercys Sohn. Nicht im Buchhandel. 97 S.

Es ist das Buch eines Künstlers, das vor uns liegt, eines Mannes, der es gelernt hat, aus dem Buch der Natur zu lesen und der durch Naturbetrachtung zur Andacht gelangt. Diese losen Gedanken am Meeresstrande sind mit der Seele gedacht. Es sind Impressionen eines Empfindenden. „Es sind nur lose, wertlose Blätter, wie sie unter dem momentanen Eindruck niedergeschrieben wurden und ohne Zusammenhang zusammengeheftet erscheinen. Viele werden sie mit einem höhnischen Lächeln wegwerfen, manche feinfühlende Seele wird aber doch vielleicht zu ähnlichen Träumereien verlockt und dann werden sie ihren Zweck erfüllt haben." So leitet der Verfasser selbst bescheiden dieses Büchlein ein. Er hat aber unrecht, so bescheiden zu sein. Seine Gedanken sind nicht wertlos, und die Form, die er ihnen gibt, besitzt das Ebenmaß der Schönheit. Es sind Gedichte ohne Versklang, und gerade dadurch empfindet man ihre Schönheit weit plastischer, da man den Zwang zur Form nicht verspürt. Ein paar Zeilen daraus: „Letzthin war die Sonne schon längst versunken und es dämmerte am Meere. Die Sterne spiegelten sich mild ab auf seiner spiegelglatten Fläche. Wie kleinlich sind doch die Menschen mit all ihren Streitigkeiten gegen diese Menge von Welten,

von denen viele größer als die unsrige bewohnt sind; vielleicht von Wesen, die noch viel vollkommener sind als wir."

Dieses andächtige Erfassen der Meeresstimmung und der großen Meereswelt erinnert ein wenig an die Schriften eines anderen Fürsten, des Prinzen Albert von Monaco, der auch ein Dichter und dabei ein Forscher der großen See ist.

Den Schlüssel zu dem reizvollen Buche findet man vielleicht in folgenden Zeilen: „Welche Quelle des Sinnens und Nachdenkens bietet überhaupt dieses Zuschauen an der Meeresküste. Täte man nichts anderes, so hätte man schon daraus zum Nachdenken genug für das ganze Leben." F.

Arthur Müller, Das persönliche Wirken und Werben. Ratschläge für die persönliche Propaganda. Entgegnung auf Einwände. Ein Beitrag zur Technik der Friedenspropaganda. Kl. 8°. Wien 1912. Verlag der österreichischen Friedensgesellschaft. Für den Buchhandel: Bernhard Wolfram (A. Müller-Fröbelhaus) Wien. 104 S. M. 1.— = Kr. 1.20.

Das ist ein Büchlein, das uns schon lange gefehlt hat. Arthur Müller hat schon durch sein Jugendbuch, das bereits in fünf fremde Sprachen übersetzt wurde, seinen scharfen Blick für die Mängel der Propaganda bewiesen. Weist das Jugendbuch darauf hin, wie die Jugend zum pazifistischen Denken erzogen werden kann, so gibt uns die vorliegende Schrift eine praktische Anweisung zur wirksamen Propaganda mit Erwachsenen der verschiedensten Berufskreise. In 17 Gesprächen werden hier die bekannten Einwände gegen die Friedensbewegung in praktischster Weise vorgebracht und widerlegt. In dem ersten Gespräch handelt es sich um allgemeine Einwände und deren Widerlegung. In den 16 folgenden Gesprächen finden wir den pazifistischen Agitator im Redekampf mit einer Frau, mit einem Bauer, einem Lehrer, einem Kaufmann, Arbeiter, Armeelieferanten, Feudalen, Bankier, General a. D., mit einem Arzte, Advokaten, Professor der Nationalökonomie, Parlamentarier, Künstler und Redakteur. Man merkt es deutlich, daß diese Gespräche der Wirklichkeit nachgebildet wurden. Sie mögen wohl in ihrer Gesamtheit erfunden sein, in ihren Einzelheiten stammen sie aus dem Leben und werden gerade aus diesem Grunde für die Propaganda von größtem Vorteil sein. Wie köstlich ist es, wenn Müller in dem Gespräch mit dem Redakteur diesem folgendes sagen läßt: „Sie kennen nicht die Sensationslust der Menschen. Warum erzeugen denn Raubmorde, Katastrophen aller Art, wenn nur möglichst viele Menschen dabei umgekommen sind, das größte Interesse: aus Sensationsbedürfnis. Und genau so steht es mit den Kriegs- und Schlachtenberichten. Man entsetzt sich eventuell darüber, aber man vermißt sie doch ungern — selbstverständlich, wenn man nicht davon betroffen ist. Und da haben Sie auch das Geheimnis, warum wir über Ihre Versammlungen nicht berichten. Schicken Sie uns einen Bericht über eine große Prügelei im Friedensverein, und ich gebe Ihnen mein Wort, nicht nur unsere Zeitung bringt ihn, sondern auch fünfzig andere drucken ihn nach." Ja! Das habe ich selbst erlebt: Als ich mich vor 18 Jahren bei einer Berliner Zeitung bemühte, um die Aufnahme meiner Berichte über den Antwerpner Friedenskongreß zu sichern, wurde mir auf die Frage, ob ich auch telegraphieren sollte, gesagt: „Nur wenn es zu einer Prügelei kommt." Und haben nicht die unliebsamen Sensationen auf verschiedenen Friedenskongressen immer die größte Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen, während die ruhige und fruchtbare Arbeit in der Presse unbeachtet blieb? Ich erinnere nur an die Stänkereien des Konsortiums Lacaze—Löwenthal in Hamburg und Budapest, an den Protest Björnsons gegen Apponyi in München usw.

Es ist unmöglich, auf die einzelnen Schlager des Müllerschen Buches hier näher einzugehen. Nur das eine sei hervorgehoben. Die Gespräche sind nicht etwa so gedacht, daß sie nur in dem besonderen Fall zur Anwendung kommen könnten. Die Einteilung in Berufsarten ist nur ein praktischer technischer Behelf für dieses Buch, das als Einführung in die Friedensbewegung im allgemeinen dienen wird. Sein Propagandawert wird noch durch ein ausführliches Sachregister erhöht, das man im eintretenden Falle zur raschen Orientierung benützen kann.

Was ich an diesem Buche auszusetzen habe, ist nur das, daß es einen Preis hat. Dieses Buch dürfte überhaupt nichts kosten und müßte, damit sein Wert vollständig ausgenützt wird, in Tausenden von Exemplaren kostenlos in die Welt gehen.

Publication de Bureau international de la Paix, à Berne: In rei Memoriam. Manifestations officielles du pacifisme contre la guerre déclarée par l'Italie à la Turquie en septembre 1911. 8°. Bienne 1912. 128 S.

Es ist ein verdienstvolles Unternehmen des Berner Friedensbureaus, die Aeußerungen der pazifistischen Körperschaften und einzelner Persönlichkeiten zum Tripoliskriege zusammengefaßt zu haben. Die Oeffentlichkeit wird aus diesem „Weißbuch" ersehen, daß die internationale Friedensbewegung dem italienisch-türkischen Kriege gegenüber nicht in Schweigsamkeit verharrte, wie dies der Friedensbewegung in verschiedenen gegnerischen Veröffentlichungen zum Vorwurf gemacht wurde. Es spricht im Gegenteile aus dieser Sammlung pazifistischer Kundgebungen eine vom internationalen Rechtsbewußtsein eingegebene entschiedene Sprache. Der Schrei des empörten Kulturempfindens dringt aus diesen Blättern hervor. Es bildet dieses Weißbuch daher ein Dokument, auf das die Friedensbewegung stolz sein kann, und wir gratulieren dem Berner Bureau zu dieser Veröffentlichung, die unbedingt als eine Tat gilt.

Wir glauben jedoch, daß ein Nachtrag unerläßlich ist. Der Mangel eines Inhaltsverzeichnisses macht sich deutlich fühlbar. Man muß das ganze Buch durchblättern, um seinen Inhalt zu übersehen. Auch fehlen gewichtige Dokumente, so z. B. jener von Darby in London veranlaßte juristische Protest mit den Unterschriften einiger hundert Rechtsgelehrter aller Nationen, ferner die Kundgebung der ungarischen Großloge und noch viele andere Aeußerungen. F.

Oskar Klein-Hattingen, Geschichte des deutschen Liberalismus. Zwei Bände in Pappe. Wohlfeile Ausgabe 5 M. Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe") G. m. b. H. in Berlin-Schöneberg.

Der Verfasser entrollt in der gründlichen Arbeit ein genaues und anschauliches Bild von den politischen Kämpfen der letzten hundert Jahre. Klein-Hattingen hat hier Geschichte bis in unsere Tage geschrieben, und während wir sein Werk lesen, werden die großen politischen Auseinandersetzungen wieder vor uns lebendig. Mit geschickter Hand hat der Verfasser dabei die Höhepunkte der Kämpfe herausgeholt, die knapp und eindringlich den Kern der Fragen beantwortet. So ist es ein Buch, das in langer Kette zu den Problemen der Gegenwart hinleitet, in diesem Sinne ein aktuelles Buch mit lebhaftem Temperament, dabei von großer Offenheit des Urteils und unabhängig auch in der Kritik liberaler Fehler. Darum aber auch nützlich und gut. In glücklich gewählten Auszügen gibt der Verfasser die Dokumente der Zeit, den Kern bedeutungsvoller Reden wieder und schafft damit ein lang vermißtes wertvolles Quellenbuch und gediegenes Handbuch für alle, die sich beruflich mit Politik befassen oder staatsbürgerliche Bildung suchen. Erfreulich ist es, daß der Verlag der „Hilfe" jetzt in der Lage ist, von dem Werke eine ungekürzte wohlfeile Ausgabe in gediegenen Pappbänden zum Preise von 5 Mark (statt bisher 16 Mark für die gebundene Ausgabe) zu veranstalten; dieser überaus billige Preis wird dem großzügig angelegten Werke jedenfalls in den weitesten Kreisen Verbreitung schaffen. Das Werk ist zu beziehen durch die Buchhandlungen, sowie vom Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe") G. m. b. H. in Berlin-Schöneberg.

Das monistische Jahrhundert. Halbmonatsschrift für wissenschaftliche Weltanschauung und Kulturpolitik. Im Auftrag des deutschen Monistenbundes herausgegeben von Wilhelm Ostwald. Vierzehntäglich ein Heft zum Preise von 2 M. vierteljährlich. Verlag von Ernst Reinhardt in München.

Diese neue Zeitschrift wendet sich nicht nur an die Monisten, sondern an alle diejenigen, die auf wissenschaftlichem Boden sich eine Weltanschauung errichten möchten. Sie nennt sich das monistische Jahrhundert nach dem Schlußwort Ostwalds auf dem Monistenkongreß in Hamburg, das seinerzeit Stürme der Begeisterung entfesselte. Dem Weltruf des Herausgebers ist es gelungen, eine Schar erstklassiger Mitarbeiter um sich zu versammeln, unter denen nur Leute wie Svante Arrhenius, Jacques Loeb, Friedrich Jodl, Ernst Mach, Elias Metschnikoff, Wilhelm Bölsche, August Forel genannt seien. Jedem Heft liegt eine monistische Sonntagspredigt des Herausgebers bei, die sich schon in dem einen Jahr ihres Erscheinens große Beachtung errungen hat.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht (Breslau). VI. Band, 2. Heft. Josef Kohler, Völkerrechtliche Studien. — Dr. K. Neumeyer, Privatrechtliche Mischbeziehungen nach deutschem Kolonialrecht. — usw.

The American Journal of International Law (New York). VI. Band, Nr. 1. Ernest Nys, The Devlopment and Formation of International Law. — Amos S. Hershey, History of International Law since the Peace of Westphalia. — The pending treaty of arbitration between the United States and Great Britain. — The International Joint Commission between the United States and Canada. — The Carnegie Endowment for International Peace and its projects. — usw. — Supplement: Morocco Treaties and Agreements. Bulletin of the Pan-American-Union (Washington). March. Visit of United States Secretary of State to Latin America. — International rubber exposition in New York. — usw. — April. Fifth International Congress of Chambers of Commerce. — usw.

Wilhelm Kleinsorgen, Zellular-Ethik als moderne Nachfolge Christi. Grundlinien eines neuen Lebensinhaltes. 8°. Leipzig 1912. Verlag Alfred Kröner. 200 S. 3 M.

Wilhelm Bloßfeldt, Der erste internationale Monisten-Kongreß (in Hamburg vom 8. bis 11. September 1911). 8°. Leipzig 1912. Verlag Alfred Kröner. 198 S.

Dr. Richard Hennig, Alfred Nobel. Eine biographische Skizze. Buchbeigabe zu den Technischen Monatsheften. 8°. Stuttgart 1912. Verlag der Technischen Monatshefte, Franckhsche Verlagshandlung. 51 S. Geh. 1 M., geb. 1,80 M.

Dr. Hans Wehberg, Uebersicht über die ständigen Schiedsverträge und die Aufgaben des Bureaus des Haager Schiedshofes. Sonderabdruck aus Bd. 1912 der Zeitschrift für internationales Recht. 8°. Leipzig. Verlag von Duncker & Humblodt. 9 S.

Derselbe, Das Völkerrecht und das italienische Staatsversicherungsmonopol. Separatabdruck aus der Oesterreichischen Zeitschrift für öffentliche und private Versicherung, 3. Jahrgang, 1. Heft. 8°. Wien 1912. Manzsche k. u. k. Hof-Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 0,25 M.

François Bourgogne, 1812, Kriegserlebnisse. Volksausgabe mit Bildern von einem Augenzeugen. 8°. Stuttgart 1912. Verlag Robert Lutz. 291 S. 2 M.

Dr. Sieper, Deutschland und England während der Marokkokrise. Nachrichten des deutsch-englischen Verständigungskomitees. 8°. Bad Homburg v. d. H. Buchdruckerei J. G. Steinhäußer. 39 S.

Arthur Müller, Paracelsus und der Träumer. Dramatisches Trauerspiel in fünf Akten. 8°. Wien 1912. Verlegt bei Bernhard Wolfram. 131 S.

Dr. R. F. Horton, Krieg oder Frieden? Vortrag, gehalten in der Lyndhurst Road-Kirche in London NW. Uebersetzt von August Rücker. 8°. Bremen 1912. Buchhandlung und Verlag des Traktathauses, G. m. b. H. 14 S. 0,10 M.

W. Rosenberger, Lehrgang der praktischen Weltsprache Reform-Neutral. 8°. Zürich und Leipzig 1912. Verlag von Rascher & Cie. 68 S. 2 M.

Dr. Ludwig Wulff-Parchim, Für die Echtheit vom Dekalog und vom Vaterunser. 8°. Parchim 1908. Kommissionsverlag v. H. Wehdemanns Buchhandlung. 69 S. Geh. 1,20 M., geb. 1,80 M.

Sydney Sprague, Ein Jahr unter den Bahais in Indien und Birma. Uebersetzt von W. Herrigel. 8°. Im Selbstverlag der Bahai-Vereinigung, Stuttgart. 46 S. 0,50 M.

Derselbe, Die Geschichte der Bahai-Bewegung. 8°. Stuttgart 1909. Im Selbstverlag der Bahai-Vereinigung. 21 S. 0,20 M.

J. C. C. Den Beer Poortugael, Le Droit des Gens en marche vers la paix et la guerre de Tripoli. Gr. 8°. La Haye 1912. Martinus Nyhoff, Editeur, 133 S.

E. T. Moneta; Patrie et Humanité. Relation morale faite à l'assemblée annuelle de la „Società Internationale per la Pace". Traduction par Maria de Micheli. 8°. Milan 1912. Bureau de la Société. 32 S.

Rapport du Conseil Administratif de la Cour Permanente d'Arbitrage sur les travaux de la Cour, sur le fonctionnement des services administratifs et sur les dépenses pendant l'année 1911. In folio. La Haye 1911. Van Langenhuysen frères. 54 S.

Franz Svoboda, Situation actuelle de la Franc-Maçonnerie en Egypte. 8°. Kairo 1912. Imprimerie Paul Barbey. 16 S.

American Association for International Conciliation; New York. Nr. 53. Norman Angell, The Mirage of the Map. April 1912. 8°. 14 S. — Nr. 54. Theodore Marburg, Philosophy of the Third-American Peace Congress. May 1912. 8°. 30 S.

World Peace Foundation Nr. 5 (Pamphlet Series) Boston. Arthur W. Allen, The Drain of Armaments. April 1912, 8°. 19 S.

Nicholas Murray Butler, The supreme issue of 1912. Speech at the Republican State Convention, Rochester, New York, April 9, 1912. Gr. 8°. 22 S.

Argument of the Honorable Elihu Root on behalf of the United States before the Morth Atlantic Co. ast fisheries Arbitration Tribunal at The Hague, 1910. Ed. by James Brown Scott. Gr. 8°. Boston. The World Peace Foundation. 674 S. 3,50 $.

Attilio Focherini, Un Utopista del Diritto Internazionale sul finire della Revoluzione Francese. Estratto dalla „Rivista Tridentina" Nr. 3, 1911. 8°. Trento 1911. Tipografia Del Comitato Diocesano. 15 S.

Emil von Schönaich-Carolath; „Sorahauta" („Die Kiesgrube"), in finnischer Uebersetzung von Johann A. Mäkinen. 8°. Jyväskylä 1912. Bei K. J. Gummerus. 16 S.

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

H. W. Welch großen Segen die Carnegiestiftung der Friedensbewegung gebracht hat, erkennen wir wiederum aus der Begründung einer neuen pazifistischen Zeitschrift, der vom Office Central des Associations Internationales in Brüssel herausgegebenen Monatsrevue „La Vie Internationale". Die Zeitschrift hat ein außerordentlich großes Format und jede Nummer einen Umfang von etwa 150 Seiten. Sie wird für jeden Völkerrechtsjuristen wie Pazifisten unentbehrlich sein. Denn in ihr werden sämtliche Tatsachen, Kongresse usw. des internationalen Lebens so vollständig wie nirgendwo anders registriert. Alle Ereignisse, die bisher ganz kurz in der Chronik der Völkerrechtsrevuen verzeichnet wurden, werden hier ausführlich behandelt. Außer diesen wertvollen Dokumenten enthält die Zeitschrift selbständige Artikel. In dem ersten Aufsatze wird von La Fontaine und Otlet unter dem Titel „La Vie Internationale et l'effort pour son organisation" ein Ueberblick über das internationale Leben der Gegenwart gegeben. Es folgt eine französische Uebersetzung der Rede von Haldane über „Deutschland und England". Sehr beachtenswert ist schließlich ein umfangreicher Artikel des Generalsekretärs der Interparlamentarischen Union Lange über „Coordination et Coopération dans le domaine du mouvement international de la Paix". Der Verfasser zählt zuerst die gesamten Vereinigungen der Friedensbewegung auf und versucht dann, darzustellen, wie diese sich am besten in das große Arbeitsfeld teilen würden, anstatt sich auf verschiedenen Gebieten zum Teil Konkurrenz zu machen. Er unterscheidet vier Gruppen pazifistischer Institutionen: 1. Das Werk der populären Propaganda, besonders der Friedensgesellschaften. 2. Das Werk der völkerrechtlichen Vereinigungen, wie z. B. des Instituts für Völkerrecht. 3. Das Werk der Parlamentarier wie der Interparlamentarischen Union und 4. das Werk der Regierungen (Haager Konferenzen). Er hebt insbesondere hervor, daß die Friedensgesellschaften namentlich für die Initiative zu großen, sich nicht an einem Tage durchringenden Reformen in Betracht kämen, während die anderen Körperschaften mehr nur das augenblicklich Erreichbare zu befürworten hätten. Ein planmäßiges Zusammenarbeiten empfiehlt er zunächst für die Herausgabe von Dokumenten und sonstigen Publikationen. Insbesondere befürwortet er, was ich bereits in der „Zeitschrift für internationales Recht" (1912, Nr. 3) getan habe, die Herausgabe eines Jahrbuchs für internationale Schiedsgerichtsbarkeit von seiten des internationalen Bureaus des Haager Schiedshofes, sowie die Herausgabe eines Jahrbuches für internationale Gesetzgebung von seiten eines zu schaffenden Zentralbureaus für die internationale Gesetzgebung der Haager Friedenskonferenzen, des internationalen Privatrechts, des internationalen Urheberrechts, des internationalen Seerechts und des internationalen Wechselrechts. Dadurch würde das Jahrbuch der Internationalen Union entlastet werden und könnte sich dann auf die eigentlich parlamentarischen Gegenstände beschränken. Schließlich empfiehlt Lange ein Zusammenarbeiten der Weltfriedenskongresse, der Interparlamentarischen Union und des Instituts für Völkerrecht in gleicher Weise, wie ich dies bereits in „Friedenswarte" (1911, S. 325) vorgeschlagen habe.

In der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht" gibt Kohler in seinen „Völkerrechtlichen Studien" eine hochinteressante Systematik des internationalen Prozeßrechts. Im Gegensatze zu mir und anderen will Kohler das Schiedsver-

fahren analog dem nationalen Prozeßrechte regeln und stimmt daher sogar für einen Kompromiß, der wider den Willen einer Partei geschlossen wird. Ueber den englisch-amerikanischen Schiedsvertrag in seiner vom amerikanischen Senate angenommenen Fassung sind die Meinungen geteilt. In der Hauptsache erblickt man freilich in der Entscheidung des Senats eine Niederlage des Schiedsgerichtsgedankens; dieser Meinung sind vor allem Gobat in „Die Friedensbewegung" (Nr. 6), zwei Aufsätze im „Herald of Peace" und „Vreede door Recht" und die Leitartikel im „Advocate of Peace" (Aprilheft) und „The Arbitrator" (Aprilheft). Unter keinen Umständen läßt sich leugnen, daß sich die öffentliche Meinung in der ganzen Welt diesem Votum anschließt und daß moralisch der Eindruck der Entscheidung des amerikanischen Senats ein ungünstiger ist. Immerhin gebe ich im übrigen Fried recht, der in der letzten Nummer der „Friedenswarte" den großen Wert des Vertrages, trotz seiner Modifikation, nachwies.

Brentano bespricht in Nr. 7 von „Die Friedensbewegung" die heutigen Hauptursachen des Krieges. Nationale Wünsche kommen seiner Ueberzeugung nach nicht mehr in Betracht, sondern lediglich das Verhältnis der europäischen Staaten zum Kolonialerwerb und der fehlende Schutz des Privateigentums zur See. Als wichtigste Forderungen im Interesse der Erhaltung des Friedens stellt er mit großem Rechte auf: die allgemeine Durchführung des Prinzips der offenen Tür und die Anerkennung der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege.

☞

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (Eßlingen). April. O. Umfrid, Deutschland unter den Weltvölkern (Schluß). — usw.

Der Friede (Bern). April. G. Lutz, Der nationale sensus moralis. — Jahresbericht der Sektionen Zürich und Basel des Schweizerischen Friedensvereins pro 1911. — W. Kohl, Excelsior! — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). Nr. 6. S. Dumas, Die Sterblichkeit der bürgerlichen Bevölkerung während eines Krieges. — Léon Bollack, Der wirtschaftliche Boykott zur Vermeidung der Kriege. — usw.

Nr. 7. Dr. Lujo Brentano, Die heutigen Hauptursachen des Krieges. — Dir. F. Kemény, Der Pazifismus als Weltglaube. — usw.

La Paix par le Droit (Paris). Nr. 7. Frédéric Passy, Ceux qu'il faut honorer: De Marcoartu, Emilio Castelar. — J. P., L'Eternelle Meurtrie. — M. J. A. Makinen, Le mouvement pacifiste en Finlande. — usw.

Etats-Unis d'Europe (Bern). April. Gaston Moch, Richesse, Paix et Armements (Suite et Fin). — E. A., Anarchie universelle. — usw.

Les Annales des Nationalités (Paris). Nr. 3 (Mars). Henri Hantich, La Bohême contemporaine. — Henry Lichtenberger, Les Revendications autonomistes en Alsace-Lorraine. — usw.

The Arbitrator (London). April. The Great Disappointment. — Dr. Hans Wehberg, The Second Hague Conference. — Annual Report and Balance Sheet of the International Arbitration League for 1911. — Death of Miss Ellen Robinson. — The Navy Estimates. — Wanted International Action on Armed Airships. — The Churches and Peace. — usw.

Concord (London). April. Stead. — Felix Moscheles, Don't shoot. — A. H. Fried, The Unification of Europe for a Purpose. — Against Armed Airships. — usw.

Peace and Goodwill (London). April.

The Advocate of Peace (Washington). April. The Senate's Action on the Arbitration Treaties. — Ph. E. Burton, Speech on the General Arbitration Treaties. — Charles E. Beals, The Chicago Office and Field Secretaryship. — James L. Tryon, Organization of the Maine Peace Society. — A Peace Automobile. — Miss Ellen Robinson. — usw.

The Cosmopolitan Student (Madison, Wisc.). March. — Paul G. Miller, The Third International Congress of American Students. — usw.

Orgaan van den Algemeen Nederlandschen Bond „Vrede door Recht" (Gravenhage). April. Eeuwfeest en Vredespaleis. — Mr. J. B. B., Het Engelsch-Amerikaansch arbitrageverdrag. — Engeland en Duitschland. — Goud omgezet in vrede. — usw.

Freds-Bladet (Kopenhagen). April. Niels Petersen, Frantz Rasmussen. — Jesper Simonsen, Europa og Tripolis-Krigen. — Niels Petersen, De som slaar udenfor. — usw.

Fredsfanan (Stockholm). März-April. Sveriges Neutralitet. — Emil Larsson, Hanstörde lugnet. — Alvar Stål, Fredsarbetet i skolorna. — usw.

☞

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Rundschau.) In „Der Tag" vom 11. April tritt unser Mitarbeiter Dr. Hans Wehberg in einem die „Interparlamentarische Union und der Luftkrieg" betitelten Artikel für den Luftkrieg und die Luftrüstungen ein. „Der Gebrauch der Luftfahrzeuge bietet . . . den Truppen so ungeheure Vorteile, daß keine Regierung darauf verzichten wird," so meint Wehberg. Er drückt die Meinung aus, daß die Interparlamentarische Union, die sich auf der nächsten Tagung mit der Frage der Luftrüstung befassen wird, das Verbot des Luftkrieges für undurchführbar erklären müsse. Prof. Eickhoff sieht sich in „Der Tag" vom 17. April in einem ebenfalls „Die Interparlamentarische Union und der Luftkrieg" betitelten Artikel veranlaßt, die Ausführungen Wehbergs zurückzuweisen. Er verwahrt sich dagegen, daß in den Beratungen der Interparlamentarischen Union ein „Verzicht auf den Luftkampf" erblickt werden könne; es handle sich lediglich um eine Humanisierung des Luftkampfs. Merkwürdigerweise betrachtete Prof. Eickhoff die Annahme, daß die Interparlamentarische Union über ein Verbot des Luftkrieges beraten könne, als den Vorwurf einer Utopie und eine Diskreditierung ihrer Tätigkeit und fordert, daß die Menschheit der Interparlamentarischen Union für ihre Bestrebungen zur Humanisierung des Luftkrieges nur dankbar sein müsse. — Wir können den Ausführungen beider Verfasser

keineswegs beipflichten. Die ausgebrochene Luftrüstmanie ist unseres Erachtens nur ein neues Stadium jener progressiven Paralyse, die den Militarismus erfaßt hat. Es ist vielleicht aussichtslos, vielleicht nicht einmal zweckdienlich, gegen diese neue Rüstungsmanie anzukämpfen. Nicht zweckdienlich aus dem Grunde, weil die Luftrüstungen unbedingt dazu berufen erscheinen, dem Kriege vollends den Garaus zu machen. Der Krieg mit einer ausgebildeten Luftflotte ist nicht mehr denkbar. Es ist der Marasmus, der hier naht und der durch keine Humanisierungsbestrebung aufgehalten wird. Aber wir Pazifisten müssen uns dadurch von den anderen unterscheiden, daß wir das Kind beim rechten Namen nennen: der Luftmilitarismus ist höchster Wahnsinn; wenn vielleicht auch ein heilsamer für die Menschheit. — Gegen das Verbot des Luftkrieges wendet sich konsequenterweise auch die „Deutsche Tageszeitung" (11. April). Den Protest, den kürzlich dreihundert hervorragende Engländer gegen den Luftflottenwahn erlassen haben, will das Agrarierblatt damit abtun, indem es erklärt, daß „in England wegen seiner klimatischen und geographischen Verhältnisse ein ungünstigeres Feld für die Entwicklung der Luftschiffahrt besteht als auf dem Kontinent". Eine höchst merkwürdige Behauptung, gegen die Götter selbst vergebens kämpfen. Das Blatt schreibt: „Daß eine deutsche Luftflotte, wenn auch vielleicht nicht die englischen Dreadnoughts, so doch vermutlich ohne besondere Mühen die englischen Docks und Werften zerstören und damit der britischen Flotte unter Umständen einen schwereren Schlag versetzen könnte als ein ganzes Geschwader weiterer deutscher Schiffe — diese Möglichkeit macht den Engländern so viel Kummer und läßt auf einmal wieder die bekannte britische Humanität lebendig werden." Warum die „Deutsche Tageszeitung" diese Möglichkeit nur durch eine deutsche Luftflotte kommen sieht und nicht auch durch eine englische oder durch eine mit England verbündete Luftflotte zuungunsten der deutschen Docks, Werften und Flotte, ist uns nicht erfindlich.

In der Münchner „Allgemeinen Zeitung", in der ganze Spalten zum Kampfe gegen die Friedensbewegung und für den Kriegsclan verwendet werden, werden in der Nummer vom 6. April dem famosen Buche des Kavalleriegenerals Friedrich von Bernhardi, „Deutschland und der nächste Krieg", fünf lange Spalten gewidmet. Major a. D. Belleville, der über dieses Buch schreibt, weist darin mit einer Sicherheit auf den bevorstehenden Krieg mit England hin, wie man vielleicht auf das bevorstehende Pfingstfest hinzuweisen berechtigt wäre. Den Frieden gelang es nach ihm bisher nur „unter schwerer Einbuße an Macht und Ansehen" zu erhalten. Das Beste aber ist die Behauptung, „daß der Krieg eine biologische Notwendigkeit ist, ein Regulator im Leben der Menschheit, der gar nicht entbehrt werden könnte". Und weiter heißt es: „Er (der Krieg) ist im Gegensatz zum Frieden der größte Machterweiterer und Lebenswecker, den die Geschichte der Menschheit kennt. Alle Scheingrößen, die ein langer Frieden unzweifelhaft großzieht, werden im Kriege entlarvt, alle wirklichen Größen erlangen den ihnen gebührenden Platz; alles Starke, Hohe und Wahre tritt hervor und gelangt zur Wirksamkeit." Ich weiß nicht, ob Herr Major Belleville den Krieg gesehen hat. Aber einer, der ihn gesehen hat, der preußische General der Infanterie Hans von Kretschman, schreibt in seinen „Kriegsbriefen aus den Jahren 1870/71": „Man wird zwar durch den Krieg ein Stück Vieh, da das Gefühl stumpf wird und die Pflichten weitere Betrachtungen nicht gestatten." — Ferner: „Das größte Uebel des Krieges ist, daß die Menschen ihre eigene Gemeinheit, die die Schranken des Gesetzes und der Sitte nicht zum Ausbruch kommen ließen, kennen lernen, und zwar ohne das Odium des Gemeinen." Mich will dünken, daß der General recht hat, um so mehr, als auch alle Rassenhygieniker die Ansichten des Majors widerlegen.

In der „Rundschau zweier Welten" (New York, 12. April) wendet sich Prof. Hugo Münsterberg in einem „Besser als Schiedsgerichte" betitelten Artikel gegen den falschen Patriotismus der Sensationspresse. Er verlangt Vorbeugung der Kriege durch Beseitigung der planmäßigen Hetze, der Lügen, Verleumdungen und Brunnenvergiftung der Jingopresse. „Unsere internationalen Vereinbarungen", so heißt es, „schreiben uns unsere Kriegsregeln vor. Mit vergifteten Kugeln zu schießen, offene Städte zu bombardieren, Brunnen im Feindesland zu vergiften, widerstrebt dem Kriegsgeiste zivilisierter Völker. Besser wie Schiedsgerichte wäre es, hätten wir solche internationale Abkommen für den Frieden wie für den Krieg." Münsterberg führt einige packende Beispiele an, wie planmäßig die deutschamerikanischen Beziehungen von der Hetzpresse vergiftet werden. Es ist wahr: nach dieser Richtung ist noch alles zu tun, und schon vor 12 oder 15 Jahren habe ich gesetzgeberische Maßnahmen gegen jene gefährliche Seuche empfohlen. —

Der Tod William T. Steads hat in der deutschen Presse zahlreiche Sympathiekundgebungen für diesen eigenartigen Mann hervorgerufen. Sogar die „Hamburger Nachrichten" (20. April) erweisen ihm in einem Leitartikel ihre Ehrerbietung und sichern ihm ein gutes Andenken in der deutschen Presse. Theodor Wolf feiert ihn in einem „Der Tod des Apostels" betitelten Artikel im „Berliner Tageblatt". Die „Kölnische Zeitung" vom 20. April erweist ihm in ihrem Feuilleton eine Ehrung. Der „Berliner Lokalanzeiger" am 27. April, die „Vossische Zeitung" am 19. April, „Budapester Tagblatt" am 23. April, „Pester Lloyd" am 21. April, „Neues Wiener Journal" am 21. April, und noch viele andere, die einzeln aufzuzählen mir nicht möglich ist. Nur eine Leichenschändung soll hier festgenagelt werden. Fritz Bley heißt der Mann, der in einem Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung" vom 22. April folgendes veröffentlicht:

„So wird Stead, der in Wirklichkeit der schlauste aller gegen Deutschland wühlenden Intriganten war, wohl fortleben in der Erinnerung der Menschheit als der unschuldige Prophet Suttnerscher Ideologie. Uns Deutschen wird es vorbehalten bleiben, die Verdienste, die er sich um sein englisches Volk und Vaterland erworben hat, ins rechte Licht zu stellen; und wir besitzen zum Glück genug

Verständnis für die Kunst, mit der er sein ganzes Tun und Treiben zu verschleiern verstand. Weniger Verständnis haben wir für die deutschen Zeitungen, die seinerzeit in kindlicher Harmlosigkeit daran glaubten, daß Herr Stead seine Rundreisen zu allen europäischen Staatsmännern aus eigenen Mitteln oder etwa aus denen irgendeiner Friedensliga bestritten habe. Heute, wo wir im Geiste an dem Wellengrabe stehen, das in meilenweiter Tiefe mit all den anderen Opfern auch diesen rastlosen Gegner Deutschlands bedeckt, erscheint es doch wohl als Pflicht unbefangener Beurteilung, anzuerkennen, wie groß der Nutzen war, den seine ungemein geschickte und klug berechnete Diplomatie der britischen Politik geboten hat. Wahrlich, kaum jemals ist ein Staatsmann von einer sicherer rechnenden Geringschätzung des politischen Urteils der Deutschen ausgegangen, als dieser Engländer, den man einen Schwindler hätte nennen müssen, wenn seine Täuschung nicht so ganz und gar in den Dienst einer leidenschaftlichen Vaterlandsliebe gestellt gewesen wäre."

Es hieße das Andenken Steads beleidigen, diesen Worten etwas hinzuzufügen. Als Illustrierung des oben erwähnten Artikels von Münsterberg sei nur noch erwähnt, daß dieser Fritz Bley in seinem Artikel Stead deshalb nach Amerika fahren ließ, um dort „für die Unterbindung des deutschen Einflusses zu arbeiten". In Wirklichkeit ist Stead auf Einladung einer großen Kirchenversammlung nach Amerika gefahren, um dort einen Friedensvortrag zu halten.

Heraus mit dem Gesetz gegen die internationale Brunnenvergiftung!

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung im allgemeinen. Henri de Régnier, Der Krieg, „Frankfurter Zeitung", 5. IV. * Dr. Georg Lomer, Christentum und Weltfriedensidee. „Der Türmer." Heft 7 (April). * Friedrich Naumann, Der Zwang zum Frieden. „Neue Hamburger Zeitung", 24. IV. und „Die Hilfe", 25. IV. * Konrad Haußmann, Kein Draufgängertum. „Frankfurter Zeitung." 15. IV. * Siegmund Münz, Beim Fürsten Albert von Monaco. „Neue Freie Presse." 3. IV. * Prof. Dr. Fr. Zurbousen, Die Völkerschlacht „am Birkenbaume" in französischer Beleuchtung. „Kölnische Volkszeitung." 7. IV. * K. Kautsky, Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus. „Vorwärts." 27., 28., 30. IV. * Charles Richet, Ist der Krieg ein wissenschaftliches Gesetz entsprechend der natürlichen Zuchtwahl? „Das monistische Jahrhundert." 15. IV. * Elsbeth Friedrichs-Jena, Die Frau und die Friedenspolitik. „Die Frau im Osten." 1. IV. * Dieselbe, Bertha von Suttner und die Rosenritterschaft. „Ethische Rundschau." April-Mai. * T. Miyaoka, Carnegie Endowment for International Peace (japanisch). „The Taiyo", (Tokio). April. * Richard Gädke, Der Krieg — ein Gebot Gottes. „Der Freidenker." 1. IV. * (Abdruck aus Heft 3 der „Friedenswarte".) * R. R., Herr Professor Kuatschké. „Le Temps." 16. IV. * Leopold Katscher, Stead, der Priesterliche. „Die Hilfe." 2. V. * Präsidium der Oesterreichischen Friedensgesellschaft, Friedensfreunde, Generale und Admirale. „Neues Wiener Journal." 3. IV. * Alfred H. Fried, William Stead †. „Pester Lloyd." 21. IV. * Ders., Persönliche Erinnerungen an William T. Stead. „Neues Wiener Journal." 21. IV. * Ders., Nebezpeči války u Europě (Kriegsgefahr in Europa). „Pražská Lidová Revue." (Prag.) 4. Heft.

II. Die internationale Politik: Carl Peters, Deutsch-englische Entente. „Der Tag." 14. IV. * Georg Gothein, Der deutsch-englische Gegensatz ein Kulturhemmnis. „Die Hilfe." 2. V. * Dr. M. Ritzenthaler, Deutscher und Engländer. „Nord und Süd." April. * Dr. Adolf Deißmann, Deutschland und England. „Der Tag." 13. IV. * L. Raschdau, Zur deutsch-englischen Verständigung. „Der Tag." 23. IV. * Dr. Nieders, Deutschland und England. Zwei Briefe eines deutschen Kirchenmannes. „Tägliche Rundschau", 15., 16., 17. IV. und „Königsberger Allgemeine Zeitung", 24. IV. * England und die Frage des Präventivkrieges. „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung." 18. IV. * Die Stellung der Amerikaner zu dem deutsch-britischen Gegensatz. „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung." 11. IV. * Prof. Arnold Schröer, Ein Amerikaner über England und die Engländer. „Kölnische Zeitung." 9. IV. * Prof. A. Ghisleri, Der tripolitanische Krieg. „Die kritische Tribüne." Jahrg. I, Nr. 1.

III. Völkerrecht: Dr. H. E. Posse, Neues vom Völkerrecht. „Kölnische Zeitung." 13. IV. * Ph. Otto Mayer, Das deutsche Spionagegesetz. „Deutsche Juristenzeitung." 1. IV. * Prof. Dr. v. Ullmann, Völkerrecht und Politik. „Deutsche Rundschau." Mai.

IV. Internationales: Louis P. Lochner, The Roosevelt Exchange Professor. „The Wisconsin Alumni Magazine." February.

V. Wirtschaftliches: W. T. Stead, Dreadnoughts und Flugmaschinen im künftigen Kriege. „Neue Freie Presse." 21. IV. * Abermals 650 Millionen für den Moloch. „Vorwärts." 16. IV. * Konrad Haußmann, 1,6 oder 1,5? „Vossische Zeitung." 10. IV. * O. Umfrid, Rüstungskartelle. „Der Beobachter." 13. IV. * L. O., Der Rausch des Wettbewerbs. „Ethische Kultur." 1. V. * Die große Torheit des zwanzigsten Jahrhunderts. „Ethische Kultur." 1. V. * Car Ludwig Siemering, Zu den Rüstungserhöhungen in Deutschland. „Ethische Kultur." 1. V. * Friedrich Naumann, Militärziffern. „Die Hilfe." 2. II. * Alfred H. Fried, Der Luftflottenwahn. „Die kritische Tribüne." (München). Jahrg. I, Nr. 2. * Ders., Der Flugflottenverein. „Neues Wiener Journal." S. V.

BRIEFKASTEN

Dr. St. Königsberg i. Pr. Sie schreiben mir: „Und selbst wenn der Krieg in Europa abgeschafft würde, so wird eine Rüstungspolitik um der weiteren Weltgegensätze willen heute mehr denn je nötig sein oder glauben Sie, daß die Mohammedaner und die Mongolen einer verweichlichten europäischen Welt nicht sofort den Garaus machen würden?"

Gewiß würden sie das tun; nur ist die Annahme nicht begründet, daß ein Europa, in dem der Krieg abgeschafft wäre, verweichlichen müßte

oder daß es wehrlos wäre gegenüber weniger kultivierten Völkerschaften außerhalb Europas. Was ein zerrissenes Europa nicht zu fürchten hat, nämlich die Mongolen und die Türken, wird ein geeinigtes Europa noch viel weniger zu fürchten haben. Aber welche Verkennung des ganzen Problems! Nicht künftige sagenhafte Mongolenhorden (die übrigens in der Kultur schnellere Fortschritte machen, als man annimmt), bedrohen uns, sondern die gegenwärtigen Kulturemporien unseres Erdteils bilden einander die größte und die naheliegendste Gefahr. Die Historiker, die nur das Meer der Kriege der Vergangenheit sehen, vermögen sich schwer eine Vorstellung von einem Zustande zu machen, in dem der Krieg denselben Ausnahmezustand bilden wird, wie das Verbrechen im geordneten Staate.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Vortrag der Baronin Suttner.

Der letzte Abend unseres zweiten Vortragszyklus war der Baronin Suttner vorbehalten, welche über „Erfahrungen und Erinnerungen" sprach. Der große Hörsaal der Wiener Universität, wo die Vorträge stattfanden, war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt, so daß viele Späterkommende abgewiesen werden mußten. Der Vortragenden wurden zu Beginn und am Schlusse ihrer Darbietungen stürmische, minutenlange Ovationen bereitet. Auf Veranlassung von Mrs. Proudfood waren auch zahlreiche Damen und Herren der amerikanischen Kolonie erschienen, welche unsrer Führerin mehrere riesige Blumenkörbe mit dem Sternenbanner überreichten. Baronin Suttner wählte als Thema „Entstehung, Entwicklung und Begründung des Pazifismus"; sie schilderte, wie er in Europa und auch in Oesterreich vor fünfundzwanzig Jahren aus winzigen Anfängen heraus, vielfach verspottet und belacht, zu immer größeren Erfolgen, trotz aller Durchkreuzungen und Hemmnisse, gelangte, zu einer stets wachsenden Zahl von Friedensorganisationen und ihrer Mitglieder, zu einer ihm stets günstigeren öffentlichen Meinung, zur interparlamentarischen Union, zu den zwei Haager Friedenskonferenzen, zu einer immer größer werdenden Zahl von Schiedsverträgen, zum ständigen Schiedsgerichtshofe im Haag, so daß die Bewegung zugunsten einer „kriegslosen" Zeit, zugunsten des Ersatzes von Gewalt durch Recht, heute ein realer Faktor der internationalen Politik ist. Der Vortrag war ausgezeichnet durch meisterliche Knappheit und Klarheit, vor allem aber durch die innere Wärme und Wahrheit des Gesagten, und entbehrte nicht humorvoller, markanter Stellen, noch beißend satirischer Ausfälle. Der Leiter der Kurse, Professor Kobatsch, sprach der Baronin den begeisterten Dank aller Zuhörer aus, und pries sie als Meisterin des Pazifismus, die an dessen im Vortrage geschilderten Entwicklung selbst den allergrößten persönlichen Anteil genommen habe und noch nehme. Der Vortrag hatte die Wirkung, daß viele Dutzende von Zuhörern sich spontan als Mitglieder der Friedensgesellschaft anmeldeten. Nach dem Vortrage fand im „Residenzhotel" gesellige Zusammenkunft statt, in welcher der Präsident der Soziologischen Gesellschaft, Rudolf Goldscheid, Baronin Suttner in schwungvollen Worten feierte; sie habe den so seltenen Mut der Ideologie und der wenigen gehabt, und sei als erste Pazifistin auch eine der ersten Frauenvertreterinnen, da gerade die Frauen es seien, welche durch den Krieg am meisten zu verlieren hätten. Zum Schlusse kam es zu einer begeisterten Kundgebung für die anwesenden Damen und Herren der amerikanischen Kolonie und zu einer amerikanisch-österreichischen Verbrüderung, die von unserem Vizepräsidenten Professor Kobatsch als Trägerin und Promotor des Friedensgedankens auf der ganzen Welt gepriesen wurde.

☞

Im Wiener Appollo-Theater gelangt ein Skioptikonbild zur Vorführung, welches bestimmt ist, unserer Propaganda zu dienen. Das Bild stellt das bekannte amerikanische Friedenssiegel dar, einen Matrosen, der im Begriffe ist, eine Kanone zu laden, jedoch von einem Richter, der ein Gesetzbuch in der Hand hält, aufgehalten und auf dieses Buch verwiesen wird. Dabei stehen die Worte: „So muß es kommen, so kommt es!" — Auskunft, Bücher und Schriften, Oesterreichische Friedensgesellschaft, I., Spiegelgasse 4." Dank der Fürsprache unserer Präsidentin geschieht diese Veröffentlichung durch die ganze Saison vollständig unentgeltlich.

☞

Friedenssonntag in Pilsen. Am 31. v. M. fand in der dortigen Huskapelle, zur Erinnerung an den berühmten Pädagogen Komenius ein feierlicher Gottesdienst statt, dem ein Vortrag über „Friedensbewegung" folgte. Den Vortrag hielt unser Mitglied Professor Dr. A. Batek, der sich um unsere Sache schon viele Verdienste erworben hat und jetzt bestrebt ist, Friedenssonntage, wie solche in Amerika schon lange gebräuchlich, auch in Oesterreich einzuführen.

Im Laufe des Monats Mai finden einige Friedensvorträge in Pilsen statt, bei denen Skioptikonbilder vorgeführt werden.

☞

Anläßlich der erschütternden Katastrophe der „Titanic" sandte der Vorstand unserer Gesellschaft an die englische und an die amerikanische Botschaft ein Beileidsschreiben.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2
Druck: Pass & Garleb G.m.b.H., Berlin W.57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien

Juni 1912.

Friedenspolitik und militärische Ratgeber.

Von besonderer Seite.

Für die Friedensfreunde ist es unerfreulich zu sehen, wie in Deutschland der für Anbahnung besserer Beziehungen zu England energisch eintretende Reichskanzler dauernd in der Presse derartig angegriffen wird, als ob sein Sturz ein Segen für Deutschland wäre. Die Treibereien, die der Alldeutsche Verband und der Flotten- und der Kolonialverein im letzten Jahre gegen die Regierungspolitik vorgenommen haben, legen den Gedanken nahe, daß die für jene tätigen Federn auch in bedeutendem Maße an der Hetze gegen den Reichskanzler beteiligt sind. Sie wissen alles besser. In der Marokko-Affäre hätte er mehr erreichen können. Bei der Wehrvorlage hat er nicht ihren Beifall errungen. In den genannten Vereinigungen herrscht der Militarismus, der alles mit Waffengewalt glaubt erzwingen zu können, und gilt als wahrer Patriotismus fast ausschließlich das Streben, die Wehrmacht des Deutschen Reiches schnell bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu steigern. Für die Kehrseite der Medaille fehlt das Verständnis. Mit einer Beschränkung auf das Nötige, das die Volksvertretung auch ohne ihren Lärm bewilligen würde, ist der brennende Ehrgeiz der Alldeutschen und des mit ihnen marschierenden Militarismus nicht zufrieden. Sie finden stets, daß die militärische Macht des Deutschen Reiches noch nicht genügend zur Geltung gebracht wird. Kriegerische Verwicklungen sind ihnen willkommen. Durch Aeußerungen, die der Regierung vorwerfen, sie wolle Frieden um jeden Preis, und aussprechen, unsere Politik erinnere an die Tage von Olmütz, ist in ganz unverantwortlicher Weise im letzten Herbst das Volk gegen die Regierung und indirekt gegen die Person des Kaisers aufgehetzt worden. Nächst dem bereits gestürzten Staatssekretär Wermuth erscheint dieser Art von Patriotismus der Reichskanzler als ein Hindernis für ihre Bestrebungen. In den Vorständen der angeführten Vereinigungen befindet sich eine große Zahl hochstehender inaktiver Offiziere. Bei der Tagung des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes am 14. April in Hannover sprachen Admiral Breusing, Generalmajor Keim, Generalleutnant von Liebert und von Schmidt. Dem Präsidenten des Flottenvereins, Großadmirat von Köster, stehen in der Geschäftsführung Konteradmiral Weber und Recke zur Seite, und auch im Kolonialverein besitzt das militärische Element großen Einfluß. Die ausgedehnte Preßorganisation dieser Vereine — der Flottenverein allein versieht nach seinem Jahresbericht 1600 Zeitungen laufend mit Mitteilungen — gibt ihnen eine große Macht, auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Daneben reicht ihr Einfluß durch einzelne Mitglieder bis an die Parteien des Reichstags hinein und bis an die Person des Kaisers heran. Dies ist bei den tatsächlichen Verhältnissen in Deutschland besonders gefährlich. Militärische und staatsmännische Weisheit gehen nach Bismarcks Aufzeichnungen häufig recht weit auseinander. Wenn sich die Verhältnisse nicht völlig seit Bismarcks Zeit geändert haben, so versteht zwar das Militär das Dreinschlagen mit Waffengewalt, aber weil es einseitig die Gewalt stets ausnutzen will, hat es für eine weitsichtige Politik kein Verständnis. Wer an so verantwortungsvoller und schwieriger Stelle steht wie der deutsche Reichskanzler, darf wie Bismarck kurzsichtigen Chauvinismus nicht unterstützen, sondern muß als Staatsmann die Zukunft Deutschlands fest im Auge behalten. Eine politische Taktik, die mit Un-

wahrheiten und tendenziösen Entstellungen gespickt ist, wie sie heutigen Tages in mancher Parteipresse üblich ist, um die breite Masse des Volkes für diese oder jene Ansicht zu gewinnen, kann er nicht verwenden. Seine Stellung verlangt, daß er korrekt und vorsichtig in seinen Aeußerungen ist und jedes Wort sorgfältig abwägt, damit nicht eine so unglückliche Wirkung entsteht, wie wir es bei englischen Ministerreden erfahren haben. Je mehr sich der Chauvinismus breit macht, um so mehr kalte Ueberlegung und ruhiges Blut muß er zeigen. Ohne Zweifel betrachtet der Reichskanzler ganz im Sinne seines kaiserlichen Herrn die Erhaltung des Friedens, und zwar eines Friedens in Ehren und damit verbunden die Herstellung eines auf gegenseitige Achtung gegründeten freundschaftlichen Verhältnisses zu England, für eine der vornehmsten Aufgaben seines Amtes. Er zieht es vor, im Wege der Verständigung in Kolonialfragen das zu erreichen, was andere durch Wettrüsten träumen erzwingen zu können. Diese Aufgabe wird ihm aber erschwert oder sogar unmöglich gemacht, wenn in skrupelloser Weise, wie im letzten Herbst und Winter, fortgesetzt gegen andere Völker, besonders England, in der Tagespresse gehetzt wird und unbegründete alarmierende Gerüchte in Umlauf gesetzt werden. Der Reichskanzler hatte deshalb durchaus recht, bei der ersten Lesung der Wehrvorlagen am 22. April dies Gebahren zu verurteilen. Er sagte, daß die alarmierenden Gerüchte vielleicht in „mißverstandenem Patriotismus" in erregten Preßartikeln ausgestreut werden, um die nötigen Rüstungsmaßregeln angeblich zu fördern. Die Gefährlichkeit, die hierin liegt, drückte er durch den Satz aus: „Die Völker sind vielfach durch fanatisierte Minderheiten in den Krieg hineingetrieben worden. Diese Gefahr besteht noch heute, und vielleicht in noch höherem Maße als früher, nachdem in der Oeffentlichkeit und in der Volksstimmung die Agitation an Gewicht und Bedeutung zugenommen hat." Aehnlich sagte Fürst Bülow in der Reichstagssitzung vom 29. März 1909. Nach verschiedenen Preßäußerungen ist anzunehmen, daß der jetzige Reichskanzler im letzten Winter gegenüber den Forderungen, die für die Marine geltend gemacht wurden, einen harten Stand gehabt hat. Den militärischen Ratgebern, die im Flottenverein mit der Autorität des Großadmirals v. Köster auftraten und die Flottenpolitik wegen „patriotischer Bersorgnis" in ihrem Sinne zu beeinflussen suchten, gelang es aber nicht, ihren Willen durchzusetzen; im Gegenteil, keine ihrer Forderungen gelangte zur Aufnahme. Die im Wehrgesetz vorgenommene Verstärkung der Marine (Unterseeboote und Nutzbarmachung der Materialreserve) betraf die Forderungen, die der Flottenverein nicht gestellt hat. Der Kampf um den Kaiser, der sich zwischen Reichskanzler und Marinepartei abgespielt hat und vielleicht noch nicht zu Ende ist, erinnert, ebenso wie der Zwist Aehrenthal-Generalstabschef in Oesterreich, an die Kämpfe, die Bismarck wiederholt gegen militärische Ratgeber der Krone auszufechten hatte, um seiner weitsichtigen Politik Geltung zu verschaffen. Welche traurige Zukunft für Deutschland wäre wohl herausgekommen, wenn er nicht 1866 gegen die Generäle, die auf Fortsetzung des Krieges und auf Gebietsabtretungen seitens Oesterreichs und der süddeutschen Staaten drängten, unter aufreibender Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit den Frieden zu Nikolsburg zustande gebracht hätte. Nach seinen veröffentlichten „Gedanken und Erinnerungen" führte damals die übermenschliche Anstrengung bei ihm zu Weinkrämpfen, und war es schließlich der Kronprinz, der spätere Kaiser Friedrich, dem es gelang, seinen königlichen Vater zu bewegen, auf Bismarcks Vorschläge einzugehen. Wie richtig diese Politik Bismarcks war, bestätigte im Oktober 1909 Prinz Ludwig von Bayern bei der Einweihung eines Denkmals zu Helmstadt. Er sagte hier: „Dank dem wiederhergestellten guten Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn war es auch nur möglich, daß 1870 so schöne und schnelle Siege errungen wurden. Dadurch, daß dank dem Fürsten Bismarck Preußen 1866 Oesterreich nicht einen Fußbreit Boden abverlangte, wurde es ermöglicht, daß die süddeutschen Staaten sich anschließen konnten. So sehen wir in Mitteleuropa den Dreibund, der seit Jahren besteht und fortbestehen möge zur Ehre der Nationen, die in ihm vertreten sind, und zur Wahrung des Friedens." Auch später hat Bismarck gegen die militärischen Ratgeber wiederholt Stellung nehmen müssen. Man lese in seinen „Gedanken und Erinnerungen", wie er vor Paris und gegen einen angeratenen Präventivkrieg seinen politischen Rat zur Geltung brachte, wie er entgegen dem militärischen Votum für den Bau des Nord—Ostsee-Kanals eintrat, und ziehe hieraus für die

Gegenwart mindestens den Schluß, daß militärische Vorschläge nicht immer die weitsichtigsten sind.

Dardanellen-Streitigkeiten.

Von
Exz. Jonkheer den Beer Poortugael,
Mitglied des holländischen Staatsrates,
früherer Kriegsminister.

Die Dardanellen, die vier Bollwerke starker Festungen auf beiden Seiten des Hellespont, die den Zugang zu der engen Straße zwischen dem Aegäischen und dem Marmarameer verteidigen und die Verbindungslinie nach Konstantinopel und dem Schwarzen Meere beherrschen, scheinen dazu bestimmt zu sein, ein Merkzeichen in der Kulturgeschichte Europas zu werden.

An sich bedeuten diese sehr veralteten muhamedanischen Festungen nicht viel. Wertvolle Verteidigungsmittel sind sie nicht. Aber sie verkörpern ein ehrwürdiges Prinzip und sind die schützenden Träger und moralischen Verteidiger eines Rechts, eines natürlichen Rechts, das, so lange der Krieg besteht, anerkannt und geachtet werden muß, nämlich des Rechtes der Selbstverteidigung, das jedem lebenden Wesen und jedem Staate zusteht. Der Türkei, der durch Italien der Krieg erklärt und wider ihren Willen aufgedrungen ist, das Recht absprechen zu wollen, die übermächtige italienische Flotte von Konstantinopel fernzuhalten und zu diesem Zwecke die Dardanellen abzuschließen, würde mit dem einfachsten Billigkeits- und Gerechtigkeitsgefühl allzusehr in Widerspruch stehen, als daß man es wagen könnte.

Die Meerenge ist an der fraglichen Stelle nur vier Meilen breit, und da die Küsten auf beiden Seiten türkisches Staatsgebiet sind und die Türkei niemals auf die Territorialhoheit verzichtet hat, besitzt die türkische Regierung unzweifelhaft das Recht, die Straße zur Selbstverteidigung abzuschließen.

Jetzt bringen die Dardanellen durch die verschiedenen Streitigkeiten, die sie erregen, das Unlogische, Ungereimte, Unhaltbare und Verderbliche eines Krieges in der gegenwärtigen Zeit sonnenklar ans Licht.

Vor allem zeigt sich dieses Törichte darin, daß, obwohl Kriegszustand herrscht, weder der Angreifer, Italien, noch der Verteidiger, die Türkei, alle gebräuchlichen, ihnen zur Verfügung stehenden Kriegsmittel nach Wunsch verwenden können. Sie sind darin nicht frei. Ihre Hände sind gebunden. England, Rußland, Frankreich und Oesterreich-Ungarn stehen bereit, um jeden Augenblick ein Veto dagegen einzulegen, daß der Krieg seinen gewöhnlichen Lauf nimmt, und um mit nachdrücklichen Vorstellungen darauf zu dringen, daß die Kriegführenrden von irgendeiner Maßregel absehen oder eine bereits angefangene wieder aufgeben, obwohl sie das unzweifelhafte Recht zu ihrem Vorhaben besitzen.

In erster Linie und am häufigsten wird Italien in dieser Weise am Zügel gehalten. Wie die Zeitungen mitgeteilt haben, wollte es bereits im November vorigen Jahres die Dardanellen blockieren.

Täglich protestierten dagegen die erwähnten anderen Mächte. Sie, die an dem Verbrechen durch ihre eigenen früheren ränkevollen Geheimverträge mitschuldig waren, sahen sich durch das auch ihnen ungelegen gekommene dreiste Auftreten Italiens in die Enge getrieben und standen nun vor den verwickeltsten politischen Fragen.

Auf der einen Seite mußte die Türkei soviel als möglich geschont werden, um die so gefährliche, allzeit noch brennende orientalische Frage nicht in heller Glut aufflammen zu lassen. Auf der anderen Seite saß der Dreibund mit seinem heterogenen Element Italien, England und Frankreich mit ihrer entente cordiale, und Rußland, das stets auf den Augenblick wartet, in dem seine Kriegsschiffe aus dem Schwarzen Meer zum Bosporus hindurchfahren können.

Die Mächte hatten es früher, als sie selbst Beute unter sich verteilten, bereits gut gefunden und mußten es jetzt mit geschlossenen Augen dulden, daß Italien der Türkei Tripolis und die Cyrenaika wegnahm; aber eine Blockade der Dardanellen gestatten sie nicht. Die würde die Interessen ihrer Untertanen allzusehr schädigen.

So wurde Italien in seinem souveränen Rechte behindert, den Krieg auf die Art und Weise zu führen, die ihm gut schien.

Seine Flotte mußte in dem Mittelländischen Meere ziellos hin und her gleiten. Das ging eine Zeitlang gut, solange sie im Aegäischen Meere nur zum Spiele herumfuhr. Sobald sie sich aber ein wenig der türkischen Küste näherte, wurde überall großer Lärm geschlagen. Monate hintereinander wurden die Dardanellen ein Aergernis für die Diplomaten. Wird Italien sie endlich angreifen und die Durchfahrt erzwingen oder wird es sie nicht angreifen? Wird es den Wünschen der zuschauenden Mächte trotzen oder ihnen nach den Augen sehen? Einmal hieß es: Italien tut es; dann wieder sofort darnach: Nein, es tut es nicht, sie wollen es nicht haben. — Die Bevölkerung Italiens wurde ungeduldig und erbittert über das Herumdrücken und Zögern ihrer mächtigen Flotte, die zum Nichtstun verdammt war und jeden unbedeutenden Vorteil zu einer Heldentat aufblähen mußte, um die Gemüter für eine Zeitlang zu beruhigen.

Jetzt, da der Krieg in Afrika bitter enttäuscht und Italien einzusehen beginnt, daß es sich in ein Wespennest begeben hat, will es, auch um seine Bevölkerung zufrieden zu stellen, nun doch dazu übergehen, auf die Türkei anderswo einen Druck auszuüben und es durch eine Flottendemonstration vor den

Dardanellen in Schrecken jagen, damit die türkische Regierung für Konstantinopel fürchtet und um den Frieden bittet, nach dem Italien schmachtet.

Die Demonstration ist aber, obwohl das Gegenteil behauptet wird, in eine Aktion ausgeartet, wie das im Kriege häufig vorkommt. Die Kanonen der italienischen Flotte und der türkischen Seebefestigungen haben eine Zeitlang gesprochen. Dann haben die Türken die Fahrstraße, die für die Kauffahrteischiffe offen gelassen worden war, geschlossen und die Italiener sind wieder davongefahren, ohne die Aktion fortzusetzen. Ganz gewiß wurden sie wieder von dem am Kriege nicht beteiligten Mächten zurückgehalten, wogegen die italienische Presse, die der allgemeinen Enttäuschung Ausdruck gab, heftig ankämpfte.

Inzwischen verursachte die Kunde von der Schließung der Dardanellen in ganz Europa ernste Beunruhigung. In dem englischen Parlamente wurde der Minister darüber interpelliert, und er erklärte, daß die britische Regierung den Ernst der Lage sehr wohl einsehe.

Aber die Sache ist nicht nur ernst, sondern im höchsten Maße ernst. Große Interessen zahlreicher Völker, die mit dem Kriege nichts zu tun haben und infolgedessen auch darunter nicht zu leiden brauchen, sind gefährdet. Die Interessen der Neutralen stehen mit denen der Kriegführenden in Widerspruch. Warum müssen die ersteren vor den letzteren zurücktreten? Muß nicht vielmehr das Umgekehrte der Fall sein? Ist es nicht unlogisch, daß das ungeordnete und anormale die Oberhand über das geordnete und normale Leben der Völker gewinnt? Friedenszustand ist das normale, Kriegszustand aber glücklicherweise das anormale.

Jetzt sind sogar der Handel und die Schiffahrt derer, die außerhalb des Krieges stehen und nichts mit ihm zu tun haben, dem Kriege unterworfen. Früher hatte das möglicherweise noch Sinn. Ganz Europa war damals, als wäre es ein Schlachtfeld, noch zur Zeit Napoleons von Moskau bis nach Spanien. Der Geist des Krieges ging damals in Europa rund. Jede Handlung trug den Stempel des Krieges an sich und mußte mit ihm rechnen; Handel, Industrie, Kunst und Wissenschaft hatten gewaltig unter dem Kriege zu leiden.

Nun ist es anders. In der gesegneten langen Friedenszeit hat jetzt alles eine Entwicklung genommen wie nie zuvor. Die Bevölkerung hat sich verdoppelt oder verdreifacht. Die Bedürfnisse sind gewaltig gestiegen.

In meinem kürzlich erschienenen Werke*) habe ich darauf hingewiesen, daß das einzige Mittel zur Bewahrung des Friedens unter den Völkern darin besteht, die ganze Welt für jeden in gleicher Weise offen zu stellen. Ich drückte dies mit dem Satze aus: „Tout le Monde pour tout le monde", die Welttür offen, ganz offen, ohne Gitter, Dämme und Barrieren an den Grenzen der Staaten, ohne Zollbelästigungen und Scheidelinien, ohne irgendeine Bevorzugung oder Monopolisierung, ohne Unterschied der Nation, damit die Völker alle einander näher gebracht werden und alle Streitigkeiten, gleichviel welchen Ursprungs, Neid und Zwietracht aufhören!

Warum und wozu das nötig ist, habe ich in dem genannten Werke ausführlich dargetan. Da das Interesse der Völker und die Aufrechterhaltung des Friedens die offene Tür dringend verlangen, so ist es klar, daß damit die Schließung der Dardanellen, der Türe des Hellespont, in direktem Widerspruche steht.

Ist das erlaubt, und darf das jetzt noch geduldet werden? Müssen es alle Völker ruhig mitansehen und für gut befinden, das Italien, nach Beute begierig, unter Verachtung allen Rechtes und aller Verträge, dadurch, daß es Gewalt gebraucht und durch seine Flotte auf Konstantinopel zusteuern will, die Türkei zwingt, zu ihrer Selbstverteidigung die Dardanellen zu schließen?

Was für Interessen werden dadurch geschädigt! Jetzt, infolge des Dampfes, der Elektrizität und der großartigen Fortschritte auf dem Gebiete des Maschinen- und Schiffbaues, unendlich mehr als früher! Durch das Schwarze Meer kommen aus den russischen Häfen, aus Odessa und anderswoher, die Kornschiffe für halb Europa.

Die kurzen Tage, in denen die Türkei die Dardanellen abschließt, bringen über unseren ganzen Erdteil Stagnation im Getreidehandel. Zu Rostow am Don häuften sich zehn Millionen Pfund (ein Pfund = 16 Kilo) Getreide auf, die nicht versandt werden konnten. Vor der Straße selbst lagen 200 vollgeladene Dampfschiffe und warteten. Charter- und Ablieferungsverträge liefen ab. Hunderte von Arbeitern wurden arbeitslos. An einigen Plätzen stiegen bereits die Getreide- und Brotpreise.

Um einen Ueberblick von der großen Bedeutung dieser Sache zu geben, sei darauf hingewiesen, daß innerhalb zwölf Monate, in dem Zeitraum 1910/11, nach Konstantinopel 14 164 Dampfschiffe mit 19 284 743 Tonnen fuhren, worunter sich befanden:

4799	englische	Dampfschiffe	mit 8 571 932	Tonnen
954	österreichische	„	„ 1 908 753	„
907	italienische	„	„ 1 234 235	„
423	deutsche	„	„ 727 819	„
419	französische	„	„ 616 522	„
292	rumänische	„	„ 321 061	„
164	holländische	„	„ 310 163	„
208	belgische	„	„ 295 160	„
108	norwegische	„	„	„

Ist es da nicht natürlich, daß die Ministerien der Auswärtigen Angelegenheiten in allen Ländern von Kaufleuten, Reedern und Mitinhabern der Schiffahrtslinien bestürmt

*) Ikh. J. C. den Beer Poortugael, Le Droit des Gens en marche vers la paix et le la gueere de Tripoli, La Haye, M. Nijhoff, 1912, VII und 133 S., Preis 3,60 M.

wurden, die sich dagegen wehrten, daß eine große, durch die Natur selbst gebildete Seestraße, die zwei offene Meere miteinander verbindet, für den freien Verkehr ihrer Schiffe mit unschuldiger Ladung unter neutraler Flagge abgeschlossen wird?

Und dies, obwohl sogar für den mit vielen hundert Millionen Frank gegrabenen Kanal von Suez in dem Vertrage von Konstantinopel vom 29. Oktober 1888 das Recht festgesetzt wurde: „Der Kanal von Suez soll immer frei und offen sein, sowohl in Kriegs- wie in Friedenszeiten, jedem Kriegs- und jedem Handelsschiffe, ohne Unterschied der Flagge", und obwohl für den Panamakanal dasselbe gelten soll.

Daher waren die Großmächte sofort damit beschäftigt, die Hohe Pforte zu bewegen, nach der Abfahrt der italienischen Flotte die Dardanellen schnell wieder zu öffnen. Die zu erwartende Antwort war: „Erst müssen wir sichere Bürgschaft dafür haben, daß sie nicht wieder zurückkehrt." Und während die italienische Flotte, um ihr Renommee zu retten, ein Paar Inseln im Aegäischen Meere besetzte, waren die Diplomaten eifrig bei der Arbeit, um den Knoten zu lösen.

Welch ein Chaos unlogischer Zustände schaffen die Kriegs- und Dardanellenstreitigkeiten!

Italien, das den unheilvollen Krieg begann, hat offenbar keine besonderen Chancen, ihn allein in Afrika zu einem guten Ende zu führen und spekuliert nun darauf, daß die anderen Mächte einen Druck auf den Ueberfallenen ausüben, damit er gutwillig sein Land und seine Rechte abtritt und Frieden schließt. Die Türkei hat dazu keine Lust, doch nun kommen — durch die Dardanellen — die anderen Mächte ins Gedränge, und der Wirrwarr wird noch vergrößert.

Eigentlich kann man — das ist unschwer zu erkennen — von dem Kriege mit seinem traurigen Gefolge nichts anderes erwarten. „Kann man auch Trauben lesen von den Dornen oder Feigen von den Disteln?" (Matthaeus VII, 4—16.) „Jeder Baum, der keine guten Früchte bringt, muß abgehauen und ins Feuer geworfen werden", steht geschrieben (a. a. O. V. 19).

Man erkenne den Krieg als den Baum, der, wie wieder offensichtlich geworden ist, noch nichts als faule Früchte hervorgebracht hat, und ersetze ihn durch einen anderen und dreizackigen Stamm: vor allem gleiche ökonomische Rechte, obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit und eine internationale Polizeimacht zur Handhabung des Rechts auf die Weise, wie ich das in meinem erwähnten Buche auseinandergesetzt habe.

Ein anderer Ausweg aus dem Elend des Krieges und eine andere Straße zu einem dauernden Frieden gibt es nicht!

Den Haag, 25. April 1912.

Frédéric Passy †.

(Geb. 20. Mai 1822. — Gest. 12. Juni 1912.)

Ein Leben von 90 Jahren, das zum größten Teil dem Wohle der Menschheit gewidmet war, ist abgeschlossen. Frédéric Passy, dessen neunzigsten Geburtstag die Kulturwelt soeben gefeiert hat, ist nicht mehr! Was sterblich an ihm war, haben sie heute in Neuilly der kalten Erde übergeben. Durch sein langes Leben, das in solchem Umfange selten einem Sterblichen zuteil wird, ist er selbst zu einem Stück Geschichte geworden, an dem die Ereignisse eines so wandelreichen Jahrhunderts fast zur Gänze vorübergerauscht sind; eines Jahrhunderts, auf das sein Leben auch nicht ohne Einfluß geblieben ist. Dieses Leben legte eine Brücke aus den finsteren Zeiten der napoleonischen Gewaltära in unsere lichten Tage, wo zwar das Völkerleben noch nicht die eherne Basis des Rechts gefunden hat, wo aber dennoch der Gedanke eines internationalen Rechtes, das auch über den Völkern steht, täglich mehr an Boden, täglich mehr an Wirkung gewinnt.

Es ist selbstverständlich kein Zufall, sondern nur der natürliche Gang der Entwicklung, daß der Revolutionssoldat Napoleon, der eine Zeitlang mit den geschichtlichen Bildungen Europas Ball spielte, der indirekte Urheber der modernen Friedensbewegung war. Sowie als eine Reaktion der mörderischen Epopöe des ersten Kaiserreichs im Jahre 1815 die ersten Friedensgesellschaften sich gebildet hatten, die dann ihre Weiterentwicklung fanden bis zu jener im Jahre 1899 im Haag gegründeten Friedensgesellschaft der Regierungen, so hat die Reaktion gegen die napoleonischen Erschütterungen auf das Denken und Wirken der ihr nachfolgenden Generationen den größten Einfluß im Sinne einer erleuchteteren Auffassung der Staatengesellschaft ausgeübt. Auch Frédéric Passys Geist ist schon in seiner Kindheit durch die Reaktion gegen den Napoleonismus beeinflußt worden. Sein Vater, seine Onkel und Vettern hatten an jenen Feldzügen teilgenommen, und der Knabe hat gar oft aus ihrem Munde Schilderungen aus jener Kriegszeit vernommen. Frühzeitig fiel ihm jedoch die Kehrseite der Medaille auf, und er begann, wie er selbst schreibt, das Furchtbare und Verderbliche, das in den schönsten militärischen Epopöen liegt, zu begreifen. Sein Denken, das so frühzeitig zur Kritik des Krieges geführt wurde, bekam reichliche Nahrung durch die Kämpfe, die Frankreich in Algier durchführte. Er fragte sich, ob diese sogenannten inferioren Rassen, die sich nun einmal einbildeten, nach ihrer Art und auf ihrem Boden leben zu wollen, so unrecht hätten, wenn sie diejenigen ablehnten, die ihnen die Kultur gleichzeitig mit der Knechtschaft aufzuerlegen beabsichtigten. Passy war 22 Jahre alt, als er zum ersten

Male seine Ansichten über den Krieg in einer Schrift zum Ausdruck brachte.

Die großen Männer jener Zeit, die durch die entschiedene Vertretung des Liberalismus auch den Friedensgedanken in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts förderten, wie Richard Cobden und John Bright, wie Molinari, Elihu Burritt, Couvreur und andere, übten großen Einfluß auf das Denken des jungen Nationalökonomen aus, der in Bordeaux eine Lehrstelle gefunden hatte. Aber erst im Jahre 1867, anläßlich des Luxemburger Handels, trat Frédéric Passy in die pazifistische Aktion ein. Als sich jene Krisis zuspitzte, die in jenem Jahre den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich beinahe zum Ausbruch gebracht hätte, wandte sich Passy in einem begeisterten Schreiben an den damaligen Redakteur des „Temps", namens Nefftzer, einem Elsässer, in dem der junge Schullehrer den Versuch machte, die dem Kriege abholde öffentliche Meinung aufzurütteln und im Dienste des Friedens zu organisieren. Nefftzer wollte diesen Brief nicht zum Abdruck bringen, und erst nach langem Zureden sandte er ihn achselzuckend in die Druckerei mit der Bemerkung: „Na, man wird ja sehen, ob es in Europa eine öffentliche Meinung gibt." Und es gab in der Tat eine solche. Der Eindruck jenes Aufrufes war ganz mächtig. Aus allen Ländern folgten begeisterte Zustimmungen, und auf Grund dieses Aufwallens der öffentlichen Meinung gegen den Krieg unternahm es Gladstone, unter Hinweis auf das 23. Protokoll des Pariser Vertrages von 1856, den in Konflikt geratenen Mächten seine Vermittlung anzubieten, die bekanntlich zu einer friedlichen Beilegung des Luxemburger Konflikts führte. Henry Richard, der Freund Cobdens und Gladstones, der eifrige Sekretär der Londoner Friedensgesellschaft, sagte damals zu dem Urheber jener Bewegung: „Passy, Sie haben soeben einen Krieg verhindert; das genügt nicht. D e r Krieg muß behindert werden. Es muß eine Völkerliga gegründet werden, und Sie werden ihr Generalsekretär sein." Und so geschah es auch. Die internationale und ständige Friedensliga wurde damals gegründet. Ein Elsässer, Jean Dollfus, wurde ihr erster Präsident und Frédéric Passy ihr Generalsekretär. Die Zustimmungen, die die neue Gesellschaft aus allen Ländern, aus allen Kreisen erhielt, liefen überaus zahlreich ein. Auch die Königin Augusta von Preußen sandte ihre Glückwünsche. Es ist vielleicht nicht uninteressant, hier den Brief zu wiederholen, den das Sekretariat der Liga am 10. August 1867 durch die preußische Gesandtschaft in Paris zugestellt erhielt. Er lautete: „Ihre Majestät, die Königin, nahm Kenntnis von der interessanten Mitteilung, die das Komitee der internationalen Friedensliga ihr zuzusenden, die Freundlichkeit hatte. Ihre Majestät beauftragte den Gesandten, dem Komitee ihren Dank auszudrücken und ihm die Versicherung zu geben, daß sie sich von ganzem Herzen den humanitären Empfindungen, wie den Ideen der Gerechtigkeit und des Fortschritts anschließt, die die Mitglieder dieser Versammlung beseelen." Als sich die Liga drei Jahre später, unter Bezugnahme auf diesen Ausdruck warmer Sympathie, inmitten des entbrannten Krieges, wieder an die Königin von Preußen wandte und sie bat, für einen raschen Frieden einzutreten, vermochte sie nur zu antworten, daß Gott allein der Herr über die Ereignisse sei.

Nach dem Kriege gelang es Passy die Liga zu rekonstituieren und an ihrer Spitze gegen die mächtig aufflammende Revanchebewegung einzutreten. Während des Berliner Kongresses kam er als Mitglied einer Deputation von Friedensfreunden nach Berlin mit der Absicht, den Kongreß zu veranlassen, in dem abzuschließenden Vertrag die Verpflichtung zur Anrufung guter Dienste und der Vermittlung mit aufzunehmen. Er ahnte damals nicht, daß 30 Jahre später im selben Berlin, von der Tribüne des deutschen Reichstags herab, der Kanzler des Reiches ehrend seines Wirkens gedenken würde. Es war auf der 15. Interparlamentarischen Konferenz, die im September 1908 im Deutschen Reichstagsgebäude tagte, daß der Reichskanzler Fürst Bülow zu den versammelten Interparlamentariern folgendes sagte: „So haben Sie mehr erreicht als anfänglich angenommen wurde. Von ausgezeichneten Männern geleitet — ich will nur Ihren Senior nennen, Herrn Frédéric Passy, den wir zu unserer Freude unter uns sehen, Herrn Passy, den ich mich erinnere, vor etwa 30 Jahren in Paris gesehen zu haben, und den wir alle so hochherzig, feurig und jung wie in der Vergangenheit hier wieder finden — haben Sie Ihre Aufgabe verfolgt, Bürgschaften für den Frieden und die Eintracht unter den Völkern zu erlangen." Es war dies nicht nur eine Ehrung des Mannes, sondern auch seines Werkes. War es doch Passy, der im Verein mit Randal Cremer am 31. Oktober 1888 in der „Salle du Zodiaque" des Pariser Grand Hôtel, eine Anzahl englischer und französischer Deputierter vereinigte, die die Gründung einer Interparlamentarischen Union für Frieden und Schiedsgericht und den Zusammentritt ihres ersten Kongresses für das darauffolgende Jahr beschloß. Es war dies wirklich eine denkwürdige Sitzung, in der der Keim gelegt wurde zu jener heute so mächtigen Institution, die von allen Regierungen der Welt durch reichliche Jahresbeiträge offiziell unterstützt wird, und in deren Schoß die Vorarbeiten zu den größten Werken der Haager Konferenzen geleistet wurden. Herbert Gladstone, der Sohn des „great old man", hat eine große Voraussicht bekundet, als er, nachdem er von jener Versammlung gehört hatte, über den 31. Oktober 1888 prophetisch sagte: „Das ist vielleicht ein historisches Datum." Die Sitzung selbst hatte nur eine

Stunde gedauert, aber die Vorarbeiten, die sie ermöglichen, gingen auf Jahre zurück. Passy gehörte von 1881 bis 1889 der französischen Kammer an, und in seinen Parlamentsreden, wie in seinen Anträgen zugunsten der Ausdehnung der Schiedsgerichtbarkeit, hatte er die Grundlage zu jener Sitzung gelegt, in der die Interparlamentarische Union geboren wurde.

Von 1889 ab, wo unter dem Präsidium von Jules Simon in Paris die erste interparlamentarische Konferenz tagte, sehen wir Frédéric Passy an der Spitze der interparlamentarischen Bewegung, wie an der Spitze der mit ihr parallel laufenden allgemeinen Friedensbewegung, die ebenfalls im Jahre 1889 durch Organisierung des ersten Weltfriedenskongresses, wie durch die zwei Jahre später erfolgte Gründung des internationalen Friedensbureaus in Bern, einen erneuten Aufschwung nahm. Er war um diese Zeit kein Jüngling mehr. Knapp vor den Siebzigern stehend, befand er sich in einem Alter, wo andere bereits die Früchte ihres Lebenswerks in Ruhe genießen. Für Passy begann da aber die fruchtbarste und die regste Zeit seines Lebens. Mit dem Feuereifer eines Jünglings stürzte er sich in die Bewegung, die damals in allen Ländern neu aufflammte. Bis dahin hatte er ihr vorgearbeitet, stand er ziemlich vereinzelt für die Idee ein. Jetzt fand er Mitarbeiter in großen und immer stärker anwachsenden Organisationen. Und er hatte keine Zeit, den müden Greis zu spielen. Wir sehen ihn auf allen Friedenskongressen, auf allen interparlamentarischen Konferenzen, bei allen Sitzungen des Berner Bureaus und des interparlamentarischen Amtes. Seine edle Erscheinung, seine mächtig vibrierende Stimme, sein von weißem Bart umrahmtes Antlitz, die Eleganz seines Aeußern bewirkten, daß seine Reden stets die größte Aufmerksamkeit hervorriefen, stets den größten Beifall fanden und seinem Worte willig Gehör gegeben wurde. War er doch die Verkörperung des pazifistischen Tradition. Von der Arbeit durch Jahrzehnte konnte er sprechen und die Stellung des Pazifismus längst vergangener Tage mit dem jeweilig erreichten Stand vergleichen. Wenn wir in den Prunksälen der Parlamente tagten, in Ministerpalästen und Königsschlössern bewirtet wurden, dann liebte er es, an das prophetische Wort Sellons zu erinnern, der in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Friedensbewegung die Prognose gestellt hat: „Sie fährt jetzt im Omnibus, dereinst wird sie in Staatskarossen fahren."

Mit der aufsteigenden Bedeutung des Pazifismus wuchs auch die öffentliche Anerkennung, deren sich Passy in seiner Heimat wie in allen anderen Ländern der Kulturwelt zu erfreuen hatte. Als das norwegische Nobel-Komitee im Jahre 1901 das erstemal den Friedenspreis der Nobel-Stiftung zu verteilen hatte, wußte es unter den zahlreichen Vorkämpfern keinen würdigeren zu finden, als Frédéric Passy.

Die höchste Wirkung der pazifistischen Arbeit Passys lag in seinen organisatorischen Werken, durch die er der modernen Friedensbewegung Körper und Kraft verliehen hatte. Aber das ist noch lange nicht alles, was auf das große Konto seiner Verdienste zu setzen ist. In unzähligen Büchern und Broschüren, in noch weniger zählbaren Zeitungsartikeln und Denkschriften, die zu sammeln jetzt eine würdige Aufgabe der Friedensbewegung sein wird, trat er für den großen Gedanken ein. Seine Schriften sind nicht bloß von überzeugender Tiefe, sie zeichnen sich auch durch eine klare Vornehmheit des Stiles und durch die Größe des Gedankens aus. Er war nichts weniger als der „Patriarch", als der „Apostel", für den man ihn, verleitet durch das Aeußere, das das Alter ihm verliehen, bei oberflächlicher Beurteilung halten konnte. Er war nicht der Fanatiker des Friedens, als den ihn die Gegner so oft ausgerufen haben. Er war im vollsten Sinne das, was ich als einen „Friedenstechniker" bezeichne. Das ist ein Mann, der aus den Tatsachen der Gegenwart die Voraussetzungen für eine gesunde Zukunft errichtet und behutsam auf ihnen weiterbaut. Ich erinnere mich einer Anekdote, die Passy einmal aus seinen Erlebnissen auf einem im Jahre 1878 in Paris versammelten Friedenskongreß zum Besten gab. Der Kongreß tagte in einem Gebäude der Pariser Weltausstellung. Irgendein Schweizer forderte in einer begeisterten Rede ein europäisches Parlament, das sofort zu errichten wäre, und er stellte eine dementsprechende Resolution zur Debatte. Die Gefahr schien groß, daß die Versammlung den imponierenden Antrag annehmen werde, und Passy sah voraus, daß man sich dadurch der Lächerlichkeit preisgebe. Er wußte nicht, was er tun solle, denn seine Aufgabe war nicht leicht. Der Kongreß war hingerissen durch die Begeisterung des Antragstellers. Da kam ihm ein Zufall zu Hilfe. Auf der Ausstellung stieg gerade ein ballon captif in die Höhe, dem sich sofort das Interesse aller Kongressisten zuwandte, und da kam Passy ein Gedanke. „Meine Herren," redete er lächelnd die Versammlung an, „sicherlich hat die Nachbarschaft dieses Ballons unserem Kollegen die Idee eingegeben, sich mit uns zu höheren Regionen zu erheben, ohne uns auf den Zwischenstationen aufzuhalten. Aber unsere Aktionsmittel sind die bescheidensten, und wir können nicht so hohe Ansprüche stellen. Um bis in unser im zweiten Stockwerk belegenes Kongreßlokal zu gelangen, müssen wir die Treppe ersteigen und Stufe für Stufe überwinden. Ebenso müssen wir es mit unseren Ansprüchen für den Fortschritt machen; wir müssen mit der Zeit und mit den Schwierigkeiten rechnen." Diese Worte und ihre weiteren Ausführungen überzeugten den Kongreß.

Der Antrag wurde beseitigt, die Lächerlichkeit wurde vermieden. Es war dies nicht bloß ein taktischer Sieg Passys, sondern auch ein Beweis seines praktischen Denkens. Als zehn Jahre später der Plan einer Vereinigung von Parlamentariern aller Länder zugunsten des Weltfriedens an ihn herantrat, da erkannte er scharfblickend, daß der Moment gekommen war, jenen Keim einzusetzen, aus dem sich dereinst ein Weltparlament entwickeln könnte. Er hat die große Freude gehabt, zu sehen, wie sich die Keime, die er in stürmischen Tagen eingesetzt und gepflegt hatte, mächtig entfalteten. Dies zu erleben, ist das höchste Glück irdischen Strebens. Daß dem ausdauernden Kämpfer dieser hohe Lohn noch zuteil wurde, bildet an seinem Grabe die Genugtuung aller Freunde der Kultur und des Fortschritts.

A. H. F.

Italien und Peru vor dem Haager Schiedshofe.

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

Im Jahre 1912, so wird einmal der unparteiische Geschichtsschreiber einer späteren Zeit feststellen, bot Italien der Welt das sonderbare Schauspiel, so häufig wie nie zuvor ein anderer Staat in gleichem Zeitraume vor dem Haager Schiedshofe zur Verteidigung seiner Rechte zu erscheinen, während es in Tripolis einen brutal vom Zaune gebrochenen, durch nichts gerechtfertigten Krieg gegen die Türkei führte. Wenn nämlich nicht alles trügt, so wird zu dem nunmehr erledigten Prozesse mit Peru und dem im September 1912 beginnenden Prozesse mit Frankreich wegen der Fälle Manouba und Carthage noch ein dritter Prozeß Italiens mit einigen Großmächten wegen der Entschädigungsansprüche ausländischer Versicherungsgesellschaften infolge der Einführung eines Versicherungsmonopols hinzukommen. Voraussetzung ist freilich, daß nicht Italien eine diplomatische Erledigung dieses aussichtslosen Streites vorzieht. Die zahlreichen Gutachten angesehener Juristen über die Monopolfrage, sowie meine kleine Schrift über dieses Problem haben die italienische Regierung in dieser Frage allzusehr ins Unrecht gesetzt. Der italienischen Regierung waren diese Arbeiten, die sie übrigens sämtlich kurz vor den fraglichen Parlamentsverhandlungen telegraphisch hat einfordern lassen, so unangenehm, daß der italienische Minister Nitti erklärte, auf diese „gegen Bezahlung" erstatteten Arbeiten könne man nichts geben. In der ersten Nummer der „Revue de droit international et de législation comparée" hat einer der Gutachter, Rolin, diese Behauptung hinreichend zurückgewiesen.

Das große Selbstbewußtsein, das Italien unberechtigterweise neuerdings zur Schau trägt, hatte sich auch auf die Agenten Italiens in dem Streite gegen Peru übertragen, und die Schriftsätze der großen italienischen Kulturmacht entsprachen in ihrem Tone nicht ganz der Würde des Haager Schiedshofes, so, wenn die Behauptungen der Gegenseite wiederholt als phantastisch hingestellt wurden und die Erzählung der Vorgeschichte des Prozesses von seiten Perus als ein Gewebe von Erfindungen charakterisiert wurde.

Von der Vorgeschichte des Prozesses ist folgendes zu berichten: Im Jahre 1875 löste das Handelshaus José Canevaro è Hijos in Lima, der Hauptstadt Perus, im Auftrage der peruanischen Regierung Wechsel in Höhe von 77 000 Pfund Sterling ein. Trotz wiederholter Mahnungen gelang es der Firma nicht, die Rückzahlung dieser Summe von Peru zu erlangen. Erst am 12. Dezember 1880 übergab der Diktator Pierola der Firma Zahlungsanweisungen auf die schuldige Summe, die am 23. desselben Monats fällig sein sollten, aber tatsächlich nicht eingelöst wurden, weil inzwischen innere und äußere Wirren die Finanzen Perus allzusehr in Anspruch nahmen. Im Jahre 1885 wurden der Firma als Abschlagszahlung 35 000 Pfund Sterling bezahlt. Im Jahre 1889 erließ nun die peruanische Regierung ein Edikt zur Regelung ihrer inneren Schuldverbindlichkeiten, das in diesem Prozesse eine sehr wichtige Rolle spielt. Das Edikt bestimmte nämlich, daß sich alle Gläubiger aus einer inneren Schuldverbindlichkeit mit einprozentigen konsolidierten Bonds der peruanischen Staatsanleihe von 1889 zufriedengeben sollten. In der Folgezeit erklärte die peruanische Regierung, dieses Edikt müsse auch auf die Forderung Canevaro Anwendung finden und die Firma müsse sich daher die genannten Bonds in Höhe der restierenden Forderung von 43 140 Pfund Sterling als Zahlung annehmen. Da diese Bonds nur 15 % der wirklichen Forderung wert waren, verweigerten die Canevaros die Annahme dieser Bonds und verlangten Zahlung in barem Gelde. Darauf ließ sich aber die peruanische Regierung nicht ein. Nach dem Erlasse des Ediktes von 1889 — in einem im übrigen nicht zweifelsfrei festgestellten Zeitpunkte — indossierte nun der damalige Inhaber der Firma Canevaro die Zahlungsanweisungen an seine drei Söhne Napoleon, Carlo und Raphael Canevaro. Von diesen hatten zum wenigsten zwei die italienische Staatsangehörigkeit. Die Gebrüder Canevaro setzten sich nun mit der italienischen Regierung in Verbindung, die die Interessen der Canevaros diplomatisch unterstützte. Der Energie des italienischen Gesandten in Lima gelang es zu erreichen, daß durch das auf Grund des allgemeinen italienisch-peruanischen Schiedsvertrages geschlossene Kompromiß vom 25. April 1910 folgende drei Fragen der Beantwortung des Haager Schiedshofes unterworfen wurden:

1. Muß die peruanische Regierung in bar oder lediglich gemäß den Bestimmungen des

Ediktes von 1889 die Zahlungsanweisungen einlösen, die sich jetzt im Besitze der Brüder Napoleon, Carlo und Raphael Canevaro befinden und ursprünglich auf die Firma José Canevaro è Hijos ausgestellt wurden?

2. Dürfen die Brüder Canevaro die gesamte Summe fordern?

3. Darf der Graf Raphael Canevaro beanspruchen, als italienischer Reklamant betrachtet zu werden?

Diese dritte Frage beantwortete das Schiedsgericht zuerst, und zwar in verneinendem Sinne. Das juristische Problem lautete: Gibt es, wie die italienischen Agenten kühn behaupteten, einen Satz des internationalen Rechts, wonach die Staatsangehörigkeit allgemein nach dem Prinzip der Abstammung zu beurteilen ist? Graf Raphael Canevaro besaß nach italienischem Rechte unzweifelhaft die italienische Staatsangehörigkeit, da er als Sohn eines Italieners geboren war und in Italien das Abstammungsprinzip gilt. Es wurde aber nachgewiesen, daß er in Lima geboren war und somit nach peruanischem Rechte, das dem Prinzip des Geburtsorts folgt, gleichzeitig ein Peruaner war. Die Italiener meinten nun, in diesem Falle ginge das Abstammungsprinzip als ein allgemeiner Grundsatz des internationalen Rechts vor, und Raphael Canevaro sei nur als Italiener zu betrachten. Sie beriefen sich dabei auf das Urteil von Don Uribari vom 30. September 1901 (vgl. Recueil international des traités du XX. siècle, 1901, S. 711), der universellement admis du droit international, keck behauptet hatte: „qu'un des principes étant que l'enfant légitime acquiert, à l'instant de sa naissance, la nationalité que possède le père à ce moment." Aber das Schiedsgericht entschied, daß Raphael Canevaro sowohl Italiener wie Peruaner sei und darum nicht unter dem diplomatischen Schutze Italiens gegen Peru, dessen Bürger er ebenfalls sei, auftreten könne. Aus diesem Grunde erklärte das Schiedsgericht, daß Raphael Canevaros Ansprüche seiner Entscheidung nicht unterlägen.

Um nun das Verlangen nach Barzahlung der Forderung zu begründen, gingen die Canevaros vor dem Schiedsgerichte von der richtigen Erwägung aus, daß jeder Staat kompetent ist, rein innere Schuldverbindlichkeiten im Gegensatz zu den rein äußeren eigenmächtig und einseitig zu regeln. Infolgedessen suchten sie darzutun, daß ihre Zahlungsanweisung von dem Edikte von 1889 nicht getroffen werden konnte. Auf rein tatsächliche Grundlagen stützten sie ihre Ansprüche, wenn sie behaupteten: Das Edikt von 1889 habe diejenigen Forderungen ausgenommen, die sich auf die Unterstützung der peruanischen Regierung zwecks Ermöglichung der Niederwerfung der inneren und äußeren Feinde bezögen; die Anweisungen Canevaro seien aber auf Grund von Zahlungen dieser Art ausgestellt worden. Diese Behauptung erwies sich als unrichtig, da das Geld lediglich zur Einlösung von Wechseln, aber nicht zur Niederkämpfung der Feinde vorgestreckt worden war. Auf rein rechtliches Gebiet begaben sich die Canevaros mit folgenden interessanten Ausführungen: Bei der Forderung Canevaro handle es sich um eine äußere, nicht aber um eine innere Schuld; denn die Zahlungsanweisung sei ein Orderpapier, ferner sei die Geldsumme auf der Anweisung in einer fremden, internationalen Geldsorte, nämlich in Pfund Sterling, angegeben worden und schließlich sei die Firma Canevaro eine ausländische Gesellschaft gewesen.

Das Schiedsgericht hatte hier also zu der interessanten Frage Stellung zu nehmen: Wann liegt eine innere, wann eine äußere Schuld vor? Kurzerhand wurde zunächst festgestellt, daß zur Entscheidung dieser Frage die Tatsache, daß die Zahlungsanweisung ein Orderpapier gewesen und die Geldsumme in Pfund Sterling bezeichnet worden sei, gleichgültig wäre. Entscheidend wäre für das Vorhandensein einer inneren Schuld nur: Der Ausgabeort und Zahlungsort, sowie schließlich die Nationalität des Empfängers. Es stand nun fest, daß Ausgabe- und Zahlungsort der Anweisung Lima gewesen war, so daß es in letzter Linie auf die Nationalität der Gesellschaft José Canevaro è Hijos ankam. Hier mußte event. eine sehr umstrittene und in den Schriftsätzen der Parteien viel berührte Frage entschieden werden: Durch welche charakteristischen Merkmale wird die Nationalität einer Handelsgesellschaft bestimmt? Leider ergaben die tatsächlichen Feststellungen, daß eine Beantwortung dieser Frage durch das Schiedsgericht nicht nötig war. Denn nach den Ermittlungen war sowohl der Sitz der Gesellschaft in Peru gewesen, als auch hatten die Gesellschafter sämtlich die peruanische Nationalität gehabt. An dem Vorhandensein der peruanischen Staatsangehörigkeit bestand also kein Zweifel. Deshalb wurde entschieden, daß die Forderung Canevaro eine innere Schuld darstelle und dem Edikte von 1889 unterworfen sei.

Die Italiener aber führten weiter aus: Selbst wenn es sich wirklich zunächst um eine innere Schuld gehandelt habe, so müsse man doch das nach 1889 erfolgte Indossament an die jetzigen Kläger, die eine ausländische Staatsangehörigkeit besessen hätten, berücksichtigen. Der Indossatar brauche nicht die Einreden gegen sich gelten zu lassen, die man gegen seinen Vordermann erheben könne; er trete in selbständige Rechtsbeziehungen zu dem Schuldner; allein die Staatsangehörigkeit der jetzigen Kläger, nicht aber der Firma Canevaro, könne entscheidend sein, so daß man aus diesem Grunde das Vorhandensein einer äußeren Schuld, die nicht unter das Edikt von 1889 falle, annehmen müsse. Unter allen Umständen habe aber das Edikt von 1889 erst in dem Augenblicke Wirkung ausüben sollen, als die Gläubiger Zahlung verlangten; die Zahlung sei aber unstreitig erst zu einer Zeit gefordert worden, als die Zahlungsanweisungen bereits

in den Händen von Ausländern, nämlich der Kläger, gewesen seien.

Das Schiedsgericht folgte diesen Ausführungen in keiner Weise, sondern entschied: Das Indossament, das nach der Fälligkeit der Anweisung vorgenommen worden wäre, habe nach dem peruanischen Handelsgesetzbuche keine andere Wirkung als eine Zession, und der Zessionar könne keine günstigere Rechtslage für sich beanspruchen, als sie der Zedent besessen habe; zudem habe aber, selbst wenn man diesem Indossament eine andere Bedeutung beimesse, in Betracht gezogen werden müssen, daß die jetzigen Kläger die ganze Situation wohl gekannt hätten und schon aus diesem Grunde mangels guten Glaubens nicht geschützt seien. Ebensowenig wie als Indossatare, hätten die Kläger als Erben des letzten Inhabers der Firma Canevaro eine günstigere Rechtslage für sich beanspruchen dürfen; zwar handle es sich bei dem Uebergange einer Forderung durch Erbschaft nicht um einen freien Willensakt; aber es müsse doch davon ausgegangen werden, daß der Erbe die Güter in dem Zustande empfange, in dem sie der Erblasser hinterlassen habe; die Auslegung, daß das Edikt von 1889 erst in dem Zeitpunkte habe wirken sollen, wenn Zahlung verlangt würde, sei mit dem Sinne des Ediktes unvereinbar.

Italien hatte noch Schadensersatz für die Nichtbezahlung der Zahlungsanweisungen an dem Fälligkeitstermine, d. h. am 23. Dezember 1880, verlangt. Das Schiedsgericht erklärte sich aber nicht für zuständig, diese Frage zu entscheiden. Außer den konsolidierten Bonds mußte Peru die entsprechenden Zinsen zahlen. Das Urteil lautete somit dahin:

„Das Schiedsgericht entscheidet, daß Peru am 31. Juli 1912 auf der italienischen Gesandtschaft in Lima für Rechnung der Brüder Napoleon und Carlo Canevaro niederlegen muß: 1. In einprozentigen konsolidierten Bonds der inneren Anleihe von 1889 den Betrag von 39 811,81 Pfund Sterling gegen Empfang von ⅔ der Zahlungsanweisungen, die am 23. Dezember 1880 auf das Haus José Canevaro è Hijos ausgestellt waren, und zwar Zug um Zug. 2. In Gold die Summe von 9388,17,1 Pfd. Sterling, die den Zinsen von 1 % seit dem 1. Januar 1889 bis zum 31. Juli 1912 entspricht. Die peruanische Regierung darf die Bezahlung dieser letzteren Summe bis zum 1. Januar 1913 hinausschieben, muß dann aber 6 % Zinsen seit dem 1. August 1912 zahlen."

Wenn auch das Urteil in keiner Weise auf die Literatur und Judikatur eingeht und die ganze Entscheidung mehr einer Verordnung als einem Urteile ähnlich sieht, so muß man es doch im großen und ganzen als eine treffliche Entscheidung des Streites betrachten, wenn man davon ausgeht, daß ein Schiedsgericht und kein wirklicher Gerichtshof entschieden hat. Aber wiederum muß sich die Frage erheben, ob es auf die Dauer für die Fortbildung des Völkerrechts auf dem Wege des internationalen Prozesses vorteilhaft ist, wenn die Entscheidung in solcher Kürze und ohne Berücksichtigung des gesamten Materials abgefaßt wird.

Seit dem Orinokoprozesse, dessen Parteien keine nationalen Schiedsrichter gewählt hatten, saßen ununterbrochen Staatsangehörige der Parteien im Tribunale, so auch in dem vorliegenden Prozesse. Italien hatte Staatsrat Fusinato, Peru den Gesandten Calderon gewählt. Obmann war Professor Renault.

Der am 3. Mai 1912 erfolgten Verkündigung des Urteils wohnten zahlreiche Diplomaten, insbesondere die Gesandten Italiens, Frankreichs, Japans, Argentiniens, Brasiliens, Rumäniens und Spaniens bei.

Jacques Novicow †.

Nach Stead Novicow. Am 21. Mai erreichte die in Paris versammelten Pazifisten unerwartet die erschütternde Nachricht, daß Jacques Novicow, unser hervorragender Vorkämpfer, der große Gelehrte, der Bahnbrecher des wissenschaftlichen Pazifismus tagsvorher an den Folgen einer Operation in seiner Heimatstadt Odessa gestorben sei. Tiefe Niedergeschlagenheit bemächtigte sich aller, denen diese Kunde zuteil wurde; namentlich aber jener, die ihn persönlich gekannt haben.

Einer der konsequentesten Denker, einer, dem es gelungen ist, das Ideengebiet des Pazifismus am weitesten auszudehnen und der in seinem rastlosen Leben die klarsten und die schärfsten Waffen für die Erkämpfung der Weltorganisation geliefert hat, ist mit ihm dahingegangen. Keiner wie Novicow wußte es, den Widersinn der zeitgenössischen Politik mit schärferer Logik zu widerlegen. Wie reines Quellwasser flossen die Gedanken aus seinen zahlreichen Schriften; Gedanken, die so viel dazu beigetragen haben, den Kredit unserer Idee auch in jenen Kreisen zu festigen, die ihr ziemlich lange widerstanden haben. Eine furchtbare Lücke ist in unseren Reihen entstanden, die auszufüllen unendlich schwer werden wird.

Jacques Novicow wurde am 29. September 1849 zu Konstantinopel geboren. Seine Mutter war eine Griechin, sein Vater Russe. Seit 1854 lebte er in Odessa. Auf Reisen verbrachte er einen großen Teil seiner Jugend, und in verschiedenen Ländern Europas nahm er seine Schulbildung in sich auf. So ward in ihm frühzeitig der Grund für jenen internationalen Geist gelegt, der seine Schriften beherrscht. Nachdem er noch die juristischen Studien auf der Universität Odessa absolviert hatte, hatte er durchweg westeuropäische Bildung in sich aufgenommen. Die Sprache in seinem Hause

blieb das Französische, und fast alle seine Schriften hatte er in dieser Sprache verfaßt. Er beherrschte aber ebensogut das Deutsche und das Italienische. So gut, daß das Weltsprachenproblem ihm stets gleichgültig war. Er sagte, dieses Problem werde dadurch gelöst, daß man einfach die vier Hauptsprachen Europas erlerne und seinen Vokabelschatz vervierfache. Im Jahre 1886 verheiratete sich Novicow. Er hatte drei Söhne, von denen einer im hoffnungsvollen Alter von 17 Jahren im Jahre 1904 einer tückischen Krankheit erlag. Zwei Söhne und die Witwe trauern an seinem Grabe.

Novicow war Mitglied und ehemaliger Vizepräsident des internationalen soziologischen Jnstituts, an dessen Kongressen er regelmäßig teilnahm. Dem ersten dieser Kongresse, der im Jahre 1894 in Paris stattfand, präsidierte er. Noch im März dieses Jahres stellte er mir seinen nahen Besuch in Wien in Aussicht, wenn er sich auf der Durchreise nach Rom zum Soziologenkongreß dort aufhalten werde. Es war die letzte Nachricht von ihm und seine Absicht blieb — wahrscheinlich wegen des Beginnes seiner Krankheit, die ihn schließlich hinraffte — unerfüllt. Ebenso war Novicow Mitglied der Kommission des Berner Bureaus und nahm vom Jahre 1896 ab bis zum Münchner Kongreß im Jahre 1907 regelmäßig an allen Friedenskongressen teil. Zu den interparlamentarischen Konferenzen in Budapest und Wien wurde er als Ehrengast zugezogen. Dort wie auf den Friedenskongressen war er stets der einzige Vertreter des russischen Reichs. Seine Absicht, nach der Gründung der Reichsduma einen Sitz in dieser Körperschaft zu erlangen, schlug fehl. Wiederholt unterlag er mit wenigen Stimmen seinem Gegner. Hingegen war er seit 30 Jahren ununterbrochen Mitglied des Stadtrats von Odessa.

Auf den Friedenskongressen war Novicow stets einer der glänzendsten und beliebtesten Redner. Sein liebenswürdiges Wesen verbunden mit der geistigen Tiefe seiner Weltanschauung prädestinierten ihn dazu. Jn den letzten Jahren präsidierte er auf den Friedenskongressen der Kommission für aktuelle Fragen wobei ihm oblag, jenen „Aufruf an die Völker" zu verfassen, der am Schluße eines jeden Kongresses veröffentlicht wird. Es wird interessieren, einige Sätze aus seinem letzten „Aufruf" zu zitieren, den er am Schluß des letzten von ihm besuchten Kongresses im Jahre 1907 zu München zur Annahme brachte. Er wies darin auf die dreimonatige Zusammenarbeit aller Staaten der Welt im Haag hin und schloß daraus die Möglichkeit einer internationalen Organisation. „Europa ist reif für die Förderation," rief er aus „diese Förderation besteht tatsächlich schon. Leider noch nicht zu Recht. Und die Rüstungen werden furchtbarer und verderblicher als jemals. Durch einen seltsamen Widerspruch, der in der Tat empörend erscheint, werden die Kriegsbestände in dem Maße vermehrt, in dem die äußeren Gefahren schwinden. Der Gegensatz, der zwischen dem sozialen Zustande Europas und seinen politischen Einrichtungen besteht, kann unmöglich ewig dauern. Die Führenden werden sich nicht länger ihrer wirklichen Aufgabe entziehen können, die darin liegt, als Vortrupp der Volksinteressen zu marschieren." Mit einer ernsten Verwarnung, mit dem Hinweise, daß es zu den schlimmsten sozialen Katastrophen kommen müsse, wenn man es versäumen sollte, die europäische Förderation zur rechten Zeit zu organisieren, schloß dieser letzte öffentliche Appell, den Novicow von der Plattform eines Weltfriedenskongresses in die Oeffentlichkeit sandte.

Von seinen zahlreichen Schriften, die fast durchgängig der Friedensidee dienten, seien zuerst diejenigen genannt, die der Verfasser dieser Zeilen so glücklich war, in deutscher Sprache veröffentlichen zu können. Es sind dies: „Die angeblichen Wohltaten des Krieges" 1895, „Der ewige Krieg" 1899, „Die Föderation Europas" 1901, Gerechtigkeit und Lebensexpansion" 1907 und „Das Problem des Elends" 1909. Ferner sind zu nennen: „Les Luttes entre Sociétés humaines et leurs phases successives" 1886. — „Les gaspillages des Sociétés modernes" 1899. — „L'Avenir de la race blanche" 1902. — „Essai de notation sociologique" 1897. — „Conscience et Volonté sociales" 1897. — „Théorie organique des Sociétés" 1899. — „L'Affranchissement de la Femme" 1903. — „L'Expansion de la Nationalité francaise" 1903. — „La Possibilité du bonheur" 1904. — „La Critique du Darwinisme social" 1910. — „La Morale et l'Intéret dans les rapports individuels et internationaux" 1912. Zuletzt hatte er ein Werk unter der Feder, das der elsaß-lothringischen Frage gewidmet sein sollte. Es ist nicht bekannt, wie weit es gediehen ist.

Jn allen seinen Schriften, am deutlichsten aber in den letzten Bänden, entwickelte er die Lehre von der Gesellschaft auf Grund der biologischen Erfahrungen unserer Zeit. Er tat dies jedoch anders als diejenigen Soziologen, die blind die Lehren Darwins auf die Gesellschaft anzuwenden versuchen und dadurch zu einem Evangelium des ewigen Krieges und zu einer Verwechslung von Kampf und Krieg kamen. Es ist sicherlich eine der hervorragendsten Leistungen Novicows, die Lehre von der Transformation des Kampfes dargestellt und die Verwechslung biologischer und sozialer Kämpfe klargelegt zu haben. Jn seinen Schriften werden die „sozialen Darwinisten", wie er jene Schule der blinden Uebertrager Darwin'scher Lehren auf die Soziologie bezeichnete, ad absurdum geführt. „Die direkte unterschiedslose Uebertragung des Phänomens vom Kampf ums Dasein," so schrieb er, „auf das Gebiet der Soziologie erzeugte eben so viele und eben so tiefe Jrrtümer als

der Darwinismus Wahrheiten erster Ordnung . . . gezeitigt hatte." Er lehrte, wie die Formen des Kampfes auf sozialem Gebiete sich von den Formen des Kampfes auf dem Gebiete der Astronomie, Chemie und Biologie unterschieden. Die Sterne, die im Weltraume herumirren, entreißen sich durch die Anziehungskraft gegenseitig Materienmassen. Die Tiere verschiedener Gattungen verzehren sich und assimilieren sich so die Substanz des andern durch die Verdauung. Es wird niemand behaupten wollen, daß diese verschiedenen Kampfmethoden sich gegenseitig vermengen. Die Gestirne fressen sich untereinander nicht, und der Löwe vermag der Antilope nicht ihre Zellen zu entreißen. Ebensowenig ist es notwendig, daß der Kampf der Gesellschaften untereinander sich so vollziehe wie der Kampf des Löwen gegen die Antilope. Es ist daher unrichtig zu behaupten, daß es, weil es den Naturgesetzen entspricht, wenn der Löwe die Antilope frisst, ebenfalls den Naturgesetzen entspricht, daß sich die Menschen bis ans Ende aller Zeiten massakrieren müssen. Die ewige Lehre Novicows lautet nach seinen eigenen Worten: „Der Kampf ist ewig und universell, aber seine Formen, seine Methoden wechseln ständig je nach der Natur der betreffenden Phänomene." Damit wurde der soziale Darwinismus vernichtet, der da lehrt, daß sich die biologischen Kampfmethoden ohne irgendwelche Modifikationen auf dem Gebiete der Soziologie wiederfinden, der da behauptet, daß ein biologischer Akt (das Massaker) die erste Ursache der menschlichen Assoziationen höherer Art und des Fortschrittes, demnach der Transformation der Gesellschaft ist." Das ist die große Lehre Novicows, aber nicht seine einzige. In seinem „Problem des Elends" hat er wunderbar nachgewiesen, wie das gesamte Uebel der Menschheit daher rührt, daß sie glaubt, der Reichtum werde dadurch erzeugt, daß man seinen Nachbar beraubt, statt dadurch, daß man daran geht, neue Güter zu produzieren. Er hat die Lehre vom „Banditismus" geschaffen, in der er dieses herrschende Raubsystem in seinem Wesen erklärte und seinen Widersinn darlegt.

Langsam brach sich die Anerkennung für NovicowBahn. Als vor zwei Jahren Norman Angell sein epochemachendes Buch „Die große Täuschung" veröffentlichte, wußte er nicht, daß zwanzig Jahre vor ihm Jacques Novicow bereits jene Lehren verkündet hatte, die die Aufmerksamkeit der gesamten Kulturwelt auf das Buch des ausgezeichneten englischen Wirtschaftspolitikers lenkten. Als Norman Angell dies erfuhr, veranlaßte er selbst eine englische Uebersetzung von Novicows „Angeblichen Wohltaten des Krieges" und führte sie mit einer Einleitung dem englischen Lesepublikum vor. Am längsten dauerte es, bis Novicow in Deutschland bekannt wurde. Heute ist er aber in der deutschen Wissenschaft kein Fremdling mehr. Immerhin; zur vollen Anerkennung wird ihn erst die nächste Generation bringen, die seine Werke ganz verstehen und sie auch erfüllen wird.

Uns bleibt es übrig, dafür zu sorgen, daß der große Schatz Novicowschen Wissens in immer weitere Kreise dringe und auf diese Weise allmählich und sicher in die Geistesbahnen der Kommenden gelenkt werde.

Er wird nie vergessen werden!

A. H. F.

XVIII. Lake Mohonk-Konferenz.

Die XVIII. Tagung der Friedens- und Schiedsgerichtskonferenz am Lake Mohonk im Staate New York, die vom 15. bis 17. Mai stattfand, bildete wiederum ein hervorragendes pazifistisches Ereignis. Ein zusammenfassender Bericht liegt zwar noch nicht vor, doch ist aus zahlreichen Zeitungsmitteilungen und Privatbriefen der außerordentliche Erfolg der Konferenz bereits festzustellen. Wiederum hat sich eine große Anzahl hervorragender Amerikaner, namentlich solcher in öffentlichen Stellungen, in dem gastlichen Hause Mr. Smileys versammelt und auch einige bekannte Persönlichkeiten der europäischen Friedensbewegung waren anwesend. Es wurden über 50 Berichte erstattet. Wie in früheren Jahren präsidierte Nicholas Murray Butler. Seine Eröffnungsrede über den „internationalen Geist", die bereits im Druck vorliegt, bildete ein Ereignis für sich. Ueberall wird der große Eindruck festgestellt, den sie hervorrief.

Butler gedachte darin der ernsten Situation, die im Herbst 1911 zwischen Deutschland und England bestanden hat, und der hervorragenden Männer, denen es zu danken ist, daß im letzten Augenblick ein Zusammenbruch verhindert wurde. Mit anerkennenswerter Deutlichkeit wies Butler hierbei auf das große Verdienst Kaiser Wilhelms hin. „Es ist leicht", sagte er, „mit der Menge zu gehen und dem Beispiel jenes französischen Revolutionsmannes zu folgen, der, als er den Lärm auf der Straße hörte, ausrief: ‚Da geht das Volk, ich muß ihm folgen, denn ich bin sein Führer.' Aber mit Geduld und Selbstbeherrschung auf hohem, verantwortlichem Posten zu stehen, wenn eine starke Strömung der öffentlichen Meinung, unbesorgt um die Folgen und zügellos in ihren Aeußerungen, sich wild erhebt, das ist das Kennzeichen des echten Mannes. Diese Konferenz sollte den Deutschen Kaiser und die verantwortlichen Staatsmänner Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens, die die Schwierigkeiten des Sommers 1911 beseitigen halfen, seine Gefahren hintanhielten und so den Ausbruch eines ungeheuren Vernichtungskrieges verhinderten, dauernd in Ehren halten. Folgerichtig müßte einem jener Männer, die die Tore des Janustempels in einer

Zeit verschlossen hielten, als ein mächtiger Druck ausgeübt wurde, um sie gewaltsam zu öffnen, der Nobelpreis zuerkannt worden."

Nach einem Hinweis auf die Bedeutung der Schiedsverträge im amerikanischen Senat und auf den italienisch-türkischen Krieg, wodurch Butler die Schwierigkeiten illustrierte, die der Idee des Rechtsfriedens noch entgegenstehen, forderte er, daß wir in die Betrachtung der öffentlichen Dinge etwas hineinlegen müssen, was er als den „internationalen Geist" bezeichnete. Er gab eine ausführliche Erläuterung dieses Begriffes und führte die Staatsmänner an, die von jenem Geiste beseelt waren; die Gladstone, Salisbury, Cavour, Morley, Haldane, Hoar, Hay und Root. „Was ist der internationale Geist," rief er aus, „wie haben wir nach ihm zu suchen und wie ihn zu erringen als unser persönliches Besitztum und als das Besitztum unseres Landes? Der internationale Geist ist nichts anderes, als jene Art der Betrachtung und der Behandlung der äußeren Beziehungen und Angelegenheiten, die die verschiedenen Nationen der Kulturwelt als freundlich und zusammenwirkende Gleichberechtigte bei der Förderung der Kulturentwicklung des Handels und der Industrie und Verbreitung von Licht ansieht. Es ist mit dem internationalen Geist ebenso unvereinbar, das Gebiet einer anderen Nation zu rauben, als es mit den Grundsätzen der gewöhnlichen Moral unvereinbar wäre, die Geldbörse einer anderen Person zu stehlen.... Die Renommierpolitik und die Politik des Stockschwingens, einerlei, ob es ein großer oder ein kleiner sei, und die Politik des Drohens mit der Verdoppelung der Rüstungen irgendeiner anderen Nation sind nicht vereinbar mit dem Besitz internationalen Geistes. . . . Bei dem Streben, uns internationalen Geist anzueignen, ist es zuerst notwendig, zu lernen, andere Völker und andere Kulturen von deren eigenem Gesichtspunkt, statt von dem unsern aus zu messen."

Von den übrigen Reden seien erwähnt, die des Admiral Chadwick über den Zusammenhang von „Friede und Handel", worin dieses aktive Mitglied der amerikanischen Flotte eine sorgfältige und klare Analyse der Marokkoschwierigkeiten des letzten Sommers gab. Der Arbeiterführer Neill trat für eine engere Verbindung zwischen den Pazifisten, den Sozialisten und den Mitgliedern der Arbeiterunion ein. Mr. Theodor Marburg führte aus, daß die Schiedsverträge der Union mit England und Frankreich trotz der Zusätze des Senats noch immer sehr wertvoll seien und vom Präsidenten angenommen werden sollten. Die Preambel, die zwei große Kulturvölker verpflichtet, alle Streitigkeiten miteinander auf friedlichem Wege zu lösen, die Untersuchungskommission mit der Bestimmung des einjährigen Aufschubs von Streitfällen, die Tatsache, daß die Ehrenfragen nicht ausgeschlossen sind und daß nur bestimmte sogenannte „Lebensinteressen" statt Lebensinteressen im allgemeinen aufgenommen wurden, all dies läßt die Verträge als großen Schritt nach vorwärts erscheinen. Es ist dies erfreulicherweise dieselbe Ansicht, die im Leitartikel der Aprilnummer der „Friedens-Warte" zum Ausdruck gebracht wurde.

Als das wichtigste Ereignis der Konferenz wurde die Mitteilung Charles Henrys Butlers, eines Richters am obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, bezeichnet, wonach diese höchste Behörde soeben eine Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit der Dingley-Bill erlassen habe, die den Präsidenten ermächtigt, ohne besondere Ermächtigung durch den Kongreß in gewisse Verhandlungen mit fremden Staaten einzutreten. Die Verfassungsmäßigkeit dieser Bestimmung war von der Basis aus, daß dies eine Uebertragung der gesetzgebenden Gewalt an den Präsidenten wäre, in Frage gestellt worden. Die vorliegende Entscheidung bestätigt nun tatsächlich das in den kürzlich stattgehabten Debatten über die Schiedsgerichtsverträge angefochtene Recht des Senats, dem Präsidenten eine allgemeine Vollmacht zu erteilen, bei jedesmaligem Entstehen gewisser festgelegter Streitfälle zwecks ihrer schiedsgerichtlichen Beilegung mit fremden Mächten in Verhandlungen einzutreten.

Viel bemerkt wurde auch die Rede des Prof. Otfried Nippold aus Frankfurt a. Main über „Die Gewinnung Deutschlands für den Frieden". Mit Recht sagte er, daß die Hauptarbeit in Deutschland getan werden müsse, weil wir die Welt für den Frieden gewonnen haben werden, wenn wir Deutschland dafür gewonnen haben.

Die Quäker und die Friedensidee.

Von Dr. M. Uebelhör, London.

Die Sekte der Quäker ist die radikalste Form des Puritanertums, d. h. des Protestes gegen Ritualismus und prunkvollen Klerikalismus in der christlichen, speziell der anglikanischen Kirche. Die Quäker haben den Kultus auf seine einfachste Form zurückgeführt und sprechen jedem Gläubigen das Recht zu, an dem Gottesdienst aktiv teilzunehmen. Wie Bonat Maury in seiner Arbeit „Les Quakers et l'Arbitrage International" sehr glücklich betont, ging die zunehmende Beschränkung der Ausdrucksformen (Liturgie) der religiösen Gefühle Hand in Hand mit deren zunehmendem Einfluß auf das sittliche Leben und die sozialen Verhältnisse. Es ist allgemein bekannt, welch große Werke der

Philanthropie den Quäkern zu danken sind; weniger weiß man von deren großem Verdienste, das sich die Quäker um die Einführung der Idee eines Weltfriedens und eines internationalen Schiedsgerichts erworben haben.

Der Gründer dieser Sekte, Georges Fox, lebte zu einer Zeit blutiger Bürgerkriege († 1690), die jedem Engländer die Waffe in die Hand drückte. Fox jedoch hatte sich, trotz verlockender Ehrenstellungen, immer geweigert, an der Vernichtung seines Mitmenschen teilzunehmen, und dessentwegen wurde er verfolgt, in den Kerker geworfen und mußte Märtyrerschicksale erdulden. Doch war Fox weit davon entfernt, ein Antimilitarist im heutigen, von Frankreich bestimmten Sinne dieses Wortes zu sein, sondern er hielt den Gebrauch des Schwertes für unumgänglich, falls es sich um Aufrechterhaltung der Ordnung oder um Verteidigung der Heimat handelte. Der Ruhm, als erster genau und eingehend das Prinzip des internationalen Schiedsgerichts definiert und dessen Sein und Wirken beschrieben zu haben, gebührt dem großen Quäker W. Penn, dem Begründer Pennsylvaniens. Er verfaßte im Jahre 1693 einen „Essai über den gegenwärtigen und künftigen Frieden in Europa", den er in zehn Abschnitte einteilte. Im sechsten Abschnitte heißt es: „Ich habe gezeigt, daß der Friede wünschenswert ist, ferner, daß das beste Mittel der Herbeiführung des Friedens die Gerechtigkeit ist und nicht der Krieg, und drittens habe ich dargelegt, daß das Billigkeitsgefühl die Grundlage jeder guten Regierung ist. Warum sollten sich die Fürsten Europas nicht verständigen können, um in ihren wechselseitigen Beziehungen die Regeln der Gerechtigkeit und des Rechtes festzulegen? Sie hätten zu diesem Zwecke nur Vertreter zu ernennen, die sich alle zwei oder drei Jahre, oder falls es nottut, zu einer souveränen Tagung oder einem europäischen Parlamente versammelten. Vor diese Tagung würde man alle Zwistigkeiten bringen, die zwischen den einzelnen Staaten entstehen würden und deren Schlichtung den üblichen Gesandten nicht gelungen wäre." Penn bleibt nicht bei dieser allgemeineren Betrachtung stehen, sondern schreitet bis zu den Einzelheiten der Frage des internationalen Schiedsgerichts weiter. Diese Tagung muß proportinal nach der — Einkommensteuer der einzelnen Staaten zusammengesetzt werden; man sieht, welch tiefen Einblick der Sohn des Handelsvolkes auch in die gütervernichtende Wirkung des Krieges getan hatte, und wie psychologisch klug dieser Mann war, der das internationale Schiedsgericht in der Praxis nicht nur auf die Idee der Menschenliebe oder Humanität abgestellt wissen wollte, sondern auf den zähen Instinkt des Eigentums, der dem Menschen gegeben ist. Nach diesem Modus würde Deutschland, nach Penn, zwölf Vertreter zu stellen haben, Frankreich, Spanien, Rußland und die Türkei je zehn, Italien acht, England sechs, die Niederlande vier, insgesamt neunzig Abgeordnete. Wieder spricht große Menschenkenntnis aus den Angaben Penns über die Art und Weise, in der allen Etiketteeitelkeiten bei der Eröffnung und Tagung des Schiedsgerichts vorgebeugt werden könnte: der Sitzungssaal muß rund sein, so daß es keine bevorzugten Plätze gibt, und mit mehreren Türen versehen, damit die Gesandten der einzelnen Staaten zu gleicher Zeit eintreten können. Hierüber zu lächeln, ist gewiß unangebracht, wenn man bedenkt, daß bei vielen unserer Zeitgenossen die kleinen Eitelkeits- und Eifersuchtsdemonstrationen Bismarcks gegenüber dem Vertreter Oesterreichs im Bundestag als Haupt- und Staatsaktionen gelten. Die Beschlüsse dieses internationalen Schiedsgerichts sollen nach Penn auf einer Dreiviertel-Stimmenmehrheit beruhen, ihre Ausführung im Notfalle durch Waffengewalt der anderen Staaten gegen den Renitenten garantiert werden.

William Penn selber macht darauf aufmerksam, daß seine Idee nicht neu sei. Heinrich IV. von Frankreich, dieser so kluge und so herzenswarme Mensch, hatte, kurz bevor ihn der Dolch des Mörders traf, der Idee eines europäischen Schiedsgerichts Ausdruck verliehen; weiter findet man ähnliche Gedanken in den Werken von Amos Comenius und in den „Comptes rendus des Provinces Unis" von Sir William Temple. Fünfzehn Jahre später wurde das gleiche Problem in den „Some reasons for an European state of peace", 1710, von neuem wieder erörtert.

Die Heilige Allianz hatte bekanntlich, mehr oder minder aufrichtig, sicherlich aber mit vielen Hintergedanken, den Zweck, den Frieden der christlichen Staaten herbeizuführen. Die vielfältige Seele der Heiligen Allianz, Alexander I. von Rußland, wurde von der Sekte der Quäker stark angezogen, und als der Zar mit dem König von Preußen nach London kam, um dort mit dem Könige von England über das Wohl der Völker Europas zu konferieren, wohnte er einem Gottesdienst der Quäker bei. Die Einfachheit und Sittenstrenge der Quäker mußte zu einer Zeit ziemlich laxer Moral auf das empfängliche Gemüt Alexanders, des Bewunderers der Frau von Krüdener, großen Eindruck machen, und sie taten es auch. Alexander trat in Beziehungen zu einem der bedeutendsten Quäker jener Tage, William Allen, der auf dem Kongresse von Verona eine Rolle spielte, ließ sich von ihm nach Quäkersitte duzen und versicherte dem Engländer, daß er und seine Sekte in Rußland immer willkommen wären.

Mehr praktischen Erfolg hatte die Tätigkeit eines Quäkers Joseph Sturge, der

um das Jahr 1840 herum die Idee eines Weltfriedens nicht ohne Wirkung verbreitete und wirkliche Resultate erzielte. Im Jahre 1841 drohte ein Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und England. Sturge, ein tätiges Mitglied der „Gesellschaften der Freunde", in die sich die einflußreicheren Quäker diesseits und jenseits des Ozeans gruppiert hatten, reiste sofort nach Amerika und trat dort mit Dr. W.-E. Channing und dem Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes, William Jay, beides eifrige Verfechter der Friedensidee, in Verbindung. Der Konflikt wurde zum großen Teil dank der Arbeit der „Gesellschaften der Freunde" in England wie in den Vereinigten Staaten beigelegt. Der Vorschlag Jays zur Einführung eines Weltfriedens mag hier seiner Eigenart wegen erwähnt werden: Jedem neuen Vertrag zwischen den einzelnen Staaten soll die Klausel beigefügt werden, daß sie willens sind und sich verpflichten, die Zwistigkeiten einem Schiedsgerichte unbeeinflußter Mächte zu unterbreiten.

Im Jahre 1846 wurde in das Programm der Quäker folgender Passus aufgenommen: „Wir begrüßen als ein Zeichen des Vordringens der erleuchteten Ideen die Tatsache, daß in den letzten Jahren mehrere Konflikte zwischen einzelnen Staaten durch Schiedsgerichte entschieden wurden, anstatt zum widerchristlichen Mittel des Krieges zu greifen. Möge dieses weise Gefühl des Schiedsgerichts sich verstärken zu dem der höchsten Richtschnur, wenn es sich um derartige Schwierigkeiten handelt." Als im Jahre 1848 die Beziehungen Frankreichs zu England sehr gespannt waren, machten wiederum die Quäker, an der Spitze Sturge im Verein mit Cobden, die größten und erfolgreichen Anstrengungen zu einer Entspannung, und als dies in England geglückt war, reisten sie nach dem Kontinent, um hier das segensreiche Werk zu vollenden. Auf den großen Kongressen in Paris, Brüssel, Frankfurt, London, Manchester und Edinburg wurde die Idee des Weltfriedens wie des internationalen Schiedsgerichts erörtert und propagiert; es war übrigens auf einem dieser Kongresse, daß Victor Hugo seiner Idee der „Vereinigten Staaten von Europa" Ausdruck verlieh.

Am Vorabend des ersten Krieges Dänemarks mit Preußen begab sich Sturge nach Kopenhagen, um dem König Friedrich IX. nahezulegen, an ein Schiedsgericht zu appellieren, allerdings umsonst. Ebensowenig hatte die Reise Sturges im Jahre 1854 nach Petersburg einen Erfolg, wo der unermüdliche Quäker dem Zaren ein Schiedsgericht vorschlug; es blieb bei einem freundlichen Empfang. Doch ließen sich die Quäker hierdurch nicht entmutigen, und so durften sie im Jahre 1856, anläßlich des Pariser Friedens, einen schönen Erfolg verzeichnen: es wurde in den Friedensvertrag eine Klausel im Sinne Jays aufgenommen, wonach bei Zwistigkeiten die Vermittlung der befreundeten Mächte angerufen werden soll.

Schließlich sei noch daran erinnert, daß Roosevelt seinen Vermittlungsvorschlag zwischen Rußland und Japan auf Drängen der „Gesellschaften der Freunde", also der Quäker, hin, machte, wobei allerdings die krankhafte Sucht des amerikanischen Agitators und Demagogen auch bei dieser Gelegenheit eine theatralische und effektvolle Rolle zu spielen, mit in Betracht gekommen sein wird.

Die Verdienste der Quäker um die Idee des Weltfriedens und eines internationalen Schiedsgerichtes wurden offiziell bei der Eröffnung der Haager Konferenz im Jahre 1899 feierlich anerkannt.

Der Geschichtsunterricht und die Friedensidee.

Von Iro Ojserkis, Wien.

Das allgemeine Ziel offiziell österreichischer Erziehung ist bekanntlich die Heranbildung eines sittlich-religiösen Charakters, als spezielle Bestimmung der Geschichte aber gilt seit jeher, daß sie Richterin des Weltgeschehens und Lehrerin des Lebens sei. Ich möchte nun im nachstehenden untersuchen, inwiefern der Geschichtsunterricht auf unseren Mittelschulen den genannten Anforderungen tatsächlich gerecht wird. Da muß ich zunächst auf die in den amtlich approbierten Lehrbüchern eingebürgerte Manier oder Unsitte hinweisen, die Schlachtenberichte durch statistische Nachweise über die Streitkräfte, die Getöteten und Gefangenen, wie auch über die errungene Beute zu illustrieren, und die Kriegserzählungen mitunter mit grellen Schilderungen von allerlei Greueltaten zu würzen. Eine kleine Auslese von Beispielen möge meine Behauptung erhärten.

In Gindelys Lehrbuch der Geschichte des Altertums heißt es wörtlich:

„Bei Cannä (216 v. Chr.) erlitten die Römer die furchtbarste Niederlage, die ihre Geschichte kennt; 70 000 Mann lagen tot oder verwundet auf dem Felde.

Nach der Zerstörung Karthagos wurden 50 000 Menschen in die Sklaverei verkauft. (Vor dem Krieg betrug die Bevölkerung eine halbe Million.)

Im Kampf mit den Cimbern und Teutonen bei Arausio bedeckten 80 000 römische Soldaten das Schlachtfeld.

In der mörderischen Schlacht bei Aquä Sextiae (102 v. Chr.), an der sich selbst die Weiber der Teutonen beteiligten, blieb das geschulte Heer des Marius Sieger, es metzelte über 100 000 Feinde nieder.

Bei Vercellä (101 v. Chr.) hatte Marius sein Heer so aufgestellt, daß den Feinden die Sonne in die Augen schien und der Wind ihnen den Staub ins Gesicht trieb; das lockerte die Reihen der Cimbern, so daß die Römer ein entsetzliches Blutbad unter ihnen anrichten konnten.

Auf Mithridates Befehl töteten die Bewohner der römischen Provinz Asia an einem Tage alle Römer in Asien (an 80 000).

Unter Sullas Diktatur wurden in ganz Italien gegen 100 000 Menschen getötet.

Auf der Straße von Capua nach Rom wurden während des Sklavenkrieges unter Spartacus im Jahre 71 v. Chr. zum abschreckenden Beispiel Tausende von Gefangenen ans Kreuz geschlagen.

Unter Titus ging im Jahre 70 n. Chr. die Stadt und der Tempel von Jerusalem in Flammen auf, über eine Million Juden war durch Hunger, Schwert und Feuer umgekommen."

Zum Mittelalter übergehend, will ich aus dem etwas älteren Lehrbuch von Zeehe folgendes Beispiel anführen:

„Nach Attilas Einfall in Gallien im Jahre 451 kam es auf den Katalaunischen Feldern zu einer mörderischen, den ganzen Tag währenden Schlacht von weltgeschichtlicher Bedeutung; nach der geringsten, gewiß übertriebenen Angabe, fielen 162 000 Mann, deren Geister nach einer griechischen Sage den Kampf fortsetzten." Bei Hannak, Verfasser eines jetzt eingeführten Lehrbuches in drei Bänden, ist der Bericht über dasselbe allerdings bedeutend gemildert, denn er sagt auf Seite 19 kurz: „Als Attila gegen Orleans heranzog, wurde er auf den Katalaunischen Feldern von dem Heere der Verbündeten vollständig geschlagen."

Erwähnenswert ist ferner, was Hannak über die Sachsenkriege Karls des Großen auf Seite 48 schreibt: „Die Sachsen kämpften für ihre alten Götter und für ihre Freiheit, wogegen Karl schon im Jahre 775 den Plan faßte, sie mit Gewalt entweder zur Annahme des Christentums zu bewegen oder ganz zu vernichten . . . Die Treulosigkeit (?) der Sachsen veranlaßte Karl zu harten Maßregeln. Als sein Heer (im Jahre 782) am Berge Süntel von den Sachsen, mit denen vereint es die Sorben bekämpfen sollte, treulos überfallen und aufgerieben wurde, eilte er schleunigst herbei, ließ sich die Schuldigen, 4500 an Zahl, ausliefern, und alle an einem Tage zu Verden hinrichten."

„Das Kreuzheer zählte im ersten Kreuzzuge 300 000 Streiter, bei der Belagerung Jerusalems (im Jahre 1099) schmolz es auf kaum mehr als 20 000 Mann zusammen. Dank der begeisterten Stimmung erstürmten die Christen die heilige Stadt, in der sie ein großes Blutbad unter den Ungläubigen anrichteten." Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht umhin, einen sophistischen Zug hervorzuheben, der bei der Würdigung der Kreuzzüge daselbst zum Ausdruck kommt. Hannak stimmt nämlich auf Seite 124 folgendes Preislied an: „Die Kreuzzüge haben nicht nur die Bedeutung eines gewaltigen feindlichen Zusammenstoßes der abendländischen Christenheit mit dem andersgläubigen Orient, viel weiterreichend und nachhaltiger war ihre friedliche (?) Einwirkung auf die Entwicklung des kulturellen Lebens." Doch merkwürdigerweise erzählt er auf Seite 128, daß die wenigsten Teilnehmer der Kreuzzüge zurückkehrten — (bei Zeehe ist der Verlust an Europäern in sämtlichen Kreuzzügen mit ungefähr 6 Millionen angesetzt!) — und daß durch den Abgang zahlreicher Arbeitskräfte es speziell in Deutschland notwendig wurde, fremde Bauern herbeizuziehen.

In der Geschichte der Neuzeit wimmelt es förmlich von Zahlen und Greueltaten. So erfährt die Schuljugend, daß in der Bartholomäusnacht vom 23. auf den 24. August 1572 anläßlich der Vermählung Heinrichs von Bourbon, des Häuptlings der Hugenotten, mit Margarete von Valois in Paris über 2000, in ganz Frankreich gegen 20 000 Hugenotten ermordet wurden.

Im Abschnitt über den Dreißigjährigen Krieg, in welchem religiöser Fanatismus und unersättliche Eroberungs- und Beutegier miteinander um die Palme rangen, rapportiert reglementmäßig Ploetz, Verfasser eines in vielen Auflagen verbreiteten und namentlich von Abiturienten stark benutzten Geschichtsauszugs:

„8. November 1620 Schlacht auf dem Weißen Berge bei Prag, Maximilian von Bayern und Buquoi siegten über das Heer Friedrichs V., Kurfürsten von der Pfalz. Strenges Walten der Sieger in Böhmen; die Häupter des Aufstandes hingerichtet, viele Güter eingezogen, der Protestantismus ausgerottet."

„10./20. Mai 1631 Eroberung Magdeburgs durch Tilly, dessen zügellose Soldaten ein furchtbares Blutbad und Plünderung anrichteten, wie auch die ganze Stadt mit Ausnahme des Domes einäscherten."

Der Siebenjährige Krieg und die napoleonischen Feldzüge sind mit Ziffernmaterial besonders hochherzig bedacht.

In der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 verliert Napoleon mehr als 60 000 Mann.

Während des griechischen Befreiungskrieges 1821—1829 richten die Türken im Jahre 1822 auf Chios ein Blutbad Mann, 622 Feld- und 876 Festungsgeschützen usf.

Zur Zeit der Pariser Revolution im Jahre 1848 läßt der mit diktatorischer Gewalt ausgestattete General Cavaignac vom 23. bis 26. Juni gegen 10 000 Arbeiter töten und viele deportieren.

Einer erstaunlichen Genauigkeit befleißigt sich Ploetz bei Schilderung des Deutsch-Fran-

zösischen Krieges 1870/71. In der ersten Phase dieses Krieges sehen wir folgende Verteilung der Streitkräfte:

a) Deutsche: I. Armee unter General von Steinmetz 60 000 Mann, II. Armee unter Prinz Friedrich Karl 194 000 Mann, III. Armee unter Kronprinz von Preußen 130 000 Mann; außerdem werden drei Armeekorps (100 000 Mann) zur Verstärkung herangezogen.

b) Französische: Unter Marschall Mac Mahon 100 000 Mann, unter Marschall Bazaine 150 000 Mann, Reserven 50 000 Mann und im Eventualfalle 115 Bataillone.

Dieser Uebersicht möchte ich noch ein paar Zitate aus demselben Kriege anhängen: z. B. bei Wörth, 6. August 1870, erleidet Mac Mahon eine Niederlage (9000 Gefangene, 33 Geschütze, sämtliches Gepäck); — bei Vionville—Mars la Tour, 16. August 1870, auf deutscher und französischer Seite Verlust von je 16 000 Mann; — bei Gravelotte—Saint Privat, 18. August 1870, kämpfen 20 000 Deutsche mit 13 000 Franzosen; — am 2. September 1870 erfolgt die Uebergabe von Sedan: 39 Generale, über 2300 Offiziere, 83 000 Mann kriegsgefangen, 419 Feld- und 139 Festungsgeschütze erbeutet; — bei der Uebergabe von Straßburg, 27. September, werden 17 000 Mann gefangen genommen; — bei der Kapitulation von Metz, 27. Oktober, ergibt sich Bazaine mit 6000 Offizieren, 187 000 Mann, 622 Feld- und 876 Festungsgeschütze u. s. f.

Es fragt sich nun, wozu eigentlich diese grausige Statistik in den Lehrbüchern dienen soll. Cui bono? Sollten etwa in dem professionellen Morden, Gefangennehmen und Brandlegen, das so gemütlich und gewissenhaft geschildert wird, Direktiven für das Verhalten im praktischen Leben enthalten sein? Wollen die maßgebenden Faktoren aus jedem Mittelschüler einen schlagfertigen Offizier und Strategen machen, oder hängt gar die Tüchtigkeit im Berufe des Arztes, Advokaten, Beamten und Geistlichen von der Kenntnis des Kriegswesens ab? Es unterliegt ja keinem Zweifel, daß die Schäden, die aus einer solchen Methode erwachsen, immens sind. Denn das Rasseln mit dem Säbel und die Aeußerungen der brutalen Gewalt, die sozusagen ex officio gelehrt werden, wirken wie die Schundlektüre direkt verrohend auf Gemüt und Denken ein, verleiten ferner so manches jugendliche Hirn zu der Annahme, die vielen, mit blutiger Konsequenz durchgeführten Eroberungskriege, die doch im letzten Grunde der Herrschsucht und den Expansionsgelüsten von Regenten und ihren Kreisen entsprangen, seien gottgewollte Unternehmungen oder zumindest unabwendbare Schicksalsnotwendigkeiten gewesen. Dann bekommt das nationale Bewußtsein der jungen Hitzköpfe einen verderblichen Nährstoff d. i. den Eigendünkel. Die Folgen davon sind die immer mehr einreißende nationale Verhetzung, Intoleranz, Zwietracht und Zersetzung, welche die Entfaltung der Arbeitskräfte und des Fleißes vieler zugunsten aller auf jedem Gebiete unterbinden, ja das friedliche Zusammenleben verschiedener Rassen und Völker immer schwieriger, wenn nicht unmöglich machen.

Dem Geschichtsunterricht muß demnach unbedingt eine andere Richtung, eine neue Basis gegeben werden. Und da ist es von überaus großer Wichtigkeit, daß die Schuljugend in erster Linie erfahre, welche bahnbrechenden, für die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens bedeutungsvollen Ideen die Gehirne und Geister großer Denker und Erfinder, berühmter Künstler und Staatsmänner, einsichtsvoller und humaner Reformatoren und Herrscher bewegten und beseelten, welche bleibenden Werke durch sie geschaffen wurden, ferner welche kulturellen, sozialen Strömungen bei diversen Völkern entstanden, wie dieselben sich entwickelten, und welche Erfolge sie für das Wohl der Menschheit zeitigten. Kurzum, Kulturgeschichte tut uns not, aber nicht Erzählungen von immer wiederkehrenden Blutbädern, Brandstiftungen, Füsilladen, Palastintrigen, Raubzügen und Ueberfällen —, objektive Völkergeschichte brauchen wir, und nicht tendenziöse Berichte über einzelne Herrscher und Dynastien!

Durch Anwendung eben gekennzeichneter Geschichtsmethode wird — und damit komme ich auf den eigentlichen Zweck meiner Ausführungen — schon in der Mittelschule ein fruchtbares Terrain für die moderne Friedenspropaganda vorbereitet werden. Die Gemüter der heranreifenden Jugend werden um so sanfter und verfeinerter, für Eintracht und Frieden um so empfänglicher sein, als der Sinn für die Gerechtigkeit, diese Mutter aller Tugenden, von berufener Seite wie auch durch das reformierte Geschichtsstudium bei ihr intensiver geweckt, gepflegt und erhalten werden wird. Das Säbelrasseln wird dem Interesse für das ungleich feinere und ersprießlichere Ringen der Menschheit (ist doch der Kampf im Leben des Individuums wie der Gattung etwas Naturnotwendiges!) um die Erhaltung der nationalen und kulturellen Güter, um die Eroberung besserer und höherer Existenzbedingungen Platz machen. Einen so veredelten und vertieften Geschichtsstoff werden die Schüler mit größerer Freude als den Ballast von Ziffern, Daten und Kriegsdramen aufnehmen, ihn dauernder im Gedächtnis behalten und sich dabei innerlich immer gehobener fühlen. Erst dann wird das Wissen um die Vergangenheit in einem richtigen Lichte erscheinen, denn, um mit Maeterlinck zu reden, sind uns an der Vergangenheit nur die moralischen Wirkungen der stattgefundenen Ereignisse wichtig, die das innere, höhere Wesen in uns schaffen (Der begrabene Tempel, Seite 149).

Erst dann werden Scharen von strammen, überzeugungstreuen und — was von eminenter Bedeutung sein wird — unbewaffneten Friedenswächtern von selbst erstehen, denen die Verbrüderung aller Völker als höchstes und heiligstes Ideal gelten wird. Und darum muß die Parole aller Friedensfreunde lauten: Fort mit dem Unkraut aus den Geschichtsbüchern!

RANDGLOSSEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Paris, 2. Juni 1912.

Um zu wissen, was in der Welt geschieht, muß man natürlich Zeitungen lesen: nur in den Redaktionen laufen täglich aus allen Weltgegenden die Nachrichten über den Fortgang der wichtigen Ereignisse, der wissenschaftlichen Errungenschaften, der sozialen Bewegungen, kurz, der Zeitgeschichte ein, und nur durch dieses Mittel kann man sich Gründe über die Wege und Ziele der fortschreitenden menschlichen Gesellschaft holen. Aber was findet man in den Spalten der Tagesblätter obenan: „Krieg und Kriegsgeschrei". Es ist, als hätte die Menschheit nichts Anderes und jedenfalls nichts Wichtigeres zu tun, als ihre Feindschaften zu betätigen, ihre Vernichtungskräfte entweder zu betätigen oder zu equilibrieren. Es ist, als hätten wir alle nur Sinn für die große Frage: welcher von uns wird dem anderen von uns am meisten schaden, oder zum mindesten am meisten imponieren? Sehen wir einmal folgenden Zeitungsbericht über die internationale Situation an, datiert 22. Mai. Die Besetzung der südlichen Aegäischen Inseln durch die Italiener hat in Frankreich großes Unbehagen erweckt. Ein Artikel des „Temps" gibt der Befürchtung Ausdruck, daß Italien diese Inseln dauernd behalten könnte, und daß dadurch das Kräfteverhältnis im Mittelländischen Meer zugunsten des Dreibunds und zum Nachteil der Ententemächte verschoben werden würde. Insbesondere, meint das Blatt, würde Rußland dadurch zu Schaden kommen. In dem Stil geht es weiter; was Rußland dabei gewinnen würde, Kriegsschiffe an der türkischen Hauptstadt vorüberzuführen, und ob die Besetzung von Rhodos den russischen Interessen zuwiderläuft, und wie man in Paris beunruhigt ist, daß sich der Kriegsschauplatz militärisch und gewissermaßen auch diplomatisch nach Gebieten verschoben hat, die für Frankreich wichtig sind, warum Frankreich, das viele Millionen in der Türkei investiert hat, an dem Gedeihen der Türkei interessiert ist, und inwiefern es gefährlich wäre, wenn jeder Staat sich in der Türkei Sondervorteile holte, und solche Kompromissereien mehr, beschäftigen den weisen Politiker gegenüber der neuen Ausbreitung des italienischen Feldzugs. Während es doch wahrlich keinen anderen Wunsch und kein anderes Trachten in der Kulturgemeinschaft geben sollte, als diesem unseligen Kriege Einhalt zu tun.

Interessant ist es, die Meinung zu vernehmen, die in Italien über die Situation herrscht. Der französische Korrespondent Carrère schreibt darüber dem „Temps" einen langen Bericht, worin es u. a. heißt: „Die Türkei beharrte und beharrt noch dabei, nicht nachzugeben. Da also alles, was in Afrika gemacht worden ist, sie nicht überzeugen konnte, so mußte sie Italien an einer anderen Stelle, nämlich an der kleinasiatischen Küste und im Aegäischen Meere verwunden. Die Operationen am Roten Meer sind vollständig gelungen, denn sie haben der feindlichen Nation erheblichen politischen, ökonomischen und militärischen Schaden zugefügt. Aber das alles genügt nicht, und Italien mußte versuchen, die Türkei tiefer zu verletzen, indem es durch das Bombardement der Dardanellen ihr Prestige in der Levante verminderte, mehrere Einheiten in den Grund bohrte und die telegraphische Verbindung zwischen Kleinasien und dem Archipel zerstörte. Die Pforte wollte nicht nachgeben, da nahm Italien ein Dutzend Inseln, und bald wird der ganze Archipel in den Händen der Italiener sein. Es ist nicht Italiens Schuld, wenn es durch den Eigensinn der Türkei gezwungen wurde, den Kriegsschauplatz zu erweitern, und daß nun zu der alten tripolitanischen, nunmehr die ägäische Frage gekommen ist, eine Frage, die um so ernster ist, als einerseits durch die Ausweisung der Italiener Repressalien geübt wurden, und andererseits die griechische Bevölkerung der Inseln von dem Wunsch erfaßt wurde, dem türkischen Joch zu entkommen. Je eigensinniger die Türkei in ihrem Widerstand bleibt, desto gefährlicher wird das Problem, vor das die europäische Diplomatie durch den italienisch-türkischen Krieg gestellt wird. In Italien weiß man ganz gut, daß Europa an den Ereignissen im Aegäischen Meer stark interessiert ist, aber es darf sich nicht einmengen, ohne die Neutralität zu verletzen, und wenn es die Türkei von anderen Verlusten schützen will, so muß man diese zu überzeugen trachten, daß Lybien auf immer für sie verloren ist. Daraufhin wäre Italien bereit, im Geiste von größter Gerechtigkeit und Billigkeit über die Frage der Inseln zu verhandeln. Aber wenn Europa glaubt, auf die Türkei keinen Einfluß ausüben zu sollen, dann hat Italien das volle Recht, sich nach Möglichkeit für den Schaden zu repressieren, den ihm die Verlängerung des Krieges verursacht hat. Es steht fest, daß man heute in Italien weniger denn je den Frieden

wünscht. Es gibt jetzt gar keinen Grund, den Krieg rasch zu beendigen, und wenn er fortdauert, so werden die neuen Eroberungen im Mittelmeer zum größten Teil definitiv bleiben. Man hat die Idee einer Konferenz vorgebracht. Italien würde nur einzig unter der Bedingung zustimmen, daß ihm der Triumph seines eigenen Standpunktes in bezug auf Lybien von vornherein gesichert würde. Im Hinblick jedoch auf die tiefen Gegensätze, die zwischen Tripelallianz und Tripelentente herrschen, läßt sich kaum denken, daß eine Konferenz zustande kommen könnte. Wenn die Mächte ein Interesse daran haben, daß die Türkei zum Schlusse nicht erniedrigt und amputiert werde, und ferner ein Interesse daran, daß keine Komplikationen im Balkan entstehen, so müssen sie darüber einig werden, daß Lybien den Italienern gehört. Italien ist entschlossen, bis zum Ende auszuharren; das italienische Volk, in steter Uebereinstimmung mit seiner Regierung, ist nach wie vor begeistert für seine Armee und für seine Marine, und ist bereit, alle Opfer zu bringen, da es versteht, daß das künftige Geschick des Vaterlandes in dieser entscheidenden Stunde auf dem Spiele steht." — „Dies ist" — so fügt Carrère hinzu — „die allgemeine Ansicht der politischen Kreise in Rom, und es mag nützlich sein, daß man sie im Ausland kennen lerne und darüber nachdenke." Ja, es mag nützlich sein, über diese Ausführungen recht aufmerksam nachzudenken. Darum habe ich sie, trotz ihrer Länge, hier wiedergegeben. Sie geben ein umfassendes Dokument kriegerischer Denkungsweise ab. Man droht, man prahlt, man schlägt dem gesunden Menschenverstand ins Gesicht; behauptet Unwahres und begründet es durch Unsinniges. Das ist die Welt aber gewohnt und nimmt es als natürlich hin. Im Kriege ist ja das Uebertreten aller Gesetze — gesetzlich. Wer wird da ins kriegerische Horn blasende Politiker und Publizisten unter Denkgesetze zwingen wollen?

☞

Ein Umschwung der Stimmung in Italien gibt sich durch verschiedene Anzeichen kund. So hat Abgeordneter Defelice, Korrespondent des „Secolo" in Tripolis, an den dortigen Platzkommandanten, General Salsa, ein offenes Schreiben gerichtet, in welchem er die schwersten Anklagen wider die ganze Tripolisunternehmung erhebt. Defelice, der bisher ein begeisterter Vorkämpfer dieses Feldzugs gewesen ist, nennt jetzt Tripolis eine Hölle und erklärt, daß die Opfer an Blut der tapferen Söhne Italiens verfehlt seien. Er werde seine Anklagen vor das Parlament bringen. Von mancher Seite mögen jetzt schon die Protestationen sich erheben, aber selbstverständlich wird dies in der kriegerisch gesinnten Presse sorgfältig verschwiegen werden.

☞

Die deutschen Wehrvorlagen sind im Reichstage angenommen worden. „Mit überwältigender Mehrheit" heißt es. Nun, die widersprechenden Stimmen der Sozialdemokraten können zwar im Reichstag keine Mehrheit zustandebringen, bedeuten aber doch die Stimmen von vier Millionen Wählern. Der Redner der Sozialdemokraten, Gradnauer, sagte: Das Verhältnis Deutschlands zu England ist entscheidend für die politische Entwicklung Europas und die gegenwärtige Militärvorlage. Wir müssen zu einem Ausgleich mit England kommen — wir müssen bedenken, daß England in Rüstungssachen eine Verständigung angestrebt hat. — Der Zentrumsabgeordnete Erzberger sagte: „Wir stimmen für diese Vorlagen, weil wir es für eine Pflicht gegen unser deutsches Volk und Vaterland halten, das in Zukunft als Großmacht zu erhalten wir als Ehrenpflicht ansehen, dessen Stärke gleichzeitig den Frieden in Europa sicherstellt. Die größere Stärke Deutschlands bedingt auch eine erhöhte Friedenssicherheit." (Beifall im Zentrum.) Dieser überraschend neue Satz von der Friedenssicherung durch die eigene militärische Stärke, löst immer wieder und in allen Parlamenten den gleichen Beifall aus. Auch Bassermann holt sich lebhaften Beifall, in dem er eine Etaterhöhung an Mannschaft und Pferden bei der Artillerie verlangt, und zum Schlusse sagt: „Im Ganzen begrüßen wir die Stärkung der Wehrkraft. Wir besitzen in der Armee ein Machtmittel, das wir so auf der Höhe erhalten müssen, daß es jederzeit der Erhaltung des Friedens diene, aber, wenn der Krieg unvermeidlich ist, uns zum Siege führe." — Genau dasselbe wird im Nachbarparlament unter dem gleichen Beifall gesagt, und da stellt sich die zwar nicht neue, aber wirklich großartige Behauptung heraus, daß zwei einander feindlich gesinnte Nachbarn sich gegenseitig durch ihre militärische Stärke am Losschlagen hindern, und wenn es trotz dieses unfehlbaren Mittels (dessen Beschaffung die beiden Völker mittlerweile zugrunde richtet) dennoch zum Losschlagen kommt, beide ganz sicher siegen werden! Der Abgeordnete Liesching spricht für die Fortschrittliche Volkspartei: „Deutschland muß kriegsgerüstet sein" (war es vor dieser Mehrforderung etwa nicht gerüstet?). „Das gilt namentlich mit Rücksicht auf die chauvinistische Stimmung in Frankreich." Nach der Annahme der deutschen Wehrvorlage wurde jedoch die französische chauvinistische Stimmung erheblich verstärkt.

☞

Es ist in der Tat erschreckend, welche Dimensionen gegenwärtig der Chauvinismus in Frankreich annimmt. Ob in den Herzen der Bevölkerung — das weiß ich nicht und bezweifle es, aber auf der Gasse und in der

Presse. Der Mob, der dem Musikzapfenstreich nachmarschiert und dabei „vive l'armée" und mitunter auch „à bas l'Allemagne" brüllt, der jeden, der nicht mitbrüllt, krumm zu prügeln droht — dieser Mob erinnert an die ärgsten Zeiten des Zolaprozesses. Und die Zeitungen! Außer Loysons „Droits de l'homme" und Jaurès' „Humanité" blasen die gesamten gelesensten Zeitungen („Figaro", „Journal", „Echo de Paris", „Matin") förmliche Kriegsfanfaren. In jeder Spalte — sei es als Leitartikel, als Tagesanekdote, als Bericht — überall dieselbe Note: der Krieg kommt — es lebe die Armee. Hier sei, unter vielen, der Inhalt einer einzigen Nummer des „Echo de Paris" (1. Juni) angeführt: An der Spitze ein leitender Artikel des ob seiner Beredsamkeit berühmten Führers der Klerikalen im Parlament, M. de Mun, worin für eine militärische Allianz mit England plädiert und gegen jegliche deutsch-englische Versöhnung polemisiert wird; ferner eine Enquete von einem Offizier: „Wie grüßen echt französische Frauen die Fahne?" Und darauf eine Reihe von „echt patriotischen" Antworten von Frauen, die keine höhere Hoffnung für ihr Vaterland kennen als die, die durch die Fahne symbolisiert wird, und die dem Wunsch Ausdruck geben, daß ihre Söhne für diese Fahne sterben mögen. Dann ein Bericht über ein Festbankett zur Feier der Absetzung des Präfekten von Carcassone, der sich des Verbrechens schuldig gemacht hatte, gegen eine von militärischen Behörden eingeleitete Sammlung zugunsten der Luftflotte zu protestieren. Außerdem noch eine ganze Reihe von Berichten über technisch-militärische Fragen. — Europa ist an Bellicitis erkrankt und welcher Chirurg wird es rechtzeitig retten?

☙

Königin Wilhelmine von Holland hat dem Präsidenten Fallières einen Besuch gemacht. Bei der Festtafel wurden natürlich Toaste gesprochen. Die Königin sagte: „Sie besitzen eine Armee, auf die Frankreich stolz sein muß, und auf welche es als den sichersten Hüter seines Ruhmes und seiner Ehre blicken muß." — Fallières antwortete: „Die Armee wird auf die Anerkennung stolz sein, die von einer Königin ausgesprochen wurde, die die würdige Erbin der Tugenden ihres Hauses ist, und die weiß, was eine Nation von der Tapferkeit ihrer Soldaten und ihrer Ergebenheit an die Fahne zu erwarten hat." Und solche Reden von und zu einer Königin, die die Ehre hat, daß in ihrem Land das erste Völkertribunal errichtet worden! — Darauf keine Anspielung, sondern immer nur die alte Schablone der Heeresbewunderung.

☙

In Oesterreich wurde, trotz manchem Protest aus Lehrer- und Mütterkreisen, der Schießunterricht in den Mittelschulen eingeführt. Der Landesverteidigungsminister und auch der Unterrichtsminister hielten anläßlich einer Vorführung sehr anerkennende Ansprachen. Ritter von Hussarek legte der Jugend ans Herz, die Schießübungen nicht nur als eine Art Sport zur Steigerung der körperlichen Geschicklichkeit, sondern im Dienste höherer Gedanken zu betrachten: also Liebe zum allerhöchsten Kaiserhause und Erhöhung der Wehrkraft. Und nochmals betonte er: Darauf komme es ja im Leben des einzelnen wie in der Gesellschaft hauptsächlich an, daß jeder seinen Beruf wie sein sonstiges Tun im Lichte höherer Gedanken aufzufassen lerne. Das sind sehr richtige Worte; ob sie aber auf die Einübung der Kunst, auf Nebenmenschen zu zielen, sehr richtig angewendet erscheinen — darüber ließe sich streiten.

☙

Premierminister Asquith sprach über die englische Flotte, die vor den Augen des **Königs manövriert hat.** Er drückte in der Versammlung von Finanzmännern, in der er das Wort ergriff, den Wunsch aus, daß die Rüstungskosten einst für nützlichere, fruchttragende Zwecke verwendet werden möchten — und die Welt von dem Alp befreit werde, der jetzt noch auf einigen ihrer edelsten Bestrebungen lastet.

Anderes sagen die Pazifisten auch nicht.

☙

Nachschrift.

(London, 8. Juni.)

In wenigen Stunden schiffe ich mich auf der „New York" (Amerika-Linie) in Southampton ein, um nach Amerika — vorerst nach San Francisco — zu fahren. Was mich in die neue Welt führt, und was ich dort erfahre, werde ich in den nächsten Nummern der „Friedens-Warte" erzählen.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

Anfang Mai. Eine Sonderkommission der Regierung der Vereinigten Staaten bereist Europa zwecks Einladung der europäischen Regierungen zur Teilnahme an der Weltausstellung in San Francisco, die für 1915 geplant ist.

Anfang Mai. Die Sir Ernest Casselstiftung stellt dem Deutschen Kaiser 5000 Exemplare des Buches von Viscount Haldane „Universities and National Life" für deutsche Schulen zur Verfügung. Der Kaiser hat die Schenkung angenommen.

Anfang Mai. Ernennung des Barons Marschall von Bieberstein zum deutschen Botschafter in London an Stelle des Grafen Wolff-Metternich. Entscheidende Wendung zum Besseren in der englisch-deutschen Verständigungsaktion.

3. Mai. Der Haager Schiedshof schlichtet die Streitfrage zwischen Italien-Peru.

5. Mai. Jahresversammlung des Schweizerischen Friedensvereins in Zürich.

7. Mai. Tagung der IX. Internationalen Roten Kreuz-Konferenz in Washington. 32 Staaten sind vertreten.

9. Mai. Premierminister Asquith betont in einer Aussprache im Zentralverbande englischer Bankiers die Schädlichkeit der Marineausgaben und wünscht die dafür erforderlichen Riesensummen für nützlichere und fruchttragende Zwecke verwendet zu sehen.

10. Mai. Der englische Staatsmann Bonar Law sagt bei der Versammlung des konservativen Primelnbundes, es könne kaum ein grösseres Unglück geben als einen Krieg zwischen England und Deutschland.

14. Mai. Im Deutschen Reichstag gelangt die neue Wehrvorlage und die neue Flottenvorlage zur Annahme.

15.—17. Mai. 18. Konferenz für internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Lake Mohonk (N. Y.).

15.—17. Mai. In London tagt der VIII. englische nationale Friedenskongress. Annahme einer Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, Schritte einzuleiten, um das Misstrauen gegen Grossbritannien in Deutschland zu beseitigen. Ablehnung der Resolution, die zur Verhütung des Krieges Nationalstreiks vorschlägt.

16. Mai. In einer neuen Flottenrede im englischen Unterhause erklärt Marineminister Churchill, er glaube, es werde in unserer Zeit zu keinem Kriege mehr kommen. Ankündigung einer Verstärkung der englischen Flotte.

17. Mai. Die Männergesangvereine der deutschen Kolonie in London geben ein Konzert für die Hinterbliebenen der „Titanic". Herzlicher Dank des Lord-Mayors.

18. Mai. Rüstungsdebatte im Deutschen Reichstag. Die Abgg. David und Bernstein gegen die Rüstungen und gegen die Englandhetze.

18. Mai. Beim Empfang der Mitglieder der nordamerikanischen Spezialmission durch die Stadt Wien spricht der amerikanische Botschafter Mr. Kerens von der Freundschaft zwischen Amerika und dem österreichischen Kaiserreiche, die niemals eine Störung erlitten habe.

18. Mai. Feier des Friedenstages am Jahrestage der Eröffnung der Ersten Haager Konferenz durch alle Friedensgesellschaften der Erde.

20. Mai. Neunzigster Geburtstag Frédéric Passy's.

20. Mai. Bankett der deutschen Kolonie in London. Anlässlich des Abschiedes des Botschafters Grafen Wolff-Metternich von London. Austausch von deutsch-englischen Freundschaftsbeteuerungen.

21. Mai. Der englische Kriegsminister Haldane begiebt sich zu erneutem Aufenthalt nach Deutschland.

21. Mai. Jacques Novicow, der hervorragende Soziologe und Pazifist, zu Odessa †.

22. Mai. Sir Edward Grey schliesst sich den günstigen Aeusserungen des Premierministers Asquith über die Beziehungen zwischen England und Deutschland (Unterhaus, 30. April) an.

23. Mai. Auf der ersten Generalversammlung der britisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft in London weist Sir Frank Lascelles auf die sehr merkliche Besserung in den Beziehungen beider Länder hin.

24. Mai. Der Schweizer Bundesrat bewilligt einen Kredit von 10 000 Frcs. für das offizielle Geschenk der Schweiz an den Bau des Haager Friedenspalastes. (Turmuhr.)

27.—31. Mai. 27. Konferenz der International Law Association in Paris.

28. Mai. Eine Abordnung der englischen Stadt Maidenhead überreicht der Stadt Nürnberg eine prunkvolle Friedensadresse.

28.—29. Mai. Erste Sitzung des europäischen Rates der Carnegie-Stiftung in Paris.

30. Mai. Feier des 90. Geburtstages von Frédéric Passy in der Pariser Sorbonne. Festsitzung der Gesellschaft für politische Oekonomie.

30. Mai. Konferenz des int. Verbandes der Handlungsreisenden in London. Deutsch-englische Verständigungsreden.

Ende Mai. Der neue österreichisch-ungarische Minister des Aeussen, Graf Berchtold in Berlin. Konferenzen mit dem Kaiser und den Mitgliedern der Regierung.

Anfang Juni. Besuch der deutschen Flotte in Amerika. Festlicher Empfang durch ein offizielles Komitee.

1. Juni. Ankunft der Königin der Niederlande in Paris.

1.—3. Juni. Besuch der bulgarischen Königsfamilie in Wien.

4. Juni. In London tritt die 16. Konferenz der int. Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz zusammmen. Handelsminister Buxton betont den völkerbindenden Wert dieser Konferenzen.

4. Juni. In Kanada bildet sich ein Komitee zur Feier des Jahrestages des hundertjährigen Friedens zwischen England und den Vereinigten Staaten.

7. Juni. Besuch der bulgarischen Königsfamilie in Berlin.

8. Juni. Bertha von Suttner schifft sich in London zu einer längeren Agitationsreise nach den Vereinigten Staaten ein.

8. Juni. Besuch des Königs von Montenegro am österreichischen Hofe in Wien.

12. Juni. Frédéric Passy †.

AUS DER ZEIT

Rüstungsproblem.

Der Fall Gravenstaden und die Kanonenfabriken. :: ::

H. W. In Gravenstaden im Elsaß besteht eine Zweigniederlassung der „Elsässischen Maschinenfabrik", die in einer eigentümlichen Weise deutsch-feindliche Tendenzen zeigte. Deutsche Arbeiter wurden mehr und mehr ausgeschlossen, und lediglich Franzosen neu angestellt. Die Aktien der Fabrik und ihre Leitung befanden sich in französischen Händen, und auf einem Feste dieser Fabrik wurde die französische Fahne gezeigt und die Marseillaise gesungen. Die Geschäftssprache war in der Hauptsache die französische. Besonders der Direktor Heyler soll auf alle Weise versucht haben, die Leitung der Fabrik in deutsch-feindlichem Sinne zu betreiben. Die alldeutsche Presse machte die Reichsregierung auf diese Zustände aufmerksam, und die Verwaltung der preußischen Staatseisenbahnen und der Reichsbahnen, die der Maschinenbauanstalt Gravenstaden seit 1900 für 53 Mill. M. Aufträge hatten zugehen lassen, schoben die neuen Lokomotivbestellungen bei der Fabrik, die etwa 4—5 Mill. M. betragen hätten, zunächst auf, und zogen Erkundigungen darüber ein, wieweit die Beschuldigungen gegenüber der Fabrik zu Recht beständen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hob hervor, es sei mit der Ehre und der Selbstachtung deutscher Staatsverwaltungen schlechthin unvereinbar, ein Werk zu unterstützen, dessen Leiter deutschfeindliche Gesinnung bei der Geschäftsführung betätigten. Die Presse stellte sich (wohl mit Recht) allseitig auf den Standpunkt der Reichsregierung.

Es ist nun hochinteressant, festzustellen, ein wie prächtiges Mittel die Staatsverwaltung gegenüber großen Fabriken hat, die dem Frieden gefährliche Tendenzen zeigen. Der Abgeordnete David empfahl im Februar 1912 im deutschen Reichstage eine Reichsregie über die großen Kanonen- und Marinefabriken. Ich glaube, daß das hier erprobte Mittel einer Zurückziehung aller staatlichen Aufträge ebenfalls sehr wirksam sein wird. Vor allem aber ist es praktisch besser durchführbar, und läßt die bestehenden Verhältnisse im wesentlichen so, wie sie sind. Voraussetzung wäre allerdings, daß in jedem Staate mehr als eine große Fabrik besteht, da ja sonst eine anderweitige Bestellung schwer möglich ist. Man wird dann den Fabriken, die überall Kriegsstimmung erregen und dadurch ihren eigenen Geldbeutel füllen, das Handwerk legen können.

Wunderbar ist, daß dieselben Zeitungen, die sich mit so großem Pathos gegen die deutschfeindlichen Bestrebungen der Gravenstadener Fabrik wenden, nicht das geringste gegen die geheimen Machenschaften jener Kanonenfabriken, die überall zum Kriege hetzen, einzuwenden haben. Als ob diese nicht ebenso sehr einem der höchsten Güter eines Volkes, dem in Ehren aufrechterhaltenen Frieden, Schaden brächten! Wenn die Rheinisch-Westfälische Zeitung am Schlusse eines „Welsche Heylereien" überschriebenen Artikels vom 12. Mai 1912 sagt: „Die starke Hand des Staates muß endlich einmal dreinfahren in dieses Kindernest und die Buben dort unten behandeln, wie es Buben gebührt", so meine ich, daß diese Worte mit demselben Rechte auf zahlreiche Kanonenfabriken Anwendung finden müssen.

Verschiedenes.

Fahrt der Baronin Suttner nach den Vereinigten Staaten.

Am 8. Juni hat sich Baronin Bertha von Suttner auf dem Dampfer „New York" nach den Vereinigten Staaten eingeschifft, um im Laufe des Sommers und des Herbstes dort eine lange Reihe von Vorträgen zu veranstalten. Sie begibt sich sofort nach ihrer Landung nach San Francisco, um dem dort stattfindenden Kongreß der „National Federation of Womens Club" beizuwohnen. In den darauffolgenden Monaten wird sie — abgesehen von einer kurzen Sommerpause — ihre Propaganda in den verschiedensten Städten der Union durchführen. Baronin Suttner wird sich zumeist an die Organisationen der Frauenwelt Amerikas wenden, und wird nicht nur für die Friedensbewegung in Amerika eintreten, sondern auch das Interesse der aufgeklärten amerikanischen Frauenwelt für die traurigen Verhältnisse in dem waffenstarrenden Europa zu erwecken versuchen. Daß ihr allenthalben in den Vereinigten Staaten das größte Interesse entgegengebracht wird, und daß alle Kreise der amerikanischen Gesellschaft wie die breiten Massen der Bevölkerung der großen und mutigen Frau mit der vollsten Sympathie entgegenkommen werden, steht außer Zweifel. Die amerikanische Presse hat sich bereits in ausführlichen Artikeln und Depeschen mit der Reise der Baronin befaßt. So berichtet ein Telegramm der United Press vom 20. April folgendes: Die Baronin fürchtet, daß ein großer europäischer Krieg unmittelbar bevorsteht, weil der militärische Geist in Europa und die noch nie dagewesenen Rüstungen und Kriegsvorbereitungen in rascher Zunahme begriffen sind. Sie ist der Ansicht, daß der europäischen Friedensbewegung, die von dem Anschwellen des Land- und Seemilitarismus sehr in Mitleidenschaft gezogen wurde, neues Leben eingehaucht werden muß, und daß ein energischer Krieg gegen den Krieg unternommen werden müsse. Die Regierungen scheinen, obwohl sie eine gewisse Furcht vor dem Kriege haben, hoffnungslos dem allgemeinen Zusammenprall zuzutreiben, der unsere Kultur um ein Jahrhundert zurückzuwerfen droht. Die Friedensarbeiter Europas blicken hoffnungsvoll nach Amerika, um Hilfe und Mitwirkung bei der Anfeuerung der Friedensbewegung zu erhalten und den militärischen Geist der alten Welt zu besiegen. Die Baronin habe unverbrüchliches Vertrauen in die Macht und den Einfluß der großen Gemeinde der amerikanischen Frauen.

Sie beabsichtigt, die große Armee der föderierten Frauen Amerikas zu besuchen und ihnen ihre Botschaft aus dem dunkelsten kriegerischen Europa zu überbringen. —

Wir wünschen unserer großen Vorkämpferin Glück und Kraft auf ihrem großen Kreuzzug, den sie jenseits des Wassers zu predigen unternommen hat. Wir wissen es zu würdigen, daß sie, die nicht mehr im Jugendalter steht, sich entschloß, die Beschwerlichkeiten einer monatelangen Propagandatournee in fremdem Lande auf sich zu nehmen und allen Unbilden der langen und beschwerlichen Reise zu trotzen. Wir europäischen Pazifisten konnten keinen besseren Abgesandten finden zur Erweckung der Mitarbeit des glücklicheren und freieren Erdteils, als jene Frau, die seit mehr als zwanzig Jahren in der vordersten Reihe im Kampfe für den Weltfrieden steht und die, wie der Advocat of Peace so richtig sagt, einen Teil der besten Geschichte unserer Zeit verkörpert. Unser Denken und Empfinden wird stets bei ihr weilen. Möge sie unter einem glücklichen Stern segeln und gesund und erfolggekrönt von der großen Reise zurückkehren.

Akademische Friedensaktion in England. :: ::

Eine Anzahl Studenten der Universität Cambridge hat kürzlich eine „Kriegs- und Friedensgesellschaft" zur Erörterung internationaler Fragen gegründet. Sie glauben — größtenteils unter dem Einfluß von Mr. Norman Angells Ausführungen in seinem Buch „Die große Täuschung" — daß ein gründliches Studium der volkswirtschaftlichen Beziehungen der modernen Kulturstaaten und die Erforschung des zarten Netzwerks gegenseitiger finanzieller und industrieller Abhängigkeit, in welche diese untereinander geraten sind, zur Anwendung einer klügeren und weniger gefährlichen internationalen Politik führen werden. Es ist beispielsweise behauptet worden, daß die tatsächlich bestehende ernste Gefahr des Ausbruchs eines Konflikts zwischen England und Deutschland nicht einer wirklichen Interessenkollision, sondern allgemeinem Mißtrauen und gegenseitigen Mißverständnissen zuzuschreiben ist, da jeder Staat den Fehler begehe, sich vorzustellen, was der andere tun oder unterlassen könnte, da jeder dem andern Absichten zuschreibt, deren Ausführung sogar bei flüchtigster Prüfung sich als albern und nichtig erweist. Die „Kriegs- und Friedensgesellschaft der Universität Cambridge" hat daher folgende Punkte in ihr Programm aufgenommen:

1. Sammlung und Erteilung von Auskünften im Hinblick auf die ökonomische Wertlosigkeit bewaffneten Angriffs;
2. Erwägung der Defensivfrage;
3. Erwägung von Mitteln, internationale Streitigkeiten ohne Krieg zu regeln;
4. Perhorreszierung des Gebrauchs einer irreführenden Terminologie bei der Besprechung internationaler Beziehungen.

Die Gesellschaft wird diese Fragen mittels Vorlesungen und Diskussionen studieren und hofft, daß einige ihrer Mitglieder Gelegenheit haben werden, auch außerhalb der Universität zu einem größeren Publikum zu sprechen. Die Bildung ähnlicher Gesellschaften an anderen europäischen Universitäten, in Amerika und den englischen Kolonien wird angestrebt werden.

Viscount Esher und Mr. Norman Angell arbeiten gemeinsam mit den Cambridger Studenten an dem Versuch, Vernunft in ein neues Tätigkeitsgebiet zu tragen, und ihre Unterstützung spricht für die praktische Natur der Bewegung.

Rundschreiben des Unterrichtsministers der Vereinigten Staaten über die Feier des 18. Mai in den Schulen.

Der Chef des Unterrichtsdepartements der Vereinigten Staaten hat von Frau Fannie Fern Andrews eine Anleitung zur Feier des 18. Mai in den Schulen verfassen lassen, die im Literaturteil der vorliegenden Nummer ausführlich besprochen ist. Diese Anleitung wird durch ein Rundschreiben des Unterrichtsministers eingeleitet, das als ein wichtiges Dokument für den Fortschritt der Friedensidee in Amerika hier in deutscher Uebersetzung wiedergegeben werden soll.

„Departement des Innern,
Erziehungsbureau.
Washington, D. C., 5. März 1912.

Geehrter Herr!

Unter den vielen modernen Bewegungen zur Beförderung der Zivilisation und der Befreiung der Menschheit von überflüssigen materiellen Lasten und lähmender Furcht, gibt es keine bedeutungsvollere als die allgemeine Schiedsgerichts- und Friedensbewegung. Diese Bewegung ist meiner Meinung nach durch die Erziehung der großen Volksmasse in allen vorgeschrittenen Ländern der Welt ermöglicht worden und wird erst dann vollen Erfolg haben, wenn Erziehung und Schule Allgemeingut geworden sind. Gleich allen anderen, die Erhebung und Freiheit des Volkes aufbauenden Bewegungen, ist sie von der Intelligenz und dem Verständnis der Völker selbst abhängig. Die wirksamste Propaganda für dieses Ziel ist die

Propaganda in der Schule, in welcher die Staatsbürger der Zukunft ihre Bildungsjahre verbringen. Infolge der sich stetig steigernden Schülerfrequenz bekommt das Wort immer mehr Geltung, daß wir das, was wir in der künftigen Generation ernten wollen, in der Schule der heutigen säen müssen. In diesen Werkstätten der Menschheit wird in weitaus höherem und ausgedehnterem Maße als überall anderswo die Zukunft gebildet und bestimmt.

Von dieser internationalen Schieds- und Friedensbewegung werden die Schulen noch aus einem anderen Grunde betroffen. Die Kosten des Krieges und des bewaffneten Friedens sind in den Kulturstaaten der Erde weit höher als die Ausgaben für Schulen und alle anderen Bildungsstätten und -mittel. Wenn es gelänge, die Welt sogleich von der Last einer veralteten, längst überlebten Einrichtung zu befreien, indem man mit gutem Willen und schöpferischer Mitarbeit das richtige Verständnis der Sache unterstützt, könnten die Bildungsmöglichkeiten auf der ganzen Welt sogleich ohne jede Vermehrung der Gesamtsteuerlast auf das Doppelte und Vierfache vermehrt werden.

Eines der wirksamsten Mittel, die Aufmerksamkeit der Kinder dauernd zu erregen und nachhaltigen Eindruck auf ihren Geist zu machen, ist das Freigeben gewisser Festtage zu bestimmten Zwecken mit einem gut zusammengestellten, anziehenden Programm. Für solche Tage treffen Schüler und Lehrer ungewöhnliche Vorbereitungen. Tatsachen und Grundsätze sollen in unvergeßlicher Weise überliefert und durch Nahrung für das poetische Gefühl, durch Musik und Gesang lebendig gemacht werden. Das Ganze könnte durch eine oder mehrere Ansprachen eines hervorragenden Gemeindemitgliedes noch feierlicher gestaltet werden. Ein derartiges Programm ist das vorliegende, das auf mein Ersuchen von Mrs. Fannie Fern Andrews zur Beförderung der Friedenspropaganda in den Schulen zusammengestellt und herausgegeben wurde. Im Jahre 1906 empfahl der Schulinspektor Dr. Elmer Ellsworth Brown, daß der 18. Mai, der Jahrestag des Zusammentritts der Ersten Haager Friedenskonferenz, als Friedenstag in den Schulen gefeiert werden solle. Wenn das überhaupt geschieht, müßte dies in vernünftiger und geeigneter Weise geschehen; dazu brauchen die Lehrer aber Unterstützung und Anweisung. Ihnen diese zu gewähren, gehört zu den Aufgaben des „Bureau of Education". Ich empfehle daher die Herausgabe dieses Programms als Veröffentlichung des „Bureau of Education", und möchte die Anregung geben, daß das Ganze oder Teile davon durch das Staatsdepartement für das Schulwesen in genügender Anzahl abgedruckt würden, um alle Lehrer in den verschiedenen Staaten damit zu versorgen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

S. P. Claxton,
Inspektor."

Sir George Reid's Friedensrede. :: :: :: :: :: :: :: ::

Im Saale des Deutschen Reichstags zu Berlin hat am 15. Mai Sir George Reid, der Generalkommissar des australischen Staatenbundes in London und ehemaliger Ministerpräsident von Australien eine Rede gehalten, die sich zu einem Friedensappell, wie er in den Räumen des Deutschen Reichstags von einem Ausländer wohl noch nie gehört wurde, gestaltete. In seiner Rede schilderte der hervorragende Staatsmann die Entwicklung und die eigenartigen Verhältnisse seines Heimatlandes. Zum Schlusse sagte er dann folgendes:

„Die Vorliebe für kriegerische Angriffe, einst das Ideal der Völker, ist unserem modernen Gefühl zuwider. Vorbereitungen für Kriege, welche niemals kommen, ersetzen jetzt den Krieg selbst, und die für Rüstungen erforderlichen Geldsummen sind so enorm, daß es bald unmöglich wird, überhaupt zu rüsten. Australien trifft starke Vorbereitungen nicht für den Krieg, sondern für seine Selbstverteidigung, und ebenso, dessen kann ich Sie versichern, ist die Lage Großbritanniens und des ganzen britischen Reichs. Sind die anderen Nationen zu einer Abrüstung bereit, so würde das britische Volk das erste sein, welches seine Dreadnoughts abschafft und seine Armeen entläßt. Wir haben alles, was wir wünschen, wenn wir Frieden haben, und Frieden müssen wir haben, sollten wir auch um ihn kämpfen müssen. Träten Deutschland und Großbritannien an die Spitze einer europäischen Koalition auf der Grundlage der friedlichen Erledigung aller Streitigkeiten, so wäre das eine Wohltat für Deutschland, eine Wohltat für Großbritannien, eine Wohltat für Europa und für alle Länder der Erde. Ein solches Ereignis würde keinen trüben und stagnierenden Zustand für irgend jemand bedeuten, der Kampfinstinkt würde tatsächlich nur freieres Spiel bekommen. Statt enormer Heerlager voller Menschenmassen, die fortgesetzt und unermüdlich militärisch ausgebildet werden, an Stelle von Schlachtschiffen voller Kanonen, die fortgesetzt ausprobiert werden müssen, würden die Völker den gesunden Antrieb zu wirtschaftlichen Kämpfen unter Beseitigung der Anstrengungen für kriegerische Kämpfe verdoppeln.

Wenn die Grenzpfähle, die nationaler Ehrgeiz oder Furcht errichtet haben, weggenommen sind, stehen weitere Felder offen für die Entwicklung des freien Spiels der Kräfte der menschlichen Natur, für die weiteren, edleren und nie nachlassenden Kämpfe der Tüchtigkeit und des Verdienstes auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Entdeckungen und Erfindungen, der Industrie und des Handels. Dann würde Zuversicht an die Stelle der Furcht treten, jeder gegenseitige Argwohn beseitigt, die Völker würden in freundschaftlichen Wettbewerb miteinander treten, Fortschritt und Glück der Men-

schen hätten keine Grenzen. Deutschland wird groß sein im Frieden wie im Kriege, aber die besten Aussichten, die Welt zu erobern, wird es nach meiner Meinung haben, wenn die Welt ihre Arme öffnet zur Eroberung des allgemeinen Friedens."

Die Meldung Podbielskis. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Tägliche Rundschau" (Abendausgabe, 6. Mai) einen kleinen Artikel, der den enragierten Kriegsanhängern eigentlich zu denken geben müßte. Darin wird eine Heldentat geschildert, die der nachmalige Minister von Podbielski als junger Leutnant im deutsch-französischen Kriege vollbrachte.

„Der große Tag von Vionville-Mars la Tour, der zu einer Katastrophe hätte werden können, ist ohne den jungen Premierleutnant v. Podbielski undenkbar. Schon am 10. August hatte Podbielski einen glänzenden Erkundungsritt getan, dessen das Generalstabswerk rühmend gedenkt; aber der 15. und 16. August wurden für ihn die eigentlichen Ehrentage.

Moltke dachte damals an die Möglichkeit des großen Zusammenprallens bei Metz; das Oberkommando der 2. Armee aber war von der fixen Idee besessen, der Feind sei in vollem Rückzug auf die Maas begriffen. Moltke beabsichtigte für den 16. August eine Rechtsschwenkung, Friedrich Karl ordnete eine Linksschwenkung an. Der eine wollte nach Norden konzentriert zum Schlagen, der andere nach Westen fächerförmig zum Marschieren auseinander.

Die Anschauungen flatterten auseinander, ein Désastre war im Anzuge. Bombenfest stand nur eins: das, was der Premierleutnant v. Podbielski gesehen hatte — seine Meldung. Danach stand der Feind massiert bei Metz.

Nicht nur Scherff, sondern auch größere Geister, Goltz, Haeseler, haben viel zur Entschuldigung der vorgefaßten Meinung des Armeeoberkommandos II angeführt, und die große Schar derer, die durch die karmoisinroten Streifen wie durch eine Priesterweihe verbunden sind, haben sich heftig darum bemüht. Trotz alledem bleibt Tatsache, daß die Situation nur durch einen klugen Befehl à deux mains, den der Generalstabschef des 10. Korps, v. Caprivi (der spätere Kanzler), für dieses Korps ausarbeitete, gerettet wurde; das Korps konnte infolgedessen, statt sich nach Westen zu verflüchtigen, noch rechtzeitig Front machen und eingreifen. Dieser Befehl verdankt sein Entstehen nur der unbekümmerten Starrheit Podbielskis: was er gesehen, habe er gesehen!

Er war in umfassendem, weitem Ritt, auch körperlich einer Riesenleistung, selbst auf der Straße Vionville—Mars la Tour gewesen. Dort könnten unmöglich Truppen marschiert sein, weil sie nicht die geringsten Marschspuren gezeigt habe. Die feindliche Kavallerie, von der er schließlich gejagt wurde, sei nicht Arrieregarde, sondern Avantgarde, weil die Massen hinter den Flankeurs aus der Richtung Metz und nicht von der Maas gekommen wären. „Ich glaube, daß es morgen zu einer großen Schlacht kommt." Der junge Leutnant sagte es in ruhiger Festigkeit, obwohl er wußte, daß der Kommandierende, ja der Prinz selbst, entgegengesetzt dachten.

Das alles wurde mit solcher Ueberzeugung gesprochen, daß Caprivi den tiefsten Eindruck erhielt. Um ½12 Uhr nachts schrieb er darauf seinen berühmten Befehl. Bei einer neuen Erkundung ließ er sich von Podbielski selber führen, und fand alles bestätigt.

Der junge Offizier hatte mit seinen hellen Augen noch viel mehr gesehen: daß auf dem ganzen Plateau von Vionville kein Wasser vorhanden war. Auf Grund dieser Meldung wurden alle im Korps vorhandenen Geschirre mit Wasser gefüllt, — ohne dieses wäre der Eilmarsch in brennender Sonnenglut, dem 3. Korps zu Hilfe, überhaupt nicht durchzuführen gewesen."

Und zum Schlusse heißt es in diesem wertvollen Artikel:

„Es ist ein Trost für unsere jungen Offiziere, deren Tatenlust im staubigen Fronteinerlei verkümmert. Man braucht nicht Feldmarschall zu sein, um Großes zu leisten. Ein Torpedobootskommandant, ein Flieger, ein Kavallerieleutnant kann Dinge vollführen, an denen das Schicksal eines Feldzuges hängt."

Merkt die „Tägliche Rundschau" nicht, wie sehr sie sich durch diesen Artikel für die Friedensidee engagiert hat? Wenn von den klaren Augen eines einzelnen, eines Leutnants, eines Torpedokommandanten das Schicksal eines Feldzugs, also das Schicksal eines Volkes, abhängen kann, so ist jeder Krieg das riskanteste Ding, das man sich denken kann, und der magerste Vergleich dem sogenannten „Ernstfall" vorzuziehen. Durch solche Tatsachen wird der Krieg vollends verurteilt, und jeder Vernünftige wird verpflichtet, für eine sicherere Weltordnung einzutreten, als für eine, die von solchen Zufällen abhängt.

AUS DER BEWEGUNG

Pazifistisches Kongreß-Kalendarium. :: :: :: :: :: :: ::

27. bis 28. Juni. Deutsch-englische Verständigungskonferenz in London.

14. bis 15. Juli. Schwedischer nationaler Friedenskongreß in Arvika.

16. bis 17. Juli. Skandinavischer Friedenskongreß in Stockholm.

22. bis 27. August. II. Kongreß für moralische Erziehung im Haag.

24. bis 28. Aug. Kongreß des Institut de Droit international in Christiania.

18. bis 20. Sept. XIII. Interparlamentarische Konferenz in Genf.

23. bis 27. Sept. XIX. Weltfriedenskongreß in Genf.

24. bis 28. Sept. Int. Handelskammerkongreß in Boston.

Okt. V. Deutscher nationaler Friedenskongreß in Berlin.

☞

Vom VIII. nationalen Friedenskongreß in London. ::

Der Kongreß, der vom 15. bis 17. Mai tagte, lehnte mit 89 gegen 47 Stimmen eine Resolution ab, die zur Verhütung des Krieges Nationalstreiks vorschlug, für die ein internationales Uebereinkommen getroffen werden sollte. Unter denen, die sich am heftigsten hiergegen aussprachen, war F. Maddison; er wies darauf hin, daß in Deutschland mit seiner allgemeinen Wehrpflicht die Streikenden militärisch eingezogen werden könnten, während englische Arbeiter keine derartige Gefahr liefen.

„Würde die Frage über Krieg oder Frieden in Händen von Leuten gelassen, die ehrlichen Handel treiben, so wäre der Krieg zwischen zivilisierten Nationen bald an seinem Ende angelangt", sagte der Parlamentarier A. Gordon C. Harvey. Von Leuten, die ehrlichen Handel treiben, schließt Mr. Harvey die Finanzleute aus, deren Geschäft es sei, unbekannte Teile der Erde auszubeuten.

Sir Ernest Tritton sprach über die finanzielle Abhängigkeit der Nationen voneinander und führte aus: „Wenn wir in einem Kriege besiegt werden würden, würde die Zerstörung des Kredits und der Kapitalien unendliches Elend hervorrufen, und nicht nur wir, die Besiegten, sondern auch der Sieger würde ungeheure Verluste erleiden, sowohl an Kapital wie an Kredit."

F. W. Hirst, der bekannte Herausgeber des „Economist", beantragte und vertrat eine Resolution, wonach England den Antrag stellen solle, den Schutz des Privateigentums im Seekriege zu sichern.

T. J. Lawrence meinte, daß die nächste erstrebenswerte Reform sich auf Unterseeminen beziehen solle. Das Parlamentsmitglied W. H. Dickinson sagte: „Wenn man den Frieden zu vermeiden wünsche, ist das beste, was man tun kann, sich auf den Frieden vorzubereiten. Es sei ganz ohne Frage, daß, wenn das Recht auf Kaperung zur See verschwinden würde, dies die deutschen Friedensapostel stark stützen werde." Joseph Kings Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, Schritte in die Wege zu leiten, um das Mißtrauen Deutschlands gegen Großbritannien zu beseitigen, wurde angenommen.

☞

Die Sitzung des europäischen Rats der Carnegiestiftung.

Am 28. und 29. Mai fand in den Räumen des europäischen Bureaus der Carnegiestiftung in Paris, 24 Rue Pierre Curie die erste Sitzung des europäischen Rates der III. Division jener großen Friedensstiftung statt. Den Vorsitz führte Senator Baron d'Estournelles de Constant. Von den Mitgliedern des Rates waren erschienen: Thomas Burt (London), Geheimrat Förster (Berlin), Geheimrat Zorn (Bonn), Baronin Suttner (Wien), Hofrat Lammasch (Wien), Dumamitglied Efremoff (Petersburg), ehem. Ministerpräsident Moret (Madrid), Präsident der Regierung von Luxemburg v. Eyschen, Th. Moneta (Mailand), Senator H. Lafontaine (Brüssel), Prudhommeaux (Paris), Th. Ruyssen (Bordeaux), L. Puech (Paris).

Das Bureau hat folgenden Programmentwurf beschlossen:

1. Zentralisierung und Kontrolle der Nachrichten bezüglich des Fortschritts der guten Beziehungen zwischen den Staaten. Studium der praktischsten Mittel zur Förderung dieses Fortschrittes.

2. Errichtung von Verbindungen koordinierender Natur und Verständigung zwischen den verschiedenen, mit jedem Tage zahlreicher werdenden Betätigungen, die gleichen Zielen zustreben.

3. Verfolgung und Studium jener Initiativen, die der Aneiferung würdig erscheinen, ihre Annäherung unter Beachtung ihrer Unabhängigkeit.

4. Richtigstellung irriger oder tendenziöser Nachrichten, die imstande sind, die internationalen Beziehungen zu stören.

5. Hinweis auf Werke verschiedener Sprachen, die zu übersetzen und zu verbreiten wichtig wären; Begünstigung ihrer Verbreitung.

6. Förderung des Austausches internationaler Besuche, wissenschaftlicher oder beruflicher Natur usw., unter Ausschluß aller politischen Kundgebungen.

7. Veranstaltung von Vortragsreisen dazu geeigneter Persönlichkeiten, sofern diese Reisen dem Zweck der Stiftung entsprechen.

8. Förderung von Schriftensammlungen, die geeignet sind, die öffentliche Meinung über die internationalen Probleme zu unterrichten.

9. Popularisierung der Elemente des internationalen Rechtes durch die Veröffentlichung eines Handbuchs.

Das Bureau macht es sich zur Pflicht, ebenso wie die Stiftung selbst in die innere wie in die äußere Politik der Staaten nicht einzugreifen. Es lehnt es ab, Anträge in Betracht zu ziehen, die von Personen herrühren, „die verdächtig sind, die öffentliche Ordnung zu stören, die Gewissen aufzuhetzen, den Patriotismus oder die Moral zu verletzen, die religiösen oder antireligiösen Leidenschaften aufzurütteln, usw.".

Das Bureau wählte die Professoren Nippold (Frankfurt), Meurer (Würzburg) und Huber (Zürich) zu neuen Mitgliedern des europäischen Rates.

Zu der am 29. Mai nachmittags stattgehabten Schlußsitzung wurden auch die in Paris anwesenden Korrespondenten der dritten Division der Stiftung eingeladen. Es waren erschienen

die Herren Kemenyi, Quidde, Moscheles, Semenoff, Richet und Fried. Den Vorsitz in dieser Schlußsitzung führte der Arbeitsminister Leon Bourgeois. Er knüpfte an seine Wirksamkeit in den Haager Friedenskonferenzen an und spendete dem Schöpfer des gegenwärtigen Werkes Andreas Carnegie warme Worte des Dankes. Neben dem Haager Friedenspalast aus Marmor erhebt sich nun ein noch großartigerer geistiger Friedensbau, der wesentlich dazu beitragen wird, noch Fernstehende der Sache des Friedens zu erobern. Zum Schlusse seiner wiederholt durch Beifall ausgezeichneten Rede gedachte Bourgeois in tiefempfundenen Worten des durch schwere Krankheit am Erscheinen verhinderten Frédéric Passy, des Großmeisters des Pazifismus. Nach den Dankesworten des Barons d'Estournelles de Constant sprach noch Professor Richet, der der beiden großen Toten der Friedensbewegung: Stead und Novikow, gedachte. Nun erhob sich der schwerkranke Theodor Moneta, um sich gerührt als Sündigen zu bekennen und dem großen Friedenswerk weiteres Gedeihen zu wünschen. Scherzhaft rief ihm Minister Bourgeois zu, daß man im Himmel mehr Freude habe mit einem reuigen Sünder denn mit 99 Gerechten. Nachdem Minister Bourgeois noch dem Wunsche Ausdruck gab, daß die dritte Haager Friedenskonferenz früher zusammentreten möge, und die Versammlung einmütig beschloß, an Carnegie und Passy Begrüßungstelegramme abzusenden, wurde die denkwürdige Sitzung geschlossen. Abends fand in den Räumen des „Hotel du Palais d'Orsay" ein von der europäischen Carnegie-Zentrale organisiertes Bankett statt, das in festlicher Stimmung verlief.

Sitzung der Kommission des Berner Bureaus. :: :: ::

Am 30. und 31. Mai hielt die Kommission des Berner Bureaus ihre Frühjahrssitzung in Paris ab. Es wurde diesmal Paris gewählt, um den Mitgliedern der Kommission zu ermöglichen, die aus Anlaß des 90. Geburtstags von Fréd. Passy geplanten Feier beizuwohnen. Die Sitzungen der Kommission fanden in einem vom Fürsten Albert von Monako in entgegenkommendster Weise zur Verfügung gestellten Konferenzsaale des Internationalen Ozeanographischen Instituts statt, das bekanntlich der Munifizenz des Fürsten seinen Bestand verdankt. Folgende Mitglieder des Bureaus waren erschienen: Die Ehrenpräsidenten Bajer und Baronin Suttner; Präsident Lafontaine, Vize-Präsident Arnaud, Direktor Dr. Gobat, Sekretär Golay; ferner Prof. Quidde, Dr. Westphal (i. V. des Dr. Richter), Fried, Frau Zipernowski, Kemenyi, Moscheles, Alexander, Green, Darby, Bucher-Heller, Bovet, Semenoff, Nilson, Horst, Moch, Richet, Ruyssen, Moneta, Frau Quidde (i. V. E. de Neufville) und Frau Bajer (ebenfalls in Vertretung eines Mitgliedes) und Frau Gwiss-Adami (i. V. v. Gubernatis).

Die erste Sitzung eröffnete der Präsident mit einem warmen Nachruf für Stead, Novicow und Miß Robinson; er gedenkt Passys, zu dessen Ehren die Mitglieder der Kommission sich in Paris versammelt haben, der jedoch mit dem Tode ringt. Gaston Moch teilt mit, daß Fürst Albert von Monako die Absicht hatte, die Kommission durch eine Ansprache zu begrüßen, ebenso den Mitgliedern zu Ehren in seinem Hotel einen Empfang zu veranstalten, jedoch durch den Tod der Prinzessin von Urach, seiner Verwandten, der ihn veranlaßte, nach Stuttgart zu reisen, daran verhindert wurde.

Die Versammlung setzte alsdann den 23. September d. J. als den Tag des Zusammentritts des XIX. Weltfriedenskongresses fest, der in Genf abgehalten werden wird, und trat in die Feststellung der Tagesordnung des Kongresses ein. Diese wird demnächst veröffentlicht werden.

In der Nachmittagssitzung erstattete der Direktor des Bureaus den Rechnungsbericht über die Zeit Juli bis Dezember 1911, der unverändert angenommen wurde. Hierauf kam der Programmpunkt „Verhalten der Pazifisten in Kriegszeiten" zur Beratung. Th. Moneta brachte eine längere Rede zur Verlesung, in der er das Verhalten der italienischen Pazifisten zu rechtfertigen suchte. Seine Ausführungen wurden schweigend angehört. Von einer Erwiderung wurde Abstand genommen. Präsident Lafontaine stellte lediglich fest, daß die anderen Mitglieder des Berner Bureaus die Anschauungen Monetas nicht teilen können. Hierauf hielt noch Frau Gwiss-Adami eine längere Ansprache.

Alsdann begaben sich die Mitglieder des Bureaus nach der Sorbonne, wo die von der Gesellschaft der Nationalökonomen veranstaltete Passy-Feier stattfand.

Die beiden Sitzungen des 31. Mai wurden hauptsächlich durch die Erörterung über die neue Zeitschrift des Berner Friedensbureaus ausgefüllt. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder sprach sich gegen diese Zeitschrift aus, und ein von Fried eingebrachter und von Darby, Moscheles, Quidde, Zipernowski u. a. unterstützter Antrag fand die Zustimmung der meisten Mitglieder. Darin wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Zeitschrift des Bureaus von einem nahen Zeitpunkt ab nur in französischer Sprache und nur einmal im Monat erscheinen solle und ihr Inhalt rein dokumentarisch und informativ sein solle. Es wurde schließlich beschlossen, die Umwandlung der Zeitschrift durch eine Kommission beschließen zu lassen, die in den nächsten Wochen in Bern zusammentreten und der nächsten Sitzung der Kommission des Bureaus im Herbst einen Bericht vorlegen soll. Zu Mitgliedern dieser Kommission wurden gewählt: Lafontaine, Arnaud, Gobat, Green, Ruyssen, Moch und Fried.

Zum Schluß nahm das Bureau auf Antrag von Charles Richet eine Resolution an, worin Miß Eckstein die Billigung für ihre Weltpetition zum Ausdruck gebracht wurde.

Die Passy-Feier in Paris. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die schwere Erkrankung Frédéric Passys machte es unmöglich, daß er selbst an der ihm zugedachten Feier der „Société d'Economie Politique", die am 30. Mai in der Sorbonne stattfand, sich beteiligen konnte. Aus dem gleichen Grunde mußte eine Feier unterbleiben, die die Pazifisten für sich ihrem Doyen zu Ehren geplant hatten. Sie begnügten sich, in großer Zahl bei der Feier im großen Saale der Sorbonne zu erscheinen. Leider wollte die „Société d'Economie Politique" ihren ersten und langjährigen Präsidenten nur als solchen, nicht aber als den großen Pazifisten feiern lassen. Keiner der Mitkämpfer Passys in der Friedensbewegung kam zu Wort.

Auch sonst war diese Feier nicht sehr eindrucksvoll. Der Riesensaal war nur zur Hälfte gefüllt. Yves Guyot hielt die Festrede. Ein Brief Passys kam zur Verlesung. Es haben nachher die aus verschiedenen Ländern herbeigeeilten Ehrengäste gesprochen. Das Podium zierte eine lebenswahre Herme Passys, die diesem von der Gesellschaft der Nationalökonomen zum Geschenk gemacht wurde. Beim Eintritt in die Sorbonne wurde eine Passy gewidmete Sondernummer der von Paul Hyacinthe Loyson redigierten Tageszeitung „Les Droits de l'Homme" verteilt. Darin befanden sich Beiträge von Bertha v. Suttner, Gabriel Séailler, Jean Finot, Yves Guyot, Jacques Dumas, Théodore Ruyssen u. a. Die französische Presse hat von der Feier fast gar keine Notiz genommen. Mit Recht schrieb Jean Bernard in der „Indépendance Belge", daß sie mit den Gesten und Sprüngen der russischen Balletttänzer zu sehr beschäftigt war.

Vrede door Recht. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Zur Feier des 18. Mai 1899 hielt die holländische Friedensgesellschaft „Vrede door Recht" eine öffentliche Versammlung ab, in der Professor van Vollenhoven-Leyden über die Reform des Völkerrechts sprach. Unter den Anwesenden befanden sich der Minister des Aeußeren, Marees van Swinderen, der Vizepräsident des Staatsrates, Roell, die drei früheren Kriegsminister, Den Beer Poertugael, van Rappard und Staal, der Vizepräsident der ersten Haager Konferenz von Karnebeek, und zahlreiche andere Männer von hohem Rang. Van Vollenhoven führte aus, die dritte Haager Konferenz müsse fortfahren, das Völkerrecht zu kodifizieren und die Schiedsgerichtsbarkeit auszudehnen, daneben aber auch eine internationale Polizeimacht schaffen, um dafür zu sorgen, daß die Staaten die Erfüllung der Verträge nicht unter Berufung auf ihre Lebensinteressen ablehnten. Er zeigte, wie in neuester Zeit die Verträge immer mehr gehalten werden, und wies dabei auch auf das Verhalten Preußens gegenüber den Rheinschiffahrtsakten und das Verhalten Rußlands gegenüber der Zuckerkonvention hin. Ein weiterer Beweis für den Willen der Staaten in neuester Zeit, sich streng an die Verträge zu halten, ist ihm die Tatsache, daß viele Schiedsverträge die Ehrenklausel enthalten. Dies geschieht eben deshalb, weil die Staaten nicht mehr versprechen wollen, als sie auch halten können. Deshalb liegt es nach van Vollenhoven in der Entwicklung begründet, die Aufrechterhaltung der internationalen Verträge mehr und mehr zu sichern. Dies geschieht am besten durch die Errichtung einer internationalen Polizeimacht zur Sicherung der Erfüllung der Schiedsverträge und der Rechte der Neutralen. Den Einwänden der Gegner gegenüber, daß die Großmächte sich auf eine internationale Polizeimacht nicht einlassen würden, wies der Redner auf die Kraft des Idealismus hin, der die Religionsfreiheit in Europa und die Abschaffung der Sklaverei in Amerika gebracht habe.

LITERATUR U. PRESSE

„Das Werk vom Haag."

In dem Augenblicke, wo diese Nummer der „Friedens-Warte" in den Druck geht, überreicht mir die Verlagsbuchhandlung von Duncker & Humblot in München die beiden ersten Bände des groß angelegten Reihenwerkes „Das Werk vom Haag", das unter Mitwirkung des hervorragendsten deutschen Völkerrechtsgelehrten (v. Bar, Fleischmann, Kohler, Lammasch, v. Liszt, Meurer, Niemeyer, Nippold, v. Ullmann und Wehberg) von Professor Walther Schücking in Marburg herausgegeben wird und auf dessen bevorstehenden Erscheinen in diesen Blättern bereits wiederholt hingewiesen wurde.

Der erste Band ist aus der Feder des Herausgebers und betitelt sich „Der Staatenverband der Haager Konferenzen" (XII und 330 S.); der zweite Band hat Dr. Hans Wehberg zum Verfasser und trägt den Titel „Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofes" (XIV und 238 S.).

Schon ein oberflächlicher Ueberblick belehrt uns, daß wir es hier mit einem hocherfreulichen Vorstoß der deutschen Völkerrechtswissenschaft nach der Richtung des Fortschrittes, mit einem wissenschaftlichen Ausbau des pazifistischen Ideenganges zu tun haben; und vor allen Dingen ist festzustellen, daß das Werk vom Haag hier eine neue weltbedeutende Fortführung und Festigung erhalten hat.

Schücking kommt bei seinen Studien über das Haager Werk zu der Erkenntnis, daß mit diesem mehr zustande gebracht

wurde, als seine Urheber und seine Mitarbeiter sich träumen ließen, daß die Haager Konferenzen tatsächlich bereits einen Staatenverband geschaffen haben, der nur fortzuentwickeln ist, der aber in seinem gegenwärtigen Umfang und in seiner Tragweite erst erkannt werden muß, damit er fortentwickelt werden kann. Beim Werk vom Haag, so führt er in der prachtvollen Einleitung seines Buches aus, müssen die Arbeiten der Juristen einsetzen, um ein besseres Zeitalter des gesicherten Rechtsfriedens heraufzuführen. Wie diese Arbeit zu orientieren ist, finden wir in dem vorliegenden Buche in geistvoller Weise ausgeführt.

Während die Arbeit Schückings dem Haager Werk in seiner Gesamtheit gewidmet ist, setzt Wehberg an einem wichtigen Punkte mit der Detailarbeit ein. Sein Buch wird die große Frage über die Grenzen und die Wirksamkeit der Schiedsgerichtsbarkeit in entscheidender Weise beeinflussen, indem es das Problem der Schiedsgerichtsbarkeit fein herausarbeitet, dessen Beschränkung zeigt und deutlich und unerschrocken den Weg zur ordentlichen Staatengerichtsbarkeit weist, die nicht nur Streitfragen lösen, sondern auch imstande sein wird, die zwischenstaatliche Ordnung zu entwickeln. Das Problem der richterlichen Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten findet durch das Wehbergsche Buch in Deutschland — vielleicht überhaupt in Europa — ihre erste wissenschaftliche Vertretung.

Schon aus der kurzen Inhaltsangabe der beiden Bände kann man ersehen, welch entschiedener Vorstoß auf dem Gebiete des Völkerrechtes hier unternommen wird. Das Haager Werk wird uns hier bereits als der Anfang eines Weltstaatenbundes bezeichnet, und an Stelle der bisher geübten Schiedsgerichtsbarkeit wird der Staatenrichter und das Staatengericht gefordert. Wie lange ist es her, daß viel bescheidendere Forderungen der Pazifisten als lächerliche Utopie behandelt wurden. Forderungen, die mittlerweile ihre Erfüllung gefunden haben, und über die hinweg jetzt die Wissenschaft die Wege baut. Hocherfreulich ist es, daß dieser Vorstoß jetzt von deutscher Seite kommt, wo solange und soviel gegen die Entwicklung des Völkerrechts gesündigt wurde. Es hat den Anschein, als ob durch dieses literarische Unternehmen Schückings und seiner Mitarbeiter der aus heißem Wunsch gezeugte Ruf der Pazifisten „Germans to the Front!“ endlich Erfüllung finden sollte.

Es soll heute hier nur auf das Erscheinen dieser beiden wichtigen Erstlingsbände des großen Werkes hingewiesen werden. Ganz selbstverständlich wird man noch ausführlich auf sie zurückkommen müssen. Nicht nur um ihren Inhalt zu schildern, sondern auch, um mit Genugtuung zu konstatieren, wie sehr die beiden Gelehrten der Vorarbeit des Pazifismus in ihren Schriften Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Aber eins soll doch noch betont werden, daß der Pazifismus mit der Veröffentlichung dieser beiden Bände einem Ereignis gegenübersteht, das ihm glänzende Ausblicke für die nahe Zukunft bietet. All die traurigen Erscheinung der Gegenwart, all die Zerklüftung in der politischen Gebahrung Europas, all das Wiedererwachen eines überwunden geglaubten Militarismus, die neue Hochflut, mit der er die Völker wieder überschüttet, all das wird an Bedeutung herabgesetzt, durch die einfache Tatsache, die sich uns hier offenbart, daß die Männer der Wissenschaft, die Männer des Fortschrittes unentwegt am Werke sind, den stolzen Bau der künftigen Menschheitsorganisation weiterzuführen und der Vollendung näherzubringen. Das Motto, das Schücking auf das Titelblatt seines Buches gesetzt hat, scheint im Hinblick auf die Konstellation unserer Gegenwart ganz glücklich gewählt zu sein. Es ist ein Satz von Hegel, der da sagt: „Die theoretische Arbeit bringt mehr in der Welt zustande, als die praktische; ist das Reich der Vorstellung revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht stand.“

A. H. F.

☞

John Basset Moores großes Werk „History and Digest of International Arbitrations“ wird auf Veranlassung der Carnegie-Stiftung neu herausgegeben und bis zur Gegenwart fortgeführt. Es wird überdies so eingerichtet werden, daß es dauernd fortgesetzt werden kann. Auch soll es so erweitert werden, daß auch jene Schiedsfälle, an denen die Vereinigten Staaten keinen direkten Anteil hatten, darin Aufnahme finden sollen.

☞

„Der Völker-Friede.“ Der bisherige Redakteur des „Völker-Frieden“, des Organes der Deutschen Friedensgesellschaft, Herr Kohler in Eßlingen, hat infolge seiner Ernennung zum Bezirksschulinspektor und der damit verbundenen stärkeren Arbeitsbelastung die Redaktion niedergelegt, die er ungefähr ein Jahrzehnt unermüdlich und tüchtig geleitet hat. Otto Umfrid hat mit der Juninummer die Redaktion des „Völker-Friede“ übernommen.

☞

Besprechungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Peace Day (May 18). Suggestions and Material for its Observance in the Schools. Compiled by Fannie Fern Andrews, Secretary of the American School Peace League. 8°. Washington. 1912. Verlag des „United States Bureau of Education", Bulletin 1912. Nr. 8. Whole Number 476. 46 Seiten.

Dieses Büchlein ist für alle Friedensvorkämpfer in Europa ein Dokument von höchster Bedeutung. Es ist nicht mehr und nicht weniger als eine vom Ministerium des Innern der Vereinigten Staaten herausgegebene offizielle Anleitung zur Feier des internationalen Friedenstages in den Schulen. Gedruckt ist die Schrift in der Staatsdruckerei (Governement Printing Office) in Washington, und auf dem Titel trägt sie das amerikanische Wappen mit der Inschrift „Departement of the Interior". Eingeleitet wird die Schrift durch ein Rundschreiben des Ministers des Innern, worin die amerikanischen Schulleiter und Lehrer aufgefordert werden, den Friedenstag zu begehen und sich dabei an das nachfolgende, im Auftrage des Ministers von Mrs. Fannie Fern Andrews ausgearbeiteten Programm zu halten. Dieser Brief ist ein solch wichtiges Dokument der Friedensbewegung, daß wir ihn an anderer Stelle dieser Nummer in wörtlicher Uebersetzung zum Abdruck bringen.

Es folgt dann der Vorschlag eines Programms einer feierlicher Begehung des Friedenstages. Wir finden darin Gedichte von Tennyson und Mackay empfohlen, die Anführung geeigneter Musikstücke und als Vortrag eine Rede des Präsidenten Taft „Die Dämmerung des Weltfriedens" und eine andere von Fannie Fern Andrews über das Thema „Die Bedeutung des 18. Mai". Außer diesen beiden Reden enthält die Schrift noch als für den Schulvortrag gedachte Arbeit zwei Aufsätze von David Starr Jordan, „Die Kosten des Krieges" und „Die Kosten des bewaffneten Friedens". — Im übrigen enthält die Schrift orientierende Mitteilungen über die Friedensbewegung, so über den Hager Hof, das Nobelkomitee, die Interparlamentarische Union, die Carnegiestiftung und eine ausführliche Darstellung des Erziehungswerkes für den Frieden. Dazu gehört der Wortlaut der von der „National Education Association" im Juli 1911 angenommenen Resolution und eine genaue Darlegung für den Friedenswettbewerb, den die amerikanische Schulfriedensliga ausgeschrieben hat. Den Anhang bildet eine Auswahl von Gedichten hervorragender amerikanischer Poeten, die zum Vortrag am Friedenstag geeignet erscheinen, und ein reichhaltiges Verzeichnis pazifistischer Literatur.

Ueber die Verbreitung dieser offiziellen Friedenspublikationen wird uns noch mitgeteilt, daß sie in 12 000 Exemplaren gedruckt wurde und über 100 000 davon hätten zur Verteilung gelangen können. „Die Sekretäre einer jeden der 30 Gruppen der amerikanischen Schulfriedensliga", so heißt es weiter in jenem Bericht, „sandten an die Schulräte und die Direktoren in ihrem bezüglichen Staate Briefe, worin diese aufgefordert wurden, den 18. Mai zu feiern. Auch Literatur senden wir jedem Lehrer, der sie fordert. Die Nachfrage ist ungeheuer." —

Man sieht, wir im alten, verbohrten Europa haben noch viel zu lernn von der Neuen Welt.

☞

Annuaire de l'Union Interparlementaire. Deuxième Année 1912. Publié par Chr. L. Lange. Gr. 8°. Brüssel. Misch & Thron. Leinwandband. 226 S.

Was wir bereits über den ersten Jahrgang dieses ausgezeichneten „Annuaire" (in der „Friedens-Warte" 1911, S. 269) gesagt haben, können wir auch im vollen Umfang dem zweiten Jahrgang gegenüber aufrechterhalten. Dieser „Gotha des Internationalismus", wie wir die treffliche Arbeit des Herrn Lange damals nannten, ist bereits zu einem unentbehrlichen Behelf jedes Schriftstellers geworden, der auf dem weiten Gebiete des internationalen Rechts, des Pazifismus, der Schiedsgerichtsbarkeit usw. zu arbeiten hat, so daß man es mit Freude begrüßen wird, den Band in diesem Jahre einige Monate früher zu erhalten, als er zu erwarten war. Wir finden darin zunächst einen historischen Rückblick auf die Gründung wie das Werk der Union, eine interessante Bibliographie der neueren, die Union betreffenden Veröffentlichungen, die Statuten und Reglements im Wortlaut, den Rechnungsbericht für das Rechnungsjahr 1911, das Budget für 1912, den Bericht des Generalsekretärs über seine Tätigkeit, die Tagesordnung für die nächste Konferenz und den Bericht der verschiedenen interparlamentarischen Gruppen usw. Im zweiten Teil finden wir ein reiches Material über die internationale Friedensbewegung des Jahres, so eine Darstellung der Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit in den Jahren 1911/12 mit dem Abdruck des authentischen Textes der neuesten Schiedsverträge. Kompromisse und anderer auf die Schiedsgerichtsbarkeit Bezug habende Dokumente, eine Darlegung der im Jahre 1911 erledigten wie der noch schwebenden Schiedsfälle, eine übersichtliche Aufstellung der Ratifikationen und Adhäsionen zu dem Abkommen der II. Haager Konferenz, die für die Vorbereitung der III. Haager Konferenz wichtigen Mitteilungen wie eine instruktive Darstellung aller anderen, nicht direkt die Friedensorganisation betreffenden Regierungskonferenzen des Jahres 1911 wie der Rechts- und Friedenskongresse des vergangenen Jahres.

Wie man sieht, enthält dieses Buch eine solche Fülle interessanter Daten, daß man es auf keinem der 2- bis 3000 Schreibtische, auf denen man heute in Europa für die Weltorganisation arbeitet, wird vermissen können.

☞

Die Kultur des modernen England in Einzeldarstellungen; herausgegeben mit Unterstützung des deutsch-englischen Verständigungskomitees von Dr. Ernst Sieper. I. Band: Dr. Ernst Schultze. Die geistige Hebung der Volksmassen in England. XI und 177 S. 4 M. — II. Band: Dr. Ernst Schultze, Volksbildung und Volkswohlfahrt in England. XII und 205 S. 4,50 M. — III. Band: Berlepsch-Valendus, Die Gartenstadtbewegung in Eng-

land, ihre Entwicklung und ihr jetziger Stand. XII und 190 S. mit 10 Textabbildungen und 19 Tafeln. 4,50 M. — IV. Band: Prof. Dr. H. W. Singer, Der Prae-Raphaelitismus in England, VIII und 126 S. mit 10 Vollbildern. 3,50 M. 8°. München und Berlin. Druck und Verlag von R. Oldenbourg. 1912. Die Bände sind kartoniert.

Von dem anglo-deutschen Wettbewerb in der Kriegsrüstung ist die Tagespresse voll. Von dem gleichzeitig vor sich gehenden Wettbewerbe in der Friedensrüstung wird weniger gesprochen. Es ist aber klar, daß die Friedensrüstung der Kriegsrüstung nicht nachsteht. Noch nie ist in der Geschichte so viel getan worden, die Verhetzung zweier Völker lahmzulegen als jetzt zwischen Deutschland und England. Das ist ein neuer Dreadnought des Friedens, der da vom deutsch-englischen Verständigungskomitee unter Prof. Siepers in meisterhafter Führung auf Stapel gelegt wurde. Diese Sammlung „Kultur des modernen England" wird viel dazu beitragen, die Verwendung der Kriegsdreadnoughts zu hintertreiben. Sie wird auch den Satz praktisch bestätigen, den Lord Arebury geschrieben und den der Verfasser zum Motto eines der vorliegenden Bände genommen hat; den Satz, der da lautet: „Es läßt sich, glaube ich, zeigen, daß Unwissenheit mehr kostet als Bildung." Ein Unternehmen wie das vorliegende ist ganz danach angetan, Bildung zu verbreiten und somit zu einer Verbilligung der Ausgaben für die Seewehr zu führen.

☞

Congrès Mondial des Associations Internationales. Second Volume. Procès-Verbals des Séances. Gr. 8°. Brüssel. Verlag des Office central des Institutions Internationales, 3 bis Rue de Regence. 1912. S. 831 bis 1246.

Dieser zweite Band enthält den Verhandlungsbericht über jenen im Mai 1912 in Brüssel abgehaltenen Kongreß der internationalen Gesellschaften. Der schon früher erschienene erste Band brachte die Sonderberichte und sonstige Dokumente des denkwürdigen Kongresses, der nun in den beiden Bänden vollständig festgehalten erscheint.

☞

L'Union des Associations Internationales et la Constitution d'un Centres international. Gr. 8°. Brüssel. Verlag des Office Central des Associations Internationales. 1912. 162 S. mit einigen Tafeln.

Der vorliegende Band ist eine Propagandaschrift für die Brüsseler Union des Associations Internationales. Er legt zuerst die Aufgaben dieser Union dar, führt Aeußerungen über den Umfang und die Bedeutung des Internationalismus an, gibt ein Verzeichnis aller bestehenden internationalen Assoziationen und bietet zum Schluß einige interessante Darlegungen über gewisse internationale Einrichtungen wie über das „Annuaire de la Vie Internationale", über die „Revue de la Vie Internationale", über das „Internationale Museum" usw. Die Schrift wird als Einführung in die Wissenschaft des Internationalismus gute Dienste leisten.

☞

Internationales Schiedsgericht für Streitigkeiten zwischen Privatpersonen und ausländischen Staaten. 2°.

Unter diesem Titel haben die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft am 20. Mai 1912 eine erneute Eingabe an den deutschen Reichskanzler gerichtet, die die frühere Anregung in erweiterter Form nochmals vorträgt. Die 25 seitige Denkschrift weist darauf hin, wie viele Gelehrte, z. B. Zorn, v. Martitz und van Eysinga, und wie viele Körperschaften, z. B. der Handelsvertragsverein, die American Association of Commerce und Trade in Berlin, sowie der mittelmitteleuropäische Wirtschaftsverein, das neue Projekt warm unterstützt haben. Ferner weist sie drei Bedenken zurück, nämlich erstens, daß der Vorschlag der Souveränität der Staaten widerspreche, zweitens, daß die Privatpersonen bereits heute ein direktes Klagerecht vor dem Haager Schiedshofe haben, und drittens, daß die Einführung des Schiedsgerichts zu einer Schädigung von Handel und Gewerbe führen würde, insofern die Staaten fortan ungern mit ausländischen Privatpersonen kontrahieren würden. Gerade dieser letzte Punkt ist in sehr eingehender Weise widerlegt. Schließlich wird betont, daß ein ständiges Gericht einem jedesmal zu bildenden Schiedsgerichtshofe vorzuziehen wäre.

☞

C. A. Flügge, Gegenwartsnöte. Aus dem Zeitenspiegel der Tagespresse. Kassel. J. G. Oncken. 182 S.

Ein Buch, das, wie schon der Titel sagt, alle ernsten Zeitfragen in freimütiger Weise erörtert, und das auch zu gewissen bedauerlichen Vorkommnissen der letzten Zeit entschiedene Stellung nimmt. Auch die Friedensbewegung ist durch Adbruck des Aufsatzes „Politik und Kriegsgeschrei" aus der Friedens-Warte ziemlich ausführlich vertreten. Ein Sach- und ein Namenregister erleichtert die Benützung des Büchleins, das manchen zum Denken anzuregen vermag, weshalb wir ihm eine gute Verbreitung wünschen.

☞

La Limitation conventionelle des armements, par R. Toinet, docteur en droit. Paris, A. Pedone, 1912. 224 S. Preis ca. 5 M.

Das vorliegende Werk ist wohl einer der ersten Versuche, die Beschränkung der Rüstungen wissenschaftlich zu erörtern. Der Verfasser sucht zu beweisen, daß eine einseitige wie vertragsmäßige Beschränkung der Rüstungen, sei es zwischen zwei oder sämtlichen Staaten, ganz unmöglich ist. Auch er hält freilich im letzten Grunde die Beschränkung der Rüstungen für wünschenswert, meint aber, daß sie in späteren, noch fernen Zeiten, ganz von selbst, automatisch, vor sich gehen werde. Er warnt vor einer Ueberschätzung der Schiedsgerichtsbarkeit, die für die schwierigsten Frage nicht in Betracht komme; trotzdem meint er, daß die allmähliche Entwicklung dieser Institution, ferner die Erschöpfung der Staaten durch die großen Rüstungsausgaben sowie der Fortschritt der demokratischen Einrichtungen die Rüstungen allmählich vermindern werden.

Obwohl sich der Verfasser nicht als Pazifist bezeichnet, so ist er doch auch keineswegs ein

Anhänger übertriebener Rüstungen. Er versucht jedenfalls, möglichst objektiv an seine Aufgabe heranzutreten. Er tadelt an einzelnen Stellen verschiedene pazifistische Forderungen und weist im letzten Grunde die ganze Frage des Rüstungsstillstandes als utopistisch ab, aber auf der anderen Seite zeigt er auch einiges Verständnis für die Probleme der Schiedsgerichtsbarkeit und für das Endziel der Friedensbewegung. Aus diesen Gründen wird man auf seine Ausführungen mehr Gewicht legen dürfen als auf die Schriften militaristischer Schwätzer. Freilich läßt sich sein Buch auch nicht als eine besonders treffliche Leistung bezeichnen, und dies im wesentlichen aus dem Grunde, weil Toinet nicht genügend Material benutzt hat, zu einseitig nur die gegen einen Rüstungsstillstand sprechenden Momente zu Worte kommen läßt, ihnen in überwiegendem Maße Gewicht beilegt und den internationalen Gesichtspunkt der gesamten Frage fast gar nicht, den zweifellos auch sehr wichtigen nationalen Gesichtspunkt ziemlich ausschließlich berücksichtigt. Diese letztere Tatsache hat mich um so mehr gewundert, als Toinets Buch sehr hoffnungsvoll in dieser Hinsicht beginnt.

Auf der zweiten Seite seines Werkes stellt der Verfasser sehr richtig fest, daß die Rüstungen einmal die unbedingte Existenzbedingung jedes Staates unter der Herrschaft der heutigen Staatenanarchie, und auf der anderen Seite eine Bedrohung gegenüber den anderen Staaten bedeuten. Daraus hätte der Autor doch zum mindesten den Schluß ziehen müssen, daß eine fortwährende Vermehrung der Rüstungen die Aufrechterhaltung des Friedens, den eine normale Rüstung sichern will, gerade gefährdet. Selbst Oncken sagt ja in seiner Schrift über „Deutschland und England“: „Es gibt ein Höchstmaß von Flottenverstärkung, das die Engländer sofort zur Kriegserklärung hinreißen könnte“. Aus dieser Betrachtung ergeben sich zweifellos einige praktische Gesichtspunkte für die nationale Rüstungspolitik, die wir in der Toinetschen Arbeit sehr vermissen. Nach Toinet soll der heutige Zustand bestehen bleiben, weil man nichts daran ändern kann. Das ist aber zweifellos verfehlt. Denn zum mindesten läßt sich der Grundsatz nachweisen, daß jede Friedenspolitik die Rüstungen eines Staates nicht nach rein souveränem Ermessen bestimmen darf, sondern von gewissen anderen Faktoren, die noch festzustellen sind. Ich glaube mit Toinet, daß unter der Herrschaft der heutigen Anarchie der Satz: „Si vis pacem, para bellum“ in gewissem Sinne zu Recht besteht. Nur muß er dahin modifiziert werden, daß die beste Sicherung des Friedens nicht nur die Vorbereitung des Krieges ist. Ist nämlich das Hauptziel der Rüstungen die Vermeidung des Krieges, die Abschreckung des Gegners, so ist diejenige Rüstung auf jeden Fall ungeeignet zur Friedenssicherung, die den Feind durch das Uebermaß der Verstärkung geradezu zu einem Präventivkrieg herausfordert. Diesen Gedanken, den ich später einmal eingehender auseinandersetzen werde und den ich schon anderswo, z. B. in Berta v. Suttners „Rüstung und Ueberrüstung“ betont finde, hat Toinet nicht richtig erfaßt.

Auch sonst vermisse ich mancherlei in der vorliegenden Arbeit. Von den verschiedenen Versuchen, zu einer Rüstungsverständigung zu kommen, erwähnt Toinet nur den Vertrag zwischen Chile und Argentinien; zum wenigsten den Rush-Bagotvertrag hätte eine wissenschaftliche Abhandlung nicht unerwähnt lassen dürfen. Schlimmer aber ist, daß der Autor fast nur die französische Literatur und diese nicht einmal vollständig berücksichtigt hat. Durfte er als Franzose ignorieren, was z. B. Moch und Dumas geschrieben haben? Was aber soll man dazu sagen, daß er die ausländische Literatur, z. B. die Protokolle der Lake Mohonk-Konferenzen und der Weltfriedenskongresse, so gut wie gar nicht erwähnt? Der Verfasser beschränkt sich im wesentlichen auf eine Bekämpfung der Abrüstungsanträge der Haager Konferenzen. Nicht einmal Maurers Darstellung hat er in Betracht gezogen. Daß die in Deutschland von Fried, Umfrid, Gothein, Kolben usw. gemachten Vorschläge, wertvolle Berichte wie der d'Estournelles zur Londoner Konferenz der Interparlamentarischen Union und der Frieds zum Stockholmer Weltfriedenskongresse nicht benutzt sind, mindert den Wert des Werkes ganz erheblich. Ich rate dringend allen, die sich an ein gleiches Unternehmen wagen, die gesamte Weltliteratur fleißig zu berücksichtigen. Es sind so viel Bücher über die Rüstungsfrage erschienen, daß nur ein besonders fleißiges, mit politischem Verständnis und Begeisterung für die Grundlage der Friedensbewegung geschriebenes Werk als ein wahrhaft wissenschaftliches Buch benannt zu werden verdient.

Im übrigen enthält das Werk einige wertvolle statistische Angaben und eine historische Darstellung der Bestrebungen zwecks Rüstungsverminderung.

Wehberg.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::
(Besprechung vorbehalten.)

Revue Générale de Droit International Public (Paris). Mars-Avril 1912. Nr. 2. Aus dem Inhalt: N. Politis, Les commissions internationales d'enquête. — L. Delavand, L'idée du parfait ambassadeur, par Louis Rousseau de Chamoy, Gentilhomme de la Chambre du Roi et son ministre auprès de la diète germanique. — R. Ruzé, Organisation ou entente internationale de la Croix-Rouge. — usw. —

Bulletin of the Pan American Union (Washington). Mai. Aus dem Inhalt: The Carnegie Institution of Washington. — Higher education in Brazil. — Prominent in Pan-America affairs. usw.

The American Journal of International Law. (New York). VI. Band, No. 2. Ernest Nys, The Development and Formation of International Law (II). — James Brown Scott, The Evolution of a Permanent International Judiciary. — Ames S. Hershey, The International Law of Aerial Space. — George A. King, The French Spoliation Claims. — Thomas Willing Balch, Is Hudson Bay a Closed or an Open Sea. — Supplement: Decree regarding the registration of French citizens abroad. — International Convention for the protection of industrial property. — usw.

Dr. Georg Grosch, Der Zwang im Völkerrecht mit besonderer Berücksichtigung des

völkerrechtlichen Vertragsrechtes. (Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht.) 8°. Breslau 1912. Verlag von M. u. H. Marcus. 150 S.

Derselbe, Die Quellen des Völkerrechts. Separatabdruck aus der Grünhut'schen Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart, XXXVIII. Band. 8°. Wien, 1912. Verlag von Alfred Hölder. 12 S.

Dr. Hans Wehberg, Das Völkerrecht. Eine Einführung für Nichtjuristen. M.-Gladbach, Volksvereinverlag. Staatsbürgerbibliothek, Heft 23. 1912. 48 S. 40 Pfg.

Jahrbuch für den Internationalen Rechtsverkehr, 1912—1917. Unter Mitwirkung von Reichsgerichtsrat Dr. Düringer, Leipzig, Geh. Oberpostrat Dr. König, vortragender Rat im Reichspostamt, M. d. A., Berlin, Prof. Dr. jur. et phil. E. Kloeppel, Elberfeld, Prof. Dr. Neubecker, Berlin, Rechtsanwalt W. Rothschild, London, Prof. Dr. Stier-Somlo, Bonn, Kronsyndikus Geh. Justizrat Prof. Dr. Zorn, M. d. H., Bonn. Herausgegeben von Dr. jur. Ludwig Wertheimer, Rechtsanwalt. Gr. 8°. München. Eugen Rentsch Verlag, G. m. b. H., 1912. XX und 965 S. Lwdbd. 24 M.

Wilhelm Wundt, Elemente der Völkerpsychologie. Grundlinie einer psychologischen Entwicklungsgeschichte d. Menschheit. Gr. 8°. Leipzig. Alfred Kröner. 1912. XII und 523 S. 12 M., geb. 14 M.

Eingabe der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin an den deutschen Reichskanzler über Internationales Schiedsgericht für Streitigkeiten zwischen Privatpersonen und ausländischen Staaten. Fol. Berlin, Mai 1912. Börsenbuchdruckerei Denter u. Nicolas. 25 S.

Franz Arthur Meissner, Staat und Religion im Lichte der modernen Ethik. 8° . . . . ., 1912. Druck von A. Blaustein. 79 S. Brosch. 2 M.

Sir Georg Reid, Australien in seinen wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland. Vortrag, gehalten im deutschen Reichstagsgebäude zu Berlin. 8°. Berlin, Mai 1912. Königl. Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn. 22 S.

Dante Diotallevi, Weshalb Italien die türkischen Provinzen Afrikas besetzen mußte. 8°. Mailand 1912. —9 S.

Deutscher Geschichtskalender für 1912. Erstes Heft, Januar. 8°. Leipzig, 1912. Verlag von Felix Meiner. 78 S. 1,35 M.

Eugen Freund, Die Zukunft des Menschengeschlechtes im Lichte der Wissenschaft. 8°. Wien und Leipzig, 1912. Verlagsanstalt „Pallas", Ed. Beyer. 3 K.

D. S. Jordan und G. A. Clark, Die Robben und ihre Beschützung. Abdruck aus den Verhandlungen des VIII. Internationalen Zoologenkongresses zu Graz. 8°. Jena, 1912. Verlag Gustav Fischer. 7 S.

H. Behrmann und K. W. Bührer, Die Organisierung der Hotel-Drucksachen. 8°. „Die Brücke", München 1912. Fr. Seybolds Buchhandlung, Ansbach. 16 S.

Carnegie Endowment for International Peace. Year-Book for 1911. Gr. 8°. Washington, 1912. Press of Byron S. Adams. 195 S.

Hector Waylen, Mountain Pathways. A Study in the Ethics of The Sermon of the Mount. 8°. London, 1912, Kegan Paul, Trench, Trübner & Co., Ltd. 128 S.

Vernon Lyman Kellog, Beyond War. A Chapter in the Natural History of Man. 8° New-York, 1912. Henry Holt and Co. 172 S.

Charles E. Beals, The Higher Soldiership. 8° Chicago, 1912. Published by The Chicago Peace Society. 56 S.

Carl Heath, The cost of the war system to the British people for fifty years. 8°. London, 1912. National Peace Council. 12 S. 1 Penny.

Fannie Fern Andrews, Peace Day. Suggestions and Material for its observance in the schools. 8°. Washington, 1912. Government Printing Office. 46 S.

Pres. David Starr Jordan, Relations of Japan und the United States. Reprinted from the Popular Science Monthly, February 1912. 8°. 9 S.

Henry Lafontaine, Internationalism as a science. — I. W. Magruder, Armament and the Poor. 8°. Baltimore, Mai 1912. Published by the Maryland Peace Society. 13 S.

Address of President Taft, Boston, April 25, 1912. 8°. Washington, 1912. Government Printing Office. 20 S.

American Association for International Conciliation, New York. Rev. Michael Clune, War practically preventable and arguments for universal peace. Juni 1912. 8°. 14 S. — Nicholas Murray Butler, The International mind. Juni 1912. 8°. 14 S.

World Peace Foundation (Pamphlet Series) Boston. John H. De Forest, The truth about Japan. April 1912. 8°. 15 S. — Henri M. Simmons, The cosmic roots of love. April 1912. 8°. 18 S.

Justicial Settlement of International Disputes. No. 8. Omer F. Hershey, Non justiciable disputes and the Peace Treaties. Baltimore, Mai 1912. 16°. 29 S.

Movement for Internationalism in the Netherlands. List of the Members of the Preliminary World Committee. Gr. 8°. The Hague, 1912. — Gratis Copy.

Alexandre Alvarez, La Codification du Droit International. 8°. Paris 1912. A. Redone, Editeur. 294 S.

Lucien Coquet, Politique Franco-Allemande. 8°. Paris 1908. Felix Alcan, Editeur. 194 S. 3 Fr. 50 cts.

Chr. L. Lange, Coordination et Coopération dans le domaine du mouvement international de la Paix. Extrait de La Vie Internationale, Mars 1912. Gr. 8°. 22 S.

Association de Droit International: Conférence de Paris 1912. Dr. W. Evans Darby, The arrested Progress of International Arbitration. 8°. 26 S. M. Léon de Montluc, Systèmes des Preuves. 8°. 35 S. — Ders., Etude sur les collissions en mer. 8°. 22 S. — Emile Arnaud, Notes sur l'Arbitrage International. 8°. 7 S. Londres 1912. Imprimés par Richard Flint & Co.

L. Couturat, L'Echec de l'Esperanto devant la Délégation. 8°. Paris 1912. Imprimerie Chaix. 48 S. 50 cts.

G. Pavesi, Le Deficenze della scuola e del modo di Rimediarvi. 8°. Rom 1909. Casa editrice E. Carra e. c. 35 S.

Società Internazionale per la Pace. Lezione di Como. 8°. Como 1912. Tip. Cooperativa Comense. 13 S.

Gustav Janson, Lögnerna. 8°. Stockholm 1912. Aktiebolaget Ljus. Victor Pettersons Bokindustri A.-B. 329 S.

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :

H. W. In Heft 2 der „Revue Générale" gibt zunächst Politis eine ausführliche Würdigung der Untersuchungskommissionen. Er geht von den Verhandlungen der ersten Haager Friedenskonferenz aus und legt die Gründe dar, weshalb man die Untersuchungskommissionen nicht obligatorisch gemacht hat, nämlich weil die Kommissare oft einen zu tiefen Einblick in die internen Verhältnisse des fremden Staates bekommen und der Bericht der Kommissionen einen moralischen Druck auf die Parteien ausübt. Politis glaubt, daß diese Bedenken berechtigt sind, und will, daß auch in Zukunft die Kommissionen nicht obligatorisch gemacht werden, weil die Verpflichtung möglicherweise auf dem Papiere stehen bleiben könnte. Leider hat er in dieser Beziehung nicht die an anderer Stelle von ihm erwähnten Ermittlungskommissionen des englisch-amerikanischen Schiedsvertrages in Betracht gezogen. Wenn diese die Untersuchungskommissionen für alle Fälle auf Antrag einer Partei obligatorisch machen, so sehe ich keinen Grund, daß in einem Weltvertrage die Kommissionen nicht zum wenigsten für bestimmte Fälle obligatorisch gemacht werden. Im übrigen hat Politis in seinen sehr bemerkenswerten Ausführungen gewiß recht, wenn er meint, die Untersuchungskommissionen hätten als selbständiges Institut keine große Zukunft und würden später lediglich als Hilfsmittel für die diplomatische Erledigung des Streites dienen, im übrigen aber in der Schiedsgerichtsbarkeit aufgehen. In dieser Beziehung kommt Politis zu demselben Resultate wie kürzlich Herr in seiner Studie über die Untersuchungskommissionen, die in den Arbeiten aus dem Schückingschen Seminare erschienen ist. Diese letztere Arbeit hat übrigens Politis nicht gekannt.

In derselben Nummer sind die 177 Schiedsverträge aufgezählt, durch die von 1794 bis 1910 amerikanische Staaten untereinander oder mit anderen Völkern Streitigkeiten einem Schiedsgerichte überwiesen haben. Ferner legt Hagerup die Vorgeschichte und die Entscheidung in dem italienisch-kolumbischen Streitfalle in der Affäre Cerruti dar, die durch ein unter Hagerups Vorsitze tagendes Schiedsgericht am 6. Juli 1911 erledigt worden ist, in dem Kolumbien verurteilt wurde, an den italienischen Staatsangehörigen Cerruti eine Geldsumme zu zahlen.

Die „Revue de droit international", das offizielle Organ des „Institutes für internationales Recht", glaubt sich dazu berufen, ein wenig zur milderen Beurteilung der Handlungsweise der italienischen Regierung beizutragen. Einmal insoweit sie in Nr. 2 einem Italiener, Rapisardi Mirabelli, einen umfangreichen Raum zur Rechtfertigung des italienisch-türkischen Krieges zur Verfügung stellt, ferner indem Edouard Rolin die Schuld an dem Austritte der italienischen Gruppe aus der interparlamentarischen Union zum Teil auch dem zu großen pazifistischen Eifer der Union zuschreibt. Ich kann das nicht billigen. Man kann strikte Neutralität in dieser Frage bewahren, und das dürfte auch für eine rein völkerrechtliche Zeitschrift das Beste sein; aber man darf nicht den Italienern noch Raum zur Verteidigung ihres Unrechts geben, wenn man es vorher abgelehnt hat, eine Denkschrift Den Beer Poortugaels, die sich im entgegengesetzten Sinne äußerte, bei den Mitgliedern des Instituts zirkulieren zu lassen.

Scott, der mit unermüdlichem Eifer und großer Fähigkeit die Idee eines ständigen Staatengerichtshofes immer wieder propagiert, weist in Nr. 2 des „American Journal of international law" in einem umfangreichen und mit Dokumenten versehenen Aufsatze „The Evolution of a permanent international judiciary" nach, wie im römischen Rechte die Schiedsgerichtsbarkeit nur die Vorstufe der ordentlichen Gerichtsbarkeit gewesen ist und der Uebergang in der Entwicklung zu der Zeit stattgefunden hat, als durch die lex Aurelia (70 vor Christus) die Wahl der Richter auf eine Liste von Schiedsrichtern beschränkt wurde. Er zeigt ferner — und auch hier noch viel ausführlicher, als er das bereits früher getan hat —, daß eine gleiche Entwicklung bei dem Supreme Court der Vereinigten Staaten vor sich gegangen ist. Daraus, daß 1899 auf dem Gebiete der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ebenfalls eine Liste von Schiedsrichtern aufgestellt wurde, zieht er dann den richtigen Schluß, daß hier auch eine Entwicklungsstufe zur ordentlichen Staatengerichtsbarkeit vorliegt. Uebrigens ist dieser Aufsatz ein Teil aus einer Reihe von Vorlesungen, die der Verfasser kürzlich gehalten hat und die er demnächst in einem Buche „The constructive Peace Movement" vereinigen wird.

In Nr. 9 der „Friedensbewegung" veröffentlicht Gide einen zeitgemäßen Aufsatz über „die wirtschaftlichen Ursachen des Krieges". Er zeigt, daß die Ansicht, die Kriege entständen nur oder in der Hauptsache aus wirtschaftlichen Gründen, wenigstens für die bisherigen Kriege nicht zutrifft, und daß daher auch das Buch Normann Angells zum Teil auf unrichtigen Grundlagen beruht. Auch ich bin der Meinung, daß die wirtschaftlichen Motive nicht allein in Betracht gezogen werden dürfen, sondern daß auch die Sucht nach Prestige, nationaler Ehrgeiz usw. viel mitsprechen. Gerade diese Gründe eines Krieges werden aber mit der Zeit praktisch immer weniger in Betracht kommen. Der italienisch-türkische Krieg ist allerdings nur aus diesem Gesichtspunkte heraus zu verstehen.

Die neueste Nummer der holländischen Revue „Vreede door Recht" ist ganz der Betrachtung des neuen bedeutsamen Werkes des holländischen Ministers Den Beer Poortugael gewidmet.

In Nr. 8 der französischen „La paix par le Droit" kämpft Lucien Le Foyer gegen

die Petition Eckstein an. Er zitiert den Text der Resolution, die ungefähr folgendermaßen lautet: „Die Staaten verpflichten sich, alle ihre Autonomie oder ihre territorialen Besitzungen betreffenden Aenderungen lediglich im Wege des Vertragsschlusses vorzunehmen, mit der freien Zustimmung der Staaten und der interessierten Bevölkerungen. Alle anderen internationalen Interessen sollen soviel als möglich durch Verträge garantiert werden, und Konflikte, die bei dem Aufeinanderstoßen dieser Interessen entstehen und nicht diplomatisch erledigt werden können, sollen schiedsrichterlich beigelegt werden." Le Foyer meint, daß diese Resolution im Widerspruch stände mit dem Prinzipe der Friedensgesellschaften, die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit möglichst weit auszudehnen. Fräulein Eckstein wolle, so betont er, die Schiedsgerichtsbarkeit für die Streitigkeiten über Autonomie und territoriale Besitzungen ausschließen. Dem hält Ruyssen entgegen, daß diese Streitigkeiten nur prinzipiell durch Verträge, bei Uebereinstimmung der Parteien aber im Wege der Schiedsgerichtsbarkeit erledigt werden sollen. In einem Schlußworte schlägt Le Foyer vor, die Petition dann deutlicher zu gestalten. Mir scheint, daß das Verlangen, alle Streitigkeiten schiedsrichterlich erledigen zu lassen und keineswegs lediglich diplomatisch, recht wenig Aussicht auf Erfolg hat. Uns muß es doch darauf ankommen, daß alle Streitigkeiten friedlich erledigt werden, gleichgültig ob im Wege des Schiedsgerichtes oder der Diplomatie. Nun kommt aber hinzu, daß neuerdings auch eine internationale Gerichtsbarkeit in der Bildung begriffen ist. Wofür soll diese nach der Meinung derer zuständig sein, die die Schiedsgerichtsbarkeit als Allheilmittel vorschlagen? Mir scheint, daß man für alle Streitigkeiten, die nicht streng juristisch faßbar sind — diese gibt es noch zweifellos, werden aber immer seltener — die diplomatische oder schiedsrichterliche Erledigung den Parteien nach Wahl offen halten soll. Man darf bei den höchsten Lebensfragen, die am besten durch Interessenausgleich aus der Welt geschafft werden, das Obligatorium für die schiedsrichterliche Erledigung nicht einführen. Für den deutsch-französischen Marokkokonflikt war meines Erachtens nur die diplomatische Lösung empfehlenswert. Dagegen sollen rein rechtliche Streitfragen durch ein Tribunal entschieden werden, und zwar nicht durch ein Schiedsgericht, sondern durch einen wirklichen Staatengerichtshof.

Im Maihefte der „Marine-Rundschau" erwidert Pohl in einem Aufsatze „Zur Ratifikation des Prisenabkommens" auf den Angriff Hold v. Fernecks in der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht". Pohl führt seine Verteidigung, wie man anerkennen muß, recht geschickt. In den Punkten, wo Pohl mit der Ehrenklausel operiert, hat er freilich in keiner Weise die schweren von mir in Nr. 1 der „Zeitschrift für internationales Recht" geäußerten Bedenken widerlegt, die auch von Schücking in seinem Werke „Der Staatenverband der Haager Konferenzen" (S. 128 ff.) und von Lammasch im „Jahrbuch des Oeffentlichen Rechts" (1912, S. 108) in seinem Aufsatze „Isolierte und institutionelle Schiedsgerichte" erhoben werden.

Der zuletzt erwähnte Aufsatz von Lammasch führt in ausgezeichneter Weise den Unterschied zwischen den isolierten und denjenigen Schiedsgerichten aus, die auf Grund eines allgemeinen Schiedsvertrages eingesetzt werden. Für die letzteren prägt Lammasch den zutreffenden Namen „Institutionelle Schiedsgerichte". Er zeigt, wie verschieden in beiden Fällen das sogenannte Kompromiß und die Wirkungen des Schiedsspruches sind. Eine ausführlichere Besprechung dieses wertvollen Aufsatzes und eine Widerlegung der gegen mich darin gerichteten Angriffe behalte ich mir an anderer Stelle vor.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (Eßlingen). Mai. O. Umfrid, Die neuen Wehrvorlagen. — usw. Juni. A. Bürk, Die deutsch-englische Krisis vom Sommer 1911. — O. Umfrid, Tripolis und kein Ende. — usw.

Der Friede (Bern). Mai. G.-C., Der 18. Mai im Friedenskalender. — G.-C., William Thomas Stead. — W. Kohl, Optimist oder Pessimist. — Ders., Jedes edle Streben gipfelt im Wunsch nach Frieden. — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). No. 8. Dr. Max Kolben, Internationalisierung Lybiens. — Emilie Golay-Chovel, Das Jubiläum der „Association de la Paix par le Droit. — No. 9. Charles Gide, Die wirtschaftlichen Ursachen des Krieges. — Edoardo Girelli, Der Krieg und das parlamentarische Regime in Italien. — usw. No. 10. J. Ernest Charles, Die Fliegerkunst, die Dichter und der Frieden. — Gustav Maier, Die wirtschaftliche Bedeutung der Friedensbewegung. — usw.

La Paix par le Droit (Paris). No. 6. Frédéric Passy, Ceux qu'il faut honorer: Van Eck, Lantallier, Pandolfi. — M. G. Olphe-Galliard, La morale internationale dans l'ancienne Grèce. — Jules L. Puech, L'Accord franco-allemand devant le sénat. — usw. No. 8. Frédéric Passy, Ceux qu'il faut honorer: Marillier, le Contre-Amiral Réveillère. — Edmond Philitt, La Guerre aérienne et le Pacifisme. — Lucien Le Foyer, Th. Ruyssen et Ch. Richet: La Pétition Eckstein et le Pacifisme. — usw. No. 9—10. L'Assemblée générale et le fêtes du XXVe anniversaire de l'Association de „La Paix par le Droit".

Etats-Unis d'Europe (Bern). La neutralité Scandinave. — Jean Pélissier et Maxime Arnaud, La Morale Internationale (dans l'ancienne Grèce). — usw.

Les Annales des Nationalités (Paris). No. 4—5. (Avril-Mai). J. Gabrys, Les droits des nations. — Carl Lindhagen, Proposition, concernant le droit des nations de disposer librement d'elles-mêmes à tout jamais. — usw.

Bulletin de la Ligue des Catholiques français pour la Paix (Lerignais). No. 19. A. Vanderpol, A nos anies. — P. Perrand, L'Evangile de la paix. —

La Paix (Genève). Mai. Eugène Rapin, Société Vandoise de la Paix (Extrait du rapport du 30 mars 1912. — Dr. Franz Heinemann, Valeur et mépris de la vie humaine dans la guerre. — usw.

La Vie Internationale (Bruxelles). Tome Ier. Fasc. 1. H. Lafontaine et P. Otlet, La Vie Internationale et l'effort pour son organisation. — Visc. Richard Burton Haldane, Grande Bretagne et Allemagne. — Ch. L. Lange, Coordination et coopération dans le domaine du Mouvement international de la Paix. — usw.

The Arbitrator (London). Mai. Sir Edward Grey on Russian Policy in Persia. — Prof. Lujo Brentano, The chief causes of War to day. — Dr. Nicholas Murray Butler, The World's Peace and the Panama-Pacific Exposition. — The Late Mr. W. T. Stead. — usw.

Concord (London. Mai. Peace Day, 18th May 1912. — J. F. Green, Empire Day. — John R. Fitch Pledger, A Campaign against indiscipline. — H. M. Goodmann, Insurance against war. — What Germany says. — usw.

Advocate of Peace (Washington). Mai. Jackson H. Ralston, Shall the United States intervene in Mexiko. — Charles E. Beals, Chicago Office and Field Secretaryship. — Paul S. Reinsch, The new China among the nations. — Fannie Fern Andrews, American School Peace League. — usw.

The Messenger of Peace (Richmond, Ind.). April. M. B. S., The passing of a peacemaker. — William E. Heinze, War and the Laboring Man. — usw. Mai. Hon James Wilson, Brotherhood and the Home. — H. L. B., In This Man Shall be Our Peace. — usw.

The Cosmopolitan Student (Madison, Wisc.). April. Suh Hu, The Cosmopolitan Doctrines of Mo-Ti. — Tanomo T. Odaira, The National Hymn of Japan. — usw.

Il Popolo Pacifista (Bonefro). Mai. Paolo Baccari, Primavera italica. — Ettore Cicotti, Una parola sincera. — Gaetano de Santis, Gli apostoli della guerra. — usw.

La Luce del Pensiero (Neapel). 30. April. A. M. Calcia, La felicità et L'Homo. — P. Baccari, Al prof. De Gubernatis. — F. P. Japichino, Ricordando. — A. L. Avio, Per Antonio Pacinolli. Per Frederico Passy. — usw.

Orgaan van den Algemeenen Nederlandschen Bond „Vrede door Recht". (Gravenhage). Mai. 18 Mei. — William Stead. — den Beer Poortugal, Vrede en Vrijhandel. — Dr. Hans Wehberg, Zijne Excellentie den Beer Poortugael over verplichte arbitrage. — usw.

Freds-Bladet (Kopenhagen). Mai. Niels Petersen, Tafts Voldgiftstraktater. — Fredrik Bajers 75-aarige Fødselsdag. — Louise Nørlund, En Skrivelse fra polske Kvinder. — usw.

Fredsfanan (Stockholm). Mai. Torsten Ohlsson, Skolan och militärövningarna. — Emil Larsson, Locktoner. — Carl Sundblad, Kunna småstaterna gå i spetsen för avväpningssträvandena. — usw.

Ludskósć (Warschau). März. Slowo wstepne Vorwort. Kazimierz Maciejewski, Der Krieg, seine Ursachen und die Mittel zu seiner Verhütung. — W. R. Kost, Berichte der polnischen Friedensgesellschaft. — usw. (In poln. Sprache.)

Nemzetközi élet (Budapest). 4. Heft. H. J., Staatlich organisierter Massenstrike. — W. T. Stead, Nekrolog. — Dr. Josef Földváry, Die Verlängerung der Brüsseler Internationalen Zuckerkonvention (Ungarisch). — usw.

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Rundschau.) Die Juninummer der jetzt von Prof. Ludwig Stein herausgegebenen Revue „Nord und Süd" ist fast ganz der anglo-deutschen Verständigung gewidmet. Sie enthält Beiträge und offene Briefe an den Herausgeber von hervorragenden englischen Politikern, während im Juliheft deutsche Politiker zu Wort kommen sollen. Von großer Bedeutung ist der Beitrag des früheren Premierministers A. J. Balfour. Er stellt die Behauptung auf, daß man in England nicht die Ueberzeugung haben könne, daß die deutsche Flotte lediglich Verteidigungszwecken dienen könne. Er führt ferner an, daß die deutsche Flotte England an seinen Lebensnerv treffen könne, während die englische Flotte Deutschland nichts anhaben könne. Der blanke Selbsterhaltungsinstinkt treibe England dazu, eine „überlegene Flotte" zu halten. Die Gefahr liegt ihm „in der Koexistenz jenes wunderbaren Instruments für Kriegsführung, das in der deutschen Land- und Seemacht zu eines geworden ist, und der gradlinigen... Vertretung einer Politik, die unmöglich mit dem Weltfrieden und den Völkerrechten vereinbar zu sein scheint". Balfour glaubt nicht an die prädestinierte Feindschaft zwischen England und Deutschland. „Deutschland hat Europa vieles gelehrt," sagt er, „es kann es noch mehr lehren. Es kann es lehren, daß organisierte militärische Macht ebenso wirksam im Interesse des Friedens, wie in dem des Krieges verwendet werden kann; daß der Appetit nach Landeserweiterung einer überwundenen Phase des Patriotismus angehört; daß die Förderung der Zivilisation, für welche es so Bedeutendes erarbeitet hat, das gleiche Arbeitsgebiet vieler Völker sein müßte, und daß schließlich die Arbeitskraft keines der letzteren durch die gewaltige Last der modernen Rüstungen oder die ständige Vorarbeit für nationale Selbstverteidigung erhöht wird." Sir Thomas Barclay erblickt die Grundlagen einer anglo-deutschen Verständigung in einer gleichzeitigen Verständigung Deutschlands mit Frankreich. Er verlangt offen eine Revision des Frankfurter Friedens, spricht dabei aber den Satz aus: „Es gäbe gar vielleicht Mittel Frankreich ohne irgendein wirkliches Opfer zufriedenzustellen." Ein Satz, über den nachgedacht werden müßte. „Eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich könnte in der Tat auf diese Formel gebracht werden, bei der, ohne Verlust für beide, beide gewinnen würden." Heraus mit dieser Formel! In dem Beitrag Lord Courteneys of

Penwith gefällt uns besonders der Satz: „Wir tadeln die Zeitungen, aber Zeitungen sind nur das, was ihre Leser daraus machen.“ Von großer Bedeutung erscheint uns der Artikel des Sir Alfred Mond, Mitglied des Unterhauses, über „Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England“. Die darin enthaltenen statistischen Daten über die wirtschaftliche Interdependenz der beiden Länder sind so beredt, daß sie als bestes Argument gegen die Kriegshetzer dienen können. „Mit einem Wort“, so schließt Sir Alfred seine Darlegungen, „die direkten Handelsbeziehungen zwischen beiden Kaiserreichen sind zugleich so eng und so weitverzweigt, daß irgendeine Unterbrechung derselben unbedingt einen kolossalen industriellen und finanziellen Krach in beiden Ländern herbeiführen würde.“

Wilhelm Ostwald kommt in seiner dem „Untergang der Titanic“ gewidmeten Betrachtung (Monistische Sonntagspredigt Nr. 55, 1. V. 1912) zu folgender Darlegung:

„In einer Seeschlacht, einem Riesenunglück, das, wie wir alle hoffen, die Menschheit künftig nicht mehr über sich ergehen lassen wird, werden nicht nur 1500 Menschen in wenigen kurzen Augenblicken in den Todesrachen geworfen, sondern eine vielfache Menge von ihnen. Und es ist nicht nur ein zufälliger Durchschnitt von alt und jung, von gesund und krank, von reich und arm, wie er auf jenem Dampfer versammelt war, sondern es sind lauter auserlesene, junge, kräftige, kühne und starke Männer, welche den Tod erleiden müssen. Stellen wir uns die tiefe Erschütterung vor, welche bei diesem außerhalb des Krieges geschehenen Unglück durch die ganze Menschheit ging, und stellen wir uns vor, daß eine Seeschlacht ganz notwendig und unvermeidlich ein zehn- und hundertfach größeres Unglück sein würde, dann können wir uns wieder einmal an einem klar in unser Bewußtsein getretenen Maßstabe vergegenwärtigen, was der Krieg bedeutet, und wie entsetzlich der Widerspruch ist, in welchem dieser Rückstand atavistischen Denkens und Empfindens mit dem Kulturbewußtsein unserer Zeit steht.“

In einem „Anschauungs-Unterricht“ betitelten Artikel des Herausgebers des „Freien Wort“ (Nr. 5) wird auf den friedenspropagatorischen Wert des italo-türkischen Krieges hingewiesen. „Der Anschauungsunterricht, den der Kampf um Tripolis bietet, ist darum so lehrreich, weil er alle Gebrechen eines Krieges in wahrhaft klassischer Weise vorführt. Was hier mit Augen zu sehen und mit Ohren zu hören ist, verletzt das Publikum, und es findet, daß ein solcher Krieg eine Abscheulichkeit ist. Die Aktion aller Friedensvereinigungen der Welt — und wir können ihre Bedeutung nicht hoch genug anschlagen — hat nicht die Wirkung gehabt, welche die wenigen Monate Krieg in Tripolis geübt haben, und es ist nun Sache der Friedensfreunde, die richtigen Lehren aus diesem geradezu widerwärtigen Kriege auch herauszuschälen.“

In den „Sozialistischen Monatsheften“ (9. V.) tritt Eduard Bernstein in einem Artikel „Politische Schwarzseherei“ den Ausführungen entgegen, die jüngst im Wiener „Kampf“ sein Parteigenosse Otto Bauer gemacht hat. Dieser hatte u. a. gesagt, daß die Marokkokrise von 1905 und die österreichische Annexionskrise von 1909, die Schrecken des letzten Sommers und jetzt der Krieg um Tripolis den Beweis lieferten, daß Alfred H. Fried, der Theoretiker der Friedensbewegung, und die Sozialdemokraten, die sich von dessen Beweisführung beeinflussen ließen, vollständig auf dem Holzwege waren, als sie sich der Idee hingaben, daß Kriege zwischen europäischen Großmächten infolge der mit ihnen heute verbundenen ungeheuren Verantwortlichkeiten und Gefahren eine Unmöglichkeit geworden seien. Sehr richtig erwidert darauf Bernstein:

„Das Tripolisabenteuer Italiens als Widerlegung der Idee anzuführen, daß ein Krieg zwischen den Großmächten Europas immer mehr als unmöglich erscheint, ist gleichfalls eine starke Zumutung Bauers an das politische Urteil. Kein Mensch spricht noch von der Türkei als einer europäischen Großmacht. Die wirklichen Großmächte Europas aber sehen wir im Bewußtsein der Verantwortlichkeit und Gefahren eines Krieges zwischen ihnen ängstlich bemüht, die Rauferei zwischen Italienern und Türken respektive Arabern nicht zu einem europäischen Krieg anwachsen zu lassen. Daß alle die Interessenkonflikte, die zwischen diesen Großmächten in den letzten Jahren gespielt haben, trotz Rüstungen und Kriegsgerassel ohne Krieg beigelegt worden sind, spricht für und nicht gegen die Ansichten Frieds. Der Entwickelungsgang des Haager Schiedsgerichts und der Schiedsgerichtsverträge zwischen den Nationen ist ein langsamer Prozeß und vollzieht sich nicht ohne gelegentliche Unterbrechungen oder selbst Rückfälle. Aber wenn die Tatsache, daß es Rückfälle gibt, ein Beweis gegen den Fortschritt sein soll, dann hat es nie einen Fortschritt gegeben und wird es nie einen geben. Denn wo ist derjenige, der sich vermessen möchte zu behaupten, daß von irgendeinem Punkt der gesellschaftlichen Entwickelung ab sich die Weiterentwickelung nur noch in einer schnurgeraden Linie vollziehen werde! Bisher hat die Entwickelung der Gesellschaft einen Weg beschrieben, der immer wieder mehr Aehnlichkeit mit einer Spirale gezeigt hat als mit einer Geraden. Es hat dann stets Menschen gegeben, die die Seitenpfade für den wahren Weg erklärt haben. Sie haben sich aber als schlechte und obendrein recht gefährliche Propheten erwiesen.“

Ebenfalls in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Nr. 10) polemisiert Karl Leuthner in dem Artikel „Wozu—Wohin?“ gegen Umfrids Artikel in der „Friedens-Warte“ über das Kriegspamphlet von Lockout. Die Abwehrstellung, in der sich Deutschland befinde, enthalte Probleme, „von denen sich die „Friedens-Warte“ und ihre Gesinnungsfreunde nichts träumen lassen“. Der Sozialist Leuthner findet in jenem Artikel, daß die Bernhardi und Woinowich und andere Vertreter der Notwendigkeit und Wünschbarkeit des Krieges „ihr Thema sehr Ernst, mit Geist und Wissen behandeln, so wie man wünschen möchte, daß ihre Gegner das täten.“

In einem prachtvollen Artikel Rudolf Penzigs in der „Ethischen Kultur“, S. V.,

wird „Die Nationalflugspende" kritisiert. Ein Satz daraus sei hier festgehalten:

„Es ist ein herrlicher und wahrhaft menschenwürdiger Gedanke, wenn nicht anders, so doch mit der Hingabe von Geld und Gut sich zu beteiligen an der großen Menschheitsaktion unserer Zeit, unermeßlich neue Möglichkeiten der Verbesserung des Verkehrs, der Technik, der Wissenschaft, der Kultur herbeiführen zu helfen. Hier muß der große Moment in der Tat ein groes Gßeschlecht finden! Aber da mischt sich ein störender Gedanke in die echte Begeisterungsfreude. Sind denn diese Aufgaben nicht so recht eigentlich Menschheitsaufgaben? Ist nicht, wenn überhaupt irgend etwas seinem Wesen nach international, völkerverbindend ist, diese neue Kultur, Technik, Wissenschaft von der Eroberung des frei über alle nationalen Grenzen strömenden Luftmeers etwas, das alle Völker und Rassen einigen müßte zu gemeinsamem Aufstieg?"

Einen in seinen Darlegungen durchaus pazifistischer Artikel — pazifistisch in vielen Begründungen — veröffentlicht Dr. Johannes Tschiedel in London in der Abendausgabe des „Berliner Tageblatt" vom 17. Mai. Der Titel lautet: „Der neue Mann und seine Aufgaben." Und wir lesen darin: „Die Solidarität der Interessen selbst großer politischer Rivalen wird unter dem Druck eines vollkommen neuartigen öffentlichen Lebens jeden Tag stärker, und zwingt Gegner und Feinde in ihren Bann." Und ferner heißt es da — der Artikel ist im Hinblick auf die dem Freiherrn v. Marschall in London erwartenden Aufgaben verfaßt:

„Das vernichtet nicht die Leidenschaften der Menschen, aber das modelt doch die Mittel um, mit denen sie befriedigt werden. Wie für die Einzelnen wird für die Völker, die zerstörende kriegerische Lösung der Konflikte infolge der immer stärkeren Solidarität der zivilisatorischen Interessen immer ungeschickter, unbrauchbarer und zweifelhafter. Alle Museen der Welt und alle Meisterwerke der Vergangenheit hindern den mit Gegenwartsaugen sehenden, begabten Künstler nicht, seinen eigenen Weg zu gehen. Und alle im Museum dur Geschichte hängenden Erfahrungen dürfen uns nicht hindern, aus den Wirrnissen der Gegenwart einen modernen Ausweg zu finden. Und dieser Ausweg kann für den heutigen Staatsmann und Politiker nur einer sein: Verständigung und nicht Krieg, Vergleich und nicht Prozeß. Die moderne Politik muß deshalb von vornherein zielbewußt einen anderen Weg gehen. Ganz besonders und vor allem in dem Verhältnis zwischen Deutschland und England."

Das sind unsere Lehren, die wir solange schon predigen. Zeit ist's, daß sie aufgenommen und wiedergegeben werden.

Für alle jene, die die Haltung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" kennen, wird es keine geringe Ueberraschung bilden, in der Nummer vom 11. Mai jener Zeitung einen ausführlichen Artikel über den letzten Haager Schiedsfall — Peru-Italien — zu sehen. Dieser nicht unterzeichneter Artikel rührt von unserem Mitarbeiter Dr. Hans Wehberg her. Fürwahr ein Ereignis, das vermerkt zu werden verdient. —

Bei der Besprechung eines Artikels des Major a. D. Belleville über „Deutschland und der nächste Krieg", in der letzten Nummer der „Friedens-Warte" (S. 198) ist mir insofern ein Irrtum unterlaufen, als ich die darin zitierten Sätze für Aeußerungen des Majors hielt, während sie in Wirklichkeit nur Zitate aus dem in dem betreffenden Artikel besprochenen Buche des General Bernhardi bilden. Dies soll hier richtiggestellt sein.

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung im allgemeinen. Louis P. Lochner (of the Worlds Peace Foundation), The International Peace Movement. „Wisconsin Library Bulletin", April 1912. * Kreschel, Die Auswüchse des Pazifismus und die Unzeitgemäßheit seiner Propaganda. „Danzers Armee-Zeitung", 9. V. * Anschauungsunterricht. „Das freie Wort", Juni 1912. * Karl Leuthner, Wozu — Wohin? „Sozialistische Monatshefte", Nr. 10. * Georg Welker, Die konventionelle christliche Lüge. „Es werde Licht", (München), Nr. 7/8. * Jean Pelissier, Le sentiment pacifiste en Hongrie. „Indépendance Belge", 10. V. * Schiedlich —friedlich? „Hannoverscher Courier", 3. V. * Hugo Münsterberg, Besser als Schiedsgerichte. „Rundschau zweier Welten", (New York), April 1912. * Walter Mac Dougall, Der letzte Krieg. „Kölnische Volkszeitung", 12. V. * T. Miyaoha, Dr. Eliot. „Taiyo", Nr. 6 (Tokio), Mai. * Dr. W., Staatsminister Asser als Nobelpreisträger. „Wallmanns Versicherungs-Zeitschrift" (Berlin), 13. III. 1912. * Jean Finot, Le roi des journalistes, le meilleur des hommes (Stead). „La Revue", 15. V. * Leopold Katscher, William Thomas Stead. „Ethische Rundschau", Juni. * Alfred H. Fried, William Thomas Stead. „Der Herold" (Berlin), 2. VI. (Abdruck a. d. Friedenswarte). * Max Goldscheider, W. T. Stead. „Neues Wiener Tagblatt", 12. V. * Constantin von Zedlitz, Ein sonderbarer Schwärmer. „Der Tag", 7. V. * Alfred H. Fried, Frédéric Passy (20. Mai 1822 — 20. Mai 1912). „Pester Lloyd", 10. V. * Johann Zmaoc, Ueber die exakten Grundlagen des Weltfriedens. „Das monistische Jahrhundert" (Leipzig), 1. VI. * X—X, Rahel als Friedensfreundin. Aus ihren Briefen. „Neues Wiener Journal", 11. V. * Eduard Bernstein, Politische Schwarzmalerei. „Sozialistische Monatshefte", 9. V. * Visc. Haldane of Cloan, Was ist Goethe uns Engländern? „Nord und Süd", Juni. (Englisch-deutsche Verständigungsnummer.) * Prof. William Ramsay, Englischer und deutscher Wissensbetrieb. „Nord und Süd", Juni. * Imperialist, Pazifist und Spiritist (Stead). „Neue Pazifistische (†) Zeitung", 6. VI.

II. Die internationale Politik. Dr. Max Beer, Der deutsch-englische Friede. „Pariser Zeitung", 18. V. * Dr. Paul Rohrbach, Deutschland und England. „Berliner Börsen-Courier", 25. V., „Königsberg. Hartungsche Zeitung", 25. V. * Arthur James Balfour, Deutschland und England. „Voss. Zeitung", 23. 5. * Dr. Karl Wehrmann, Deutschland und England. „Die Mainbrücke" (Frankfurt), 4. V. * L'Oeuvre du rapprochement intellectuel franco — allemand

(Aufruf). „Journal d'Allemagne", 19. V. * Nos relations avec l'Italie. „Journal de Genève", 17. V. * Lucien Millevoye, Pour la défense. „La Patrie", 15. V. * France et Allemagne. „Le Matin", 27. V. * Colonel X., 10. Mai 1871, Le Traité de Frankfort et la Politique militaire allemande en 1912. „Petit Journal", 9. V. * Graf Shigenohn Okuma, Die chinesische Revolution und der Weltfriede. (Abdruck aus der Mainummer der „Friedenswarte".) „Pester Lloyd", 11.V., „Neues Wiener Journal", 9. V., „Münchener Neueste Nachrichten", 12. V. * A. H. Fried, Die Kriegsgefahr und Europa. „Die kritische Tribüne" (Leipzig), Nr. 5. * E. D. Morel, Das deutsch-englische Problem. „Frankfurter Zeitung", 26. V. * Prof. Dr. Ludwig Stein, Sir Edward Grey und die englisch-deutsche Entspannung. „Nord und Süd", Juni. * Edgar Speyer-Bart, Deutschland und England als Weltbürger. „Nord und Süd", Juni. * Thomas Barclay, Eine reale Basis für den Frieden. „Nord und Süd", Juni. * R. Said-Ruele, Die deutsch-englischen Beziehungen im nahen Osten. Englisch-deutsche Verständigungsnummer von „Nord und Süd", Juni. * Graf Siegfried Bernstorff, Deutschland und Bulgarien. „Berliner Tageblatt", 6. VI. * Ernst Schultze, Die Kultur des modernen England. „Hamburger Fremdenblatt", 2. VI.

III. Völkerrecht. Otto Corbach, Weltrecht und Weltfriede. „Die Gegenwart", 4. V. * Dr. Hans Wehberg (Düsseldorf), Zu den Gutachten über das italienische Staatsversicherungsmonopol. Sonderabdruck der „Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft", Berlin. * Ders., Internationale Polizeimacht und dritte Haager Friedenskonferenz. „Der Tag", 4. V. * Ders., Die Zurückweisung italienischer Ansprüche durch das Haager Schiedsgericht. „Pester Lloyd", 2. VI. * Ders., Die Hebung des Ansehens der Rechtsanwälte bei internationalen Schiedsgerichten. „Juristische Wochenschrift", 15. III. * Ders., Wird Italien in der Versicherungsmonopolfrage dem Urteile eines internationalen Schiedsgerichts Folge leisten? „Oesterreichische Versicherungszeitung", 16. III. * Ders., Die deutschen Versicherungsgesellschaften und das italienische Versicherungsmonopol. „Handel und Industrie", 6. IV. * Ders., Unterbrechung des Schiffsverkehrs durch die Dardanellen. „Handel und Industrie", 27. IV. * Ders., Ein Schiedsspruch zwischen Italien und Peru. „Tag" (Nachrichtenteil), 7. V. * Ders., Ein Rechtsstreit aus dem Jahre 1875 vor dem Haager Schiedgericht, „Rheinisch-Westfälische Zeitung", 11. V. * Ders., Das Urteil des Haager Schiedshofes im italienisch-peruanischen Streite. „Handel und Industrie", 18. V. * Dr. Sigurd Ibsen, Machtpolitik und Kulturpolitik; Richard Eickhoff, Italien und die Interparlamentarische Union. „Nord und Süd", Mai 1912. * (Wehberg) Ders., Das Seebeuterecht und die deutsch-englische Verständigung. „Der Tag", 6. VI. X.

IV. Internationales. Georges Clémenceau, Internationale Gedanken. „Deutsche Montagszeitung", 20. V. * Dr. Robert Piloty, Internationale Verständigung. „Würzburger Generalanzeiger", 27. IV., „Hess. Landeszeitung", 3. V. * Ig., Wie steht's um zwischenvölkischen Kulturschutz? „Der Kunstwart", Nr. 17. * Dr. Klaus Wagner-Roemmich, Internationale Maß- und Schriftgestaltung. „Berliner Tageblatt", 3. VI.

V. Wirtschaftliches. Georg Gothein, M. d. R., Die Wahrheit über die Wehrlast. „Fränkischer Courier", 13. V. * Oktavio Freiherr von Zedlitz (Mitglied d. preuß. Abgeordnetenhauses), Unsere Rüstungen und der Friede. „Die Zeit", 26. V. * Alfred H. Fried, Der Luftflottenwahn. „Neues Wiener Journal", 5. V.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Englische Ferienheimgesellschaft.

Von den vielen Mitteln, die dazu dienen, Verdacht und Vorurteil zwischen den Völkern der Welt zu entfernen und ein besseres Verständnis herbeizuführen, stehen wohl die Feriengesellschaften und die Touring Clubs vornan. Das Mißtrauen und der Unwille, die sich zurzeit auf beiden Seiten der Nordsee zeigen, rühren hauptsächlich von dem Sich nicht kennen her, und wird daher jeder Versuch, der dahin führt, die Völker Englands und Deutschlands in persönlichem und geistigem Verkehr zusammen zu bringen, all denen herzlich willkommen sein, die für den Frieden der Welt arbeiten.

Die englische Ferienheim-Gesellschaft (Cooperative Holidays Association) hat schon lange in ihren Bestrebungen die Wichtigkeit eines solchen Verkehrs, vom Standpunkte des internationalen Lebens, eingesehen, und bringt jährlich durch ihre Ferienkolonien des Taunus (Kelkheim) und des Schwarzwaldes (Wolfach) eine beträchtliche Anzahl Engländer und Engländerinnen nach Deutschland. Zu gleicher Zeit kommen auch alljährlich Deutsche nach England und finden in dem Ferienheim oder in der Familie Gelegenheit, ihre Sprachkenntnisse auszubilden, englische Lebensweise, Einrichtungen und Ideen kennen zu lernen und mit Engländern Freundschaft zu schließen.

(In der Tat haben auf diese Weise in den letzten paar Jahren viele Deutsche und Engländer dauernde Bekanntschaft und Freundschaft geschlossen.)

Die Cooperative Holidays Association hat eine ganze Reihe Besitzungen in den schönsten und romantischsten Gegenden Großbritanniens, wo billige Unterkunft mit einfacher Kost zu haben ist, und die meistens von jungen Leuten beiden Geschlechts besucht werden. Es findet sich dabei Gelegenheit zur geistigen und körperlichen Erholung, und ein freudiges, geschwisterliches Zusammenleben mit gemeinsamen geistigen Interessen.

Tagsüber werden Ausflüge aufs Land oder in die Berge veranstaltet. Abends ist immer

geselliges Zusammensein mit Gesang, Musik und sonstigen Unterhaltungen.

Es macht der englischen Gesellschaft besonderes Vergnügen, deutsche Freunde, die England besuchen wollen, um das englische Leben kennen zu lernen, zu bewillkommnen.

Prospekte mit Beschreibung der verschiedenen Ferienhäuser, Zahlungsbedingungen usw. sind zu beziehen (bei Einsendung von Postwertzeichen) durch Herrn F. A. Leonard, College House, Brunswick Str., Manchester—England, oder durch Herrn Oberlehrer Lorey, Frankfurt am Main, Wertheimerstr. 20.

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Jahrestag der I. Haager Konferenz.

Am 17. v. M. beging unsere Gesellschaft den Jahrestag der Eröffnung der I. Haager Konferenz in besonders festlicher Weise. Die Feier fand im Kursalon des Stadtparkes statt. Die Wiener amerikanische Kolonie benützte diesen Anlaß, um unserer Präsidentin vor ihrer Abreise nach Amerika eine Ehrung zu bereiten.

Zu Beginn der Feier begrüßte Mr. Luces namens der Wiener amerikanischen Kolonie die erschienenen Gäste, und gab seiner großen Freude Ausdruck, daß die Präsidentin der Oesterreichischen Friedensgesellschaft auch in Amerika im Interesse des Friedens tätig sein wolle.

Baronin Suttner, der zu Beginn der Feier ein Blumenarrangement überreicht worden war, wies in einer kurzen Rede in englischer Sprache darauf hin, daß es nicht nur gelte, ein Abschiedsfest zu begehen, sondern den Gedenktag des ersten Haager Kongresses zu feiern. Die erste Haager Konferenz sei die wichtigste Etappe der Friedensbewegung gewesen. Gern gehe sie nach den Vereinigten Staaten, wo die pazifischen Bestrebungen aus dem Stadium der Wünsche, Forderungen und Träume bereits in das Stadium der politischen Aktionen eingetreten sei. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf sprachen die Mitglieder der amerikanischen Aerztekolonie Dr. Steuver (St. Louis) und Dr. de Witt. Sie feierten Baronin Suttner, deren zielbewußte Bestrebungen auch in Amerika den Grund für die Erfolge gelegt hätten.

Der letzte Redner, der Vizepräsident Balduin Groller, gedachte des jüngst in den Schulen Wiens abgehaltenen Tierschutztages und meinte, daß einst auch der Tag kommen müsse, an dem in den Schulen der Respekt vor dem Menschenleben gepredigt würde. Die Friedensliebe sei, wie Amerika am besten zeige, mit der Vaterlandsliebe wohl vereinbar. Wir müssen, schloß Redner, Abschied nehmen von dieser Frau, die hinauszieht, um durch gegenseitigen Ideenaustausch eine Verbrüderung der Nationen herbeizuführen. Und so wird Baronin Suttner auf das allergünstigste für die Idee des Friedens wirken.

Nachdem unsere Präsidentin Herrn Balduin Groller sowie den amerikanischen Friedensfreunden in herzlichen Worten gedankt hatte, wurde die vom Internationalen Friedensbureau in Bern vorgeschlagene Resolution angenommen. Zum Schlusse gelangte ein Glückwunschtelegramm des Berner Bureaus an Baronin Suttner zur Verlesung.

☞

In der letzt abgehaltenen Vorstandssitzung wurde unser Mitglied, Prof. Dr. Joseph Longo, Leiter des Landeserziehungsheimes in Mödling bei Wien, in den Vorstand kooptiert.

☞

Zwei friedensfreundliche Anträge im österreichischen Abgeordnetenhause.

Kürzlich brachten die R.R.-Abg. Dr. Anton Jerzabek und Hermann Liebermann zwei Anträge ein, welche die öffentliche Aufmerksamkeit besonders erwecken sollten. Dr. Jerzabek beantragte, daß die Regierung aufgefordert wird, eine internationale Vereinbarung anzustreben, daß Luftfahrzeuge lediglich zu Aufklärungszwecken, niemals aber als Angriffswaffen benützt werden dürfen. Abg. Liebermann wieder beantragte, die Gesetzgebung dahin abzuändern, daß die Erklärung und Eröffnung eines Krieges nur mit Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erfolgen könne.

Die österreichische Friedensgesellschaft nahm diese Gelegenheit, um den beiden Abgeordneten für ihre menschenfreundlichen Anträge zu danken und sie zu bitten, für die Verwirklichung ihrer Anträge tätig zu sein.

☞

Die letzt erschienene Nummer der kaufmännischen Zeitschrift, Organ des Wiener Kaufmännischen Vereines, brachte als Beilage einen Aufruf zum Beitritt zur Oesterreichischen Friedensgesellschaft.

☞

Friedensbewegung und Schule. Die Direktion des k. k. Staatsgymnasiums zu Innsbruck ersuchte um Zusendung einer Anzahl Schriften „Ich bin im Volk ein schlichter Lehrer", Bloch „Zukunftskrieg" für das Mittelschullehrerseminar.

☞

No. 9 der österr. Schul-Zeitung bringt einen Leitartikel unter dem Titel „Friedensbewegung und Schule", welcher aus der Feder unseres Mitgliedes, Oberlehrer Arthur Frölich in Kirchstetten, herrührt.

☞

In No. 7 der Oesterr. Lehrerzeitung veröffentlichte unser Mitglied, Lehrer Heinl in Chodau, einen Artikel, betitelt „Die Friedensbewegung".

☞

Volksbildungsvereinstag in Krems a. D. Bei dem am 2. d. M. in Krems abgehaltenen Volksbildungstage war unsere Gesellschaft durch Herrn Dr. Franz Wollmann, Direktor der Lehrerbildungsanstalt in Krems, vertreten.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2
Druck: Pass & Garleb G.m.b.H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien

Juli 1912.

Ein Scherz der Weltgeschichte.

Kaum hat Deutschland seine Armee- und Marinevorlage unter Dach gebracht, folgte nun auch Oesterreich-Ungarn mit der großen Heeresvorlage, die für die Donaumonarchie einen Friedensstand von einer halben Million Mann schafft und eine Kriegsarmee von zwei Millionen Menschen sichert.*) Eine Flottenvermehrung war hier der Heeresvermehrung vorausgegangen und wird ihr folgen. In der russischen Duma sind kürzlich mehr als eine halbe Milliarde für die Wiederherstellung der Flotte gefordert und natürlich auch bewilligt worden, und der Erste Lord der englischen Admiralität hat soeben eine größere Nachtragsforderung für die Flotte angekündigt. Man sieht, das große Rad dreht sich in immer rascherem Lauf. Die Rüstungsaktion ist in vollem Gange, und die Mächte überbieten sich mit fanatischem Eifer.

Es ist kaum mehr etwas zu sagen über das verderbliche, über das allen Erkenntnissen der Volkswirtschaftslehre hohnsprechende Treiben des Rüstungswettbewerbes. Es ist schon alles gesagt worden. Es ist heute eine Binsenwahrheit, wenn man erklärt, daß jede Verstärkung der Rüstungen eine Verminderung der Lebenskraft, eine Verminderung des Lebensglücks der Völker bedeutet. Es ist fürchterlich, immer und immer wiederholen zu müssen: Jede erhöhte Rüstung bedeutet verkürzte Lebensdauer, verminderte Bildung, verschlechtertes Recht, kurz den Ruin und die Erschütterung der sozialen Gemeinschaft. Der Sinn und Inhalt des Staates geht verloren durch jene Maßnahmen, mit denen man gerade glaubt den Staat schützen und erhalten zu wollen. Es wird immer offenbarer, daß es in jedem Staate nur eine bestimmte kleine Gruppe ist, die ein Interesse an den Mehrrüstungen hat, die sich an dem dadurch erzeugten Elend des Volkes mästet und die so das uns heute so empörend klingende „après nous le déluge" vom Hofe des Bourbonenkönigs zur Maxime ihrer Politik erhoben hat. Anders ist die Gewissenlosigkeit, mit der das Rüstungsgeschäft betrieben wird, nicht zu erklären.

Der Pazifismus hat dabei einen schweren Stand. Die Verteidiger der Rüstungen haben nämlich den Schein von Logik für sich, und wenn man sich nicht mit voller gedanklicher Schärfe gegen ihre Behauptungen wendet, hat es für oberflächliche Beobachter, also für die Mehrheit, den Anschein, als versündige man sich gegen die Logik. Man verschafft dadurch den Gewissenlosen, die nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die biologische Existenz der Völker aufs Spiel setzen, einen bedauerlichen Vorteil. Der Hinweis, daß sich der moderne Staat in bezug auf die Rüstungen in einer Zwangslage befindet, ist nämlich zutreffend. Der einzelne Staat kann gar nichts anderes tun als sich dem Schwergewicht des Wettrüstens hinzugeben und sich davon treiben zu lassen. Er kann ebensowenig allein innehalten, wie eine Kugel auf schiefer Ebene stehen bleiben kann. Der Hinweis auf die andern, der so lächerlich ist, weil er den ganzen Widersinn des Wettrüstens bloßstellt, ist dennoch begründet. Es sind die andern, die jeden Staat zwingen, in der Rüstung fortzufahren. Alles Gerede von der Selbstherrlichkeit, die bei dem Rüstungsverfahren zum Ausdruck kommt, jene stolzen Worte, die wir im deutschen Reichstage so oft gehört haben, daß die Rüstungen Deutschlands eigene nationale Angelegenheit seien, die das deutsche Volk nach seinem Ermessen bestimmen wird,

*) Die genauen Daten über das österreichisch-ungarische Militärgesetz findet man in der „Friedens-Warte" Jahrg. 1911, SS. 260 bis 261.

auf die es niemals von anderen Einfluß nehmen lassen kann, sind hohle Phrasen. Nirgend kommt die Abhängigkeit des angeblich souveränen Staates von der Staatengemeinschaft so deutlich zum Ausdruck wie bei seinen Rüstungen. Er rüstet nicht wie er *will*, sondern wie er *muß*. Und der kleinste Nachbar kann gebieterischen Zwang auf ihn ausüben.

Aber dieser äußere Zwang, der den ganzen Mißstand enthüllt, gleichzeitig aber auch den Weg zu seiner Beseitigung weist, ist es gerade, der das Treiben der Rüstungsfanatiker nach dem Augenschein rechtfertigt und ihnen gestattet, sich dem Volke gegenüber als Retter und potenzierte Patrioten aufzuspielen. Solange dieser Zwang bestehen bleibt, haben alle Rüstungsapostel in ihren Folgerungen recht, solange muß auf jeden anderen Kiel wiederum einer bei uns gelegt werden, auf jedes Bataillon der der andern zum mindesten eines bei uns folgen. Wir Pazifisten, die wir die Welt von dem Krebs des Rüstungswesens befreien, sie vor dem notwendigen Bankerott schützen wollen, können nichts anderes tun, als unseren Gegnern in dieser Beziehung Recht zu geben. Scheuen wir, wir Rüstungsbekämpfer, uns doch nicht, es offen zu sagen, daß sie recht haben, alle recht haben, die Eisenfresser, die nicht genug Soldaten, nicht genug Schiffe bekommen können, alle Kriegsminister und patriotischen Abgeordneten, die den Feind stets vor den Toren der Hauptstadt sehen, wie Besessene den Beelzebub in ihrer Zelle. Scheuen wir uns nicht, ihnen recht zu geben; wir stärken damit nur unsere Position. Sie haben alle recht in ihren Folgerungen. Wir sind ganz ihrer Ansicht: Wir müssen überbieten, wir müssen steigern, wir müssen die Kräfte des Staates aussaugen, um dem Stärkeverhältnis der andern zu folgen, wir müssen das Volk zum Verbluten bringen, seine Lebensdauer verkürzen, seine Bildung hemmen, sein Recht schmälern, denn die Folgerungen, die uns dazu drängen, sind, wenn auch furchtbar, wenn auch entsetzlich, so doch richtig.

Nur in ihren Voraussetzungen haben sie alle unrecht. Ihre Prämissen sind falsch.

Hier können wir dann um so kraftvoller und mit um so größerer Aussicht, gehört zu werden, und mit um so größerer Hoffnung, das große Elend zu beenden, *unsere* Logik in den Streit stellen.

Die Beweisführung unserer Gegner ist ja nur deshalb logisch, weil sie auf unlogischen Voraussetzungen beruht. Ihr müßt gegeneinander rüsten, weil ihr überseht, daß der Staat nicht mehr ein Ganzes, sondern nur mehr der Teil eines größeren Ganzen geworden ist. Ein Glied in einer Kette. Er ist, um ein Wort eines modernen Staatsmannes an richtiger Stelle anzuwenden, in eine „gottgewollte Abhängigkeit" geraten. Die Wirtschaft hat aus den isolierten Staaten einen Staatenverband, eine Staatenfamilie, einen Organismus geschaffen. Wenn die Glieder fortfahren, sich allein zu schützen, so erzeugen sie ungesunde Wucherungen. Sie können ihren Schutz nur in der Gemeinschaft finden. Das Rüstungsproblem ist ein gemeinsames. Es ist nicht die Angelegenheit des einzelnen Staates. Ihr sagt Ja? Wie könnt ihr das noch, wo ihr jede eurer Heeres- und Flottenvermehrungen logisch (!) mit dem Hinweis auf die andern Staaten begründet, wenn ihr den Zwang, den die andern auf euch ausüben, anerkennt und somit zugebt, daß es sich dabei nicht mehr um eure eigene Angelegenheit, sondern um die der Staatengemeinschaft handelt? Das Verkennen dieser Voraussetzungen führt euch zu jenen so logisch dreinschauenden, aber so furchtbar irrigen Schlüssen. Der moderne Staat kann seine Existenz, seine Stellung im Verbande nur durch ein organisches Zusammengehen mit allen andern Gliedern des Verbandes schützen und sichern. Er wird sich dadurch nicht nur nachhaltiger und mit geringerem Energieaufwand schützen und sich sichern, sondern in diesem organischen Zusammenhang überhaupt erst seinen Schutz und seine Sicherheit finden. Denn heute entbehrt er dieser so sehr erstrebten Situation trotz aller Rüstungen. Der stärkste Staat kann die Beute einer Koalition der andern werden. Diese Koalition droht ihm immer, und diese Drohung findet ihren Ausdruck in dem Suchen und Eingehen von Bündnissen. Unser ganzes Bündniswesen ist nichts weiter als ein unbewußtes Eingestehen der Ohnmacht der Rüstungen, die volle Sicherheit des Staates zu gewähren, und die heute so häufige Begründung der Neurüstungen als Mittel zur Bündnisfähigkeit ist ein Lichtschimmer, da er von der noch im Unterbewußtsein lagernden Erkenntnis eines organischen Staatenverbandes zeugt. Die große Armee als Mittel zur Bündnisfähigkeit bekundet das Streben, sich in die organische Gemeinschaft des Staatenverbandes einzugliedern. In dieser organischen Gemeinschaft wird die Koalition nicht gefürchtet sein, sondern das

ersehnte Ziel bedeuten. Denn so wie die Koalition in der Anarchie dauernd den einzelnen Staat bedroht, wird sie in der Organisation dauernd dessen felsenfesten Schutz bilden. Er wird überhaupt nicht mehr angreifbar sein; denn fortab werden alle Teile des Ganzen für ihn eintreten, da er ein Teil dieses Ganzen geworden ist.

Das ist die Philosophie des Rüstungswesens, hier ergibt sich der Weg, auf dem man durch Denken zu einer erlösenden Abänderung des heute allerseits empfundenen Mißstandes kommen kann. Es gibt aber noch einen anderen Weg, der nicht durch die Logik der Menschen, sondern durch die Logik der Tatsachen bewirkt wird. Und es hat den Anschein, als ob die Menschheit des zwanzigsten Jahrhunderts den Weg zu ihrer Erhaltung, zu ihrer Rettung durch den mechanischen Prozeß der Tatsachen wird wandern müssen, daß wieder die Logik der Dinge stärker und vernünftiger sein wird als die der Menschen.

Es scheint, als ob sich sie Geschichte einen hübschen Scherz leisten wird. Wie heute jede Erfindung die beste Aussicht auf praktischen Erfolg hat, wenn sie von der Militärverwaltung verwendet werden kann, so wird vielleicht die Rüstungsverminderung zustande kommen, weil sie im Interesse der Militärverwaltung liegen wird. Es ist das Verdienst eines österreichischen Soziologen, darauf zuerst hingewiesen zu haben, daß der Militarismus aus sich selbst heraus die Potenzen erzeugt, die zu seiner Ueberwindung führen müssen. In seiner eben erschienenen Schrift „Friedensbewegung und Menschenökonomie"*) sagt Rudolf Goldscheid:

„Es ist die Kriegsverwaltung in erster Linie, die an der körperlichen Tüchtigkeit der Rasse interessiert ist. Steigt die Rüstungslast in solchem Maße, daß darunter der Ausbau aller sozialen, politischen und sozialhygienischen Institutionen leiden muß, so mindert sich mit dem physischen Rückgang der Bevölkerung auch die Stärke der Wehrmacht. Es ist somit der Militarismus selber, der sich auf die Dauer mit der Verbesserung der technischen Kriegsstärke nicht begnügen kann, sondern immer intensiver hinwirken muß auf die Erhaltung und Steigerung der organischen Wehrkraft. Und indem er diese Notwendigkeit erst erkennt, wird er es auch schließlich sein müssen, der zum Schutz der nationalen Kraft die schrittweise Rüstungseinschränkung befürwortet, eben weil die Rüstungsversicherung nur auf Kosten der sozialpolitischen, der sozialhygienischen, der wirtschaftlichen Versicherung sich ausdehnen kann und umgekehrt."

Hier ist also der Ausweg! Die Rüstungsverminderung im Interesse des Militarismus. Es kann nicht lange mehr dauern, bis sich diese Erkenntnis den Militärgewaltigen erschließt. Schon droht der Geburtenüberschuß auch in Deutschland zu fallen. Schon bestehen Zweifel, ob in Oesterreich-Ungarn die bewilligten Rekruten auch aufzutreiben sein werden, und man befürchtet, daß man minderwertiges „Menschenmaterial" wird einreihen müssen. In Frankreich ist das Uebel schon offensichtlich, Italien wird jedenfalls nicht lange auf sich warten lassen. Was wird da übrig bleiben, als ein Abkommen auf Kontingentierung der Rüstungen zu schließen? Die Kriegsminister in allen Ländern werden dann mit uns gehen, überwunden von der Gewalt der Tatsachen, auf die wir hingewiesen haben, und denen man mit Hilfe der Vernunft hätte zuvorkommen können, wenn man auf uns hätte hören wollen.

A. H. F.

*) Internationale Verständigung. Heft 2/3: Rudolf Goldscheid, Friedensbewegung und Menschenökonomie. Berlin 1912. Verlag der „Friedens-Warte". 64 S. M. 1,—.

Die Rüstungskosten und die Teuerung.

Rede, gehalten auf der 1. Jahresversammlung der „American Society for judicial Settlement of International Disputes" (Washington 1910), von W. Bourke, Cockran. Mitglied der Repräsentantenkammer der Vereinigten Staaten.

Die Ausgaben, welche gegenwärtig in der Welt für militärische Zwecke gemacht werden, haben eine derartige Höhe erreicht, daß von ihrer Verminderung nicht etwa bloß die Verbesserung der menschlichen Zustände, sondern geradezu die Erhaltung der menschlichen Gesellschaft abhängt. Noch vor einigen Jahren schien der politische Horizont frei von Wolken; der Zinsfuß hatte eine sinkende Tendenz, was davon zeugte, daß eine genügende Summe Kapitals für die Produktion vorhanden war; die Preise der Bedarfsgegenstände fielen. Aber in den letzten Jahren sah die Welt sich einer außerordentlichen Preissteigerung gegenüber, und zwar zur gleichen Zeit, in welcher die Produktivität des Menschen größer ist als zu irgendeiner

früheren Zeit. Ein Steigen der Preise beweist also, daß das gegenwärtige Angebot von Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen statt zu wachsen sinkt, denn es gibt keine Erklärung höherer Preise, als die der Seltenheit der Waren, und keine Erklärung fallender Preise als ihr Ueberfluß. Wenn nun die Preissteigerung sich beständig fortsetzt, wie es eben jetzt nach dem Urteile aller Fachleute geschieht, ist es klar, daß eine große Zahl von Familien sehr bald unfähig sein wird, sich durch ihre eigene Arbeit mit den notwendigen Bedarfsgegenständen zu versorgen. Wenn dieser Zustand anhält, wird diese Zahl rasch anwachsen, und mit der immer größer werdenden Schar von Notleidenden ist auch der Fortschritt der Menschheit aufgehalten — ihre Entwicklung geht zurück.

Ich will hier durchaus nicht das Evangelium der Verzweiflung predigen. Ich glaube nicht, daß diese Preissteigerung eine notwendige und unvermeidliche Wirtschaftskategorie sei. Ich glaube vielmehr, daß sie die Folge einer zerstörenden („subversiven") Politik ist, zu welcher sich gleichwohl die Völker der Erde während der letzten Generationen freiwillig hergegeben haben; und das Unheil, erzeugt durch eine der Zivilisation entgegengesetzte Politik, kann ermessen werden, wenn man diese Politik ersetzt durch eine mit der Zivilisation übereinstimmende Politik. Ich halte es für erweislich, **daß dieses beständige Steigen der Preise dem Wetteifer unter den Mächten zuzuschreiben ist, die vollständigste und vollkommenste Rüstung zu erreichen.** Wenn ich Wasser in ein Gefäß fließen sehe, wenn aber der Inhalt des Gefäßes sich verringert, so weiß ich, daß es irgendeinen Fehler haben muß. Wenn wir sehen, daß die Masse der menschlichen Konsumgüter auf der Erde sich verringert, obwohl eine beständige Steigerung des Angebotes herrscht, so wissen wir, daß auf der Welt die Abgänge größer sein müssen als das Angebot. Aber welcher Abgang ist es außer demjenigen, der in der Erhaltung der Rüstungen besteht.

Ich weiß, man bezeichnet die **Schutzzölle** als die Ursache der hohen Preise in den Vereinigten Staaten. Das ist ja der Schlachtruf des politischen Kampfes gewesen. Ich glaube, niemand wird mich für einen Verteidiger des Schutzzolles halten; im Gegenteil, ich gehöre zu jenen, welche grundsätzliche Gegner des Schutzzolles sind. Ich glaube, daß die beste Reform des Zolltarifes seine Abschaffung wäre; aber weil ich es für angezeigt erachte, dies ausdrücklich zu sagen, damit ich nicht der Parteilichkeit zugunsten des Schutzzolles bezichtigt werde, muß ich hinzufügen, daß, wenngleich der Schutzzoll zum Steigen der Preise beigetragen habe, dies nicht die einzige und nicht die Hauptursache ist. Die hohen Preise sind nicht lokaler, sondern universeller Natur. Wenn wir in England eine Preissteigerung finden, obgleich nicht in dem gleichen Ausmaße wie hier, so doch stark und drückend, muß es wohl eine universelle Ursache geben, sie zu erklären: Wir finden die ungeheure Summe, verloren in Rüstungen, welche während des Jahres 1909 die enorme, nicht mehr faßbare Summe von 1½ Milliarden Dollars erreichte.

Man bedenke nur, daß jeder auf Rüstungen verwendete Dollar ein Verlust ist, ein unbedingter Verlust des Staatsschatzes. Geld auf Rüstungen ausgegeben, gleicht dem Versenken von Saatkorn in das Meer; einen Dollar für einen produktiven Zweck ausgegeben, gleicht einem Saatkorn, in fruchtbaren Boden gepflanzt, das sich wieder ersetzt auf hundertfache Weise. Ich weiß wohl, daß in der Herstellung der Rüstungswerkzeuge Menschen zu guten Löhnen beschäftigt werden, aber das ist eben das Schädliche daran, daß diese Menschen aus jenen Beschäftigungen, wo ihre Arbeit fruchtbar wäre, in solche Beschäftigungen gelenkt werden, wo ihre Arbeit unfruchtbar und nutzlos ist.

Das Geld, ausgegeben von der Regierung für öffentliche Verbesserungen, wie z. B. für den Panamakanal, wird dem Hersteller 100 Dollar für jeden Penny wieder bringen, welcher hineingesteckt wurde. Der Pflug wird zwar mit jeder Furche, welche er gräbt, weniger wert, aber bevor er gänzlich unbrauchbar wird, hat er seinen eigenen Wert hundertfach wiedererstattet. Das Handelsschiff ist weniger wert, wenn es seine Fahrt beendigt, obwohl dessen Bau viele Millionen kostete; aber während seines Lebens hat es die Produktion gefördert durch Erleichterung im Austausche von Waren und zwar in einem hundertfach größeren Werte als sein eigener Wert ist. Aber ein Schlachtschiff produziert gar nichts und es ist noch am wenigsten schädlich, wenn es absolut müßig ist. Es kann nur wirksam werden, indem es zerstört; nicht genug an den Riesensummen, welche auf seinen Bau verschwendet wurden, muß es Eigentum in jeder Richtung zerstören, ganz zu schweigen von der Zerstörung menschlicher Leben, dem wertvollsten Kapital, welches es auf Erden gibt. Und was von dem Schlachtschiff gilt, gilt von den Festungen, Kanonen, von jedem Kriegsmaterial, — alle diese Dinge sind eine tote Last, ausgenommen, wenn sie bestimmungsgemäß gebraucht werden — zur Zerstörung von Leben und Gütern.

Man messe diese Ausgaben an einigen wichtigen menschlichen Lebens- oder Bedarfsgütern. 1910 betrug die ganze Weizenernte in den Vereinigten Staaten 6917 Mill. Bushels und jeder Bushel war ungefähr einen Dollar wert. Nun stelle man sich vor, daß irgendein perverser Genius diese ungeheure Ernte sammeln könnte und — in das Meer würfe . . . Man stelle sich vor, welche Wirkung dies auf den

Preis des Brotes nicht bloß in den Vereinigten Staaten, sondern in der ganzen Welt hätte! Und doch: dieser unersetzliche Verlust, welchen die Menschheit erlitte, so groß, daß wir ihn kaum ausdenken können, wäre nur halb so groß, wie der schädliche Verlust, den sie erleidet bei der ständigen Leidenschaft für Zerstörung, verkörpert in diesen wahnwitzigen Rüstungen, diesem „Wetteifer auf dem Wege zum Bankerott", um den treffenden, kräftigen Ausdruck zu zitieren, welchen Präsident Taft gebrauchte . . .: Die Baumwollernte in den Vereinigten Staaten war im vorigen Jahre 10.4 Mill. Ballen, ungefähr die gleiche Summe Dollars wert. Würde ein perverser, höllischer Phantast alle diese wertvollen Ballen auf einem Scheiterhaufen sammeln und zu Asche verbrennen — der hierdurch verursachte Schaden wäre nicht halb so groß, wie der Schaden, der den Menschen ständig durch die Rüstungen zugefügt wird.

Nun sind die Rüstungsauslagen nicht zu messen an einem oder an zwei Gütern, sondern an allen Gütern. Die Rüstungskosten sind von jedem Menschen zu zahlen, von jedem Manne, jeder Frau, jedem Kinde, auf der ganzen Welt, in den steigenden Preisen der Lebensmittelbedürfnisse. Wenn wir sehen, daß der Arbeiter ein Paar Schuhe länger tragen müsse als früher, weil ein neues Paar teurer ist als früher; wenn wir sehen, daß die Kinder sich mit dünneren Kleidern zufriedengeben müssen als früher, weil Wolle und Baumwolle teurer wurden; wenn wir sehen, daß der Frühstücks- und Mittagstisch weniger ansprechend, ja, weniger nahrhaft bereitet werden muß, weil die Preise der Nahrungsmittel gestiegen sind; wenn wir sehen, daß die Wohnungen weniger bequem werden, weil die Baukosten gestiegen sind; wenn wir all dies sehen, dann erkennen wir auch, daß die Rüstungsauslagen bezahlt werden in dem gehinderten Wachstum der Kinder, in der wachsenden Sorge der Hausfrauen, in dem zunehmenden Trübsinn des Menschen, in dem beschleunigt drohenden Elende der Familien . . .

Aber man sagt uns: die Schäden dieser Ausgaben seien notwendig, um einen größeren Schaden zu vermeiden, den Krieg; die Aufrechterhaltung der Rüstungen sei notwendig, um den Frieden zu erhalten. Aber die Schäden, vor welchen man behauptet, besorgt zu sein, können nicht halb so groß sein als die Schäden, welche man sich selbst und anderen tatsächlich zufügt. Man male sich aus, was die Rüstungen in den letzten 20 Jahren gekostet haben! Man male sich aus, was jedes Land dazu beitragen mußte, und dann messe man daran die Schäden, welche durch den Krieg verursacht worden wären! Wenn eine Stadt geplündert worden wäre, wenn ihre Häuser niedergebrannt, ihre Fabriken dem Boden gleichgemacht und die Felder in Wüsten verwandelt worden wären, wenn eine schwere Kriegsentschädigung über ihre Bevölkerung verhängt worden wäre — so hätten alle diese Verheerungen wenigstens einmal ein Ende gefunden!

Diese Verheerungen, wie groß immer, könnten allmählich gutgemacht werden, aber die Rüstungsauslagen haben weder einmal ein Ende, noch eine Grenze, noch besteht eine Hoffnung auf einen Abschluß — und der Friede, von dem behauptet wird, daß er durch die Rüstungen gesichert werde, ist ein bewaffneter Friede für den — Krieg, für einen beständigen, zerstörenden Krieg ohne Ende, mit der besonders trostlosen und gräßlichen Eigenschaft, daß — an Stelle eines Krieges zwischen den Staaten — jeder Staat sein eigenes Volk bekriegt, indem er Lasten nicht dem Feinde in Waffen auferlegt, sondern seinen eigenen Staatsbürgern, den Männern, Frauen und Kindern, für welche er sorgen soll.

Nun finden wir an diesem schrecklichen Wetteifer der Zerstörung, an diesem „Wettrennen zum Bankerott" auch große Nationen, welche den Anspruch erheben, Führer der Zivilisation zu sein, beteiligt, obgleich keine von ihnen imstande wäre, einen vernünftigen Grund des Schreckens anzugeben, zu welchem sie sich bekennen. Sie sind für etwas besorgt, was sie nicht einmal formulieren können, sie sind damit beschäftigt, das Vermögen ihrer Bevölkerung, das Erzeugnis ihrer Hände, die Früchte ihrer schweren Arbeit feierlichst in die See zu werfen, und doch können sie nicht eine einzige Tatsache oder Handlung nennen, welche diese Besorgnis rechtfertigen würde, es sei denn die Tatsache, daß das andere Land ebenfalls gerüstet ist.

Es ist wahr, daß eine Nation nicht die Position des Rüstens annehmen kann, ohne ähnliche Handlungen von seiten der übrigen Nationen herauszufordern. Das ist das Gesetz des menschlichen Verkehrs. Wenn ein Mensch bedrohliche Gesten macht, müssen die anderen sich in eine Verteidigerstellung begeben, und das bedeutet den Gebrauch ähnlicher Gesten. So müssen auch, wenn eine Nation fortfährt, sich zu rüsten, alle übrigen Nationen darangehen, sich in gleichem Maße zu rüsten, und das Ergebnis ist eine klaffende Wunde an dem Körper der Zivilisation, aus welcher das kraftspendende Lebensblut — die Mittel der Erhaltung — dahinströmt, zum totalen Schaden der zivilisierten Gesellschaft.

Auch unser Vaterland (die Vereinigten Staaten von Amerika) entging nicht diesem Schicksal. Ich weiß, daß es dies nicht kann, bis die Gesetze, welche die Beziehungen der Völker zueinander beherrschen, derart abgeändert sein werden, wie wir es wünschen. Wir leiden außerordentlich darunter, denn, angesichts der vielfachen Möglichkeiten, un-

sere materiellen Kräfte zu entwickeln, müssen wir, das industriellste Volk der Welt, außerordentlich empfindlich für alles, was den Strom des Kapitals, selbst eines Produktes der menschlichen Arbeit eindämmt, wahrlich sagen: Der Betrag, den wir nur in den letzten zehn Jahren für die Rüstungen ausgelegt haben, hätte hingereicht, vier große Bahnen vom Atlantischen zum Stillen Ozean zu bauen, und vier weitere, sie kreuzende Bahnen, welche vom Norden nach dem Süden des Reiches führen. Man hätte für diese Beträge vier oder fünf Panamakanäle bauen können. Man hätte unsere Flüsse durch ein System künstlicher Wasserstraßen regeln können, welche sowohl die Transporte verbilligt, als auch eine Ermäßigung der Preise der Güter herbeigeführt hätten; alle Mittel der Lebenshaltung hätten verbessert werden können; die Erzeugnisse des Landwirtes hätten den Markt zu viel geringeren Kosten erreichen können; der Arzt, welcher nicht genug eilen kann, um den Leidenden zu helfen, wäre an dem Krankenlager seiner Patienten in kürzerer Zeit und mit weniger Mühe erschienen; das Schulkind hätte seinen Weg kürzen und erleichtern können; der beständige Preisrückgang der Warenpreise wäre gleichbedeutend mit einem ausgesprochenen Steigen der Löhne gewesen. All' diese Segnungen, welche die Vorsehung diesem Volke angeboten hatte, wurden uns vor unseren Augen entrissen — durch jene verrückte Leidenschaft der Zerstörung, deren Opfer wir sind, und an der wir gezwungen sind, teilzunehmen.

Gibt es gar kein Mittel, um diese Verwüstung von Werten zu vermeiden? Gibt es kein Mittel, um die Menschen daran zu hindern, die Erzeugnisse ihrer eigenen Arbeit zu zerstören? Um sie davor zu bewahren, daß sie ruchlos die Gelegenheiten mißachten, welche der Schöpfer ihnen zur Verbesserung ihrer Lage darbietet?

Wir müssen uns gegenwärtig halten, daß zwischen den Völkern Mißtrauen herrscht. Das dürfen wir nicht verkennen, wir müssen damit rechnen. Diese Gesellschaft (d. i. die Gesellschaft f. richterliche Beilegung internationaler Streitigkeiten") hat eine Lösung vorgeschlagen, der Präsident der Vereinigten Staaten hat sie erwähnt und mit flammenden Worten beschrieben. Die Neigung des Menschen zu streiten wird so lange währen als er atmet; aber die Erledigung seiner Streitigkeiten erfordert nicht notwendigerweise Gewaltanwendung. Die Tatsache, daß die persönlichen Streitigkeiten jetzt durch friedlichen Richterspruch geschlichtet werden, beweise uns, daß die Zeit gekommen ist, daß auch die Völker die Grundsätze des Rechtes anwenden können und dieses Recht auch erzwingen können.

Ein Gerichtshof, gebildet aus Vertretern aller Völker, zusammengesetzt aus den besten, gelehrtesten, weisesten ihrer Bürgerschaft, könnte wohl mit der Macht ausgestattet werden, seine Intervention auf Wunsch jedes Volkes anzubieten, welches von einem anderen angegriffen oder gekränkt wurde . . .

Wir fordern nicht, daß der Gerichtshof das Recht haben soll, eine Nation im Namen einer anderen Nation vorzuladen, aber er kann wohl mit dem Rechte ausgestattet werden, eine Nation im Namen der Gerechtigkeit vorzuladen . . .

Das Unternehmen, an welchem Sie beteiligt sind (d. i. die Gesellschaft für richterliche Beilegung internationaler Streitigkeiten) ist ein Unternehmen, welches nicht das Gedeihen, nein: das Sein der Zivilisation in sich schließt. Wenn das Unternehmen fehl geht, dann stehen wir dem wachsenden Hasse zwischen den Völkern gegenüber, mit vermehrten Rüstungen, weiteren Verlusten an Vermögen, unerhörten Preissteigerungen mit der Zunahme des Elends und der Armut . . . Auf der anderen Seite sind in dem Erfolge des Unternehmens alle Probleme gelöst, welche den Fortschritt der Menschheit ernstlich berühren, und der Frieden, welcher auf der Grundlage des Rechtes erbaut ist, wird ewig und unabänderlich, — wird immerwährend sein. Angesichts dieser Alternative kann die Menschheit nicht schwanken. Das Vorhaben dieser Versammlung muß siegen und mit der feurigen Triebkraft, die es heute empfing, wird es siegen!

Realpolitik und Friedensbewegung.

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

Die Gegner der Friedensbewegung suchen unsere Idee fortwährend dadurch zu kompromittieren, daß sie behaupten, zwischen der Realpolitik und der Friedensbewegung bestände ein unlösbarer Widerspruch. Sie machen sich dabei die Sache recht leicht; denn anstatt nachzuweisen, daß die Grundidee der Friedensbewegung mit der Realpolitik in Gegensatz steht, greifen sie von den zahlreichen Mitteln, die bisher zur Realisierung der Friedensidee vorgeschlagen worden sind, irgendeines heraus, legen dar, daß dieses mit den Forderungen einer gesunden Weltpolitik unvereinbar sei und behaupten keck, weil dieses eine Mittel unter den gegenwärtigen Verhältnissen und in absehbarer Zeit undurchführbar sei, müsse die ganze Friedensidee als utopistisch betrachtet werden.

Die Grundidee der Friedensbewegung ist klar: Es muß alles getan werden, damit die Völker einander näher gebracht und alle Konflikte mehr und mehr friedlich erledigt werden.

Ich wüßte nun keinen angesehenen Völkerrechtsjuristen, keinen irgendwie modern denkenden Politiker, der sich dieses Prinzip nicht zu eigen machte. Auf den Haager Friedenskonferenzen ist es klar ausgesprochen worden. Jeder, der die Schiedsgerichtsbarkeit befürwortet, erkennt dieses Prinzip an. Trotzdem aber hört man immer wieder, sogar von Anhängern der Schiedsgerichtsbarkeit, die Behauptung, sie seien keine Pazifisten, sondern Realpolitiker. Namentlich ein angesehener Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung" hat in den letzten Jahren wiederholt einen Widerspruch zwischen Realpolitik und Friedensbewegung behauptet.

Jedesmal, wenn sich eine neue Idee durchringt, steht das Ziel der neuen Richtung in einem gewissen Gegensatze zu den tatsächlichen Verhältnissen. Je mehr aber eine neue Idee vertieft wird, je mehr sucht sie Gegenwartspolitik zu treiben und außer dem leuchtenden Ideale, das erst in einer ferneren Zeit verwirklicht wird, positive Aufgaben zu empfehlen. Die Friedensbewegung ist heute bereits in dem Stadium, wo sie sich der Realpolitik klar anpaßt. Ihre vorgeschlagenen Maßnahmen, z. B. Stärkung des Rechtsgefühls, Hinweis der Zeitgenossen auf das Werden der internationalen Organisation, auf die berechtigten Interessen der anderen Staaten, Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit usw., sind alle realpolitisch. Die vernünftigen Forderungen eines Staates, die seine Existenz und seine Lebensbedingungen sichern, bekämpft die Friedensbewegung nicht, sondern sucht im Gegenteil von den Rechtsgenossen dieses Staates die Anerkennung der berechtigten Forderungen des anderen zu erreichen. Wenn Frankreich bei der Einverleibung Marokkos klar gesagt hätte: „Deutschland bekommt nichts", dann wäre es nicht Aufgabe der Friedensbewegung gewesen, Deutschland zum Aufgeben seines Standpunktes zu veranlassen, sondern im Gegenteil, Frankreichs Auge für das berechtigte deutsche Interesse zu schärfen. Je mehr nämlich die Staaten auch die Lebensinteressen anderer anerkennen, um so leichter wird ein friedlicher Interessenausgleich möglich sein. Nehmen wir einmal an, es könnten die Lebensinteressen zweier Staaten — was ich nicht für möglich halte — in solchem Maße kollidieren, daß ein Staat zugunsten des anderen von der Bildfläche verschwinden müßte, so würde dies allein unseren Mut nicht schwächen können. Denn wir könnten zum wenigsten dazu beitragen, daß in zahlreichen anderen Fällen, in denen durch Interessenausgleich ein beiderseitig befriedigender Ausgleich gefunden werden könnte, der Krieg nicht mehr in Betracht kommt.

In einem schweren Irrtume befindet sich daher Zorn, wenn er z. B. in der „Zeitschrift für Politik" (II, S. 370) sagt: „Die Ehre und die Lebensinteressen unseres Staates aber gehören uns allein, und über sie zu wachen gehört als unveräußerliches Recht und als heilige Pflicht nur uns allein. Hier sind dem Internationalismus feste und unverrückbare Schranken gesetzt, die keine Veränderung auf dem Wege internationaler Verträge finden dürfen." Daß über die Lebensinteressen eines Staates nur dieser selbst wachen kann, ist für mich, einen erklärten Pazifisten, so selbstverständlich, daß man sich wundern muß, mit welchem Eifer Zorn dies ausspricht. Falsch ist aber, zwischen dieser Tatsache und der Idee der Friedensbewegung einen Widerspruch konstruieren zu wollen. Nicht darum kann es sich nämlich handeln, daß mit fortschreitender Organisation der Welt die Wahrung der Lebensinteressen aus den Händen der betreffenden Staaten genommen wird, sondern das hohe Ziel ist lediglich, wie bereits betont: Den Blick sämtlicher Staaten so zu schärfen, daß sie das Lebensinteresse der anderen achten, so daß auf friedlichem Wege ein Interessenausgleich stattfindet. Wenn zahlreiche Autoren, sogar Regierungen das Lebensinteresse der Staaten schon heute dem Urteile eines Schiedsgerichts unterwerfen wollen, so ist damit, daß diese Anschauung widerlegt ist, noch lange nicht die Grundidee der Friedensbewegung zurückgewiesen. Die einen meinen eben, die Konflikte über Lebensinteressen ließen sich am besten schiedsrichterlich, die anderen sind der Auffassung, jene ließen sich am besten durch Interessenausgleich aus der Welt schaffen. Aber beiden liegt die Idee der friedlichen Erledigung auch der schwersten Konflikte zugrunde. Daß übrigens die Urheber des englisch-amerikanischen Schiedsvertrages meine Auffassung teilen, weise ich im dritten Hefte der Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht (1912) nach.

Nicht scharf genug kann auf den Irrtum derer hingewiesen werden, die sich einige vereinzelte Behauptungen der Friedensfreunde heraussuchen, diese widerlegen und dann die Unrichtigkeit der Friedensbewegung nachgewiesen zu haben glauben. Es muß verlangt werden, daß alle, die die Friedensbewegung angreifen, sich streng an die Grundidee halten und diese zu widerlegen suchen.

Für die Frage, wie stelle ich mich zur Friedensbewegung, kann also nie und nimmer entscheidend sein, ob ich etwa bezüglich des Problems der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, der Abrüstung oder der internationalen Polizeimacht anderer Meinung bin und vielleicht sogar die diesbezüglichen Forderungen einiger Pazifisten für utopistisch halte. Meine nächste größere Arbeit wird zeigen, einen wie durchaus zurückhaltenden Standpunkt ich in zahllosen Fragen einnehme, und dennoch erkläre ich mit aller Entschiedenheit: Ich bin Pazifist. Ich glaube mit anderen,

daß es im Völkerrechte auf absehbare Zeit gewisse Fragen gibt, die sich nicht nach Schema F erledigen lassen, und daß es vorteilhaft ist, wenn jeder Staat die Leitung solcher Angelegenheiten nicht aus der Hand gibt. Ich glaube auch nicht an die zwingende Macht eines Vertrages, wenn er nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Ich bekenne auch, daß ich die Idee einer internationalen Polizeimacht für unbedingt utopistisch halte. Das alles aber und noch vieles andere hindert mich nicht, ein Pazifist zu sein. Es muß aufs schärfste betont werden, daß es in großen Fragen, die für die Menschheit von ungeheuerer Bedeutung sind, niemals darauf ankommen darf, das Trennende unter den Anhängern dieser Idee zu betonen, sondern daß die Hervorhebung der einigenden Grundidee die Hauptsache ist. Nicht das ist das Entscheidende, ob Fried, Zorn oder ein anderer das richtigere Mittel vorschlägt; hier handelt es sich vor allem darum, daß die Idee, von der das Wohlergehen der Menschheit abhängt, voran kommt. Das aber ist unmöglich, wenn man, wie Zorn, nur das Trennende und das Einigende gar nicht hervorhebt. Was wäre der vernünftige Schritt für einen, der mit Fried, Umfrid, Quidde und anderen die Gewalt des Krieges zurückdrängen will, aber über die Mittel und Wege anderer Meinung ist? Es gibt keine andere Antwort als die: Er würde in die Reihen der Pazifisten treten und mitkämpfen.

Ich verstehe nicht, weshalb es realpolitisch sein soll, sich von der Fahne des Pazifismus, die der gesamten Menschheit deutlich eine große Idee vor Augen hält, und sie hierfür zu gewinnen sucht, abzusondern und getrennt für die Idee der Verständigung zu kämpfen. Ich sage: Mit solchen Halbheiten wird nichts erreicht. Wer wirklich für die Idee der Völkerverständigung etwas übrig hat, der wird sich auf die Dauer dem Pazifismus ganz anschließen. Wer aber die Gemeinschaft der Pazifisten flieht, dem ist — von einigen wenigen abgesehen — letzten Endes das ganze Problem gleichgültig.

Wenn eine Idee gut ist, dann trete ich unbedingt auf die Seite ihrer wahren Anhänger. Dann suche ich die ganze Bewegung, die diese Idee trägt, zu heben, indem ich in den Reihen der anderen kämpfe und zur Vertiefung der Idee beitrage. Nur durch die deutliche Vertretung des Pazifismus bringt man den Gegensatz zum Ausdrucke, der zwischen der wahren Friedensidee und jener verschwommenen Idee besteht, die z. B. Bassermann im Reichstage wiederholt vertreten hat. Die Tatsache, daß in einer Bewegung vereinzelte Utopisten vorhanden sind, und daß diese Idee noch vielfach nicht ernst genommen wird, gibt keinem, dem es in Wahrheit von ganzem Herzen um den Fortschritt der Menschheit zu tun ist, das Recht, die Fahne der Friedensbewegung zu fliehen. Aus taktischen Gründen müssen sich diese vielmehr deutlich als Pazifisten bezeichnen. Wenn z. B. einzelne mit Macht für die Schiedsgerichtsbarkeit eintreten, dabei aber die Bezeichnung Pazifisten mit Eifer ablehnen, dann wird der großen Menge, die von dem ganzen Problem nur einen unklaren Begriff hat, nicht lediglich die Idee der Schiedsgerichtsbarkeit nahe gebracht. Dann wird ihr gleichzeitig eingeredet: „Was im übrigen die Pazifisten wollen, ist Utopie." Für den Fortschritt der Idee der Völkerverständigung kommt es aber letzten Endes gerade darauf an, daß die Grundidee der Friedensbewegung in den Augen aller Deutschen als etwas durchaus Gesundes und Berechtigtes hingestellt wird. Die Mehrzahl der Menschen kennt die wahre Bedeutung der Schiedsgerichtsbarkeit nicht, weiß nur, daß sich diejenigen, die die internationalen anarchischen Verhältnisse verbessern wollen, als Pazifisten bezeichnen. Wer daher den Pazifismus in der Oeffentlichkeit ablehnt, beweist der großen Menge im letzten Grunde die Torheit aller Friedensbestrebungen — einschließlich des Schiedsgerichts —; der vernichtet sein eigenes Werk. Denn wie glaubt man, daß die Schiedsgerichtsbarkeit einen bedeutenden Fortschritt machen wird, wenn jedermann der Meinung ist, die Kriege würden trotzdem im wesentlichen bleiben? Muß man nicht allgemein die Hoffnung auf die immer größere Zurückdrängung des Krieges mit aller Gewalt stärken, damit die kleinen Schritte erleichtert werden? Wenn Zorn z. B. in so erfreulicher Weise für den Weltschiedsvertrag eintritt, so erscheint der großen Menge dieses Problem gar nicht als etwas so Erhabenes, wenn sie sich gleichzeitig sagen lassen muß: „Eine Zurückdrängung des Krieges ist doch nur in sehr beschränktem Maße möglich." Die Menge aber will sichtbare, greifbare Erfolge. Ihr muß man klar machen, daß der Weltschiedsvertrag nur eine Stufe auf dem Wege zur immer größeren Herrschaft des Rechts darstellt, und daß die Kriege in einer ganz ungeahnten Weise seltener gemacht werden können. Dann erst schafft man das psychologische Milieu, das die Taten erleichtert. Wundert sich Zorn, daß die große Masse der Menschen die Haager Friedenskonferenzen noch nicht richtig einschätzen, wo die maßgebenden Leute nicht mit lauter, unerschütterlicher Stimme rufen: „Das alles sind nur die Vorboten größerer, herrlicherer Taten!" Was bedeutet die ruhmreiche, ewig denkwürdige Tat Zorns auf der ersten Haager Friedenskonferenz für die große Masse, wenn man ihr nicht vor Augen führt, daß jene Errichtung des Haager Schiedshofes die Bahn

für eine ganz neue Menschheitsentwicklung frei machte? Was aber soll sie jetzt dazu sagen, wo gerade Zorn immer wiederholt: „Laßt alle Hoffnung fahren. Der Krieg wird nie verschwinden." Muß man nicht gerade im Gegenteil mit Macht auf die leuchtende, hoffnungserweckende Zukunft hinweisen? Daher ist es psychologisch von ungeheurer Bedeutung, daß sich die angesehenen Männer der Wissenschaft ganz dem Pazifismus anschließen. Durch nichts kann die Entwicklung der Friedensidee in Deutschland machtvoller gefördert werden, als wenn sich alle Gelehrten dieser Idee unzweideutig anschließen. Der „Verband für internationale Verständigung" kann hier gute Dienste tun. Ich betrachte es geradezu als seine Hauptaufgabe, die Führer des deutschen Volkes zu Pazifisten zu erziehen, mag auch die eigene Leitung des Verbandes vielleicht anderer Meinung sein.

Unter den Pazifisten mag man sich im engeren Kreise darüber streiten, ob der Krieg nur in seiner Bedeutung wesentlich zurückgedrängt werden oder einmal ganz verschwinden wird. (Daß ich der letzteren Auffassung bin, bedarf keiner Betonung.) Aber derjenige, der ein völliges Aufhören des Krieges für unmöglich hält, aber doch eine allmähliche Zurückdrängung desselben, soweit sie mit den Lebensinteressen der Staaten vereinbar ist, wünscht, der sollte doch nicht bei jedem Eintreten für die Schiedsgerichtsbarkeit seinen Skeptizismus in dieser Richtung betonen, und dadurch das Interesse der großen Menge für die Völkerverständigung schwächen. Zudem beweist dieser Skeptizismus einen Mangel an Verständnis gegenüber den Zeitereignissen. Denn indem ich gespannten Auges die Entwicklungslinie der Menschheit verfolge, soweit sie in dem kurzen Rahmen eines Menschenlebens zu erkennen ist, sehe ich, wie sich von Tag zu Tag immer Großartigeres verwirklicht.

Das Zustandekommen des Haager Schiedshofes im Jahre 1899, die periodische Einrichtung der Haager Konferenzen, der machtvolle Zusammenschluß der Parlamentarier zur Interparlamentarischen Union zwecks Eintretens für die Schiedsgerichtsbarkeit, der immer größere Einfluß der Friedensbewegung auf die deutsche Völkerrechtswissenschaft, die Begründung des Verbandes für internationale Verständigung, die friedliche Beilegung des deutsch-französischen Konfliktes im Jahre 1911, sowie die neuesten Bemühungen zu einer deutsch-englischen Verständigung sind nur einige wenige Tatsachen aus jener Kette pazifistischer Ereignisse, die Fried alljährlich in seiner „Pazifistischen Chronik" zusammenstellt. Wenn der Fortschritt in solch schnellem Tempo vor sich geht, so kann man doch wohl kaum von einer Utopie reden, dann muß man schon blind sein, um als Prophet dafür auftreten zu wollen, daß der Krieg niemals seine Bedeutung verlieren oder nur in erheblichem Maße seltener werden wird. Nun gehört ja allerdings ein gewisses Maß von Urteilsfähigkeit dazu, um diese Tatsachen inmitten zahlreicher anderer, für die Unverwüstlichkeit des Krieges sprechender, Ereignisse richtig einzuschätzen. Wer ungeduldig ist, wer einen Fortschritt von heute auf morgen erwartet, wird freilich bitter enttäuscht sein, wenn z. B. ein Krieg wie der italienisch-türkische ausbricht. Den Leuten, die sich ausschließlich durch solche Ereignisse ihre Ansicht bilden, mangelt die Ausdauer zur zähen, mühevollen Arbeit, und es fehlt ihnen der Glaube an die Fortentwicklung des Menschengeschlechtes. Ein Ding von so elementarer Kraft und Bedeutung, wie es der Krieg bisher für das Leben der Menschheit war, kann nur in unendlich langem Ringen zerschmettert werden, in dessen einzelnen Phasen dem Charakterlosen oft die Hoffnung sinken mag. Wie aber könnte je etwas Großes für die Menschheit geleistet werden, wenn nicht diejenigen, die die Menschheit vorwärts bringen wollen, von unerschütterlichem Glauben an eine bessere Zukunft erfüllt sind! „Die Friedensidee ist doch nur eine Sache des Glaubens; wir wissen doch nichts Bestimmtes für die Zukunft", so pflegt man wohl zu sagen und bedenkt nicht, daß dieser Einwand jedem Fortschritt gegenüber gemacht werden kann. Als die deutsche Burschenschaft in den Jahren vor der ruhmvollen Einigung des Deutschen Reiches in schwerem Kampfe mit der herrschenden Macht für ein einiges Deutschland kämpfte, da konnte man ihr ebenfalls entgegenhalten: „Das ist doch nur eine Sache des Glaubens; wir wissen nicht, ob das überhaupt realisierbar ist." Aber trotzdem hat die Burschenschaft, haben andere für die Einigung Deutschlands gekämpft. Wann wüßte man je, daß irgendeine große Idee in einer Reihe von Jahren zweifellos verwirklicht werden wird? Ist es nicht immer Sache des Glaubens, ob diese Idee berechtigt ist? Ist es nicht gerade daraus zu erklären, daß die Männer, die große Ideen vorantrugen, erst verhöhnt und später, als sich der Fortschritt verwirklicht hatte, gepriesen und verherrlicht wurden? Nun ist aber der Fortschritt der Friedensbewegung in neuester Zeit für den Sehenden so offensichtlich, daß man nicht mehr vom Glauben, sondern von Wissen sprechen darf. Immer mehr wird es mit der Zeit offenbar werden, daß nicht die Pazifisten, sondern ihre Gegner Utopisten sind, wie das Fried in seinen „Grundlagen des revolutionären Pazifismus" dargetan hat.

„Der Staatenverband der Haager Konferenzen."

Zu Ostern 1900 schrieb ich die Einleitung zu meiner Schrift „Die Haager Konferenz, ihre Bedeutung und ihre Ergebnisse", die die erste und lange Zeit einzige deutsche Veröffentlichung über die erste Haager Konferenz blieb. Darin lese ich jetzt folgenden Satz: „Dunkler als das Innere Brasiliens ist dem größten Teile des deutschen Volkes das, was diese ewig denkwürdige Versammlung von Vertretern fast aller Kulturstaaten im Frühjahr des vergangenen Jahres gearbeitet hat, und was aus ihren Arbeiten herausgekommen ist. Wie die deutsche Kunst von „Friedrichs Throne" ging das Werk der Haager Konferenz von dem Throne der öffentlichen Meinung „schutzlos und ungeehrt" dahin. Man hat sich nachgerade daran gewöhnt, eine nirgends begründete Phrase, die man irgendwo aufgehoben, ohne Ueberlegung weiter zu geben, die Phrase von der vollkommenen Bedeutungslosigkeit der Haager Konferenz."

Heute ist es in Deutschland anders geworden. Schon wenige Jahre, nachdem die obigen Zeilen geschrieben wurden, hatten einige deutsche Gelehrte das große Versäumnis erkannt und begonnen, der Völkerrechtswissenschaft unter Zugrundelegung des Haager Werkes eine neue Richtung zu geben. Die Namen der Niemeyer, Meurer, Nippold, Schücking, Huber, Lammasch u. v. a. werden dauernd mit der Geschichte der deutschen Völkerrechtswissenschaft verbunden sein, und ihr großes Verdienst wird es bleiben, daß sie ohne Scheu vor dem Lächeln ihrer Kollegen die pazifistische Vorarbeit benützten und weiterführten. Wenn zwölf Jahre, nachdem obiger Satz geschrieben wurde, in Deutschland ein großangelegtes, wissenschaftliches Sammelwerk*) erscheinen kann, das ein deutscher Universitätsprofessor herausgibt und als dessen Mitarbeiter zehn der hervorragendsten deutschen Völkerrechtsgelehrten genannt werden, so ist dies ein Triumph des Pazifismus, wie man ihn schneller und großartiger in jenen Tagen, die der ersten Haager Konferenz folgten, kaum zu erhoffen wagte.

Dieses „Werk vom Haag", dessen erste beide Bände soeben veröffentlicht wurden, erscheint gerade in einem wichtigen Augenblick. Wie der Lärm der Tagespresse uns glauben zu machen versucht, verdüstert sich von allen Seiten der politische Horizont, die Rüstungen werden in einer noch nie dagewesenen Weise angespannt, in allen Ländern Europas erhebt der Militarismus stolz sein Haupt, und es hat den Anschein, als ob der Gewaltdienst noch niemals in der Geschichte größere Triumphe gefeiert hätte, als jetzt, und als ob all die zahlreichen Bestrebungen zur friedlichen Weltorganisation und Festigung eines internationalen Rechtes vollständig gescheitert wären. Daß dem nicht so ist, wird dieses deutsche Reihenwerk auf das anschaulichste beweisen. Es bezeugt, daß die Arbeiten am großen Kulturwerk der Weltorganisation unbekümmert um das Geschrei des Tages, unbeeinflußt von den Scheintriumphen absterbender Institutionen unausgesetzt weitergeht. Es bezeugt, daß Kräfte am Werke sind, den großen Friedensbau zu vollenden, die nicht von den Menschen ausgehen, die für ihn eintreten, sondern sich aus der Gesamtheit der Erscheinungen unserer modernen Welt loslösen und infolgedessen unbezwingbar sind.

Wer mag noch an der Entwicklung dieses großen Werkes zweifeln, wenn er sich an den ironischen Ausspruch erinnert, mit dem einst der große Mommsen den Zusammentritt der ersten Haager Konferenz begrüßte, durch den diese als ein „Druckfehler der Weltgeschichte" bezeichnet wurde, und der jetzt in Walter Schückings Buch „Der Staatenverband der Haager Konferenzen", das den ersten Band des Reihenwerkes „Das Werk vom Haag" bildet, den Satz liest, „daß mit den Haager Konferenzen nicht nur eine neue Periode in der Entwicklungsgeschichte des Völkerrechtes, sondern eine neue Periode der Weltgeschichte eingesetzt hat."

In diesem neuen Werke Schückings wird nichts Geringeres bewiesen, als daß das durch die Haager Konferenzen geschaffene Werk bereits einen Weltstaatenbund gebracht hat.*) Die Völkerrechtswissenschaft hat nach Schückings Darlegungen bis jetzt zum übergroßen Teile eine ganz falsche Auffassung von dem im Haag Begründeten gehabt. Es handelte sich dabei nicht bloß um lose Regierungskonferenzen zur internationalen Regelung einer gemeinsamen Angelegenheit, es handelt sich

*) Das Werk vom Haag. Unter Mitwirkung von v. Bar, Fleischmann, Kochler, Lammasch, v. Liszt, Meurer, Niemeyer, Nippold, v. Ullmann und Wehberg, herausgegeben von Walther Schücking. I. Band: Schücking, Der Staatsverband der Haager Konferenzen. XII und 328 S. II. Band: Dr. Hans Wehberg, Das Problem eines internationalen Staatsgerichtshofes. XVIII und 238 S. — Siehe die Vorbemerkung in der vorhergehenden Nummer der „Friedens-Warte", S. 228, und die Besprechung über das Buch Wehbergs in der nächstfolgenden (August-) Nummer der „Friedens-Warte".

*) Auf dem Mailänder Weltfriedenskongreß (1906) hat der kürzlich verstorbene Jacques Novicow folgenden Antrag zur Annahme gebracht: „Der Kongreß drückt den Wunsch aus, daß sich die künftige Haager Konferenz mit keinerlei Nebenfragen beschäftige und ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Frage der vorbereitenden Grundlage einer Rechtsunion der Kulturstaaten ..... konzentriere."

dabei auch nicht um eine „Union", wie sie vielfach bereits zwischen den Kulturstaaten zum Zwecke der internationalen Verwaltung durchgeführt wurde, sondern um einen regelrechten Staatenverband, der sich bei näherer Betrachtung als ein Weltstaatenbund darstellt, der zum erstenmal in der Geschichte eine Weltstaatengemeinschaft geschaffen hat. Schücking führt den Nachweis, daß der Haager Schiedshof keine „papierne Liste" ist, wie dies verschiedene Völkerrechtsjuristen klargelegt haben, sondern ein Organ der Staatengesamtheit; daß das aus diesem Schiedshof erwählte Tribunal im Auftrage der Staatengemeinschaft fungiert und „im Namen der Signatarmachte" seinen Spruch fällt. „Wenn man die juristische Kategorie des Staatenbundes so versteht wie die in Deutschland herrschende Lehre, so muß das Haager Werk als ein Weltstaatenbund angesprochen werden."

Nach einer Kritik der Beurteilung des Haager Werkes seitens eines Teiles der deutschen Völkerrechtswissenschaft geht Schücking in der Beweisführung weiter, um die Fortbildung des Weltstaatenbundes durch die zweite Haager Konferenz darzulegen. Er schildert seine Ausdehnung durch die Erweiterung der 26 Rechtssubjekte der ersten Konferenz auf 44, durch die Schaffung des Prisenhofes und des Entwurfes für den wirklich ständigen Schiedshof. Die Darlegungen, die er in diesem Teile seines Werkes schildert, können uns des Raumes wegen hier nicht beschäftigen. Sie gehören aber zu den interessantesten des Buches.

Schücking hat mit seiner Umwertung der Bedeutung des Haager Werkes das Richtige getroffen. Daß aus den zum Teil widerwillig geleisteten Arbeiten der im Haag beschäftigten Diplomaten etwas Höheres herauskommen müsse als den Arbeitern am Werke vorschwebte, ja, als ihnen lieb sein mochte, war mir schon während der Tagung dieser Konferenzen klar geworden. In meinem Buche über die zweite Haager Konferenz (S. 172) schrieb ich anknüpfend an eine Bemerkung Renaults über eine auf der Konferenz unerwartet zutagegetretene Erscheinung folgendes: „Hier tritt tatsächlich ein Ergebnis ein, das ohne die gewollte Mitwirkung der einzelnen Teilnehmer einfach durch die Macht der Tatsachen bewirkt wird. Wir erkennen hier an einem drastischen Beispiel jene höhere Wirkung, die aller gesellschaftlichen Arbeit immanent ist, die mehr als die bloße Summierung der Einzelkräfte darstellt und ein Ergebnis zeitigt, das unabhängig von dem Willen der einzelnen Teile, einen höheren und fortschrittbewirkenden Gesamtwillen zum Ausdruck bringt. Eine Erscheinung, die man als die Logik der Dinge bezeichnet. Regierungen, die sich sonst nicht über den Weg trauten, werden durch irgendeine Initiative plötzlich veranlaßt, an einem Werke der Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Sie bringen ihr ererbtes Mißtrauen mit in den Konferenzsaal und werden natürlich bei allen ihren Handlungen davon beeinflußt. Man hatte alle Veranlassung, zu glauben, daß unter solchen Umständen niemals ein praktisches Ergebnis zustande kommen kann. Das ist aber ein Irrtum. Man übersieht dabei diese erhöhte Kraft der Gesamtwirkung, die die Handlungen der sie erzeugenden Einzelnen rückwirkend beeinflußt, ohne daß diese sich bewußt werden, daß sie an der Erzeugung dieser erhöhten Gesamtwirkung mitarbeiten. Wäre die Haager Konferenz nur aus Gegnern der internationalen Rechtsorganisation zusammengesetzt gewesen, ihr Zusammentritt allein und die Tatsache der langmonatigen Zusammenarbeit der Vertreter so vieler Regierungen hätte ausgereicht, ihr eine günstige Wirkung für das Organisationswerk zu sichern. Denn die Einzelwirkung tritt zurück hinter der Gesamtwirkung. Diese höhere Kraft wird auch das Mißtrauen bändigen, wird die hinderlichen politischen Einflüsse mit der Zeit lahm legen und wird schließlich auch die bewußte Förderung des großen Werkes herbeiführen."

Was ich damals theoretisch angedeutet habe, hat Schücking jetzt in seinen praktischen Folgen erkannt und definiert. Es ist ihm vielleicht vorzuwerfen, daß er bei seiner Beweisführung zugunsten des bereits vorhandenen Staatenbundes sich nur an das Haager Werk gehalten hat und nicht auch an das bereits deutlich sichtbare Riesengebäude der sich vollendenen wirtschaftlichen und sozialen Internationalität, als deren Residuum das Haager Werk in Erscheinung trat.*) Folgt doch das Recht immer erst dem Leben; so auch das im Haag sich organisierende Weltrecht dem umfangreichen internationalen Leben der Zeit. Es fragt sich, ob die Abstammungsgeschichte dieses Weltstaatenbundes nicht noch tiefer zu ergründen wäre. Aber Schücking ist es als Völkerrechtsjuristen nur darum zu tun gewesen, den auf dem Gebiete des Rechts erreichten Fortschritt in seiner ganzen Größe darzustellen.

Nachdem er dies getan hat, zieht er die Nutzanwendung aus seiner Entdeckung. Es ist selbstverständlich, daß nach Klarlegung der Situation die Fortbildung des Haager Werkes auf eine ganz andere, vor allen Dingen sichere und alle Nebenwege vermeidende Weise vor sich gehen muß. Im vierten Kapitel seines Buches behandelt Schücking die Aufgaben der dritten Konferenz und wirft zum Schluß einen Ausblick auf den späteren Ausbau des Weltstaatenbundes.

Für den Pazifismus ist Schückings Werk noch von ganz besonderer Bedeutung. Ohne

**) Siehe in der Literaturrubrik dieser Nummer den Hinweis auf das Werk von Prof. Harms.

Einschränkung weist er dem Pazifismus das Verdienst zu, die moderne Völkerrechtswissenschaft erweckt zu haben. Sein Einleitungskapitel lautet: „Die Völkerrechtswissenschaft und der Pazifismus". Er bezeichnet es darin als die „wichtigste Aufgabe, für uns Völkerrechtsjuristen . . . an dieser Entwicklung mitzuarbeiten" und fährt fort: „Wer das aber tun will, wird notgedrungen bei den Pazifisten seine Anleihen aufnehmen müssen, denn daß die Entwicklung des Völkerrechts sich seit der ersten Haager Konferenz auf den Geleisen des modernen organisatorischen Pazifismus bewegt, wird niemand ernstlich bestreiten können." Auch im übrigen Teile des Buches weist er wiederholt auf die große „Kulturbewegung des Pazifismus" hin und auf die einzelnen Arbeiten der Pazifisten. „Der Pazifismus," sagt er an anderer Stelle, „ist wie das Christentum, wie der nationale und der soziale Gedanke und tausend andere lebendige Kräfte aus dem Volke hervorgegangen und nicht in den Kabinetten der Minister gewachsen . . ." Vollauf gebührt Schücking das Verdienst, das er mit Recht sich selbst zuschreibt, „daß er das Haager Werk zum erstenmal in das volle Licht der großen Kulturbewegung des Pazifismus gerückt hat", und es ist ein erfreuliches Zeichen, wenn er es als „ein dringendes Gebot für die moderne Völkerrechtswissenschaft" hinstellt, „mit Hilfe der Vorarbeiten der Pazifisten Klarheit darüber zu gewinnen, was denn nun weiter geschehen muß, um der Kulturwelt den Rechtsfrieden nach Möglichkeit zu sichern. . . ." Er weist auf die umfangreiche pazifistische Literatur hin, „an der freilich die deutsche Völkerrechtswissenschaft bisher durchweg mit verbundenen Augen vorübergeschritten ist."

Wir wünschen und hoffen, daß Schückings gewaltiger Vorstoß auf dem Gebiete der Staatenorganisation jene Wirkung erzielen wird, die seinem großen Buche gebührt, und die wie der Lohn jeder ehrlichen Arbeit auch nicht ausbleiben kann.

H. F.

Empfindlichkeit.

Von O. Umfrid, Stuttgart.

Man kann im allgemeinen sagen: die heutige politische Welt ist hartschlägig, wo sie empfindlich sein sollte, und bis zur Mimosenhaftigkeit empfindlich, wo sie kaltes Blut bewahren sollte. Man lächelt über vergangene Zeiten, in denen noch der Herzog von Bayern meinen konnte, die Schmach, die seinem Gesandten angetan worden war, dadurch, daß ihm der pfälzische Ambassadeur ein Tintenfaß an den Kopf warf, nur mit Blut abwaschen zu können, oder in denen ein blutiger Krieg, der sogenannte Wasungensche, entstand, weil sich die Frau von Pfaffenrat mit der Frau von Gleichen um den Vortritt bei Hofe stritt, und doch entstehen in politisch reif sein wollenden Kreisen, speziell in den Kreisen der feudalen Aristokratie und des Offiziersstandes, heute noch blutige Ehrenhändel um gewisser Kindereien willen, die keineswegs schwerer ins Gewicht fallen, als jene mittelalterlichen Konfliktsursachen. Auch auf dem Gebiet der hohen Politik ist die allzu kitzliche Behandlung des sogenannten Ehrenpunktes schon mehr als einmal zum Kriegsgrund in der neueren Zeit geworden. Bismarck hat es zwar ausdrücklich geleugnet, daß er die Paragraphen des Göttinger Komments für Regeln halte, die auf die auswärtigen Beziehungen der Mächte zueinander angewendet werden könnten; nichtsdestoweniger hat auch in der Politik seinerzeit eine gewisse Ueberempfindlichkeit in Ehrensachen eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. Hat nicht der Glaube Bismarcks, bei den Beratungen des Bundestages von Oesterreich geringschätzig behandelt zu werden, viel zu der Spannung beigetragen, welche nachher zum Kriegsausbruch vom Jahre 1866 führte? Hat nicht die Eifersucht Gortschakows gegenüber den Erfolgen der Bismarckschen Politik eine für den Weltfrieden sehr gefährliche, feindselige Haltung Rußlands gegen Deutschland herbeigeführt? Welche Empfindlichkeit lag doch den Verhandlungen zugrunde, die zu dem blutigen Zusammenstoß des Jahres 1870 führten? La Prusse cane (Preußen watschelt zurück) hat die französische Presse im Juni erklärt, als die Bismarcksche Politik eine Wendung des Einlenkens zu nehmen schien. Aber diese Schmach eines scheinbaren oder wirklichen Nachgebens konnte ein Mann von der Struktur Bismarcks unmöglich auf sich sitzen lassen, daher mußte die Redigierung der Emser Depesche folgen, durch welche die Sache so dargestellt wurde, als ob Frankreich der düpierte Teil wäre. „Der König hat sich geweigert, den Grafen Benedetti ferner zu empfangen", wurde damals der staunenden Welt geoffenbart. Und da nun die französische Regierung ihrerseits auch von einer bedeutenden Dosis politischer Empfindlichkeit ergriffen war, so konnte natürlich (!) Frankreich diese Schande nicht ertragen, und so kam es zu dem unvermeidlichen (!) Kriegsausbruch.

In frischer Erinnerung ist noch die Entstehung des spanisch-amerikanischen Krieges im Jahre 1898. Weil bekanntlich das amerikanische Kriegsschiff Maine im Hafen von Santiago di Cuba in die Luft geflogen ist, so war die Ueberempfindlichkeit der Amerikaner derart gereizt, daß sie sich gar keine Zeit nahmen, den Sachverhalt zu untersuchen, vielmehr direkt und unvermittelt in die Kriegsdrommete stießen.

Es muß nicht notwendig zum Kriegsausbruch kommen, aber auch die Heraufbe-

schwörung der Kriegsgefahr, wie sie auf Rechnung der politischen Hypersensibilität unserer Zeit zu setzen ist, muß schwer genug genommen werden. Als der englische Schatzkanzler Lloyd George im letzten Sommer die viel besprochene Rede hielt, durch die er, wenn man die Sache streng beurteilen will, einen kalten Wasserstrahl nach Berlin sandte, da reagierte das überreizte politische Ehrgefühl der Deutschen in förmlichen Wutausbrüchen. Leute, welche die Rede gar nie gelesen hatten und von ihrem Inhalt gar nicht unterrichtet waren, schäumten über von zornigen Tiraden über die unverschämten Aeußerungen und Anmaßungen des Lloyd George. Wenn damals das Staatsschiff noch hart an der Kriegsklippe vorübergesteuert wurde, so ist es jedenfalls nicht das Verdienst unserer Zeitungsschreiber und des Publikums, das diesen Leithämmeln wie das Herdenvieh folgte.

Aber umgekehrt, so empfindlich man sich zeigt gegenüber den etwaigen Flecken, die der Ehrenschild der eigenen Nation durch fremde Unbill erleiden könnte, so dickhäutig ist man auf der anderen Seite gegenüber den Ungerechtigkeiten, mit denen man sich selbst befleckt. Die Gewalttätigkeiten, mit denen immer noch die nationalen Minderheiten mißhandelt zu werden pflegen, die Roheit, mit der schwächere Staaten unterdrückt werden mögen, der Rechtsbruch, mit dem internationale Verträge zerrissen werden können, ohne daß der Vertragsbruch vor ein Gericht gefordert werden könnte, das alles wird mit größter Unempfindlichkeit vollzogen und gegen die sittliche Entrüstung, die gewissen Regierungen gegenüber kundgetan wird, beweisen diese eine Elephantenhaut. Soll ich an die Zeit erinnern, da Alexander III. das Selbstgefühl Bulgariens in den Schmutz trat, oder an die Zeit, da Nikolaus II. die Finnen entrechtete, oder an die Zeit, wo England die Freiheit der Burenstaaten vernichtete. Wer in diesen Zeiten den leitenden Staatsmännern der betreffenden Reiche mit moralischen Vorwürfen kommen wollte, der durfte sicher sein, als Hansdampf in allen Gassen bezeichnet und lächerlich gemacht zu werden. Empfindlich ist man gegenüber den fremden Verfehlungen, die eigenen Schandtaten aber scheint man nicht zu kennen, wenn man sie nicht geradezu als Staatsnotwendigkeiten verteidigt. Jede fremde Einmischung, und bestände sie auch nur in einem platonischen Protest, wird aufs Empfindlichste als grobe Taktlosigkeit zurückgewiesen. „Der andere soll vor der eigenen Türe kehren", das ist meist der Sinn der staatlichen Erwiderungen, mit denen etwaige Interventionsversuche heute abgetan zu werden pflegen. Als Präsident Roosevelt gegen die Judenmassakres von Bealystok protestierte, machte ihn der Zar mit einem scheinbaren Recht auf die Akte von Lynchjustiz in Amerika aufmerksam — das Richtige wäre natürlich, die Menschheitsgreuel im eigenen Lande abzuschaffen, und nicht in pharisäischem Tugendstolz über Grenzen und Meere hinüberzublicken. Ein Eingreifen in fremde Gebiete wäre nur dann nicht bloß erlaubt, sondern geradezu geboten, wenn Schändlichkeiten geschehen, durch welche ganze Völker hilflos ausgerottet werden sollen und die betreffende Staatsmacht entweder zu schwach ist, das zu verhindern, oder ruchlos genug, um es selber auszuüben, wie dies zur Zeit der bulgarischen und armenischen Metzeleien der Fall war. Statt daß wir damals interveniert hätten, erklärten wir mit einer Art politischer Dickfelligkeit: „Die Knochen eines pommerschen Grenadiers sind mehr wert als 10 000 Bulgaren", und in die von Christenblut triefenden Hände des Sultans Abdul Hamid legten wir intime Geschenke und erklärten ihn für unseren Freund und Bruder.

Hyperästhesie und Anästhesie, diese beiden Extreme berühren sich in unserem heutigen europäischen Publikum mehr, als man gewöhnlich denkt. Daß die Italiener die Singvögel auffangen und verzehren, wird ihnen von gewissen Kreisen fast mehr verdacht, als daß sie Araber und Türken über den Haufen schießen. Wenn irgendwo ein widerspenstig Pferd geschlagen wird, gleich revoltiert die mitleidige Menschheit und schreit — natürlich mit Recht — nach der Polizei. Wenn aber Hunderte von Menschen zusammengeschossen werden, und irgendein Monarch dem Blutvergießen Einhalt gebietet, so erklärt man, das Mitleid sei eigentlich kein politisches Moment. Wenn die „Liberté" im Hafen von Toulouse mit 500 Menschen in die Luft fliegt, so ist das Entsetzen allgemein, und die Beileidstelegramme fliegen von Hauptstadt zu Hauptstadt; wenn bei einer Eisenbahnkatastrophe hundert Menschenleiber verstümmelt werden, wenn die Titanic 1600 blühende Menschenleben mit in die Tiefe nimmt, so kommt das Mitgefühl aus tiefster Seele, und die Klagen drängen laut empor, so daß es Himmel und Erde hören mag. Wenn aber in einer Schlacht 500 oder 1600 Menschen getötet werden, so zuckt der Zeitungsleser die Achseln, und legt das Blättchen gähnend auf die Seite. Nur 500, sagt er, das ist nicht der Rede wert. Napoleon soll in seinen Kriegen 6 Millionen Menschen getötet haben. Einer seiner Biographen erzählt, er habe in Aegypten das menschliche Leben verachten gelernt, weil man im Orient von einem ertrinkenden Menschen nicht mehr Wesens zu machen pflegte, als von einem ertrinkenden Hund. Wir Modernen wissen nun aber doch allmählich den Wert des Menschenlebens zu schätzen, und stehen staunend vor dem Rätsel einer Weltanschauung, die es fertig bringt, über den Tod eines Vogels zu trauern, aber den Untergang von Zehntausenden blühender Menschenleben für nichts zu achten, und unbegreiflich dünkt uns die Hartherzigkeit moderner Väter,

die heutzutage vorgeben, ihre Söhne mit Freuden auf dem Altar einer egoistischen Nationalpolitik zu opfern. Ein dünner Lichtschimmer fällt in das Dunkel dieses Rätsels, wenn man sich an das erinnert, was man die Romantik des Krieges nennen könnte. Es klingt so schön, mit dem alten Volkslied zu singen:

„Ich möcht' als Reiter fliegen
Wohl in die blut'ge Schlacht,
Um stille Feuer liegen
Im Feld bei dunkler Nacht."

Unsere Aufgabe muß es daher sein, mit unserem oft bewährten pazifistischen Wirklichkeitssinn der romantischen Uebermalung der Kriegsgreuel ein Ende zu machen, und den Krieg mit dem Pinsel Werrestschagins immer wieder zu zeichnen als das kulturwidrige Ungeheuer, das aus dem Abgrund auftauchend Menschenleben und Menschenwürde zerstört. Wenn einmal das politische Nervensystem wieder normal funktioniert, dann wird sowohl die nationale Hyperästhesie gegenüber etwaigen fremden Unfreundlichkeiten, als auch die unmenschliche Anästhesie gegenüber den Barbareien des Krieges überwunden sein.

Völkerrechtliche Delikte und ihre Bestrafung.

Von Dr. phil., jur. et scient. polit. G. Grosch, Leipzig.

Wie im Innern der Staaten, so gibt es auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen Delikte, die eine Ahndung im Interesse des Rechts gebieterisch verlangen. Es muß im Bereich des Völkerrechts ebenfalls gegen den Verbrecher vorgegangen, auch hier von den allgemeinen Rechtsorganen, nämlich den Staaten das Recht aufrechterhalten und der Rechtsbruch bestraft werden.

Im Bereich des Völkerrechts haben nicht nur die Angehörigen der Staaten, sondern alle Menschen „allgemein die Eigenschaften von Subjekten völkerrechtlicher Pflichten" (H. Rehm), sind ihnen allen auf Grund des Völkerrechts Pflichten auferlegt, denen sie sich unterziehen müssen, die sie nicht umgehen können. Diese Pflichten bestehen im Falle der Blokkade und des Seekriegs. Es haben alle Menschen die Pflicht, die Handlungen zu unterlassen, die den seekriegsrechtlichen Normen zuwiderlaufen; andernfalls unterliegen sie der hierfür vorgesehenen Bestrafung, die der in Frage kommende Staat als Rechtsorgan des Völkerrechts vornimmt.

Das läßt sich nicht herleiten aus der Verpflichtung der neutralen Staaten, sich der Einmischung zugunsten einer der kriegführenden Parteien zu enthalten. Die neutralen Mächte haften auch nicht für ein solches Vorgehen ihrer Subjizierten; nein, diese haften selber, die Bestrafung trifft nur sie; folglich haben nur sie eine völkerrechtliche, für sie direkt bestehende Pflicht verletzt.

Aehnlich liegt es mit der Piraterie und dem Sklavenhandel. Beides zu unterlassen ist eine direkte völkerrechtliche Verpflichtung. Jedes Vergehen in dieser Hinsicht wird auf völkerrechtlich vereinbarte Weise an denen gebüßt, die sich dessen schuldig machen, einerlei, welchen Heimatsstaat sie haben, ja, ob sie überhaupt einen haben; wiederum durch die Staaten, die die allgemeinen Rechtsorgane sind.

Jeder Staat ist ein allgemeines Rechtsorgan, nicht bloß in seinem Bezirk, sondern ebensowohl in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Es gibt konkrete Zwangsmittel — als Rechtsschutzmittel —, die völkerrechtlich dem Staate in die Hand gegeben werden, Rechtsbrüchen u. dgl. vorzubeugen oder sie zu ahnden. Indem die Staaten jene anwenden, handeln sie als Völkerrechtsorgane; und gerade dadurch, daß das Völkerrecht auf diese Weise aufrechterhalten wird, erweist es sich als Recht; auch ihm ist der Zwang immanent. Diese Zwangsmittel sind bekannt; es sind die nichtkriegerischen, nämlich Retorsion, Repressalie und Embargo, Friedensblockade, Intervention; und endlich die ultima ratio, der Krieg, der kein Rechtsmittel ist, sondern ein Rechtsschutzmittel.

Sie werden angewendet gegen den Staat, der das völkerrechtliche Delikt begangen hat, während gegen den einzelnen andere Mittel zur Anwendung gebracht werden, deren Aufzählung wir uns hier ersparen können. Ein Staat nun ist „unmittelbares Deliktssubjekt bei allen schuldhaften rechtswidrigen Handlungen, die von seinen mit völkerrechtlicher Vertretungsbefugnis ausgerüsteten Vertretungsorganen innerhalb ihrer Vertretungsbefugnis begangen werden; er ist mittelbares Deliktssubjekt bei allen übrigen auf seinem Gebiete gegen einen fremden Staat oder gegen fremde Staatsangehörige begangenen schuldhaften rechtswidrigen Handlungen, vorausgesetzt, daß er deren Hinderung oder Bestrafung völkerrechtswidrig unterläßt" (F. von Liszt).

Der völkerrechtliche Zwang wird geübt vonseiten des Staates oder der Staaten als Rechtsorganen. Die Staaten entscheiden, jeder für sich, im konkreten Falle selber darüber, ob es angebracht ist, den Zwang zur Anwendung zu bringen. Ob sie also als Rechtsorgane des Völkerrechts fungieren wollen, das ist ihrem eigenen Ermessen anheimgegeben, eine Tatsache, worauf vornehmlich noch der prekäre Charakter des Völkerrechtes beruht.

Jede Verletzung des Staates, jeder Rechtsbruch einer völkerrechtlichen Vereinbarung oder Verstoß gegen das Gewohnheitsvölkerrecht kann auf diese — zurzeit freilich noch unvollkommene — Weise geahndet werden. Dabei entscheidet der Verletzte, ebenfalls dis-

kretionär, darüber, ob eine solche Verletzung des Völkerrechts vorliegt. Wieder ist hierbei auf die Hauptschwäche des Völkerrechts hinzuweisen: daß der Staat als Verletzter selber stets diskretionär darüber befindet, daß eine unabhängige Instanz zur Entscheidung darüber nicht vorhanden ist.

Das Völkerrecht steht als Recht noch durchaus nicht auf der Höhe; diesem Rechtsgebiet haften noch gar manche Mängel an, was wir offen zugeben. Vor allem fehlt der Völkerrechtsgemeinschaft die Organisation; diese muß also durchgeführt, die lose Gemeinschaft zu einem geschlossenen Gemeinwesen ausgebaut werden. Die Völkerrechtsgemeinde — wie wir sie benennen wollen, um den zu mißbräuchlichen Deutungen Anlaß gebenden Ausdruck Staatenstaat zu meiden — „hat nicht die Aufgabe, die Einzelstaaten aufzulösen und die Völker zu unterdrücken, sondern den Frieden jener und die Freiheit dieser besser zu schützen" (J. C. Bluntschli).

Die Staatengemeinde, wenn rechtlich organisiert und völlig auf den Boden des Rechts gestellt, sie wird erst die rechten Mittel haben, gegen die Delikte auch der Staaten vorzugehen, wie sie die völkerrechtlichen Verbrechen der einzelnen streng ahnden wird. Die Mittel gegen einen deliktischen Staat sind dann ähnlich den heutigen, ja, werden heutzutage bereits angewendet, aber spontan und zuweilen gar nicht, weil der einzelne verletzte Staat sich nicht traut, gegen einen mächtigeren die Rechtsschutzmittel des Völkerrechts zu üben.

Wie der Staat die Menschen, so hat die Völkerrechtsgemeinde — als die Staatenorganisation — die Staaten zur Voraussetzung. Dort bilden die Individuen, hier die Staaten die Träger der Organisation. Die Staaten sollen in dieser aufgehen, wie die einzelnen im Staate. Ist es soweit, dann wird es auch für die Staaten heißen: Alle für einen; und sie werden gemeinsam gegen den deliktischen Staat vorgehen, gemeinsam das Völkerrecht wahren.

Sie werden die diplomatischen Beziehungen mit jenem abbrechen, ihre Gesandten zurückberufen und den seinigen die Pässe zustellen. Ein allgemeiner Handelsboykott kann gegen ihn in die Wege geleitet, seine Staatsangehörigen können aus dem Gebiet der übrigen Mächte ausgewiesen werden. Der betr. deliktische Staat kann völlig lahmgelegt werden durch eine von den übrigen Mächten vorgenommmene Friedensblockade.

Bei der Anwendung dieser Rechtsschutzmittel stehen die Mächte einmütig zusammen; sie werden insbesondere einen etwaigen Gegenangriff des betr. Staates gemeinsam abwehren, jede mitbeteiligte Macht durch jedwede geldliche oder militärische Unterstützung gegen den verbrecherischen Staat schirmen. Als ultima ratio bleibt ein allgemeines kriegerisches Vorgehen gegen denselben, wie es etwa seitens der Mächte geschehen ist gegen China, als die Gesandtschaften in Peking bedroht waren.

Indes eine derartige Maßregel wird menschlichem Ermessen nach innerhalb der Staatenorganisation kaum einmal nötig werden. Es wird sich jeder Staat hüten, „den Leu zu wecken", zumal ihm gerade in der Friedensorganisation Rechtsmittel genug zur Verfügung stehen, zu seinem Rechte zu gelangen, seine Ansprüche auf dem Rechtswege also zu realisieren. Wie die einzelnen innerhalb des Staates den Rechtsweg einschlagen und den der rohen Gewalt meiden, so wird es seitens der Staaten innerhalb der Völkerrechtsgemeinde geschehen. Und wie der Staat seinen Angehörigen auf Grund des Rechts ein friedliches Dasein ermöglicht, so wird die Staatenorganisation auf Grund des Völkerrechts den Staaten ein Nebeneinanderbestehen in Frieden gewährleisten.

Frederic Passys Einäscherung.

Von Edmund Duméril-Hallberger, Paris.

Ein trübes Wetter. — Von dunklen Gewitterwolken wird der Himml wie von einem Trauerflor bedeckt. Im großen Kolumbarium des „Père Lachaise", das mitten im grünen Laub einem friedlichen Klostergang ähnlich ist, heult und klagt der Wind. Man könnte kaum denken, es sei heute ein Junitag! — so tief scheint heute die ganze Natur mit uns zu trauern — denn wir warten hier auf einen geliebten Toten. — Endlich steigt der Leichenzug durch die Menschenmasse zum Krematorium langsam herauf. — Keine Soldaten, obgleich der Verewigte als Kommandeur der Ehrenlegion von einem Bataillon mit Musik und Fahne hätte begleitet werden sollen — keine Kränze, auch nach seinem Wunsch — nur große, grüne Palmenzweige mit den drei goldenen Buchstaben des einzigen Wortes, welches das Werk des Verstorbenen und seinen Lohn zugleich in sich begreift: — PAX. —

Der hohe, gewölbte, festlich geschmückte Saal des Krematoriums konnte sie kaum fassen, die ungeheure Menge der Verehrer Frederic Passys, — Mitglieder des Instituts der Société d'Economie politique, der Pazifistischen Gesellschaften und auch unbekannte Freunde des Ideals, dem Passy sein langes Leben gewidmet hatte. —

Herr Pfarrer Charles Wagner hielt die erste Rede nach dem Gebet. Er stellte uns den edlen Greis dar, wie er im Familienkreise wie im bürgerlichen Leben, einem Patriarchen ähnlich wirkte, er sagte erhabene Worte der Hoffnung, den Hinterbliebenen, — denn ein solcher Geist lebt in seinen Werken ewig fort, und seine Rede lockte uns sanfte Tränen in die Augen. — Nach dem Pfarrer sprach jetzt Louis Renauld, der Präsident der Akadémie des Sciences morales et

politiques" im Namen dieser Akademie. Nach seiner kurzen Anrede kam jetzt der Senator Yves Guyot im Namen der „Société d'Economie politique", Er beschrieb die unermüdliche Tätigkeit Fréd. Passys und pries vor allem seine hohe Redlichkeit, seine Liebe für alles Schöne und Gute, seinen Kämpfen für die Freiheit gegen jeden Zwang, für freien Handel und freie Arbeit, — seinen unerschütterlichen Glauben an den Sieg des Rechtes über die Gewalt. „Während eines halben Jahrhunderts hat Fréd. Passy seine Kräfte eifrig ausgegeben. Groß und schlank ging er immer schnellen Schrittes mit dem nach vorn gestreckten Kopfe, gerade vor sich hin und schien also stets einen Irrtum zu bestürmen oder für eine Freiheit zu kämpfen. Seine Gegner betrachtete er immer — so gutmütig war er — nur als zu bekehrende Jungen und kein mißlungener Versuch vermochte seinen feurigen, eines Apostels würdigen Eifer zu entmutigen. — Jede Nation soll ihn als ihren großen Bürger begrüßen, und wir Franzosen können darauf stolz sein, unter uns einen von einer so hohen Vernunft begabten Mann gezählt zu haben."

Endlich bestieg Herr Prof. Richet die Stufen; — er sprach in unserem Namen, im Namen aller Friedensfreunde der weiten Welt.

Er dankte dem Verstorbenen für seine so wirksame pazifistische Tätigkeit: anno 1867 schuf Fréd. Passy die erste Friedensgesellschaft in Frankreich; seither wuchs sie beständig und jetzt ist sie die umfangreiche „Société d'Arbitrage entre Nations" geworden: „Während zwanzig Jahren hat er sich unserer Sache ganz gewidmet; Vorlesungen, Vorträge, Artikel in Zeitungen und Zeitschriften, Bücher, Mitteilungen im Institut und Reden im Parlament, das war seine unermüdliche Propaganda. Aber so heftig die Fehden auch gewesen seien, nie hat er sie durch persönliche Angriffe entwürdigt; denn er ehrte seinen Gegner und wurde von keiner Kritik beleidigt. Die Verleumdungen — die pazifistischen Ideen wurden, wie alle jungen Wahrheiten, niederträchtig verleumdet — diese Verleumdungen ließen ihn bloß mild und gutmütig lächeln."

Nach zwei Stunden war die Gedächtnisfeier zu Ende, der Pfarrer segnete die Anwesenden und wir kehrten tief gerührt von dem Frieden des Todes in den Kampf der Welt zurück. —

Gedanken zur Verhütung des Krieges auch in der gespannten Lage der Gegenwart.

Von Prof. Dr. Max Schneidewin, Hameln.

Seitdem die Franzosen, vor jetzt (Mai 1912) ungefähr Jahresfrist unter dem Vorwande, gefährdeten Staatsangehörigen zu Hilfe kommen zu müssen, mit Heeresmacht nach Fez vordrangen, ist das Friedensgefühl in Europa in eine schlechtere Phase eingetreten. Seitdem die Engländer durch den maßvollen deutschen Schachzug der Entsendung des Kriegsschiffs nach Agadir so ganz aus dem Häuschen gebracht wurden, sogar in eine schlechtere Phase, als es selbst die Boulangersche von 1887 war. Zudem kommt nun hinzu, daß die Franzosen sich von unverantwortlichen Seiten, die in Wahrheit ein furchtbar verantwortliches Spiel treiben, mit der Einredung behext werden, daß sie Deutschland jetzt überlegen seien. In dieser Lage, die nur noch durch die Umsicht der Regierungen und die geistig überlegenen Teile der nationalen Bevölkerungen gehalten wird, möge auch unter so vielen anderen das folgende Wort gesunder Vernunft einmal ausgesprochen sein.

Bräche der Krieg mit Frankreich wirklich aus, so ist eins absolut sicher: daß viele Zehntausende von beiden Seiten zu einem ganz vorfrühen Tode verurteilt werden würden. „Solche Selbstverständlichkeiten sagt man doch nicht." Gerade sie müssen einmal wirklich in ihrer ganzen Tiefe mit Herz und Kopf bedacht werden, weil sich die Menschen so unbegreiflich gegen sie abstumpfen. Selbst wenn es gerade die untersten und entbehrlichsten Personen treffen sollte, so wäre es dennoch für jeden einzelnen eine Grausamkeit, die nichts entfernt analoges in dem sonstigen vernünftigen Zusammenleben der Menschen hat, und für einen großen Teil auch den Rest von besseren Hoffnungen auf doch noch zu erreichende Lebenstüchtigkeit jäh abschnitte. Aber die Geschosse rasen blindlings, und gerade die Besten verschlingt der Krieg mit etwas wie Vorliebe. Wieviel bevorzugte Anwartschaft auf Lebensglück und große Leistungen ganz bestimmter Jünglinge steht mir allein aus persönlicher Bekanntschaft vor Augen, die der Krieg von 1870/71 dahingerafft hat! Und ziemlich jedem, der diesen Krieg mit erlebte, werden bei einzelnen der damals Gefallenen ähnliche Gefühle aufgestiegen sein. Ueber den Wert und Sinn des Geborenseins kann man sehr verschiedene Gedanken haben: aber eins steht als ganz entscheidende Grundtatsache fest, daß fast alle Menschen, wenn sie einmal geboren sind, von dem Grundtriebe beseelt sind, ein möglichst vollkommen ausgelebtes Menschenleben zu erreichen.

Der „Tod für's Vaterland" ist gerade auch bei den edelsten Nationen ein dem unmittelbarsten Gefühl heiligster Gedanke. Aber „das Vaterland" ist darin doch nur eine überkommene Redeweise für das, was allein gemeint sein kann, und dieses können nur die Staats- und Volksgenossen sein, die leben bleiben und nachgeboren werden. Nun aber ist in unzähligen Fällen der Tod derer, die fallen, für die, von denen sie geliebt werden und denen sie kaum entbehrlich sind, ein viel tieferer Schmerz und ein viel größeres Un-

glück, als der meist auch ganz unangebbare minimale Anteil gerade ihres Todes an dem für die Gesamtheit errungenen Vorteil ein Beitrag ist. Weshalb nun gerade die für gerade die geopfert werden sollen, gerade die es sein sollen, die sich opfern, gerade die für die anderen sich opfern, das ist bei dem blinden Schicksale der Schlachten eine nie für die Vernunft zu lösende Frage. Und dieses starke Moment des Unvernünftigen trifft den Krieg überhaupt und im Prinzip. Diese Gedanken sind zu einfach, als daß die Menschen, hochtönender Worte gewöhnt und für sie empfänglicher, nicht an ihnen vorübergehen sollten. Aber gerade deshalb muß einer einmal das stolze, ja höhnende Kopfschütteln der Anhänger des Krieges über sie auf sich nehmen, um diese Gedanken doch in die menschliche Beachtung einzuführen und sie in ihnen wirksam zu machen suchen.

Man kann noch sagen: In der ganzen obigen Argumentation ist der große Gedanke vergessen, daß alles politische Denken und Trachten in zwei Gruppen zerfällt: was der Staat für seine Bürger zu tun habe, und was seine Bürger für den Staat zu tun haben. So sei denn bei der Bedrohung der Existenz oder der Ehre des Staates durch staatsfeindliche bewaffnete Macht grundsätzlich jeder Bürger ohne Unterschied verpflichtet, nötigenfalls auch sein Leben zu opfern; was jeden treffen könne, müsse jeder bereit sein, willig hinzunehmen, wenn es gerade ihn treffe. Hierzu das Folgende: In der Tat vergessen gewisse politische Gruppen oft gar zu sehr, daß der Mensch vom Staate nicht nur etwas zu verlangen hat. Es gibt auch Werte, und zwar sehr hohe Werte, die nicht solche der einzelnen, sondern des „Staates" oder „Vaterlandes" als solchen sind. Nun muß man sich aber klarhalten, daß Staat und Vaterland keine abgetrennt vom Menschen bestehende höhere Wesenheit sind, sondern die Gesamtheit aller Bürger das Wirkliche ist, dessen vernünftiges und gemütliches Interesse mit jener abstrakteren Redeweise gemeint ist. Das Opfer des Lebens im Kriege wird wirklich nicht nur und nicht wesentlich einer Summe mannigfacher privater Interessen, sondern solchen, welche allen gemeinsam sind, gebracht. Die Unmöglichkeit wirklich vernunftbefriedigender, nicht nur zufälliger Verteilung des Opfers bleibt aber auch unter dieser Betrachtungsweise bestehen, so daß der Einrichtung des Krieges auf alle Fälle ein Moment des unvermeidlich Unvernünftigen in der Wurzel seines Wesens innewohnt.

Das zweite, hauptsächlichste unvernünftige Wesensmoment des Krieges will ich hier nur kurz andeuten, da ich es sonst schon in Gedanken zur Philosophie des Krieges ausdrücklich hervorgehoben habe (übrigens mich nicht erinnere, es anderswo gelesen zu haben). Für den Zweck des Krieges kann es also nur darauf ankommen, daß in den einzelnen Menschen dasjenige Stückchen der Macht und des Willens seines Staates für die Dauer des Krieges beseitigt werde, welches er in seiner Person repräsentiert. Da ist nun die unvermeidliche Unvernunft, daß in ihm auch alle seine sonstigen Eigenschaften, die des Sohnes, des Vaters, des Bruders, des Verlobten des Gatten, des Arbeiters in einem Berufe, des mit mancherlei Anlagen Begabten, die das Verlangen und das natürliche Recht haben, sich in einem möglichst vollen Leben zu betätigen, mit von dem feindlichen Vernichtungswillen betroffen werden. Eine andere Unvernunft hängt sich noch daran: Dem Kriegszwecke kann nur daran gelegen sein, daß das im einzelnen liegende Machtstückchen für die Dauer des Krieges unschädlich gemacht werde. Nun aber ist es auf keine Weise zu vermeiden, daß nicht in einem sehr großen Teile der Fälle die endgültige Vernichtung durch den Tod oder dauerndes Siechtum statt heilbarer Verwundung eintrete.

Ferner sind die materiellen Verluste, die sich zumal an einen modernen Krieg bei den ungeheuren, nie entfernt so dagewesenen Menschenmassen, die in ihn hineinbezogen werden würden, ganz unvermeidlich unausdenkbar groß. Von den zahllosen Anlagen der Güterproduktion, in die erspartes Kapital hineingesteckt ist, müßten viele ganz zugrunde gehen, viele einstweilen bei ganz beschränktem Umsatz sich fortschleppen. Deshalb muß alle produkte Arbeit in Handel und Wandel, auch in der Landwirtschaft, mit einziger Ausnahme der Arbeit in Beschaffung der Kriegsmittel, kriegsfeindlich sein: denn die Quelle der Löhne der Arbeiter, die nun eingezogene Krieger sind, und die Quelle der Ueberschüsse, von denen auch die Löhne entrichtet werden können, versiegt auf unbestimmte Zeit.

Keine Nation würde selbstverständlich einen Krieg herbeiführen, ohne ganz überwiegende Hoffnung auf den Sieg. Aber wie furchtbar trügerisch diese Hoffnung sein kann, das haben doch die Franzosen 1870/71 erfahren, und es wäre eine schmachvolle, heillose Ungelehrigkeit, wenn sie sich es nicht aus dem, was sie selbst l'année térrible nennen, für immer gemerkt haben sollten. Sie können sich jetzt mit gutem Recht viel stärker fühlen, als sie es vor 42 Jahren waren: aber sicherlich sind es in demselben Verhältnis auch ihre Gegner geworden, die seit der Zeit nicht einen einzigen Tag die Arbeit für ihre Wehrkraft haben rasten und rosten lassen. Die 40 Millionen Franzosen wollen jetzt den 65 Millionen Deutschen an Zahl der ausgebildeten Krieger gleich oder sogar noch ein wenig überlegen sein. Wenn das richtig sein sollte, so könnte es sicher nur auf Kosten der Qualität der Truppen sein, in die auch sehr schlecht geeignete Elemente zum Schaden für das Ganze ihrer Abteilungen eingemischt wären. Und vom Mobilmachungstage an stände dem

Deutschen Reiche noch die schleunige Ausbildung mehrerer Hunderttausender allmählich nachzusendender gesunder und kräftiger Jünglinge zu Gebote, denen auf französischer Seite nichts entspräche. Wäre die kurze Ausbildung jener auch nur unmittelbar auf die Zwecke des Krieges und Felddienstes gegangen, so würde doch das Bewußtsein des Ernstes der Aufgabe die Einflößung des militärischen Geistes durch den sogenannten Drill, der für sie nicht unwesentlich ist, ersetzen.

Nun aber auch angenommen, es wäre Frankreich und seinen Bundesgenossen — denen auch wir mindestens einen großen, treuen und kriegsmächtigen entgegenzusetzen haben würden — das Unglaubliche gelungen, den Sieg über die furchtbare, seit Jahrzehnten im preußischen Geist erzogene Heeresmacht, die sich zum Frieden erst entschließen würde, wenn der Feind das ganze Deutsche Reich besetzt hätte!! — davonzutragen —, was dann? Dann würden in den nächsten Jahren die 65 Millionen genau den Geist fassen und in die Arbeit eintreten, welche vor hundert Jahren die damaligen 5 Millionen Preußen getan haben, um sehr bald die Wunderkraft eines auch sittlich erneuerten Volkes der Welt zu offenbaren. Denn, um auch auf eine noch gar zu wenig beachtete Antinomie zu kommen: Im Kriege, wie in der Vorbereitung zum Kriege, muß alles getan werden zum Zwecke des Sieges, und nun stellt sich der Widerspruch ein, daß oft ein verlorener Krieg in Wahrheit heilsamer sein kann für ein Volk als ein gewonnener.

Wie würden wir aus einem großen Siege hervorgehen? Vermutlich in einem außerordentlich gestärkten und gehobenen Nationalgefühl, denn daß wir nicht, wie noch 1871, wieder einem Rennen nach dem goldenen Kalbe, von der Kriegsentschädigung berauscht, verfielen und einem unwürdigen Materialismus der Gesinnung, das hätten wir hoffentlich aus den gewuchtigen Lehren der 70er Jahre nach dem 9. Mai 1873, und aus der inzwischen doch in Gang gekommenen Vertiefung der Gesinnung gelernt. Der Nationalismus aber würde ungefähr den jugendlichen Charakter annehmen, wie er in den farbigen Körperschaften der akademischen Bürger lebt: daß ihnen die Begeisterung für je i h r e Farbe die Größe, Tiefe und Bedeutung des ganzen weltlichen Seins wunderlich verdeckt. Wir sind dem männlichen Alter und der vollen Reife doch zu nahe gekommen, als daß nicht dieser Rückfall in eine frühere Stufe der Empfindung als wenig am Platz erscheinen müßte. Wir stecken in großen geistigen, sittlichen, religiösen und sozialen Nöten, deren Wesentlichstes uns mit den andern großen Kulturvölkern doch weithin gemeinsam ist: Dazu paßt der Austausch geistigen Strebens und sich gegenseitig helfender Ernst doch weit besser als ein Entscheidungskampf physischer Macht und Trunkenheit des Sieges im Nationalismus.

Blieben aber die Franzosen, wie das als wahrscheinlich doch hier in ruhiger Vernunfterwägung und nicht Verblendung der nationalen Eigenliebe geurteilt wird, wieder in der Lage der Besiegten, dann wäre für Frankreichs Größe nach 1870/71 noch hinterdrein ein ähnliches militärisches, politisches und vor allem auch finanzielles 19.. gar nicht zu ertragen. Bei diesen Aussichten sowohl für den Fall des Sieges wie für die Niederlage ist es geradezu für Wahnwitz zu halten, wenn Frankreich den Krieg mit einem bei aller Macht als so ehrlich friedfertig erprobten Nachbar suchen sollte. Und gesucht wird die Niederlage um einer sittlichen Erneuerung willen ja doch nie; hingenommen und benutzt wird sie von einem dazu durch den Ernst seiner geistigen Mitgift veranlagten Volke wohl in dieser Richtung, aber die französische Mitgift des Volkscharakters scheint ja diese bei allem äußerlichen Jammer doch innerlich heilsame Wendung ganz auszuschließen. Sieg sowohl wie Niederlage müßte folglich für b e i d e Parteien von Folgen begleitet sein, die nimmermehr mit Vernunft gewünscht werden können.

Der Verlust von Elsaß-Lothringen durch den Frankfurter Frieden ist absolut k e i n gerechter Grund zu einem bei günstig scheinender Zeit wieder aufzunehmenden Krieg für die Franzosen. „La revendication du droit" soll jetzt ein angesehener französischer Wanderapostel in vielen französischen Städten predigen. Aber kein Recht ist verletzt, wenn mit dem Friedensschluß der Sieger sich in uralter und gar nicht zu umgehender Weise für die Kriegsopfer auch durch ein Stück des feindlichen Gebietes entschädigt — soweit eine Entschädigung gerade für Opfer des Krieges überhaupt möglich ist. Krieg ohne solchen Einsatz des Wagnisses, der eben auch verloren werden kann, läßt sich gar nicht denken, so wenig wie das l'Hombre in Bohnen zu spielen ist. Den Krieg von 1870 hat im letzten Augenblick, wie wir jetzt wissen, allerdings Bismarck (auch seinerseits, durch Verwandlung der Chamade in die Fanfare, wie der Herzog von Gramont durch ganz überflüssige und unerfüllbare Herausforderungen) herbeigeführt, aber nur, weil die ersten Julitage plötzlich den Schleier darüber aufgerissen hatten, daß er von Frankreich durchaus für die erste Gelegenheit gewollt war, und weil nun für Deutschland der Augenblick der nationalen Erregung höchst günstig war und sich Frankreich ins Unrecht gesetzt hatte. Keineswegs durch ein weitschauendes Ränkespiel hatte Bismarck den casus belli der Hohenzollernschen Thronkandidatur, die ganz mit rechten Dingen aufgetaucht war, herbeigezogen. Wenn der Verlust an Land und Leuten ausgeschlossen wäre, so sänke eine höchst wichtige Friedensbürgschaft auch noch

dahin. Spielen und doch auf keine Weise verlieren wollen, ist ein kindisches Verhalten. Und hätte denn Frankreich früher Elsaß-Lothringen nicht auf viel ungerechtere Weise gewonnen, als 1871 verloren? Für Deutschland war auch dieser Friedenspreis höchst maßvoll, ja bescheiden. Wann hätte selbst Napoleon I. je solche Siege erfochten, wie Deutschland 1870/71 durch die Erzwingung der Kapitulation von vier ganzen, großen Heeren hintereinander? Weitere, in das ganze Land des Feindes hineindringende Siegesläufe hatte er, bei der damals mächtigen Wucht einzelner Schläge, hinter sich. Aber welch unerhörte Maßlosigkeiten im Schalten und Walten über Land und Leute nahm er sich auch heraus, und zwar unter jubelnder Zustimmung des französischen Nationalcharakters! Und dieser selbe Nationalcharakter will jetzt, wenn der Lauf der Dinge gegen die Waffen Frankreichs entschieden hatte, sich durchaus nicht in eine so geringe Einbuße an früherem Staatsgebiet fügen können? Das muß eine reine Einbildung sein, die auch die vernünftigen Personen nicht mitmachen, und die seit 1871 öfters auf längere Zeit schon ganz gut überwunden scheinen konnte. Welches von allen den Dingen, die das Leben lebenswert machen, sollte denn auch durch die Abtrennung der beiden Provinzen von dem Körper Frankreichs so leiden, daß alle Lebenskraft in die Trauer um diesen Verlust hineingezogen würde? Diese Gefühlsart mag ja bei manchen Naturen sehr mächtig sein, und das nachfühlen zu können, ist gewiß auch deutsch, aber von dem Schwergewicht der sicheren Uebel, die ein Versuch, die Provinzen wiederzugewinnen, mit sich führen würde, muß doch die Wagschale dieser Trauer ganz leicht aufschnellen.

Der Schmerz der Eitelkeit, den 1870er Krieg so gründlich verloren zu haben, wird gewiß bei der französischen Schwäche für die gloire der grande nation in der Trauer um den Verlust Elsaß-Lothringens am allermeisten beteiligt sein. Aber wenn, was ich mir nicht denken kann, Frankreich wirklich auf jenen so furchtbar unglücklichen Krieg endgültig einen glücklichen gegen Deutschland draufsetzen könnte, so würde es doch nur durch die Hilfe der diesmaligen Allianzen sein. Gerade die Wunde der Eitelkeit würde dadurch nicht geheilt sein, weil es 1870/71 allein gegen allein ging.

Der ganze Gefühlszustand der großen europäischen Völker ist seit dem Sommer 1911 unverkennbar einstweilen in ein tiefes Unbehagen versetzt, und ein großer Krieg der Völker, die miteinander gegen den andern Bund verbündet sein würden, hätte vielleicht auch zum Schluß die Wirkung des berühmten „reinigenden Gewitters" an sich. Doch dies Gewitterbild ist höchst unglücklich. Welche Leiden bringt denn ein Gewitter mit sich, die man sehr schweren Herzens in den Kauf nähme, um sich nach ihm der Erquickung der ganzen Natur freuen zu können? Die sind in Summa gar nicht der Rede wert. Aber gegen die Reinigung der politischen Luft durch einen großen Krieg sträubt man sich mit Recht so sehr aufs äußerste, wie man es seit 40 Jahren immer wieder, wenn der Gedanke daran einmal näher trat, getan hat, weil überall das richtige Gefühl herrscht, daß man so furchtbar teuer eine an sich recht wünschenswerte Veränderung nicht erkaufen darf. Und ist denn diese Veränderung nicht auch ohne diese Kur mit höllischen Latwergen möglich? Es brauchen nur alle, denen es gegeben ist, mit aller Inbrunst und Beharrlichkeit die in der Menschenbrust schlummernden Regungen der Vernunft, Gerechtigkeit und Güte zu wecken und zu schüren, dann müssen die entgegengesetzten Triebe überwältigt immer mehr an Raum verlieren. Es lag infolge der Ueberlieferungen einer kleinlichen und unkritischen Vergangenheit wie ein schwerer Traum über den Völkern Europas, daß sie sich von Zeit zu Zeit untereinander morden dürften und müßten; wer aber in unserer Zeit geboren ist, die so viele große und vorher unbekannte Gedanken gedacht hat, den sollte doch eigentlich das Gefühl überkommen, daß wir nicht mehr verstehen, wie diese Völker nicht ohne Krieg miteinander auskommen können und nun gar ohne das neue Furchtbarste des Furchtbaren, wozu der Krieg durch diese ewigen Wettrüstungen werden würde. Es muß doch eine Ethik geben, von der alle bis auf den Grund der Seele **überzeugt** werden könnten. Diese brauchte nur auf den Plan zu treten, um die seit 40 Jahren gehörte Melodie der Wettrüstungen endlich einmal zu übertäuben.

Für die gewaltigen, großartigen, große intellektuelle und mit die allerhöchsten moralischen Bemühungen herausfordernden und oft für den Augenblick entschlußfähigster Geistesgegenwart herausfordernden Seiten des männerehrenden Krieges kann niemand mehr eine erschauernde Hochachtung empfinden als der Schreiber dieses. Aber die Gegenrechnung ist zu groß, das Saldo bleibt auf der Seite der Vernunft friedlichen Zusammenlebens der Völker. Unabwendbare Naturmächte sind es nicht, die den Krieg erstehen lassen. Nicht aus der Luft, aus fernen Welten kommen feindliche Wesen, mit denen wir keinen vernünftigen Austausch besäßen, gegen uns hernieder, die uns vernichten wollten und gegen die wir uns verwahren müßten. Die Menschen schaffen sich den Krieg, der bei gutem Willen immer zu vermeiden ist. Der gute Wille umfaßt aber das beiderseitige Gute, soweit es gerecht ist. Die sich so sehr klug und überlegen fühlende „Kulturzoologie", der zufolge der Stärkere immer das Recht diktiert, ist auf den Höhen und zum Teil in den Tiefen der Menschenwelt schon überwunden.

Ganz unglaublich ist, daß der seit drei Jahren in den Anfang seiner bisher für unmöglich gehaltenen Erfüllung getretene Menschentraum, fliegen zu können wie die Vögel, sogleich von den Mitten, die noch im Traum der Kriegsnotwendigkeit befangen sind, von der Seite ergriffen ist, daß er wesentlich kriegerischen Zwecken dienen soll. Anstatt alle Intelligenz in der Richtung aufzubieten, wie das nähere geschehen soll und daß es jedenfalls möglichst stark geschehen soll, wäre es vernünftig und menschlich gewesen, sogleich völkerrechtlich zu vereinbaren, daß Flug (und auch Luftschiffahrt) bis auf Erkundigungszwecke von der Kriegsführung auf Ehre, ein für allemal ausgeschlossen werden soll. Die gegenwärtig leider bestehende Gefährdung des Friedens geht bekanntlich sehr stark auch zurück auf die Einbildungen, die sich in den Franzosen in ihre einstweilen ja vielleicht bestehende Ueberlegenheit in den Anfängen der neuen Fliegekunst und die damit verbundenen Phantasien für die Kriegsführung knüpfen. Auf diese Weise verwandelt sich eine an sich im besten Sinne harmlose und göttlich schöne Erfindung leider in ein unheilvolles Neues. Uebrigens liegt eine wirkliche Entscheidung eines Krieges von oben aus der Luft jedenfalls noch in sehr weiter Entfernung, und es ist zu hoffen, daß das ethische Reiferwerden der Menschen schneller sein wird als die Vervollkommnung der Flugkunst, wie sie zu einer ganz entscheidenden Bedeutung für den Krieg nötig sein würde. Das ethische Reiferwerden würde der wundervollen Flugkunst dann den menschenfeindlichen Stachel schon ausreißen. Menschen aus der Luft herunterschießen, Menschen aus der Luft herab mit Dynamit bewerfen — nein, das gehört wahrlich nicht mit hinein in den alten Traum der Sehnsucht, fliegen zu können.

Eines ist gegenwärtig das schwierigste und wichtigste Problem. Nämlich: die allgemeine Dienstpflicht mit ihrer unvergleichlich erziehlichen Wirkung auf die Volksmassen und als einzige sichere Bürgschaft, daß nicht das Tierische im Menschen, die schlimme Begehrlichkeit und rohe Gewalt einmal über die Ordnung und Freiheit siegreich werden und die unerhörtesten Greuel heranrufen könnte, muß durchaus bestehen bleiben. Und sie muß bestehen bleiben mit demjenigen Ernst der unbedingten Herrschaft der Zucht über die Willkür, der bisher gewährleistet wird durch die Anpassung des ganzen Systems an die Möglichkeit des Ernstfalles in der Lage, wo die Gehorchenden lange Stunden bei allaugenblicklicher unmittelbarer Todesgefahr die Tugend der vernünftigen Subordination zu bewahren haben. Nun aber stehen — worauf hinzuweisen der wesentliche Zweck dieses Aufsatzes war — dem Wirklichwerden des Ernstfalles Bedenken entgegen, die noch viel schwerer wiegen als alle Gründe, die dem Ernstfalle auch sehr erhabene und heilsame Seiten abzugewinnen wissen. Wie kann da also die Uebung, die immer ihr Angepaßtsein an den Ernstfall voraussetzt, in ihrer Wirkung ungeschmälert bleiben, wenn man doch immer entschlossen ist, alles zu tun, um den Eintritt des Ernstfalles zu verhüten? Das ist das schwierige Problem.

Es ist aber doch in den 40 Jahren seit dem großen Kriege gelöst. Allerdings immer so, als ob es nicht gelöst wäre, sofern die Ernstanwendung als von Tage zu Tage einmal notwendig werdend supponiert wurde. Das heißt also: Man darf es der großen Masse noch nicht sagen, daß der geheime Zweck des ganzen Militarismus doch nichts anderes ist als das wichtigste Stück der Vollendung ihrer Erziehung. Aber wie lange wird diese fromme Täuschung vorhalten? Nun, 40 Jahre lang hat sie es doch getan, und so kann man wohl für weitere Jahrzehnte darauf rechnen. In diesen Jahrzehnten kommt aber alles darauf an, daß die neue überzeugende Ethik die Fortschritte in dem allgemeinen Bewußtsein mache, daß an ihrem Schlusse die Sache so steht: Man will dann die kriegerische Uebung auch in dem Bewußtsein der Massen so weitertreiben, als ob der Krieg immer vor der Tür stehe, man will aber andererseits den Ausbruch des Krieges doch nie.

Wenn es aber doch die Lebensinteressen oder die Ehre der Nation gebietet, daß er ausbricht? Nun, die neue überzeugende Ethik muß ja eben auch das mit sich bringen, daß Gerechtigkeitsgefühl und menschliches Wohlwollen so ausgebildet ist, daß keine Nation sich überwinden kann, den Lebensinteressen und der Ehre einer andern zunahe zu treten. die allmählich neuerdings unerschwinglichen Kosten der Kriegsvorbereitung bleiben aber dann ja doch bestehen, und damit das zweite größte Uebel des gegenwärtigen Zustandes, dessen größtes die fortwährende Kriegsdrohung ist. Da kann aber doch die von der Allgemeinheit erkannte und gewollte Notwendigkeit der bloßen Erziehung als ob zum Kriege gar vieles ausscheiden und sozusagen bloß andeuten, was jetzt noch wie zum wirklichen Kriege mit großen Kosten beschafft werden muß. —

In dem obigen ist überall angenommen, daß die Kriegsgefahr diese Monate hindurch von Frankreichs Seite her bestehe. Im Sommer 1911 soll sie vor allem von England her gedroht haben — obgleich die plötzlich in Deutschland allgemein geglaubte und noch jetzt von einem dem andern nachgesprochene Meldung von mäßiger Beglaubigung, daß England sogar an einem Septembertage 1911 beabsichtigt habe, die deutsche Flotte ohne Kriegserklärung zu überfallen, von dem englischen Minister des Auswärtigen so förmlich wie nur möglich abgeleugnet und auch in sich sehr unwahrscheinlich ist. Jedenfalls haben in den letzten Monaten gerade Pariser

Zeitungskorrespondenzen von einem seit 1891 kaum je so dagewesenen Aufleben eines gedankenlos kriegslustigen Chauvinismus in Frankreich berichtet. Daher denn der Antrieb, die obigen Gedanken auszusprechen, eben von diesem Punkte ausgegangen ist. Für die Sache kommt ja nichts darauf an, ob England oder Frankreich einmal im Vorsprunge kriegerischer Stimmungen der unreiferen Teile seiner Bevölkerungen ist. So viel steht ja leider fest, daß England nicht losschlagen könnte, ohne daß Frankreich ihm ein sicherer Bundesgenosse wäre, und Frankreich nicht, ohne daß mit kaum geringerer Sicherheit England die Gelegenheit zu benutzen suchen würde, seinen so gefürchteten Nebenbuhler im Handel und zur See zu überwältigen zu versuchen. Für das doppelt angegriffene Deutschland wäre dann der casus der österreichischen Bundesgenossenschaft gegeben und damit für Rußland der der französischen. Auf der anderen Seite ist nur gewiß, daß Deutschland (das strategisch nur einen Angriffskrieg zu Lande zu führen suchen würde), einen politischen Angriffskrieg nicht führen wird. Auf alle Fälle ist gerade jetzt ein so unaussprechlich großes und kompliziertes Unheil näher gerückt, daß alle Kräfte, die die Verhütung dieses Unheils begehren, auf das stärkste angestachelt sind, zu seiner Verhütung nach bestem Wissen und Können das ihrige, im kleinen und großen, beizutragen zu suchen.

Finnland und die Friedensbewegung.

Von Dr. Rafael Erich,
Professor des Staatsrechts und Völkerrechts
an der Universität Helsingfors.

Wer sich an der Friedensbewegung beteiligt, darf nicht teilnahmslos an dem Schicksal derjenigen Völker vorübergehen, welche, von einer furchtbaren Uebermacht bedroht und unterdrückt, um ihr Leben kämpfen müssen. Soll eine auf den Grundlagen des Rechts ruhende Organisation der Welt künftig hergestellt werden — und dies ist ja das Endziel —, so scheint es nicht möglich zu sein, all die ungeheuren Gewalttaten und Ungerechtigkeiten fortbestehen zu lassen, welche manche kleinere Nationalitäten von seiten größerer und mächtigerer, ihnen übergeordneter Völker haben erleiden müssen. Es wäre ein falsches Zukunftsideal, wollte man die gegenwärtigen Besitzverhältnisse und die innere Organisation der heutigen Völkerrechtssubjekte ein für allemal bestätigt wissen, ohne Rücksicht darauf, wie viel Unrechtmäßiges und Unhaltbares sie in ihrem Innern verbergen mögen. Weder wäre es damit der Rechtsidee genüge getan, noch wäre blutigen Kämpfen ein Ende gesetzt. Die Friedensbewegung will eine Verrechtlichung der zwischenstaatlichen Beziehungen, eine Weiterbildung und teilweise Neuschöpfung des Völkerrechts herbeiführen; hierbei kann sie aber nicht von einer einseitigen, formal-juristischen Betrachtungsweise ausgehen, nicht die vollberechtigten Völkerrechtssubjekte, die souveränen Staaten der Kulturwelt, allein in Betracht ziehen. Will sie doch auch diejenigen Völker, welche heute noch außerhalb der völkerrechtlichen Gemeinschaft stehen, an den Vorteilen des künftigen, höheren Völkerrechts beteiligt wissen. Sie muß zweifelsohne dem entfernten Ziele nachstreben, daß jedes Volksindividuum, jede lebensfähige Nationalität sich zufrieden fühlen, sich ihren eigenen Kulturaufgaben ungestört hingeben, ihrer eigenartigen Rechtsentwicklung widmen kann. Wie dieses Ziel in den konkreten Fällen zu erreichen ist, läßt sich natürlich nicht genau angeben; die Lebensbedingungen, Möglichkeiten und Bedürfnisse sind ja sehr verschiedenartig. Bald wird eine des politischen Selbstbestimmungsrechts ermangelnde Nation in der Verwirklichung ihrer staatlichen Unabhängigkeit mit Recht ihr Zukunftsbild erblicken, bald wird eine bundesstaatliche Organisation oder eine wohl gesicherte, sei es staatliche, sei es provinzielle Autonomie am angemessensten sein. Die gegenwärtigen Formen der Staatenverbindungen und der staatlichen Dezentralisation bieten wechselnde Formen dar, und Ausbildung neuer politischer Lebensformen ist natürlich nicht ausgeschlossen. Es gibt gewiß auch Fälle, in welchen zwei oder mehrere Nationalitäten auf demselben Gebiet in der Weise untereinander vermischt leben, daß sie mit Notwendigkeit auf eine enge, rechtliche und politische Zusammengehörigkeit angewiesen sind; in solchen Fällen wird im allgemeinen eine berechtigten Ansprüchen entsprechende Gesetzgebung über die Anwendung der verschiedenen Sprachen usw. den besten modus vivendi darstellen.

Für die glückliche Lösung des hier angedeuteten schwierigen Problems, in seinen verschiedenen Phasen, zu wirken, muß eine allerdings sekundäre, nicht aber eine unwesentliche Aufgabe der Friedensbewegung sein. Der Weltfriede, die Organisation der Welt — diese hohen Ideen vertragen sich nicht mit einem auf Tendenz und Unterdrückung gegründeten innerstaatlichen Regime Am wenigsten kann der Pazifist an derartigen traurigen Erscheinungen vorübergehen, wenn es sich um offenbare Rechtsbrüche und Verletzung allgemein anerkannter Rechtsprinzipien handelt. Unter diese Beurteilung fällt eben die Politik, welche Rußland seit einigen Jahren Finnland gegenüber verfolgt. Finnland ist, wie bekannt, ein autonomes, mit Rußland verbundenes Staatswesen. Eine Darstellung des zwischen den beiden Ländern bestehenden Rechtsverhältnisses würde an dieser Stelle allzu weit führen, und erscheint um so weniger nötig, als es über diese Frage eine reichhaltige

Literatur gibt*). Es mag nur an den fast ausnahmslos von den Vertretern der Rechtswissenschaft anerkannten Kardinalsatz erinnert werden, daß die staatliche Stellung des Landes nur mit seiner eigenen Einwilligung abgeändert werden kann. Die russische Staatsgewalt ist Finnland gegenüber rechtlich gebunden; dies geht aus den im Jahre 1809, sowie auch später, von dem Eroberer, Kaiser Alexander I., abgegebenen Versicherungen unzweideutig hervor. Als nach einem neunzigjährigen Bestande der Verbindung, während welcher die innere Selbständigkeit Finnlands anerkannt und aufrechterhalten wurde, ein entschiedener Umschwung eintrat, als die russische Staatsgewalt ihre gesetzlichen Schranken nicht länger innehielt, sondern eine uneingeschränkte Kompetenz in Anspruch nahm, da erregte dies in ganz Europa eine Bewegung, welche sicherlich ohnegleichen dasteht, eine Bewegung der Kulturwelt und vor allem der Vertreter der Rechtswissenschaft, welche zu den erhabensten Ausdrücken des kollektiven Rechtsgefühls und der Solidaritätsidee der Völker gehört. Ohne hier auf die Einzelheiten dieser großartigen, durch die anläßlich des Februarmanifestes im Jahre 1899 zustande gekommenen Adressen an den russisch-finnischen Monarchen eingeleiteten Kungebungen einzugehen, sei in diesem Zusammenhang nur das festgestellt, daß in ihnen bald die klar bewußte Absicht hervortrat, durch kollektive Rechtsgutachten hervorragender und unparteiischer Rechtsgelehrter eine der rechtlichen Bedeutung eines schiedsgerichtlichen Urteils, resp. dem Gutachten einer internationalen Untersuchungskommission, entsprechende moralische Wirkung zustandezubringen. Daher die zahlreichen, von einer gemeinsamen Rechtsüberzeugung getragenen Kundgebungen, wie sie vor allem im Gutachten der Londoner Konferenz (Délibération internationale de Londres) vom 1. März 1910, von G. Anschütz, L. von Bar, A. de Lapradelle, Léon Michond, Ernest Nys, Frederick Pollock, W. van der Vlugt und J. Westlake unterzeichnet, nebst Beitrittserklärungen von C. G. V. Wyholm und Edw. Fry, sowie in der im Januar 1910 veröffentlichten, von 71 hervorragenden deutschen und deutsch-österreichischen Gelehrten (vorwiegend Rechtsgelehrten) unterzeichneten Erklärung. Es dürfte nicht angemessen sein, einige der Schlußsätze dieser beiden berühmten Erklärungen in Erinnerung zu bringen. In der Londoner Deklaration heißt es u. a.: „Le droit de la Finlande ou respect de sa constitution n'est pas le produit fictif de „l'imagination" finlandaise, mais une réalité historique; ce n'est pas un „dogme" auquel les Finlandais croient sans pouvoir le raisonner, mais une vérité scientifiquement démontrée."

Quelles que soient l'analyse et la définition que, suivant leurs conceptions de l'Etat et leurs chassifications particulières des organismes du droit public, les auteurs donnent du lieu de la Finlande à la Russie, c'est, à part de très rares exceptions, pour tous, russes compris, un principe certain que la Finlande a droit, vis-à-vis de l'Empire Russe, au respect de sa constitution."

In der Erklärung der deutschen und österreichischen Gelehrten heißt es u. a.: „Nach fast einmütigem Urteil der angesehensten Rechtsgelehrten aller Kulturvölker erkannte Kaiser Alexander I. im Jahre 1809 bei der Vereinigung Finnlands mit Rußland Finnland die Stellung eines vom russischen Staat sich unterscheidenden Staates zu. Die Zerstörung oder auch nur Beeinträchtigung Finnlands würde einen Bruch feierlich gegebener Versicherungen und die Aufhebung einer durch mehrere Menschenalter als unantastbar anerkannter Rechtsordnung bedeuten.

Die ausgezeichneten Träger dieser Erklärungen waren offenbar davon überzeugt, daß Finnland, wäre ihm dieser Weg zugänglich gewesen, seine Sache mit gutem Erfolg vor einem internationalen Schiedsgericht hätte verteidigen können. Nach genauer Kenntnisnahme der sowohl von russischer als von finnischer Seite vorgebrachten Argumente haben sie ihre wohlbegründeten Gutachten abgegeben, deren überzeugende Kraft und wissenschaftlicher Gehalt ebenso hoch anzuschlagen sind, wie ihr politischer Einfluß auf den Adressaten unscheinbar geblieben ist. Auf keine Rechtsprinzipien achtend, verschärfen die jetzigen russischen Gewalthaber mit jedem Tag ihre Unterdrückungspolitik Finnland gegenüber. Die Zerstörung der eigenen Rechtsordnung Finnlands, die Desorganisation der Verwaltung, die Verarmung des Landes, stellt sich als Endziel ihrer Bestrebungen dar. Manchen Kreisen würde ein, wenn auch noch so winziger Quasiaufruhr in Finnland ein willkommener Vorwand sein, zu einer schnellen und vollständigen Durchführung des destruktiven Programmes zu schreiten; unter solchen Verhältnissen bleibt auch die Provokation nicht untätig.

Die empfindlichste Verletzung der Autonomie Finnlands geschah durch das russische Gesetz vom 17. (30.) Juni 1910, welches ohne die Einwilligung Finnlands die Einführung sog. Reichsgesetze in Finnland anbahnte. Alle Gesetzgebungsangelegenheiten, welche nur irgendwie als die Reichsinteressen berührend bezeichnet werden können, wurden der finnischen Staatsgewalt entzogen und der Kom-

*) Auskünfte über die einschlägige Literatur finden sich u. a. bei C. Bornhak, Rußland und Finnland, II. Aufl., 1909; R. Erich, Le droit de la Finlande d'après les juristes étrangers, 1908; in der Schrift „Die finnländische Frage im Jahre 1911, von einem finnländischen Abgeordneten" sowie in der vor kurzem erschienenen Arbeit des Verfassers, Das Staatsrecht des Großfürstentums Finnland, 1912 (Das öffentliche Recht der Gegenwart, XVIII).

petenz der russischen Organe unterworfen. Die Rechtswidrigkeit und Ungültigkeit dieses russischen Gesetzes Finnland gegenüber ist von dem finnischen Landtag einstimmig und überzeugend dargelegt worden, dies hat aber die russischen Gewalthaber nicht davon abgehalten, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten und (russische) Gesetze zu erlassen, welche in die Rechtsordnung und Lebensinteressen Finnlands aufs tiefste eingreifen. Das Gesetz vom 20. Januar (2. Februar) 1912 bezweckt die Vertilgnug der besonderen finnischen Staatsangehörigkeit, indem vorgeschrieben wird, daß „übrige russische Untertanen" mit den finnischen Staatsbürgern gleichgestellt werden sollen. Unter der verlockenden Bezeichnung einer „Ausgleichung" der Rechte will das Gesetz die finnischen Staatsbürger ihrer eigenen bürgerlichen Rechte und ihres Bestimmungsrechts in den Angelegenheiten ihres Vaterlandes berauben, den Grundsatz aufheben, nach welchem die Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung durch einheimische Behörden stattfinden soll, und eine Menge der wichtigsten gesetzlichen und grundgesetzlichen Bestimmungen auf den Kopf stellen. Um das Werk zu krönen, enthält das Gesetz die Bestimmung, daß finnische Beamte sowie Inhaber öffentlicher Funktionen überhaupt, welche die Anwendung dieses Gesetzes absichtlich verhindern, mit Geldstrafen, Arrest oder Gefängnis, eventuell daneben mit dem Amtsverlust und der Unfähigkeit, in öffentlichen Funktionen verwendet zu werden, zu bestrafen sind. In offenbarstem Widerspruch mit den Bestimmungen der finnischen Grundgesetze wird bestimmt, daß die „Schuldigen" vor russischen Gerichten zur Verantwortung zu ziehen und die verhängten Strafen in russischen Strafanstalten zu verbüßen sind.

Die Bedeutung und die verhängnisvollen Wirkungen der russischen Gesetzgebung für Finnland werden durch dieses Gesetz zur Genüge dargetan. Durch einen einzigen gesetzgeberischen Akt der russischen Staatsorgane maßt sich die Staatsgewalt des Kaiserreichs Finnland gegenüber eine Zuständigkeit an, welche ihre Wirkungen bis an die Wurzeln der Rechtsordnung dieses Landes erstreckt. Große Anstrengungen wird es ihnen nicht kosten, mancher neuen Reichsgesetze wird es kaum bedürfen, damit von der eigenen Rechtsordnung Finnlands nur vereinzelte Fetzen übrigbleiben, spärliche Reste, welche in der Erwartung einer völligen „Ausgleichung" ein prekäres Leben fristen.

Angesichts dieser trostlosen Wirklichkeit, dieser sinnlosen Gewaltausübung, welche eine besondere Nationalität mit einer nicht zu unterschätzenden Kulturentwicklung mit dem Untergang bedroht, dürfte mancher die Frage aufstellen: „Werden in diesem ungleichen Kampfe die Ungerechtigkeit, der äußere Zwang und der politische Unsinn den schließlichen Sieg davontragen, wird es den Gewalthabern gelingen, das unheilvolle Programm zu verwirklichen?" Und zweitens: „Wird die „Organisation der Welt" für immer eine derart mangelhafte bleiben, daß es einer auf äußere Machtmittel gestützten Staatsgewalt freistehen soll, einer lebensfähigen Nation die Grundlage ihrer Existenz ohne irgendwelchen vernünftigen Grund zu entreißen?" — Zieht man die denkbaren Auswege in Betracht, welche zur Wiederherstellung normaler und rechtmäßiger Beziehungen zwischen Rußland und Finnland führen könnten, so ergeben sich zunächst zwei Möglichkeiten. Neue Richtlinien und Regierungsmaximen können sich im künftigen Staatsleben Rußlands geltend machen und auch auf die Finnland gegenüber beobachtete Politik einwirken. Nach sechsjähriger Herrschaft endete ja die Finnland aufgedrängte Autokratie im Jahre 1905 mit dem „Novembermanifest" und der völligen prinzipiellen Desavouierung der früheren Politik. Nun bot allerdings eine derartige Maßregel keine übermäßig großen Schwierigkeiten dar, so lange in Rußland die absolutistische Alleinherrschaft bestand. Die Wiederholung eines ähnlichen durchgreifenden politischen Umschwunges und eines Verzichtes auf weitere unrechtmäßige Gewaltausübung wird zweifelsohne, wenigstens in formeller Hinsicht, durch die Errichtung des russischen Parlaments und die demselben eingeräumte Zuständigkeit bedeutend erschwert. Es wird allerdings von autoritativer Seite versichert, daß die Reichsduma in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung kein getreues Bild des an sich hochgesinnten und der Freiheit zugeneigten russischen Volkes gewährt, aber sofern keine gewaltsame Unterbrechung der Rechtskontinuität dazwischenfällt, bleiben ja die Staatsorgane durch ihre vorhergehenden Akte gebunden, bis die Aufhebung derselben in verfassungsmäßiger Form erfolgt. Für Finnland sind die russischen Gesetze, welche man Finnland aufzwingen will, unverbindlich, in Rußland aber sind dieselben Gesetze formell rechtsbeständig. Aber auch nur formell. In materieller Hinsicht sind sie gegenstandslos, indem sie auf ein Gebiet übergreifen, wo nicht die russische, sondern die finnische Staatsgewalt zuständig ist. Würde in Rußland ein auf rechtliche Verpflichtungen achtendes Regierungssystem zur Herrschaft gelangen, so könnten diese das Recht Finnlands verletzenden Gesetze nicht länger aufrechterhalten werden. Daß man finnischerseits bereit sein würde, russischen Ansprüchen entgegenzukommen, soweit sie unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des Landes geltend gemacht würden und irgendwie mit der Bewahrung der Autonomie des Landes vereinbar wären, ist nicht zu bezweifeln.

Wir haben oben auf den Zukunftsgedanken — der gewiß einer der „Hochgedanken der Menschheit“ ist — hingedeutet, daß das Völkerrecht eine solche Höhe der Entwicklung erreichen, das internationale Rechtsbewußtsein eine derartige Stärke gewinnen könnte, daß die Teilnahme der Kulturgemeinschaft an den Leiden vergewaltigter, völkerrechtlicher Persönlichkeit entbehrender Nationen nicht eine bloß platonische sein würde. Die Organisation der Welt wird vielleicht einst eine solchermaßen vollständige sein, daß ein zwischenstaatliches Einschreiten zugunsten unterdrückter Volksindividuen, ein Unternehmen, welches heutzutage ohne weiteres für unstatthaft erklärt wird, sich als eine einfache Pflicht der Staatengesellschaft darstellen wird.

Auch jetzt bietet das Völkerrecht eine Form dar, welche besonders dazu geeignet ist, berechtigte Interessen kleinerer Gemeinwesen wahrzunehmen. Die völkerrechtliche Kollektivgarantie ist in hohem Grade geeignet, dauernde, einem internationalen Gesamtinteresse dienende Rechtsgebilde hervorzurufen. Die Regelung des zwischen Rußland und Finnland bestehenden Rechtsverhältnisses auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Garantiebeschlusses wäre für das Kaiserreich in keiner Weise nachteilig, vielmehr würde es ebenso sehr im Interesse Rußlands und Finnlands als in dem, wenigstens ideellen, Interesse Europas liegen. Das, was Finnland bisher an effektiven äußeren Garantien der ihm von Kaiser Alexander I. „auf immerwährende Zeiten“ zugesicherten Autonomie gebrochen hat, könnte somit durch eine durchaus friedliche und ohne irgendwelchen Zwang durchzuführende Regelung nachgeholt werden, welche zugleich das Interesse Rußlands an dem Besitz Finnlands vollständig befriedigen würde. Das Volk Finnlands hat keinen Gedanken an eine gewaltsame Umgestaltung seines staatsrechtlichen Verhältnisses zu Rußland, die traurigen Erfahrungen haben ihm aber die Bedeutung hinreichender Garantien lehren müssen. Nicht um Aenderungen des im Jahre 1809 gegründeten Rechtszustandes herbeizuführen, sondern um die innere Selbständigkeit des Landes, seine unverbrüchlichen Rechte zu bewahren, wären derartige Garantien wünschenswert. In Rußland pflegt man oft zugunsten der gegen Finnland gerichteten Unterdrückungspolitik angebliche militärische Rücksichten anzuführen, als ob Rußland nicht ohnehin die Möglichkeit besäße, seine Machtstellung auf finnischem Gebiet zu behaupten, oder als ob ein ebenso friedliches wie entwaffnetes Volk von drei Millionen das ungeheure Weltreich zu gefährden vermöchte. Derartigen Befürchtungen würde nun sogar jede scheinbare Berechtigung entzogen, falls Rußland in eine Regelung einwilligen würde, zufolge welcher das Kaiserreich ein mit ihm unauflöslich verbundenes, seine volle Autonomie genießendes, neutralisiertes Finnland in seinem Rücken haben würde. Für das übrige Europa, insbesondere für die nördlichen Länder, würde eine derartige Lösung der „finnländischen Frage“ nicht zu unterschätzende Vorteile bedeuten und wahrscheinlich zur Erhaltung des Weltfriedens beitragen. Auch würde sich das Land zu einer Stätte internationaler Institutionen eigenen, für welche ja kleinere neutralisierte Staaten besonders angemessen sind. Die Errichtung einer Garantie der dem Lande zukommenden staatlichen Autonomie, seiner Verbindung mit Rußland unter dem Szepter desselben Monarchen, seiner Integrität, ewigen Neutralität und monarchischen Staatsform wäre sowohl in prinzipieller als in praktischer Hinsicht als ein ungewöhnlicher Fortschritt in den internationalen Beziehungen zu bezeichnen. Wie die Verhältnisse sich in den Einzelheiten gestalten würden, kann hier nicht des näheren erörtert werden. Folgendes dürfte aber feststehen: Durch seine Einwilligung in eine derartige Regelung der Verhältnisse würde Rußland, dessen Monarch die Initiative zu der für die internationale Organisation bedeutungsvollen ersten Haager Friedenskonferenz ergriffen hat, ohne Schmälerung seiner wahren Vorteile ein großartiges Beispiel wahrhaft fortschrittlicher Gesinnung und politischen Scharfblicks geben, die europäischen Staaten würden nicht länger das traurige Schauspiel der Vergewaltigung zugesicherter Rechte und der Hinrichtung der finnischen Autonomie vor den Augen haben, Finnland würde aufhören, im zwanzigsten Jahrhundert das Opfer einer durchaus unberechtigten und unwürdigen Gewaltpolitik zu sein und statt dessen in seiner gesicherten Rechtslage einen Grenzstein auf dem Wege zur Verrechtlichung der zwischenstaatlichen Beziehungen und zum Weltfrieden bilden.

RANDGLOSSEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

An Bord U. S. M. S. „New York“,
16. Juni 1912.

Mein lieber Fried!

Für den Chronisten der Zeitgeschichte ist es ein ganz eigentümliches Gefühl, eine Woche zu durchleben, in der für ihn die Zeit geschichtelos verstreicht. Das Schlimmste an der Sache ist, das ihn das liebe Wichtigkeitsbewußtsein verläßt, mit dem er gewohnt ist, die Weltereignisse (nämlich das, was seine Morgen- und Abendblätter des Langen und Breiten davon erzählen) zu betrachten. Am Ende ist das alles nicht gar so bedeutend — am Ende gibt es Millionen Menschen, die das ganze Jahr so unwissend und unbekümmert um das, was die Tageszeitungen

Wahres und Unwahres berichten, dahinleben, wie wir Seereisende es durch sechs oder sieben Tage unfreiwillig tun. Auch die räumliche Entfernung vom Schauplatz der gewohnten Interessen kommt hinzu, um das Gefühl des Miterlebens abzuschwächen. Immer weiter, weiter weg . . . — eintausend, dann zwei-, dann dreitausend Meilen Wasserfläche trennen uns von den Orten, wo sich die von uns so intensiv beobachteten Dinge abspielen. — Wie entrückt ist nun der italienisch-türkische Krieg; die deutsch-englischen und deutsch-französischen Feindschafts- und Freundschaftssymptome, wie weit die militärischen Flugplätze? Und wie steht's um die Massenstreiks?

Als wir am 8. Juni in Southampton uns auf dem Dampfer „New York" der American-line einschifften, hieß es, daß dies vielleicht für lange Zeit das letzte den dortigen Hafen verlassende Schiff sein werde, weil der Streik sämtlicher Transportarbeiter den nächsten Tag ausbrechen werde. — Eine ernste, unabsehbar weittragende Sache . . . Kaum ist ein Streik beigelegt, so bricht ein anderer aus — ist das der Beginn sozialer Umwälzungen?

Nach einigen Stunden ruhiger Fahrt durch den Aermelkanal und auf spiegelglatter See legte unsere „New York" in Cherbourg an. Da gab's eine Nachricht, so recht geeignet, in der gewohnten Art dieser Blätter glossiert zu werden. Wieder eine Katastrophe in den Annalen der „friedenssichernden" Kriegsvorbereitungen. Die französische Marine manövriert im Hafen von Cherbourg. Am Horizont war eine Reihe von Schlachtschiffen sichtbar. Die sensationelle Nachricht lautete: Ein Unterseeboot wurde mitten entzweigerissen und sank — samt seiner achtundzwanzig Mann starken Besatzung. Gewiß sind wieder allerseits Kondolenzen laut geworden. Das trefflichste Wort sagte ein Mitreisender — ein junger Franzose, der in Geschäften nach Südamerika fährt: „Wie verrückt doch die Menschen sind, daß sie gegeneinander solche Dinge in Szene setzen!"

So ganz weltentrückt wie einst kann man heutzutage auch auf hoher See nicht mehr sein. Die drahtlose Telegraphie bringt auch hier ihre Kunde von der Außenwelt. Am sechsten und siebenten Tag der Ueberfahrt erfuhren wir:

Der Transportstreik hat 300 000 Arbeiter ergriffen.

Lord Haldane ist nicht mehr Kriegsminister, sondern High Chancellor.

Miß Lilian Russel (eine amerikanische Schauspielerin) hat geheiratet. Wie ich ersehe, hat die Dame die Gewohnheit, sehr häufig zu heiraten.

Da die Zustände in Kuba sich verschärfen, werden zwei weitere amerikanische Kriegsschiffe dahin geschickt. (Bei uns wird man behaupten, die V. St. wollen Kuba „einstecken".

Seemannsstreik in Havre. Die Abfahrt von „La France" verschoben.

Frédéric Passy gestorben!

So erwartet die schmerzliche Kunde war — uns Pazifisten trifft sie hart. Ein schlechtes Jahr, eine starke Verlustliste für uns: Stead, Novicow, Passy . . .

In der Marconidepesche heißt es: „Frédéric Passy, der französische Oekonomist." Warum dieser Titel? Als der große Friedenskämpfer, als der große Mensch wird F. Passy in der Geschichte fortleben — nicht als Professor der Wirtschaftslehre.

Nur mehr wenige Stunden trennen mich von der Landung auf amerikanischem Boden. In höchster Spannung blicke ich den Dingen entgegen, die ich in der neuen Welt erleben werden. Begeisterung, Rat und Tat erhoffe ich mir. Belehrung werde ich zurückbringen — aber auch hier will ich Aufklärung bringen. Sie sollen es erfahren, unsere Freunde, wie die Dinge bei uns stehen, und wo der Hebel anzusetzen wäre. Diese Fahrt ist die letzte Anstrengung meiner ihrem Ende nahenden Laufbahn; daß ich sie mit heiligem Ernst unternommen habe, können Sie mir glauben, lieber Mitstreiter.

Von New York führt mein Weg direkt nach San Francisco (sechs Tage Pacificbahn), wo am 24. der Kongreß der „General Federation of Womens Club" stattfindet — eine Vereinigung von Millionen strebender, energischer, für Menschenwohl leidenschaftlich arbeitender Frauen. Die haben mich gerufen, auf daß ich die Frage beantworte: „Was können wir tun, um den Weltfrieden zu fördern?" — Ich werde versuchen, es ihnen zu sagen.

Adieu indessen. Meine nächste Nachricht erhalten Sie aus Kalifornien. Mit treuem Gruß an die ganze „Friedenswarte"-Gemeinde

Ihre

Bertha Suttner.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

28. Mai. Eröffnung des II. Internationalen Kongresses für Luftschiffahrt in Genf

Anfang Juni. Internationale funkentelegraphische-Konferenz in London.

Anfang Juni. Die Mitglieder der Berliner Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung begeben sich zu einer Studienreise nach Russland. Offizielle Empfänge. Der deutsche Botschafter in Petersburg hebt hervor, der Besuch habe die Bedeutung das gegenseitige Verständnis, Friede und Freundschaft zu fördern.

8. Juni. Die mit den Vorarbeiten für die III. Internationale Friedenskonferenz im Haag beauftragte niederländische Kommission befasste sich mit den seitens der Niederlande auf das Programm zu setzenden Fragen.

9. Juni. Max Reinhardt zu Ehren, der mit den Schauspielern des Berliner Deutschen Theaters in

Paris ein erfolgreiches Gastspiel absolvierte, wird in Paris von französischen Künstlern ein Abschiedsbankett gegeben.

11. Juni. Der bisherige englische Kriegsminister Lord Haldane wird zum Lordkanzler ernannt.

12. Juni. Admiral Sir Edward Seymour erklärt auf dem Bankett der Londoner Handelskammern, wenn England eine so mächtige **Flotte** *hätte wie Japan, wäre sie wirksam genug, um den Frieden in Europa zu wahren.*

14. Juni. Die diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten haben die Republiken Haiti und San Domingo energisch verwarnt, ihre Feindseligkeiten und gegenseitigen Grenzeinfälle einzustellen.

15. Juni. Im Haag tritt die II. internationale Wechselrechtskonferenz zusammen.

Mitte Juni. In Paris wird ein Institut de droit international Chrétien begründet. Gründer A. Vanderpol in Lyon.

Mitte Juni. Freiherr von Marschall übernimmt den Botschafterposten in London. Sympathische Begrüssung durch die englische Presse.

Mitte Juni. Normann Angell in Berlin. Unterhaltungen mit deutschen Redakteuren, Vorträge und Artikel in der deutschen Presse.

16. Juni. Feierliche Eröffnungssitzung der „Mutualité française" in Anwesenheit des Fürsten Albert von Monaco und zahlreicher Staatswürdenträger.

18. Juni. Feierliche Ernennung des Grafen Paul Wolff-Metternich, ehem. deutscher Botschafter in London, zum Ehrendoktor der Universität Cambridge.

18. Juni. Unterzeichnung eines deutsch-italienischen Arbeitervertrages in Rom, der den Staatsangehörigen der beiden Länder die sozialen Vorteile der eingeborenen Arbeiter sichert.

19. Juni. Der deutsche Kaiser warnt in einer Regattarede zu Hamburg davor, die Flagge leichtsinnig aufzupflanzen, wo man nicht sicher sei, sie verteidigen zu können.

19. Juni. Annahme der grossen russischen Flottenvorlage in der Duma.

21. Juni. Annahme der neuen österreichischen Wehrvorlage, Kriegsbereitschaft von zwei Millionen Soldaten. Erhöhung der Ausgabe um 45 Prozent.

23. Juni. In einer von zwanzigtausend Personen besuchten Nationalversammlung in Mailand sprechen sozialdemokratische Abgeordnete gegen den Krieg und die dadurch entstandene Arbeitslosigkeit. Strassentumulte nach der Versammlung.

25. Juni. Kaiser Wilhelm nimmt in Kiel den Cumberland-Pokal „als ein sichtbares Pfand dieser für Grossbritannien und Deutschland so natürlichen und wertvollen Freundschaft" entgegen.

27. Juni. Die Liga der allgemeinen Bruderschaft (London) richtet ein warmes Begrüssungsschreiben an den neuen deutschen Botschafter Marschall von Bieberstein.

28. Juni. Deutschfreundlicher Toast des Lordkanzlers Haldane beim Bankett für das deutsche Hospital. Er sagt, dass Deutschland und England die grosse gemeinsame Aufgabe haben, die Welt besser zu machen.

28. Juni. Der frühere englische Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, sagt in Burton-on-Trent, dass die deutsch-englische Annäherung immer weitere Fortschritte mache. Es ist völlig ausgeschlossen, dass es jemals zu einem Kriege zwischen Deutschland und England kommen könne.

30. Juni. Kriegsminister Millerand erklärt bei einer Gedächtnisfeier für den General Hoche, Frankreich hätte nicht vergessen, wie teuer ihm eitle Prahlereien einst zu stehen kamen. Kein Land der Welt sei aufrichtiger für den Frieden als Frankreich.

Ende Juni. Im Haag wurden die internationalen Privatrechtsabkommen über das eheliche Güterrecht durch Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Schweden und Rumänien ratifiziert.

Anfang Juli. In Berlin erscheint eine russische Zeitung, die u. a. der Verhetzung beider Länder entgegentreten will.

4. Juli. Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem Zaren in Baltischsport.

9. Juli. Der gemeinsame österreichisch-ungarische Ministerrat lehnt die Forderung des Kriegsministers von 250 Millionen für neue Geschütze ab.

AUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Ein Völkerrechts-Institut auf christlicher Grundlage.

Mitte Juni d. J. kamen im „Hotel des sociétés savantes" zu Paris eine Anzahl Katholiken verschiedener Nationalität zusammen und begründeten ein Institut namens: „Union internationale pour l'étude du droit des gens d'après les principes chrétiens". Sechs verschiedene Nationen waren vertreten: Frankreich, Belgien, die Niederlande, Italien, England und die Schweiz. Von einigen Kardinälen (Rampolla, Mercier, Bourne, Couillié, Amette, Maffi) waren Beifallskundgebungen eingetroffen. Die Versammlung war auf Einladung des Herrn A. Vanderpol aus Lyon zusammengetreten, dessen Arbeit: „La guerre devant le Christianisme" wiederholt in katholischen Kreisen besprochen worden ist.

Der Sitz des Instituts ist — provisorisch jedenfalls — Löwen in Belgien, wo die bekannte katholische belgische Universität ist, und wo das Institut Thomiste (d. h. ein Institut für die Philosophie des Thomas von Aquinae) sich befindet.

Einige wohlhabende belgische Katholiken haben Kardinal Mercier 25 000 Franken, die

Kosten des neuen Instituts, zur Verfügung gestellt. Ueber die Grundlagen oder Prinzipien des neuen Instituts verlautet weniger. Aus einigen Beifallskundgebungen darf man schließen, daß das genannte Institut im pazifistischen Geiste arbeiten wird. Jedenfalls ist auch dieser Versuch in rein katholischen Kreisen mit Freude zu begrüßen. Dr. S. J. Visser.

Rüstungsproblem.

Der Zwang zum Frieden. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Unter diesem Titel bespricht Friedrich Naumann die Aussichten der Friedensbewegung und kommt zu der Schlußfolgerung, daß ein Zustand dauernden Friedens nur möglich wäre, wenn eine Macht den andern so überlegen wäre, und ihre Ueberlegenheit mit so viel Mäßigung auszuüben verstände, daß sie dauernd den Frieden diktieren könnte, denn der Friede sei nur durch Zwang herzustellen, wie die Geschichte der Staatenbildung dartue. Stets seien die Menschen nur durch den Zwang eines mächtigen Oberhauptes gezwungen worden, den zur Kulturarbeit nötigen Frieden unter sich zu halten, aber über das Gebiet der jeweiligen Herrschermacht sei eine Eintracht nicht herzustellen gewesen. Und da ein mächtiger Wille eines der jetzt bestehenden Staaten zum Zwang eines über die Staatsgrenzen hinausreichenden Friedens beim jetzigen Gleichgewicht der Mächte nicht zu erwarten sei, müsse man die Hoffnungen der Friedensfreunde ins Gebiet der Träume verweisen.

Eine Stellungnahme Naumanns hat Gewicht, mit ihr muß man sich auseinandersetzen. So viel ist jedenfalls aus Naumanns Darlegungen zu entnehmen, daß er das Ziel für erstrebenswert hält. Auch wird zuzugeben sein, daß seine geschichtliche Auffassung von der Entwicklung friedlicher Zustände richtig ist. Auch die Annahme, daß es je eine Macht geben könnte, welcher dauernd solche Ueberlegenheit innewohnte, daß sich die anderen Mächte ihrem Friedensgebot lange Zeit fügen würden, hat keine Wahrscheinlichkeit für sich. Es ist vielmehr anzunehmen, daß sehr bald eine Koalition der in ihrer auswärtigen Bewegungsfreiheit beschränkten Staaten der noch so wohlgemeinten Hegemonie ein Ende bereiten würde.

Sollte nicht die Hoffnung gehegt werden dürfen, daß das, was einem Zwang von oben unmöglich ist, einem Zwang von unten, dem Zwang der öffentlichen Meinung, dem Zwang einer klar erkannten, in die breiten Volksmassen gedrungenen und verankerten geschichtlichen Notwendigkeit gelingen könnte? Dem durch und durch demokratischen Denken des Verfassers von Kaisertum und Demokratie müßte eine solche Möglichkeit nahe liegen. Lehrt doch unsere ganze moderne politische Entwicklung, daß nur solche Institutionen Bestand haben, welche im Volksbewußtsein festgewurzelt und durch den vom Volke ausgehenden Zwang ins Leben gerufen, durch seinen Willen und sein Jnteresse fortbestehen.

Andererseits ist zuzugeben, daß bis jetzt von einem bewußten Volkswillen, auf jede gewaltsame Durchsetzung nationaler Notwendigkeiten grundsätzlich zu verzichten, nicht gesprochen werden kann, wenn man von dem Programm der sozialdemokratischen Partei absieht. Aber wo nicht eine chauvinistische Sturmwelle das Volksempfinden aufrührt und seine verständigen Erwägungen trübt, ruht doch auf dem Grunde desselben das, wenn auch nicht klar bewußte Streben, im Frieden den Geschäften nachzugehen, jedem das Seine zu gönnen, und die Gefahren und Greuel eines mit den heutigen Zerstörungsmitteln geführten Krieges zu vermeiden. Es handelt sich nur darum, diesem dunkeln Drange mit nüchternen Erwägungen über das, was zu gewinnen und zu verlieren ist, zu Hilfe zu kommen. Und sicherlich liegt es im Bereich des gewöhnlichen Denkens, die Berechnung anzustellen, ob die Opfer eines Krieges, und die Opfer des bewaffneten Friedens auch nur aufgewogen werden von dem, was ein siegreicher Krieg bringen kann, vom Falle der Niederlage, die doch auch möglich ist, nicht zu reden. Es könnten gewiß auch solche Fragen dem gemeinen Denken nahe gebracht werden, welche sich auf ethische Gründe stützen, die Unverträglichkeit der brutalen Gewaltanwendung mit unseren Kulturzielen erörtern, die zersetzende Arbeit des Kriegs und seiner Vorbereitung im Frieden auf unser höheres Geistesleben, auf unser bürgerliches Denken und Schaffen, auf den Charakter dessen, der durch diese Schule gegangen ist, nachzuweisen.

Diese Gedankengänge zum Gemeingut der Masse und der führenden Geister zu machen und so den Boden vorzubereiten für die Erstarkung eines Gemeinwillens, der imstande sein wird, den Zwang zum Frieden nicht von oben, sondern von unten, aus dem wohlverstandenen Kulturinteresse des Volks heraus zu diktieren, das ist die Aufgabe der Friedensbewegung. Ist der Wille einmal da, so findet sich auch ein Weg. Lang.

Die neue russische Flottenvorlage. :: :: :: :: :: :: :

Ueber die neuen ungeheuerlichen Rüstungen in Rußland bringt der „Vorwärts“ vom 26. Juni interessante Details. Danach wurden in den letzten fünf Jahren für die Armee 3262 Mill. Rbl. verausgabt, und die strategischen Bahnen, voran die berüchtigte Amurbahn, verschlangen Hunderte von Millionen. Mit seiner Friedenspräsensstärke von 1,4 Millionen und seinem Heeresetat von 543 Mill. Rbl. (für 1911) steht Rußland an der Spitze aller Militärstaaten. Ungeachtet der oktobristischen Flottenopposition stieg der Etat des Marineressorts mit jedem Jahre: 1907 betrug er 74 Millionen, 1909: 94, 1911: 120,

1912: 160 Mill. Rbl., um nun mit einem Schlage einen gewaltigen Umfang anzunehmen.

Einige Tage vor der Schließung der dritten Duma hat die Regierung das sogenannte „kleine Flottenprogramm" unter Dach und Fach gebracht, welches für 1912—1917 Flottenbauten für über eine Milliarde Mark (502 Mill. Rubel) vorsieht. Es genügt, darauf hizuweisen, daß der Etat des Marineressorts schon im nächsten Jahre 330 Mill. Rbl., d. h. mehr als der Marineetat irgendeiner Seemacht, mit alleiniger Ausnahme Englands, betragen wird, und daß ferner das angenommene Flottenprogramm nur die Einleitung zu dem „großen" Programm (für 1918—30) bildet, das nach den sehr mäßigen Berechnungen des Oktobristenführers Gutschkow einen Gesamtaufwand von zweieinhalb Milliarden, nach anderen Berechnungen gar einen Aufwand von dreieinhalb Milliarden Rubel oder 400 Millionen im Jahr erfordert, um allein die finanzielle Tragweite dieses Beschlusses zu kennzeichnen.

Diese Rüstungen werden natürlich wieder auf die Rüstungen der anderen europäischen Staaten Einfluß nehmen.

Verschiedenes.

Alldeutsche gegen v. Marschall. :: :: :: :: ::

Es ist öffentliches Geheimnis, daß der neue deutsche Botschafter am britischen Hofe v. Marschall das Verhältnis zu England freundlicher gestalten soll, nachdem die Flottentreiber durch ihre Hetzereien die Mißstimmung zwischen den Ländern außerordentlich verschärft haben. v. Marschall nannte seinen neuen Weg steil und steinig. Die ersten Steine werden dem deutschen Diplomaten, wie so häufig, von alldeutscher Seite in den Weg geworfen. Der bekannte Kolonialpolitiker Carl Peters, der die britische Gastfreundschaft in London genießt, sucht ihn im „Tag" Nr. 124 und 145 zu kompromittieren, und zwar sowohl in Deutschland wie in England. Der ehemalige badische Staatsanwalt soll, weil er dem Sport nicht huldigt, zur Londoner Gesellschaft nicht passen, von England und den Engländern nichts kennen, sein Englisch erst vor kurzem gelernt haben und durch Preßorganisation für sich selbst Reklame machen. Er wäre für das Krüger-Telegramm im Anfang 1896, das bekanntlich in England viel böses Blut machte, verantwortlich und habe durch „Hintertreppenpolitik" am Goldenen Horn den Aufschwung des deutschen Einflusses (der englischen verdrängte) am Ende des vorigen Jahrhunderts bewirkt.

Man mag abwarten, was der neue Botschafter, der sich bisher in Deutschland wegen seines Auftretens bei der letzten Friedenskonferenz im Haag und als Botschafter in Konstantinopel des besten Rufes erfreute, leisten wird. Alldeutschem Chauvinismus wird und kann er nicht entsprechen. Jeder Versuch, England von Frankreich zu trennen, oder England zu bewegen, seine bisherige Suprematie zur See aufzugeben oder nach den Wünschen der alldeutschen Flottenpolitiker einzuschränken, erscheint von vornherein aussichtslos. England hat gewichtige Gründe, mit seinem französischen Nachbarn auf gutem Fuße zu leben, auch wenn die deutsch-englische Rivalität ganz außer Betracht gelassen wird. Als Feind würde Frankreich infolge seiner geographischen Lage sowohl im Mittelmeer wie im Atlantik die englische Nahrungsmittelzufuhr bedrohen, während es als Freund diese Zufuhr ganz wesentlich unterstützen könnte, weil der englische Kanal eine gute, von keinem Feinde zu störende Wasserverbindung gewährt. Kg.

Flottenverein und Hetzerei gegen England. ::

In seiner Hauptversammlung in Weimar am 9. Juni wies nach Zeitungsberichten Kontreadmiral Weber, angestellt bei der Präsidialstelle des Deutschen Flottenvereins, mit aller Schärfe den Vorwurf zurück, der Verein habe gegen fremde Staaten gehetzt, und der Präsident des Flottenvereins unterstrich die Ausführungen Webers dadurch, daß er diesem als Anerkennung für seine Leitung der Präsidialgeschäfte das Ehrenzeichen des Vereins überreichte. Dieses Dementi schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß in verschiedenen Versammlungen des Flottenvereins heftig gegen England gesprochen worden ist. Der Flottenverein gibt in einer Entgegnung vom 25. Oktober selbst zu, daß er seine „Entrüstung über Englands provozierendes Verhalten gegen Deutschland" ausgesprochen hat. Aus seinen Mitteilungen, die er an 1600 Zeitungen verschickt, stammt schließlich, daß auf Grund eines Phantasiegebildes, das der Flottenverein von einem möglichen Ueberfall auf die im Juli friedlich nach Norwegen dampfende Hochseeflotte entwirft, den Engländern eine „geradezu teuflische Gesinnung" zugeschrieben wird. Zieht man in Betracht, daß Ende Februar durch die Zeitungen die Notiz ging, daß daran gedacht sei, den Flottenverein und den Wehrverein von Amts wegen unter die Kategorie der politischen Vereine zu rechnen, so erkennt man, daß der Flottenverein bei den

verantwortlichen Stellen verstimmt hat, und den Grund, weshalb ihm daran liegt, sich von dem Vorwurf der Verhetzung reinzuwaschen. Kg.

Des Kaisers Friedensrede. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 18. Juni beantwortete Kaiser Wilhelm an Bord des vor Brunsbüttelkoog verankerten Dampfers der Hamburg-Amerika Linie „Viktoria Luise" eine Ansprache des Hamburger Bürgermeister D. Dr. Burchard, indem er sich als ein besonnener Friedenswahrer bekannte. Seine Rede kann gewissermaßen als Zurückweisung gewisser chauvinistischer Anregungen und Vorwürfe angesehen werden. Der Kaiser wies darauf hin, daß heute hinter dem deutschen Kaufmann des Reiches Schutz stehe und fuhr fort: „Aber, wie Sie alle wissen, meine Herren, die Flagge muß in Ehren wehen, und es darf nicht leichtsinnig ihr Tuch in den Winden entfaltet werden, und nicht leichtsinnig darf sie aufgepflanzt werden, wo man nicht sicher ist, sie verteidigen zu können. Sie werden es verstehen, warum ich Zurückhaltung geübt habe in der Ausbreitung der deutschen Flagge, wo sie vielleicht von manchem gewünscht und erschnt war. Ich habe mich von einem alten hanseatischen Grundsatz leiten lassen, und der steht in markigen Lettern am Rathaus zu Lübeck: „Das Fähnlein ist licht an die Stange gebunden, aber es kostet viel, es mit Ehren wieder herunter zu holen." Nun, meine Herren, ich glaube das wohl vindizieren zu können, daß bisher der Ehre unserer Flagge noch niemand zu nahe getreten ist, so lange wie ich regiere. Dafür kann ich mich einsetzen, und dafür kann ich stehen: da, wo Sie vorangehen, da wird meine Flagge Ihnen folgen. (Bravo!) Das ist so im Großen und im Kleinen. Ein jeder bindet des Morgens seine Flagge an den Stock und hofft, zu siegen. Das gelingt nicht jedem."

Haldane über die anglo-deutsche Verständigung. :: ::

Der frühere englische Kriegsminister, jetzige Lordkanzler Viscount Haldane, der schon so viel für die anglo-deutsche Verständigung getan hat, hielt am 29. Juni auf dem 67. Jahresbankett des Londoner deutschen Hospitals eine Rede, in der er wieder für die enge Freundschaft zwischen Deutschland und England eintrat. Zunächst entwickelte Haldane ein sympathisches Bild des Kaisers. Dann sagte er: „Ich habe sehr stark das Gefühl, daß in den letzten Jahren Deutschland und England einander sehr viel ähnlicher geworden sind als früher. Und weil sie so ähnlich geworden sind, regt sich ein gewisses Gefühl der Rivalität; diese wird aber immer eine friedliche sein. Wir beide Nationen haben eine große, gemeinsame Aufgabe in der Welt: die Welt besser zu machen. Und weil der Deutsche Kaiser, wie ich weiß, diese Ueberzeugung auf das aufrichtigste teilt, so verursacht es mir das größte Vergnügen, den Toast auf diesen Mann auszubringen. Es tauchen immer Schwierigkeiten auf. Der Botschafter weiß es, und ich weiß es; aber wir leben in einer Zeit, die mich mit der Hoffnung erfüllt, daß die Herrscher auf den Thronen den Frieden und die Friedensentwicklung wünschen, einer so sehr wie der andere."

Unter den Anwesenden befand sich Botschafter Baron Marschall von Bieberstein und Vertreter der österreichisch-ungarischen und der italienischen Botschaft.

Rückgang der Geburten in Deutschland. :: :: :: :: ::

Den Rückgang der Geburten in Deutschland stellt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" fest, indem sie ihn als eine in hohem Maße bedauerliche und besorgniserregende Erscheinung bezeichnet. Das Blatt der deutschen Regierung führt aus, daß in Preußen wie in Deutschland seit über einem Menschenalter mit Ausnahme weniger Jahre eine starke Abnahme der Geburtenziffer zu konstatieren ist. Im Reiche entfielen 1876 auf je 1000 Einwohner 42,6, im Jahre 1910 nur noch 30,7 Geburten. In Preußen ist in der kurzen Spanne Zeit von 1901 bis 1910 der Promillesatz der Lebendgeborenen von 36,52 auf 30,83 gesunken. Im Jahre 1910 hat das Deutsche Reich zum erstenmal seit 13 Jahren nicht bloß einen prozentualen, sondern auch einen absoluten Geburtenrückgang aufgewiesen, das heißt trotz der Zunahme der Bevölkerung wurden weniger Kinder geboren als im vorangegangenen Jahre. „Es muß der Zeitpunkt eintreten," so schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" weiter, „wo der Rückgang der Sterblichkeit den etwa fortdauernden Ausfall der Geburten nicht mehr auszugleichen vermag, und daher tatsächlich ein Stillstand oder eine Verminderung in der Bevölkerungsziffer eintritt. Daß infolgedessen diese sinkende Geburtenziffer eine in hohem Maße bedauerliche und besorgniserregende Erscheinung ist, braucht nicht näher bewiesen zu werden. An eine einsetzende Erschöpfung der Rasse zu denken, liegt jedoch keinerlei Anhaltspunkt vor. Jedenfalls aber dürften sich für den Fall der Not zwei Reihen von Abwehrmaßnahmen als notwendig erweisen, solche ökonomischer und sozialer Natur und solche der Belehrung und Volkserziehung, wozu unter anderem auch eine schärfere Ueberwachung mancher Anpreisungen von Geheimmitteln und eine systematische Propaganda gegen malthusianische Tendenzen gehören dürften. Zur Vervollständigung ist noch darauf hinzuweisen, daß nicht bloß die Fruchtbarkeit der Ehen, sondern auch die Häufigkeit der Eheschließungen seit 1906 eine fortdauernde Verminderung erfahren haben."

Soweit das Regierungsblatt. Sollte da nicht doch schließlich der Militarismus einen Einfluß haben? Und scheint es nicht, daß es wirklich so kommen soll, wie Rudolf Goldscheid es verlangt (siehe den Leitartikel dieser Nummer), daß man, um die Völkerökonomie zu heben, zu einer Verminderung der Rüstungen wird gelangen müssen. Und was sagen die Expansianspropheten zu dieser wichtigen Erscheinung, sie, die den Eroberungskrieg wünschen, um den Enkeln Land zu sichern, wenn es den Anschein hat, daß sich die Enkel gar nicht so zahlreich einstellen werden, wie man mechanisch berechnet.

☞

„Die gänzlich urteilsunfähigen Pazifisten". :: :: :: ::

In dieser Nummer der „Friedenswarte" werden einige hervorragende wissenschaftliche Werke meist deutscher Gelehrter besprochen, die „die große Kulturbewegung des Pazifismus" als Stütze oder Ausgangspunkt ihrer Wissenschaft bezeichnen. Es kann uns daher nicht darauf ankommen, eine etwas abweichende Meinung hier festzunageln. Die als Ueberschrift verwendete Stelle findet sich in einem Artikel des Vizeadmirals a. D. v. Ahlefeld in der „Deutschen Revue" vom Mai 1912. Sie ist uns, mit dickem Rotstift unterstrichen, aus Bremen anonym zugesandt worden. Eine liebenswürdige Unhöflichkeit, die wir jedoch nicht übelnehmen wollen, da sie unsere Sammlung derartiger Dokumente bereichert. In dem Satze, in dem jene Stelle vorkommt, wird zum Ausdruck gebracht, daß es ein politischer Fehler sei, wenn man die Sozialdemokraten aus dem Konkurrenzlande als Zeugen aufruft, wie dies der vom Verfasser widerlegte Engländer C. Barker im Märzheft der „Deutschen Revue" getan haben soll und wie es „die leider gänzlich urteilsunfähigen Pazifisten tun." „Die Sozialdemokraten," so heißt es erläuternd in jenem Artikel, „sind Staatshasser und Staatsstürzler, machen alles an ihrem Staat so schlecht wie möglich, ohne Wahl und Urteil." Ob diese Anschauung nun von so bedeutender Urteilsfähigkeit zeugt, soll hier nicht besonders erörtert werden.

Wir meinen nur, daß es nun doch höchste Zeit wäre, wenn gewisse Kreise ihre so offen zur Schau getragene Geringschätzung des Pazifismus etwas einschränken wollten, zum mindesten in Erörterungen, die dazu bestimmt sind, Ausländern zu Gesicht zu kommen. In Westeuropa und in Amerika nimmt der Pazifismus eine achtunggebietende Stellung ein, und man dient der nationalen Sache nicht, wenn man zeigt, wie witzig man manchmal in Deutschland über ihn denkt. Wir wissen derartige Einfälle richtig einzuschätzen; man kann uns nicht mehr zu Tode witzeln. Aber im Ausland kann man sich durch solche Entgleisungen leicht eine falsche Meinung über den Stand der deutschen Geisteskultur bilden. Das möchten wir gerne vermieden sehen.

Der letzte Brief Frédéric Passys. :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 30. Mai. Nach Schluß der Sitzung des Berner Bureaus begaben sich Prof. Quidde und Dr. Westphal in Begleitung von Gaston Moch nach dem Heim Frédéric Passys, um in dessen Wohnung eine künstlerisch ausgestattete Adresse niederzulegen, die die Deutsche Friedensgesellschaft zum 90. Geburtstage des großen französischen Pazifisten herstellen ließ. Die Erschienenen hatten nicht erwartet, daß sie Passy selbst sehen werden, doch ließ dieser, als er von ihrer Anwesenheit hörte, sie ins Krankenzimmer treten. Am andern Morgen diktierte Passy einen Brief an Gaston Moch, den er mit gänzlich unleserlicher Unterschrift selbst zeichnete. Dieser Brief bezieht sich auf den Besuch der Abgesandten der Deutschen Friedensgesellschaft und dürfte der letzte sein, den Frédéric Passy abgehen ließ. Aus diesem Grunde sei er hier in deutscher Uebersetzung festgehalten. Er lautet:

„Mein lieber Moch! Ich konnte Ihnen kaum, ebensowenig wie den beiden deutschen Delegierten, die Sie begleiteten, die Hand drücken. Aber Sie mußten sehen, mit welchen Empfindungen ich in dem einen von Euch meinen teuren Quidde erkannte, mit dem ich im Jahre 1905 in Luzern den ersten wirklich ehrlichen und loyalen Händedruck zwischen Deutschland und Frankreich gewechselt habe. Sagen Sie ihm, daß ich nicht die Kraft gehabt habe, ihm das zu sagen, und wie sehr ich ihn und seine tapfere Frau, wenn er seinen Aufenthalt verlängert, und ich etwas weniger schlecht mich befinde, wiedersehen möchte. Es sind dies Freunde, die zu den Besten zählen. Frédéric Passy."

Dieser Brief ist ein Beweis, wie klar und lebhaft Frédéric Passy noch wenige Tage vor seinem Tode denken konnte, da ihm die Ereignisse von 1905 noch so deutlich vor Augen standen.

☞

Die Reise um die Welt eines Artikels der Friedens-Warte.

Der in der Mainummer der „Friedens-Warte" enthaltene Artikel des japanischen Staatsmannes Grafen Okuma wurde von dem Berliner Korrespondenten der „New York Times" auszüglich an dieses Blatt telegraphiert und von diesem am 11. Mai veröffentlicht. Das Bureau der Carnegiestiftung sandte den Zeitungsausschnitt aus der „New York Times" ihrem Korrespondenten in Tokio. Dieser veröffentlichte dann den Artikel am 6. Juni im „Japan. Advertiser" und sandte das Blatt an den Grafen Okuma nach dessen Landsitz in Waseda. 49 Tage, nachdem der Artikel von dort als Manuskript abgesandt wurde, nachdem er in deutscher Sprache in Berlin, in englischer in New York und Tokio erschien, kam er so wieder nach Waseda zurück. Am 20. Juni erschien er als Leitartikel in dem in Yokohama erscheinenden „Japan Daily Herald".

Verschiedene Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Baronin Suttner ist am 17. Juni in New York angekommen und wurde am Hafen von dem Sekretär der New York Peace Society, Short, vom zweiten Direktor der Carnegie-Stiftung, Mr. Haskell, von Prof. Richard, von Dr. Felix Adler, dem bekannten Gründer der ethischen Bewegung, von Miß Villard, einer Tochter Lloyd George Garrisons, die in der amerikanischen Friedensbewegung hervorragend tätig ist, begrüßt. Nach der Ankunft fand im Hotel Astor ein kleines Bankett statt, dem Felix Adler präsidierte, und an dem 50 Personen teilnahmen. Die Baronin wurde mit großem Enthusiasmus begrüßt. Sie verließ noch am selben Nachmittag New York, um sich nach Chicago zu begeben. — In den Advisory Council der dritten Division der Carnegie-Stiftung sind neuerdings gewählt worden: Prof. Wilhelm Ostwald in Groß-Bothen, Sanchez de Silvera (Spanier) in Nantes, Eduard Giretti in Bricherasio. — Norman Angell, der Verfasser des hervorragenden Buches „Die große Täuschung", hielt sich Ende Juni einige Zeit in Berlin auf. In der Vereinigung der auswärtigen Presse hielt er einen Vortrag über die Ueberflüssigkeit des Krieges. Fast sämtliche großen Berliner Blätter veröffentlichten Artikel von ihm oder Unterredungen mit ihm, worin Norman Angell seine bekannten Anschauungen über die Widersinnigkeit des modernen Krieges zur Darstellung brachte. — Zwei Tage vor seinem Tode wurde Jacques Novicow das Diplom der Ehrenlegion zugestellt. Es war seine letzte Freude. — Die Anglo-Deutsche Verständigungskonferenz ist auf Ende Oktober vertagt worden.

AUS DER BEWEGUNG

Der XIX. Weltfriedenskongreß. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der XIX. Weltfriedenskongreß wird am 19. September 1912 in der Aula der Genfer Universität eröffnet werden. Die Kommissionen werden sich bereits am Tage vorher vereinigen. Die Tagesordnung ist folgendermaßen festgesetzt worden:

1. Bericht des Bureaus über die Ereignisse des Jahres. Berichterstatter: A. Gobat.
2. Haager Konferenz:
   A. Code für das internationale öffentliche Recht. Berichterstatter: Lafontaine und Arnaud.
   B. Studium der wirklichen Ursachen der seit 1815 stattgehabten Kriege. Berichterstatter: Mechelin.
   C. Wirtschaftliche Sanktionen bei Völkerrechtsverletzungen. Berichterstatter: Léon Bollack.
   D. Die Ausdehnung der Militäraviatik. Berichterstatter: Darby.
3. Bericht der Abrüstungskommission.
4. Internationale Organisation des Pazifismus. Berichterstatter: Gobat.
5. Internationale Organisation der Pressemitteilungen. Berichterstatter: Le Foyer und A. H. Fried.
6. Die Handelseifersucht und die internationalen Beziehungen. Berichterstatter: Yves Guyot.
7. Fremdenhilfe. Berichterstatter: Gaston Moch.
8. Pflichten der Pazifisten eines Landes, das in einen Eroberungskrieg verwickelt ist. Berichterstatter: Lafontaine.
9. Revision des Kongreßreglements.
10. Bericht der Propagandakommission.
11. Bericht der Kommission für internationalen Unterricht.

Die internationale Studentenbewegung in Deutschland.

Die internationalen Studentenvereine des Deutschen Reiches nehmen erfreulicherweise an Zahl zu. Neben den ersten Gründungen in Berlin und Leipzig sind jetzt auch in Göttingen und München solche Vereine ins Leben gerufen worden, und vom 30. Juli bis 1. August wird eine gemeinsame Tagung der vier bestehenden Vereine in Göttingen abgehalten werden. Man wird dort über die weitere Verbreitung der Idee in Deutschland und womöglich auch in Oesterreich beraten und ein einheitliches Programm entwerfen. Geplant ist auch die Gründung eines Verbandes und die Herausgabe eines Jahrbuches. Die bestehenden Vereine haben sich dem Internationalen Studentenbund „Corda fratres" angeschlossen.

Am 27. Juni veranstaltete der Göttinger Internationale Studentenverein einen amerikanischen Abend, den der derzeitige Vorsitzende Dr. George W. Nasmyth aus den Vereinigten Staaten eröffnete. Es sprachen dann noch Prof. Dr. Morsbach über „Bilder aus dem amerikanischen Leben", Frau Dr. Haskell von der Columbia University in New York über „Die amerikanische Frau", cand. phil. Royal A. Porter gab einen historischen Rückblick über „Die amerikanischen Studenten auf deutschen Universitäten" und cand. phil. Edwin Oakford sprach über „Die gegenwärtige innerpolitische Lage in den Vereinigten Staaten". Zum Schluß fand ein geselliges Zusammensein statt, wobei Szenen aus dem amerikanischen Studentenleben vorgeführt wurden und eine Ausstellung amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften zwecks Besichtigung zur Verfügung gestellt wurde.

Für den 11. Juli ist ein japanischer Abend mit einem Vortrag des Roosevelt-Austauschprofessers Dr. Reinsch angekündigt und für den 18. Juli ein deutscher Abend.

Der Münchener Internationale Studentenverein veranstaltete am 1. Juli einen Vortragsabend, an dem Geheimrat Prof.

Dr. Brentano über das Thema „Der internationale Charakter der heutigen Volkswirtschaften" sprach.

Die Friedensbewegung in Japan. :: :: :: :: :: :: :: ::

Eine außerordentliche Tätigkeit auf pazifistischem Gebiete wird in letzter Zeit in Japan entfaltet. Darüber liegen uns mehrfache Mitteilungen vor.

Am 18. Mai wurde der Friedenstag von der japanischen Friedensgesellschaft in Tokio in großartiger Weise begangen. Der Präsident der Gesellschaft, Tofayiro Watase, hielt den Vorsitz. Das Mitglied des Oberhauses S. Ebara sprach die Eröffnungsrede. Ihm folgten Herr K. Inui, Vizepräsident der Great Lake International Society in Detroit in den Vereinigten Staaten, Baron Shibusava, Prof. T. Terao und Baron Sakatani, der ehemalige japanische Finanzminister, jetzige Vizepräsident der Gesellschaft, der auch als Delegierter bei der vorjährigen Vereinigung der wirtschaftlichen Abteilung der Carnegie-Stiftung in Bern anwesend war. Er schilderte die Entwicklung der Weltfriedensbewegung, ging auf die Ausbreitung der Friedensgesellschaften, die Bedeutung der Interparlamentarischen Union, der Haager Konferenzen und des Haager Hofes ein, erwähnte, daß Japan von den Zentren, wo die Friedensbewegung ihren Ausgang nimmt, geographisch ziemlich abseits liegt, daß aber die Entwicklung des Landes es erfordere, die Friedensbewegung auch dort zu fördern. Er ging schlieslich auf die vorjährige Konferenz in Bern ein.

Die Versammlung war, wie uns unser Korrespondent Herr T. Miyaoka in Tokio mitteilt, von über 800 Personen besucht. Die Höhe der Reden und der Enthusiasmus, mit dem sie aufgenommen wurden, bewies, wie sehr die Friedensbewegung in Japan im Laufe des letzten Jahres an Stärke zugenommen hat. Die hervorragendsten Mitglieder der japanischen Friedensgesellschaft versammelten sich nachher zu einem Bankett, wo noch verschiedene Reden gehalten wurden. So von Baron Sakatani, Herrn Gilbert Bowles und anderen. Am selben Tage fand noch eine Versammlung der englisch sprechenden Friedensgesellschaft statt, die im November 1911 von Dr. John Wesley Hill begründet wurde.

Bei der Versammlung der letztgenannten Gesellschaft wurde ein Bulletin ausgegeben, in dem die verschiedenen pazifistischen Ereignisse des letzten Jahres geschildert werden. Es wird darin der Agitationsreisen, die Prof. Starr Jordan, Hamilton Holt und Dr. John Wesly Hill im letzten Jahre in Japan unternommen haben, gedacht.

Es liegt uns ferner die Sonntagsbeilage der in Tokio erscheinenden Zeitung „Osaka Asahi Shimbun" vom 2. Juni d. J. vor, die nach der beigelegten Uebersetzung des Inhalts und den erkennbaren Bildern ganz der Friedensbewegung gewidmet ist. Die Nummer enthält die Porträts von Dr. Eliot und Carnegie und eine Abbildung des Haager Friedenspalastes. Die Artikel sind von Baron Sakatani über „Die Industrie- und Handelswelt und der Friede", von dem Bürgermeister von Osaka, Uyemura, Präsidenten der Osaka Ortsgruppe der Japanischen Friedensgesellschaft, über „Die Internationale Friedensbewegung". Ein anonymer Beitrag handelt über „Die Geschichte der Friedensbewegung in Europa und Amerika", ein Artikel von N. Kato, dem Sekretär der Osaka-Ortsgruppe, über Norman Angells Buch „Die große Täuschung", ferner ein Artikel über die Heer- und Flottenausgaben der großen Mächte. Der „Osaka Asahi Shimbun" ist eine der beiden am meisten verbreitetsten Zeitungen in Japan.

Gegenwärtig weilt als Delegierter der dritten Division der Carnegie-Stiftung Dr. Eliot, der frühere Präsident der Harvard-Universität, in Japan. Dr. Eliot macht eine Rundreise durch das ganze Land und nimmt mit den hervorragendsten Persönlichkeiten Fühlung. Er wurde vom Kaiser in Audienz empfangen und war Gast des Ministers des Aeußeren, Viscount Uchida. Prof. Eliot wird auch die Universitäten des Landes besuchen und mit den Gelehrtenkreisen in Verbindung treten.

Am 6. Juli begab sich Prinz Katsura, ein Mitglied des Kaiserhauses, auf dem Landwege nach Europa, um verschiedene Staaten des alten Erdteils zu besuchen. Der Prinz wird auch nach Deutschland und Oesterreich kommen. Prinz Katsura hat in Deutschland studiert und beherrscht die deutsche Sprache. Als Premierminister unterzeichnete er im Jahre 1902 die anglo-japanische Allianz. Es wird vermutet, daß die Reise des Prinzen einer friedlichen Regelung der chinesischen Angelegenheiten gilt.

Pazifistisches Kongreß-Kalendarium. :: :: :: :: :: :: ::

14. bis 15. Juli. Schwedischer nationaler Friedenskongreß in Arvika.

16. bis 17. Juli. Skandinavischer Friedenskongreß in Stockholm.

11. bis 18. August. VIII. Esperantisten-Kongreß in Krakau.

22. bis 27. August. II. Kongreß für moralische Erziehung im Haag.

24. bis 28. August. Kongreß des Institut de Droit international in Christiania.

18. bis 20. Sept. XIII. Interparlamentarische Konferenz in Genf.

23. bis 27. Sept. XIX. Weltfriedenskongreß in Genf.

24. bis 28. Sept. Int. Handelskammerkongreß in Boston.

Okt. V. Deutscher nationaler Friedenskongreß in Berlin.

30. bis 31. Oktober. Deutsch-englische Verständigungskonferenz in London.

LITERATUR U. PRESSE

Der II. Teil
des „Handbuchs der Friedensbewegung“
von
Alfred H. Fried
erscheint im Herbst 1912.

Probleme der Weltwirtschaft. — Schriften des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms. VI. B. Harms, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Versuch der Begründung einer Weltwirtschaftslehre. 4°. Jena 1912. Gustav Fischer. XV u. 495 S. mit zwei lithograph. Tafeln.

Das vorliegende Werk erscheint geradezu wie eine Ergänzung zu dem an anderer Stelle dieser Nummer des näheren geschilderten Werkes von Walther Schücking. Gibt uns dieser die Beweisführung des bereits vorhandenen Staatenbundes an der Hand der internationalen Rechtsentwicklung, so führt uns Harms die ungeheure Entwicklung der wirtschaftlichen Internationalität in einem magistralen Werke vor Augen. Er wird das Verdienst für sich in Anspruch nehmen können, die Nationalökonomie zur Weltökonomie hinübergeleitet zu haben. Und auch hier ist es erfreulich festzustellen, daß diese Gelehrtenarbeit ihr Material zum Teil aus den Vorarbeiten der Friedensbewegung übernimmt. Bei der Besprechung der Entwicklung der internationalen Organisation bezeichnet er es als ein Glück, daß die Materialsammlung auf diesem Gebiete neuerdings in die Hand genommen worden ist. „Nicht freilich von einer eigentlich wissenschaftlichen Zentralstelle aus, sondern durch die in Deutschland immer noch einigermaßen scheel angesehene Friedensbewegung. Mag man über diese urteilen wie immer — eine ungewöhnlich rührige Tätigkeit darf ihr nicht abgesprochen werden — eine Tätigkeit nicht bloß propagandistischer Art, sondern darüber hinaus von großer wissenschaftlicher Bedeutung.“

Für die Wissenschaft vom Internationalismus, auf der sich eine moderne Friedensbewegung aufbaut, ist durch Harms großes Werk neues reichliches Material geschaffen worden, und wir begrüßen es mit großer Freude, daß endlich auch die deutsche Wissenschaft dazu gelangt, auf diesem Gebiete fortzuarbeiten und dabei den Pazifismus als anregende Kraft anzuerkennen. Nach den Völkerrechtsgelehrten die Wirtschaftspolitiker! So schließt sich der Kreis gegen den Krieg.

Havelock Ellis, Rassenhygiene und Volksgesundheit. Deutsche Originalausgabe veranstaltet unter Mitwirkung von Dr. Hans Kurella. 8°. Würzburg 1912. Verlag von Kurt Kabitzsch. XVI u. 460 S. 5,50 M.

Sagten wir oben: Nach den Völkerrechtsgelehrten die Wirtschaftspolitiker, so können wir hinzufügen: nach den Wirtschaftspolitikern die Biologen. Havelock Ellis' ausgezeichnetes Buch beginnt mit den Worten: „Kriege, Verbrechen, Krankheiten — die Menschen davon zu befreien, halte ich für die Aufgaben einer vollkommenen Hygiene.“ Diese Worte, mit denen der Herausgeber sein Vorwort beginnt, charakterisieren den Inhalt dieses Buches, dessen Schlußkapitel „Der Kampf gegen den Krieg“ betitelt ist. Auch dieser Gelehrte bezieht sich auf die Arbeit der Pazifisten und wir finden Hinweise auf Norman Angell, Novicow, Starr Jordan und andere. Die großen Kräfte, die gegen den Krieg ankämpfen, klassifiziert der Verfasser in sieben Gruppen. Als erste erscheint ihm die Entstehung der internationalen öffentlichen Meinung; als zweite dieser Kräfte die internationale finanzielle Entwicklung, worin er sich ganz den Anschauungen Norman Angells anschließt. Die dritte Kraft bezeichnet er als die Abnahme des Druckes steigender Volkszahl (über die Bedeutung der sinkenden Geburtenziffer ist in dem vorliegenden Buche ein ausführliches Kapitel enthalten). In der vierten Gruppe schildert Ellis die natürliche Erschöpfung des kriegerischen Geistes, wobei er Novicow und Starr Jordan folgt. „Es ist wahr,“ sagt er darin, „daß Krieg mit einer hohen Zivilisation unvereinbar ist und schließlich außer Gebrauch kommen muß.“ In der fünften Gruppe wird die Zunahme der antimilitaristischen Gesinnung erörtert und in der sechsten das Uebermaß der Rüstungen, das ihm „als ein Luxus erscheint, den der wachsende Reichtum in den modernen Staaten möglich gemacht hat. Schließlich schildert er in der siebenten Gruppe das Vordringen der Sozialreform als dem Krieg entgegenwirkende Kraft.

Wir können auf das Werk von Havelock Ellis nicht nachdrücklich genug hinweisen. Es ist ein prachtvolles Kampfbuch für unsere Bewegung, die daraus viel Vorteile schöpfen wird.

Internationale Verständigung. Heft 2/3. Rudolf Goldscheid, Friedensbewegung und Menschenökonomie. 8°. Berlin. Verlag der „Friedens-Warte“, 64 S. M. 1,—.

Nach den Völkerrechtsgelehrten, den Wirtschaftspolitikern, den Biologen der Soziologe. Keine Wissenschaft ist geeigneter, sich den Pazifismus zur Grundlage zu nehmen, als die Soziologie, in deren Bereich die Lehre von der Friedensorganisation hineingehört. In der ausgezeichneten Schrift von Rudolf Goldscheid, auf die bereits im Leitartikel dieser Nummer hingewiesen wird, finden sich ganz neue Gesichtspunkte für die pazifistische Propaganda. Goldscheid setzt der Güterökonomie, mit der wir uns bisher nur zu einseitig befaßt haben, die Menschenökonomie zur Seite, deren unermeßliche Bedeutung er klarlegt. Während unser heutiges internationales System das ärgste an Menschenvergeudung leistet, weist Goldscheid den ungeheuren Wert des Menschenlebens für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Menschheit nach. Glänzend führt er aus, wie unser gesamtes Rüstungswesen die Menschheitspflege unterdrückt und so jede Kanone, jedes Panzerschiff das Aequivalent für eine bestimmte Summe geopferter Menschenleben darstellt. Er spricht von dem Schlachtfeld des bewaffneten Friedens, „das nur nicht so anschaulich in die Augen fällt wie die Schädelstätte des Krieges.“

Auch Goldscheid baut seine Schrift auf den Lehren des modernen Pazifismus auf, und seine Schrift ist uns ein weiteres Triumphzeichen unserer Arbeit.

Sven Hedin, Ein Warnungsruf. 8°. Leipzig. F. A. Brockhaus. 1912. 48 S. 50 Pfg.

Der berühmte Forschungsreisende ist mit dieser Schrift, die in Schweden in einer Million Exemplare verbreitet wurde, als Rüstungsfanatiker hervorgetreten. Er macht seinen Landsleuten Angst vor einer angeblichen „russischen Gefahr" und prophezeit ihnen das Schicksal der Finnen, wenn sie nicht sofort ihre Wehr verstärken und Schiffe bauen. Sven Hedin arbeitet dabei mit den drastischsten Mitteln. Er schildert, wie es in einer eroberten Stadt aussieht, wie das Kriegsgericht wütet, die Bürger nach kurzem Prozeß aufgehängt werden, das Privateigentum geraubt, die Staatsarchive „durchschnüffelt" werden, kurz, er schildert uns, wie es den dummen Menschen gehen wird, wenn sie an den Frieden glauben, an „Haag, die Friedenskongresse, die Friedenspropaganda". Und er weist nach, daß Rußland über Schweden herfallen muß, denn es sucht konsequent den Weg nach dem Atlantischen Ozean. — Ein neues Schlagwort zur Verteidigung der Kriege. „Vorherrschaft auf dem Stillen Ozean", „Vorherrschaft im Mittelmeer", „Vorherrschaft auf der Adria", „Sichrung des Seeweges nach da und dorthin", „das Testament Peters des Großen" und nun „der Weg nach dem Atlantik". Man kann mit Worten nämlich alles beweisen und davon machen unsere Rüstungsapostel nur zu ausgiebigen Gebrauch. Sie haben ja leider alle scheinbar recht. Denn es besteht für jedes Land eine Gefahr; zwar keine russische oder deutsche oder italienische, sondern einfach die gemeinsame europäische Gefahr. Alle Staaten sind bedroht, und alle Staaten bedrohen einander, indem sie sich zu schützen suchen. Je mehr sie sich zu schützen suchen, um so mehr bedrohen sie andere, um so mehr setzen sie sich der Gefahr aus, von diesen anderen wieder bedroht zu werden.

Sven Hedin meint, Schweden müßte eine Flotte haben, um sich gegen Rußland zu schützen. Ja, übersieht er denn, daß Rußland in der schwedischen Flotte auch eine Gefahr erblickt und sich veranlaßt sehen wird, diese Gefahr zu parieren, oder Abwehrmittel zu schaffen, die Schweden mehr wie bisher bedrohen werden? Er ist gut gemeint, dieser Warnruf eines Schweden, er kommt sicher aus einem patriotisch gesinnten Herzen; aber der Kopf hat den Gedanken nicht zu Ende gedacht. Die Rüstungen, die Sven Hedin wünscht, werden die „russische Gefahr" nicht beseitigen, sondern immer stärker werden lassen.

Und so bildet sich Sven Hedin, wie jeder Rüstungsfanatiker, auch ein, durch Rüstungen den Krieg zu vermeiden. Welcher Irrtum. Schweden wird, wenn es diesen Rat befolgt, sich sofort an dem Krieg beteiligen. Der moderne Krieg wird nicht mehr immer so plump geführt, daß unter allen Umständen losgeschlagen wird. Es gibt trockene Kriege mit unsichtbaren Opfern. Und diese Art Kriege führt jetzt ganz Europa seit Jahrzehnten. Es ist der latente Krieg mittels der Zahl, die in den Rüstungen ausgedrückt und wechselseitig überboten wird. Jedes Kriegsinstrument mehr, kostet Menschenleben, weil es die Mittel zur physischen und geistigen Entwicklung des Volkes schwächt. Die Kanonen schießen nicht, töten aber doch; zerstören doch Gutes, vernichten doch Arbeit. Ihr wollt Schweden die Flotte geben, um den Krieg zu verhüten; Ihr gebt ihm damit den Krieg; denn jede Rüstung ist eine kriegerische Handlung. Bis jetzt rühmt man Schweden als das Märchenland in sozialer und hygienischer Beziehung, mit der geringsten Kindersterblichkeit, hohem Durchschnittsalter, geringen Tuberkulosefällen usw. Baut nur Schiffe! Ihr werdet sie nicht bloß mit Euren gesammelten Kronen bezahlen, sondern mit erhöhter Kindersterblichkeit, verringertem Durchschnittsalter, vermehrten Tuberkulosefällen usw.

Statt aber der Friedensbewegung zu spotten, hätte Sven Hedin die Wucht seines Weltrufes für das aufstrebende Werk der Weltorganisation einsetzen sollen, hätte er gegen die „europäische Gefahr" die Geister aller Länder mobil machen sollen, und er würde damit seinem Vaterlande mehr gedient haben als mit dem trostlosen Verzweiflungsruf nach bewaffnetem Ruin.

A. H. F.

Internationale Verständigung. H. 6. Bertha von Suttner. Die Barbarisierung der Luft. 8°. Berlin. Verlag der Friedens-Warte 1912. 32 S. 50 Pfg.

„Daß die sogenannten Vorzüge und Vorteile der Kampfmittel sich immer gegenseitig aufheben und nur der beiderseitige größere Schaden bleibt, das wird bei den Anpreisungen der „verbesserten" Methoden und Werkzeuge stets vergessen." Das ist ein Satz aus dieser neuen Schrift der Baronin Suttner, die sich als eine interessante Analyse der Rüstungspsychologie darstellt; insbesondere jener Psyche, die sich jetzt im Luftkriegtraume ergeht und die zu einer „Barbarisierung der Luft" führt. Bertha von Suttner sendet mit dieser Schrift einen flammenden Protest gegen diese neue Gefährdung unsrer Kultur in die Welt. Am Schlusse der Schrift, die von den Friedensgesellschaften in Massen verbreitet werden sollte, befindet sich folgender „Aufruf":

„Angesichts der ruinierenden Kosten, der die Kultur bedrohenden Gefahren und der das Kulturgewissen verletzenden Greuel, die die Ausdehnung des Krieges auf die neu eroberten Lufthöhen enthalten, protestieren wir gegen die jetzt so allgemein einsetzende Agitation zugunsten armierter Luftflotten;

protestieren besonders heftig gegen das um Tripolis schon in die Praxis eingeführte Bombenschleudern aus Aeroplanen, wobei sogar Lazarette getroffen werden können;

und richten an die Vertreter und Lenker der Völker die eindringliche Bitte, so bald als tunlich — womöglich noch vor der nächsten Haager Konferenz — eine Vereinbarung zwischen den Mächten herbeizuführen zwecks Erneuerung des auf der ersten Haager Konferenz auf die Dauer von fünf Jahren eingeführten Verbotes, von Luftschiffen Sprengstoffe herabzuschleudern.

Im Namen der Vernunft und der Barmherzigkeit, im Namen des menschlichen Genius, dessen stolze letzte Errungenschaft den Ausblick in eine höhere Zivilisationsepoche eröffneten, im Namen Gottes (ein Name, mit welchem jeder, wes Glaubens oder

Nichtglaubens er sei, das Erhabenste und Edelste umfaßt, zu dem er aufblickt), sei dieses Verlangen vorgebracht."

Dr. Georg Grosch, Der Zwang im Völkerrecht, mit besonderer Berücksichtigung des völkerrechtlichen Vertragsrechtes. Breslau, M. & H. Marcus, 1912, 27. Heft der „Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht". 150 S., Preis 5 M.

Die vorliegende wertvolle Studie soll hier nur so weit besprochen werden, als sie für den Pazifismus von Interesse ist. Der Autor steht der Friedensbewegung äußerst sympathisch gegenüber und stellt auf S. 106 sogar eine besondere Monographie über die Theoretiker der Weltfriedensbewegung in Aussicht. Nach der Meinung von Grosch ist jeder Krieg ein Zwangsmittel zur Realisierung des Rechts. Der kriegführende Staat handelt demnach in einem Kriege als Rechtsorgan der Staatengemeinschaft. Der Staat ist allgemeines Rechtsorgan; er lebt und webt sozusagen im Recht, wie er im innern Recht übt, so tut er es auch nach außen hin, im Verhältnis zu anderen Staaten. Jeder Krieg ist danach ein Rechtsmittel.

Ich kann mich des Verfassers Ausführungen nicht anschließen. Denn diese theoretische Konstruktion steht doch mit der Wirklichkeit in allzu scharfem Widerspruch. Der Krieg ist in der Mehrzahl der Fälle und wenigstens auf seiten des Angreifers nichts weiter als brutale Gewalt, mit deren Vorhandensein in der Gegenwart nun einmal gerechnet werden muß.

Interessant ist jedoch, daß der Verfasser in Betracht zieht, wie oftmals der einzelne Staat wegen seiner Schwäche nicht imstande ist, das Recht zu schützen und als Rechtsorgan des Völkerrechts zu wirken. Deshalb befürwortet er eine Staatenorganisation, in der „einer für alle und alle für einen" eintreten.

Der Autor hat seine Ansicht in sehr geschickter Weise entwickelt, und man liest seine Schrift nicht nur mit Sympathie, sondern auch mit gespanntem Interesse. Ich selbst bin der Meinung, daß die Völkerrechtsentwicklung nicht auf die Begründung einer internationalen Polizeigewalt hinauslaufen wird, sondern daß die Staaten als denkbar höchststehende Rechtssubjekte einmal auch ohne Zwang rein rechtlich handeln werden. Werden nicht schon heute die unzähligen internationalen Verträge, die nicht die Lebensinteressen der Staaten berühren, treu gehalten? Es wird eine Zeit kommen, da alle Verträge in dieser Weise erfüllt werden, sobald nämlich die gesamte Welt richtig aufgeteilt und eine Ordnung gefunden ist, innerhalb deren jeder Staat seine Ziele vollkommen zu erfüllen vermag. Diese Zeit ist nicht mehr allzu fern. Sie liegt für die europäischen Großmächte bereits in nächster Nähe. Für mich ist daher das Völkerrecht grundsätzlich das am höchsten entwickelte Recht, das ohne Zwangsgewalt bestehen kann.

Es wird das bleibende Verdienst der bedeutsamen Schrift von Grosch sein, das Problem einer internationalen Polizeigewalt neuerdings wissenschaftlich beleuchtet zu haben. Wie erfreulich, daß die Professoren Fleischmann und Brie die Arbeit in ihre treffliche Sammlung aufgenommen haben, zumal Grosch mit einem begeisterten Plädoyer für den Pazifismus schließt.

Wehberg.

Dr. Stoil K. Stoiloff, Die internationale Schiedssprechung, Berlin, Emil Ebering, 1912.

Die vorliegende Arbeit enthält zwar manche guten Gedanken, entspricht aber doch im ganzen nicht den Anforderungen, die man an eine 182 Seiten starke Darstellung der Schiedsgerichtsbarkeit stellen müßte. Manches ist sehr verworren; so erwähnt der Verfasser bei der Vorgeschichte des Haager Schiedshofes mit keinem Worte das Projekt der Interparlamentarischen Union, betont aber Loewenthals Bemühungen in einer unendlich übertriebenen Weise. Dem Prinzipe der Schiedsgerichtsbarkeit steht Stoiloff sympathisch gegenüber. Wehberg.

Gustaf Janson: Lügen, Geschichten vom Kriege. Autorisierte Uebersetzung von A. Lütjohann, Verlag von Georg Merseburger, Leipzig 1912.

Ein guter Kenner der italienischen Volksseele hat unlängst geäußert: „Der Deutsche verachtet den Betrüger, der Italiener den Betrogenen." Das Verhalten der italienischen Regierung und Volksmenge den überfallenen Türken gegenüber, das naiv-militaristische, den Krieg verteidigende Geschreibsel des Mailänder Rechtsanwalts Diotallevi, das unter Zustimmung des greisen Moneta gefertigt wurde, und viele andere trübe Erfahrungen des letzten Halbjahres lassen jenen Ausspruch leider nur immer berechtigter erscheinen.

Zu der großzügigen Propaganda, die dieser frevelhafte Raubkrieg für die Friedensidee macht, gesellt sich nunmehr ein umfangreiches Werk des nordischen Autors Gustaf Janson, der uns in sieben Novellen die entsetzlich krassen „Lügen" dieses von langer Hand vorbereiteten Ueberfalles an drastischen und oftmals erschütternden Beispielen in kunstgeübter Darstellung vor Augen führt. Bertha v. Suttner faßte nach der Lektüre ihr Urteil dahin zusammen: „Für den Leser bedeuten Jansons „Lügen" einen ästhetischen Genuß, für die Weltliteratur eine Zierde, für die Friedensbewegung einen Haupttreffer!" Das Kernstück bildet die vorletzte, titelgebende Novelle, in der wir mit tiefster Anteilnahme die Schicksale eines berühmten italienischen Archäologen verfolgen, der, durch den Kriegsausbruch von seiner Wirkungsstätte vertrieben, heimgekehrt die stichhaltigen Gründe des Losschlagens zu erfahren sucht und immer nur auf die Antwort stößt: „Die Türkei hat weder etwas begangen, noch etwas unterlassen. Aber die Hohe Pforte hat eben eine Provinz, die wir gebrauchen können, das ist die ganze Sache. . ." Dabei sieht er kurz danach, bei einem Gange durch die Campagna mit ihrem Malaria-Elend, wie hier, einige Kilometer vor den Toren der Hauptstadt, die Einwohner unter Verhältnissen leben, die schlechter sind als die eines afrikanischen Negerdorfes. „Das Land hatte kein Geld, um die verräterische Krankheit von den Toren der Hauptstadt fernzuhalten, aber zu einem Raubzug waren die Mittel vorhanden. Die vormals reiche Ebene konnte nicht wieder angebaut werden, die dafür nötigen Summen mußten ganz einfach für Kriegsschiffe verwandt werden."

Wie dann der Gelehrte selbst in den Krieg zieht, um dessen Wesen zu ergründen, und was ihm auf dem „Felde der Ehre" begegnet, das soll hier, um die Spannung des Lesers nicht vorzeitig abzuschwächen, nicht weiter erörtert werden. Es genüge der Hinweis, daß diese etwa 80 Seiten starke Meisternovelle, die ein wahres Arsenal gegen diesen wie jeden anderen Krieg darstellt, allein schon die Anschaffung des Buches reichlich verlohnt.

Doch auch alle übrigen Erzählungen und Skizzen des wertvollen Bandes zeigen uns, von Einzelschicksalen zu allgemeiner Wertung übergehend, die grandiose Unvernunft, Scheußlichkeit und Zwecklosigkeit des modernen Krieges; ich nenne nur noch kurz das tief schürfende Seelengemälde „Der Anarchist", die unsere ganze Empörung aufpeitschende Skizze „Fieber", und den satirischen „Zukunftstraum" von dem Bomben werfenden und deshalb „der Vollkommenheit sich nähernden" Luftschiffer. Auf kurzem Raum kann man die Weltbedeutung dieses Buches natürlich auch nicht einmal andeutend erschöpfen. C. L. Siemering.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

La Vie Internationale. Revue mensuelle des Idées, des faits et des Organismes internationaux. Heft 2. Bruxelles. Office central des Association Internationales. Inhalt: K. Wang-Mou-Tao. Conséquences politiques mondiales de la Révolution Chinoise. — Cte Eugène de Changy L'Union Economique Internationale et la Conférence de Bruxelles. — Union Interparlementaire. — Notices: L'Exposition Panama-Pacifique et la Paix Universelle; — Le Pacifisme comme Science; — Académie de Droit International; — Prochaine Conférence de la Paix; — Navigation Aérienne. — Faits et Documents. — Réunions Internationales. — Calendrier des Réunions Internationales. — L'Union des Associations Internationales. Compte rendu de la réunion de la Commission internationale des 15—16 avril 1912.

Dr. Rafael Erich, Das Staatsrecht des Großfürstentums Finnland. Das öffentliche Recht der Gegenwart, Band 18. Gr. 8°. Tübingen, 1912. Verlag von J. B. Mohr, 243 S.

R. Charmatz, Geschichte der auswärtigen Politik Oesterreichs im 19. Jahrhundert. I. Aus Natur und Geistesleben, Band 374. 8°. Leipzig, 1912. Verlag von G. B. Teubner. 132 S. Geb. 1,25 M.

Deutscher Geschichtskalender für 1912. Drittes Heft, März. 8°. Leipzig, 1912. Verlag von Felix Meiner. 229 S. 1,35 M.

Adolf Saager, Die Kulturmission der Reklame. 8°. „Die Brücke." München, 1912. Fr. Seybolds Buchhandlung, Ansbach, 23 S.

Dr. Heinrich Rheinstrom, Das Mahnverfahren in den Prozeßrechten Europas. Sonderabdruck aus dem Jahrbuch für den internationalen Rechtsverkehr. 8°. München, 1912. Verlag Eugen Rentsch. 18 S.

American Association for International Conciliation, New York. Theodore Marburg, Philosophy of the Third American Peace Congreß. May, 1912. 8°. 30 S.

The American Peace Society of Japan. Tokio. Bulletin Nr. 4. April 1912. 8°. 19 S.

Diana Agabeg Apcar, The Peace Problem. 8°. Yokohama, 1912. „Japan Gazette" Press. 131 S.

S. J. Visser, L'Influence sociale du culte. 8°. Bruxelles, 1905. P. Weißenbruch Editeur, 43 S.

Berichte über die beiden ersten, zu Paris 1911 und zu Berlin 1912 veranstalteten Tagungen des „Conseil de l'Association Internationale des Sociétés Chimiques. 8°. „Die Brücke." 46 S.

Siegmund Münz, Balkan-Herrscher und Staatsmänner. Erinnerungen und Begegnungen. Aufzeichnungen über eine Reise auf Sir Max Wächters Yacht „Rovenska". 8°. Wien und Leipzig. Deutsch-österreichischer Verlag. 1912. 347 S.

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

H. W. Erst nach Vollendung meines Buches über das Problem eines internationalen Gerichtshofes kam mir der kleine Artikel in Nr. 1 des „American Journal" (1912) über die Frage: „Was the award in the North Atlantic Fisheries case a compromise?" vor Augen. Lammasch erläutert hier seine Behauptung, daß das Urteil im Neufundlandstreite Elemente eines Vergleiches enthalten habe. Er protestiert gegen die Auffassung, die Scott, Lansing und Dennis diesen Worten gegeben haben, als sie schrieben, das Urteil des Neufundlandschiedsgerichts sei nach der eigenen Darstellung des Oberrichters kompromißartiger Natur gewesen. Lammasch führt aus, man habe den gesamten Prozeß rein rechtlich entschieden, und es seien lediglich bei der Beantwortung der fünften Frage von dem Schiedsgerichte Empfehlungen für die zukünftige Regelung der Streitpunkte gegeben worden; das sei etwas ganz anderes, als die genannten Autoren behauptet hätten. Eine treffliche Beleuchtung erhält dieser Aufsatz durch den Artikel „Judicial determination in recent international awards", den Elder, Agent im Neufundlandprozesse, auf S. 183—196 der Protokolle der zweiten Jahresversammlung der „American Society for judicial settlement of international disputes" (1911) veröffentlicht. Elder gibt sich alle Mühe, den Nachweis zu erbringen, daß die Urteile des Haager ständigen Schiedshofes nicht kompromißartiger Natur gewesen sind. Auch die Entscheidung des Neufundlandschiedsgerichts ist nach seiner Meinung streng rechtlich gewesen. Außer dem erwähnten Briefe von Lammasch gibt er zwei weitere Aeußerungen der amerikanischen Richter Gray und Fitzpatrick wieder, die sich in demselben Sinne wie Lammasch aussprechen. Auch diese Versuche, den Haager Schiedshof zu verteidigen, werden auf die Dauer ohne Erfolg sein. Die mir verspätet zu Gesicht gekommene Schrift von Politis „the work of the Hague Court" (1911) erkennt ebenfalls die kompromißartige Natur der Haager Entscheidungen, insbesondere des Neufundlandurteils, an, und Politis ist ein so überaus sachverständiger und unparteiischer Beurteiler, daß seine Aeußerung schwerer wiegt als die von Elder.

Von der Brüsseler Revue „La Vie Internationale“ liegt nun bereits die zweite Nummer vor. Auch in ihr tritt das große Geschick des leitenden Redakteurs, Baron v. Staël-Holstein, deutlich hervor. Es wird darin u. a. vom Unterzeichneten die Schaffung einer streng wissenschaftlichen pazifistischen Revue beantragt. Dieser Gedanke dürfte wertvoller sein als der von Mitgliedern des Verwaltungsrats des europäischen Zweiges der Carnegiestiftung gemachte, eine neue völkerrechtliche Revue für Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu schaffen. Ich verstehe nicht, wie diese letzte Idee überhaupt ernsthaft diskutiert werden kann. Wir haben in Deutschland bereits zwei gute Zeitschriften für internationales öffentliches und privates Recht, die von Niemeyer und Kohler herausgegeben werden. Mit ihnen darf der deutsche Pazifismus um so mehr zufrieden sein, als Kohler und Niemeyer ideal fortschrittlich gesinnte Professoren sind. Wenn nun trotzdem die Gründung einer absolut überflüssigen, neuen Zeitschrift für Völkerrecht vorgeschlagen wird, so muß dieser Anregung schon deswegen entgegengetreten werden, weil nicht gewiß ist, ob die neue Revue dem Pazifismus in Deutschland mehr schaden oder mehr nützen wird. Von einer unter der ständigen Mitarbeiterschaft reaktionärer Elemente herausgegebenen Völkerrechtszeitschrift kann für die Entwicklung des Pazifismus in Deutschland nichts erwartet werden. Vgl. zu dem Plane einer neuen deutschen Völkerrechtszeitschrift die Ausführungen auf S. 375 ff. von „La Paix par le Droit“, die in demselben Hefte (Nr. 11) auch eine besonders ausführliche Würdigung Passys bringt.

Die Idee einer internationalen Polizeimacht findet in Holland immer mehr Sympathie. Die außerordentlich angesehene, in Amsterdam erscheinende Monatsschrift „De Gids“ bringt in ihrem Junihefte schon wieder einen langen Artikel über die Notwendigkeit einer solchen Institution aus der Feder von Dr. van Suchtelen. Der Artikel beleuchtet in interessanter Weise verschiedene Einwände gegen die Idee. Daß aber eine internationale Exekutivgewalt auch Bedenken erregt, zeigt eine Zuschrift im Junihefte von „Vreede door Recht“. Der Verfasser bringt namentlich zum Ausdruck, daß eine internationale Polizeimacht unbedingt von solcher Kraft sein müsse, um die Flotte z. B. Englands zu vernichten. Ich möchte wünschen, daß die Idee einer Polizeimacht einmal vom völkerrechtlichen und politischen Standpunkte aus einer eingehenderen Untersuchung unterzogen würde.

Die „Friedensbewegung“ bringt in Nr. 11 einen Artikel über ihre Existenzberechtigung. Indem dort der Unterschied zwischen den nationalen Friedensorganen und der „Friedensbewegung“ nachzuweisen versucht wird, sagt die Redaktion: die nationalen Organe geben gewissermaßen die Tagesneuigkeiten; wolle die „Friedensbewegung“ diesen Berichten ihre Spalten widmen, so würde das ins Uferlose führen; die „Friedensbewegung“ stelle sich vielmehr die Aufgabe, „die großen Kundgebungen für den Weltfrieden zu verfolgen — — — im gegebenen Augenblicke besonders aktuelle Friedensfragen zu behandeln, kurz, die Friedensbewegung und alles, was damit zusammenhängt, zu studieren, und der Auslese der Gebildeten aller Länder zu zeigen, daß der Pazifismus immer mehr an Bedeutung gewinnt — — —“. Weiter wird betont, daß die „Friedensbewegung“ vermöge ihrer besonderen Verbreitung eine alle anderen Fachzeitschriften übertreffende Bedeutung für die Friedenspropaganda habe.

Die Rechtfertigung der bisherigen Redaktion der „Friedensbewegung“ ist verfehlt. Worin zunächst der wirklich bedeutsame Unterschied zwischen der Darstellung der Tagesneuigkeiten (die angeblich insbesondere von den nationalen Organen verarbeitet werden) und der Darstellung der großen Kundgebungen und aktuellen Friedensfragen (die angeblich von der „Friedensbewegung“ veröffentlicht werden) bestehen soll, ist mir nicht klar. Es muß doch einleuchten, daß das, was sich die „Friedensbewegung“ zur Hauptaufgabe gesetzt hat, von den meisten nationalen Organen bereits in einer überaus bedeutsameren Weise als von der „Friedensbewegung“ erfüllt wird. Indem nämlich die nationalen Organe die Tagesneuigkeiten schildern, bringen sie diese mit der großen Entwicklungslinie des Pazifismus in Zusammenhang. Da sie ferner die großen Tagesereignisse auch vom Standpunkte des eigenen Vaterlandes aus behandeln, sind sie unendlich besser zur Propaganda geeignet als eine auf rein internationaler Grundlage redigierte Revue. Die Zeitschrift des Berner Bureaus muß daher, will sie überhaupt Existenzberechtigung haben, ganz davon absehen, Propaganda zu treiben, sondern eine wahrhaft wissenschaftliche Revue wie „La Vie Internationale“ werden, die den Regierungen gegenüber als offizielles Organ des Pazifismus auftritt, und sowohl umfangreiche, wissenschaftlich gehaltene Artikel als auch die bleibenden Dokumente der Friedensbewegung wiederbringt. Es muß der Erwartung Ausdruck verliehen werden, daß diese Forderung zur Geltung gelangt.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Völkerfriede (Eßlingen). Juni. (Otto Umfrid), Rede zur deutsch-englischen Verständigung. — A. Bürck, Die deutsch-englische Krisis im Sommer 1911. — T. Ruyssen, Die Stimmung in Frankreich und der Pazifismus. — Was England sagt. — C. L. Sienwinz, Zwei Tote in Skandinavien.

Der Friede (Bern). Juni. G.-C., Ein neues Kampfmittel des Pazifismus. — Siegfried Krummenmacher, Friedensverein und Christentum. — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). Nr. 11. † Frédéric Passy. — Albert Gobat, † Jakob Novicow. — Albert Gobat, Zusammenkunft am Mohonk-See. — Nich. Murray Butler, Die internationale Gesinnung. — usw.

La Paix par le Droit (Paris). Nr. 11. — Berthe de Suttner, Jaques Dumas, J. Prudhommeaux, Th. Ruyssen, Gabriel Séailles: Frédéric Passy. — Lettre de Frédéric Passy à l'occasion de son Jubilé. — J. P., Les Réunions du Bureau Européen de la Dotation Carnegie. — usw.

Etats-Unis d'Europe (Bern). Juni. † Frédéric Passy. Discours de M. Charles Richet. — J. T., Féminisme et Pacifisme. — Jean Pélissier, Le sentiment pacifiste en Hongrie. — usw.

The Arbitrator (London). June. Rich. D. Holt, M. P., Capture of private property at sea. — Robert G. Ingersoll, Napoleon. — International Trade and Peace. — Mr. Balfour and Anglo-German relations. — usw.

Concord (London). June. J. F. G., Passy. — Ders., Novicow: Felix Moscheles, About killing. — C. E. Maurice, „All sorts and conditions." — William Heaford, International Notes. — Edward G. Smith, Apprenticeship plus Conscription. — usw.

Advocate of Peace (Washington). June. — William J. Hull Proposed Program for the Third Hague Conference. — Jackson H. Ralston, War not inevitable. — Charles E. Beals, Chicago Office and field Secretaryship. — William H. Short, The New York Peace Society. — usw.

National Peace Council (London). June. Monthly Circular. Supplement: Report of the Eighth National Peace Congress. — usw.

The Herald of Peace (London). July. The Policy of Accommodation. — Annual Meeting of the Peace Society. — Annual Report of the Peace Society. —

The Cosmopolitan Student (Madison, Wisc.). May. Jindrich Jaroslav John, Jan Amos Komensky (Comenius). Tarnaknath Das (India), Is the British Opium Trade in China Justifiable?

La Luce del Pensiero (Neapel). Juni. Domenico Maggiore, Regolamento sull adempimento scolastico e proposta di Regolamento per le scuole comunali di Napoli. — — A. Leone Avio, Il nostro dovere. — E. Cimbali, Suffragio universale e guerra di conquista. — C. Lipartiti, Nazione armata e colonialismo militare. — usw.

Organ van den Allgemeenen Nederlandschen Bond „Vrede door Recht" (Gravenhage). Juni. Prof. van Vollenhoven over de „Hervorming van het Volkenrecht." — M. J. van der Flier, Het jongste Arbitrage-geding. — C. van Dorp, Een internationale weermacht. — † Frédéric Passy. — usw.

Freds-Bladet (Kopenhagen). Juni. — Fredstoreningens Andragende om Stratsunderstøttelse naegtet. — Uffe Birkedal, Er der Mening deri. — Holger Larsen, En ny Fredsbevægelse i Sverrig. — usw.

Fredsfanan (Stockholm). Juni. Albert Wickman, Vad Antikrigsrörelsen Vill. — Tinni Sterner, Fosterlandet — „vår gamla mar." —usw.

Nemzetközi élet (Budapest). Nr. 5.

Artikel.

Rundschau: Das mit dem Porträt von James Balfour geschmückte Juli-Heft von „Nord und Süd" stellt sich als deutsch-englische Verständigungsnummer dar mit den Beiträgen hervorragender deutscher Persönlichkeiten zu der großen anglo-deutschen Frage. Ohne hier auf die einzelnen Beiträge (siehe Artikelbibliographie) der inhaltsreichen Nummer näher eingehen zu können, sei auf diese hier nachdrücklichst hingewiesen. Der Versuch Steins, hervorragende Persönlichkeiten beider Länder zur gegenseitigen Aussprache zu bewegen, ist im höchsten Maße dankenswert. So schwierig das Problem sich auch gerade in diesen ernsten Auseinandersetzungen darstellen mag, es bedeutet eine Ausschaltung, eine Lähmung der Gewalt, sobald man zu diskutieren beginnt. Die Diskussion war immer und ist auch heute noch das einzige Mittel des Fortschritts. — In der Frkf. Ztg. vom 9. Juni erörtert Dr. Hans Wehberg in einem ausführlichen Artikel die „Grundlagen einer internationalen Friedenspolitik". Er tritt darin vornehmlich dafür ein, daß die Friedenspolitik nicht nur für die Beseitiguug von zwischenstaatlichen Streitfällen eintrete, wie dies die Hauptaufgabe der Schiedsgerichtsbarkeit ist, sondern auch der Entstehung schwerer Konflikte vorbeugen müßte. Er regt dabei an, daß die Staaten der planmäßigen Verhetzung, die gewisse Preßorgane treiben, sich entgegenstellen und auch im Schulunterricht die Verhetzung aus dem Schulplan beseitigen sollten. — In der Frkf. Ztg. vom 14. Juni erstattet Prof. Nippold einen recht übersichtlichen Bericht über die letzte Lake-Mohonk-Konferenz. Es ist nun darin die Bemerkung aufgestellt, wonach sich die amerikanische „Association for international Conciliation" in ihrem Programm ganz wesentlich von den Friedensgesellschaften unterscheide". „Sie stellt," so führt Nippold aus, „um einen Ausdruck des Kontreadmirals Glatzel in der „Deutschen Revue" zu gebrauchen, gewissermaßen eine ‚nationale Friedensgesellschaft' dar, indem sie das nationale Moment in den Vordergrund stellt, und dem sie auch in ihrer Devise „Pro Patria per orbis Concordiam" Ausdruck verleiht. Das ist ein Irrtum. Wir kennen keine Friedensgesellschaft, die nicht ihre internationale Betätigung aus Interesse für das eigene Vaterland betreibt, und es ist ein auf allen Friedenskongressen und in allen pazifistischen Schriften wiederholter Gemeinplatz, daß die Friedensbewegung in erster Linie eine patriotische Bewegung ist, daß sie „veredelten Nationalismus" betreibt. — Elsbeth Friedrichs gibt im „Freien Wort", Nr. 7, in einem Artikel „Ernst Haeckel und seine gegenwärtige Stellung zu den Kulturproblemen" die Ansichten des großen Gelehrten über die äußere Politik wieder. Wir finden darin folgende interessante Aeußerung Haeckels über die Friedensbewegung:

„Ja, als Völker betrachtet sind wir Menschen in der Tat sogar noch Barbaren, und da kann leider kein einziger Staat ausgenommen werden. Mögen auch innerhalb der Staatsverbände die milden Lehren der christlichen Religion, Sympathie und Nächstenliebe, Duldung und Aufopferung als öffentlich anerkannte und zu erstrebende Richtlinien für alles Handeln und Gestalten hingestellt werden, im gegenseitigen Verkehr der Staatswesen herrscht der reine Egoismus; da sucht eine Nation die andere mit Lug und Trug zu übervorteilen, und gelingt das der listigen Diplomatie nicht, so wird die rohe Gewalt des Krieges, diese aus

dem Mittelalter stammende Barbarei, angewendet. Das muß natürlich und wird auch einst überwunden werden. Schon sind ja innerhalb der sogenannten führenden Staaten überall Gemeinschaften am Werke, welche die Völker mit ihrer Einsicht zu erfüllen suchen. Die Friedensfreunde! Ich stehe der Bewegung zustimmend gegenüber. Niemand, der mich kennt, könnte das in Zweifel ziehen. Ein anderes ist es, ob ich glaube, daß sie in absehbarer Zeit Siege erringen werden; vorläufig ist ihr Ruf noch der Stimme in der Wüste gleich. Prophezeihen ist nicht meine Sache, zumal auf diesem mir ziemlich fremden Gebiete. Ich kann die Politik nur vom Standpunkte der Entwicklungslehre aus verfolgen und danach den weiteren logischen Fortschritt in großen Zügen mir vorstellen. Versuche ich auf die allgemein geübte Weise die Politik zu betrachten und zu beurteilen, so erscheinen mir die Verhältnisse ungeheuer kompliziert. Die Friedensfreunde bearbeiten ihr Spezialgebiet, sie suchen einzudringen in jenes labyrinthische Gewebe, das persönlicher Eigennutz, Eitelkeit und Ruhmsucht, Klassenfanatismus, Machtgelüst, Staatskunst und Dummheit geschaffen haben und unterhalten, und sie suchen ihre Taktik danach zu bestimmen; sie selbst bilden eben dadurch ein Element der Entwicklung; wie aber ihre Arbeit sich gestalten wird, wie bald ihr Erfolg errungen werden wird, das wage ich nicht zu bestimmen. Nach meiner Ansicht wird der Pazifismus am besten gefördert durch die Pflege des Internationalen im besten Sinne, durch den wachsenden Kontakt der Völker untereinander."

Gegen die in der vorigen Nummer der Friedens-Warte an dieser Stelle wiedergegebenen Aeußerungen James Balfours in der Juni-Nummer von Nord und Süd wenden sich Prof. Hans Delbrück in einem Londoner Blatt (abgedruckt im „Hamburgischen Correspondenten" vom 31. Mai) und Paul Nathan in der „Hilfe" (27. Juni). Prof. Delbrück führt aus, daß Deutschland seine Flotte brauche, um „die Welt nicht bloß den anderen Nationen zur Teilung zu überlassen, sondern einen Anteil daran zu verlangen". Er bekämpft den von Balfour ausgesprochenen Verdacht, daß Deutschland auch in Europa barbarische Erwerbungen erstrebe, gibt aber zu, daß es „auch in Deutschland politische Toren" gebe, „die davon phantasieren, daß Deutschland alle die Gebiete, die einmal zum Heiligen Römischen Reich deutscher Nation gehört haben, wieder erobern müsse". Delbrück erwidert Balfour, „daß das vollkommen ausgeschlossen ist", daß derartige Tendenzen in der deutschen Politik wirklich jemals zur Herrschaft kommen können. Er weist darauf hin, wie schlecht Napoleon I. derartige Tendenzen bekommen seien. Die Ursache der Spannung liegt darin, daß man Deutschland derartige Tendenzen zutraut. „Die Welt kann vollkommen ruhig sein, daß Deutschland mit seinem Heer und seiner Flotte nichts anderes erstrebt, als die Behauptung seiner Position in Europa, und eine billige Beteiligung, wenn in der Welt ernstere Veränderungen im Kolonialbesitz der Mächte vorgenommen werden. Sobald England sich diese Erkenntnis zu eigen macht und Deutschland in passender Weise entgegenkommt, wird die Kriegsgefahr sofort wieder verschwinden." Wir hegen keine Zweifel, daß Prof. Delbrück recht hat. Doch sehen wir kein Mittel, durch das die Engländer für alle Zukunft von der Richtigkeit dieser Anschauung überzeugt werden könnten. — Auch Paul Nathan verlangt in seinen Ausführungen von den Engländern viel zu viel Gutgläubigkeit. Er versichert auch, daß Deutschland seine Stärke für keinen anderen Zweck gebrauchen werde als für solche, deren Verwirklichung die Nation will und wollen muß. Die Garantie gegen Mißbrauch liege in den schweren Folgen eines europäischen Krieges. Gut; das spricht gegen die Möglichkeit des Krieges, aber nicht für ein Nachlassen des Rüstungswettbewerbes. Wie kommen wir zu diesem? — Aehnliches wie Delbrück und Nathan sagt auch G. H. Perris-London im „März", 8. Juni. Er sieht in einem anglo-deutschen Krieg ein furchtbares Ereignis. „Vor einer solchen Aussicht bangt sogar der Phantasie, und dennoch ist dies die Richtung, in der wir treiben." „Gebt uns" — so spricht der Engländer — „eine vernünftige Darlegung dessen, was das deutsche Volk will. Laßt uns ein Ende setzen dieser Geheimnistuerei und diesem Mysterium. Laßt uns eine offene Aussprache anstellen — denn darin, und nur darin, glaube ich, liegt die Hoffnung auf eine verständige Uebereinkunft zwischen den beiden Völkern und eine feste Freundschaft."

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung im allgemeinen. Roland de Marès, Pacifisme. „L'Indépendance Belge." 16. VI. * Johann Zmaicz, Ueber die exakten Grundlagen des Weltfriedens (Schluß). „Das monistische Jahrhundert." 15. VI. * Feldmarschalleutnant a. D. v. Wannisch, Ueber das Kriegsgespenst in Europa. „Deutsche Revue." Juni. * Das politische Gezänk und die internationale Wohlfahrt. „Internationaler Volkswirt" (Berlin). 23. VI. * Joh. Ferch, Das moderne Proletariat und die Friedensidee. „Dokumente des Fortschritts." Juni. * Paul Delombre, Frédéric Passy. „Le Temps." 13. VI. * Frédéric Passy. Journal d'Allemagne." 16. VI. * Louis Chevreuse, Frédéric Passy. „Le Figaro." 13. VI. * Jean Finot, Le grand vieillard (Frédéric Passy). „La Revue." Juni. * Pegau, Frédéric Passy. „Les Hommes du Jour." (Paris). 15. VI. * Jean Bernard, Frédéric Passy. „L'Indépendance Belge." 16. VI. (Edition du soir.) * A. H. Fried, „Die Persönlichkeit Passys." „Neue freie Presse." 12. VI. (Abendausgabe.) * Ders., Passy als Friedensapostel. „Neues Wiener Abendblatt." 12. VI. * Léon Boll, La mort des pacifistes; Jaques Novicow. „Journal d'Alsace." 27. VI. * W. T. Stead. (Aus Steads eigenen Aufzeichnungen.) „Kölnische Zeitung." 11. VI. und „Weser Zeitung" (Bremen). 13. VI. * K. Hori, Dr. Eliot — His Personality and Work. „Shin-Nippon" (Tokio). Juni. * Dr. Wehberg, Alfred H. Fried. (Uebersetzung aus der Köln. Zeitung.) „Taiyo." (Tokio.) Juni.

II. Die internationale Politik. Dr. Albert Ritter, Wie könnte die Türkei Frieden schließen? „Das freie Wort" (Frankfurt). 1. VI. * Erich Lilienthal, Der kumente des Fortschritts." Juni. * Dr. Adrian Polly, Rußland und die Mongolei. „Nord und Süd." Juli. * Le chauvinisme en Allemagne. „Le Temps." 18. VI. * Professor C. Metger, Der deutsche Imperialismus. „Der Tag." 16. VI. * Arthur von Gwinner,

Deutschland und England. „Berliner Börsen-Courier.“ 28. VI. * Dr. A. H., Deutschland und England. „Berliner Börsen-Courier.“ 20. VI. * Th. Wolff, Deutschland und England. Offener Brief an den Herausgeber von „Nord und Süd“, „Berliner Tageblatt.“ 28. VI. * Paul Dehn, Zu den englisch-deutschen Verständigungsverhandlungen. „Alldeutsche Blätter.“ 1. VI. * Otto Fels, Das moderne Deutschland in englischer Beleuchtung. „Breslauer Zeitung.“ 8. VI. und „Köln. Tageblatt“, 18. VI. * Prof. Dr. Robert Petsch, Deutsche Kultur im angelsächsischen Spiegel. „Frankfurter Zeitung.“ 23. VI. * T., Anglais et Allemands. „Le Petit Phare.“ (Nantes). 16. VI. * Paul Nathan, Balfour und die Pläne deutscher Hegemonie. „Die Hilfe.“ 27. VI. * Delbrück gegen Balfour. „Hamburgischer Correspondent.“ 31. V. * G. H. Perris-London, Das englisch-deutsche Mysterium. „März.“ 8. VI. * Verständigung. „Berliner Morgenpost.“ 27. VI. * Prof. Dr. Ludwig Stein, Arthur James Balfour und das Autoritätsprinzip. Deutsch-englische Verständigungsnummer von „Nord und Süd.“ Juli. * Karl Max Fürst Lichnowsky, Deutsch-englische Mißverständnisse. „Nord und Süd.“ Juli. * Vize-Admiral a. D. von Ahlefeld, Deutsch-englische Entspannung. „Nord und Süd.“ Juli. * Wilhelm Freiherr von Pechmann, Eine reale Basis für den Frieden? „Nord und Süd.“ Juli. (Abdruck: „Münchener neueste Nachrichten.“ 28. VI.) * Geh. Reg.-Rat Dr. v. Böttinger, Offener Brief an den Herausgeber (zur deutsch-englischen Verteidigung) von „Nord und Süd“. Juli. * J. L. Garvin, Die Zukunft der englisch-deutschen Beziehungen. „Nord und Süd.“ Juli. * Oberstleutnant a. D. le Iuge, Bedeutung und Wert der englischen Landarmee. „Nord und Süd.“ Juli. * Geh. Regierungsrat Dr. Gottfried Zoepfl, Der deutsch-englische Gegensatz in der Weltwirtschaft. „Nord und Süd.“ Juli. * Dr. Curt Abel Musgrave, Der einzige Weg. „Vossische Zeitung“ (Abendausgabe). 1. VII. * Frankreich und Deutschland. „Der Tag.“ 30. VI. und „Berliner Lokal-Anzeiger.“ 30. VI. * Zur politischen Lage Italiens. „Schwäbischer Merkur.“ 28. VI.

III. Völkerrecht. Dr. Erik Veidel, Fortschritt in Entwicklung und Anwendung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. „Dokumente des Fortschritts.“ Juni. * Dr. Hugo Böttger, Fortschritte im Völkerrecht. „Der Tag.“ 20. VI. * Walther Nithack-Stahn, Völkerorganisation. „Stadtanzeiger der Kölnischen Zeitung.“ 23. VI.; „Lübeckische Nachrichten und Eisenbahn-Zeitung,“ 24. VI., und „Ostdeutsche Volkszeitung“ (Insterburg), 26. VI. * Nippold, Eine amerikanische Schiedsgerichtskonferenz. „Frankfurter Zeitung.“ 14. VI. * Dr. Hans Wehberg, Grundlagen einer internationalen Friedenspolitik. „Frankfurter Zeitung.“ 9. VI. * Ders., Eine Entscheidng des Haager Schiedshofes. „Bank-Archiv.“ 1. VI. * Ders., Die Entschädigung der Versicherungsgesellschaften und das italienische Staatsversicherungsmonopol. „Kölnische Zeitung.“ 9. VI.

IV. Internationales. Dr. Arthur Köhler, Der Internationalismus in der Wissenschaft. „Dokumente des Fortschritts.“ Juni. * Paul Dehn, „Für internationale Verständigung.“ „Alldeutsche Blätter.‘ 12. VI.

V. Wirtschaftliches. K. Kautsky, Der improvisierte Bruch. „Die Neue Zeit.“ 28. VI. * Alfred H. Fried, Die große Armee. „Neues Wiener Journal.“ 3. VII.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

XIX. Weltfriedenskongreß in Genf.

Wie im Hauptteile der Friedens-Warte ersichtlich, wird der diesjährige Friedenskongreß in Genf abgehalten werden. Der Vorstand der Oesterreichischen Friedensgesellschaft richtet an alle Mitglieder die Einladung, sich zahlreich an dem Kongresse zu beteiligen. Die reichhaltige und interessante Tagesordnung bürgt für genußreiche und unsere Sache fördernde Tage. Anmeldungen zur Teilnahme sind an das Bureau, Wien I, Spiegelgasse 4, zu richten.

Preisausschreiben.

Das Verordnungsblatt des k. k. Niederösterreichischen Landesschulrates vom 15. v. M. veröffentlicht den Wortlaut unseres Preisausschreibens: „Wie würde ich mit meinen Schülern den 18. Mai feiern?“

Der k. k. Landesschulrat für Tirol delegierte den Herrn Landesschulinspektor Hofrat Dr. Johann Hausotter als Vertreter des Landesschulrates in das Preisgericht.

Das Präsidium des k. k. schlesischen Landesschulrates ersuchte uns um Ueberlassung einer größeren Anzahl der Bedingungen für obiges Preisausschreiben behufs Verteilung an die dortigen Lehranstalten.

Friedensmanifestation in Mähren.

Der Centralverein der „Fortschrittlichen böhmischen Frauen in Mähren“ veranstaltete unter Mitwirkung der langjährigen Kämpferin für die Friedensidee Frau J. Wurm, sowie der Damen Konecny und Janelik, der Herren Lehrer Sidlo, Krumpholz und Ulebla eine Reihe von Friedensvorträgen in verschiedenen Städten Mährens, und zwar in Brünn, Proßnitz, Gewitsch, Olmütz, Boskowitz, Wischau, Heilendorf, Frankstadt usw. Bei allen diesen Vorträgen, die einen massenhaften Besuch aufzuweisen hatten, wurde eine Petition an den Landesschulrat um Bewilligung eines Friedenstages an den Volks- und Bürgerschulen in Mähren zur Verlesung gebracht und einstimmig befürwortet. In Proßnitz wurde auch der erste Friedenssonntag in Mähren in der dortigen evangelischen Kirche gefeiert.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2
Druck: Pass & Garleb G.m.b.H., Berlin W.57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien

August 1912.

„Das Menschenschlachthaus."

Wilhelm Lamszus. — Man wird gut tun, sich diesen Namen zu merken. Der schrieb ein Büchelchen auf wenigen Seiten, das er geräuschlos auf den Markt wirft. Jetzt im Hochsommer, wo die Menschen verabredungsgemäß nichts ernst zu nehmen brauchen, und in der Regel auch nichts ernst nehmen wollen. Und doch ist es eine aus dem losen Handgelenk mit dem knochigen Handrücken der heuchlerischen Fratze des Zeitalters ins Antlitz geflitzte Ohrfeige.

Das „Menschenschlachthaus" ist der Krieg. „Bilder vom kommenden Krieg", wie es auf dem Titelblatt ergänzend heißt.*)

Was wird mit diesem Buch geschehen, fragte ich mich, als ich es in einem Zuge in einer halben Stunde durchgelesen und darauf eine schlaflose Nacht verbracht hatte. Wird sich die Menschheit diese Ohrfeige gefallen lassen? Wird sie sich dagegen auflehnen, den Autor einen Lügner, einen Verräter an sogenannten heiligsten Gütern nennen, ihn verfluchen, daß er ein jahrhundertelang mit Raffinement maskiertes Idol durch die Wahrheit zu besudeln wagte? Oder wird sie durch diese Ohrfeige erweckt werden, zur Besinnung kommen, dem Verfasser dankbar sein, ihm Denkmäler setzen?

Er kommt mir vor wie das Kind im Andersenschen Märchen, das plötzlich ausruft, was alle sahen, es aber nicht zu sagen wagten: „Der König ist nackt!" In diesem Falle: „Der Krieg ist ein Verbrechen!"

Schon oft haben wir dies zwar vernommen. Die Suttner hat es uns vor 21 Jahren zugerufen, Wereschagin hat es uns gezeigt. Auch Leute, die den Krieg gesehen, taten es. So Rückert, v. Kretschman, Ryan, Weressajeff u. a.; Tolstoi nicht zu vergessen. Sie rüttelten uns auf, brachten uns zur hellen Empörung; aber sie schilderten uns doch nur einen Krieg, der war. Lamszus schildert uns den „kommenden" Krieg, das heißt, er berechnet, was geschehen muß, wenn die moderne Kriegsmaschinerie auf lebende Wesen losgelassen werden wird. Wenn der Soldat kein Held, sondern nur mehr Rohmaterial des Widerstandes sein wird, der von der Wucht der Mordmaschinen zermalmt, zerfetzt, zersprengt werden wird. Ungeziefer! „So massenhaft, so kaltblütig, so sachverständig rottet man nur das Ungeziefer aus. In diesem Kriege sind wir nichts als Ungeziefer", heißt es an einer Stelle dieses Büchleins. Und dazu kommt der riesengroße Konflikt, daß diese Menschen, die als Ungeziefer behandelt werden, Zeitgenossen jener Genies sind, die die großartigen Massenmordmaschinen konstruierten; also Menschen unserer Zeit, die nicht tierisch sterben wollen, sondern vorher zu denken wagen und zu sehen sich erlauben. Der sieht da im kommenden Krieg nicht die flatternden Fahnen und die schmucken Reiter, den hurrahrufenden Angreifer, den laubgekrönten Sieger, sondern den Leib zerfetzter Menschen, denen die Knorpel des Kehlkopfes heraushängen, denen die Schlagader aufgeplatzt ist und wie ein Springbrunnen das Blut aufzischen läßt; er sieht die bloßgelegte Hirnschale und die heraushängenden Gedärme; die Lebenden, die sich am Boden wälzen, weil sie nicht gnädig sofort den Tod fanden, die zertreten und zerstampft werden wie . . . Insekten. Der zeigt uns Soldaten, die auf „quappendes Fleisch" treten, auf „harte Köpfe" „nichts als sterbendes, zerrissenes Fleisch". Da lesen wir: „Ich schlage mit der rechten Hand den Takt, und mit der linken stützte ich mich auf meinen Sitz . . und seltsam rieselt es — wie warmes Wasser über meine Hand,

*) Hamburg und Berlin. Alfred Janssen. 1912. 111 SS. 1 Mk.

ich hebe die Hand an meine Augen . . . sie ist rot und feucht . . . Blut fließt über meine weiße Hand . . . da sehe ich es: Das Weiche unter mir ist nicht ein Sandhaufen . . . auf einer Leiche habe ich gesessen." Oder eine Schilderung aus dem Angriff auf die Batterie: „. . der Junge streckt ihm die zerschossene Hand entgegen, . . der Unterkiefer wackelt, doch der Mund bleibt stumm. Da fährt ihm schon das aufgepflanzte Eisen in die Brust . . erst faßt die Rechte, dann die zerfetzte Linke nach dem Bajonett, als wollte er sterbend es aus seinem Herzen ziehen, so klammert er sich an der Klinge fest . . . ein Stoß, ein Ruck! ein heller Blutstrahl springt der Klinge nach und Herz und Atem röcheln in die welken Blätter." Man lese die Schilderung von der „fliegenden Erde", über jenen nächtlichen Angriff, wo die Feinde über die vorher gelegten Minen laufen und dann in die Luft fliegen. Man höre:

„— — und da — die Erde hat sich aufgetan . . es blitzt und knallt, es donnert, und der Himmel reißt entzwei und fällt entflammt herab — die Erde fliegt in Stücken auf . . . die Menschen und die Erde explodieren und fahren rund wie Feuerräder durch die Luft . . . und dann . . . ein Krach, ein wütendes Getöse schlägt uns auf die Brust, daß wir rücklings zu Boden fliegen und besinnungslos im Sand nach Atem ringen . . . und nun . . das Ungewitter schweigt . . . der Luftdruck weicht von unserer Brust . . wir atmen auf . . . nur noch zerstreutes Flammenspiel und Puffen . . . Feuerwerk . . . Was aber ist das? — — Wir lugen furchtsam über die Erdwälle hinaus. Hat sich die rote Hölle aufgetan? Das schreit und gellt, das brüllt so unnatürlich wild und schrankenlos, daß wir uns enger aneinanderschmiegen . . und zitternd sehen wir unsere Gesichter, unsere Uniformen rote nasse Flecken haben und erkennen deutlich Fleischfasern auf dem Zeug. Und zwischen unseren Beinen liegt, was vorher nicht gelegen hat — weiß glänzt es auf vom dunklen Sande und spreitet sich . . . eine fremde, abgerissene Hand . . . und da . . . und da . . . Stücke Fleisch, daran die Uniform noch haftet. Da wissen wir's, und Grauen fällt uns an: Da draußen liegen Arme, Beine, Köpfe, Rümpfe . . . die heulen in die Nacht hinaus, das ganze Regiment liegt dort zerfetzt am Boden, ein Menschenklumpen, der zum Himmel schreit. . ."

Ungeziefer!

Und an einer anderen Stelle lesen wir folgende Betrachtung über die Umwertung des menschlichen Lebens im Kriege.

„Sie alle kommen aus jener anderen Welt, da das Leben uns küsste und wonnig unseren Leib umschlang. Zu Menschen habt ihr uns gemacht! Nun gilt nicht länger, daß wir Menschen gewesen sind. Nun gilt nicht Lust und Liebe mehr, nun gilt nicht Fleisch und Leben, nun gilt nur Blut und Leichen noch. Wie haben wir in jener Welt gezittert, wenn nur ein nacktes Menschenleben in Gefahr gewesen. Wie sind wir in das brennende Haus gestürzt, um ein altes, lendenlahmes Mütterchen dem langersehnten Tode abzujagen! Wie sind wir in den dezemberkalten Fluß gesprungen, um ein verhungert Bettelkind den stillen Fluten zu entreissen. Wir litten nicht, daß einer sich vor unseren Augen heimlich aus dem Leben stahl. Erhängte schnitten wir vor ihrem letzten Seufzer ab und stießen sie ins Leben zurück. Halbverfaulten Schächern taten wir barmherzig einen neuen Körper an. Mit Pillen, Elixieren und Mixturen, mit Kräuterärzten, Professoren und Chirurgen, mit Brennen, Schmieden und Elektrisieren halfen wir dem hingesunkenen Leben wieder auf und flammten das erloschene mit Sauerstoff und Radium und allen Elementen an. Es gab nichts Größeres, nichts Heiligeres als das Leben. Das Leben ist uns alles, ist uns das kostbarste der Güter auf Erden gewesen. . . . Und hier liegt das kostbarste Gut — hier liegen wir verschwendet und vertan — verachtet wie der Staub am Wege . . . und wir schreiten darüber hin wie über Staub und Stein."

Genug! Er schildert den „kommenden Krieg". Man wird versuchen, ihn der Uebertreibung zu zeihen. Das wäre aber das dümmste, das man gegen ihn tun könnte; denn er rechnet uns nur etwas vor. Er zeigt uns die genial ausgeklügelte Mordmaschine und ihren „Nutzeffekt". Und stellt das zur Ausrottung bestimmte „Material" gegenüber und addiert und folgert. Ich fürchte, er bleibt sogar noch unter der Wahrscheinlichkeit. Vor allem könnte man ihm zurufen: Dein Register hat ein Loch, du hast die Luftmaschine fortgelassen. Der „kommende Krieg" wird die Minen nicht nur von unten legen, sondern auch von oben springen lassen. Nicht nur auf die Kämpfenden, sondern auch auf die Schlafenden.

Nein, der übertreibt nicht! Der Krieg ist nicht mehr die Epopöe von dazumal. Er ist Massenmord, Massenvergeudung, er über-

trumpft an Grausamkeit die Natur. Und das zeigt uns der Verfasser in dem „Menschenschlachthaus". Ich wollte, dieses Buch könnte in Millionen Hände kommen. Jede Mutter sollte es lesen. Aber auch jeder Mann, ob Jüngling oder Greis, damit er ein Urteil gewinnt über die heutige Weltlage, in der — ein überkommener Atavismus — der Krieg und seine Vorbereitung noch immer den Mittelpunkt des politischen Geschehens bilden. Damit er gegen jene ankämpfen kann, die in frivoler Unkenntnis der Dinge, den Krieg herbeisehnen, mit ihm rechnen und drohen und für ihn wirken. Jeder, der in Staat und Gesellschaft mitreden will, sollte dies Buch lesen, damit er abzuschätzen imstande ist, ob es noch Dinge in der Welt gibt, die einer so tierischen Lösung wert sind.

Für uns Pazifisten hat dieses Buch noch eine andere Bedeutung. Es soll uns immer daran erinnern, wovon wir ausgegangen sind, und wenn wir auf den steilen Spitzen der „Hohen Politik" wandeln, uns der Psyche unserer Gegner anzupassen suchen, wenn wir mit ihnen paktieren und ihrem Geisteszustande Konzessionen machen, wenn wir Mimikry treiben in den Reihen der Kulturfeinde, dann sollen wir nicht vergessen, woher wir kamen: Von der inbrünstigen Verdammung jenes Tierheitsaktes, den man beschönigend „Krieg" nennt. Wir sollen uns dann nicht schämen, den Vorwurf der Sentimentalität nicht scheuen, den Vorwurf der Feigheit nicht. Nicht Sentimentalität noch Feigheit liegt unserer Kriegsgegnerschaft zugrunde, sondern nur Kulturbewußtsein und die Erkenntnis unserer Pflicht, die Zeitgenossen, die noch nicht dahin gelangt sind, zu diesem Kulturbewußtsein zu erwecken. Dazu gehört oft mehr Mut, mehr Fähigkeit zum Ertragen von Leid, als im Kreuzfeuer der Schlacht selbst. Freilich mit der Verdammung des Krieges, mit der Erweckung des Abscheus, mit den Mitteln des Empfindens allein ist der Krieg nicht zu überwinden; wir müssen ihm auch mit den Mitteln der Vernunft beizukommen suchen, müssen Gräben um ihn errichten, um ihn unschädlich zu machen, müssen in der Menschheit die Gewohnheit des Paktierens erziehen, das Rechtsempfinden stärken, die Achtung vor dem Recht hervorrufen, das Interesse durch Kalküle zu überzeugen suchen, kurz, langsam und ihr unbewußt die kriegsgläubige Psyche in ihr ertöten. Mit dem Ausspucken allein geht es nicht. Aber es ist erfreulich und herzerquickend, zu sehen, daß es auch einmal wieder einer wagt, vor der scheusäligen Bestie auszuspucken, mit der ganzen Wucht des Menschheitsekels sich zu erbrechen vor jenem geschminkten und bunt ausstaffierten Idol aus der Tierzeit unserer Art.

Das hat Lamszus getan, und sein „Menschenschlachthaus" wird deshalb eines der heiligen Bücher der Menschheit werden!

A. H. F.

Kann man dem Wettrüsten Einhalt tun?

Von Richard Gädke,
früher Oberst und Regimentskommandeur.

Die Gegner des Pazifismus frohlocken und verhöhnen ihn; endgültig, meinen sie, habe er Schiffbruch gelitten. Sie freuen sich, daß die „männlichen Tugenden" noch nicht verloren gegangen sind, und halten den Krieg offenbar für ein mächtiges Hilfsmittel der Gesittung. Das, was für uns andere ein Rest barbarischer Vorzeit ist, den die fortschreitende Kultur noch nicht völlig beseitigen konnte, sehen sie mit innerer Genugtuung als eine scharfe ultima ratio an, um das eigene Volkstum siegreich durchzusetzen und seinen souveränen Willen rivalisierenden Mächten aufzuerlegen. Solange auf der Erde keine höchste irdische Gewalt besteht, ist der Appell an das „Gottesurteil" des Schwertes für sie Recht und Pflicht jedes Einzelstaates. Es sind im wesentlichen doch die gleichen Instinkte, die gegenüber dem Widerstreben der feudalen Mächte das Entstehen des modernen Rechtsstaates so lange verzögert haben und seinem durchgreifenden Siege noch immer widerstreben; es sind die gleichen Gedankengänge letzten Endes, die auch das innere Leben jeden Staates auf die Macht basieren, die in ihr und nicht in dem Rechte den Ausgleich der unvermeidlichen Interessenkämpfe suchen. Die organisierte Wehrkraft ist niemals allein gegen den äußeren Feind, sondern mit gleicher bewußter Absicht auch gegen den „inneren" bestimmt. Hier wie dort soll sie dem Besitzenden und Mächtigen einen letzten Schutz gegen jeden Einbruch in seine Interessensphäre gewähren.

Damit sie das kann, muß sie stark, jedem möglichen Gegner überlegen sein. Es ist ein Dogma und vielleicht eine Wahrheit, daß Gott niemals mit der gerechten Sache, sondern immer nur bei den starken Bataillonen sei. Wobei man natürlich die Eigenschaft der Stärke nicht ausschließlich in der Zahl suchen darf. Aber bei der Ungewißheit der übrigen Faktoren, bei der Unsicherheit darüber insbesondere, auf wessen Seite das überlegene Feldherrntum und die größere Entschlossenheit sein wird, ist die Zahl immerhin der sinnfälligste Ausdruck militärischer Stärke, den wir kennen.

Darum sucht sich jede der konkurrierenden Mächte vor allen Dingen die Ueberlegenheit der Zahl mit den verschiedensten Mitteln zu sichern. So sind wir bei dem Wettrüsten angelangt, das mehr als je seine Orgien auf Erden feiert. Besonders in unserem alten Europa, wo die größten Gegensätze auf engstem Raume nebeneinanderstehen und aufeinanderprallen, wo Natur und Geschichte die Entwicklung großer räumlicher Gebiete zu geschlossenen Staatswesen verhindert haben — wenn man von Rußland absieht —, wo aber auch der Eroberergedanke und die Pflege des Herrentums seit sechs Jahrhunderten der Inbegriff alles Werdens und beinahe der Mittelpunkt politischen und sittlichen, selbst des religiösen Denkens geworden ist.

Die Schwierigkeiten, die der pazifistische Gedanke hier zu überwinden hat, sind besonders groß, die Widerstände scheinen unbesiegbar.

Die politischen Ereignisse der letzten Jahre haben offenbar keinen Fortschritt der Abrüstungsidee gezeigt, jedenfalls nicht, soweit die Regierungen in Betracht kommen, kaum aber innerhalb der Völker selbst. Denn nicht die Einsicht der Wenigen entscheidet, sondern der Instinkt der maßgebenden Bevölkerungsschichten.

Oesterreich-Ungarn ist mit überraschender Tatkraft in die Reihe der Seemächte eingetreten; die einmal ins Rollen gebrachte Kugel wird nach dem innewohnenden Gesetze der Trägheit ihren Weg in gleicher Richtung fortsetzen. Aber auch zu Lande macht das lange zaudernde plötzlich gewaltige Anstrengungen, den großen Militärmächten wieder nahezukommen. Ein Thronwechsel wird diesen Drang beschleunigen. Italien seinerseits hat mit einer gewissen Begeisterung und sicher mit auffälliger Unbedenklichkeit den Weg der Eroberung und Ausbreitung betreten, und einen Streit mit einer Plötzlichkeit vom Zaune gebrochen, um die es von Japan beneidet werden könnte. Rußland unternimmt selbst gegen den Widerspruch seiner Duma mit starker Hand und riesigen Kosten den Versuch, die bei Tschuschima verlorene Seegewalt mit größeren Mitteln herzustellen und zunächst in der Ostsee, später im Schwarzen Meere, und endlich im Pazifik den zunächst friedlichen Wettbewerb um die Seeherrschaft wieder aufzunehmen. Frankreich stellt seine verwahrloste Flotte mit Eifer und Erfolg her, und erschöpft sein nationales Wollen in dem beharrlichen Versuche, bei abnehmender Volkszahl dem stärksten Militärstaate der Welt gewachsen zu bleiben. Die Türkei aber scheint ein mahnendes Beispiel der schweren Gefahren zu sein, die einem Staate aus der Unzulänglichkeit seiner Streitmittel zur See erwachsen. Sie steht den Italienern gegenüber wie einst die Angelsachsen und die zerfallenden Staaten des Frankenreiches den plündernden Normannenflotten. Ueber elf Jahrhunderte hinweg reichen sich die geschichtlichen Abwandlungen hier die Hände.

Der größte, der gefährlichste Gegensatz, und zugleich das imposanteste Schauspiel ringender militärischer Kräfte aber bietet sich dem Auge der Zeitgenossen in dem Wettrüsten, das seit 12 Jahren zwischen England und Deutschland, zwischen den beiden nächstverwandten germanischen Nationen, im Gange ist. Kein Zweifel: dieser Gegensatz wird die Geschichte der lebenden Generation, vielleicht die des zwanzigsten Jahrhunderts ausfüllen, sein Ausgang wird dem Antlitz der Erde seinen Stempel aufprägen — gleichgültig, wie der zähe Kampf schließlich ausgeglichen wird. Denn ein Kampf, ein wahrer Konkurrenzkampf zweier gleich tapferer, gleich starker, gleich entschlossener und vor allen Dingen gleich ehrgeiziger Völker ist es, ob er nun mit Geld und mit Schiffen, ob schließlich mit Blut geführt werden mag oder in allgemeiner Erschöpfung endet. Oder endlich auch dann, wenn er zu einer friedlichen Verständigung beider Nationen führen sollte — ein großes Beispiel, das nicht ohne Einfluß und Nachahmung bleiben könnte!

Vorläufig aber wird dieser Krieg im Frieden seinen Gang weitergehen; die Erklärungen aller Minister und aller führenden Parlamentarier lassen darüber nicht den mindesten Zweifel, soweit England hierbei in Betracht kommt. Für Deutschland aber möchte ich folgendes gleichfalls als eine unabänderliche Tatsache feststellen. Die sehr große Mehrheit des deutschen Volkes ist friedliebend bis in das Mark ihrer Knochen, sie haßt den Chauvinismus und den Nationalismus der Alldeutschen; eine Mehrheit ist auch gegen ein uferloses Wettrüsten vorhanden, aber sie ist nicht ganz so geschlossen wie jene erste Mehrheit, und der Begriff des Wettrüstens ist für sie kein fest umschriebener. Ein Teil der Massen ist schließlich dem Gedanken nicht ganz unzugänglich, daß starke Rüstungen eine Versicherungsprämie für den Frieden seien; es ist hierbei gleichgültig, ob dieser Satz unbedingt richtig ist und ob nicht vielmehr in der ausgesprochenen Gegenüberstellung Deutschlands und Englands als Rivalen der Seegeltung eine eminente Gefahr für den Fortbestand des Friedens liegt oder doch liegen kann. Entscheidend aber ist, daß die Mehrheit des deutschen Reichstages, des jetzigen wie der zukünftigen, auch weiteren Rüstungsforderungen der Regierung keinen nennenswerten Widerstand entgegensetzen wird, solange es dieser gelingt, die finanziellen Unterlagen genügend sicherzustellen. Und das wird ihr — auch das möchte ich als eine einfache Tatsache hinstellen — in absehbarer Zeit niemals unmöglich sein. Sehr stark wirkt end-

lich der Umstand ein, daß die große Mehrheit der gebildeten, jedenfalls die der gelehrten Stände, unbedingte, oft fanatische Anhänger einer starken Landrüstung und noch mehr einer ständig wachsenden Flotte sind. Ihnen hat die Regierung noch nicht genug getan, sie mahnen, sie tadeln, sie drängen ohne Unterlaß. Auch die sogenannte schwere Industrie, in der sich der Reichtum Deutschlands zum großen Teil verkörpert, ist eine Vertreterin des Rüstungsgedankens, dem sogar die Großkaufmannschaft nicht völlig abgeneigt gegenübersteht.

Zutreffend hat Sir Edward Grey im Verlaufe der jüngsten Unterhausdebatten diese Verhältnisse geschildert, als er ausführte: „Man darf den einen sehr einleuchtenden möglichen Grund für die Erbauung der deutschen Flotte nicht übersehen, nämlich den, daß eine wachsende Nation wünscht, mächtig zu sein, ohne daß sie doch notwendigerweise Angriffsabsichten verfolgt, noch auch eine bestimmte Gefahr vermeiden will." Wenn durch diese vorsichtige Fassung immerhin noch ein leises Mißtrauen hindurchschimmert, so trifft der folgende Satz den Nagel auf den Kopf: „Ueber Beschränkung der Rüstungen zu sprechen, ist nicht sehr interessant für die deutsche Oeffentlichkeit, wenn die Leute, die darüber sprechen, nicht genau sagen können, was sie wollen. Auf welcher Basis wünschen Sie, daß Abkommen getroffen werden, der Gleichheit oder der Ueberlegenheit der britischen Flotte?" Ich irre mich bestimmt nicht, wenn ich behaupte, daß weder die deutsche Regierung noch die Mehrheit des deutschen Reichstages einem Abkommen zustimmen würden, durch das der britischen Flotte ein bestimmtes Maß von Ueberlegenheit dauernd und vertragsmäßig gesichert würde. Demgegenüber steht nun die Ansicht Lord Haldanes, eines der deutschfreundlichsten der englischen Staatsmänner: „unsere Macht zur See ist unser Leben".

Damit ist das Wettrüsten gegeben, ist für längere Zeit unabwendbar. Die deutsche Flotte hat noch nicht den Gipfelpunkt ihres Wachsens erreicht, die englische wird mit Zähigkeit ihren augenblicklichen Vorsprung festzuhalten versuchen. Beide Regierungen werden freilich jedesmal, und wahrscheinlich mit voller Aufrichtigkeit, versichern, daß sie keine aggressiven Absichten verfolgen.

In der Tat: die Aussichten für vertragsmäßige Rüstungsbeschränkungen sind zurzeit trostlos.

Hat aber darum der Pazifismus Schiffbruch gelitten?

Das kann er nicht, denn er vertritt die höhere Entwicklungsstufe der Menschheit, ist der Prophet der Zukunft. Mag er auch erst in Jahrhunderten erscheinen, kommen wird er jedenfalls, der schöne Tag, der die Menschheit in einer großen Friedensorganisation eint und die Interessenkämpfe, die niemals ruhen werden, hinüberführt aus dem Gebiete blutiger Gewalt in das des Intellekts und der Sittlichkeit.

Inzwischen, meine ich, darf der pazifistische Gedanke mit seinen bisherigen Fortschritten ganz zufrieden sein.

Die Rüstungen bekämpfen heißt schließlich das Symptom bekämpfen und nicht der Krankheit selbst zu Leibe gehen. Die Symptome werden nicht schwinden, solange die Krankheit besteht.

Das heißt natürlich nicht, daß man nicht unaufhörlich die Nachteile und schweren Lasten betonen soll, die das Wettrüsten den Völkern auferlegt, und auf die Gefahren hinweisen muß, die daraus für den Frieden der Welt entstehen.

Der Hauptkampf muß diesen Gefahren selbst gelten.

Und hier sind wir wesentlich vorwärts gekommen. Gewiß, es gibt noch immer Rückfälle; der Zug Italiens nach Tripolis ist ein solcher; das zerschlissene Mäntelchen der Zivilisation muß sein rabulistischer Anwalt sein, wie es zu allen Zeiten die Missetaten der Kulturvölker gegen die „Wilden" gedeckt hat.

Aber davon abgesehen, hat sich doch ergeben, daß das Gewissen der Staatsmänner bei allen großen Staaten der Erde allmählich schärfer geworden ist, daß sie sich ihrer Verantwortlichkeit mehr und mehr bewußt geworden sind. In den letzten Jahren hat es mehr als eine Gelegenheit gegeben, wo eine kriegerische Lösung nahe lag, aber die leitenden Männer sind immer noch vor dem schweren Entschlusse zurückgeschreckt. Auch sie gelangen mehr und mehr zur Ueberzeugung, daß der mögliche Gewinn meist nicht den hohen Einsatz lohnt, daß selbst ein siegreicher Krieg vielleicht die äußere Machtstellung des Staates erhöhen mag, der Wohlfahrt des einzelnen, dem Glück und dem Reichtum der Masse aber nicht dient. Im Gegenteil. Die meisten siegreichen Kriege — den von 1870/71 nicht ausgenommen — haben dem Volke vermehrte Lasten gebracht. Gegenüber dem phantastischen Begriffe des Staates als eines besonderen, idealen, beinahe göttlichen Kollektivwesens bricht sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß Staat und Volk letzten Endes identisch sind, daß der Staat nicht Selbstzweck ist, sondern seine Aufgabe nur erfüllt, wenn er der größtmöglichen Menge von Einzelindividuen das höchstmögliche Maß irdischer Glückseligkeit verschafft.

Mit dieser Erkenntnis ist viel gewonnen; sie dient offenbar in hohem Maße dem Fortschritte der Friedensidee.

Man sagt, daß die Kriege heutzutage mehr dem ungestümen Drange, den Leidenschaften der Völker als den kühlen Berechnungen der Staatsmänner entspringen. Leider

haben die Völker noch nicht diesen Einfluß auf den Gang der Dinge; jene Lehre entspringt viel eher dem Wunsche der Regierenden, ihre Verantwortlichkeit durch eine höhere Instanz gedeckt zu sehen. Eine Instanz, die sie allerdings immer nur anerkennen, wenn ihre eigene Unfähigkeit, Schwäche, Eitelkeit und Ruhmsucht wieder einmal verschiedene Fenster im Hause der Menschheit zerbrochen haben! Nicht einmal in England ist die Masse des Volkes eingeweiht und mächtig genug, einen von den Regierungen vom Zaune gebrochenen Krieg verhindern zu können. Trotzdem soll nicht geleugnet werden, daß der indirekte Einfluß der Volksstimmung ein bedeutender sein kann; und gerade auf diesem Gebiete haben die Friedensbestrebungen zweifellos große Erfolge errungen. Zumal in den beiden, von gegenseitiger Rivalität am meisten erfüllten Staaten, in Deutschland wie in England, bricht sich mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn, daß ein Krieg beiden verderblich sein müßte. Sind sie doch glücklicherweise zu gleicher Zeit einander die besten Abnehmer. Der Handel wirkt in eminentem Sinne friedenstiftend, auf ihm beruht ein Teil unserer Hoffnung, daß der bewaffnete Zusammenstoß zwischen beiden Völkern dennoch wird vermieden werden. Nur eine ganz kleine Sippe von Interessenten könnte diesseits wie jenseits des Kanals aus ihm vielleicht schnöden Gewinn ziehen, die große Mehrzahl der Engländer wie der Deutschen muß notwendigerweise darunter schwer leiden, teilweise wirtschaftlich zugrundegehen, auf wessen Seite sich auch der schließliche Sieg neigen mag.

Noch mehr aber hat die Friedensidee praktischen Nutzen von einer politischen Entwicklung gezogen, die ursprünglich kaum für diesen Zweck in die Wege geleitet war. Ich meine die Gruppierung der europäischen Staatenwelt in zwei große Bünde oder „Ententen", die deutsch-österreichisch-italienische Masse auf der einen, die französisch-russisch-englische auf der anderen Seite. Das Bestimmende hierbei ist, daß beide Gruppen vorwiegend defensive Tendenzen haben, und daß kein Angreifer mit einiger Sicherheit auf die Unterstützung durch seine Freunde rechnen kann. Hier haben wir die ersten rudimentären Anfänge einer Staatenorganisation, die in ihrem Fortgange mehr und mehr auf Verhinderung der Kriege hinwirken wird. Und gerade, daß jene beiden Gruppen so locker geeint sind, ermöglicht Verständnisse über die Grenzen hinüber: Wie Italien mit Frankreich, so tanzt Rußland mit Deutschland seine Extratouren; wie denn andererseits erhebliche Gegensätze auch innerhalb der beiden Gruppen ausgeglichen werden mußten und fortdauernd auszugleichen sind.

Die Entwicklung der Dinge auf Erden geht ja meist nicht geradlinig, sondern in Schneckenlinien vor sich. In den bisherigen Ergebnissen dieser „Ententen" sehen wir eine Kurve, deren Windungen schließlich den Zielen des Pazifismus sich nähern werden. Die Gefahr kriegerischer Zusammenstöße geht denn in Wahrheit weniger von diesen großen, anscheinend so gegensätzlichen Massierungen aus, als vielmehr von der kleinen, außerhalb stehenden Staatenwelt. Es ist immer noch mehr damit zu rechnen, daß ein großes Feuer auf den Höhen des Balkans als an den Gestaden der Nordsee aufflammen und sich verheerend weiterverbreiten mag. Je mehr die kleinen Staaten allmählich entweder neutralisiert oder den großen Gruppen angegliedert werden, um so mehr wird die Möglichkeit friedlichen Ausgleichs der Interessengegensätze wachsen.

Und zugleich auch der Tag näher rücken, wo mit größerer Aussicht auf Erfolg über Rüstungsbeschränkungen und Schiedsgerichte verhandelt werden kann. Wenn schon jetzt der Gedanke einer internationalen Seepolizei keine Utopie mehr ist, die den Handel der Neutralen besser als gegenwärtig zu schützen bestimmt wäre und das Durchsuchungsrecht der Kriegführenden auf die Nähe der beiderseitigen Küsten beschränken sollte, so könnte sich daraus im Laufe der Zeit die Möglichkeit einer internationalen Polizeimacht überhaupt ergeben, die den Urteilen der Schiedsgerichte Gehorsam zu erzwingen vermöchte.

Und dann werden wir allmählich von selbst zur Abrüstung gelangen, je mehr der schwere Panzer, der jetzt die Glieder aller Völker schnürt und beengt, sich als überflüssig erweist. Je mehr der Machtstandpunkt auch in den internationalen Beziehungen dem Recht und der Billigkeit weichen muß!

Zur Genfer Tagung der Interparlamentaristischen Union.

Von Dr. Hans Wehberg, Düsseldorf.

Die vom 18.—20. September d. J. in Genf stattfindende Versammlung der Interparlamentarischen Union wird u. a.[1]) über die Probleme der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit höchst wichtige Beschlüsse zu fassen haben. Angesichts der ruhmvollen Anteilnahme, die die Vereinigung der Parlamentarier, an der Errichtung des Haager ständigen Schiedshofes genommen hat, ist es von Wichtigkeit, sich schon jetzt mit der voraussichtlichen Stellungnahme der Genfer Ver-

*) Ein anderes Problem der Genfer Konferenz, nämlich die Schaffung eines ständigen Organes für die Vorbereitung der Haager Konferenzen, habe ich in Nr. 4 der „Revue Générale de droit intern. public" (1912) behandelt. Vgl. bezüglich der Verhandlungen der Union über den Luftkrieg „la réglementation de la guerre des airs" von Baron Stael-Holstein (Haag, 1911).

sammlung der Interparlamentarischen Union zu beschäftigen. Die vom Interparlamentarischen Rate genehmigte Resolution Zorn schlägt die Schaffung eines Weltschiedsvertrages vor und erklärt dann weiter: „Der Haager ständige Schiedshof hat sich in der ihm von der ersten Haager Friedenskonferenz gegebenen Form gut bewährt. Zu empfehlen wäre jedoch die Schaffung eines Gerichtshofes für die Streitfragen des internationalen Privatrechts —" (genauer: „Zu empfehlen wäre jedoch das Studium eines Gerichtshofes —").

Mit den Worten Zorns ausgedrückt, soll dieser letzte Absatz heißen: „Der Haager ständige Schiedshof genügt zur Erledigung der Staatenstreitigkeiten vollkommen, und ein neuer, wahrhaft ständiger Gerichtshof ist überflüssig. Nur ein Gerichtshof für die Fragen des internationalen Privatrechts wäre wünschenswert." Aehnlich denken ungefähr Beernaert und v. Plener, die ebenfalls Gegner eines ständigen Staatengerichtshofes sind.

Nun muß man sich aber vergegenwärtigen, daß die Zornsche Resolution vom Interparlamentarischen Rate genehmigt ist. In ihm sitzen Männer, die sich ganz gewiß ihre Ansicht selbständig bilden und nicht ohne weiteres alles unterschreiben, was ihnen von angesehenen Kollegen wie Beernaert, v. Plener und Zorn vorgeschlagen wird. Berücksichtigt man dies, so könnte man vielleicht in die Resolution den Sinn legen, daß zunächst ein Gerichtshof für die Fragen des internationalen Privatrechts errichtet werden und erst, falls sich dieser bewährt hat, auch ein Staatengerichtshof vorgeschlagen werden soll. Man will also zum Teil den ständigen Staatengerichtshof nicht ablehnen, sondern im Gegenteil zu seiner Errichtung beitragen, indem man zunächst einmal einen speziellen Gerichtshof für ganz bestimmte Fragen befürwortet. Wegen der scharfen Gegnerschaft Beernaerts, v. Pleners und Zorns haben sich vielleicht die Anhänger des ständigen Staatengerichtshofes, die numerisch in der Union recht zahlreich vertreten sind, mit der obigen Fassung der Zornschen Resolution einverstanden erklärt, nachdem in ihr alles gestrichen war, was eine direkte Ablehnung des Staatengerichtshofes bedeuten würde. Aber diese Gruppe hätte dann doch auf eine noch andere Wortfassung dringen müssen. Denn die Worte: „Der Haager Schiedshof hat sich bewährt" lassen sich in jenem Zusammenhange vernünftigerweise nur als Ablehnung des Weltgerichtshofes auffassen. Man kann die schwierige Lage, in der sich die Union wegen der Uneinigkeit ihrer Mitglieder in dieser Frage befindet, sehr wohl verstehen, muß aber dennoch die Zornsche Resolution als im höchsten Grade gefährlich und ungeschickt bezeichnen.

Soweit in der Resolution die direkten Gegner des Staatengerichtshofes zu Worte kommen — und sie kommen dazu deutlicher als die Freunde —, liegt das völkerrechtlich vollkommen Verfehlte der Resolution so auf der Hand, daß darüber nicht viel Worte zu verlieren sind. Ich habe in meinem neuen Buche über den Staatengerichtshof die Einwände gegen dieses Projekt eingehend widerlegt; in ausführlichen Darlegungen habe ich zu dem Stellung genommen, was von Zorn, Beernaert usw. dagegen vorgebracht worden ist. Wenn nun kurz vor der Versammlung der Interparlamentarischen Union dieses Buch erschienen ist, so geht es natürlich nicht an, nun frisch und fröhlich dennoch einen Beschluß zu fassen, in dem der Staatengerichtshof abgelehnt wird; sondern man darf erwarten, daß auf der Versammlung zu Genf meine Einwendungen — nicht mit ein paar Phrasen —, sondern in einer einleuchtenden Weise widerlegt werden. Was Beernaert, v. Plener und Zorn gegen den Staatengerichtshof vorgebracht haben — und wie oft und ausführlich haben sie dazu Stellung genommen! — ist nichts Diskutables und vom völkerrechtlichen Standpunkte aus verfehlt. In einer Frage von so eminent weltpolitischer Bedeutung muß sich die Interparlamentarische Union ihrer Verantwortung vor der Geschichte und den Völkern bewußt sein. Sie sollte sich in Genf der ruhmvollen Tagung von 1895 erinnern und vor allem daran zurückdenken, daß damals beinahe deutsche Delegierte den Stanhopeschen Antrag auf Errichtung eines ständigen Tribunals zu Fall gebracht hätten. Es war die denkwürdige Tagung, als Passy jene Worte sprach: „Man soll niemals nie sagen." Wenn die Union daran zurückdenkt, wird sie davor zurückschrecken, einen so reaktionären, wiederum von deutscher Seite vorgeschlagenen Antrag ohne weiteres anzunehmen. Gleichgültig ist dabei, daß das ganze Problem ja doch erst von einer Kommission beraten werden wird, um eine spätere endgültige Resolution vorzubereiten. Auch die vorläufige Resolution Zorn ist von ganz hervorragender Bedeutung.

Sehr unpolitisch ist nun aber an der erwähnten Resolution noch folgendes. Wie wir wissen, hat die deutsche Regierung noch im vorigen Jahre, also fünf Jahre nach der zweiten Haager Friedenskonferenz, durch den Mund ihres Reichskanzlers die ablehnende Stellungnahme Deutschlands zu dem Probleme eines Weltschiedsvertrages verkünden lassen. Die außerordentlich große Schwierigkeit, Deutschland zu einem anderen Standpunkte zu bringen, ist dadurch klar zutage getreten. Also gehört ein besonderer Takt dazu, um alles Menschenmögliche zu versuchen, Deutschland zu bekehren. Die Resolution zugunsten des Weltschiedsvertrages richtet sich daher vor allem an die Adresse Deutschlands, von dessen Haltung in erster Linie die Lösung der Frage abhängig ist. Nun aber verbindet die Union eine Empfehlung des Weltschieds-

vertrages mit einer Zurückweisung des Antrages, der von Deutschland 1907 warm befürwortet worden ist, nämlich auf Errichtung eines Staatengerichtshofes. Es wird also das, was Deutschland selbst beantragt, für falsch, das, was Deutschland bekämpft, für richtig und empfehlenswert bezeichnet: Wahrlich eine sehr geschickte Art, um Deutschland zum Nachgeben zu veranlassen. Wenn die Bekämpfung der deutschen Stellungnahme in Sachen des Weltschiedsvertrages mit der Zurückweisung einer mindestens ebenso wichtigen, für das Staatenleben dringend erforderlichen Institution verbunden wird, dann kann Deutschland mit Recht sagen: Auf die Ansicht einer Körperschaft, die in einer so eminent wichtigen Frage wie dem Staatengerichtshofe, vollkommen fehl geht, gebe ich auch in der Sache des Weltschiedsvertrages nicht das Mindeste. Und in der Tat: Gegenüber den zahlreichen Angriffen, die die Haltung Deutschlands auf der zweiten Friedenskonferenz erfahren hat, muß doch einmal festgestellt werden, daß die Ablehnung des Weltschiedsvertrages und die Annahme des Weltgerichtshofes ein mindestens ebenso folgerichtiger und logischer Standpunkt ist als die Ansicht derer, die umgekehrt den Weltschiedsvertrag befürworten und den Gerichtshof ablehnen. Wenn Nippold und Zorn der hier zuletzt genannten Meinung sind, so trage ich nicht das geringste Bedenken, heute, wo ich mich jahrelang eingehend mit der Materie befaßt habe, zu erklären: Der offizielle deutsche Standpunkt muß jedem Kenner der Verhältnisse als mindestens ebenso richtig erscheinen.

Die Hauptsache bei der Förderung der friedlichen Verständigung der Staaten ist einmal, den Willen der Regierungen zur friedlichen Erledigung aller Streitfragen zu stärken, dann aber auch diesem Willen die Möglichkeit zu geben, zu einer befriedigenden Lösung aller Streitfragen zu gelangen. Viele sind nun der Meinung, daß ein Weltschiedsvertrag das glänzendste Mittel sei, um die Staaten zu einem immer größeren Gebrauche dieser Institution zu erziehen. Der Segen eines Weltschiedsvertrages ist allerdings unleugbar. Aber bei der heutigen Natur der Staatenanarchie, wo jeder Staat die Klausel der Ehre und der Lebensinteressen geltend machen kann, bleibt doch die Hauptsache nicht der papierne Vertrag, sondern der sich in diesem Vertrage bekundende Wille, der auch ohne diesen Vertrag vorhanden sein und gestärkt werden kann. Wie sehr auch die in einem Weltschiedsvertrage hervortretende juristische Bindung einer von Fall zu Fall eintretenden freiwilligen Unterwerfung bedeutend vorzuziehen ist, so kann sich doch die juristische Bindung nur auf Fragen zweiten Ranges erstrecken, während bei der freiwilligen Unterwerfung auch die schwierigsten Fragen dann einem Gerichtshofe unterworfen werden können, wenn die Parteien darüber einig sind. Erleichtern wir nun die freiwillige Unterwerfung von Streitfragen an ein Schiedsgericht, indem wir ein ständiges, unparteiisches Tribunal schaffen, dann wirken wir für die Erledigung auch der großen Konflikte, während ein Weltschiedsvertrag heute nur sekundäre Hälle umfassen würde. So sehr ich daher auch in der Frage des Weltschiedsvertrages anderer Meinung bin als die deutsche Regierung, so erkenne ich doch an, daß ihre Haltung einer mindestens ebenso logischen und klaren Einsicht in das Wesen des Völkerprozesses entspricht, wie diejenige Zorn und Nippolds. Denn mindestens ebenso wichtig als die Verpflichtung der Staaten, Fragen zweiten Grades schiedsrichterlich erledigen zu lassen, ist die Schaffung eines unparteiischen Organes, dem die Staaten vertrauensvoll auch schwierigere Konflikte überweisen können. Sehr fein hat Professor Kaufmann (Kiel) in seinem Buche „Das Wesen des Völkerrechts und die clausula rebus sic stantibus" (1911, S. 6) bemerkt: „Die weiteren Fortschritte des Schiedsgerichtsgedankens hängen von keinen juristischen Fragen und Formulierungen ab, wie seine Fanatiker noch immer glauben, sondern allein davon, ob es möglich sein wird, Richter zu finden, die soweit historisch und politisch gebildet sind, daß ihnen auch Fragen nicht zweiter Ordnung von den Staaten anvertraut werden können." Allerdings geht Kaufmann in der Ablehnung des Weltschiedsvertrages vollkommen fehl.

Die Freunde des Staatengerichtshofes innerhalb der Union suchen nun die Zornsche Resolution durch folgendes zu rechtfertigen. Man erklärt, es sei heute unmöglich, in der Frage der Zusammensetzung des ständigen Gerichtshofes eine Einigung zu erzielen; zudem seien 1907 die meisten Staaten nur deswegen für den höchsten Gerichtshof eingetreten, weil sie gewußt hätten, daß man über seine Besetzung doch nicht klar geworden wäre; aus diesen Gründen sei noch viel Opposition gegenüber dem Staatengerichtshofe zu überwinden, und es sei empfehlenswert, vorläufig nur die Errichtung eines Gerichtshofes für Fragen des internationalen Privatrechts vorzuschlagen. Diese Auffassung ist geradezu seltsam und schon durch das Eintreten so zahlreicher Staaten für einen internationalen Prisenhof widerlegt. Selbst wenn es aber richtig wäre, daß die Mehrzahl der Staaten gar nicht auf dem Boden des Weltgerichtshofes standen, so muß es doch als taktisch verfehlt bezeichnet werden, die Staaten nicht bei ihrer Befürwortung des Weltgerichtshofes festzuhalten, sondern statt dessen höchst künstlich eine

Opposition derselben gegenüber dem Weltgerichtshofe zu konstruieren. Wenn man schließlich so vorsichtig vorgehen will, dann ist diese Vorsicht bei der Schaffung eines Weltschiedsvertrages konsequenterweise auch nicht zu entbehren. Denn hier ist zweifellos, daß einige Großmächte dieses Problem a fundo ablehnen. Uebrigens kommt, wie bereits betont, diese Auffassung der Freunde des Staatengerichtshofes in der Zornschen Resolution nicht zum klaren Ausdruck.

Wenn es richtig ist, daß die Einigung der Staaten über die Besetzung des Weltgerichtshofes nicht leicht zu erzielen sein wird, dann darf man um so weniger anderswo neue Schwierigkeiten anhäufen; dann gilt es, das Grundprinzip mit um so größerer Schärfe zu betonen. Dies wäre die einzige Stellungnahme der Interparlamentarischen Union, die ihrer großen Vergangenheit entspräche.

Der neue Weltgerichtshof soll zwar in erster Linie für juristische Streitfragen kompetent sein; für den Kenner der Verhältnisse kann es aber keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Gerichtshof, falls er sich bewährte, bald auch in den schwierigsten Konflikten benutzt werden würde. Es gilt also, eine Institution zu schaffen, mit Hilfe derer einmal immer bedeutendere Streitfragen richterlich erledigt werden können. Das ist eins der großen Ziele der folgenden Haager Friedenskonferenz.

In einer Frage von so gewaltiger Bedeutung kann man aber nicht mit einer Resolution kommen, die erstens zweideutig ist und, selbst wenn sie nicht gegen den Gerichtshof gedeutet werden soll, in höchst kompromißartiger Natur alle verschiedenen Ansichten der Union zu vereinigen sucht. Hier ist ein Kompromiß eine unverzeihliche Schwäche, und eine klare, deutliche Stellungnahme zugunsten des Weltgerichtshofes müßte von denen durchgedrückt werden, die in Erkenntnis der gegenwärtigen Lage Freunde des Gerichtshofes sind.

So ergeht denn vor der Genfer Tagung an die Mitglieder der Interparlamentarischen Union die ernste Mahnung, sich gegenüber der Zornschen Resolution, soweit sie den Staatengerichtshof bekämpft, ablehnend zu verhalten und den neuen Gerichtshof mit Begeisterung zu befürworten. Ein anderer Beschluß ist nicht zu rechtfertigen, weder nach dem heutigen Stande des Völkerrechts noch nach der Stellungnahme der Regierungen zu diesem weltbewegenden Probleme.

Zur „Realpolitik und Friedensbewegung."

Offener Brief an Herrn Dr. Hans Wehberg, Düsseldorf, von Anna B. Eckstein, Boston-Coburg.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Gestatten Sie, daß ich heute tue, was ich schon sehr lange tun will, auch damals auf dem Wege von London her mit beabsichtigte, nämlich daß ich Ihnen danke und meine innige Freude ausspreche darüber, daß Sie sich uns Friedensfreunden angeschlossen haben.

Wie Sie in Ihrem Artikel „Realpolitik und Friedensbewegung" in der „Friedenswarte" vom Juli 1912 so richtig sagen, „ist es psychologisch von ungeheurer Bedeutung, daß sich die angesehenen Männer der Wissenschaft ganz dem Pazifismus anschließen". Ihr eigener Fall hat ja bereits glänzend bewiesen, welche Förderung der Sache es mit sich bringt.

Ihr Artikel ist mir aus der Seele geschrieben.

Indes über einen Punkt möchte ich mir erlauben, einiges zu sagen.

Sie schreiben: „Daß über die Lebensinteressen eines Staates nur dieser selbst wachen kann, ist für mich, einen erklärten Pazifisten, so selbstverständlich, daß man sich wundern muß, mit welchem Eifer Zorn dies ausspricht."

Ich für meinen Teil wünschte wohl, daß jeder für die Friedenssicherung Arbeitende, der dieser Ueberzeugung ist, sie mit derselben Entschiedenheit wie Prof. Dr. Zorn ausspräche.

Denn hier handelt es sich ja nicht um das „Herausgreifen irgendeines von den zahlreichen Mitteln, die bisher zur Realisierung der Friedensidee vorgeschlagen worden sind," bei denen es ziemlich gleichgültig ist, ob man sie für utopistisch oder für durchführbar hält, sondern um eine Kernfrage. Dürfte es doch von der Entscheidung über die Frage, ob über die Lebensinteressen eines Staates dieser unter allen Umständen allein zu bestimmen hat, oder ob einem internationalen Schiedsgerichte die Befugnis einer höheren Instanz einzuräumen ist, abhängen, wann seitens der Haager Signatarmächte der erste praktische Schritt getan, nämlich ein Weltvertrag abgeschlossen werden wird, welcher die logische Vorbedingung ist zu einem Stillstande im Wettrüsten der Staaten.

Was im besonderen mich zu dem geäußerten Wunsche veranlaßt, ist die Erfahrung, die ich in den verschiedenen Ländern durch meine sich nunmehr auf mehrere Jahre erstreckende Werbearbeit für die „Weltpetition zur Verhütung des Krieges zwischen den Staaten" gewonnen habe.

Dabei gehe ich allerdings von der Annahme aus, daß Ihre und Herrn Professor Dr. Zorns Auffassung von dem, was die „Lebensinteressen" eines Staates sind, sich deckt mit der Auffassung, die dem in Form der Weltpetition gemachten Antrage zugrunde liegt. Der Klarheit halber möchte ich mir eine Darlegung der letzteren Auffassung und des Antrages selber erlauben.

Das Wort „Lebens"-Interessen besagt, daß es Interessen sind, von denen das Leben eines Staates abhängt, mit deren Verlust also ein souveräner Staat aufhören würde, ein souveräner Staat zu sein. Die Geschichte lehrt uns: Interessen, von denen dies zutrifft, sind Autonomie und Gebietsbestand. Die Delegation der Regierung von Korea z. B. war ebenso wie die Delegationen der südamerikanischen Republiken usw. vor der zweiten Haager Friedenskonferenz nach dem Haag gekommen, um in die Gemeinschaft der Haager Signatarmächte aufgenommen zu werden, damit auch sie ihre Stimme bei den gemeinsamen Beratungen und Beschließungen abgeben könnten. Aber Koreas Delegierte flehten umsonst. Warum? Die Autonomie war Korea durch die Japaner entzogen worden. Das Kaiserreich Korea hatte aufgehört, ein unabhängiger Staat zu sein. Seine Berechtigung, im Staatenkonzerte seine Meinungen und Forderungen geltend zu machen, war dahin. Der Gebietsbestand des Polenreiches wurde geteilt: die polnische Nation hat aufgehört, eine unabhängige Nation zu sein.

Wenn man nun bedenkt, daß es in Zukunft jedem anderen Staate ergehen kann, wie es Polen und Korea ergangen ist, wenn seine Autonomie und sein Gebietsbestand nicht unbedingt geschützt sind, so wird in keines Denkenden Kopfe, in keinem Herzen, in welchem auch nur ein Fünkchen Vaterlandsliebe glüht, ein Zweifel darüber sein, daß, wenn an Stelle der historischen internationalen Gewaltordnung eine internationale Rechtsordnung treten soll, und wenn die verantwortlichen Leiter der Staaten dem neuen Regime Vertrauen entgegenbringen sollen, die Grundlage desselben darin bestehen muß, daß sämtliche Haager Signatarmächte sich wechselseitig das Recht zuerkennen, in Fragen ihrer Autonomie und ihres territorialen Besitzstandes unter allen Umständen der alleinige Richter, die höchste Instanz zu sein.

Mit anderen Worten: Die Haager Signatarmächte müssen sich wechselseitig das natürliche Recht auf Selbsterhaltung als das unantastbare Recht jedes einzelnen Staates zugestehen.

Keineswegs aber soll und wird die wechselseitige Anerkennung des natürlichen Rechtes der Staaten auf Selbsterhaltung eine starre Festlegung des Status quo der politischen Karte unserer Erde bedeuten.

Veränderungen soll und wird es trotz der wechselseitigen Anerkennung des Selbsterhaltungsrechtes geben.

Diese Veränderungen werden jedoch zustande kommen müssen, entweder im Wege friedlicher Verständigung, wie dies bei der Trennung zwischen Schweden und Norwegen geschehen, oder im Wege direkter diplomatischer Verhandlungen über Aequivalentenaustausch, wie bei der Veränderung der Staatszugehörigkeit Alaskas und Helgolands und beim deutsch-französischen Marokko-Abkommen vom 4. November 1911; oder diese Veränderungen können auch durch schiedsrichterliche Entscheidung herbeigeführt werden, falls die am gegebenen Falle beteiligten Staaten diesen Weg den beiden anderen vorziehen. Immer muß aber Voraussetzung bleiben, daß in jedem gegebenen Falle die beteiligten Staaten allein das Recht haben, die Veränderung und den Weg der Veränderung zu bestimmen oder zu verweigern.

Aber nicht nur hat die Anerkennung dieses Rechtes ihre Begründung im Naturtriebe der Selbsterhaltung, es spricht auch ein ethischer Grund dafür. Der nämlich, daß, solange sich kein anderer Staat einmischt, bei der Wahrung seiner Autonomie und seines Gebietsbestandes an sich ein Staat von keinem andern abhängt, also keine sittliche Veranlassung dazu vorliegt, daß über dem Staate das Schiedsgericht als höhere Instanz stehen sollte. Das Verhältnis bei den Lebensinteressen ist ein ganz anderes als bei den Entwicklungsinteressen. Bei der Wahrung seiner Entwicklungsinteressen ist jeder Staat von den anderen Staaten abhängig und wird mit jedem Jahre abhängiger. Die Solidarität zieht ihre Bande immer fester. Durch die moderne Entwicklung der Lebensverhältnisse braucht jeder Staat, der eine mehr, der andere weniger, von anderen Staaten Rohstoffe, die das eigene Gebiet nicht oder nicht in genügenden Massen hervorbringt; er braucht jenseits seiner Grenzen Absatzgebiete für seine Bergbau-, Ackerbau- und Industrieprodukte; er braucht jenseits der Grenzen Kredit usw. usw. Immer sind bei der Wahrung dieser Kategorie von Interessen andere Staaten oder ist zum mindesten ein anderer Staat in Mitleidenschaft gezogen, so daß hier der Staat nicht die höchste Instanz sein kann, sondern über demselben das internationale Schiedsgericht stehen muß, wenn auch hier die Gewaltordnung einer sittlich begründeten internationalen Rechtsordnung Platz machen soll.

Entwicklungsinteressen wie die genannten sind internationale Interessen, und für internationale Interessen wird als höchste Instanz das internationale Schiedsgericht gelten müssen. Lebens- oder Selbsterhaltungsinteressen hingegen sind rein nationale Interessen, und für nationale Interessen gilt und wird als höchste Instanz gelten müssen dar Staat.

Gemäß dieser Auffassung hat der Weltpetitionsantrag folgenden Wortlaut:

„An die Hohen Regierungen
der bei der dritten Haager Friedenskonferenz vertretenen Staaten.

In der Ueberzeugung, daß die Sicherung der internationalen Interessen durch Verträge und gegebenenfalls durch Schiedsspruch das Bedürfnis zu den Rüstungen verringern und infolgedessen eine allmähliche Rüstungsverminderung und damit eine Besserung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Völker herbeiführen wird,

in der Absicht, den Hohen Regierungen für die in dieser Richtung bereits getanen Schritte unsern Dank zu bekunden und weiteres gemeinsames Vorgehen zu unterstützen,

beantragen wir, die Unterzeichneten, Angehörige der verschiedenen Staaten der Erde, ehrerbietigst und dringend, es möchten auf der dritten Haager Friedenskonferenz Konventionen abgeschlossen werden, kraft deren sich sämtliche Haager Signatarmächte verpflichten, etwaige Veränderungen am status quo der Autonomie und des territorialen Besitzstandes der Staaten ausschließlich durch Verträge herbeizuführen, welche unter freiwilliger Zustimmung aller am gegebenen Fall beteiligten Staaten abgeschlossen werden; ferner auch alle anderen internationalen Interessen tunlichst durch Verträge zu sichern und Streitigkeiten, die nicht im Wege diplomatischer Unterhandlungen beigelegt werden, einem zur Wahrung des status quo der Autonomie und des territorialen Besitzstandes der Staaten verpflichteten internationalen Schiedsgerichte zu unterbreiten."

Auf die Frage, die, wenn ich derselben nicht vorgreife, mir bei einer freien Aussprache nach Vorträgen wohl am häufigsten gestellt wird, die Frage: Was bürgt nach der Abschließung des Weltvertrages für die Vertragstreue, von der doch letzten Endes abhängt, ob der Weltvertrag seinen Zweck, einen allgemeinen Rüstungsstillstand herbeizuführen, erreichen wird oder nicht? ist folgendes meine Antwort:

Für Vertragstreue wird bürgen: erstens die nationale Ehre der Staaten, zweitens ihre wirtschaftliche Not und drittens eine internationale Exekutivgewalt.

Jede der Haager Signatarmächte, die freiwillig sich dem Weltvertrage anschließt, und anders als durch freiwillige Anschließung dürfte er ja nicht zustande kommen, übernimmt mit der Ratifikation des Weltvertrages die nationale Ehrenpflicht, unter keinen Umständen den Weltvertrag zu brechen. Sodann gebietet unbedingt Vertragstreue das Interesse, das jeder Staat daran hat, der Befreiung von dem Alp einer Aussicht auf uferlose Rüstungsvermehrung einerseits und dem Gewinn unermeßlichen Reichtums andrerseits, kein Hindernis in den Weg zu legen. Schließlich, um jeder Möglichkeit eines Vertragsbruches wirksam vorzubeugen, brauchen sich im Anschluß an den Weltvertrag die Staaten nur wechselseitig zu verpflichten, gegen denjenigen Staat (oder diejenige Staatengruppe), der sich in bezug auf den Weltvertrag des Vertragsbruches schuldig macht, Schutzzölle zu errichten, die die Ausfuhr seiner Bergbau-, Ackerbau- und Industrieprodukte abschneiden, ihm den Kredit entziehen usw. usw., kurz gemeinschaftlich den allgemeinen Boykott über ihn zu verhängen. Diese von sämtlichen freien Staaten freiwillig geschaffene internationale Obergewalt wird sich als zuverlässig wirksames Vorbeugungsmittel erweisen. Dazu kommt eine weitere äußerst wichtige Eigenschaft, die nämlich: die Vorbereitung zum allgemeinen internationalen Boykott kostet nichts!

Diese Idee, den Boykott im Anschlusse an einen Weltvertrag als internationale Oberschutz- und Exekutivmacht zu verwenden, eine Einrichtung, die von sämtlichen freien Staaten freiwillig beschlossen würde, zu einem „international gültigen Rechtsspruch", zum Gesetze gemacht würde, ist nicht zu verwechseln mit der Idee, den Boykott als Erpressungsmittel zu benutzen. Diese Idee befürworten, wäre verwerflicher als zum Kriege hetzen.

Wie bereits gesagt, bin ich von der Annahme ausgegangen, daß die im obigen dargelegte Auffassung von den „Lebensinteressen" im Einklang steht mit der Ihrigen und des Herrn Professors Dr. Zorn, als ich den Wunsch aussprach, es möchte jeder für die Friedenssicherung Arbeitende, der diese Auffassung teilt, sie mit derselben Entschiedenheit kundtun wie Professor Dr. Zorn. Und in der Voraussetzung, daß meine Annahme richtig ist, möchte ich Ihnen mitteilen, wieso meine im Zusammenhange mit der Weltpetition gewonnene Erfahrung mich zu dem geäußerten Wunsche veranlaßt.

Daß es von den erklärten wie den nicht erklärten Pazifisten, denen bis jetzt die Weltpetition unter die Augen gekommen, wohl den meisten ergeht wie Ihnen, d. h. daß es für sie ganz „selbstverständlich" ist, daß über die Lebensinteressen eines Staates nur dieser selbst wachen kann, das beweisen die zahlreichen Unterschriften, die bis jetzt aus den verschiedenen Ländern, aus Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich, Italien, der Schweiz, Schweden, Dänemark, Holland, Belgien, Amerika usw. zusammengekommen sind. Es ist u. a. geschen, daß eine angesehene Familie in England allein 4575 Unterschriften gesammelt hat; noch mehr hat eine große oberösterreichische Handelsfirma zusammengebracht; unlängst sandte mir ein Herr aus Deutschland 1035 Unterschriften, die Frucht seiner mehrmonatigen Bemühungen; und eben erst brachte mir die Post die Mitteilung, daß in England ein Oberlehrer einer höheren Lehranstalt für Knaben der einen der Londoner Sammelstellen 600 persönlich gesam-

melte Unterschriften eingereicht hat, und einen weiteren Brief von Herrn Fritz Decker-Düsseldorf, der in selbstlosester Weise die Hauptsammelstelle für Deutschland eingerichtet hat und besorgt. In diesem Briefe schließt Herr Decker einen höchst erfreulichen Bericht über das Einlaufen von mit Unterschriften bedeckten Weltpetitionsbogen mit den Worten: „Es ist überhaupt jetzt, wie wenn im Frühling das Eis schmilzt. An allen Orten kracht das Eis der Teilnahmlosigkeit." Daß auch Präsident Taft und Staatssekretär des Auswärtigen Mr. Knox zu denen zählen, denen es ergeht wie Ihnen, beweisen zwei Briefe — der eine ein vom Präsidenten Taft gezeichneter, der andere ein offizielles Schreiben von dem Staatssekretär des Auswärtigen, Mr. Knox — welche vor ungefähr einem Jahre ein englischer Herr erhalten hat, nachdem er dem Präsidenten Taft einen Weltpetitionsbogen, auf dem sich die Unterschriften von 17 englischen Parlamentsmitgliedern befanden, zur Kenntnisnahme gesandt hatte. Usw. usw.

Aber es gibt gerade unter den erklärten Pazifisten, wie Sie ja auch in Ihrem Artikel bemerken, auch solche, die „das Lebensinteresse der Staaten schon heute dem Urteile eines Schiedsgerichtes unterwerfen wollen". Das kann man gelassen auf sich beruhen lassen. Darin stimme ich mit Ihnen überein.

Wenn es jedoch auf jener Seite an Duldsamkeit gebricht, wenn einige Pazifisten durch Argumentationen, die ein unglaubliches Durcheinander sind von Denkfehlern und Trugschlüssen auf den Gebieten nationaler und internationaler Angelegenheiten, der geschichtlichen Vergangenheit und der Zukunft, des Gewollten, des Bestehenden und des Möglichen, die öffentliche Meinung zu verwirren und die Unterzeichnung der Weltpetition zu verhindern suchen; wenn man sich hinreißen läßt, derartige Argumentationen im Pariser „Radical" zu veröffentlichen unter den Kopflinien „Une Pétition contre la Justice internationale" und „La Pétition contre l'Arbitrage international", um am Schlusse eines der Artikel auszurufen: „Le pacifisme français ne marchera pas, non plus que le pacifisme universel"; wenn man den Zeit- und Geldaufwand nicht scheut, die Zeitungen mit diesen Artikeln und eine in demselben Sinne eigens verfaßte Broschüre in alle Welt hinauszusenden; wenn man nicht einmal vor dem gefährlichen, chauvinistischen Mittel haltmacht, Wunden der Volksseele aufzureißen und für die eigenen Zwecke auszunutzen, so werden Sie meinen Wunsch, die angegriffene Richtung möchte ihre Ueberzeugung mit mehr Nachdruck äußern, begreiflich finden. Freilich läßt sich einwenden, es sind doch nur einige wenige Pazifisten, die solche Angriffe für geboten hielten. Allerdings. Auch haben unsere zahlreichen französischen Gesinnungsfreunde und -freundinnen durch ihr tapferes und hingebungsvolles Eintreten für die Weltpetition, durch ihre hervorragenden Kenntnisse und durch Versöhnlichkeit den Frieden im Pazifistenlager wiederhergestellt und bewirkt, daß im Unterzeichnen der Weltpetition — le pacifisme français marche nach wie vor. Ich möchte mir keine Gelegenheit entgehen lassen, diese Tat der französischen Friedensfreunde und ihrer Landsleute tief dankbaren Herzens hervorzuheben. Es würde hier zu weit führen, eingehender den großen Anteil zu würdigen, den die Friedensfreunde in Paris und in den Provinzen in Nord und Süd, in Ost und West an den bisherigen Erfolgen der Weltpetition haben. Das muß ich mir für andere Gelegenheiten aufsparen. Nur einige Namen, die auch außerhalb Frankreichs allgemein bekannt sind, seien herausgegriffen: der nun verstorbene und tiefbetrauerte große Menschenfreund und Gelehrte Frédéric Passy, Professor Paul Allégret, Advokat am Appellationsgerichtshofe zu Limoges, Prof. Dr. Ch. Richet von der medizinischen Fakultät in Paris, Vorsitzender der „Société française pour l'arbitrage entre nations", Prof. Dr. Ruyssen von der philosophischen Fakultät in Bordeaux, Vorsitzender der viele Ortsgruppen zählenden „Association de la paix par le droit", Professor Dr. J. Prudhommeaux, Versailles, Staatsanwalt Jacques Dumas, Versailles, Doktor und Madame Puech, Paris, Herr Ingenieur Vanderpol, Lyon, Vorsitzender der „Katholischen Friedensliga", Prof. Dr. Desdevises du Dezert, Dekan der philosophischen Fakultät in Clermont-Ferrand, Herr Kaufmann Launе in Nimes u. v. a. m. Und Senator Baron D'Estournelles de Constant, der hervorragende, für die Friedenssicherung unermüdlich tätige Diplomat, hatte mir in liebenswürdiger Weise nicht nur für die ganze Dauer meines Aufenthaltes in Frankreich die schönen Räume der Carnegie-Friedensstiftung in Paris zur Verfügung gestellt, er hat auch außerdem meiner Arbeit praktische Unterstützung zugewendet.

Achtunggebietend war immer das Wirken der genannten Friedensfreunde und ihrer Anhänger. Wer auf dem Standpunkte der Ideen steht, die auch durch die Weltpetition vertreten werden, wird ihnen in höherem Maße als je Achtung und warmen Dank entgegenbringen.

Doch obgleich der pazifistische Streit im Wege friedlicher Verständigung beigelegt ist, obgleich le pacifisme français marche und, wenn nicht alle Anzeichen trügen, auch le pacifisme universel, so ist doch zu bedenken, daß die organisierte Friedensbewegung noch sehr jung ist, daß ihr gegenüber noch viel Gleichgültigkeit und Gegnerschaft besteht, daß daher, was ihre Bestrebungen anbetrifft, die Geister in den verschiedenen Ländern leicht irregemacht werden können und wegen der bestehenden Vorurteile und Wunden, welche

die historische internationale Gewaltordnung uns als Erbe hinterlassen hat, für Verhetzungen sehr empfänglich sind. Es wird daher psychologisch nicht nur „von ungeheurer Bedeutung sein, daß sich die angesehenen Männer der Wissenschaft ganz dem Pazifismus anschließen," sondern auch daß alle Pazifisten, und besonders die angesehenen Männer der Wissenschaft, die „die vernünftigen Forderungen eines Staates, die seine Existenz und seine Lebensbedingungen sichern, nicht bekämpfen," ihre diesbezüglichen Ueberzeugungen möglichst häufig eingehend und entschieden aussprechen. Unendlich viel wird das dazu beitragen, „den Blick sämtlicher Staaten so zu schärfen, daß sie das Lebensinteresse anderer achten". Und „die Idee, von der das Wohlergehen der Menschheit abhängt," wird vorankommen.

Möge Ihr gutes Beispiel und das gute Beispiel Professor Dr. Zorns in allen Ländern zahlreiche Nachahmung finden.

Noch einmal der Zweckverband Europa.

Von Geh. Sanitätsrat Dr. Konr. Küster, Berlin.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo Böttger hat in seinem Buche „Die Industrie und der Staat" (Tübingen Mohr 1910) Grundsätze zum Ausgleich der Gegensätze zwischen Staat und Industrie und zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber niedergelegt. Diese sind auch in weiterem Umfange anwendbar und erweisen sich geradezu als der archimedische feste Punkt, von dem aus die Gegensätze in der Welt geregelt werden können. Die Grundsätze bestehen in der Forderung, daß man sich nicht als selbstverständliche Gegner betrachtet und sich bekämpft, sondern daß man unter gerechter Abwägung und Wahrung der gegenseitigen Rechte und unter Wahrung der Selbständigkeit sich als freundnachbarliche Parteien betrachtet und durch Förderung der gemeinsamen Interessen und durch gemeinsames Handeln das Wohl und die gedeihliche Entwicklung der Allgemeinheit als Ziel nimmt.

Die „Friedens-Warte" machte kürzlich den Vorschlag eines Zweckverbandes Europa. In der Tat ist ein solcher unter Zugrundelegung der Böttgerschen Grundsätze bei einigermaßen gutem Willen keine Utopie. Ist man jetzt doch mit dem Zweckverbande Groß-Berlin vorbildlich vorangegangen. Nachdem eine Eingemeindung aller Vororte in Berlin verpaßt war, blieb nichts anderes übrig, als Berlin und Umgebung mit den so vielen gemeinsamen Interessen zu einem Zweckverband Groß-Berlin zu vereinigen. Trotz der vielen gemeinsamen Interessen hatte sich zwischen Berlin und seinen Vororten eine schädliche Gegensätzlichkeit entwickelt. Dem konnte nur Einhalt getan werden, wenn man sich nicht als Gegner bekämpfte, sondern unter gerechter Abwägung und Wahrung der gegenseitigen Rechte und unter Wahrung der Selbständigkeit als freundnachbarliche Parteien betrachtete und das edle Streben in sich trug, Groß-Berlin durch Förderung der gemeinsamen Interessen und durch gemeinsames, einmütiges Handeln zu einem Mustergebilde in Verkehr, Volksgesundheit, künstlerischem Ausbau und gediegener Selbstverwaltung herauszubilden. Daß eine solche Schöpfung allen Teilen Groß-Berlins nur Vorteile bringen kann, ja bringen muß, liegt auf der Hand. Man muß nur wollen, sich von kleinlichen Rücksichten nicht beschränken lassen, mit einer gewissen Großzügigkeit stets nur das Wohl und den Vorteil aller Beteiligten im Auge behalten und dementsprechend vorgehen. Dann kann und wird der Erfolg nicht ausbleiben.

In ähnlicher Weise könnte auch ein Zweckverband Europa ins Leben gerufen werden, um den dauernden Anlässen zu Streitigkeiten zwischen den Staaten entgegenzuarbeiten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch hier auf dem Boden obiger Ausgleichsgrundsätze bei gutem Willen Ersprießliches, ja Großartiges geschaffen werden könnte.

Wenn auch schon im Altertum und im Mittelalter die wirtschaftlichen Interessen vielfach die Veranlassung zu den Kriegen abgaben, so spielten doch die persönlichen Macht- und Herrschergelüste noch eine sehr große Rolle. In jüngster Zeit aber geben wohl nur kapitalistische und wirtschaftliche Interessen den Anlaß zu den Kriegen. Vor Jahrzehnten brachte der Kladderadatsch ein vorzügliches Karrikaturbild zur allgemeinen Weltlage. Eine Reihe bissiger Hunde, an deren Gesichtern die einzelnen Kulturstaaten leicht erkennbar waren, umstand gierig ein großes Stück Fleisch. Gleichzeitig schielte jeder mit scheelen Blicken auf die anderen Hunde, besonders aber auf den, welcher Deutschland vorstellte. Man war insgesamt bereit, sich auf ihn zu stürzen, falls er Neigung zeigte, sich das Stück Fleisch anzueignen. Ist heute die Lage etwa anders geworden? Es ist noch immer die nämliche Weltlage. Noch immer wacht man bissig darüber, daß kein Staat sich einen besonderen Kolonialbissen aneignet. Und doch haben sich gegen früher die Zustände vollständig geändert und ändern sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer mehr, so daß diese Scheelsucht nicht mehr verständlich ist. Die vielen Verkehrswege haben für alle Kulturstaaten einen offenen Handel fast über die ganze Welt herbeigeführt. Jede Nation wird überall zugelassen. England kann z. B. aus Indien deutschen Handel nicht vertreiben oder unterbinden, der sich besonders im letzten Jahrzehnt stark entwickelt hat und noch immer im Fortschreiten ist. Die englische Verwaltung muß den Deutschen dort denselben

Schutz gewähren wie den eigenen Landsleuten. Die von der englischen Verwaltung erbauten Verkehrswege, die großen Kosten für die Hebung der noch veralteten Landwirtschaft daselbst sowie des ganzen Handels kommen den Deutschen gleichfalls zugute. Die Besitzer des Koloniallandes haben die Sorge der Verwaltung und des Haltens genügender Truppenmassen allein, aber den Vorteil davon haben alle Nationen. Man übernimmt nach der Besitzergreifung eines Kolonialbissens Mühe und Sorge und muß tief in den Geldbeutel greifen. Ein so angenehmes Geschäft ist somit eine solche Besitzergreifung eigentlich nicht. Frankreich wird sehr bald am eigenen Leibe empfinden, daß Marokko ein Danaergeschenk ist. Sollte es bei einer solchen Sachlage nicht das Zweckmäßigste sein, einen Zweckverband Europa mit Ausgleichsgrundsätzen zu schaffen? Wenn dieser Gedanke erst richtig erfaßt wäre, so könnte die Schaffung eines solchen Zweckverbandes kaum noch Schwierigkeiten bieten. Unter Wahrung der Selbständigkeit und unter Wahrung und Abwägung der gegenseitigen Rechte und Ansprüche sollte es nicht schwer fallen, alle gemeinsamen Interessen in freundnachbarlicher Weise zum Wohl und zum Vorteil aller zu regeln und von jeder Feindseligkeit und einem gegenseitigen Bekämpfen abzustehen, welche das Allgemeinwohl statt zu heben, außerordentlich schädigt.

Zu den gemeinsamen Interessen würden die Regelung der Verkehrswege und die Ausschaltung des unlauteren Wettbewerbes gehören. Eine gesunde Konkurrenz ist eher zu befördern als zu hindern. Dagegen sind alle Bestrebungen zu unterdrücken, welche unter Benachteiligung der Nachbarn und der Allgemeinheit nur den eigensten, krassesten Vorteil im Auge haben. Der unlautere Wettbewerb macht sich in der unangenehmsten Weise auf dem Weltmarkt bemerkbar. Hierher gehört auch das gewaltsame, künstliche Emportreiben des Exporthandels mit der Absicht, andere Staaten zu unterbieten. Das wirkt nach allen Richtungen hin schädlich. So müssen wir in Deutschland Eisenbahnschienen, Kohlen, Zucker und andere Dinge teuer bezahlen, damit des Exports und der Konkurrenz wegen nach dem Auslande billig geliefert, ja geradezu verschleudert werden kann. Ebenso machen es die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihren Maschinenerzeugnissen. Das eigene Land muß für sie sehr hohe Preise zahlen, nach dem Auslande werden sie mit großem Verluste verschleudert, um besonders mit der deutschen Industrie in unlauteren Wettbewerb zu treten. Das früher so beliebte „billig und schlecht" gehört gleichfalls zu den unlauteren Machenschaften. Nachdem sich in Deutschland anstatt dessen der Grundsatz: „Gut und preiswert" Bahn gebrochen, hat es mit seinen Industrieerzeugnissen großes Ansehen und fortschreitenden großen Absatz sich erworben. Man ersieht daraus, das „Billig und schlecht" schädigt nicht nur die Käufer, sondern auf die Dauer auch den Verkäufer. Nur der allein zulässige edle Wettbewerb kommt allen Beteiligten zugute.

In ähnlicher Weise wird sich noch eine große Reihe anderer Dinge zum Vorteil aller regeln lassen. Es würde zu weit führen, auf alle einzugehen. Ich will von ihnen nur noch an das Patentwesen erinnern.

Wie Europa könnten auch Amerika und andere Weltteile einen Zweckverband bilden. Amerika hat mit der Pan-Amerika-Union schon einen Schritt dazu getan. Die Vereinigten Staaten von Amerika beanspruchen Amerika allein für die Amerikaner. Bei Bildung eines Zweckverbandes Amerika, der mit dem Zweckverbande Europa in freundnachbarlicher Weise die gegenseitigen Beziehungen regelte, würde diese Forderung ihre von unserer Presse angenommene und vermutete Schärfe und jede Feindseligkeit verlieren.

In Wirklichkeit sind derartige Einrichtungen der alleinige Weg, auf dem man zu dem von der „Friedenswarte" erstrebten allgemeinen Frieden gelangen kann, der durch die gleichzeitige Hebung eines allgemeinen edlen Wettbewerbes nicht erschlaffend und entartend wirken würde. Die Forderung nach Schiedsgerichten und das Verlangen nach allgemeiner Abrüstung haben einen durchgreifenden Erfolg nicht gehabt. Bei Einrichtung von Zweckverbänden würden sich die Rüstungen von selbst vermindern. Heer und Flotte wären dann nur nötig, um Angriffe unkultivierter wilder Völker abzuwehren. Bei der noch immer vorhandenen Bissigkeit der Völker untereinander, um bei obigem Bilde zu bleiben, wird der Friede nur dadurch erhalten, daß jeder die Macht des andern fürchtet und keiner des Sieges sicher zu sein glaubt. Ueber einen schwach Gerüsteten, und das besonders, wenn dies Deutschland wäre, würde man ohne weiteres herfallen. Schöne Zustände und edle Gesinnung zeigt, wie man sieht, die gegenwärtige Weltlage nicht. Man ist noch zu sehr in den Anschauungen der alten Welt befangen. Die Diplomaten, deren Kunst ja hauptsächlich im gegenseitigen Uebervorteilen besteht, und die Träger der Regierungsgewalten sind fast ausnahmslos noch nicht mit großzügigen modernen Anschauungen durchtränkt, man steht leider noch immer auf dem Boden des alten unlauteren Wettbewerbs in der Diplomatie und im Handel. Und doch ist der Weg zum gegenseitigen Heile ebenso wie der Weg zur Wahrheit einfach und eigentlich selbstverständlich. Man sieht nur den Wald vor Bäumen nicht. Deshalb ist es ein sehr verdienstliches Handeln, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, wie leicht und naheliegend ein Ausgleich zum Wohle aller zustande kommen kann. Bei den meisten vielseitigen und gewaltigen Streikbewegungen müßten diese Grundsätze als Richtschnur aus-

gerufen und ein Ausgleich auf dem Boden derselben verlangt werden. Ich habe kein einziges Wort nach dieser Richtung hin gehört oder gelesen. Dagegen wurden die verfehltesten Dinge verlangt und die verfehltesten Schritte getan. Nur die englische Regierung hat einen kleinen Ansatz zum Ausgleich genommen. Die Nichtanerkennung der Organisationen seitens der Regierungen, die durchaus zeitgemäß sind und die Faktoren zum friedlichen Ausgleich sein werden, der Schutz der Arbeitswilligen usw. werden als Parteinahme für die Unternehmer angesehen, haben deren Widerstreben gegen einen gerechten Ausgleich gestärkt und die Verbitterung bei den Arbeitnehmern vermehrt. Auf diesem Wege wird niemals ein dauernder Friede erzielt werden. Es bleibt ein dauernder Kriegszustand mit teilweise längerem oder kürzerem Waffenstillstand.

Ebenso wie hier wird auch die allgemeine Weltlage ein dauernder Kampf aller gegen alle bleiben, ein latenter Kriegszustand mit künstlich gezüchtetem Frieden, wenn nicht der Weg des Ausgleichs durch Zweckverbände betreten wird. Hoffentlich wird der Boden für die Ausgleichsideale, für die Zweckverbände immer empfänglicher werden, so daß sie in nicht allzu langer Zeit Wirklichkeit werden.

Erste gemeinsame Tagung der vier Internationalen Studentenvereine Deutschlands in Göttingen.

Von Egon Meider,
I. Schriftführer des „Wiener Akadem. Friedensvereins".

Vom 30. Juli bis 2. August weilten in den Mauern der alten Hansastadt Göttingen die Delegierten der internationalen Studentenvereine aus Berlin, Leipzig, München und Göttingen; außerdem war der Unterzeichnete als Vertreter des „Wiener Akadem. Friedensvereins" und zwei indische Herren als Delegierte des „Eastland West-Clubs" in Cambridge erschienen. Der am 30. Juli abgehaltene Begrüßungsabend erhielt dadurch eine besondere Auszeichnung, daß der Prorektor der Universität, Geheimrat von Voigt, und der Stadtsyndikus Dr. Warmbold in Vertretung des Oberbürgermeisters anwesend waren. Der Prorektor begrüßte in längerer Ansprache die Bestrebungen der Vereine und führte vor allem aus, daß gerade die internationalen Beziehungen zur Kräftigung eines gesunden Patriotismus führten, indem durch das Verstehenwollen und Erfassen der wesensfremden Kultur man auf die nationale Eigenart sich erst so recht besinne und sie pflege. Aus den Reden der auswärtigen Gäste klang besonders die Freude hervor, dem Dunstkreis der Großstadt entrückt zu sein und zwischen grünen Hügeln in der allen so ungemein anheimelnden Stadt einige Tage zu verleben. Ein deutscher Kommers hielt die Teilnehmer bis in eine späte Stunde zusammen. Am nächsten Morgen zeigte Dr. Bertling, ein alter Göttinger, den Gästen auf einem Rundgange die Sehenswürdigkeiten der Stadt, welche mit einem Besuche im Karzer endete.

Die nächsten Stunden waren der vorbereitenden Arbeit zum eigentlichen Kongreß gewidmet. Es wurden Kommissionen zur Ausarbeitung und Vorlage der Satzungen, der Vorbereitung eines Arbeits- und Propagandaprogramms sowie der Redaktion eines herauszugebenden Jahrbuchs der internationalen Studentenvereine bestellt.

Nach einem gemeinsamen Festessen, bei dem Prof. Quidde-München in launiger Damenrede alte Göttinger Erinnerungen auffrischte, fanden sich die Kongreßteilnehmer, denen sich viele Göttinger Studentinnen angeschlossen hatten, zu einer gemeinsamen Ausfahrt nach dem altberühmten, in enger, schattiger Waldschlucht reizend gelegenen Tanzplatz Mariaspring ein. Die Anlage des unter prachtvollen Buchen eingerichteten Tanzbodens mit amphitheatralisch dahinter in den Felsen eingehauenen Sitzplätzen ist einzig in ihrer Art, ebenso wie das bunte studentische Leben, das sich dort zu fröhlichem Treiben entfaltet.

Der nächste Tag war vollkommen der Arbeit gewidmet. In der Frühe tagten die Kommissionen, um 11 Uhr fand dann im Festsaale des Hotels zur Krone die Gründungsversammlung des Verbandes der Internationalen Studenten-Vereine an deutschen Hochschulen statt, dem sofort die vier obgenannten Vereine und eine Reihe Anwesender als Einzelmitglieder beitraten. Die Aufgaben des Verbandes sollen vor allem die gemeinsame Propaganda, die Herausgabe eines Jahrbuches, die Errichtung einer Zentralstelle für die internationale Studentenbewegung im allgemeinen, die Veranstaltung von Auslandreisen, die Fühlungnahme mit ähnlichen internationalen Vereine usw. umfassen.

In den Vorstand des Verbandes wurden gewählt: cand. phil. Paul Baumgarten (Deutschland) als Vorsitzender, cand. phil. William Richards (Ver. Staaten) als Geschäftsführer, außerdem Dr. K. O. Bertling (Deutschland) für den Internationalen Studentenverein Berlin, cand. med. Alpern (Rußland) für Leipzig, cand phil. Visser (Südafrika) für Leipzig, cand. phil. Herzog (Deutschland) für Leipzig und cand. phil. P. Pillay (Indien) für München als Beisitzer.

Als Ort der nächsten Tagung wurde Leipzig bestimmt.

Am Nachmittage fand noch unter der liebenswürdigen Führung des Geheimrats

Dr. Pietschmann eine Besichtigung der Universitätsbibliothek, der größten Deutschlands nächst der Berliner Bibliothek, statt. Nach einem in animiertester Stimmung verlaufenen Abschiedsbankett schieden mit den besten Erinnerungen und größten Hoffnungen für die Zukunft die Teilnehmer des Kongresses, als dessen Präsident der verdienstvolle Schöpfer der Idee, Dr. G. W. Nasmyth (Ithaka, U. S. A.) und als Schriftführer Egon Meider (Wien) fungiert hatten.

* * *

Sitzung der Propaganda-Kommission.

Anwesend: Dr. G. W. Nasmyth, Dr. Ernst von Wartburg, Dr. Hayashi, Bergmann, Sheeltz, Alpern, Meider.

Vorsitzender: Dr. G. W. Nasmyth. Schriftführer: Egon Meider.

Beschlüsse der Propaganda-Kommission:

I. Propaganda nach außen.

1. Die Kommission beantragt: Der Vorstand ernennt Vertrauensmänner, die mit ihm stets in Fühlung zu bleiben haben und nach verschiedenen Universitäten des In- und Auslandes zwecks Propagierung unserer Ideen und Gründung neuer Vereine zu entsenden sind.

2. Die Kommission beantragt, daß sich die Schriftführer der einzelnen Vereine des Verbandes mit anderen, selbst nicht akademischen, Vereinen ähnlicher Tendenz bezüglich Druckschriftenaustausches in Verbindung setzen.

3. Die Kommission betont die Wichtigkeit dessen, in Verbindung mit der Presse nahestehenden Männern zu treten, um die Presse für die Propagierung der Verbandsideen zu gewinnen. — Weiters legt die Kommission den einzelnen Vereinen nahe, von Zeit zu Zeit aufklärende Artikel, in denen insbesondere darauf hingewiesen werden soll, daß die internationalen Studentenvereine keine antinationalen Tendenzen in sich schließen, einzusenden und eventuelle Angriffe zu berichtigen.

4. Die Kommission schlägt vor, der Verband erklärt es als wünschenswert, daß die einzelnen Vereine unter Betonung ihres interkorporativen Charakters möglichst freundschaftliche Beziehungen mit anderen studentischen Vereinen Deutschlands und des Auslandes unterhalten mögen, um insbesondere den Ideenaustausch, die Studienreisen ins Ausland usw. zu fördern.

II. Propaganda nach innen.

5. Die Kommission schlägt den einzelnen Vereinen vor, Material zu sammeln, um Mittel und Wege zu finden, inländische und ausländische Akademiker heranzuziehen. Ein vorzügliches Mittel hierzu scheint der persönliche Verkehr und die Geselligkeit zu sein, die den einzelnen Nationen eine Möglichkeit gibt, einander näher zu kommen und kennen zu lernen, um so ein tieferes Verständnis für fremdländische Kultur und Natur anzubahnen.

6. Die Kommission schlägt dem Verbande vor, eine Zentralauskunftsstelle zu errichten, in dem jedes Mitglied und Altmitglied evident geführt wird.

* * *

Die internationalen Studentenvereine sind in Deutschland noch nicht alt und die Idee als solche ist noch nicht sehr bekannt. Ja selbst die Mitglieder unter sich sind sich über die Zwecke und Ziele solcher Vereine noch nicht ganz im klaren. Um so wichtiger erschien es, auf einer gemeinsamen Tagung die Richtlinien klarzulegen, zu sehen, wie man die Aufgabe eines solchen Vereines an den verschiedenen Orten erfaßte und ausführte. Die Göttinger Tagung war somit in vieler Beziehung lehrreich. Nicht kosmopolitisch soll man sein, im Gegenteil: die eigene Art stark betonen, aber auch für die fremde Art so viel Verständnis aufbringen, als man wünscht, daß der Fremde für unsere eigene Art zeige. Man will aber durchaus nicht etwa eine Organisation der ausländischen Studierenden an den deutschen Hochschulen schaffen, oder gar einen Ausländerschutzverein gründen, vielmehr möglichst viele Deutsche für die Vereine gewinnen. Und so ist es bezeichnend, daß sich unter den für die Tagung Delegierten eine große Zahl Deutscher befand — patriotischer Deutscher, die die deutsche Art hochzuhalten bestrebt sind und erkennen, daß man, wie Magnifizenz Voigt so treffend ausführte, erst dann ein richtiger Patriot werden kann, wenn man durch Kennenlernen fremder Art als Vergleichsobjekt die eigene recht schätzen gelernt hat. Für Chauvinismus und grundloses Verdächtigen und Herabsetzen der Fremden freilich ist hier kein Platz — einander schätzen lernen, aufeinander vertrauen, einander glauben lernen soll man. Und hiermit leisten die internationalen Studentenvereine eine Aufklärungsarbeit, die für den Völkerfrieden von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit ist.

Bekennt Farbe!

Von Dr. Werner Bellardi, Crefeld.

Was der Friedensbewegung nottut, sind überzeugte Bekenner. Vom Standpunkt des Pazifismus gibt es nur die Zweiteilung: einerseits Freunde des Friedens, deren Handlungen sie als solche kennzeichnen, auf der anderen Seite dagegen alle die anderen, die mangels tätigen Eintretens für den Friedensgedanken die Möglichkeit des Krieges fördern, sei es direkt oder mittelbar. Mit den direkten Freunden des Krieges will ich mich hier nicht auseinandersetzen — es gibt deren, offene und heimliche. Freilich, diese heim-

lichen Anhänger des Menschenschlachtens sollen aus ihrem Dunkelmännerwinkel ans Licht der Oeffentlichkeit gezogen werden. Denn wenn ich in den folgenden Zeilen versuche, innerhalb der leider allzu großen Klasse der Gleichgültigen, der indirekten Kriegsförderer und Hinderer der Friedensidee, eine reinliche Scheidung anzuregen, so wird damit zugleich auch jenen heimlichen direkten Freunden des Krieges ihre Larve abgenommen.

Die Indifferenten, die große Masse der Dummen, Trägen oder Feigen — sie haben bisher in der Geschichte der großen Ideen der Menschheit, bei jeder bedeutsamen Entwicklungsstufe des Menschengeschlechts die schwer hemmende Kette für den Fortschritt dargestellt. Erst lange nachdem sich die genialen Schöpfer neuer Gedanken verblutet haben, pflegt ihre Saat auf dem steinigen Boden der Gleichgültigkeit aufzugehen und Frucht zu tragen: und das alte Spiel des anfänglichen „steiniget ihn" und des späteren „Hosianna" wiederholt sich immer wieder. Man denke an Sokrates, Galilei, Richard Wagner und andere. Diese Tatsache der unveränderten Macht der unselbständigen, indifferenten Masse ist es, die in dem größten Optimisten Zweifel an einem wirklichen Fortschritt menschlicher Kultur erregen könnte. In dieser Beziehung lehrt die Erfahrung bisher wirklich, daß alles beim alten bleibt. Und so wird den Trägern neuer Gedanken der oft so entmutigende und danklose Kampf der Propaganda bei den Massen nicht erspart.

Weit weniger drückend ist der Widerstand der offenen Gegner. Mit gelüftetem Visier läßt sich heute gut kämpfen. Und die Waffen der Freunde des Krieges sind gar zu schwach. Hierüber lese man das Werk von Norman Angell: „Die große Täuschung" und von Rudolf Goldscheid: „Höherentwicklung und Menschenökonomie". Die Gleichgültigen zu zwingen, klare Stellung zur Friedensbewegung zu nehmen, ist der Zweck dieser Zeilen.

Ich gehe davon aus, daß zu fragen ist, ob jemand den Frieden bzw. die Erhaltung des Friedens wünscht. Bejaht er diese Frage, so wird er nicht umhin können, für die Verwirklichung dieses Wunsches, soweit es in seinen Kräften steht, Sorge zu tragen. Zunächst aber muß der Wunsch nach Frieden ein verständiges, begründetes Verlangen sein, dessen Erfüllung der Wünschende zum mindesten nicht für ausgeschlossen hält. Ein sogenannter „reiner" Wunsch ist leere Phrase. Solcher Leute, die den Frieden nur in diesem Sinne „wünschen", bedürfen wir nicht. Denn sie wünschen ihn in Wirklichkeit noch lange nicht. Es kann nun gewiß keinem verständigen und ehrlichen Menschen zugemutet werden, Wünsche zu hegen, deren Erfüllung überhaupt oder nach subjektiver Ueberzeugung zu den Unmöglichkeiten gehört. Solange aber die Möglichkeit der Erfüllung nach menschlichem Ermessen sehr wohl besteht, jedenfalls nicht ausgeschlossen ist, können wir eben daran, ob sich jemand im Bewußtsein dieser Erfüllungsmöglichkeit den Wunsch des Friedens aneignet oder nicht, sehen, ob er ein wahrer Freund oder ein verkappter Gegner des Friedens ist.

Ist jemand wirklich ein Freund des Friedens, so wünscht er seine Erhaltung, d. h. er hält dieselbe zum mindesten nicht für ausgeschlossen, glaubt vielmehr an die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, und zwar natürlich als an eine bereits gegenwärtig bestehende Möglichkeit. Was in unbestimmter Zukunft alles vielleicht möglich oder auch nicht möglich ist, darüber zu grübeln ist eine müßige Aufgabe. Der Friedenswunsch des Friedensfreundes ist kein „platonischer" Wunsch, keine „nur" ideale Hoffnung, sondern ein in den Realitäten des Lebens begründeter Wunsch, dessen Erfüllung durchaus möglich ist. Die „Erfahrung der Geschichte", die so oft von den Zweiflern als allgemeine Phrase den Friedensfreunden entgegengehalten wird, spricht viel mehr für als gegen die Friedensbewegung. Ist es heute in kultivierten Staaten noch üblich, daß Raubritter friedliche Handelsleute überfallen? Ist es heute noch an der Tagesordnung, daß ein Staat von einem anderen zur Befriedigung der Hausmachtgelüste autokratischer Fürsten mit Krieg überzogen wird? Beweist nicht die friedliche Beilegung des Faschodakonflikts und des französisch-deutschen Streites aus dem vorigen Jahre wie mancher anderen Zwistigkeiten, daß heute dort, wo früher unabweisbar die Waffen zur Entscheidung berufen gewesen wären, die friedliche Verständigung der Völker andere Mittel zur Beilegung von Konflikten findet? Wieviel Streitfälle sind bereits durch das Haager Schiedsgericht beigelegt worden? Der italienisch-türkische Krieg mutet demgegenüber wie ein atavistischer Ausnahmefall an, der zugleich als Symptom für die noch mangelhafte Entwicklung der Menschheitskultur in Italien erscheint. Wie sehr drängt nicht der internationale Waren- und Geldverkehr zur Vermeidung kriegerischer Konflikte, die auch für den Sieger wirtschaftlich nur von mehr oder minder großem Nachteil sein würden? Man vergesse ferner nicht die stetig wachsende Macht der internationalen und nationalen Arbeiterorganisationen, die entschieden für den Frieden zwischen den Staaten eintreten, einer Reihe anderer Momente, die für den Fortschritt zwischenstaatlicher Organisation Zeugnis ablegen, nicht zu gedenken. Und wenn man mir entgegenhält, daß die Völker doch niemals an den ewigen Frieden glauben würden und daher die Gefahr kriegerischer Verwicklungen niemals verschwinden würde, so sage ich dagegen: die Erfahrung lehrt, daß der krasseste Unglaube und Fehlglaube doch

durch die Tatsachen erschüttert und in wahren Glauben umgewandelt werden kann. Und sie bewegen sich doch: die Erde, die Eisenbahn, die Flugzeuge! Hat's etwa jeder von Anfang an geglaubt? Aber der Glaube an die Möglichkeit, den Frieden dauernd zu erhalten, besteht ja schon gegenwärtig, und zwar als ein, wie die Erfahrungen und die fortlaufende Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf politischem und kulturellem Gebiete zeigen, durchaus nicht utopistischer Glaube in einer Reihe sehr einsichtiger Köpfe. Und es ist nur nötig, diesen Glauben und damit zugleich den ehrlichen, „helfenden" Wunsch des dauernden Friedens in möglichst viele Köpfe und Herzen derjenigen einzupflanzen, die dem größten Problem der heutigen Menschheit, der Ausschaltung des Krieges, bisher rat- und tatlos gegenübergestanden haben. Die Führer im Kampf um den Frieden sind keine „Phantasten", wie man so manchen behaglichen Bürger, dem's persönlich gut geht, in bescheidener Selbstbeschneidung seines Gegenbeweises sagen hört — diesen angeblichen Phantasten mangelt es auf dem Gebiete des beruflichen und täglichen Lebens keineswegs an Klarheit und Folgerichtigkeit des Denkens. Wieso sollten sie plötzlich bei der Beurteilung der Frage, ob und wie der Friede erhalten werden könne, von allen guten Geistern verlassen sein? Aber belächelt zu werden, Phantasten und Utopisten gescholten zu werden: das sind die Träger neuer Ideen von jeher gewöhnt gewesen, und sie können es wirklich auch ertragen. Sie sind sich ihres Zieles bewußt und arbeiten weiter.

Diejenigen nun, die mit uns nicht an die bedingungslose Notwendigkeit des Krieges glauben und zugleich die Erhaltung des Friedens wünschen, sollten sich darüber klar sein, daß es zur Verwirklichung ihres Wunsches in erster Linie beiträgt, wenn sie ihren eigenen Glauben an seine Erfüllung ständig stärken. Es ist nicht nötig, daß jeder, der der Friedensbewegung freundlich nähertritt, von vornherein den unerschütterlichen Glauben an den ewigen Frieden als festes Axiom mitbringt: er darf nur nicht von dem Gegenteil, d. h. von dem periodischen unabänderlichen Eintreten des Kriegszustandes, auch zwischen kultivierten Staaten, überzeugt sein. Und für ein Abschwören solch traurigen Glaubens haben wir im voranstehenden wohl genug Gründe berührt. Wünscht aber jemand die Erhaltung des Friedens aufrichtig, mag er auch an die alsbaldige Erfüllung dieses seines Wunsches noch nicht gerade felsenfest glauben, so wird sein Wunsch ein nützlicher, ein „helfender", seine Verwirklichung schon durch sich selbst herbeinähernder nur dann, wenn der ihm zugrunde liegende berechtigte Glaube an die Möglichkeit der Erfüllung ständig gestärkt wird. Das können wir von allen, die der Kriegsmöglichkeit nicht Vorschub leisten wollen, insbesondere auch von den Vertretern der Humanitätsreligion, verlangen, daß sie ihren Willen zum Frieden durch den Glauben an die Vernünftigkeit und Erfolgsmöglichkeit dieses Willens stützen und auf diese Weise durch die Häufung von tausend und abertausend Friedensgedanken die Verwirklichung des dauernden Friedens förmlich herbeiziehen. Eine tiefe Wahrheit enthalten die Worte Christi: „So ihr Glauben habt als ein Senfkorn, so möget ihr sagen zu diesem Berge: Heb' dich von hinnen dorthin! so wird er sich heben, und euch wird nichts unmöglich sein" (vgl. Ev. Marc. 9, 24; Luc. 17, 6). Der dauernde Friede muß etwas Selbstverständliches in den Gedanken aller Menschen werden. Frevelhaft aber ist das Spielen mit Kriegsgedanken, denn es verunreinigt mutwillig die Luft mit trübem Pulverstaub, bis die Explosion erfolgt.

Die Tat hat von jeher im Gedanken gewurzelt.

Unsere Gedanken seien um den Frieden, ihnen folgt unser Glaube, unser Wünschen und unser Können, unsere Tat!

Wer aber einer guten Sache anhängt, wird sich nicht scheuen, sich offen zu ihr zu bekennen und zu ihrer Stärkung auch bei anderen tätig einzutreten. — Wer aber abseits stehen bleiben will als Lauer, als Schwacher im Geist oder im Willen, der mag bleiben. Die Geschichte wird ihm gewiß keinen Ruhmeskranz flechten.

Tretet auseinander, ihr Gleichgültigen! Es gibt nur zwei Lager, in die ihr marschieren könnt: hie Freund, dort Feind! Wer der Friedensidee mit zweifelndem Achselzucken begegnet, wessen Friedenswunsch kein gerechter und überzeugter ist, wer nicht laut eintritt für die Erhaltung des Friedens und den Sieg des Pazifismus, der gehe hinüber! Wer nicht mit uns ist, der ist wider uns; und wer nicht mit uns sammelt, der zerstreut.

Darum nochmals, ihr Gleichgültigen:
Bekennt Farbe!

Der geschichtliche Pazifismus.

Von Rudolf Walter Kraus, Wien.

Es ist eine alltägliche Erscheinung, daß die Verfechter wurmstichiger Ueberlieferungen in der Geschichte ihr Rückgrat suchen. Freilich kommt es ihnen nicht auf Geschichtsdurchdringung, sondern bloß auf das historische Weihegefühl an, das jedem Menschen mehr oder weniger innewohnt und das schön ist wie Patina. Wenn dann bei der Rettung der alten Ehrwürdigkeit auch Tatsachen und Legenden durcheinander beschworen werden, was kümmert es?

Eine höhere Stufe der Geschichtswissenschaft aber als Wissen und Respekt ist die die Erfassung ihres Sinnes, d. h. die Ueberordnung der Ideenentwicklung über die einzelnen Phasen des Geschehens.

Man spricht nun dem Pazifismus sehr häufig seine geschichtliche Grundlage und den Pazifisten die Kenntnis der Historie ab und begründet das zunftgemäß so, daß man z. B. sagt: „In Europa gab es im 19. Jahrhundert nur 34 Friedens- gegen 66 Kriegsjahre, also . . . ?! Oder: Einen Staat ohne Kriegerkaste oder ohne Armee hat es noch nie gegeben, denn das hätte seinen Untergang bedeutet. Der Rasseninstinkt ist im Grunde genommen Haß, weshalb er sich immer in Bewaffnung umsetzen muß; deshalb ist der Pazifismus . . . usw. Diese Art des Willens zur Beweisführung deckt sich wohl mit der vorhin erwähnten niederen Stufe der Geschichtswissenschaft. Denn der Schluß, noch dazu durch Analogie, kann wohl in mathematischen Disziplinen Beweiskraft verbreiten, nicht aber in der Geschichte, wo die Prämissen fließen. Wir müßten dem Begriffe „Geschichte, Weltgeschichte" einen ganz anderen Inhalt als den gegenwärtigen zusprechen, wenn die Ereignisse immer dieselben Ergebnisse hätten, wenn sich die Geschichte immer nur wiederholte wie ein vielstelliger, periodischer Dezimalbruch. Daß das nicht so ist, macht ja eben die Geschichte aus. Daher ist es geradezu ein Mißbrauch der Tatsachen, zu sagen: Es gab immer Kriege, drum wird es immer solche geben. Aehnliche Folgerungen haben ja mitunter eine spekulative Richtigkeit, aber nur dann, wenn sie aus dem Zusammenhange mit der höheren Geschichtsauffassung gebraucht werden. So ist an dem Satze: „Weil es immer Religion gab, wird sie auch immer sein", ja gewiß nichts auszusetzen, weil man denkt, es können ja einmal ganz andere Religionsformen herrschen, als heute. Es kommt ja nicht auf eine bestimmte Religion an. Der Begriff Krieg ist aber ein enger, fertiger Begriff, der dem Begriff Kampf so untergeordnet ist, wie z. B. Islam-Religion. Infolgedessen müßte sich, wenn diese Analogie Beweisfähigkeit hätte, einer der Begriffe „Geschichte" oder „Krieg" ändern, wodurch aber der Beweis wieder in Stücke gegangen wäre. Die rhetorischen Analogien, die so vielfach und vielschneidig angewendet werden, haben in der Regel nur den Zweck, vor den Jahrhunderten erschauern zu machen, und nur wenigen davon kommt der Wert der Mutmaßlichkeit oder Wahrscheinlichkeit zu. Axiome jedoch gibt es in der Geschichte nicht, um so weniger natürlich können sie konstruiert werden. Unser geschichtliches Denken ist sogar schon durch die naturwissenschaftlichen Schürfungen so stark beeinflußt, daß wir etwa kaum mehr zu sprechen wagen, die Bienen bauten vor 4000 Jahren ihre Zellen so wie heute und werden sie immer so bauen; denn die Entwicklungsgeschichte, die mit ganz anderen Zeitläuften arbeitet als die Weltgeschichte, hat die Idee vom Wandel und der steten Erneuerung erst vertieft.

Mit der Analogie ist also dem Pazifismus nicht beizukommen, und wer es dennoch täte, der handelte so vage, wie Martin Luthers Freunde, die meinten, das persönliche Geschick ihres Meisters müsse so verlaufen, wie es hundert Jahre vorher dem Magister Hus ergangen. Und er handelte so naiv, wie jene alte Dame, mit der ich vor fünf Jahren zufällig in eine sozialistische Wahlrechtsdemonstration geriet und die nun meinte: „Im 48er Jahr hat es gerade so angefangen. Passen Sie auf, die Revolution ist vor der Tür." — Jede Ideenbewegung ist aber an und für sich schon Geschichte, ob sie nun in ihrer Zeit verankert ist oder nicht, und verträgt eine historische Begründung nur im positiven Sinne, indem man die Voraussetzungen ihrer Existenz aufsucht. Selbst wenn aber die Idee wie eine Insel in den Fluten ihrer Zeit läge, ganz ohne Brücke zur Zeitgeschichte, könnte man sie deswegen unhistorisch nennen? Es genügt, daß sie war. Und wenn der Pazifismus seine Rolle so schnell, wie etwa einst der Pietismus ausgespielt hätte, er gehört unstreitig zum Zeitbilde, so daß jene Historiker, die jetzt schon an unserer Gegenwartsgeschichte arbeiten, ihren Lesern und Schülern etwas vorenthalten, wenn sie der Meinung sind, die Friedensbewegung hätte mit Geschichte nichts zu tun. Es gibt solche Voreingenommenheiten übrigens auch bei manchen Kulturhistorikern; denn es kommt schier auf dasselbe hinaus, wenn ich z. B. in der Literaturgeschichte Grillparzer kurz abtue, weil er in meine zurechtgezimmerte Schablone von Größen, die ihrer Zeit entwachsen müssen, nicht hineinpaßt, oder wenn ich den Pazifismus gar nicht oder nebensächlich behandle, weil er plötzlich in die Geschichte tritt, ohne nach den hergebrachten Systemen zu fragen. Die Unterlassungssünde ist aber um so größer, weil die Friedensbewegung ganz gemeinverständliche geschichtliche Voraussetzungen hat, und zwar liegen sie in unserem modernen Wirtschaftsleben und in unserer ethischen Kultur. Wenn man die historische Haltlosigkeit des Pazifismus vorbringt, so zielen die ernsten Angreifer gerade darauf hin, daß sie aus der Volkswirtschaftslehre und der politischen Zeitgeschichte die Unzweckmäßigkeit oder das Hirngespinst des Pazifismus zu begründen suchen Dieses Gebiet ist deshalb auch der regste Tummelplatz der Zeitschriften und Bücher.

Daß das Ziel des Pazifismus, die Kriege in dem Maße auszuschalten, als die von ihm propagierten Rechtszustände das besorgen, als ein geschichtswidriges Ziel hingestellt werden

könnte, wurde bereits widerlegt. Daß aber die Berechtigung der Friedensbewegung nicht in der Schattierung der Zeitgeschichte wurzle, das zu leugnen wirkt geradezu komisch. Wie und zu welchem Zwecke verteidigen denn die Militaristen ihre historischen Rüstungen? Mit denselben Worten, die aus dem Munde anderer weltfremd genannt werden, mit den Worten: „Wir wollen den Frieden!"

Wenn man also überzeugter Antipazifist ist, so kann man wohl sagen, man mache aus seinem Geschichtsverständnis die Nutzanwendung so, daß man der Idee nicht anhängen kann, die eine Wehrform ohne physische Gewalt für möglich hält; diese Idee aber als geschichtsdisparat zu erklären, hieße jeden Fortschritt, jedes Besserwerden verneinen um der lieben Geschichte willen.

Nun könnte man auch vorbringen, daß in pazifistischen Büchern und Schriften auch nur zu oft Geschichtsanalogien gebracht werden. Das ist richtig. Aber es bleibt eben immer ein Unterschied, zu welchem Behufe man ein geschichtliches Beispiel nimmt; ob man daran seinen Glauben stärken und sich an Helden bilden will oder, ob man unbestimmte Gefühlsbeweise zu erwecken sucht. Der Pazifist nun, der schlösse, weil die Sklaverei und die Tortur abgeschafft wurden, so müsse es auch mit dem Krieg so kommen, begeht denselben Fehler wie der Beweisführer der ewigen Kriege, indem er ebenfalls seine Mutmaßungen als Gewißheit hinstellt. Es ergibt sich immer wieder derselbe Satz, daß die Geschichte etwas Bewegtes ist. Und nur in ganz allgemeinen Formen (in dem Falle: die Geschichte der Ideen zeigt, daß die hartnäckigsten Verteidigungen der alten Ideen die nun emporwachsenden nicht hemmen konnten), nur in solchem Sinne lassen sich geschichtliche Beispiele denkrichtig anwenden.

In einer Hinsicht könnte man den Pazifismus aber dennoch geschichtsfeindlich nennen: indem er nämlich wünscht, daß der Krieg, den man nicht einmal seinen Feinden gönnen soll, ganz der Geschichte angehören möge.

RANDGLOSSEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Lake Geneve bei Chicago,
15. Juli 1912.

Mein lieber Herr Fried!

In meinem vorigen, noch an Bord geschriebenen Brief versprach ich, Ihnen — und meinen lieben „Friedenswarte"-Lesern — allmonatlich die Eindrücke und Erlebnisse mitzuteilen, die meiner hier harrten. Nun bin ich vier Wochen in der neuen Welt und wollte lieber statt einigen Briefseiten ein paar Druckbogen und einige hundert Meter Films zur Verfügung haben, um das Erlebte und Erschaute wiederzugeben; so aber werde ich, um mich der Knappheit des Raumes anzupassen, mitunter in Telegraphenstil verfallen müssen.

Am 17. Juni Landung im Hafen von New York — begrüßt von der fackelschwingenden Freiheitsstatue (ohne Licht keine Freiheit und umgekehrt); empfangen von einer Deputation amerikanischer Pazifisten (Dr. Richard, Professor an der Columbiauniversität, Gründer der deutschen New Yorker Friedensgesellschaft; Mr. Short, Sekretär des Carnegie-Friedens-Vereins; Dr. Felix Adler u. a. m.); ausgefragt von einem Halbkreis von Journalisten (Halten Sie den Weltfrieden für wünschenswert? Für ausführbar und wie?) und an die Wand gestellt von einer scharf zielenden Knipserkompagnie und gnädigst freigelassen von der Zollbehörde.

Hierauf Willkomm-Luncheon im Hotel Astoria und ein paar Stunden später Weiterfahrt nach San Francisco. Es handelt sich ja nur um eine Reisedauer von fünf oder sechs Tagen und Nächten, die Amerikaner nennen das „a trip", zu deutsch: Ausflug. Auf der Durchfahrt hielten wir uns ein paar Stunden in Chicago auf. Hier war eben der große Rummel für die „Nomination" des künftigen Präsidenten im Gang. Die „Election" findet erst im November statt. Bis dahin können sich die Parteien weiter in den Haaren liegen. In Chicago wurde von den drei Kandidaten: Roosevelt, Taft und Wilson der letztgenannte nominiert.

Mir fehlt, wenn ich auf Pazifisten-Missionsreise bin, der Touristensinn. Die Namen der Stationen, die Zahl der Meilen, ja sogar die straßenumsäumenden Landschaftsbilder entgehen mir, und das ist auf der Pacificbahnstrecke wirklich schade, denn von Schönheiten, Großartigkeiten, Sonderbarkeiten strotzt es da. Und an Abwechslung kein Mangel: Hunderte von Meilen weite Weizenfelder, Hochgebirge, Sandwüsten, Urwald, lebhafte Städte und Städtchen, durch deren Gassen der Zug — nicht pfeifend, sondern glockenläutend — rast, Indianerdörfer, heerdenbesprenkeltes Weidenland, und was das Wunderbarste ist: der sogenannte „Great canyon". Hier gibt es einen Aufenthalt von sechs Stunden, um den Reisenden Gelegenheit zu gewähren, dieses Naturschauspiel, das in der Welt nicht seinesgleichen hat, mit Muße zu genießen. Der Canyon ist eine unendlich lange und unendlich tiefe Schlucht aus totem Gestein, das in allen Farben spielt und in allen Formen — Säulen, Bogen, Höhlen — sich schichtet, nur die oberste Linie auf beiden Seiten ist vollständig eben. Zwei Plateaus liegen sich da gegenüber, gras- und blumenüberwachsen, und dazwischen ein meilenweiter steinerner Abgrund. Auf dem einen Plateau steht ein Hotel, von dessen

Terrassen die Reisenden und Ausflügler das schauerlichschöne Bild betrachten, wenn sie nicht vorziehen, einen Maultierritt durch die Schlucht selber zu unternehmen — was ich übrigens, aus Rücksicht für das Maultier, unterlassen habe.

Nun ging es weiter, dem Staate Kalifornien zu, da gab's noch einmal Wüstenland zu durchqueren, so pflanzen- und wasserlos, so ohne Lebensmöglichkeit, daß es den Namen Tal des Todes trägt. Ein Mitreisender erklärte, daß der Name daher stamme, weil an einer Stelle giftige Dünste aus der Erde steigen, die jedes Leben vernichten. Holla! dachte ich (in Amerika erwacht der Spekulationsgeist), da ließe sich vielleicht eine große G. m. b. H. zur Ausbeutung der tötlichen Stoffe bilden und bei den verschiedenen Kriegsministerien könnte man profitable Bestellungen erzielen ... Aber ein anderer Mitreisender zerstörte die Legende von den mordenden Dünsten und erklärte den Namen Tal des Todes damit, daß einst an jener Stelle ein Trupp von Pionieren sich verirrt habe und verdurstet sei. Noch ein paar Stunden weiter und rechts und links unabsehbare Orangenhaine: wir waren in Kalifornien. Nicht die Natur, sondern Menschenfleiß hat diese Haine dorthin gestellt, in eine Gegend, wo es fast niemals regnet. Künstliche Bewässerung aus entfernten Flüssen hat die weiten Strecken mit schmalen Kanälen versehen, die zwischen den Fruchtbäumen fließen. Wie Silberstreifen glitzern sie neben den dichtbelaubten Bäumchen, unter denen in goldigen Haufen die abgefallenen Orangen auf dem Boden liegen.

Wir erreichten eine kleine kalifornische Stadt — Redlands —, wo es wieder ein paar Stunden Aufenthalt gab, die zu einer Rundfahrt benutzt wurde. Eine Rundfahrt durch Feenland. Unter dem Begriff „kleine Stadt" muß man sich in Amerika nicht eine auf geringem Raum zusammengepferchte Ansammlung von Häusern in engen Gäßchen denken, sondern einen weitgestreckten Park, in welchem in gehörigen Abständen schmucke einstöckige Villen stehen — jede ein „home" für sich. Nur ein kleines Geschäftszentrum gibt es da, d. h. ein oder zwei Straßen mit aneinanderstoßenden mehrstöckigen Häusern und Kaufläden. Die breiten Straßen, wo die Villen stehen, sind alle mit Bäumen eingesäumt. In Redlands waren es Alleen von riesig hohen Palmen oder Pfefferbäumen mit ihrem gefiederten Laub und rot glühenden Beeren. Und um alle Stämme ranken sich Blüten, und Blüten sprießen auf dem Boden rings um den Baum herum. Die Hecken sind Blumenwände, und die Häuser und Balkons und Terrassenstufen sind mit Blumen übergossen, als wäre eben ein Platzregen aus Füllhörnern gefallen. Wir sahen da auch den Smiley-Hügel, ein weit ausgedehnter, wunderbar gepflegter Besitz des Mr. F. Smiley, in dessen Haus alljährlich die Lake Mohonk-Konferenzen stattfinden.

Am selben Abend wurde in einem zweiten kalifornischen Städtchen — Riverside — Halt gemacht. Wir wurden in ein Hotel geführt, das ein altes spanisches Kloster war. Als wir in den vor dem Gebäude liegenden Garten traten, war der Eindruck zauberhaft. Rechts und links die alten Bogengänge, am Himmel ein glänzender Vollmond, und melodisches Glockenspiel zitterte durch die mit schweren Düften gefüllte, in leichter Brise bewegte Luft. In den Aesten der Bäume flatterten Papageien, die eben ihr Nachtruheplätzchen aufsuchten. Nachdem das Glockenspiel verstummt war, drang durch die offenen Saaltüren des Hotels Musik heraus: das Miserere, gespielt von Orgel und Harfe.

Den nächsten Aufenthalt nahmen wir in Los Angeles — diesmal für drei Tage. Die dortige Friedensgesellschaft hatte mich zu einem Vortrag eingeladen. Was Redlands und Riverside in Miniatur, das ist Los Angeles im großen — ein meilenweiter, mit mehr oder minder luxuriösen Heimstätten bestreuter Park. Mir wurde Gastfreundschaft in einem künstlerisch eingerichteten Privathotel geboten, und um ein für allemal einen Begriff der amerikanischen gastlichen Gewohnheiten zu geben, will ich mitteilen, aus was das mir in Los Angeles zur Verfügung gestellte Appartement bestand: Salon, zwei Schlafzimmer, Badezimmer, Wintergarten. Von drei interessanten Zusammenkünften, die ich in Los Angeles hatte, will ich erzählen. Zuerst General Otis, ein Veteran des Sezessionskrieges, jetzt Herausgeber einer großen Tageszeitung. Er las mir einen Plan vor, den er zur Herstellung des Weltfriedens entworfen hat, einen Plan, der den Beifall des Präsidenten Taft gefunden, und der bei nächster Gelegenheit dem Repräsentantenhaus und Senat vorgelegt werden soll. Das in achtzehn Paragraphen abgefaßte Projekt ist dahin zu resümieren, „daß der Präsident der Vereinigten Staaten beauftragt werde, die anderen Großmächte aufzufordern, sie mögen in irgendeiner offiziellen Form einleitende Schritte zu einer internationalen Allianz tun, die den Namen „Weltfriedenspakt" zu führen hätte, und daß, wenn nicht weniger als drei Mächte die Einladung angenommen haben und über die Hauptzüge des Abkommens übereinstimmten, sie nun im Namen aller drei eine Einladung an die übrigen ergehen lassen, mit der offenen Erklärung, daß der Zweck der Allianz sei, Maßnahmen zu treffen, die den Weltfrieden garantieren". Die Heere und Flotten der dem Bunde beigetretenen Mächte hätten sich zu verschmelzen. Hinter dem Weltfriedensbunde stünde nach und nach eine Weltarmee.

Meine zweite interessante Begegnung war mit Madame Séverance, eine 93 jährige Frau, genannt „die Mutter der Klubs". Denn sie

ist es gewesen, die unter großen Kämpfen und Widersprüchen den ersten Frauenklub (von denen es jetzt in den Vereinigten Staaten über 50 000 gibt) ins Leben gerufen hat. Die alte Dame bewohnt ein von einem herrlichen Garten umgebenes Häuschen; ihr Arbeitszimmer — sie schreibt und dichtet noch — ist voll Erinnerungen an große Zeitgenossen, die sie besucht haben oder mit ihr korrespondierten: da findet man die Tolstois, die Herzen, die Darwins, die Marconis. Ein Museum der Geister.

Die dritte Zusammenkunft war mit Frau Refugia Orozco, Gattin des Insurgentenführers in Mexiko, General Orozco, der eben gegen Präsident Madero verzweifelt kämpfte. Die Frau war vom Kriegstheater geflohen; sie sprach nur spanisch und unsere Unterhaltung wurde durch einen Dolmetsch vermittelt. Sie sagte, wie sehr sie und auch ihr Mann die Herstellung des Friedens wünsche — aber beide Parteien seien entschlossen, nicht nachzugeben; die Regierungsleute hätten geschworen, alle Insurgenten zu vernichten, und sie erzählte von den Grausamkeiten der regulären Truppen: — verbrannte Frauen und Kinder und dergleichen. (Immer werden die Gegner als die Grausamen geschildert — als ob im Kriege nicht alle und alles grausam wäre.) Natürlich hatte sich auch hier ein Momentphotograph eingefunden und am nächsten Tag brachte das Bild der Mexikanerin mit dem scharfen aztekischen Profil und der Oesterreicherin — na, Sie wissen ja, wie die aussieht; beide einander in die Augen schauend und die Hand reichend.

Noch eine Nachtfahrt und wir kamen an unser eigentliches Reiseziel, San Francisco, an. Die Stadt ist nicht mit der Bahn zu erreichen, man muß erst eine Bucht — die berühmte „goldene Bucht" — überqueren.

San Francisco, das vor sechs Jahren so vollständig zerstörte, ist wieder in voller Pracht aufgebaut. Hin und wieder sieht man nur Trümmerspuren und Lücken in den Straßen. Die Bewohner wollen es nicht wahr haben, daß die Zerstörung das Werk des Erdbebens war — das große Feuer, das ununterbrochen drei Tage und drei Nächte wütete, das habe den Ruin verschuldet. Sie sagen auch niemals in ihrer Zeitrechnung: vor oder nach dem Erdbeben, sondern vor und nach dem Feuer. Das Wort Erdbeben würde ihren geliebten Boden als unsicher erscheinen lassen — Feuersbrünste gibt es überall. Sie vergessen aber, daß jenes Feuer infolge des Erdbebens so entsetzlich hauste, weil durch dieses alle Wasserleitungen geborsten waren.

San Francisco, seine Gebäude, sein Park, seine Umgebung und seine Bucht sind paradiesisch schön. Aber ich will mich bei der Beschreibung nicht aufhalten; was mich hierher geführt, war ja nicht der Zauber des Orts, sondern die Abhaltung des großen Kongresses der föderierten Frauenklubs; eine Vereinigung, die 800 000 Mitglieder repräsentiert, und die alle zwei Jahre einen Kongreß abhält. Es war eine imposante Veranstaltung, ein Triumph für den weiblichen parlamentarischen und organisatorischen Geist. Die Verhandlungen wurden mit größter Sachlichkeit und Gründlichkeit geführt. Die Vorsitzende — Mrs. Moore von St. Louis, Missouri — präsidierte mit vollendeter Geschicklichkeit und Würde. Dabei auch mit Anmut. Weibliche Anmut und Eleganz war da überhaupt stark vertreten. Dabei großer Ernst und Hochsinn in den Reden und Debatten, viel praktischer Geist und dabei idealer Schwung in den behandelten Gegenständen ... Diese betrafen Fragen der Erziehung, der Wohlfahrt, und ich erlebte die Befriedigung, daß die Friedensfrage als ständiger Studiengegenstand in das Erziehungsdepartement der Klubs eingeführt wurde. Und die weitere Befriedigung, daß am Schlußabend, an dem ich sprach (es war am 4. Juli, dem nationalen Festtag), das Podium mit der amerikanischen Fahne geschmückt, zu dieser Gelegenheit weißumrandet, und die von mir mitgebrachte, gleichfalls weißumrandete schwarzgelbe Fahne hing daneben.

Im schwarzgelben Lande wurde indessen, wie ich erfuhr, die Erhöhung der Wehrmacht im Parlamente durchgepeitscht, von der Tagespresse bejubelt und vom Geldmarkt mit einem vierprozentigen Sturz der Rente beantwortet. Ueber solche und andere spärliche Nachrichten, die mir aus Europa zukamen (fortgesetzte Untätigkeit nebst beabsichtigten Pourparlers der Mächte gegenüber dem italotürkischen Krieg, Pulverexplosionen, Luftflottensammlungen usw.), randglosselte es mir im Kopf herum — aber das liegt ja alles so weit zurück; es ist besser, ich schreibe Ihnen nur Amerikanisches. Davon im nächsten Briefe mehr.

Mit herzlichem Gruß

Ihre Bertha v. Suttner.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

25. Juni. In Rio de Janeiro wird das auf der III. pan-amerikanischen Konferenz beschlossene Komitee zur Kodifikation des internationalen öffentlichen und privaten amerikanischen Rechts gebildet.

Anfang Juli. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in Petersburg.

Anfang Juli. Englische Studenten bereisen Deutschland und werden in Hamburg, Kiel, Lübeck, Berlin und Jena auf das freundschaftlichste empfangen.

5. Juli. In Paris wird eine franco-italienische Vereinigung begründet, der hervorragende Politiker beigetreten sind.

8. Juli. In Bern tritt die internationale Konferenz zur Prüfung eines Verständigungsentwurfes über den Transport leicht brennbarer und explosiver Güter zusammen.

8. Juli. Der in Amsterdam tagende 23. internationale Bergarbeiterkongress demonstriert nach einer Friedensrede seines Vorsitzenden gegen den Krieg.

12. Juli. Der englische Schatzkanzler Lloyd George hält im „Mansion House" eine Rede, worin er auf den unvergleichlichen Aufschwung des Handels hinwies. Eine Aera der Verständigung habe begonnen.

14. Juli. Die in Bern versammelte deutsch-französische Kommission zur Bestimmung der Grenzen am Kongo erledigt ihre Arbeiten.

Mitte Juli. An der Universität Kiel wird in Deutschland der erste besondere Lehrstuhl für internationales Recht errichtet.

17. Juli. Internationale Feier des 250-jährigen Bestehens der „Royal Society" in London.

17. Juli. Im Nobelgaarden zu Kristiania versammelt sich der VII. nordische Friedenskongress.

17. Juli. Eine französische Studienkommission zur Besichtigung der Wohlfahrtseinrichtungen trifft in Berlin ein.

22. Juli. Marineminister Churchills grosse Rede über die Marinerüstungen. Mehrforderung von 990000 Pfund, begründet durch das neue deutsche Flottengesetz. Premierminister Asquith beklagt das „Flottenwettrennen".

23. Juli. Zusammenkunft des schwedischen Königspaares mit der Zarenfamilie auf der Standard-Rhede.

24. Juli. Im Haag wird die internationale Wechselkonferenz geschlossen, die zu einem Abkommen zur Einführung eines einheitlichen Wechselrechts geführt hat.

25. Juli. Im englischen Unterhaus beantragt der Deputierte Ponsonby eine Verminderung des Rüstungsvoranschlags unter Hinweis auf die freundlichen Beziehungen zu Deutschland. Staatssekretär Grey beklagt die Last der Rüstungen. Die Regierung sei aber machtlos. Sie sei jedoch der Meinung, „dass Kräfte am Werk seien, die mit der Zeit eine Wirkung auf die Rüstungen ausüben werden."

27. Juli. Der ungarische Finanzminister Dr. Johann Teleszky äussert sich in einem Interview über den sinkenden Rentenkurs. Hält ihn in Zusammenhang stehend mit der Steigerung der Rüstungen, glaubt, dass dadurch automatisch eine Wendung in bezug auf die Kriegsrüstungen eintreten wird.

28. Juli. Das Londoner Kgl. Hygiene-Institut hält seine Jahresversammlung in Berlin ab. Von den Stadtbehörden auf das freundschaftlichste begrüsst.

29. Juli. Max Reinhardt — der bekannte Berliner Theaterdirektor — erhält von der französischen Regierung das Ritterkreuz der Ehrenlegion.

30. Juli. In London tritt der internationale Kongress für Eugenik (Rassenverbesserung) zusammen.

30. Juli. In Göttingen tritt der erste Verbandstag der internationalen Studentenvereinigungen an den deutschen Universitäten zusammen.

30. Juli. Ein Komitee liberaler englischer Politiker hat sich gebildet. Hervorragende Politiker gehören ihm an.. Annahme einer Resolution, worin die Staatsregierung ersucht wird, „den ungünstigen Eindruck zu beheben, der in Deutschland bezüglich Englands Haltung herrscht".

31. Juli. In einer Sondersitzung bringt der englische Nationalrat der Friedensgesellschaften sein Missfallen über das Versagen der Diplomatie bei dem Zustandekommen besserer internationaler Beziehungen zum Ausdruck.

Ende Juli. Zwischen Frankreich und Russland ist ein Flottenabkommen getroffen worden.

2. August. Unter dem Vorsitz des früheren englischen Botschafters in Berlin, Sir. Frank Lascelles findet in Homburg v. d. H. eine Konferenz englischer und deutscher Pazifisten statt zwecks Feststellung des Programms der anglo-deutschen Vertändigungskonferenz, die vom 30. Oktober bis 1. November in London stattfinden soll.

6. August. Der Abg. Hogge fragt im englischen Unterhause an, ob die Regierung nicht Schritte für eine Abrüstungskonferenz tun könne. Premierminister Asquith erklärt, die britische Regierung sei immer bereit gewesen, die Frage der Steigerung der Rüstungsausgaben international zu erörtern.

9. August. Ein Kollektivbesuch von 1200 Franzosen, den das Berliner „Journal d'Allemagne" arrangierte, trifft in der deutschen Reichshauptstadt ein.

9. August. Der französische Ministerpräsident Poincaré trifft in Petersburg ein.

AUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Eine Untersuchungskommission über die „Tavignano"-Affäre.

Der Fall des französischen Schiffes Tavignano, das am 26. Juni d. J. von den Italienern unter der Beschuldigung, Konterbande geführt zu haben, weggenommen worden ist, wird von einer franco-italienisch-englischen Untersuchungskommission aufgeklärt. Es handelt sich darum, festzustellen, ob das Schiff innerhalb oder außerhalb der Territorialgewässer aufgegriffen wurde. Die Untersuchung wird in Malta geführt. Am 30. Juni begaben sich die Beauftragten dahin. Von Frankreich wurden der Fregattenkapitän Sombron und Schiffsleutnant Violette, von Italien Fregattenkapitän Genovese Zerli und Graf Gradina entsandt. England stellt den Präsidenten dieser Kommission in Person des Schiffskapitäns James Segrave.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Fall gemäß den Bestimmungen der Haager Abkommen über die „Internationalen Untersuchungskommissionen" abgewickelt wird. Wohl handelt es sich hier nur um eine untergeordnete Frage; man werde sich aber klar darüber, welche große Bedeutung sie für die

Menschheit hat, wenn die Staaten sich erst daran gewöhnen, ihre Streitfälle auf Grund amtlicher Untersuchungen statt leidenschaftlicher Voreingenommenheit auszutragen.

Internationales Luftrecht und Schiedsgericht. :: :: ::

Es wäre sehr wünschenswert, daß die Staaten unter sich eine Konvention schlössen, in der sie sich verpflichteten, alle aus dem Umherfliegen von Luftschiffen und Flugzeugen auf fremdem Staatsgebiete entstehenden Streitigkeiten einem internationalen Schiedsgerichte zu überweisen. Wie leicht können bei der großartigen Entwicklung der Luftschiffahrt Streitigkeiten zwischen Staaten entstehen, z. B. wenn ein Flugzeug auf fremdem Territorium fliegt und der Spionage verdächtig ist. W.

Geheimrat Zitelmann. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der bekannte Lehrer an der Universität Bonn, Geheimrat Zitelmann, feierte am 7. August seinen 60. Geburtstag. Zitelmann hat auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts hervorragendes geleistet und in seiner Weise zur Verständigung der Völker auf rechtlichem Gebiete beigetragen. Von seinem umfangreichen Werke „Internationales Privatrecht", von dem 1897 der erstes Band erschien, darf man in Kürze den Schluß erwarten. Hingewiesen sei auch auf den ausgezeichneten Vortrag über die Möglichkeit eines Weltrechts, den Zitelmann 1888 in der Wiener juristischen Gesellschaft gehalten hat. Erinnert sei hier an die schönen Worte Zitelmanns auf S. 7 seines „Internationalen Privatrechts": „Die Rechtswissenschaft hat nicht bloß das vorhandene Recht zu erkennen, sie soll auch dem künftigen Recht vorarbeiten: das vorhandene Recht soll sie nach dem Maßstabe der Anforderungen, die überhaupt an die Zweckmäßigkeit oder Gerechtigkeit des Rechts erhoben werden, kritisieren, und, wenn es diesen Anforderungen nicht genügt, Sätze aufstellen, welche ihnen entsprechen würden. So unheilvoll es ist, bestehendes und wünschenswertes Recht miteinander zu verwechseln, so armselig wäre eine Jurisprudenz, die auf die Aufgabe der Vorarbeit für die Gesetzgebung Verzicht leisten wollte." Das sind außerordentlich richtige Bemerkungen, die auch auf dem Gebiete des Völkerrechts ihre volle Berechtigung haben.

Ein englisch-japanischer Streitfall. :: :: :: :: :: :: ::

Ueber einen völkerrechtlich interessanten Konflikt, der zwischen England und Japan auszubrechen droht, berichtet Dr. Hans Wehberg im „Tag":

„Zeitungsnachrichten zufolge hat Anfang Juli die Stadt Tokio in Japan den Besitzer des Zentralhotels, einen Engländer, wegen Steuerforderungen gegen das Hotel pfänden lassen, obwohl das Haager Schiedsgericht durch Urteil vom 22. Mai 1905 entschieden hatte, daß nach den internationalen Verträgen die Grundstücke der Fremden in Japan einer Grundsteuer nicht unterlägen. Ist die Meldung zutreffend, so handelt es sich um einen aus verschiedenen Gründen hochinteressanten Streitfall.

Nach den Niederlassungsverträgen, die Japan mit europäischen Staaten geschlossen hat, können Angehörige der betreffenden Staaten in Japan keine Grundstücke zu Eigentum erwerben, sondern lediglich pachten. Das Land bleibt in japanischem Staatseigentum und ist naturgemäß steuerfrei. 1902 entstand nun zwischen Deutschland, Frankreich und England einerseits und Japan andererseits ein Konflikt über die Frage, ob auch die auf den Grundstücken gebauten Wohnungen steuerfrei seien oder nicht. Japan behauptete das letztere und begründete seinen Standpunkt damit, daß das Grundstück und das Gebäude zwei ganz getrennte Dinge seien, und zwar nicht das Grundstück, wohl aber das darauf befindliche Haus im Privateigentum der Ausländer stände und daher steuerpflichtig sei. Die Europäer wiesen ihrerseits darauf hin, daß sie doch die Grundstücke vor allem zum Zwecke der Bebauung erhalten hätten und in dem Pachtzinse die Steuer einbegriffen sei.

Durch Kompromiß vom 28. August 1902 übergaben die beteiligten Staaten die Angelegenheit dem Haager Schiedshofe. Die Bestimmung der Schiedsrichter, die im allgemeinen zur Hälfte von jeder Partei ernannt werden und dann wieder gemeinsam den Obmann zu wählen haben, war damals nicht einfach, weil auf der einen Seite drei Staaten als Parteien auftraten und das Kollegium nur aus drei Richtern bestehen sollte. Jeder der drei europäischen Staaten bezeichnete schließlich einen Schiedsrichter, unter denen das Los entscheiden sollte. Frankreich hatte Renault, Deutschland v. Martitz, England Fry vorgeschlagen. Das Los bestimmte Renault, der zusammen mit dem japanischen Schiedsrichter, Botschafter Motono, den früheren norwegischen Minister Gram zum Vorsitzenden wählte. Das Schiedsgericht stellte sich in seinem Urteile ganz auf den Standpunkt der europäischen Mächte. Jedoch wurde die Entscheidung nicht einstimmig gefaßt, vielmehr verweigerte der japanische Schiedsrichter bei der Unterzeichnung des Urteils seine Zustimmung. Das war damals nach dem Abkommen der ersten Haager Konferenz über die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten noch erlaubt, wurde aber 1907 verboten. Die Feststellung der abweichenden Ansicht des Japaners hat jedenfalls für die Rechtskraft des Urteils nicht die geringste Bedeutung, sie ist nur eine aus der alten Schiedsgerichtspraxis beibehaltene Formalität.

Für die Rechtskraft des Urteils ist vielmehr infolge einer ausdrücklichen Bestimmung des Kompromisses lediglich der heutige Artikel 37 Absatz 2 des Haager Abkommens gültig, der bestimmt: „Die Anrufung der Schiedssprechung

schließt die Verpflichtung in sich, sich nach Treu und Glauben dem Schiedsspruche zu unterwerfen." Was bedeuten diese Worte nun? Für den, der sie mit gesundem Menschenverstande auslegt, bergen sie nicht den geringsten Zweifel in sich. Wie ein Schuldner nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche seine Leistung nach Treu und Glauben zu bewirken hat, so muß der verurteilte Staat dem Schiedsspruche nach Treu und Glauben nachkommen. Freilich hat ein deutscher Gelehrter, Pohl, in seinem Buche „Deutsche Prisengerichtsbarkeit" behauptet, der verurteilte Staat habe das Recht, nachzuprüfen, ob diese Entscheidung mit seinen Lebensinteressen vereinbar sei. Diese Ansicht ist jedoch vollkommen verfehlt, zumal sie jedes völkerrechtliche Vertragsrecht zerstören würde. Ob ein Staat dem Urteile eines Schiedsgerichts folgen kann, das muß er sich vor der Einlassung auf das Schiedsverfahren überlegen. Er darf das Kompromiß nur dann abschließen, wenn er auch das ungünstigste, rechtmäßig ergangene Urteil erfüllen kann.

Auf jeden Fall liegt also eine Verletzung des Völkerrechts vor, wenn die obenerwähnte Pfändung eines Engländers in Tokio stattgefunden hat. Aber, so wird man fragen, der Schiedsspruch bindet doch nur die japanische Regierung, und die Pfändung ist doch von der Stadt Tokio vorgenommen worden. Dieser Einwand wäre unrichtig. Vom Standpunkte des Völkerrechts haftet ein Staat in seiner Totalität. Bindet sich ein Staat, sei es vertraglich, sei es durch Unterwerfung unter die Entscheidung eines Schiedsgerichts, so sind daran alle Organe des Staates, sogar die Parlamente, gebunden. Bei den Verhandlungen der zweiten Haager Konferenz spielte dieses Problem eine bedeutsame Rolle.

Der japanische Staat ist also im vorliegendem Falle schadenersatzpflichtig. Man muß sich aber streng hüten, zu behaupten, Japan habe eine Entscheidung des Haager Schiedshofes wissentlich nicht befolgt. Hier handelt es sich entweder um ein Versehen eines städtischen Beamten, oder es sind besondere Gesichtspunkte vorhanden, die die Rechtslage verändern. Obwohl schon viele hundert schiedsrichterliche Entscheidungen gefällt worden sind, so ist doch noch nie der Fall vorgekommen, daß sich ein Staat rechtswidrig geweigert hat, ein solches Urteil zu erfüllen."

Rüstungsproblem.

Der Tiefstand der Rentenkurse und die Rüstungen.

Eine wichtige Eröffnung kommt von seiten eines europäischen Finanzministers, von denen man bisher nicht gewöhnt war, daß sie den Zusammenhang der wirtschaftlichen Depression mit dem Anwachsen der Ausgaben für Rüstungen zugeben. Bei der Vertretung der letzten österreichisch-ungarischen Wehrvorlage im ungarischen Parlament haben der Ministerpräsident Khuen und der Honvedminister Hazai sogar die Bedeutung der Rüstungsausgaben für die Belebung der Wirtschaft hervorgehoben. Um so bedeutsamer ist nun eine Kundgebung des gegenwärtigen ungarischen Finanzministers Dr. Johann Teleszky, der in einer dem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse" gewährten Interview (veröffentlicht in der N. Fr. Pr. vom 28. Juli) den Zusammenhang des Sinkens der Rentenkurse mit den Rüstungen zugibt. Er erblickt eine Besserung des gegenwärtigen Tiefstandes der Rente in der Steigerung der Produktion und fährt fort:

„Diese würde einerseits ohne Zweifel zur Milderung der Teuerung beitragen, andererseits das richtige Verhältnis zwischen Produktion und Konsum erzeugen. Alle maßgebenden wirtschaftlichen Faktoren müssen daher die Steigerung der Produktion anstreben und in deren Interesse danach trachten, daß das jetzt in geringem Maße zur Verfügung stehende neue Kapital zum Zwecke von Investitionen verwendet werde, die eine Ausdehnung der Erzeugungsmöglichkeit unmittelbar bewirken. Leider steht die in der Steigerung der Rüstungen in der ganzen Welt sich zeigende Konkurrenz mit dieser Tendenz in Widerspruch, aber vielleicht wird eben diese wirtschaftliche Lage, welche das Sinken der Rentenkurse hervorruft, sozusagen automatisch mit dazu Veranlassung geben, daß in bezug auf die Kriegsrüstungen eine Wendung eintritt."

Es ist sicher kein Zufall, und dadurch um so interessanter, daß der Leiter des größten Bankinstituts der Welt, Mr. Cole, der Gouverneur der Bank von England, bei einem Bankier-Bankett im Mansion-House, bei dem auch der Schatzkanzler Lloyd George eine viel bemerkte Rede hielt, auf das Sinken der englischen Konsols zu sprechen kam und darin ebenfalls die Rüstungspolitik als Ursache hervorhob. Cole verlangte, daß der Niedergang der Konsols die ernsthafteste Aufmerksamkeit seitens der Regierung finden müßte. Er mißt der Regierung die Schuld an der finanziellen Beunruhigung und der Entwertung der nationalen Werte bei. Die Finanzpolitik der Regierung führe zu forciertem Verkauf von Konsols und anderen Wertpapieren und drücke ihren Preis. Das Gefühl der Unsicherheit hinsichtlich der heimischen Wertpapiere halte an und führe zu ihrer Auswanderung.

Ein offiziöser österr.-ungarischer Vorschlag für einen Rüstungsstillstand.

Am 24. Juli brachte der offiziöse „Pester Lloyd" einen Artikel, „England und unsere Monarchie" betitelt, in dem ungefähr gesagt

wird: „Oesterreich-Ungarn sei des „unsinnigen“ Wettrüstens zur See müde und würde auf sein Flottenprogramm verzichten, wenn England ihm die bündige Versicherung gebe, daß es bei einem Kriege mit Deutschland die Küsten der Doppelmonarchie nicht angreifen werde. Oesterreich-Ungarn sei Deutschland gegenüber durch keinerlei Verpflichtungen für diesen Kriegsfall gebunden und habe sein Flottenprogramm einzig aus Rücksicht auf seine eigenen Bedürfnisse aufgestellt. Ein solches Flottenabkommen werde im übrigen einen wertvollen Präzedenzfall für andere Staaten schaffen.“

Dieser Artikel in einem der Regierung nahestehenden Blatte mußte einiges Aufsehen erregen. Er wurde zwar am anderen Tage von Wien aus dementiert, ist aber vielleicht doch nicht so von der Hand zu weisen. Erstens, weil er durch und durch vernünftig ist, zweitens, weil ein Mitglied der ungarischen Regierung kürzlich selbst darauf hingewiesen hat, daß die wirtschaftliche Depression durch das Wettrüsten hervorgerufen ist und dieses infolge seiner wirtschaftlich nachteiligen Folgen „automatisch“ zum Stillstand kommen müßte. (Man vergleiche den Artikel: „Der Tiefstand der Rentenkurse und die Rüstungen“ in „Aus der Zeit“ in der vorliegenden Nummer.)

Man möge sich diese Presseäußerung merken. Sie ist ein Anzeichen dafür, daß selbst in den Regierungskreisen der einem Rüstungsabkommen ablehnend gegenüberstehenden Staaten die Meinungen anfangen, geteilt zu sein.

Mit Genugtuung verzeichnen wir die Tatsache, daß der Nationalrat der englischen Friedensgesellschaften in einer besonders einberufenen Sitzung am 21. Juli anknüpfend an jenen Artikel im „Pester Lloyd“ folgende Resolution gefaßt hat:

„Der Rat drückt die Hoffnung aus, daß S. M. Regierung eine Gelegenheit wahrnehmen wird, wie sie jetzt in der österreichisch-ungarischen Presse in bezug auf ein Abkommen für einen Stillstand der Seerüstungen zwischen diesem Lande und Oesterreich-Ungarn vorgeschlagen wird.“

Die neueste Drehung der Rüstungsschraube.

Die Wehrvorlage, die Ende April d. J. im deutschen Reichstag zu einer Vermehrung der Flotte führte, die im vorigen Jahre in den Oesterreichisch-Ungarischen Delegationen den Anfang einer neuen Flottenpolitik der Donaumonarchie herbeiführte, hat Ende Juli im englischen Unterhaus den Gegenstoß gezeitigt. Die engliche Marineverwaltung forderte unter Hinweis auf die Neuausdehnung der deutschen Flotte einen Nachtragskredit von 990 000 Pfund. Der jetzige Nachtragsetat, so sagte der Marineminister Churchill am 22. Juli, sei „der erste und kleinste Teil der neuen Forderungen, die aus dem deutschen Gesetz erwachsen würden“. Er wies auch darauf hin, daß im Mittelmeer Italien und Oesterreich-Ungarn ihre Flotte vergrößern, und dies dazu führen werde, daß auch nach dieser Richtung eine Vermehrung der englischen Flotte werde eintreten müssen.

Es ist der Tag vorauszusehen, wo im deutschen Reichstag, in den österreichisch-ungarischen Delegationen, in der italienischen Kammer unter Hinweis auf jene Juliforderungen im englischen Parlament neue Flottenbauten von den Regierungen gebieterisch verlangt, von den Parlamentsmehrheiten bereitwilligst bewilligt werden. Darüber ist nun nichts mehr zu sagen. Wir wissen es: Jede Rüstungsvermehrung erzeugt neue Rüstungen beim Gegner und zwingt die erstrüstende Macht zu weiteren Neurüstungen, ohne daß das Kräfteverhältnis dadurch relativ verschoben wird. Das ist ein Gesetz, das in diesen Blättern schon vor $1^1/_2$ Jahrzehnten dargelegt wurde. Es ist so klar und einleuchtend, daß man vor einem psychologischen Rätsel steht, wenn man sieht, daß es in der politischen Praxis noch keine Anerkennung gefunden hat.

Die Menschheit des 20. Jahrhunderts sieht dank der Röntgenstrahlen durch den Leib, telegraphiert drahtlos durch die Lüfte, durchlocht die großen Berge, folgt den Bakterien in ihrem Zerstörungswerk und weiß sie abzuwehren, sie hat den Nordpol und den Südpol entdeckt, kurz, bringt die genialsten Wunder zustande — das Gesetz von der sich aufhebenden Kraft des Wettrüstens und der fortzeugenden Erhöhung jeder einseitigen Rüstungsvermehrung vermag sie nicht zu erfassen. Hier hat das menschliche Genie anscheinend eine Grenze.

Es scheint mir nun eine Möglichkeit vorhanden zu sein, daß in dem Wettrüsten zwischen Deutschland und England doch ein logischer Plan vorhanden wäre: Wenn die Aussicht bestände, daß England zu einem gegebenen Zeitpunkt finanziell nicht mehr imstande wäre, den Zweimächte-Standard aufrechtzuerhalten. Dann würde

das Wettrüsten von seiten Deutschlands wenigstens die Aussicht bieten, eines Tages die englische Ueberlegenheit brechen zu können.

Diese Frage müßte von Nationalökonomen studiert und bündig beantwortet werden. Halten sie eine solche Möglichkeit für gegeben, dann kann man in dem Wettrüsten einen vernünftigen Willen erkennen und die Ablehnung eines Ausgleiches auf Grund des ständigen englischen Uebergewichts begreifen. Halten sie diese Möglichkeit für ausgeschlossen, dann schwindet der letzte Rest einer Hoffnung, in dieser Erscheinung eine Spur von Vernunft zu erblicken.

☞

Ist der Luftkrieg zu verbieten? :: :: :: :: :: :: :: ::

Eine interessante Polemik hat sich anfangs Juli in der deutschen Presse zwischen dem Geheimen Regierungsrat E. Dietrich, Professor an der technischen Hochschule in Charlottenburg, und dem früheren Staatssekretär, jetzigen Reichstagsabgeordneten Grafen Posadowsky über die Zulässigkeit der Luftfahrzeuge für die aktive Kriegführung entsponnen.

Der Charlottenburger Professor wandte sich im „Berliner Tageblatt" gegen den übertriebenen Luftschiff-Kult im allgemeinen, im besonderen aber gegen die Verwendung der Luftfahrzeuge im Kriege. „Mit Entsetzen," so führt er aus, „muß man den Gedanken abweisen, daß diese Werkzeuge zum Hinabwerfen von Sprengstoffen auf feindliche Heeresmassen und Einwohner von Ortschaften benutzt werden sollten . . . Wahrlich, es wäre eine edle Aufgabe der Haager Friedenskonferenz, eine solche Art der Kriegsführung als unmenschlich zu verbannen."

Weiterhin sprach Geheimrat Dietrich von einer teuflischen Verrichtung der meuchelmörderischen Flieger.

Graf Posadowsky hatte dazu bemerkt, daß es vom humanitären Standpunkt aus wohl kaum ein Unterschied sei, ob ein Wurfgeschoß in vertikaler oder in horizontaler Richtung geschleudert werde, ob ein Torpedo von unten oder eine Bombe von oben wirke. Trotzdem meinte er, „wäre gewiß eine internationale Vereinbarung in dieser Beziehung sehr erwünscht, da es im Interesse der Menschlichkeit liege, die Endzwecke des Krieges mit möglichster Schonung von Menschenleben und Eigentum zu erreichen."

Mit der Bestreitung des Unterschieds zwischen horizontaler oder vertikaler Richtung der Sprengmittel ist Graf Posadowsky natürlich vollständig im Unrecht. Gegen den horizontalen Angriff können sich die Menschen schützen, oder sie gehen ihm bewußt und mit Absicht entgegen, wählen sich aber dabei den ihnen am besten passenden Zeitpunkt. Anders mit der vertikal wirkenden Bombe aus Luftfahrzeugen. Gegen oben gibt es keinerlei Deckung, und die kriegführenden Menschen müßten jederzeit, wenn sie den Feind auch noch so fern wüßten, auch bei Nacht, wenn sie ruhen wollen, und in zahlreich anderen Situationen dauernd darauf gefaßt sein, von oben angegriffen und vernichtet zu werden. Das setzt ein Nervensystem voraus, das bis jetzt bei Menschen noch nicht beobachtet wurde.

In einer Duplik wies Professor Dietrich diese Anschauung des Grafen Posadowsky auch geschickt zurück und erwähnte die Gefahr, die in einen Feldzug selbst der Person des Kaisers drohe, wenn der feindliche Flieger sich die Stelle aussuchen wollte, wo dessen Standarte weithin sichtbar flattert. Dieser Einwand hat etwas für sich, obwohl es klar ist, daß man sich dagegen wird schützen können. Die Person des Kaisers wird eben nicht exponiert werden. Das ist möglich. Aber nach einer anderen, und wie mich dünkt, äußerst wichtigen Seite, hat Herr Geheimrat Dietrich mit diesem Einwand die Aufmerksamkeit gelenkt. Er hat dargetan, daß durch die Zulassung der Luftfahrzeuge in aktiver Kriegsbetätigung jedes Oberkommando im künftigen Kriege auf das äußerste gefährdet sein wird. Das Oberkommando wird sich nicht gut verstecken können. Es wird irgendwo postiert sein müssen, wo es die Schlacht zu führen vermag; wo diese Stelle ist, wird für den feindlichen Flieger nicht geheim bleiben. Das Oberkommando zu vernichten, wird seine erste Aufgabe sein. Was dann? Heißt das nicht, daß der Krieg durch die Verwendung der Luftfahrzeuge unmöglich wird?

Und eine weitere Frage; die ich offen lasse: Sollen wir Pazifisten dann noch für ein Abkommen zwecks Verbot der Luftfahrzeuge im Kriege eintreten?

☞

Die Kölnische Zeitung und die Rüstungsfrage. :: ::

Die Kölnische Zeitung hat in den letzten Jahren immerfort betont, daß Deutschland den Umfang seiner Flottenrüstung nach eigenem Ermessen bestimme. Noch Anfang Juli 1912 gab die angesehene Zeitung eine Aeußerung Bassermanns aus der Zeitschrift „Nord und Süd" wieder, die sich in diesem Sinne aussprach. Wir Friedensfreunde haben wiederholt dargetan, daß dieser Standpunkt falsch ist, weil jedes Land die Rüstungen nicht lediglich nach eigenem Ermessen festsetzt und festsetzen kann, sondern das die Vergrößerung der Rüstungen anderer Länder hierbei eine maßgebliche Rolle spielt. Wenn England seine Flotte in erheblichem Maße vergrößert, so zwingt England uns, unsere Rüstungen ebenfalls zu vermehren.

In einem sehr schönen Aufsatze „Das Maß der Rüstung" hat in Nr. 23 522 der Weserzeitung der weithin angesehene Chefredakteur Fitger auf den großen Irrtum hingewiesen, der in dem Worte stecke: „Deutschland richtet

sich beim Abmessen der Stärke seiner Rüstung nicht nach dem Auslande, sondern ist sich selber Gesetz." Er hat vor allem darauf aufmerksam gemacht, es gebe nichts Isoliertes auf dieser Welt.

Nun hat aber auch die Kölnische Zeitung in ihrem Leitartikel „Zur Rede Churchills" in Nr. 833, der von ihrem Berliner Korrespondenten verfaßt ist, ihren Standpunkt in erfreulicher Weise verändert. Es heißt dort nämlich am Schlusse: „So eröffneten diese gerade ein Jahr nach den bekannten Ausführungen Lloyd Georges gehaltenen Reden der beiden englischen Minister allerdings ein Zukunftsbild unabsehbarer Rüstungen, und sie zeigen deutlich, daß jede Großmacht, die ihre Weltstellung behaupten will, wohl oder übel mitmachen muß." (Dieses Wort „muß" war auch in der K. Z. gesperrt gedruckt.)

Nun wollen wir doch sehen, ob auch weiter nach den Mitteilungen der Rüstungsfanatiker Deutschland seine Flotte lediglich „nach eigenem Ermessen" bestimmt, oder ob diese Rüstung nicht völlig von denen anderer Mächte abhängig ist. Wenn die Wahrheit in dieser wichtigen Frage erst allgemein erkannt ist, werden die Phrasen auf dem Gebiete der Rüstungspolitik ein Ende nehmen. W.

Verbot der „Schwarzen Armeen"? :: :: :: :: :: :: ::

Wie die Blätter meldeten, geht nunmehr die französische Regierung ernstlich daran, zum Ausgleich der zurückgehenden Bevölkerungszahl Frankreichs eine „schwarze Armee" für künftige europäische Verwicklungen zu schaffen. Auf der nächsten Haager Friedenskonferenz soll nun auch die Frage einer französischen „schwarzen Armee" verhandelt werden. Es kommen hauptsächlich Italien, Rußland, Deutschland und Belgien dafür in Betracht. Es soll übrigens im Haag nicht nur die Frage eines französischen Negerheeres behandelt werden, sondern es wird beabsichtigt, prinzipiell die Verwendung von schwarzen Armeen in europäischen Kriegen zu erörtern und allgemeine völkerrechtliche Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Schließlich bilden Negertruppen, von welchem Staate sie auch immer verwendet werden mögen, für weiße Soldaten eine große Gefahr, da die Neger eine ritterliche Kriegsführung und eine menschliche Behandlung der Verwundeten und Gefangenen nicht kennen. — Wie wäre es, wenn man nur die „schwarzen Armeen" behalten und lieber die weißen verbieten möchte? — Mit der „ritterlichen Kriegsführung" ist es eine eigene Sache — Maschinenkrieg und Rittertum sind unvereinbare Dinge.

Asquith über die Abrüstungsfrage. :: :: :: :: :: :: ::

Im Unterhause fragte am 5. August der Liberale Hogge, ob die Regierung nicht eher Schritte für eine Abrüstungskonferenz tun wolle, als bis von anderen Mächten nach dieser Richtung Anregungen gegeben würden, und ob Premierminister Asquith im Hinblick auf die Tatsache, daß seit 1899, wo diese Frage im Haag erwogen wurde, die Ausgaben für Rüstungen ständig gewachsen seien, einen Plan annehmen werde, durch den die Frage der internationalen Abrüstungen in Fluß gebracht werden würde. Premierminister Asquith erwiderte: „Ich glaube nicht, daß die internationale Abrüstung, wenn damit die Abschaffung jeder bewaffneten Macht gemeint ist, praktisch durchführbar ist. Die biritische Regierung ist, wie den anderen Mächten bekannt ist, immer bereit gewesen, die Frage der Steigerung der Rüstungsausgaben international zu erörtern; auf jede Anregung der anderen Großmächte nach dieser Richtung hin wird die britische Regierung bereitwillig eingehen."

Verschiedenes.

Die Friedensdemonstration der Bergarbeiter. :: :: ::

Bei der am 8. Juli erfolgten Eröffnung des 23. internationalen Bergarbeiterkongresses, der diesmal in Amsterdam tagte, kam es — wie alljährlich — zu einer großen Friedensdemonstration. Allerdings ging es auch hier nicht ohne einen Seitenhieb auf die sogenannte bürgerliche Friedensbewegung ab. Der Vorsitzende des Kongresses, der Engländer Smillie, sagte, nachdem er behauptat hatte, daß der Friede nicht vom Haager Schiedsgericht, nicht von der Bourgeoisie gesichert werde, und daß die ganzen Lasten des Krieges nur die Arbeiter (!!) zu tragen haben, folgendes:

„Von diesem Kongresse aus soll die Stimme des Friedens ertönen, und wenn die Gefahr eines internationalen Krieges hervortritt, wird es die Pflicht der Bergarbeiter sein, ihr mutig entgegenzutreten. Dann wird das Internationale Komitee zusammentreten und zu beraten haben, wie die Kriegsgefahr beseitigt werden kann. (Stürmischer Beifall.) Der Kongreß wird wohl mit mir übereinstimmen, wenn ich erkläre, daß die hier versammelten Vertreter des internationalen Grubenproletariats mit ganzem Herzen den Frieden wünschen und erhalten wollen und dabei sein werden, wenn es gilt, die Möglichkeit eines Krieges aus der Welt zu schaffen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Der Vertreter der deutschen Bergarbeiter, Reichstagsabgeordneter Sachse, sagte hierauf:

„Die Arbeiter aller Länder wollen nicht den Krieg, sondern nur die kleine Minderheit der Scharfmacher. Bei uns in Deutschland blasen gerade die größten Arbeiterfeinde die Kriegstrompete. Gegen die Kriegsgefahr im vorigen Sommer demonstrierten die sozialistischen deutschen Arbeiter, und der Regierung

war das, wie sie im Reichstag schweigend zugab, gar nicht unlieb. (Hört! Hört!) Wir deutschen Arbeiter werden nach wie vor mit aller Energie für den Weltfrieden eintreten."

Es ist zwar ein Irrtum, zu behaupten, daß nur die Arbeiter ein Interesse am Frieden haben, daß nur die Arbeiter den Krieg verhindern werden, immerhin ist es ein erfreulicher Protest gegen den Krieg, den wir da zu hören bekamen.

☞

Ein Denkmal für William Stead. :: :: :: :: :: :: :: ::

William T. Stead, der in der Vollkraft seines unermüdlichen Arbeitsdranges bei der „Titanic"-Katastrophe in den Tiefen des Ozeans sein Grab fand, soll nun ein Denkmal erhalten: eine Reihe der führenden und bekanntesten englischen Journalisten tritt mit einem Aufruf hervor, in dem das Komitee die „Journalisten aller Schulen" zur Mitarbeit bei der Errichtung eines Denkmals auffordert, das für Stead als für „einen Journalisten und Meister seines Berufes" erstehen soll. Das Monument, das in schlichter, einfacher Form geplant ist, soll in der Nähe seiner Arbeitsstätte in London entweder als Büste oder als Gedenktafel angebracht werden. Es ist erfreulich, daß die Berufsgenossen sich des zu früh verstorbenen Kollegen erinnern. Aber ein Denkmal für den Journalisten Stead genügt uns nicht. Wir wollen ihn als Pazifisten ehren. Vielleicht wird es doch möglich, ihm im Haag an der Stätte seines großen Wirkens ein würdiges Erinnerungszeichen zu errichten.

☞

Das dankbare Vaterland. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

C. L. S. Unter dieser Spitzmarke („Hungertod eines Kriegsveteranen") schrieben unlängst die Zeitungen: „Im Norden Berlins ist nachts auf einem Spielplatz ein hochbetagter Kriegsveteran des Hungertodes gestorben. Der arme Mann hatte bereits seit längerem kein Geld mehr, sich Lebensmittel zu kaufen. Es ging ihm so schlecht, daß er keine Wohnung mehr hatte. Als der Veteran zusammenbrach, schmückten seine Brust mehrere Kriegsauszeichnungen, darunter die Medaille von Mars-la-Tour." — Immer die alte Geschichte! Unser Geld dient dem Bau neuer Dreadnoughts, Unterseeboote und Torpedos; es füllt die Kassen der „Nationalflugspende"; für die Stillung des Hungers eines fast 70jährigen Vaterlandsverteidigers bleibt natürlich nichts übrig.

Neuerdings wird der „Köln. Ztg." aus Hanau geschrieben, daß der in Berlin an Entkräftung gestorbene Veteran Drux aus Schlesien stammt. Er hatte sich im vorigen Jahre in Bayern aufgehalten, dort hausiert und gebettelt und war im Dezember 1911 nach Preußen abgeschoben worden. Als Landarmer fand er im Hanauer Landkrankenhause Aufnahme, in dem er bis Juli verblieb; auch hatte man ihm die Veteranenbeihilfe im Betrage von 10 M. monatlich erwirkt, die er sechsmal erhob. — Inzwischen ist schon wieder ein Veteran in Berlin vor Hunger zusammengebrochen. Am Dienstag brach, so schreibt der „L.-A.", in der Stralauer Straße der Kriegsinvalide Wilhelm Kioncke, geb. am 7. Mai 1850, vor Hunger zusammen. Die Bewohner des Hauses veranstalteten eine Sammlung für den Aermsten. Er gab an, daß er beim 8. Schles. Drag.-Regiment, das in Oels steht, am 3. September 1870 schwer verwundet wurde. Der Mann ist vollständig mittellos und hat keine Wohnung.

Ein anderer Fall wird in der „Berl. Morgenpost" geschildert: Der frühere Buchbinder Vogel ist seit 13 Jahren gelähmt und leidet an Krämpfen. Seine Frau leidet seit 22 Jahren an einer Herz- und Nierenkrankheit und ist unfähig, etwas zu verdienen. Vogel selbst ist ebenfalls dazu gänzlich außerstande. Der alte Mann, der die Kriege von 1864 und 1866 mitgemacht und 1870/71 in dreizehn Schlachten gefochten hat und für einen freiwilligen Patrouillenritt vor der Front zum Unteroffizier befördert worden ist, bezieht eine monatliche Invalidenrente von 20 M. und den Ehrensold von 10 M. Diese 30 M. stellen seine gesamten Mittel dar. Ein Gesuch an den Kaiser, das er am 12. Februar 1912 eingereicht hat, ist an das Berliner Polizeipräsidium und von diesem an das Polizeipräsidium Lichtenberg weitergegeben worden. Von der letzteren Stelle ist ihm der Bescheid geworden, daß „auch von hier aus nichts veranlaßt werden kann". Es wurde ihm anheimgestellt, „mit der städtischen Verwaltung oder einem Wohltätigkeitsverein in Verbindung zu treten."

☞

Der „Wehrverein" als Kläger. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

C. L. S. Wegen Beleidigung des Vorstandes des deutschen Wehrvereins, Ortsgruppe Köln, des Generalleutnants z. D. Bauer und des dritten Vorsitzenden des Ausschusses Dr. med. Hofmeister, hatte sich der Kaufmann Joseph Hausmann in Köln-Nippes vor dem Kölner Schöffengericht zu verantworten. Er hatte einen Aufruf des genannten Vereins zum Beitritt erhalten, den Aufruf aber mit der schriftlichen Bemerkung, er „bitte, vernünftige Menschen mit derartigen Eseleien zu verschonen", zurückgehen lassen. Der Verteidiger des Angeklagten bemerkte, daß seinem Klienten als Anhänger der allgemeinen Abrüstungsidee durch den Aufruf zum Beitritt zum Wehrverein eine Charakterlosigkeit zugemutet worden sei, zudem enthalte der Aufruf eine schwere Beleidigung unserer Nachbarnation Frankreich, die nach dem Wortlaut des Aufrufs Deutschland überfallen wolle. Das Urteil lautete auf Freisprechung, da der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt

habe. Er habe als Anhänger der allgemeinen Friedensbestrebungen die ihm durch den Aufruf gestellte Zumutung mit entsprechenden Bemerkungen zurückweisen dürfen. Aus den Umständen gehe die Absicht einer Beleidigung nicht hervor; er habe nur die Bestrebungen des Wehrvereins in seiner Weise charakterisieren wollen. — Die Patriotenpresse schäumt natürlich über dieses Urteil, das dem Wehrverein eine gebührende Abfertigung zuteil werden läßt.

Deutsch-englische Verständigungskonferenz in London.

Unter dem Vorsitz von Sir Frank Lascelles, dem früheren englischen Botschafter in Berlin, fand am 2. August in Homburg v. d. Höhe die Vorbereitung einer für den Spätherbst in Aussicht genommenen Konferenz über die Frage der deutsch-englischen Beziehungen statt. An der Besprechung nahmen die englischen Parlamentsmitglieder Harvey und Snell, ferner Weigall und von deutscher Seite die Herren Dr. Richter und Professor Dr. Nippold sowie Bankdirektor Maier als Vertreter des Verbandes für internationale Verständigung, Herr Dr. Spiecker als Vertreter des kirchlichen Komitees zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England, und die Herren Eduard de Neufville, Universitätsprofessor Dr. Siever und Oberbürgermeister Luebke aus Homburg als Vertreter der deutsch-englischen Verständigungs-Kommission teil. Es wurde beschlossen, die Verständigungskonferenz vom 30. Oktober bis 1. November in London abzuhalten und folgende Punkte zur Verhandlung zu bringen: 1. Förderung der gegenseitigen Kenntnis der beiden Länder und gemeinsamen Kulturaufgaben; 2. wirtschaftlicher Wettbewerb; 3. die Presse; 4. Unverletzlichkeit des privaten Eigentums zur See in Kriegszeiten; 5. Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären auf kolonialem Gebiet. Für jedes der Probleme sind geeignete Persönlichkeiten aus beiden Nationen als Referenten gewonnen worden. Wie aus diesem Programm hervorgeht, ist der Zweck der Konferenz, in offener Aussprache diejenigen Fragen zu behandeln, die entweder in letzter Zeit zu Mißverständnissen Anlaß gegeben und dauernde Hemmnisse der Verständigung gebildet haben, oder aber geeignet sind, zu einer tieferen Verständigung der beiden Völker zu führen. Von offiziöser wie auch von parlamentarischer Seite wird, wie halbamtlich versichert wird, diese Arbeit mit Interesse verfolgt, zumal, da dazu die verschiedensten Korporationen zusammengetreten sind. Auf deutscher Seite sind folgende vier Vereinigungen an der Vorberatung beteiligt: 1. das deutsch-englische Verständigungskomitee, 2. Verband für internationale Verständigung, 3. die deutsche Friedensgesellschaft, 4. das Kirchliche Komitee zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Andere Männer, die sich als Freunde einer Verständigung erwiesen haben, werden gleichfalls herangezogen werden. Es wird sich nicht, wie früher manchmal, um Feste handeln, sondern um einige Tage ernster Arbeit. Obwohl demnächst die Verhandlungen auf einen kleinen Kreis von Mitarbeitern beschränkt sein werden, wird doch die Presse ungehinderten Zutritt haben, wie überhaupt die Ergebnisse der Verhandlungen der Oeffentlichkeit in weitestem Maße zugänglich gemacht werden sollen.

Herr von Kiderlen-Waechter über Krieg, Frieden und Abrüstung.

In einer Unterredung, die ein Redakteur des „Figaro" kürzlich mit dem Staatssekretär des Aeußeren, Herrn v. Kiderlen-Waechter gehabt hat, machte dieser einige interessante Aeußerungen, die hier festgehalten werden sollen. Es heißt da:

„Euer Exzellenz wissen wohl", sagte der französische Journalist, „daß Frankreich friedlich ist."

„Aber ja", antwortete Herr v. Kiderlen-Waechter, „ohne Zweifel; und deshalb verstehe ich es eben nicht. . . . All das ist übrigens ungesund. Wenn man in der Welt ein Plebiszit über Krieg und Frieden veranstalten wollte, würde die Antwort nicht zweifelhaft sein; aber die Kriege, wir wissen es ja, sind immer das Werk der Minorität.

Vernimmt Europa nicht das dumpfe Geräusch, das auf dem asiatischen Kontinent von einer lange eingeschlafenen großen Rasse ausgeht, die sich zu recken beginnt, bis sie sich erheben wird, um gegen ferne Ziele, gegen den Okzident vorzuschreiten? Ist es taub für die Arbeit der noch jungen amerikanischen Erde und für das Grollen seiner Maschinen, und bemerkt es nicht, daß dieses gewaltige Gebären sich nur auf Kosten seines eigenen Reichtums vollziehen kann? „Ach," sagt Herr von Kiderlen, „der alte Goluchowski hatte vielleicht nicht unrecht, wenn er dieses Europa unsinnig und blind nannte, da es unfähig ist, sich gegen die Gefahren zu organisieren, die es ohne Rücksicht auf seine winzigen Streitigkeiten packen werden!"

Er fügte hinzu: „Das da wäre das praktische Werk, das zu vollbringen wäre." Dann, der Frage zuvorkommend, die ich an ihn richten wollte: „Das übrige, die Abrüstung, ist eine Utopie."

„Ist es möglich, Exzellenz," fragte ich, „daß Sie die Abrüstungsidee nicht nur für morgen, sondern auch für übermorgen und für immer verwerfen?"

Der Minister blieb stehen und sah mir ins Gesicht:

„Glauben Sie, es genüge, um die allgemeine Abrüstung zu verwirklichen, daß zwei

oder drei Staaten sie proklamieren? Und wenn ein vierter, unter irgendeinem Vorwand, sich weigert, sie zu unterschreiben, wie soll man ihn dazu nötigen, wenn man nicht eine genügende Macht bewahrt hat, um ihn zwingen zu können? Und so kommen wir wieder auf einem Umwege zur Idee der organisierten Macht zurück, nicht um den Krieg zu entfesseln, aber um den Frieden durchzusetzen. Denken Sie auch noch hieran. Ich will annehmen, wir entschlössen uns beide, abzurüsten. Ich sage Ihnen: Sie sind 40 Millionen, wir 63; Sie werden also 200 000 Mann haben, wir 300 000. Werden Sie das annehmen? Aber wir sollen, die Hypothese zugelassen, dahin gelangen, uns zu verständigen, daß jeder nur 250 000 haben darf; nur, Sie haben die zweijährige Dienstzeit, wir die dreijährige; am Ende würden Sie also mehr waffenkundige Leute haben als wir, oder vice-versa. Sie sehen, welche praktischen Schwierigkeiten sich aufbäumen, sobald man das Problem zu lösen versucht."

— „In jedem Falle, die erste Vorbedingung der Abrüstung ist eine dauernde Entente zwischen Deutschland und Frankreich. Halten Sie sie für möglich?"

„Sicherlich. Aber auch selbst diese Entente würde, wie ich eben gezeigt habe, die Frage nicht lösen."

— So einfach, wie sich Herr von Kiderlen-Waechter das Problem der Rüstungsverminderung vorzustellen scheint, ist es nun nicht; es ist mit seiner Darlegung auch nicht abgetan.

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat im Juni auf Antrag Richard Bertholdts eine Resolution angenommen, wonach die Frist zur Einsetzung dieser Studienkommission des Rüstungswesens, zu der der Präsident Taft im Jahre 1911 (Bennett-Bill) ermächtigt wurde, um zwei Jahre verlängert wird. — Die zehn südamerikanischen Republiken sind seit 1. Januar 1912 zu einer Post-Union vereinigt. — Der frühere japanische Finanzminister Sakatani, Mitglied der Untersuchungskommission der II. Abteilung der Carnegie-Stiftung, Vizepräsident der „Japan Peace Society", ist am 9. Juli zum Bürgermeister von Tokio gewählt worden. — In dem italienisch-französischen Streitfalle wegen der Schiffe Carthage und Manouba bestellte Frankreich Ende Juni den Rechtsanwalt Fromageot-Paris, Italien Herrn Ricci-Busatti, Abteilungsvorsteher im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Rom, zum Rechtsbeistand. Die Schriftsätze der Parteien sind am 20. Juni der Geschäftsstelle des Schiedshofs übermittelt worden. Die Einreichung der Gegenschriftsätze soll bis zum 15. August beendet sein und Ende September sollen die Verhandlungen beginnen. — Das preußische Kultusministerium hat sich jetzt entschlossen, an der Universität Kiel einen besonderen Lehrauftrag für internationales Recht — Völkerrecht, internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung — zu erteilen. In der Erteilung dieses Lehrauftrages an Prof. Dr. Niemeyer liegt die Anerkennung eines Bedürfnisses, das bisher in Preußen von der Regierung nicht anerkannt war. — Im Repräsentantenhause der Vereinigten Staaten wurde Mitte Juli von Moore ein Gesetzentwurf eingebracht, durch den der Staatssekretär ermächtigt wird, mit Großbritannien und den anderen Mächten Verhandlungen einzuleiten über die Neutralisierung des Panamakanals und die Teilung der Bau- und Erhaltungskosten des Kanals zwischen den Mächten. Der Gesetzentwurf erklärt, die Neutralisierung würde die Erhaltungskosten des Kanals bedeutend vermindern und dem Handel wie dem Weltfrieden zugute kommen. — Präsident Butler von der Columbia-Universität, der Direktor der ersten Abteilung der Carnegie-Stiftung, ist Anfang Juli in Europa angekommen und hat London, Paris, Brüssel besucht. Er wird sich kurze Zeit in Frankfurt und Wilhelmshöhe aufhalten. — Auch der zweite Direktor der I. Abteilung der Carnegie-Stiftung, Mr. Haskell, weilt in Europa und besucht die Agenturen der Carnegie-Stiftung. — In einer Anzahl deutscher Zeitungen (Neue Preußische (†) Zeitung, Vossische Zeitung, Badischer Beobachter) macht Curt Abel-Musgrave, der seinen Wohnsitz in Brighton hat, den Vorschlag, einen „deutsch-englischen Volks-Kongreß" einzuberufen. Bekanntlich ist ein solcher schon längst geplant. Ende Oktober wird er in London stattfinden. — Im Monat August werden deutsche und englische Kaufleute zu einer Besprechung zwecks Anbahnung einer anglo-deutschen Verständigung zusammentreten. — Anläßlich der diesjährigen Ferien-Kurse an der Universität Jena wird Anna B. Eckstein im Rahmen jener Veranstaltung einen öffentlichen Abendvortrag über „Das Problem der Friedenssicherung und seine Lösung" halten.

AUS DER BEWEGUNG

Erster Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung.

Der Verband für internationale Verständigung entwickelt bereits eine sehr erfreuliche Tätigkeit. Seit April 1912 erscheint vierteljährlich eine Korrespondenz, die zahlreiche wertvolle Artikel enthält, von denen eine Reihe in zahlreichen Zeitungen abgedruckt wurden. Nunmehr rüstet sich der Verband, um seinen ersten Kongreß vom 5. bis 7. Oktober 1912 in Heidelberg abzuhalten. Zu diesem Zwecke hat sich in Heidelberg ein Ortausschuß konstituiert, dem die Universitätsprofessoren Bezold, Driesch, von Duhn, von Lilienthal,

Troeltsch, Alfred und Max Weber, die Bürgermeister Wilckens, Walz und Wielandt, Landgerichtspräsident Zehnter, Stadtpfarrer Frommel, Amtsvorstand Jolly, Oberamtsrichter Frhr. von la Roche, Stadtschulrat Rohrhurst und Professor Schneegans angehören. Der Kongreß soll nach dem vorläufigen Programme mit einem Begrüßungsabend im Gasthof „Zum schwarzen Schiff" am Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 Uhr beginnen. Für Sonntag und Montag sind eine große Reihe bedeutender Vorträge zu erwarten. Am Sonntag werden sprechen: Professor Nippold über „Die auswärtige Politik und die öffentliche Meinung", Geheimrat Zorn über „Das Werk der Haager Friedenskonferenzen", Professor Spahn über „Der Friedensgedanke in der Geschichte des deutschen Volkes" und Professor Piloty über „Formen internationaler Verständigung". Außerdem wird Geheimrat v. Ullmann, der Vorsitzende des Verbandes, eine Begrüßungsansprache halten. Am Montag sind Vorträge zu erwarten von Professor Lamprecht über „Auswärtige Kulturpolitik", von Professor Schücking über „Die wichtigste Aufgabe des Völkerrechts" und Professor Rade über „Internationale Verständigung vom Standpunkte der Religion und Ethik". Nähere Auskunft erteilen das Bureau des Verbandes Oberursel am Taunus, Liebfrauenstraße 22 sowie Bürgermeister Wielandt, Heidelberg, Theaterstraße 4.

Der Friedenstag in den ungarischen Schulen. :: :: ::

Der ungarische Unterrichtsminister, Graf Zichy, hat an Frau Gräfin Albert Apponyi, Präsidentin des Bundes ungarischer Frauenvereine in Budapest, folgendes Schreiben gerichtet:

„Ew. Exzellenz!

In Beantwortung der vom 23. Dezember 1911 datierten Eingabe des Bundes Ungarischer Frauenvereine habe ich die Ehre, Eure Exzellenz zu benachrichtigen, daß ich gleichzeitig mit diesem eine Verordnung an alle Oberdirektoren der höheren Handelsschulen, an die Königl. Schulinspektoren der Komitate, ebenso an alle Oberinspektoren der Lehrer-Präparandien und höhere Mädchenschulen sandte, in welchem ich für dieses Jahr umgehend, für die folgenden Jahre zum bestimmten Termin, über jede Schule gesondert Nachricht verlange, in welcher Weise dort der Friedenstag gefeiert wurde.

Die Meldungen werde ich die Ehre haben, Euer Exzellenz seiner Zeit mitzuteilen.

Empfangen Exzellenz den Ausdruck meiner besonderen

Hochachtung

Budapest, den 15. Juni 1912.

gez.: Zichy."

Der Monistentag in Magdeburg. :: :: :: :: :: :: :: ::

Zwischen dem 6. und 10. September wird in Magdeburg die II. Hauptversammlung des Deutschen Monistenbundes stattfinden. Die großen Linien der zukünftigen Arbeit des Monistenbundes werden in den Vorträgen der öffentlichen Versammlungen weiter gezogen werden: — eine Aufteilung des unendlichen Neulands, das Friedrich Jodl auf dem Hamburger Kongreß in seiner Rede über die Kulturaufgaben des Monismus gezeigt hat. Zu den schon bisher bekanntgegebenen Rednern, Wilhelm Ostwald und Grete Meisel-Hess, sind inzwischen noch zwei Namen von bestem Klange dazugekommen, Rudolf Goldscheid und Max Maurenbrecher. Die Gesamtheit dieser Vorträge: „Monismus und Politik", „Monismus und Kultur", „Monismus und die Frauen", „Monismus und Erziehung" wird ein neuer Beweis dafür sein, daß der Monismus aus der Periode des bloßen Protestes gegen eine veraltete Kultur, die im besten Falle für uns Menschen von heute eine seelische Unterernährung bedeutet, herausgetreten ist und sich entschlossen hat, auf der ganzen Linie den praktischen Aufbau neuer Lebensformen zu beginnen. Eine Reihe weiterer Veranstaltungen festlichen und geselligen Charakters wird das persönliche Band, das sich um die Monisten als die Angehörigen einer neuen geistigen Gemeinschaft schließt, noch enger und herzlicher machen. Auskunft erteilt die Ortsgruppe Magdeburg des D. M. B., Alte Ulrichstraße 15 I.

Pazifistisches Kongreß-Kalendarium. :: :: :: :: :: ::

22. bis 27. August. II. Kongreß für moralische Erziehung im Haag.

24. bis 28. August. Kongreß des Institut de Droit international in Christiania.

18. bis 20. Sept. XIII. Interparlamentarische Konferenz in Genf.

23. bis 27. Sept. XIX. Weltfriedenskongreß in Genf.

24. bis 28. Sept. Int. Handelskammerkongreß in Boston.

5. bis 7. Okt. Verbandstag des „Verband für internationale Verständigung" in Heidelberg.

Okt. V. Deutscher nationaler Friedenskongreß in Berlin.

30. Okt. bis 1. Nov. Deutsch-englische Verständigungskonferenz in London.

LITERATUR U. PRESSE

Eine kurze Selbstbiographie Dr. Adolf Richter's

des verdienstvollen 1. Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft, ist unter der Ueberschrift „33 Jahre im Dienste des Weltfriedens" im Juliheft der „Ethischen Rundschau" (Berlin W. 15, Düsseldorfer

Straße 23) erschienen. Das August-Septemberheft dieser Zeitschrift bringt unter dem Titel „Meine Erlebnisse in der Friedensbewegung" eine selbstbiographische Schilderung Otto Umfrids. Beiden Arbeiten sind die Porträts der Verfasser beigegeben.

Einige andere Führer der Friedensbewegung werden ebenfalls in der „Ethischen Rundschau" über ihre Tätigkeit für unsere Bestrebungen berichten. Es ist nach den beiden bisherigen Veröffentlichungen anzunehmen, daß diese Sammlung von Selbstbiographien interessante Beiträge zur Geschichte unserer Bewegung enthalten und mancherlei Anregungen zum Wirken für unsere Bestrebungen geben werden. — Auch wegen vieler anderer Aufsätze verdient die neue Monatsschrift die Beachtung aller Friedensfreunde. Die Förderung der Friedensbewegung gehört zu den Hauptaufgaben der „Ethischen Rundschau"; in jedem Heft hat sie bisher Aufsätze über die Friedensbewegung veröffentlicht. Ein Probeheft sendet der Verlag der Ethischen Rundschau, Berlin W. 15, Düsseldorfer Straße 23, den Lesern der „Friedens-Warte" kostenfrei.

☞

Besprechungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Publications de l'Institut Nobel Norvègien. Tome I. A. Raeder, L'Arbitrage international chez les Hellenes. 4°. Kristiania 1912. Leipzig und München bei Duncker & Humblot. 322 S. 10 M.

Es ist ein dankenswertes Unternehmen des Norwegischen Nobelinstituts, die Wissenschaft des Pazifismus durch einige grundlegende Quellenwerke zu bereichern. Der erste Band der von dem Institut geplanten Veröffentlichungen leistet die Gewähr, daß durch dieses Unternehmen ein großer Fortschritt erzielt werden wird. Wir haben von der Schiedsgerichtsbarkeit im Altertum bisher wenig gewußt. Von den Griechen wußten wir, daß die Amphiktyonen schiedsgerichtähnliche Einrichtungen waren. Auch ein oder zwei Schiedsereignisse waren uns aus ihrer Geschichte bekannt. Aber nicht weniger als 81 Schiedsfälle und Schiedsverträge aus der griechischen Geschichte führt uns A. Raeder an, die er in ihren Einzelheiten auseinandersetzt. Das ist eine wertvolle Bereicherung der Friedenswissenschaft, die aus diesem reichen Material die geeignete Nutzanwendung ziehen wird. Für die Revision der Weltgeschichte vom Kulturstandpunkte aus wird dieses Material unschätzbare Dienste leisten. Es wird uns zeigen, daß die alte Welt nicht nur Kriege geführt, sondern solche in großem Umfange auch vermieden hat. Die Antike, die uns heute in der Schule vom geschichtlichen Standpunkte als eine große Rauferei dargestellt wird, wird uns künftig als eine Epoche geschildert werden können, in der nicht nur die Kunst, sondern auch die Politik klassische Formen zeigte. Und vielleicht wird es besser sein, statt unserer Jugend die Perserkriege und den Peloponnesischen Krieg so eingehend vor Augen zu führen, auch ein wenig die Schiedspolitik der Alten darzulegen. Sie werden dann die Lehren des Altertums für das moderne Leben besser zur Anwendung bringen können. Daß es gerade unserer Zeit vorbehalten war, die pazifistischen Tendenzen des Altertums bloßzulegen, ist ein erfreuliches Zeichen, das uns als Beweis gilt für die Macht, mit der der Friedensgedanke die Gegenwart beherrscht. Die siegreiche Idee sucht den Nachweis ihrer Abstammung zu erbringen.

☞

The classics of international law. Edited by James Brown Scott. Juris et Iudicii fecialis, sive, Juris inter Gentes, et Quaestionum de Eodem Explicatio. By Richard Zouche. Edited by Thomas Erskine Holland. Vol. I. A reproduktion of the first edition (1650), with introduction, list of errata, and table of authors. Vol. II. A translation of the text, by J. L. Brierly. 4°. I. 204 S. II. 186 S. Washington 1911. Carnegie Institution of Washington. Lwdbde.

Diese Veröffentlichung der „Klassiker des Völkerrechts" entspringt ebenso wie das vorher besprochene Werk von Raeder der Tendenz, die Quellen unseres heutigen Wissens zu erforschen und eine historische Dankesschuld abzutragen. Allgemein wird heute noch Grotius als der Begründer des Völkerrechts genannt. Aber dieser große Holländer hat seine Vorläufer gehabt wie Darwin, wie Edison, wie alle großen Vollender, denen das Glück zuteil wurde, das Schaffen langer Epochen zum erstenmal augenfällig gemacht zu haben. Die Schwierigkeit der Beschaffung der selten gewordenen Schriften, auch die Schwierigkeit, sie im lateinischen Urtext zu lesen, hat es als wünschenswert erscheinen lassen, die „Klassiker des Völkerrechts" in kritischen Neuausgaben zu veröffentlichen. Die hervorragendsten Völkerrechtsjuristen Europas und Amerikas sind über die Zweckmäßigkeit einer solchen Ausgabe befragt worden und haben ihre Ratschläge dahin erteilt, wie auch ihre Mitarbeiterschaft zugesagt, so daß die jetzt begonnene Veröffentlichung in ihren Aufgaben, ihrer Auswahl und Anführung als völlig dokumentierend angenommen werden kann.

Die erste Veröffentlichung bildet das im Jahre 1650 veröffentlichte Werk des Engländers Richard Zouche, „Jus Feciale" betitelt, das L. Oppenheim in seinem „International Law" dem weltberühmten Werke Grotius' zur Seite stellt. Durch das jetzt reproduzierte Buch, das das erste Handbuch des positiven Völkerrechts genannt wird, hat sich Zouche den Beinamen eines „Zweiten Begründers des Völkerrechts" zugezogen.

Die Ausstattung ist der Veranstalter würdig. Die Washingtoner Carnegie-Institution (nicht zu verwechseln mit der „Carnegie-Stiftung für Frieden") hat dabei nicht geknausert. Im ersten Band finden wir das Originalwerk von 1650 mechanisch reproduziert, im zweiten Bande eine englische Uebersetzung des Textes. Druck, Satz, Papier, Einband — alles erstklassig; ebenso die Reproduktion eines zeitgenössischen Porträts Zouches. Wir sehen den weiteren Veröffentlichungen mit Interesse entgegen.

☞

Nereus, Die Probleme der österreichischen Flottenpolitik. Leipzig und Wien, Nereus-Verlag, 1912.

Ein vernünftiges Buch. Führt aus, daß die gegenwärtige Flottenpolitik Oesterreich-Ungarns eine Halbheit ist. Zum Küstenschutz und zur Beherrschung der Adria genügen kleine Fahrzeuge (Torpedoboote, Unterseeboote usw.), zu einer Weltpolitik im großen Stil gehört wieder eine Flotte in riesigen Dimensionen. „Aut Caesar

aut nihil" meint der Verfasser. Sehr wichtig und für den Kampf gegen die Schlagworte der Flottenschwärmer sogar von hoher Wichtigkeit ist das Kapitel „Der Handelsschutz". Da wird ganz ruhig erklärt: „einen absoluten Handelsschutz durch Kriegsschiffe gibt es überhaupt nicht". Ferner wird auf das Kunststückchen hingewiesen, wenn man versucht, den Wert des Schutzes des Seehandels im Kriege mit Zahlen zu belegen, die der Seehandel im Frieden erfordert. Der Verfasser sagt ganz richtig, daß bei einer Festlandmacht der Seehandel im Kriege überhaupt unrentabel wird und fast ganz verschwindet, da sich der Handel den sicheren Landwegen zuwendet. Danach ist jede Begründung einer großen Flotte als eine Art Schutz des Seehandels, als eine Versicherungsprämie für diesen, vollständig widerlegt.

Die Schrift, über die noch öfter zu sprechen sein wird, enthält noch andere vernünftige Fingerzeige.

A. Sève, Grundzüge des Unterrichts in der Lehre vom Völkerfrieden (Grundbegriffe und Anwendungen derselben) mit einem Briefe des Herrn Ferdinand Buisson, Député de la Seine, als Einleitung. Autorisierte Uebersetzung von Dr. Ad. Richter-Pforzheim. Kl. 8°. Eßlingen a. N. 96 S.

Das vorliegende Büchlein hat praktischen Wert für den Friedensunterricht, d. h. für die allmähliche, schulmäßige Einführung in die Wissenschaft des Weltfriedens. Es wird namentlich Lehrern von großem Nutzen sein, für die es offensichtlich in erster Linie bestimmt ist. Schon die am Schlusse eines jeden Kapitels enthaltenen Anregungen für „Uebungen und Aufsätze" stempeln es zu einem praktischen Schulbuch. Aus diesem Grunde begrüßen wir diese Uebersetzung ins Deutsche, die Dr. Richter in ausgezeichneter Weise durchgeführt hat, auf das herzlichste. Doch haben wir etwas auszusetzen: Das Buch ist ganz besonders französischen Verhältnissen angepaßt und hätte bei der Ausgabe in deutscher Sprache (durch Weglassungen und Hinzufügungen) mehr für den Gebrauch durch Deutsche umgearbeitet werden sollen. Die Aeußerungen gegen Hervé, die Anschauungen über Elsaß-Lothringen, die Zitierung durchwegs französischer Presse-Organe und französischer Dichter und Denker wäre zu vermeiden gewesen. In dem Kapitel, das die Geschichte der Friedensbewegung behandelt, und jenem, das von den „Friedensorganisationen" spricht, gewinnt man den Eindruck, als wenn es überhaupt keine deutsche Friedensbewegung geben würde. Bei einer neuen Auflage werden diese Mängel auszumerzen sein.

Argument of the Honorable Elihu Root on behalf of the United States, before the North-Atlantic Coast Fisheries Arbitration Tribunal at the Hague 1910. Edited with introduction and appendix by James Brown Scott, of counsel for the United States. The world peace foundation, 1912. Preis 14 M.

Zu den berühmtesten Schiedsgerichten der neuesten Zeit gehört das Tribunal, das 1910 in dem englisch-amerikanischen Streite um die Neufundlandfischerei getagt hat. In dem vorliegenden Werke wird uns von Scott auf 151 Seiten in glänzender Darstellung die Vorgeschichte und der Verlauf des Prozesses geschildert, und es werden am Schlusse alle wertvollen Dokumente, insbesondere auch die Entscheidung des Schiedsgerichts, wiedergegeben. Den Kernpunkt des Buches bildet das Plädoyer Roots zugunsten der Ansprüche der Vereinigten Staaten, das fortwährend von den vielen interessanten Fragen der anwesenden Richter unterbrochen wird.

Es ist dies bereits das dritte Werk, das Scott für die World Peace foundation geschrieben hat. Gab er doch früher bereits in dieser Sammlung „American Adresses at the Second Hague Peace Conference" und die Texte der Abkommen der beiden Haager Konferenzen heraus. Berücksichtigt man außerdem, daß Scott außer zahlreichen Artikeln und Flugschriften noch ein großes zweibändiges Werk über die Haager Konferenzen geschrieben hat und gerade im Begriffe ist, ein neues Buch über „The constructive peace Movement" zu veröffentlichen, so muß man ihn zu den eifrigsten amerikanischen Friedensfreunden zählen, die in streng wissenschaftlicher Weise für die größten Ideen unserer Zeit eintreten. Wehberg.

Dr. Paul Einicke, Rechte und Pflichten der neutralen Mächte im Seekrieg nach dem Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907. Tübingen, J. C. B. Mohr, 1912. Preis 10 M.

Die vorliegende, 405 Druckseiten starke Erläuterung des Abkommens der zweiten Haager Konferenz ist in der Zorn-Stier-Somlo'schen Sammlung erschienen und durch die Ausführlichkeit der Darstellung und die Benutzung einer reichhaltigen internationalen Literatur sehr bemerkenswert. Der Verfasser hat alle hier in Betracht kommenden Detailfragen gründlich erörtert und damit der Wissenschaft des Völkerrechts einen schönen Dienst erwiesen. Man darf auf die späteren Arbeiten des Autors gespannt sein. Es ist zu hoffen, daß er uns bald eine Arbeit auf friedensrechtlichem Gebiete schenkt.

Ludwig Pfeiffer, Die Wahrheit über die Kriegsgefahren. Feststellung der Interessen einzelner Klassen für den Krieg. 8°. Leipzig-Raschwitz. Bruno Volger. 1912. 64 S. M. 1,50.

David Starr Jordan spricht in seinen Schriften oft von dem „Unseen Empire", jener unsichtbaren Gesellschaft, die an dem Geschäft mit Kriegsmaterialien interessiert ist und deshalb die ganze Welt in steter Unruhe und Kriegsdrohung hält. Ludwig Pfeiffer hat bereits in einem dreibändigen Werke, „Kriegsgeist" betitelt, den Versuch gemacht, dieser unsichtbaren Gesellschaft nachzuspüren und ihr Tun und Treiben zu schildern. In der vorliegenden Schrift scheint er einen übersichtlichen Auszug des großen Werkes gegeben zu haben, wodurch es leichter gemacht wird, den interessanten Enthüllungen zu folgen. Mit Scham und Entsetzen wird man lesen, welche Machenschaften das Kriegsmaterial verteuern und minderwertig machen und welche Korruption sich an den Rüstungen mästet. Die Schrift Pfeiffers bietet ein reichhaltiges Material für die Agitation gegen den Krieg und den Rüstungsunsinn.

Internationale Organisation: H. 4. Alfred H. Fried, kurzgefaßte Darstellung der pan-amerikanischen Bewegung. Vortrag, gehalten in der Wiener soziologischen Gesellschaft. 8°. Berlin 1912. Verlag der Friedens-Warte. 36 S. 50 Pfg. Heft 5. David Starr Jordan, Krieg und Menschheit. 8°. Berlin 1912. Verlag der Friedens-Warte. 30 S. 50 Pfg.

Die Broschüre des hervorragenden amerikanischen Biologen und Pazifisten David Starr Jordan ist ein Wiederabdruck ejnes Artikels in der Friedens-Warte, in dem dargetan wird, daß der Krieg degenerierend auf die Völker wirkt, daß das römische Reich an seinen Kriegen zugrundegegangen ist. In der vorliegenden Form wird die Arbeit Jordans gute Dienste leisten können. Die Schrift Frieds bietet eine kurze Uebersicht über die Entwicklung des Pan-Amerikanismus. Sie wird daher weite Kreise für diese für Europa so hochwichtige Bewegung interessieren.

K. W. Bührer und Adolf Saager, Die Weltregistratur. Das Melvie-Deweysche Dezimal-System. 8°. München 1912. Die Brücke. Für den Buchhandel Fr. Seybolds Buchhandlung in Ansbach. 40 S. 1 M.

Diese Schrift bietet die erste wirklich orientierende Darstellung des bibliographischen Dezimalsystems in deutscher Sprache. Sie wird für die allgemeine Einführung dieser leisten.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht. Hrsg. von Prof. Dr. Josef Kohler in Berlin, Prof. Dr. L. Oppenheim in Cambridge und Privatdozent Dr. Dr. Felix Holldach in Leipzig. VI. Bd., Heft 3, Berlin 1912. Aus dem Inhalt: Zum Gedächtnis (Georg Jellinek). — Dr. Hans Wehberg, Der englisch - amerikanische Schiedsvertrag. — usw.

Revue Générale de Droit International Public. Publiée par Paul Fauchille. XIX. année. Nr. 3 (Mai-Juni). Paris 1912. Aus dem Inhalt: J. de Louter, L'Avenier du droit international public. — L'Institut Americain de droit international. Meinungsäußerungen wie v. Bar, Cattelani, Dupuis, Fauchille, Lammasch, Politis, Rolin, Weiß und Westlake. — usw.

Bulletin of the Pan-American Union. Juni 1912. Aus dem Inhalt: Improvements of Grounds of Pan-American Building. — American Society of International Law. — International Red Cross-Conference. — Notable Pan-American Adresses. — Prominent in Pan-American affairs. — Congress of American Students in Lima. — usw. usw.

La Vie Internationale. Revue mensuelle des Idées, des faits des Organismes internationaux. Tome 1er. 1912. Fassicule 3. Bruxelles. Aus dem Inhalt: Cyr. von Overbergh, La Documentation internationale et l'Ethnographie. — Baron L. de Stael-Holstein, l'Air et l'Avenir. — Les Clubs cosmopolites. — L'Avenir du Petrole. — Faites et Documents. — Reunions internationales.

Unold, Dr. Johannes, Politik im Lichte der Entwicklungslehre. Ein Beitrag zur staatsbürgerlichen Erziehung. Gr. 8°. München 1912. Verlag von Ernst Reinhard, Nr. 5, 232 S. 2,50 M.

Nereus, Die Probleme der österreichischen Flottenpolitik. Die Frage der großen Schiffe und deren Konsequenzen; Fiasko der früheren und die Möglichkeiten der zukünftigen österreichischen Marinepolitik. Adria- oder Weltpolitik? 8°. Nereusverlag Leipzig und Wien. 1912. 90 S. 2,50 M.

Student- und Schulreform. Herausgeg. von der Abteilung für Schulreform der freien Studentenschaft, Freiburg i. B. 8°. Freiburg i. B. Verlag von R. Steppacher. 20 S.

Deutscher Geschichtskalender für 1912. Viertes Heft: April; fünftes Heft: Mai. 8°. Leipzig. Felix Meiner.

Szászvárosi, Eugen. Friede sei mit Euch! Anruf an Ihre Majestäten Victor Emanuel III. und Mehemed V., sowie alle Monarchen und Staatsoberhäupter. 8°. Leipzig, Wilhelm Dieterich. 15 S. 30 Pfg.

International Conciliation: Juni 1912. Nr. 55, Nicholas Murray Butler, The international Mind. Opening Adress at the Lake Mohonk Conference on international Arbitration. — May 15. 1912. 14 S. — July 1912. Nr. 56. Sir Oliver Josef Lodge. The Irrationality of War. On Science as an Element in the Developping of international Good Will and Understanding. 14 S. — New York City. American Association for International Conciliation.

World Peace Foundation (Pamphlet Series), April 1912, Nr. 5, Part. V: Charles F. Dole, The Right and Wrong of the Monroe Doctrine. 12 S. — Juni 1912, Nr. 6, Part. I (Edwin D. Mead), The World Peace Foundation its present activities. 30 S. — July 1912, Nr. 6, Part. II: Erving Winslow, Neutralization, American Opportunity. 20 S. — Published quarterly by the World Peace Foundation, Boston.

National Peace Council. Political Series. Nr. 6: J. T. Lawrence, The Third Hague Conference and Innocent Commerce in time of War. 8 S. — Educational Series. Nr. 6: Principal J. Ertlin Carpenter, The Promotion of International Peace trough Universities. 12 S. — Social Reform Series. Nr. 1: Arthur Ponsonby, M. P., Social Reform versus war. 8 S. 8°. London, 167, St. Stephens-house, Westminster S. W. Each 1 Penny.

Ford Reginald, Warning to Emigrants New Zealand. Plain Facts about Conscription. O'Regon, P. J., The Defence Act and what it weans. Cornish, William, The sacred Rights of Parents. Kl. 8°. Bristol, T. C. Gregory, 34 S. 1 Penny.

Nobelstiftelsens Kalender 1912. 16°. Stockholm 1912. Nordstedt & Söner. 48 S.

Arnoldson, K. P., Kriegsfaran. Inlägg ar Nobelpristagaren. Utrikesministeren Programtal. 8°. Stockholm. Svenska Freds- och Skiljedomsföreningen Centralstyrelse. 67 S.

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

H. W. In Nr. 12 der „Friedensbewegung" weist Umfrid in dem Aufsatze „Ein Problem der Friedenssicherung" auf die ungerechte Ver-

teilung der Welt hin, d. h. auf die Tatsache, daß Staaten mit großer Bevölkerung weniger Land besitzen als solche mit geringerer Einwohnerzahl. Er empfiehlt Abhilfe auf dem Wege des Abschlusses von Niederlassungsverträgen. „Stark bevölkerte Nationen müßten Niederlassungsverträge mit dünn bevölkerten Ländern abschließen, wonach den ersteren gestattet sein müßte, von Zeit zu Zeit eine bestimmte Anzahl von Familien in überseeischen Gebieten anzusiedeln, ohne daß damit ein Präjudiz für politische Zugehörigkeit der betreffenden Landesteile geschaffen würde." Es wäre wünschenswert, wenn Umfried einmal seine beiden Hauptideen, nämlich Ansiedlungsverträge und „Syndikat der Mächte" in Buchform recht ausführlich behandeln und in einem angesehenen Verlage herausgeben wollte, damit diese Ideen auch außerhalb des Pazifismus noch mehr bekannt werden, als dies heute der Fall ist. In Nr. 13/14 derselben Zeitschrift schreibt Privatdozent a. D. Dr. Velleman über „Bewaffneter Frieden und Lebensteuerung". Er wendet sich gegen einen bereits vor längerer Zeit in der Münchener „Allgemeinen Zeitung" erschienenen Artikel über die produktive Bedeutung der Rüstungen. Er gibt zu, daß ungezählte Existenzen ihre Lieferungen und Leistungen vom Heere bezahlt erhalten, aber beweist, daß all das Geld doch nur dem Volke vorher weggenommen worden ist. „Es wird also die Kaufkraft des Volkes zunächst durch Erhebung der Steuern um so und so viel Hunderte von Millionen gekürzt — und der gleiche Betrag wird dann vom Heere verausgabt." Mit Recht fragt er, ob es nicht schöner wäre, wenn diese Gelder zur Besserung der Kultur des Landes verwandt würden. Daß durch allmähliche Verminderung des Heeres einige wirtschaftliche Berufe Schaden erleiden, läßt sich nicht umgehen." Man hat sich durch derartige Bedenken nicht davon abschrecken lassen, das Segelboot durch das Dampfschiff, die Postkutsche durch den Schnellzug, den Lastwagen durch den Güterzug . . . zu ersetzen." Wenn der Autor u. a. weiter betont, wieviel kostbare Zeit die jungen Leute durch die Militärjahre verlieren, so kann ich dazu noch folgendes hinzufügen: Mir hat noch jeder Jurist, der sein einjähriges Militärjahr hinter sich hatte, darüber geklagt, daß er in diesem Jahre einen großen Teil seiner juristischen Kenntnisse wieder vergessen hätte.

Man muß sich immer wieder freuen über die tatkräftige Unterstützung, die unsere Bewegung bei der Kohlerschen „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht" findet. Man könnte diese Zeitschrift mit Recht eine völkerrechtlich-pazifistische Revue nennen, die von dem allein richtigen Grundsatze ausgeht: Die deutsche Völkerrechtswissenschaft wird pazifistisch sein oder sie wird nicht sein. Das zeigt sich wieder in dem Leitartikel Holldacks über Jellinek. Der Autor kommt hier auf Jellineks Stellungnahme zu dem Kriegsproblem zu sprechen und hebt es als selbstverständlich hervor, daß er den Krieg nicht hat preisen wollen. Uebrigens wird, um Jellineks Stellungnahme zum Kriegsproblem zu ermessen, nicht lediglich die von Holldack zitierte Rede aus dem Jahre 1890 maßgebend sein dürfen. In den späteren Jahren ist Jellinek von der Wahrheit des Pazifismus noch mehr durchdrungen gewesen. Er beabsichtigte auch, in dem Vorstande des „Verbandes für internationale Verständigung" mitzuwirken. In einem weiteren Aufsatze derselben Zeitschrift bespricht Referent den „englisch-amerikanischen Schiedsvertrag", und wünscht sehnlichst dessen Ratifikation.

In der Nr. 3 der „Revue Générale" findet sich ein Artikel von de Louter, früheren Professor in Utrecht, über die Zukunft des Völkerrechts. Dieser Aufsatz, der bereits in einer holländischen Zeitschrift erschienen ist, wurde schon in Nr. 4 der Friedenswarte abfällig besprochen. Da er in einer so großen Revue nochmals erschienen ist, so sei folgendes betont: de Leuter kämpft in dem Aufsatze gegen die Gefahren des Pazifismus und Internationalismus. Dabei konstruiert er sich einen Pazifismus, wie ihn keine irgendwie angesehene Persönlichkeit in Deutschland vertritt. Man darf doch diese Bewegung nicht allein nach den holländischen Verhältnissen beurteilen. De Louter sucht nachzuweisen, daß die Schiedsgerichtsbarkeit nicht alle Streitfragen erledigen kann und eine internationale Polizeimacht utopistisch ist. Dies ist auch meine Meinung, und trotzdem bin ich Pazifist. Man darf eben nicht, wie de Louter, die Ansichten einiger Außenseiter widerlegen, sondern muß die Grundidee angreifen.

Im „Advocate of Peace" (Nr. 7) findet sich die Rede, die Trueblood, der Sekretär der amerikanischen Peace Society, im April auf der Jahresversammlung der amerikanischen Völkerrechtsgesellschaft gehalten hat. Er tritt, ebenso wie Th. R. White auf der vorjährigen Lake Mohonk-Konferenz, dafür ein, daß die Richter des neuen Staatengerichtshofes nicht direkt von den Staaten ernannt werden, sondern durch ein besonderes internationales Kollegium. Es ist dies die gleiche Lösung, die Bourgeois auf der zweiten Friedenskonferenz für die geeignetste hielt, und die ich auch in meinem Buche über den Staatengerichtshof als die beste bezeichnet habe. Man sieht, wie diese Idee neuerdings in Amerika an Anhängern gewinnt. Weiter wendet sich Trueblood in seinem Aufsatze gegen die Vermischung des Prisenhofes und des ständigen Gerichtshofes, bekämpft also die Knoxsche Idee.

In derselben Nummer befindet sich ein Aufsatz gegen die Behauptung Roosevelts von dem Nutzen eines Krieges. Ueber Roosevelt sollte man allmählich zur Tagesordnung übergehen und seine Charakterlosigkeit ignorieren. Alles, was dieser Mann tut, ist zu seiner eigenen Ehre.

In Nr. 13 der „La Paix par le Droit" und in der erwähnten Nummer der „Revue Générale" finden wir eine Zusammenstellung der zwölf bisher von Frankreich geschlossenen kompromissarischen Klauseln: 1. im Vertrage mit Argentinien vom 29. Oktober 1840, 2. im Vertrage mit Chile vom 30. Juni 1852, 3. im Vertrage mit Salvador vom 2. Januar 1858, 4. in den Berliner Kongreßakten vom 26. Februar 1885, 5. im Vertrage mit Korea vom 4. Juni 1886, 6. im Vertrage mit Ekuador vom 12. Mai 1878 (nicht ratifiziert), 7. in den Brüsseler Kongreßakten von 1890, 8. im internationalen Eisenbahnübereinkommen von 1890, 9. im Vertrage mit Holland vom 6. April 1904, 10. im Weltpostvertrage, 11. im Vertrage mit der Schweiz vom 20. Oktober 1906, 12. im Abkommen mit Deutschland vom 4. November 1911. Alle diese Bestimmungen sind wörtlich aufgeführt.

Seit der letzten Haager Friedenskonferenz haben die einzelnen nationalen Friedensgesellschaften viel für die Beseitigung des Seebeute-

rechts gewirkt, namentlich die französischen und englischen Kongresse. In den beiden letzten Nummern des „Arbitrator" (Nr. 6 u. 7) finden sich zwei Aufsätze zugunsten der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege, nämlich von Holt, Mitglied des englischen Parlaments, und von Macdonell, Professor an der Universität London. Holt schließt seinen Aufsatz mit den Worten: „Wie weit eine solche Reform (nämlich des Seebeuterechts) die Vergrößerung der deutschen Marinerüstungen hemmen wird, ist eine Frage, über die sich ein Engländer schwer äußern kann. Es kann aber nicht bezweifelt werden, daß dadurch eine allmähliche Verbesserung in den Beziehungen aller Völker eingeführt und eine ständige Quelle der Streitigkeiten zwischen Kriegführenden und Neutralen beseitigt werden wird."

Die Julinummer des „Völkerfriede" handelt in der Hauptsache von der deutsch-englischen Verständigung. „Wenn der Krieg", so sagt Umfrid, „zwischen Deutschland und England ausbrechen sollte, der schon so lange an die Wand gemalt wird, so müßte man ein Denkmal der Schande errichten, das bis zum Himml ragen und die Inschrift tragen sollte: „Hier ruhen die Gebeine von Brüdern, die im Kampf um Chimären sich geschlachtet und Wohlstand und Glück ihrer Nationen mit sich in den Abgrund hinabgenommen haben." Bürk-Stuttgart berichtet von den zahlreichen aufrichtig gemeinten Versuchen von Engländern, während der letzten Krise eine Verständigung mit Deutschland anzubahnen, und erklärt: „Es ist bezeichnend, daß die deutsche Presse von all diesen Bestrebungen geschwiegen hat und heute noch schweigt. Sie suchte ja seinerzeit den Besuch Haldanes in Berlin gleichfalls als Ausfluß einer plötzlichen Laune der englischen Regierung hinzustellen. Das ist so wenig richtig, daß er vielmehr einer Forderung des englischen Volkes entspricht, die schon im Herbst und dann immer stürmischer im Januar und Februar ausgesprochen wurde."

☞

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Völkerfriede (Eßlingen). August. Otto Umfrid, Der Marinekoller an der Newa. — A. Bürk, Die tieferen Gründe der englischen Friedensliebe. — Dr. E. Lang, Die angeblichen Wohltaten des Krieges. — Dr. Max Kolben, Die Steigerung der österreichischen Wehrmacht. — Ein Briefwechsel über Elsaß-Lothringen. (Frau Geheimrat Kromayer und Dr. A. Gobat.) — usw.

Der Friede (Bern). Juli. G.-C., Frédéric Passy und Jacques Novicow †. — Gustav Maier, Die wirtschaftliche Bedeutung der Friedensbewegung. — K. W. Schulthess, Glossen zu den Militärdebatten in der Bundesversammlung. — Ders., Moderne Kulturausbreitung. — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). Nr. 12. Séverine, Frédéric Passy. — Charles Gide, Die Liga für das Recht der Völker. — O. Umfrid, Ein Problem auf dem Wege der Friedenssicherung. — usw.

Nr. 13/14. Dr. Vellemann, Bewaffneter Friede und Lebensteuerung. — Pierre Clerget, Nationalökonomische Fragen. II. Die Opiumfrage. — Th. Baty, International Law Association. — Die Militärluftschiffahrt in der französischen Kammer. — usw.

Korrespondenz des Verbandes für internationale Verständigung (Würzburg). Nr. 2. Friedrich Curtius, Die ethische Aufgabe des Verbandes für internationale Verständigung. — Prof. Dr. Walter Schücking, die Vorbereitung der III. Haager Konferenz. — Prof. Dr. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Die Wahrheit in Ehren. — Prof. Dr. Robert Piloty, Gegen „internationale Verständigung". — usw.

La Paix par le Droit (Paris). Nr. 12. Charles Richet, Frédéric Passy. — Th. Ruyssen, A Frédéric Passy. — Charles Richet, A la mémoire de Frédéric Passy. Les obsèques. Les discours de M. Charles Richet. — Jean Finot, L'Homme: I. Un foyer d'actes et d'idées. II. Les triomphes pacifistes. III. Patriotisme et pacifisme. IV. Le chantre de la vie intégrale. V. Conclusion. — Yves Guyot, L'économiste. — usw.

— Nr. 13. Frédéric Passy, Ceux qu'il faut honorer: Le baron de Pirquet; Jean de Bloch. — Jacques Dumas, Clauses compromissoires et clauses générales d'arbitrages de médiation. — Liste des clauses compromissoires signées par la France. — J. Prudhommeaux, Au Maroc. — usw.

— Nr. 14. Frédéric Passy, Ceux qu'il faut honorer: Von Egidy. — Lucien Roques, Pacifisme et patriotisme. — J. Prudhommeaux, Le mouvement de la paix au Japon. — usw.

Etats-Unis d'Europe (Bern). Juli. Jean Pellissier, La première assemblée universelle des nationalités. — Emile Arnaud, Notes sur l'arbitrage international.

The Arbitrator (London). Juli. Entente or Alliance? — Lord Loreburn. — The change of War-Ministry. — The moral force of arbitration. — Frédéric Passy. — Sir John Macdonell, The capture of private property at sea. — Mr. Carnegie on the „Heroes of Barbarisme". — usw.

— August. Noel Buxton, The Balkan Question and Peace. — Gaston Moch; Frédéric Passy; a tribute. — Conscription on New-Zealand. — usw.

Concord (London). Juli. Felix Moscheles, The Postman's Knock. — C. E. Maurice, The limits of obedience of law. — J. Williams, Naval Expenditure. — William Heaford, International Notes.

National Peace Council. Monthly Circular (London). Nr. 11. Frédéric Passy. — Jacques Novicow.

Advocate of Peace (Washington D. C.). July. Frédéric Passy. — Welcome to the Baroness of Suttner. — Gilbert Bowles, Notes on the recent development of the peace movement in Japan. — Percival V. Blonshard, The Roosevelt theory of war. — C. Russel Weisman, National honor and vital interests. — Richard Barthold, President Tafts arbitrations policy. — usw.

Freds-Bladet (Kopenhagen). Juli. Niels Petersen, Frédéric Passy. — usw.

☞

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Rundschau. Von Carl Ludwig Siemering.) Der kluge und sympathische Hermann Bahr veröffentlicht einen Artikel „Für Italien", der folgendermaßen schließt:

„Ich war jetzt wieder in Venedig. Abends Illumination auf dem Marcusplatz. Tausende und Tausende fröhlicher Menschen. Die Musik beginnt: Marcia reale. Und alle die Tausende singen jauchzend mit und wollen nicht enden; und immer wieder: Bis, bis! Endlich soll das zweite Stück anfangen: Potpourri aus „Norma". Aber die Tausende und Tausende wollen nicht, sie verlangen den Tripolismarsch. Der Kapellmeister trotzt, er will bei seinem Programm bleiben und läßt nicht von seiner „Norma". Da zischen und pfeifen und johlen sie, mit geballten Fäusten, und der ganze weite Platz ist ein einziger, ungeheurer, drohender, begehrender, alles an sich reißender Schrei: Tripoli, Tripolii, Tripoliii, mit einem so gellend hin- und ausgedehnten I, daß die verschreckten Tauben wirr um den Campanile schlagen. Man sieht den Kapellmeister taktieren, man sieht die Bläser mit vollen Backen blasen, aber man hört nichts von der Musik, die arme „Norma" taucht unter, alles ertrinkt in dem ewigen, gierigen, grimmigen Tripoli—i—i—i. Bis das Männchen mit dem Taktstock endlich nachgeben muß, abklopft und die Noten wenden läßt. Aber wie nun der erste Ton des ersehnten Tripolismarsches erklingt, welcher Jubel, welche Raserei, welch wütendes Entzücken in ekstatisch zuckenden Augen! Und Studenten entfalten ein Banner, bringen Fackeln, geleiten die Bande durch die Nacht heim. . . . . Unvergeßlich wird's mir mein ganzes Leben bleiben. Und ich bin im Grunde doch ein guter Pazifist. Aber das war ja auch kein Kriegsruf, das war der Aufschrei einer Nation, die ihre Seele gefunden hat.

Ihr lieben Deutschen, hört: ein neues Italien ist da, hütet euch, daß ihr es nicht zu spät gewahrt!"

Das von Bahr geschilderte „wütende Entzücken in ekstatisch zuckenden Augen" war nichts weiter, als der pathologische Taumel einer nationalistisch überreizten, südländisch-temperamentvollen Volksmasse: zweifellos ein momentan gewaltiger Eindruck, dem sich aber besonnene Männer, und nun gar „gute Pazifisten", niemals restlos und dauernd hingeben dürften. Die Spuren von Moneta und de Gubernatis, die den pazifistischen Schild besudelt haben, sollten denn doch ein wenig Abschreckungskraft ausüben, denn ein aus Selbstsucht kriegerisches „neues Italien" wirft uns zurück.

*

Eine ganz neue Entdeckung macht, um damit den „Kulturwert des Krieges" zu erweisen, Oskar A. H. Schmitz, aus Charlottenburg in Nr. 44 der „Zukunft". Zunächst stellt er sich als „friedlichen Bürger" vor, dessen Einkünfte durch einen Krieg in Frage gestellt würden. Er vermag sogar zu erkennen, daß ein moderner Krieg „von einer unübersehbaren Gräßlichkeit" sein würde, und er will ihn daher „nicht vom Zaun brechen, nicht einmal erhoffen". Trotzdem (!!) erkennt jedoch sein scharfer Blick, daß heute die geistige Uebermacht des Mannes — Shakespeare, Rembrandt, Bismarck und Oskar A. H. Schmitz waren bzw. sind Männer! — durch die die moderne Frauenbewegung arg in Frage gestellt wird, und es scheint ihm, „daß nur ein Krieg den Kurs der Männlichkeit wieder steigern kann", denn dies sei die einzige Gelegenheit, wo uns männliche Werte gelten, wenn auch zunächst die brutal physischen. Auf die krausen Einzelheiten des Artikels einzugehen, der sich gegen das „öffentliche Schwatzen, Tintenklecksen und Pinseln" der Frauen wendet, verlohnt sich nicht. Es genüge die Feststellung, daß dieser Lobredner einer ausschließlich männlichen Weltordnung, die mit hundert Tatsachen des Lebens in Widerspruch stehen würde, die Kulturbewegung der modernen Frau mit „brutal physischen Werten" zu vernichten hofft, sowie, daß diese wirre und unreife Arbeit in Hardens „Zukunft" Heimatsrecht genießt.

*

Die Sozialdemokraten nähern sich neuerdings den bürgerlichen Pazifisten erfreulicherweise immer mehr. Einige Genossen, z. B. Radek in der „Bremer Bürgerztg.", Lensch in der „Leipz. Volksztg.", und der „Neuen Zeit" hatten ausgeführt, es sei unprinzipiell und unrevolutionär, für eine internationale Verständigung über das Rüstungswesen einzutreten; für die Sozialisten dürfe es nur die eine Losung geben: „Fort mit dem kapitalistischen System!" Schon auf dem Kopenhagener Internationalen Kongreß hat sich der radikale Genosse Ledebour gegen diesen Trugschluß ausgesprochen, und im Reichstage sind die gleichfalls radikalen Genossen Haase und Gradnauer energisch für die internationale Abrüstung eingetreten. Der von Lensch ganz besonders angegriffene, orthodoxe Genosse Kautsky schrieb nun kürzlich in der „Neuen Zeit" seinem Gegner folgendes ins Stammbuch:

„Was Lensch als eine „Improvisation" erscheint, als eine unbegreifliche, plötzliche Laune einiger Personen, die er dafür mit der ganzen Schale seines Zornes und seiner Verachtung übergießt, die Frage der Einstellung und Einschränkung der Seerüstungen, das ist in Wirklichkeit zur dringendsten Frage des Jahrzehnts geworden, das vor die Alternative gestellt ist: Abrüstung oder Weltkrieg. Von allen kapitalistischen Nationen, von den breitesten Schichten aller Nationen, wird diese Alternative aufs eifrigste diskutiert, und vor allem die Sozialdemokratie, als energischste Gegnerin jeglicher kriegerischer Politik, ist gezwungen, sich der Forderung der Abrüstung zu bemächtigen, sie klar und entschieden zu verfechten, will sie ihrer historischen Aufgabe gerecht werden. Unsere Sache würde aufs tiefste geschädigt, unsere Agitationskraft aufs schlimmste gelähmt, wenn wir in der Frage der Abrüstung versagten. Dessen aber machten wir uns schuldig, und zwar in der lächerlichsten Weise, wenn wir auf die Frage: „Wie stellt ihr euch zur Einschränkung der Seerüstungen?" antworten wollten: „Wir wollen die soziale Revolution" oder: „Wir wollen die Miliz"."

Dazu bemerkt die revisionistische Breslauer „Volkswacht":

„Die Lächerlichkeit einer derartigen Beantwortung der Frage wird nicht erhebender, wenn sie verbunden ist mit den gröbsten Insolenzen gegen jeden, der es ver-

sucht, die entscheidende Frage des Jahrzehnts wirklich zu beantworten."

Während wir also früher nur auf wenige Revisionisten, wie Bernstein, David und Vollmar, angewiesen waren, regt es sich nunmehr mächtig auch in den Kreisen der strenggläubigen Marxisten. Ein bedeutsamer Zug der Zeit, der uns Zehntausende neuer Stimmen zuführt.

*

Der Rüstungswahn treibt weitere Hundstagsblüten. Lord Churchill gedenkt demnächst eine Reise nach Kanada zu unternehmen, um sich mit der kanadischen Regierung endgültig über deren Anteilnahme an den Marinebauten zu verständigen. Winston Churchill wird seinen Aufenthalt in Kanada auch noch dazu benutzen, um verschiedene Ansprachen an das Volk zu halten, damit es über die Tragweite und über die Notwendigkeit der zu beschließenden Maßnahmen in Kenntnis gesetzt wird. — Der Londoner „Daily Express" macht seine Leser mit dem Märchen graulich, Deutschland baue in aller Heimlichkeit (!!) ein neues Geschwader von neun großen Panzerschiffen, und das „Echo de Paris" wärmt den alten Unsinn von einer geplanten Pachtung Triests durch die deutsche Marine wieder auf. Im Scherlschen „Tag" aber, dem Leibblatt Keims und der übrigen schreibenden Generäle, tritt der Zentrumsabgeordnete Erzberger für eine verstärkte Luftrüstung in folgenden Ausführungen ein:

„. . . Eine andere Frage aber ist, ob nicht auf dem Gebiete des Luftschiffwesens mehr geschehen sollte, und zwar in der Richtung: Parsevale als Festungsstationäre, Zeppeline als Luftkreuzerflotte. Nach dem heutigen Stande der Dinge läßt es sich rechtfertigen, wenn je zwei bis drei Divisionen Zeppeline an der Wasserkante, an der Ost- und an der Westgrenze liegen würden, zumal der Erkundungsdienst wesentlich gefördert würde. Die Kosten für die Anschaffung von neuen 15 bis 30 Zeppelinen sind nicht dergestalt, daß eine solche Notwendigkeit nicht erfüllt werden könnte. Wenn man 1912 insgesamt 20 Mill. M. für Unterseeboote ausgibt, sind 10 Millionen für Luftschiffe kein Luxus zu nennen. Ernsthaft zu prüfen ist auch, ob nicht alle Geschütze der Feldartillerie zu bespannen sind, so daß wir keine Batterie mit vier Geschützen mehr ausrücken lassen; die einmaligen Kosten von 6 Millionen und die fortdauernden von 2 Mill. M. sind im Etat unterzubringen, sofern man nur andere, nicht so dringliche Aufgaben beseitigt (!). Wenn Schweden, Belgien, Holland, die Schweiz und andere Kleinstaaten sich verstärkt rüsten, und dort teilweise sogar die Sozialdemokratie für solche Gesetze stimmt (!), obwohl diesen Staaten kein Angriff droht, so ist es nur ein Gebot der Selbsterhaltung für eine Großmacht, nichts zu versäumen in einem Zeitpunkte, wo ein französischer Generalstabsoffizier in aller Oeffentlichkeit die deutsche Landungsstelle für die englische Flotte und das englische Expeditionskorps in interessanten Untersuchungen zu finden hofft, und wo der englische Marineminister eine Sprache redet, die jedes deutsche Kind verstehen kann."

Also nur immer rüstig weiter: — neue Luftschiffe, neue Soldaten, neue Schiffe! Daß alsdann auch „jedes englische Kind" und „jedes französische Kind" den Sinn dieser Mehrrüstungen nach seiner nationalen Eigenart deuten würde, kümmert überlegene Geister wie Herrn Erzberger nicht im geringsten. Ein einsichtiger Fachmann hat einmal geschrieben:

„Es ist ein Irrtum, daß uns die Engländer in dem Maße um unseren industriellen und den Aufschwung unserer Handelsmarine beneiden, daß sie zu kriegerischen Unternehmungen übergehen könnten. Daß der deutsche Kaufmann und Reeder unter englischer Flagge ungestört seinen Geschäften nachgehen kann, wird jeder gern bezeugen. Eine Gefährdung unserer überseeischen Interessen dürfte indessen gerade durch einen über unser Bedürfnis hinausgehenden Flottenbau eintreten."

So schrieb — nicht etwa ein liberaler Soziologe oder demokratischer Kämpe, sondern der General v. Gersdorff in der junkerlichen „Kreuzztg." am 16. März 1912!!

In einem „Portsmouth, Ende Juli" datierten Artikel: „Die deutsch-englische Flottenfrage" schreibt Kapitän zur See a. D. Persius, einer der wenigen, wirklich berufenen Marineschriftsteller:

„. . . Immerhin, das muß zugegeben werden, haben die Engländer Ursache, zu sagen, das deutsche Flottengesetz gibt geringe Gewähr für einen stetigen Schiffbau, obgleich es heißt, es lege den Bestand an Material und Personal vor aller Welt Augen für lange Zeit im voraus fest. Sein Wortlaut wurde zu oft geändert."

Nach diesem dankenswerten Zugeständnis fährt er fort:

„Wird dann an den Grundlinien der verschiedenen Flottengesetze für einige Zeit festgehalten, so steht zu hoffen, daß allmählich eine allgemeine Einschränkung des Budgets sich von selbst ergeben wird. Denn der Gedanke, daß das Verhältnis ja doch das gleiche bleibt, wird zu der gemeinsamen Abmachung führen, die Zahl der alljährlich auf Stapel zu legenden Großkampfschiffe zu vermindern. Wie gesagt, fand mein Vorschlag des öfteren uneingeschränkte Zustimmung, und ich hörte, daß Churchill im nächsten Jahre voraussichtlich ein Flottengesetz einbringen wird. Das wäre willkommen zu heißen."

Wir können nur wünschen, daß möglichst viel militärische Autoritäten sich den sachlich begründeten Weitblick dieses Fachmannes aneignen. Das der einfachsten Vernunft entbehrende, gegenwärtige Wettrüsten schreit ja in der Tat — mit jedem Tage stärker — zum Himmel!

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung im allgemeinen. Walter Nithack-Stahn, Die Annäherung der Völker. „Die Propyläen" (München), 5. VII. * Friedrich Curtius, Die ethische Aufgabe des Verbandes für internationale Verständigung. „Bad. Landeszeitung", 9. VII. * Prof. Dr. Robert Piloty, Internationale Verständigung. „Die Mainbrücke", (Frankfurt a. Main), 6. VII. * Leopold Katscher, Andrew Carnegie. „Die Hilfe", 1. VIII. * Anton Pannekock, Massenaktion und Revolution. 4. Der Kampf gegen den Krieg. „Die Neue Zeit", 26. VII. * G. Ledebour, Eine parlamentarische Improvisation. „Die Neue Zeit", 12. VII. * Gustav Eckstein, Gegenwartsforderungen. „Die Neue Zeit", 19. VII. * Das internationale Grubenproletariat und der Weltfrieden. „Freiberger Anzeiger",

12. VII. * K. Kautsky, Der improvisierte Bruch II. „Die Neue Zeit", 5. VII. * „Trugbilder der Landkarte". „Neue Preußische (†) Zeitung", 5. VII. * Gustav Hervé, Die Wirkungen des Patriotismus. „Die Aktion" (Berlin), Nr. 27. * F. Bloh, Jacques Novicow und Fréd. Passy †. „Ethische Kultur", 15. VII. * Johannes Tiedje, England und die deutschen Pazifisten. „Die Hilfe", 1. VIII. * San.-Rat Dr. Küster, Das neuburschenschaftliche Programm. „A. D. B.-Zeitschrift" (Nürnberg), 10. VII. * David Starr Jordan, Foreclosing the Mortgage on war became it does not pay, and hence the Rothschilds, who have the Nations in Pawn, will not let them fight. „The Worlds Work" (New York), Juni.

II. Die internationale Politik: R. Said-Ruete, Deutschland und England. „Münchener Neueste Nachrichten", 10. VII. * Heinrich Prim, Der Türken Ende. „Allg. Rundschau" (München), 3. VIII. * Dr. Pachnicke, Verständigung mit England. „Straßburger Neue Zeitung" (Straßburg i. E.), 6. VII., „Fränkischer Courier", 16. VII., „Badische Landeszeitung", 16. VII., „Bremer Nachrichten", 16. VII., „Königsberger Hartung'sche Zeitung", 20. VII. * L. Raschdan, Die Behandlung auswärtiger Fragen im englischen Kabinett. „Berliner Neueste Nachrichten", 28. VII. * England als Bundesgenosse. „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande" o. D. * Le Juge, England und „der nächste Krieg", „Der Reichsbote", 13. VII. * T. W., Die Heimkehr aus Rußland. „Berliner Tageblatt", 15. VII. * Victor Chimienti, Italien und Dreibund. „Die Zeit", 21. VII. * Hakluyt Egeston, Deutschland und England. „Der Tag", 21. VII.

III. Völkerrecht: Dr. Pachnicke, Fortbildung des Völkerrechts. „Der Tag", 16. VII. * Walter Schücking, Die Vorbereitungen der dritten Haager Konferenz. „Frankfurter Zeitung", 5. VII., „Düsseldorfer Tageblatt", Düsseldorf, 6. VII. * Dr. Edgar Fleig, Friedenskonferenz und Weltfriede. „Köln. Volkszeitung", 30. VII. * Dr. Ernst Schuster, Der Rechtshilfeverkehr zwischen England und Deutschland. „Deutsche Juristen-Zeitung", 15. VII. * Krieg ohne Kriegserklärung. „Vossische Zeitung", 26. VII. * Dr. Hans Wehberg, Offizielle und private Organe im Völkerrecht. „Der Tag", 6. VII.

IV. Internationales: Fred. Harsley, Internationale Ueberwachung des Ozeans. „Berliner Tageblatt", 13. VII. * Krell, Völkerorganisation und der moderne Staat. „Weg der Jugend" (Berlin), Nr. 10.

V. Wirtschaftliches: Dr. Schürmann, Wie verstärken wir unsere finanzielle Kriegsbereitschaft? „Allg. Rundschau" (München), 6. VII. * Die russischen Flottenrüstungen und der imperialistische Kurs. „Leipziger Volkszeitung", 29. VII. * Die Lebensidee des Militarismus. „Deutsches Adelsblatt" (Neudamm), 28. VII. * W. Bouche Cockram, Rüstungskosten und die Teuerung. „Freiburger Tageblatt", 23. und 24. VII. * Persius, Die deutsch-englische Flottenfrage. „Berliner Börsen-Courier", 2. VIII. * Die Flottenvorlage Englands. „Deutsches Offiziersblatt" (Berlin), 1. VIII. * Die Milizforderung. „Leipziger Volkszeitung", 8. VII. * S. Dietrich, Ein Mahnwort zur Flugtechnik. „Berliner Tageblatt", 3. VII. * „Der Krieg als Massenmeuchelmord." „Die Tribüne", 24. VII. * Alfred H. Fried, Die große Armee. „Neues Wiener Journal", 3. VII.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

„Internationale Organisation".

Unter diesem Titel erscheint eine Folge von Broschüren, die höchst interessante und aktuelle Abhandlungen enthalten. Mitglieder, die sich dafür interessieren, mögen sich an unser Bureau Wien I., Spiegelgasse 4, wenden. Bis jetzt ist erschienen:

Rudolf Goldscheid: Friedensbewegung und Menschenökonomie.

Alfred H. Fried: Kurzgefaßte Darstellung der Pan-Amerikanischen Bewegung.

David Starr Jordan, Präsident der Leland Stanford-Universität: Krieg und Mannheit.

Bertha von Suttner: Die Barbarisierung der Luft.

Propaganda in der Bukowina.

Der letzten Nummer der „Bukowiner Kaufmännischen Blätter" war unser Flugblatt „Was will die Friedensbewegung", beigelegt, welches u. a. darauf hinweist, welch ungeheure Summen der Volkswirtschaft dadurch entzogen werden, daß dem Rüsten kein Einhalt geboten wird.

Preisausschreiben.

Als Ergänzung zum Bericht im vorigen Heft teilen wir mit, daß der k. k. Landesschulrat für Steiermark, Herrn Hofrat Dr. Karl Tumlirz, k. k. Landesschulinspektor in Graz, als Vertreter des Landesschulrates in das Preisgericht delegiert hat.

„Das rote Lachen".

In der Deutsch-österreichischen Lehrerzeitung finden wir in der Rubrik für Bücherbesprechungen Leonid Andrejews erschütterndes Buch „Das rote Lachen" besprochen. Der Rezensent, unser eifriges Mitglied Bürgerschullehrer Storch, zitiert einige Stellen aus dem Werke, die so recht kraß menschliche Torheit und Grausamkeit schildern, und schließt mit folgenden Worten: „Die angeführten Zitate zeigen, daß es unsere Pflicht ist, dem Volke auch „Lehrer" zu sein in Sachen des Militarismus. der Unsummen verschlingt und Todesgefahr für Unzählige heraufbeschwört. Schließen wir uns der Oesterreichischen Friedensgesellschaft vereinsweise an!"

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2
Druck: Pass & Garleb G.m.b.H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien

September 1912.

Die vorliegende Nummer ist in Vertretung des in den Ferien weilenden Herausgebers dieser Zeitschrift von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf redigiert worden.

Der Wehrverein.

Offener Brief an Herrn Dr. Heinrich Fränkel, Berlin-Schmargendorf
von Dr. Werner Bellardi, Crefeld.

Sehr geehrter Herr!

Sie haben unter dem Titel: „Arbeiterschaft und Wehrfrage" im Julihefte der „Wehr", Zeitschrift des Deutschen Wehrvereins, einen anregenden Aufsatz veröffentlicht. Er enthält einige Ausführungen, die ich nicht unwidersprochen lassen möchte. Dies um so mehr, als ich andererseits in vielen Punkten, obwohl ich überzeugter Pazifist bin, mit Ihnen einig gehe.

Ich würde Ihnen an der gleichen Stelle, wo Sie Ihren Artikel veröffentlichten, geantwortet haben, wenn mich nicht der Gedanke abgehalten hätte, daß ich das vom „Wehrverein" als das wichtigste, vor allen anderen benutzte Propagandamittel für die Rüstungsverstärkung, nämlich den stets wiederholten Hinweis auf das Uebelwollen und die Hinterlist unserer Nachbarvölker, für durchaus unangebracht, den Tatsachen nicht entsprechend und daher sogar für verwerflich halte. Unter diesen Umständen möchte ich der Schriftleitung der „Wehr" die Aufnahme eines Aufsatzes über die Wehrfrage aus meiner Hand nicht zumuten. Daß ich überhaupt zur Antwort die Form des „Offenen Briefes" wähle, rechtfertigt sich aus dem Interesse, welches die Oeffentlichkeit an den hier besprochenen Dingen nimmt oder doch nehmen sollte.

Ich bemerkte schon, daß Ihre Ausführungen im wesentlichen meine Zustimmung finden. Das bezieht sich vor allem auf die erste Hälfte Ihres Aufsatzes, wo Sie von den Vorteilen des Militärdienstes in gesundheitlicher und geistiger Beziehung sprechen. Auch was Sie über die Bedeutung der militärischen Dienstzeit für die Ausbildung der männlichen Persönlichkeit („Selbstvertrauen, Unterordnung, Verantwortlichkeits- und Gemeinsamkeitsgefühl") sagen, unterschreibe ich durchaus. Nur, wenn Sie die „Unterordnung" erwähnen, so erscheint diese mir als rein tatsächliche Betätigung, also als „blinder Gehorsam", durchaus nicht als ein Zeichen von Männlichkeit. Ich nehme an, daß auch Sie den Willen zur Unterordnung meinen, den bewußten Gehorsam, der aus der Erkenntnis der Notwendigkeit des Befehls und zugleich aus der Einsicht, daß das eigene ungeschulte Urteil hinter dem der naturgemäß kenntnis- und erfahrungsreicheren Führer zurückzutreten hat, entspringt. Nur solche Unterordnung ist männlich und zugleich allein zuverlässig.

Daß trotz der Ausgaben für Heer und Flotte in Deutschland sehr viel für das Schul- und Bildungswesen sowie für die Arbeiterfürsorge getan wird, steht auch für mich fest. Deutschland kann auf den Ausbau dieser Kulturerrungenschaften stolz sein. Eine Kritik über die Art des Ausbaues im einzelnen gehört nicht hierher. Es steht aber für mich andererseits ebenso fest, daß es bei der fortgesetzten Steigerung der im wesentlichen doch unproduktiven militärischen Ausgaben eine Grenzlinie geben wird, bei deren Ueberschreitung nicht nur das Tempo der friedlichen Kulturentwicklung, sondern ihre Pflege überhaupt beeinträchtigt werden muß. Und auch der Arbeitsmarkt, für den die durch die Kriegs- und

Marineverwaltung hervorgerufene Nachfrage heute gewiß von Nutzen ist, würde dann unter den Folgen dieses Prozesses zu leiden haben. Eine nähere Darlegung, wo jene Grenzlinie ist und wann sie bei uns erreicht werden könnte, verbietet sich durch den mir hier zur Verfügung stehenden Raum. In Rudolf Kobatschs Schrift „Die Bilanz der Rüstungen" ist diese Frage eingehend und sehr lehrreich behandelt.

Ganz besonders aber bin ich mit Ihnen einig, wenn Sie im Anfang Ihres Aufsatzes darauf hinweisen, daß bei uns in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht seit einer Reihe von Jahren nur noch auf dem Papiere steht, und daß der Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz in der Heranziehung zu der Militärpflicht leider keineswegs zur Durchführung kommt. Ich halte es für außerordentlich bedauerlich, daß eine Reihe von durchaus gesunden Leuten, handele es sich um Einjährige oder sonstige Gemeine, jahraus, jahrein wegen Mangels an Bedarf zurückgesetzt wird und schließlich von der Dienstpflicht freikommt. Von acht Freunden war ich der kleinste und der Konstitution nach zarteste: außer mir hat nur ein einziger noch sein Dienstjahr abgeleistet, die übrigen sechs, zum Teil kräftige Burschen, die gewiß nicht alle untauglich waren, kamen frei. Nicht als ob ich persönlich mich benachteiligt fühlte, im Gegenteil: ich fühle mich bevorzugt und trage mit Stolz als Reserveoffizier die Uniform meines Regimentes. Mir hat das Dienstjahr mit den anschließenden Uebungen körperlich nur genutzt und im übrigen sicherlich nicht geschadet. Tausenden von anderen jungen Leuten aber, die im kaufmännischen Berufe tätig sind oder deren Unterstützung für die Zeit des Militärdienstes den bedürftigen Eltern oder Angehörigen entzogen wird, geht's anders. Die fühlen sich nicht nur, sondern sind geradezu hinter ihren Kollegen und Mitarbeitern, die nicht zu dienen brauchen, benachteiligt. Es ist geradezu traurig, daß es in kaufmännischen Kreisen, ja sogar bei der kaufmännischen Beamtenschaft (ich denke hierbei an die Reichsbank) als ein Vorzug angesehen wird, wenn der junge Bewerber um eine Stellung sich als frei von allen militärischen Pflichten (die offenbar als Belästigung empfunden werden) ausweisen kann und daraufhin den anderen, die nicht in derselben „glücklichen" (!) Lage sind, vorgezogen wird. Wenn es wirklich eine Ehre ist, des Vaterlandes Waffen zu tragen, so muß es eine Unehre sein, sie nicht zu tragen, obwohl man sie tragen kann. Gleichheit aller vor dem Gesetz! Deshalb Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht! Und soweit dies aus finanziellen Gründen des Staatsbudgets nicht möglich ist: Einführung einer Wehrsteuer für alle, die vom Dienste mit dem eigenen Leibe freikommen. Wie die Wehrsteuer im einzelnen zu gestalten wäre, das kann hier dahingestellt bleiben. Daß die armen Bedauernswerten, die wirklich unfähig sind, davon ausgenommen bleiben müssen, dünkt mich allerdings selbstverständlich. Jedenfalls würde durch die Wehrsteuer zugleich eine gerechtere Verteilung der Rüstungslasten erzielt werden. Des weiteren darzulegen, wie die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht mit dem Gedanken einer allseits erwünschten Vereinbarung über die Rüstungsbeschränkung zwischen den Staaten praktisch zu vereinigen wäre, kann hier meine Aufgabe nicht sein.

Sie sehen, sehr geehrter Herr Doktor, ich bin keineswegs Antimilitarist, keineswegs auch ein Anhänger solch törichter Abrüstungspläne, die mit einem Schlage an die Stelle des stehenden Volksheeres die Vier- oder Sechswochenmiliz setzen wollen, und die Sie mit Recht als unvernünftig geißeln.

Ja, ich stimme Ihnen sogar darin zu, daß es für uns zur Abwendung des „unermeßlichen Unheils eines unglücklichen Krieges" nur ein einziges Mittel gibt: die ausreichende Vorbereitung für den Kriegsfall. Wichtiger aber als die Vermeidung der Folgen eines unglücklichen Krieges erscheint mir die Vermeidung des Ausbruches eines Krieges überhaupt. Oder haben Sie wirklich nur an einen „unglücklichen" Krieg gedacht und wünschen vielleicht sogar einen „glücklichen", d. h. einen äußerlich sieghaften? Ich möchte mir nicht erlauben, Ihnen einen solchen Standpunkt zu unterstellen. Sprechen Sie doch selbst in Ihrem Aufsatze mehrfach von den bösen Angriffsplänen unserer Nachbarn, sagen damit also gleichzeitig, daß wir uns in Deutschland nur unter einem unerwünschten äußeren Zwange zur Verteidigung rüsten, und daß bei uns Angriffsgedanken gewiß nicht zu Hause sind. Sie haben also über der Bekämpfung der „Folgen" die Bekämpfung der „Ursachen" vergessen. Um den „Ausbruch" von Kriegen zu verhindern, gibt es aber ganz zweifellos ein viel wirksameres Mittel als fortgesetzte Rüstungsvermehrun-

gen, nämlich die tätige Förderung der Friedensidee und die unausgesetzte praktische Annäherung der Kulturstaaten untereinander. Hier in der Praxis mögen unsere Diplomaten zeigen, was sie können! Ueber die Frage, wie der Friedensgedanke zu stärken sei, lesen Sie vielleicht einmal meinen Aufsatz in der vorigen Nummer der „Friedenswarte": „Bekennt Farbe!" Das ist es aber gerade, worin den Herren vom Wehrverein von friedliebender Seite aufs schärfste entgegengetreten werden muß, daß sie, statt die Möglichkeit eines Kriegsausbruches zu bekämpfen, durch die Art und Weise, wie sie sich den ausreichenden Schutz gegenüber den Folgen eines unglücklichen Krieges zu verschaffen suchen, gerade jene Möglichkeit fördern. Dauernd wird das drohende Gespenst des Weltenbrandes an die Wand gemalt. Ständig wird von der Einkreisungspolitik Englands gesprochen. Wie können Sie sagen, bei uns wisse man „längst ganz genau, daß wir einem gemeinsamen, mit überlegenen Kräften unternommenen Angriff unserer Feinde auf Deutschland entgegengehen?" Niemand „weiß" das „ganz genau", und Sie dürften bei einer Volksabstimmung nicht viele verständige Leute finden, die auch nur einem etwaigen aus Angst und Mißtrauen geborenen Phantasie glauben an solche Angriffspläne huldigen. Und wenn Sie Worte des Herrn Bebel aus dem Jahre 1893 zitieren, so pflegen Sie ja wohl sonst sich auf diesen Gewährsmann nicht zu berufen. Im übrigen bezweifle ich sehr, daß Herr Bebel jene Aeußerung von vor fast 20 Jahren jetzt noch aufrechterhält. Sie aber fördern durch Ihre Art der Agitation mittelbar den Ausbruch eines Krieges. Zunächst reizen Sie unnötig die anderen Staaten, und dann machen Sie auch im eigenen Lande den Krieg zu einer Art von Zwangsvorstellung. Sprechen Sie vom Kriege und seiner drohenden Möglichkeit, so ist dies allein auf die Dauer bereits geeignet, zum Kriege zu führen. „Werden zwei Nationen Tag für Tag mit dem Gedanken an Kampf vertraut, so wird es mit Wundern zugehen, wenn es nicht schließlich zum Kampfe kommt" (Dr. Bayard Hale in „World's Work", Februar 1901, zitiert bei Norman Angell, „Die große Täuschung", Leipzig 1910, Seite 249). Sehr interessante Gedanken über die eminente Stärke, mit der unser Glauben und unsere Eindrücke jenseits der Bewußtseinsschwelle arbeiten, finden sich bei Prentice Mulford, „Der Unfug des Sterbens".

Dies zunächst wollte ich Ihnen erwidern. Dann aber darf ich Ihnen wohl auch sagen, daß es zum mindesten unklug ist, die einflußreichen Führer großer Kreise des deutschen „Volkes" als Vaterlandsfeinde zu bezeichnen, deren Absicht dahingehe, eine große Niederlage Deutschlands vorzubereiten. Ich bin nicht Sozialdemokrat, aber ich glaube, man wird mir in sozialdemokratischen Kreisen nicht verübeln, wenn ich mich insoweit zum Anwalt aller wirklichen Führer des politischen Sozialismus mache, als ich den Vorwurf der antideutschen Gesinnung entschieden zurückweise. Sie erregen unnötig böses Blut, geehrter Herr, und schaffen damit dauernd gewiß nichts Gutes. Man braucht doch dem Gegner, der andere Ansichten aus dem Grunde seiner Ueberzeugung vertritt, nicht üble Gesinnung vorwerfen! Und sollen wir uns denn nicht sogar darüber freuen, daß der große Kulturgedanke des Internationalismus, der Staatenverständigung und Menschenverbrüderung, neben dem bei uns — gottlob — noch so stark vertretenen nationalen Gedanken einen wachsenden Einfluß gewinnt? Ist es nötig, daß die ganze Volksvertretung geschlossen in die Kriegstrompete stößt, oder ist es nicht sogar wünschenswert, daß der Friedensgedanke, wenn auch leider in nicht völlig zu billigender Form, so doch überhaupt im Parlamente betont und wirksam vertreten wird?

Unsere deutsche Arbeiterschaft ist deutsch. Niemand wird seine Ehre besser wahren als das deutsche Volk! Ob seine Ehre, d. h. seine innere Würde, verletzt ist, darüber freilich wird es als Nation selbst entscheiden, wie das jeder einzelne Mensch der „heutigen" Zeit ebenso tut. Von sogenannten Kabinettskriegen, deren Ausbruch wir lediglich der Ungeschicklichkeit oder den Ränken der Diplomatie zu verdanken hätten, will das deutsche Volk freilich nichts wissen und wird sich dagegen wehren.

„Man kann nur noch aus nationalen Gründen — aus Gründen, welche in dem Maße national sind, daß ihre zwingende Natur von der großen Mehrheit der Bevölkerung anerkannt wird, Krieg führen" (Bismarck).

Ich empfehle mich Ihnen, sehr geehrter Herr, als guter Deutscher, als freudiger Soldat, und als aufrichtiger Freund des Friedens!

Ein Jubiläum des Haager Schiedshofes.

Als Professor Matzen heute vor zehn Jahren, am 15. September 1902, die erste Sitzung des mexikanisch-amerikanischen Schiedsgerichts vor dem Haager Hofe eröffnete, betonte er in seiner kurzen Ansprache: Er rechne es sich zur höchsten Ehre an, den Vorsitz über dieses erste Schiedsgericht des Haager Hofes zu führen, und auf seine Person werde dadurch ein besonderer Glanz geworfen, der sein ganzes Leben verschönere. Auch die anderen Rechtsgelehrten und Diplomaten, die an jener denkwürdigen Sitzung teilnahmen, blieben von der Größe des Augenblicks nicht unberührt, und am klarsten ehrte Pardo, der Agent Mexikos, die Feierlichkeit der Stunde mit den treffenden Worten: „Das Ereignis, dessen Zeugen wir sind, wird in den Annalen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, dessen bin ich sicher, als ein Wendepunkt fortleben, den man nie vergessen kann, so bescheiden auch der Streit ist, der die Zusammenberufung des Schiedsgerichts veranlaßt hat."

In der Tat hat unter den wirklich Sachkundigen so wenig ein Zweifel über die Wichtigkeit des ersten Zusammentritts des Haager Schiedshofes bestanden, daß sogar noch der Vorsitzende des zweiten Schiedsgerichts, der russische Justizminister Mourawieff, in seiner Eröffnungsansprache auf die ganz besonders markante Bedeutung dieses Ereignisses hinwies. Bekanntlich hatten bereits in jenem zweiten Falle um Venezuela die Kanonen gesprochen. Deshalb hob Mourawieff hervor, daß dem Haager Schiedshofe zum ersten Male die Aufgabe zugefallen sei, das blutige Elend eines Krieges aus der Welt zu schaffen.

Die öffentliche Meinung freilich, insbesondere die Presse, hat die Bedeutung des Inkrafttretens des Haager Schiedshofes nicht zu erfassen vermocht. Man sprach damals von dem internationalen „Possengericht" und ähnlichem. Ironisch wies man auf den Burenkrieg und später auf den Russisch-Japanischen Krieg hin, um verächtlich zu erklären: Diese Kämpfe hat das Haager Gericht nicht verhindern können.

Bis zum Jahre 1908 hat das Haager Schiedsgericht schwer um sein Ansehen ringen müssen. Nehmen wir den Russisch-Amerikanischen Streit hinzu, der 1902 von Asser entschieden wurde, so hat der Haager Hof in den ersten neun Jahren seines Bestehens nur fünf Streitigkeiten erledigt und ist mehrere Jahre hindurch ganz ohne Beschäftigung geblieben. Seit 1909 aber tritt ein sehr bemerkbarer Wandel ein. Es wurden nämlich abgeurteilt: im Jahre 1908: 2 Streitfälle, 1910: 2 Streitfälle, 1911: 1 Streifall, 1912: 2 Streitfälle.

Außerdem wurde 1911 ein weiteres Schiedsgericht in dem Streite zwischen der Türkei und Rußland eröffnet, das vielleicht schon 1912, wahrscheinlich aber erst 1913 sein Urteil fällen wird.

Es ist ganz unverkennbar, daß sich in den letzten Jahren ein starker Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten des Haager Schiedshofes vollzogen hat, und in der Folgezeit wird dies immer mehr der Fall werden. Die Zeitungen veröffentlichen heute sehr ernsthafte Berichte über die Tätigkeit des Welttribunals.

Fragen wir uns nun, worin die Bedeutung der Tätigkeit des Haager Hofes in der vergangenen Zeit besteht, so kann man sie unmöglich darin erblicken, daß von den Richtern des Haager Tribunals leitende Rechtssätze aufgestellt worden sind und das Völkerrecht weiter gebildet worden ist. Denn in Wahrheit waren die meisten Entscheidungen des Haager Hofes nicht rechtlicher, sondern kompromißartiger Natur. Auch haben die Streitigkeiten, die dem Hofe überwiesen wurden, nur in dem Casablanca- und Venezuelastreite die Welt vor einem bewaffneten Konflikt befreit, wobei noch sehr zweifelhaft ist, ob diese Differenzen nicht auch vielleicht diplomatisch hätten erledigt werden können. In der Richtung der Bildung von Rechtssätzen und der Beseitigung von Kriegen ist die Tätigkeit des Haager Tribunals nur als ein erster Versuch zu betrachten; der Schwerpunkt seiner historischen Bedeutung liegt mehr in Dingen allgemeinerer Natur. Der Haager Hof ist ein gewaltiges Wahrzeichen der Fortentwicklung der internationalen Organisation, d. h. der bewußten Weiterbildung des Zusammenschlusses der Kulturgemeinschaft. Um ihn gruppieren sich alle die brennenden Probleme des modernen pazifistischen Völkerrechts. Sein Bestehen weckt die Erörterung aller dringenden Fragen: der Errichtung des Staatengerichtshofes, des Weltschiedsvertrages, der Kodifizierung des internationalen Rechts usw. Die mangelnde juristische Schärfe der Haager Urteile lenkt die Blicke immer wieder auf den Staatengerichtshof, jene gewaltige Institution, die von den Pazifisten seit Jahrhunderten ersehnt wurde. Die leider nicht übermäßig große Zahl der dem Hofe überwiesenen Fälle gebietet mehr und mehr die Schaffung des Weltschiedsvertrages. Die Schwierigkeit, alle Streitigkeiten wahrhaft juristisch entscheiden zu lassen, vermehrt das Verlangen nach einer planmäßigeren Kodifikation des internationalen Rechts. Wer kann zweifeln, wie dringend wir heute ein solches Wahrzeichen einer bewußten Organisation nötig haben! Wie viel Schlagwörter hindern noch eine ruhige und objektive Darstellung wichtiger Probleme! In dieser Richtung bedeutet das Buch Schückings über den

„Staatenverband der Haager Konferenzen" eine gewaltige Tat.

Inmitten allen Geredes von der Realpolitik, d. h. der rücksichtslos unter Verachtung aller sittlicher Gesetze voranschreitenden Gewalt, die im Gegensatze steht zu jeder Kulturpolitik, hat der Haager Schiedshof eine gewaltige historische Mission. Er verkörpert in wunderbarer Form die Idee, daß auch im internationalen Leben das Recht mehr und mehr an die Stelle der Gewalt treten muß. Mit jedem neuen Falle, der den Haager Richtern überwiesen wird, geben die Staaten ihre Zustimmung zu diesem großen Prinzipe kund.

Noch ist die Idee der Gerechtigkeit im Völkerleben noch lange nicht durchgedrungen. Aber sie wird zum Siege gelangen, so wahr es einen Fortschritt im Leben der Menschheit gibt. Wenn es dem Politiker vielleicht auf den ersten Blick so scheint, als sei die Gewalt im internationalen Leben heute und für immer der ausschlaggebende Faktor, so sollten die Rechtsgelehrten dem scharf entgegentreten. Ja, wer nur ein wenig die Idee des Rechts erfaßt hat, der muß mit aller Energie für die immer größere Herrschaft des Rechts im Völkerleben eintreten, und es sind wunderbare Rechtslehrer, die auf die Friedensbestrebungen spotten.

Die Schaffung des Haager Hofes als einer Zentralstelle für die Erledigung der Völkerstreitigkeiten hat eine welthistorische Bedeutung. Ich will heute nicht davon reden, daß erst durch sein Zustandekommen das berühmte Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten und somit nach Schückings glänzender Beweisführung ein Staatenverband geschaffen wurde, sondern will nur auf die Errichtung des Schiedshofes als solchen hinweisen. Der Haager Hof ist ein so eminent wichtiges Charakteristikum im Völkerrechte, daß die Staaten durch ihn immerfort auf eine bewußte Weiterbildung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und der Weltorganisation hingewiesen werden. Sie können gar nicht mehr zurück, sondern nur noch vorwärts eilen. Sie haben sich durch jene Tat von 1899 den Rückweg vollkommen verlegt.

Die Tatsache der Errichtung des Haager Schiedshofes ist daher ein eminent welthistorisches Ereignis, und es gibt wenige Begebenheiten der neueren Geschichte, die sich damit vergleichen können. Das große Verdienst, den damaligen schweren Widerstand des Deutschen Reiches in energischer Weise überwunden zu haben, gebührt bekanntlich dem deutschen Delegierten Zorn. Es ist dies eine Tat, die Zorns Persönlichkeit ganz gewiß zu einer historischen macht und die in weiten Kreisen noch viel zu wenig gewürdigt wird.

So erinnert die Entstehungsgeschichte des Haager Hofes, der heute auf eine zehnjährige Wirksamkeit zurückblickt, an die schöne Tat jenes Mannes, der seine Ueberzeugung nicht verleugnet hat, und der Friedenspalast im Haag wird daher nicht nur ein Symbol des Rechts, sondern auch ein Denkmal eines schönen Kampfes für eine große Idee darstellen. Der Haager Ständige Schiedshof kündet der Welt nicht nur das leuchtende Ziel einer immer größeren Vervollkommnung der Weltorganisation, sondern zeigt auch den Weg, auf dem dies vor allem geschehen wird, nämlich den der mutigen Tat. Wir sehen hier an einem besonders schönen Beispiele, daß zwar allen Dingen ein natürlicher, wunderbarer Entwicklungstrieb zur Vervollkommnung inne wohnt, daß aber diese Entwicklung durch die Begeisterung und das Feuer tapferer Kämpfer beschleunigt werden kann. Wohl wäre im Laufe der Jahrzehnte auch ohne Zorns Tat eine solche Zentralstelle für die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten geschaffen worden; daß aber damals und nicht später jener wertvolle Keim gelegt und die Entwicklung um lange Jahre beschleunigt wurde, ist Zorns Verdienst.

Es ist nicht zufällig, daß die Errichtung des Haager Hofes nur nach schwerem Kampfe gelang; vielmehr lag dies in den Zeichen der Zeit begründet. Auch heute noch sind wir nicht so weit voran geschritten, daß wir ohne heldenhafte Gesinnung die Organisation der Welt in der richtigen Weise beschleunigen könnten. Noch vermag man an zahllosen Stellen nicht die gewaltigen Vorteile zu erkennen, die nicht nur dem Vaterlande, sondern der ganzen Menschheit durch die Beseitigung der heutigen Anarchie erwachsen.

Als der Haager Schiedshof im Jahre 1899 errichtet wurde, da kam es ganz gewiß in der Hauptsache nicht darauf an, daß man eine vom wissenschaftlichen Standpunkte möglichst unanfechtbare Einrichtung schuf. Das Wesentlichste war vielmehr die Ueberwindung der Reaktion. Nicht allein Gelehrte brauchte man, sondern mehr noch Kämpfer, die von innerster Glut für die hohen Ziele einer Völkerverständigung erfaßt waren, und ein wunderbarer Zufall fügte es, daß in jenem Augenblicke die geeigneten Delegierten in dem Schiedsgerichtsausschusse beisammen waren.

Wenn man aber die ganze Entwicklung des Völkerrechts in den Jahren seit der ersten Haager Friedenskonferenz klar überblickt, so kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß jene Erfordernisse, die 1899 die wichtigsten für die Mitarbeiter an der Vervollkommnung der internationalen Organisation waren, noch heute die weitaus bedeutsamsten sind. Denn eine der schönsten und edelsten Aufgaben des Völkerrechts besteht gegenwärtig darin, in gewaltigem Sturmlauf gegen die Reaktion, gegen die Vertreter der internationalen Anarchie, anzukämpfen. Wenn es daher Männer geben

sollte, die für das Völkerrecht nichts weiter tun, als Tag für Tag subtile Untersuchungen anzustellen, die sich auf den bisherigen Rechtszustand beschränken, so muß man betonen, daß diese an der schönsten und köstlichsten Aufgabe, die ihr Leben mit Begeisterung erfüllen könnte, verständnislos vorübergehen.

Der Tag, an dem vor zehn Jahren das Haager Schiedsgericht in Tätigkeit trat, mahnt uns, dafür zu sorgen, daß auch innerhalb der deutschen Völkerrechtswissenschaft die Begeisterung für den Kampf zugunsten des Pazifismus eine immer größere wird. Wir brauchen heute mehr als sonst Männer, die den Mut eigener Ueberzeugung haben, und die sich nicht damit begnügen, diese Ueberzeugung zu vertreten, sondern sie unermüdlich bekennen und ins Land hinaus rufen. Vor drei Jahren schrieb mir einmal Novicow: „Es ist dringend Zeit, daß die deutsche Wissenschaft einmal wieder an der Spitze marschiert. In früherer Zeit haben die Universitäten und die Professoren Deutschlands, an ihrer Spitze Gervinus und Dahlmann, die politische Einheit Ihres großen Vaterlandes vorbereitet. Hoffen wir, daß die deutschen Universitäten und Professoren sich jetzt an die Spitze derer stellen, die die Organisation der Welt vorbereiten. Die Einheit der Welt wird dem deutschen Volke noch größere Wohltaten sichern, als die Einheit Deutschlands es getan hat."

Fragen wir, wenn wir Begeisterung für die Friedensbewegung zu erwecken suchen, ebensowenig nach dem Geschrei der Reaktion, wie sich Zorn 1899 um die Gegnerschaft gegen den Ständigen Schiedshof gekümmert hat. Seien wir überzeugt, daß die kommende Zeit unsere Tat ebenso rechtfertigen wird, wie die Gegenwart das entschlossene Vorgehen Zorns. Lassen wir uns durch alle Gegnerschaft nicht abhalten, unsere Meinung zu vertreten; denn wir wirken ja nicht für uns, sondern, wie Lammasch einmal schön bekannte, „für die unvergängliche Idee des Rechts und des Friedens unter den Völkern".

Das sind keine besonderen Gedanken, wie sie mir der heutige Erinnerungstag an das zehnjährige Bestehen der großen Haager Schöpfung eingibt, sondern die Grundideen, wie sie jedem Studenten des Völkerrechts auf der Universität vorgetragen werden sollten. Denn es kann nicht scharf genug betont werden, daß heute auf den Universitäten das positive Wissen und die wissenschaftliche Beherrschung eines Stoffes fast ausschließliche Bedeutung für sich beanspruchen, während demgegenüber die Heranbildung von Charakteren zurücktritt. Was Deutschland braucht und was die Völkerrechtswissenschaft für ihre Fortentwicklung nötig hat, sind vor allem Männer, die den Mut und die Begeisterung besitzen, der Menschheit auf ihrer steilen Bahn voranzuleuchten. Warum werden heute auf den Universitäten diejenigen völkerrechtlichen Probleme, die die Studenten noch am ehesten begeistern könnten, nämlich die der Haager Friedenskonferenzen, so gut wie ganz vernachlässigt?

All die Dinge, die mit dem Haager Schiedshof zusammenhängen, die ruhmvolle Entstehungsgeschichte, die machtvolle Durchsetzung seiner Geltung und das Ziel, worauf er hinweist, sind in der Tat geeignet, die Blicke immer mehr auf dasjenige zu lenken, war mir als eine der wichtigsten Aufgaben der Völkerrechtswissenschaft erscheint: die Heranbildung von Charakteren, die sich durch die Beschäftigung mit den großen Friedenstaten der Vergangenheit, vor allem der ersten Haager Konferenz, für die zukünftigen Kämpfe stählen, und ganz erfüllt sind von der großen Aufgabe des Völkerrechts, den Frieden unter den Staaten zu befestigen.

Denn die deutsche Völkerrechtswissenschaft wird pazifistisch sein oder sie wird nicht sein. Dr. H. W.

Deutsch-englische Interessensphären.

Von O. Umfrid, Stuttgart.

Professor Delbrück hat in einer Auseinandersetzung mit Mr. Balfour erklärt, daß die Schwierigkeiten, welche heute noch die deutsch-englischen Beziehungen trüben, behoben werden könnten, wenn von englischer Seite den Deutschen Gleichberechtigung zugestanden —, und wenn die deutschen Ansprüche bei der immer noch fortgehenden Aufteilung der Erde künftig besser als bisher berücksichtigt würden. Man könnte zwar versucht sein, zu fragen, ob denn die Aufteilung der Welt nicht schon vollendet sei oder nicht wenigstens nahe daran sei, vollendet zu werden. Nehmen wir irgendeine Landkarte zur Hand, so sind die Grenzen der Länder fest und bestimmt mit gewissen Farben eingezeichnet, welche die politische Zugehörigkeit des betreffenden Landstrichs bedeuten. Selbst im dunkelsten Afrika, das in früheren Atlanten noch große Stücke unentdeckten Landes darbot, sind jetzt die Gebiete aufgeteilt zwischen großen und kleinen Mächten, die das Land ihr eigen nennen. Aber es ist richtig, was unsere Gegner zu sagen pflegen: „Feste Grenzen gibt es nur auf dem Mond." Dadurch, daß sich aufstrebende Völker immer wieder an Stelle der absterbenden setzen, dadurch, daß gewisse Reiche durch innere Wirren zerrüttet werden, dadurch, daß gewisse Völker ihren bisherigen Besitzstand nicht behaupten zu können scheinen, fühlen sich die gewaltig emporstrebenden Großmächte veranlaßt, sich an die Stelle jener untergehenden

oder innerlich verwirrten und geschwächten Nationen zu setzen und ihnen das Szepter der Selbstregierung aus der Hand zu nehmen. Da nun aber die eine der Großmächte im Kampf um die Beute der anderen zuvorzukommen pflegt, da ferner die Verteilung der Erde bisher ganz prinzipienlos erfolgte und derjenige den Löwenanteil für sich in Anspruch nahm, der zufällig zuerst zur Stelle war oder die größte Macht in die Wagschale zu werfen vermochte, so konnte es nicht ausbleiben, daß eine weniger begünstigte Macht mit eifersüchtigen Gedanken und scheelem Blick auf das Glück der begünstigten Nation hinschaute, und die Vorteile, die jene errang, ihrerseits als Benachteiligung empfand.

In diesem Fall befindet sich seit geraumer Zeit Deutschland dem englischen Weltreich gegenüber. Tatsächlich ist ja auch die bisherige Verteilung der Welt sehr zuungunsten Deutschlands ausgefallen. Während Großbritannien mit seinen Kolonien über 31 Millionen Quadratkilometer umfaßt, so muß sich Deutschland mit 2,5 Millionen begnügen. Und dabei hat es England verstanden, die fruchtbarsten und volkreichsten Gegenden der Erde sich anzueignen, ja, es hat seinen Kolonialbesitz in der Weise ausgedehnt, daß es innerhalb seiner Besitzungen ein vollständiges, sich selbst genügendes Wirtschaftssystem besitzt. Nimmt man nun gar hinzu, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika auch nichts anderes sind, als ein selbständiger Ableger der englischen Nation, und daß die Union, infolge der zielbewußt geleiteten panamerikanischen Bewegung, nahe daran ist, die neue Welt zu einem einheitlich gedachten kontinental-politischen System zusammenzuschmieden, so ergibt sich, daß die englische Rasse 67 Milionen Quadratkilometer der gesamten bewohnbaren Erdoberfläche bereits beherrscht, oder doch nahe daran ist, sie zu beherrschen, daß also die englische Kultur sich beinahe über die Hälfte der Erde ausbreitet.

Wir deutschen Friedensfreunde sind weit entfernt davon, unsrem groß- und edeldenkenden Brudervolke diesen Riesenbesitz, den es im allgemeinen ja gut verwaltet, und der ihm neben vielen Vorteilen doch auch große Sorgen bringt, zu mißgönnen. Allein wir müssen, wenn wir an einer Versöhnung zwischen Deutschland und England mit Aussicht auf Erfolg arbeiten wollen, doch einigermaßen auf die in Deutschland herrschende Realpolitik und auf die von dieser Seite erhobenen Forderungen Rücksicht nehmen. Immer wieder wird in Deutschland darauf hingewiesen, daß überall, wo der Deutsche sich einbohren, wo er eine Kohlenstation errichten oder eine politisch verwertbare Bahn bauen will, England als der Büttel der Ozeane die Lanze vorstreckt und ihm den Zutritt verwehrt. Als Sir Edward Grey im Unterhaus erklärte, daß die englische Politik gegen eine deutsche Ausbreitung in Afrika nichts einzuwenden habe, da erhoben die Friedensfreunde voll Hoffnung fröhlich ihr Haupt. Sie sahen die Zeit gekommen, da England im Vollbewußtsein eigenen Reichtums die Ansprüche des ärmeren Vetters über dem Kanal auf diplomatischem Weg zu unterstützen gesonnen sei, und schon glaubte man, in weiten Kreisen Deutschlands in wenigen Wochen sämtliche portugiesische Kolonien unter der ausdrücklichen Einwilligung des Kabinetts von Saint James aufkaufen und vielleicht sogar mit englischer Hilfe das Vorkaufsrecht auf den Kongostaat von Frankreich erwerben zu können. Diese Erwartungen wurden auf eine lange Probe gestellt und schon scheinen diejenigen wieder Oberwasser zu bekommen, die erklären, es sei der englischen Politik nicht ernst mit einer Unterstützung der deutschen Ansprüche. Wir hoffen immer noch, daß es nach dem Sprichwort gehe: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben."

Aber selbst vorausgesetzt, daß es uns gestattet würde, die deutsche Flagge in gewissen Teilen Afrikas zu hissen, die ja nicht alle so wertlos sein müßten, wie die berühmte Walfischbai, so wäre der Deutsche von heute — es tut mir leid, daß ich es sagen muß — wahrscheinlich erst noch nicht zufriedengestellt. Es ist nicht notwendig, die Art des Nimmersatts, die sich darin äußert, es ist das Wesen des zur Weltmacht emporwachsenden Großstaats, das darin zum Ausdruck kommt, daß der deutsche Staat beispielsweise gehört werden will, wenn es sich um Aufrollung der orientalischen Frage oder etwa um Herstellung der Ordnung im chinesischen Reich handeln sollte.

Was den näheren Orient betrifft, so ist ja allerdings die Bagdadfrage, die seinerzeit so viel Staub aufgewirbelt hat, neuerdings in ein offenbar ungefährliches Fahrwasser geraten. Aber demjenigen, der die Spannung der letzten Zeit mit Aufmerksamkeit verfolgte, muß dann doch der Gedanke kommen, daß das türkische Reich seiner Auflösung entgegengehen dürfte, und daß damit die orientalische Frage gebieterisch ihre Lösung fordert. Zwar hat die Deutsche Regierung noch immer erklärt, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Erhaltung des bestehenden Zustandes im Orient eintreten werde, und daß es ihr damit ernst ist, dürfte schon daraus hervorgehen, daß die Konsolidierung der türkischen Verhältnisse durchaus dem Interesse Deutschlands, das bei einer Zerrüttung der Türkei viel eher an politischem Einfluß verlieren als gewinnen könnte, entspricht. Wenn aber trotz allem die Auflösung der Türkei nicht hintan zu halten sein sollte, dann erhebt sich die Frage: Wird die deutsche Regierung, wenn sie dann beispielsweise politischen Einfluß in Anatolien verlangt, oder wenn sie die österreichischen Ansprüche auf die Strecke von Serajevo bis

Saloniki unterstützt, England auf ihrer Seite finden? Wie wird es mit dem Reich der Mitte gehen? Werden die Mächte all ihre Weisheit aufbieten, um die Konsolidierung der neuen Republik herbeizuführen, oder werden sie dem Reich der Mitte das Schicksal Polens bereiten wollen? Wie dem auch sein mag, so möchten wir schon heute darauf hinweisen, daß, so lange die Realpolitik zu Recht besteht, der Friede unter den Nationen, also auch der zwischen Deutschland und England, nur dann erhalten werden kann, wenn die rivalisierenden Mächte einander Interessensphären zugestehen mit der Annahme, daß die einzelne Nation in der ihr zustehenden Sphäre freien Spielraum erhält.

Aus der Misere der Gegenwart werden wir aber erst dann herauskommen, wenn wir einsehen lernen, daß die politischen Besitzergreifungen überhaupt nur einen sehr prekären Wert darstellen, und daß es für die Lebensbedürfnisse der Nationen genügt, womöglich überall die offene Tür für den Handel zu finden, und die Möglichkeit zu haben, mit dünnbevölkerten Nationen Ansiedlungsverträge abzuschließen. Ich habe öfters darauf hingewiesen, und möchte auch heute nochmals darauf zurückkommen, daß es gewisse Gegenden auf Erden gibt, die aus Mangel an arbeitender Bevölkerung gar nicht genügend ausgebeutet werden können. Ich rechne dahin u. a. Australien, wo auf 2 Quadratkilometer ein einziger Mensch kommt, und Brasilien, wo zwei Menschen auf einem Geviertkilometer wohnen, ja ganz Südamerika, wo 30 Millionen Quadratkilometer von nur 14 Millionen Einwohnern bevölkert sind. Wenn nun künftig die deutsche Regierung etwa Ansiedlungsverträge mit irgendeiner südamerikanischen Republik abschließen und damit von dem Recht einer durchaus unpolitischen Besitzergreifung Gebrauch machen sollte, so möchte ich hoffen, daß dies von englisch-amerikanischer Seite nicht als ein Gewaltsstreich des deutschen Imperialismus aufgefaßt würde, gibt doch damit Deutschland nur einen Teil seiner arbeitsamen Bevölkerung ans Ausland ab, in einer Weise, die dem deutschen Reich zwar große kulturelle und kommerzielle Vorteile, aber keinen politischen Nutzen bringen wird. Erst, wenn Deutschland in dieser Weise saturiert sein sollte, würde es aufhören, als Gefahr für England zu erscheinen.

Die Tagung des Völkerrechtsinstituts in Christiania.

Die diesjährige Tagung des im Jahre 1873 in Gent begründeten „Institut de droit international" fand vom 24. August bis zum 1. September in Christiania statt und war von insgesamt 45 Mitgliedern und Associés besucht. Namentlich Deutschland war gut vertreten, da sieben Mitglieder, die Universitätsprofessoren v. Bar, v. Liszt, v. Martitz, Meurer, Harburger und Schücking sowie Kammergerichtsrat Felix Meyer, erschienen waren. Namentlich v. Bar griff von den deutschen Mitgliedern außergewöhnlich oft in die Debatte ein. Von Oesterreichern waren anwesend: Lammasch, Strisower und der Krakauer Professor Graf Rostworowski.

In der feierlichen Eröffnungsrede, die der um die Friedensbewegung hochverdiente Präsident des Instituts, der norwegische Gesandte Hagerup, hielt, führte er über die Arbeitsmethode und die Ziele des Völkerrechtsinstituts folgendes aus: „Der größte Teil der Arbeiten des Instituts geschieht nicht in den öffentlichen Sitzungen, sondern in den Kommissionen, deren Mitglieder in der Regel während der ganzen Zeit in Verbindung miteinander stehen und die Beschlüsse vorbereiten. Die Resultate dieser Arbeiten werden in den „Annuaires" veröffentlicht. Aber die Fragen, womit sich das Institut befaßt, sind meist von so besonderer und technischer Art, daß ihre Bedeutung nur von Sachkundigen erkannt werden kann. Die Jahrbücher sind nicht gerade eine populäre Lektüre, wie hoch sie auch von den Männern der Wissenschaft geschätzt werden und von denen, die sich in der Praxis mit der Lösung internationaler Fragen zu beschäftigen haben. — Im ganzen kann man sagen, daß sich das Institut zum Ziele gesetzt hat, die Bedeutung des internationalen Rechts zu fördern, insbesondere durch das Streben nach Formulierung allgemeiner Rechtsregeln, die dem Bewußtsein der ganzen Welt Ausdruck geben und die langsame Kodifikation des internationalen Rechts vorbereiten. Das Institut legt die unentbehrlichen Grundlagen für jede Friedensarbeit. „Justitia et pace" ist das Motto dieser Wirksamkeit, d. h. der Friede kann nur gesichert werden, wenn auch im völkerrechtlichen Verkehre Recht und Rechtssicherheit herrschen. Es gilt durch eine geduldige und fleißige Arbeit Stein für Stein an die Fundamente zu setzen, die einen Zustand des Rechts zwischen Staaten und Völkern schaffen. Es gilt, in möglichst breitem Maße die Ursachen aus dem Wege zu räumen, die zu jenen Streitigkeiten Anlaß geben, die durch die Untauglichkeit und die verschiedene Auslegung des Rechts entstehen."

James Brown Scott, einer der hervorragendsten amerikanischen Völkerrechtsjuristen, der auch auf der zweiten Haager Friedenskonferenz die Vereinigten Staaten vertreten hat, unterbreitete in der ersten Plenarsitzung des Instituts den Mitgliedern ein Memorandum, in dem die Carnegiefriedensstiftung (und zwar die Abteilung für Völkerrecht) an das Institut mit der Bitte herantritt, die Carnegiestiftung in völkerrechtlichen Fragen gutachtlich zu beraten. Der Plan wurde von den Mitgliedern des In-

stituts äußerst beifällig aufgenommen, und man ging gleich dazu über, eine vorläufige Kommission zu ernennen, der eine Reihe von Projekten über die Fortbildung des Völkerrechts vorgelegt werden sollen. Eine große Anzahl Völkerrechtsjuristen ist nämlich 1911 von der Carnegiefriedensstiftung um eine Aeußerung darüber gebeten worden, was am besten zur Fortentwicklung des internationalen Rechts geschehen könne. Diese verschiedenen Gutachten sollen nun dem Völkerrechtsinstitute vorgelegt werden. In die vorvorläufige Kommission wurden gewählt: Asser (Holland), v. Bar (Deutschland), Hagerup und Gram (Norwegen), Fusinato (Italien), Holland (England), Lammasch (Oesterreich), Lardy (Schweiz), Renault (Frankreich), Albéric Rolin (Belgien) und Vesnitch (Serbien). Durch diese Verbindung mit der Carnegiestiftung bleibt selbstverständlich das Institut der Friedensbewegung gegenüber völlig unabhängig, was am besten daraus hervorgeht, daß sich die Verbindung ausschließlich auf die völkerrechtliche Abteilung der Carnegiestiftung erstreckt.

Unter den vielen weiteren Beschlüssen des Instituts auf dieser Tagung ist vor allem die einstimmige Annahme des Cour de la justice arbitrale sehr bemerkenswert. Das Institut hatte auf seiner letzten Tagung eine Kommission zur Vorbereitung des Programms der dritten Haager Konferenz eingesetzt, die sich mit folgenden Problemen befaßt hatte: 1. Reglement, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Seekriegs betr. die Beziehungen der Kriegführenden. 2. Ständiger Staatengerichtshof. 3. Weltschiedsvertrag. 4. Errichtung eines ständigen Organs für die Haager Friedenskonferenzen. 5. Ausdehnung des Abkommens vom 18. Oktober 1907 betr. die Eröffnung der Feindseligkeiten auf alle Mittel internationalen Zwanges. 6. Festsetzung des Territorialmeeres. 7. Wirkungen des Krieges auf Privatrechte der Untertanen kriegführender Staaten. 8. Luftschiffe in Kriegszeiten. 9. Meerengen in Kriegszeiten. 10. Wirkung der Schiedssprüche in Beziehung auf die nationalen Gerichte und Behörden. 11. Vorrechte der Gesandten und Konsuln. 12. Zuständigkeit der Gerichte gegenüber fremden Staaten.

Die Kommission zur Vorbereitung der dritten Haager Konferenz hatte mit Ausnahme des Punktes zu 2 alle Probleme zur weiteren Diskussion an bereits bestehende oder neue Kommissionen des Instituts verwiesen. In bezug auf den ständigen Gerichtshof war sie dagegen zu einem fertigen Resultate gelangt und hatte die Errichtung desselben befürwortet. Die Plenarversammlung des Völkerrechtsinstituts nahm nun zunächst das gesamte Resultat der Kommission, soweit es sich nicht auf den Staatengerichtshof bezog, ohne weitere Debatte an, und verhandelte dann gesondert und ausführlich über die Frage, ob ein ständiger Gerichtshof empfehlenswert sei. Es war ein denkwürdiger Moment in der Geschichte des Instituts, das seit seinem Bestehen in dieser unendlich wichtigen Frage niemals eine Initiative ergriffen und einen Antrag von Den Beer Poortugael, in dieser Richtung ohne weiteres abgelehnt hatte. Wie würde sich das Institut jetzt, wo das Problem eines Staatengerichtshofes bereits in das offizielle Programm der Regierungen übergegangen war, zu dieser Kernfrage des modernen Völkerrechts stellen? In der Debatte ergriffen Lammasch, Scott, Gram und Clunet das Wort, wiesen auf Grund persönlicher Erfahrungen auf die Mängel des bestehenden Gerichtshofes hin und legten dar, daß nur ein ständiger Gerichtshof das Völkerrecht fortbilden könne und zudem schneller und billiger arbeiten werde. Mit Einstimmigkeit befürwortete darauf das Institut die Errichtung des ständigen Staatengerichtshofes. Man kann sich denken, von welchem Einflusse diese Entscheidung auf die Verhandlungen der in Kürze stattfindenden Interparlamentarischen Versammlung sein wird.

Denselben fortschrittlichen Geist zeigte die diesjährige Tagung auch bei anderen Fragen. In den Richtlinien, die für die Seekriegsrechtskodifikationskommission aufgestellt wurden, stellte man fest, daß auch solche Verträge, die noch nicht ratifiziert seien, wie die Londoner Deklaration, für den Entwurf maßgebend sein sollten. Wichtiger ist vielleicht noch, daß in namentlicher Abstimmung die gänzliche Abschaffung des Seebeuterechts gefordert wurde. Gerade diese letzte Entscheidung ist unendlich wertvoll, da die Beseitigung des Seebeuterechts vielen Quertreibereien der Rüstungsfanatiker jeden Boden nehmen wird. Das Institut ist in dieser Frage den Prinzipien, die es wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, treu geblieben.

Auf die übrigen Punkte, insbesondere die Schaffung von Richtlinien für ein internationales Konkursrecht, die Einwirkung des Krieges auf Verträge und die Schaffung einer internationalen Bibliographie, möchte ich hier nicht eingehen, da es nur darauf ankam, die wertvollsten Resultate dieser Tagung zu betonen. Dr. H. W.

Völkerrechtskodifikation und Genfer Weltfriedenskongreß.

Von Dr. Jonkheer B. de Jong van Beek en Donk,
Ministerialrat im holländischen Justizministerium.

Zu den wichtigsten Gegenständen, über die der bevorstehende Genfer Weltfriedenskongreß Beschluß fassen wird, gehört die Frage der Kodifikation des Völkerrechts, und bei

der Erörterung dieses Problemes dürfte unzweifelhaft von dem durch Arnaud dem Stockholmer Weltfriedenskongreß unterbreiteten Entwurf ausgegangen werden.

Das Streben von uns Pazifisten ist gegenwärtig nicht mehr ausschließlich auf die Vermeidung von Kriegen gerichtet, sondern obendrein darauf, dem Zustande des „bewaffneten Friedens" ein Ende zu machen. Dies näher auszuführen, erscheint überflüssig. In gleicher Weise erübrigt es sich, in dieser Revue auseinanderzusetzen, daß der von uns ersehnte bessere Friedenszustand, ohne die Gefahren und Kosten der Bewaffnung, allein durch die juristische Organisation der Welt erreicht werden kann.

Gründe, um an dem Zustandekommen dieser Weltorganisation zu verzweifeln, bestehen in keiner Weise. Denn alle Regierungen erklären übereinstimmend, daß die Bewaffnung ihres Landes keinen aggressiven, sondern nur einen defensiven Charakter hat und somit die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und somit das ungeschwächte Fortbestehen der Rechte jedes einzelnen Staates bezweckt. Wenn aber alle Staaten dieses selbe Ziel im Auge haben, so steht der Weg offen, um auch zu einer Uebereinstimmung über das Mittel zu gelangen, das, besser als der bewaffnete Frieden, das ungeschwächte Fortbestehen aller Rechte verbürgt, nämlich über das Mittel der internationalen Rechtsorganisation.

Zu diesem Zwecke sollten die Staaten ein möglichst vollkommenes Richterkollegium ins Leben rufen, eine Forderung, zu der Wehbergs Studie in „Das Werk vom Haag" wieder einen belangreichen Beitrag bildet; nächstdem aber müssen wir darnach trachten, zu einer ausdrücklichen vertragsmässigen Feststellung jener Rechte zu gelangen, die die Staaten durch ihre kostspielige Bewaffnung verteidigen. Es mag richtig sein, was Nippold bezeugt, daß die internationalen Schiedsrichter noch niemals die Lücke gefühlt haben, daß das Völkerrecht nicht in deutlicher Gesetzesform niedergelegt ist, aber dies schließt nicht aus, daß eine Kodifikation wünschenswert ist. Wenn man die Regierungen bewegen will, sich der internationalen Rechtsorganisation anzuvertrauen, dann soll man ihnen zur gemeinschaftlichen Annahme eine Reihe von ausdrücklichen Regeln anbieten, worin ohne irgendeine Doppeldeutigkeit die heutigen Regeln des Völkerrechts niedergeschrieben sind. Klarheit und Deutlichkeit sind hier nicht zu entbehren. Der wissenschaftlichen Auslegung von Völkerrechtsgelehrten kann sich der Staat in solchen Fragen, die seine Lebensinteressen berühren, nicht anvertrauen.

Wenn ich somit eine Völkerrechtskodifikation befürworte, so will ich nicht damit sagen, daß diese auf einmal zustande kommen soll. Gleich Schücking in seinem neuesten Werke „Der Staatenverband der Haager Konferenzen", hat es auch die diesjährige Pariser Tagung der International law association für wünschenswert erklärt, daß die Kodifikation allmählich und teilweise erfolgt, da augenblicklich eine Totalkodifikation noch unerreichbar erscheint.

Was muß nun bei der Kodifikation zuerst in Betracht gezogen werden? Es würde von größter Bedeutung sein, wenn man unter allgemeiner Zustimmung die allerwichtigsten Rechte, die die Lebensinteressen der Staaten berühren, feststellen könnte. Solange diese Rechte nicht zweifellos geregelt sind, werden die Staaten in den meisten allgemeinen Schiedsverträgen die Klausel der Lebensinteressen aufrecht erhalten, und solange diese Klausel vorhanden ist, kann an eine Abrüstung nicht gedacht werden. Mit wieviel Recht auch der Leydensche Hochschullehrer van Vollenhoven es ein ermutigendes Zeichen genannt hat, daß die Staaten in ihre Schiedsverträge die Klausel der Ehre und Lebensinteressen aufgenommen haben, weil sie dadurch klar zu erkennen geben, nicht mehr zu versprechen, als sie halten können, so muß sich doch jeder freuen, wenn binnen kurzem in der Entwicklung des Vertragsrechts folgender Schritt getan werden wird: nämlich, daß man in den Schiedsverträgen die Ehren- und Interessenklausel fallen läßt, weil die Staaten bei dem dann geltenden internationalen Rechte eine Schädigung ihrer Ehre und ihrer Lebensinteressen nicht mehr für möglich halten.

Ist in der Richtung, die Lebensinteressen der Staaten durch deutliche Rechtsregeln zu bestimmen, etwas zu tun? Ich glaube: ja! Auf dem Stockholmer Weltfriedenskongresse hat Fräulein Eckstein den Wunsch geäußert, den sie mit ihrer unermüdlichen, begeisterten Propaganda durch ganz Europa verbreitet, daß die Staaten diesen fundamentalen Vertrag schließen sollen: daß die Autonomie und die territoriale Integrität verbürgt werden und daß gegen den Willen eines der betreffenden Staaten und der auf ihrem Gebiete lebenden Bevölkerung keine Veränderung in dieser Richtung vorgenommen werden darf. In der Tat haben wir hier die zwei vornehmsten Lebensinteressen jedes Staates: Schutz des Staatsgebietes und ihrer Souveränität über dieses Gebiet. Wenn der Genfer Weltfriedenskongreß übereinstimmend mit den Artikeln 4 und 5 des Kodex von Arnaud diese Bestimmungen annimmt und darauf dringt, daß auf der dritten Haager Friedenskonferenz derartige Rechtsregeln zustandekommen, dann würde die Beratung zu einem glücklichen Resultat geführt haben.

Ich möchte den Nachdruck darauf legen, daß nach meiner Meinung der Code Arnaud jedem Staate den Bestand seines gegenwärtigen Staatsgebietes verbürgen will. Wenn dies in der Tat die Absicht ist, wäre es erwünscht, den Ausdruck „Staat" und nicht

„Nation" zu gebrauchen. Die Bezeichnung „Nation" kann Anlaß zu Mißverständnissen geben, zumal z. B. Duplessix in seinem Buche „La loi des Nations" als eine der ersten Regeln des Völkerrechts annimmt, daß jede „Nation" — worunter Duplessix eine Vereinigung von Familien versteht — das Recht hat, sich von dem Staate, zu dem er gehört, abzuschließen und einen eigenen Staat mit einer eigenen Souveränität zu bilden, falls das Staatsgebiet groß genug zur Bildung einer besonderen Rechtsperson ist, oder sich einem anderen Staate anzugliedern. Der Genfer Kongreß wird darüber beschließen müssen, ob er befürworten will, daß die gegenwärtigen Staaten als völkerrechtliche Persönlichkeiten anerkannt werden sollen und der Bestand ihres augenblicklichen Staatsgebietes als erste Forderung aufgestellt wird, oder ob der Vorschlag von Duplessix befürwortet werden soll, wonach eine Veränderung des Staatsgebietes auf Verlangen eines Teiles der Bürger möglich gemacht wird, selbst wenn der Staat selbst dagegen ist.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der Vorschlag von Duplessix für die Regierungen völlig unannehmbar ist. Sie können unmöglich jedem Teile ihrer Bevölkerung das Recht zuerkennen, sich nach ihrem eigenen Gutdünken abzusondern. Auch aus allgemeinen Gesichtspunkten muß man gegen eine solche Unsicherheit in den völkerrechtlichen Verhältnissen ernste Bedenken geltend machen. Es ist daher zu hoffen, daß der Genfer Weltfriedenskongreß dies einsehen und seinen Beschluß gemäß der Resolution Eckstein, die mit dem Arnaudschen Vorschlag so ziemlich zusammenfällt, fassen wird. Vereinigungen, gleich dem neuen in Paris errichteten „Office des nationalités", muß es dann überlassen bleiben, die Interessen einzelner unterdrückter Völker zu vertreten und dahin zu wirken, daß durch zunehmende Humanitätsbegriffe in dem status quo nötigenfalls Veränderungen vorgenommen werden, aber naturgemäß unter Zustimmung des betreffenden Staates.

Sollte über den Vorschlag Eckstein-Arnaud keine Einstimmigkeit erzielt werden können, dann sollen alle Pazifisten ihr Hauptaugenmerk darauf richten, weiter die internationale Organisation zu fördern und dem Kriege vorzubeugen; doch man soll dann die Hoffnung aufgeben, daß in absehbarer Zeit eine Abrüstung erreicht werden kann.

Gibt es nun außer der Autonomie und der territorialen Souveränität noch andere „Lebensinteressen" für einen Staat? Fräulein Eckstein scheint in ihrem Artikel in der Augustnummer der „Friedenswarte" diese Frage zu verneinen. In der Tat ist es auffällig, wie selten in den Ausführungen derer, die ein möglichst starkes Heer und eine möglichst starke Flotte für ihr Land für nötig erachten, auf andere Lebensinteressen hingewiesen wird, die man durch die Landesverteidigung schirmen muß. So nennt Professor Arthur Böthlingk in seiner neuen, eine starke Wehrmacht befürwortenden Broschüre „England und Deutschland oder der europäische Friede" als Punkt von großem Lebensinteresse für den Staat die Möglichkeit, einen Platz in der Welt besetzen zu können, der in Kriegszeiten von Bedeutung ist. Es ist nun selbstverständlich, daß ein solcher ausschließlich strategischer Gesichtspunkt in dem Code-Arnaud nicht vorgesehen zu werden braucht. In der Zukunft der internationalen Rechtsordnung werden lediglich strategische Gesichtspunkte keine Bedeutung mehr haben.

Doch kann ich nicht verkennen, daß es außer der Autonomie und der territorialen Integrität noch andere Lebensinteressen für einen Staat gibt. Ich nenne z. B. die Handelsinteressen, namentlich wenn sie im Zusammenhang mit kolonialen Fragen auftauchen. Ob die Zeit schon reif ist, um in einer gesetzlichen Regel eine communis opinio der Rechte des kolonisierenden Staates gegenüber den Untertanen anderer Staaten niederzulegen? Eine Kommission, die mit großer Sachkenntnis allen kolonialen Streitigkeiten aus der letzten Zeit (Marokko, Tripolis usw.) nachginge, und versuchte, eine für alle Staaten annehmbare Zusammenstellung von Regeln über Handelspolitik, den Erwerb kolonialer Besitzungen und der Verwaltung der Kolonien zu machen, würde ein sehr nützliches Werk verrichten. Augenblicklich erscheint aber eine Kodifikation dieser Lebensinteressen noch nicht möglich.

Die rechtliche Regelung vieler anderer Fragen, die nicht zu den Lebensinteressen gerechnet werden können, scheint dagegen eher ausführbar zu sein. Es ist sehr erwünscht, daß über diese, wenn auch weniger wichtigen Probleme auf der dritten Friedenskonferenz ein allgemeiner Vertrag zustande kommt. Wenn auch eine ausdrückliche Feststellung der Staaten in diesen weniger belangreichen Punkten nicht zur Abrüstung führen wird, solange die Frage der Lebensinteressen noch nicht geregelt ist, so wird nichtsdestoweniger eine Teilkodifikation auch dieser weniger wichtigen Fragen von Bedeutung sein, namentlich als Vorbild dafür, daß auch in den wichtigsten Punkten eine Einigung erzielt werden kann. Die Friedenskonferenz wird durch eine Teilkodifikation des in Friedenszeiten geltenden Rechts die Sache der Pazifisten fördern, die immer wieder die Bedeutung der Friedenskonferenzen gegen die höhnische Behauptung verteidigen müssen, als hätten die Beschlüsse der Konferenzen lediglich auf die Zeit des Krieges Bezug.

Die Kodifikation des weniger belangreichen Friedensrechtes ist also wünschenswert, und nach meiner Meinung ist die Zeit hierfür reif. Trotzdem hoffe ich, daß der Genfer Weltfriedenskongreß über den ge-

nauen Text dieser Regeln keine bestimmte Entscheidung fällen wird. Wie könnte man den diesbezüglichen Beschlüssen des Kongresses besonderen Wert beilegen, wo er doch nicht aus Rechtskundigen zusammengesetzt ist und, soweit mir bekannt, eine große Anzahl der hier in Betracht kommenden Fragen in keiner pazifistischen Zeitschrift erörtert worden sind, und die Berichte von Arnaud und La Fontaine über diese Frage noch nicht bekannt sind. Wie kann der Weltfriedenskongreß mit einiger Sachkenntnis darüber urteilen, ob er z. B. bezüglich der Ausweisung von Fremden den Vorschlag Arnauds befürworten soll, wodurch den Staaten lediglich die Ausweisung bestimmter verurteilter Verbrecher erlaubt werden soll, oder jenen anderen Vorschlag, der bereits 1892 nach einer in zwei Sessionen stattgefundenen Beratung durch das Institut de droit international auf der Genfer Tagung angenommen worden ist, und der die Ausweisung selbst solcher gefährlicher Individuen zuläßt, die noch keine strafbare Handlung begangen haben? Dieser letzte Antrag ist noch kürzlich von dem Baseler Hochschullehrer von Frisch befürwortet worden. Oder soll, um noch einige andere Vorschläge zu nennen, der Kongreß auf der Grundlage der Anträge von Bluntschli, Duplessix und Arnaud in dem durch ihn aufzustellenden Kodex ein Verbot bezüglich der Auslieferung eigener Untertanen oder politischer Verbrecher, zwei sehr bestrittener Punkte, feststellen? Bezüglich der letzteren Frage hat erst kürzlich der Amsterdamer Hochschullehrer Struycken in seinem Bericht an die International law association ausgeführt, daß man vielleicht in Zukunft gerade zwecks Bekämpfung der politischen Verbrechen ausliefern werde. Denkt man — dies als letztes Beispiel —, daß die Erwägungen über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer internationalen Polizeimacht bereits zu einer völligen Klärung der Sachlage geführt haben, so daß die Zeit gekommen ist, um eine Wahl zu treffen zwischen dem Vorschlage Arnauds, der offenbar eine internationale Polizeimacht nicht, und dem von Duplessix, der sie wohl befürwortet? Und dies, obwohl der auf demselben Kongresse zu behandelnde Bericht von Bollack, betreffend die ökonomische Sanktion gegenüber Verletzungen des Völkerrechts, also ein mit der internationalen Polizeimacht konkurrierendes Sanktionsmittel, noch nicht bekannt ist?

Es ist keineswegs Mangel an Verehrung für die große Arbeit Arnauds, wenn ich den Wunsch ausspreche, daß der Genfer Weltfriedenskongreß den Vorschlag Arnauds nicht in der Weise annehmen soll, daß er alle darin behandelten Punkte des internationalen Rechts in diesem Sinne befürwortet. Wenn sich der Kongreß darauf beschränkt, die Regelung der wichtigsten Punkte — Autonomie, territoriale Integrität, vielleicht auch noch einige mehr — in das pazifistische Programm aufzunehmen, und ferner den Code-Arnaud den Regierungen der verschiedenen Länder als ein Vorbild für die internationale Regelung anbietet, dann wird der Kongreß die Popularität des Strebens nach Kodifikation des Völkerrechts vergrößern und dazu beitragen, den Vorschlag Arnaud, der ein Muster von Deutlichkeit und Systematik ist, weithin bekanntzumachen. Dann wird der Kongreß eine Selbsterkenntnis und Selbstbeschränkung beweisen, die man leider früher bei uns Pazifisten und insbesondere auf Weltfriedenskongressen bisweilen vermißt hat.

Isolierte und Institutionelle Schiedsgerichte.

Zu den bedeutsamsten Veröffentlichungen über Schiedsgerichtsbarkeit, die in der letzten Zeit erschienen sind, gehört ohne Zweifel ein Aufsatz, den Professor Lammasch auf S. 76—127 des VI. Bandes des „Jahrbuches des Oeffentlichen Rechts“ (1912) unter dem Titel „Isolierte und institutionelle Schiedsgerichte“ hat erscheinen lassen. Lammasch geht davon aus, daß mit der immer häufigeren Aufnahme der kompromissarischen Klausel in Staatsverträge und mit dem Abschlusse ständiger Schiedsverträge unzweifelhaft eine neue Phase in der Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit begonnen hat. Dies müsse man, so erklärt er, selbst dort annehmen, wo den Verträgen die Ehren- und Interessenklausel beigegeben worden sei. Lammasch ist der gewiß zutreffenden Auffassung, daß auch durch die unter solchem Vorbehalte abgeschlossenen Verträge ein juristisches Band zwischen den Parteien geschlossen werde, da kein Staat, der auf seine Ehre und seine Geltung im internationalen Verkehr etwas gebe, seine Lebensinteressen allzu leicht als gefährdet und seine Ehre als allzu gebrechlich hinstellen werde. Hierbei polemisiert er denn auch gegen Freiherrn v. Marschall, der 1907 den englisch-amerikanisch-portugiesischen Schiedsvertrag mit den Worten bekämpfte, ein durch die Ehrenklausel beschränkter Vertrag begründe kein juris vinculum. Wie dies früher bereits Nippold im ersten Bande seines Werkes über „Die zweite Haager Konferenz“ getan hat, weist Lammasch auf den Widerspruch hin, der darin liegt, daß v. Marschall bei dem Kampfe um die Klauseln bei den Untersuchungskommissionen gerade im Gegenteil behauptete, ungeachtet der Ehren- und Interessenklausel würde hier ein juris vinculum begründet. An einer anderen Stelle legt Lammasch dar, daß sich Marschalls Behauptung, der dänisch-niederländische Vertrag enthalte einige Vorbehalte, nicht aufrechterhalten läßt.

Lammasch kommt nun auf den großen Unterschied zu sprechen, der zwischen dem gelegentlich eingesetzten Schiedsvertrage und demjenigen besteht, worin sich die Parteien verpflichten, künftig etwa entstehende Streitigkeiten bestimmter Art schiedsrichterlich zu erledigen. Er beweist, daß die Terminologie diese beiden Verträge im allgemeinen nicht richtig bezeichnet. Schon Descamps hat in seinem Berichte an die erste Konferenz zwischen dem eigentlichen „Kompromiß", wodurch nach Ausbruch eines bestimmten Streitfalles dieser der schiedsrichterlichen Entscheidung überwiesen wird, und zwischen der „kompromissarischen Verpflichtung" unterschieden, wodurch sich die Parteien verpflichten, zukünftig entstehende Streitfälle schiedsrichterlich erledigen zu lassen. Das Haager Abkommen hat nur den Ausdruck „Kompromiß" übernommen, da es eine Verpflichtung für die Unterwerfung zukünftiger Streitfälle nicht aufstellte. Nachdem aber das partikulare Völkerrecht eine Fülle von solchen Verträgen aufzuweisen hat, muß der Unterschied beider Verträge zur Geltung gebracht werden. Lammasch schlägt sehr treffend vor, man solle den Ausdruck „isoliertes Schiedsgericht" dort anwenden, wo ein Streit nach seiner Entstehung der schiedsgerichtlichen Entscheidung überwiesen würde, und den Ausdruck „Institutionelles Schiedsgericht" dort, wo ein Schiedsgericht nicht lediglich für einen einzelnen isolierten Fall, sondern für eine längere Zeit gleichsam als dauernde Institution eingesetzt würde. Im Gegensatze zum „isolierten Schiedsgerichte" setzt das „institutionelle Schiedsgericht" eine dauernde Rechtsordnung zwischen den Kontrahenten fest. Brauchbar, wenn auch weniger empfehlenswert, sind nach Ansicht von Lammasch die Wörter „okkasitionelles Schiedsgericht" oder „arbitrage a posteriori" für das ad hoc eingesetzte Tribunal, während die Bezeichnung „obligatorischer Schiedsvertrag" irreführend erscheint. Das „obligatorisch" bezieht sich hier auf das Wort „Vertrag"; jeder Vertrag ist aber obligatorisch; ein nicht obligatorischer Vertrag wäre eine contradictio in adjecto. Auch verwirft er die Bezeichnung „compulsory arbitration", da dadurch der Anschein erweckt werde, als ob hier hinter dem Schiedsgericht eine Zwangsgewalt stände. In Wirklichkeit beruht aber sowohl das isolierte wie das institutionelle Schiedsgericht auf dem Willen der Parteien.

In außerordentlich feiner Weise legt Lammasch weiter den Unterschied in der praktischen Anwendung isolierter und institutioneller Schiedssprechung dar. Wenn das Schiedsgericht keine organische Institution, sondern völkerrechtlich nur empfohlen ist, so kann der mächtigere Staat dem schwächeren leicht das Schiedsgericht aufdrängen, während im Falle einer rechtlichen Bindung vollste Gleichheit zwischen ihnen besteht. Die Verkennung dieser Tatsache hat auf der zweiten Friedenskonferenz dahin geführt, daß die schwächeren Staaten dem Obligatorium widerstrebten. Sie haben dabei übersehen, daß künftig nicht nur der stärkere Staat die Einlassung auf das Schiedsgericht von ihnen verlangen kann, sondern daß sie auch selbst den stärkeren Staat hierzu zwingen können.

In eingehenden Ausführungen begründet Lammasch weiter, warum sich das institutionelle und das isolierte Schiedsgericht am meisten in der Frage des sogenannten Kompromisses unterscheiden. Das isolierte Schiedsgericht wird erst durch den Kompromiß geschaffen; dagegen besteht in dem Falle des konstitutionellen Schiedsgerichtes das Schiedsgericht „als eine freilich nur gedachte Institution", schon bevor ihm der spezielle Streit überwiesen wird. Im letzteren Falle erübrigt sich ein spezieller Unterwerfungsvertrag vollkommen, denn der Kompromiß ist nichts weiter als die Erfüllung einer bestehenden Verpflichtung, nur ein prozessualer Schritt. Im Anschlusse hieran schlägt Lammasch in zutreffender Weise einige Aenderungen an dem Haager Abkommen vor.

Lammasch prüft dann die Frage, wie Meinungsverschiedenheiten der Parteien darüber, ob der Streitfall unter den Schiedsvertrag falle, entschieden werden sollen. Hierbei polemisiert er gegen meine in meinem Kommentar zum Haager Abkommen aufgestellte Behauptung, daß durch den Abschluß eines allgemeinen Schiedsvertrages nur die Fälle dem Schiedsgerichte unterworfen werden sollen, die nach übereinstimmender Ansicht der Parteien zu den im Schiedsvertrage genannten zählen. Lammasch führt aus, man müsse hier die verschiedenen Fälle unterscheiden. Handle es sich um die Frage, ob ein Streit über die Auslegung eines Handelsvertrages vorhanden sei, der nach dem allgemeinen Schiedsvertrage dem Schiedsverfahren unterworfen werden müsse, dann gebe es allgemeine objektive Maßstäbe, wonach unparteiische Beurteiler diese Vorfrage entscheiden könnten. Anders sei es aber, wenn streitig sei, ob eine politische oder rechtliche Frage vorliege oder ob die Lebensinteressen eines Staates berührt würden; dann müsse jeder Staat eigener Richter sein. In diesen Fällen werde immer das subjektive Ermessen entscheidend sein.

Ich bin hier anderer Ansicht. Lammasch sagt zunächst, nach der Annahme meiner Ansicht sei das Schiedsgericht nur so lange obligatorisch, als es keinen Streit gebe, werde aber sofort fakultativ, wenn ein Streit ausbreche. Lammasch sagt aber an anderer Stelle ausdrücklich, daß trotz der Interessenklausel eine Rechtsverpflichtung der Parteien zur schiedsrichterlichen Austragung bestände. Dann wird man aber doch konsequenterweise sagen müssen, daß ein Staat auch in den übrigen Fällen die Einrede, daß

der im allgemeinen Schiedsvertrage vorgesehene Fall nicht vorliege, niemals ohne Grund machen werde. Es handelt sich in allen Fällen, wie auch Lammasch an anderer Stelle sagt, um eine Frage des guten Glaubens.

Lammasch will für die Entscheidung der Frage Gewicht darauf gelegt haben, ob ein objektiver Maßstab zu ihrer Beantwortung vorhanden sei oder nicht. Er muß aber selbst zugeben, daß bei der Auslegung eines Handelsvertrages ebenfalls Schwierigkeiten entstehen können, und führt sogar zwei hochinteressante Fälle an, in denen die angesehensten Autoritäten darüber stritten, ob der Konflikt unter den Schiedsvertrag falle. Nun gibt es aber andererseits Fälle, in denen ein objektiver Beurteiler gar nicht im Zweifel sein kann, ob eine rechtliche oder eine politische Frage vorliegt und die Einrede offenbar aus Arglist erhoben ist. Schon daraus erkennt man hinreichend, daß unmöglich gesagt werden kann, in einigen Fällen seien objektive Maßstäbe vorhanden, in den anderen nicht. Was behauptet werden kann, ist allerhöchstens: In einigen Fällen lassen sich e h e r objektive Maßstäbe anwenden als in den anderen.

Für mich ist der Satz entscheidend, den auch Lammasch S. 99 aufstellt: „Kompromissarische Klauseln sind streng auszulegen und nicht über ihren zur Zeit des Vertragsschlusses zweifellos von den beiden Parteien übereinstimmend gewollten Sinn hinaus zu interpretieren." Solange die Parteien nicht a u s d r ü c k l i c h in dem Schiedsvertrage die Entscheidung bestimmter Vorfragen einer höheren Instanz überweisen, muß ihnen nach meiner Meinung die Antwort selbst vorbehalten bleiben, und nur solche Streitigkeiten gehören vor das Schiedsgericht, die nach ü b e r e i n s t i m m e n d e r Ansicht der Parteien unter den Schiedsvertrag fallen. Als Postulat für die Zukunft aufgestellt, erscheint mir die Darlegung von Lammasch vortrefflich, als Auslegung des gegenwärtigen Rechtszustandes aber kaum haltbar. Charakteristisch ist, daß Lammasch seine Opposition mit den Worten beginnt: „M u ß es nicht ein Mittel geben, um in Ermangelung dieser Uebereinstimmung in bezug auf den konkreten Fall den Zugang zum Schiedsgerichte zu eröffnen? Die Antwort wird wohl kaum in allen Fällen dieselbe sein können —" Ja, gewiß m u ß in manchen Fällen ein solches Mittel vorhanden sein, aber es i s t noch nicht vorhanden!

Lammasch würdigt darauf den Artikel 53 der Schiedsgerichtskonvention der zweiten Haager Konferenz und hebt hervor, daß dieser sogenannte Zwangskompromiß von dem richtigen Gesichtspunkte ausgehe, wonach es bei der institutionellen Schiedsgerichtsbarkeit eines weiteren Vertrages nicht mehr bedarf. Der sogenannte Kompromiß ist hier nur E r f ü l l u n g, nicht A b s c h l u ß eines Vertrages. Auch hier muß ich mich aber dagegen wenden, wenn Lammasch sagt: „Es ist mir unverständlich, daß Wehberg den Schlußabsatz der Ziffer 1 des Artikels 53 für vollkommen überflüssig, weil selbstverständlich erklärt." Nach dem genannten Absatze ist die einseitige Anrufung des Schiedsgerichtshofes ausgeschlossen, wenn die Gegenpartei erklärt, der Streit gehöre nach ihrer Auffassung nicht zu den der obligatorischen Schiedssprechung unterliegenden Fällen. Nun hat der ganze Artikel zur Voraussetzung, daß die Parteien einig sind, daß der Streit unter den Schiedsvertrag falle. Daher geht es nicht an, nochmals auf den Zustand v o r der Einigung zurückzugreifen und zu erklären, die betreffende Einrede könne noch geltend gemacht und dadurch die Einlassung auf das Schiedsgericht verweigert werden. Deutlich steht in Absatz 2 Artikel 51, daß das Schiedsgericht auf einseitigen Antrag erst nach der Ergebnislosigkeit diplomatischer Verhandlungen über die Feststellung des Schiedsvertrages zuständig sein soll. Solche Verhandlungen über die „Feststellung des Schiedsvertrages", das heißt über die im Kompromisse zu vereinbarenden Formalitäten, können aber nur stattgefunden haben, wenn sich beide Parteien bereits darüber einig sind, daß der Streit unter den Schiedsvertrag falle. Denn wie in aller Welt könnten Verhandlungen über die Förmlichkeiten des Kompromisses stattgefunden haben, wenn die eine Partei erklärt hätte: dieser Streit war im Schiedsvertrage nicht vorgesehen!

Hat aber der ganze Absatz 2 zur Grundlage, daß die Verhandlungen über die Feststellung des Schiedsvertrages ergebnislos verlaufen sind, dann muß es nach dem Gesagten töricht erscheinen, den Parteien noch ein Einrederecht bezüglich des Vorliegens eines der Fälle des institutionellen Schiedsgerichts zu geben, also geradezu zu erklären: Selbst wenn ihr euch bereits in den diplomatischen Verhandlungen einig geworden seid, daß der Streit unter den Schiedsvertrag falle, so dürft ihr dennoch nachträglich die entgegengesetzte Behauptung aufstellen. Namentlich Lammasch, der verschiedene Verbesserungsvorschläge zu dem Haager Abkommen macht, wird sich diesen Ausführungen nicht verschließen können. Richtig ist, daß die Grundlage des ganzen Artikels zu Anfang hervorgehoben werden müßte, da sonst nur derjenige, der die Entstehungsgeschichte des Artikels kennt, seine Bedeutung zu würdigen vermag. Am besten würde also Artikel 53 beginnen: „Sind sich die Parteien darüber einig, daß der Streitfall unter den Schiedsvertrag fällt —".

Im Anschlusse an die Bedenken Zorns gegenüber dem Artikel 53 wendet sich Lammasch gegen Zorns Behauptung, daß die Ehren- und Interessenklausel auch jenen Verträgen immanent wäre, die sie nicht ausdrücklich enthielten. (Vgl. hierzu meinen Aufsatz

„Die Lebensinteressen der Staaten" in dieser Nummer.)

Lammasch legt weiter die wichtigen Unterschiede bei der Form des Abschlusses institutioneller und isolierter Schiedsgerichte dar. Es handelt sich hier um die Frage der Mitwirkung der Parlamente. Aeußerst tiefgreifend sind schließlich die Darlegungen des ausgezeichneten Autors über die Wirkung der Schiedssprüche. In so gründlicher Weise wie niemand vor ihm zeigt Lammasch für die verschiedenen Fälle sowohl die Wirkungen des institutionellen wie des isolierten Schiedsgerichts. Zum Schlusse behandelt er die Konflikte zwischen Schiedssprüchen und der inneren Gesetzgebung eines Staates. Eine ausführliche Besprechung jener Abschnitte muß an dieser Stelle unterbleiben.

Lammasch wird später in dem Handbuche des Völkerrechts", herausgegeben von Professor Stier-Somlo, die gesamten Probleme der Schiedsgerichtsbarkeit behandeln. Nachdem wir von dem vorliegenden Aufsatze Kenntnis genommen haben, dürfen wir dieser in Aussicht gestellten Publikation mit den denkbar größten Erwartungen entgegensehen.

Dr. H. W.

Die wissenschaftliche Vorbereitung der Interparlamentarischen Konferenzen.

Von Dr. Baron Lage v. Stael-Holstein.

Obwohl die Interparlamentarische Union keinen akademischen Charakter trägt, so hat sie dennoch auf ihr Programm solche Fragen geschrieben, die vorherige tiefe Studien beanspruchen, wenn sie in der durchdringenden Art erörtert sein wollen, die ihr Uebergang auf die diplomatischen Konferenzen verlangt. Um diesem Erfordernisse einer vorhergehenden Prüfung zu entsprechen, bedient sich die Union in gewissen Fällen des Mittels spezieller Studienkommissionen; oft überläßt sie es aber auch den Berichterstattern allein, die Tragweite der zu diskutierenden Fragen aufzuklären. Dies trifft bekantlich bei den Punkten 3, 4, 6 und 7 der Tagesordnung der nächsten Genfer Konferenz (vgl. Annuaire, 1912, S. 38 bis 43) zu. Diese letzten Vorschläge haben allerdings das Ziel, durch die Konferenz Studienkommissionen ernennen zu lassen; aber die in einem bestimmten Sinne erlassene Empfehlung, und die darauf bezügliche Diskussion werden doch stets als Richtschnur für die zukünftigen Arbeiten dienen, und die Kommissionen werden sich daher von Gesichtspunkten leiten lassen, die jedem Moment der gegenwärtigen Debatte Rechnung tragen.

Das gegenwärtige System der Vorbereitung enthält auf jeden Fall gewisse Unzulänglichkeiten und Gefahren. Den Mitgliedern werden vorher nur die von dem Interparlamentarischen Rat genehmigten Resolutionsprojekte sowie die Berichte vorgelegt. Diese letzteren enthalten aber keine eingehende Darlegung der Motive, und ihre Mitteilung erfolgt meistens allzu kurz vor der Konferenz; so ist bis zur Stunde — Anfang August — den Mitgliedern der im September stattfindenden Konferenz noch keine Denkschrift zugesandt worden. In den Fällen, wo die Berichte zur rechten Zeit verteilt werden, sind sie naturgemäß meist von einem persönlichen und subjektiven Standpunkte geschrieben, der den Lesern keinen klaren Blick über den wesentlichen Charakter der betreffenden Fragen verschafft. Daraus folgt, daß sich die Arbeiten nicht mit der erforderlichen Kompetenz und jener eingehenden Kenntnis der Grundbegriffe erledigen lassen, die heute jede Entscheidung über Fragen auf dem Gebiete des Völkerrechts erfordert.

Dieser Mangel an Vorbereitung ist auf einer Reihe von Konferenzen festgestellt worden, auf denen die große Mehrzahl der Mitglieder nicht nur außerstande war, sich an der Debatte zu beteiligen, sondern auch abwesend bleiben mußte, und zwar, wie man offen zugab, weil sie den zu behandelnden Gegenständen fremd gegenüberstand. So werden die Beschlüsse, zum großen Schaden der moralischen und positiven Bedeutung der von der Union aufgestellten Wünsche, nur von einer auserlesenen Schar unermüdlich tätiger Mitglieder gefaßt, deren kleine Zahl jedoch in keiner Weise zu der Ausübung eines so überwältigenden Einflusses berechtigt. Die Lage wird heute um so ernster, als man sich mit großen Schritten der dritten Friedenskonferenz nähert, die im Jahre 1915 über den Schatz der von der Union aufgestellten Projekte Beschluß fassen wird.

Damit die Interparlamentarische Konferenz eine Zentralversammlung der Arbeiten zur Förderung der pazifistischen Probleme darstellt, muß, wie mir scheint, die Gesamtheit der Mitglieder hinreichend über den wirklichen und vollständigen Sinn der einzelnen Vorschläge und ihre Konsequenzen auf dem Laufenden gehalten werden. Man könnte vielleicht vermuten, daß die Enthusiasten der Sache oder Gelehrte aus eigener Initiative Darstellungen schreiben, die bestimmt sind, diese Rolle der Aufklärung der Situation zu erfüllen. Eine unentgeltliche Verteilung dieser Werke würde aber wohl ihren Urhebern zu viele Kosten verursachen. Was zudem die Publikationen anbetrifft, die außerhalb der Union entstanden sind, so besteht hier die Gefahr, daß sie von irgendeiner Tendenz in diesem oder jenem Sinne beherrscht werden, während doch von den hier in Betracht

kommenden Arbeiten in erster Linie eine völlige Unparteilichkeit und demgemäß namentlich eine ebenso objektive wie genaue und klare Wiedergabe dessen gefordert werden müßte, was die wissenschaftlichen, akademischen oder parlamentarischen Debatten zur Lösung oder zum Fortschritt der betreffenden Probleme beigetragen haben.

Um eine derartige Lücke auszufüllen, drängt sich gegenwärtig eine Reform auf, die nicht allzu schwer zu verwirklichen ist. Man hätte lediglich das Interparlamentarische Bureau mit der Vorbereitung der oben charakterisierten Berichte zu beauftragen, die an alle Mitglieder der Union einige Monate vor der jährlichen Versammlung unentgeltlich verteilt werden müßten. Auf diese Weise würde man gegen den Zustand einer zu geringen Vorbereitung, deren ungünstige Wirkungen heute die Konferenzen empfinden, eine Garantie schaffen.

Einem Hilfssekretär des Bureaus müßte die Aufgabe zufallen, fortwährend die gesamte Literatur, die sich auf die Fragen der nächsten Konferenz bezieht, zu verfolgen, um vor dieser einen eingehenden, klaren und unparteiischen Bericht über den Zustand herauszugeben, in dem sich die wissenschaftliche und politische Diskussion der zu studierenden Probleme befindet. Er würde sich gleichfalls zur Disposition der Spezialkommissionen zu halten haben, um Nachforschungen anzustellen oder Arbeiten auszuführen, die sie für nötig halten würden, und hätte in weitgehendstem Maße die wissenschaftlichen, historischen und politischen Erkundigungen einzuziehen, welche die verschiedenen Organe der Union für nötig halten und ihm geeignetenfalls überweisen würden. Durch die Organisation dieses ständigen Dienstes würde der Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen namentlich deswegen erleichtert werden, weil die Mitglieder der Union mit geringerer Verzögerung zu dem Ergebnis der Berichterstatter Stellung nehmen könnten. Denn sie brauchten sich, Dank dem neuen, vorgeschlagenen Vermittler, nicht mit der oft langwierigen und schwierigen Zusammenstellung der erforderlichen Unterlagen zu befassen. Die Notwendigkeit einer solchen Erweiterung der Kompetenz des Interparlamentarischen Bureaus wird noch einmal so groß, wenn die neue Formulierung des Zieles der Union angenommen sein wird. Die Konferenz wird dann „auch andere Fragen des internationalen Rechts (d. h. nicht nur solche, die sich auf die pazifistischen Institutionen beziehen) und ganz allgemein die Probleme, die sich auf die Entwicklung der friedlichen Beziehungen der Völker beziehen", zu studieren haben.

Die Lebensinteressen der Staaten.*)

Eine Entgegnung an
Frl. Anna B. Eckstein in Boston-Coburg.

Es erscheint mir außerordentlich dankenswert, daß Fräulein Anna B. Eckstein, die hochverdiente Vorkämpferin des Pazifismus, in Nr. 8 der „Friedenswarte" nochmals die Frage aufwirft, ob Lebensinteressen der Staaten vor ein internationales Schiedsgericht gehören. Ihre ausgezeichneten Darlegungen sind in der Tat eine gute Illustration zu der Behauptung: Rechtliche Grenzen für die Anwendung des Schiedsgerichts gebe es nicht; die wirklichen Grenzen der Schiedsgerichtsbarkeit seien politischer Natur.

Nippold hat seinerzeit in seinem hervorragenden Werke über „Die Fortbildung des Verfahrens" dargetan, daß sich Streitfragen jeder Art durch ein Schiedsgericht von irgendeiner rechtlichen Grundlage aus erledigen ließen, und daß darum rechtliche Grenzen für die Anwendung der Schiedsgerichtsbarkeit nicht beständen. Ich gebe Nippold zu, daß er dann recht hat, wenn ein Schiedsgericht Fragen jeder Art nicht nur erledigen, sondern auch in vernünftiger und befriedigender Weise zu erledigen mit Sicherheit imstande ist. Es genügt nicht, die Frage so zu formulieren: Kann ein Schiedsgericht den Streit zu irgendeinem Ende führen, und hat es für das zu gewinnende Resultat rechtliche Anhaltspunkte? Sondern es muß geprüft werden: Ist bei allen Fragen das Schiedsgericht in der Lage, eine vernünftige Entscheidung zu geben? Eine vernünftige Entscheidung ist eine solche, die der verurteilte Staat nach Treu und Glauben erfüllen kann.

Das Völkerrecht hat zur Voraussetzung das Nebeneinanderbestehen selbständiger Staaten. Es dient dazu, die Rechtsbeziehungen der Staaten untereinander zu regeln. Die Selbständigkeit bzw. Unabhängigkeit der einzelnen Regierungen ist nicht nur im Interesse der Staatengemeinschaft, sondern auch im Interesse jedes einzelnen Staates dringend zu wahren. Daher muß jedem Staate das Recht zustehen, Angriffe auf seine Unabhängigkeit zurückzuweisen, und eine Möglichkeit, solche Fragen einem internationalen Schiedsgerichte zu unterwerfen, besteht nicht. Es ist daher ausgezeichnet, wenn Fräulein Eckstein betont, daß in solchen Fragen unter allen Umständen jeder Staat der alleinige Richter sein müsse.

Die Begründung dieser Forderung ergibt sich aus folgendem: Unterwirft sich ein Staat dem Spruche eines Schiedsgerichts, so muß er nach Treu und Glauben auch den

*) Vgl. auch den Artikel von Jonkheer de Jong in dieser Nummer. Beide Aufsätze sind ganz unabhängig voneinander geschrieben.

ungünstigsten, rechtmäßig ergangenen Spruch des Tribunals erfüllen. Er muß sich bereit erklären, auch im Falle seines völligen Unterliegens der Entscheidung nachzukommen. Es ist aber ein Unding, von einem Staate zu verlangen, daß er sogar einem Spruch, der seine Unabhängigkeit vernichtet, nachkommt. Entweder das eine: Die Unabhängigkeit der Staaten ist ein Phantom, dann dürfen die Staaten auch solche Fragen einem internationalen Tribunale überweisen; oder sie ist ein wichtiges Grundrecht, dann gehören solche Fragen nicht vor ein Schiedsgericht. Deshalb sind Schiedsverträge, die auch die Fragen der Unabhängigkeit der Schiedsgerichtsbarkeit unterwerfen wollen, logisch nicht zu rechtfertigen; ja sie sind sogar unsittlich, weil kein Staat für seine Unabhängigkeit einen anderen Richter als sich selbst anerkennen darf. Deshalb muß folgerichtig die Klausel der Unabhängigkeit auch dort als vorhanden angesehen werden, wo sie fehlt. Die Klausel der Unabhängigkeit ist den Schiedsverträgen immanent.

Wenn aber ein Schiedsgericht, das über eine Frage der Unabhängigkeit zu entscheiden hat, ein Unding ist, dann liegt hier eine rechtliche Schranke des Schiedsgerichts vor, über die nicht hinwegzukommen ist. Dann kann man sich nicht lediglich darauf berufen, daß das Schiedsgericht hier eine rechtliche Grundlage für seine Entscheidung finden werde, sondern muß nachweisen, daß diese Entscheidung auch vernünftig ist. Gewiß wird ein Schiedsgericht nur in seltenen Fällen einem Staate die Unabhängigkeit nehmen. Aber auf diese größere oder geringere Wahrscheinlichkeit des Resultates darf man sich hier nicht verlassen. Denn die Möglichkeit ist vorhanden, und für diesen möglichen Fall hat sich ja der unterliegende Teil zur Befolgung des Schiedsspruches nach Treu und Glauben verpflichtet. Wenn aber von vornherein sicher wäre, daß dem Staate die Unabhängigkeit nicht genommen werden soll, dann brauchten wir ja kein Schiedsgericht; dann wäre die Frage schon vorher entschieden.

Man kommt also nicht daran vorbei, daß die Klausel der Unabhängigkeit jedem Schiedsvertrage immanent ist.

Stimme ich soweit mit Fräulein Eckstein überein, so bin ich insofern nicht ganz ihrer Meinung, als ich die Gruppe von Streitigkeiten, die in gleicher Weise wie die Frage der Unabhängigkeit von der Schiedsgerichtsbarkeit ausgenommen werden sollen, weiter fassen möchte. Fräulein Eckstein will lediglich die Fragen der Autonomie und des territorialen Besitzstandes als sogenannte Lebensinteressen behandelt und von der schiedsrichterlichen Erledigung ausgeschlossen wissen. Daß Fräulein Eckstein ebenso wie ich nicht die sogenannten Grenzstreitigkeiten der Schiedsgerichtsbarkeit entziehen will, darf ich wohl annehmen. Dagegen meine ich, daß es wohl noch andere Fragen gibt, die die Lebensinteressen berühren können. Denken wir z. B. an rein wirtschaftliche Probleme. Deutschland hat z. B. irgendein Produkt, das es nicht selbst herstellt, nötig, und obwohl das dringendste Lebensinteresse der deutschen Volkswirtschaft die Einfuhr dieses Erzeugnisses gebietet, weiß irgendein anderer Staat die Einfuhr nach Deutschland zu verhindern.

Wenn man den eben zur Verteidigung der Immanenz der Unabhängigkeitsklausel angeführten Darlegungen beistimmt, so muß man zugestehen: In gleicher Weise wie Fragen der Unabhängigkeit müssen alle solche Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit entzogen werden, die die großen Interessen des Fortbestandes eines Staates betreffen. Seine Unabhängigkeit zu verlieren, ist unendlich hart; fast ebenso schlimm aber ist es, der unbedingten Grundlagen einer gesunden Weiterentwicklung beraubt und von dem Wettbewerbe mit anderen Völkern ausgeschlossen zu werden, auf welche Art dies auch sei. Alle Völker, die etwas auf sich halten, haben große historische Missionen zu erfüllen. Sie haben alle das Streben, in dem wirtschaftlichen und geistigen Kampfe der Völker möglichst an erster Stelle zu stehen. Wer wollte ihnen das Recht rauben?

Es ist das große Verdienst Zorns, diese Tatsachen eingehend hervorgehoben zu haben. Ich kann weder Schücking (Staatenverband der Haager Konferenz, 1912, S. 131) noch Lammasch (Jahrbuch des Oeffentlichen Rechts, 1912, S. 109) zustimmen, die meinen, Zorn irre, wenn er betone, daß die Interessenklausel selbst dort als vorhanden angesehen werden müsse, wo sie nicht ausdrücklich hervorgehoben sei. Namentlich Schückings Ausführungen sind recht bemerkenswert, aber meine Bedenken haben sie nicht zerstreut. Und wenn auf die verschiedenen von anderen Staaten geschlossenen vorbehaltslosen Verträge sowie auf die Tatsache, daß Asser einen Teil dieser Verträge veranlaßt hat, hingewiesen wird, so kann doch nur hervorgehoben werden, daß es den schwersten Bedenken unterliegt, Lebensinteressenfragen schiedsrichterlich erledigen zu lassen. Man darf natürlich nie so weit gehen und mit v. Martitz und dem deutschen Reichskanzler sagen, daß vorbehaltlose Schiedsverträge wie Zunder zerfallen würden; das hieße den guten Willen der Parteien ohne Grund beargwöhnen. Denn es bleibt selbstverständlich der durchaus ehrenvolle Weg der diplomatischen Streiterledigung auf dem Wege des Interessenausgleiches übrig, wie ich in meinem Aufsatze über den englisch-amerikanischen Schiedsvertrag in Nr. 3 der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht“ (1912) hervorgehoben habe.

Wünschenswert wäre es allerdings, wenn die Wissenschaft mehr und mehr den Begriff

der Lebensinteressen definierte und zu erforschen suchte, welche Fragen darunter zu verstehen wären. Heute ist der Ausdruck „Lebensinteressen" noch ein allgemeines Schlagwort, unter welchem gar allztviel verstanden werden kann. Wirkliche Lebensinteressenfragen aber sind selten, und wenn man diesem Probleme eingehend nachforscht, wird man zu einer immer größeren Präzisierung und — mit dem Fortschritte der internationalen Organisation — auch zu einer größeren Einschränkung dieses Wortes gelangen. Die Erforschung weltwirtschaftlicher Probleme, wie sie insbesondere von Professor Harms erstrebt wird, dürfte mehr und mehr zu einer Klärung dieses Begriffes führen. Auch die Festlegung von Grundrechten der Staaten und die allmähliche Konfiskation des Völkerrechts werden dazu beitragen, daß einmal alle Streitigkeiten schiedsrichterlich erledigt werden können.

Bis dahin aber sollte man nicht müde werden, darauf hinzuweisen, daß auch die diplomatische Erledigung eine durchaus befriedigende Lösung ist. Wir müssen bedenken, daß an der Spitze der Regierungen durchweg einsichtsvolle Männer stehen, die auch die größten Fragen mit jener Ruhe zu betrachten wissen, die das Interesse des Landes erfordert. Diese Männer sind zudem heute nicht nur sich selbst, sondern dem ganzen Lande verantwortlich, und es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß z. B. die deutsche Regierung von dem denkbar besten Friedenswillen beseelt ist. Sollte es da wirklich so schwer sein, zu einer Verständigung zu gelangen, zumal wenn man den Einfluß einer gewissen chauvinistischen, vaterlandsschädlichen Presse zu unterdrücken vermag? Wenn die Weltpetition, die mir nach den neuesten Darlegungen von Fräulein Eckstein außerordentlich bedeutungsvoll erscheint, auch in diesem Sinne die Völker belehren wird, so so wird sie ausgezeichnete Dienste tun.

Die obigen skizzenhaften Ausführungen sollen nun durchaus nicht eine völlige Lösung des schwierigen Problems der Interessenklausel darstellen, vielmehr nur in großen Zügen einen Ueberblick geben. Vieles erscheint mir noch nicht ganz geklärt. So muß noch die Frage eingehender untersucht werden, ob es bestimmte Gruppen von Streitigkeiten gibt, bei denen Lebensinteressen nie mitspielen können (z. B. Prisenfragen), oder ob sich nur sagen läßt, daß bei gewissen Gruppen solche Zuspitzungen leichter oder schwerer eintreffen können? Im Widerspruche mit meiner obigen Begründung der Immanenz der Interessenklausel steht auch Zorns Behauptung, daß Staaten freiwillig Lebensfragen einem Schiedsgerichte überweisen können (a. a. O. S. 358).

Gerade wegen der Ungeklärtheit dieser und zahlreicher anderer Fragen wäre es ein unbedingtes Erfordernis, daß das Problem des Weltschiedsvertrages einmal in einer großen Monographie bearbeitet würde. Leider ist das Erscheinen dieses Werkes, das eine Notwendigkeit darstellt, noch von keiner Seite in Aussicht gestellt worden.

Dr. H. W.

Die Einschränkung der Kriege.

Von Dr. phil., jur. et sc. pol. G. Grosch, Leipzig.

Im Naturzustand, darauf hat bereits Justus Moeser aufmerksam gemacht, geht das Recht der Rache so weit als die Macht, und Beschränkungen dieses „bellum omnium contra omnes" gibt es nicht. Das hat noch weit herein in die Zeit der Vergesellschaftung der Menschen, welche das friedliche Nebeneinanderleben der einzelnen bedeutet, nachgewirkt; jener Grundsatz wurde nicht geradezu und auf einmal umgestoßen, sondern man hat überall gesucht, denselben allmählich zu schwächen, z. B. durch Anordnung gewisser Asyle, wo der Beschuldigte gegen seine Angreifer zunächst gesichert war.

Freilich schritt man auf dem eingeschlagenen Wege fort; immer mehr entzog der Staat dem einzelnen das Recht der Privatrache und der Selbsthilfe, so daß gegenwärtig die erstere nur noch in dem Duell ein im Verhältnis zur Gesamtheit sehr eingeschränktes Dasein führt und nur milder bestraft wird, also doch als Verbrechen angesehen wird, die letztere nur ausnahmsweise zugelassen ist. Das ist nicht von gestern auf heute erreicht worden, sondern hat vieler Mühsal bedurft, ist das Hauptergebnis der ganzen bisherigen Geschichte der Menschen.

Indes, die Entwicklung drängt weiter. Plato hat dargetan, was die meisten Leute Frieden nennen, sei nur ein leerer Name, denn in Wahrheit lebten alle Staaten mit allen in einem natürlichen Zustand des Krieges; ein Staat sei nur dann wohleingerichtet zu nennen, wenn seine ganzen Einrichtungen dahin abzielten, andere Staaten im Kriege zu überwinden. Das hat bis in die neueste Zeit so bestanden, ja ist heute noch die allgemeine Meinung.

Aber doch ist der tatsächliche Umschwung nunmehr aufs klarste zu erkennen.

Die Staaten gehen heutzutage — das ist jetzt die Regel, die durch eine gelegentliche Ausnahme nicht gestört wird — nicht mehr auf Eroberung, auf Länderraub aus, sondern begnügen sich damit, ihren Bestand zu bewahren; an die Stelle der rohen Gewalt tritt mehr und mehr das internationale Recht.

Mit Fug hat schon J. C. Bluntschli ausgeführt: „Solange noch die zivilisierten Völker geneigter sind, ihre Streitigkeiten mit physischer Kriegsgewalt auszufechten, als in Form eines Rechtsstreites durch gerechtes Urteil zu entscheiden oder durch politische Weisheit auszugleichen, solange sind die Siege

der Zivilisation über die Barbarei noch sehr unvollständig." Rückfälle bleiben ja nicht aus, wie ja im internen Staatsleben das Verbrechen gleichfalls den ursprünglichen Kampf von Mann gegen Mann immer wieder aufleben läßt; aber im allgemeinen geht die Entwicklung neuerdings geradezu mit Riesenschritten vorwärts, und zwar dahin, das „bellum omnium contra omnes" auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen auf das geringste Maß einzuschränken, den Naturzustand zwischen den Staaten zu überwinden und den zwischenstaatlichen Rechtszustand zu begründen.

Das ist gegenwärtig so in die Augen springend, daß man eigentlich glauben sollte, allgemein werde davon geredet; zumal diejenigen, die von hoher wissenschaftlicher Warte aus den Zeitlauf beobachten, dürften gar keine andere Ansicht vertreten. Doch das ist mit nichten der Fall.

Erst jüngst ist nämlich wieder ausgesprochen worden, nicht die Gemeinschaft frei wollender Menschen (so trefflich R. Stammler, Halle), sondern der siegreiche Krieg sei das soziale Ideal; im Kriege offenbare sich der Staat in seinem wahren Wesen, er sei eine höchste Leistung, in der die Eigenart des Staates (sic!) zur vollsten Entfaltung komme; hier habe er zu bewähren, daß ihm die Weckung und Zusammenfassung aller Kräfte gelungen sei, daß die höchsten Forderungen, die er stelle, auch wirklich erfüllt würden, und daß das Letzte seinem Bestehen in der Weltgeschichte geopfert werde. Der Staat also ist demnach des Krieges wegen da; nur die Gerechtigkeitsordnung ist eine solche, die den Krieg möglichst gut vorbereitet, und der Staat ist der idealste, der am meisten siegreiche Kriege führt: also das frühe Mittelalter in Permanenz! Wäre die Konsequenz nun nicht einfach die, daß jeder starke Staat möglichst oft Krieg führen müßte? Und doch sehen wir allenthalben gerade in der Gegenwart das entgegengesetzte Bestreben: den Krieg nach Möglichkeit zu meiden, die Streitigkeiten, die sich zwischen den Staaten erheben, schiedlich-friedlich und für immer zu schlichten. Und immer mehr bricht die Anschauung durch, daß das soziale Ideal der gesicherte Friede ist. Der Staat nämlich bewährt sich am besten, der das meiste für den kulturellen Fortschritt seiner Angehörigen und damit — bei den innigen internationalen Beziehungen heutzutage — der Menschheit leistet; und das ist nur möglich, wenn Friede herrscht.

Die Tendenz geht dahin, die Kriege nach Möglichkeit zu vermeiden; die Streitigkeiten der Staaten nicht zu entscheiden durch rohe Gewalt, sondern auf dem Wege des Rechts; Krieg zu führen nicht zur Unterdrückung der Schwachen, nein, zur Sicherung des Rechts, wie es vorher festgestellt worden ist. Wie zwischen den einzelnen im Staate das Recht herrscht und die Gewalt dahinter steht, ihm Geltung zu verschaffen, so soll es auch zwischen den Staaten als moralischen Personen noch werden. Damit ist dann die Einschränkung der Kriege auf das möglichst geringe Maß gesichert.

Das kann natürlich nicht mit einem Schlage durchgeführt werden; die Entwicklung bedarf, da sie eben Widerstände überwinden muß, immer einer gewissen Zeit sich durchzusetzen, wenn auch „das Gesetz von der zunehmenden Geschwindigkeit" (Norman Angell) seine Wirkungen äußert. Doch, wie gesagt, es bedarf immer einer Weile, bis ein neues Ziel erreicht ist, bis die Entwicklung sich vollzogen hat und die Menschen die Segnungen des Neuen genießen können.

Während der Krieg solange geherrscht hat, zum mindesten in der Anschauung der großen Mehrzahl, überschütten die Gegner der Friedensbewegung die Haager Friedenkonferenzen mit Spott und Hohn, weil hier nicht sofort der allgemeine Weltfriede dekretiert worden ist. In hundert Jahren wird man ganz anders urteilen. Die Einsichtigen wissen schon jetzt die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre richtig zu werten; die rückständige Masse — und zu ihr gehören sehr gelehrte Herren — wird erst dann zu einer richtigen Wertung kommen, wenn die Entwicklung abgeschlossen ist.

RANDGLOSSEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Brief aus Amerika an den Herausgeber.

Chicago, 12. August 1912.

Mein lieber Fried!

Ich glaube, daß noch einiges von meinem Aufenthalt in San Francisco nachzutragen ist; es ist mir nicht genau erinnerlich, wo ich in meinem letzten Brief die Mitteilung meiner Erlebnisse abschloß. — Die weite Entfernung und der wochenverschlingende Korrespondenzaustausch macht, daß man allen Zusammenhang des Verkehrs mit dem andern Kontinent verliert. Es wäre wirklich erforderlich, daß die Erde bald durch eine drahtlose Zehnpfennigpost verbunden würde! Wird auch kommen.

Die Umgebung von San Francisco ist paradiesisch. Ich folgte der Einladung einer Dame, Mrs. Hearst, die in dem benachbarten Hügelland eine Hazienda (mit diesem spanischem Namen werden die vornehmen Landhäuser bezeichnet) besitzt, die an äußerer und innerer Pracht nichts zu wünschen übrig läßt. Mrs. Hearst ist die Mutter des weltbekannten Zeitungkönigs William R. Hearst, unter dessen Leitung fast die ganze amerikanische Tages-

presse steht. An der Tafel der Frau Hearst hatte ich zum Nachbar einen Neffen der Hausfrau (wie klein und rund ist doch die Welt!). Professor Flint ist sein Name, mit dem ich mich über gemeinsame Wiener Freunde unterhalten konnte, denn er hat in unserer Stadt Medizin studiert und sprach mit großer Anerkennung von unseren Eyselsberg, Pirquet und anderen.

In San Francisco habe ich sechs Vorträge gehalten: zwei vor dem Frauenkongreß, einen vor dem Frauenklub, der uns Gastfreundschaft bot, einen in einer Kirche (Lay down your arms stand über der Kirchentür), einen vor dem Commonwealth-Club (Industriellenvereinigung) und einen bei einem Festdiner des Frauenstimmrechts-Vereins. Es galt, die Tatsache zu feiern, daß in diesem Jahre die Frauen Kaliforniens das Stimmrecht erhalten haben. Dies ist der sechste von den 49 Vereinigten Staaten Amerikas, in welchen der weiblichen Hälfte der Bewohnerschaft das Wahlrecht erteilt worden ist; die Agitation wird über das ganze Land fortgesetzt, und es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die anderen 43 Staaten allmählich nachfolgen werden.

Einen siebenten Vortrag hielt ich in dem benachbarten Universitätsort Berkely. Der dortige Maire, Mr. Wilson, zeigte uns eine Kanone, eine auf den Philippinen erbeutete Kanone, die früher vor dem Rathause gestanden, die aber jetzt in den Stadtpark transportiert wurde, ganz von Rosen überblüht und mit folgender Inschrift versehen:

Let women weep no longer for their children slain by mans caprice,
From ont the pulsied month of war - there comes silent prayer of peace.

Die feierliche Uebertragung der Kanone hatte bei einer von Mr. Wilson zur Unterstützung der Taftschen Schiedsgerichtsverträge einberufenen Versammlung stattgefunden. Berkely besitzt neben seiner Universität ein griechisches Theater, wo einem im Freien sitzenden vieltausendköpfigen Publikum musikalische und dramatische Vorführungen geboten werden. Direktor Reinhardt würde um diesen Schauplatz neidisch sein.

Nur ungern verließ ich die Stadt an der „Goldenen Bucht", von deren Schönheiten und Reichtümern ich ja kaum den hundertsten Teil kennen lernen konnte. Wieder mußte ich vier Tage und fünf Nächte auf der Pacific-Bahn verbringen, mit einem einzigen mehrstündigen Aufenthalt in Salt Lake City, der Mormonenstadt. Die dortigen Heiligtümer: in einem Park verstreute Tempel, Standbilder, Inschrifttafeln wurden uns gezeigt. Darunter die berühmte Kirche, in der die Akustik zufällig so beschaffen ist, daß man von einem Ende des Raumes zum andern den Laut eines geflüsterten Wortes oder einer fallengelassenen Stecknadel deutlich hören kann. Der Führer gab uns Traktätchen mit, die uns zum Mormonenglauben hätten bekehren sollen, was jedoch nicht vollständig gelang.

In Chicago erwartete mich ein großer Kongreß: 15 000 Lehrer und Lehrerinnen aus allen Staaten, verbunden in einer Liga, die den Titel: „National Education association" führt, kommen zu Beratungen und Erfahrungsaustausch zusammen. Die „Friedenschule", als deren Sekretärin Mrs. Fanny Fern Andrews im Vorjahr Wien besuchte, ist der Assoziation angeschlossen und es war dieser Schule ein Tag im Programm zugewiesen. Ein Wettbewerb zwischen Schülern, präsidiert von Prof. Jordan von der Stanford Universität, brachte eine Reihe von Vorträgen über die Friedensfrage zu Gehör, wobei zwei Jünglinge von 18 Jahren und zwei Mädchen von 14 bis 15 Jahren wohlverdiente Preise erhielten. P. P. Claxton, der Unterrichtsleiter im Ministerium des Innern, dessen Brief an die Schulbehörden in der Juninummer der Friedenswarte abgedruckt war, wohnte der Veranstaltung bei. Ich erlebte dabei die Freude, daß er die Absicht äußerte, eine etwas verkürzte Auflage von „Die Waffen nieder" als Schullektüre einzuführen.

Ich selber habe auf diesem Kongreß zwei Vorträge halten müssen: einen bei der Friedensschul-Versammlung und den zweiten bei deren Schlußfestabend im großen „Auditorium" des Chicagoer Opernhauses.

Und nun (Sie und meine anderen Freunde wollen ja doch genau die Etappen meiner Amerikareise erfahren) begab ich mich in ein ruhiges Sommerquartier in der Umgebung der Stadt. Meine eigentliche Kampagne beginnt erst im Herbst. Nur kurze Ausflüge mache ich aus meinem stillen Hauptquartier ins Weite. Mehrere Tage verbrachte ich als Gast der Mrs. R. T. Crane am Lake Geneva. An diesem See liegen die herrlichen Landhäuser der hiesigen Millionäre. Ich habe da genußreiche Tage verlebt; die Beschreibung davon gehört aber nicht in diese Blätter, die ja nur von den pazifistischen Dingen berichten sollen.

Meine Ferien unterbrechend, begab ich mich nach Chantanqua im Staate New York, wo ich zu einem Vortrag im dortigen Amphi-Theater berufen war. Es gibt zahlreiche Chantanquas in den Vereinigten Staaten; dieses im Staate New York ist das eigentliche, das Original Chantanqua (der Name ist indianisch); die anderen sind Nachahmungen. Nur zwei Sommermonate lang sind diese Institutionen im Gange; in Europa gibt es nichts Aehnliches. Schule, Badeort, Sportplatz, Universitätskurs, Sommerfrische, Vortragszyklus, Erbauungstempel, Musikabende — alles dies und noch anderes ist ein solches Chantanqua. Der Mittelpunkt ist das Amphi-Theater, wo die berühmtesten Gelehrten, Prediger, Künstler Vorlesungen halten — sieben oder acht an jedem Tag. Während ich dort war, standen P. P. Claxton, der Herausgeber der United

Press in New York, ein Missionar aus China, ein berühmter Orgelspieler, der uns die Meistersinger vortrug, und andere auf dem Programm. Am Abend belehrende Kino-Vorstellung. Viel wird geboten, viel aber auch verboten: Automobile, Kartenspiel, geistige Getränke, Tabak, maulkorblose Hunde und Tanz: dies ist aus dem umfriedeten Gebiet verbannt. „Muckerei!" wird der oberflächliche Europäer dazu sagen. O nein, ein ganz anderer tiefer Sinn liegt in diesen Dingen. Es ist Rassenzucht. Die Amerikaner arbeiten daran, ein gesundes, reines, geistig helles Geschlecht heranzubilden. Die verschiedenen Kirchen selber lehren — nicht Dogmen —, sondern Einheit und Eintracht aller gottsuchenden Seelen. Und in ihren Tempeln wird Darwinismus, Sozialismus, Feminismus, Pazifismus — nicht etwa bekämpft, sondern g e l e h r t.

Neulich ging's in Chicago hoch und lebhaft her. Die neue politische Partei, sie nennt sich „progressive party", nominiert ihren Präsidentschaftskandidaten: Theodore Roosevelt, und dieser entwickelte sein Programm. Darin figuriert die Befestigung des Panamakanals, die Erbauung zweier Schlachtschiffe jährlich, als „bestes Mittel zur Erhaltung des Friedens", und die Verurteilung der Taftschen uneingeschränkten Schiedsverträge. Zwei Seelen, ach, wohnen in Roosevelts Brust: die pazifistische und die rauhreiterische. Zu meinem und der großen Friedensgemeinde Amerikas Schmerz hatte diesmal die rauhreiterische Seele gesprochen. Miss Jane .Adams, die als die größte lebende Frau der neuen Welt gilt, hat, obwohl sie der Friedensbewegung angeschlossen ist, sich in den Dienst der Rooseveltkampagne gestellt, vermutlich, weil auf seiner Plattform das Frauenstimmrecht steht. Eine große Gemeinde ihrer Gefolgschaft ist über diesen Widerspruch in ihrem Verhalten bitter enttäuscht. Ich will in einem offenen Brief an sie sie um Aufklärung darüber bitten. Im übrigen glauben hier die wenigsten, daß Roosevelt gewählt wird. Die meisten Chancen hat Woodrow Wilson.

Die hiesigen Blätter bringen furchtbar wenig Nachrichten aus Europa. Wie ja auch unsere Blätter nur wenig aus Amerika berichten. Nur von den unerträglichen „Hitzewellen" wurde viel erzählt — ich kann aber versichern, daß ich noch lange keinen so kühlen Sommer erlebt habe, wie den diesjährigen.

Um zu wissen, was bei uns vorgeht, lese ich die — freilich 14 bis 16 Tage alte — Neue Freie Presse. Entsetzlich: der Rüstungswahnsinn ist ja immer noch im Steigen — England und Deutschland rivalisieren offen. „Glaubt ihr," sagen die Deutschen zu den Vettern, „daß wir gefährlich seien? Daß wir euch angreifen wollen? Das ist ja nicht wahr — wir rüsten gegen niemand, nur zu unserem eigenen Gebrauch. Aber wenn ihr's glauben wollt, ist's uns auch recht, dagegen können und wollen wir nichts tun." Ein hübscher Ton! Und der italienische Krieg dauert noch fort, und die Mächte leiten noch immer Gedankenaustausche in die Wege, ob an eine Friedensvermittlung vielleicht zu denken wäre . . . Und unser auf 500 000 erhöhtes Heer, nach dessen kostspieliger Bewilligung der Kriegsminister sich beeilte, neue Millionen zu fordern, um unser Stahl in Bronze zu verwandeln oder umgekehrt. Völker, eure Zukunft liegt in der Metallqualität der Kanonenschlünde! — Dazu das Krupp-Jubiläum und die deutsch-tschechischen Ausgleichsverschiebungen; die Luftflottenvermehrungen, die albanesischen Kämpfe, die royalistischen Umtriebe in Portugal, und der angesagte eucharistische Kongreß, der eine Art von Vermählung von Kreuz und Schwert symbolisieren wird, gar nicht mitgerechnet. Amerika, du hast es besser!

Mit Grüßen an den ganzen Freundeskreis

B e r t h a v o n S u t t n e r.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

fällt diesmal aus und wird in der nächsten Nummer nachgeholt werden.

AUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Haager Schiedshof und Panamakanalfrage. :: :: :: ::

Die Schweiz ernannte ihren Pariser Gesandten L a r d y und Oberst Leo W e b e r, Norwegen den Minister G r a m auf weitere sechs Jahre zu Mitgliedern des Haager Hofes.

Es wird bald einmal wieder Zeit, daß die Staaten dem Haager Schiedshofe neue Streitfragen anvertrauen. Wenn Anfang Oktober der Streit zwischen Italien und Frankreich wegen des Manoubafalles erledigt sein wird (dessen Beginn auf den 28. Sept. nachm. 3 Uhr festgesetzt ist), steht nur noch ein einziger Schiedsfall zwischen Rußland und der Türkei wegen der Entschädigungen aus dem russisch-türkischen Kriege an. Dieser wird auch wohl spätestens in einem halben Jahre erledigt sein. Mitte August sind dem Haager Bureau die Kontrarepliken des russisch-türkischen und die Kontramemoires des italienisch-französischen Streitfalles übersandt worden. Wenn dem Hofe nicht bald weitere Streitigkeiten übergeben werden, wird auf dem internationalen Bureau möglicherweise wieder ähnliche Ruhe eintreten wie in den Jahren von 1905 bis 1908.

Zwei wichtige Streitigkeiten sind zurzeit in der Welt, die auf keine Weise besser als durch den Haager Hof erledigt werden können. Einmal schwebt zwischen Rußland und Japan eine Differenz wegen der Ausdehnung des russischen Territorialmeeres im Ochotskischen Meere. Die japanische Regierung soll bereits beantragt

haben, die Frage dem Haager Hofe zu unterbreiten. Durch die Presse gingen auch vor einigen Monaten Gerüchte, daß die Entscheidung in dieser Angelegenheit tatsächlich dem Haager Hofe anvertraut wäre. Jedoch ist ein endgültiges Uebereinkommen bis zur Stunde nicht getroffen worden.

Der zweite Streitfall, der eigentlich erst in der Entwicklung begriffen ist, hat die amerikanische Panamakanalvorlage zum Gegenstand. Bekanntlich bestimmte der Hay-Pauncefote-Vertrag vom 18. November 1901 im Artikel 3: „Der Kanal soll frei und offen sein für Handels- und Kriegsschiffe aller Nationen, und zwar auf vollkommen gleicher Grundlage, so daß bezüglich der Verkehrsabgaben oder sonstwie kein Unterschied gemacht wird zugunsten irgendeiner dieser Nationen oder ihrer Bürger oder Untertanen." Nun hat die amerikanische Kanalvorlage bestimmt, daß nicht nur die ganze amerikanische Küstenschiffahrt von den Kanalgebühren befreit sein, sondern daß der Begriff Küstenhandel und Küstenschiffahrt bis auf die Philippinen und Porto Rico ausgedehnt werden soll. Dadurch werden natürlich die anderen Nationen benachteiligt, insbesondere England und Kanada. Bis zur Anwendung des Gesetzes wird immerhin noch einige Zeit vergehen, da der Panamakanal noch nicht vollendet ist.

Daß das amerikanische Vorgehen völkerrechtswidrig ist, erscheint zweifellos. Amerika beruft sich darauf, daß der Kanal mit amerikanischem Gelde gebaut sei, durch von Amerika gepachtetes Land führe, und daher die ganze Angelegenheit als eine interne betrachtet werden könne. Es erklärt weiter, der Hay-Pauncefote-Vertrag habe nicht allen Nationen völlig gleiche Rechte zugesprochen, sondern nur allen Völkern mit Ausnahme der Amerikaner. Man braucht sich jedoch nur die Vorgeschichte des Vertrages ins Gedächtnis zurückzurufen, um von der Unrichtigkeit dieser Auffassung überzeugt zu werden. Vor dem Abschlusse des Hay-Pauncefote-Vertrages hatten England und Amerika den Clayton-Bulwer-Vertrag unterschrieben, wonach die Amerikaner über den Kanal keine Kontrolle sollten ausüben dürfen. Diese Bestimmung wünschten die Amerikaner später abzuschaffen, und England erklärte sich hiermit unter der Bedingung einverstanden, daß alle Nationen gleiche Abgaben zahlen sollten. Welchen Gegenwert hätte nun England für das Zugeständnis an Amerika erhalten, wenn die amerikanische Auffassung richtig wäre?

Im Interesse des internationalen Rechtsfortschritts ist die eigenartige Stellungnahme der Amerikaner, die mit ihrer ganzen Auffassung vom Völkerrecht zusammenhängt, sehr bedauerlich. Namentlich muß man fürchten, daß die zahlreichen Staaten, die mit Amerika Schiedsverträge abgeschlossen haben, sich weigern werden, diese zu erneuern, wenn Amerika hier nicht nachgibt. Amerika gilt in der ganzen Welt als Führer auf dem Gebiete der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, und es wäre sehr bedauerlich, wenn jetzt die Welt den Eindruck erhielt, daß gerade der schiedsgerichtsfreundlichste Staat so wenig die völkerrechtlichen Vorschriften innehält.

Möglicherweise wird der ganze Konflikt, der vielleicht wieder zwischen England und Amerika sehr viel Staub aufwirbeln wird, schließlich eine schiedsrichterliche Lösung finden, und das würde natürlich das Ansehen der Schiedsgerichtsbarkeit gewaltig steigern.

Die diplomatischen Vorstellungen gegenüber Amerika dürften bereits jetzt beginnen. Da zahlreiche Staaten Protest erheben werden, so ist gerade hier die Ueberweisung an den Haager Hof nicht unwahrscheinlich. Die Times führt in einem Artikel vom 12. August aus: „Sollte es der Diplomatie nicht gelingen, die Streitfrage zu lösen, eine Möglichkeit, die wir kaum für wahrscheinlich halten können, so werden wir, im zuversichtlichen Vertrauen auf unsere gute Sache, unbedenklich vorschlagen, den Streit dem Haager Hofe zu unterbreiten. Es wird allerdings schon angedeutet, daß die Regierung, die bisher ihren Stolz darin gesetzt hat, die Vorkämpferin des Schiedsverfahrens zu sein, sich weigern könnte, in eigener Sache vor das Schiedsgericht zu treten. Das ist indes eine Möglichkeit, deren Erwägung wir ablehnen, wofern und solange sie nicht unmittelbar bevorsteht."

Italienisches Staatsversicherungsmonopol. :: :: :: ::

Die Entschädigungsansprüche der Versicherungsgesellschaften in Sachen der Einführung eines italienischen Staatsversicherungsmonopols in der Lebensversicherung sind noch immer nicht von Italien anerkannt worden. Seit einigen Monaten finden allerdings zwischen Italien und Vertretern der Versicherungsgesellschaften vertrauliche Besprechungen statt, und die italienische Regierung hat ihre Geneigtheit erklärt, die Versicherungsgesellschaften wenigstens teilweise zu entschädigen. Wie sehr die einzelnen Länder an der Entschädigung der Gesellschaften interessiert sind, geht aus verschiedenen Interpellationen hervor, die namentlich im französischen und englischen Parlamente stattgefunden haben. Auch hat man bereits von dem Abwehrmittel, das in verschiedenen Rechtsgutachten vorgeschlagen worden war, nämlich der Retorsion, Gebrauch gemacht. So hat die Chambre Syndicale des agents in Paris den Entschluß gefaßt, bis auf weiteres keine italienischen Werte mehr zur Kotierung zuzulassen. Dieser Beschluß ist für Italien von großer Bedeutung. Denn, so schreibt die Oesterreichische Versicherungszeitung, wenn auch die Zeiten vorüber sind, in denen der französische Kapitalmarkt sowohl für die Bedürfnisse des italienischen Staates als für den Handel und die Industrie Italiens geradezu eine Notwendigkeit war, so hängt doch heute noch Italiens Kredit, die

Kursgestaltung seiner Renten, vielfach von der Pariser Börse ab, und ohne diese kann Italien auch heute noch kaum daran denken, eine große Anleihe, sei es zu Zwecken des Krieges oder der Pazifikation für Tripolis usw., ohne den französischen Markt entsprechend unterzubringen. Noch schwieriger würde es aber dem italienischen Handel und seiner Industrie gelingen, Unterstützung im Auslande zu finden, und gänzlich ausgeschlossen erscheint eine weitere Unternehmungslust des Auslandes in Italien nach der Mißhandlung, die sein in der Lebensversicherung investiertes Kapital soeben gefunden hat. Das weiß man in Rom auch sehr genau. Der Beschluß der französischen Kammer hat dort peinlichst berührt, und Giolitti sandte seinen Schwiegersohn, einen italienischen sozialistischen Abgeordneten, nach Paris, um zu versuchen, dieser Kampagne ein Ende zu machen. Seine Schritte waren aber erfolglos.

Da Italien kaum die gesamten Forderungen der ausländischen Versicherungsgesellschaften (7 österreichischen, 5 französischen, 4 deutschen, 4 englischen, 1 holländischen, 1 spanischen, 1 schweizerischen und 3 amerikanischen) g a n z erfüllen dürfte, so ist es möglich, daß der Haager Schiedshof sich auch mit diesem Problem noch zu beschäftigen haben wird. (Vgl. auch Friedens-Warte 1912, S. 27, 208.) Bemerkenswert ist jedenfalls, daß gerade die mit Italien eng verbündeten Mächte, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die einzigen Großmächte sind, die von den hier in Betracht kommenden Staaten im Gegensatze zu Amerika, England und Frankreich keine Schiedsverträge mit Italien geschlossen haben und deshalb die Ueberweisung an den Haager Hof jedenfalls r e c h t l i c h nicht für sich beanspruchen können.

Ein deutscher Erlaß über Schiedsgerichtsbarkeit und die zweite Friedenskonferenz.

Ab und zu kommen von dem amtlichen Deutschland Kundgebungen über Schiedsgerichtsbarkeit, die hochinteressant sind. Im vorigen Jahre erklärte bekanntlich der Reichskanzler, Deutschland stehe einem Weltschiedsvertrage ablehnend gegenüber, obwohl alle maßgebenden Völkerrechtsgelehrten, wie erst kürzlich Schücking betont hat, anderer Meinung sind. Ende vorigen Jahres hat der preußische Handelsminister einen Erlaß über die Schiedsgerichtsklausel in den Handelsverträgen veröffentlicht, der eine eigenartige Illustration zu einer Behauptung Frhrn. v. Marschalls bei der Beratung der zweiten Haager Konferenz über das Problem eines Weltschiedsvertrages darstellt. Der betreffende Erlaß des Handelsministers, der Mitte August cr. nochmals von amtlicher Stelle aus durch die Presse gesandt wurde, weil er nicht überall die richtige Beachtung gefunden hatte, lautet folgendermaßen:

„Aus mehrfachen Eingaben habe ich ersehen, daß in den Kreisen unseres Handels- und Erwerbsstandes über Zweck und Tragweite der sogenannten Schiedsklausel, die sich in verschiedenen, neuerdings von dem Deutschen Reiche mit fremden Staaten abgeschlossenen Handelsverträgen vorfindet, vielfach irrige Auffassungen bestehen. Der Inhalt dieser Klausel (vgl. z. B. Artikel 2 des Zusatzvertrages vom 25. Januar 1905 zum Handels- und Zollvertrage zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche vom 6. Dezember 1891) ist folgender: Wenn zwischen den vertragschließenden Teilen, d. h. den beiden Vertragsstaaten, eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung der zwischen ihnen vereinbarten Vertragstarife oder über die Anwendung der Begünstigungsklausel, soweit es sich um sonstige Vertragstarife eines jeden der beiden Staaten handelt, entsteht, soll sie auf Verlangen eines der beiden Staaten durch Schiedsspruch erledigt werden.

Mit dieser Vereinbarung ist nicht beabsichtigt, dem einzelnen Gewerbetreibenden neben dem ihm gegen die Entscheidung der Zollbehörden nach der innerstaatlichen Gesetzgebung zustehenden Rechtsmittel noch ein weiteres Rechtsmittel zu gewähren. Der Zweck der Vorschrift ist vielmehr, in solchen Fällen, in denen sich die beiden vertragschließenden Staaten über die nach den Vertragsabmachungen auf zolltariflichem Gebiet begründeten Rechte und Verpflichtungen durch Verhandlungen auf diplomatischem Wege nicht einigen können, die Austragung der Meinungsverschiedenheiten durch eine unabhängige Instanz zu ermöglichen. Dabei ist davon ausgegangen worden, was auch die Erfahrung bestätigt hat, daß die Notwendigkeit eines Schiedsspruchs sich nur ausnahmsweise in vereinzelten Fällen ergeben werde. Deshalb ist auch kein ständiger Gerichtshof gebildet, sondern die Errichtung eines besonderen Schiedsgerichts für jeden Fall der Anwendung dieses Rechtsbehelfs vorgesehen worden. Mit jedem Zusammentritt eines Schiedsgerichts sind, wie aus den Vereinbarungen über dessen Zusammensetzung und Tagung ohne weiteres erhellt, für beide Staaten erhebliche Kosten verbunden.

Aus dieser Sachlage ergibt sich zunächst, daß die Herbeiführung eines Schiedsspruchs nicht in das Ermessen eines mit der Zollentscheidung unzufriedenen Interessenten gestellt ist, sondern ausschließlich von dem Antrag eines der beiden beteiligten Staaten abhängt. Eine weitere Voraussetzung für das schiedsgerichtliche Verfahren ist, daß nicht nur die auf der innern Gesetzgebung beruhenden ordentlichen Rechtsmittel in Zollangelegenheiten bis zur höchsten Instanz erfolglos angewandt worden sind, sondern auch ein diplomatischer Meinungsaustausch zwischen den beiden Regierungen zu keiner Verständigung geführt hat. Der Eigenschaft des schiedsgerichtlichen Verfahrens als einer Ausnahmemaßregel und dem mit seiner Anwendung verbundenen Kostenaufwand entspricht es schließlich, daß nur solche Streitfälle der schiedsgerichtlichen Entscheidung unterworfen werden, bei denen es sich entweder um bedeutende Geldbeträge oder

um Fragen handelt, denen eine grundsätzliche oder große volkswirtschaftliche Bedeutung innewohnt."

Wie eigentümlich erscheinen in Anbetracht dieses Erlasses die Ausführungen Frhrn. v. Marschalls auf der zweiten Haager Friedenskonferenz, es sei äußerst gefährlich, einen Weltschiedsvertrag zu schließen, weil auf Grund einer solchen formellen Vereinbarung wegen ganz geringer Streitigkeiten ein Staat vor ein Schiedsgericht zitiert werden könnte. „Das hieße", so meinte er, „eine kleine Differenz groß machen, statt sie diplomatisch beizulegen." Mit Recht hat bereits Nippold auf S. 200 seiner „Zweiten Haager Friedenskonferenz" (I.) erklärt, dieses Argument sei nicht ernst zu nehmen; es gebe bekanntlich gewisse Selbstverständlichkeiten, vor denen die Gesetzgeber haltzumachen pflegten. Aus den letzten Sätzen des oben erwähnten Erlasses des Handelsministers ergibt sich nun ohne weiteres, daß sich auf seiten der Regierungen eine feste Gewohnheit in der Richtung eingebürgert hat, nur solche Streitigkeiten schiedsrichterlich erledigen zu lassen, „bei denen es sich entweder um bedeutende Geldbeträge oder um Fragen handelt, denen eine grundsätzliche oder große volkswirtschaftliche Bedeutung innewohnt". Bemerkenswert ist noch, daß auf Grund der verschiedenen Schiedsklauseln in den deutschen Handelsverträgen erst e i n m a l ein Streitfall schiedsrichterlich erledigt worden ist.

Internationale Polizeimacht und die Pläne Sullys, de Saint Pierres und Alberonis.

In der gegenwärtigen Zeit, wo eine große Anzahl Autoren wie van Vollenhoven, van Eysinga, den Beer Poortugael und Schücking für eine internationale Polizeimacht eintreten, dürfte es von Interesse sein, sich daran zu erinnern, wie sich Sully, Abbé de Saint Pierre und Alberoni die Zusammensetzung dieser internationalen Truppe vorstellen. Nach Sullys Plan sollte die Konföderation über eine Landarmee von 97 000 Soldaten, 22 500 Reitern und 116 Kanonen verfügen. Davon sollte der König von Frankreich 20 000 Fußsoldaten, 8000 Schweizer, 4000 Landsknechte und eine hinreichende Anzahl Kavallerie und Artillerie stellen. Weiter sollte er die Truppen des Papstes, von Venedig und Savoyen bezahlen. Der Rest der zu stellenden Streitkräfte war in willkürlicher Weise über die kleinen Staaten Deutschlands, England, Schweden, Ungarn, Böhmen, Polen, Niederlande, Spanien usw. verteilt. Alle Streitigkeiten, die über die Beitragspflichten der Staaten zu dieser Armee entständen, sollten durch ein Schiedsgericht entschieden werden.

Das Projekt des Abbé de Saint Pierre hatte eine praktische Formel für die Abgrenzung der gegenseitigen Streitverhältnisse aufgestellt. Jeder Alliierte sollte zu den gemeinsamen Ausgaben des Bundesheeres den gegenwärtigen Einnahmen und Ausgaben entsprechende Beiträge zahlen. Freilich findet sich bei ihm über die effektive Stärke des Heeres keine besondere Bestimmung.

Abbé de Saint Pierre erwartete auch von der Durchführung seines Vorschlages eine Minderung des Kriegsbudgets. Er hoffte, daß Frankreichs Kriegsbudget von 48 Millionen auf 24 Millionen sinken werde.

Nach dem Plane des Kardinals Alberoni sollte zunächst eine gemeinsame Kriegskasse in Venedig errichtet werden. Die für den Kampf gegen die Türkei bestimmte gemeinsame Armee war auf 370 000 Soldaten berechnet. Es sollten stellen a) der Kaiser von Deutschland 100 000 Mann, b) der Zar von Rußland 100 000 Mann, c) der König von Polen 30 000 Mann und die Könige von Schweden und Dänemark je 10 000 Mann, d) der König von Frankreich 30 000, von Spanien 20 000, von Neapel 10 000, von Portugal 10 000, von Sardinien 10 000 Mann, ferner die Republiken von Venedig und Genua je 10 000 und die Kantone der Schweiz und Graubünden 20 000 Mann.

Alberoni ist auch der einzige, der genaue Bestimmungen über die Zusammensetzung der Seestreitkräfte gibt. Es sollten nämlich stellen: England vierzig, Holland dreißig, Frankreich, Portugal und Venedig je fünfzehn, Neapel und Genua je fünf Kriegsschiffe und Fregatten. Wie Vesnitch in seiner ausgezeichneten Schrift „Le Cardinal Alberoni Pacifiste" (vgl. Literaturbericht dieser Nummer) hervorhebt, hatten England und Holland deshalb so viele Schiffe bereitzuhalten, weil sie zu dem Landheere nichts beitrugen. Außerdem sollten noch Segelschiffe stellen: Frankreich, Spanien und Genua je 10, Venedig 50, ferner Neapel, Sardinien, Toskana und Malta zusammen 20. Da der König von Portugal keine Schiffe der letzteren Art besaß, sollte er eine gleiche Zahl von Hospital- und Transportschiffen liefern. Im Hinblick darauf, daß auch Algier, Tunis und Tripolis den Türken entrissen und darauf an Frankreich, Spanien und Portugal verteilt werden sollten, hatte Alberoni bestimmt, daß diese drei zuletzt genannten Staaten eine besondere Flotte zur Blockade der afrikanischen Besitzungen der Türkei bilden sollten.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß namentlich folgende internationale Juristen von großem Namen Gegner der internationalen Polizeigewalt sind: Zorn, Scott (bei diesen beiden kann man diesen Standpunkt ohne weiteres aus ihren Schriften entnehmen), Oppenheim (vgl. Die Zukunft des Völkerrechts, 1911), Politis (vgl. Revue Générale, 1912, S. 143) und Lammasch (vgl. Jahrbuch des öffentlichen Rechts, 1912, S. 88).

Internationale Völkerrechtshochschule im Haag. :: ::

Im Herbst 1913 wird die auf Nippolds Betreiben zustande gekommene Haager Akademie für Völkerrecht eröffnet werden. Sie ist nicht als eine dauernde Institution gedacht, obwohl die Haager Kommission für die Errichtung dieser Akademie wiederholt beabsichtigte, wenigstens

drei Professoren dauernd anzustellen. Es werden lediglich angesehene Völkerrechtsjuristen, die ihren Wohnsitz nicht im Haag zu haben brauchen, jährlich in den Ferien einige Wochen lang Vorträge veranstalten. Wir haben hier etwas Aehnliches wie die Salzburger Hochschulkurse, mit denen man nicht gerade die besten Erfahrungen gemacht hat. In einem Artikel des „Berliner Tageblatt" hat Schücking hierauf hingewiesen und die Notwendigkeit betont, der Hochschule eine ständigere Verfassung zu geben. Auf diesen Artikel hat der frühere Ministerpräsident Kuyper dem „Berliner Tageblatt" folgende Zustimmung gesandt:

„Auch wir fürchten, wie Professor Dr. Walther Schücking in Aussicht stellt, daß nämlich ganz frei gewählte Vorlesungen, die nur in den Ferien gehalten werden, die Studenten nicht dazu veranlassen werden, ihre Ferien fern von ihrer Familie, und der Ruhe entbehrend, im Haag zu verbringen. Dies ist schon an und für sich ein sehr erheblicher Einwand. Es kommt aber noch hinzu, daß solche Vorlesungen, die von Gelehrten aus verschiedenen Ländern gehalten werden, eher geeignet sind, die nationalen Divergenzen stärker hervortreten zu lassen, als daß sie die einheitliche internationale Auffassung des Völkerrechts fördern würden. Außerdem ist zu erwarten, daß die Vorlesungen, sobald sie beendigt sind, im Druck erscheinen werden, und daß die Interessenten, statt zum Besuch dieser Vorlesungen nach dem Haag zu ziehen, ruhig zu Hause deren Publikation abwarten werden, zumal da die Sprachenunkenntnis für nicht wenige teilweise eine Erschwerung werden könnte."

Bekanntlich hat der holländische Staatsminister Asser einen Teil des Nobelpreises für die Akademie (einen anderen Teil an das vorbereitende Bureau der Stiftung für Internationalismus, bzw. Herrn Horrix) geschenkt, und die Carnegiefriedensstiftung wird einen jährlichen Zuschuß von 160 000 M. gewähren.

Nationale Lehrstühle für Völkerrecht. :: :: :: :: :: ::

In letzter Zeit hat die deutsche Regierung an zwei Universitäten dem Geiste der neuen Zeit dadurch Rechnung getragen, daß sie besondere Lehrstühle für internationales Recht errichtet hat. Im vorigen Jahre wurde Geheimrat Zitelmann in Bonn ein Lehrstuhl für internationales Privatrecht übertragen, und vor kurzem erhielt der als Autorität auf dem Gebiete des Seekriegsrechts sowie des internationalen Privatrechts geltende Professor Niemeyer in Kiel einen Lehrauftrag für das gesamte internationale Recht, also das internationale Privat- und öffentliche Recht sowie die vergleichende Rechtswissenschaftslehre. Diese letztere Kombination ist wohl ausschließlich auf die Persönlichkeit Niemeyers zurückzuführen, der in der Tat in sämtlichen Zweigen des internationalen Rechts Hervorragendes geleistet hat. Im allgemeinen muß aber davor gewarnt werden, für das internationale Privatrecht und das Völkerrecht einen gemeinsamen Lehrstuhl zu errichten. Es handelt sich hier um so große und großartige Gebiete, daß nur wenige imstande sind, beide zu beherrschen, und eine Spezialisierung dringend zu empfehlen ist. Man wird auch im allgemeinen finden, daß eine sehr große, ja die stark überwiegende Anzahl internationaler Juristen entweder das eine oder nur das andere Gebiet gepflegt haben. Ziemlich ausschließlich dem Völkerrecht (im Gegensatz zum internationalen Privatrecht) haben sich gewidmet z. B. v. Liszt, Zorn, Schücking, Meurer, v. Ullmann. Namentlich v. Bar hat wie Niemeyer beide Gebiete eingehend bearbeitet.

Vor allem aber wird man eine Spezialisierung auf das Völkerrecht für notwendig erachten, wenn man sich den großen Zusammenhang des Völkerrechts mit verwandten Gebieten klarmacht. Ich denke hier z. B. an die Weltwirtschaftslehre, für die ja kürzlich Professor Harms in ausgezeichneter Weise neue Grundlagen aufgestellt hat. Wie der Privatrechtsjurist weltfremd werden muß, wenn er nicht einen klaren Ueberblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse seines Volkes hat, so wird auch der Völkerrechtsjurist nur dann Gutes leisten, wenn er die Zusammenhänge der Weltwirtschaft kennt. Auch Soziologie, Geschichte usw. stehen in engem Zusammenhange mit dem Völkerrechte. Die Friedensbewegung als das Naturrecht des Völkerrechts muß ebenfalls gründlich studiert werden. Man beachte ferner, welche gewaltige Ausdehnung heute z. B. das Konsularwesen, das Kriegsrecht und die Schiedsgerichtsbarkeit angenommen haben.

Wenn wir daher in Deutschland noch keinen ausschließlich für das Völkerrecht bestimmten Lehrstuhl haben, so kann dessen Errichtung nur noch eine Frage weniger Jahre, wenn nicht Monate sein. Wird nicht die Universität Frankfurt a. M., die im Oktober 1914 eröffnet werden dürfte, mit gutem Beispiele vorangehen?

Ein Streitfall zwischen Italien und Argentinien. :: ::

Als im vorigen Jahre in Italien die Cholera herrschte, hatten die argentinischen Behörden angeordnet, daß jedes aus Italien kommende Schiff von Rio de Janeiro an von einem argentinischen Arzte begleitet sein sollte, um den Gesundheitszustand der Reisenden und der Mannschaft zu prüfen. Italien verlangte damals von Argentinien eine Zurücknahme dieser Anordnung mit der Behauptung, daß in Italien die Cholera nicht herrsche. Infolge der Schroffheit des italienischen Vorgehens wurde von Argentinien jede Einwanderung auf italienischen Schiffen verboten. Dadurch wurde der italienische Ausfuhrhandel sehr stark betroffen. Italien hat sich daher genötigt gesehen, auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen zu einer Lösung des Konfliktes zu gelangen, und die beiderseitigen Regierungen haben im August ein Sanitätsabkommen geschlossen, wodurch der frühere Zustand wiederhergestellt wird.

Die deutschen Reklamationen aus dem Burenkriege.

Bereits im Januarhefte der „Friedenswarte" (1911) war von den Forderungen die Rede, die von 60 deutschen Reichsangehörigen gegen England geltend gemacht werden und noch aus der Zeit des Burenkrieges stammen. Sie betragen insgesamt 2 Mill. M. Im November 1911 hat Ferdinand v. Martitz in der „Internationalen Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik" sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Streitfall noch immer nicht erledigt ist. Neuerdings veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung" folgenden Bericht eines der Beteiligten:

„Der Geschädigte besaß eine wohleingerichtete Farm, steckte sein ganzes Vermögen hinein, hatte eine große Menge von Pferden, Kühen, Zugochsen, Schafen, Maultieren und Schweinen. Sein Besitz blühte. Da brach der Krieg aus, man nahm ihm sofort die Schafe und die zahmen Pferde weg, ferner einen großen, neuen Lastwagen, alle Flinten, so daß der Kampf mit Affen, Wildkatzen und Schakalen unerträglich wurde. Haus, Garten und Farm wimmelten von englischen Soldaten oder von Schwarzen unter der Führung englischer Offiziere. An die Hospitäler mußte Butter, Milch, Eier, Brot, Mehl und Fleisch geliefert werden; für diese Lieferungen ist allerdings nachträglich Zahlung geleistet worden. Ebenso wurde für das Korn, das als Pferdefutter abgeschnitten wurde, Zahlung gewährt. Was aber sonst genommen und zerstört wurde, ist bis jetzt noch nicht ersetzt worden. Der Wert dieses noch nicht ersetzten Gutes ist dreißigmal höher als der der Leistungen, für die Ersatz nachträglich gewährt wurde. Im Briefe heißt es dann weiter wörtlich:

„Trotz des Passes, den der englische Magistrat zu S. uns ausstellte, kamen wilde Horden Schwarzer, bewaffnet und befehligt von Engländern, trieben die Treckochsen und Zuchthengste zusammen und führten alles Getier fort. Alles wurde in Stücke geschlagen, Maschinen, Wagen usw. Schließlich, als alles in Flammen stand, schleppte man uns fort, in langem Zuge, dreieinhalb Tage und Nächte, dann war der Grenzort B. erreicht. In einer teuer bezahlten Lehmhütte fanden wir Unterkunft für sechs Wochen. Alle unsere Briefe an die deutsche Regierung wurden vernichtet, bis ich endlich ganz energisch auftrat und unser Recht, unserer Regierung zu schreiben, heischte.

Dann verschaffte uns Herr v. Lindequist einen Paß; wir mußten erster Klasse bezahlen und wurden im Viehwagen bei Staub und Hitze transportiert, hatten aber wenigstens das nackte Leben gerettet.

Nun schreibe ich jahraus jahrein an das Auswärtige Amt, werde aber immer damit vertröstet, daß die Ansprüche genau geprüft würden und daß Antwort aus England zu erwarten stehe."

Internationales Schiedsgericht für Privatklagen gegen Schuldnerstaaten.

Selten hat ein Vorschlag in so kurzer Zeit seinen Siegeszug durch die ganze Welt angetreten wie die Idee der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft zwecks Schaffung eines internationalen Schiedsgerichtshofes für Streitigkeiten zwischen Privatpersonen und ausländischen Staaten. Außer den in der jüngsten Eingabe der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft Genannten hat neuerdings Professor Walther Schücking in seinem Buche „Der Staatenverband der Haager Konferenzen" dieses Tribunal befürwortet. Auf der diesjährigen Lake Mohonk-Konferenz ist Professor Wheeler hierfür eingetreten, der sich übrigens, wie im „Jahrbuch für den internationalen Rechtsverkehr" (1912/13, S. 400) hervorgehoben ist, bereits 1910 zugunsten eines solchen Gerichtshofes ausgesprochen hatte. Außer in Amerika hat aber der Vorschlag auch in Frankreich Freunde gefunden. Der französische Kongreß zur Verteidigung des Außenhandels, der in Paris stattgefunden hat, sprach sich im Anschluß an den Konflikt zwischen den französischen Versicherungsgesellschaften und der italienischen Regierung wegen der Einführung eines Staatsversicherungsmonopols dahin aus, daß derartige zwischen den Privat- und Staatsinteressen entstehende Konflikte auf internationaler Basis in prinzipieller Weise geregelt würden. Zu diesem Zwecke schlug der Kongreß die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts vor, das über Konflikte wirtschaftlicher, industrieller und kommerzieller Art und kollektiven Charakters zu entscheiden hätte.

In der zweiten Hälfte dieses Monats wird sich der internationale Handelskammerkongreß in Boston mit der Frage befassen.

Zweifelhaft erscheint dagegen, ob ein Gerichtshof für die sämtlichen Fragen des internationalen Privatrechts so bald zustande kommen wird, nachdem die letzte internationale Wechselrechtskonferenz den Gegensatz zwischen der kontinentalen und englisch-amerikanischen Auffassung auf dem Gebiete des materiellen Rechts wieder so deutlich vergegenwärtigt hat. Immerhin sei freudig festgestellt, daß sich der holländische Minister Asser am 26. Mai 1912 in der „Frankfurter Zeitung" zugunsten eines solchen Gerichtshofs ausgesprochen hat.

Rüstungsproblem.

Das Steigen des Kriegsbudgets einst und jetzt. :: ::

„In den Jahren 1613 bis 1713", so schrieb der Abbé de Saint Pierre 1713 tief betrübt in seinem „Projet pour perpétuer la paix", „hat sich das französische Kriegsbudget verdreifacht."

Was würde Abbé de Saint Pierre heute dazu sagen, daß sich in den letzten 50 Jahren die Ausgaben der europäischen Mächte für das Seekriegswesen um mehr als das zehnfache gesteigert haben?

Rüstungsfrage und Seebeuterecht. :: :: :: :: :: :: ::

Sowohl die französischen wie die englischen Friedenskongresse haben in neuerer Zeit der Beseitigung des Seebeuterechts ein großes Interesse entgegengebracht. In der Tat sollte die Beseitigung des Seebeuterechts eine der Hauptforderung der Friedensbewegung sein. Namentlich der Londoner Weltfriedenskongreß hat diese Forderung betont, und der Wiener Advokat Dr. Max Kolben ist hierfür auf dem Stockholmer Friedenskongreß wie in einer besonderen Schrift eingetreten. Erinnert sei hier an die Worte Askevolds in der Nummer vom 1. Oktober 1908 der „Ethischen Kultur":

„Nur dank dem Seebeuterecht würde die englische Suprematie zur See, der auf deutscher Seite eine ungeheure Suprematie zu Lande gegenübersteht, den Engländern im Kriegsfalle eine entscheidende Ueberlegenheit Deutschland gegenüber verleihen, da Deutschland eine Zerstörung seines Handels und Unterbindung seiner Lebensmittelzufuhr nicht lange würde aushalten können. — Ohne das Seebeuterecht wäre die Ablehnung der Verhandlungen über internationalen Rüstungsstillstand seitens Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit. Sobald es gelingt, die Abschaffung des Seebeuterechts durchzusetzen, ist die Bahn frei für eine Politik der internationalen Rüstungsbeschränkung, und den Flottenagitatoren chauvinistischer Färbung, den Hauptmachern der deutsch-englischen Verstimmung in Deutschland sowohl wie in England wird ihr pseudonationales, in Wirklichkeit gemein- und staatsgefährliches Handwerk ein für allemal gelegt."

Carl Ludwig Siemering schrieb darauf in derselben Zeitschrift einige Nummern später: „Wenn man auch vielleicht nicht annehmen darf, daß das bestehende Seebeuterecht allein bisher eine wirksame Abrüstung verhindert hat, so leuchtet doch ohne weiteres ein, daß es wohl der hauptsächlichste aller in Betracht kommender Hinderungsgründe war und ist."

Die Rüstungen als Versicherungsprämie. :: :: :: :: ::

Der immer wiederholte Vergleich zwischen den Rüstungen und einer Versicherung ist namentlich von Kobatsch widerlegt worden. Hier sei zu diesem Thema noch folgendes bemerkt:

1. Jede Versicherung wirkt mit solcher Gewißheit, daß der Verletzte in dem Schadensfalle den Verlust unbedingt ersetzt bekommt. Die Kriegsrüstungen aber wirken immer nur mit 50 % Wahrscheinlichkeit. Denn ebenso leicht, wie der betreffende Staat siegen kann, wird er besiegt werden können.

2. Versicherungsanstalten, die wirklich das gemeinsame Wohl im Auge haben, ersetzen nicht lediglich den Schaden, sondern sie bemühen sich auch mit allen Kräften, den Eintritt des Schadensfalles bzw. die Ausdehnung der Brände zu verhindern. Nach dem „Jahrbuch der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten" von 1910 haben die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten in Deutschland in den Jahren 1875 bis einschließlich 1908 im ganzen 84½ Millionen Mark für die Verbesserung des Feuerlöschwesens ausgegeben. Sie erstreben also, die Brände möglichst schon im Keime zu ersticken. Was haben aber die Staaten bisher getan, um die internationalen Differenzen schon im Keime zu ersticken? Gewiß schon mancherlei. Aber haben sie jemals planmäßig die Organisation der internationalen Anarchie zu erreichen gesucht?

3. In der Privatversicherung pflegt man Rückversicherungen abzuschließen. Wo aber sind im Staatenleben diese Rückversicherungen?

4. In der Privatversicherung versichert man sich gegen Ereignisse, die von Gaunern oder die durch Zufall eintreten. Im Staatenleben versichert man sich aber gegen Zufälle, die von einem anderen Versicherungsnehmer böswillig zugefügt werden.

Die Balkanfrage und Rüstungsverträge. :: :: :: :: ::

Es wurden schon auf S. 28 der „Friedens-Warte" (1912) einige mit der Balkanfrage zusammenhängende Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkungen erwähnt. Von Interesse dürfte noch sein, daß der Friede von Belgrad im Jahre 1739 den Russen ausdrücklich verbot, auch nur ein einziges Schiff auf dem Schwarzen Meere zu bauen und bestimmte, daß der russische Handel ausschließlich auf türkischen Fahrzeugen vor sich zu gehen habe. Als ein eigentlicher Vertrag über Rüstungsbeschränkung läßt sich allerdings diese Bestimmung nicht auffassen, ebensowenig wie folgende Festsetzungen:

1. Die Schleifung Dünkirchens im Frieden zu Utrecht von 1713.

2. Die Schleifung alter bulgarischer Festungen an der Donau, Verbot von Befestigungen am Laufe des Bojana für Montenegro und von Befestigungen an der Donau vom Eisernen Tor bis zur Mündung der Donau gemäß den Artikeln 11, 29 und 52 des Berliner Vertrages von 1878.

3. Verbot der Errichtung türkischer oder russischer Festungen am Ufer des Schwarzen Meeres und Verbot russischer Festungen auf den Alandsinseln gemäß dem Pariser Vertrage von 1856.

Verschiedenes.

„Ich bin kein Pazifist." :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Es ist jetzt Mode geworden in Deutschland, pazifistische Propaganda zu treiben, aber dabei mit Nachdruck sich dagegen zu verwahren, als Pazifist aufgefaßt zu werden. Man benutzt das gesamte Material jahrzehntelanger pazifistischer Geistesarbeit, geniert sich jedoch, es zuzugeben. Kein Wunder! Man hat die Pazifisten jahrzehntelang verlacht und verhöhnt. Nun

fängt aber auch in Deutschland an, das Ideenwerk des Pazifismus sich gebieterisch aufzudrängen und in die Wissenschaft und Politik einzuziehen, und da wird es manchem schwer, eine Anschauung zu vertreten, die er früher vielleicht selbst verhöhnt hat, oder von der er fürchten muß, daß sie von vielen noch immer aus Routine abgelehnt wird. Notgedrungen greift man zu Machenschaften, die uns im Interesse der Sache, da sie wohl geeignet sind, sie zu fördern, ganz recht sein können, die aber immerhin einiges Bedenkliche an sich haben. Man vertritt die pazifistischen Lehren, behauptet aber schlankweg, daß diese gar nicht pazifistische Lehren sind, sondern ganz neue, selbst erkannte, selbst zum erstenmal vertretene, und unterläßt es dabei nicht, einen Seitenhieb auf den Rücken der Pazifisten loszuschnellen, auf jene dummen Kerle, die angeblich allerhand blödes Zeug erträumen, über das man sich unter ernsthaften Leuten nicht zu unterhalten braucht. Das zieht; denn es schmeichelt der Masse, die ja den Pazifismus nur aus den Witzblättern oder den alldeutschen Organen kennt.

Die Pazifisten, die sich ihrer ehrlichen Arbeit bewußt sind, die da wissen, daß sie die Grundquadern zu jenem Bau herbeigeschleppt haben, auf dem jetzt lustig die Ornamente angesetzt werden, haben es nicht nötig, sich über diese Verfälschung der Tatsachen zu grämen. Sie wissen, daß jene Geister, die sich der Verfälschung bewußt oder unbewußt schuldig machen, doch nur Mithelfer an ihrem Werke sind; und darum können sie sich auch mit dem Bewußtsein trösten, daß es in dieser Welt des Kampfes doch eine immanente Gerechtigkeit gibt. Die Cagliostros werden schließlich immer entlarvt.

Eines besonders krassen Falles der Verleugnung pazifistischen Wirkens, weil es sich um die Verleugnung der eigenen Herkunft handelt, sei hier jedoch besonders gedacht. Professor Ludwig Stein, der jetzt als Herausgeber von „Nord und Süd" ein von allen Pazifisten freudigst gebilligtes Werk internationaler Verständigung betreibt, war zehn Jahre lang eine leitende Persönlichkeit des Berner internationalen Friedensbureaus. Als Mitglied des ständigen Ausschusses dieser Zentrale der pazifistischen Bewegung nahm er den größten Einfluß auf deren Entwicklung. Er spielte bei allen Sitzungen jenes Bureaus eine große Rolle und war Wortführer auf allen Friedenskongressen. Nur der Umstand, daß er Bern als Wohnsitz aufgab, verursachte es, daß Professor Stein jetzt nicht mehr mit den Pazifisten mitratet und mittut. Um so größer war unser Erstaunen, als wir kürzlich aus einem Interview, das ein Redakteur der „Daily News" mit Professor Stein hatte, erfuhren, daß der bisherige Führer der Pazifistenzentrale gleich zu Anfang die Erklärung abgab: „Ich bin kein Pazifist." Auch in dem Leitartikel der Septembernummer seiner Zeitschrift, dem jeder Pazifist von ganzem Herzen zustimmen wird, versucht das ehemalige Mitglied des ständigen Ausschusses des Berner Bureaus von seinen früheren Kollegen recht weit abzurücken, indem er von der Idee einer europäischen Konföderation (die, nebenbei bemerkt, von allen ernst zu nehmenden Pazifisten verworfen wird!) sagt, daß sie „nicht bloß in den Köpfen pazifistischer Schwärmer auftaucht". Es ist dies eine captatio benevolentiae an die Leser von „Nord und Süd", die bei einem Manne, der über ein Jahrzehnt im Mittelpunkt der pazifistischen Bewegung stand, etwas unangenehm berührt. Ebenso an einer anderen Stelle. Wenn er dort die Pazifisten zwar nicht ausdrücklich apostrophiert, so wird man doch nicht fehl gehen, wenn man in den Schlußworten jenes Artikels eine weitere Abweisung der Gemeinschaft mit ihnen erblickt. Es heißt da: „Wir sind keine Utopisten, Schwärmer, Phantasten, sondern Soziologen, die den Tatsachen der Geschichte fest ins Auge schauen." Das heißt, daß der Autor in seinem Artikel Ideen vertreten haben will, die mit den Gehirnauswüchsen der utopistischen, schwärmerischen und phantastischen Pazifisten nichts gemein haben.

Und was für Ideen sind das nun? Professor Stein tritt in seinem Artikel für das „europäische Gleichgewicht" ein, das, wie er ausführt, allein den Frieden aufrechtzuerhalten vermag, und begründet die Notwendigkeit dieses Friedens durch drei Gefahrenmomente, die der europäischen Kultur durch einen Krieg drohen. Die erste Gefahr, die sogenannte „gelbe", ist allerdings kein pazifistisches Argument, aber die beiden anderen Gefahren sind direkt aus der pazifistischen Rüstkammer entnommen. Die eine ist die der Revolution, die ein europäischer Krieg nach sich ziehen muß, auf die uns nachdrücklichst der Pazifist Johann v. Bloch aufmerksam gemacht

hat, die andere, die der physischen Entartung, wie sie der Pazifist David Starr Jordan vor kurzem ausführlich in diesen Blättern geschildert hat. Es ist kaum begreiflich, warum Professor Stein, der die Argumente dieser beiden Pazifisten ganz genau kennt, es für richtig hält, ihre Ideen anzuwenden, und dabei doch den Vorurteilen der Masse soweit nachzugeben, daß er zu gleicher Zeit seinen Spott auf alles, was Pazifismus heißt, ausgießt.

Wir entschuldigen Professor Stein nur damit, daß er einer augenblicklich in Deutschland herrschenden Mode gefolgt ist. Aber je mehr diese Mode um sich greift, um so nachdrücklicher werden wir sie bekämpfen müssen. Denn zu dem großen Werke, das wir betreiben, gehört in erster Linie volle Offenheit. Wir werden daher unsere verschämten Mitarbeiter immer wieder an jenes Wort erinnern, daß ihnen aus fester Ueberzeugung heraus in der vorigen Nummer dieser Blätter Dr. Bellardi zugerufen hat: „Bekennt Farbe!“

Alfred H. Fried.

Das Geschenk Deutschlands für den Friedenspalast.

Anfang September ist das Geschenk Deutschlands für den Haager Friedenspalast nach dem Haag gesandt worden. Bekanntlich hatte das Reich die Stiftung einer monumentalen Toranlage in Kunstschmiedearbeit versprochen, die nach dem Entwurfe und den Zeichnungen des Architekten Professor Bruno Möhring in Berlin hergestellt worden ist. Sie besteht aus zwei Haupttoren mit dazwischen liegendem großen Mittelfeld und zwei seitlich geschlossenen, runden Abschlußfeldern mit Eingangspforten. Das Werk war vom 16. bis 24. August in der Großen Berliner Kunstausstellung ausgestellt.

Im Anschluß daran teilt ein Leser dem „Berl. Tagebl.“ mit, daß auch Belgien ein großes Portal, und zwar aus Bronze, neben verschiedenen anderen schmiedeeisernen Arbeiten liefert. Oesterreich beteiligt sich mit vergoldeten Kandelabern aus massiver Bronze, während Italien den Marmor für die innere Ausschmückung des Konferenzsaales hergibt, England liefert vier große Glasbilder für die Fenster des Sitzungssaales, Frankreich ein Gemälde und einen Gobelin. Die Schweiz, das Land der Zeitmesser, stiftet selbstverständlich die Turmuhr. Im Friedenspalast wird man den republikanisch-demokratischen Stundenschlag an höchster Stelle wahrnehmen. — Teppiche, von besonderem Wert natürlich, senden die Türkei, Japan und Ungarn, Vasen kommen von Rußland, Ungarn und China. Schweden und Norwegen senden granitene Treppen und Fliesen, Brasilien wertvolle hölzerne Täfelungen. Das kleine Dänemark schickt einen zierlichen Hofbrunnen aus — Porzellan, Amerika ein Denkmal für den Haupteingang, und Argentinien eine Kopie des in 4200 m Höhe auf den Cordilleren thronenden Denkmals „Der Christus der Anden“, des bekannten Friedenssymbols aus der Zeit der Grenzstreitigkeiten zwischen Argentinien und Chile. Die Niederlande selbst geben außer dem Grund und Boden für den Friedenspalast vier Oelgemälde Ferdinand Bolds, eines Schülers Rembrandts, und sechs Glasgemälde zur Ausschmückung des Treppenhauses. — Hunderte anderer schöner und wertvoller Dinge sind noch von anderen Staaten und Städten zugesagt.

Kriegswaffenmakler. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: : : ::

Man weiß heute viel zu wenig über den Zusammenhang der Rüstungsindustrie und des Wettrüstens. Wie sehr schon das Bestehen so großer Kanonenfabriken die Rüstungen beeinflußt, ersehen wir aus einer Aeußerung, die im Februar 1912 der englische Großindustrielle, Sir Robert Hadfield, Eigentümer einer Fabrik für Geschützmunition, gegenüber dem Berichterstatter des Daily Mail gemacht hat. Hadfield erklärte u. a.: „Ob die Deutschen mit dem Bau von Kriegsschiffen einhalten werden? Diese Frage scheint mir mehr wirtschaftlicher als politischer oder strategischer Natur zu sein. Ich für meine Person vermag nicht wohl einzusehen, wie Deutschland mit dem Ausbau seines Flottenbauprogramms einhalten kann, ohne es auf wirtschaftliches Unheil ankommen zu lassen. Riesige Geschäftszusammenhänge, wie Krupp und der Vulkan, sind ermutigt worden, ungeheures Kapital in Anlagen für Flottenschiffbau zu stecken. Wenn England Deutschland auffordert, Schiffswerfte zu schließen oder Krupps Unternehmen zum alten Eisen zu werfen, so kommt das fast einer Aufforderung zum industriellen Selbstmord gleich. Welche Nation könnte sich das gestatten?“

Zu gleicher Zeit konnte man damals über das Thema „Kriegswaffenmakler“ folgendes lesen: „Es liegt nahe, daß kriegführende Mächte beim Fahnden auf Konterbande ihr besonderes Augenmerk auf belgische oder auch auf solche Schiffe richten, die in Antwerpen Ladungen an Bord genommen haben. Unser Land, so schreibt ein Lütticher Blatt, ist eines der Großlieferanten von Kriegswaffen für die Welt —, und wozu sollten wir denn auch bedeutende Fabriken von Kanonen und Gewehren haben, wenn nicht zu deren Verkauf? Durchweg aber werden „Pulver und Blei“ an kriegführende Nationen verkauft, vorausgesetzt, daß es nicht an Revolutionäre geschieht. So sind die kleinen südamerikanischen Republiken, die sich fortwährend bemühen, ihre Regierungen unter Kanonendonner an die Luft zu setzen, für

Belgien ausgezeichnete Kunden; so kam es auch, daß im Burenkriege, zu Anfang der marokkanischen Wirren und jüngst noch während der chinesischen Revolution einige gute „Schüsse" für unsere Gewehrindustrie abfielen. Aber es genügt nicht, Waffen zu verkaufen — was ein sehr erlaubtes Geschäft ist —, sondern auch zu liefern, und wenn auch diese Lieferungen im Grundsatz erlaubt sind, so müssen sie nichtsdestoweniger heimlich erfolgen, um die Beschlagnahme bei dem Durchgang durch die gefährliche Zone zu umgehen. Und so verheimlicht man denn die Waffen, so gut es eben geht. Beispielshalber ist es vorgekommen, „daß eine Sendung Pianos in Wirklichkeit aus Geschützen bestand, und es gibt Oele, die eigentlich Pulver sind." Nach einem Bericht aus Antwerpen geschehen die Verkäufe übrigens nicht durch direkte Abschlüsse des Waffenfabrikanten, sondern durch eine höchst eigenartige Persönlichkeit, den „Kriegswaffenmakler". Er ist ein Herr, der hier und da die Welt durchreist, nach dem Wind schnüffelt, das Gelände erkundet, auf Abenteuer ausgeht. In friedlicher Zeit sieht man ihn nie, aber sobald die geringste Friedensstörung droht, ist er zur Stelle. Wie die Schwalbe La Fontaines sieht er Stürme voraus, bevor sie da sind. Er ist ein Unglücksvogel, Revolution ist seine Freude und Krieg seine Lebensbedingung."

☞

Spionage. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Es erscheint immer dringender, daß die Staaten ein Abkommen schließen, in dem sie sich verpflichten, keine Spione mehr zu unterhalten. Wie schwer es wird, die Spione zu bestrafen, ersehen wir daraus, daß Rußland in dem neuesten Falle Kostewitsch einen preußischen Leutnant in Rußland ohne weiteres als Retorsion festnehmen ließ. Man wird also vielleicht in Zukunft die Bestrafung von Spionen dadurch erkaufen müssen, daß man duldet, wie eigene Untertanen im Auslande grundlos festgenommen werden. Nimmt man an, der preußische Leutnant sei wirklich der Spionage verdächtig, so muß man sich auf jeden Fall darüber wundern, daß die deutsche und russische Regierung übereingekommen sind, die beiderseitigen Gefangenen gegen Ehrenwort vorläufig frei zu lassen. Die Presse hat hier nicht unrichtig von Austauschspionen gesprochen. Ueber die wachsende Zahl der Spionagefälle ging kürzlich folgende Notiz durch die Presse: „Wie sehr sich in den letzten Jahren die Spionagefälle im Reiche in beunruhigender Weise vermehrt haben, zeigt nachstehender Ueberblick über die seit 1908 beim Reichsgericht verhandelten Fälle. Es kamen zur Verhandlung: 1908: 8 Fälle, 3 Freisprechungen, die übrigen bis zu 4 Jahren Zuchthaus; 1909: 8 Fälle, sämtlich verurteilt, darunter bis zu 9 Jahren Zuchthaus; 1910: 13 Fälle, sämtlich verurteilt, darunter bis zu 10 Jahren Zuchthaus; 1911: 13 Fälle, sämtliche verurteilt, darunter bis zu 12 Jahren Zuchthaus. Die Verhandlungen richteten sich: 1908 gegen 3 Elsässer, 5 Deutsche; 1909 gegen 4 Elsässer, 3 Deutsche, 1 Franzosen; 1910 gegen 3 Elsässer, 5 Deutsche, 1 Franzosen, 2 Engländer, 3 Lothringer; 1911 gegen 5 Deutsche, 1 Französin, 2 Engländer, 2 Russen, 1 Luxemburger, 1 Italiener, 1 Ungar. Es ist geradezu eine Schande, daß unverhältnismäßig viel Deutsche sich haben verleiten lassen, ihr Vaterland zu verraten, und auffallend groß ist die Zahl der Elsässer und Lothringer, eine Tatsache, die für uns große Gefahren in sich birgt, da doch die Reichslande die Operationsbasis unserer Armeen im Kriegsfalle gegen Frankreich sind."

☞

Carnegiefriedensstiftung. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In der Zeit vom 1. Juli 1912 bis zum 30. Juni 1913 wird die Carnegiefriedensstiftung ihre Einnahmen folgendermaßen verwerten:

1. Abteilung für Unterricht und Erziehung:		
a) Organisation der Abteilung in Amerika	48 000	Mark
b) Organisation der Abteilung in Europa	64 000	„
c) Internationales Berner Friedensbureau	96 000	„
d) Office Central des associations intern.	60 000	„
e) Unterstützung der Friedens-Zeitschriften	31 400	„
f) Besondere Korrespondenten	20 000	„
g) Erziehungsaustausch Amerikas mit Südamerika	80 000	„
h) Japanisch-Amerikanisch. Erziehungsaustausch	20 000	„
i) American Peace Society	124 000	„
k) Association for intern. conciliation	120 000	„
insgesamt	663 400	Mark
2. Historisch-Politische Abteilung:		
a) Tätigkeit der europäischen Mitglieder	80 000	Mark
b) Tätigkeit der asiatischen Mitglieder	40 000	„
c) Tätigkeit der nord- und südamerikanischen Mitglieder	40 000	„
d) Honorar der Mitglieder der Berner Konferenz	64 000	„
e) Bureaukosten	40 000	„
f) Bibliographie	16 000	„
insgesamt	280 000	Mark
3. Abteilung für internationales Recht:		
a) Gehälter	18 000	Mark
b) Herausgabe der internationalen Schiedssprüche	29 000	„
c) Herausgabe der internationalen Schiedsverträge	20 400	„
d) Internationale Hochschule für Völkerrecht im Haag	160 000	„
e) Institut de droit international	80 000	„
f) Unterstützung der Völkerzeitschriften	60 000	„
insgesamt	367 400	Mark

Außerdem haben die Abteilungen je 40 000 bzw. 80 000 M. der ihnen überwiesenen Summen zur Kapitalsvergrößerung zurückgelegt. Es sind ferner für die Organisation des Zentralbureaus in Washington 206 280 M. ausgesetzt, so daß die Stiftung insgesamt in diesem Jahre 1¾ Mill. Mark zu Friedenszwecken ausgeben wird.

☞

Beendigung des Italienisch-türkischen Krieges? :: ::

Seit mehreren Wochen gehen fortwährend durch die Pressee Gerüchte, die von Friedensverhandlungen zwischen Italien und der Türkei reden. Vom pazifistischen Standpunkte darf man jetzt aufrichtig den Frieden herbeiwünschen. Denn die Türkei hat sich tapfer gewehrt und gezeigt, daß man heute nicht so leicht einen Rechtsbruch begehen kann. Andererseits erscheint es ausgeschlossen, daß die Türkei Tripolis zu retten vermöchte. Es ist nun weiter in Betracht zu ziehen, daß infolge der schwierigen Lage der Türkei neuerdings Wirren auf dem Balkan auszubrechen drohen, die verderbliche Folgen haben können. Da wäre es denn nur erfreulich, wenn die beiden Staaten Frieden schlössen.

☞

Baron d'Estournelles de Constant. :: :: :: :: :: :: ::

Am 22. September 1912 feiert Baron d'Estournelles de Constant seinen sechzigsten Geburtstag. Die Glückwünsche aller Friedensfreunde werden dem hochverdienten Manne an diesem Tage zuteil werden. D'Estournelles hat verhältnismäßig wenig größere Werke für die Friedensbewegung geschrieben. Seine überragenden Verdienste liegen mehr auf praktischem Gebiete. Was er auf den Haager Friedenskonferenzen und in schlimmen, dem Frieden gefahrdrohenden Stunden für unsere Sache getan hat, ist zum größeren Teil allgemein bekannt. Er hat seine große und echte Begeisterung auf die Mitarbeiter der Haager Konferenzen übertragen und selbst kräftige Bausteine zu dem Haager Friedensabkommen hinzugefügt. Insbesondere ist ihm die Schiedshofempfehlung zu verdanken. Als nach der ersten Haager Konferenz niemand dem Haager Schiedshofe einen Streit übergab, hat er mit ganzer Kraft dahin gewirkt, daß der Haager Hof Arbeit bekomme; seine erfolgreiche Fahrt zum Präsidenten Roosevelt, die die Ueberweisung des mexikanisch-amerikanischen Streitfalles nach dem Haag zur Folge hatte, ist von geradezu historischer Bedeutung. Seine wertvollen Beziehungen zu führenden Männern vieler Länder, insbesondere Frankreichs und Deutschlands, ermöglichten es ihm, insgeheim für die ihm teuere Sache einzutreten. Sein gutes Verhältnis zu Kaiser Wilhelm II. hat ihm hierbei besonders genützt. D'Estournelles war der erste Franzose von hervorragender Stellung, der nach Berlin kam, um eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich anzubahnen. Für seine Verdienste hat man ihm 1909 zusammen mit Beernaert den Friedenspreis der Nobelstiftung verliehen.

Wir wünschen d'Estournelles, daß ihm noch lange Jahre gleich kräftigen Wirkens vorbehalten seien.

☞

Der Wehrverein als Kläger. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Unter dieser Ueberschrift brachte Nr. 8 der „Friedenswarte" (S. 309) eine Notiz, betreffend eine Klage, die der Vorstand des deutschen Wehrvereins, Ortsgruppe Köln, gegen ein Mitglied der Kölner Friedensgesellschaft eingereicht hatte und die mit der Freisprechung des Angeklagten endete. Wir erfahren nun hierzu, daß es sich hier nicht lediglich um eine Privatklage handelte, sondern daß die Staatsanwaltschaft von sich aus Klage erhoben hat. Es ist sehr bemerkenswert, daß der Staatsanwalt hier ein „öffentliches Interesse" für vorliegend erachtete, während er bei anderen Gelegenheiten, wo die Vertreter der Friedensbewegung beleidigt wurden, keine Klage erhoben hat. Man erinnert sich noch des Schreibens, das Professor Bornhak aus Berlin kürzlich an Herrn Fried gesandt hat und das in dieser Zeitschrift veröffentlicht wurde. Es wäre doch außerordentlich wünschenswert, wenn der Staatsanwalt zu einer Erklärung darüber veranlaßt würde, inwiefern hier ein „öffentliches Interesse" vorliegt.

Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen in der Angelegenheit Berufung eingelegt, und man darf dem Ausgange des Prozesses mit Spannung entgegensehen.

☞

Kaiser Wilhelm II. als Träger des Nobelpreises? ::

Präsident Wheeler von der Universität Kalifornien hat kürzlich in einer Rede erklärt, die deutsche Armee sei das mächtigste Friedenswerkzeug, da der Krieg dem Sinne des Kaisers widerstrebe. Wheeler machte den Vorschlag, dem Kaiser den Friedensnobelpreis zu verleihen, da er sein Heer nie zu einem Kriege verwandt habe.

Ohne zu diesem Vorschlage Wheelers hier Stellung nehmen zu wollen, sei darauf hingewiesen, daß für die Verleihung des Nobelpreises doch wohl p o s i t i v e Arbeiten im Dienste des Friedens verlangt werden müssen. Die Tatsache, daß ein Monarch keinen Krieg angefangen hat, berechtigt allein keineswegs zu der Verleihung einer solchen Auszeichnung. Insofern ist die Begründung des Wheelerschen Vorschlages, wie sie durch die Blätter ging, unzureichend. Immerhin hat Kaiser Wilhelm II. auch wertvolle positive Leistungen im Dienste des Friedens vollbracht. So ist durch seine persönliche Ent-

scheidung 1899 der Haager Schiedshof genehmigt worden, nachdem ihn das Auswärtige Amt abgelehnt hatte.

Ein unberechtigter Angriff Hermann Bahrs. :: :: :: ::

In einem Artikel im „Berliner Tageblatt" 27. August, betitelt „Friede", bespricht Hermann Bahr das jüngst in der Friedschen Sammlung „Internationale Organisation" erschienene Buch von Rudolf Goldscheid. Hierbei sagt er zu Anfang seines Aufsatzes wörtlich: „Für den Frieden bin ich, durchaus aber nicht für die Pazifisten, ob ich mich gleich also wohl selbst einen nennen muß. Aber meistens sind es kleinlaute, tatenscheue, kraftlose Leute, und die ja gar nicht den Frieden, sondern nur um Gottes willen keinen Krieg haben wollen, und bloß aus schlechten, verängstigten Nerven nach einer kümmerlichen Stille verlangen." Wir haben schon oft dargetan, daß es unrichtig ist, einige vereinzelte Theorien zum Gradmesser der Bedeutung der gesamten Pazifisten machen zu wollen. Hier haben wir wieder ein typisches Beispiel dieser Art. Den Typus, den Bahr hier beschreibt, scheint er sich aus seiner eigenen Phantasie gebildet zu haben; jedenfalls ist es scharf zurückzuweisen, den Pazifisten geradezu Feigheit vorwerfen zu wollen. Gerade das, was Bahr später als Kernpunkt der pazifistischen Bewegung hervorhebt, nämlich die Untauglichkeit des Krieges, bildet die Hauptgrundlage des Pazifismus. Das hätte Bahr schon daraus ersehen müssen, daß Goldscheid in einer rein pazifistischen Sammlung schreibt.

Wahrscheinlich sind Bahrs Aeußerungen dadurch zu erklären, daß Bahr seinen Artikel mit einem interessanten Wortspiel beginnen wollte. „Für den Frieden bin ich, durchaus aber nicht für die Pazifisten", klingt so außerordentlich geistreich. Ob bei diesem Bemühen, geistreich zu sein, eine große Bewegung eine gewaltige Ohrfeige erhält, ist Bahr offenbar gleichgültig. Wäre sein Name nicht so glänzend bekannt, so würde man ihn zu jenen müden Dekadenten zählen, denen es als höchste Kunst gilt, ein schönes Wortgeklingel stilvoll von sich zu geben und denen Begeisterung für neue Ideen etwas Altmodisches gilt. Wer aber in solcher Weise über eine der größten Kulturbewegungen spottet, obwohl er hinterher die Richtigkeit der Grundanschauung zugibt, zeigt nicht das nötige Verständnis für das, was unsere Zeit Großes bietet.

AUS DER BEWEGUNG

Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft an den Reichskanzler.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hat dem Reichskanzler folgendes Schreiben unterbreitet:

„Ew. Exzellenz

gestatten wir uns folgendes zur geneigten Berücksichtigung vorzutragen:

Die Signatarmächte, die auf der zweiten Haager Konferenz vertreten waren, haben sich dahin geeinigt, daß in absehbarer Zeit eine dritte derartige Konferenz abgehalten werden soll.

Wenn man dieselbe Zeitdauer, die zwischen der ersten und zweiten Konferenz lag, für die Berechnung des Termins der dritten Konferenz in Anwendung bringt, so würde das Jahr 1915 als spätester Termin zur Einberufung derselben ins Auge zu fassen sein.

Sowohl bei der ersten als auch bei der zweiten Haager Konferenz hat sich gezeigt, daß die Beratungen voraussichtlich wesentlich fruchtbarer gewesen wären, wenn die beteiligten Staaten sich dazu hätten entschließen können, eine genügend gründliche Vorbereitung vorausgehen zu lassen. Diese Erwägung hat auch die zweite Konferenz bestimmt, den Beschluß zu fassen, daß diejenigen Mächte, welche sich an der nächsten Konferenz beteiligen wollen, schon zwei Jahre vor dem mutmaßlichen Zusammentritt derselben Kommissionen einsetzen sollen, denen die Gegenstände der Tagesordnung zur Vorberatung zu überweisen wären. Es haben deshalb eine Reihe anderer Staaten, so Frankreich, Schweden, die Niederlande sowie die Vereinigten Staaten von Nordamerika solche vorberatenden Kommissionen bereits eingesetzt.

Durch diese Einrichtung würde dann auch vermieden werden, daß, wie es in früheren Fällen geschah, die Delegierten des Deutschen Reiches eine allseitige Einarbeitung in die Verhandlungsgegenstände vermissen ließen. Das Nähere über die damaligen Vorkommnisse und ihre Konsequenzen schildert u. a. einer der hervorragendsten deutschen Staatsrechtslehrer, Prof. Walter Schücking in Marburg, in seinem bedeutenden Werke „Der Haager Staaten-Verband" (S. 120ff.).

Wir sind nun davon überzeugt, daß derartige Eventualitäten künftig zu vermeiden wären, wenn auch von seiten der deutschen Reichsregierung beizeiten die erforderlichen Vorbereitungen zu der nächsten Haager Konferenz in vollem Umfang getroffen würden.

Sollte diese dritte Haager Konferenz, wie zu erwarten ist, im Jahre 1915 zusammentreten, so müßten die Jahre 1913 und 1914 für die vorbereitenden Arbeiten ins Auge gefaßt werden.

Möge es Ew. Exzellenz gefallen, falls es noch nicht geschehen sein sollte, die nötigen Anordnungen zur Einsetzung einer derartigen vorberatenden Kommission zu treffen. Ew. Excellenz würde sich dadurch den Dank des Vaterlandes und der ganzen Menschheit verdienen.

Verehrungsvoll

Das Präsidium der Deutschen Friedensgesellschaft.

Pforzheim/Stuttgart, 15. August 1912.

Dr. Richter. Umfrid."

Programm des XIX. Weltfriedenskongresses in Genf.

Sonntag, den 22. September. 2 Uhr nachm.: Sitzung der Kommission des Internationalen Friedensbureaus. — 8½ Uhr abends: Empfang der Delegierten im Athenäum.

Montag, den 23. September. 10 Uhr morgens: Eröffnungs-Sitzung im großen Saal der Universität. — 2 Uhr nachm.: Kommissions-Sitzungen. — 4 Uhr nachm.: Besuch der Stadt.

Dienstag, den 24. September. 9 Uhr morgens: Kommissions-Sitzungen. — 10 Uhr morgens: Plenar-Sitzung. — 2 Uhr nachm.: Empfang in der „Ariana" und Gartenfest.

Mittwoch, den 25. September. 9 Uhr morgens: Kommissions-Sitzungen. — 10 Uhr morgens: Plenar-Sitzung. — 3 Uhr nachm.: Delegierten-Versammlung. — 8½ Uhr abends: Abendunterhaltung in der „Victoria-Halle".

Donnerstag, den 26. September. Fahrt auf dem Genfer See. Mittagessen im Bouveret. Empfang in Lausanne-Ouchy.

Freitag, den 27. September. 9 Uhr morgens: Kommissions-Sitzungen. — 10 Uhr morgens: Plenar-Sitzung. — 8½ Uhr abends: Oeffentliche Versammlung im Kommunalgebäude.

Samstag, den 28. September. 10 Uhr morgens: Schlußsitzung. — Mittags: Schlußbankett in der „Maison communale de Plenipalais".

Programm des V. Deutschen Friedenskongresses in Berlin.

Samstag, den 26. Oktober, vorm. 9 Uhr und nachm. 3 Uhr: Delegiertensitzung mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht; 2. Kassenbericht; 3. Neuorganisation der Friedensgesellschaft (Statut-Aenderung, Berichterstatter: Dr. Richter); 4. Propaganda (Presse); 5. Deutsch-engl. Beziehungen; 6. Die Stellung der neutralen zu den kriegführenden Mächten und der Pazifisten innerhalb der kriegführenden Länder; 7. Bericht über den Genfer Kongreß; 8. Welt-Petition Eckstein; 9. Anträge der Ortsgruppen. — Abends 8½ Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Sonntag, den 27. Oktober, vorm. 9 Uhr: Besprechung mit Vertretern der nationalen Minoritäten; vorm. 11 Uhr: Akademische Vorträge. — Mittags: Gemeinsames Mittagessen. Gesellige Veranstaltung.

Der Vorsitz des Deutschen Friedenskongresses wird in den Händen von Geheimrat W. Förster liegen. Als Redner werden wahrscheinlich Geheimrat v. Liszt-Berlin, Professor Quidde-München, Pfarrer Nittak-Stahn, usw. auftreten. Der Kongreß ist gleichzeitig als Feier des zwanzigjährigen Bestandes der Deutschen Friedensgesellschaft gedacht, die am 9. November 1892 gegründet wurde.

Erster Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung.

Auf den vom 5. bis 7. Oktober in Heidelberg stattfindenden ersten Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung sei nochmals eindringlichst hingewiesen. Nicht nur haben sich bereits eine Fülle von Teilnehmern für den Kongreß angemeldet, auch die Namen der Redner sind ganz hervorragende, so daß die Veranstaltung eine ausgezeichnete zu werden verspricht. In der vorigen Nummer haben wir das Programm näher mitgeteilt. Hier sei nur nochmals erwähnt, daß das Sekretariat des Verbandes, Oberursel am Taunus, Liebfrauenstraße 22, nähere Auskunft erteilt.

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Anläßlich der in Kaiserslautern stattfindenden Ferienkurse hielt Pfarrer Alfred Wagner aus Neuhengstett-Calw vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen ausgezeichneten Vortrag über „Grund und Recht der Friedensidee". — Im Freilichttheater in Hertenstein wurde am 4. August Otto Borngräbers fünfaktiges Weltfriedensdrama „König Friedwahn" zum ersten Male aufgeführt und hinterließ trotz mancher auf dem Charakter der Freilichtbühne beruhenden Schwierigkeiten einen starken Eindruck.

Pazifistisches Kongreß-Kalendarium. :: :: :: :: :: ::

18. bis 20. Sept. XIII. Interparlamentarische Konferenz in Genf.

23. bis 27. Sept. XIX. Weltfriedenskongreß in Genf.

24. bis 28. Sept. Int. Handelskammerkongreß in Boston.

5. bis 7. Okt. Verbandstag des „Verbandes für internationale Verständigung" in Heidelberg.

__ Oktober. Internationale Konferenz betreffend die Sicherheit auf dem Meere.

Oktober. Internationale Konferenz der Ausstellungen.

7. bis 13. Oktober. Kongreß des intern. soziologischen Instituts.

21. bis 24. Oktober. Intern. Konferenz gegen den Mädchenhandel.

25. bis 27. Oktober. Fünfter deutscher Friedenskongreß in Berlin.

26. bis 30. Oktober. Intern. Kongreß der periodischen Presse in Paris.

LITERATUR U. PRESSE

Besprechungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

G. C. W. Görris, De denkbeelden over oorlog en de bemoeiingen voor vrede in de elfde eeuw, Nijmegen, 1912, L. C. G. Malmberg, 276 S.

Attilio Focherini, La dottrina Canonica del diritto della guerra da S. Agostino a Baltazar d'Ayala, Modena, 1912, Tipografia Blondi e Parmeggiani, 91 S.

Wir haben es hier mit zwei wertvollen Studien zur Geschichte des internationalen Frie-

densrechts zu tun, die freilich ziemlich entlegene Zeiten behandeln. Görris gibt eine detaillierte Beschreibung aller Bestrebungen zur Schaffung eines dauernden Friedenszustandes in sämtlichen europäischen Staaten während des elften Jahrhunderts. Bei der Frage, inwieweit der Krieg in der damaligen Zeit von dem Christentum als erlaubt angesehen wurde, kommt er auch auf die heutigen Ansichten über diese Frage zu sprechen und zitiert Fried, Nippold, Schücking usw. Man sieht daraus, daß in der philologischen Arbeit auch die juristischen Autoren zu Worte kommen. Focherini hat vor allem die Behauptung von Grotius und Kaltenborn zu widerlegen versucht, daß die katholischen Doktoren, Kanonisten und Legisten auf dem Gebiete des Kriegs- und Friedensrechts nichts geleistet hätten, und daß die Verdienste ausschließlich den Doktoren der Reformation zukämen. Er weist mit Nachdruck auf die Bestrebungen der Konzilien und der damaligen Rechtsgelehrten hin. Man findet hier viele Beweise dafür, daß die Kirche im Mittelalter den Krieg verdammt hat, ja sogar den Krieg gegen die Ungläubigen. Auch Focherini hat moderne Schriftsteller verarbeitet, insbesondere auch Nys, dessen wichtige Arbeit „Le droit de la guerre et les précurseurs de Grotius" (1882) ich bei ihm freilich nicht zitiert gefunden habe. Auf jeden Fall haben wir es hier mit zwei ausgezeichneten Arbeiten zu tun.

Attilio Focherini, Problemi di diritto internazionale pubblico, per uso degli studenti in giurisprudenza e degli allievi alla carriera consolare e diplomatica, Carpie-Emilia, Gualdi Germano e Figli, 1912, 79 S.

Focherini, von dem bereits oben ein Buch angezeigt wurde, hat hier 199 völkerrechtliche Fälle zusammengestellt, die in völkerrechtlichen Seminaren benutzt werden sollen. Wie er im Vorworte ausführt, ist er durch Oppenheims und Strupps ähnliche Schriften zu seiner Arbeit veranlaßt worden. Focherini hat die systematische Einteilung der Fälle im Gegensatze zu Strupp auch äußerlich hervortreten lassen und außerordentlich viel Literatur angeführt. Etwas vernachlässigt hat er allerdings das internationale Friedensrecht und, im Vergleiche hierzu, das Kriegsrecht zu sehr bevorzugt, ein Fehler, der bei einer Neuauflage unbedingt behoben werden muß. Im übrigen erscheinen mir seine praktischen Fälle leicht verständlich und ausgezeichnet zusammengestellt.

René Picard, docteur en droit, la question de la limitation des armements de nos jours, Paris, 1911, Jouve & Co., 230 S. Preis 4 M.

In Nr. 6 der „Friedenswarte" (1912) habe ich eine andere französische Doktordissertation über die Frage der Rüstungsbeschränkung von Toinet besprochen. Das Buch von Picard ist bereits früher erschienen, was sich, wie ich nachträglich feststelle, Herr Dr. Toinet zu Nutzen gemacht hat, da er eine große Anzahl von Absätzen und Tabellen aus dem Buche Picards ohne weiteres, insbesondere ohne Quellenangabe, übernommen hat. Picards historische Einleitung ist zwar nicht vollständig, gibt aber einige Projekte recht ausführlich wieder, so daß man bei einer historischen Darstellung sein Buch nicht übergehen kann. Er schildert zunächst die Versuche von Sully, Abbé de Saint Pierre, Kant und Bentham. Sodann geht er auf die Bemühungen des Zaren Alexander I. von Rußland ein, die lediglich dahin führten, daß Oesterreich, Preußen und Rußland in dem Vertrage vom 10. Februar 1817 beschlossen, ihre Okkupationsarmee in Frankreich um ein Fünftel zu verringern. Ein im Jahre 1831 in Paris zusammengetretener, von Louis Philipp einberufener offizieller Friedenskongreß, an dem die Gesandten Englands, Oesterreichs, Rußlands, Preußens und die französische Regierung teilnahmen, scheint bisher noch wenig beachtet worden zu sein. Der Kongreß empfahl in einem Protokolle die Abrüstung. Auch die Bestrebungen Napoleons III. und Gambettas werden eingehend wiedergegeben. Ferner ist auf die Vorschläge innerhalb der international law association, des institut de droit international, der interparlamentarischen Union und der Weltfriedenskongresse hingewiesen.

Nach einigen statistischen Tabellen legt der Autor dar, wie unrichtig es wäre, zu behaupten, die Gefahr eines Krieges wüchse mit den Rüstungen. Denn nie habe Europa einen längeren Friedenszustand gesehen. Der Autor vergißt dabei zu erwähnen, daß trotz aller Friedensbeteuerungen, selten die Lage zwischen einzelnen Mächten so gespannt war wie in den letzten Jahren. Ebenso fehl geht auch die Behauptung des Verfassers, viele Menschen würden ihren Beruf verlieren, wenn kein Militär mehr da wäre.

Picard gibt eine Uebersicht über die Verhandlungen der beiden Haager Friedenskonferenzen und erörtert sodann einige Vorschläge in kritischer Weise. Was er sagt, ist sehr dünn. Er sucht zu widerlegen: 1. den Vorschlag eines reinen Stillstandes der Rüstungen, den er für undiskutierbar hält, weil die augenblicklich günstigere Lage eines stärkeren Staates dadurch verewigt und den zukünftigen Veränderungen nicht Rechnung getragen würde; 2. den Vorschlag einer Rüstungsbeschränkung, die als Grundlage die Bevölkerungzahl, den Reichtum eines Landes usw. nimmt. Hiergegen wendet er ein, daß sich diese Faktoren nicht absolut feststellen lassen; 3. den Vorschlag, die Rüstungen danach zu beschränken, wieviel Truppen jedes Land zu seiner Verteidigung nötig hat. Der Verfasser weist darauf hin, daß die hier in Betracht kommenden Faktoren ebenfalls schwer berechnet und namentlich Kolonial- und Heimatstruppen schwer voneinander getrennt werden können. Weiter macht er auf die Bedenken aufmerksam, die 1. bei der Festsetzung eines bestimmten Teiles des Budgets zu militärischen Zwecken infolge der Verschiedenheit der Zivilisation jedes einzelnen Staates; 2. bei der Festsetzung einer bestimmten Truppenzahl infolge der verschiedenen Dauer des Militärdienstes und 3. bei der Sanktionsfrage entstehen. Man braucht wirklich nicht das Buch von Picard aufzuschlagen, um alle diese immer wiederkehrenden Argumente nochmals zu lesen. Sie finden sich bei Meurer viel besser dargestellt. Vor allem hat Meurer viel mehr Literatur benutzt, während ich bei Picard kein einziges deutsches Buch zitiert finde. Es läßt bezüglich des Ernstes, wirklich alle hier in Betracht kommenden Fragen zu prüfen, ebenso zu wünschen übrig wie das Werk von Toinet.

Hervorgehoben sei noch die tendenziöse Auslegung, die Picard dem chilenisch-argentinischen Rüstungsvertrage von 1902 gibt. Auf vielen Seiten müht er sich ab, zu zeigen, daß die Regierungen gar nicht nötig hatten, um das bißchen, was sie vorhatten, zu erreichen, einen besonderen Rüstungsvertrag zu schließen.

Schließlich sagt der Verfasser: Der Plan einer vertragsmäßigen Beschränkung der Rüstungen ist ein unerfüllbarer Traum. Wohl aber wird von selbst ein Nachlassen in den Rüstungen eintreten wegen der großen Kosten, der sozialistischen und demokratischen Propaganda und der immer größeren Verringerung der Kriege. Ganz besonders viel erwartet Picard von der allmählichen Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit, und plädiert zuletzt dafür, daß die Rüstungsfrage nicht wieder auf die Tagesordnung der Haager Konferenzen gesetzt werde.

Mil. R. Vesnitch, Ministre plénipotentiaire, membre de l'institut de droit international, Le cardinal Alberoni Pacifiste, extrait de la „Revue d'Histoire diplomatique", Paris, Typographie Plon-Nourrit et Co., 1912, 37 S.

Bereits im vorigen Jahre hat Vesnitch in der „Revue d'Histoire diplomatique" einen sehr interessanten Aufsatz über „Deux précurseurs français du pacifisme et de l'arbitrage international: P. Dubois et E. Crucé" (58 S.) verfaßt. Seine neueste Schrift ist namentlich darum so außerordentlich bemerkenswert, weil sie auf einem höchst schwierigen Quellenstudium beruht und einen Pazifisten wieder in das Gedächtnis der Welt zurückruft, von dem unsere Generation fast nichts gewußt hat. Alberoni lebte von 1664 bis 1752. Er war von armer Herkunft, erklomm aber schnell die Stufenleiter der katholischen Hierarchie, und hat als spanischer Premierminister eine glänzende Wirksamkeit entfaltet. Mit großer Liebe und viel Verständnis sucht Vesnitch der Bedeutung und dem Leben dieses eigenartigen Mannes gerecht zu werden, und geht dann, nachdem er die Persönlichkeit Alberonis in die Zeitgeschichte eingereiht hat, dazu über, die berühmte Schrift „Alberonis Vorschlag, das türkische Reich unter der christlichen Potentaten Botmäßigkeit zu bringen" (1736, gleichzeitig in deutscher und englischer Sprache erschienen) zu erörtern. Höchst eingehend gibt Vesnitch die Pläne Alberonis wieder, und es ist bereits an anderer Stelle dieser Nummer die Zusammensetzung der internationalen Armee, die die Türken bekämpfen sollte, dargestellt. Er weist die durchaus pazifistische Gesinnung Alberonis, die sich auch in anderen Niederschriften offenbart, nach, und untersucht, von wem er beeinflußt worden ist. Mit Recht erklärt er am Schlusse, das der Baustein Alberonis zu dem Gebäude der internationalen Organisation weder sehr groß noch sehr glänzend ist, daß aber der Kardinal eine größere Beachtung verdiente, als ihm bisher zuteil geworden ist. Die unter Benutzung einer zahlreichen Literatur verfaßte Schrift füllt zweifellos eine erhebliche Lücke in der friedens- und völkerrechtlichen Literatur aus und kann allen, die sich für die geschichtliche Entwicklung der großen pazifistischen Bewegung interessieren, wärmstens empfohlen werden, zumal die Darstellungsweise Vesnitchs eine ganz besonders anziehende ist.

Ernst Zitelmann, Internationales Privatrecht, 2. Band, 3. Stück, S. 609 bis 1025. Leipzig, Duncker & Humblot.

Der Schlußband dieses ausgezeichneten Werkes ist nun endlich nach langer Zeit erschienen. Der erste Band wurde bereits vor 15 Jahren herausgegeben und ist viel beachtet worden. Es kann hier nicht auf die Theorien des Verfassers, die in der Literatur viel diskutiert und namentlich von Meili und v. Bar angegriffen worden sind, eingegangen werden. Es soll nur an dieser Stelle auf die Tatsache der Vollendung des Werkes hingewiesen werden, in dem mit unendlichem Fleiße und der bekannten Genialität Zitelmanns eins der zukunftsreichsten der für die Friedensbewegung wichtigen Rechtsgebiete dargestellt ist.

Publications du bureau international de la paix: Résolutions textuelles des congrès universels de la paix, tenus de 1843 à 1910 et des quatre assemblées générales, substituées aux congrès de 1898, 1899, 1909 et 1911, Berne, 1912, Imprimerie Büchler & Co., 170 S. 1912. Preis 12 M.

Das Berner Bureau hat sich durch die Herausgabe dieses unbedingt nötigen Handbuches ein außerordentliches Verdienst erworben. Wir finden hier die sämtlichen Resolutionen nicht nur der seit 1889 zusammengetretenen Kongresse, sondern auch der früheren sechs Weltfriedenskongresse nach Materien geordnet. Bisher mußte man, wollte man über die Verhandlungen dieser Kongresse in einer bestimmten Frage orientiert sein, alle 30 Bände nachschlagen, was um so größere Schwierigkeiten bot, als ein Teil dieser Protokolle außerordentlich selten geworden und im Buchhandel nicht mehr erhältlich ist. Die Resolutionen sind nach folgenden Materien geordnet: 1. Brüderliche Annäherung der Völker; 2. Armeen; 3. Unverletzlichkeit des menschlichen Lebens; 4. Entwicklung der Friedenskongresse; 5. Internationales Friedensbureau; 6. Propaganda; 7. Finanzielle Hilfsquellen der Friedensbewegung; 8. Politische Aktualitäten; 9. Vorgehen der Missionare und Schutz der Konvertiten. Man kann vielleicht zweifeln, ob sich nicht eine bessere Einteilung hätte finden lassen; z. B. würde ich die Schiedsgerichtsbarkeit nicht unter „Die brüderliche Annäherung der Völker" rubriziert haben. Aber die Hauptsache ist, daß jede Resolution schnell auffindbar ist, und diesen Zweck erfüllt die Zusammenstellung in ausgezeichneter Weise, zumal ein recht ausführliches Sachregister beigegeben ist. Man darf hoffen, daß die Völkerrechtsgelehrten, nachdem dieses Buch erschienen ist, die Ergebnisse der Weltfriedenskongresse mehr als bisher in ihren Büchern verarbeiten werden.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

The American Journal of Int. Law. Vol. VI. No. 3. July. Elihu Root, The Real Significance of the Declaration of Lon-

don. — Richard Olney, General-Arbitration Treaties. — F. E. Chadwick, The anglo-german Tension and a Solution. — William Cullen Dennis, The Arbitration Treaties on the Senate Amendments. — The Canevaro Case at the Hague. — William T. Stead. — Eighteenth Lake Mohonk Conference. — Book Reviews: Besprechung von sechs Schriften Wehbergs durch James Brown Scott. —

Korrespondenz des Verbandes für internationale Verständigung. 1. Nr. 3. 1. IX. 1912. Erster Verbandstag. — Nippold, Die Organisation der internationalen Verständigung. — Piloty, Voraussetzung internationaler Verständigungen. — Fitger, Augenblickliche Schwierigkeiten für den Gedanken der internationalen Verständigung. — Wehberg, Die Marokkofrage und die internationale Verständigung.

Bulletin of the Pan-American Union. July. Sixth pan-american medical Congress. — Latine America at Lake Mohonk. — University Interests in Pan-America. — Secretary Knox Mission. — Diary of the pan-american Society. — usw. usw.

La Vie Internationale, Tome I, 1912, No. 4, Louis-Dop, l'institut international d'agriculture, Marinus, Syndicalisme et internationalisme, notices; faits et documents, réunions internationales.

Ein Besuch in der Ausstellung der Brücke. Bayerische Gewerbeschau. München 1912. 8°. München 1912. 16 S. Seybold, Ansbach.

Bredt, Dr. E. W., Das Plakat, seine Freunde und Feinde, sein Recht und Reich. 8°. München, 1912. 16 S. Seybold, Ansbach.

Ostwald, Wilhelm, Ueber soziales Testieren. Gr. 8°. München 1912. 20 S. Seybold, Ansbach.

Gargas, Dr. Sigismund, Die Chelmer Frage. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalen und konfessionellen Kämpfe in Rußland. Sonderabdruck aus dem 3. Hefte 1912 der Zeitschrift „Die Kultur". 8°. Wien. Selbstverlag. 21 S.

Maciejewski, Dr. Casimir, La Guerre, ses causes et les Moyens de la prévenir. 8°. Paris, 1912. Giard et Brière. 91 S.

In memoriam. Discours prononcés aux funérailles de Frédéric Passy le 14 juin 1912. 8°. Mit Porträt. 35 S.

Bureau Int. de la Cour permanente d'Arbitrage. Protocoles des Séances et Sentence du Tribunal d'Arbitrage Constitué en exécution du Compromis signé entre l'Italie et le Pérou le 20 avril 1910. Différend au sujet de la réclamation des frères Canevaro. Fol. La Haye. 1912. Van Langenhuysen frères. 22 S.

Publication du Bureau International de la Paix. Résolutions textuelles des Congrès universels de la Paix tenus de 1843 à 1910 et des quatre Assemblées générales substituées aux congrès de 1898, 1899, 1909 et 1911. Gr. 8°. Bern 1912. Büchler & Co. 170 S.

National Peace Council. Educational Series. No. 6. Principal J. Estlin Carpenter, The Promotion of int. Peace through Universities. 12 S. — No. 7. John A. Hobson, The Importance of Instruction in the Facts of Internationalism. 4 S. — Social Reform Series. No. 1. Arthur Ponsonby, Social Reform versus war. 8 S. No. 2. Lady Barlow, Peace and Democracy. 4 S. — Political Series. No. 6. J. T. Lawrence, The Third Hague Conference and Innocent Commerce in Time of War. 8 S. 8°. London. 1912. Each 1 Penny.

Macdonell, Sir John, The Growth of the Pacific Spirit. 8°. London. National Peace Council. 4 S.

International Conciliation. August, 1912. No. 57. Charles Patrick Neill, The Interest of the Wage-Exives in the Present Status of the Peace Movement. 8°. New York. 14 S.

Maryland Quarterly. August. 1912. No. 11. Christian Le Lange, The Interparliamentary Univers. 8°. Baltimore. 11 S.

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Im Augusthefte der „Marine-Rundschau" befindet sich aus der Feder von Geheimrat Niemeyer (Kiel) unter dem Titel „Wesen und Wert des internationalen Prisenhofes" eine Entgegnung auf den in Nr. 6 der „Friedenswarte" zitierten Aufsatz von Pohl, in dem dieser sich bekanntlich gegen die Angriffe Hold v. Fernecks in der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht" verteidigte. Niemeyer meint, bei der ganzen Frage müsse das Interesse des internationalen Handels in hohem Grade berücksichtigt werden und befürwortet die Ratifikation des Prisenabkommens.

Baron v. Stael-Holstein veröffentlicht in Nr. 3 von „La Vie Internationale" eine tiefgreifende Studie über „L'air et l'avenir". Er entwickelt hier wiederum u. a. seine Idee, daß ein völliges Verbot des Luftkrieges unmöglich ist und daß man vielmehr versuchen sollte, im Anschlusse an die Ideen von Roosevelt, Dumas und van Vellenhoven eine internationale Luftflotte aufzustellen.

Die neueste Nummer des „American Journal" enthält eine besonders große Anzahl von Artikeln, die für die Friedensbewegung Interesse haben. Root legt dar, eine wie große Bedeutung die Londoner Deklaration für das Zustandekommen des Prisenhofes und demgemäß für einen internationalen Gerichtshof habe. Der internationale Prisenhof, der ohne die Ratifikation des Prisenhofes nicht zustande kommen könne, sei der erste wirkliche Gerichtshof. Nach dem Knoxschen Vorschlage werde aber der Prisenhof nach seiner Errichtung gleichzeitig als ein Gerichtshof für sonstige Streitigkeiten in Funktion treten. In einem Artikel über das Problem des Weltschiedsvertrages führt Richard Olney aus: Die nächste Haager Friedenskonferenz müsse, wenn möglich, einen allgemeinen Schiedsvertrag zustande bringen, durch den alle Streitfragen der Schiedsgerichtsbarkeit überwiesen würden. Die Amerikaner, die auf den Bahnen der Schiedsgerichtsbarkeit stets mit leuchtendem Beispiel vorangegangen seien, müßten auch hier die Initiative ergreifen. Leider scheine

aber die offizielle Stellungnahme der Regierung eine andere zu sein, da man die Streitigkeiten über Fragen der Lebensinteressen, der Ehre und Unabhängigkeit von der Schiedsgerichtsbarkeit ausschließen wolle. Da aber das amerikanische Volk in dieser Frage anders denke, so werde die amerikanische Regierung auf jeden Fall der nächsten Haager Konferenz einen Vertrag vorlegen, der die Klauseln auf ein Minimum beschränke. Olney hebt hervor, daß es zweifellos Fragen gebe, die nicht arbitrabel seien, so die Fragen der inneren oder äußeren nationalen Politik. Wie solle nun bestimmt werden, ob im Einzelfalle eine arbitrable Frage vorliege? Er schlägt in sehr bemerkenswerter Weise vor, es solle der Legislative jedes einzelnen Landes die Befugnis übertragen werden, zu bestimmen, ob die Frage unter den Schiedsvertrag falle. In den gesetzgebenden Kammern säßen die Vertreter des gesamten Volkes, das den Frieden wünsche. Er erinnert daran, wie anläßlich der Alabamafrage Lord Russel anfangs erklärt habe, hier sei die Ehre und die Würde des britischen Thrones und Volkes im Spiele. Die öffentliche Meinung habe aber schließlich den rechten Weg gefunden. Hervorgehoben sei, daß Roots und Olneys Ausführungen auf der diesjährigen Jahresversammlung der „Amerikanischen Völkerrechtsgesellschaft" vorgetragen worden sind. In derselben Nummer nimmt Dennis zu dem englisch-amerikanischen Schiedsvertrage und der Entscheidung des amerikanischen Senates Stellung. Er hält den Vertrag in seiner ursprünglichen Fassung für vortrefflich, ist aber der Meinung, daß durch die ausdrückliche Feststellung des Senates, welche Streitfragen nicht arbitrabel seien, der Vertrag in sich zusammenfällt, da der Senat in diese Rubrik Punkte aufgenommen hat, die nach Dennis Meinung ganz gewiß arbitrabel sind. Dennis führt aus, der Hauptwert dieses Vertrages könne nimmermehr darin beruhen, daß durch ihn Kriege vermieden würden, sondern lediglich in seiner erzieherischen Wirkung, damit andere Völker gleiche Verträge schlössen. Als Modell für gleichlautende Verträge sei aber der englisch-amerikanische Schiedsvertrag in der vom Senate angenommenen Fassung nicht geeignet. Eine Stellungnahme zu diesen Ausführungen erübrigt sich hier, da die Frage von mir eingehend in der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht" (1912, Nr. 3) behandelt worden ist.

Der „Advocate of Peace" veröffentlicht als Leitartikel in der Augustnummer Ausführungen, die sich gegen das amerikanische Panamakanalgesetz wenden. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Streitfrage unter Berücksichtigung der Interessen aller Völker diplomatisch oder schiedsrichterlich erledigt werde. Ferner gibt Riddell einen schönen Ueberblick über die zahlreichen Streitfragen, die Nordamerika und Kanada einem Schiedsgerichte überwiesen haben.

In der Augustnummer des „Concord" berichtet Farrer über das Ergebnis eines interessanten Wettbewerbes, der zur Erinnerung an Hodgson Pratt veranstaltet wurde. Es war ein Preis ausgeschrieben worden für die Schüler Londoner Schulen über das Thema: „Warum sollen die Staaten ihre Streitigkeiten eher auf friedliche Weise als durch den Krieg erledigen?" Man sieht aus diesem Artikel, in wie verschiedener Weise die englische Jugend das Friedensproblem betrachtet.

Im Septemberheft des „Völkerfriede" wird der allmähliche Zusammenbruch der Türkei als bevorstehend bezeichnet und die Frage aufgeworfen, ob es nicht klug sei, daß sich die Mächte in einem Uebereinkommen über das spätere Schicksal der einzelnen Gebiete der Türkei einigten, bevor sie in einen kriegerischen Konflikt über die Verteilung der Türkei gelangen. Der Verfasser meint, Deutschland wolle lediglich deswegen eine unversehrte Türkei, weil es bei einer Verteilung nichts mitbekommen würde; dieser Standpunkt müsse aber aufgegeben werden. Denn das Bemühen, die Türkei zu retten, werde vergeblich sein.

In Nr. 15/16 der „La Paix par le Droit" wird die ägyptische Frage von zwei verschiedenen Seiten, einem Anhänger der englischen Regierung und einem Haupt des national-ägyptischen Komitees, aufgerollt. Wir finden hier in klarer Weise die Richtlinien der englischen wie der ihr feindlichen Politik. Die letztere ist in zehn Leitsätzen wiedergegeben.

In Nr. 15/16 des Organs der schweizerischen Friedensfreunde, „Der Friede", findet sich wiederum eine treffliche Charakterisierung des italienischen Angriffes gegen die Türkei, diesmal aus der Feder von Carl Ludwig Siemering.

Zum Schlusse sei mit Freuden festgestellt, daß Henri van der Mandere in dem Juli-August-Heft von „Vreede door Recht" Schückings Buch „Der Staatenverband der Haager Konferenzen" eine äußerst glänzende Besprechung widmet, die sich ebenso durch ein besonderes Verständnis wie Ausführlichkeit auszeichnet. Die Besprechung wird im Septemberheft fortgesetzt werden. Mit außerordentlicher Begeisterung erzählt van der Mandere von Schückings neuem Werke, das ihm wegen seiner juristischen Schärfe, seines ungewöhnlich guten Stiles und seines warmen Verständnisses für den Pazifismus ein Meisterwerk dünkt. Wahrlich, van der Mandere hat völlig recht, und wir möchten nur wünschen, daß die Mitwelt nicht allzu lange mit der Anerkennung des Schückingschen Werkes zurückhält.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Völkerfriede (September). Umfrid, Auf nach Genf, Heidelberg, Berlin, London. — Ein zusammenbrechendes Reich. — Wehberg, Warum ich Gegner einer internationalen Polizeimacht bin?

Der Friede (Bern). August. Carl Ludwig Siemering, Der tripolitanische Raubzug. — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). No. 15 bis 16. H. C., Genf als Heimstätte der Wissenschaften. — Dr. Hans Wehberg, Ein deutscher Professor über die Ehrenklausel. — usw. usw.

La Paix par le Droit (Paris). Nr. 15 bis 16. Fréd. Passy, Ceux qu'il faut honorer: Louis Ruchonnet. — Pasquet, M. D., l'oeuvre anglaise en Egypte. — Mohamed Farid, La Situation actuelle de l'Egypte. — H. Duméril, Louis XIV et Napoléon Ier. J. L. Puech, Eugène Pelletan. — usw. usw.

Etats-Unis d'Europe (Bern). August.
The Arbitrator (September). Some points of policy. — The strike against war. — Dr. Glaser, Universal military service and democracy. — Hirst, The treatment of commerce in naval warfare.
Concord (London). August. Felix Moscheles, Insecurity. J. A. Farrer, Conscription in New Zealand. — Ders., The Hodgson Pratt Prize Essays. — usw. usw.
National Peace Council. Monthly Circular (London). No. 14.
Advocate of Peace (Washington. D. C.). August. The New Executive Director. — D. Butler decorated. — Bertha v. Suttner, International Peace through the Voice of Women. — Philipp Snowden, The Enemy of Social Reform. — William Renwick Riddell, United States and Canada in Practical Arbitration. Francis W. Hirst, The Treatment of Commerce in Naval Warfare. — usw. usw.
La Luce del Pensiero (Neapel). August. Alma Doleus, Per il diritto e per la civiltà. — L. Mussa, Deliberazione dei pacifisti torinesi. — A. Bossi, Proporto di propaganda pacifista. — usw. usw.
Orgaan van den Algemeenen Nederlandschen Bond „Vrede door Recht" (Haag). Juli-August. Van der Mandere, De beteckenis van den arbeid der Vredesconferenties. I. Het Statenverband van de Haagsche conferenties door Walther Schücking. — Het nederlandsche Voorstel voor de Conferentie der Interparlamentain Unie. — usw.
Fredsbladet (Kopenhagen). August. Aarsmödet. — Fredskongressen in Kristiania.
Ludzkosc (Warschau). Nr. 2. (In polnischer Sprache): Nekrolog über Alexander Glowacki. Die Grundrechte der Völker. — Der Krieg, seine Ursachen und die Mittel zur Vorbeugung. — usw. usw.

☞

Artikel-Rundschau.

Von Carl Ludwig Siemering.

Im August haben auf Betreiben des Berliner „Journal d'Allemagne" ca. 1000 junge Franzosen unter sachkundiger Führung Berlin besichtigt, wodurch natürlich ein neues, wertvolles Band der Annäherung zwischen den beiden Völkern geknüpft wurde. Mit wie scheelen Augen jede derartige Aktion — ganz naturgemäß — von der alldeutschen Presse betrachtet wird, zeigt folgender Passus aus dem Leitartikel der „Leipz. N. N." vom 19. August:

„Inzwischen haben wir den Frieden endgültig gesichert, indem wir in der Reichshauptstadt tausend Franzosen festlich begrüßten. Denn es war in der Tat offiziös zu lesen, daß „dieser Besuch sicherlich zur Stärkung der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland beitragen werde". Immerhin ist dies glücklicherweise der einzige Versuch geblieben, eine an sich völlig gleichgültige Visite, wie sie die Franzosen uns machten, zu einem politischen Ereignis von Bedeutung emporzuschrauben. Gebranntes Kind scheut das Feuer, und wir sind oft genug gebrannt worden, um endlich eine ehrliche Scheu vor diesem ewigen Märchen zu empfinden, daß schicksalsschwere, nationale Gegensätze, die Blut und Eisen schufen, durch Telegramme und Toaste, durch Empfänge und reiche Bewirtung aus der Welt geschafft werden können.

Kommentar überflüssig!

*

Maurice Allard schreibt Mitte August in der „Humanité" von Jean Jaurès am Schlusse einer Betrachtung über den Petersburger Besuch des Ministerpräsidenten Poincaré:

„Oh! Wenn unser französisches Volk noch nicht der nationalistischen Barbarei zum Opfer gefallen wäre, würde ich das Einvernehmen mit Deutschland vorziehen, das den Frieden sicherte und den blöden Rüstungen, die die Nationen ruinieren, ein Ziel setze. Das würde logisch und weise sein. Aber wie soll man von Logik und Weisheit bei der allgemeinen Tollheit sprechen, die die Welt noch immer regiert!"

In Deutschland pflegt man des Kontrastes wegen einer vernünftigen einheimischen Aeußerung stets die nationalistische eines fremden Blattes folgen zu lassen. Hier wurde einmal aus Gründen ausgleichender Gerechtigkeit der umgekehrte Weg beschritten: auf die deutschen „Leipz. N. N." folgt die französische „Humanité".

*

Wie wenig übrigens in gewissen Kreisen Deutschlands das Verständnis für echten Internationalismus entwickelt ist, zeigt erneut ein Leitartikel der „Kreuzzeitung" von Johannes W. Harnisch vom 8. August, betitelt: „Internationalismus — und die Praxis"! Darin heißt es nach einer Anzahl schiefer oder halbwahrer Behauptungen zum Schluß:

„Ob's da nicht doch vielleicht besser ist, sich mit Bewußtsein und Willen als Teil der Nation zu fühlen? Ob nicht die nationale Gesinnung, die aus der Achtung der eigenen nationalen Individualität heraus auch die anderen nationalen Individualitäten begreift und achtet, der kümmerlichen internationalen Frisur vorzuziehen ist, unter der unbewußt und unkontrolliert die fadeste nationale Ueberheblichkeit haust? Und ein Narr wartet auf Antwort."

Die zahlreichen Unrichtigkeiten dieses Artikels — vor allem jene ungeheuerliche Behauptung, daß die Wissenschaft im Grunde nur national orientiert sei — hat Redakteur Scherek von der „Freis. Ztg." in einem vielgedruckten Artikel aufgedeckt und abgetan. Er schließt mit den Worten:

„Im übrigen ist das selbstverständliche Bestreben, die Gegensätze zwischen den einzelnen Völkern abzuschwächen, Brücken herüber und hinüber zu schlagen, Güter-, Kunst- und Menschenaustausch zu pflegen, nicht identisch mit Internationalismus. Man kann und soll das eine tun und wird doch das andere, das Nationalbewußtsein, nicht lassen. Macht man sich diesen Satz zu eigen, so fallen die Widersprüche, die der „Kreuzzeitungs"-Artikel entdeckt haben will, in sich zusammen."

Herr Harnisch hätte besser getan, anstatt öffentlich über den Internationalismus zu schreiben, sich zuvor erst einmal in die reiche einschlägige Literatur ein wenig zu vertiefen. Er bekämpft, dazu noch mit untauglichen Mitteln, die Karikatur, nicht aber das Wesen des Internationalismus.

*

Am 20. August wendet sich im „Tag“ Herr vom Rath, Mitglied des Abgeordnetenhauses, bei Besprechung der Artikel von fünf englischen Parlamentariern im Augustheft der „Deutschen Revue“ gegen „die in Deutschland immer noch einflußreiche Partei der Flottentreiber“, die solche versöhnlichen Aeußerungen totschweige. Er fährt fort:

„Um bei Beginn der Flottenbewegung die englische Gegnerschaft und die Bedrohung Deutschlands durch die britische Flotte dem Philister plausibel zu machen, wurde von den Flottentreibern die Mär erfunden, die industrielle und Handelskonkurrenz Deutschlands werde England mit der Zeit derartig unerträglich, daß es eines Tages trachten werde, sich ihrer gewaltsam, d. h. durch einen Angriffskrieg, zu entledigen. Diese Legende ist die Basis der deutschen Flottentreiberei; der Platz an der Sonne, der erforderliche Schutz der Kolonien usw., alles das ist nur Ornament. Und es gibt tatsächlich eine große Zahl ganz verständiger Leute in Deutschland, die den unaufhörlich immer wieder vorgetragenen Unsinn schließlich . . . . glauben. Vielleicht werden sie aber doch irre, wenn sie hören, was Mr. Dickinson, Abgeordneter von London, über diesen Punkt zu sagen hat: „Es mag gedankenlose Leute in England geben, die bisweilen die erwähnte Ansicht aussprechen; die große Masse der vernünftigen britischen Geschäftsleute weist sie mit Entschiedenheit zurück. Die Handelskreise in England sind sich darüber klar, daß sie das größte Interesse an der Erhaltung des Friedens haben, daß ein Krieg mit Deutschland Katastrophen über ihre Geschäfte heraufbeschwören würde, für die selbst ein siegreicher Ausgang des Kampfes sie nicht entschädigen könnte.“ So weit Mr. Dickinson.“

Die Ausführungen des kompetenten englischen Beurteilers werden mit der Mär gründlich aufräumen, daß England Deutschland mit Krieg bedrohe, weil die Handelskonkurrenz unerträglich sei. Das deutsche Publikum sollte sich die fortgesetzte Wiederaufwärmung dieses alten Bratens energisch verbitten.“

Das „deutsche Publikum“ ist in internationalen Dingen leider sanftmütig und geduldig.

*

Der italienische Delegierte Dr. Benedetto Cirmeni veröffentlicht unter dem Titel „Die Initiative Oesterreich-Ungarns und Italien“ am 21. August in der „N. Fr. Pr.“ — ohne daß die Redaktion die kleinste Randglosse dazu macht — einen seiner unangenehm aufdringlichen, den kriegerischen Instinkten seines Volkes schmeichelnden Leitartikel, in dem es gegen Schluß heißt:

„Je länger der Krieg dauert, desto deutlicher zeigt es sich, daß dieser Krieg für die Eroberung Tripolitaniens und der Cyrenaika nicht ein Krieg des Herrscherhauses oder der Regierung ist, sondern ein Krieg des italienischen Volkes ohne Unterschied der politischen Partei, der sozialen Klassen, der religiösen Bekenntnisse und des Geschlechtes. In diesem Kriege ist es nicht die Regierung, die das Volk mit sich zieht, sondern das Volk war es, das die Regierung nötigte, endlich einmal mit den ewigen Zögerungen und mit dem Uebermaß von Vorsicht ein Ende zu machen.

Das Tieftraurige ist, daß diese Worte — mit gewissen Einschränkungen und leuchtenden Ausnahmen — leider im Grunde zutreffen, und daß zu dem kriegerisch fanatisierten „Volke“ auch der greise Moneta zählt, einst eine ragende Säule des italienischen Pazifismus!

*

Genosse v. Vollmar hat am 21. August in der bayerischen Kammer der Abgeordneten die Ablehnung des Militäretats, die er namens der Sozialdemokratie verkündet, mit einigen patriotisch klingenden Wendungen verbrämt. Lasse sich einmal der Krieg nicht mehr vermeiden, so sagte er, dann trete auch für die Sozialdemokratie vor der Not des Vaterlandes alles andere zurück, und die Sozialdemokraten würden in diesem Falle nicht die schlechtesten Kämpfer sein. Aehnliches hat man auch im Reichstag schon gehört, wo Herr Noske und sogar der alte Bebel selbst sich bereit erklärten, gegebenenfalls die Flinte zu schultern. Die „Leipz. Volksztg.“ sagt zu Herrn v. Vollmars patriotischer Aufwallung folgendes:

„Allerdings hat die deutsche Sozialdemokratie es abgelehnt, sich für den Fall einer Mobilmachung auf irgendeine Maßregel wie Streik usw. festzulegen. Aber nirgends steht geschrieben, daß im Falle eines Krieges „auch“ die Sozialdemokratie plötzlich vor der „Not des Vaterlandes“ „alles andere“ zurückstellen werde, was man immer unter dieser Kriegervereinswendung verstehen mag. Die Stellung der Sozialdemokratie für den Fall eines Krieges ist denn doch erheblich anders, als Genosse Vollmar sie hier andeutet. Die Resolution des internationalen Kongresses von Stuttgart besagt darüber: „Falls der Krieg ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Mitteln dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krisis zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ Diese Resolution hat Genosse Vollmar seinerzeit mitgefaßt, und sie besagt ungefähr das Gegenteil dessen, was er in der bayerischen Kammer geäußert.“

Man wird zugeben müssen, daß die „Leipz. Volksztg.“ den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie richtiger zum Ausdruck bringt als Genosse v. Vollmar, der sogar die früher oft gehörte Einschränkung, daß die Sozialdemokraten nur bei einem Angriffskrieg auf Deutschland gern die Flinte schultern würden, hier fallen zu lassen scheint.

*

Der Tripolis-Korrespondent des „Berl. Tagebl.“, Herr Gottlob Adolf Krause, zieht am 22. August das Fazit des nunmehr einjährigen Kampfes um Tripolitanien und konstatiert „etwas Sonderbares“ an diesem an Sonderbarkeiten so reichen Kriege, von dem in diesen Tagen eine italienische parlamentarische Autorität sagte: „Man muß die Originalität, die Sonderbarkeit und die Anormalität dieses Krieges hervorheben, der nun fast ein Jahr dauert, den man führt, und den man nicht führt. Wir singen, wie der Chor in der Operette, daß wir marschieren müssen, und wir marschieren nicht. Mit homöopathischen Pillen haben wir den Krieg angefangen, der denkwürdig bleiben wird in den Annalen der Kuriositäten.“

Und mit diesem Kriege wollte Italien bekanntlich sein „Prestige“ (= Gaukelei, vgl. Lexikon!) vor der Welt erhöhen. — Herr Krause fährt fort:

„Ein ganzes Jahr ist für die Italiener nötig gewesen, um durch Kämpfe das zu erreichen, was sie bei Ausnutzung des Augenblicks bei Beginn des Krieges kampflos hätten haben können. Wenn die Italiener einmal aus der Kriegsbegeisterung in einen normalen Zustand zurückgekehrt sein werden, dann wird ihnen diese Erkenntnis eine bittere Pille sein. Und italienische Denker fangen schon an, ihre Landsleute zur Besinnung zu mahnen. So war dieser Tage ein Artikel in der ministeriellen „Tribuna“ mit der Ueberschrift: „La misura“, Maßhaltung, in dem gesagt wird: „In jeder Tat, in jeder Episode, in jedem kriegerischen Akt eine Art epischer Wundertat zu sehen, die dazu bestimmt ist, nicht nur Italien, sondern die Welt in Erstaunen zu setzen — wie wir es jetzt in den italienischen Zeitungen chronisch sehen —, ist eine romantische Entartung: heißt, freimütig gesagt, sich des Krieges unwürdig machen.“

In Europa ist die Meinung verbreitet, daß es den Italienern unmöglich gewesen sei, ins Innere vorzudringen, infolge des Widerstandes, der ihnen von den Türken-Arabern entgegengesetzt worden sei. Das ist vollständig irrig. Die Italiener sind nicht ins Innere vorgedrungen, weil sie nicht den Mut gehabt haben, vorzugehen.“

— Prestige!!

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Bibliographie): 1. Friedensbewegung im allgemeinen: Stehelin, La tâche morale de l'association pour l'entente internationale. „Journal d'Alsace-Lorraine.“ 2. VIII. * Th. Ruyssen, Die Stimmung in Frankreich und der Pazifismus. „Düsseldorfer Tageblatt.“ 21. VIII. „Casseler Tageblatt.“ 15. VIII. „Neue Hamburger Zeitung.“ 18. VIII. * Ferdinand L. Leipnik, Eine deutsch-englische Verständigungsaktion. „Pester Lloyd.“ 11. VIII. * Der Geist, in dem die auswärtige Politik aufgefaßt werden muß. „Die Mainbrücke.“ (Frankfurt a. M.). 27. VII. * Friedrich Curtius, Internationale Verständigung. „Münchener Neueste Nachrichten.“ 13. VIII. * Sozialdemokratie und Reichsverteidigung. „Neue Preußische (Kreuz) Zeitung.“ 9. VIII. * Alfred Wagner, Grund und Recht der Friedensidee. „Pfälzische Volkszeitung“ (Kaiserslautern). 15. und 16. VIII. * v. Ullmann, Ein Verband für internationale Verständigung. „Deutsche Juristenzeitung.“ 1. IX. * Johannes Tiedje, England und die deutschen Pazifisten. „Die Hilfe.“ 1. VIII. * La Paix et les armements. „Temps.“ 20. VIII. * Gévin-Cassal et Nippold, Le rapprochement intellectuel franco-allemand. „Journal d'Alsace-Lorraine.“ 29. VIII.

II. Die internationale Politik: Otto Arendt, Der unblutige Krieg zwischen England und Deutschland. „Tag.“ 27. VIII. * Hermann vom Rath, Handelskonkurrenz ein Kriegsgrund? „Tag.“ 20. VIII. * Derselbe, Eine Bedrohung des deutschen Wirtschaftslebens. „Tag.“ 4. IX. * Derselbe, Deutschland und England. „Badische Presse.“ 28. VIII. * Karl Schrader, Der Vorschlag des Grafen Berchtold. „Berliner Tageblatt.“ 20. VIII. * Dr. Joseph Bayer, Das Balkanchaos. „Berliner Börsen-Courier.“ 17. VIII. * O. D., Wohin gehören Holland und Belgien? „Deutsche Zeitung.“ 17. VIII. * Dr. Frhr. v. Mackay, Deutschland, England und die weite Welt. „Allgemeine Zeitung“ (München). 3. VIII. * v. Liebert, Friedliche Sommeraussichten. „Die Zeit“ (Wien). 4. VIII. * Reay, Der sinkende Monroeturm. „Das freie Wort.“ Nr. 9. * Die Lösung des italienisch-türkischen Konfliktes. „Deutsche Revue.“ Augustheft. * Ansichten englischer Unterhausmitglieder über die Beziehungen zwischen Deutschland und England: Arthur Ponsonby: Einleitung; Noel Buxton: Die diplomatische Seite der Frage; A. G. C. Harvey: Die Flottenfrage; W. H. Dickinson: Die wirtschaftliche Seite; F. W. Jowett: Der Standpunkt der englischen Arbeiter. „Deutsche Revue.“ Augustheft. * Arnaud, L'Europe unie. „L'inpendance Belge.“ 9. VIII. * Deutschland, England und der Krieg. „Breslauer Generalanzeiger.“ 11. VIII. * N. Bemold, Krieg oder Verständigung zwischen Deutschland und England. „Oesterreichische Rundschau.“ 15. VIII. * Gabriel Bonvalet, Pourquoi l'Allemagne veut actuellement la paix. „Courrier du Mexique.“ 14. VII. * Axel Schmidt, Deutschland und das französisch-russische Marineabkommen. „Berliner Börsen-Courier.“ 10. VIII. * v. Blume, Deutschland und England. „Tag.“ 3. IX. * Maria Döring, „Die Italienerin (Mathilde Serao) und der Krieg. „Berliner Börsen-Courier.“ 24. VIII. * Dr. Ludwig Müller, Der Weltstaat. „Deutsche Welt.“ 25. VIII. * Erzberger, Sozialdemokratie und Krieg. „Tag.“ 31. VIII.

III. Völkerrecht: v. Krzcsinski, Der Papst als Souverän. „Tag.“ 28. VIII. * Wilhelm Kaufmann, Die völkerrechtliche Unzulässigkeit des Panamakanalgesetzes. „Berliner Tageblatt.“ 3. IX. * Max Fleischmann, Deutsch-österreichische Rechtsbeziehungen. „Tag.“ 31. VIII. * Hans Wehberg, Deutsch-englische Versicherungsverträge im Kriegsfalle nach englischem und internationalem Recht. „Bank-Archiv.“ 15. VIII. * Derselbe, Die Genfer Interparlamentarische Versammlung. „Berliner Tageblatt.“ 24. VIII. * Derselbe, Das Institut de droit international und die Carnegiefriedensstiftung. „Berliner Tageblatt.“ 28. VIII. * Dr. Alexander Petrovics, Das Werk vom Haag. „Pester Lloyd.“ 25. VIII. * Baron Stael v. Holstein, Une Cour de justice internationale. „L'indépendance Belge.“ 27. VIII.

IV. Wirtschaftliches: Les causes économiques de la prochaine guerre. „Revue“ (Paris). 15. VIII. * Dr. M. Urville, Kredit und Krieg. „Die Bank.“ Augustheft.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Berlin W. 50. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2
Druck: Pass & Garleb G.m.b.H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien.

Oktober 1912.

Vor zwanzig Jahren.

Aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens der deutschen Friedensgesellschaft. (1892—1912.)

Man wird vielleicht einwenden, daß die Zeitverhältnisse gerade nicht danach angetan seien, um das Jubiläum einer Friedensgesellschaft in Deutschland zu begehen. Doch ist der Friedensgedanke heute viel zu fest in dem Gewissen der Zeitgenossen verankert, als daß man veranlaßt wäre, über die Unbilden der Stunde hinweg, das große Organisationswerk zu übersehen, an dessen Errichtung in der ganzen Welt seit Jahrzehnten gearbeitet wird und an dessen Fortentwicklung auch in Deutschland erhebliche Mitarbeit geleistet wurde.

Es war in den Herbsttagen des Jahres 1892 auch kein günstiger Wind für das Friedensproblem vorhanden. Die große Caprivische Militärvorlage unterlag den Beratungen des Reichstages, der seine Opposition alsbald durch seine Auflösung büßen mußte. Der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich war noch so mächtig, die letzte Gefahr, die aus dem Aufkommen des Generals Boulanger herrührte, noch so in aller Erinnerung, daß die Opposition gegen eine Organisierung des Friedenswerkes in Deutschland wohl begreiflich erschien. Aber die Schaffung der deutschen Friedensgesellschaft war damals nicht nur eine Notwendigkeit zum Zwecke der Herbeiführung positiver pazifistischer Arbeit, sondern auch vom internationalen psychologischen Gesichtspunkte aus ein von der Taktik aufgedrängtes Bedürfnis. Die Friedensarbeiter hatten sich nämlich in allen Ländern Europas und auch in Amerika zu organisieren begonnen. In England hatte die Friedensbewegung bereits eine jahrzehntelange Geschichte hinter sich, in Frankreich hatte Frédéric Passy eine starke, den Chauvinismus und den Revanchegedanken eindämmende Bewegung entfacht, in Oesterreich hatte die Baronin Suttner die österreichische Friedensgesellschaft ins Leben gerufen, in Italien, in der Schweiz, in den skandinavischen Ländern entstanden Friedensgesellschaften. Die nationalen Gesellschaften hatten sich zu internationalen Organisationen vereinigt, es fanden seit 1889 regelmäßige Weltfriedenskongresse statt, die in der Oeffentlichkeit ein gewisses Aufsehen erregten, die Interparlamentarische Union war gegründet worden, und das Zentralamt der pazifistischen Bewegung in Bern wurde in Betrieb gesetzt. Nur im Deutschen Reiche fehlte es an einer ähnlichen Organisation. Ein Umstand, der gewiß nicht im Interesse des deutschen Volkes lag. Auf den Weltfriedenskongressen fehlten die Deutschen zuerst überhaupt und erst seit dem Jahre 1891 fanden sich zwei oder drei, die sich an der internationalen Arbeit beteiligten.

So kam das Jahr 1892 heran, das auch für Deutschland eine Friedensbewegung zeitigte. Wohl wurde schon im Jahre 1886 durch Hodgson Pratt im Verein mit Franz Wirth zu Frankfurt a. M. eine Friedensgesellschaft gegründet, die sich aber wenig bemerkbar machen konnte; wohl stand bereits Dr. Adolf Richter seit Jahren mit der Genfer „Ligue de la Paix et de la Liberté“ in Verbindung, wohl hatte Max Hirsch im Jahre 1891 es vermocht, aus Anlaß der in Rom zusammentretenden dritten interparlamentarischen Konferenz, auch im Schoße des deutschen Reichstags eine Interparlamentarische Gruppe zu gründen und mit einer Gruppe deutscher Reichstagsabgeordneten an der Römer Konferenz sich zu beteiligen; aber von einer den anderen Ländern gleichwertigen Friedensbewegung konnte in Deutschland nicht die Rede sein. Erst das Erscheinen des Romans der Baronin

von Suttner vermochte es, die breiten Massen des deutschen Volkes für den Friedensgedanken empfänglicher zu gestalten. Den Erfolg dieses Buches galt es auszunützen.

Im Januar 1891 erschien die erste Nummer der von der Baronin Suttner redigierten Monatsschrift „Die Waffen nieder"!, der ersten deutschen Zeitschrift, die sich der Propagierung des Pazifismus widmete. Auf dem im August desselben Jahres in Bern stattgehabten IV. Weltfriedenskongreß erließen die drei dort anwesenden deutschen Teilnehmer, Franz Wirth, Dr. Richter und Frau Fischer-Lette einen Aufruf zur Gründung deutscher Friedensgesellschaften. Auch Baronin Suttner versuchte von ihrem Wohnsitz in Oesterreich aus ihre deutschen Freunde für die Gründung einer solchen Friedensgesellschaft zu interessieren. Nach einem im September jenes Jahres dem Ehepaar v. Suttner auf dem Schlosse Harmannsdorf gemachten Besuche, wobei die Notwendigkeit einer deutschen Friedensgesellschaft erörtert wurde, unternahm es der Herausgeber dieser Blätter, in Berlin die Vorarbeiten zur Gründung einer deutschen Friedensgesellschaft zu unternehmen. Die Ungunst der Zeit wurde damals noch verschärft durch den Umstand, daß die fortschrittlichen Elemente in der Reichshauptstadt gerade durch die Gründung zweier neuer Gesellschaften fast vollständig in Anspruch genommen waren. Die „Ethische Gesellschaft" hatte eben ihre Tätigkeit mit Erfolg begonnen und Egidy sammelte mit der bezwingenden Kraft seiner Persönlichkeit alle diejenigen, die des Zeitalters überdrüssig waren, unter seinem Banner. Die freisinnigen Reichstagsabgeordneten, die sich anfangs dem Unternehmen geneigt zeigten, schienen, als es schließlich darauf ankam, zur Tat zu schreiten, Bedenken zu haben und zogen sich zurück. Eugen Schlief, der eben sein Werk „Der Friede in Europa", das man erst heute zu verstehen und zu schätzen anfängt, veröffentlicht hatte, war der erste, der mir seine Hilfe zusagte. Er kam von Dresden, wo er damals seinen Wohnsitz hatte, nach Berlin und half mir bei den ersten Besuchen. Mit seiner Hilfe gelang es mir auch, eine Anzahl Männer in der deutschen Reichshauptstadt zusammenzufinden, die sich bereit erklärten, zur Gründung einer deutschen Friedensgesellschaft ihre Hand zu bieten. Aber schon bei den ersten beratenden Versammlungen zeigte sich Schlief im Gegensatz zu allen übrigen, so daß er noch vor Gründung der Gesellschaft von der Mitarbeit Abstand nahm. Wie mit seinem Buch, war er auch mit seinen Ideen über die Grundlagen einer deutschen Friedensgesellschaft um zwei Jahrzehnte vorausgeeilt. Er wollte durchaus eine Gesellschaft gründen die sich nur als politische Körperschaft gibt, um einen Einfluß auf die Regierung zu gewinnen. Die Frauen wollte er unter allen Umständen ausgeschlossen wissen. Das, was ihm damals vorschwebte, konnte erst jetzt in dem „Verband für Internationale Verständigung" verwirklicht werden. Das Jahr 1892 war für seine Ideen nicht reif.

Die Konstituierung der Deutschen Friedensgesellschaft mußte ohne seine Mithilfe zustandekommen. Am 9. November kam es in der Weinstube im Kaiserhof zu ihrer Konstituierung. Unter den Männern, die in der ersten Stunde in den Ausschuß der neuen Friedensgesellschaft traten, befanden sich Geheimrat Dr. Förster, Pfarrer Hetzel, Dr. Richard Grelling, R. Schmidt-Cabanis, Professor Moritz Brasch (Leipzig), Dr. Adolf Richter (Pforzheim), Franz Wirth (Frankfurt), Graf Bothmer (Wiesbaden) und viele andere. Auch Friedrich Spielhagen hatte seine Mitwirkung zugesagt, diese jedoch bald eingestellt. Georg von Bunsen und Professor Virchow drückten ihre Sympathien aus. Freiherr von Roggenbach, der Freund Kaiser Friedrichs, den man zum Vorsitzenden gewinnen wollte, bekundete viel Sympathien für die Sache, verhehlte sich aber die Schwierigkeiten nicht und lehnte schließlich ab.

Mit der Konstituierung am 9. November war die Gesellschaft natürlich noch nicht fertig. Es dauerte noch einige Zeit, ehe die Organisation vollständig und die Arbeit im vollen Umfange aufgenommen wurde. Die Hauptstütze fand aber die Deutsche Friedensgesellschaft doch im deutschen Süden, wo Franz Wirth, Richard Reuter, Dr. Richter, Pfarrer Umfrid, Rich. Feldhaus die Aktion in entschiedener Weise betrieben, bis daraus der richtige Entschluß gezeitigt wurde, den Sitz ganz nach Stuttgart zu verlegen.

Was in diesen zwanzig Jahren erreicht wurde, ist immerhin von so hoher Bedeutung, daß die Deutsche Friedensgesellschaft mit Befriedigung auf ihr Werk zurückblicken kann. Sie hat in Deutschland die öffentliche Meinung zugunsten des Pazifismus derartig beeinflußt, daß die Ideen, die man

Anfang der neunziger Jahre noch verlachte, teilweise schon in das Programm der Reichsregierung aufgenommen worden sind. Sie hat den Boden vorbereitet für die Arbeiten der deutschen Völkerrechtswissenschaft, die vor 20 Jahren dem Friedensgedanken noch sehr ferne stand, diesen aber heute als ihr Hauptgebiet betrachtet. Die Renaissance der deutschen Völkerrechtswissenschaft wurde durch sie bewirkt. Und man kann mit Sicherheit annehmen, daß die anglo-deutschen und die franco-deutschen Gegensätze bereits zur Katastrophe geführt hätten, wenn nicht die Einwirkung des deutschen Pazifismus ein Hemmnis gebildet hätte. Es war schließlich von großer Wichtigkeit, daß bei dem Aufstieg des internationalen Pazifismus auch Deutschland mitwirken konnte, was sicherlich nicht möglich gewesen wäre, wenn es nicht zur Schaffung der Friedensgesellschaft gekommen wäre. Welche diplomatischen Niederlagen hätte die Reichsregierung auf den Haager Konferenzen erlitten, wenn nicht eine organisierte deutsche Friedenspartei die öffentliche Meinung Deutschlands schon so bearbeitet hätte, daß ihr Nachdruck der Regierung im Haag das Entgegenkommen erleichterte.

Damit ist aber die Bilanz dieser zwanzig Jahre nicht abgetan. Man muß den gesamten Stand der pazifistischen Entwicklung in der Welt in Rechnung stellen, da der deutsche Pazifismus als gleichwertiges mitwirkendes Glied seinen redlichen Anteil an der Gesamtleistung genommen hat. Und so betrachtet, erweist sich der Fortschritt als ganz außerordentlich. Ist doch an Stelle der Staatenanarchie von 1892 der Ansatz des Staatenverbandes getreten, der im Haager Werke seinen sichtbaren Ausdruck findet. Wer hätte vor zwanzig Jahren zu prophezeien vermögen, daß wir im Jahre 1912 diesen Völker-Schiedshof besitzen werden, der schon neunmal funktioniert und sogar die Kanonen zum Schweigen gebracht hat, daß Friedenskonferenzen der Regierungen ständige Einrichtungen sein werden, daß über 150 Schiedsverträge zum Abschluß gebracht sein und die mächtigsten Militärstaaten solche Verträge eingehen werden. Wer hätte es gewagt, dies alles vorauszusehen und vorauszusagen, ohne als Narr angesehen zu werden? Freilich, die Weltordnung ist noch nicht hergestellt, der Vernunftfrieden herrscht noch nicht. Daß wir aber auf dem Wege zum Ziele in diesen zwei Jahrzehnten eine ungeheuer große Etappe zurückgelegt haben, Erfolge erzielten, die damals kaum erhofft werden durften, ist eine Tatsache, die einfach nicht bestritten werden kann. Und an diesem Fortschritt mitgewirkt, im Dienste der Menschheit ehrliche Arbeit geleistet zu haben, darf sich am Wendepunkt ihres zweiten Jahrzehntes die Deutsche Friedensgesellschaft offen rühmen. Sie wird fortfahren an dem Friedenswerke weiterzubauen, im Dienste der Menschheit, zum Wohle des Vaterlandes. A. H. F.

Die Propaganda der Tat.

Auf dem Balkan wird „aktive" Politik gemacht. Das heißt, man versucht durch das uns heute schon etwas vorsintflutlich anmutende Mittel des Zerbrechens menschlicher Knochen und Zerreißens menschlicher Gewebe, durch das Verbrennen und Zertrümmern von Gütern Vorteile zu erringen. Zurzeit, wo diese Zeilen geschrieben werden, hat erst das „Königreich" Montenegro seine Bürger von dem unangenehmen Zwang der europäischen Zivilisation befreit und ihnen unter den üblichen Zeremonien die lang entbehrte Gepflogenheit des Nasen- und Ohrenabschneidens, des Bauchaufschlitzens und Sengens freigestellt, ja sogar zur Pflicht gemacht. Der König von Montenegro vergaß nicht, sich vorher zu bekreuzigen und seinem jüngsten Sohne zu gestatten, den ersten Kanonenschuß abzugeben. Wahrscheinlich hält man das in Montenegro noch für eine gewisse Auszeichnung. Die übrigen Balkanstaaten haben zur Stunde mit diesen Handlungen noch nicht begonnen, dürften aber, bis diese Zeilen vor die Augen der Leser kommen, ihre Ankündigungen zur Tat gemacht haben. Man nennt diese Handlungen wenn sie von Regierungen beschlossen, und eine Zeitlang fortgesetzt werden, „Krieg". In der Psyche einer großen Anzahl unserer Zeitgenossen wird der Krieg bekanntlich als eine Naturerscheinung angesehen, gegen die die Menschen ebensowenig ankämpfen können, wie gegen Hagelschlag oder Erdbeben. Während es jedoch eine ganze Anzahl Leute gibt, die da versuchen, die Menschheit vor den verschiedensten Ausschreitungen der Natur zu bewahren, oder zum mindesten sie gegen die Folgen weiterer Natur-Exzesse zu schützen, werden diejenigen, die es versuchen, gegen jene angebliche Naturgewalt, die sich durch Nasenabschneiden, Bauchaufschlitzen und ähnlichen Methoden des sozialen Kampfes auflehnen, noch immer als Phantasten betrachtet.

Wir Pazifisten sind nur Menschen. Wir können unsere bessere Erkenntnis der Dinge nicht anders zur Nutzanwendung bringen, als durch geschriebene und gesprochene Worte.

Unsere Propaganda kann daher nur jene erreichen, die für theoretische Auseinandersetzungen, das ausreichende Verständnis aufbringen. Wo dieses fehlt, sind wir machtlos. Da kommt uns aber die Logik der Dinge zu Hilfe und wertet die Dummheit der Kriegsgläubigen für unsere Zwecke um. Die Gegner der Friedensidee kommen uns selbst zu Hilfe. Sie üben die Propaganda der Tat.

Dieser Balkankrieg wird die Arbeit dort fortsetzen, wo uns die Kräfte versagten. Er wird auch dem Einfältigsten klar machen, daß der Krieg ein aus der Urgeschichte der Menschheit überkommener Wahnwitz ist, und daß eine festgefügte Rechtsordnung allein das Glück der Menschheit besiegeln kann. Das blutige Werk da unten wird pazifistischer Anschauungsunterricht sein und wird auch die Stumpfsinnigsten aufrütteln zur Einsicht, daß die moderne Menschheit ihr Auskommen mit den veralteten Mitteln der Vergangenheit nicht mehr finden kann. Dieser Krieg, der zwar in Europa geführt wird, aber kein europäischer Krieg sein wird, wird den Nachweis erbringen, daß selbst die aufs äußerste angespannten Rüstungen die europäischen Völker vor Schädigungen nicht bewahren können. Wenn sie selbst aus diesen Balkanwirren ohne gegenseitige Zerfleischung hervorgehen sollten und auf einer internationalen Konferenz, die alte Ordnung wieder werden herstellen können, werden sie am Schlusse schon soviel materielle Nachteile erfahren haben, als sie früher in eigenen Kriegen nicht zu erleiden hatten. Schon durch die bloße Mobilisierung wird der Verlust an Wirtschaftswerten in europäischen Ländern nach Hunderten von Millionen beziffert, die bereits verloren gingen. Die Börsen, die nur den Maßstab der Wirtschaft bilden, haben dies deutlich angezeigt. Aber die durch den Krieg bewirkte Zahlungsunfähigkeit der Balkanstaaten hat in Oesterreich allein über 100 Millionen Außenstände der Handelswelt als uneinbringbar in Frage gestellt. Daß die Konsumfähigkeit der sich zerfleischenden Balkanstaaten nach dem Gemetzel gehoben werden wird, dürfte auch der begeistertste Kriegsapostel nicht zugeben wollen. Europa wird seine Uneinigkeit durch Verlust an Wohlstand, durch Vermehrung des Elends bezahlen. Die einzelnen Staaten mögen vielleicht vor dem direkten Krieg bewahrt bleiben, die Folgen des indirekten, den sie selbst mitverschuldet haben, büßen sie bereits, werden sie noch nach Jahren spüren.

Und daß Europa diesen Krieg verschuldet hat, wie es den Tripoliskrieg verschuldet hat, daß hier wie dort nur die Mandatare der sogenannten „Mächte" kämpfen, kann nicht bezweifelt werden. Jene unheimliche Gilde, die noch immer unkontrolliert die Geschäfte der Menschheit führt, hat ihre Unfähigkeit zu ihrem Berufe neuerdings bewiesen. Sie hat den Tripolisraub erlaubt und einen besonderen Stolz dareingelegt, daß sie die Gewaltanwendung von der europäischen Türkei fernzuhalten, den Krieg zu „lokalisieren" vermochte. Was ihr auch praktisch gelungen, in der Theorie hat es sich als hinfällig erwiesen. Die Italiener durften es wohl nicht wagen, dem gesamten Willen Europas zum Trotz, die Türkei in ihrem Lebensnerv anzugreifen, aber die erschütterte Ordnung gab den Balkanstaaten die Gelegenheit, ihrerseits die europäische Türkei zu bedrohen. Was sie in vierzig Jahren nicht vermochten, hat ihnen nunmehr die europäische Diplomatie möglich gemacht. Wieder spricht sie vom „Lokalisieren", sucht sie ihre Ohnmacht mit der Lüge zu verdecken, daß ein lokalisierter Krieg keine Nachteile für Europa brächte. Sie heuchelt dabei übrigens eine Macht, die sie gar nicht hat. Hätte sie sie, dann könnt sich der Raubstaat Montenegro nicht gegen sie auflehnen. Das Räubervölkchen in den schwarzen Bergen hätte nicht die Macht, sich gegen ein einiges Europa aufzulehnen.

Und dafür gibt Europa zehn Milliarden für Rüstungen aus! Werden die Völker dieses unglücklichen Erdteils nun bald einsehen lernen, daß diese Rüstungen ihnen gar keine Sicherheit bieten, sie mehr schwächen oder stärken? Werden sie nun bald einsehen, daß eine Politik der Solidarität mit viel geringerem Kraftaufwand eine viel höhere Wirkung erzielen würde? Muß erst ein allgemeines europäisches Debacle kommen, um Europa die Organisation zu geben, die es braucht. Wir werden an dem Tage, an dem die Kulturvölker Europas, dank der Borniertheit ihrer Diplomaten und der Schwäche ihrer Regierungen, darangehen werden, sich gegenseitig die Gurgeln abzuschneiden, unsere Hände in Unschuld waschen. Wir haben unsere ganze Lebenskraft dafür eingesetzt, um zu warnen. Wir hätten die Weltorganisation gern aus einem Vernunftbeschluß, anstatt aus den Trümmern unserer Kulturzentren heraus erstehen sehen. Der Pazifismus kann durch einen allgemeinen europäischen Krieg zum Siege kommen; er müßte nicht auf diese Weise siegen.

Es ist empörend zu sehen, mit welcher Lässigkeit die europäische Feuerwehr diesen Brand aufkommen ließ. Wie sie es versäumte, im geeigneten Moment den geeigneten Ton zu finden. Empörend zu sehen, wie die in ihren wirklichen Lebensinteressen bedrohte europäische Menschheit mit den hohlsten Phrasen abgespeist wurde. „Das Volk will den Krieg!" wurde einem mit der üblichen Begeisterungssauce übergossen tagtäglich sechsmal vorgesetzt. „Die Verwicklungen sind unentwirrbar", „Die Hoffnungen sind schwach", das berühmte „Man" erwartete stündlich „den Ausbruch" der Feindseligkeiten. Und mit derartigem Geschwafel ließen sich die Millionen Europäer abspeisen, die ihre Güter vernichtet,

ihre Söhne oder sich selbst am Leben bedroht sahen, durch die Manipulationen der mit der Führung der auswärtigen Politik beauftragten Gilde. Nichts als Phrasen, und nirgends drang der Gedanke durch, daß hinter all diesen unpersönlichen Vorgängen irgendwelche Menschen aus Fleisch und Knochen standen, deren Subalternverstand allein all das Unheil verschuldete. Ein Krieg bricht nicht aus sich selbst heraus los; er wird veranstaltet, und die Veranstalter sind immer leibhaftige Menschen, keine mystischen Zauberer. Man kann sie greifen und hören, und man muß daher auch fordern, daß man sie kennen lernt. Das Blutbad am Balkan und die Ruhestörung in Europa werden einzelne Menschen gemacht haben. Das Mystische materialisiert sich in irgend einem Individuum. Wer ist nun der frivole Kriegmacher, wer hat die Blutschuld auf sich geladen? Die Menschheit des zwanzigsten Jahrhunders hat das Recht, die stümperhaften Regisseure kennen zu lernen, die sich vermessen, frivol in ihr Geschick einzugreifen.

A. H. F.

Die XVII. Interparlamentarische Konferenz.

Von Prof. Ludwig Quidde, München.

Die Interparlamentarische Union hat ihre diesjährige Tagung bekanntlich vom 18. bis 20. September in Genf abgehalten, nachdem die im vorigen Jahre nach Rom einberufene Konferenz kurz vor ihrem Zusammentritt wegen der Cholera hatte abgesagt werden müssen und der Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges es unmöglich gemacht hatte, die verschobene Versammlung in Italien abzuhalten.

I. Gesamteindruck und Besuch.

Von den letzten Zusammenkünften der Interparlamentarier unterschied sich die Genfer, zunächst rein äußerlich betrachtet, durch einen wesentlich schwächeren Besuch. In London 1906 und in Berlin 1908 hatte die Teilnehmerzahl die bis hahin unerhörte Höhe von mehr als 600 erreicht; man fing an, sich ernstlich mit dem Problem der Uebervölkerung der Union zu beschäftigen. In Brüssel 1910 waren es unter normaleren Verhältnissen nahezu 400. Dieses Jahr wies die Präsenzliste nur 157 Namen auf, und wenn auch nach Abschluß der gedruckten Liste noch einzelne Teilnehmer hinzugekommen sein mögen, die Grundziffer bleibt doch etwa 160.

Die Gründe für den schwächeren Besuch? Zunächst fehlten drei Gruppen völlig, von denen zwei immer eine sehr starke Vertretung zu stellen pflegten: die italienische, die ungarische und die japanische. Die Italiener haben ihren Austritt aus der Union erklärt, da der Interparlamentarische Rat (die Vorstandschaft der Union) bei Ausbruch des Tripoliskrieges die Verletzung der Grundsätze der Union (übrigens in sehr gemäßigter Form) getadelt hatte und ihr Verlangen, solche Erklärungen durch eine Satzungsänderung für künftig auszuschließen, unberücksichtigt bleiben mußte. Die Ungarn blieben nach Beschluß ihrer Gruppe dieses Jahr grundsätzlich fern wegen ihrer schweren inneren Konflikte, die sie glaubten weder in friedlicher interparlamentarischer Arbeit ignorieren zu können, noch vor den Kollegen anderer Nationalitäten zur Schau stellen zu dürfen. Die Japaner waren durch den Tod ihres Kaisers verhindert. — Hinzu kam noch, daß bei einigen nationalen Gruppen der Besuch durch besonders ungünstige Umstände beeinträchtigt sind, so bei der russischen durch die bevorstehenden Duma-Neuwahlen, bei jene der Vereinigten Staaten durch die Präsidentenwahlkampagne, bei der österreichischen durch die Erkrankung ihres Vorsitzenden Herrn v. Plener. Auch fiel diesmal ein Faktor so gut wie ganz fort, der sonst die Präsenzliste stark anschwellen zu lassen pflegt, die besondere Beteiligung aus dem Lande, in dem die Konferenz tagt. In London macht das mehr als 250, in Berlin und in Brüssel nahezu 100 aus. In Genf war dieses Jahr die Schweiz ganz auffallend schwach, durch nur 7 Mitglieder ihrer beiden parlamentarischen Körperschaften, vertreten.

Berücksichtigt man diese besonderen Umstände, so ist der Unterschied im Prozent bei weitem nicht so stark, wie es zunächst erscheint. Stellt man, wie billig, die dieses Mal ganz ausfallenden Gruppen außer Rechnung, so ist der Besuch von Brüssel 1910 nur noch etwa doppelt so stark wie der von 1912, und vergleicht man nur jene Gruppen, die beide Male die Konferenz unter normalen Verhältnissen beschickten, so kommt man auf ein Verhältnis von etwa 3:2.

Um diesen noch verbleibenden Rückgang zu erklären, machte man zweierlei geltend: Die Ungunst der Witterung dieses Sommers, die die Reiselust beeinträchtigte, und das Fehlen besonderer Lockmittel. Es fehlten alle Reisevergünstigungen, die z. B. 1908 bei dem Besuch von Berlin eine große Rolle gespielt hatten; es fehlte der Reiz einer Weltausstellung wie 1910 in Brüssel; es fehlte das Lockmittel glänzender, unentgeltlich gebotener Festlichkeiten und Ausflüge. Auch in Genf fanden wir freundliche gastfreie Aufnahme; aber man war zu größerer Einfachheit zurückgekehrt. In Festen und Ausflügen hatte man sich die letzten Jahre förmlich überboten, und die Arbeitsbienen der Konferenzen hatten schon manchmal davor gewarnt, uns gar zu sehr mit Lustigkeiten zu überfüttern und damit die minder arbeitsamen Kollegen — ich wage nicht zu sagen: Drohnen — im Uebermaß heranzulocken.

Daß sie nicht ganz Unrecht hatten, zeigte der äußerliche Verlauf der Sitzungen. War die Präsenzziffer der Konferenz erheblich geringer, so war dafür die Präsenz in den Sitzun-

gen verhältnismäßig viel günstiger. Die Berliner Konferenz mit ihren 600 Teilnehmern hat Sitzungen gesehen, die wenigstens zeitweise schwächer besucht waren, als die Sitzungen von Genf mit der Präsenzliste von 157. Wir hatten fast durchweg einen gleichmäßig gut besetzten Saal.

Das ist gewiß ein Gewinn. Auf der anderen Seite darf man freilich auch nicht leugnen, daß für den Eindruck nach außen eine hohe Gesamtpräsenzziffer auch ihren Wert hat.

Unter den 157 Teilnehmern steht diesmal Deutschland mit 24 an der Spitze. Es folgen unmittelbar zwei der kleineren Länder: Dänemark mit 22 und Belgien mit 20. — Eine zweite Gruppe mit 12 bis 15 Teilnehmern wird gebildet durch die beiden Weltmächte Frankreich (15), Großbritannien (14) und die beiden skandinavischen Länder Schweden (13) und Norwegen (12). — Es folgen in einer dritten Gruppe mit 4 bis 7 Teilnehmern zunächst wieder zwei europäische Kleinstaaten, die Schweiz (7), die Niederlande (6), dann erst wieder zwei Großmächte, Oesterreich (5) und die Vereinigten Staaten (4), zwei Balkanstaaten, die Türkei (4) und Serbien (4). — Mit 2 oder 1 Abgeordneten waren vertreten: Portugal und Rumänien (je 2), Rußland, Spanien und Kanada (je 1).

Bei dieser Uebersicht ist vielleicht am bemerkenswertesten, daß die sechs europäischen Kleinstaaten alter Kultur, die wir besonders als die Vertreter des pazifistischen Gedankens, als die Mächte der Neutralität zwischen den Großmächten betrachten dürfen, die der nordischen Reiche Schweden, Norwegen und Dänemark, die beiden, zwischen Deutschland, Frankreich und England vermittelnden Nordseemächte, Belgien und die Niederlande, und endlich die dreisprachige Republik im Zentrum Europas, die Schweiz, zusammen reichlich die Hälfte aller Konferenzteilnehmer, 80 unter 157, stellten.

Die Verhandlungen trugen den erfreulichen Charakter strenger Sachlichkeit. Wo Gegensätze der Anschauungen lebhafter aufeinander platzten, wie in der Frage der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, eingeschränkt durch die Ehrenklausel, oder in der Frage des Luftkrieges, oder bei Beratung der Resolution Barthold, erfolgte die Entscheidung, ohne daß auf irgendeiner Seite eine Verstimmung zurückgeblieben wäre. Die Sachlichkeit der Verhandlungen hinderte nicht, daß sie sich gelegentlich, so in der Rede d'Esjournelles über die Rüstungsfrage, zur Höhe eindrucksvoller Kundgebungen für die großen Ideen und Ziele der Union erhob.

Die Leitung der Verhandlungen lag in den Händen Gobats, dem die Konferenz in der Eröffnungssitzung auf Vorschlag des inzwischen verstorbenen Präsidenten der Union, Staatsministers Beernaert, den Vorsitz übertragen hatte.

II. Aenderung der Satzungen der Union.

Das Reorganisationskomitee beantragte zwei Aenderungen der Satzungen. Die erste bezog sich auf den Zweck der Union, die zweite auf ihre Zusammensetzung.

Die Erweiterung des Zweckes der Union geht zurück auf eine in Brüssel 1910 gegebene Anregung des italienischen Senators Fiore. Bisher konnte sich die Union nach Art. 1 ihrer Satzungen nur mit der Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit und anderen Fragen des Völkerrechts (de droit international public) beschäftigen. Die jetzt vorgeschlagene und namens der Kommission von La Fontaine vertretene Erweiterung des Art. 1 dehnt die Wirksamkeit der Union aus nicht nur, entsprechend der bisherigen Praxis, auf andere Methoden friedlicher Verständigung und Fragen des internationalen Rechts überhaupt (oder auch des internationalen Privatrechtes), sondern auch ganz allgemein auf alle Probleme, die sich auf die Entwicklung friedlicher Beziehungen unter den Völkern beziehen. Maßnahmen, die den internationalen kulturellen und wirtschaftlichen Verkehr fördern, können also künftig Gegenstand der Beratungen auf den Konferenzen werden. Die Union nähert sich damit einigermaßen der Auffassung, die bisher den Wirkungskreis der Friedenskongresse von jenem der Interparlamentarier unterschied. Die Aenderung wird sich zunächst wohl praktisch nicht stark geltend machen, kann aber für die Zukunft von großer Bedeutung werden.

Dieser Vorschlag auf Satzungsänderung fand in den Beratungen überhaupt keinen Widerspruch und wurde einstimmig genehmigt.

Anders ging es mit dem zweiten Vorschlag, der die Zusammensetzung der Union betraf. Es sollte klargestellt werden, daß einerseits die Mitglieder von Parlamenten autonomer Kolonien, die im Reichsparlament des Mutterlandes keine Vertretung haben, eigene nationale Gruppen der Union bilden könnten und daß andererseits in Bundesstaaten, die neben einem Reichsparlament auch Parlamente der Gliedstaaten besitzen, die Mitglieder der Einzelparlamente nicht mehr zur Union Zutritt haben sollten.

Diese Satzungsänderung würde nach der jetzigen Zusammensetzung der Union tatsächlich nur die Mitglieder deutscher Landtage getroffen haben. Sie wären für die Zukunft ausgeschlossen worden; den gegenwärtigen Mitgliedern sollten allerdings nach dem von Lord Weardale gestellten Antrag ihre Rechte gewahrt bleiben. Zur Begründung des Antrags wurde geltend gemacht, daß der heutige Brauch eine unzulässige Doppelvertretung bedeute, und daß man im Interesse der Union dem vorbeugen müsse, daß unter Berufung auf den Präzedenzfall Deutschlands die Kongresse der amerikanischen Einzel-

staaten, der schweizer Kantonalräte und der österreichischen Landtage Zulassung beanspruchten.

Vor mehr als Jahresfrist habe ich mich in dieser Zeitschrift mit der Frage beschäftigt und geltend gemacht, daß einerseits die Gleichstellung der deutschen mit amerikanischen, schweizerischen und österreichischen Verhältnissen nicht stimme, da unsere deutschen Einzelstaaten staats- und völkerrechtlich anders gestellt seien, insbesondere ein, wenn auch stark beschränktes, Recht auf Abschluß internationaler Verträge und auf diplomatische Vertretung hätten, und daß andererseits die „doppelte Vertretung" nur einen Ausgleich bilde dafür, daß wir im Deutschen Reich nur den einen, relativ nicht sehr zahlreichen Reichstag besäßen, während in den andern Großstaaten sich die Union aus zwei viel stärkeren Kammern rekrutierten. Für die Sache der Union sei es offenbar nicht günstig, wenn die Vertretung Deutschlands, nachdem man die Landtagsabgeordneten auf den Aussterbeetat gesetzt hat, ziffernmäßig stark zurückgeht und (was notwendig eintreten muß) hinter jener der anderen Großmächte in weitem Abstand zurückbleibt.

Als die Beratungen in Genf begannen, schien es ziemlich aussichtslos, im Sinne dieser unserer Darlegungen noch eine Aenderung durchzusetzen, zumal da die Anträge der Reorganisationskommission früher schon einmal die Zustimmung der deutschen Gruppe gefunden hatten und jetzt vom Interparlamentaristischen Rat in aller Form gebilligt waren. Doch fand der Gedanke, auf die eigenartigen deutschen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, auf verschiedenen Seiten Unterstützung, so bei dem Holländer Tydeman und dem Belgier Franck. Auch Lord Weardale stellte sich im Lauf der Diskussion auf diese Seite. Zeitweilig neigte man dazu, in Erweiterung der Resolution Weardale, eine besonders dauernde Ausnahmebestimmung zugunsten der deutschen Einzelparlamente zu schaffen. Dann aber verwies man die Frage an den Reorganisationsausschuß zurück, und dieser einigte sich dann auf eine prinzipielle Regelung — im Sinne meiner vorjährigen Ausführungen, wenn auch in anderer Form. Es wurde durch einen Zusatz zu Art. 4 festgestellt, daß in Bundesstaaten neben den Mitgliedern des Reichsparlaments auch die Mitglieder der Einzelparlamente, wenn die Einzelstaaten das Recht auf diplomatische Vertretung haben, Mitglieder der Union werden können. Heute findet die Bestimmung nur auf Deutschland Anwendung; aber niemand kann wissen, ob sich nicht ähnliche Verhältnisse anderswo herausbilden. Der Antrag wurde am zweiten Tage von der Konferenz ohne Widerspruch angenommen; nur ließ der belgische Deputierte Franck zu Protokoll feststellen, daß man von den deutschen Landtagen jene der vier Königreiche, Badens und Hessens als vertretungsberechtigt im Sinne dieses Beschlusses anerkenne. Obschon persönlich an der Entscheidung der Frage beteiligt — denn ohne mein Eingreifen wäre die Satzungsänderung sang- und klanglos nach den Vorschlägen der Kommission beschlossen worden —, darf ich den Ausgang der Beratung wohl als einen Erfolg buchen, als einen Erfolg vom Standpunkt deutscher Interessen, mit denen das allgemeine Interesse hart zusammenfällt.

III. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit.

Zur Frage der Schiedsgerichtsverträge und Weiterbildung des Haager Gerichtshofes erstattete Geheimrat Prof. Zorn, Mitglied des preußischen Herrenhauses, das Referat. Er stellte einen Antrag, der in drei voneinander unabhängige Abschnitte zerfiel. Der erste bezog sich auf den Abschluß obligatorischer Schiedsgerichtsverträge und die Bedeutung der Ehrenklausel; der zweite auf die in einem Schiedsgerichtsvertrag enthaltene Verpflichtung zur Anerkennung der Entscheidung; der dritte auf die Errichtung eines ständigen, von der Wahl der Parteien unabhängigen internationalen Gerichtshofes, und die Ausdehnung der internationalen Rechtsprechung auf Fragen internationalen Privatrechtes.

Am stärksten umstritten war die von Prof. Zorn unter Ziffer I vorgeschlagene Resolution betr. die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit. Der von ihm an die Spitze gestellte Satz, daß ein alle Kulturstaaten umfassender Schiedsgerichtsvertrag möglich und im Interesse des Friedens höchst wünschenswert sei, fand allerdings auf allen Seiten Zustimmung, eine Zustimmung, die in Würdigung der Stellung des Referenten besonders freudig unterstrichen wurde. Um so stärker aber wandte sich der Widerspruch gegen die folgenden Sätze, in denen der Referent den obligatorischen Charakter eines solchen Vertrages mit zwei bedeutungsvollen Einschränkungen umgab. Er wollte a) das Obligatorium beschränken auf Rechtsfragen, besonders Streitigkeiten über Auslegung internationaler Verträge, nur er wollte b) erklärt haben, daß die Ehrenklausel entbehrt werden könne, da sie dem Begriff des souveränen Staates immanent sei, also auch unausgesprochen sich von selbst verstehe. Mit der „Ehrenklausel" ist der Vorbehalt der nationalen Ehre und der Lebensinteressen des Staates gemeint, und Zorns Ausführungen zeigen, daß der Vorbehalt der Lebensinteressen das eigentlich entscheidende ist. Gegen seine Formulierung trat zunächst La Fontaine auf, und ihm folgte eine Reihe anderer Redner.

Es sind besonders zwei Einwendungen, die geltend gemacht wurden. Erstens hat die Union schon wiederholt den obligatorischen Charakter der Schiedsgerichtsbarkeit (also ohne Vorbehalt oder mit ausdrücklichem Verzicht auf den Einwurf der Ehrenklausel) für eine Anzahl von Fragen, die über die bloßen Rechtsfragen hinausgehen, gefordert, so 1906 in London und 1908 in Berlin. Wenn sie jetzt das Obligatorium nur für Rechtsfragen fordern wollte, würde sie hinter ihre eigenen Beschlüsse zurückweichen. Zweitens aber scheint es höchst bedenklich, anzuerkennen, daß die Ehrenklausel, soviel aus dem Begriff des souveränen Staates folgert, sich auch unausgesprochen von selbst versteht. Damit wird jeder formell vorbehaltslose obligatorische Schiedsgerichtsvertrag (selbst wenn das Obligatorium auf Rechtsfragen beschränkt ist) entwertet, es bleibt nur der Schein des unbedingten Obligatoriums, und es entsteht eine vom Referenten gewiß nicht beabsichtigte Zweideutigkeit.

Das Ergebnis der lebhaften und interessanten Diskussion war, daß dem Anfang der Resolution ein Hinweis auf die Beschlüsse der Berliner Konferenz vorangestellt und andererseits der Schluß, d. h. die Einschränkung unter a und b gestrichen wurde. Nachdem dieses Amendement La Fontaine mit starker Mehrheit angenommen war, stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, daß die so umgestaltete Resolution zusammen mit Ziffer II und III die Zustimmung der Konferenz finde.

Blieb hier gegenüber dem Amendement La Fontaine der Referent in der Minderheit, so fand seine zweite Resolution um so wärmere Zustimmung. Sie stellte fest, daß ein Schiedsgerichtsabkommen die Verpflichtung für die Mächte in sich enthalte, sich guten Glaubens den Entscheidungen des Gerichtshofes zu unterwerfen, und daß die Verpflichtung sich auf alle Organe des Staates einschließlich der Gerichte erstrecke. Mit anderen Worten: Das nationale Recht muß mit den internationalen Rechtsregeln in Uebereinstimmung gebracht werden und die Gerichte eines Landes sind an internationale Konventionen rechtlich gebunden. Völkerrecht bricht Reichsrecht, wie Reichsrecht Landesrecht.

In der dritten Zornschen Resolution wurde anerkannt, daß die bisherige Organisation des Haager Tribunals sich bewährt habe, aber erklärt, daß man jetzt an die Schaffung eines ständigen Gerichtshofes für Streitigkeiten des internationalen Privatrechtes, einschließlich der Fragen des geistigen, künstlerischen und gewerblichen Urheberrechtes herangehen müsse. Der Interparlamentarische Rat wurde aufgefordert, eine Studienkommission für diese Frage einzusetzen, mit dem Auftrag, einer der nächsten Konferenzen einen Bericht zu erstatten.

In der Aufnahme dieses Antrages kreuzten sich zwei Gedankengänge. Allgemeine Anerkennung fand der Gedanke, einen den nationalen Gerichtshöfen übergeordneten ständigen internationalen Gerichtshof für Fragen des internationalen Privatrechtes, für Klagen von Privaten gegen fremde Regierungen und von Privaten untereinander zu schaffen. Das Bedürfnis und die große Bedeutung des Planes für Ausgestaltung eines internationalen Privatrechtes wurden von allen Seiten stark betont. Auf der anderen Seite aber wurde beanstandet, daß der Referent einen solchen ständigen Gerichtshof lediglich für Fragen des internationalen Privatrechtes schaffen wolle, ihn aber für Fragen, die heute zur Kompetenz des Haager Tribunals gehören, ablehne.

In der Frage, ob ein solcher ständiger Gerichtshof neben dem jetzigen Haager Tribunal geschaffen werden soll — von diesem dadurch unterschieden, daß seine Besetzung wirklich ständig wäre und nicht aus der ständigen „Liste" heraus im Einzelfall durch die Parteien bestimmt werden würde, — in dieser Frage sind bekanntlich die Interparlamentarier und Wortführer der Schiedsgerichtsbarkeit unter sich nicht einig. Auf der zweiten Haager Konferenz ist die deutsche Regierung für einen solchen ständigen Gerichtshof eingetreten, und er wäre damals zustande gekommen, wenn man sich über die Besetzung hätte einigen können. Angesehene Völkerrechtslehrer, wie der verstorbene Beernaert, und auch Zorn bestreiten das Bedürfnis und die Zweckmäßigkeit einer solchen Ergänzung des Haager Tribunals. Im Kreise der Interparlamentarier überwog wohl die Neigung, auf den Boden der zweiten Haager Konferenz zu treten. Der Däne Hagerup, Präsident des „Institut du droit international", der sich soeben in Kristiania in diesem Sinne ausgesprochen hatte, vertrat diese Auffassung, ebenso der Belgier Franck. Auf Vorschlag Francks erhielt die Ziffer III eine abgeänderte, aber vom Referenten akzeptierte Fassung; die nach dem Zornschen Antrag dem bisherigen Haager Tribunal ausgesprochene Anerkennung bleibt darin unberührt; es wird dann aber weiter erklärt, es sei jetzt an der Zeit, die Schaffung einer permanenten Gerichtsbarkeit für internationale Streitigkeiten (überhaupt) zu studieren, die Ausdehnung dieser Gerichtsbarkeit auf Fragen des internationalen Privatrechtes, die näher angedeutet werden, zu prüfen. Damit ist die Frage, ob ein ständiger Gerichtshof für die Staatenkonflikte neben das heutige Haager Tribunal treten soll, offen gelassen und vom Ergebnis des Studiums abhängig gemacht; daneben ist im Sinne der Zornschen Resolution der höchst bedeutsamen Ausdehnung internationaler Jurisdiktion der Weg geöffnet. Sehr möglich, daß diese Anregung

schon auf der dritten Haager Konferenz Erfolg hat. Ueberraschend schnell haben diese Ideen internationaler Rechtsentwicklung Boden gewonnen. Ein internationaler Gerichtshof, der über den nationalen Gerichten steht, scheint heute schon Vielen, die sich noch vor wenigen Jahren vor einem solchen Eingriff in die Souveränität nationaler Justiz entsetzt hätten, als die natürlichste Sache von der Welt. Der internationale Prisengerichtshof bezeichnet den ersten Schritt auf diesem Wege.

Alles in allem dürfen wir mit der Behandlung dieses wichtigen Punktes der Genfer Tagesordnung sehr zufrieden sein. Daß ein deutscher Gelehrter, sogar der Vertreter Deutschlands auf beiden Haager Konferenzen der Referent war, mag uns Deutschen, da sonst meist andere Nationen die Führung haben, zu besonderer Genugtuung gereichen, und wenn sich Professor Zorn auch einige Aenderungen an seinen Resolutionen gefallen lassen mußte, dürfte auch er nicht ohne Befriedigung geschieden sein.

IV. Internationale Vermittlung.

Zur Frage der Vermittlung lag ein Antrag der russischen Gruppe vor, für den Efremoff als Referent bestellt war. In seiner Abwesenheit übernahm Kowalewsky die Vertretung. Der Gedankengang des Antrags ist kurz etwa folgender:

Die Vermittlung (Mediation) ist wiederholt, auch von den beiden Haager Konferenzen, als ein geeignetes sehr wichtiges Mittel zur Erhaltung des Friedens anerkannt worden; die interparlamentarischen Konferenzen von London 1906 und Berlin 1908 haben die Einfügung einer Vermittlungs-Klausel in alle nicht völlig obligatorischen Schiedsgerichtsverträge befürwortet. Die Einzelfragen aber, die mit der Organisation der Vermittlung zusammenhängen, sind noch wenig geklärt, und durch ihre Klärung würde man die Anerkennung des Grundsatzes der Vermittlung wesentlich fördern können. Darum fordert die Konferenz den Interparlamentarischen Rat auf, eine Studienkommission aus 5 oder 7 Mitgliedern einzusetzen und die Frage zu prüfen, ob ein Vertragsentwurf der dritten Haager Konferenz vorgelegt werden kann.

Kowalewsky wies als Referent darauf hin, daß ein Krieg, wie der italienisch-türkische, möglicherweise durch rechtzeitige Vermittlung hätte vermieden werden können, und deutete einen Teil der zu studierenden Probleme an. Wem gebührt die Initiative zu einer Vermittlung? Den Großmächten oder neutralen Staaten? Oder freien Vereinigungen nach Art der Interparlamentarischen Union? Oder einzelnen Personen allgemeinen Vertrauens?

Die Resolution wurde nach dem Referat Kowalewskys ohne Diskussion einstimmig angenommen. Ob dieses Schicksal der Resolution nur aus der Einmütigkeit der Versammlung zu erklären ist? Vielleicht tritt man den Interparlamentariern nicht zunahe, wenn man sie in Verdacht hat, daß viele von ihnen die Bedeutung und das Interesse dieser Frage unterschätzen. Mit Recht sagte Kowalewsky, daß die Frage der Vermittlung bisher viel weniger als die der Schiedsgerichtsbarkeit studiert sei. Man sollte aber nicht vergessen: gerade die schwersten internationalen Konflikte sind nicht Rechts- sondern Interessenkonflikte, sie sind einer schiedsgerichtlichen Entscheidung nach Rechtsregeln häufig nicht zugänglich, sondern bedürfen zu ihrer friedlichen Erledigung einer Vermittlung, die zwischen Interessen nach Billigkeits- und Zweckmäßigkeitsrücksichten auszugleichen sucht. Neben das internationale Schiedsgericht muß ein internationales Vermittlungsamt treten, dessen Eingreifen zweckmäßig zu organisieren — zu erleichtern —, ja zu ermöglichen, ist vielleicht schwieriger als die Organisation der Schiedsgerichtsbarkeit. Davon wird sich die Studienkommission wohl bald überzeugen. Aber schwierige Fragen müssen einmal angepackt werden. Das gilt auch für den nächsten Punkt der Tagesordnung.

(Ein Schlußartikel folgt.)

Der Genfer Weltfriedenskongreß.

Von Dr. Hans Wehberg, Düsseldorf.

Ein besonders hoffnungsvolles Ereignis ging diesmal dem 19. Weltfriedenskongreß voraus. Wenige Tage vor Beginn der Versammlung hatte Professor Zorn auf der Interparlamentarischen Union eine der schönsten Reden gehalten, die jemals die Schiedsgerichtsbarkeit erörtert haben, und er hatte darin zum ersten Male die Verwirklichung eines dauernden Friedenszustandes, wenn auch in ferner Zeit, nicht für unmöglich erklärt. Als ich Zorns Rede las, mußte ich an die vergangenen Jahrzehnte zurückdenken, da man die Friedenskongresse verhöhnt und verspottet hatte, und ich staunte, in wie kurzer Zeit es der Friedensbewegung gelungen ist, maßgebende Persönlichkeiten auf ihre Seite zu ziehen.

Eins freilich haben die Weltfriedenskongresse noch nicht erreicht, und doch handelt es sich um eine ihrer wichtigsten Grundlagen, nämlich zu ihren Tagungen die hervorragendsten Persönlichkeiten hinzuzuziehen. Ganz gewiß stehen manche Teilnehmer des Weltfriedenskongresses den eigentlichen Kernfragen ohne das tiefere Verständnis gegenüber, das heute, nachdem die Friedensbewegung aus ihren ersten Anfängen kraftvoll herausgewachsen ist, unbedingt zu einer eingehenden Diskussion erforderlich ist. Zwar waren eine Reihe außerordentlich tüchtiger Politiker und Parlamentarier auf dem jüngsten Kongresse anwesend; die Völkerrechtsjuristen aber, die doch in erster Linie an dem Werke der juristischen Organi-

sationen der Welt mitzuarbeiten berufen sind, waren nur durch wenige Namen vertreten, so durch Professor Kirchwey von der New Yorker Columbia-Universität, durch Professor La Fontaine aus Brüssel, den Engländer Darby und Staatsanwalt Dumas aus Versailles. War es da ein Wunder, daß die aktuellen politischen Fragen allzu ausführlich und allzu zahlreich behandelt wurden, während man die völkerrechtlichen Probleme nur kurz streifte?

Aber die Gründe für diese eigentümliche Stoffverteilung liegen gewiß nicht lediglich in der Zusammensetzung des Kongresses. Auch die Interparlamentarische Union hat in ihren Reihen mehr Politiker als Juristen, und dennoch beschränkt sie sich in der Hauptsache auf die Behandlung völkerrechtlicher Fragen. Ich glaube, daß die frühere Theorie des Pazifismus, die glaubte, mit einem Schlage aus dem Chaos der Staaten eine organisierte Rechtsgemeinschaft schaffen zu können, noch nicht ganz überwunden ist. Viele der auf dem Weltfriedenskongresse Anwesenden, die zwar keine führende Stellung einnehmen, aber doch numerisch recht stark sind, geben sich wohl noch der Hoffnung hin, die Staaten brauchten heute nur einen vorbehaltslosen Schiedsvertrag, ein völkerrechtliches Gesetzbuch usw. anzunehmen, und der Frieden sei gesichert. Sie stehen daher dem Gedanken fern, daß sich Friedenskongresse auch mit wertvollen Detailfragen beschäftigen müssen. Sie glauben, durch ein paar schöne Redensarten von Frieden, Freiheit und Brüderlichkeit, durch Proteste gegen Ungerechtigkeiten und Gewalttätigkeiten und schließlich durch ein einfaches Verbot des Krieges sehr viel erreichen zu können. Daß diese Methode die bequemere ist, steht außer allem Zweifel. Es ist unendlich leicht, ohne eine ausreichende Kenntnis der juristischen und politischen Verhältnisse gegen alle möglichen Ereignisse zu protestieren. Dagegen erfordert es ernste Arbeit, wenn man Schritt für Schritt die internationale Anarchie von Grund auf verbessern will.

Nachdem die Idee der juristischen Organisation der Welt die feinsten Köpfe aller Völker, insbesondere auch die Staatsmänner, erfaßt hat, kommt es nicht mehr lediglich darauf an, den Krieg in seiner Torheit zu brandmarken und den Segen des Friedens zu preisen. Auf langsamem Wege, Schritt für Schritt, müssen die Grundlinien gezogen werden, auf denen die Entwicklung nach einer restlos organisierten Staatengemeinschaft sich vollzieht. Die von den Weltfriedenskongressen aufgestellten Richtlinien werden um so mehr beachtet werden, je sorgfältiger man sie zieht, was nur möglich ist, wenn man sich auf die Behandlung einer kleinen Anzahl von Problemen beschränkt. Auf dem 19. Weltfriedenskongresse hat man aber eine solche Fülle von Themen behandelt, daß die Aufzählung der beschlossenen, etwa dreißig Fragen behandelnden Resolutionen einen unendlich langen Raum für sich beansprucht. Niemand kann diese gesamten Resolutionen zu Ende lesen, ohne vergessen zu haben, was in den ersteren steht. Und noch muß ich fürchten, vielleicht eine oder die andere, die aus dem Protokolle nicht klar genug ersichtlich ist, übersehen zu haben.

*

Trotz dieses Mangels an methodischer Arbeit oder gerade deswegen war dieser Weltfriedenskongreß, der vom 22. bis 28. September zu Genf in der Universität tagte, ungemein interessant. Einmal ist es natürlich für denjenigen, dem die hervorragendsten Teilnehmer aus ihren literarischen Arbeiten bekannt sind, von großem Werte, alle diese Mitkämpfer persönlich kennen zu lernen. Zu den prominenten Persönlichkeiten der Konferenz zähle ich z. B. den früheren portugiesischen Gesandten in Paris Magalhaes Lima, Professor Kräuterkraft, der sich mit allen Kongreßteilnehmern in deren Muttersprache unterhalten konnte, da er mehr als zwanzig Sprachen beherrscht, die französische Journalistin Madame Séverine, die bei dem Empfange in der Ariana eine sehr stimmungsvolle Rede hielt und der Stadt Genf dankte, daß die Verstoßenen und um ihrer Ueberzeugung willen Verfolgten bei ihr stets eine Zuflucht gefunden hätten, sowie den französischen Senator de Pressensé, der anläßlich der Beratungen über die Ursachen der Kriege eine glühende Anklage gegen die moderne Brigantenpolitik der Großmächte verlas. Der ausgezeichnete Präsident des Kongresses war der schweizerische Staatsrat Quartier-la-Tente, dessen große Liebenswürdigkeit namentlich einmal durch Frau Adami (Mailand) in Anspruch genommen wurde, als sie trotz wiederholter Aufforderung ihre Verteidigung des italienischen Vorgehens gegenüber der Türkei ins Endlose fortsetzte. Präsident des Komitees zur Vorbereitung des Kongresses war Professor Favre, unter dessen Leitung die Festlichkeiten der Tagung ausgezeichnet gelangen. Ziemlich stark waren die Interparlamentarier vertreten. Sehr erfreulich war, daß Houzeau de Lehaie den Kongreß im Namen der Interparlamentarier begrüßte und auf den innigen Zusammenhang der beiden Kongresse hinwies. Der Generalsekretär der Union, Lange, war auch auf dem Begrüßungsabend des Weltfriedenskongresses im Athenäum zugegen, um seine Sympathie für dessen Arbeit zu bezeugen. Von sonstigen Parlamentarieren seien noch genannt: Professor Quidde, der auf dem Weltfriedenskongresse eine führende Stellung einnahm, als einziger deutscher Interparlamentarier, der Belgier La Fontaine, der Däne Bajer, der Franzose Le Foyer, die Engländer Maddison und Clark, der Norweger Horst, die Schweizer Ador, Fazy,

Gobat, Peter und Sigg, die Schweden Beckman, Baron Bonde, die Türken Suleiman Bostani Effendi und Halil-Halid Bey und der Russe Kovalevsky. Bemerkenswert ist, daß eine Reihe angesehener Katholiken auf dem Kongresse zugegen war, die unter sich die weitere Propaganda der Friedensidee in katholischen Kreisen berieten, so Vanderpol (Lyon), Domherr Giesswein (Budapest), Maurice Demaurex (Genf), der Präsident der „Ligue catholique suisse de la Paix" und Dr. Visser, früherer holländischer Staatsanwalt aus Baden bei Wien. Unter den etwa 550 Kongreßteilnehmern war Deutschland recht gut vertreten, nämlich durch Kanzleirat Alber (Stuttgart), Kommerzienrat Arnhold (Dresden) mit Familie, Frau Baumgartner-Mieg (Mülhausen), Pastor Burki (Stuttgart), Graveur Beh (Eßlingen), Fräulein Eckstein (Coburg), Bankier Hohenemser (Frankfurt am Main) und Frau, Halm (Schorndorf), Rechtsanwalt von Harder (Mannheim) und Frau, Dr. Albert Loewenthal (Frankfurt am Main), Buchhändler Langguth (Eßlingen), Bankbeamter Hermann Müller (Nürnberg), Baron de Neufville (Frankfurt am Main) und Tochter, Oberpostsekretär Rühle (Stuttgart), Frau Selenka (München), Streisguth (Straßburg), Dr. Westphal (Stuttgart), Pastor Wagner (Neuhengstett-Calw), Max Bajer (Berlin), Fräulein de Grec (Saarbrücken), Kriegelstein (Mülhausen), Frau Lippmann (Berlin), Frau Schurgast (Berlin), Solokoff (Charlottenburg) und Frau, Simonsohn (Bernburg) und Frau, Frau Orilfjeld (Wiesbaden), und Wendt (Marburg). Von Oesterreichern waren nur wenige anwesend, nämlich Alfred H. Fried und Frau, Arthur Müller, Dr. Kolben, Moreder, Petzoldt, Ried und Feller. Von den sonstigen Kongreßteilnehmern seien erwähnt, aus Amerika: Trueblood und Tryon, aus Finnland Senator Mechelin, aus Frankreich Arnaud, Lagorgette, Le Foyer, Moch, Prudhommeaux, Puech, Richet und Ruyssen, aus England: Alexander, Green, Greene, Moscheles, aus Ungarn: Fräulein Rosenberg, Harsanyi, und Frau Professor Zipernowsky, aus Holland: de Jong van Beek en Donk und Frau, van der Mandere, van der Vies und van Daehne van Varick. Besonders hervorgehoben sei noch der Vorsitzende der deutschen Friedensgesellschaft Dr. Richter, dem die Konferenz auf Vorschlag Arnauds eine begeisterte Huldigung für seine zwanzigjährigen Bemühungen im Dienste der deutsch-französischen Verständigung darbrachte. Sehr vermißt wurden Stadtpfarrer Umfrid, der leider durch sein Augenleiden am Erscheinen verhindert war, sowie Berta v. Suttner, die zurzeit in Amerika weilt.

Fast sämtliche Reden wurden den Kongreßteilnehmern übersetzt, so die französischen Ausführungen ins Deutsche und Englische, die deutschen ins Französische und Englische usw. Dadurch ging viel Zeit verloren, und man muß in der Tat anerkennen, daß hier das Esperanto wertvolle Dienste leisten könnte.

Die wichtigste Erfahrung, die ich von dem Kongresse mitgenommen habe, besteht wohl in der Erkenntnis, welch ungeheure Bedeutung der elsaß-lothringischen Frage zukommt. Es hat mich außerordentlich überrascht, daß selbst die gemäßigsten Friedensfreunde unter den Franzosen hier den Angelpunkt zur deutsch-französischen Verständigung erblicken. So auch Grand-Carteret, der in der langen deutsch-französischen Sitzung mit seinem rednerisch ungemein begabten Generalsekretär Paul Hyacinthe Loyson zugegen war und auf dessen Anregung wohl nicht zum wenigsten folgende Resolution zurückzuführen ist, die von den Deutschen und Franzosen gefaßt wurde:

„Eingedenk der Beschlüsse des Friedenskongresses in Luzern vom Jahre 1905, die das Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung anerkannten, geben die deutschen und französischen Mitglieder des 19. Weltfriedenskongresses ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß es ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich sein würde, wenn Elsaß-Lothringen die volle Autonomie unter den deutschen Bundesstaaten gemäß den von der Bevölkerung des Landes gewünschten Bedingungen gewährt würde."

Gleichzeitig wurde folgende Resolution beschlossen:

„Gegenüber den Kriegshetzereien, die sich gegenwärtig offen und versteckt sowohl in Deutschland wie in Frankreich hervorwagen, klagen die auf dem 19. Weltfriedenskongreß zu Genf versammelten deutschen und französischen Vertreter diese Machenschaften vor der öffentlichen Meinung Europas an und verpflichten sich, jeder in seinem Lande diejenigen energisch zu bekämpfen, welche sich, seien es Regierende, Politiker oder Publizisten, zu Anstiftern oder Mitschuldigen machen."

Diese beiden Resolutionen wurden von Quidde und Moch in der Plenarsitzung der Konferenz als die fast einstimmige Meinung der deutschen und französischen Delegierten des Kongresses bezeichnet. Sie wurden von dem Kongresse mit großem Beifalle begrüßt. Es wurde in diesem Zusammenhange auch daran erinnert, daß Passy in seinen letzten Tagen auf die elsaß-lothringische Frage als die Grundlage der deutsch-französischen Verständigung hingewiesen habe. Quidde betonte, wie Elsaß-Lothringen Deutschland und Frankreich getrennt, so solle es beide wieder vereinigen. Gleichzeitig erklärten Quidde und Moch, man wolle an die Begründung eines deutsch-französischen Bundes gehen und werde dazu bald nach dem Weltfriedenskongresse Schritte ergreifen.

Darüber, daß der Weltfriedenskongreß keine geeignete Instanz ist, über die elsaß-lothringische Frage zu diskutieren, darüber

braucht man kein Wort zu verlieren. Ich persönlich möchte nur noch erklären, daß jene Resolutionen nicht rechtmäßig zustande gekommen sind. Von deutscher, wie französischer Seite, waren je drei Mitglieder gewählt worden, die als Vertreter der gesamten Deutschen und Franzosen die Frage einer Resolution erörtern sollten. Außer den drei deutschen Vertretern hatte noch Kommerzienrat Arnhold, der gegen eine Annahme der Resolution war, mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilnehmen sollen. Man hat aber absichtlich beraten, ohne ihn zuzuziehen. So ist denn schließlich die Resolution über die elsaß-lothringische Frage zustande gekommen, nachdem sowohl Arnhold wie ich uns von den Beratungen zurückgezogen hatten. Mit Recht sagte die „Kölnische Zeitung" in Nr. 0112: „Das politische Taktgefühl hätte unseren Landsleuten sagen müssen, daß derartige Aeußerungen unter Umständen nichts weniger als friedliche Wirkungen ausüben, und daß es offenbar nicht Sache von Friedensfreunden sein kann, die Veränderung eines festgefügten politischen Zustandes zu verlangen." Die großen Gefahren, die eine Behandlung der elsaß-lothringischen Frage in sich birgt, hat für mich der Verlauf der Verhandlungen in Genf, die in ihren Einzelheiten nicht an die Oeffentlichkeit gelangen werden, im vollsten Maße dargetan.

*

Unter den sonstigen politischen aktuellen Fragen, die auf dem Kongresse beraten wurden, war der italienisch-türkische Krieg von ganz besonderem Interesse. Zunächst nahm der Italiener Giretti zu der Haltung der treulos gewordenen Pazifisten Stellung und klagte bei dieser Gelegenheit vor allem das unglückselige System des Journalismus an, das heute in der Welt die Oberhand habe und nur Neugierde erregen wolle. Im einzelnen wollte er die inneren Streitigkeiten der italienischen Pazifisten nicht vor den Kongreß bringen und gab lediglich folgende Erklärung ab:

„Die italienischen Mitglieder des in Genf versammelten 19. Friedenskongresses nehmen Kenntnis von der Nichtbeteiligung der Unione Lombarda per la Pace und von den Beweggründen, die diesen Verein dabei geleitet haben; sie meinen, daß die Unione Lombarda sich über die Gründe ihres Verhaltens schon hinlänglich geäußert hat, so daß es unangebracht wäre, neuerdings im Schoße des Kongresses darüber zu verhandeln; sie bedauern nichtsdestoweniger, daß die Stellungnahme der Unione Lombarda von ihren Leitern beschlossen wurde, ohne die übrigen Mitglieder und Angehörigen zu befragen und das in einem so unerwarteten und bedeutsamen Fall, und daß man infolgedessen die Gefühle und die Haltung der Gesamtheit der italienischen Friedensfreunde nur sehr ungenau zu würdigen imstande war; sie erklären, daß sie zu dem Genfer Kongreß gekommen sind, um ihre vollständige Solidarität des Empfindens und der Auffassung zu bekunden mit den Manifestationen, die das internationale Friedensbureau in Bern in Hinsicht auf diesen bedauerlichen italienisch-türkischen Krieg erlassen hat."

Ruyssen schlug darauf vor, kein Verdammungsurteil über die abgefallenen italienischen Pazifisten auszusprechen, sondern sich mit einer Resolution folgenden Inhalts zu begnügen:

„Der Kongreß beglückwünscht die italienischen Pacifisten, welche den besonders verdienstlichen Mut gehabt haben, dem chauvinistischen Sturm entgegenzutreten und ihre Fahne hochzuhalten. Er spricht die Hoffnung aus, daß die kürzlich gestörte Einstimmigkeit der italienischen Pacifisten bald wiederhergestellt werden möchte zur weiteren gemeinsamen Arbeit für die internationale Rechtsentwicklung."

Der Präsident der türkischen Interparlamentarischen Gruppe Bostani sprach seine Freude darüber aus, daß es in Italien noch Ehrenmänner gebe, die die Krieg gegen die Türkei verurteilten. Giretti habe darauf hingewiesen, daß der italienisch-türkische Streit auf dem Wege des Schiedsgerichts hätte erledigt werden können; er betone, daß von seiner wie von französischer Seite aus eine derartige Lösung angeregt worden sei. Im übrigen wolle er die Verhandlung nicht durch Anklagen gegen Italien stören, sondern nur nach der Sitzung Giretti für seine tapferen Worte die Hand drücken. Frau Adami (Mailand), Präsidentin einer italienischen Friedensgesellschaft, versuchte nunmehr den Krieg zu verteidigen. Recht töricht war, wenn sie bemerkte, man habe in Italien von seiten der Pazifisten alles getan, um den Krieg zu verhindern, aber als er einmal ausgebrochen war, habe man ihn für eine Notwendigkeit gehalten. Sie berief sich ferner auf Garibaldi, der auch für den Frieden gewirkt und doch gleichzeitig das Schwert gezückt habe. Nicht ohne Beredsamkeit verteidigte Frau Adami ihre schwierige Stellung. Aber selbst bei den von glühender Leidenschaft getragenen Stellen ihrer Rede verharrte die Versammlung in eisigem Schweigen. Schließlich überschritt sie die den Rednern als Maximum gesetzte Zeit, und als sie trotz der wiederholten Bitte des Vorsitzenden weiterredete, wurde es unruhig in der Versammlung, und es erschollen zahlreiche Zwischenrufe. Sie ließ sich jedoch nicht einschüchtern und verließ die Rednertribüne erst auf das energische Drängen der Versammlung mit dem lauten Rufe: „Vive l'Italie". Frau Séverine hatte ganz den stürmischen Beifall der Versammlung, als sie nunmehr die Berufung der Frau Adami auf Garibaldi richtig stellte, der nur für das Recht das Schwert gezogen habe, und von der Pflicht der Pazifisten sprach, für ihre Ueberzeugung zu leiden und zu dulden. Darauf wurde die von Ruyssen vorgeschlagene Resolution angenommen. Später kam die Frage noch zweimal auf den italienisch-türkischen Krieg, z. B. als Gobat mit Bezug auf die Italiener von Luftbriganten sprach. Darauf protestierte Agnelli und wandte sich gleichzeitig dagegen, daß Gobat

schon seit langem die italienische Regierung in der Zeitschrift „Die Friedensbewegung" angegriffen habe. Der Italiener Ghisleri betonte, man müsse unterscheiden zwischen der italienischen Regierung und dem italienischen Volke, erklärte sich aber im übrigen mit der Stellungnahme Gobats einverstanden.

Bezüglich der Marokkofrage war von französischer Seite eine Resolution vorgeschlagen worden, die die französische Marokkopolitik scharf mißbilligte. Diese wurde aber von deutscher Seite für unannehmbar erklärt. Gobat hatte in seinem Berichte über die Vorgänge des letzten Jahres die Hauptschuld an den Marokkoschwierigkeiten auf die deutschen Chauvinisten geschoben. In diesem Zusammenhange erklärte Quidde: „Wenn man den deutschen Chauvinismus hat zurückweisen wollen, so stimmen wir Deutsche damit vollkommen überein. Wir müssen bekennen, daß sich der deutsche Chauvinismus damals abscheulich benommen hat. Es ist eine Schmach und Schande gewesen, wie man mit den niedrigsten Mitteln unseren Kaiser in einen Krieg hat ziehen wollen. Keine Entrüstung kann schärfer sein als die der deutschen Pazifisten. Aber ich darf vielleicht hinzufügen, daß der Chauvinismus in allen Ländern zu Hause ist, und es sich daher für keinem geziemt, den Stein lediglich auf die deutschen Chauvinisten zu werfen." Schließlich nahm man folgende Resolution an:

„Der Kongreß, tief bewegt von der Fortdauer der Gewalttätigkeiten, die sich seit einigen Jahren in Nordafrika zutragen, weist nochmals auf die Unmoralität und Gefahr der diplomatischen Uebereinkünfte hin, kraft deren die Mächte sich in Einflußsphären und Gebiete teilen, deren Bevölkerungen vorher nicht um Zustimmung befragt worden sind. Er protestiert gegen den Abschluß jedes Geheimvertrages, der dem Geist der der Oeffentlichkeit bekanntgegebenen Verträge widerspricht. Was Tripolis betrifft, so protestiert der Kongreß gegen den gegen die Türkei geführten Krieg, den eine Macht, welche wiederholt die Unverletzlichkeit von Tripolis garantiert hat, führt, ohne daß sie das Schiedsverfahren in Anspruch genommen hätte, durch das sie die Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche hätte prüfen lassen können, ehe sie ihr Ultimatum stellte. Der Kongreß wünscht, daß die Feindseligkeiten so bald wie möglich eingestellt und ein für beide Teile ehrenvoller Friede geschlossen werde, der das Prinzip der offenen Tür aufrecht erhält."

Besonders scharf prallten die Geister auch bei der ägyptischen Frage aufeinander. Dem Kongreß wurde folgende Resolution zur Annahme unterbreitet:

„Der Kongreß, welcher seit mehreren Jahren die Proteste zahlreicher ägyptischer Delegierter erhalten hat, mit Bezug auf die politische Lage, die gegenwärtig ihrem Lande durch die englische Okkupation bereitet worden ist;

und in Erwägung, daß die englische Regierung ja selbst stets die militärische Okkupation Aegyptens als eine zeitweilige angesehen hat;

ferner in Anbetracht der von der genannten Regierung wiederholt eingegangenen Verpflichtung, die Okkupation Aegyptens nicht auf unbestimmte Zeit hinaus verlängern zu wollen, und mit Bezug auf die besonders 1882 und 1884 von seinen Ministern Gladstone und Lord Granville abgegebene dahingehende Erklärung;

andererseits auch in Erwägung, daß die ägyptischen Delegierten erklärt haben, sich ausschließlich auf den Rechtsstandpunkt zu stellen und alle Gewaltmaßregeln zur Geltendmachung ihrer Ansprüche mißbilligen;

wendet sich dringend an das englische Volk, und erinnert es an die Versprechungen seiner Regierung.

Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß die militärische Räumung Aegyptens in möglichst kurzer Zeit erfolgen möge, und daß eine eigene Regierung in Aegypten hergestellt werde, die den gesetzlichen nationalen und internationalen Interessen die vollständigste Garantie bieten würde."

Gegen diese Resolution wandte sich Maddison, Mitglied des englischen Unterhauses, und erklärte, man urteile über eine Frage, die man nicht verstehe. In seiner Jugend, vor dreißig Jahren, habe er gegen Englands Vorgehen in Aegypten protestiert; aber heute lägen die Dinge ganz anders. Maddisons Antrag, über die Resolution zur Tagesordnung überzugehen, wurde von Professor Kirchwey, einem sehr bekannten Völkerrechtsjuristen, unterstützt. Er führte aus: Ob einmal die Besetzung Aegyptens durch England ein Rechtsbruch gewesen sei, könne er nicht beurteilen; er wisse es nicht. Gerade deswegen könne er auch darüber nicht urteilen. Man könne die ägyptische Frage nur aus den gesamten verworrenen internationalen Verhältnissen beurteilen. Diese Verwirrung gelte es langsam zu beseitigen. Der beste Weg hierzu wäre die Fortbildung des internationalen Rechts, nicht aber das Herausgreifen irgend welcher spezieller Fragen. Der Engländer Green erklärte, Maddisons Ansicht repräsentiere zwar die der Mehrheit des englischen Volkes; aber es sei auch eine Minderheit vorhanden, die sich an die bestehenden Verträge für gebunden erachte. Der Jungägypter Farid Bey führte aus, alle Aegypter, die eine selbständige Meinung hätten und nicht von England bestochen wären, verlangten die sofortige Räumung Aegyptens. Darby bestritt die Kompetenz des Kongresses in der ägyptischen Frage. Alfred H. Fried erklärte, er gehe noch einen Schritt weiter und beantrage, über die gesamten Aktualitäten zur Tagesordnung überzugehen, da sie nicht auf den Kongreß gehörten. Diese Meinung habe er schon seit Jahren vertreten. Gobat äußerte demgegenüber sein Erstaunen und fragte, an wen sich die unterdrückten Völker denn wenden sollten, wenn nicht an den Friedenskongreß. Ihm wurde hierauf treffend entgegnet, daß es neuerdings in Paris ein „Office central des nationalités" gibt.

Man nahm trotz der Proteste einer kleinen, aber geistig hervorragenden Minorität die Resolution über die ägyptische Frage an. Immerhin wurden noch andere Stimmen laut, die

zwar die aktuellen Fragen nicht vom Kongresse gestrichen haben, aber andererseits die sonstigen Probleme nicht auf Kosten der Aktualitäten zurückgesetzt wissen wollten. Darauf war es zurückzuführen, daß nun die übrigen aktuellen Fragen schnell durchgepeitscht wurden.

Es wurden noch folgende Resolutionen fast ohne Diskussion angenommen:

1. „Der 19. Weltfriedenskongreß erinnert an die Beschlüsse der Kongresse von Paris 1900, Glasgow 1901, Monaco 1902, Rouen 1903, Boston 1904, Luzern 1905, und Mailand 1906 über die Verfolgungen, unter denen die Armenier in der Türkei zu verschiedenen Malen schwer zu leiden hatten. Der Kongreß zieht in Erwägung, daß man seit der Einführung des konstitutionellen Regimes in der Türkei die Regierung dieses Landes allerdings nicht mehr beschuldigen könne, daß sie Armeniermetzeleien anordne, wie das früher der Fall gewesen. Trotzdem sind die Armenier auch heute noch grausamen Verfolgungen ausgesetzt, wie man das erst letzthin wieder erfahren, als die Kurden blutige Streifzüge durch das Land unternommen haben. In Erwägung ferner, daß der ungenügende Schutz, der den Armeniern von seiten der türkischen Regierung zuteil wird, diese in den Verdacht der Mitschuld bringen könnte, ersucht der Kongreß die Regierung des türkischen Reiches inständig, alle erforderlichen Maßnahmen des Schutzes und der Verhütung zu treffen, damit den Armeniern die Sicherheit zuteil werde, auf die sie denselben Anspruch haben wie die Muselmanen."

2. „Der Kongreß bedauert, daß Gewaltmethoden angewandt worden sind, um die konstitutionelle Bewegung in Persien zu behindern, und bittet die Regierungen von Groß-Britannien und Rußland dringlichst, sich streng an die Bestimmungen der russo-englischen Konvention von 1907 zu halten, und sich gemäß derselben von jeder Intervention, welche die Unabhängigkeit und die Integrität von Persien beeinträchtigen könnte, fernzuhalten."

3. „Der Kongreß nimmt mit tiefem Bedauern davon Kenntnis, daß 40 000 afrikanische Eingeborene, die nominell unter dem Vorwande der mit ihnen geschlossenen Verträge, in Wahrheit aber gegen ihren Willen nach den Kakao-Pflanzungen der Inseln St. Thomas und Principe gebracht wurden, noch immer dort zurückgehalten werden. Der Kongreß richtet einen Appell an die Portugiesische Regierung, ohne Verzug für deren Freigabe und Beförderung in ihre Heimat zu sorgen und alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um etwa weitere solche Arbeitertransporte nach den genannten Inseln zu verhindern, es sei denn, daß von den betreffenden klar und deutlich ihr Einverständnis mit dem Transport dahin erklärt sei."

4. „Der 19. Weltfriedenskongreß erinnert an die Resolution des Kongresses von Stockholm 1910, betreffend Finland:

in Erwägung, daß die diesem Lande verliehenen Freiheiten, die durch Verfassung und Uebereinkommen auch für den Kaiser von Rußland verbindlich sind, in den beiden letzten Jahren neuerdings vermindert worden sind durch verschiedene Beschränkungen der Rechte der finländischen Autonomie;

versichert das finländische Volk von neuem seiner Sympathie und bittet die liberalen Mitglieder der Behörden des russischen Reiches inständig, mit allem Nachdruck für die Rechte und Freiheiten dieses Volkes einzustehen, das der kaiserlich russischen Regierung stets nur Beweise seiner Anhänglichkeit und Treue gegeben hat."

5. „Der 19. Weltfriedenskongreß stellt mit größter Freude fest, welche Anstrengungen von seiten der Regierungen der Türkei, Bulgariens, Serbiens und Montenegros gemacht worden sind, um während der gegenwärtigen Krise, die das ottomanische Reich durchmacht, den Frieden aufrechtzuerhalten. Er spricht ferner den Wunsch aus, daß die Türkei in Albanien, Mazedonien und den griechischen Inseln des Archipels eine Regierung nach den Grundsätzen der Dezentralisation und der Autonomie errichte, wodurch allein die Aufrechterhaltung des Friedens und der Fortschritt der Zivilisation in definitiver Form gesichert werden kann."

6. „Der Kongreß nimmt Kenntnis von den unsagbaren Grausamkeiten, in der Gegend des Putumayo auf peruvianischem Gebiet begangen werden, wie sie im Bericht eines britischen Funktionärs, des Sir Roger Casement, festgestellt und von Kommissären, die seitens der Kompagnie ernannt sind, bestätigt wurden, und protestiert aufs förmlichste dagegen, daß die Urheber dieser Grausamkeiten, und zwar peruvianische Ansässige sowohl wie fremde Ansiedler und deren Helfershelfer, nämlich Direktoren englischer Nationalität, bisher straffrei geblieben sind. Er beglückwünscht zugleich die englische Regierung, daß sie der Angelegenheit, in der Absicht, sie in Zukunft zu verhindern, die größtmögliche Verbreitung gäbe."

7. „Der Kongreß spricht seinen Unwillen aus über die unerhörten Mißbräuche in einer portugiesischen Kakaokolonie und über die in dem peruanischen Kautschukgebiete begangenen Grausamkeiten; er lenkt von neuem die öffentliche Meinung aller Länder und die Regierungen aller Mächte auf die ungeheure und dauernde Gefahr ähnlicher Mißbräuche, die überall besteht, wo das Eigentum und die Arbeit der Eingeborenen zu Handelszwecken ausgebeutet werden. Er bittet inständig alle Regierungen, die für die Verwaltung und Ueberwachung solcher Unternehmungen verantwortlich sind, eine strenge und unaufhörliche Kontrolle zu organisieren und die bereits bestehenden Maßnahmen einer Revision zu unterwerfen, um ihre Ausführung zu sichern. Der Kongreß erinnert an das bereits von dem Friedenskongreß von 1902 für das Recht der Eingeborenen ausgesprochene Prinzip: Der Arbeitskontrakt muß Gegenstand einer speziellen und detaillierten Regelung werden, die den eingeborenen Arbeitern ihre Freiheit garantiert und ihnen eine billige Behandlung zusichert."

8. „Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß die Sprachen und Kulturen der ethnischen Minderheiten geachtet werden und bedauert, daß im 20. Jahrhundert Kinder und Jünglinge, Schüler von Elementarschulen, Lyceen und Universitäten, Lehrlinge und junge Arbeiter, die mit Ruhe und in aller Bescheidenheit für die Verteidigung ihrer Muttersprachen kämpfen, der Gegenstand körperlicher Mißhandlungen und noch viel schlimmerer Verfolgungen moralischer Natur sind, und sogar ins Gefängnis gesteckt werden. Der Kongreß glaubt, daß die Achtung

vor der Sprache und der Kultur der ethnischen Minderheiten ein Element des Friedens, sowohl nach innen wie nach außen, darstellt, und noch mehr ein Mittel sein würde, um das moralische Los der ethnischen Minderheiten erheblich zu verbessern, und zwar ohne eine Veränderung der bestehenden Regierungsformen und ohne Umstürzung der gegenwärtigen Grenzen."

9. „Der 19. Weltfriedenskongreß stellt mit großer Genugtuung fest, daß die internationale Opiumkonferenz die am 23. Januar 1912 unterzeichnete Konvention angenommen hat, die auf den Beschlüssen der internationalen Shanghaier Kommission beruht, die eine Unterdrückung des Mißbrauches des Opiums, Morphiums, Kokains und ähnlicher Drogen erstrebte. Er hofft, daß dieses Abkommen durch alle Signatärstaaten zu dem festgesetzten Zeitpunkte ratifiziert werden wird und daß die anderen Mächte beitreten werden, insbesondere die Türkei, die viel Opium produziert. Er ladet inständigst die Mächte, die Besitzungen oder Protektorate im äußersten Orient haben (Deutschland, Frankreich, England, Japan, die Niederlande, Portugal) ein, ohne Verzug die Vorschläge des Abkommens in ihren Besitzungen oder Protektoraten zur Ausführung zu bringen, damit der Gebrauch des Opiums und ähnlicher Drogen in einem möglichst kurzen Zeitraume auf medizinische Zwecke beschränkt werde. Der Kongreß beglückwünscht China zu dem gewaltigen Fortschritte, der durch das Kaiserliche Dekret von 1906 betreffend die Unterdrückung der Mohnkultur und den nichtmedizinischen Gebrauch des Opiums gemacht worden ist. Er rechnet auf die republikanische Regierung, um den durch ihre Vorgänger so trefflich eingeleiteten Feldzug gegen diese schreckliche Gewohnheit fortzuführen. Der Kongreß hofft, daß die englische Regierung, die bereits die gradweise Verminderung der Ausfuhr des indischen Opiums nach China angenommen hat, die Bemühungen der chinesischen Regierung erleichtert, indem sie diese Ausfuhr unverzüglich unterdrückt und dadurch einem Zwischenhandel ein Ende bereitet, der die Hauptursache eines unheilvollen Krieges war und eine Schande für alle Teilnehmer, Regierungen wie Privatpersonen, bedeutet." Gleichzeitig sprach der Kongreß der jungen chinesischen Republik seine Glückwünsche aus.*)

Viel angebrachter waren folgende drei Beschlüsse, die keinerlei Kritik an politischen Ereignissen übten:

10. „Der Kongreß beglückwünscht die Völker der englischen Sprache zu der baldigen Vollendung eines Jahrhunderts des Friedens, dessen charakteristische Merkmale die Aufrechterhaltung ungeschützter Grenzen, die Lösung ernster Streitigkeiten durch die Schiedsgerichtsbarkeit und dementsprechend das Wiedererwachen freundschaftlicher Gefühle gewesen sind, welch letztere die Völker dahin geführt haben, die Feier der Unterzeichnung des Genter Vertrages vorzuschlagen, dessen Abschluß eine Aera eröffnete, im Laufe derer die Vernunft und Freundschaft die Gewalt und die Feindschaft ersetzt haben."

11. „Tief bewegt durch die Nachricht vom Tode des Freiherrn v. Marschall und in Erinnerung an die außerordentliche Stellung, die dieser Diplomat auf der Haager Konferenz inne hatte, die den internationalen Frieden symbolisiert, sowie eingedenk, daß die kürzliche Ernennung Marschalls zum Botschafter in London das Vorspiel zu einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen zu sein schien, sendet der 19. Weltfriedenskongreß dem deutschen Volke seine Teilnahme und spricht den Wunsch aus, daß dieses unerwartete Ereignis die Annäherung der beiden großen Nationen weder gefährden noch verzögern möge." Gleichzeitig wurde die deutsche Gesandtschaft in Bern gebeten, dem deutschen Kaiser die Teilnahme der in Genf versammelten Friedensfreunde über den Tod Marschalls auszudrücken, in dessen Tätigkeit die Freunde des Friedensgedankens die größten Hoffnungen gesetzt hätten.

12. „Der Weltfriedenskongreß drückt seine Freude darüber aus, daß der deutsch-französische Marokkokonflikt durch das Abkommen vom November 1911 in befriedigender Weise erledigt worden ist und die aus der Auslegung des Abkommens entstehenden Streitigkeiten der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen werden sollen. Er hofft, daß dieser besonderen Klausel bald die Schließung eines allgemeinen Schiedsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich folgen werde."

*

Ich habe bisher nur die Resultate der Kommission für Aktualitäten erwähnt. Die Konferenz hatte aber noch weitere Kommissionen: a) für internationales Recht, b) für Propaganda, c) für die Rüstungsfrage, d) für Unterricht und e) für Nationalökonomie.

Sehr eingehend gestaltete sich die Beratung über den Antrag des Franzosen Bollack, betreffend die ökonomische Sanktion der Schiedssprüche. Bollack führte aus, die internationalen Schiedsverträge und Schiedssprüche bedürften einer Sanktion; es bestände heute keine Gewähr dafür, daß sich der verurteilte Staat in jedem Falle einem Schiedsspruche füge. Deshalb sollten sich die Staaten verpflichten, den Rechtsbruch einer Regierung gegenüber einem Schiedsvertrage oder Schiedsurteile mit einem allgemeinen wirtschaftlichen Boykott der Waren dieses Staates zu bestrafen. Insbesondere sollte der Zoll auf die Waren dieses Staates um ein mehrfaches erhöht werden. Dumas, der den Antrag in seiner gemäßigten Form nicht ohne weiteres ablehnen wollte, wies darauf hin, wie unsere ganze Entwicklung zum Freihandel strebe, und man daher nicht gut eine Beförderung des Schutzzolles organisieren dürfe. Weiter gehe die Entwicklung immer mehr dahin, daß man nicht die Privatpersonen für die Schuld der Regierung büßen lassen wolle. De Maday, Professor an der Neuchateler Universität, war gegen den Vorschlag, weil gerade

*) Auch eine Entgleisung des Kongresses, da in der Resolution die republikanische Staatsform als eine besondere Garantie des Friedens hingestellt wurde. Da wundert man sich denn, daß heute die Friedensfreunde fast nur auf dem linken Flügel des Liberalismus zu suchen sind.

die unschuldige Arbeiterklasse von ihm am meisten betroffen würde, und Tryon-Boston wies auf den Schaden hin, den auch die Neutralen, und dazu noch in ungleichem Maße, erleiden würden. Quidde war gegen jede effektive Sanktion und hob hervor, daß auf dem Mailänder Weltfriedenskongresse das Prinzip der effektiven Sanktion nur mit ganz geringer Majorität angenommen worden sei. Ihm stimmte der Engländer Clark bei, der betonte, die beste Sicherheit für die Erfüllung der Schiedssprüche bestände in dem guten Glauben der Staaten. Es sprachen noch zwei Franzosen für den Bollackschen Antrag, den man aus Freundlichkeit nicht direkt zurückwies, sondern zur weiteren Behandlung in den Kommissionen zurückstellte.

Sehr interessant gestaltete sich sodann die Debatte über die Frage des Verbotes des Luftkrieges. Wie auf der Interparlamentarischen Versammlung, so sprachen sich auch jetzt die meisten Redner für das Verbot aus, und wiederum war es ein Franzose Gaston Moch, der ähnlich wie d'Estournelles, den Luftkrieg befürwortete. Er erklärte: „Wir Pazifisten haben lediglich die Aufgabe, den Krieg als solchen zu bekämpfen. Ist aber einmal ein Krieg ausgebrochen, so muß er so scharf wie möglich und mit allen Mitteln geführt werden." Wenn er sich freilich bei dieser Gelegenheit gegen jede Humanisierung des Krieges wandte, so ging das zu weit. Moch wurde namentlich von Quidde, Darby und Moscheles entgegengehalten, man wolle nicht, daß die großartigen neuen Erfindungen des Menschengeistes der Zerstörung dienstbar gemacht würden. Als ob nicht ganz andere wunderbare Erfindungen ebenfalls in den Dienst des Krieges gestellt würden! Moch beschuldigte die Konferenz der Sentimentalität in dieser Frage, einen Vorwurf, den Gobat zurückwies. Schließlich wurde mit großer Mehrheit folgende Resolution angenommen:

„Der Kongreß erklärt, daß nach seiner Meinung der Luftraum den militärischen Operationen vollständig entzogen sein muß, und ladet die Friedensfreunde in den verschiedenen Ländern ein, in diesem Sinne eine energische Propaganda zu machen."

Ueber die Frage der wirklichen Ursachen der Kriege seit 1815 wurde eine Resolution folgenden Inhalts angenommen:

„Der Kongreß gibt seiner Freude Ausdruck über die von der Carnegiestiftung zum Zwecke eines wissenschaftlichen Studiums der Ursachen des Krieges gewonnenen Maßnahmen und hofft im Einklang mit der Carnegiestiftung, die auf diese Weise gewonnenen Resultate für die Propaganda, die eigens das Werk der Friedensgesellschaften ist, verwerten zu können."

Im Anschlusse hieran hielt de Pressensé, Mitglied des französischen Senates eine oratorisch meisterhafte Rede und betonte: Die Rüstungen hätten seit 1885 um das vierfache zugenommen. Wolle man diese Entwicklung verstehen, so müsse man sich von den Ursachen des neu erwachten Chauvinismus eine richtige Vorstellung machen. Früher seien Kriege auch aus edlen Motiven geführt worden, so um die Unabhängigkeit. Heute aber sei es anders. Wir hätten eine internationale Finanzpolitik. Es handle sich heute darum, Konzessionen und Monopole zu erwerben. Die Diplomatie verwende ihre Zeit hauptsächlich mit solchen Dingen. Die Politik der Großstaaten diene dazu, die gemeine Spekulation egoistischer Personen zu befriedigen. Der Patriotismus werde heute den Interessen von Privatpersonen dienstbar gemacht. Unter lautem Beifalle protestierte Pressensé gegen die moderne Kolonialpolitik, die eine Brigantenpolitik sei.

Bei der Erörterung der Rüstungsfrage teilte Quidde mit, daß er hoffe, demnächst ein Buch über die Rüstungsfrage zu schreiben, in dem er auf die Schwierigkeiten des Problems aufmerksam machen wolle. Das Buch solle mit einem fertigen Vertragsentwurfe enden. Man darf auf dieses Buch, das hoffentlich die gesamte Literatur berücksichtigen wird, sehr gespannt sein. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

1. „Der 19. allgemeine Friedenskongreß, welcher in Genf vom 23. bis zum 28. September 1912 tagt, gibt wiederum mit Entschiedenheit der bereits auf früheren Kongressen und Versammlungen ausgesprochenen Ueberzeugung Ausdruck, daß es höchste Zeit ist, daß die Regierungen ohne Verzug der Prüfung der Frage der Rüstungseinschränkung nähertreten, um Mittel zu suchen, um ihr gegenwärtiges Wettrüsten für den Krieg zu beschränken.

Die Last, welche den Völkern durch dieses Wettrüsten auferlegt wird, hat sich bis zur Unerträglichkeit gesteigert, und die daraus entspringende Unzufriedenheit und Unruhe werden von Tag zu Tag schärfer. Nicht nur hat sich die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den bewaffneten Mächten mit dem Wachsen der Rüstungen nicht verringert, sondern sie ist im Gegenteil größer geworden.

Es ist eine Pflicht der Regierungen, ihre Völker ohne Verzug von dieser gewaltigen Last, welche ihnen die beständig wachsenden Rüstungen auferlegen, zu befreien und sich selbst gegen die Gefahr eines kriegerischen Aufstandes zu sichern, welche immer drohender wird.

Der Kongreß hat mit großer Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß der Friedensgedanke in den Vereinigten Staaten bereits genügend weit fortgeschritten ist, um dieses Land zu veranlassen, sein Schiffsbauprogramm einzuschränken und zu dem Entschluß kommen zu lassen, dieses Jahr nur ein Panzerschiff an Stelle von zwei oder noch mehr in Bau zu geben.

Der Kongreß empfiehlt diesen ersten Versuch einer freiwilligen Rüstungseinschränkung der Aufmerksamkeit aller Friedensfreunde und zählt darauf, daß sich jeder bemühen wird, in seinem Lande ähnliche Resultate zu erzielen.

Der Kongreß wendet sich an die verschiedenen Regierungen mit der ergebensten Bitte, die Frage der Rüstungseinschränkung auf die Tagesordnung der 3. Haager Konferenz zu setzen, und darauf zu sehen, daß die Frage zum Gegenstand einer eingehenden Prüfung gemacht wird, sei es

durch Ueberweisung an eine besondere Kommission oder sonst wie.

Es würde vorteilhaft sein, von nationaler Seite aus Richtlinien zu erhalten, welche Bedingungen von anderen Staaten erfüllt werden müßten, damit man für eine Rüstungsbeschränkung eintrete.

2. „Das Internationale Friedensbureau hat den Auftrag, die kleinen europäischen Staaten (beginnend mit Belgien, Dänemark, Norwegen, Niederlande, Portugal, Schweden und die Schweiz) einzuladen, gemeinsam bei den großen Mächten vorstellig zu werden, um sie von einer weiteren Vergrößerung ihrer Rüstungen abzuhalten und schließlich eine Einschränkung herbeizuführen."

Auf Vorschlag von Frau Flammarion, der Vorsitzenden der Gesellschaft „La Paix et le désarmement par les femmes" sprach die Konferenz den Wunsch aus, daß die Frauen alle sozialen Klassen der erwähnten Gesellschaft beitreten sollten. Es wurden sodann noch folgende vier Resolutionen über ähnliche Fragen angenommen:

1. „Der Kongreß spricht sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der amerikanische Senat sich geweigert hat, die Schiedsverträge zwischen Amerika einerseits und Frankreich sowie England andererseits zu ratifizieren; er spricht die Hoffnung aus, daß nach dem Erlöschen der gegenwärtig in Kraft befindlichen Schiedsverträge zwischen diesen Staaten neue Verhandlungen eingeleitet werden mit dem Zwecke, neue Schiedsverträge zu schließen auf der Basis der Verpflichtung und unter den in den gegenwärtigen Verträgen enthaltenen Reserven. Er beauftragt zu diesem Zwecke das Internationale Friedensbureau, zu geeigneter Zeit die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die erwähnten Staaten zu Verhandlungen zu veranlassen, damit sie sich von neuem verpflichten und die geschlossenen Verträge ratifizieren."

2. „Der Kongreß bedauert, daß die anläßlich der zweiten Haager Konferenz am 18. Oktober 1907 geschlossenen Abkommen von folgenden Staaten noch nicht ratifiziert worden sind: Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Columbien, San Domingo, Ekuador, Spanien, Griechenland, Italien, Montenegro, Paraguay, Peru, Persien, Serbien, Türkei, Uruguay und Venezuela. Er beauftragt das Internationale Friedensbureau, bei den Regierungen der erwähnten Länder dringend vorstellig zu werden, damit die erwähnten Abkommen möglichst bald ratifiziert werden."

3. „Der Kongreß bestätigt von neuem die in den einleitenden Grundsätzen eines internationalen Gesetzbuches in Rom (1891) und Budapest (1896) angenommenen Prinzipien:

Art. 2. Kein Volk darf sich selbst Recht verschaffen.

Art. 3. Kein Staat darf einem anderen den Krieg erklären.

Art. 4. Alle Zwistigkeiten zwischen Völkern sollen auf dem Wege der rechtlichen Entscheidung zum Austrag gebracht werden.

Art. 5. Die Selbständigkeit jedes Volkes ist unverletzlich.

Art. 6. Es gibt kein Recht der Eroberung.

Er erklärt, daß die Zustimmung zu diesen Prinzipien eine wesentliche Grundbedingung darstellt, die der Pazifismus von seinen Anhängern verlangt; er glaubt daher, daß jeder Pazifist es als seine heiligste Pflicht betrachten muß, sich jedem von der Regierung seines Landes unternommenen Eroberungskriege zu widersetzen, und daß er nötigenfalls mit Gefahr seines Lebens sich aller Mittel, die in seiner Hand liegen, bedienen muß, um vor der öffentlichen Meinung und vor der Presse die Ungerechtigkeit eines solchen Krieges darzutun, und die Möglichkeit, sich eines der friedlichen Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten zu bedienen. Er erklärt, daß weder historische noch wirtschaftliche Notwendigkeiten, noch die sogenannte nationale Ehre, noch das militärische Prestige als hinreichende Gründe betrachtet werden können, um einen Eroberungskrieg zu rechtfertigen."

4. „Der Kongreß gibt seine Zustimmung kund zu den Wünschen, die ausgesprochen worden sind, um die Vorbereitung der dritten Haager Friedenskonferenz nach dem von der zweiten Friedenskonferenz angenommenen Wunsche zu sichern. Er beglückwünscht die Regierungen, die bereits zu diesem Zwecke eine Organisation geschaffen haben, und bittet sie inständigst, gemeinsam bei den anderen Staaten vorstellig zu werden, um unverzüglich zu der Zusammensetzung der vorbereitenden Kommission der dritten Haager Konferenz zu gelangen. Er ladet die Mitglieder der verschiedenen Parlamente und besonders der Interparlamentarischen Union auf, in diesem Sinne energisch bei den in Betracht kommenden Regierungen vorstellig zu werden."

Von diesen vier Resolutionen ist die erste bedenklich, da doch der Senat der Vereinigten Staaten die Ratifikation nicht geweigert, sondern die Verträge nur verändert hat. Die dritte Resolution ist direkt unhaltbar, z. B. deswegen, weil heute unmöglich alle Staatenstreitigkeiten rein rechtlich erledigt werden können.

Die Kommission für Erziehung schlug folgende Resolutionen vor, die sämtlich von der Konferenz angenommen wurden:

1. „Der Kongreß konstatiert die Wichtigkeit der Ferienkurse für Friedensfreunde, wie sie in Kaiserslautern durch Herrn Wagner begründet worden sind, und ersucht das Internationale Friedensbureau in Bern, diesem Werk und allen verwandten Unternehmungen die nötige Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Das Internationale Friedensbureau ist ferner einzuladen, den Berufsverbänden der Lehrerschaft die Akten und Dokumente, die auf diese Einrichtung Bezug haben, zur Verfügung zu stellen, um auf diese Weise in allen Ländern die Schaffung derartiger Einrichtungen anzuregen."

2. „Der 19. Weltfriedenskongreß hat mit lebhaftestem Interesse von der am 22. September 1912 im Namen von 98 000 Lehrerinnen und Lehrern Frankreichs von der „ständigen Kommission der Lehrerinnen und Lehrer Frankreichs" angenommenen Erklärung bezüglich ihrer Auffassung von Patriotismus Kenntnis genommen.

Er anerkennt besonders, daß die französischen Lehrkräfte der Elementarschulen aussprechen, daß sie keine Antipatrioten sind und ihre pazifistische Gesinnung sowie ihr Vertrauen in die Verwirklichung des Internationalen Schiedsgerichtsgedankens betonen; sowie ferner versichern, einen Patriotismus lehren zu wollen, der von dem Gefühl der

Gerechtigkeit und der Achtung vor dem Recht der andern geleitet ist; und weiter den niedrigen, von Eifersucht und Angriffslust erfüllten Chauvinismus als gefährlich für die nationale Sicherheit bezeichnen. Der Kongreß beglückwünscht die Verfasser dieser Kundgebung und spricht den Wunsch aus, daß auch in anderen Ländern die Jugenderzieher ähnliche Gefühle kundgeben möchten."

3. „In Anbetracht der in Frankreich von der Friedensschule mit Unterstützung führender Persönlichkeiten politischer Parteien sowie religiöser und anderer Gesellschaften erzielten Erfolge gegen die gefährlichen Einwirkungen der öffentlichen Darstellung des Verbrechens;

in Anbetracht, daß eine noch nicht abgeschlossene Petition dieser Friedensschule an den französischen Senat bereits 10 000 Unterschriften hat,

und in Erwägung, daß durch die internationalen Verkehrsmittel und durch den kosmopolitischen Charakter vieler Städte die Erscheinung immer weitere Kreise berühren wird,

ladet der 19. Weltfriedenskongreß alle Lehrkräfte ein, ähnliche Aktionen in ihren Ländern einzuleiten oder vorhandene zu unterstützen."

4. „In Erwägung einerseits, daß trotz der in einigen Ländern sogar mit offizieller Unterstützung gemachten Anti-Duell-Propaganda die Zahl der Duelle nicht merklich abgenommen hat,

in Erwägung anderseits, daß die Duellsitte sich direkt gegen die von uns gewünschte pazifistische Erziehung richtet, weil sie ein Beispiel schlechter Sitte ist,

spricht der 19. Weltfriedenskongreß den Wunsch an alle Erzieher aus, sich der vielen Möglichkeiten, die der Moral- und Geschichtsunterricht sowie ein moralischer Kommentar zu den Ereignissen der Gegenwart bietet, zu bedienen, um der Jugend zu zeigen, daß Eisen und Feuer in keiner Hinsicht ein Mittel zur Lösung von Konflikten darstellen, die, moralisch und praktisch nur aus der Vernunft, Gerechtigkeit und dem Recht hervorgehen können."

Auf Vorschlag der soziologischen Kommission nahm schließlich die Konferenz noch folgende beiden Beschlüsse an:

1. „Die soziologische Kommission erkennt das große Interesse an, welches das Studium von Krieg und Frieden vom soziologischen Standpunkt bietet.

In Erwägung aber, daß

1. die Friedenskongresse sich hauptsächlich mit der Propaganda der Friedensidee befassen und sie in der ganzen Welt zum Triumpf führen sollen,

2. daß diese Propaganda nicht mit Hilfe von Argumenten gemacht werden soll, welche dem theoretischen Studium der sozialen Wissenschaften, sondern der Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse entnommen sind,

beschließt die Kommission, auf ihre Tagesordnung aktuelle und praktische Fragen zu setzen, und zwar unter anderen:

1. Oekonomische Zwangsmaßregeln als Mittel, die Ausführung von internationalen Abmachungen sicherzustellen,

2. Der Zusammenhang der Arbeiterfrage mit den Friedensbestrebungen, und zwar namentlich

a) die Rolle der politischen und ökonomischen Arbeiterorganisation in den Beziehungen der Völker untereinander,

b) die Rolle des Schutzes der inländischen und der fremden Arbeiter."

2. „In Anbetracht der Beschlüsse des 4. Internationalen Kongresses für Fremdenhilfe, welcher die allgemeinen Grundlagen für die Unterstützung der Fremden festgelegt und die dänische Regierung gebeten hat, die Berufung einer Internationalen Konferenz zu veranlassen, welche den Auftrag haben soll, die beste Lösung zu suchen und zu verfolgen, welche dem Problem der Unterstützung der Fremden auf der in den Beschlüssen des Kongresses formulierten Grundlage gegeben werden kann;

stellt der Kongreß mit Freude fest, daß diese Beschlüsse in Kopenhagen von den offiziellen Delegierten von 17 Regierungen gefaßt worden sind, in Anbetracht ferner der Zustimmung, welche ihnen der 7. Kongreß der französischen Friedensgesellschaften zu Clermont-Ferrand im Jahre 1911 gegeben hat,

schließt sich der Kongreß diesen Resolutionen an,

äußert den Wunsch, daß eine internationale Konferenz für Fremden-Unterstützung binnen kurzem einberufen werde, und daß diese Konferenz unter Anwendung obiger Prinzipien zu einem allgemeinen Uebereinkommen gelange, laut welchem jedermann im Auslande Unterstützung unter denselben Bedingungen garantiert wird, wie sie für die Angehörigen dieses Landes organisiert ist;

und empfieht diese Resolution der Aufmerksamkeit des 19. allgemeinen Friedenskongresses, damit sie, gestützt auf die Billigung dieses Kongresses, durch das Internationale Friedensbureau zur Kenntnis der Regierungen gebracht wird."

Schließlich nahm man noch folgende drei Beschlüsse allgemeineren Inhalts an:

1. „Der 19. Weltfriedenskongreß dankt der Schweiz herzlich für die Gastfreundschaft und die Beweise von Interesse, die sie seit zwanzig Jahren, d. h. seit seiner Gründung, dem Internationalen Friedensbureau erwiesen hat."

2. „Der Kongreß gibt der Dankbarkeit gegenüber dem edlen Stifter des Carnegie Endowment Ausdruck, dessen Subvention es dem Internationalen Friedensbureau gestattet, seinen Wirkungskreis zu erweitern und seine Arbeit ungebundener fortzuführen."

3. „Der Kongreß erklärt, daß alle Friedensgesellschaften der Welt eng um ihr Zentralorgan, das Internationale Friedensbureau, gruppiert sind, das beauftragt ist, in ihrem Namen zu sprechen, wenn die Umstände es erfordern. Der Kongreß richtet einen einmütigen Ruf an alle pazifistischen Kräfte der Welt, daß sie das Internationale Friedensbureau unterstützen, damit es sein bedeutsames Werk vollenden kann."

Schließlich ist hervorzuheben, daß die Konferenz auf Einladung von Frau de Jong van Beek en Donk beschloß, die nächste Tagung 1913 im Haag stattfinden zu lassen.

Es können hier leider nicht alle guten Reden der Konferenz wiedergegeben werden. Nur an den schönen Worten, mit denen La Fontaine seine Rede bei Eröffnung der Konferenz schloß, möchte ich nicht vorbeigehen. Er führte aus: „Es handelt sich schließlich darum, die internationalen Rechte des Menschen zu erklären. Die Freiheit, sich zu bewegen, sich zusammenzuschließen, zu denken und zu besitzen, muß jedem Menschen auf jedem Teile des Erdballes gehören. Die törichte Legende, daß

die Völker an ihr Territorium gebunden sind und den Fremden feindlich gegenüberstehen, muß ein Ende nehmen. Der Gedanke, daß Deutschland den Deutschen, Frankreich den Franzosen, China den Chinesen gehört, hat ausgelebt. Diese Ursache, eine der schwersten, die schwerste vielleicht für alle Staatenkonflikte, beruht auf einem Mißverständnisse und einem Irrtume. Diesen Formeln des Hasses und der Mißgunst fordere ich Sie auf, die Formel der Erlösung und der Eintracht entgegenzusetzen: „Die Erde den Erdenbürgern!"

Unter den mannigfachen Festlichkeiten, die dem Kongresse geboten wurden, wird am längsten die von schönsten Wetter begünstigte Dampferfahrt um den Genfer See in der Erinnerung aller Teilnehmer leben. Auf einer Höhe bei Lausanne, einer historischen Erinnerungsstätte, hielt der Schweizer Jacquemin vom Genfer Friedensverein eine von tiefer Begeisterung getragene Rede als Erinnerung an diejenigen, die für ihre Ueberzeugung gelitten hatten, und forderte die Anwesenden zu gleicher Entschlossenheit auf. Ich glaube, diese Rede war die schönste des ganzen Kongresses.

*

Vor zwanzig Jahren, vom 22—27. August 1892, tagte auch in der Schweiz der Weltfriedenskongreß, und es ist interessant, die Resultate jener Berner Tagung mit den neuesten kurz zu vergleichen. Auf jenem Weltfriedenskongresse im Jahre 1892 wurden nur etwa zehn Resolutionen, und fast nur völkerrechtlichen Inhalts, angenommen, während die Aktualitäten fast ganz ausgeschaltet waren. Der neueste Kongreß hat etwa dreimal so viel Resolutionen beschlossen, und die Mehrzahl betreffen aktuelle politische Fragen.

Mit diesen aktuellen politischen Fragen stößt man nicht nur in der Oeffentlichkeit an, sondern erreicht auch nicht das Mindeste. Die Regierungen werden die Beschlüsse größtenteils nicht Ernst nehmen. Damit aber nicht genug, gefährdet man die Arbeit derjenigen, die in den einzelnen Ländern mehr oder minder erreicht haben, daß man auf die Ansichten der wirklichen wissenschaftlichen Friedensbewegung hört.

Weiter aber verzichtet man mit dieser Behandlung aktueller Probleme mehr und mehr auf positive Arbeit. Was liegt näher, als daß man diejenigen Aufgaben, die die dritte Haager Friedenskonferenz zu erfüllen hat, ins Auge faßt und Richtlinien aufstellt! Die brennendsten Probleme unserer Zeit, der Weltschiedsvertrag und der ständige Staatengerichtshof, die von den Interparlamentariern so scharf angefaßt worden sind, hat man mit Stillschweigen übergangen. In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts haben die Weltfriedenskongresse viel bessere Arbeit geleistet; dann sind allmählich die aktuellen Fragen mehr und mehr in Angriff genommen worden.

Die Unzulänglichkeit des letzten wie der vorhergehenden Kongresse ist denn auch von sehr vielen Teilnehmern in einer besonderen Versammlung, die von etwa 50 der angesehensten Kongressisten besucht war, bestätigt und das Berner Bureau ersucht worden, in einer Enquete zunächst einmal festzustellen, wie nach Ansicht der meisten Pazifisten die Kongresse ordnungsmäßig abgehalten werden müßten. Es ist in dieser Versammlung von Alfred H. Fried betont worden, daß wir uns die Lake Mohonk-Konferenzen zum Vorbild nehmen müßten, die vor jeder Tagung eine große Anzahl angesehener Männer mit einem Referate über irgendeine Frage beauftragen. Jeder Redner darf etwa eine Viertelstunde sprechen, und das so veröffentlichte Material enthält eine Fülle wissenschaftlich wertvollen Inhalts. Ich glaube, daß diese Methode eine sehr glückliche wäre. Man müßte etwa fünf Plenarsitzungen abhalten und auf jeder Sitzung nur ein Thema erörtern. Somit dürften nicht mehr als etwa fünf Probleme behandelt werden, wodurch nicht ausgeschlossen ist, daß nebenbei auch noch ganz untergeordnete Organisations- und sonstige Fragen diskutiert werden. Zu jedem Thema müßten etwa fünf Redner bestimmt werden, die ein orientierendes und wissenschaftliches Referat von je einer Viertelstunde zu halten hätten. Darauf würde eine Diskussion stattfinden und am Schlusse irgendeine Resolution angenommen werden.

Solange diese oder ähnliche Reformpläne nicht zur Durchführung gelangen, wird der Kongreß wohl dazu dienen können, daß die einzelnen Pazifisten sich gegenseitig kennen lernen und interessante Debatten anhören; er wird aber als ernst zu nehmender Faktor der wahrhaft wissenschaftlichen Friedensbewegung nicht mehr in Betracht kommen, sondern durch die von mir mit Freuden erwartete internationale Konferenz der nationalen „Verbände für internationale Verständigung" verdrängt werden.

Man braucht nicht unbedingt darauf zu bestehen, daß keine einzige aktuelle Frage verhandelt wird. Zum Beispiel konnte man den italienisch-türkischen Krieg sehr wohl — wenn auch in anderer Weise — zum Gegenstande der Diskussion machen. Aber die ägyptische und anderen Fragen gehören wirklich nicht auf den Kongreß.

Wenn sich die Weltfriedenskongresse in dieser Weise umgestalten, dürften auch nach und nach hervorragende Persönlichkeiten an ihnen Teil nehmen. Ebenso wie die deutsche Friedensbewegung seit ihrer Wandlung von der Utopie zur Wissenschaft immer neue Gesinnungsgenossen unter den Universitätsprofessoren usw. gefunden hat, so werden auch die Weltfriedenskongresse die Früchte einer Neuorganisation bald genug ernten.

Die vorgeschlagenen, von den wirklichen Führern des Genfer Kongresses völlig geteilten Reformen lassen sich bei gutem Willen außerordentlich leicht verwirklichen. Freilich gehört dazu ein Bruch mit der Vergangenheit. Man hat auf dem letzten Weltfriedenskongresse manchmal bei irgendeiner Frage hervorgehoben, es habe gar keinen Zweck, diese neu aufzurollen, der und der Weltfriedenskongreß habe sie schon endgültig entschieden! Also weil z. B. der frühere Weltfriedenskongreß erklärt hat, die Schiedssprüche hätten eine effektive Sanktion nötig, deshalb ist irgendein Zweifel an diesem Probleme auf dem Kongresse und jede weitere Erörterung ausgeschlossen. Das ist schließlich die Unterbindung jeglichen Fortschrittes!

Wir haben die feste Hoffnung, daß der Verlauf des letzten Kongresses von entscheidendem Einflusse auf eine endliche, schon so lange hinausgeschobene Reform sein wird und daß man dadurch den internationalen Friedensfreunden eine imposante Tribüne schafft, von der sie mit wissenschaftlichem Ernste, Begeisterung, aber auch Mäßigung die großen Ideen verkünden können, die gerade heute, wo die internationale Anarchie in den letzten Zuckungen liegt, klarer und klarer nach Gestaltung ringen.

Erster Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung.

A. H. F. Als ein Ereignis von hervorragendster Bedeutung für die Entwicklung des Friedensgedankens in Deutschland ist jene erste Tagung des im vorigen Jahre zu Frankfurt a. M. begründeten „Verbandes für internationale Verständigung" zu begrüßen, die in den Tagen vom 5. bis 7. Oktober in der ehrwürdigen Musenstadt Heidelberg stattfand. Mit dieser ersten Tagung hat der Verband alle Hoffnungen erfüllt, die wir an dieser Stelle (Fr.-W. 1910, S. 171) anläßlich seiner Gründung geäußert haben; ja — wir können es unumwunden sagen — sie sogar übertroffen. Wer den öffentlichen Versammlungen des Verbandes in den Hallen der ehrwürdigen Rupprecht-Karls-Universität beigewohnt hat, gesehen hat, wie sich die Träger klangvoller Namen der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens hier zusammenfanden, um im Dienste der internationalen Verständigung patriotische Arbeit zu leisten, wer gehört hat, wie die berufenen Vertreter deutschen Geistes, Erzieher der edelsten Blüte des deutschen Volkes hier offen und klar Ideen vertraten, die vorher ebenso oft schlecht dargestellt als mißverstanden und daher nicht selten zu Unrecht verdächtigt wurden, der muß sich mit inniger Freude gesagt haben, daß hier ein neuer Abschnitt in der geistigen und politischen Entwicklung Deutschlands seinen Ausgang nimmt, daß hier in der großen Weltbewegung der Völkerverständigung und Staatenorganisation ein neuer und mächtiger Faktor sich geltend zu machen anfing. Ich muß es offen gestehen, daß mich an jenen Tagen in der Heidelberger Aula, als ich jene wichtigen Volksteile, die Vertreter der hohen Wissenschaft und Intelligenz, die bei der internationalen Verständigungsarbeit in Deutschland so lange vermißt wurden, mit dem selbstverständlichen Ernste nunmehr arbeitsbereit und arbeitsfähig am Werke sah, ein heiliger Schauer durchlief. Ich hatte ein Empfinden wie an jenem schönen Maienmorgen des Jahres 1899, als ich auf der Galerie des Buschhauses im Haag der Eröffnung der ersten Friedenskonferenz beiwohnte; und wie damals drängten sich wieder die Worte Goethes in mein Denken, die er nach der Schlacht bei Valmy aussprach: „Von hier ab und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen." Wieder hatte ich wie damals das Erlebnis, daß ich mir sagen konnte: Es lohnt sich doch, einige Zeit ausgelacht zu werden.

Um die eigenartigen Empfindungen zu begreifen, die mich in Heidelberg befielen, möchte ich daran erinnern, daß es just dem Tage nach 20 Jahre waren, als ich einsam und mit der Befangenheit des sich seiner Einsamkeit Bewußten durch die Straßen Berlins schlich und hier und dort bei Gelehrten und Politikern vorsprach, um sie zu ihrer Mitwirkung bei der Gründung einer Friedensgesellschaft in Deutschland zu ersuchen. Viele Türen wurden mir da aufgetan, aber viele Herzen fand ich verschlossen. Politiker und Gelehrte deuteten mir an, daß ich die Zeichen der Zeit mißverstehe und sagten es mir offen heraus, daß sie eine deutsche Friedensgesellschaft in dem Berlin von 1892 als ein unzeitgemäßes Unternehmen betrachteten. Nur ein kleines Häuflein weitsichtiger Männer war es, das meiner Anregung Folge gab und am 9. November 1892 zu Berlin die Deutsche Friedensgesellschaft in die Welt setzte, die jetzt nach zwei Jahrzehnten mit Befriedigung auf die von ihr geleistete Kulturarbeit zurückblicken kann. Dieser Arbeit ist es nicht zum geringsten zu verdanken, daß sich jetzt ein neuer Kreis von Deutschen um das Banner für internationale Verständigung schart und — wenn auch nach anderen Methoden und mit verändertem Programm — einer Idee dienen will, die in unserer Zeit bereits feste Wurzeln geschlagen hat.

Es ist müßig, über die Zusammenhänge und die Distanzen zu sprechen, die zwischen dem „Verbande für internationale Verständigung" und der sogenannten Friedensbewegung bestehen. Die Unterschiede sind hier be-

reits in dem oben erwähnten Artikel dargelegt worden, und es ist dem kaum etwas zuzufügen. Nur so viel sei gesagt: Es besteht kein Antagonismus zwischen beiden Organisationen. Die Richtung ist dieselbe. Daß nun die eine Organisation ihre Ziele etwas weiter setzt, die andere sich begnügt, eine Etappe zu erreichen, sind Verschiedenheiten der Auffassung, aber nicht der Grundsätzlichkeit. Daß beide getrennt marschieren, erscheint mir als eine gebieterische Notwendigkeit, handelt es sich doch bei den Bestrebungen des Verbandes, die neuen und so breiten Kreise des Reiches, die den Glauben an die letzten Ziele des Pazifismus noch nicht zu teilen vermögen, wenigstens für den Fortschritt nach der Etappe zu interessieren. Nach dieser Richtung kann der Verband eine Erziehungsarbeit leisten, die nach dem, was seine erste Tagung zeigte, zu den kühnsten Hoffnungen berechtigt. Es ist daher ganz gut, daß der Verband behauptet, von dem Alt-Pazifismus abseits zu stehen. Er erfüllt seine Lebensbedingung, wenn er dies tut. Nur nicht zu drastisch sollte er es tun. Es wäre dies weder im Interesse des Verbandes, noch in dem des Pazifismus gelegen. Leicht könnten dann Zusammenhänge klargelegt werden, die aus taktischen Gründen besser verdeckt bleiben. Der Pazifismus ist ja als eine abgeschlossene Einheit gar nicht zu definieren; er umfaßt eine Vielheit von Methoden und Anschauungen, und wenn man sich von einzelnen dieser Methoden und Anschauungen abzurücken bemüht, so kann man es nicht dem Gesamtbegriff gegenüber, nicht von der Gesamtarbeit, die zum großen Teile, wie sich schon auf diesem ersten Verbandstage gezeigt hat, auch die Grundlage der Arbeit des Verbandes bildet. Es sei nur auf die vom Pazifismus geschaffene Wissenschaft des Internationalismus verwiesen und auch auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß die wirklichen Führer des Pazifismus in ihren Anschauungen dem Verbande sehr nahe stehen.

Daß ein solcher Antagonismus keine Aussicht hat, aufzukommen, bewies der fast durchweg pazifistische Tenor der während der Tagung gehaltenen Vorträge, wie die Anwesenheit zahlreicher Vertreter der pazifistischen Organisationen, die wenige Tage vorher noch auf dem Genfer internationalen Friedenskongreß gearbeitet hatten. Wir bemerkten zu unserer Freude den Präsidenten des Berner internationalen Friedensbureaus, Henri Lafontaine, wie den Direktor dieser pazifistischen Zentrale, Dr. Gobat, sowie zahlreiche Mitglieder und Vorstandsmitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft, wie: Geh.-Rat Prof. Förster, Berlin; Prof. L. Quidde, München; Justizrat Heilberg, Breslau; Kommerzienrat G. Arnhold, Dresden; Justizrat Dr. Dietz, Frankfurt a. M.; E. de Neufville, Frankfurt a. M.; v. Harder, Mannheim; u. v. a. (Der Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, Dr. Adolf Richter, war im letzten Augenblick durch Unwohlsein verhindert, an der Tagung teilzunehmen.) Den amerikanischen Pazifismus vertraten Mrs. Fern Andrews, die Organisatorin der großzügig angelegten „American Peace School League", und Miß Anna B. Eckstein, die hervorragende Leiterin der Weltpetition für die dritte Haager Konferenz. Aus Frankreich war in Vertretung der Gesellschaft „La Paix par la Droit" Professor Th. Ruyssen erschienen.

Eine besondere Stelle unter den Gästen nahm Senator Baron d'Estournelles de Constant ein, der als Begründer der französischen „Conciliation internationale", als „Vater der Verständigungsverbände", nach Heidelberg gekommen war, um dem ersten öffentlichen Auftreten des deutschen Conciliationsverbandes beizuwohnen.

Von den über 250 Teilnehmern an dem Verbandstage seien nach Zufall die nachstehenden Gelehrten erwähnt:

Geh. Justizrat Prof. Dr. L. v. Bar, Göttingen; Prof. Dr. Wilhelm van Calker, Gießen; Prof. Dr. Caspari, Heidelberg; Präsident Dr. Friedrich Curtius, Straßburg i. Els.; Prof Dr. Hanns Dorn, München-Grünwald; Prof. Dr. Freiherr von Dungern, Czernowitz; Prof. Dr. Rafael Erich, Helsingfors; Prof. Dr. F. Fleiner, Heidelberg; Prof. Dr. Max Fleischmann, Königsberg i. Pr.; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Wilhelm Foerster, Charlottenburg; Prof. Dr. Freudenthal, Frankfurt a. M.; Prof. Heinsheimer, Heidelberg; Prof. Dr. jur. Hollatz, Neuchatel; Prof. Dr. jur. Max Huber, Zürich; Geh. Hofrat Prof. Dr. Lamprecht, Leipzig; Geh. Hofrat Prof. Dr. Karl v. Lilienthal, Heidelberg; Dr. Wilhelm Martens, Gymnasialdirektor, Konstanz; Geh. Rat Prof. Dr. Niemeyer, Kiel; Geh. Kirchenrat Prof. Dr. Friedrich Nippold, Oberursel; Prof. Dr. A. v. Oechelhäuser, Karlsruhe; Prof. Dr. Robert Piloty, Würzburg; Prof. Dr. Rade, Marburg; Prof. Dr. H. Rehm, Straßburg i. Els.; Prof. Dr. H. Siveking, Zürich; Prof. Dr. F. E. Schneegans, Heidelberg; Prof. Dr. W. Schücking, Marburg a. L.; Dr. H. R. Soergel, Freilassing; Prof. Dr. Martin Spahn, Straßburg i. Els.; Prof. Dr. Stier-Somlo, Bonn; Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.; Geh. Kirchenrat Prof. Dr. Troeltsch, Heidelberg; Geh. Rat Prof. Dr. E. R. v. Ullmann, München; Prof. Dr. Alfred Weber, Heidelberg; Prof. Dr. Max Weber, Heidelberg; Geh. Justizrat Prof. Dr. Philipp Zorn, Kronsyndikus, M. d. H., Bonn.

Ferner seien noch erwähnt:

Paul Baumgarten, Vorsitzender des Verbandes der Internat. Studentenvereine an deutschen Hochschulen, Göttingen; Th. Curti, Direktor der „Frankfurter Zeitung", Frankfurt a. M.; Vizeadmiral a. D. Galster, Exzellenz, Kiel; John Grand Carteret, Paris; Bankdirektor Hermann Maier und Frau, Ludwigshafen; Oberrealschullehrer Jacob ter Meulen, Haag (Holland); Dr. John Mez, Freiburg i. Br.; William Richards, 1. Vorsitzender des Göttinger Internat. Studentenvereins, Göttingen; Prof. Dr. H. Rößler, Frankfurt a. M.; Generalkonsul Karl Simon, Mannheim u. v. a.

Die Arbeiten begannen am 6. Oktober morgens mit einer Ausschußsitzung, der eine Mitglieder-Versammlung folgte, in der die üblichen geschäftlichen Mitteilungen gemacht wurden. Ihr folgte in den würdigen Räumen der alten Aula die erste öffentliche Sitzung, die mit einer Begrüßungsrede des ersten Vorsitzenden des Verbandes, des Geh. Rates Prof. Dr. Emanuel Ritter v. Ullmann aus München eingeleitet wurde. Es erwiderte als Vertreter der Großherzogl. Badischen Unterrichtsverwaltung, Ministerialrat Schwörer, namens der Universität der derzeitige Pro-Rektor, Geh. Rat Prof. v. Lilienthal, namens der Stadtverwaltung Bürgermeister Walz.

Den Reigen der eigentlichen Vorträge eröffnete Prof. Otfried Nippold mit seinen Darlegungen über „Auswärtige Politik und öffentliche Meinung". Er wies auf die Ereignisse des letzten Jahres hin, die Zweifel darüber erstehen ließen, ob die öffentliche Meinung, auf die heute mit Recht so hohes Gewicht gelegt würde, dabei auch wirklich unverhüllt zutage getreten war.

Die Beantwortung dieser Frage ist für die politische Zukunft von der allergrößten Bedeutung. Es hat sich gezeigt, daß das Interesse weiterer Kreise für die auswärtige Politik noch verhältnismäßig neu ist, und daß entsprechend noch viele, selbst den gebildeten Ständen Angehörige in ihrem Urteil sehr unselbständig und daher allzu leicht beunruhigt und Suggestionen zugänglich sind. So hatten es diejenigen leicht, die künstlich für ihre Zwecke Stimmungsmache zu treiben suchten. Solche Stimmungen werden beim Zeitungslesen am Stammtisch usw. erzeugt. Ihre Quelle sind manchmal Nachrichten der offiziösen Pressebureaus des Auswärtigen Amtes, des Reichsmarineamtes, des Wolffschen Telegraphenbureaus, die Korrespondenten großer Blätter, häufig aber auch die Korrespondenzen von Organisationen, wie Alldeutscher Verband, Flottenverein, Wehrverein, Kolonialverein usw. Von diesen Quellen aus finden die Nachrichten ihren Leserkreis bis in die kleinsten Provinzblätter hinaus.

Daß diese Nachrichten häufig tendenziös sind, ist klar. Eine Stimmungsmache ist seit dem letzten Jahre ganz systematisch und kontinuierlich betrieben worden. Durch sie ist die Nervosität des Publikums zum großen Teil hervorgerufen worden. In welchem Sinne diese Mache von manchen Organisationen und Preßorganen betrieben wird, bedarf kaum der Hervorhebung: sie dient weder der Erhaltung des Friedens noch der internationalen Verständigung, sondern zielt mehr oder weniger auf das Gegenteil. An Chauvinismus haben heute nicht nur die andern Länder, sondern auch wir zu leiden. Er muß in allen Ländern in gleicher Weise bekämpft werden. Wir hier haben es speziell mit dem deutschen Chauvinismus zu tun. Die Kreise, die an demselben beteiligt sind, sind von der an sich durchaus lobenswerten Tendenz ausgegangen, das deutsche Nationalgefühl zu stärken, aber sie sind dabei im Laufe der Zeit auf Abwege geraten und haben über das Ziel hinausgeschossen. An Stelle eines berechtigten Nationalgefühls haben sie einen Nationalismus und Chauvinismus großgezogen, der geeignet ist, dem Vaterlande die ernstesten Gefahren zu bereiten.

Dadurch tritt die wirkliche Meinung des deutschen Volkes, das den Frieden will, nicht zutage. Es gilt nun, dieser wirklichen öffentlichen Meinung Ausdruck zu verschaffen, und dazu soll die Organisation des Verbandes für int. Verständigung das Mittel bilden. Deshalb sollte der Verband alle Volkskreise umfassen, da er die Interessen des gesamten Vaterlandes vertritt.

Hierauf folgte eine in französischer Sprache gehaltene Ansprache des Barons d'Estournelles de Constant. Er wies zunächst auf die großen Verdienste Deutschlands zur Förderung der Schiedsgerichtsbarkeit hin, wie diese auf der II. Haager Konferenz und bei der Ueberweisung des Casablanca-Falles vor das Haager Tribunal zutage traten. Dann erwähnte er den Marokkovertrag vom 4. November 1911, der so klar dargetan habe, wie sich Deutschland und Frankreich auch in den schwierigsten Momenten zu verständigen vermögen. Dann berührte er die Elsaß-Lothringische Frage und fuhr fort:

„Ich höre die Skeptiker rufen, daß wir nichts erreicht haben, so lange in der Frage „Elsaß-Lothringen" etwas zu tun bleiben wird, und daß alle Fortschritte der Schiedsgerichtsbarkeit nicht einen Schritt zustande gebracht haben in dieser Frage, die unsere beiden Länder trennt.

Ich habe niemals die Frage Elsaß-Lothringen vergessen, und wenn ich in Versuchung war, sie mir aus dem Sinn zu schlagen, so würde das, was ich in Heidelberg gesehen habe, genügen, um mich daran zu hindern. Ich habe gesehen, ich sah noch gestern morgen, im Glanze der emporsteigenden

Sonne, in dem ewigen Jugendglanze der Natur, die Ruinen eures prachtvollen Schlosses sich erheben, Ruinen, die noch wie neu anklagen und die um Rache zu rufen scheinen. Ich habe meine Augen von diesem Anblick nicht abwenden können, und ich habe dabei an so viele andere Ruinen gedacht, die auch auf der anderen Seite der Grenze, in meinem Lande, ragen, an so viele Monumente, die sich erheben, und an so viel Tränen, an so viel Blut gemahnen, vergossen in unseren beiden Ländern.

Ja, ich weiß, daß es eine Frage Elsaß-Lothringens gibt. Ich weiß, daß seit vierzig Jahren Frankreich und Deutschland der Welt das ungeheuerliche Schauspiel zweier Mütter darbieten, die sich um ein Kind streiten. Aber ich weiß auch, daß dieses schmerzensvolle Problem mehr moralisch als politisch ist, und daß ein moralisches Problem sich ebensowenig durch Gewalttat, wie durch Gleichgültigkeit und Verachtung löst. Die Frage Elsaß-Lothringen wird nicht durch den Krieg zu entscheiden sein, der sich immer wieder erneuern würde. Sie wird sich lösen durch die Gefühlstiefe und den Willensernst der beiden Völker, an dem Tage, an welchem sie alle beide, endlich aufgeklärt, das Uebel bedauern werden, das sie sich gegenseitig zufügen, an dem Tage, an welchem sie begreifen werden, daß ihre Zukunft nicht dem Hasse gehört, sondern der Verständigung und dem Zusammenwirken. Welches Zusammenwirken? Fürchten wir nicht, es deutlich zu sagen: Unsere beiden Länder haben bloß die Schwierigkeit der Wahl."

Baron d'Estournelles wies dann auf die immense Arbeit hin, welche Frankreich und Deutschland gemeinsam unternehmen könnten im Orient, im fernsten Osten und in Afrika, wenn sie nur wollten, und zwar zu ihrem größten Nutzen, zu ihrem größten Ruhm, zum Wohle der Menschheit.

Am Abend des 6. Oktober wurde die zweite öffentliche Sitzung eröffnet durch einen Vortrag des Prof. Dr. Martin Spahn (Straßburg) über den „Friedensgedanken in der Geschichte des deutschen Volkes". Diesem folgte Prof. Robert Piloty (Würzburg) mit einem Vortrag über „Formen internationaler Verständigung", in dem er beiläufig folgendes ausführte:

Eine internationale Verständigung hat mit den einzelnen Staaten zu rechnen. Nicht gegen den Staat darf sie sich wenden, mit ihm, durch ihn muß sie wirken. Der Gedanke der Annäherung und Verträglichkeit ist ohne Vermittlung der Staaten undenkbar. Die Staaten sind gewissermaßen die Häuser der Völker, aus deren Baustil die Formen einer internationalen Verständigung zu entnehmen sind. Die Grundlage der internationalen Verständigung bilden jene internationalen Zweckverbände, die eine Zusammenstellung des Brüsseler Office central des Institutions internationales anschaulich zur Darstellung bringt. 400 solcher Vereinigungen sind entstanden und über 2000 internationale Versammlungen abgehalten worden. Als das bedeutendste Dokument unter den Schritten nach dieser Richtung sind die Haager Konferenzen zu betrachten. Die internationalen Organisationen sind die wesentlichste und tüchtigsten Vorarbeiter der Diplomatie, durch die die Idee der internationalen Verständigung in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Die Zusammenarbeit der Diplomatie mit den internationalen Vereinigungen sollte noch inniger, bewußter werden. Beide müßten sich ergänzen. Die Diplomatie selbst hat sich in ihrem Gebaren gewandelt. Sie ist nicht mehr absolutistisch, vielmehr steht sie unter dem Urteil und der Meinung des Völkerareopags Sie ist sozial geworden. Der Redner weist des weiteren auf die Bedeutung der Presse als Korrektiv gegen eine allzustarke Geheimhaltung diplomatischer Schritte hin. Unter der Zusammenarbeit der Diplomatie und der internationalen Vereinigungen muß die Kultur wachsen. Dem Ziele aber, das hier angestrebt wird, steht der Krieg entgegen. Der Krieg ist trotz aller staatsrechtlichen Normen kein Rechtsinstitut. Mancher behauptet noch, es sei eine Art Verständigung. Aber es ist das Gegenteil von der vom Verbande für internationale Verständigung gemeinten.

Trotz aller staatsrechtlichen Rechtssätze über das Militärwesen und trotz aller völkerrechtlichen Grundsätze über die Kriegführung, ist der Krieg selbst doch kein Rechtsinstitut, und historisch betrachtet, ist er nur der Rest vom Rechte nicht erfaßten Lebens. Er ist zwar auch eine Art internationaler Verständigung, aber das Gegenteil von der hier gemeinten. Der Weg der internationalen Verständigung ist als der vernünftigere und menschenwürdigere und in den weitaus meisten Fällen auch als der aussichtsreichere dem Kriege vorzuziehen. Mit wachsender Einsicht und zunehmender Tatkraft wird die Idee der Verständigung an Formen und Boden immer mehr gewinnen.

In der darauffolgenden Erörterung gab Lafontaine eine Darstellung der internationalen Organisation und stimmte dem Vortragenden zu, daß der Krieg kein Rechtsinstitut sein könne. Als Juristen und Pazifisten vertreten wir diese Anschauungen, führte er aus, aber früher noch als die Juristen, haben wir als Pazifisten sie verteidigt.

Die dritte und letzte öffentliche Versammlung fand am 7. Oktober, morgens, in der alten Aula statt.

Als erster Redner sprach Prof. Dr. Karl Lamprecht-Leipzig über auswärtige Kulturpolitik und Geschichtswissenschaft. Bevor er auf sein Thema näher einging, betonte er, daß die elsaß-lothringische Frage nur auf nationalem Boden, nicht international behandelt werden könne, womit er jedenfalls nicht auf die Rede des Baron d'Estournelles anspielen wollte, sondern auf eine Tischrede zurückzugreifen schien, in der auf dem tags vorher abgehaltenen Bankett ein französischer Redner als Grundlage der franco-deutschen Verständigung die Autonomie Elsaß-Lothringens empfahl. Aus seinen weiteren Ausführungen sei als Leitgedanke folgende, hervorgehoben:

Dem geistigen Einfluß soll der ökonomische, der wirtschaftliche und der politische Einfluß folgen. An geschichtlichen Beispielen erläutert Geheimrat Lamprecht seine theoretischen Darlegungen. Eine bewußte Kulturpolitik muß auch von Deutschland getrieben werden, aber sie muß wissenschaftlich fundamentiert sein. Bisher allerdings fehlt es bei uns an umfassenden geschichtlichen Studien, die zur Erreichung des gekennzeichneten Zieles nötig sind. Sie müssen künftig im weitesten Sinne und methodisch gefördert werden. In dieser Linie liegt die Aufgabe der Geschichtswissenschaft im Dienste der auswärtigen Kulturpolitik.

Es sprach dann Professor Walther Schücking (Marburg) über „Die wichtigste Aufgabe des Völkerrechts".

Die Wissenschaft darf nicht abgeschnitten werden von den Kämpfen des Lebens, sondern die Geister der Wissenschaft sollen diese Kämpfe aufnehmen und auf ihrem Felde mit den Waffen des Geistes ausfechten. Deshalb hat die Wissenschaft vom Völkerrecht heute die besondere Aufgabe, im Kampfe zwischen den Ideen des Nationalismus und des Internationalismus den Ausgleich zu finden. Von der Versöhnung beider Prinzipien ist die Zukunft der Kulturnationen abhängig. Ansätze zu dieser Versöhnung hat das moderne Völkerrecht schon gebracht. Das Werk der Haager Konferenzen bedeutet den Beginn einer Epoche, in der die Staaten für ihre wechselseitigen Beziehungen sich dem Rechte unterordnen werden. Die dritte Haager Konferenz wird die Cour de justice arbitrale bringen, jenen neuen Gerichtshof, bei dem die Parteien ihre Richter nicht mehr selbst wählen dürfen. Für unpolitische Streitigkeiten wird ein Weltschiedsvertrag den Haager Gerichtshof obligatorisch machen. In Prisenstreitigkeiten hat schon die Haager Konferenz von 1907 den Rechtsschutz der Haager Justiz-Organisation auch auf den Privatmann ausgedehnt. Dieses Vorbild bedarf der Nachahmung für vermögensrechtliche Ansprüche Privater gegen fremde Staaten und für alle Fälle, wo zum Schaden Privater internationale Normen durch nationale Gerichtshöfe falsch ausgelegt sind, z. B. solche des internationalen Privatrechts, Weltwechselrechts usw. Diese im Werden begriffene internationale Justiz-Organisation ist beredtes Symptom für eine sich anbahnende Organisation der Kulturwelt. Der Redner entwickelt den Gedanken eines einheitlich organisierten Weltstaatenbundes. Besteht ein solcher Bund, so wird es für das einzelne Volk notwendig werden, im Verbande zu bleiben, ähnlich wie heute im Weltpostverein. Die bisher anarchistische Staatengesellschaft beginnt sich zu einer organisierten zu wandeln, die sich das Ziel setzt, den Weltfrieden soweit als möglich zu garantieren. Internationale Maßnahmen solcher Art gehen keineswegs gegen den Nationalismus, wenn sie auch nicht auf dem Boden nationalistischer Phrasen gewachsen sind. Vielmehr: Durch eine möglichst weitgehende Sicherung des Rechtsfriedens unter den Völkern erst kann das nationale Leben zur schönsten Entwicklung geführt werden. Durch Gelehrtenarbeit allein ist das nicht zu erreichen. Die Völker müssen als Menschen erfaßt werden. Der internationale Geist, das Bewußtsein von der Solidarität der Interessen, der Zug zum großangelegten Universalismus muß über die Welt kommen. Mit diesen Ideen hat die Wissenschaft das Leben zu durchtränken. Nur so wird es ihr möglich sein, dem Fortschritt zu dienen, der der Atem Gottes in der Weltgeschichte ist.

Zum Schluß sprach Prof. Martin Rade (Marburg), über „Internationale Verständigung vom Standpunkt der Religion und Ethik".

Der Redner spezialisierte das ungeheuer weite und komplizierte Thema auf die Spezialfrage: Der Beitrag der Kirche zur internationalen Verständigung. Die christliche Religion ist ursprünglich weder national noch international. Sie steht gleichgültig dem Staat wie der Politik gegenüber. Die orientalischen Kirchen sind reine Volksorganisationen, die den nationalen Fanatismus pflegen. Die römische Kirche ist ihrem innersten Wesen nach international. Seit 1907 beteiligt sich ihr Klerus an der Gründung von Friedensligen. Veranstaltungen wie der Eucharistische Kongreß und ähnliche mußten von Rechts wegen der internationalen Verständigung dienen. Für die protestantische Kirche ist zu wünschen, daß die im Falle Jatho und Traub verbrauchte Fülle von Kraft sich im Dienste allgemeiner menschlicher Ideale betätigen könne. Die Missionen arbeiten mit wachsendem Bewußtsein an einer Weltkultur. Hier offenbart sich allmächtiger Wille zur Kultur. Es ist von der Kirche zu fordern, daß sie ihren Beitrag zur internationalen Verständigung liefert. Die Vertreter der Religion müssen auf Seite der Friedensfreunde stehen. Die Losung heißt: Tapferkeit und unermüdliche Freudigkeit im Dienst des Ideals und tatkräftiges Handeln dort, wo freund-

schaftliche Völkerbeziehungen geknüpft werden können.

Es fehlte nicht an geselligen Veranstaltungen. Am 5. abends, fand im Gasthof zum „Schwarzen Schiff" ein Begrüßungsabend, am 6. mittags, in den Räumen des Hotel „Prinz Carl" ein Bankett statt, bei dem zahlreiche Tischreden gehalten wurden. Den Schluß der Veranstaltung bildete am 7. mittags ein gemeinsames Mittagessen auf der „Molkur" mit darauffolgendem Spaziergang. Eine Beleuchtung der Schloßruine beendete den Verbandstag.

RANDGLOSSEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Chicago, 14, September.

Mein lieber Herr Fried!

Diesmal kann ich nichts Reisebeschreibendes bieten. Ich habe die letzten Sommerwochen in aller Seßhaftigkeit und Zurückgezogenheit in einem Landhaus bei Chicago zugebracht, in Gesellschaft meiner Reisebegleiterin, Mrs. Proudfoot, ihres Gatten und ihrer Schwester. Ich war fleißig beschäftigt, mit Hilfe Mrs. Proudfoots, eine neue abgekürzte englische Uebersetzung von „Die Waffen nieder" herzustellen, da der Leiter des öffentlichen Unterrichts, P. P. Claxton, den Wunsch geäußert hat, das Buch als Schullektüre einzuführen. Nur zwei Vortragsausflüge habe ich indessen absolviert, und zwar nach Towerhill (auch eine Art Chantauqua), und nach Portage, einem Städtchen in Wisconsin, wo die Tower-Hill-Gemeinde einen dreitägigen Kongreß abhielt. An der Spitze dieser Gemeinde steht ein Kirchenmann, Dr. Jenkins Lloyd Jones ist sein Name. Als ich ihn predigen gehört, hätte ich ihm die Hand küssen mögen, so hingerissen war ich. Seit Egidy bin ich auf keiner Rednertribüne einer mächtigeren Persönlichkeit begegnet. Jones und ein anderer, jetzt verstorbener Kirchenmann, waren die Initiatoren des Religionskongresses is Chicago 1893. Beide waren keine Dogmatiker, sondern Häretiker. Wofür sie zu Anfang ihrer Laufbahn verfolgt, jetzt aber hochverehrt sind. Denn langsam hat sich der größte Teil der hiesigen Kirchlichkeit in eine wissenschaftlich-ethische Gesellschaft gewandelt. Die Räume, wo Dr. Jones predigt, sind mit den Büsten Emersons, Darwins und anderer edler Denker geschmückt.

Portage liegt an der Wasserscheide; im Garten meines Gastgebers erhebt sich eine kleine Fontäne, gerade auf der Linie, wo das Wasser auf der einen Seite durch den Mississippi nach dem Golf von Mexiko, auf der anderen Seite durch den St. Lorenzstrom nach dem Atlantischen Ozean sich ergießt. Ein Platz in der Umgebung wurde mir gezeigt wo eine berühmte Schlacht mit den Indianern stattfand — ich habe aber für derlei weder Sinn noch Gedächtnis. Zum Glück sind hierzulande die Kriegserinnerungsstätten selten, und ich habe es als besonders genußreich empfunden, daß ich, seit ich in Amerika bin, keine einzige militärische Uniform gesehen habe — ein Phänomen, daß viele meiner Landsmänninnen — besonders die jungen — unerträglich finden würden.

Portage hat auch den Charakter, den ich an andern kleinen Städten der Neuen Welt beobachtet habe: nämlich, daß sie eine in weiter parkähnlicher Landschaft ausgebreitete Villenkolonie darstellen; eine Sammlung von reizenden „homes", in denen nur eine Familie — nicht in Luxus — aber in vollständigem Komfort lebt. Alles hat man, was zur Behaglichkeit gehört: Zentralheizung, elektrisches Licht, Vacuum-cleaner, Pianola, Badezimmer, reichhaltige Bücherei, hochgeistige Monatsschriften; nur eines fehlt hier: es gibt keine Dienstboten. Außer bei Millionären, findet man keine Diener. Höchstens aushelfende Arbeiter. Die bleiben aber oft aus; Frau und Töchter des Hauses besorgen die Hausarbeit. Sie tun es mit Lust und es benimmt nichts ihrer Würde und hindert sie nicht, sich in öffentlichen Angelegenheiten zu betätigen. Die Sache des Frauenstimmrechts macht hier große Fortschritte; in sechs Staaten besteht es schon, in den übrigen wird mit größtem Eifer (auch seitens der Männer) dafür agitiert. Auch in der neuen von Roosevelt geführten „progressing party" — „bull-moose party" genannt, bildet die Frauenrechtsfrage eine Platform. Warum bull-moose? „Moose" ist ein breithorniges, hirschähnliches Wild, das in den hiesigen Wäldern häufig vorkommt. Eines Tages, nachdem Roosevelt bei einem Konvent angestrengt gesprochen hatte, fragte ihn jemand, ob er nicht müde sei. „Nicht die Spur", antwortete der Präsidentschaftskandidat, „ich fühle mich frisch wie ein Moose-Stier". — „Daher der Name."

Für unsere Kreise ist es sicher am interessantesten zu erfahren, wie Roosevelt und seine Partei sich zur Friedenssache stellen. In der Parteiplatform findet sich folgender Paragraph:

„Die Fortschrittspartei beklagt, daß in unserer Zivilisation noch das barbarische System des Kriegführens fortbesteht, mit seiner riesigen Verschwendung und daraus folgenden Verarmung der arbeitenden Klasse. Wir verpflichten unsere Partei, ihr Möglichstes zu tun, um gerichtliche und andere friedliche Mittel zur Schlichtung internationaler Differenzen einzuführen.

Wir befürworten eine internationale Uebereinkunft zur Einschränkung der Streitkräfte zur See. Solange ein solches Uebereinkommen nicht getroffen ist als bestes Mittel zur Erhaltung des Friedens, verpflichten wir uns, für die Gegenwart unsere Politik, jedes Jahr zwei Kriegsschiffe zu bauen, beizubehalten."

Mit dem letzten Satz wird der erste wieder aufgehoben, und die ganze Erklärung auf der blöden, alten wettrüstenden Formel des „si vis pacem" erhalten.

In seiner Rede sagte Roosevelt zu dieser Frage:

„Ich halte es für wesentlich richtig, daß unsere kleine Armee auf einem hohen Stand der Vollkommenheit erhalten werde. Die Flotte muß beständig weitergebaut werden, und der Bauprozeß darf nicht unterbrochen werden, bis — und nicht früher — es sich als möglich erweist, durch internationales Uebereinkommen eine allgemeine Rüstungseinschränkung zu sichern. Der Panamakanal muß befestigt werden. Es wäre verbrecherisch gewesen, ihn zu bauen, wenn wir nicht bereit gewesen wären, ihn zu befestigen und unsere Flotte so stark zu machen, daß es für jedwede Macht sehr gefährlich wäre, uns zu attackieren oder über uns Kontrolle zu üben. Wenn wir vor ein paar Monaten so unweise gewesen wären, die Schiedsgerichtsverträge anzunehmen, so wären wir jetzt verpflichtet, die Frage schiedsrichterlich entscheiden zu lassen, ob wir das Recht haben, unseren eigenen Verkehr von Zoll zu befreien. Die Zollfrage illustriert lebhaft die Torheit und die Ruchlosigkeit jener Verträge."

Wie man sieht, Roosevelt haßt die von Taft vorgeschlagenen Verträge, die einen so großen Sieg der Friedensbewegung bedeutet hätten, und seinem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß sie im Senat gescheitert sind. Wenn er zur Präsidentschaft gelangt, ist ihre Wiederaufnahme in den nächsten vier Jahren kaum zu hoffen; aber bis heute stehen die Chancen, daß Wilson gewählt wird, besser. Daß von den zwei Seelen, die in Roosevelts Brust wohnen, nur die eine pazifistisch, die andere aber sehr rauhreiterisch ist, wissen wir ja längst. Gewiß, er ist nicht der einzige in Amerika, der eine angeborene Vorliebe für das Kriegerische hegt — aber er gehört damit zu einer kleinen Minorität. Dies zu beobachten hat sich mir schon hundertfache Gelegenheit geboten.

Zu denen, die dieses mein Vertrauen in die amerikanische Friedensgesinnung und den amerikanischen Einfluß auf die Entwicklung der Frage teilen, gehört auch ein — österreichischer Erzherzog. Eben heute erhielt ich einen Brief von den Baleareninseln, worin es heißt:

„Ich teile ganz Ihre Meinung, daß die Vereinigten Staaten für die gute Sache viel helfen können. Arbeiten Sie nur unermüdlich weiter, wie Sie es bisher getan haben, und Sie werden viele für Ihr Wirken dankbare Menschen finden, darunter auch Ihren ganz ergebenen Ludwig Salvator."

Meine heutige Post hat mir noch einen anderen interessanten Brief gebracht. Mr. B. S. Gray, Vorsitzender der Bibliothekabteilung des Commonwealthclub in San Francisco, schreibt mir von einer Anregung, die er den Organisatoren der Pacific-Weltausstellung vorgelegt hat, nämlich, daß eine soziologische Abteilung geschaffen werde unter dem Titel „Die Aktulitäten und Möglichkeiten menschlichen Fortschrittes" — beigetragen von den Gelehrten und Denkern der Welt. Es würde dies einen ganz neuen Zug in die Physiognomie der Ausstellung bringen — bis jetzt ist etwas Aehnliches noch nicht versucht worden; immer nur haben diese großen Weltmärkte die mechanischen und gewerblichen, nebenbei auch die künstlerischen, niemals aber die sozialen und moralischen Fortschritte der Menschheit gezeigt. Dieser unter der Aegyde des Commonwealthclub von San Francisco stehende Plan wird von den Universitäten lebhaft unterstützt. Es soll nun etwas Höheres gezeigt werden, als die Entwicklung von Transportmitteln und Werkzeugen, mit denen der Mensch seine ewigen Kämpfe führt, nämlich dieses größte Wunder in der Entwicklung des Menschen selber und seiner Stellung zum Nebenmenschen, sowie der Dinge, die er zur Aufhebung der Uebel und zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen tut.

„Schon beginnen", so heißt es in Mr. Grays Brief, „die Massen zu begreifen, und das manchmal sehr lebhaft, daß es große Bedürfnisse gibt, die allen Völkern gemeinsam sind. Indessen, infolge der großen Verschiedenheit und Kompliziertheit der Verhältnisse und der Beziehungen, kann keine Stadt, kein Staat, keine Nation, kein Land selbständig oder gar in Gegnerschaft zu den andern, die zermalmenden Probleme ausarbeiten, vor welche die Gesellschaft gestellt und von welchen sie bedroht ist. Alle beginnen, wenn vielleicht auch nur dumpf, zu empfinden, daß internationale Zusammenarbeit auf breiter und hochherziger Grundlage das einzige Mittel für weitere Entwicklung, wenn nicht sogar das einzige Mittel, das zu retten, was schon gewonnen ist."

Ich gebe diese Worte als ein Beispiel des Geistes wieder, der in den intellektuellen Kreisen Amerikas vorherrscht. Und ich hoffe, daß die soziologische Abteilung der Pacific-Ausstellung sich verwirklichen wird.

Um auf die Dreadnoughts zurückzukommen, von welchen die Bull-Moosepartei den fortgesetzten jährlichen doppelten verspricht, sei die Tatsache mitgeteilt (und das ist eine der wichtigsten zeitgeschichtlichen, die man sich denken kann), daß der Kongreß in seiner letzten Tagung mit großer Mehrheit entschieden hat, daß fortan nicht zwei, sondern nur ein Dreadnought gebaut werden soll. Ein Abstrich an bereits bewilligter Seerüstung — das ist ein Unikum, und jedenfalls als Richtung und als Beispiel von hoher Bedeutung.

Das eine neue Schlachtschiff sollte „Pensylvania" getauft werden. Davon ist man abgekommen, denn die Heimat Penns, des großen Friedenstifters, ist von Quäkers bevölkert. Nun soll das Ungeheuer „Pittsburg" heißen. Die Stahlpanzerfabrikstadt fühlt sich

sehr geschmeichelt und will dem Schiffe ein Silberservice im Werte von 10 000 Dollar widmen. Carnegie wurde um einen Beitrag ersucht. Er kabelte aus Skibo-Castle zurück:

„Pittsburgs Triumphe sind die des Friedens. Es werden ihm durch Vernichtungsmaschinen, die seinen Namen tragen, keine Ehren erwiesen. Im Gegenteil, ich finde, daß es dadurch degradiert wird. Ich betrachte die Widmung des Silberservice durch den Stadtrat als eine sträfliche Vergeudung der Gelder des Volkes.
A. Carnegie."

Das ist eine konsequente, aufrechte Haltung, die sich viele unserer Halbpazifisten zum Beispiel nehmen könnten, die sich in einem Atem Friedensfreunde nennen und sich an Luftflottensammlungen beteiligen.

Nun will ich Ihnen etwas mitteilen, lieber Herr Fried, was gar keine zeitgeschichtliche Bedeutung hat, was vielleicht aber Sie, und einiger meiner befreundeten Warte-Leser überraschen könnte, nämlich der abgesteckte Fahrplan meiner bevorstehenden Herbstkampagne. Für den 9. September bin ich gebucht in Lincoln, dann — in verschiedenen Zeitabständen: Omaha, Boston, Rochester, Columbia, St. Louis, Atlanta, Madison, Chicago, Acron, Milwaukee, Philadelphia, Gran Rapids, Evanston, Buffalo, Albany, Washington, New York. Von New York: Einschiffung zur Heimkehr 14. Dezember. Zu Weihnachten zu Hause. In den größeren Städten sind stets mehrere Vorträge (in Klubs, Kirchen, Universitäten), in den kleineren Neugründungen von Friedensgesellschaften. Vielleicht schieben sich noch einige andere Städte ein; immerhin ist das Arbeitsprogramm auch so ganz respektabel, nicht wahr? — Außerdem habe ich Privateinladungen zu Andrew D. White, zu Bryan (dem früheren Präsidentschaftskandidaten), zu Edwin Ginn u. a. Und in den östlichen Städten werde ich Gelegenheit haben, mit den leitenden Pazifisten: mit Präsident Taft, Carnegie, Prof. Elliot, Hamilton Holt, Scott, Butler usw. zusammenkommen.

Verspätet, aber regelmäßig, erhalte ich aus Wiener Blättern Kunde von den Vorgängen in Europa. Die Zeitungen von Chicago berichten nur sehr wenig davon. Daß jetzt in Wien der Eucharistische Kongreß mit glänzender militärischer Beteiligung tagt, und daß ringsum in allen Landen die Generalproben zu der Tragödie des kommenden Krieges (dessen Nichtkommen neun Zehntel der Menschen erhoffen) abgehalten werden, daß alles läßt erkennen, daß das Mittelalter noch weiter blüht. Die geheimen Konversationen der Mächte über einen italienisch-türkischen Friedensschluß nehmen ihren Fortgang, und endlich dämmert die Ahnung von einer annehmbaren „Formel". Die Zeit ist hoffentlich nicht mehr allzufern, wo die einfachste Formel, die gegen Abschlachtungen, Seuchenfabrikation und Güterzerstörung gelten sollte, nämlich: „Laßt uns menschlich sein", fraglos und ohne Zögern angewendet werden wird. Zu vereintem Handeln der Mächte wird ja immer öfter ein Anlauf genommen — so wie jetzt wieder durch die lobenswerte Anregung des Grafen Berchtold. Aber vor allen müßten die Mächte auch ihre höhere Interessengemeinschaft anerkannt haben, um rasch und entschieden gemeinsam zu handeln: Triple-Alliance und Triple-Entente müßten zum Sechsbund verschmelzen.

Hier wird fleißig zur 100-Jahrfeier des englisch-amerikanischen Friedens gerüstet. Ueberall haben sich Kommissionen gebildet; an der Spitze der englischen Kommission steht Sir Edward Grey. Die Jahre 1914 und 1915 werden sich durch die kanadische und die Kanaleröffnungsfeier zu großen Friedensfesten gestalten. In Mitteleuropa rüstet man zu großen Völkerschlacht-Erinnerungsfeiern.

Daß ich dieses Jahr dem Genfer Kongreß fernbleiben mußte, macht mir Herzeleid. Aber (wie der berühmte Herr von Todesco zu sagen pflegte) bin ich ein Vogel, daß ich zu gleicher Zeit an zwei Orten sein könnte?

Es grüßt Sie

Ihre

Bertha v. Suttner.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

Anfang August. Besuch des französischen Premiers und Ministers des Aeusseren Poincaré in Russland.

22.—27. August. Internationaler Kongress für Moralpädagogik im Haag.

Ende August. Der österreichische Minister des Aeusseren Graf Berchtold regt einen Kollektivschritt der Grossmächte in der Balkanfrage an.

Ende August. Die Panamafrage soll dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden.

24. August—1. September. Fünfundzwanzigste Tagung des „Institut de Droit internationale" in Christiania.

3.—7. September. Besuch des Deutschen Kaisers in der Schweiz.

6. September. Auf dem Deutschen Monistentag zu Magdeburg verwirft Geheimrat Prof. Wilhelm Ostwald den Krieg und den bewaffneten Frieden.

7.—9. September. Besuch des deutschen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg beim österreichischen Minister des Aeusseren Grafen Berchtold in Buchlau.

11. September. Eröffnung der 4. interparlamentarischen Delegiertenversammlung der Nordischen Reiche in Kopenhagen.

11. September. Auf dem in Berlin tagenden Internationalen Gynäkologenkongress sprach der offizielle Vertreter der österreichischen

Regierung, Hofrat Prof. Dr. Friedrich Schauta, über den Internationalismus der Wissenschaft, die Segnungen des Friedens und die verheerenden Wirkungen des Krieges auf jedem Kulturgebiet.

14. September. Auf dem eucharistischen Kongress zu Wien spricht Graf Alfred Rességuier über das Thema: „Der Friede der Völker vor dem Tabernakel" und feiert den Völkerfrieden.

18. September. Feierliche Eröffnung der 17. Interparlamentarischen Konferenz zu Genf.

20. September. Ankunft des russischen Ministers des Aeusseren Sasonow in London.

20. September. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Chemnitz wird nach eingehender Erörterung eine Resolution zugunsten der internationalen Verständigung über ein Rüstungsabkommen angenommen.

22.—28. September. 19. Weltfriedenskongress in Genf. 600 Delegierte der Friedensorganisationen aller Kulturstaaten nehmen daran teil.

23.—28. September. Besuch der deutschen Mitglieder des Verwaltungsrats der König Edward VII. Brit.-Deutsch. Stiftung in London.

22. September. Der Ausschuss der Berufsvereine der französischen Lehrer („Amicales") erlässt einen Aufruf, in dem er sich zum Pazifismus bekennt und den engherzigen und angriffslustigen Chauvinismus als Gefahr für die nationale Sicherheit zurückweist.

23. September. Neuerlicher Besuch Berlins durch achthundert Franzosen.

24. September. Zusammenkunft der auf dem 19. Weltfriedenskongress zu Genf versammelten deutschen und französischen Pazifisten. Gemeinsame Resolution zugunsten der Autonomie Elsass-Lothringens.

24. September. Der österreichische Minister des Aeusseren Graf Berchtold gibt in der ungarischen Delegation ein äusserst pessimistisches Exposé über die allgemeine politische Lage Europas ab.

25. September. Der bekannte italienische Sozialist Arturo Labriola veröffentlicht einen eindringlichen Artikel zugunsten des Dreibundes.

25. September. Tod des deutschen Botschafters in London Freiherrn Marschall von Bieberstein, ehemals erster Delegierter Deutschlands auf der II. Haager Konferenz.

27. September. Festlicher Empfang der Deutschland bereisenden Mitglieder des englischen Unterhauses durch den Strassburger Bürgermeister Dr. Schwander.

28. September. In Bern werden die Abkommen der französisch-deutschen Grenzregulierungskommission für die Kongogrenze unterzeichnet.

Ende September. Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin befürworten auf dem Handelskammerkongress in Boston ein internationales Schiedsgericht zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Privatpersonen und den auswärtigen Regierungen.

30. September. Gleichzeitige amtliche Bekanntgabe der Mobilisierung in Bulgarien, Serbien und Griechenland. Auch Montenegro ist in Kriegsbereitschaft.

1. Oktober. Ankunft des Königs von Griechenland in Wien.

3. Oktober. Protestversammlung der bulgarischen Sozialisten gegen den Krieg in Genf.

5.—7. Oktober. Erste Tagung des Verbandes für internationale Verständigung in Heidelberg.

7. Oktober. Staatsminister Auguste Beernaert, der Präsident der Interparlamentarischen Union †.

10. Oktober. Baron d'Estournelles de Constant erlässt einen geharnischten Protest gegen den Friedensbruch des Königs von Montenegro.

11. Oktober. Das gemeinsame Kriegsministerium der österreich-ungarischen Monarchie legt der Delegation eine neue Rüstungsforderung im Betrage von 205 Millionen Kronen vor.

14. Oktober. Grosses Protestmeeting der Wiener Sozialdemokraten gegen den Krieg.

15. Oktober. Das internationale sozialistische Bureau in Brüssel erlässt eine Kundgebung gegen den Balkankrieg.

15. Oktober. Ein Manifest der sozialistischen Parteien in der Türkei, Serbien, Bulgarien und Rumänien protestiert gegen den Krieg.

15. Oktober. In Ouchy werden die Friedenspräliminarien zwischen der Türkei und Italien unterzeichnet.

15. Oktober. In den österreichischen Delegationen werden die neuen Heereskredite angenommen.

15. Oktober. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie erlässt ein Manifest gegen den Krieg.

AUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Ein amerikanisches Institut für internationales Recht.

In Rücksicht auf die besondere Rechtsprobleme der Neuen Welt geht man daran, ein amerikanisches Institut für Internationales Recht zu gründen. Die Organisation dieses amerikanischen Instituts wird von dem „Institut de droit international" abweichen. Es wird in jedem Lande eine nationale Gruppe gebildet, zu der jeder Fachgelehrte Zutritt hat. Die Gruppen werden je 5 Mitglieder in das panamerikanische Komitee abordnen, das demnach mit 105 Mitgliedern das eigentliche Institut bilden wird. Dieses soll in keiner Weise ein Rivale des europäischen Instituts, sondern eine ergänzende und mitarbeitende Körperschaft werden. Nur darin soll sich das amerikanische Institut von dem europäischen unterscheiden, daß bei diesen die Kriegsmaterien nur eine nebensächliche Rolle spielen werden. Die Materien des Friedens und der friedlichen Beziehungen sollen von dem amerikanischen Institut als eine Hauptdomäne in Betracht

gezogen werden. Die Urheber der neuen Gründung sind die beiden hervorragenden Vertreter des Völkerrechts in Amerika, der chilenische Professor Dr. Alexander Alvarez und der frühere Sollizitor vom Staatendepartement der Union, Dr. James Brown Scott. Die erste grundlegende Sitzung soll 1913 in Washington stattfinden. Als Vorläufer der neuen Gründung kann die seit 1912 erscheinende spanische Ausgabe des „American Journal of International Law" angesehen werden.

Rüstungsproblem.

Der sozialdemokratische Parteitag gegen das Wettrüsten.

Auf dem in der vorletzten Septemberwoche in Chemnitz abgehaltenen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wurde nachstehende, vom Abg. Haase begründete Resolution gegen eine Minderheit von drei Stimmen angenommen:

„Die unter Verkümmerung der Lebenshaltung des ausgebeuteten Proletariats gewaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Märkte, die riesige Anhäufung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Verwertungsmöglichkeiten. Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, Produktion und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgebreitet. Die das Wirtschaftsleben in steigendem Maße beherrschenden Organisationen der Unternehmer nutzen ihren Einfluß auf die Regierung ihres Staates aus, um die staatlichen Machtmittel ihren Expansionsbestrebungen dienstbar zu machen und fremde Konkurrenzen auszuschließen. Eine skrupellose Raub- und Eroberungspolitik, deren volksfeindlicher Charakter bereits auf dem Mainzer Parteitag 1900 gebrandmarkt wurde, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Um den Raub in Sicherheit zu bringen, werden die Mordwerkzeuge in unerhörter Weise vermehrt und vervollkommnet. Zwischen den Staaten der Kapitalistenklasse, die dasselbe Ziel verfolgt, entstehen scharfe Gegensätze, die wiederum den Antrieb für vermehrte Rüstungen geben. Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Weltkrieges wird noch verstärkt durch die schamlose Hetze der Kapitalmagnaten und Junker, die an der Lieferung von Kriegsmaterial, der Vergrößerung des Beamtenapparats und der leitenden Stellen in Heer und Marine besonderes Interesse haben. Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Koalitionsrecht und hemmt die Fortentwicklung der Sozialpolitik. Die Rüstungsausgaben bürden den Massen des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Teuerung aller Lebensmittel ihre Gesundheit untergräbt. Die bürgerlichen Parteien bewilligen im Banne des Imperialismus alle Forderungen für Heer und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft aufs nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats. Der Parteitag ist entschlossen, alles aufzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu wahren. Er verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Wettrüsten ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegentreibt. Der Parteitag fordert an Stelle beutegieriger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Beseitigung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzern dienenden Schutzzollsystems. Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdlich für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergerungen ist. Ist es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die Stufenleiter gebrachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft überzuführen und so den Frieden, die Selbständigkeit und Freiheit der Völker dauernd zu sichern."

Verschiedenes.

Friedrich Naumanns Stellungnahme zum Pazifismus.

In dem eben erschienenen 13. Band der „Patria, Bücher für Kultur und Freiheit"*) veröffentlicht Naumann einen höchst bedeutungsvollen, 33 Seiten umfassenden Artikel mit dem vielsagenden Titel: „Auf dem Wege zur Menschheit." In diesem Artikel stellt der ausgezeichnete Politiker den heutigen Stand der Wissenschaft des Internationalismus dar und wertet ihn. Er weist zunächst nach, wie grundverschieden der heutige Internatiolismus von den Menschheitsideen Schillers und Herders ist, wie sich aus der rein moralischen Idee die Menschheitsverwaltung, der organisatorische Internationalismus entwickelt hat. Die Einseitigkeit, mit der die Sozialdemokratie den Menschheitsgedanken aufgenommen, hinderte weite Kreise lange, den darin liegenden Wahrheitsgehalt zu erkennen. Mit echt Naumannscher Schärfe wird die Tatsache dargelegt, daß gerade diejenigen, die sich am lebhaftesten gegen den Internationalismus wehren, am meisten für dessen praktische Entwicklung wirken. Die Kaufleute, die Bankdirektoren, die Eisen-

*) Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe") G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

bahngründer, kurz „die Geschäftsführer des Kapitalismus", schaffen den Internationalismus. Zu den Tatsachen übergehend, wird die Vollendung der Entdeckung der Erdoberfläche, die Durchführung der Volkszählung in den meisten Gebieten der Erde als die Grundlage der modernen Weltorganisation angeführt. Hierauf schildert Naumann an der Hand der Darlegungen in meiner Schrift „Das internationale Leben der Gegenwart" die Internationalisierung des Verkehrs und knüpft seinen geistreichen Kommentar daran. Er schildert den „Menschheitsbeamten", den der moderne Verkehr geschaffen, und prägt das Wort „Menschheitsnachrichten", die sich aus dem internationalen Nachrichtensystem ergeben. Schon in einem früheren Artikel „Das Gehirn der Welt" hat Naumann von diesen „Menschheitsnachrichten" gesprochen, die in einem gegebenen Moment alle Bewohner der Erde gleichzeitig beschäftigen. Heute führt er das Unglück der „Titanic" als Beispiel an, von dem binnen zwei Tagen alle lesenden Menschen auf der ganzen Erde (und wohl auch die des Lesens Unkundigen) in allen Sprachen erfuhren.

Von hoher Bedeutung ist, was Naumann über die Stellung Deutschlands zu der Entwicklung des neuen Internationalismus sagt. Deutschland tritt in die Reihe der Anwärter um die Menschheitsdirektion. Die Politik Wilhelm II. ist einesteils eine Fortsetzung der Bismarckschen Machtpolitik, andererseits aber ist sie inhaltlich etwas anderes geworden. Wir sichern uns Anteile für die verbündeten Regierungen der Erdoberfläche. „Natürlich liegt dieser internationale Bundesrat noch in der Ferne, aber kaum ferner als etwa der deutsche Bundesrat vor Gründung des Zollvereins. Es entstehen vorläufig nur Einzelorgane dieser Zukunftsgestaltung, sie selbst ist noch nicht sichtbar. Die Weltgeschichte steht an der Töpferbank und fertigt allerlei kleinere Gemächte von merkwürdigem Allerweltsstil: Weltpost, Weltkredit, Schiedsgericht, Auslieferungsvertrag, Weltpreis, Weltmacht. Alle diese einzelnen Stücke legt sie neben sich auf den Tisch, als seien es Dinge für sich. Der Körper, an den die Einzelstücke angesetzt werden sollen, fehlt noch." — Das sind Erkenntnisse, auf denen wir den modernen Pazifismus aufgebaut haben. Es ist die aus den Tatsachen hervorgetretene Weltorganisation, die wir Pazifismus nennen.

Naumann kommt alsdann auf die Entwicklung des privaten und Fach-Internationalismus zu sprechen, wie er sich in den internationalen Fachkongressen, in den internationalen Gesellschaften, ständigen internationalen Sekretariaten entwickelt. Leider dient ihm nur mein bereits 1907 erschienenes Buch als Grundlage. Er kennt die in den letzten fünf Jahren gemachten Fortschritte in der Organisation des Internationalismus noch nicht. Weiß nichts von dem 2400 Seiten in Lex.-8° umfassenden „Annuaire de la Vie internationale", nichts von dem auf Grund dieser Annuaire in Brüssel errichteten „Office centrale des Institutions internationales", nichts von dem dort im Jahre 1910 abgehaltenen „Congrès mondial" der internationalen Organisationen mit seinen großartigen Problemen. Er hätte noch weitere befreiende Schlüsse ziehen können.

Am Schlusse seiner Ausführungen setzt er sich mit dem Pacifismus auseinander. Es ist erfreulich, zu sehen, daß er zwischen einer „ersten Generation der Weltfriedensfreunde" unterscheidet, die geschichtslos war und mit Worten den Vorgang der Menschheitsentwicklung hochbringen wollte, und einer zweiten Generation, die mit Verstand eingreift und Schulung hat. „Das nimmt der Bewegung etwas an Glanz und Getöse, aber es vertieft ihren Inhalt." Doch des weiteren scheint Naumann das Weltfriedensproblem nicht tief genug, nicht Naumannisch durchdacht zu haben. Er spricht von ausländischen Friedenspredigern, die vor Deutsche hintreten und ihnen vorwerfen, daß es unsittlich sei, zu rüsten. Er warnt vor solchen „geschichtslosen Menschen", die „die erst werdende Menschheit als schon vorhanden" hinnahmen. Welche Verkennung des Problems! So einfach wird das Rüstungsproblem doch nicht mehr aufgestellt. Kein Mensch wird das Rüsten der einzelnen Nationen unter dem heutigen Stande der zwischenstaatlichen Anarchie als unsittlich bezeichnen. Nur als unklug und interessenwidrig muß man es bezeichnen, wenn die einzelnen Nationen sich weigern, ein — sagen wir im Naumannschen Stil: Menschheitsabkommen gegen die Auswüchse des Rüstens zuzulassen. Wie, gegen die Schädigungen durch die Reblaus sollen wir uns international wehren können, und gegen die viel größere Schädigung durch die Regellosigkeit des Machtmarktes sollte es keinen vernünftigen Ausweg geben? Wenn nicht heute, so wird Naumann morgen den Weg

zu einer Antwort im Sinne des Pazifismus finden. Er hat zu denken angefangen und ist nicht der Mann, am Wege stehen zu bleiben. Gerade im Interesse unserer Stellung bei der sich bildenden Menschheitsorganisation brauchen wir eine Erleichterung von dem Druck der Waffen. Nicht Deutschland allein; alle! — Und wenn Naumann so richtig sagt, daß unser Gewissen schon heute mehr über die Landesgrenze hinausgehen muß als etwa vor dreißig Jahren, so können wir uns über diese Frage nicht hinwegsetzen, die wie die Rüstungsfrage alle Völker bedroht. Der Pessimismus Naumanns über das Ende der kriegslosen Zeit ist auch nicht angebracht. Der Krieg ist in Europa eine Unmöglichkeit im Rahmen der Vernunft. Er kann als Wahnsinn noch einmal über uns kommen; aber wehe dann dem Besiegten. Er wird unter dem Friedenswunsch des Siegers vernichtet werden. Die letzten Schranken gegen den Ausbruch des Wahnsinns zu errichten, ist die Pflicht aller Vernünftigen.

F.

Wilhelm Lamszus, :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

der Verfasser des „Menschenschlachthaus" war infolge einer an die Hamburger Schulbehörde gerichteten Denunziation eine kurze Zeitlang vom Amte suspendiert worden; es hieß sogar, daß er aus dem Schuldienst entlassen werden sollte, da er durch seine Schrift bewiesen habe, daß er zur Erziehung nicht geeignet sei. Glücklicherweise stellte sich gar bald heraus, daß der Denunziation entstellte und aus dem Zusammenhang gerissene Zeitungsnotizen aus einem anarchistischen Blatte zugrundegelegen haben, und Lamszus wurde sofort wieder in sein Amt eingesetzt. Daß das den allzeit reaktionären „Hamburger Nachrichten" wider den Strich ging, ist nur zu klar. In einem Artikel, den man, ohne die üblichen Formen des Anstandes zu verletzen, kaum kennzeichnen kann, und der die Ueberschrift „Ein gemeingefährlicher Jugenderzieher" trägt, denunziert das Blatt den Verfasser bei der Hamburger Oberschulbehörde, „die unmöglich einen Volksschullehrer auf seinem Posten lassen darf, der auf jeden Fall gemeingefährlich ist, als Neurastheniker sowohl wie als ein von sozialdemokratischem Geiste beseelter Antimilitarist." Für die „Hamburger Nachrichten" ist natürlich jeder ein Neurastheniker, der die Mittel des modernen Krieges nicht als Kotillontouren betrachtet. Ein Mann, der über den Krieg die Wahrheit sagt, die Wirkung darstellt, die sich ein Redakteur der „Hamburger Nachrichten" allerdings nicht vorstellen kann, der gilt diesem Blatte als „gemeingefährlich". Dann ist jeder Sehende gemeingefährlich und der Blinde allein der nützliche Normalmensch. Es ist darüber kein Wort zu verlieren. Erfreulich ist es, daß sich in Hamburg Zeitungen gefunden haben, die das üble Patriotengewäsch des Hamburger Blattes gebührend zurückwiesen. So das „Hamburger Fremdenblatt" in seinem Artikel „Gegen Kulturfeindlichkeit" (3. Okt.) und das „Hamburger Echo" in seinem Artikel „Gemeingefährlicher Patriotismus" (4. Oktober.). Auf dem Genfer Weltfriedenskongreß hat das Werk Lamszus einen anderen Eindruck hervorgerufen. Es wurde ihm von dort aus folgendes Schreiben übersandt:

Genéve, le 28. Sept. 1912.

Hochgeschätzter Herr Lamszus; ich entledige mich mit Freuden des Auftrags, Ihnen im Namen der „Kommission für Unterricht, Erziehung u. dergl.", die aus Delegierten der verschiedensten Nationen auf dem Weltfriedenskongreß zusammengesetzt wurde; und weiter noch von allen hier anwesenden deutschen Pazifisten den Dank dafür auszusprechen, daß Sie durch Ihr hervorragendes Wortgemälde mit so ungewöhnlicher künstlerischer Originalität und so packender Wirkung über den Zukunftsmassenmord, „Das Menschenschlachthaus", dem Pazifismus eine Waffe von größter Bedeutung, der Literatur der Pazifisten insbesondere eine so wertvolle Gabe geschenkt haben.

Möchte ihr Segen ein großer werden!

I. A. d. Kongreß-Kommission für Unterricht und Erziehung.

Dr. A. Westphal,
Sekretär der deutschen Friedensgesellschaft.

Mittlerweile ist auch in England das Interesse für das „Menschenschlachthaus" erwacht; man geht daran, eine englische Uebersetzung herauszugeben. Wenn das Buch, wie die „Hamburger Nachrichten" behaupten, den kriegerischen Geist untergräbt, dann werden sie ja den Verfasser bald als besten Patrioten feiern müssen; denn es kann ja den „Hamburger Nachrichten" nichts angenehmer sein, als daß der kriegerische Geist bei den Engländern „untergraben" wird. Also hübsch folgerichtig sein, liebe Hamburgerin!

Pazifistische Gedanken am Gynäkologenkongress. ::

Bei dem Anfang September in Berlin stattgehabten Internationalen Gynäkologenkongreß wurden die Gelehrten aller Länder vom Bürgermeister Dr. Reicke begrüßt. Dann sprachen Vertreter der meisten auswärtigen Staaten. Das größte Aufsehen erregte die Ansprache des offiziellen Vertreters der österreichischen Regierung, Hofrat Professor Dr. Friedrich Schauta, der ausführte: „Wir wollen uns hier zusammenfinden zur Erreichung des gemeinsamen hohen Ziels, den leidenden Frauen die Gesundheit, das höchste Gut der Menschheit, wiederzugeben. Wir stehen hier in dem erhebenden Bewußtsein, uns im Herzen eines der mäch-

tigsten Reiche der Welt zu befinden, einem Staate, der sich nicht nur durch seine geographische Lage, sondern auch durch seine kulturellen, wissenschaftlichen und sozialen Errungenschaften einen hervorragenden Platz im Staatenregister erworben hat. Wir Deutsche aus Oesterreich aber haben auch noch das ganz besonders erhebende Bewußtsein, daß wir hier den Angehörigen dieses Reiches als Stammesbrüder die Hand reichen können, daß unsere beiden Reiche treu verbündet sind, verbündet im Dienste des Friedens, unter dessen Schutz Kunst, Wissenschaft, Kultur und der Wohlstand der Bürger am besten gedeihen. Die Siegespalme gehört heute nicht mehr der Nation, die am besten versteht, Krieg zu führen, sondern derjenigen Nation, die am sichersten den Krieg zu vermeiden und den Frieden zu erhalten weiß. Nicht mehr in der Vernichtung einer möglichst großen Zahl von Individuen liegt heute der Stolz der Kulturstaaten, sondern sie suchen ihn darin, die Individuen zu erhalten. In diesem Bestreben reichen sich die moderne Medizin, insbesondere die moderne Gynäkologie und die modernen Kulturstaaten die Hand."

Protestschreiben Baron d'Estournelles gegen den König von Montenegro.

Senator d'Estournelles de Constant richtete folgendes Schreiben an den König von Montenegro:

„Majestät! Der mehr als dreißigjährige Zeitraum, der seit dem Berliner Vertrag und seit der europäischen Abgrenzungskommission, deren Sekretär ich war, verflossen ist, würde mich von der Bewahrung des diplomatischen Geheimnisses entbinden, wenn Majestät nicht außerdem alle ehrlichen Leute zwänge, gegen Ihre neue Kriegserklärung an die Türkei zu protestieren.

Ich rufe das Zeugnis meiner Kollegen von der Kommission an, die wie ich in den Jahren 1879 bis 1880 die undankbare Aufgabe hatten, Albanien der Gebiete zu berauben, die Eure Majestät nicht erobert hatte. Ich rufe das Zeugnis meines noch lebenden englischen Kollegen Sir Vincent Caillard an. Wir waren zusammen in Podgoritza in den kläglichen Ruinen, welche Ihre Brandstifter zurückgelassen hatten. Wir schämten uns alle mehr oder weniger, festzustellen, daß der Weltfrieden lediglich zu Ihrem Vorteile und zugunsten dessen, was Sie Ihren Ruhm nennen, gefährdet worden war. Wir begriffen, daß der Krieg, zu dem Sie mutwillig herausgefordert hatten, nicht Ihrem Ehrgeiz, sondern Ihrer Industrie diente.

Die Zeit ist vorübergegangen. Sie fangen wieder an und Sie drohen neuerdings, die Welt in Brand zu stecken, um an dem Feuer Ihre Suppe kochen zu können. Sie haben niemanden, der Ihnen widerspricht unter Ihrem Regime in dem entvölkerten Montenegro. Das ist schade, denn sonst würden Sie unverzüglich die Züchtigung erhalten, welche Sie verdienen und die das Urteil der zivilisierten Welt Ihnen reserviert.

Ich habe demnach wenigstens eine Pflicht erfüllt, indem ich Ihnen das schreibe, was Sie keine Gelegenheit haben, zu hören, und was das Gefühl eines jeden Menschen ist, der Ihr unglückliches Land kennt.

d'Estournelles de Constant, Senator,
früherer Sekretär der europäischen Grenzbestimmungskommission für Montenegro.

Paris, 10. Oktober."

Ein helles Bravo der gesamten Kulturwelt wird diesen tapferen Schritt begleiten.

Eine Friedensrede am Eucharistenkongress. :: :: :: ::

Bei dem Mitte September in Wien mit großem Gepränge veranstalteten Eucharistenkongreß hielt Graf Alfred Rességuier eine Rede über das Thema: „Der Friede der Völker und das Tabernakel." Er sagte am Schluß seiner Ausführungen:

„Der Gedanke des Völkerfriedens vor dem Tabernakel ist so alt wie die Kirche selbst. Er ragt wie ein Turm aus der Urkirche empor, welcher der hl. Paulus verkündigte: Ich bitte euch, Brüder, daß ihr alle einerlei Sprache führet und keinerlei Spaltungen unter euch sein. Doch der Friede, den die hl. Eucharistie auf uns ausstrahlt, ist nicht allein für uns, die wir glücklicherweise schon in jener Gemeinschaft uns befinden, die der Heiland sich als Seelenspeise hingegeben. Papst Leo XIII. hat die ganze Welt dem göttlichen Herzen geweiht. Ziehen wir also bei unserem Gebete auch jene in unseren Kreis, die noch abseits stehen."

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die Verhandlung in dem Streite zwischen Italien und Frankreich wegen der Schiffe Carthage und Manouba, die ursprünglich auf den 28. September angesetzt war, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da Fusinato, einer der Schiedsrichter, bei den türkisch-italienischen Friedensverhandlungen mitbeschäftigt ist. Italien hat Professor Anzilotti zum Agenten in diesem Streite ernannt. — Den langjährigen Bemühungen von Dr. Eijkmans im Haag ist es zu verdanken, daß der 15. internationale Hygienekongreß Ende September in Washington die Errichtung eines internationalen Bureaus für Hygiene im Haag beschlossen hat. — Nach der Gazette des Tribunaux vom 8. September haben kürzlich verschiedene amerikanische Staaten die

vier Konventionen der vierten panamerikanischen Konferenz vom Jahre 1910 ratifiziert. Diese Abkommen bezogen sich 1. auf die Rechte des literarischen und künstlerischen Eigentums, 2. auf die schiedsgerichtliche Regelung von Reklamationen aus Geldansprüchen oder Verlusten, 3. auf die Patente für Erfindungen, industrielle Muster und Modelle, 4. auf den Schutz von Handelsmarken und Wortzeichen. — Die nächste Konferenz der „Internationalen Law Association" wird Ende September 1913 in Madrid stattfinden. Die Einladung wurde von der spanischen Regierung erlassen. — Ein „Jahrbuch des Völkerrechts" wird unter Mitwirkung einer größeren Anzahl von Gelehrten und Diplomaten des In- und Auslandes von Professor Dr. Th. Niemeyer in Kiel und Dr. jur. Karl Strupp in Frankfurt a. M. herausgegeben. Der erste ung. 700 S. starke Band soll Anfang 1913 erscheinen. — Der 60. Geburtstag des Baron d'Estournelles fällt auf den 22. November d. J., nicht auf den 22. September, wie in der vorigen Nummer irrtümlich angegeben wurde.

AUS DER BEWEGUNG

John Lund. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In aller Stille feierte am 9. Oktober im Sanatorium zu Skodsborg in Dänemark, wohin er sich zwecks Heilung eines Bronchialleidens zurückgezogen hatte, John Lund, der hervorragendste nordische Friedensvorkämpfer, seinen 70. Geburtstag. John Lund wurde am 9. Oktober 1842 zu Bergen in Norwegen geboren. Er war fünfzehn Jahre lang Vertreter seiner Vaterstadt im Storthing, davon sieben Jahre als Präsident des Lagthing und einige Jahre lang als Präsident der Eisenbahnkommission. Seit dem Jahre 1890 nahm er an allen interparlamentarischen Konferenzen teil und war dabei lange Zeit hindurch der Wortführer der norwegischen Delegation. Lund war das erste Mitglied der interparlamentarischen Union, das über die Verhandlungen ihrer Konferenzen seinem Parlamente offiziellen Bericht erstattete. Auch war er Organisator und dann Präsident der interparlamentarischen Konferenz zu Christiania. Seiner Initiative ist es zu danken, daß das Storthing das Interparlamentarische Amt durch einen jährlichen Beitrag unterstützte, womit ein Beispiel gegeben wurde, dem sich nachher alle anderen Staaten anschlossen. Von mehreren hervorragenden Pazifisten ist Lund bereits für den Nobelpreis vorgeschlagen worden. Da er aber selbst Mitglied der Kommission ist, die den Preis verleiht, ist ihm diese Auszeichnung versagt. Er ist mit dem Staatsminister Lövland das älteste Mitglied der Nobelkommission des norwegischen Storthing.

Wir drücken den Wunsch aller Friedensfreunde des Erdballs aus, wenn wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß es dem wackeren nordischen Kämpfer um die höchsten Güter der Menschheit noch lange beschieden sein möge, in Kampf und Sieg dem Weltfriden zu dienen.

Staatsminister Beernaert †. — Freiherr von Marschall †.

Die Reihen der Haager Mitarbeiter lichten sich. In diesen letzten Wochen sind wieder zwei dahingegangen, die zu den Hauptakteuren des großen Friedenswerkes gehört haben. Staatsminister von Beernaert war noch auf der letzten interparlamentarischen Konferenz in Genf tätig. Er war voll Rüstigkeit und bei bester Laune. Niemand hätte in dem behenden alten Herrn einen Achtziger erkannt. Allerdings konnte er den Sitzungen der Konferenz nicht bis zu Ende beiwohnen. Sein Bericht über die Abschaffung bzw. Beschränkung des Luftkrieges mußte von Senator Houzeau de Lehaie verlesen werden, denn Beernaert wurde von einem Unwohlsein befallen, das ihn hinderte, an den Sitzungen teilzunehmen. Von diesem Unwohlsein sollte er sich nicht mehr erholen. Vierzehn Tage später ist er in Luzern, wohin er sich von Genf aus begeben hatte, gestorben.

Beernaert wurde am 26. Juli 1829 in Ostende geboren. Er war zuerst Advokat und trat ziemlich spät — im Jahre 1874 — als Mitglied der Deputiertenkammer in das politische Leben. Von 1884 bis 1894 war er Ministerpräsident und Finanzminister. Unter seiner Regierung wurde der Kongostaat begründet. Von 1895 bis 1900 war er Kammerpräsident. Seit Begründung der interparlamentarischen Union nahm er regen Anteil an deren Arbeiten. Wiederholt war er Präsident ihrer Konferenzen. Auf beiden Haager Versammlungen war Beernaert Delegierter Belgiens und hervorragender Verfechter der Schiedsgerichtsbarkeit. Vor dem Haager Schiedshof vertrat er Mexiko im Kirchengüterstreit. Er war Mitglied des Haager Tribunals im Orinokko- und Sarvarkar-Streitfall. Im Jahre 1908 wurde er Präsident des interparlamentarischen Rates. Der Nobelpreis wurde ihm 1909 gemeinsam mit d'Estournelles zuteil. Ein reiches Leben im Dienste der großen Sache des Weltfriedens ist mit Beernaert erloschen.

Freiherr von Marschall war eben zu einer großen Friedensmission als Botschafter nach London berufen worden. Seinem diplomatischen Genie sollte es gelingen, die Brücke zu bauen, die zu einer dauernden Verständigung zwischen Deutschland und England führen sollte. Die große Rolle, die er auf der zweiten Haager Konferenz gespielt hat, wird ihn in der pazifistischen Geschichte unvergessen machen. Freilich war seine Opposition gegen den allgemeinen Weltschiedsvertrag nicht mehr zeitgemäß. Der Nachdruck aber, mit dem er für den wirklich ständigen Schiedshof eintrat — im Gegensatz zu Beernaert — hat wenigstens ein Prinzip gerettet, das vielleicht in nicht zu ferner Zeit zur Verwirklichung gelangt.

Die „Aktualitäten" der Friedenskongresse im Urteile der pazifistischen Presse.

Der Verlauf des Genfer Kongresses hat in weiten Kreisen Bedenken über die bisher angewandten Methoden hervorgerufen. Nachdem der im Hauptteil der Friedens-Warte abgedruckte*) Artikel verfaßt war, erschienen in zwei anderen pazifistischen Fachorganen weitere Aeußerungen über das „Aktualitäts-Problem", die zur Orientierung der Leser in deutscher Uebersetzung hier wiedergegeben werden sollen.

F. Maddison, Mitglied des englischen Unterhauses, schreibt in der Oktobernummer des „Arbitrator":

„Es ist nicht leicht, über den Friedenskongreß zu schreiben, da Zweifel vorzuherrschen scheinen über dessen ursprünglichste Aufgabe. Einige behaupten, daß die Kongresse allein nur dazu dienen oder dienen können, um ernsten Pazifisten der verschiedenen Länder Gelegenheit zu geben, sich bei gesellschaftlichen Veranstaltungen zu sehen. Wenn man diesen Standpunkt einnimmt, dann ist der Genfer Kongreß erfolgreich gewesen.

Wir sind die letzten, eine Versammlung zu unterschätzen, welche ernste Männer und Frauen vereinigt, um eine gemeinsame Sache zu fördern, und wir glauben, daß es nur zum Besten ist, wenn eine Kollektivdemonstration der Friedenskräfte erreicht wird. Aber etwas mehr ist notwendig. Man erwartet, maßgebendes zu hören über Schiedsgerichtsbarkeit, Rüstungen und jene vielen Probleme, welche sich daranschließen. Hier versagte der Kongreß vollständig. Er vergeudete seine Zeit mit dem, was man „Aktualitäten" nennt, eine gut klingende Bezeichnung für verschiedene politische Vorkommnisse des letzten Jahres, welche die Kongreßteinlehmer oder Politiker teilte, anstatt sich als Pazifisten zu vereinen. Wenn noch darauf hingewiesen wird, daß beim Anfang der letzten Sitzung den Delegierten untergeordnete, wenn nicht irrelevante Fragen vorgelegt wurden, und daß über die wichtigeren Dinge in den zwei oder drei übriggebliebenen Stunden diskutiert werden mußte, so kann nichts mehr über die Unzulänglichkeit des Verfahrens gesagt werden. Wenn der Kongreß als Faktor in der öffentlichen Meinung ernst genommen werden will, dann müßten große Veränderungen eingeführt werden."

W. E. Darby, seit mehr als 25 Jahren der Sekretär der Londoner „Peace Society", sagt in der Oktobernummer des „Herald of Peace":

„Sicherlich sind die „Aktualitäten" gefährlich. Es wird hier auch zu wenig unterschieden. In der Tat erfordern „Aktualitäten" wie der gegenwärtige Krieg Beachtung; Aktualitäten der Tatsachen und Grundsätze, wenn sie wirklich beglaubigt erscheinen, nachdrückliche Beurteilung. Aber Aktualitäten der politischen Parteien sind gefährlich und bedrohen am Ende die Kontinuität dieser Kongresse oder bedeuten deren Verzicht zugunsten extremer Parteien, welche immer am meisten dogmatisch sind. Das sind die unzweifelhaften Schlüsse einer ansehnlichen Minorität. Der Kongreß ist kein Tribunal und kann sich nur selbst diskreditieren, wenn er versucht, richterliche Funktionen auszuüben."

*) Dieser Artikel mußte wegen Ueberfülle des Stoffes für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Die Eckstein-Petition. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :

Die Kommission des Berner Bureaus hat in ihrer Sitzung vom 28. September zu Genf folgende Resolution angenommen:

„Die Kommission des internationalen Friedensbureaus hat in Erfahrung gebracht, daß über die die Petition Eckstein betreffende Resolution vom 31. Mai 1912 ein Mißverständnis sich geltend machte. Deshalb erklärt sie, daß die gegenwärtig in den verschiedenen Ländern in Umlauf befindlichen Texte keinesfalls im Widerspruch mit den Grundsätzen der pazifistischen Lehre stehen. Diese Texte erklären tatsächlich alle, implizite oder ausdrücklich, daß die Veränderungen an der Autonomie oder dem Landbesitz der Staaten nicht durch den Krieg durchgeführt werden dürfen, sondern mit der freien Zustimmung der daran interessierten Nationen oder Bevölkerungen durch abzuschließende Verträge. Die Kommission ladet die Friedensfreunde neuerdings ein, ihre Propaganda zugunsten jener Petition zu beschleunigen, damit die Unterschrift bereits jenen Kommissionen vorgelegt werden können, die mit der Vorbereitung des Programms der nächsten Haager Konferenz betraut sein werden. H. La Fontaine, A. Gobat, E. Arnaud, Alfred H. Fried, F. Green, Prof. Dr. Th. Ruyssen, W. Evans Darby, E. de Neufville, G. Moch, L. Quidde, E. Séménoff, Edoardo Giretti, Dr. A. Richter, G. S. Alexander, Félix Moscheles, Dr. N. A. Nilsson.

Friedensfahrten Richard Feldhaus'. :: :: :: :: :: :: ::

Richard Feldhaus befindet sich seit dem 24. September wieder auf einer großen Tournee. Er sprach schon in Ludwigsburg, Ulm, Eisenach, Jena, im großen Lehrervereinshaus Leipzig. In Berlin sprach er am 3. Oktober an geweihter Stelle im Lessing-Museum (Nicolai-Haus), wo die Räumlichkeiten dem Andrang des Publikums gar nicht genügten. Thema: Der Friedensgedanke in der Literatur. Am 4. Oktober sprach er in Luckenwalde, am 5. in Berlin zum zweiten Male im Tierschutzverein, am 6. in Braunschweig. In Linz a. D. wird Feldhaus am 3. November sein.

LITERATUR U. PRESSE

„Friedensfragen“ ist der Titel einer ständigen Beilage, die seit Oktober die Zeitschrift „Die Frau der Gegenwart“ monatlich einmal veröffentlicht. Die Redaktion dieser Beilage liegt in den bewährten Händen der Frau Elsbeth Friedrichs.

„Das monistische Jahrhundert“, das vom 1. April 1913 ab wöchentlich herauskommt, wird der pazifistischen Bewegung eine ständige Rubrik widmen, deren Redaktion der Herausgeber der „Friedens-Warte“ übernommen hat.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Revue Générale de droit International Public (Paris). 1912, Nr. 4/5 (Juli-Oktober). J. Basdevant, L'affaire de pêcheries des côtes septentrionales de l'Atlantique entre les Etats Unis d'Amérique et la Grande-Bretagne devant la Cour de Haye. — H. Wehberg, L'avenir des Conférences de la Paix. — A. Raestad, La portée du canon comme limite de la mer territoriale. — usw.

Bulletin of the Pan-American Union (Washington). August. An American institute of international law. — Eighty days with the „Bluecher“-party. — Dentistry in Latin America. — Prominent in Pan-American Affairs. — usw.

La Vie Internationale. Tome IIer, 1912, No. 5. Lujo Brentano, Sur le caractère international de l'économie polittique contemporaine. — Carl Bourlet, Le huitième Congrès Universel d'Esperanto. — Faits et Documents; Réunions Internationales. — usw. No. 4. Louis-Dop, L'Institut International d'Agriculture. — A. Marinus, Syndicalisme et Internationalisme. — Le Régime juridique des Associations Internationale. — usw.

Camille Lemonnier, Aus den Tagen von Sedan (Les Charniers). Uebertragen von P. Cornelius. 8°. Berlin, 1912. Axel Juncker, Verlag. 209 S.

Hermann A. L. Degener, Wer ist's? Unsere Zeitgenossen, Biographien nebst Bibliographien. VI. Ausgabe. 8°. Leipzig, 1912. Verlag von H. A. Ludwig Degener. 1856 S.

Deutscher Geschichtskalender für 1912. Juni, Juli. 8°. Leipzig, 1912. Verlag von Felix Meiner.

Sozialwissenschaften, Politik. Katalog 63 von Ed. Beyers Nachf. 8°. Wien, 1912. 144 S.

Zur Erinnerung an die Ferienkurse Kaiserslautern 1912. 8°. Kaiserslautern, 1912. Verlag von Ph. Rohr. 63 S.

Ernest Nys, Le Droit International. Tome II und III. Gr. 8°. Bruxelles, 1912. M. Weissenbruch, Editeur. 612 und 776 S.

Liste des Sociétés de la Paix au 30. octobre 1912. (Bureau international permanent de la Paix.)

Léon Bollack, La Loi Mondiale de Boycottage douanier. 8°. Paris, 1912. Chez l'auteur. 48 S.

Th. Ruyssen, France et Allemagne (Extrait de la revue „La Paix par Le Droit“). 8°. Nîmes, 1912. Imprimerie coopérative „La Laborieuse“. 11 S.

Procès Verbal des Séances de la Commission du Bureau, tennes les 30 et 31 mai 1912 à Paris (Musée océanographique). Bureau International de la Paix.

Jacques Dumas, Simple introduction à l'étude du problème de la Codification du Droit international public (Publications du Bureau International de la Paix). 8°. Saint-Imier 1912. Imprimerie E., Grossniklaus. 16 S.

A. Delassus, Précis d'Enseignement Pacifiste. 8°. Monaco, 1912. Institut International de la Paix. 165 S.

M. d'Estournelles de Constant, Limitation des charges militaires et navales. 8°. La Flèche, 1912. Imprimerie Charier-Benlay. 20 S.

A. Vanderpol, Un Institut de Droit International Chretien. 8°. Brignais, 1912. Imprimerie de l'Ecole Professionelle. 11 S.

Julien de Narfon, La création d'une union pour l'étude du droit des gens d'après les principes chrétiens. 8°. Brignais, 1912. Imprimerie de l'école professionelle de Sacuny.

Rapport sur les évènements de l'année intéressant la guerre et la paix. (Publications du Bureau International de la Paix.) 8°. 14 S.

Bulletin Périodique du Bureau Socialiste International. 3e année. No. 8. Fol. Bruxelles, 1912. Camille Huysmans. 130 S.

Association de Droit International: Comple-Rendu de la vingt-septième Conférence tenu au Palais de Justice, Paris, Mai 27me — Juin 1er 1912. 8°. Londres, 1912. Richard Flint & Co. 786 S.

L. Oppenheim, International Law. Vol. II.: War and Neutrality. 8°. London, 1912. Longmans Green and Co. 711 S.

David Starr Jordan, Unseen Empiere. 8°. Boston, 1912. American Unitarian Association. 211 S.

Frank W. Mondell, Why should we fortify the Panama Canal? Reprinted from the „Independent“, New-York, Juli 4, 1912.

W. Evans Darby, The Peril of the Air. 8°. London, 1912. The Peace Society. 11 S.

The Independent. A weekly Magazine, September 26, 1912. New-York.

Alfred H. Fried, The German Emperor and the Peace of the World. With a Preface by Normann Angell. 8°. London, New-York, Toronto, 1912. Hodder and Stoughton. 214 S.

Right Hon. Lord Avebury, Peace and Happiness. 8°. London, 1909. Macmillan and Co. 386 S.

World Peace Foundation (Pamphlet Series). Boston. Albert Jay Nock, World Scouts. April, 1912, No. 5, Part. IV. — Charles F. Dole, The Right and Wrong of the Monroe Doctrine. April, 1912, No. 5, Part. V. The World Peace Foundation. Ils Present-Activities. July, 1912, No. 6, Part. I. — Erving Winslow, Neutralization America's opportunity. July, 1912, No. 6, Part. II. — James A. Macdonald, William T. Stead and his Peace Message. July, 1912, No. 6, Part. III. — Denys O. Myers, Revised List of Arbitration Trealies. Juli 1912, No. 6, Part. V.

American Association for International Conciliation. New-York. Franklin H. Giddings, The Relation of Social Theory to Public Policy. 8°. September, 1912, No. 58. 13 S.

Indicial Settlement of International Disputes. No. 9. William J. Hull, Ph. D., The International Grand Jury. 8°. Baltimore, August 1912. 28 S.

Walden University. Catalogue. 1911/12. 8°. Nashville, Tennessee. 143 S.

Ohr. L. C. C. Den Beer Poortugael, Een Treurspel aan de Middellandsche Zee. 8°. 1912. 20 S.

Alma Dolens, Per il Diritto e per la Civiltà. 8°. Napoli, 1912. Stab. Tipografico Silvio Morano. 24 S.

Giorgio Del Vecchio, La Comunicabilità del Diritto e le Idee del Vico. 8°. Trani, 1911. Vecchi e C. 13 S.

Ders., Il Progresso Giurídico. 8°. Roma, 1911. Tipografia Ed. Degli Olmi. 6 S.

Ders., Sull' Idea Di Una Scienzo Del Diritto Universale Comparato. 8°. Torino, 1909. Fratellé Bocca Editorî. 34 S.

Ders., Sulla Positività Come Carattere Del Diritto. 8°. Modena, 1911. A. F. Formiggini, Editore. 23 S.

H. Hodler, L'Espérantisme. 8°. Genève. Universala Esperantia Librejo. 24 S.

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

H. W. In Nr. 4/5 der „Revue Générale de droit international public" bespricht Basdevant, Professor an der Universität Grenoble, sehr ausführlich das Neufundlandurteil. Er kommt zu dem Resultate, daß die Bedeutung des Schiedsspruches für die Fortentwicklung des Völkerrechts nur eine geringe ist, weil das Gericht seine Kompetenz überschritten, sich nicht klar genug ausgedrückt, und gerade die wichtigsten Rechtsfragen, nämlich das Problem der Staatsservituten und der Ausdehnung des Küstenmeeres in den sogenannten Baies, nicht entschieden habe. Basdevant ist der Ueberzeugung, daß gerade dieses jüngste Urteil die Schwächen der Schiedsgerichtsbarkeit deutlich gezeigt habe. Er behauptet, daß die Entscheidung beiden Parteien habe Recht geben wollen und als Kompromiß angesprochen werden müsse. Weiter wendet er sich gegen das Prozeßverfahren; das schriftliche Verfahren sei nicht genug in die Tiefe gegangen, und in der mündlichen Verhandlung sei die ganze Diskussion in ihrer Gesamtheit nochmals aufgenommen worden; auch habe es an klaren und kurzen Schlußanträgen gefehlt, das Gericht habe sich schließlich einer Fülle widersprechender Anträge gegenüber gesehen. Der treffliche, 160 Druckseiten lange Aufsatz schließt mit den Worten: „Ein Tribunal, das nicht wahrhaft ständig ist, das sich erst am Ende des schriftlichen Vorverfahrens vereinigt, kann diese Zustände nicht bessern. — Dazu bedarf es einer vollendeteren Form des Prozeßverfahrens, als sie der Haager Schiedshof bietet, nämlich des „Cour de la justice arbitrale". In einem anderen Artikel über „L'avenir des conférences de la paix" schlägt Wehberg die Schaffung eines ständigen Organes für die Vorbereitung der Haager Konferenzen vor, die bisher das ganze friedensrechtliche Problem noch nicht a fundo behandelt, sondern nur Einzelheiten, und diese noch von einem falschen Gesichtspunkte ins Auge gefaßt hätten.

In Nr. 3 der „Korrespondenz des Verbandes für internationale Verständigung" berichtet Nippold über die Organisation der internationalen Verständigung, und legt dar, wie in allen Ländern gleich gerichtete Verbände begründet werden müssen, damit sie so vereint die Meinung der gesamten Friedensfreunde der Welt zum Ausdruck bringen können. Piloty weist darauf hin, wie eine der ersten Voraussetzungen für eine stetige friedliche Reichspolitik die Sicherung und Festigung des Reichskanzlerposten ist, weil sie geradezu als Gradmesser für allen Wandel in den internationalen Beziehungen des Reiches anzusehen sei.

Professor Ruyssen von der Universität Bordeaux schreibt in Nr. 17/18 von „La Paix par le droit" zu der Frage der deutsch-französischen Verständigung. Der sehr hoffnungsvolle Aufsatz weist zunächst auf die neueste vom „Journal d'Allemagne" veranstaltete Reise von Franzosen nach Berlin und auf die Bestrebungen des Verbandes für internationale Verständigung hin. Er stellt weiter mit Genugtuung fest, daß drei deutsch-französische Verständigungskomitees bestehen, nämlich 1. der deutsch-französische Wirtschaftsverein, 2. der von Grand-Carteret soeben begründete und bereits 400 angesehene Mitglieder zählende Verband „pour mieux se connaître" und 3. das deutsch-französische Freundschaftskomitee, das bereits auf dem Münchener Weltfriedenskongreß begründet sei, aber lange Zeit geschlafen hätte. Vier Leitsätze hätte seiner Ansicht nach dies letztere Komitee zu verbreiten: a) Ein Frieden, der vierzig Jahre lang trotz unzähliger Krisen bestanden hat, hat hinreichende Beweise seines Bestandes gegeben und kann auch weiter so lange dauern, als man wirklich will; b) Frankreich und Deutschland wünschen aufrichtig den Frieden, und Frankreich hat niemals Anstalten gemacht, um die Revanche zu fordern; c) Keine der beiden Nationen hat nötig, die Nachbarin zu vernichten, um ihr eigenes Genie, ihre Kultur und ihren Reichtum zu entwickeln. d) Sie werden beide nur davon profitieren, wenn sie sich ins Einvernehmen setzen, um sich gegenseitig zu ergänzen.

Im Leitartikel des „Arbitrator" (Oktoberheft) wird bereits von den beiden Genfer Frie-

denskongressen berichtet. Ueber die Interparlamentarische Versammlung ist der Verfasser (Maddison?) sehr erfreut. Interessant ist dabei, was er über Zorn sagt. Er schreibt: „Die bedeutendste Resolution war die Dr. Zorns über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit. Zorn ist ein ganz ausgezeichneter Deutscher, der Deutschland zweimal auf den Haager Konferenzen vertreten und die Söhne des deutschen Kaisers unterrichtet hat. Es sei hier weiter bemerkt, daß Dr. Zorn seit seinen Reden im Haag bedeutende Fortschritte gemacht hat."

In Nr. 17/18 der „Friedensbewegung" schreibt Gobat einen schönen Aufsatz über „Die neue Kultur". In klarer Weise stellt er fest, daß heute der ewige Frieden nicht mit einem Schlage herbeigezaubert werden kann, sondern erst nach langer, mühevoller Arbeit, daß aber schon vieles geschehen ist, um die Völker einander näher zu bringen. Er betont, die verschiedensten Interessen vereinigten heute die Menschen, die wirtschaftliche und politische Sicherheit des einen sei die Bedingung für die Existenz des anderen. „Wenn trotz dieser günstigen Umstände Loyalität, Moral und Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen noch nicht zur Alleinherrschaft gelangt sind, so liegt der Grund darin, daß die Regierenden es nicht wollen. Das Glück der Völker und den allgemeinen Frieden einer rückständigen Routine zu opfern, das ist noch immer das politische Ideal und die ganze Staatskunst der Herrscher und Diplomaten." In derselben Nummer berichtet Arnaud über das neu begründete französische „Amt für auswärtige Gesetzeswerke und für internationales Recht", das die Gesetzesmaterialien der fremden Länder zu zentralisieren und zur Verfügung des Publikums zu stellen, die im Justizministerium vorhandene Sammlung der Arbeiten über internationales und ausländisches Recht fortzuführen hat usw.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (Eßlingen). September. Otto Umfrid, Auf nach Genf, Heidelberg, Berlin, London. — Ein zusammenbrechendes Reich. — Dr. Hans Wehberg, Warum ich Gegner einer internationalen Polizeimacht bin. — A. W., Miss Eckstein in Frankreich. — Was England sagt. — usw.

Der Friede (Bern). August-September. Boykott und Verruf gegen Völkerrechtsverletzung und Krieg. — Carl Ludwig Siemering, Der tripolitanische Raubzug Italiens (Fortsetzung). — W. Kohl, Die Rolle der Frau in bezug auf die Friedensbewegung. — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). No. 17/18. — Alb. Gobat, Die neue Kultur. — Johannes C. Barolin, An alle Friedensfreunde. — Emile Arnaud, Das Amt für auswärtige Gesetzeswerke und für internales Recht. — Henry Fasy, Genf in der Geschichte. — usw.

La Paix par Le Droit. Paris. No. 17/18. Frédéric Passy, Ceux qui'l faut honorer Numa Droz, Elie Ducommun. — Henri La Fontaine, Clauses compromissoires. Gabriel Chavet, Comment s'organise la vie internationale. — Gaston Bonet-Maury, Frédéric Passy, libre croyant. — M. Th. Ruyssen, France et Allemagne. — usw.

Etat-Unis d'Europe (Bern). September. L. de Stael-Holstein, Une cour de justice internationale. — L. de Montluc, Jules Favre pacifiste. — Maxime Arnaud, Nationalité reconquise par voie juridique. — Edmond Bloch, Force et Pacifisme. — usw.

The Arbitrator (London). September. Dr. Friedrich Glaser, Universal Military Service and Democracy. — Francis W. Hirst, The Treatment of Commerce in Naval Warfare. — Some Points of Policy. — The Strike against War. — Heroism. — usw.

Advocate of Peace (Washington). September and Oktober. Robert J. Burdelle, War the Destroyer. — Hon. Edward W. Saunders, The Battleship not a Trade Winner. — Charles A. Blanchard, The Kingdom of Peace. — Gilbert Bowles, Notes from Japan. — Labor's International Action for Peace. — usw.

The Messenger of Peace (Richmond, Ind.). August. — Russel Weisman, National Honor and Vital Interests. — Paraleyzing War Feeling. — usw.

Freds-Bladet (Kopenhagen). No. 9. Aarsmodet. — Fredskongressen i Kristiania. — No. Ø., Krigsfaren.

Fredsfanan (Stockholm). No. 7/8. Årsmötet i Arvikas. — Emil Larsson, Gästfrihet. No. 9, En Rysk Fredsvän. — Fredspredikan och missionsfäst. — usw.

La Luce del Pensiero (Neapel). 17/18. Dom. Maggiore, L'Ideale della Pace, Gaetano Filangieri e i secoi tempi. — Gualterio Guatteri, La paura della storia. Gulia Cavallari Cantalamessa, La notte di S. Bartolomeo. — Nicolò Ragni, Triste messagio. Nel campo pacifista. — Annunziato Caratozzolo, Quo vadis. — Cresci, La guerra vista sotto diff. aspetti. —

Artikel - Rundschau.

Von Carl Ludwig Siemering.

Das „N. Wr. Tagblatt" vom 24. September bringt einen Leitartikel, „Der schwerbewaffnete Friede", worin der Verfasser, ein Seeoffizier, an zwei verschiedenen Stellen die Ansicht vertritt, der naheliegendste Weg, um aus den Ueberrüstungen herauszukommen, sei der „einer gegenseitigen Verständigung mit Abgrenzung der nicht preiszugebenden Interessensphären". Zwar konstatiert der Autor gleich darauf, daß die Beziehungen der Staaten heutzutage noch nicht so weit gediehen seien; „man zieht vor, einander knurrend die Zähne zu weisen". Zum Schlusse jedoch — es ist von der Flottenentwicklung der Dreibundstaaten und der Tripelentente die Rede — nimmt er den Gedanken wieder auf in den Worten: „Vielleicht wird man dann (übers Jahr), nach all den vielen, mühevollen Umwegen, . . . doch hüben und drüben einmal in jene Bahn gelangen, auf deren Wegweiser das eine Wort „Verständigung" geschrieben steht."

Dieses Diktum ihres Kollegen wird den Herren v. Bernhardi, Kaim und Genossen erheblichen Schmerz bereiten; uns ist es ein neues Zeichen des siegreichen Vordringens pazifistischer Ideen auch in solche Kreise, die ihnen bisher der Regel nach verschlossen waren.

*

Die Festnummer der „Deutschen Juristen-Zeitung“ vom 1. September (zum 31. Deutschen Juristentage in Wien) bringt u. a. einen trefflichen Artikel des Geheimrats v. Ullmann über den „Verband für internationale Verständigung“, worin ausgeführt wird, daß der Verband die Aufgabe habe, den auf den Haager Konferenzen so glänzend betätigten Geist der Verständigung auch im Bewußtsein der Masse des Volkes zur Herrschaft zu bringen.

Die gleiche Nummer enthält einen Aufsatz von Hofrat Dr. Lammasch-Wien über die Todesstrafe, deren vorsichtige Anwendung befürwortet, während der Verzicht auf sie verworfen wird. Uns interessiert vor allem die folgende Stelle:

„Wünschenswert wäre es freilich, die Todesstrafe aufheben zu können. Aber noch wünschenswerter wäre es, den Krieg aus der künftigen Entwicklung der Weltgeschichte auszuschalten. Denn was zählt das Leben einiger Mörder gegen das der Millionen aus der Blüte der Jugend, der Vollkraft der Männer, die ein moderner Krieg unter Großmächten aufs Spiel setzt? Vielleicht kann ein „ewig neutraler“ Staat wie die Schweiz auf die Todesstrafe verzichten... Als Ironie aber mutet es an, wenn ein Staat das Leben seiner Mörder zärtlich schont, aber hunderttausende in die Schlacht sendet, um etwa eine Sandwüste zu erobern.“

An dieser Stelle scheint uns der hochverdiente Autor nicht recht zu haben. Unmöglich kann es doch ein Grund für Beibehaltung der Todesstrafe sein, daß heutzutage noch in Kriegen die Blüte der Jugend hingeopfert werden kann. Das hieße: ein zweites, vermeidbares Uebel erhalten, weil ein erstes, zurzeit noch nicht überall vermeidbares, besteht. Die Logik müßte doch gebieten, das zweite Uebel um so eifriger zu bekämpfen, je überzeugter man gegen das erste vorgeht.

*

Zum Ableben des deutschen Botschafters in London, Freih. Marschall v. Bieberstein, schreibt am 24. September das „Wr. Abendblatt“: „Es wird nicht leicht sein, einen Mann zu finden, bei dem die Person so sehr das System bedeutet, wie bei Marschall. Den Verlust erlitt nicht nur Deutschland, sondern der Friedensgedanke. Die Kraft, die der verstorbene Botschafter hatte, das Vertrauen, das er fand, und die Intelligenz, die zum Stillstand gebracht wurde, wird man nur schwer ersetzen.“

Aber unersetzlich ist schließlich niemand, und darum wird der bekannte Gottlieb im „Tag“ recht behalten, der am Schlusse seines gereimten Nachrufs auf Marschall singt:

„Heut' muß die Hoffnung untertauchen,
Doch morgen blüht sie aus dem Grab.
Denn was zwei große Völker brauchen,
Hängt nicht von einem Menschen ab.“

Das französische B-Pulver ist bekanntlich „unter aller Kanone“, so daß man es für Kanonen nicht gebrauchen kann, ohne sich selbst in höchste Gefahr zu bringen. Die französische Regierung hat daher bei zwei schwedischen und einer italienischen Fabrik Schießpulver bestellen müssen; eine Abhängigkeit vom Auslande, die der „Temps“ in folgender Weise glossiert:

„Es ist keine Uebertreibung, wenn wir sagen, daß man gegenwärtig im Marineministerium nicht weiß, ob unsere Schiffe für den Fall eines Krieges mit der erforderlichen Munition ausgerüstet werden können.“

Hier erkennt man einmal ganz deutlich den hohen Grad von Sicherheit, den sich eine Kulturnation durch ihre ständig steigenden Rüstungsausgaben erwirbt...

*

Ein Mitarbeiter der „Times“ erfuhr in Ouchy von dem italienischen Delegierten Fusinato, daß die türkisch-italienischen Friedensverhandlungen seit dem 15. Juli andauern. Nur über die Frage der Oberhoheit Italiens über die afrikanischen Provinzen sei man noch nicht einig geworden. — Das erinnert an den alten Witz: „Die Hochzeit kann losgehen, nur der Bräutigam war bisher unauffindbar.“

Inzwischen strömt in Neapel das gläubige Volk zur Kathedrale, wo das Blutwunder des hl. Januarius darüber entscheiden soll, ob dem Lande Glück oder Unglück bevorstehe. An demselben Tage aber, als die Priester am Hochaltar das trockene, spröde Blut des Heiligen zum Fließen brachten, rann — so schreibt die „Frankf. Ztg.“ — „bei Derna an der afrikanischen Küste aus tausend Wunden helles, rotes Blut und vertrocknete schwarz und spröd im Sande.“ Wenige Tage darauf plädierte auf dem Genfer Weltfriedenskongreß die „Pazifistin“ Frau Gwyß-Adami von der „Unione Lombarda“ unter stürmischer Unruhe der Delegierten zugunsten des tripolitanischen Raubzuges!

*

In der „Frankf. Ztg.“ (!) bringt Ende September „ein alter preußischer Offizier“ eine Betrachtung über die englischen Armeemanöver, worin er zu dem Schlusse kommt, daß keine Armee die Aeroplane entbehren könne, obwohl er dem „Standard“ nicht glaube, wenn dieser sagt, die Soldaten „würden sich weigern, ohne Aeroplane in den Kampf zu gehen“. Gott sei Dank, daß es nichtt ein ausländisches Blatt war, welches so etwas behauptete. — Immerhin sollte jede Armee sich gesagt sein lassen: „Baut Aeroplane!“

Vielleicht erleben wir zunächst einmal die Zeit, in welcher die Soldaten sich weigern werden, mit Aeroplanen in dem Kampf zu ziehen.

*

Die Balkankrisis stand auf dem Höhepunkt, als diese Zeilen geschrieben wurden, „auf des Messers Schneide“, wie die Tagesblätter sich ausdrückten. Damals, am 1. Oktober, schrieb sehr zutrefffend die liberale „Breslauer Ztg.“:

„Die Truppenzusammenziehungen in den verschiedenen Balkanländern, die man natür-

lich mit Manöverabsichten harmlos zu erklären suchte, ohne damit den Nachbar zu überzeugen, dienten dazu, durch Erregung des Mißtrauens die Lage zu verschärfen und die Kriegsgefahr näher zu rücken."

Auch die erklärten Pazifisten haben stets behauptet, daß die angeblich dem Schutze des Staates dienenden Rüstungen durch Erregung des Mißtrauens auf der anderen Seite bzw. auf allen Seiten erst wieder erneute Bedrohungen des rüstenden Staates hervorrufen; der bekannte circulus vitiosus! Leider gibt es aber, worauf die „Berl. Morgenpost" vom 1. Oktober hinweist, noch kein einiges Europa. Denn „gäbe es eines, so gäbe es längst keine mazedonische, gäbe es überhaupt keine „Frage" mehr, die den Völkerfrieden bedroht. Wenn Bulgarien und seine Verbündeten heute mobilisieren und morgen den Krieg erklären, so tun sie es, weil sie wissen, daß die Uneinigkeit Europas, das Spiel mit Sonderinteressen unter den Großmächten, den Willen zum Frieden lähmt, — falls er wirklich besteht..."

Die Ereignisse haben inzwischen die Antwort auf die letzten Worte erteilt.

*

Wie französische Blätter meldeten, versuchte die bulgarische und die serbische Regierung, in Paris Geld für die geplante Kriegsführung aufzutreiben. Die französischen Banken haben jedoch auf den übereinstimmenden Rat des Finanzministers und des Ministers des Aeußeren erwidert, daß sie unter den gegenwärtigen Umständen keinerlei Vorschüsse leisten könnten.

Damit ist wieder einmal eine alte pazifistische Forderung von einer hohen Regierung aufgenommen und zwecks Erhaltung des Friedens verwirklicht worden — ungeachtet der früher so eifersüchtig gewahrten „Neutralität". Neutrale Staaten gibt es ja heutzutage in Wahrheit überhaupt nicht mehr, denn wenn auf die bloßen Balkan-Mobilisierungsgerüchte hin die Wiener Börse enorme Kursverluste erleidet, wenn zu gleicher Zeit in Deutschland, England und den übrigen Großstaaten die Wertpapiere um 50 bis 100 Prozent fallen, obwohl doch nur „hinten weit in der Türkei" die Völker aufeinanderzuschlagen — drohen, dann muß es wohl auch dem blödesten Auge allmählich klar werden, daß die Welt heute einen Organismus bildet, und daß sich also die Verletzung eines Gliedes sich an dem ganzen Körper, der dadurch an Lebenskraft einbüßt, bitter rächen muß.

*

Immer mehr häuften sich zu Anfang Oktober die Pressestimmen, die für ein einiges Europa zur Verhütung des großen Balkanbrandes eintraten. Die Wiener „Arbeiterzeitung" trat zu diesem Zwecke dafür ein, die Mächte sollten „einmütig und ganz kategorisch erklären, daß Landhunger unter keinen Umständen Befriedigung finden kann." Die „Neue Fr. Pr.' teilte in ihrem Leitartikel vom 2. Oktober, abends, sogar mit, daß eine solche Androhung seitens der Großmächte bereits erfolgt sei; von dem deutschen Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter werden ähnliche Aeußerungen berichtet, und die Berliner „Voss. Ztg." schreibt, man werde das Wort „Europa" aus dem politischen Sprachschatz streichen müssen, wenn es den Mächten nicht gelingen sollte, eine friedliche Einigung, ohne Hekatomben von Menschenopfern, herbeizuführen. „Europa braucht nur den einheitlichen Willen zu zeigen, daß es noch ein Europa gibt. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg."

Das sind in der Tat goldene Worte, heraufgeholt aus dem pazifistischen Ideenschatz!

*

In ihrem Leitartikel vom 5. Oktober: „Die Kriegsgefahr am Balkan", schreiben die „Leipz. N. N." am Schluß:

> „Uebrigens noch eine Frage: An was hat man wohl bei dem ganzen Tanz am wenigsten gedacht? Sicherlich an das Schiedsgericht im Haag. R. J. P."

Die polemische Unehrlichkeit dieser Chauvinistenblätter überschreitet doch wirklich nachgerade das erlaubte Maß. Zuerst arbeitet die „gelbe Presse" aller Länder eifrig darauf hin, daß ein internationales Tribunal in der öffentlichen Meinung diskreditiert und auf möglichst enge Rechtsgebiete beschränkt werde, um dann geräuschvoll auf den Plan zu treten und auf die (anscheinende) Wirkungslosigkeit der Institution hinzuweisen*). Uebrigens noch eine Antwort: Schon heute sprechen gewichtige Zeichen dafür, daß auch in der Balkanfrage, wo nicht der Haager Schiedshof selbst, so doch der Geist, der ihn entstehen ließ, das letzte entscheidende Wort behalten wird. Dann aber wird das alldeutsche Blatt den Schlußsatz seines Leitartikels vom 5. Oktober 1912 längst vergessen haben, und man wird es daran erinnern müssen...

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung im allgemeinen: Joh. Schlaf, Die Weltkonstellation. „Die Kritische Tribüne", No. 12. * Alexander W. Liscow, Des Reiches Bluthunde. „Grazer Tagespost", 22. IX. * Eduard Bernstein, Der Imperalismus und die Sozialdemokratie. Parteitagsnummer der „Volksstimme", 14. IX. * Elsbeth Friedrichs, Die pazifistische Frau. „Friedensfragen" (Beilage der Frau der „Gegenwart"), 15. IX.

II. Die internationale Politik: Fritz Nienkemper, Unruhe in der hohen Politik. „Allgemeine Rundschau", 28. IX. * Heinrich Prins, Oesterreich voran. 28. IX.

---

*) Uebrigens hat man daran gedacht. Eine starke Gruppe englischer Parlamentarier hat Sir Edw. Grey darauf hingewiesen, die Balkanfrage vor dem Haag zu bringen. Aber diese englischen Parlamentarier irrten ebenso wie der naive Leitartikler der „Leipz. N. Nach.". Das Haager Schiedsgericht kommt für derartige Konflikte gar nicht in Betracht. Es ist der Irrtum der Menge, zu glauben, der Friede könne nur dadurch gewahrt werden, daß man den Krieg durch ein Schiedsgericht ersetzt. Gegenseitige Verhandlungen aus internationalen Konferenzen bilden wichtige Friedenswerkzeuge.

A. H. F.

* Dr. Hermann Diez, Die neue Lage im Mittelländischen Meer. „Illustrierte Zeitung", 26. IX. * Diana Agabeg Apcar, Autonomy for States under Turkish Dominauce. „Japan Gazette", 19. VIII. * R. P. Stegler, Who Holds the Key to the Panama Canal? „The International and Review of two Worlds.", Sept. 1912. * Prof. Dr. Ludwig Stein, Das europäische Gleichgewicht. „Nord und Süd", September 1912. * Sir Rufus D. Isaacs, Atterney-General, Englisch-deutsche Beziehungen. „Nord und Süd", Oktober 1912. * J. Oldekop, Vizeadmiral z. D., Die Beziehungen England zu Deutschland. „Nord und Süd", Oktober 1912. * Oberst z. D. von Dorn, England und Deutschland. „Der Tag", 10. IX. * Carl René, Der Vorschlag des Grafen Berchtold und die Mächte. „Karlsbader Tagblatt", 30. VIII. * Carl Peters, Die Weltlage. „Der Tag", 22. IX. * Alice und Claude Askew, Les Origines de la Discorde Anglo-Allemande d'après des documents diplomatiques secrets. „L'Echo de Paris", 3. IX. * Dr. Hans Wehberg, Die Marokkofrage und die internationale Verständigung. „Düsseldorfer Tageblatt", 9. IX. * Dr. Frhr. v. Mackay, Die Organisation Europas. „Allgemeine Ztg.", 4. IX. * Konteradmiral z. D. Stiege, Flottenverteilung. „Kölnische Zeitung", 28. VIII. * Carl Ludwig Siemering, Herr von Kiderlen-Wächter und die Abrüstung. „Ethische Kultur", 1. IX. * Sir Charles Bruce, Die englische Flotte als Werkzeug des Weltfriedens. „Deutsche Revue", Oktober 1912. * Ernst Jäckh, Marschalls Testament, Helgoland und Bagdad. „Die Hilfe", 3. IX. * Conrad Haußmann, M. d. R., Englisch-deutsche Staatskunst. „März", 10. VIII. * Panamerikanismus. „Mitteilungen des Handelsvertragsvereins", 20. VIII. * Prof. Dr. Bernhard Moritz, Aussichten und Gefahren eines Balkankrieges. Beilage zur „Voss. Zeitung", 8. X.

III. Völkerrecht: Dr. Hans Wehberg, Minen in den Dardanellen. „Der Tag", 12. IX. * Ders., Die Bedeutung der jüngsten Tagung des Völkerrechtsinstitutes. „Pester Lloyd", 22. IX. * Prof. Richard Eickhoff, Die 17. Interparlamentarische Konferenz. „Der Tag", 10. und 11. IX. * Theodore Marburg, LL. D., „The Backward Nation. „The Independent". * Prof. Dr. Meurer, Die ersten zehn Jahre des Haager Schiedshofs. „Deutsche Juristen-Zeitung", 15. IX.

IV. Internationales: Prof. Dr. Robert Piloty, Voraussetzungen internationaler Verständigung. „Nationalzeitung", 7. IX.; „Nordwestdeutsche Morgenzeitung", 7. IX; „Leipziger Tageblatt", 9. IX. * E. Filger, Augenblickliche Schwierigkeiten für den Gedanken der internationalen Verständigung. „Westfälische Volkszeitung", 7. IX.; „Hamburger Correspondent", 13. IX.; „Die Mainbrücke", 14. IX.

V. Wirtschaftliches: K. Kautsky, Nochmals die Abrüstung. „Die Neue Zeit", 6. IX. * Prof. Dr. Max Apt, Weltscheckrecht. „Berliner Tageblatt", 16. IX. und 19. IX. * Gustav Eckstein, Imperialismus und Rüstungsbeschränkung. „Die Neue Zeit", 13. IX.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

XIX. Friedenskongreß in Genf.

Bei dem diesjährigen Friedenskongreß war unsere Gesellschaft durch das Vorstandsmitglied Arthur Müller vertreten.

Preisausschreiben.

Aus Lehrerkreisen kamen an uns zahlreiche Zuschriften mit der Aufforderung, man möge mit Rücksicht auf die in manchen Verordnungsblättern verspätet gebrachten Mitteilungen über unser Preisausschreiben, den hierfür festgesetzten Termin (15. September) hinausschieben, damit auch diejenigen Lehrpersonen, die von dem Preisausschreiben erst nachträglich erfuhren, sich noch daran beteiligen könnten. Der Vorstand unserer Gesellschaft hat nun diesen Anregungen Folge gegeben und den Termin der Einsendung von Preisarbeiten auf den 15. Dezember verlegt.

Das Verordnungsblatt des Landesschulrates für die Bukowina veröffentlicht den Wortlaut unseres Preisausschreibens „Wie würde ich mit meinen Schülern den 18. Mai feiern?"

Unser Mitglied, Fachlehrer Stach in Petschau, veröffentlicht abermals einen trefflichen Artikel in der „D.-österr. Lehrerzeitung", welcher mit den Worten schließt: „Wir schlagen vor, es mögen recht viele Bezirkslehrervereine körperschaftlich der Oesterr. Friedensgesellschaft beitreten. . . . . Dann liegt System in der Sache, dann werden wir den Fortschritt fördern, dann wird „man" sich sagen: „Der Stand fängt an, uns fürchterlich zu werden." —

Die Ortsgruppe „Treue" der Neutralen Guttempler Organisation veranstaltet am 11. Nov. einenDiskussionsabend mit dem Thema „Friedensbewegung und Alkohol". Das Referat hat unser Vorstandsmitglied Prof. Dr. Longo übernommen. Wir machen unsere Mitglieder und Anhänger auf diesen Abend ganz besonders aufmerksam.

Der Wiener akademische Friedensverein war auf dem diesjährigen Internationalen Friedenskongreß in Genf durch seinen Obmann, Ing. Max Ried, vertreten. Durch Fühlungnahme mit den italienischen Delegierten wurde ein Uebereinkommen dahingehend erzielt, daß sowohl österreichischer- als auch italienischerseits die vorbereitenden Schritte unternommen werden, um einen italienischen Universitätsprofessor von Ruf zu veranlassen, im Interesse der österreichisch-italienischen Annäherung in Wien einen Vortrag abzuhalten.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Berlin W. 50. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2
Druck: Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzenz Jerabek in Wien.

November 1912.

Der Krieg am Balkan.

Mit Ausschluß der Oeffentlichkeit. — Neue „Kulturstaaten". — Der Krieg als Kulturförderer. — „Die große Täuschung." — Europa vor der Entscheidung.

In meinem letzten Artikel an dieser Stelle schrieb ich, daß der Krieg, der jetzt unten am Balkan geführt wird, die Arbeit dort fortsetzen wird, wo uns die Kräfte versagen. Wir werden ihn als „Propaganda der Tat" betrachten können, die eindringlich für die Notwendigkeit einer internationalen Ordnung sprechen wird. Nun scheint man mit vereinten Kräften diese Hoffnung täuschen zu wollen. Der Krieg wird mit Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Nicht daß man die Kriegsberichterstatter ausgeschlossen hätte, wie bei Gerichtsverhandlungen, deren Wiedergabe die öffentliche Sittlichkeit gefährden kann. Man hat ein wirksameres Mittel gewählt; eingeschlossen hat man sie in Konzentrationslagern, wie es einst die Engländer mit den Burenfrauen taten. Vertrauensvoll kamen die Herren in die verschiedenen Hauptquartiere; allerlei Reverenzen wurden ihnen erwiesen, alle möglichen Bequemlichkeiten stellte man ihnen zur Verfügung, nur die Ausübung ihres Berufes wollte man ihnen nicht gestatten. Nichts dürfen sie melden, was nicht vorher einer scharfen Zensur unterworfen wird. Ein Verfahren, das mir übrigens, wenn man es im Frieden üben wollte, als ein wirksames Mittel zur Friedenserhaltung erscheinen will. Welches Unheil könnte von der Welt ferngehalten werden, wenn man künftig alle Zeitungskorrespondenten in den europäischen Hauptstädten bei ihrer Tätigkeit einer solch fürsorglichen Kontrolle unterwerfen würde.

Der Zweck dieser Methode ist eingestandenermaßen der, daß die Kämpfenden nicht durch die Zeitungen ihre Situation an die Gegner verraten sehen wollen.. Aber es liegt noch ein anderer, nicht ausgesprochener Zweck diesem Vorgehen zugrunde. Man will die Welt über die Einzelheiten des Krieges nicht zu sehr unterrichten, um den kriegsgegnerischen Parteien keine zu wirksame Waffe in die Hand zu geben. Kurz, man will jene „Propaganda der Tat" unwirksam machen. So wird uns, von wenigen Tatsachen abgesehen, von diesem großen Gemetzel nicht mehr berichtet, wie etwa von einem Schachturnier. Man erfährt nur die Züge und Gegenzüge und höchstens einige abfällige Bemerkungen über den Zustand der besiegten Partei. Wie schwer der Sieg wurde, wie es in den eigenen Reihen zuging, welchen Höllenjammer diese scheinbar so harmlosen Positionsveränderungen mit sich brachten, darüber schweigt des Zensors Höflichkeit. Man hat eine Festung „genommen", ein Regiment „aufgerieben", eine Armee „in die Flucht geschlagen", ein Dorf „dem Erdboden gleichgemacht" und wie diese technischen Ausdrücke alle lauten mögen. Was das aber alles heißt, mit welchen Roheiten, Grausamkeiten, Schmerzen, mit welcher Vertierung alle diese „Operationen" vor sich gingen, davon erfahren wir wenig, dürfen wir nicht viel erfahren; denn das würde den Krieg diskreditieren, und das will man einfach nicht.

Man hat davon gelesen, daß einige Filmfabriken ihre Operateure bis in die Kampflinien vorgesandt haben, so daß es möglich wäre, den ruhigen Bürgern in Europa den Krieg im gut geheizten Kinotheater vor Augen zu führen. Ich glaube, daß die Kinozensur, die jetzt in allen Staaten eingeführt ist, damit die Verrohung der Massen nicht gefördert werde, durch diese die Phantasie aufreizenden Darbietungen viel zu tun bekommen wird. Den Krieg wird man nicht verbieten, aber seine Betrachtung durch Außenstehende wird man aus sittlichen Gründen zu verhindern suchen.

* * *

Wir haben jetzt eine Reihe neuer „Kulturstaaten" bekommen. Die friedliche Entfaltung des Volkswohlstandes, der Volksbildung, der Industrie und des Handels hätte es nie vermocht, das übrige Europa dahin zu bringen, die Balkanvölker anders denn als sogenannte „interessante" Völkerschaften anzusehen, über die man sich lustig machte. Heute, wo sie gezeigt haben, wie sie die mit gepumptem Gelde gekauften Kanonen und Schnellfeuergeschütze zu verwenden verstehen, haben sie ihre Legitimation erbracht, die sie berechtigt, in die internationale „Kulturgemeinschaft" einzutreten. Was nützen den skandinavischen Ländern ihre große sozialpolitische Entwicklung, ihre Literatur und Wissenschaft? Nach der in den europäischen Kabinettskanzleien vorherrschenden Meinung und der von diesen Kanzleien beeinflußten Presse sind sie Zwerge gegenüber den Serben, Griechen, Montenegrinern und Bulgaren, die so famos „große Schlachten" zu veranstalten verstanden haben und über den Haufen von Zehntausenden von Leichen in fremde Gebiete vorzudringen vermochten.

* * *

Man wird uns jetzt wieder kommen mit dem Beweis, daß der Krieg ein Kulturinstrument ist. Man wird uns sagen, der Krieg habe hier wieder einem unhaltbaren Zustande ein Ende bereitet, das anachronistische Gebilde der Türkei zerstört und den Balkanvölkern den Ellenbogenraum gegeben, den sie zu ihrer Entwicklung, ja zu ihrer Erhaltung bedurften. Daß die Ausschaltung der rückständigen Türkei aus Europa ein Fortschritt ist, soll auch von uns nicht bestritten werden. Daß aber der Krieg allein imstande gewesen sein sollte, diesen Fortschritt zu erzeugen, das werden wir mit Nachdruck bekämpfen. Die Türkei wäre nämlich längst nicht mehr dieses rückständige Staatengebilde, wenn nicht das in Europa herrschende System der Gewalt die Staaten des alten Erdteils zu jener Ohnmacht verdammt hätte, unter deren Wirkung die Türkei ein Anachronismus im heutigen Europa bleiben konnte. Wäre es nicht die aus dem Gewaltsystem geborene Eifersucht der Mächte, so hätte man in der Türkei, ebenso wie in anderen inferioren Staatengebilden, einen Kulturzustand entwickeln können, der einen kriegerischen Eingriff, ein Niederwerfen der durch Europas Schuld verrotteten Zustände nicht nötig gemacht hätte. Jawohl, der Krieg kann Kulturfortschritte zeitigen; aber nur so lange das Gewaltsystem zwischen den Staaten solche unhaltbaren Zustände schafft, aus denen es dann keinen anderen Ausweg gibt, als die Gewaltexplosion, den Krieg. Der Krieg oder vielmehr das System der internationalen Anarchie ist es, das jene unerträglichen Verhältnisse hervorbringt, aus denen der Krieg dann erlöst. Es ist aber ein Irrtum, zu sagen, daß der Krieg der Kulturfaktor an sich ist. Er ist nur ein Notbehelf in der grenzenlosen Verwirrung, in die uns die Anarchie gebracht hat.

* * *

Dieser Balkankrieg war vermeidbar. Die europäische Diplomatie hat sich nur wieder einmal ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Sie hat die Kleinigkeit übersehen, daß die Jagd nach der Befriedigung ihrer Einzelinteressen sie hindert, europäische Politik zu treiben. Sie besaß nur deshalb nicht die Kraft, den Balkanarmeen mit Verhaftung zu drohen, weil jeder einzelne hoffte, aus dem allgemeinen Wirrwarr irgendein Profitchen herausschlagen zu können. Sie übersahen, daß bei diesem kleinlichen Standpunkt jeder Profit, bei Lichte besehen, einen ungeheuren Verlust mit sich bringt. An diesem Kriege werden sie alle nicht gewinnen. Weder die siegreichen Balkanstaaten, noch die an der Beute sich ungebeten beteiligenden Großmächte. Nicht um Haaresbreite werden die Völker Bulgariens und Serbiens glücklicher und reicher werden durch die Vergrößerung ihres Territoriums. Die Schulden der Staaten werden wachsen, und die Völker werden für jene frohnden müssen, die ihnen das Kapital vorstrecken, das sie zu ihrer Regenerierung nötig haben werden. Und auch die Teilnehmer an der Beute dürften nicht glücklicher werden. Denn eine Beute muß heute behauptet werden. Und so werden denn für die Völker jener ihren Interessenstandpunkt wahrenden Staaten neue Rüstungsforderungen erblühen, neue Steuern erwachsen, neue Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung entstehen.

* * *

Aber dieser unheilvolle Krieg, der alle schädigt, ist nun einmal entbrannt. Er kann uns nur noch dazu dienen, ihn als Beweisstück für unsere Theorie zu verwenden. Mehr können wir nützen, wenn wir den andern Krieg ins Auge fassen, der Europa bedroht, wenn es zur Liquidation der europäischen Türkei kommen wird. Hier steht der Friedenslogik der Zeit ein großer Sieg bevor. Seit einem Jahrhundert fast fürchtet die von seiner Diplomatie an der Nase herum-

geführte europäische Menschheit die große Auseinandersetzung über das Erbe des sogenannten kranken Mannes. Man suchte die Entscheidung hinauszuschieben so lange es nur gehe, weil man die Krisis fürchtete. Nun kommt durch die Gewalt der Tatsachen der kritische Augenblick. Ganz ungewollt seitens der Diplomatie, aber doch durch sie herbeigeführt. Große Gegensätze stehen sich jetzt gegenüber. Gegensätze, die man seit Jahrzehnten als zur friedlichen Ueberbrückung ungeeignet bezeichnet hat. Nun wird es sich zeigen, ob Europa wirklich noch imstande ist, Krieg zu führen, oder ob es die Kriegsidee nur infolge einer gewissen Besessenheit pflegt. Jetzt, wo die Regierungen den Tatsachen näherstehen, werden sie darüber nachdenken müssen, ob die Interessen, die sie am Balkan zu besitzen vermeinen, wirklich so groß sind, daß man um ihretwegen das Schwert ziehen kann, und ob das Risiko nicht am Ende doch außer Verhältnis zu den erträumten Erfolgen steht. Solange den Regierungen die Besonnenheit bewahrt bleibt, unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß man einen mageren Vergleich dem riskanten Kriegsverfahren vorziehen wird. Und das wird ein ungeheuer wichtiges Ereignis sein. Wenn Europa gezwungen sein wird, die gefährlichste Frage, die es auf diesem Erdteil gibt, friedlich zu lösen — wenn auch unter Krisen und Aengsten —, dann wird es damit aufs neue bewiesen haben, daß ein Krieg auf diesem Erdteil überhaupt nicht mehr nötig ist, denn es gibt keine schwerere, konfliktreichere Frage als die des nahen Ostens. Vielleicht werden sich dann aus der Erkenntnis der zwingenden Tatsachen Schlüsse ziehen lassen, die diesem schwergeprüften Erdteil zum Heile gereichen können.

Die Pazifisten der gesamten Welt werden daher die Entwicklung der politischen Dinge in der nächsten Zeit mit großer Spannung verfolgen. Wir stehen vor einer großen Entscheidungsstunde. Es wird sich zeigen, ob jene zwingenden Tatsachen (wir sprechen nicht von dem guten Willen der Machthaber!), die den Pazifismus gezeitigt haben, schon so stark sind, Europa vor dem Zusammenbruch zu retten, oder ob die Kräfte der Dummheit und der Vernichtung zum Untergange der alten Welt zutreiben: ob gemeinsam mit dem Padischah am Bosporus auch die Herrschaft Europas in der Welt ihr Ende finden soll. Wir sind hoffnungsfroh genug, an einen Sieg der Kulturkräfte zu glauben. A. H. F.

Zur orientalischen Frage.

Von Dr. Hans Wehberg, Düsseldorf.

Man wird das Blutbad, das kürzlich auf dem Balkan entstanden ist, im Interesse der Friedensbewegung auf den ersten Blick vielleicht nur unheilvoll finden und mit Bedauern feststellen, daß infolge dieses neuen Krieges wiederum von verschiedenen Seiten das Fiasko der Friedensbewegung verkündet werden wird. Aber andererseits sollte man sich dem Guten, das dieser Krieg im Gefolge haben kann, doch nicht ganz verschließen. Wenn das Hauptziel unserer Bestrebungen die internationale Organisation ist, dann müssen wir in der möglichen Herbeiführung eines gesunderen Zustandes auf dem Balkan eine Wendung zum Fortschritte erblicken.

Ein kurzer Ueberblick über einige historische Ereignisse zeigt, wieviel Unruhe durch die Türken nach Europa gebracht worden ist. 1396 eroberten sie Bulgarien, 1448 Serbien und 1453 Konstantinopel. Damit war die ganze Balkanhalbinsel unter türkischer Herrschaft. Der Versuch, weiter nach Norden vorzudringen, mißlang. Von den Toren Wiens mußten sich die Osmanen 1529 und 1683 nach zweimaliger vergeblicher Belagerung zurückziehen und blieben dann auf dem Balkan.

Im 19. Jahrhundert begannen die Losreißungen der verschiedenen Staaten, die jetzt dem Balkanbunde angehören. 1829 endete der griechische Freiheitskampf zuungunsten der Türken, während die Bestrebungen der anderen Balkanstaaten erst 1878 und später von Erfolg gekrönt wurden. Auf dem Berliner Kongresse von 1878 wurden zuerst Montenegro, Serbien und Rumänien selbständig, nachdem sie bereits vorher die Halbsouveränität erlangt hatten. Bulgarien wurde erst 1878 halbsouverän und Ostrumelien gleichzeitig autonome türkische Provinz. 1885 wurden Bulgarien und Ostrumelien vereinigt und blieben weiter halbsouverän. Trotzdem hatte Bulgarien schon auf der ersten Haager Friedenskonferenz neben der Türkei eigene Delegierte. 1908 wurde Bulgarien selbständig. Oesterreich annektierte gleichzeitig Bosnien und Herzegowina, über das es 1878 die Verwaltung erhalten hatte. Kreta wurde 1899 halbsouverän und hat seitdem noch stärker als bisher den Anschluß an Griechenland gesucht.

Das sind natürlich nur einige wenige Feststellungen aus der großen orientalischen Frage. Besonderes Interesse verdient noch das Bestreben Rußlands, für seine Kriegsschiffe die Durchfahrt durch die Dardanellen zu erlangen, ein Versuch, der 1799 und 1833 zu einem vorübergehenden Erfolge der Russen führte. Aber bereits in dem noch heute geltenden Meerengenvertrage von 1841 wurde allen nichttürkischen, auch den russischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Dardanellen unter-

sagt. Namentlich England hat sich bisher dem Bestreben Rußlands hartnäckig widersetzt.

Alle diese Losreißungen und Fragen haben zu schweren internationalen Verwicklungen, meist sogar Kriegen geführt. Die orientalische Frage ist mit Strömen Blutes in die Geschichte der Menschheit eingezeichnet, und ihr Ende war noch bis vor kurzem unabsehbar. Es ist hier nicht der Ort, die Gründe für diese Tatsachen festzustellen. Wer sich näher dafür interessiert, sei auf den Aufsatz Zorns im „Tag" vom 1. November 1911 über die „Orientalische Krisis" verwiesen. Es genügt hier der Hinweis darauf, daß wegen dieses Problems zahllose Kriege geführt wurden, und bisher eine Lösung nicht herbeigeführt werden konnte.

Wenn daher jetzt der Balkanbund mit bewaffneter Hand eingreift, so muß diese Tatsache zwar an und für sich als bedauernswert und als ein Bruch des Geistes des Haager Friedensabkommens bezeichnet werden. Ganz gewiß hat man nicht alles versucht, um die Forderungen gegenüber der Türkei auf friedlichem Wege durchzudrücken. Ja, es ist offenkundig, daß man der Türkei vor allem Land hat abnehmen wollen.

Aber andererseits muß man doch bedenken, daß möglicherweise nach der Niederwerfung der Türkei eine Neuregelung der orientalischen Frage eintreten wird, die den fortwährenden Kämpfen ein Ende macht und eine Gesundung der Besitzverhältnisse herbeiführt. Gesund war es ganz gewiß nicht zu nennen, daß dort unten in dem doch mehr oder minder morschen türkischen Reiche zwei Drittel Christen leben und ihren Anschluß an ihre Stammesgenossen nicht finden können.*) Auch muß man sich sagen, daß kraftvolle Balkanstaaten, die jetzt nach dem Siege vielleicht einen besonderen Aufschwung erleben, eine bessere Stütze des Weltfriedens sind, als der kranke Mann am Bosporus. Glücklich war es gewiß nicht, daß die europäischen Teile der korrumpierten europäischen Türkei des Segens der höheren Kultur der Nachbarstaaten nicht teilhaftig wurden. Mit all diesen faulen Zuständen kann jetzt aufgeräumt werden. Denn selbstverständlich wird man nicht so töricht sein und den status quo aufrechterhalten wollen.

Darum muß der sehnlichste Wunsch des Pazifismus darauf gerichtet sein, eine Neuorientierung der orientalischen Frage zu schaffen, die von größerer Dauer ist als das Ergebnis des Berliner Vertrags von 1878. Organisation der Welt ist unser Ziel. Diese setzt aber nicht lediglich eine immer größere Herrschaft des Rechts voraus, sondern auch eine Dauerhaftigkeit und Gesundung der tatsächlichen Zustände. Ob es mit einem Schlage gelingen wird, die orientalische Frage zu lösen, muß als zweifelhaft bezeichnet werden. Aber zum wenigsten kann uns das Ende dieses Krieges doch dem Ziele näher bringen.

*) Nach einem Berichte des „Berliner Tageblatts" soll sich Professor Politis (Paris), der den Balkankrieg als griechischer Reserveoffizier mitmacht, dahin geäußert haben, der Krieg sei für Griechenland unentbehrlich, weil die Situation der Griechen in der Türkei unhaltbar geworden sei.

Pazifismus und Nationalismus.

Von Prof. Dr. R. Piloty, Würzburg.

Die Organisation der Friedensgesellschaften ist eine Tatsache, die uns unmittelbar in das innerste Problem des öffentlichen Lebens der Gegenwart versetzt. Es ist freilich nicht jedermanns Sache, ein großes Problem als eine Einheit zu begreifen, die meisten sind stets genötigt, das Ganze seiner Größe wegen zu zerlegen, um es nur überhaupt anschauen zu können. Diese psychologische Beobachtung machen wir nicht nur an unseren leiblichen, sondern auch an unseren geistigen Augen. Prüft jeder darin sich selbst, so findet er, wie schwer es ihm schon fällt, ein Ganzes wie Europa nur geographisch als Einheit zu denken, um wieviel schwerer noch, wenn er es politisch ganz umspannen will, oder wenn gar sein geographisches oder politisches Schauen und Denken die ganze Erde rund zu erfassen sucht.

Der Pazifismus hat sich diese Aufgabe gestellt, denn er setzt sein Veto für die ganze Welt als Prinzip hin: „Du sollst nicht Krieg führen." Es ist im Grunde nur eine Anwendung des fünften Gebotes auf die Politik. Damit hat er in der christlichen Welt, so weit er im Bereich des Prinzipiellen bleibt, leichtes Spiel, denn für sie hat dieses Verbot seine prinzipielle Anerkennung längst in den heiligsten Formen gefunden.

Aber damit begnügt er sich nicht. Er will mehr als ein Prinzip zur Anerkennung bringen. Die fast zweitausendjährige Geschichte des Christentums ist ihm nicht nur eine Bestätigung seiner Lehre, sondern auch ein Antrieb zu ihrer nachdrücklicheren Erneuerung, denn er kennt auch die Geschichte der christlichen Kriege. Der Widerspruch von Lehre und Tat hat ihn stutzig und reg gemacht. Wie oft wurde der alten Kirche der Vorwurf gemacht, daß sie mit Inquisition und Ketzerverfolgung ihr Prinzip durch die Tat verleugnet habe. Sie hat sich dagegen freilich stets mit dem Einwande gewehrt: Die Kirche selbst habe nie einen Ketzer verbrannt, der Staat habe es getan. Die Pazifisten werden also auf einen anderen Schuldigen hingewiesen, und wenn sie sich auch im stillen fragen, ob denn die Kirche auch wirklich immer alles getan habe, um den bösen Staat von dem Verbrechen des Ketzermordes abzuhalten, so sind sie doch der Anweisung gefolgt und haben ihre Front gegen den Staat gerichtet, der ja in der Tat die Kriegserklärungen zumeist ausgesprochen hat und in dessen Verwahrung das Pulver sich

befindet — die Scheiterhaufen allerdings hat er abgeschafft, seitdem er sich von der Kirche etwas freier gemacht hat. Nun denn, die Kirche beginnt als Bundesgenossin der Pazifisten sich zu regen, und der Angeklagte ist der Staat. Gegen ihn richtet sich das Verbot der Kriegführung.

Dies bringt den Staat in vielfache Verlegenheit. Zunächst hört er das „Du sollst" oder das „Du sollst nicht" überhaupt nicht gern, denn er ist gewohnt zu sagen: „Ich will!" Es ist das Souveränitätsbewußtsein des Staates, dessen er bedarf, um zu bestehen, und das ihn gegen jedes „Du sollst!" empfindlich macht. Aber selbst wenn er die Mahnung nur als Maxime versteht, über deren Befolgung er sich kraft der ihm tatsächlich eigentümlichen Macht jederzeit frei zu entscheiden vorbehält, so ist ihm schon der angeregte Zweifel an seinem Rechttun unwillkommen, denn, so wird gelehrt, man prüfe die Entstehung der Staaten nicht am Maßstabe des Rechtes, ist doch kein Staat ohne Kriegsgeschichte, kein Krieg ohne die Behauptung des Rechtes zur Kriegführung und der Gerechtigkeit des Kriegszieles gewesen.

Der neue Gegner Staat ist auch den Pazifisten ohne Zweifel viel fataler als die alte Kirche. Mit der Kirche konnte man leicht zum Bündnis kommen, denn sie war trotz aller geschichtlichen Verbrüderungen mit dem Staate doch ihres ursprünglichen Gegensatzes zu ihm sich bewußt geblieben. Ihr sittliches Prinzip war der Boden, auf welchem der Pazifismus aufwuchs, mit ihr gab es also für den Pazifisten keinen tieferen Gegensatz.

Aber der Staat! Ist er doch Selbstbehauptung um jeden Preis, gibt er sich doch keinem anderen Prinzip als dem der salus publica gefangen, ist doch der gewonnene Sieg die stolzeste unter den Trophäen seiner politischen Geschichte.

So aussichtslos danach der Pazifismus dem Staat gegenüber zu stehen scheint, so ist es feineren Ohren doch gegeben, auch vom Staate her das Echo pazifistischer Ideen zu vernehmen. Es gehört nur zu den geschichtlichen Eigentümlichkeiten des Staates, daß er für das Gute, das er vorhat, nicht Propaganda macht, er hat noch immer so viel patrimonialen Erziehersinn, daß er nichts strenger hütet als seine rauhe Schale, er ist ein Mimikri, das oft viel fürchterlicher aussieht und tut, als es ist. Würde sich heute wieder wie ehemals gegen das kriegerische Rom eine Macht auftun, die es verstände, die Herzen der Menschen mehr zu gewinnen, als es die Siege und Gesetze Roms vermochten, so würde sich alsbald auch in ihm wieder der gütige Vater über den strengen Züchtiger erheben und die größten Siege, die er erstrebte, würden nicht diejenigen des Schwertes sein.

Dies wissen die Pazifisten, und deshalb ist ihre Taktik auch nicht gegen den Staat als solchen gerichtet, sie suchen und erkennen vielmehr im Staat den stärksten Friedenswächter und urteilen über ihn nach demselben Prinzip, das er sich selbst durch seinen Bund mit dem Christentum erwählt hat.

Was sie fordern, ist nichts weiter als Folgerichtigkeit, Einklang zwischen dem Sinn und der Tat des Bekenntnisses.

Ihr prinzipieller Gegner ist daher weder Kirche noch Staat, sondern eine dritte Macht: der Nationalismus. Es ist ja nicht diese oder jene Sittenlehre oder dieses oder jenes Rechtssystem, zwischen denen der Krieg die Entscheidung bringen soll. Was Feindschaft unter den Menschen stiftet, das ist gerade das, was auch die Liebe bringt, es ist das Blut, der unwillkürliche Teil des Lebens, Instinkt und Temperament, mit einem Wort die Rasse. Die Rassen sind es, die sich hassen und lieben, sie sind die Kriegslustigen, wenn sie hungern oder Rache fühlen, sie hegen in sich den großen Vertilgungszorn, die absolute Unduldsamkeit gegen alles, was andere Farbe, Form und Geruch hat. Erst wenn ein Volk, seiner Eigenart bewußt, sein Daseinsprinzip im nationalen Staat förmlich zum geschriebenen Recht erhoben hat, nimmt es für dieses Recht auch das Schwert zur Hand.

Daß dieser Staat sich stets von allen anderen bedroht und verkürzt glaubt, wer möchte sich darüber wundern, wenn man bedenkt, wie stark der Wille zum Dasein individualisiert ist, wenn er in einem stammeinigen Staatsprinzip erhoben ist!

Das muß auch unbedingt zugegeben werden. Das Prinzip des reinen Nationalstaates ist die Vernichtung aller anderen. Und für den, der sich im humanen Denken der Zoologie ganz verschrieben hat, gibt es auch wirklich kein höheres Ziel, als möglichst viele reine Rassen zu züchten, um sie dann als Schlußakt der zoologischen Weltbetrachtung zum allgemeinen Vertilgungskampfe gegeneinander zu entfesseln.

Aber selbst wer mit ihnen den Horror vor den unfruchtbaren Mischrassen teilt, wird doch diesem Schlußakt gern einen Aufschub um den anderen gönnen und wird sich freuen, wenn immer wieder der wilde Trieb durch ein Friedenslied besänftigt wird. Grenzen, Recht und Ordnung sind solche Denksteine des Friedens unter den Völkern. Gewiß sind harte Kämpfe oft vorausgegangen, um sie festzulegen, auch ihre Zweckmäßigkeit und innere Gerechtigkeit mag da und dort anfechtbar sein, aber wie auch immer man sich darein zu finden habe, ein Aufschub der großen allgemeinen Vertilgungsschlacht sind sie dennoch, und so mögen auch die äußerst rassigen Nationalisten sich daran gewöhnen und die letzte Entscheidung über die beste Rasse ihren Urenkeln und noch späteren Generationen überlassen.

Zwischen den Pazifisten und Nationalisten gibt es keinen Bund der Versöhnung, nur Waffenstillstände können sie schließen.

Dem sittlichen Prinzip des Friedens wird stets der Rassenschrei nach Krieg entgegentönen.

Erst wenn die Staaten, die aus allen Völkern als die Durchgangsstufe zwischen dem Stammesleben und dem Weltleben erwachsen sind, von der starren Form der Selbstverschließung zur beweglicheren Form des Weltverkehrs sich entwickelt haben, wird auch die pazifistische Idee der freien Verständigung das Lebensprinzip aller werden.

Recht und Treu und Glauben und soviel Klugheit, um das wahre eigene Interesse in jedem Konfliktfalle zu erkennen, sie fügen sich zu einer Macht zusammen, die jedem Volke wirksamere Mittel und weitere Aussichten zur Vollendung seines Rassenideales gewähren als der Krieg.

Deutsch-englische Verständigungs-Konferenz.

(30. Oktober bis 1. November 1912 in London.)

Von Adolf Arnhold, Dresden.

Es ist zweifellos ein Zeichen der Zeit, daß sich nun auch die pazifistische Bewegung spezialisieren muß, die anfangs, von reinem Idealismus getragen, in einer alle Weltteile gleichmäßig umfassenden Menschheitsliebe sich betätigen zu können glaubte. Und auf welchem Spezialgebiet hätte sie sich da wohl erfolgversprechender betätigen können, als auf dem einer Verständigung zwischen den beiden blutsverwandten Nationen Deutschland und England, deren Beziehungen sich wohl in der letzten Zeit nur um deswillen so verschlechtert hatten, weil man beiderseitig versucht hatte, sich gegenseitig zu verdächtigen. Gerade hier erschien es zweckmäßig, ja notwendig, durch eine offene Aussprache die Mißverständnisse und das leider vielfach vorhandene Mißtrauen zu beseitigen. Wenn man, um dieses gleich vorwegzunehmen, in dieser Beziehung wohl unzweifelhaft von einem vollen Erfolg der Konferenz sprechen kann, so darf man doch hierbei nicht übersehen, daß es ganz unmöglich ist, alte tiefeingewurzelte Vorurteile und Anschauungen kurzerhand zu zerstören, daß also der Erfolg einer solchen Konferenz kein sofort fühlbarer sein kann, und daß es überdies nur ein ganz winziger Bruchteil des englischen Volkes sein konnte, an den man sich wandte. Aber — und das ist ja das wichtigste — es waren in der Hauptsache die einflußreichsten Männer Englands, insbesondere Parlamentsmitglieder, die den Verhandlungen beiwohnten, die so gezwungen waren, sich überhaupt mit dem Verhältnis der beiden Länder im pazifistischen Sinne zu beschäftigen. Wenn leider die vielfach recht wertvollen Ausführungen der Redner dadurch nicht in weitere Kreise dringen konnten, daß die Presse beider Länder, insbesondere aber die Londoner, nur ganz kurz über die Konferenz berichtete, so ist dieses an sich ja sehr bedauerlich, aber wohl nur dem Umstand zuzuschreiben, daß der Balkankrieg gerade jetzt alle Spalten der Zeitungen füllt. Aber ein nochmaliges Verschieben der Konferenz, die schon einmal mit Rücksicht auf die Veränderung in unserer diplomatischen Vertretung in London sich nötig gemacht hatte, wollte man vermieden sehen. So hatten sich denn jetzt — auf englische Einladung hin — etwa 35 Herren aus Deutschland nach London begeben, um hier verschiedene derjenigen Fragen zu besprechen, die in den Beziehungen der beiden Länder zueinander eine Rolle spielen.

Der Veranstaltung, die von deutscher Seite von einem Komitee arrangiert worden war, das sich aus Mitgliedern der Deutschen Friedensgesellschaft, des Verbandes für internationale Verständigung, des deutsch-englischen Verständigungs-Komitees und des Kirchlichen Komitees zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland zusammensetzte, wohnten von namhaften Pazifisten u. a. die Herren Universitätsprofessor Geh. Regierungsrat Dr. Foerster, Potsdam, Professor Quidde, München, E. de Neufville, Frankfurt a. M. und Dr. Westphal bei. Von englischen Friedensfreunden, die an den öffentlichen Veranstaltungen als Zuhörer teilnahmen, seien u. a. genannt Sir Thomas Barclay, Mrs. und Mrs. Moscheles, Mr. Alexander, Mr. Clark und Mr. Charles Weiß. Die Konferenz, deren erste Sitzung in der altehrwürdigen Guildhall stattfand, wurde eröffnet durch eine Ansprache des Lordmayor von London, der in seiner von rein pazifistischem Geiste durchdrungenen Rede u. a. ausführte, daß von einem Kriege nur die Kanonenfabrikanten und die Uniformschneider Nutzen hätten, und daß die beiden Nationen Deutschland und England ihrer Abstammung und ihrem Charakter nach einander innig verwandt seien. Nachdem der englische Präsident, Sir Frank C. Lascelles, und der deutsche Präsident, Graf von Leyden, kurze Ansprachen gehalten und Dr. Ernst J. Schuster die Konferenz namens der in London lebenden Deutschen begrüßt hatte, begannen die eigentlichen Verhandlungen, die zumeist in englischer Sprache gepflogen wurden. Es waren insgesamt fünf Themata zur Erörterung auf die Tagesordnung gesetzt, über die zunächst von einem oder zwei Deutschen und einem oder zwei Engländern referiert und korreferiert wurde, während im Anschluß an diese Referate noch einige kurze Ansprachen über die gleichen Themata seitens einiger gleichfalls im voraus bestimmten Herren erfolgten. Hierdurch war es natürlich nicht zu umgehen, daß man sich häufig etwa die gleichen Ausführungen mehrfach

anhören mußte und daß andererseits auf manche Anregung nicht so eingegangen werden konnte, wie das in freier Diskussion wohl erfolgt wäre. Zu dem 1. Punkte, der den Wettbewerb auf wirtschaftlichem Gebiete zwischen Deutschland und England behandelte, führte zunächst Professor Dr. Rathgen aus, daß man bei Erörterung dieser Frage auf die Entwicklung Deutschlands während der letzten 30 bis 40 Jahre eingehen müsse. Deutschlands Bevölkerung habe sich in dieser Zeit derart vermehrt, daß es heute weit mehr Einwohner zu ernähren habe als England. Wenn Deutschland in dieser Zeit auch seine Industrie in ungeahnter Weise entwickelt habe, so sei es ganz natürlich, daß die Industrieprodukte auch Absatz finden müssen und gefunden haben, und daß hierdurch für England eine gewisse Konkurrenz geschaffen worden sei. Naturgemäß sei es ja, daß Deutschland infolge seiner günstigen geographischen Lage im Herzen Europas nach allen Richtungen hin sich Absatzquellen für seine Produkte geschaffen hat; aber ebensowenig, wie es möglich sei, durch einen Krieg die Entwicklung Deutschlands als Industriestaat zu hindern, sei es auch möglich, diese günstige geographische Lage durch einen Krieg zu verändern. Wenn England infolgedessen auch mit der Konkurrenz Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiete zu rechnen habe, so müsse es doch bedenken, daß Deutschland einer seiner besten Kunden sei, ja ,daß es mehr englische Waren konsumiere, als Frankreich und Rußland zusammen. Andererseits sei auch der Export Deutschlands nach England und besonders nach den englischen Kolonien, die uns in wirtschaftlicher Beziehung jederzeit offen gestanden hätten, ein sehr bedeutender. Sir Charles Macara ließ, da er selbst nicht anwesend sein konnte, seinen Vortrag zur Verlesung bringen. Er suchte an dem Beispiel des Baumwollhandels nachzuweisen, daß es sehr wohl möglich sei, internationale Abmachungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen, durch die trotz bestehender Konkurrenz Differenzen sich vermeiden lassen. Von den verschiedenen kürzeren Ansprachen zu diesem Punkte seien nur die Ausführungen des Herrn Herm. Hecht, Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Exporteure, erwähnt, die darin gipfelten, daß Deutschland und England gegen die von Amerika aus drohende Gefahr einer wirtschaftlichen Invasion zusammenstehen müßten. Interessant war übrigens noch, daß einer der englischen Redner die deutsche Konkurrenz schon um deswillen als unbedingt wünschenswert bezeichnete, weil ohne sie Englands Industrie und Handel in ihrem Lethargiezustande verharren würden.

Am Nachmittag beschäftigte man sich dann mit der „Presse", ohne daß freilich andere Argumente für das Verhalten derselben gegeben wurden, als daß die Presse so sei, wie die öffentliche Meinung und allenfalls noch die Regierung sie wolle, während es doch wohl keinem Zweifel unterliegt, daß die Presse mindestens ebenso sehr die öffentliche Meinung macht, wie umgekehrt. Einige Anregungen, auf die freilich nicht näher eingegangen wurde, mögen hier Erwähnung finden. Es wurde seitens der englischen Redner der Vorschlag gemacht, die Chefredakteure der bedeutendsten deutschen Zeitungen für diejenigen Englands zeitweise Artikel schreiben zu lassen und umgekehrt, um auf diese Weise die gegenseitigen Anschauungen kennen zu lernen. Seitens des Herausgebers der Yorkshire-Post wurde ferner vorgeschlagen, einen internationalen Preßgerichtshof zu errichten, durch den alle Verfasser aufhetzender und zum Kriege reizender Artikel zur Aburteilung gelangen sollen. Mit Recht hob er hervor, daß ein nationaler Gerichtshof um deswillen nicht geeignet erscheine, weil derartige Artikel zeitweilig den leitenden Persönlichkeiten sehr willkommen sein könnten.

Die Verhandlungen der nächsten zwei Tage fanden dann in der Caxton Hall statt. Zunächst behandelte Professor Eickhoff in längerer Rede die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten. Er gab einleitend einen geschichtlichen Ueberblick, wobei er auch erwähnte, daß schon Friedrich der Große die Frage des Seebeuterechts zu regeln suchte. Auch 1870 habe Deutschland das Privateigentum zur See respektieren wollen, sei aber 1871 durch die Haltung Frankreichs gezwungen gewesen, seinen Standpunkt aufzugeben. Aber auch seitdem, insbesondere auf der Haager Konferenz, habe Deutschland mehrfach seine Bereitwilligkeit, die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten anzuerkennen, betont. Eine internationale Regelung dieser Frage sei bisher unmöglich gewesen, weil die Begriffe „Kriegskonterbande" und „Blockade", die beide in engstem Zusammenhang mit dem Seebeuterecht ständen, nicht genügend definiert waren. Erst die Londoner Seekriegsrechts-Konvention habe diese Fragen geklärt, leider habe aber das englische Parlament die Beschlüsse dieser Konferenz noch nicht ratifiziert. Wenn man in England auch vielleicht der Ansicht sei, daß es in einem Kriege der starken englischen Flotte gelingen würde, auswärtige Schiffe in stärkerem Maße als der Gegner zu kapern, so müsse es doch auch bedenken, daß es infolge seiner Lage darauf angewiesen sei, Lebensmittel vom Festlande zu erhalten. Nach den allerdings noch nicht ratifizierten Londoner Bestimmungen sollten nun Lebensmittel, wenn sie nicht für Seestreitkräfte bestimmt seien, nicht unter den Begriff der Kriegskonterbande fallen. Auch die früher wichtige Frage der Umwandlung von Kauffahrteischiffen in

Kriegsschiffe während eines Krieges sei infolge der Fortschritte der Technik jetzt irrelevant. Professor Eickhoff schloß seine interessanten Ausführungen, indem er bemerkte, daß Deutschland seine Flotte vergrößert habe, um den deutschen Handel zu schützen und daß, wenn man die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten anerkennen würde — und die Kulturentwicklung erheische die Aufhebung des Seebeuterechts —, man von selbst zu einer Verminderung der Flottenrüstungen kommen werde. Aeußerst interessant waren auch die Ausführungen des nächsten Redners, Sir John Macdonell, der u. a. ausführte, daß in unserer Zeit, in der das Versicherungswesen so stark und so international entwickelt sei, der durch Kapern eines Handelsschiffes verursachte Schaden vielfach weniger den Besitzer des Schiffes und der Ladung, als vielmehr die Versicherungsgesellschaft, die vielleicht eine ausländische sei, treffe.

In der Sitzung, welche die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären auf kolonialem Gebiet behandelte, wurde zwar seitens der englischen Redner (Sir Harry Johnston und Earl Brassey) betont, daß Deutschland zu spät gekommen sei, aber doch darauf hingewiesen, daß in den englischen Kolonien und Ländern jedermann im freien wirtschaftlichen Wettbewerb sich betätigen könne und daß gerade diese Politik der offenen Tür, die England groß gemacht habe, beibehalten werden müsse. Seitens des deutschen Redners, Professor Arndt, Frankfurt a. M., wurde ein Zusammenarbeiten Deutschlands und Englands in bezug auf die Errichtung von Eisenbahnen und Telegraphenlinien und in bezug auf die Eingeborenenpolitik angeregt.

In der Schlußsitzung, in der auf der Tagesordnung „Förderung der gegenseitigen Kenntnis der beiden Länder und ihre gemeinsamen Kulturaufgaben" stand, sprach zunächst Lord Courtney of Penwith, der u. a. ausführte, daß alle Wissenschaft international sei und daß der Wert jeder Geschichtsforschung der sein müsse, daß wir aus der Vergangenheit lernten. Der deutsche Redner, Professor Dr. Sieper aus München, weist auf den Einfluß der Erziehung hin und mahnt, bereits in der Schule dadurch für eine Verständigung zu wirken, daß man sich mehr mit der Literatur und Kultur des anderen Landes befasse. Von deutscher Seite sprachen zu diesem Thema noch Professor Förster und Professor Wendt, die u. a. über internationale Organisation in der Wissenschaft sprachen.

Die Konferenz ging nicht auseinander, bevor sie nicht in einer einstimmig angenommenen Resolution beschlossen hatte, ein ständiges Komitee zu bilden, das über die Maßnahmen, die für eine deutsch-englische Verständigung wünschenswert erscheinen, beraten und beschließen soll.

Einen ziemlich breiten Rahmen nahmen naturgemäß auch die gesellschaftlichen Veranstaltungen ein, und gerade bei diesen hatte man ja noch besser als bei den vorher ausgearbeiteten Vorträgen die Möglichkeit, die Ansichten der Engländer kennen zu lernen und zu berichtigen und so im stillen an einer Verständigung zu arbeiten. Den ersten Mittag hatte die Goldschmiede-Innung zu einem Lunch in ihre prächtig ausgestatteten Klubräume eingeladen, am Abend war Empfang bei Sir John Brunner. Für den Mittag des zweiten Tages waren wir Gäste des englischen Komitees, während am Abend ein Teil der Deutschen eine Einladung ins Unterhaus, ein Teil in das Deutsche Athenäum erhalten hatte. Für den Nachmittag des Schlußtages hatte der König die Mitglieder zur Besichtigung des prächtigen Windsor Schlosses einladen lassen, wo man auch zum Tee Gast des freilich nicht anwesenden Herrschers war.

Der V. Deutsche Friedenskongreß.

Am 26. und 27. Oktober fand die diesjährige Tagung der Deutschen Friedensgesellschaft in Berlin-Charlottenburg statt. Gewissermaßen in elfter Stunde, als Retterin in der Not, hatte die Berliner Ortsgruppe unter Leitung ihres so ungemein rührigen Vorsitzenden Geheimrat Foerster freundlicherweise die Kongreßveranstaltung übernommen, nachdem die ursprüngliche Absicht, in Dresden zu tagen, hatte aufgegeben werden müssen und andere befragte Plätze wohl ihre Geneigtheit, aber keine Ausführungsmöglichkeit dargetan hatten.

Vom Stuttgarter Ausschuß waren die Herren Alber, Bürk (in Vertretung des leider noch rekonvaleszenten Stadtpfarrers Umfrid), Dr. Richter und Dr. Westphal zugegen. Eigene Delegierte, z. T. mehrere, hatten Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Heilbronn, Jena, Königsberg i. Pr., Leipzig, Mannheim, München, Pforzheim, Reinsbronn, Straßburg i. E., Stuttgart, Wiesbaden und der Landesverein Württemberg entsandt. Mitvertreten durch Delegierte dieser Gruppen waren noch einige Orte mehr. Desgleichen war noch eine Reihe Einzelmitglieder erschienen. Von pazifistischen „Persönlichkeiten" seien in erster Linie unser französischer Gast G. Moch, sodann Anna B. Eckstein und A. H. Fried genannt.

Dr. Richter präsidierte den Sitzungen und der akademischen Feier, Geheimrat Foerster der großen öffentlichen Propagandaversammlung, und zwar in den sehr geeigneten Räumen des Schillertheaters bzw. Charlottenburger Rathauses. Aus dem zum ersten Male nicht von dem langjährigen Schriftführer Hartmann, sondern vom unter-

zeichneten Sekretär gegebenen Geschäftsbericht möge folgendes herausgehoben werden:

Die Zahl der Gesamtmitglieder ist mit 8000 (darunter 600 Einzelmitglieder) ungefähr die vorjährige geblieben, da Abgang und Zuwachs sich die Wage hielten. Wenngleich leider in manchen Ortsgruppen ein Stagnieren notiert werden muß, so ist doch andererseits zu betonen, daß in Bischweiler, Leipzig, Osnabrück sich sehr regsame Ortsgruppen neu gründeten*), und (z. B.) in Düsseldorf, Göttingen und Köln der Friedensarbeit äußerst wertvolle Einzelmitstreiter erwuchsen. A. B. Eckstein, Rich. Feldhaus, O. Umfrid und der Unterzeichnete haben eine rege Vortragsreisetätigkeit in Friedensvereinen und anderen Organisationen entwickelt (Feldhaus allein hielt ca. 60 Vorträge); daneben hielten noch zahlreiche Ortsgruppenmitglieder in ihren und benachbarten Gruppen Versammlungsvorträge, wozu die Marokkokrise, der Tripolisfeldzug und die Eckstein-Weltpetition reichlich Anlaß boten.

An Flugblättern vertrieb die Gesellschaft ein neues „Widerlegung der landläufigen Einwendungen gegen die Friedensbewegung" von Dr. Richter und O. Umfrid verfaßt, in 10 000, das ältere „Was wollen die Friedensgesellschaften?" (in neuer Auflage) ebenfalls in ca. 10 000 Exemplaren; im Verlag der D. F. G. erschienen u. a. neu „Das Friedensjahrbuch 1911", „Grundzüge für den pazifistischen Jugendunterricht", „Die Wahrheit über die deutsch-englische Krisis"; von der zahlreichen, äußerst wertvollen pazifistischen Literatur des Jahres hat die D. F. G. alle Broschüren, Bücher und Werke in deutscher Sprache**) vertrieben, ihr Organ „Völkerfriede" ist nunmehr durch literarische Beiträge vieler bekannter Pazifisten gestützt und umfangreicher geworden. In Eingaben an den Reichskanzler, die Oberschulbehörden, Rundschreiben an die Handelskammern, Handwerkskammern, Gewerkschaften, Parlamentariern, durch besonders lebhafte Beteiligung am Verständigungs- und Annäherungswerk zwischen England und Deutschland und Frankreich und Deutschland, durch Herausgabe eines Korrespondenzblattes an ca. 500 Zeitungen, durch Fühlungnahme zu verschiedenen kirchlichen und weltlichen Organisationen und Vereinen, durch regen Verkehr mit den ausländischen Friedensgesellschaften — sowie last not least, durch die Errichtung des ständigen Sekretariats in Stuttgart ganz allgemein — hat die D. F. G. im verflossenen Geschäftsjahr nicht unerheblich am Fortschreiten der Friedensidee mitgearbeitet.

Der Kassenbericht, den der langjährige Kassier P. Alber erstattete, zeigte ein freundliches Gesicht, das noch erheblich freundlicher werden dürfte, wenn durch die Carnegie-Stiftung reichlichere Mittel als bislang in ihm erscheinen würden.

Die Beratungen des Kongresses betrafen vornehmlich die Neu-Organisation der D. F. G. (z. B. Stimmberechtigung der Einzelmitglieder auf den Kongressen), das besonders auf dem Genfer Kongreß zu Leben erweckte deutsch-französische Annäherungswerk und die deutsch-englische Verständigungsarbeit (über die Prof. Quidde bzw. E. de Neufville berichteten); auch die Frage der Stellung der D. F. G. zu den nationalen Minderheiten (z. B. den Polen) und die Frage der Haltung der Pazifisten in einem kriegführenden Lande wurde behandelt.

In der großen, öffentlichen Propagandaversammlung, welche den Rathaussaal überfüllt sah, sprach als ein überzeugender Redner zuerst A. H. Fried über den „Balkankrieg und die Friedensbewegung", der etwa so resumierte, nachdem er eine historische und völkerpsychologische Analyse gegeben hatte: „Weil der Balkankrieg das Widersinnige und Bestialische der Menschenschlächterei klarer als alle theoretische Argumentierung dartut, wird er uns mehr Freunde gewinnen, als unsere Gegner sich vorstellen . . ."

Ihm folgte Nithack-Stahn, der in fesselnder Stiloriginalität die Frage „Ist der Kampf gegen den Krieg eine ideale oder wirtschaftliche Angelegenheit?" dahin beantwortete „nicht ideal oder wirtschaftlich", sondern „ebenso ideal wie wirtschaftlich".

Als dritter Redner des Abends betrachtete Prof. Quidde die Frage „Rüstungsstillstand oder Rüstungswettkampf?" und legte die Internationalität dieses Problems klar und zeigte die zu einer Abrüstung führenden Mittel und Wege.

Anläßlich der akademischen Feier, in der G. Moch-Paris die Glückwünsche der französischen Friedensfreunde überbrachte und verschiedene Telegramme vom Inland (Elsaß-Lothringen) und Ausland (England, Schweiz, Oesterreich) einliefen, hielten Dr. Heilberg und Geheimrat Foerster äußerst aufklärende Vorträge über „Internationales Leben und internationale Spannung in ihrem Gegensatz" bzw. über „Staatsraison und Moral".

A. Westphal.

*) Die Gesamtzahl beträgt nun 85.

**) Auch ca. 500 Expl. jeder Nummer der Berner Zeitschrift „Die Friedensbewegung".

Lebensfragen.

Von O. Umfrid, Stuttgart.

Immermehr drängt sich das Interesse der Friedensfreunde in dem Problem zusammen, ob die sogenannten Lebensfragen, welche im Verkehr der Nationen aufgeworfen werden können, auf rechtlichem Wege zu entscheiden sind, oder ob die sich daraus ergebenden schwerwiegenden Konflikte nur nach dem sogenannten Recht des Stärkeren, d. h. mit brutaler Gewalt gelöst werden können. Soll in den verwickelten Untersuchungen, die hierüber zu

führen sind, Klarheit geschaffen werden, so muß immer wieder der Versuch gemacht werden, den Begriff der Lebensfrage zu definieren. Wehberg glaubt noch, wie er dies in einem Artikel der Septembernummer des Völkerfriedens ausführt, es dem subjektiven Ermessen des Einzelstaates überlassen zu müssen, was dasselbe für eine Lebensfrage halten wolle. „Darüber", schreibt er, „was das Lebensinteresse der Staaten erfordert, herrscht die denkbar größte Meinungsverschiedenheit." Es besteht nach ihm eine völlige Verwirrung über die Frage, was die Lebensinteressen eines Volkes erfordern und was nicht. Und er wünscht, daß vor allem auf dem Gebiete der Weltwirtschaft geschulte Männer klarstellen möchten, was das Lebensinteresse jedes Staates verlange. Obwohl ich mich nun keineswegs zu diesen hervorragenden Männern rechnen kann, so habe ich doch schon im Jahre 1899 in meinem in der Gegenwart erschienenen Artikel „Lebens- und Ehrenfragen" versucht, den Begriff der Lebensfragen festzustellen. Ich bin dabei von der naturrechtlichen Anschauung ausgegangen, die ja neuerdings auch von Schücking wieder in ihr altes Recht eingesetzt wird, und bin zu dem Resultat gekommen, daß derjenige Politiker, der von dem richtigen Begriff des Lebens ausgeht, auch die begriffsbildenden Momente für die sogenannten Lebensfragen klarzustellen imstande sein muß. Ich schrieb damals: „Volles Leben ist nur dort, wo ein Organismus sich ungehindert entwickeln darf, wo es ihm möglich ist, so vielen Stoff sich anzueignen, als er für die genügende Ernährung jedes seiner Glieder braucht, nur dort, wo die Funktionen seiner Glieder und die Tätigkeit seines Zentralorgans weder durch einen chronischen Druck noch durch ein gewaltsames Eingreifen gestört wird. Wenn wir versuchen, diese Anschauung auf das nationale Leben anzuwenden, so ist zu sagen: Ein Volk lebt nur dann im vollen Sinne des Wortes, wenn seine Grenzen weit genug für die Bewohner sind, wenn die Lebensmittel, die es produziert, oder die es gegen eigene Produkte eintauscht, zur Ernährung der Massen genügen, wenn es die Freiheit hat, sich selbst Gesetze zu geben, wenn es durch keinen fremden Druck, vor allem nicht durch eine fremde Herrschaft an der Gestaltung seiner Einrichtungen gehindert wird. Eine wirklich letale Krisis ist, so viel ich sehe, somit nur in drei Fällen gegeben: 1. Wenn ein Volk einer fremden Herrschaft unterworfen wird, denn mit der Unterwerfung ist die nationale Selbständigkeit vernichtet. 2. Wenn ein Volk verdammt sein sollte, den Erstickungstod zu sterben, indem es ihm trotz seiner numerisch gewaltigen Ausdehnung unmöglich gemacht würde, einen Teil seiner Bevölkerung auswärts anzusiedeln. 3. Wenn dem Volke der Hungertod drohen würde, infolge der Unmöglichkeit, seine Waren auszutauschen oder die genügende Zufuhr von ausländischen Nahrungsmitteln, auf die es angewiesen ist, zu erhalten."

Ich kann selbstverständlich die eingehenden Ausführungen meines Aufsatzes in der „Gegenwart" nicht in extenso wiederholen, möchte aber der Meinung Ausdruck geben, daß alles, was heute mehr oder weniger als nationale Lebensfrage empfunden wird, sich auf einen der soeben skizzierten Grundgedanken zurückführen läßt. Wenn seinerzeit das norwegische Volk den bestimmten Eindruck gewinnen mußte, daß es in der staatsrechtlichen Verbindung mit Schweden sozusagen nicht atmen könne, daß es also nur durch eine Unabhängigkeitserklärung zu einer befriedigenden nationalen Existenz gelangen könnte, so war damit selbstverständlich eine Lebensfrage im eminenten Sinn des Wortes aufgeworfen. Es mochte den Amerikanern als Lebensfrage erscheinen, ob sie sich an der Neufundlandfischerei in ausgedehntem Maße beteiligen dürfen oder ob sie davon ausgeschlossen seien, weil es sich hier um einen Teil der Volksernährung handelte. Wenn die Japaner sich in Kalifornien ansiedeln möchten und die amerikanische Regierung sie daran hindert, die dortigen Schulen zu besuchen, so mag das von dem übervölkerten Japan als Lebensfrage empfunden werden. Wenn die österreichischen Perlmutterarbeiter keinen Absatz mehr für ihre Waren finden, weil der amerikanische Dingley-Tarif die Einfuhr dieser Industrieartikel hindert, so mag das für diese Arbeiterkategorie eine wirkliche Lebensfrage sein. In allen diesen Fällen ist es aber nie zum Krieg gekommen. Man hat die Streitigkeiten vielmehr entweder auf dem Rechtswege glatt erledigt, oder man hat sie doch nicht für bedeutend genug gehalten, um loszuschlagen. Andererseits muß zugegeben werden, daß derartige Fragen oft so schwer ins Gewicht fallen mögen, daß eine Nation erklären kann, nicht mehr bequem leben zu können, jedenfalls kein völkerwürdiges Dasein führen zu können, wenn die Frage nicht in ihrem Sinne entschieden werde. Es ist nun aber selbstverständlich, daß der Krieg keine Garantie bildet für eine wirklich befriedigende Entscheidung, daß vielmehr die im Recht befindliche Nation das blutige Würfelspiel der Schlacht verlieren kann und dann nicht bloß das Unrecht, gegen das sie kämpfte, weiter tragen muß, vielmehr am Ende gar die Unabhängigkeit verliert.

Dem Unrecht kann erst dann gesteuert werden, wenn die Staaten sich den gegenwärtigen Besitzstand garantieren, wenn sie nach dem Gesetz der Hospitalität etwaigen Ansiedlern die Türen öffnen oder in vertraglicher Uebereinkunft gewisse herrenlose Gebiete unter sich verteilen und durch vernünftige Handelsverträge sich gegenseitig vor dem Mangel schützen. Auf die Bedeutung des status quo und der Integrität der Grenzen für die Aufrechterhaltung des Friedens

habe ich, wie ich glaube, schon vor den meisten andern Pazifisten hingewiesen. In meiner Schrift „Friede auf Erden" vom Jahre 1898 habe ich das Werk von Schlief, Der Friede in Europa, popularisiert und habe besonders auf den Gedanken aufmerksam gemacht, daß die Staaten einen Grundvertrag mit Anerkennung des bestehenden Territorialbesitzes schließen müssen. Im Jahre 1904 habe ich auf dem Kongreß von Rouen, unter dem heftigen Widerspruch der französischen Pazifisten, die Anerkennung des status quo als Grundlage der europäischen Friedfertigung empfohlen. Im Jahre 1908 habe ich in einem Artikel der Friedensblätter auf die Bedeutung der Festlegung des status quo in der Nordsee und der Integritätserklärung Norwegens hingewiesen und habe gezeigt, wie sich hierin der Grundriß des künftigen Europa vor unsern Augen erhebt. Auf dem Friedenskongreß in London habe ich diesen Gedanken weiter ausgeführt. Ich könnte erwarten, daß Jonkheer de Yong in seinem Artikel in der September-Friedenswarte davon Notiz genommen hätte. gleich möchte ich ihm empfehlen, meine Besprechung von Arnauds Kodex des internationalen Rechts in der Oktobernummer des Völkerfriedens vom Jahre 1911 zu lesen. Daraus würde er ersehen, daß Arnaud keineswegs gewillt ist, die heutigen Staaten als diejenigen Völkerrechtssubjekte zu behandeln, denen die Unantastbarkeit zugebilligt werden sollte, daß er vielmehr den einzelnen unterworfenen Stämmen das Recht einer Unabhängigkeitserklärung vindiziert. Dagegen mußte ich natürlich vom deutschen Standpunkte aus energisch protestieren.

Obwohl ich zugebe, daß die Staaten über das, was mit Recht als Lebensfragen betrachtet werden darf, noch vielfach im unklaren sich befinden und daß sie meist noch der Meinung sind, diese Lebensfragen mit dem Schwert lösen zu müssen, so müßte doch die Hoffnung auf Besserung der heutigen Zustände an dem Tage erwachen, an dem die von uns erstrebte Weltorganisation Gestalt gewänne. Wären die Staaten gegen Ueberfall und Angriff gesichert, so würde vieles, was heute noch als Lebensfrage gilt, diesen Charakter verlieren, das was zurückbleibt aber dürfte sich der rechtlichen Entscheidung ebensowenig entziehen, wie die sogenannten kleineren Interessenfragen, die heute noch auf diplomatischem Wege oder durch Schiedsgerichte ausgeglichen werden. Die Eroberungen kommen in Europa aus der Mode. Das sittliche Bewußtsein ist dafür zu wach geworden. Die Unabhängigkeit der Einzelstaaten wird nicht angefochten. Fremde Gebiete können zwar noch durch Abtretung oder Verkauf von einer Hand in die andere übergehen. Aber entweder geschieht dies mit Zustimmung der Bevölkerung oder doch so, daß der besitzergreifende Staat das Recht des Vormundes für sich geltend machen kann. Man will uns Deutschen gruseln machen mit der Behauptung, daß unsere Gegner gesonnen seien, uns dem Erstickungstode preiszugeben, indem sie unsere Ausdehnung verhindern! In Wirklichkeit mag zwar unsere politische Expansion auf Hindernisse stoßen. Das viel wichtigere Recht der Auswanderung ist uns tatsächlich noch nie verkümmert worden. Was endlich die Aus- und Einfuhr der Waren betrifft, so ist auch diese uns in Friedenszeiten nie unmöglich gemacht worden. Zwar hat der amerikanische Prohibitivzoll uns schon großen Schaden zugefügt und mag bei dieser Gelegenheit auch einmal wieder als handelspolitisches Unding stigmatisiert werden. Andrerseits besteht in fast sämtlichen britischen Kolonien das Prinzip der offenen Türe noch zu Recht und selbst dort, wo dies nicht der Fall ist, sind die Mauern keineswegs so hoch, daß sie nicht übersprungen werden könnten. So komme ich denn bei der Prüfung der nationalen Lebensfragen zu dem Resultat, daß sie schon heute zum größten Teil gelöst erscheinen, daß dies aber zurzeit der von uns erstrebten Weltorganisation noch mehr zutage treten wird. Weder unsere Unabhängigkeit noch unsere Auswanderung noch unser Handel ist heute ernstlich bedroht, in Zukunft wird man noch weniger von einer derartigen Bedrohung reden können. Was aber heute noch, abgesehen von den von mir skizzierten Lebensfragen, dafür ausgegeben wird, wie z. B. daß Rußland die Dardanellendurchfahrt oder Konstantinopel haben, oder daß Italien Tripolis erobern müsse, das kann sich nur dem in nationalem Größenwahn fiebernden Gehirn der Diplomaten so ausnehmen und kann einen Schein der Berechtigung aus der gegenwärtigen, völlig unbefriedigenden Konstellation hernehmen, wird aber in Zukunft sich als das darstellen, was es in Wirklichkeit ist, nämlich als Schimäre.

Die Wissenschaft mag die Grundrechte von den daraus abzuleitenden Rechten unterscheiden, die Politik mag die ersteren in dem abzuschließenden Grundvertrag in den Grundrissen festzulegen versuchen. Trotz alledem werden auch diese Rechte sich einer etwaigen juristischen Behandlung nicht entziehen. Das Recht ist seinem Begriff nach allumfassend. Somit kann es kein Gebiet menschlicher Beziehungen, weder im Verhältnis der Individuen zueinander, noch in dem der Staaten geben, das den Rechtsgedanken ausschließen könnte. Wollten wir die Wahrung jener Grundrechte einfach dem diplomatischen Verfahren überlassen, so hieße das den Bock zum Gärtner setzen. Wenigstens die heutige Diplomatie kann ja gar nicht anders, als bei allen schwerwiegenden Fragen, gleich dem alten Brennus, das Schwert in die Wagschale der Verhandlungen werfen, d. h. mehr oder weniger offen mit Gewaltanwendung drohen. Daher kommt es, daß die kleinen und schwachen Staaten bei dem Streben, ihre Inter-

essen zu wahren, immer so schlecht abschneiden. Die Zeit mag noch fern sein, aber sie muß einmal kommen, wo auch jene Grundrechte, wenn sie angefochten werden sollten, gerichtlich klagbar werden müssen. Nehmen wir an, Oesterreich-Ungarn wollte eines Tages, im Widerspruch mit dem von ihm zugestandenen Grundvertrag, Serbien sich angliedern, so müßte Serbien in der Lage sein, das Völkertribunal um Hilfe anzugehen und dieses müßte dem bedrohten Kleinstaat auf Grund von Artikel 1 des Völkerrechts die Autonomie zusprechen. Setzen wir den Fall, die Amerikanische Union wollte durch irgendwelche Manipulationen einen deutschen Handelszweig vernichten, das künftige Völker-Gericht müßte nach Artikel 2 die deutschen Handelsinteressen in Schutz nehmen. Denken wir uns die Möglichkeit, ein Teil der chinesischen Bevölkerung wollte auswandern und kein Land wollte den verhaßten Schlitzaugen die Türe öffnen, so müßten irgendwelche dünnbevölkerten Länder nach Artikel 3 durch Gerichtsbeschluß veranlaßt werden, die Pflicht der Hospitalität zu üben, wobei es den betreffenden Regierungen unbenommen sein könnte, die Chinesen in sogenannten Reservationen, wie sie in Amerika seinerzeit für die Indianer abgegrenzt wurden, anzusiedeln. Ich kann mir denken, daß derartige Vorschläge den heutigen Regierungen noch unannehmbar dünken mögen und daß daher besonders opportunistische Friedensfreunde lieber davon Umgang nehmen möchten, diese Vorschläge heute schon weiter zu verfolgen, — ich halte es trotzdem für notwendig, diese Gedanken zu spezialisieren, weil nur auf diese Weise das System der Friedenssicherung, das wir errichten, lückenlos erscheint.

Die XVII. Interparlamentarische Konferenz.

Von Prof. Ludwig Quidde, München.

(Schluß.)

V. Beschränkung der Rüstungen.

Der Interparlamentarische Rat hatte vor Jahren am 1. September 1910 im unmittelbaren Anschluß an die Brüsseler Konferenz beschlossen, eine besondere Kommission zum Studium der Rüstungsfrage einzusetzen und in diese kurze Zeit darauf vier Mitglieder, d'Estournelles de Constant, Konrad Haußmann, Miliukoff und Lord Weardale, berufen. Die Kommission hatte unter dem Vorsitz von d'Estournelles am 10. Januar 1911 in Paris getagt und einen von ihrem Vorsitzenden entworfenen Bericht zu erstatten beschlossen, der dann am 8. April 1911 die Genehmigung des Interparlamentarischen Rates erhalten hatte und auf die Tagesordnung der für Rom geplanten Konferenz gesetzt werden sollte. Der Bericht ist damals französich, deutsch und englisch veröffentlicht und auch in den Spalten dieser Zeitschrift besprochen worden. Er erinnert an die Forderungen des Zarenmanifestes vom August 1898 und an die prinzipiell so wichtigen Erklärungen der beiden Haager Konferenzen, die von berufener Seite immer wieder in Erinnerung gebracht sind, wenn ihnen die Regierungen auch eine praktische Folge bisher noch nicht gegeben haben. Er zeigt an der Hand von Verträgen über Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung, daß das Problem tatsächlich nicht unlösbar ist, stellt das immer weiter fortschreitende enorme Anwachsen der Rüstungen und besonders der Seerüstungen diesen prinzipiellen Erklärungen gegenüber, weist auf die wirtschaftlichen und sozialen Gefahren dieser Entwicklung und auf den schreienden Gegensatz zu den Fortschritten der Schiedsgerichtsbarkeit hin, beschäftigt sich mit den Einwendungen und den alten Legenden, mit denen man die Notwendigkeit dieses Rüstungswettkampfes zu beweisen sucht, stellt fest, daß die Frage einerseits eine internationale ist, da die Staaten bei Steigerung ihrer Rüstungen nur dem Gebot folgen, das der Wille der anderen Mächte ihnen auferlege, daß es aber andererseits zurzeit unmöglich ist, einen allgemeinen Plan zur Beschränkung der Rüstungen vorzulegen, und daß daraus die Notwendigkeit folgt, die Frage auch national zu behandeln und in jedem einzelnen Lande, wie die Regierungen sich im Haag verpflichtet haben, zu studieren.

Der Resolutionsentwurf, auf den der Bericht, diesen Ausführungen entsprechend, hinausläuft, erneuert zunächst die im Jahre 1906 zu London ausgesprochenen beiden Forderungen, daß nämlich erstens die Frage der Rüstungsbeschränkung auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz gesetzt werde und daß zweitens die Mitglieder der Interparlamentarischen Union in jedem Lande dementsprechend auf ihre Regierungen einwirken und insbesondere darauf dringen, die Frage zum Gegenstand einer vorbereitenden nationalen Untersuchung zu machen. An diese Erneuerung der Resolution von 1906 schließt sich in dem jetzt vorgelegten Resolutionsentwurf die Feststellung an, daß die Frage der Rüstungsbeschränkung in der Zwischenzeit nicht aufgehört hat, die Regierungen und Völker zu beschäftigen, daß der Rüstungswettkampf droht, eine der schwersten wirtschaftlichen Krisen hervorzurufen und damit den sozialen Frieden zu bedrohen, und daß es folglich eine dringende gemeinsame Pflicht der Regierungen ist, die erste sich bietende Gelegenheit zu ergreifen, um die Bedingungen für Beendigung dieses Wettkampfes zu besprechen. Aus diesen Feststellungen ergibt sich als Abschluß der Resolution das an die Gruppen der Union gestellte Ersuchen, keine Gelegenheit zu versäumen, besonders bei der Budgetbesprechung, um die Frage einer Beschränkung der

Rüstungen aufzuwerfen und von den Regierungen zu verlangen, daß sie ohne weiteren Verzug die Untersuchungen einleiten, die nötig sind, um entweder einzeln oder durch internationale Abmachungen zur Verwirklichung des Wunsches zu gelangen, der bereits zweimal durch die Haager Konferenzen der Regierungen selbst ausgesprochen ist.

Auf der Konferenz begründete d'Estournelles de Constant als Berichterstatter der Kommission mündlich diese Resolution. Er ergänzte den schriftlichen Bericht besonders durch einen Appell an die Verantwortlichkeit der Parlamentarier; ohne Zustimmung der Parlamente ist die Steigerung der Rüstungen und ist ein Krieg unmöglich. Die von starker innerer Anteilnahme getragene glänzende Rede d'Estournelles machte einen tiefen und nachhaltigen Eindruck; sie war nach allgemeinem Urteil rednerisch der Höhepunkt der Konferenz.*)

In der Diskussion sprachen der Norweger Horst, der Schwede Palmstjerna, der Belgier Graf Goblet d'Alviella, der Däne Bajer, der Amerikaner Bartholdt, der Belgier Huysmans, der Deutsche Quidde, der Engländer Lough, in der Hauptsache im Sinne der Referenten und zur Unterstützung der Resolution. Wiederholt kehrte die Frage wieder, was man denn eigentlich tun könne, um den von allen Seiten als richtig anerkannten Gedanken zu verwirklichen und zu bewirken, daß nicht dieselben Männer in den Regierungen und in den Parlamenten, die das Unsinnige und Zerstörende des Rüstungswettkampfes eingesehen haben, sobald es im eigenen Lande zur Entscheidung kommt, doch immer größere Rüstungsausgaben fordern und vielleicht bewilligen müssen. Es wurde empfohlen, die kleineren, nicht „imperialistischen" oder neutralen Staaten, etwa Schweden, Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien und die Schweiz zusammenzufassen und sie gemeinsam die Initiative ergreifen zu lassen; es wurde die Notwendigkeit einer besseren Fühlungnahme unter den nationalen Gruppen betont, es wurde auf die Stellungnahme der Sozialisten hingewiesen, denen, wie d'Estournelles warnend sagte, die Vertretung der Abrüstungsidee zufallen werde, wenn die Interparlamentarische Union versage; es wurde auch vorgeschlagen, von den Regierungen zu verlangen, daß sie neben der allgemeinen Haager Konferenz eine besondere Konferenz zur Erörterung der Frage der Rüstungsbeschränkung einberiefen.

Es ist mir wohl gestattet, noch besonders auf die Bemerkungen hinzuweisen, die ich selbst (nicht für die Deutsche Gruppe, sondern nur für mich persönlich) gemacht habe, da sie sich in einer anderen Richtung als das Referat und die sonstige Diskussion bewegten. Die Regierungen haben sich verpflichtet, die Frage zu studieren; aber sie machen keinen ernsthaften Versuch, die Verpflichtung einzulösen. Deshalb sollte die Union sich selbst an die Arbeit machen und sich nicht damit begnügen, nur zu zeigen, wie schädlich und gefährlich der Rüstungswettkampf, wie notwendig eine Verständigung ist, und die Regierungen an ihre Pflicht zu mahnen; sondern sie sollte versuchen, die Frage zu prüfen, wie ein Vertrag über Rüstungsbeschränkung, um praktisch durchführbar zu sein, im einzelnen etwa aussehen müßte, welche Vorfragen zu erledigen, welche Hindernisse zu überwinden wären. Diese Prüfung würde, wie ich durch Hinweis auf ein paar Einzelfragen zu erläutern suchte, ergeben, daß das Problem in der Tat mit einer Menge, in der Sache selbst und nicht nur im üblen Willen der Beteiligten gelegenen Schwierigkeiten umgeben ist; aber diese Schwierigkeiten im einzelnen klar zu erkennen, wäre der nächste Schritt, um vorwärts und über die Sphäre der Allgemeinheiten, in der die Frage meistens stecken geblieben ist, hinauszukommen, und die Erkenntnis der Schwierigkeiten braucht nicht zu entmutigen, sie wird bei der Wichtigkeit des Zieles dem Willen etwas zu erreichen, nur einen bestimmten Inhalt geben. Ich habe diesen Gedanken auf dem Friedenskongreß, der sich an die Interparlamentarische Konferenz anschloß, weiter verfolgt.

VI. Der Luftkrieg.

Zu der Sonderfrage des militärischen Rüstungswettkampfes, ob und inwieweit die Benützung der Luftschiffahrt für Kriegszwecke einzuschränken oder zu verbieten sei, legte der Interparlamentarische Rat eine besondere Resolution vor, begleitet von einem durch seinen Präsidenten Msr. Beernaert erstatteten Bericht.

Auf der ersten Haager Konferenz hatte man sich bekanntlich dahin geeinigt, das Werfen von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen zu verbieten, hatte aber die Geltung dieses Abkommens auf die Zeit von fünf Jahren beschränkt. Das lenkbare Luftschiff und der Aeroplan waren damals noch nicht erfunden. Der Vertrag war nach Ablauf der Geltungsfrist nicht erneuert worden. Auf der zweiten Haager Konferenz hatten allerdings verschiedene Anträge, die die Verwendung von Luftfahrzeugen für Zwecke der Zerstörung ganz oder teilweise, auf beschränkte Zeit oder dauernd verbieten wollten, beträchtliche Mehrheiten erlangt, waren aber nicht zum Beschluß erhoben worden, weil die erforderliche Einstimmigkeit nicht erzielt werden konnte.

Da nun zu erwarten ist, daß die dritte Haager Konferenz sich aufs neue mit der Frage beschäftigen wird und die Luftschiffahrt

*) In dem Bericht, den Prof. Eickhoff, Vorsitzender der deutschen Gruppe, im „Tag" (Nr. 241 und 242) erstattet hat, ist merkwürdigerweise die Rede d'Estournelles, ja die ganze Beratung der Rüstungsfrage gar nicht erwähnt.

in der Zwischenzeit eine ungeahnte Entwicklung genommen hat, schlug der Interparlamentarische Rat durch eine Resolution vor, eine besondere Kommission zum Studium der Fragen des Luftkrieges einzusetzen und sie insbesondere mit der Prüfung folgender Fragen zu betrauen: a) ob ein Verbot der Anwendung von Luftfahrzeugen zu fordern sei; b) ob nicht auf jeden Fall die Verwendung solcher Fahrzeuge nach Analogie des Seekrieges den Staaten vorzubehalten, private Kaperei also auszuschließen sei; c) ob, im Fall die Verwendung zu Kampfzwecken verboten werde, die Verwendung zu Aufklärungszwecken zu gestatten und im einzelnen zu regeln sei. Weiter sollte die Kommission die budgetären Folgen eines Gebrauches der Luftfahrzeuge, sei es als Kampf-, sei es als Aufklärungsmittel, studieren.

Man sieht, die Resolution vermeidet es, in der Frage selbst Stellung zu nehmen; sie fordert nur die Einsetzung einer Studienkommission und gibt ihr gewisse Direktiven nicht für die Ergebnisse, sondern für die Fragestellung ihrer Untersuchungen. Gleichwohl führte dieser Punkt der Tagesordnung zu einer sehr lebhaften Diskussion, und die Gegensätze der Meinungen — vielleicht darf man auch sagen: der nationalen Interessen — prallten scharf aufeinander.

Beernaert, der als Präsident des Interparlamentarischen Rats noch die Konferenz eröffnet hatte, war durch eine Erkrankung, die aber damals noch nicht sein baldiges Ende ahnen ließ, verhindert, die Resolution mündlich zu vertreten. Für ihn leitete sein belgischer Kollege Houzeau de Lehaié die Diskussion ein. Und nun trat als absoluter Gegner eines Verbotes oder einer Einschränkung dieser besonderen, modernsten Kriegsmittel d'Estournelles de Constant auf, der Tags zuvor so beredt die Beschränkung der Rüstungen gefordert hatte. Er bekämpfte den Gedanken, von den Erfindungen der fortschreitenden Technik eine einzelne herauszugreifen und zu verbieten, während man im übrigen der Technik nicht Halt gebieten könne noch wolle; er vertrat das Recht jeder Macht, ihre Verteidigungsmittel frei wählen zu dürfen; er machte geltend, daß Aeroplane und Luftschiffe weit geringere Mittel erforderten als die Panzerkolosse zur See, daß man aber durch Verbot ihrer Verwendung den Schwächeren treffe; er klagte, daß man den Fortschritt der neuen großen Erfindung hemme, wenn man das militärische Interesse an ihrer Vervollkommnung ausschalte; er ging so weit zu behaupten, daß man unter dem Vorwande der Humanität die Gerechtigkeit und die Freiheit preisgebe, daß man die Zivilisation entwaffne unter dem Vorwand, sie zu schützen, und daß man den Frieden, dem man dienen wolle, kompromittiere.

Die Leidenschaftlichkeit dieses Protestes wäre nach dem Wortlaut der beantragten Resolution ganz unverständlich, wenn nicht aus dem Berichte Beernaerts sich doch ergäbe, daß die Tendenz des Antragstellers dahin ging, eine Einschränkung des Luftkrieges und ein Verbot — wenigstens des Werfens von Explosivstoffen — ähnlich jenem der ersten Haager Konferenz hereizuführen.

Die Argumente d'Estournelles, obschon mit glänzender Beredtsamkeit vorgetragen, blieben doch ohne starken Eindruck auf die Versammlung und fanden lebhaften Widerspruch bei den folgenden Rednern, dem Belgier Grafen Goblet d'Alviella, dem Portugiesen de Penha Garcia, dem Rumänen Dissescu, den Engländern Maddison und Lord Weardale, dem Schweizer Ador. Man machte vor allem geltend, daß die Interparlamentarische Union auch gegen den Gebrauch anderer Kriegsmittel sich gewendet und für Einschränkung der Wirkungen des Krieges eingetreten sei; daß es sich hier darum handle, dem Krieg ein absolut neues Gebiet zu eröffnen oder zu verschließen, eine Methode der Kriegsführung abzulehnen, bei der die Unterscheidung zwischen Kombattanten und friedlicher Bevölkerung in vielen Fällen unmöglich sei; daß es traurig um die Fortschritte der Wissenschaft bestellt sei, wenn sie nur mit Unterstützung der Kriegsministerien möglich seien; man forderte die Neutralität der Luft.

Nur bei seinem französischen Kollegen Dreyfus fand d'Estournelles Unterstützung. Es machte sich in dieser Frage eben doch, obschon die Redner es vermutlich nicht werden gelten lassen wollen, das besondere französische Interesse an dem derzeitigen Uebergewicht Frankreichs auf dem Gebiet der Aviatik geltend. Doch darf nicht verschwiegen werden, daß ein Teil der französischen Mitglieder nicht mit d'Estournelles ging. Daß andererseits England wegen seiner insularen Lage besonders stark an dem Verbot des Luftkrieges interessiert ist, liegt auch auf der Hand. Bezeichnend ist aber doch wohl, daß die große Mehrzahl der Konferenzteilnehmer und alle Neutralen, soweit sie zum Wort kamen, gegen den Gebrauch der Luftschiffahrt zu Kriegszwecken als einen abscheulichen Mißbrauch der neuen glänzenden Erfindung Stellung nahmen.

Wir Deutsche haben uns an der materiellen Debatte nicht beteilgt. Um einer Mißdeutung dieses Schweigens vorzubeugen, erklärte Eickhoff ganz kurz, daß die deutsche Gruppe, ohne durch ein nationales Sonderinteresse beeinflußt zu sein (was man den Landsleuten Zeppelins wohl glauben werde), für die Resolution stimmen werden, um angesichts der bevorstehenden dritten Haager Konferenz ein Studium der ganzen Frage herbeizuführen.

d'Estournelles versuchte vergebens, die Resolution in seinem Sinne zu amendieren. Er blieb mit 13 Stimmen in der Minderheit. Es wurde vielmehr mit großer Mehrheit auf Antrag des Grafen Goblet d'Aviella der Reso-

lution Beernaerts noch ein Zusatz gegeben, der sich direkt gegen das Werfen von Explosivgeschossen aus Luftfahrzeugen aussprach und den Interparlamentarischen Rat aufforderte, für die Erneuerung dieses Beschlusses der ersten Haager Konferenz tätig zu sein.

VII. Vorbereitung und Durchführung der Haager Konferenzen.

Ruhe nach dem Sturm! Waren in der Debatte über den Luftkrieg scharfe Gegensätze lebhaft und nachdrücklich vertreten worden, so war alles einig, als man daran ging, die Wünsche für bessere Vorbereitung der Haager Konferenzen und für Durchführung ihrer Beschlüsse zu formulieren.

Die meisten Verhandlungen der Interparlamentarischen Union haben ja heute erklärlicherweise unmittelbare Beziehung entweder zu bestimmten Beschlüssen der beiden vergangenen Haager Konferenzen oder zu bestimmten Verhandlungsgegenständen, die voraussichtlich die künftigen, besonders die nächste, dritte Konferenz beschäftigen werden. Drei Punkte der Genfer Tagesordnung aber betrafen die Organisation dieser Konferenzen, die Methode ihrer Vorbereitung und des Vollzuges ihrer Beschlüsse im allgemeinen. Es lag ein Antrag der Niederländischen Gruppe vor, vertreten durch Van Houten, ferner ein drei gesonderte Vorschläge umfassender Antrag des Vollzugsausschusses (Comité exécutif), für den gleichfalls ein Holländer, Tydeman, als Referent bestellt war, und endlich ein Antrag Bartholdt, gestellt schon vor vier Jahren und jetzt von einer Spezialkommission vorgelegt. Wenn auch die drei Punkte der Tagesordnung getrennt beraten wurden, können wir sie doch hier in der Berichterstattung zusammenfassen. Der Ueberblick wird so erleichtert.

Es handelt sich im wesentlichen um drei Dinge: erstens um die Durchführung der Beschlüsse der zweiten Haager Konferenz; zweitens um die Vorbereitung der dritten Konferenz und drittens um bessere Gewähr für die Vorbereitung und Kontinuität der Konferenzen überhaupt.

1. Die Konventionen der zweiten Haager Konferenz von 1907 und die sich an sie anschließende Londoner Seerechtsdeklaration von 1909 sind von vielen Staaten heute, 1912, noch nicht ratifiziert worden. Darauf bezogen sich die beiden ersten Vorschläge des Vollzugsausschusses, die von der Versammlung debattelos einstimmig genehmigt wurden: a) Die Interparlamentarische Konferenz fordert, wie es schon 1910 in Brüssel geschehen, die noch säumigen Staaten auf, die Verträge zu ratifizieren und beauftragt ihre Gruppen, in diesem Sinne bei ihren Regierungen vorstellig zu werden. b) Da insbesondere das Abkommen über Errichtung eines internationalen Prisengerichtshofes die Durchsicht der nationalen Prisengesetzgebung in vielen Staaten notwendig macht und davon die Ratifikation des Abkommens abhängt, sollen die Gruppen der Union bei ihren Regierungen und Parlamenten auf Durchführung dieser Gesetzesrevision dringen.

2. Die zweite Haager Konferenz hatte selbst das Bedürfnis empfunden, künftige Konferenzen besser vorzubereiten und deshalb den Mächten empfohlen, etwa zwei Jahre vor dem voraussichtlichen Zusammentritt der dritten Haager Konferenz einen vorbereitenden Ausschuß zu bilden. Daran knüpfte der dritte Vorschlag des Vollzugsausschusses an. Ihm entsprechend beschloß die Genfer Versammlung einstimmig, da die nächste Haager Konferenz für 1915 vorgesehen sei, der vorbereitende Ausschuß also 1913 zusammentreten müsse, so möchten die Mächte sich schon jetzt über die Bildung dieses Ausschusses einigen und die Gruppen der Union sofort ihren Regierungen deren Wunsch unterbreiten. Ferner drang die Versammlung auf die allgemeine Einsetzung von nationalen Kommissionen zur Vorbereitung der dritten Haager Konferenz, wie solche von einzelnen Staaten, entsprechend dem Wunsche der Brüsseler Konferenz und der Interparlamentarischen Gruppen, schon eingesetzt sind. Schließlich ersuchte sie den Interparlamentarischen Rat, seinerseits eine besondere Kommission einzusetzen, deren Aufgabe es sein würde, die Wünsche und Vorschläge zusammenzustellen, die im Namen der Union dem vorbereitenden Ausschuß der Regierungen vorgelegt werden können. Die Wünsche und Vorschläge sollen auch den verschiedenen nationalen Kommissionen mitgeteilt werden.

3. An das gleiche, von den Regierungen anerkannte Bedürfnis einer besseren Vorbereitung der dritten Haager Konferenz knüpfte auch der Antrag der Niederländischen Gruppe an. Aber er faßte über das nächste Bedürfnis hinaus, die Einsetzung eines Komitees, das als ständiges Organ der Haager Konferenzen dienen könnte, ins Auge, um so dem Mangel an Vorbereitung vorzubeugen und die Fortdauer des Werkes der Konferenzen zu gewährleisten. Die Frage, wie eine solche ständige Kommission zu organisieren wäre — nach Zusammensetzung und Befugnissen — wäre natürlich nicht ganz leicht zu entscheiden. Deshalb begnügt sich der Antrag damit, den Interparlamentarischen Rat um die Einsetzung einer Kommission zu ersuchen, die die Frage studieren soll. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag des amerikanischen Abgeordneten Richard Bartholdt endlich faßte die Notwendigkeit ins Auge, für die periodische Wiederkehr der Haager Konferenz zu sorgen, in solcher Weise, daß sie nicht mehr von der Einberufung durch eine einzelne Regierung abhängig wäre, sondern in bestimm-

ten Zwischenräumen automatisch zusammenträte. Die Interparlamentarische Union sollte die Regierungen ersuchen, ihre Vertreter auf der dritten Haager Konferenz in diesem Sinne zu instruieren. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag, ohne daß ein Widerspruch laut geworden wäre, einmütig zu.

VIII. Der „Status quo".

Um so lauter wurde der Widerspruch bei der Diskussion einer anderen Bartholdtschen Resolution, die ebenfalls durch die vor vier Jahren eingesetzte Spezialkommission der Konferenz unterbreitet wurde.

Auf der Berliner Konferenz im Jahre 1908 hatte Bartholdt im Namen der Amerikanischen Gruppe beantragt, die Konferenz solle, um den Hauptgrund für das stete Anwachsen der Rüstungen zu beseitigen und um dem neuen internationalen Rechtssystem eine zuverlässige Grundlage zu geben, erklären, daß sie das Recht aller auf der Konferenz vertretenen Nationen auf den dauernden Besitz ihres unbestrittenen Gebiets und auf die volle und freie Ausübung ihrer Souveränitätsrechte innerhalb der Grenzen desselben anerkenne, und es sollten die Regierungen ersucht werden, beim Abschluß künftiger allgemeiner Schiedsgerichtsverträge dieses Recht in einer besonderen Klausel sich gegenseitig zu garantieren. Dieser Antrag wurde damals, nachdem von Deutschen Konrad Haußmann dazu gesprochen hatte, zusammen mit einem zweiten Bartholdtschen Antrag, dessen Schicksal wir soeben schon kennen gelernt haben, einer besonderen Kommission überwiesen. Diese Kommission hatte dem Antrag eine nicht unwesentlich veränderte Gestalt gegeben: Die prinzipielle Erklärung war fortgefallen, die „Garantie" war zu einer „gegenseitigen Anerkennung" abgeschwächt; aus dem „dauernden Besitz des unbestrittenen Gebiets" war die „territoriale Integrität", aus der „vollen und freien Ausübung der Souveränitätsrechte innerhalb der Grenzen des unbestrittenen Gebietes" war die „unbeschränkte Souveränität in Angelegenheiten der inneren Politik" geworden. Die Resolution ging also nun dahin, die Regierungen zu ersuchen, beim Abschluß künftiger Schiedsgerichtsverträge diesen eine Einleitung vorauszuschicken, in der sie ihre nationale Unabhängigkeit, ihre territoriale Integrität und ihre unbeschränkte Souveränität in Angelegenheiten der inneren Politik gegenseitig anerkennen. Dieser Antrag war in der Kommission, zu der auch ein französisches Mitglied, Ferdinand Buisson, gehörte, einstimmig genehmigt und hatte auch den Interparlamentarischen Rat passiert. Gleichwohl wurde er im Plenum der Konferenz, ähnlich wie die Resolution über den Luftkrieg, von französischer Seite heftig angegriffen. Lucien Le Foyer, als eifriger Teilnehmer der Friedenskongresse, uns Pazifisten bekannt, war diesmal der Wortführer. Er wandte sich sowohl gegen die Worte „territoriale Integrität", wie gegen die Formel „unbeschränkte Souveränität in Angelegenheiten der inneren Politik". Einig seien alle Mitglieder der Union in dem Gedanken, daß der territoriale Besitzbestand nicht durch einen Krieg verändert werden dürfe. Die Resolution aber wolle darüber hinaus, den territorialen „Status quo", von dem Bartholdt gesprochen habe, als etwas Unveränderliches für alle Zeiten festlegen, und dem könne man nicht zustimmen. Auch die „Souveränität in Angelegenheiten der inneren Politik", die zunächst so selbstverständlich scheine, führe zu sehr bedenklichen Konsequenzen, wenn man sich daran erinnere, wie umstritten der Begriff der inneren Angelegenheiten sei. Er forderte deshalb die Streichung dieser beiden Formeln und die Beschränkung auf die Anerkennung der „nationalen Unabhängigkeit". Le Foyer fand Unterstützung bei dem belgischen Sozialisten Huysmans. Dieser ging noch weiter als sein Vorredner und verlangte die Ablehnung der ganzen Resolution. Er schloß mit den Worten, er wolle den Raubstaaten nicht die Beute, die sie gemacht hätten, garantieren. Ein erheblicher Teil der Versammlung applaudierte stürmisch. Auf der anderen Seite trat nur der Belgier Franck für die Resolution ein, die ja keineswegs allgemeine Prinzipien zur Fundamentierung der internationalen Rechtsordnung ausspreche, sondern lediglich jenen Mächten, die unter sich allgemeine Schiedsverträge abschlössen, die Aufnahme einer Klausel empfehle, die sicherlich mit den Beziehungen der vertragschließenden Staaten vereinbar sei. Der Antragsteller Bartholdt bestand trotz des lebhaften, von einem großen Teil der Versammlung unterstützten Widerspruchs darauf, über die Resolution abstimmen zu lassen; er ziehe es vor, seinen Antrag abgelehnt zu sehen, als ihn zurückzuziehen. Der Berichterstatter Houzeau de Lehaie erklärte, daß in der Tat die ursprüngliche Resolution Bartholdt auf Widerspruch gestoßen sei und die neue Formulierung in der Kommission Schwierigkeiten gemacht habe. Doch habe man sich schließlich auf die vorgelegte Fassung geeinigt; man werde über die einzelnen Punkte getrennt abstimmen müssen. In dieser Situation habe ich darauf aufmerksam gemacht, wie gefährlich es sei, über eine solche Frage mit einer Majorität gegen eine starke Minorität zu votieren; es gäbe Dinge, die man nur beschließe, wenn man einig sei; so aber, wie die Dinge lägen, sei jeder Beschluß, wie er auch ausfalle, bösen Mißdeutungen ausgesetzt, die der Union schaden würden. Ich ersuchte deshalb Bartholdt, seinen Antrag zurückzuziehen und beantragte, falls er das nicht wolle, die Resolution an die Kommission zurückzuschicken, ohne einen Zeitpunkt für

die Wiedervorlegung zu bestimmen. Der Antragsteller erklärte sich mit der Zurückweisung an die Kommission einverstanden, und diese wurde dann einmütig beschlossen.

IX. Innere Angelegenheiten der Union.

Zum Schluß der Tagung wurden die Verwaltungsangelegenheiten der Union erledigt.

Zunächst legte der Generalsekretär, Dr. Lange, der Versammlung den Bericht des Interparlamentarischen Rates vor und gab einige mündliche Ergänzungen. In der Diskussion äußerten die Herren Pierie und Franck einige Wünsche, um die Tätigkeit der Union und ihres Bureaus wirksamer zu gestalten.

Dann wurde die Zusammensetzung des Interparlamentarischen Rates, zu dem jede der nationalen Gruppen zwei Mitglieder ernennt, bekannt gegeben, zugleich auch, daß der Rat für das nächste Jahr seinen Präsidenten Beernaert, dessen Tod wir seitdem beklagt haben, wiedergewählt habe. In den Vollzugsausschuß wurden statt der beiden ausscheidenden Mitglieder Labiche und Beckman neugewählt d'Estournelles und Eickhoff.

Für die Konferenz des nächsten Jahres lagen zwei Einladungen vor: die eine nach dem Haag, wo das nächste Jahr der Friedenspalast eingeweiht werden soll, überbracht durch den Holländer van der Does de Willebois, die andere nach Gent, wo 1913 eine internationale Ausstellung stattfindet, überbracht durch den Bürgermeister der Stadt, Herrn Braun. Man wird nach dem Haag gehen und versuchen, in das Programm einen gemeinsamen Besuch von Gent aufzunehmen. Für das Jahr 1915 liegen auch zwei Einladungen vor, die vielleicht in ähnlicher Weise, nur noch in viel größerem Stile sich werden kombinieren lassen. Bartholdt lud nach den Vereinigten Staaten, Dandurand nach Canada ein.

Die Konferenz wurde geschlossen mit einem durch den Präsidenten Gobat gegebenen Ueberblick über die Verhandlungen, woran Graf de la Batut im Namen der Versammlung den Dank für den Vorsitzenden Gobat, den Schatzmeister Houzeau de Lehaie und den Generalsekretär Dr. Lange anschloß. Der letztere dankte unter dem Beifall der Versammlung mit einer Huldigung für den Präsidenten der Union Staatsminister Beernaert.

„Aktualitäten".

Die Weltfriedenskongresse leiden seit jeher an einer Ueberfülle des Beratungsstoffes. Mit dem Andrang der Teilnehmer stürzt jedesmal eine Flut von Anträgen auf den Kongreß ein, die die getroffenen Maßnahmen nicht einzudämmen vermögen. Man hat zwar schon einige Fortschritte zu verzeichnen. So ist es seit drei Jahren gelungen, die große Masse der Propagandaanträge aus dem Plenum auszuschalten und es bei einem vom Vorsitzenden der Propagandakommission zu erstattenden Bericht bewenden zu lassen. Aber eine andere Gruppe von Anträgen gibt es noch, die dauernd die Arbeit des Kongresses hemmt und ihn in ihrer Fülle geradezu von einer eigentlichen Aufgabe ablenkt. Es sind dies die sogenannten „Aktualitäten", d. h. jene Anträge politischer Natur, die sich an die Besprechung des alljährlich vom Direktor des Berner Friedensbureaus zu erstattenden „Bericht über die Ereignisse des Jahres" knüpfen. In diesem Bericht wird aller Vorkommnisse Erwähnung getan, die mit Krieg und Frieden, mit Recht und Unrecht im abgelaufenen Jahre in Zusammenhang stehen, und an sie schließt sich eine Debatte, in der die Kongreßteilnehmer zu den verschiedenen politischen Vorgängen des Jahres Stellung nehmen. An sich ist es gewiß kein Fehler, wenn der Friedenskongreß zu den Zeitereignissen vom Gesichtspunkte des Pazifismus aus Stellung nimmt; er soll nicht von den Vorgängen des Lebens hinwegsehen und sich nur der Theorie zuwenden. Aber es haben sich bei der Behandlung dieser aktuellen Fragen Mißstände eingebürgert, die dringend nach einer Reform rufen, wenn nicht das gesamte Kongreßwerk in der öffentlichen Meinung diskreditiert werden soll.

Nicht nur, daß die Erörterung dieser aktuellen Probleme soviel Zeit in Anspruch nimmt, so daß für die positiven Arbeiten nichts mehr übrig bleibt und die wichtigsten Probleme des Pazifismus zum Schluß unerörtert durchgepeitscht werden müssen, erhitzen solche Erörterungen die Geister, bringen sie die Gegensätze zum Platzen, auch tragen sie dazu bei, in den weitesten Kreisen der öffentlichen Meinung wie auch bei den verschiedenen Regierungen Anstoß zu erregen. Namentlich trifft dies zu bei den leider seit Jahren üblich gewordenen Klagen der unterdrückten Völkerschaften, die den Kongreß weniger als eine für die Entwicklung des Friedensgedankens bestimmte Einrichtung, denn als eine bequeme Gelegenheit betrachten, ihre Angelegenheiten einmal an das Licht der europäischen Oeffentlichkeit zu bringen. Nur zu deutlich tritt es dabei oft zutage, daß den betreffenden Herrschaften das Friedensproblem überhaupt höchst gleichgültig ist.

Wir haben es hier mit einem Uebelstand zu tun, der in der Folge unbedingt vermieden werden muß, wenn es nicht zu einer sehr starken Sezession innerhalb des Pazifismus kommen soll. Der Friedenskongreß ist kein Tribunal. Er hat weder das Recht, sich in innere Angelegenheiten des Staates zu

mischen und daran Kritik zu üben, noch hat er die Macht, das mannigfache Unrecht, das in der heutigen Welt noch geübt wird, durch seine Resolutionen einzudämmen. Es klingt sehr hübsch, wenn man, wie dies auf dem Genfer Kongreß geschah, sagt, daß die unterdrückten Völker überhaupt keine Stelle mehr hätten, wo sie ihre Klagen vorbringen können, wenn sich auch der Friedenskongreß ihnen verschließt, und die Galerie, die in Genf von den zahlreich dort ansässigen Angehörigen unterdrückter Völker überfüllt war, hatte wohl ein gewisses Recht dazu, diesen Worten Beifall zu zollen; aber wir Pazifisten, die wir mit der Wirklichkeit rechnen und der schönen Phrase abhold sind, müssen es uns doch energisch verbitten, daß diese der ernsten Arbeit gewidmete Einrichtung durch das unzeitgemäße und am unrechten Ort vorgebrachte Pathos gestört wird. Und die gesamte Kongreßarbeit wird gestört, wenn man sich der unerfüllbaren Aufgabe hingibt, das früher begangene und heute noch geübte Unrecht der einzelnen Staaten zum Gegenstand einer unfruchtbaren, aber allenthalben Aergernis erregenden Kritik zu machen, statt systematisch jenen Zustand vorzubereiten, wo sich die Beziehungen der Völker nach den Regeln des Rechtes vollziehen werden; statt dazu beizutragen, daß die Erkenntnis der Vorteile des Rechtes allgemein wird. Gerade diese positive Arbeit wird durch das gefühlsmäßige Vorgehen einer Anzahl unserer Freunde gestört, und die Gegner des Pazifismus können keine bessere und sicherere Taktik verfolgen, als die internationalen Zusammenkünfte mit diesen gefährlichen „Aktualitäten" zu überladen, um so die positive Arbeit zu hindern und den Pazifismus vor der ganzen Welt herabzusetzen.

Was soll es denn heißen, wenn wir uns alljährlich mit den Klagen der Jung-Aegypter, der Persier, der Armenier und anderer interessanten Völkerschaften befassen? Wir können den bedauernswerten Gruppen, die sich klagend an uns wenden, mit dem schönsten Brustton der Ueberzeugung nichts nützen und unsere Resolutionen haben für sie denselben Wert, wie etwa die Heiligenbilder, die der Zar seinen Soldaten auf den Kriegsschauplatz nachsandte. Der Gedanke einer Rückwärtsrevision der Weltgeschichte ist ein Erbteil des utopischen Pazifismus, dessen wir uns schnellstens entledigen sollen. Er empfiehlt ungefähr das Widersinnigste, das wir betreiben können. Es handelt sich nicht darum die Folgen der Gewalt in der Vergangenheit und Gegenwart gut zu machen, sondern darum, an Stelle der Gewalt das Recht zu setzen, damit in Zukunft andere und vernünftigere Folgen sich einstellen mögen. Es handelt sich nicht darum, die einzelnen Symptome des Uebels zu bekämpfen, sondern darum, die Grundursache des Uebels zu beseitigen, auf daß andere Symptome eintreten.

Man denke nur, was eintreten müßte, wenn wir auf unseren Friedenskongressen folgerichtig allen mit der heutigen Weltordnung Unzufriedenen unsere Tore öffnen würden. Heute sind es nur Jung-Aegypter, Finnen, Perser und Armenier gewesen. Morgen kommen die Kroaten und werden gegen Ungarn, die Bosnier gegen Oesterreich und Ungarn, die Polen gegen Rußland und Preußen, die Dänen gegen Preußen, die Italiener des Trentino gegen Oesterreich, die Elsässer gegen Deutschland, die Marokkaner gegen Frankreich, die Iren gegen England, die Finnen gegen den Zarismus protestieren, und wir werden sie folgerichtig nicht zurückweisen dürfen. Wer nicht sieht, daß mit dieser Methode der Pazifismus bewußt und radikal zugrunde gerichtet wird, hat nicht die Fähigkeit in sich, für ihn zu wirken.

Bei allem Mitleid mit den Opfern der Gewalt, bei aller Sympathie für die unterdrückten Völkerschaften, müssen wir ihnen bedeuten, daß am Friedenskongreß, wo ernste und positive Arbeit geleistet werden soll, nicht der Ort ist, wo sie ihre Klagen vorzubringen haben. Es hat sich jetzt in Paris ein Bureau der Nationalitäten aufgetan, das auch Nationalitätenkongresse abhalten will. Dorthin sollen sich die Unterdrückten wenden; uns sollen sie in Ruhe lassen. Es wird diese Forderung in ihrem eigenen Interesse aufgestellt; denn wenn sie uns in Ruhe lassen, dann können wir erfolgreicher für die internationale Rechtsordnung eintreten und jenen Zustand vorbereiten helfen, der ihnen allen zum Vorteil gereichen wird. Auch dieses tausendfache Weh ist „aus einem Punkte zu kurieren".

Daher: Fort mit den „Aktualitäten" von unseren Kongressen! Doch soll auch diese Forderung nicht schablonenhaft aufgefaßt werden, wie sie nicht schablonenhaft aufgestellt wird. Fortgelassen sollen nur jene Fragen des politischen Lebens werden, die eine innere Angelegenheit eines Staates betreffen, sofern nicht die am Kongreß anwesenden Angehörigen des durch den Vorschlag betroffenen Staates ihre Zustimmung einstimmig gegeben haben. Der Behandlung des anglo-deutschen oder des franko-deutschen Gegensatzes wird sicherlich nichts im Wege stehen, wenn die Deutschen und die Engländer bzw. die Deutschen und die Franzosen sich gemeinsam und einstimmig auf eine Formel geeinigt haben werden. Der Behandlung einer Frage, wie die des Tripoliskrieges sollte auch ferner nichts im Wege stehen, wenn die Italiener unter sich und die Italiener und die Türken über die Formel übereinstimmen. Aber in keinem Falle darf es vorkommen, daß die Vertreter einer Nationalität eine Klage gegen einen Staat vorbringen, die die auf dem Kongreß anwesenden Angehörigen des betreffenden Staates

aus irgendeinem Grunde nicht billigen. Nochmals sei es gesagt: Der Friedenskongreß ist kein europäisches Strafgericht. Er besitzt nicht die Kompetenz, Klagen anzunehmen und nicht die Macht, Urteile zu sprechen. Er vertritt das internationale Recht, wenn er es auch klugerweise unterlassen wird, an den Uebertretern dieses Rechtes sein Mütchen in papierenen Resolutionen zu kühlen. Ja er vertritt es um so energischer, je zurückhaltender er sein wird. F.

Deutsche und Franzosen auf dem Genfer Kongreß.

Die Bemerkungen, die Herr Dr. Wehberg in seinem Kongreßbericht über das Ergebnis der deutsch-französischen Zusammenkünfte und die Behandlung der „elsaß-lothringischen Frage" gemacht hat, nötigen mich zu einigen Richtigstellungen.

Dr. Wehberg beginnt seine kritischen Betrachtungen mit der Bemerkung: „Darüber, daß der Weltfriedenskongreß keine geeignete Instanz ist, über die elsaß-lothringische Frage zu diskutieren, darüber braucht man kein Wort zu verlieren." Der Leser wird danach annehmen müssen, es habe eine solche Diskussion auf dem Genfer Kongreß stattgefunden. Das ist aber tatsächlich n i c h t der Fall. Die deutschen Delegierten würden auch eine solche Diskussion, wenn sie von irgendeiner Seite versucht wäre, nicht zugelassen haben. Auf dem Kongreß ist lediglich das Ergebnis der durchaus privaten, vom Kongreß unabhängigen Sonderberatungen der seit 1905 üblichen deutsch-französischen Zusammenkünfte mitgeteilt und dieses Ergebnis mit Genugtuung zur Kenntnis genommen worden.

Auch zwischen Deutschen und Franzosen hat es bei ihrer Sondervereinigung keine Diskussion über die elsaß-lothringische Frage gegeben; sondern man hat nur erörtert, auf welchem Wege die deutsch-französische Verständigung am besten zu fördern sei. Dabei kam die Rede auf Elsaß-Lothringen in dem Sinne, daß die chauvinistische Agitation und die Revanche-Idee in Frankreich sich zum großen Teil von der Unzufriedenheit der Elsaß-Lothringer nähren, und daß es das wichtigste Mittel zur Förderung der politischen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich sein würde, wenn Elsaß-Lothringen die Autonomie erhielte, die wir deutschen Friedensfreunde in Uebereinstimmung mit fast allen Parteien des Landes immer für das „Reichsland" gefordert haben. Auch über die Forderung dieser Autonomie wurde nicht diskutiert; sie war die ohne jede Diskussion für alle selbstverständliche Voraussetzung. Diskutiert wurde nur darüber (und zwar nicht so sehr zwischen Deutschen einer- und Franzosen andererseits, sondern vielmehr von den Franzosen unter sich!), wie man die gemeinsame Ueberzeugung formulieren könne, ohne sehr begreifliche Empfindlichkeiten zu verletzen.

Das Ergebnis dieser Erwägungen liegt in den Resolutionen vor, die in dem Bericht mitgeteilt sind.

Von diesen beiden Resolutionen behauptet Dr. Wehberg, daß sie „n i c h t r e c h t m ä ß i g z u s t a n d e g e k o m m e n s i n d". Man konnte nach den Genfer Verhandlungen auf vieles gefaßt sein, auf Angriffe unserer Nationalisten, für die wir wieder einmal das Vaterland verraten hatten, weil wir uns mit Franzosen über die Einwirkung der inneren Verhältnisse Elsaß-Lothringens auf die deutsch-französischen Beziehungen unterhalten hatten, auf noch ärgere Schwierigkeiten für unsere französischen Freunde, die sich gegenüber ihren Nationalisten wegen der „autonomie de l'Alsace-Lorraine parmi les états confédérés de l'Allemagne" zu verantworten hatten, auf Zurückhaltung oder taktische Bedenken einzelner in unseren eigenen Reihen; aber auf d i e s e Behauptung war wohl niemand gefaßt, der an den Genfer Beratungen teilgenommen hat.

Worauf stützt sie sich? Darauf, daß Kommerzienrat Arnhold, der gegen eine Annahme der Resolution gewesen sei und an den Verhandlungen der eingesetzten kleinen Kommission mit beratender Stimme hätte teilnehmen sollen, absichtlich zu den Beratungen der Kommission nicht zugezogen worden sei. Richtig ist, daß Herr Arnhold einen besonderen Standpunkt, besonders wegen der Art des weiteren Vorgehens zur Gründung einer deutsch-französischen Liga, vertreten hatte. Daraufhin habe ich, der ich den Vorsitz führte, Herrn Arnhold als Mitglied der Kommission vorgeschlagen und ihn wiederholt dringend ersucht, eine solche Wahl anzunehmen. Für mich war dabei bestimmend, daß ich es erstens immer für richtig halte, abweichende Ansichten im Stadium der Vorberatungen zur Geltung kommen zu lassen, und daß ich zweitens in seiner Auffassung, wie weiter vorzugehen sei, viel Berechtigtes fand und ihm Gelegenheit geben wollte, diese Auffassung weiter auszuführen. Herr Arnhold weigerte sich, aus Rücksichten, die uns anderen nicht einleuchteten, die aber für ihn bestimmend waren. Er meinte, er werde uns, außerhalb der Kommission stehend, mit seinem Rat mehr nützen können. Die Kommission wurde also durch das andere deutsche Mitglied besetzt. Der Rat des Herrn Arnhold stand ihr zur Verfügung. Juristisch genommen hatte sie das Recht, aber selbstverständlich nicht die Pflicht, ihn einzuholen.

Selbstverständlich würden wir ihn zur Besprechung zugezogen haben, wenn die Fragen, für die er uns seinen Rat angeboten hatte, zur Erörterung gekommen wären. Das war aber nicht der Fall. Ein Genfer Blatt hatte

über die durchaus private und vertrauliche Besprechung des Vorabends einen Bericht gebracht, der nach der einstimmigen und entschiedenen Ansicht sämtlicher Kommissionsmitglieder uns nötigte, die Beratungen, soweit sie die Resolution betrafen, wenn irgend möglich, zu einem Abschluß zu bringen. Den Wortlaut der Resolution vorzuschlagen, fühlten wir uns ohne Herrn Arnhold kompetent. Die Frage dagegen, wie bei Gründung einer deutsch-französischen Liga weiter vorzugehen sei, eine Frage, für die der Rat des Herrn Arnhold uns angeboten war und willkommen gewesen wäre, wurde nicht weiter behandelt. Die ganze Verantwortung dafür wurde auf die beiden Vorsitzenden abgeladen. In der folgenden Plenarversammlung der deutschen und französischen Kongreßteilnehmer hat Herr Arnhold die Resolution bekämpft; aber er hat nicht mit dem leisesten Wort den Einwand erhoben, sie sei, da er an der Vorberatung nicht teilgenommen habe, „nicht rechtmäßig zustande gekommen". Die Resolution ist dann mit allen Stimmen gegen eine deutsche (eben die des Herrn Arnhold) und eine französische angenommen worden.

Es ist aber auch nicht richtig, daß Herr Arnhold sich „von den Beratungen zurückgezogen" hätte. Er hat bis zuletzt daran teilgenommen und, wie es sein gutes Recht war, dagegen votiert. Von Herrn Dr. Wehberg aber haben wir bei diesen Schlußberatungen nichts gesehen noch gehört. Daß es seine Absicht war, sich „von den Beratungen zurückzuziehen", hat er nicht zu erkennen gegeben. Als ich ihm bei flüchtiger Begegnung kurz das Ergebnis mitteilte, schien er befriedigt.

L. Quidde.

Franz Wirth und die Friedensbewegung*).

Von E. de Neufuille, Frankfurt a. M.

Franz Wirth wurde am 6. Juli 1826 in Bayreuth geboren als zweiter Sohn des bekannten Volksmannes Joh. Georg August Wirth aus Hof, dessen Name aufs engste verknüpft ist mit den vormärzlichen Einheits- und Freiheitsbewegungen; er war der Herausgeber der „Deutschen Tribüne", welche schließlich vom Bundestag verboten wurde. Von den Regierungen verfolgt, sah sich der Vater mehrfach genötigt, seinen Wohnort zu wechseln. So wurde die Erziehung der Kinder eine recht vielseitige, und der Unterricht, den sein Sohn Franz genoß, ein stets wechselnder, er besuchte je nach Verbleib der Eltern, die Schulen zu Hof, zu Homburg in der Pfalz, zu Nancy und zu Konstanz. Später bezog er die Universität Heidelberg, wo er sich als ein begeisterter Anhänger der Burschenschaft Franconia zeigte, dann begab er sich nach Hannover, besuchte das Polytechnikum, sich die Mittel zum Studium als Stenograph selbst verdienend. Strebsam und eifrig, wurde er nach abgelegtem Examen als Eisenbahn-Ingenieur in bayrische Staatsdienste genommen und kam so an das bayrische Telegraphenamt nach Frankfurt a. M., wo sein Vater, als Abgeordneter der reussischen Fürstentümer zur deutschen Nationalversammlung, am 26. Juli 1848 gestorben war. Von nun an blieb Frankfurt der Wohnsitz der Familie Wirth. Mit seinem um vier Jahre älterem Bruder gründete er sich hier seine Existenz durch Einführung patentierter Maschinen und später als Patentanwalt; er nahm regen Anteil an der Einführung des Patentgesetzes, und beteiligte sich als Herausgeber von Fachzeitungen schriftstellerisch. Seiner politischen Ueberzeugung nach gehörte er der demokratischen Partei an, er war ein ruhiges Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, welcher er seit 1886 angehörte. — Aber auch zahlreichen anderen Vereinen gehörte er an, sich beteiligend an der Einführung vieler gemeinnütziger Einrichtungen, er war Mitbegründer des Vereins zur Verbreitung von Volksbildung, des Arbeiterbildungsvereins und des Journalisten- und Schriftstellervereins und eifriger Förderer der Stenographie und der Deutschsprachlichen-Bestrebungen. Ausgerüstet mit hervorragenden Kenntnissen reicher Erfahrung und stählerner Gesundheit, erhielt er sich frisch und jung, trotz seiner weißen Haare, bis ins hohe Mannesalter, stets unermüdlich tätig, wo es sich um humane Bestrebungen handelte. So finden wir Franz Wirth, als er 1885 unmittelbar in die Reihen der Pazifisten tritt. Viel angefochten und verspöttelt, wie dies das Los aller Pazifisten war, die den Mut hatten mit ihren Ideen durchzudringen, hat sich Franz Wirth immer mehr mit der Friedensbewegung verquickt. Am 23. Oktober 1886, als der Frankfurter Friedensverein sich konstituierte, ward ihm der Vorsitz übertragen. Wenn auch dieser Verein in den ersten Jahren weder nach außen hin, noch durch große Mitgliederzahl glänzte, so erreichte er doch durch zielbewußte Arbeit, durch die ausgedehnte Korrespondenz, zumal auch mit den gleichgesinnten Vereinen im Auslande, durch seinen Leiter, große Bedeutung für spätere Zeiten. Die in der Zeit so bedeutenden Weltfriedenskongresse 1848 im Brüssel, 1849 in Paris, 1850 in Frankfurt a. M. und 1851 in London, schienen in Deutschland kaum sichtbare Spuren zurückgelassen zu haben. In Königsberg ward nach dem Frankfurter Kongresse der erste Friedensverein gegründet, um den sich der freireligiöse Prediger Julius Rupp sehr verdient machte; er wurde

*) Nachstehende Mitteilungen über Franz Wirth sind durch Material im Besitze der Familie Wirth, und dank der Forschungen des jetzigen Vorsitzenden des Frankfurter Friedensvereins, Herrn Justizrat Dr. Dietz, authentisch.

aber im Mai 1851 polizeilich aufgelöst. Die Zerrissenheit Deutschlands, dann die Waffenerfolge der preußischen und deutschen Heere im Kampfe gegen Dänemark, im Bruderkriege 1866 und im Deutsch-Französischen Kriege, welche die langersehnte Einigung des Vaterlandes herbeiführte, schienen jedes Gefühl für schiedsrichterliche Schlichtung, zwischen den Völkern bei sich ergebenden Streitigkeiten, erstickt zu haben. Die Stimmen der beredeten Männer der oben erwähnten Kongresse, wurden wohl vom Schlachtengetümmel und der Kriegsfurie übertönt oder aber blieben, als nicht ernst zu nehmen, unbeachtet; der Militarismus siegte. — Aber die Folgen der Kriegsjahre, die Erinnerungen an die furchtbaren Kämpfe und alles ausgestandene Leid, sie konnten nicht unberücksichtigt bleiben. In Amerika lebte noch Elihu Burritt, in England Joseph Sturge und Hodgson Pratt, sie ruhten nicht, und letzterer zumal, durchsuchte die deutschen Lande nach Männern, welche die Arbeit mit ihnen wieder aufgreifen wollten. Hodgson Pratt kam wiederholt nach Frankfurt, er kannte Franz Wirth schon aus seinem Korrespondenzen und vom Hörensagen, wiederholt konferierte man 1885 in Frankfurt mit bedeutenden Männern. Von da ab hatte es sich Franz Wirth zur Lebensaufgabe gemacht, sich fortan ganz der Friedensbewegung zu widmen, und er fand treue Mitarbeiter; wenngleich der Gedanke alt war, so bedurfte es doch eines sich Durchringens, und es dauerte einige Zeit bis Franz Wirth an die breite Oeffentlichkeit trat. — Die Weltfriedenskongresse hatten seit 1889 wieder regelmäßig, in Verbindung mit den interparlamentarischen Konferenzen begonnen. Das Buch „DieWaffen nieder", wohl eines der meist gelesenen Bücher, von Bertha von Suttner, hatte wie ein Schlaglicht die öffentliche Meinung getroffen und vielen die Augen geöffnet, was der Krieg bedeutet. Franz Wirth hatte eine lebhafte Korrespondenz mit der Baronin, worin er namentlich politische Tagesfragen behandelte. Er ward 1892 in den Ausschuß des ständigen internationalen Friedensbureaus zu Bern gewählt und im selben Jahre in den Vorstand der zu Berlin neugegründeten Deutschen Friedensgesellschaft. Im Jahre 1894 veranlaßte Wirth die Baronin von Suttner, in Frankfurt einen Vortrag zu halten, und war sie auch zu Gast in seinem Hause. Wirth ruhte nicht in seinem Eifer und tadelte offen die Lauheit und Untätigkeit des Berliner Zentralvorstandes, der sich in der Reichshauptstadt mit dem stark hervortretenden militärischen Gepräge nicht, wie ihm erwünscht schien, richtig entfaltete; bezeichnend ist folgender Brief Wirths vom 6. 1. 94. an den Berliner Zentralvorstand:

„Ihr Wertes v. 2. habe ich erhalten und werde Ihren geehrten Vorschlag (betr. Beitritt) unserm Vorstand vorlegen. Wir werden denselben jedenfalls unserm Verein in der nächsten Hauptversammlung vorlegen müssen. Bekanntlich hat die vorige Jahresversammlung beschlossen, sich vorläufig noch nicht als Vorort zu konstruieren. Unser Verein war bereits eine Art Vorort für den Süden, und wollte die Verbindung und Erfolge, welche er errungen, nicht gefährden. Außerdem war es lange Zeit in Berlin so still, daß auch das nicht aufmunterte. Um dem Vorstand nun ein besseres Bild von Ihrer Tätigkeit dort zu geben, bitte ich um genauere Auskunft, was dort all geschehen ist, und wie es sich mit den Vororten in Leipzig, Breslau, Königsberg und Siegen verhält. Von diesen ist mir bis heutigen Tags nichts bekannt geworden; ich habe auch nirgends etwas davon gelesen. Das wenigste, was man hier hätte tun müssen, war doch die Anzeige beim Bureau in Bern. Die Vororte in Konstanz und Ulm kenne ich, weil ich sie errichtete.

Da ich mit fast allen Städten Süddeutschlands in Verbindung stehe, so wäre es mir lieb zu wissen, was dort geschehen ist, und wie weit der Umfang reicht, den die Friedensbewegung dort eingenommen hat. Ich habe in neuester Zeit selbst aus Hamburg und Bremen Anfragen erhalten. Um nicht zu stören oder Ueberflüssiges zu tun, müßte ich ein Verzeichnis aller Orte haben, mit welchen Sie in Verbindung stehen. — Wer steht an der Spitze in Leipzig, Breslau usw.?

Von den normalen Satzungen für die Ortsgruppen möchte ich einige 20 Exemplare haben, um sie zur Propaganda zu verwenden. Geld können wir keines abgeben, weil wir selbst nicht genug haben und deshalb in der Stadt Gaben sammeln mußten, abgesehen von den Beiträgen, welche mich die Sache kostet. Ich habe mich derselben ganz gewidmet und treibe nichts anderes mehr; auch den Schreiber und Stenograph habe ich auf meine Kosten übernommen. Im vorigen Jahr habe ich allein 250 M. Porto ausgegeben! Es wäre auch für die Gesellschaft wichtig, jemand zu haben, der sich ausschließlich der Sache widmet. Mühling kann das wohl auch nicht. Sie sollten deshalb daran denken, einen ständigen Sekretär anzustellen. Die Mittel dazu wird man doch in einer Stadt, wie Berlin, aufbringen, wenn man den Leuten vorstellt, daß es vorteilhafter ist, jetzt 100 M. für die Friedenspropaganda auszugeben, statt später Tausende für Militär und Kriege. — Welches ist denn jetzt die Adresse der deutschen Friedensgesellschaft, d. h. an wen muß man Briefe, wie Vorstehenden, adressieren."

Man wird Wirths Unzufriedenheit aber verstehen, wenn man bedenkt, daß er inzwischen systematisch allerdings mit treuen Verbündeten, wie Dr. Richter, Fr. Bayer,

Dr. Roessler, Graf Bothmer Friedensvereine hier und dort gründete, wovon Wiesbaden, Königstein i. Th., Hanau, Konstanz, Ulm, Singen, Pforzheim, Offenburg, Heidenheim, Stuttgart und Elwangen, also 11 vor 1895 entstanden. Später folgten dann Cronberg, Alzey, Babenhausen, Dürkheim, Gotha, Straßburg, Windsheim und Blaubeuren, Neustadt a. d. H. Im Frühjahre 1896 machte er die Agitationsreisen mit Dr. Richter und Richard Reuter nach Rheinhessen und der Pfalz, und wurden die Vereine in Hagenbüchach, Kirchheimbolanden, Mainz, Kaiserslautern, Mannheim und Frankenthal errichtet.

Auf einer Vortragsreise mit Richard Feldhaus gründete er 1896 die Friedensvereine Elberfeld, Barmen und Düsseldorf und noch wenige Monate vor seinem Ableben, Aschaffenburg, Erlangen, Nürnberg, Schweinfurt und Würzburg; im ganzen 33 neue Vereine oder Ortsgruppen.

Mit großer Befriedigung verfolgte Wirth die Entwicklung des Berner Bureaus, und seine Tätigkeit als Mitglied desselben gewährte ihm nur Freude, und brachte ihn mit vielen treuen Mitarbeitern zusammen. Er gab mit dem Leiter des Bureaus, Elie Docommun, die monatliche Friedenskorrespondenz heraus, deren erste Nummer August 1893 erschien, und an über 800 Zeitschriften versandt wurde. Im Jahr darauf übernahm Franz Wirth die Redaktion der deutschen Ausgabe allein, und die Friedenskorrespondenz wurde nunmehr in Frankfurt gedruckt und versandt.*) Sie wurde 1895 vom Berner Bureau der deutschen Friedensgesellschaft als Organ überlassen und Alfred H. Fried, der ebenfalls die Verhältnisse des Zentralverbandes in Berlin für sehr ungünstig hielt, beantragte nun den Sitz der Deutschen Friedensgesellschaft nach Frankfurt zu verlegen. Dies zeigt, daß zu dieser Zeit der Frankfurter Friedensverein, dank der rastlosen Tätigkeit seines Vorsitzenden die führende Stellung in der Bewegung innehatte. Trotzdem konnte man sich nicht entschließen, dem Antrage Frieds beizustimmen, von dem Gedanken geleitet, daß Berlin als Reichshauptstadt, schon im Hinblick aufs Ausland, Sitz des Zentralvorstandes der Deutschen Friedensgesellschaft bleiben müsse. Wirth legte Ende des Jahres die Redaktion der Friedenskorrespondenz nieder und schied aus dem Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft aus, der ihm, wie oben schon erwähnt, oft Anlaß zu Unstimmigkeiten gab. Durch seine umfangreiche Agitationstätigkeit, Reisen usw., war Wirth so mit Arbeit überhäuft, daß er eine Sekretärin für die ausgedehnte Korrespondenz anstellen mußte. Regen Anteil nahm er an dem damals bekanntgegebenen Nobelschen Testament und seinen Bestimmungen zugunsten der Friedenssache, und er war einer der ersten, der mit Vorschlägen wegen der Erteilung des Nobelpreises, sich an das Präsidium des Storthing zu Christiania wandte. — Anfang März sehen wir Wirth noch an den Beratungen des Berner Bureaus teilnehmen und am 30. April erstattete er in der Vorstandssitzung ausführlichen Bericht über Geschehenes und seine Vortrags- und Agitationsreisen durch Franken.

Mitten aus seiner so segensreichen und bahnbrechenden Tätigkeit für die Friedensbewegung in Deutschland wurde er seiner Familie und zahlreichen Freunden nach kurzer Krankheit durch den Tod entrissen. Sein letzter, unvollendet gebliebener Brief ward am 12. Mai an seinen Freund Elie Ducommun gerichtet, worin er ihm mitteilt, daß er wegen Erkrankung der deutschen Delegiertenversammlung zu Berlin am 9. Mai fernbleiben mußte. — Sonntag, den 16. Mai 1897, entschlief er sanft, und unter allgemeiner Teilnahme wurde er zur Erde bestattet. Die Vertreter der Friedensgesellschaften legten die wohlverdienten Lorbeeren am Grabe nieder — die Heidelberger Burschenschaft Franconia, welche mit ihrem umflorten Banner erschien, brachten Maiblumen zur Ruhestätte ihres Alten Herrn. Aber auch über das Grab hinaus reichte Franz Wirths Wirken und Einfluß. Die trauernden Kinder, drei Söhne und drei Töchter, hatten im Andenken an ihres Vaters Arbeit eine Stiftung von 10 000 M. dem Frankfurter Friedensverein überwiesen und so den Verein seiner bisherigen finanziellen Sorgen seither überhoben. Sie konnten das Andenken des Vaters wahrlich nicht schöner und besser ehren, denn hierdurch war es in der Hauptsache möglich, eine weitere Entwicklung und Gedeihen dem Vereine zu sichern und ihm nach wie vor seine Bedeutung in der Friedensbewegung zu erhalten.

*) Wirth gab die monatliche Friedens-Korrespondenz nur kurze Zeit heraus. Sie wurde dann nach Berlin verlegt und von 1896 bis 1899 von mir redigiert. A. H. F.

RANDGLOSSEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

St. Louis, 20. Oktober 1912.

Mein lieber Fried!

So hat denn das grausige Spiel wieder begonnen: Krieg am Balkan. Und fortgesetzte Ohnmacht der Mächte. Ob sich das übrige Europa — wo es so viele Kriegshetzer und Kriegsinteressenten gibt — der Gefahr erwehren wird, gleichfalls in Flammen aufzugehen? Wer wollte da zu prophezeihen wagen? Es gibt ja doch auch schon eine

starke Friedensströmung, ein allgemeines Friedensbedürfnis, einen auf Vernunft und Menschlichkeit gegründeten Friedenswillen, mit einem Wort: eine lebendige Friedensbewegung — vielleicht gewinnt doch diese die Oberhand. Die Pazifisten werden i h r e Waffen nicht strecken, sondern unerschüttert weiter kämpfen. Lassen Sie also auch mich Ihnen weiter erzählen, was sich seit meinem letzten Briefe auf amerikanischem Boden an pazifistischen Erscheinungen abgespielt hat.

In der ersten Oktoberwoche tagte in Boston der von 800 Delegierten besuchte internationale Kongreß der Handelskammern. Der Tätigkeit Edwin Ginns und E. D. Meads war es zu danken, daß der Kongreß in ihrer Stadt abgehalten wurde, und die beiden brachten in meisterlichen Reden die Völkerfriedensfrage aufs Tapet und schlugen eine Resolution zugunsten der schiedsrichterlichen Entscheidung aller zwischenstaatlichen Streitigkeiten vor. Eine Resolution zugunsten solcher Entscheidung zwischen den Staaten und ausländischen Individuen stand bereits auf der Tagesordnung; da aber der Meadsche Antrag nicht programmäßig war, wollte das Präsidium ihn anfänglich nicht zur Abstimmung zulassen, sondern für den nächsten Kongreß zurückstellen. Es erhob sich aber von so vielen Seiten — namentlich von amerikanischer Seite — so lebhafte Unterstützung des Antrages, daß doch darüber abgestimmt werden mußte, und die einstimmige Annahme brachte solchen Jubel hervor, daß die Kongressisten auf die Stühle stiegen und ihre Tücher schwenkten.

Beim Schlußbankett war Präsident Taft anwesend. In seiner Rede (ich habe sie gehört) sagte er:

> „Sie sind hierhergekommen, um den Handel zu unterstützen, und Handel ist Friede. Ich will jetzt nicht auseinandersetzen, was zur Erreichung des Weltfriedens getan werden kann, denn ich habe über das ganze Land darüber gesprochen — aber ich bin der Meinung, daß wir zu irgendeiner Lösung des Problems gelangen müssen und daß wir in Zukunft irgendeinen Rettungsausweg aus den Lasten der wachsenden Rüstungen finden müssen. Und Sie werden diese Lösung nimmer finden, bis Sie nicht ein Mittel einsetzen, um jede internationale Streitigkeit — ob sie auch Ehre und Lebensinteresse berühre — durch einen Gerichtshof, auf den sich alle Nationen verlassen können, zu schlichten."

Am folgenden Tage hatte ich Gelegenheit, mit dem Präsidenten ein paar Worte zu wechseln. Mein Gastgeber, Mr. Ginn, war eingeladen, mit Mr. Taft in dessen benachbarter Sommerresidenz eine Partie Golf zu spielen. Wir Damen waren aufgefordert, zuzusehen. „Spielen Sie auch Golf, Baronin?" fragte nach der Vorstellung Mr. Taft. — „Nein, Herr Präsident, ich bin nicht nach Amerika gekommen, Golf zu spielen, sondern Frieden zu predigen." — „Dann stehen wir auf derselben Platform." — „Ich weiß es — und im Namen aller Pazifisten Europas wollte ich Ihnen danken für das, was Sie in dieser Richtung getan." — „Oh, nächstens wollen wir viel mehr tun."

Mr. Tafts Sekretär sagte mir, daß der Präsident in der letzten Zeit, seit er jene Schiedsgerichtsverträge vorgeschlagen, fünfzehnhundert Reden zu deren Unterstützung gehalten hat. Nachdem die Golfpartie zu Ende war, gestattete der Präsident die photographische Aufnahme einer Gruppe: Ginn, Taft, Suttner. Das Wetter war trübe, die Aufnahme mißlang. Schade, das hätte für die illustrierten Blätter ein eigentümlich pazifistisch angehauchtes Bild gegeben.

Und nun einiges von meinen Rundreise-Erlebnissen. Von Chicago, woher ich Ihnen zuletzt geschrieben, fuhren wir nach Lincoln im Staate Nebrasca. In dieser Stadt steht das Denkmal des großen Abraham. Er ist dargestellt, wie er nach der Schlacht von Gettysburg seine berühmte Ansprache verliest. Die Figur steht vor einer Marmortafel, in die der Text der Ansprache eingegraben ist: „The governement of the people, for the people and by the people shall never perish from the earth." — Wir waren im Hause Bryan zu Gast. Der Hausherr, der von allen Staatsmännern Nordamerikas vielleicht der beliebteste ist, und der, wenn er diesmal um die Präsidentschaft kandidiert hätte, sicher gewählt worden wäre, war leider auf einer Vortragstour abwesend. Ich hatte ihn im Jahre 1908 in London kennen gelernt, wo ich ihn auf der Interparlamentarischen Konferenz in einer hinreißenden Friedensrede gehört habe. Mrs. Bryan, unsere Wirtin, erzählte uns von der Reise um die Welt, auf die sie vor wenigen Jahren ihren Gatten begleitet hat, und zeigte uns ein Album, das die photographischen Aufnahmen all der Festlichkeiten enthielt, mit denen die Bevölkerung der Vereinigten Staaten M. William J. Bryan bei dessen Rückkehr empfangen haben. Am Tage unserer Anwesenheit in Lincoln kam zufällig Theodor Roosevelt in die Stadt, eine seiner Reden zu halten. Wir erhielten Zutritt auf das Podium. Das „Auditorium" (so heißen hier die Vortrags- und Konzertsäle) war natürlich dicht gefüllt und Gruppen von Studenten begrüßten den Expräsidenten mit ihren verschiedenen „yells". (Jede Universität, jedes college hat ein besonderes Chorgeschrei.) Im ganzen aber zündete seine Rede nicht. Sie enthielt weiter nichts als Herabsetzendes und Beleidigendes für die zwei anderen Präsidentschafts-Kandidaten und deren Parteien. Eine häßliche Methode, die dem „Colonel" viele Sympathien entzieht. Nachdem er zu Ende war, wechselte Roosevelt mit den auf dem Podium anwesenden Personen einige Worte. Er erinnerte sich daran, mich vor acht Jahren

im weißen Hause empfangen zu haben, und zu Mrs. Proudfoot, die er zuletzt samt ihren sechs Kindern in Wien gesehen, sagte er: „You are the type of American woman that I like."

Von Lincoln fuhren wir in die Hauptstadt Nebrascas — Omaha. Hier hielt ich einen Vortrag in der presbyterianischen Kirche. Ich erwähne dies, weil es immerhin als interessant zu verzeichnen ist, daß hierzulande Laienvorträge über Pazifismus in Kirchen gehalten werden, mit Einrechnung von Orgelspiel und Hymnengesang. Omaha ist eine kleine und noch sehr junge Stadt — kaum 25 Jahre alt — aber auch, wie alle Kleinstädte Amerikas, eine Ansammlung von reizenden „homes". Was wird bei diesem raschen Anwachsen von Städten und Reichtümern dieses Land nach 50 Jahren sein?

Jetzt ging unsere Fahrt nach Boston, und die nächsten drei Wochen verbrachten wir bei der Familie Ginn. Der Gründer der Worldpeace Foundation und Chef der größten Schulbuchhandlung der Vereinigten Staaten, Edwin Ginn, besitzt ein Prachtschlößchen in der Umgebung Bostons, und dieses war unser Hauptquartier, von wo aus wir zahlreiche von Mr. Mead vorbereitete Vortragsausflüge nach der Stadt und benachbarten Ortschaften absolvierten. Besonders interessant war mir Concord, wo der große Emerson begraben ist. Ein anderes interessantes Ausflugsziel von Boston ist eine alte in Lexington gelegene Schenke „Tavern of the red horse", besonders berühmt geworden durch Longfellows Gedichtzyklus „Tales of the wayside inn". Alles ist da treu aus der alten Zeit — da George Washington und Lafayette hier einkehrten — erhalten worden. Briefe von diesen beiden unter Glasrahmen hängen an der Wand. Holzbalken an den Decken der niedrigen Gaststuben, Küche mit offenem Herd, alte Holzschüsseln und Weinhumpen — ein gewaltiger Unterschied mit den Astor-Hotels von heute. Auch vom Unterschied der Kriegführung und Mobilisierung zwischen 1776 und heute zeigt Lexington ein Bild. Auf einem kleinen Rundplatz hinter einer Brücke steht auf hohem Sockel eine Bauerngestalt mit geschulterter Flinte. Die Inschrift sagt: „Here the embattled farmer stood and fired the shot heard round the world." Damit ist folgende Episode aus der Revolutionszeit 1776 verbunden: Das aufständige Boston war von den herannahenden englischen Truppen bedroht, da ritt auf weißem Roß Paul Revere durch seine Gegend, schlug an die Tore und Fenster der Farmerhäuser mit dem Rufe: "Auf nach Lexington." Mit Musketen oder Hacken bewaffnet kamen die Männer hervor und folgten dem Rufe, und einer gab an jener Stelle, knapp vor der Brücke, über die der Feind herannahte, den ersten Schuß ab. Das war der Beginn der Schlacht von Lexington, durch welche die Engländer am Vormarsch verhindert wurden und die Unabhängigkeit der Kolonisten verlangt wurde.

Ich hatte öfters Gelegenheit, in Schulen und „colleges" zu sprechen — einmal zu jungen Studenten, öfters zu College-Schülerinnen. Ueberall fand ich, daß der Schulvorstand und die Lehrerschaft in der pazifistischen Bewegung zu Hause sind. Als selbstverständlich scheint es ihnen zu gelten, daß die Welt dem Friedensziel entgegengeht und daß die aufwachsende Generation in dieser Richtung erzogen werden soll.

Die Unterrichtsanstalten bestehen hier zumeist aus einer ganzen Kolonie von prachtvollen Bauten, in weiten, landwirtschaftlich schönen Gründen gelegen. Das Geld hierzu fließt reichlich aus den Losen der öffentlichen Wohltäter. Was Amerika für die Erziehung der Jugend getan und tut, übersteigt unsere Begriffe. „Patriotismus" hier, heißt die Sorge für die Entfaltung des kommenden Geschlechts.

Am 7. Oktober veranstaltete der deutsche Klub im Ballsaal des Hotel Somerset einen großen Empfang von 200 deutschen Aerzten, die in Washington einen Kongreß abgehalten und nun auf einer Rundreise durch die Vereinigten Staaten sich eben in Boston befanden. Die Herren aus Deutschland werden wohl einigermaßen gestaunt haben, daß die zu diesem Empfang ausgegebenen Karten die Aufschrift trugen: Zu Ehren der Baronin B. v. Suttner. Und ich selber staunte sehr, als bei meinem Eintritt und während der Präsident des Klubs mich zum Podium führte, das Orchester die österreichische Volkshymne intonierte. Dazu müssen Sie gewiß auch lächeln, lieber Fried. Diesmal sprach ich zum erstenmal seit meinem hiesigen Aufenthalt in deutscher Sprache zu meinen Hörern. Ich erzählte ihnen, wie verbreitet und vertieft das Interesse und die Mitarbeit an der Friedenssache in Amerika zu finden ist.

Von Boston aus machten wir einen kleinen Ausflug nach New York, nicht um Vortrag zu halten, sondern um mit Pierpont Morgan zu sprechen, an den ich von ganz besonders hoher Seite eine Empfehlung hatte. Der Milliardär empfing mich im Arbeitszimmer seiner imposanten Bibliothekshalle. Mein Zweck war, ihn zu bewegen, für einen Preßfonds zugunsten der Friedenssache einen Betrag zu spenden. Mr. Morgan, der eben damit beschäft ist, auf seine Kosten Pompeji ausgraben zu lassen, antwortete, daß er sich für die Friedensbewegung keineswegs interessiere und nichts daher tun könne. Auch eine Erfahrung; bis auf Ginn und Carnegie ist die amerikanische Millionenwelt dem Pazifismus noch unerschlossen.

Am Tage als ich das gastliche Ginnsche Haus verließ, um eine weitere Tournee nach Springfield, Worcester usw. anzutreten — es

war am 15. Oktober —, da brachten die Zeitungen die Nachricht von dem Attentat, das ein Narr auf Roosevelt ausgeübt hatte. Mit der Kugel in der Brust hielt der Expräsident seine angesetzte Rede. Sein mutiges und ritterliches Benehmen bei diesem Anlaß wird ihm mehr Stimmen gewonnen haben als Dutzende seiner vorhergegangenen Parteireden.

Immerhin: die Chancen stehen noch immer am günstigsten für Woodrow Wilson. Wenn Sie dieses veröffentlichen, ist die Frage, welche jetzt die Union so lebhaft in Atem hält, schon entschieden. Einstweilen hält mich in Atem die bange, fürchterliche Frage: was wird noch aus diesem Balkankrieg?!

PAZIFISTISCHE CHRONIK

15. Oktober. Bei einem Bankett der Kaufmannschaft in Berlin gibt der deutsche Staatssekretär von Kiderlen-Wächter im Hinblick auf den Balkankrieg der Hoffnung Ausdruck, dass es auch weiter gelingen werde, „ein Ueberspringen des Brandes auf die Nebengebäude zu verhüten".

15. Oktober. Sir John Brunner, der Präsident der „National Liberal Federation" richtet an die Präsidenten aller liberalen Vereinigungen Grossbritanniens einen Brief, in dem er die stärkere Betonung der liberalen Grundsätze in der auswärtigen Politik fordert: Rüstungsbeschränkung und Verständigung mit Deutschland.

15. Oktober. Die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft erlässt eine Resolution, in der sie für eine friedliche Entwicklung der Balkankrisis eintritt.

16. Oktober. Das Internationale Sozialistische Bureau erlässt ein „Manifest an die Arbeiter aller Länder!" in dem nachdrücklichst gegen den Krieg protestiert wird.

18. Oktober. Definitive Unterzeichnung des Friedens zu Lausanne zwischen der Türkei und Italien.

20. Oktober. Massenversammlung der Berliner Sozialdemokratie im Treptower Park. 120000 Personen protestieren gegen den Krieg.

22. Oktober. Grosse Protestversammlung der Münchener Sozialdemokratie gegen den Krieg.

23. Oktober. Der deutsche Offiziersklub in London veranstaltet ein Festessen, an dem der Lordmayor und die Sheriffs als Ehrengäste teilnehmen. Austausch von Freundschaftsbekundungen zwischen den englischen Gästen und den deutschen Gastgebern.

26. Oktober. In Berlin wird ein internationales Uebereinkommen über das Ausstellungswesen unterzeichnet.

27. Oktober. Massenversammlung der Leipziger Sozialdemokraten gegen den Krieg. 90000 Personen strömten zusammen.

27. Oktober. Protestversammlung des ungarischen Freidenkerbundes in Budapest gegen den Krieg.

27. Oktober. Friedens-Demonstrationsversammlungen der Sozialdemokraten in Nürnberg.

27. Oktober. Mahnschreiben der ständigen Kommission des Berner Bureaus an die Neutralen zwecks Beilegung des Krieges und Herstellung eines freien Balkanbundes.

28. Oktober. Das internationale sozialistische Bureau tritt aus Anlass des Balkankrieges in Brüssel zu einer Sitzung zusammen, um Massnahmen für einen internationalen Kriegsprotest zu treffen. Am Abend fand eine von 3000 Personen besuchte, machtvolle Protestversammlung gegen den Balkankrieg statt.

29. Oktober. Vor dem Haager Schiedshof beginnen die Verhandlungen in dem Schadenersatzstreit zwischen Russland und der Türkei.

28. und 29. Oktober. In Berlin tagt der V. deutsche Friedenskongress.

31. Oktober. Massenversammlung der Dresdener Sozialdemokraten gegen den Krieg. 35000 Personen nahmen daran teil.

31. Oktober u. 1. November. Unter dem Vorsitz von Sir Frank Lascelles und des Grafen Leyden findet in Anwesenheit zahlreicher hervorragender deutscher und englischer Persönlichkeiten in London eine anglo-deutsche Verständigungskonferenz statt.

Ende Oktober. Graf Berchtold in Pisa. Unterredung mit San Giuliano.

Ende Oktober. Die sozialdemokratische Partei Kroatiens-Slawoniens erlässt ein Manifest gegen den Krieg.

1. November. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, der in Wien stattfindet, setzt mit einem grosszügigen Protest gegen den Balkankrieg und eine mögliche kriegerische Politik Oesterreich-Ungarns ein. Grosse Rede Victor Adlers.

5. November. Der italienische Minister des Aeusseren Marchese San Giuliano konferiert mit den Mitgliedern der deutschen Regierung in Berlin.

AUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Haager Schiedshof. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Mitte Oktober fand eine wichtige und besonders zahlreich besuchte Sitzung des Verwaltungsrates des Haager Schiedshofes statt, in der Beschlüsse darüber gefaßt wurden, in welcher Weise das internationale Bureau nach seiner Uebersiedelung in den Friedenspalast weitergeführt werden sollte.

Am 28. Oktober hat die Verhandlung des russisch-türkischen Streites wegen der Verzugszinsen aus der türkischen Kriegsentschädigung von 1878 begonnen. Vorsitzender des Schiedsgerichts ist der schweizerische Gesandte in

Paris, Lardy; außerdem sind von türkischer Seite die vortragenden Räte im Ministerium des Auswärtigen, Rechid Bey und Herante Abro Bey, von russischer Seite der Unterstaatssekretär Baron Taube und der erste Dragoman an der russischen Botschaft in Konstantinopel Mandelstam als Richter benannt worden. Rechtsbeistände für Rußland sind Rechtsanwalt Fromageot-Paris sowie Privatdozent Francis Rey-Paris, für die Türkei Rechtsanwalt Clunet-Paris, Prof. Roguin-Lausanne, Rechtsanwalt Hesse-Paris, Youssouf Kemal Bey, Professor in Konstantinopel, und Rechtsanwalt Campinchi-Paris. Der ersten Sitzung wohnten die Gesandten von Rußland, der Türkei, Frankreich, Argentinien und Japan bei. Das Urteil wurde am 11. November gefällt. Auch der italienisch-französische Carthage- und Manoubafall wird in aller Kürze entschieden werden.

Rüstungsproblem.

Adolf Wagner und das Rüstungsproblem. :: :: :: ::

Der bekannte Professor der Nationalökonomie an der Universität Berlin, Geheimrat Adolf Wagner, hat eine neue Begründung für das Wettrüsten gefunden. Schon Ende vorigen Jahres hat er in der „Leipziger Illustrierten Zeitung" die Ansicht vertreten, daß das deutsche Volk noch lange nicht am Ende seiner Belastungsfähigkeit durch die Rüstungsauslagen angelangt sei, denn es gebe ja jährlich allein für alkoholische Getränke 3½ Milliarden Mark aus. Diese Meinung hat sich bei ihm offenbar inzwischen befestigt, denn bei der jüngsten Tagung des deutschen Wehrvereins in Berlin sagte Adolf Wagner nach übereinstimmenden Pressemeldungen dasselbe und fügte bei, das deutsche Volk sei eines der genußsüchtigsten und luxuriösesten Völker der Erde.

Den logischen Denkfehler, den Ad. Wagner hier begeht, haben aber die meisten Leute übersehen. Mit ähnlicher Logik kann man nämlich behaupten, es sei gänzlich überflüssig, daß auf unseren Eisenbahnen Schnellzüge verkehren damit der Reisende Zeit gewinne, denn tagtäglich werden viele Stunden von der Bevölkerung mit Nichtstun verbummelt. In beiden Fällen sind nämlich jeweils ganz andere Bevölkerungskreise betroffen. —

Im 1. Heft des XIV. Jahrgangs der „Friedenswarte" hat O. Umfrid in einem Aufsatze „Die Pflicht der Professoren" mit Recht darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, daß gerade unsere Universitätsprofessoren ihre Worte doppelt wägen, bevor sie sie aussprechen, da das Volk ihnen unbedingte Autorität zumißt.

Wie wäre es da, wenn unsere Nationalökonomen dieser Anregung Folge zu leisten versuchten, bevor sie derartige Behauptungen aufstellen? Wenn wirklich, wie Adolf Wagner meint, „die Rüstungen enorm produktive Ausgaben" sind, so kann man doch nur bedauern, daß nicht unendlich mehr gerüstet wird als gegenwärtig!

Mag sein, daß Rüstungen heutzutage eben notwendig sind, sie aber deshalb „produktiv" zu nennen, dazu liegt doch wohl keine Veranlassung vor, am allerwenigsten bei Vertretern der Wissenschaft, deren oberster Beruf der Dienst der Wahrheit sein sollte. J. M.

Verschiedenes.

Der Friede von Lausanne. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 18. Oktober wurde an den Ufern des Genfer Sees durch einen Vertrag der Raub von Tripolis legitimiert. Man nennt derartige Verträge Friedensschlüsse, und es gibt in der Tat noch immer zahlreiche Menschen, die in solchen Abschlüssen das Ziel der Friedensbewegung zu sehen glaube. Der Friede zu Lausanne bedeutet für uns jedoch nichts weiter als die Formulierung der Anarchie, in deren Ausnützung die Regierung von Italien der türkischen Regierung eine Provinz wegnahm. Sie bedeutet nichts weiter als eine Rückschaltung der akuten Gewalt in die latente. Mögen sich die Toren darüber freuen, mögen die italienischen Pazifisten aus dem Kreise der „Unione Lombarda" damit zufrieden sein. Uns ist dieser Friede nichts weiter als ein dekoratives Beiwerk mehr, wie es unsere unzeitgemäße Diplomatie zur Beschönigung ihrer Taten zu verwenden beliebt.

Für diese Diplomatie ist der Friede zu Lausanne wahrlich keine Tat, auf die sie stolz sein kann. Zu Beginn dieses Krieges glaubte sie ihre ganze Weisheit darein setzen zu müssen, den Zusammenstoß der Gewalt zu „lokalisieren", die „Integrität" der europäischen Türkei zu bewahren. Wie sind die Ereignisse über diese staatsmännische Weisheit hinweggerast. Dadurch, daß Europa den Tripolisraub zugab, hat es die europäische Türkei preisgegeben, den Krieg auf dem Balkan entzündet, und sich selbst vor das große Rätsel gestellt, dessen Lösung es seit einem Jahrhundert vermeidet. Der Friede zu Lausanne ist ein Dokument mehr zur augenfälligen Bekundung der völligen Unzulänglichkeit jener Institution, die noch immer glaubt, die Geschicke Europas schieben zu können und nicht sieht, wie sie von diesen selbst geschoben wird.

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten. :: :: :

Am 5. November ist Woodrow Wilson mit großer Mehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erwählt worden. Wir Pazifisten Europas bedauern in erster Linie, daß es unserem hervorragenden Gesinnungsgenossen Taft nicht geglückt ist, sich einen zweiten Präsidentschaftsterm zu sichern. Taft hat in den vier Jahren, in welchen er das hohe Ehrenamt inne hatte, für die Entwicklung des Friedensgedankens nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern in der ganzen Welt mehr

getan, als je einer seiner Vorgänger. Daß er die Absicht gehabt hat, die Schiedsgerichtsbarkeit durch die von ihm inaugurierten bekannten Verträge mit England und Frankreich derart zu erweitern, daß sie zu Instrumenten für eine völlige Abschaffung des Krieges zwischen den vertragschließenden Parteien hätten werden können, ist ein Verdienst, das ihm die Welt nie vergessen wird, auch wenn diese Verträge vorläufig nicht in dem ganzen Umfang in Kraft treten werden, wie es beabsichtigt war.

Ueber die pazifistische Bedeutung des neuen Präsidenten ist uns zur Stunde noch nichts bekannt, doch sprechen verschiedene Anzeichen dafür, daß wir mit der Wahl zufrieden sein können, und daß Woodrow Wilson der berufene Fortsetzer des Werkes von Taft sein wird. Dafür spricht auch die Unterstützung, die ein so hervorragender Pazifist, wie Edwin D. Mead, dem neuen Präsidenten zuteil werden ließ. In einem als Antwort auf die Aufforderung der „Woodrow Wilson College men's league" geschriebenen Artikel, sagt unser ausgezeichneter amerikanischer Kollege zugunsten der Wahl Wilsons: „Wir begrüßen seine Erwählung, als das Versprechen für die Befreiung des Landes von den großen Gefahren des Schutzzolles, von der Erbschaft des Imperialismus und vom Flottenwahn." Mead teilt mit, daß Wilson seine wärmste Sympathie mit dem internationalen Programm erklärt und seit Jahren eine fortschrittliche Haltung in der Schiedsgerichtspolitik eingenommen habe. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß unter Mr. Wilsons Verwaltung Maßnahmen inauguriert werden dürften, die die Staaten zu einer vereinigten Politik der Rüstungsverminderung führen werden. Diese Aussichten sind hocherfreulich; wir können demnach erwarten, daß in den nächsten vier Jahren fruchtbare pazifistische Anregungen von jenseits des Ozeans zu uns herüberkommen werden.

Ein wichtiger Schritt zur deutsch-englischen Verständigung.

Sir John Brunner, der Präsident der „National Liberal Federation", hat Mitte Oktober an sämtliche liberale Vereinigungen Englands ein Rundschreiben gerichtet, in dem er sich über die auswärtige Politik Englands in dem Sinne äußert, daß der Sieg der Liberalen im Jahre 1906 auf Grund eines Programms gewonnen worden sei, das Frieden und Reformen verhieß. Man mußte annehmen, daß schiedsgerichtliche Ideen gefördert und eine Erleichterung der mit steten Rüstungen verbundenen Ueberbürdung der Staatsfinanzen folgen würde. Zwar könne mit Genugtuung darauf hingewiesen werden, daß England unter der liberalen Regierung den Frieden aufrechterhalten habe, während eine unionistische Regierung innerhalb von zehn Jahren ein Dutzend Kriege in verschiedenen Teilen der Welt vom Zaun gebrochen habe. Aber die Panik vom Jahre 1909 habe trotz der liberalen Regierung den Geist ruhiger Ueberlegung und Sparsamkeit weggeschwemmt. Seither seien die Flottenforderungen um 13 Mill. Pfund erhöht worden, während die mit der deutschen Flotte in Verbindung stehenden Ausgaben eine Erhöhung bloß um 4 Mill. Pfund erfahren haben. Das englische Auswärtige Amt scheine den Forderungen der Jingo-Presse Gehör geschenkt zu haben, das Parlament sei irregeführt und die Mehrforderungen für die Flotte mit unrichtigen Angaben über die deutsche Flotte begründet worden. Die Erfindung der Dreadnoughts durch die englische Admiralität habe sich zu einem Fluch der Menschheit gestaltet, und nicht am allerletzten für England und Deutschland, denn beide Völker könnten das für Rüstungen vergeudete Geld für soziale Reformen verwenden. Wenn dem fortgesetzten Wettbewerb der Flotten kein Ende gemacht werde, könne am Ende die Zivilisation und Gesellschaft durch sie zerstört werden.

Das Hauptübel liege in der Tatsache, fährt Sir John Brunner fort, daß die Diplomaten geheime Verträge schaffen. So habe das gute Einvernehmen mit Frankreich die Beziehungen Englands zu Deutschland geschädigt. Die Folge sei, daß die Militärpartei in Frankreich auf Englands Unterstützung gegen Deutschland rechne, während die russische Regierung das Prestige Englands für seine Unterdrückungsmaßnahmen in Finnland und Persien mißbrauche...

Ferner führt Sir John Brunner in seinem Rundschreiben aus, daß die Nordsee zur Szene gegenseitigen Mißtrauens und kriegerischer Vorbereitungen von bisher noch nicht dagewesenem Umfang geworden sei. Ueber die Nordsee nehme die Handelsschiffahrt Englands täglich ihren Weg. Englands bester Kunde und bedeutendster Handelsfreund unter den Großmächten rüste in nervöser Hast, um seine eigene Handelsmarine vor der drohenden Ueberlegenheit der englischen Flotte zu schützen. Mit gleicher Nervosität und größerer Hast werde Englands Flotte ohne Rücksicht auf Kosten vergrößert. Die furchtbare Warnung der Marokkokrise sei vorübergegangen, aber die Wunde sei ungeheilt geblieben. Lord Haldanes Mission sei durch Mr. Churchills kriegerische Reden ruiniert worden. Zwar seien Fehler auf beiden Seiten gemacht worden, zweifelsohne sei aber die Kälte und der Pessimismus des Auswärtigen Amtes in London ein hartnäckiges Hindernis für eine Entente zwischen Deutschland und England gewesen, eine Entente, die von beiden Völkern innig herbeigewünscht werde.

Es werde immer wieder behauptet, meint Sir John Brunner, daß Rüstungen von der Politik abhängen. Wenn dies wahr ist, dann müsse eine Politik falsch sein, der zufolge die Rüstungen innerhalb von vier Jahren um 13 Millionen Pfund vermehrt wurden.

Die „National Liberal Federation" sei das beglaubigte Organ der liberalen Partei Englands.

Diese habe nun eine Pflicht gegenüber der Regierung und gegenüber dem Lande zu erfüllen. Die Regierung müsse aufgefordert werden, ihre Politik so zu ändern, daß Reibungen und Argwohn entfernt werden, so daß eine Verminderung der Rüstungen herbeigeführt werden könne. Die liberale Partei müsse die englische Regierung veranlassen, von der Beschlagnahme von Handelsschiffen zur Zeit eines Krieges Abstand zu nehmen. Dies sei der amerikanische Vorschlag gewesen, der auf der Haager Konferenz von Deutschland unterstützt wurde. Sollte diese Politik eingeschlagen werden, dann würde das Haupthindernis für die Entwicklung der deutschen Flotte entfernt und gleichzeitig eine der größten Gefahren für die englische Nahrungszufuhr zur Zeit eines Krieges beseitigt werden. Es müsse ausdrücklich festgelegt werden, daß die liberale Partei Englands auf ein gutes Einvernehmen mit Deutschland hinarbeite.

☞

Vom internationalen Handelskammerkongreß in Boston.

Der 5. internationale Kongreß der Handelskammer, der vom 24. bis 28. September in Boston tagte, war vom pazifistischen Gesichtspunkt von hoher Bedeutung. Der Kongreß, der heute die gesamte Handelswelt des Erdkreises repräsentiert, hat sich eingehend mit der Schiedsgerichtsfrage befaßt. Zunächst mit der Errichtung eines internationalen Schiedshofes zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Privatpersonen und Staaten, worüber der Berliner Professor Max Apt referierte. Hierauf, auf Antrag von Edwin D. Mead, mit der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit im allgemeinen, und der möglichst baldigen Errichtung des wirklich ständigen Schiedshofes, wie ihn die letzte Haager Konferenz angenommen. Wir lesen darüber im „Independent": „Es erregte heftigen Widerspruch, als der Präsident bestimmte, daß diese und ähnliche Resolutionen dem nächsten Kongreß, zwei Jahre später, unterbreitet werden sollten; aber das sorgfältige Studium der Statuten bewies, daß die Auffassung des Präsidenten richtig war. Die Meinung des Kongresses aber, daß es kein Kompromiß und kein Zögern gebe über die Schiedsgerichtsbarkeit und einen Schiedshof, war so überwältigend und der Ausdruck dafür von allen Seiten so stark, daß der Präsident, Mr. Canon-Legrand, einsah, daß bei diesem Fall von der Anwendung der gewöhnlichen Bestimmungen abgegangen werden müsse. Die amerikanische Meinung war hauptsächlich dagegen, weil die amerikanischen Handelskammern eine Vereinigung von Männern aufweisen, von denen 200 regelmäßig bei den Mohonk-Konferenzen vertreten sind. Deshalb brachte der Präsident eine Resolution ein, welche dem Kongreß in der Schlußsitzung unterbreitet wurde. Er erklärte darin, daß er die allgemeine und überwiegende Meinung des Kongresses, welcher die Handelswelt vertritt, auszudrücken glaube. Seine Resolution befaßte sich nicht nur mit der größtmöglichen Ausdehnung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und der Errichtung eines Schiedshofes, sondern auch mit der Vereinigung der Nationen, um die Abscheulichkeiten des Krieges abzuwenden. Franzosen, Engländer, Deutsche und Amerikaner haben die Resolution unterstützt, und die Annahme derselben mit großem Beifall und Hüteschwenken begrüßt. Es war der größte Moment in der Versammlung der Handelsmänner, welche die bedeutungsvollste war, die je zusammentrat. Ihre Bedeutung wird heute und von nun ab, wie ein Redner sagte, von jeder Regierung gewürdigt werden."

☞

Der dritte internationale Kongreß der amerikanischen Studenten.

In Lima fand vom 21.—28. Juli der dritte internationale Kongreß der amerikanischen Studenten satt, bei dem die Studentenschaft von 15 amerikanischen Republiken vertreten war. Der erste dieser Kongresse tagte vor vier Jahren in Montevideo, bei dem sich die Vertreter von nur sieben Nationen zusammenfanden. Die Aufgaben dieser Kongresse bestehen nicht nur in der Förderung der erzieherischen Interessen, sondern auch in der Vertretung des Friedens- und Verständigungsgedankens. Das Präsidium lag in den Händen von Carlos Concha, der in seiner Begrüßungsansprache die Delegierten als „Herolde der Brüderlichkeit und des Friedens, neuer Ideale und neuer Hoffnungen" willkommen hieß. Der Kongreß hat zur gegenseitigen Verständigung der akademischen Jugend Gesamtamerikas viel beigetragen. Er ist eines der Instrumente, mit denen die panamerikanische Bewegung die Verständigung der amerikanischen Staatenwelt durchführt. „Diese Kongresse sind wahrscheinlich die eigenartigste Einrichtung dieser Art, die jemals in irgendeinem Teil der Welt zusammentrat. Ihre Aufgabe ist es, die Sympathie der Studentenwelt in ganz Amerika zu erwecken. Es ist die Idee der allgemeinen Friedensbewegung, der Kollegenschaft und Freundschaft zwischen den verschiedenen Völkern, die ihr zugrunde liegt. Früher, als man zu erwarten glaubt, wird sich, als Ergebnis dieser Bewegung, eine internationale Sympathie einstellen." So äußert sich ein Vertreter der panamerikanischen Union über diesen dritten amerikanischen Studentenkongreß.

☞

Sozialdemokratische Verblendung. :: :: :: :: :: :: ::

Wir sind weit davon entfernt, das große Werk der Sozialdemokratie für die Bekundung des Friedenswillens zu verkennen. Wir freuen uns der Wucht, mit der sie gegen den Kriegs-

verrat ihre Massen in Bewegung setzt. Warum das aber alles nicht ohne Verhöhnung der sogenannten „Bürgerlichen" Friedensbewegung vor sich gehen kann, ist uns nicht recht erfindlich. Es ist eine Torheit, die Kräfte zu unterschätzen, die heute in der bürgerlichen Welt für den Frieden wirken. Daß diese zum Sieg der Friedensidee notwendig sind, daß die Sozialdemokratie allein, trotz ihrer aufgebotenen Massen, das Ziel nicht erreichen kann, geben ihre Vertreter zuweilen selbst zu, was diese jedoch nicht hindert, ihren Witz an den Friedensarbeiten des Bürgertums zu üben .

Ein drastisches Beispiel für diese unlogische und unwürdige Taktik bietet uns ein Vorgang auf dem letzten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. In einer wirklich großzügigen, von echt staatsmännischem Geiste getragene Rede sprach der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Dr. Victor Adler, über „Der Krieg und die Internationale". Darin finden wir aber folgenden Satz:

„Wir haben noch eine moralische Autorität, die bürgerlichen Friedensfreunde. Wir wünschen ihnen alles Gute, aber ich fürchte, es wird ihnen nicht gelingen, dem Krieg auf dem Balkan beim Gerichtshof im Haag den Prozeß anzuhängen, wenn sie auch durch den Fürsten von Monaco, den Freund der Baronin Suttner, auf die Monarchen einwirken werden. Eine Autorität, eine wirksame moralische Autorität haben die Pazifisten in Europa nicht."

Diese Sätze sind ebenso unwahr wie sie unsinnig sind.

Unwahr, weil der „bürgerliche" Pazifismus den Friedensgedanken schon zu einer Zeit vertreten hat, wo es eine Arbeiterbewegung noch gar nicht gab. Das kommunistische Manifest war noch nicht geschrieben, als die „Pazifisten" schon auf internationalen Kongressen ihre „moralische Autorität" geltend machten. Ueber die Erfolge dieser Arbeit wollen wir mit Herrn Dr. Adler nicht rechten. Sie sind vorhanden. Aber die Unsinnigkeit, die in der Andeutung liegt, als wäre es Absicht der Pazifisten, den Balkankrieg im Haag zur Schlichtung zu bringen, müssen wir unterstreichen. Es ist bedauerlich, daß ein geistig so hochstehender Mann, wie Dr. Adler, sein Wissen über die „bürgerliche" Friedensbewegung aus den Witzblättern schöpft und dann glaubt, das Recht zu haben, zu einer Verurteilung zu gelangen.

Aber der Parteitag straft ihn selbst Lügen. Nach Dr. Adler kam Dr. Bauer zum Wort und dieser sagte folgendes:

„Wenn aber trotzdem die Gefahr besteht, weil alte geschichtliche Vorurteile den Gedanken genährt haben, daß dort unsere Interessen lägen und Errungenschaften zu holen seien, ist es jetzt unsere eigentliche Aufgabe, durch unsere Kritik sie zu zerstören. Da stehen wir nun vor der großen Schwierigkeit, daß wir in Oesterreich den Weg zu der großen Oeffentlichkeit, den Weg zu den Kreisen über die organisierte Arbeiterschaft hinaus viel schwerer finden als die Genossen in anderen Ländern. . . . Wir kommen an die Oeffentlichkeit, die außerhalb unserer Reihen ist, nicht heran, unsere Argumente können sich nicht durchsetzen, weil niemand von ihnen hört. . . . Deshalb können wir uns nicht damit begnügen, mit den Aktionen unserer Presse, unserer Abgeordneten, mit den Versammlungen, **die über den engen Kreis unser selbst nicht hinausreichen.** Wir müssen mit allen Mitteln hinauskommen über diesen engen Kreis. . . ."

Was sagen uns diese Worte? —

Sie sagen, daß die Sozialdemokratie die Wirkung und die Bedeutung der sogenannten „bürgerlichen" Friedensbewegung nötig hat. Wenn ihre Friedens-Argumente über den engen Kreis ihrer Organisation nicht hinausreichen, so ist die Kooperation mit dem Pazifismus angezeigt, der außerhalb jenes Kreises wirkt. Die törichte Verhöhnung des Pazifismus seitens der Sozialdemokratie erweist sich hier offensichtlich als ein schwerer taktischer Fehler, den nicht die Parteien, den die ganze Menschheit büßen muß. Denn die Friedenssache ist keine Parteisache, darf keine Parteisache sein; sie ist eine Menschheitssache.

Der Mucker über den Krieg. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Ein Anonymus kritisiert im „Täglichen Unterhaltungsblatt" des frommen „Reichsboten" (27. IX.) Gustav Jansons „Lügen". Es wäre ergötzlich, den ganzen, spaltenlangen Artikel hier abzudrucken, in dem sich ein evangelischer Pastor dagegen wehrt, daß es Menschen gibt, die so gottlos sind, den Krieg bekämpfen zu wollen. Wir müssen uns darauf beschränken, nur einen Absatz zur Kennzeichnung jenes Geistes hier festzunageln, dessen Vertreter, um mit Bodenstedt zu reden, das Christentum am liebsten aus Kanonenschlünden predigen möchte.

„Die Stellung zu diesen Friedensbewegungen auf Grund eines in der Heiligen Schrift wurzelnden Christentums ist doch klar. Der große „Weltfriede" ist ein Ziel, das nicht durch Kulturfortschritte erreicht wird, sondern durch eine religiöse Wiedergeburt der Menschheit im ganzen. Solange diese nicht kommt, d. h. in diesem Aeon, wird es Krieg auf Erden geben. Den Krieg auf Erden abschaffen, ist gerade so viel als die Arbeit auf Erden beseitigen zu wollen. Wie bei der „Arbeit", so ist auch bei dem „Kriege" der göttliche Weltplan darauf angelegt, daß aus dem, was infolge menschlicher Sünde nun einmal als Erdenübel vorhanden ist, Segen wachsen kann, wenn die Menschen es sich dazu dienen lassen wollen. **Im Namen des Christentums ist gegen die Friedensbewegung zu protestieren,** weil sie nicht Wahrheit, sondern Lüge darstellt, die um so berückender wirkt, weil sie sich mit dem Schaum

christlich klingender Redensarten umkleidet. Und wenn sie bereits den Mut hat, vorauszusetzen, daß die evangelische Geistlichkeit den wahren Sachverhalt nicht mehr erkennt, so ist es im Interesse unserer Kirche wie unseres Volkes an der Zeit, öffentlich gegen diese gefährliche Bewegung in die Schranken zu treten, ehe auch auf diesem Gebiet, auf dem zugleich nationale Interessen liegen, eine Umwertung fester sittlicher Begriffe und eine allgemeine Verwirrung Platz greift."

Der Mann, der dies geschrieben, hat selbstverständlich nicht den Mut gehabt, seinen Namen zu nennen.

Der Friedensschrei einer Türkin. :: :: :: :: :: :: :: ::

Eine angesehene junge Türkin, die in Konstantinopel als Schriftstellerin viel bewundert wird, hat ein offenes Schreiben an die gebildete Frauenwelt Rußlands gerichet, das folgenden Inhalt hat:

Russische Frauen! — Eure Gesetze und Familientraditionen, eure Neigungen und Sitten weichen völlig ab von den unsrigen. Ich kenne wohl schriftstellernde Russen, doch habe ich nie eine russische Frau mit eigenen Augen gesehen. Und doch glaube ich euch zu kennen, euren Edelmut, eure Opferfreudigkeit, eure flammende Begeisterungsfähigkeit, die Turgenjew so hinreißend schildert und euer großer Tolstoi! Weil ich so viel über euch gelesen habe, fasse ich den Mut, im Aufschwung meines Herzens einen Ruf über den Bosporus und über das Schwarze Meer zu euch hinüberzusenden, damit er ein Echo in eurem Lande auslöse. Schenket Gehör diesem Rufe einer Türkin, selbst wenn er euch sinnlos und lächerlich klingt!

Wie sehr unsere türkischen Zeitungen und Staatsmänner uns auch zu überzeugen bemüht sind, daß man in Rußland unsere türkische Nation verachtet und sie als eine Millionenhorde von Schurken, Halunken und seelenlosen Bestien betrachtet — ich glaube es nicht! Sind wir doch genau ebensolche weiße Menschen wie ihr und teilen mit euch die Liebe zum Himmel, zur Sonne, zu Gott, zur Familie, zum Volke und zur Pflicht!

Ein Kriegsgeschrei durchdringt die ganze Türkei! . . . Ungesehen von der Welt draußen sind aber die Ströme von Tränen, die in den Häusern und Harems vergossen werden, wo Mütter ihre Söhne segnen, ehe sie hinausziehen, um das türkische Land vor der Schmach zu bewahren. Nicht wir haben den Krieg begonnen, nicht wir haben zuerst einen Menschen totgeschlagen! Eure slawischen Brüder fielen über uns her mit dem festen Entschlusse, die Türkei von der Erdoberfläche zu vertilgen. Sollten denn die Christen gar keinen anderen Ausweg finden können, um den jahrhundertealten Streit und Hader einer Lösung entgegenzuführen! . . .

Es fehlt euch nicht an Gelehrten, an großmütigen Propheten, an geweihten Verteidigern des Weltfriedens, und dennoch habt ihr zuerst das Geschrei erhoben: „Rache, Tod, Menschenblut!" — Der Aberglaube verleitete allerdings einzelne bei uns zu einer Bedrängung von Christen und zu einer Störung benachbarter Siedelungen, doch wird dadurch noch durchaus nicht die Herausforderung eines ganzen Landes gerechtfertigt, dessen Volk in seiner Gesamtheit — ich schwöre es bei der Liebe zu Allah — unschuldig daran ist und keinen Anteil hat an den Schlägereien und Zusammenstößen.

Ihr werdet mir entgegnen, daß alles bereits vergebens versucht worden sei, um die Missetäter zu strafen und auszurotten. . . . Sagt das aber nicht, denn es ist nur eine Lüge der Diplomaten, eine Täuschung der Politiker und eine Erfindung der Ausbeuter, die schon lange ihren Habichtsblick auf die arme, ausgesogene türkische Erde richteten, um sie in Stücke zu zerreißen. Unsere Bevölkerung wünschte nichts sehnlicher als Frieden, Eintracht mit den Nachbarn und Ruhe und Freude daheim! Sie ist verträglicher als irgendeine andere in der Welt, und leicht hättet ihr euch davon überzeugen können, wolltet ihr unserer Seele näherkommen und uralte Vorurteile aufgeben! Wozu ist das Blutvergießen, wozu sind die Schrecken des Krieges und die Haufen von Leichen!

Mögen die besten Leute der Slawen mit den besten Leuten der Türkei sich auf einem großen Kongreß vereinigen und gemeinsam Mittel und Wege suchen zur friedlichen Annäherung der Balkanvölker und zur Entwurzelung des Hasses und der Bosheit, die einen finsteren Schleier über unser Land breitet. . . . Weg mit den Diplomaten, mit euren sowohl als mit unsern! . . . weg mit den Anstiftern von Feindschaft und Unordnung. Man mache dem Volke Platz und lasse es selbst zu Worte kommen!

Wir wollen keine Gräber graben, sondern wir kämpfen schweren Herzens, weil die Tränen unserer Waisen uns dazu treiben. Der bloße Gedanke macht uns schaudern, daß unser Glück und das der Slawen aus Blut, aus dem Todeskrampf unserer Väter und Brüder geboren werden soll! . . . So rufet auch ihr, russische Frauen, nach Frieden, entfachet nicht die Kriegsfackel, entzündet nicht die Leidenschaft unserer Feinde und fordert keine Rache . . . Die Polizei kennt keinen Gott und keine Menschenseele, sie ist ein wildes Tier . . . aber wir brauchen keinen Krieg, so wenig wir verlassene Familien und unglückliche Kinder brauchen. . . .

Saira Iseddin-Kisy.

Herbert Eulenberg über die Friedensbewegung. :: ::

Einer der zukunftsreichsten und jüngsten deutschen Dichter, Herbert Eulenberg in Düsseldorf-Kaiserswerth, soll sich kürzlich dahin geäußert haben, eine seiner größten Hoffnungen sei der Weltfriede, und das moderne Drama, das sich mit den Ideen unserer Zeit befassen

müsse, dürfe an dieser Frage nicht vorüber gehen. Wenn das tatsächlich von Eulenberg gesagt worden ist, so dürfen wir erwarten, daß er selbst dieses Drama schreiben und sich daher den Ruhm erwerben werde, wie kein anderer Dichter zu dem größten Fortschritte der Kultur beigetragen zu haben.

Volksausgabe von Normann Angell. :: :: :: :: :: ::

Der Verlag „Vita, Deutsches Verlagshaus", in Berlin-Charlottenburg kündigt soeben eine Volksausgabe von Normann Angells berühmtem Buch „Die große Täuschung" an. Dieses erscheint in 8° bei einem Umfang von 265 Seiten in elegantem Einband mit farbigem Umschlag zum Preise von 1,25 M. Gleichzeitig wird das Erscheinen dieses Buches in 17 Sprachen angekündigt. Leider ist für diese Ausgabe der bereits eingebürgerte Titel geändert worden. Das Buch heißt nicht mehr: „Die große Täuschung", sondern: „Die falsche Rechnung" mit dem Untertitel „Was bringt der Krieg ein?". Es ist unpraktisch, den Titel eines in der Weltliteratur bereits eingeführten Buches zu ändern; überdies ist der neue Titel wenig geschmackvoll. Das Buch Angells ist keine Sensationsschrift, sondern ein Werk von klassischem Ernst. Bei vielen kann auch die Meinung entstehen, als handle es sich um eine völlig neue Schrift Angells.

Die Hauptsache bleibt aber der Inhalt. Deshalb wünschen wir der neuen Volksausgabe des großen Werkes die weiteste Verbreitung.

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Das „Internationale Friedensinstitut" in Monaco ist durch Ordonnanz des Fürsten Albert I. nach Paris verlegt worden. Gustav Moch hat die provisorische Leitung dieses Instituts übernommen, das an seiner neuen Heimstätte gar bald einen großen Aufschwung nehmen dürfte. — Eine Anzahl hervorragender Niederländer hat sich zusammengetan, um aus Anlaß der Eröffnung des Friedenspalastes im Haag im nächsten Jahre eine internationale Zusammenkunft der studierenden Jugend aller Länder zu veranstalten. — Dr. Hamilton Wright Mabie, der Mitherausgeber des „Outlook" in New York, hat sich im Auftrage der ersten Abteilung der Carnegiestiftung nach Japan begeben, um dort im Interesse der amerikanisch-japanischen Verständigung eine Vorlesungstournee durch die Hauptstädte des Inselreiches zu erledigen. Diese Vorlesungstournee ist eine Ergänzung der im Vorjahre durch Dr. Inazo Nitobe in den Vereinigten Staaten absolvierten Vorlesungstournee. Zu Ehren Mr. Mabies fand am 22. Oktober im Hotel Astor in New York ein Abschieds-Diner statt, dem 300 Gäste beiwohnten und dem Präsident Nicholas Murray Butler vorsaß.

Voranzeige.

Im Monat **Dezember** erscheint:

Handbuch der Friedensbewegung.

Zweiter Teil.

Geschichte, Umfang und Organisation der Friedensbewegung.

Von

Alfred H. Fried.

Zweite, gänzlich umgearbeitete und erweiterte Auflage.

Inhaltsverzeichnis des zweiten Teils:

VI. Abschnitt: **Die Geschichte der Friedensbewegung.**
- A Bis zum Wiener Kongreß.
- B. Vom Wiener Kongreß bis zur ersten Haager Konferenz (1815—1899).
  - I. Von der Gründung der ersten Friedensgesellschaften bis zur Gründung der interparlamentarischen Union (1815—1888).
  - II. Vom ersten Weltfriedenskongreß bis zur ersten Haager Konferenz (1889—1899).
- C. Von der ersten Haager Konferenz bis zur Gegenwart (1899—1912).
  - I. Von der ersten zur zweiten Haager Konferenz (1899—1907).
  - II. Die letzten fünf Jahre (1908—1912).

VII. Abschnitt: **Die Friedensbewegung und ihre Organe.**
- A. Institutionen, Gesellschaften, Stiftungen, Zentralstellen usw., die der Friedensidee dienen.
  - I. Die Ansätze zur Weltorganisation.
  - II. Nichtoffizielle Organisationen.
- B. „Wer ist's?" des Pazifismus.
- C. Führer durch die pazifistische Literatur.
  - I. Periodica.
  - II. Bücher und Broschüren.

Personen- und Sachregister.

Umfang ca. 500 Seiten.

Preis broschiert Mk. 5.— = Kr. 6.—.

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen und die

Expeditionsstelle der „Friedens-Warte"
Pass & Garleb G. m. b. H. Berlin W.
Bülowstrasse 66.

AUS DER BEWEGUNG

Wilhelm Försters 80. Geburtstag. :: :: :: :: :: :: ::

Am 16. Dezember wird Geheimrat Prof. Wilhelm Förster achtzig Jahre alt.

Förster ist eine der sympathischsten Erscheinungen der internationalen Friedensbewegung, der er trotz seines Alters noch immer rüstig und unermüdlich seine Arbeit widmet. Er ist vom Hause aus Astronom und war lange Jahre Direktor der Berliner Universitätssternwarte. Durch diese Wissenschaft, die den Außenstehenden noch immer so sehr abstrakt erscheint, kam Förster frühzeitig in die praktische internationale Organisation. Die Bildung einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Maß- und Gewichtswesens, die im Jahre 1872 begann, führte ihn zur internationalen Gemeinschaftsarbeit. Heute ist Förster seit langem der Präsident des int. Maß- und Gewichtskomitees, das in Paris-Sèvres seinen Sitz hat. Angeregt durch Dr. Felix Adler, der 1891 in Berlin weilte, begründete er um diese Zeit in Deutschland die ethische Bewegung. Im Jahre 1892 nahm er auch Anteil an der Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft. Später trat er mit d'Estournelles in Verbindung und wirkte er für die Einführung der Ideen der „Conciliation internationale" in Deutschland. Seit einigen Jahren ist Förster Präsident der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft. Er ist Ehrenpräsident der „Conciliation internationale" und Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung. Den Ideen der internationalen Organisation widmete er in den letzten 15 Jahren fast seine ganze Tätigkeit. In einem von ihm verfaßten Flugblatt über die „gemeinsame Verwaltung der Erde" hat er seine Anschauungen darüber niedergelegt.

Förster tritt den Fragen des Tages vom hohen sittlichen Standpunkt gegenüber. Er verwirft die Leidenschaft auch im Kampfe für die Kulturpartei und sucht durch Ueberzeugung und mit der Ruhe des Ueberlegenen auf die Gegner zu wirken. Er ist mit seiner hohen Weltanschauung, seiner reichen Erfahrung und seinen edlen sittlichen Qualitäten eine der erfreulichsten Erscheinungen des modernen Deutschland, ein Edelmensch, auf den unser Zeitalter stolz sein kann. Sein hohes Alter hindert ihn erfreulicherweise nicht daran, der Menschheit weiter zu dienen. Erst vor wenigen Wochen sahen wir ihn in voller Tätigkeit auf dem Heidelberger Verbandstag. Von dort begab er sich nach Paris, um an den Arbeiten der internationalen Zeitmessungskonferenz teilzunehmen. Diese endigten gerade rechtzeitig, um ihm zu gestatten, dem V. Deutschen Friedenskongreß zu präsidieren, der Ende Oktober in Berlin stattfand. An dem Tage, an dem dieser Kongreß seine Arbeiten schloß, begab sich Förster nach London, um an der anglo-deutschen Verständigungskonferenz teilzunehmen. Diese Rührigkeit gibt uns die Hoffnung, daß der Jubilar noch lange Zeit seine Tätigkeit unserer Bewegung wird widmen können. Daß die gesamte zivilisierte Welt diesen Wunsch mit uns teilen wird, möge dem Jubilar den Tag seines achtzigsten Geburtstages verschönen.

In seinen „Lebenserinnerungen und Lebenshoffnungen", die 1911 erschienen, hat Förster seine reichen Erfahrungen niedergelegt und die Arbeit seines Lebens geschildert.

☞

Baron d'Estournelles 60. Geburtstag. :: :: :: :: :: ::

Nicht am 22. Sept., wie es in der September-Nummer der Friedens-Warte irrtümlich hieß, feierte Baron d'Estournelles seinen 60. Geburtstag; er begeht ihn erst am 22. November.

Auf die Glückwünsche, die wir an erwähnter Stelle dem großen Friedenstechniker etwas vorzeitig darbrachten, sei hier nur nochmals hingewiesen. Wir sind überzeugt, daß mit uns die große Schar der Vertreter des Weltrechtes an jenem Tage dankbar der Verdienste gedenken werden, die sich Baron d'Estournelles um den Fortschritt der Menschheit erworben hat.

☞

Andrew D. White. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der hervorragende amerikanische Gelehrte und Diplomat Andrew D. White beging am 7. Nov. seinen 80. Geburtstag. White, der am 7. Nov. 1832 zu Homer im Staate New York geboren wurde, lebt jetzt in Ithaka N. Y., wo er früher als Präsident der Cornell-Universität gewirkt hat. Er war jahrelang der diplomatische Vertreter der Vereinigten Staaten in Rußland und Deutschland, wo er mit den hervorragendsten Persönlichkeiten jener Länder in Fühlung trat. Auf der ersten Haager Konferenz spielte er als erster Delegierter seines Heimatsstaates eine denkwürdige Rolle. Er war es, dem es u. a. zu danken ist, daß die Reichsregierung ihren hartnäckigen Widerstand gegen den Schiedshof aufgab. Während der Konferenztagung arrangierte er am Grabe des Hugo Grotius in Delft eine Ehrung des großen Vorkämpfers des Völkerrechts durch Niederlegung eines silbernen Kranzes in Anwesenheit sämtlicher Delegierten der Friedenskonferenz. White hat wiederholt in wichtigen Schiedsfällen als Schiedsrichter mitgewirkt. In seinen „Lebenserinnerungen" gibt er eine lebendige und hochinteressante Darstellung der nicht offiziellen Vorgänge auf der I. Haager Konferenz. Er ist Trustee der Carnegiestiftung.

Wir wünschen dem hervorragenden Manne, der sein Leben dem Fortschritte der Menschheit gewidmet hat, einen recht langen und glücklichen Lebensabend.

☞

Eine bemerkenswerte Friedensorganisation. :: :: ::

„Die Internationale Kinder- und Jugend-Friedensmission ist inmitten eines Volkes gestiftet worden, das keinen einzigen Soldaten,

keine einzige Kanone, kein einziges Kriegsschiff, keine einzige Festung besitzt; das von einer 50fachen Uebermacht erdrückt wird, das aber entschlossen ist, mit den reinen Waffen des Geistes sein inneres Leben zu verteidigen und für die Ankunft des Reiches Gottes auf Erden zu wirken."

So lauten in ihrer ungekünstelten Beredsamkeit einige der Sätze, die eine in Finnland im Jahre 1911 gegründete Friedensorganisation, „Die Internationale Kinder- und Jugend-Friedensmission", in ihren Sendbriefen hat drucken lassen.

Die Internationale Kinder- und Jugend-Friedensmission nimmt in ihren Dienst einen jeden, der ihre Grundsätze von Heim zu Heim verbreiten will; gibt Anweisungen bezüglich Literatur und Auskunft über die Friedensfrage; und sucht eine internationale Organisation unter den Kindern und der Jugend zustande zu bringen.

Der Leiter der Internationalen Kinder- und Jugend-Friedensmission ist Dr. Robert Boldt, Lehrer im schwedischen Reallyceum zu Helsingfors.

Boldt ist in Kuopio, im Herzen Finnlands, im Jahre 1861 geboren worden. In der Kindheit lernte er mit gleicher Liebe die finnischen und schwedischen Nationalitäten Finnlands und ihre Sprache zu umfassen. Er studierte auch in Schweden. In der Schule wirkt Dr. Boldt als Lehrer der Naturgeschichte und der Geographie. Außerdem hat er seit 20 Jahren einen großen Teil seiner Zeit für die Förderung der Heimatforschung geopfert. Auf diesem Gebiete hat er sich als guter Organisator erwiesen und dieses Organisationsvermögen wird nunmehr der Friedensarbeit zugute kommen.

LITERATUR U. PRESSE

Handbuch der Politik. I. Band: Die Grundlagen der Politik. II. Band: Die Aufgaben der Politik. Herausgegeben von Dr. Paul Laband, DDr. Adolf Wach, DDr. Adolf Wagner, Dr. Georg Jellinek, Dr. Karl Lamprecht, Dr. Franz Liszt, Dr. Georg von Schanz, Dr. Fritz Berolzheimer. Quart. Berlin u. Leipzig. Dr. Walter Rothschild. 1912/13. I. Bd. XIII u. 430 SS. II. Bd. XIV u. 816 SS.

Das vorliegende Handbuch der Politik ist eine monumentale Leistung. Ein Werk, das sicherlich dazu beitragen wird, das Verständnis für die wichtigen politischen Fragen zu verallgemeinern und die Sicherheit der politischen Diskussion zu fördern. Der erste Band umfaßt die Theorie der Politik: Abhandlungen über „die Politik als Staatskunst und Wissenschaft", über den „Staat", über „Herrschaft und Verwaltung", „die Gesetzgebung", „die Rechtsprechung" und den „Parlamentarismus". Der zweite, umfangreiche Band zeigt uns die angewandte Politik: „Die politischen Parteien in Deutschland", „die Gemeinwirtschaft", „die Einzelwirtschaft", „die sozialen Fragen", „Schulwesen", „Kunstpflege", „Grenzlande und Kolonien" und als XIV. Hauptstück: „Die politischen Ziele der Mächte in der Gegenwart."

An diesem Teil des Werkes haben wir vieles auszusetzen. Hierin soll die Politik in ihrer internationalen Wirkung geschildert sein, wir finden aber zumeist nur Abhandlungen über eine internationale Politik von den verschiedenen nationalen Gesichtspunkten der einzelnen Staaten. Es ist das die übliche Tagespolitik unter Außerachtlassung der höheren Gesichtspunkte einer von der höheren Warte gesehenen Internationalität. Es fehlt ein Eingehen auf das umfangreiche internationale Leben der Gegenwart, auf die bereits in starken Ansätzen vorhandene Internationale Verwaltung, auf das Wirken der internationalen Diplomatie, usw.

Im Schlußkapitel behandelt Professor Zorn einen Abschnitt, der den Titel trägt: „Friedens- und Kriegsbündnisse. Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. Die Idee des ewigen Friedens."*)

Der erste dieser drei Artikel, der eine Darstellung der Bündnispolitik Europas enthält, hat für uns weniger Interesse. Der zweite Artikel enthält eine Darstellung der Schiedsgerichtsbarkeit und der Haager Friedensabkommen, die wir in einem über 1000 Quartseiten umfassenden Handbuch der Politik nur etwas ausführlicher gewünscht hätten, als dies auf knapp vier Seiten möglich war. Den bekannten Standpunkt Zorns in bezug auf die Ehren- und Interessenklausel, der darin zum Ausdruck kommt, vermögen wir nicht zu teilen. Um so erfreulicher ist darin die erneute Anerkennung des Pazifismus seitens des Bonner Gelehrten. Er unterscheidet innerhalb der Friedensbewegung einen religiösen und einen sozialen Ideengang. Neben diesen beiden Richtungen setzt er eine dritte, „wesentlich auf literarischer Grundlage" beruhende, die Zorn als Pazifismus bezeichnet. Diese Klassifizierung halten wir nicht für richtig. Es gehört jedoch nicht hierher, dies nachzuweisen. Immerhin ist es wichtig, festzuhalten, was Professor Zorn an jener Stelle über die Bewegung des Pazifismus zu sagen hat: Sie „hat eine immer steigende Bedeutung gewonnen und kann, wenn auch anfangs ziemlich allgemein und vielfach auch heute noch geringschätzig betrachtet, dermalen nicht mehr in ihrer ethisch-kulturellen Wirksamkeit verkannt werden . . ." An dem dritten Artikel, „Die Idee des ewigen Friedens" betitelt, haben wir in erster Linie den Titel zu bemängeln. Wann werden wir denn endlich dieses irreführende Schlagwort vom „ewigen Frieden" los? Es paßt zur Kennzeichnung der modernen Friedensbewegung wie die Faust aufs Auge, und es ist bedauerlich, daß von Kants meisterhafter Schrift immer nur der veraltete Titel und nie der noch immer — oder besser gesagt jetzt erst — zeitgemäße Inhalt gelesen wird. Im übrigen können wir auch in diesem Artikel freudig feststellen, daß Prof. Zorn nachdrücklichst versucht, die Friedensbewegung in ihrer wahren Bedeutung zur Anerkennung zu bringen und die über sie ver-

---

*) Siehe auch in der Zeitschriften-Rundschau dieser Nummer auf S. 436 die Besprechung dieser Artikel durch Dr. H. Wehberg.

breiteten Mißverständnisse zu zerstreuen. So sagt er: „Die Idee, daß die Menschheit einmal friedlich wie im Paradiese nebeneinander wohnen, und daß die Unterschiede der Völker und Staaten sich einmal auflösen werden in der Einheit der Menschheit, existiert heute höchstens noch in den Köpfen weltfremder, religiöser oder humanitärer Schwärmer. Insbesondere darf man die weitverbreitete Bewegung des Pazifismus nicht mit jenem Vorwurf als naive Schwärmerei abtun wollen. Das wäre unrichtig und ungerecht.“ In gewissen Kreisen der Intelligenz hat man noch nicht so zu unterscheiden gelernt zwischen Pazifismus und Pazifismus, wie Zorn es hier tut. Deshalb begrüßen wir seine Darlegungen, auch im Hinblick auf einige seiner eigenen Aussagen von früher als einen großen Fortschritt. Zorn schildert in dem erwähnten Aufsatz des Werkes, wie sich der moderne Pazifismus aufbaut auf dem heutigen Verkehrsinternationalismus, der zur Weltorganisation führt; eine Darlegung, die vollständig dem heutigen Stande der Wissenschaft des Pazifismus entspricht. —

Wenn das „Handbuch der Politik“ auch nicht in vollem Umfange dieser Wissenschaft des Pazifismus gerecht wird; mit den beiden Schlußartikeln, die vom Pazifismus selbst und einem Teilgebiet, der Schiedsgerichtsbarkeit, handelt, kann man zufrieden sein. A. H. F.

David Starr Jordan, Unseen Empire. A Study of the plight of nations that do no pay their debts. 8°. Boston. American Unitarian Association. 1912. 211 S.

Der hervorragende amerikanische Biologe, der uns in seinem Buche „Human Harvest“ (Menschen-Ernte) die degenerierende Einwirkung des Krieges dargelegt hat, zeigt uns in seinem Buche „Unseen Empire“ (das unsichtbare Reich) die wirtschaftliche Verkümmerung der Völker als Folge des Krieges und seiner Vorbereitungen. Er bringt den Nachweis, „daß die Kulturvölker insgesamt unter der Herrschaft einer Macht stehen, die stärker ist als Könige oder Parlamente, dauerhafter als Armeen und Flotten, das ist das unsichtbare Reich der Finanzen.“ Diese Herrschaft liegt nicht in der Hand von Individuen; sie ist unpersönlich geworden. Das „Gesetz der Vergeudung“, das Alvin V. Johnson aufgestellt hat, sucht Jordan zu beweisen. Aber auch den Ausweg aus diesem Dilemma sucht er — wenigstens für die Vereinigten Staaten — zu zeigen.

Aus dieser kurzen Andeutung erkennt man, welch nützliches Buch Jordan hier der Oeffentlichkeit übergeben hat. Fehlt es uns doch gerade an wirtschaftlichem Material gegen den Krieg.

Nicholas Murray Butler, The international Mind. An Argument for the judicial Settlement of international Disputes. 8°. New York. 1912. Charles Scribners Sons. 1912. 121 SS.

Man geht nicht fehl, wenn man sagt, daß die Lake-Mohonk-Konferenzen in Europa erst durch jene Reden bekannt geworden sind, die Präsident Butler in den letzten Jahren bei ihrer Eröffnung hielt. Für Deutschland trifft dies unzweifelhaft zu. Diese höhere Auffassung des Pazifismus, die in jenen Reden zutage trat, die sie zu einem Leitfaden einer modernen Weltpolitik stempelte, war am besten geeignet, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung zu fesseln. Die fünf letzten Lake-Mohonk-Reden, von 1907—1912, sind nunmehr unter dem Titel der zuletzt gehaltenen Rede gesammelt erschienen. Die Sammlung ist gewidmet: „Jener großen und wachsenden Gesellschaft von Männern und Frauen, die in Europa, Asien, Afrika und den beiden Amerikas daran arbeiten, das Herannahen jenes Tages zu beschleunigen, wo bei der Beilegung der Streitigkeiten zwischen den Staaten Gerechtigkeit die Stelle der Gewalt einnehmen wird.“

Wir erwarten dringlich die Veröffentlichung dieser Reden in deutscher Uebersetzung. Sie werden nicht verfehlen, im deutschen Sprachgebiet, wo man für eine vernünftige Darlegung des „internationalen Geistes“, der hier noch vielfach mißverstanden wird, sehr empfänglich ist, eine gute Wirkung zu erzeugen.

David Starr Jordan and Edward Benjamin Krehbiel, Syllabus of Lectures on International Conciliation. Given at Leland Stanford Junior University. 8°. Boston. The World Peace Foundation. 1912. 180 SS.

Dieses Büchlein enthält das Skelett von 45 Vorträgen, die die Verfasser in dem Jahre 1911—12 an der Leland Stanford Universität über die Friedensbewegung gehalten haben. Es hat den Zweck, den Studenten, die sich für jene Vorträge einschreiben ließen, als Leitfaden für die weitere Verfolgung des Themas zu dienen. In kurzen Sätzen sind die Hauptpunkte aller Vorträge angegeben; eine Bibliographie ist jedem Vortrag beigefügt. Ebenso viel statistisches Material usw. So stellt sich dieser „Syllabus“ als das Skelett einer pazifistischen Encyclopädie dar. Es wird für ähnliche Zwecke eine gute Anleitung bieten.

A. v. d. Lippe, Gedanken über eine neue Wehrverfassung. 8°. Berlin. Otto Salle. 1912. IV u. 134 SS. 2 M.

Der Verfasser, den wir schon aus einer früheren Schrift (siehe darüber: Fr.-Warte 1904, SS. 23 u. f.) kennen, entwirft den Plan einer der Miliz verwandten Wehrverfassung für Deutschland. In einem „Abrüstung“ betitelten Schlußkapitel erblickt er die Möglichkeit einer Erleichterung der Rüstungslast in einem „festen und dauerhaften Zusammenschluß mehrerer Großmächte“, und zwar „in erster Linie Deutschland und Frankreich“. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die beiden Völker „das Unfruchtbare ihrer scheinbar unversöhnlichen Gegnerschaft einsehen, eine befriedigende Lösung aller Streitpunkte finden und sich zu einem Bunde zusammenschließen werden, der für die Zukunft Dauer verspricht und sie dadurch eine Macht von entscheidendem Einfluß in allen Fragen der Weltpolitik gewinnen“ läßt.

Alfred H. Fried, The German Emperor and the Peace of the World. With a Preface by Norman Angell. 8°. London, New York, Toronto. (1912.) XI u. 219 S. Cloth. sh. 6. —

Es handelt sich um die englische Ausgabe des im Sommer 1910 in Berlin erschienenen

Buches „Der Kaiser und der Weltfriede". Norman Angell, der hervorragende Verfasser der „Großen Täuschung", hat die Vorrede dazu geschrieben. Er bringt darin zum Ausdruck, daß es an der Zeit sei, daß die englisch sprechende Welt anfange, diesen Herrscher im Lichte der Tatsachen, statt durch Vorurteile und Voreingenommenheit zu beurteilen. Die englische Presse hat das Buch sehr ausführlich besprochen.

Schriften der kritischen Tribüne über Politik und Zeitfragen. Herausgegeben von Siegfried Flesch. I. Reihe. Heft 2: Der Dreibund. Fünf Beiträge von Alfred H. Fried, Gerhard Hildebrand, Timon, Prof. A. Ghisleri, Bernhard Stern. 8°. Leipzig. Hans Wehner. 1912. 72 S.

Europa steht vor der Erneuerung des Dreibundes. Diesen Augenblick hat der Herausgeber für geeignet erachtet, dieses politische Gebilde einmal von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchten zu lassen. Fried übt seine Kritik vom internationalen Standpunkt aus, während die vier anderen Autoren vom deutschen, österreichischen, italienischen und ungarischen Standpunkt aus ihre Meinung abgeben. So verschieden diese Standpunkte auch sind; alle Autoren kommen zu einer Verwerfung jener brüchigen Institution, auf die die Diplomatie so stolz ist.

Herr, Die Untersuchungskommissionen der Haager Friedenskonferenzen, ihre Vorläufer, ihre Organisation und ihre Bedeutung für die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten, Marburg, 1911, 78 S.

Bein, Die Untersuchungskommissionen nach dem friedensrechtlichen Abkommen der zweiten Haager Konferenz, Würzburg, 1912, 79 S. (als Manuskript gedruckt).

von der Weien, Die Frage der obligatorischen Schiedssprechung in den Verhandlungen der zweiten Haager Friedenskonferenz, Würzburg, 1912, 305 S. (als Manuskript gedruckt).

Auf die vorliegenden drei Dissertationen, von denen die erste als Heft 15 der Arbeiten des Schückingschen Seminares erschienen ist, sei kurz hingewiesen. Herr erörtert mehr die allgemeine Bedeutung der Untersuchungskommissionen und ihre historische Entstehung und widmet diesen grundlegenden Erörterungen mehr als die Hälfte seiner wertvollen Schrift. Bein bietet dagegen ausschließlich eine sehr übersichtliche und fleißige Darstellung der einzelnen Punkte des Abkommens. von der Weiens Schrift hat sich lediglich zur Aufgabe gesetzt, eine sehr ausführliche Darstellung des Laufes der Verhandlungen über das Obligatorium im Jahre 1907 zu geben. Auf die von Deutschland geäußerten Bedenken geht er nur kurz ein. Der Arbeit ist ein historischer Exkurs vorangesetzt. Wer das Problem des Weltschiedsvertrages bearbeiten will, wird die Schrift mit Nutzen verwerten können.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Bulletin of the Pan American Union (Washington). September. The Panama Pacific International Exposition. — International Committee of Peace and Amity. — International Congress of Chambers of Commerce. — The Peace Movement of American. — International Congress on Hygiene and Demographie. — The Third International Congress of American Students. — Worthy Types of Pan American Fraternity. — Pan American Centenaries in 1912. — usw. usw.

Prof. Dr. Fritz Stier Somlo, Handbuch des Völkerrechts. I. Band: Grundbegriffe und Geschichte des Völkerrechts. I. Abtlg.: Prof. Dr. Paul Heilborn. Grundbegriffe des Völkerrechts. 8°. Stuttg. W. Kohlhammer. 1912. 110 SS.

Charles Richet, Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens. Einzig berechtigte Uebersetzung von Bertha von Suttner. Volks-Ausgabe. Kl.-8°. Dresden. Verlag von Heinrich Minden. 1912. 212 SS. 1 M.

Der fliegende Tod. Von einem deutschen Offizier. 8°. Wiesbaden. Westdeutsche Verlagsgesellschaft. 124 SS. 5. Aufl.

Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. I. Serie: Verhandlungen der deutschen Soziologentage. I. Bd. Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages vom 19.—22. Oktober 1910 in Frankfurt a. M. Reden und Vorträge von Georg Simmel, Ferdinand Toennin, Max Weber, Werner Sombart, Alfred Ploetz, Ernst Troeltsch, Eberhard Gothein, Andreas Voigt, Hermann Kantorowicz und Debatten. Gr.-8°. Tübingen. J. C. B. Mohr. 1911. XII u. 335 SS.

Spectator Italus, Der italienische Irredentismus. Innsbruck. Verlagsanst. Tyrolia. 74 SS. kart.

J. Ramsay Macdonald, Sozialismus und Regierung. Gr.-8°. Jena Eugen Diederichs. 1912. XXIV u. 185 SS. Pppbd. 3 M.

Gustaf F. Steffen, Der Weg zu sozialer Erkenntnis. Gr.-8°. Jena. Eugen Diederichs. 1912. VIII u. 219 SS. Pppbd. 3 M.

Heinz Potthoff, Probleme des Arbeitsrechtes. Gr.-8°. Jena. Eugen Diederichs. 1912. 255 SS. Pppbd. 4 M.

David Koigen. Die Kultur der Demokratie. Vom Geiste des volkstümlichen Humanismus und vom Geiste der Zeit. Gr.-8°. Jena. Eugen Diederichs. 1912. X u. 307 SS.

Henri Bergson, Schöpferische Entwicklung. Gr.-8°. Jena. Eugen Diederichs. 1912. 371 SS. 6 M.

Eleutheropulos, Philosophie. Allgemeine Weltanschauung. Gr.-8°. Zürich. Orell Füßli. 197 SS.

Monistischer Taschenkalender. 1911. 3. Jahrgg. 8°. München. Ernst Reinhardt. 128 SS. Lwdbd. 60 Pfg.

A. Haake, Die Freundschaft als sittliches Problem. Eine Sammlung von Maximen. 8°. Leipzig. Fritz Eckardt. 1912. 181 SS.

Zur Einführung in das akademische Leben. 7. Ausg. Wintersemester 1912/13. 8°. Kiel. G. Mühlau. 1912. 36 SS.

Enthält u. a.: Dr. G. W. Nasmyth, Internationale Studentenorganisationen. — Dr. Walter A. Berendsohn, Hamburg, Oxford und Cambridge. — usw.

Deutscher Geschichtskalender für 1912. Neuntes Heft: September. 8°. Leipzig. 1912.

Otto R. Hübner, Aszendismus. Der Glaube an den Lebensaufstieg. Eine neue Welt- und Lebensbetrachtung. 8°. Lpzg. Fritz Eckardt. 1912. 114 SS. 1,50 M.

World Peace Foundation. Pamphlet Series. Oct. 1912. No. 7. Part. I. W. M. Thackeray, Heroes of the Sea. 10 SS. — Part. II. William J. Bryan, The Forces that make for Peace. Addresses at the Mohonk Conferences on International Arbitration 1910 and 1911. 19 SS. 8°. Boston. World Peace Foundation. 1912.

Association for International Conciliation: Monthly Bulletin of Books, Pamphlets and Magazine Articles Dealing with international Relations. Sept. 1912. 8°. New York. 1912. 10 SS.

Wehberg, Hans Dr., Capture in War on Land and See. Translated from: Das Beuterecht im Land- und Seekrieg. With an Introduction by John M. Robertson. M. P. 8°. Lnodon. Kind & Son. 1911. XXXV u. 210 SS. Cloth. Sh. 5.—.

Jh. M. W. J. M. Van Eysinga, De Studie van het internationale Recht. Rede bij de aanvaarding van het Ambt van gewoon Hoogleeraar in het Volkenrecht aan de Rijks-Universitet te Leiden. Uitgesproken den 23. Oktober 1912. 8°. Leiden, E. J. Brill, 1912. 31 SS.

Emile Arnaud, Code International Public (Code de la Paix). 2. Ed. Berne. Ligue int. de la Paix. 32 SS.

Dansk interparlamentarisk Gruppen fem-mands-komminjons forelöbige beretning om sil arbejde til forberedelse av sagen for naeste fredskonference i Haag. 8°. Kjöbnhavn. 1912. J. H. Schultz A./S. 36 SS.

☞

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

H. W. Ein ganz besonders wertvoller Aufsatz v. Bars ist in dem Oktoberhefte 1912 des „Archivs für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie" enthalten, und zwar über „Grundlage und Kodifikation des Völkerrechts". v. Bar wendet sich dagegen, daß viele in dem durch Gewohnheit und internationale Verträge erklärten Willen der Staaten die eigentliche Quelle des Völkerrechts erblicken, wie z. B. Jellinek. Diese Theorie, so beweist er, führe zu den größten Unsicherheiten. Der Wille des Staates sei von seinem Eigennutze abhängig; er könne sich alle Augenblicke ändern und damit stürze das Völkerrecht in sich zusammen. Ebensowenig wie die Willenstheorie könne aber der Selbsterhaltungstrieb der Staaten, wie dies Kaufmann in seinem Buche „Das Wesen des Völkerrechts und die clausula rebus sic stantibus" tue, zur Grundlage des Völkerrechts genommen werden. Denn es sei unmöglich festzustellen, was in jedem einzelnen Falle das egoistische Interesse des Staates verlange. Dem Prinzipe des Willens und der Selbsterhaltung stellt v. Bar die Idee der Menschheit gegenüber. Nur so, erklärt er, gebe man dem Völkerrechte die nötige Unterlage, während die anderen Theorien das Vertrauen in das Völkerrecht untergrüben. Mit diesem wunderschönen Gedanken schließt der erste Teil des mit feinem Verständnis für die höchsten Aufgaben des Völkerrechts geschriebenen Aufsatzes, dessen Fortsetzung im Januarhefte derselben Zeitschrift erscheinen wird. Schon jetzt sollte man diesem markanten Artikel, der nicht nur den scharfen juristischen Verstand, sondern auch die machtvolle Persönlichkeit des Verfassers deutlich zeigt, das größte Interesse entgegenbringen. Es ist besonders aktuell in einem Augenblicke, wo in Berlin bei Carl Heymanns ein Buch über „Kriegserklärung und Friedensschluß nach deutschem Völkerrechte" von Dr. Jovy erscheint. Hingewiesen sei noch auf den Aufsatz Zieglers in derselben Nummer über „Hegels Anschauung vom Kriege", der sich freilich dadurch von dem Artikel Bars unterscheidet, daß Zieglers Ausführungen (ebenso wie die Kaufmanns) dem modernen Internationalismus nicht gerecht werden.

Diesen letzteren Vorwurf könnte man gegen die Darlegungen Zorns im 84. (letzten) Abschnitte des „Handbuches der Politik" kaum erheben. Zorn schreibt 1. über Friedens- und Kriegsbündnisse, 2. die internationale Schiedsgerichtsbarkeit und 3. über die Idee des ewigen Friedens. Seine Ausführungen werden dem Pazifismus im ganzen gerecht, wenn man auch vielleicht in zwei Punkten anderer Meinung wie er sein dürfte. Einmal würde ich die moderne pazifistische Richtung nicht als wesentlich auf „literarischer Grundlage" beruhend bezeichnen, und ferner sind d'Estournelles und Schückings Gedankengänge nicht ganz richtig wiedergegeben. Zorn sagt: „Die staatlichen Sonderaufgaben der einzelnen Völker sind noch nicht im entferntesten soweit gelöst, daß an ihre Stelle eine internationale Organisation treten könnte". Nicht an seine Stelle, sondern neben den Nationalismus soll der Internationalismus treten und einer den anderen fördern. Wie schön bezeichnet es doch Schücking als die Hauptaufgabe des Völkerrechts, Nationalismus und Internationalismus zu versöhnen. (Vgl. Schückings Rede auf dem Verbandstage des Verbandes für internationale Verständigung, abgedruckt im „Recht" 20. X. 1912.) Aber diese Meinungsverschiedenheiten sollen uns nicht davon abhalten, der Freude darüber Ausdruck zu geben, wie höchst sympathisch Zorn über den Pazifismus schreibt und wie viel der Bewegung dieser Aufsatz in dem weitverbreiteten Handbuche nützen wird. Eine solche Objektivität, wie sie dieser Artikel aufweist, ist in der Tat geeignet, darauf hinzuwirken, daß die Kämpfe der deutschen Völkerrechtswissenschaft ruhiger als bisher zum Austrage gebracht werden.

In den neueren Friedenszeitschriften befinden sich vor allem die Berichte über den Genfer Weltfriedenskongreß. Am eingehendsten ist der in Nr. 19/20 der „Friedensbewegung". In ihm sind besonders alle Resolutionen wörtlich angeführt. Wie ich aus dem Artikel entnehme, sind außer den von mir im Oktoberhefte der „Friedenswarte" genannten Resolutionen noch einige weitere von de Neufville im Auftrage der Propagandakommission verlesen worden, die leider im Protokolle nicht enthalten waren. Gobat führt in einem weiteren Artikel aus, der Genfer Kongreß bezeichne eine neue Etappe innerhalb der Weltfriedenskongresse, da er zum ersten Male in der richtigen Weise gegen die Chauvinisten Front gemacht habe. Auch nennt

er die elsaß-lothringische Resolution ein „historisches Ereignis von großer Tragweite". Ich bin hier mit dem hochverdienten Pazifisten, dessen große Begeisterung für die Friedenssache bewunderungswürdig ist, nicht einig. Ich stelle mit Bedauern fest, daß selbst der Friedenssache sympathisch Gesinnte an den Uebertreibungen des letzten Kongresses Anstoß genommen haben. Sehr interessant geschrieben und mit mancherlei persönlichen Bemerkungen versehen sind die Artikel im Oktoberhefte des „Völkerfriede" von Dr. Westphal, im „Friede" von Dr. med. Reinhardt und im „Vreede door Recht" von van der Mandere. Mehr dokumentarisch ist der Aufsatz Greens im Sept.-Oktoberhefte des „Concord". Wiederholt finde ich in diesen Artikeln die prächtige Rede Jaquemins auf dem Mont Rion bei Lausanne rühmend hervorgehoben. Mit Recht nennt sie Reinhardt eine „ergreifende improvisierte Rede". Ich frage mich, warum man solche Redner wie Jaquemin nicht vor den Kongressen dazu auswählt, über bestimmte Themen Vorträge zu halten.

Ueber eine interessante Diskussion im „Völkerfrieden" zwischen Tiedje und Umfrid ist noch zu berichten. Tiedje führt in einem Artikel „Vaterland oder Staat" aus, es sei unrichtig, die ganze Friedensarbeit in Deutschland auf der Ueberzeugung zu fundieren, daß England nur friedliche Absichten verfolge. Der Grundgedanke, daß England ein Friedensengel sei, könne nicht als richtig angesehen werden und schon deswegen dürfe man darauf die deutsche Friedensarbeit nicht gründen. Der Pazifismus habe seinen Grund und sein Recht in einem Prinzipe und nicht in der wechselnden Weltlage. Unrichtig sei es daher, immer die friedliche Gesinnung Englands nachweisen zu wollen, das doch zweifellos Krallen habe; der Kernpunkt sei allein nachzuweisen ,daß man sogar einem böswilligen Volke nicht mit Kriegsgeheul antworten müsse. Schon aus diesem Grund sei es wichtig, den Hauptwert auf die pazifistische Innenarbeit zu legen. Z. B. müsse eine Abwehr der militaristischen Verfälschung der Jugendbewegung herbeigeführt werden. Demgegenüber weist Umfrid auf die verschiedenen Symptome, die für den guten Willen Englands sprechen, hin, insbesondere auf die Anregungen zur Rüstungsverständigung. Weiter legt er dar, daß jene pazifistische Kleinarbeit genug geleistet werde und meint wohl mit Recht, es sei nicht richtig, die Politik den Diplomaten zu überlassen.

☞

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (Eßlingen). Oktober. O. M., Die Balkankrisis. — A. Westphal, Vom 19. Weltfriedenskongreß in Genf. — Johannes Tiedje, Vaterland oder Staat? Fürst P. Dolgorukoff, Die Friedensidee in Rußland. — usw.

Der Friede (Bern). Oktober. Dr. Ludwig Rheinhardt, Der 19. internationale Friedenskongreß in Genf. — Börse und Mobilmachung. — usw.

Die Friedens-Bewegung (Bern). Nr. 19 und 20. Bericht über die Verhandlungen des XIX. Weltfriedenskongresses. — Kommission des Internationalen Friedensbureaus. — Hauptversammlung der Delegierten der Friedensgesellschaften. — Kommission für das Friedensbureau. (2. Sitzung.) — Alb. Gobat, Der XIX. Weltfriedenskongreß in Genf. — Alb. Gobat, Die XVII. Interparlamentarische Konferenz. — Alb. Gobat, Der Krieg. — Die internationale Aussöhnung in deutscher Beleuchtung. — usw.

The Arbitrator (London). The Geneva Conferences. — Henry Richard. — James L. Slayden. — Arbitration Sentiment in the United States. — Interparliamentary Conference at Geneva. — usw.

Concord (London). Sept.-Okt. Felix Moscheles, Some Rays from a Rushlight. — J. F. Green, The Geneva Congress. — William Heaford, Internationale Notes. — usw.

The Herald of Peace (London). Oktober. Actualities. — The Geneva Peace Congress. — The Peril of the Air. —

Peace and Goodwill (Wisbech). Okt. —

Monthly Circular of the National Peace Council (London). Okt.

„Peace": (New York). No. 1. Clay Maccauley, Possibilities of the english Language for international Usage. — William B. Guthrie, Economic Phases of War. — David Starr Jordan, War and Waste. —

Freds-Bladet (Kopenhagen). Okt. Niels Petersen, Balkankrisen og Europas Fred. — N. P., Det nordiske interparlamentariske Delegeretmöde. — usw.

Fredsfanan (Stockholm). Oktober. K. P. Arnoldson, Yxan till roten. — Nemo, — Varldsfredskongressen. —

„Vrede door Recht" (Haag). Oktober. v. d. M., Het negentiende internationale Vredescongres te Genève. — B. de J., De Balkanoorlog. — J. B. B., De Balkancrisis. —

Luce del Pensiero (Neapel). Oktober. Domenico Maggiore, Verso le basi psicologiche e sociali del pacifismo. — A. Leone Avio, Echi del Congresso Internazionale par la pace. — Miß Ethel Behrens, Voci di dolore sull' Italia dall' Inghiltera. — usw.

☞

Artikel-Rundschau.

Von Carl Ludwig Siemering.

Als Mitte Oktober der „Friede von Lausanne" unterzeichnet und der Balkanbrand ausgebrochen — in Wahrheit durch den italienischen Ueberfall auf Tripolis herbeigeführt — war, traten natürlich sofort auch die deutschen Militaristen auf den Plan. Generalmajor Keim verherrlichte am 16. Oktober in seinem Leiborgan, dem „Tag", den „Willen zum Kriege", wobei es natürlich an Seitenhieben auf „alles Friedens-, Kultur- und Humanitätsgerede" sowie auf Baron d'Estournelles de Constant (wegen seines prachtvollen „offenen Briefes" an König Nikita) nicht fehlte. Herr Keim klagt, daß es zum amtlichen und parlamentarischen Brauch geworden sei, stets von der „Verteidigung" seitens Deutschlands zu reden, für die es gerüstet sein müsse. „Nein, zum Angriff muß Deutschland gerüstet sein, genau wie 1870, und dementsprechend muß diese Rüstung auch eine so starke sein, daß . . . ."

Genug! Herr Keim weiß oder muß wissen, welche Eindrücke und Befürchtungen derartige

Worte bei den übrigen Kulturstaaten naturgemäß hervorrufen. Macht nichts; Herr Keim bleibt ein großer „Patriot"!

*

Schon am 11. Oktober ließ sich in der „Tägl. Rundschau" ein zweiter Militärschriftsteller, Litzmann, gleichfalls ein Matador des „Wehrvereins", vernehmen. Es sei doch gut, meinte er, „daß unsere Friedensapostel wieder einmal an den Tatsachen erkennen: der Krieg stirbt nicht aus, weil die menschlichen Bedürfnisse (!) und Leidenschaften (!!) niemals aufhören werden." Es folgt eine Herabsetzung des Friedenstempels im Haag, der nur ein hübsches Ornament am alten Gebäude Europas sei, weiter nichts.

Es hieße Eulen nach Athen tragen, auf solche schon hundertmal gehörten Gemeinplätze in diesen Blättern ernstlich zu erwidern.

*

Kurz bevor die deutsch-englische Verständigungskonferenz in London zusammentrat (30. Okt. bis 1. Nov.), hielt der nunmehr 80jährige englische Chauvinist Lord Roberts in Manchester am 22. Oktober eine hetzerische Rede gegen Deutschland, worin er einer sehr verblüfften Versammlung sagte, Krieg mit England werde „in dem Augenblick erfolgen, wo die deutschen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande durch ihre Ueberlegenheit in jedem Punkte des Sieges so sicher seien, wie das menschliche Berechnung machen kann", und das „eine ausgezeichnete Politik" nannte. — Dies führte zu zwei Debatten im Unterhause, wobei Staatssekretär Grey unter dem Beifall der Ministeriellen diese Rede als „töricht und provozierend" brandmarkte, sowie zu ernster Mißbilligung selbst in der konservativen Presse, wie „Evening Standard", der von „Unfug treiben" sprach. Die Zeitschrift „Truth", die früher von dem bei der „Titanic"-Katastrophe umgekommenen W. T. Stead geleitet wurde, fragt: „Kann man denn nichts tun, um Lord Roberts einen Maulkorb anzulegen?" und sagt weiter: „Seine Bemerkungen sind tatsächlich so falsch, wie die Absicht, die sie verfolgen, beleidigend ist. Daß ein britischer General sich dazu hergibt, grundlose Verleumdungen gegen ein befreundetes Volk zu schleudern, das jahrhundertelang Englands Waffenkamerad war, ist etwas, das alle Engländer mit einem Gefühl der Scham erfüllen muß. Ein kriegerischer Konflikt zwischen den beiden Nationen ist unwahrscheinlich; aber käme er wirklich, so liegt die Schuld daran einzig bei Männern wie Lord Roberts, und nirgendwo anders."

Aehnlich äußerten sich „Westminster Gazette" und „Manchester Guardian", dem mehr als zwei Dutzend Abgeordnete sofort ihr tiefes Bedauern über diese neue Hetzerei eines hochgestellten britischen Soldaten telegraphiert haben.

*

Den „Hamb. Nachr." wird für ihre Stellungnahme im Falle Lamszus („Das Menschenschlachthaus") von recht vielen Seiten schärfste Mißbilligung ausgesprochen. Die in Hamburg erscheinende „Pädagog. Reform" spricht von dem „erschrecklichen geistigen und moralischen Tiefstand jener Kritik, verabscheuungswürdig in Form, Absicht und Inhalt". Die „Pädagog. Zeitg.", das Hauptorgan des deutschen Lehrervereins, demonstriert an Beispielen das grundsätzlich denunziatorische Treiben der „Hamb. Nachr.", die durch ihre Würdelosigkeit ihres guten alten Namens längst unwert geworden sei, und Hermann Hesse nennt im „März" „diese gemeine Art von politischer Verdächtigung und persönlicher Verfolgungswut eine Schande für die deutsche Presse; ... eine Roheit, gegen die die anständige Presse unbedingt Front machen muß". — Wir haben dem nichts hinzuzufügen!

*

Die Botschaft des „Friedens von Lausanne" begrüßte, wie die „Frankf. Ztg." am 15. Okt. richtig schreibt, kein Jubel und Dank und kein Läuten der Glocken, wenigstens nicht außerhalb Italiens. „Wir schulden Italien so wenig Dankbarkeit für den Frieden, den es geschlossen, wie für den Krieg, den es geführt hat." Diesen Gedanken führt das genannte Blatt einen Tag später in einem Leitartikel des näheren aus, wobei es den Ueberfall Italiens auf Tripolis — ein Beispiel, wie die Geschichte der Menschen kaum eines verzeichne — „im tiefsten historischen Sinne unmoralisch" nennt. Zu gleicher Zeit schrieb die Wiener „Neue Fr. Presse":

„Ohne den Tripoliskrieg hätte es vermutlich keinen allgemeinen Balkankrieg gegeben. Alles, was an der Türkei krank und gebrechlich war, ist durch die Stöße, die vom tripolitanischen Krieg ausgegangen sind, noch stärker hervorgebrochen und hat dazu beigetragen, die Balkanstaaten zu einem Angriff auf das Ottomanische Reich .... zu ermuntern."

Auch das „Hamb. Fremdenbl.", der Pariser „Temps" und andere Organe haben mit voller Schärfe von Anfang an diesen Kausalzusammenhang zwischen Tripolis und Balkan immer wieder hervorgehoben. So schrieb anfangs Oktober der „Temps":

„Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist Italien, das so reichlich dazu beigetragen hat, die Krise zum Reifen zu bringen, nicht mehr Herr über sie. Die Zeit, die zwischen der Mobilmachung und dem Beginn der Feindseligkeiten verstreicht, beweist nichts gegen die Wahrscheinlichkeit des Krieges. Italien hat in der vorhergegangenen Periode beständig den Fuß auf dem Rade gehabt, das die Maschine ins Rollen brachte. Aber heute ist das Rad frei, und die Maschine saust von selbst weiter."

Man wird in der Tat gut tun, diese Ursprungsgeschichte des Balkankrieges niemals aus dem Auge zu verlieren.

*

Die Kulturtaten der italienischen Kriegführung in Tripolis hat die unerbittliche Lichtplatte für alle Zeit festgehalten, und auch vom Balkan hörten wir bereits von abgeschnittenen Ohren, ausgerissenen Augen und durchgebissenen Kehlen (!). Es handelt sich also nicht um Grausamkeiten in diesem oder jenem Kriege, von dieser oder jener Seite, sondern um die Bestialität des Krieges an sich. Dafür nur ein Beispiel. Der bekannte Wiener Feuilletonist Ludwig Bauer schildert vom bulgarischen Hauptquartier aus (25. Okt.) die Schlacht von Kirkelisse in den dortigen Weingärten, wie folgt:

„. . . . Nun gilt kein Schuß mehr, schon packen Hände, greifen, zerren, stoßen, Mann ringt mit Mann, Körper pressen sich, die Bajonette stechen hierher, dorthin, in das weiche, zuckende Fleisch, doch nur rasch, es ist nicht Zeit, gründlich zu töten! Blut und Wein mengen sich auf dem Boden, und es heißt fest auftreten, ein Ausgleiten über einen Weinstock ist der Tod; man wird zermalmt, erstochen, aber es geht vorwärts. Jetzt kommt der Mord nicht mehr aus der Ferne, sein Antlitz zeigt sich, es ist der Mann da, der töten will, wenn er nicht getötet wird. Und so vergeht diese grauenvolle Nacht. Heulen, Jammern, Kreischen, Röcheln, Schreien, übertönt vom Donner der Geschütze, ängstlich kläffen die Hunde, der Zorn tobt, die Angst gellt, alle Höllen sind losgelassen und tanzen da oben in der lauen weißen Nacht zwischen den Reben . . ."

Am nächsten Tage folgt dann in Zara Stagora und in Sofia der Dankgottesdienst!! — Man wird in der Tat mit der „N. Fr. Pr." (24. Okt.) sagen dürfen, der Friedensgedanke werde als der wahre Sieger aus diesen Kriegswirren hervorgehen, und die „Königsb. Hartungsche Ztg." schrieb bereits am 7. Okt.:

„ . . . Vielleicht bringt gerade das Bedrohliche der Weltlage eine neue, dem Weltfrieden günstigere Konstellation der Großmächte zustande; ein Ausblick, der den Ereignissen dieser Tage eine über die Bedeutung des Tages hinausgehende, eine welthistorische Bedeutung verleihen würde."

*

Das höchst wertvolle Sonderheft „Krieg oder Frieden?" Der Monatsschrift „Nord u. Süd", die sich die deutsch-englische Verständigung, die „Détente zwischen Entente und Alliance", zur literarischen Aufgabe gemacht hat, enthält auch einen Beitrag von Marschalls Nachfolger, dem kürzlich zum deutschen Botschafter in London ernannten Fürsten v. Lichnowsky, der uns leider nicht durchweg glückliche Gedanken zu vertreten scheint; speziell seine Gleichnisse hinken stark. Wenn er z. B. meint, jeder Staat sollte möglichst stark rüsten, wie etwa der Einzelne möglichst reich sein will, so übersieht er, daß es etwas ganz anderes ist, ob z. B. ein Rentier 1 Million Mark zu verzehren hat, oder ob ein Staat sich für den gleichen Betrag Gewehre kauft. Der Rentier ist unabhängig davon, daß sein Nachbar vielleicht 1½ Million besitzt; dadurch wird die eine Million in keiner Weise entwertet. Der Staat aber müßte, um auf der Rüstungshöhe zu bleiben, dem stärkeren Nachbar sofort nachzueifern beginnen; er ist abhängig von dem, was jener tut, und umgekehrt. Deshalb ist es auch unrichtig, daß ein Staat, der vertragsmäßig seine Rüstung beschränken wollte, dem sich selbst entmannenden Eunuchen gliche. Es würde vielmehr mit einem solchen Vertrage lediglich ein Zustand geschaffen, der — in beider- bzw. mehrseitigem Interesse — vernunftgemäßer wäre, wie der gegenwärtige der zügellosen Rüstungsüberbietung. Wenn ferner Fürst L. meint, der Wettbewerb zwischen Briten und Deutschen könne der gesamten Kulturwelt zugute kommen, „falls er die Bahnen friedlicher Arbeit und gemäßigter Rüstungen nicht verläßt", so ist darauf zu erwidern, daß diese Bahnen leider schon längst verlassen worden sind. Wenn Prof. Kobatsch-Wien in seiner „Bilanz der Rüstungen" unwiderleglich nachweist, daß das Einkommen in Deutschland, vor allem die Löhne, lange nicht in gleichem Maße steigen wie die Rüstungsausgaben und der Dienst für die Staatsschulden, die ja hauptsächlich auf Rüstungen zurückzuführen sind; wenn wir ferner von ihm erfahren, daß die englischen Flottenausgaben in Millionen Pfund Sterling betrugen 1891/92: 14,15 — 1906/07: 31,43 und 1909/10 bereits 35,81, also heute wohl schon 40 —, dann ist man in der Tat erstaunt, von einem deutschen Botschafter zu hören, daß die „Bahnen gemäßigter Rüstungen nicht verlassen" worden sind.

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung im allgemeinen. Wilhelm Lamszus, Wer ist ein Patriot! „Padagogische Reform" (Hamburg) 16. X. * Theobald Ziegler, Hegels Anschauung vom Krieg. „Archiv. f. Rechts- und Wirtschaftsphilosophie." X. * Pastor Rade, Der Beitrag der christlichen Kirche zur internationalen Verständigung. „Christliche Welt." 1. XI. * Reay, Völker Europas organisiert euch! „Das freie Wort" (Frankfurt a. M.). IX. * Sir Max Wächter, Ist ein Bund der europäischen Staaten möglich? „Deutsche Revue." XI. * Norman Angell, Why I believe in Peace. „Everyman" (London). 18. X.

II. Die internationale Politik. Generalmajor Keim, Der Wille zum Krieg. „Der Tag." 16. X. * Sir Rufus D. Isaacs, Englisch-deutsche Beziehungen. „Nord und Süd." Okt. * L. Raschdau, Die Auslegung der europäischen Bündnisverträge. „Deutsche Ztg." (Berlin). 29. X. * Prof. Ph. Zorn, Die orientalische Krisis. I. II. „Der Tag." 1. u. 2. XI. * Oesterreich und die Balkangefahr. „Frankf. Ztg." Nr. 300. * S. Persius, Der Flottenverein und die deutsch-englische Verständigung. „Berliner Tageblatt." 23. X. * W. B., Der Krieg am Balkan. „Das monistische Jahrhundert." 15. X. * A. H. Fried, Die Propaganda der Tat. „Fortschrittliche Volkszeitung" (Freiburg i. B.) 29. X.

III. Völkerrecht. Dr Hans Wehberg, Interessenausgleich und Schiedsgericht im Völkerleben. „Zeitschrift des Internationalen Anwaltsverbandes." Sept. * Derselbe, Die Verhandlungen des Institut de droit international. „Berliner Tageblatt." 13. IX. * Ders., Die ev. schiedsrichterliche Behandlung der Klage der Versicherungsgesellschaften anläßlich des italienischen Monopols. „Wallmanns Versicherungszeitschrift." 13. IX. * Derselbe, Das internationale Institut für Völkerrecht. „Kölnische Zeitung." 13. IX. * Derselbe, Das italienische Staatsversicherungsmonopol und der Haager Schiedshof. „Oesterreichische Versicherungszeitung." 14., 21., 28. IX. und 5. X. * Derselbe, Das erste Jahrzehnt des Haager Schiedshofes. „Kölnische Zeitung." 15. IX. * Derselbe, Die Tagung des Instituts für Völkerrecht. „Frankfurter Zeitung." 19. IX. * Derselbe, Die Ergebnisse der 17. Interparlamentarischen Konferenz. „Berliner Tageblatt." 23. IX. * Derselbe,

Prof. Zorn über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. „Kölnische Zeitung." 27. IX. und „Straßburger Post." 27. IX. * Derselbe, Der Genfer Weltfriedenskongreß. „Berliner Tageblatt." 27. IX. und 1. X. * Derselbe, Das Werk vom Haag. „Tag." 29. IX. * Derselbe, Völkerorganisation. „Nord und Süd." Oktoberheft. * Derselbe, Die Genfer Friedenskongresse und das Verbot des Luftkrieges. „Weser-Zeitung." 15. X. * Ders., Die schiedsrichterliche Lösung der Panamakanalfrage. „Zeitschrift des Internationalen Anwaltsverbandes." (Oktoberheft.) * Ders., Ein Schiedshof für Privatklagen gegen Auslandsstaaten. „Rheinisch-Westfälische Zeitung." 18. X. * Derselbe, Sparkassen und Banken im Kriegsfalle. „Berliner Tageblatt" (Wochenausgabe). 23. X. * Derselbe, Das Haager Kriegsrecht auf dem Balkan. „Tag." 31. X. * Derselbe, Die Rechtswirkung und Rechtsgültigkeit der Moratorien der Balkanstaaten. „Bank-Archiv." 1. XI. * Josef Kohler, Rousseau als Rechtsphilosoph. „Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie." Okt. * Bodenheim, Ueber eine int. Vermittlungsstelle für Rechtshilfe beim Schiedsgericht im Haag. „Der Tag." 23. X. * C. L. Siemering, Krieg und Völkerrecht. „Eth. Kultur." 1. XI.

IV. Internationales. Professor Dr. Adler, Das Weltscheckrecht. „Der Tag." 30. X. * Ellen Key, Ein internationales Institut für die Entwicklung der Erziehungswissenschaften. „Das monistische Jahrhundert." Heft 12 u. 15. * Fred Huxley, Internationale Ueberwachung des Ozeans. „Ethische Kultur." 1. XI.

V. Wirtschaftliches. Generalvon Blume, Sind wir im Kriegsfalle von der Börse abhängig? „Der Tag." 20. X. * Prof. Dr. Rießer, Finanzielle Kriegsbereitschaft und finanzieller Generalstab. „Der Tag." 23. u. 24. X.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

In der am 31. Oktober abgehaltenen Vorstandssitzung wurde Vorstandsmitglied Dr. Alexander Dorn, Ritter von Marwaldt, Gemeinderat der Stadt Wien, zum zweiten Vize-Präsidenten gewählt.

Zum Kriege auf dem Balkan.

Der Vorstand unserer Gesellschaft hat an den Minister des Aeußern, Grafen Berchtold, nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Eure Exzellenz! Schon zu Beginn der Balkanwirren haben sich verschiedene angesehene Korporationen Oesterreichs und Ungarns in ihrer Eigenschaft als berufene Vertreter der wirtschaftlichen Interessen an Eure Exzellenz mit der Bitte gewendet, alles aufzubieten, um, wenn irgend möglich, den drohenden Krieg überhaupt zu vermeiden. Eure Exzellenz haben sich tatsächlich die größte Mühe gegeben, in diesem Sinne Einfluß zu nehmen, allein es ist den vereinten Kräften der europäischen Großmächte diesmal nicht gelungen, zu bewirken, daß zur Austragung der bestehenden Interessenkonflikte eines der bekannten friedlichen Mittel (Intervention, Konferenz, Schiedsgerichte) anstatt der Waffengewalt angewendet wurde. Im gegenwärtigen Augenblicke besteht nun das hervorragendste Kulturinteresse ganz Europas darin, daß jede Gefahr einer etwa als Folgeerscheinung auftretenden Konflagration unter den Großmächten gründlich beseitigt werde. Bei dieser Gelegenheit möchten wir ganz besonders hervorheben, daß kein ernstes Kultur- oder Wirtschaftsinteresse Oesterreich-Ungarns, wie immer der Krieg sich gestalten möge, ein Abgehen von der ausgesprochen friedlichen Politik unseres Reiches rechtfertigen würde. Insbesondere würden auch kommerzielle Interessen in keiner Weise durch bewaffnetes Eingreifen gefördert werden, da diese am allerbesten dann gewahrt erscheinen, wenn wir günstige Handelsverträge mit den einzelnen Balkanstaaten abzuschließen vermögen.

Aber abgesehen von diesen wirtschaftlichen Fragen, glauben wir hier vor allem berufen zu sein, im Namen der Humanität und der Ethik dafür eintreten zu sollen, daß Eure Exzellenz im Vereine mit den Vertretern der anderen Großmächte alles aufbieten, um allem Blutvergießen sobald als möglich ein Ende zu setzen. Der Umstand, daß in dem bisherigen Verhalten Eurer Exzellenz schon wiederholt untrügliche Beweise der Absicht, in diesem Sinne zu wirken, zutage getreten sind, erfüllt uns mit aufrichtiger Genugtuung und Dankbarkeit. Indem wir Eurer Exzellenz in dieser Hinsicht auch fernerhin das vollste Vertrauen entgegenbringen und den wärmsten Wunsch aussprechen, daß Ihre Bemühungen baldigst von Erfolg gekrönt sein mögen, zeichnen wir mit dem Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung für die Oesterreichische Friedensgesellschaft Dr. v. Dorn, Gemeinderat der Stadt Wien, Dr. Alfons Witz-Oberlin, k. k. Oberkirchenrat."

Dieses Schreiben wurde an sämtliche Wiener Tagesblätter sowie an die Blätter in der Provinz versendet.

Schule und Friedensbewegung.

In der am 12. Oktober l. J. abgehaltenen Hauptversammlung des „Freien Lehrervereins" in Tetschen, hielt unser Mitglied, Lehrer Josef Werner aus Ober-Preschkau, einen Vortrag über „Lehrernot und Friedensidee". Er wies nach, daß es die alljährlich steigenden Ausgaben für Rüstungen sind, die es dem Staate unmöglich machen, für Kulturzwecke, namentlich aber für Schule und Lehrerschaft, die nötigen Mittel aufzubringen. Hierauf forderte unser Mitglied, Lehrer Raimund Schubert aus Eulau, die anwesende Lehrerschaft auf, sich unserer Gesellschaft anzuschließen und betonte, daß das Bestreben, für den Frieden zu wirken, ein echt patriotisches, sowie christliches Werk sei. Die Ausführungen der beiden Redner fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Berlin W. 50. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.
Druck: Pass & Garleb G.m.b.H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien.

Dezember 1912.

Krieg und Kultur.

Die Lehren der Krise.

Von Rudolf Goldscheid.

Die gegenwärtige Kriegsgefahr zeigt es auf das allerdeutlichste, daß am Kampf gegen den Krieg weit mehr hängt, als bloß Sicherung des Friedens. Es war der Völkerkampf, der die Klassengliederung, der die Unterdrückung der Einen durch die Anderen, die Ausbeutung der Einen durch die Anderen geschmiedet und geschaffen hat. Und so ist es bis auf unsere Tage das Völkerverhältnis geblieben, das die schroffe Klassenscheidung aufrecht erhält. „Unter den Waffen schweigen die Gesetze", so sagt ein altes römisches Sprichwort. Dieses hat auch für unsere Tage seine Geltung noch nicht verloren. Die Kriegsgefahr bedroht deshalb nicht etwa nur das Aeußere der modernen Kultur, sie bedroht auch die ganze demokratische Rechtsgrundlage, die sich das Volk in jahrhundertelangem blutigen Ringen mühsam errang. Und da es diese moderne demokratische Rechtsgrundlage ist, welche die Macht der Herrschenden ganz wesentlich einschränkt, so ist die Kriegshetze deren natürliches Handwerk, Ausfluß ihres Selbsterhaltungstriebes, ist der bewaffnete Friede, jener gefährliche Friede aller gegen alle, der das Leben der Einen auf Kosten der Anderen garantiert, für sie das wertvollste Surrogat des Krieges.

Aber in die alte Welt ist eine neue hineingebaut worden. Die kulturelle Leistungsfähigkeit eines Volkes kulminiert in unseren Tagen nicht mehr wie ehemals in der Kriegstüchtigkeit, vielmehr in technischen, sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen, geistigen Errungenschaften, und nur als Mittel zur Sicherung dieser dient sie heute noch, sie ist somit längst an zweite Stelle gerückt. Wir leben nicht mehr in einer Periode, wo das Wort: la guerre pour la guerre! gilt, und nur schwächliche Aestheten, die jeder reaktionären Suggestion wehrlos erliegen, begeistern sich, ebenso wie für l'art pour l'art, für jene Devise. Was ist ihnen die moderne Rechtsgrundlage, die den Untertanenpöbel erst zum Volk machte, was ist ihnen das Kunstwerk der Kultur, wenn sie in blutigen Phantasien schwelgen können, die ihnen einen Rausch von Kraft vortäuschen. Sie sehen nicht, wie unsere Kultur schon ein so kompliziertes Gebilde geworden ist, daß für uns durch einen Krieg weit mehr zu verlieren ist, als je in vergangenen Zeiten. Der Krieg ragt wie ein Anachronismus in unser Zeitalter der sozialen Arbeit hinein. Und zwar nicht nur deshalb, weil er heute einen weitaus größeren Gegensatz zu unserem gewohnten Leben bildet, sondern vor allem darum, weil gerade der Fortschritt unserer technischen Kultur die Zerstörungsmöglichkeiten im Kriege ins Unermeßliche gesteigert hat. Alle Arbeit an der Kultur, alle Oekonomisierung im Haushalt der natürlichen Energien, unsere ganze unermüdliche Tätigkeit im Dienste der Wohlfahrt, im Interesse der Steigerung der Macht über die Natur, der Beherrschung des Lebensprozesses erscheint geradezu lächerlich, wenn wir uns vor Augen halten müssen, daß gleichsam über Nacht der ganze Wunderbau von Gehirn und Organisation durch einen Krieg aus nichtigsten Ursachen in sich zusammenbrechen kann. Hier ist der Punkt, wo der ganze Riesenmechanismus unserer Kultur noch den schwersten Konstruktionsfehler aufweist.

Wenn es wirklich, wie die gegenwärtigen Verächter der Friedensbewegung behaupten, bloße Sentimentalität wäre, die

in dieser zum Ausdruck käme, dann müßte man alles, worauf der Stolz unserer Zeit beruht, als Sentimentalität bezeichnen, dann wäre jegliche Arbeit an der Sicherung des Errungenen und Geschaffenen nichts als Sentimentalität. Immer wieder ist man bemüht, die Kriegsnotwendigkeit mit der Sicherung unserer Absatzgebiete zu motivieren. Eine merkwürdige Art, das Leben der Menschen sichern zu wollen, indem man sie in Hunderttausenden zur Schlachtbank führt! Und, ganz abgesehen davon, ist der Wunsch nach Sicherung der Absatzgebiete etwa weniger Sentimentalität, als der Wunsch nach Sicherung der Rechtsgrundlage gegenüber dem Heraufkommen einer Militärdiktatur, nach Sicherung der Kultur vor Erschütterungen, die uns um Jahrhunderte zurückzuwerfen drohen? Und rechtfertigt man nicht den ganzen Nationalitätenkampf damit, daß er dazu dienen soll, die höherstehende nationale Kultur vor einem Ansturm tieferstehender Völker zu bewahren? Wenn der Kampf um nationale Kultur nicht aus Sentimentalität entspringen soll, mit welchen Beweisen will man die Behauptung stützen, daß der Kampf um die Kultur überhaupt bloße Sentimentalität ist? Müssen wir nicht endlich dazu reifen, einzusehen, daß man mit der Verhöhnung der Sentimentalität sich an der Mentalität selber vergreift, daß Sentimentalität und Mentalität sich wechselseitig bedingen!

Die Zeiten sind längst vorbei, wo „Friede auf Erden und dem Menschen ein Wohlgefallen" nur ein frommer Wunsch war, an dessen Realisierung man nicht denken konnte. Heute liegen die Dinge so, daß der Friede schon zur Armatur unserer kulturellen Existenz geworden ist, die Völkerschicksale sind durch das enorme Wachstum des Verkehrs so ineinander verflochten, daß die Leiden der Einen nicht mehr die Vorteile der Anderen schaffen, sondern das alles, was die Einen unterdrückt, in seinen schädlichen Folgen auch auf alle Andern hinüberwirkt, daß jeder Einzelne nur gewinnen kann, wenn Alle gewinnen. Ja, wäre es so, daß die Friedensbestrebungen uns nur vor den Gräueln des Krieges bewahren wollen, daß sie nur aus der Angst vor dem großen Aderlaß entspringen, die ein Krieg bedeutet, dann hätte die Moltkesche Behauptung, daß der Krieg das Stahlbad der Völker sei, wenigstens noch einen letzten Schein von Berechtigung. Aber durch das bestehende Völkerverhältnis und die damit verbundenen Kriegsmöglichkeiten wird nicht nur unser reinstes menschliches Empfinden verletzt, sie unterbinden mit Notwendigkeit die kulturelle Entwicklung der gesamten sozialen Struktur, treiben alle jene sozialen Widersprüche hervor, die unsere ganze Arbeit mit unerträglichen Lasten beschwert.

In diesem Sinn kann man sagen: der Pazifismus ist die Spitze, in die aller Demokratismus und Sozialismus notwendig ausläuft, ja er ist mehr als das, er ist die eigentliche Grundlage aller sozialen Reformarbeit. Es ist der wissenschaftliche Internationalismus, der den wissenschaftlichen Sozialismus krönt, und je mehr der Völkerverkehr steigt, je mehr die Welt sich räumlich verengt, desto mehr ist es der Pazifismus, der erst den Kampf um Erweiterung der Volksmacht, der erst den Kampf um die Sicherung der Lebensnotwendigkeiten des Volkes von seinem utopischen Charakter befreit. Im Pazifismus kommt darum nicht etwa bloß eine politische Bewegung zum Ausdruck, er ist etwas weitaus Tieferes. Er ist der Mutterboden einer neuen Wissenschaft, der Mutterboden der Wissenschaft von der internationalen Bedingtheit der Sozietät, durch die die Soziologie ihre größte Erweiterung erfährt.

Und nicht nur die Soziologie! Auch die Rechtswissenschaft erhält erst durch den Ausbau des internationalen Rechts ihre Vollendung. Gerade in diesen Tagen hat man es mit Evidenz erlebt, wie ganz unhaltbare Verhältnisse, wie ganz unlösbare Probleme durch das Fehlen einer internationalen Rechtsgrundlage erwachsen. Als man befürchten mußte, daß sich eine Nachbarmacht an einem österreichischen Konsul vergriffen hat, da erschien ein Krieg beinahe als unabwendbar. Man sagte sich, ein Volk, das etwas auf seine Ehre hält, kann sich doch nicht alles bieten lassen, und sah zugleich ein, daß es ebenso an Wahnsinn grenzen würde, wegen der Unbill, die einem einzigen Menschen angetan worden, Hundertausende dem sicheren Tod zu überantworten. Hier stand man in der Tat vor dem schwersten Dilemma und der Widersinn erschien als der einzige Ausweg. Aber warum war man auf einmal mit der Vernunft zu Ende? Einzig und allein aus dem Grunde, weil die im Haag bestehende Einrichtung des internationalen Schiedsgerichts unseren Machthabern noch nicht in Fleisch

und Blut übergegangen ist, weil jene Institution in normalen Zeiten noch immer als utopisch belächelt wird, statt daß man trachtet, ihr den entsprechenden Ausbau zu geben und sie mit der erforderlichen Autorität auszugestalten. Denken wir uns doch nur, es existierte für Streitigkeiten zwischen Individuen keine Stelle, wo die Einzelnen ihr Recht suchen können, dann wären auch diese, im Falle, daß sie eine Unbill erleiden, einzig und allein auf die Gewalt angewiesen. Also genau der gleiche unhaltbare Zustand, den wir innerhalb der nationalen Gemeinschaft schon längst überwunden haben, besteht noch für die Völkerbeziehungen: im internationalen Verkehr sind wir noch nicht über die soziale Blutrache hinaus. Gewiß, nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre! Aber es ist ein ganz vorsintflutlicher Zustand, wenn jede Nation in die Notwendigkeit versetzt ist, ihre Ehre nur in einem Blutbad reinwaschen zu können, wenn es das Prestige verlangt, im internationalen Verkehr Mittel anwenden zu müssen, die innerhalb der nationalen Gemeinschaft längst nicht nur wegen ihrer Verwerflichkeit, sondern auch wegen ihrer Untauglichkeit aufs schärfste verurteilt und mit den schwersten Strafen belegt werden.

Nun behauptet man ja allerdings immer wieder, die Interessengegensätze der Völker seien vitaler Natur, über sie könne man deshalb durch internationale Rechtsentscheidungen, durch Schiedsgerichtsverträge unmöglich hinwegkommen. Das ist aber eine ganz veraltete Auffassung. Ebenso wenig wie Massen sich ohne tiefste innere Nötigung zu gewaltsamen Aufständen erheben, ebenso wenig stürzt sich ein Kulturvolk in einen Angriffskrieg, wenn es nicht aus primitivstem Selbsterhaltungstrieb dazu genötigt wird. Nur ein Volk, das durch einen Nachbarstaat an der Entwicklung seiner Leistungsfähigkeit, an der Entfaltung der in ihm liegenden Kräfte gehemmt wird, erhebt sich gegen diesen als seinen Bedrücker. Wir brauchen darum nur unserem natürlichen modernen Empfinden nachzugehen, und ebenso wie wir unser eigenes nationales Prestige hochhalten, auch das nationale Prestige der Anderen zu respektieren, ebenso, wie wir unsere eigene Entwicklung mit allen Kräften zu fördern suchen, auch die Nachbarvölker in ihrer Entwicklung, wo wir nur irgend können, zu unterstützen, und wir werden mit diesem Verhalten, angesichts der gegebenen Verflechtung der Interessen sämtlicher Völker, nicht nur den anderen nützen, sondern auch uns selber. Wie es sich im eigenen Lande dem eigenen Volke gegenüber gezeigt hat, daß Ausbeutung und Ausnützung diametrale Gegensätze sind, daß Lebenwollen der Einen auf Kosten der Anderen nicht mit dem Maximum von Ertrag abschließt, so müssen wir auch einsehen, daß dies im Verhältnis der Völker zueinander genau ebenso der Fall ist. Der beste Schutz vor Krieg ist Vertiefung und Erweiterung der Kultur. Vertiefung der Kultur nicht nur im eigenen Lande, sondern auch Erweiterung der Kultur über die Landesgrenzen hinaus; denn alle Erfahrungen der jüngsten Zeit belehren uns darüber, daß es die Völker niedriger Kultur sind, von denen her uns die intensivste Kriegsgefahr bedroht, sowohl weil diese in den Kulturvölkern heute naturgemäß ihre ärgsten Bedrücker und Ausbeuter hassen müssen, wie auch, weil jedes Land, das in Unkultur verharrt, einen Anreiz für Eroberungsgelüste bei den Kulturvölkern auslöst.

Man sucht heute die Behauptung zu rechtfertigen, daß der Untergang der Türkei durch die modernen Reformen eingeleitet wurde. Aber genau das Gegenteil ist richtig. Die Türkei ist daran zugrunde gegangen, daß sie den Geist der modernen Zeit nicht begriff, und ihre alte historische Macht dazu ausnützte, das eigene Volk ebenso zu unterdrücken, wie die von ihr abhängigen Nachbarvölker. Sie behandelte ihre Untertanen schließlich nur noch als Kanonenfutter, und da stellte sich am Ende das notwendige Ereignis ein, daß diese zuletzt auch dazu nicht mehr gut genug waren. Die Türkei ging an ihrer Unkultur zugrunde, die in immer größerem Gegensatz zu der aufsteigenden Entwicklung der Nachbarvölker stand. Mit Recht durfte man darum sagen, daß der Balkankrieg weit mehr als siegreiche Revolution, wie als wirklicher Krieg zu betrachten ist.

Halten wir nun der Türkei als Gegenbild die Schweiz gegenüber. Die Schweiz steht auf der Höhe der modernen Kultur, und, trotzdem sie von mächtigen Militärstaaten umgeben ist, denen sie im kriegerischen Wettbewerb durchaus nicht gewachsen wäre, drohen ihr keinerlei Gefahren. Nicht ihre Rüstungsstärke, ihre

kulturelle Stärke bewahrt sie vor einem ähnlichen Schicksal, wie jenes, das die Türkei ereilte. Und ganz besonders ein Moment, das speziell für Oesterreich von Bedeutung ist, hat der Schweiz eine ähnliche Tragödie erspart. In der Schweiz leben drei Nationen friedlich nebeneinander und keine ist von der Sehnsucht nach der Vereinigung mit den Nationsgenossen in den Nachbarlanden erfüllt. Und warum? Weil keine Nation sich in der Schweiz von der anderen bedrückt fühlt, weil keine den Glauben hat, daß die eine sich auf Kosten der anderen tiefgreifende Vorteile verschaffen will.

Ein ganz anderes Bild bietet Oesterreich. In Oesterreich kehren sich die einzelnen Nationalitäten im heftigsten Kampfe gegeneinander, ein Zustand, den Karl Renner treffend als „den Kampf der Nationen um den Staat" bezeichnet hat. Oesterreich steht so vor einem ganz speziellen Problem. Es ist die einzige Großmacht, die als Ganzes kein einheitliches Gefüge darbietet, sondern aus einem Konglomerat von Nationen gebildet wird. Oesterreich ist ein zusammengeheiratetes und zusammenerobertes Land, in dem die zentrifugalen Tendenzen die zentripetalen überwiegen. Das ist aber ein auf die Dauer ganz unhaltbarer Zustand, der uns täglich von neuem in Kriegsgefahren verstrickt. Und wenn wir gar, um uns vor dem Ansturm der sozialen Forderungen des Volkes zu schützen, aus dem Nationalitätenkampf Nutzen zu ziehen suchen, indem wir immer wieder die eine Nation gegen die andere ausspielen, so werden wir schließlich im Wettkampf mit den national einheitlichen Großmächten nicht bestehen können.

Darum ist das Schicksal der Türkei, für uns, je nachdem welche Konsequenzen wir daraus ziehen, entweder ein Memento mori oder ein Memento vivere. Mit der Steigerung der Kriegsstärke allein läßt sich das Prestige auf die Dauer nicht aufrechterhalten. Das beweist nichts deutlicher als Deutschlands weltgebietende Stellung, wo nicht in dem Maße, wie bei uns, die kulturellen Forderungen den militärischen Forderungen gegenüber zurückgestellt werden und wo der Kulturgedanke in ganz anderem Maße, wie in Oesterreich, das Ganze des Volkes erfüllt.

Die Zukunft wird es deutlich zeigen: Oesterreichs Stellung unter den Weltmächten, ja, sein Fortbestand wird schließlich davon abhängen, ob es versteht, das Verhältnis der einzelnen Nationen, aus denen es zusammengesetzt ist, so umzugestalten, daß keine einzige sich unterdrückt fühlt. Löst es diese große Aufgabe nicht, dann wird auch ein Wachsen der Rüstungslasten ins Unendliche den inneren Zersetzungsprozeß nicht aufhalten, ja, Oesterreich wird endlich, weil es verkennt, daß Menschenkultur den einzigen Reichtumsquell darstellt, der sich kontinuierlich aus sich selbst erneuert, der allein jene wirtschaftliche Produktivität garantiert, aus der alle nationalen und sozialen Ausgaben bestritten werden müssen, auch nicht einmal seine kriegerische Tüchtigkeit auf der erforderten Höhe erhalten können. Systematische kulturelle Niederdrückung des Volkes, systematische Volksverdummung und imperialistische Großmachtspolitik können auf die Dauer nicht zusammen bestehen. Die eine entzieht der anderen die notwendigen Mittel.

Und es ist auch etwas ganz anderes, ob ein national einheitliches Land, mit der nationalen Parole einen Damm gegen die soziale Parole zu schaffen bemüht ist, oder ob in einem Staat der aus einem Konglomerat von Nationen besteht, das gleiche versucht wird. Nationalismus, ja selbst nationaler Chauvinismus in Deutschland, Frankreich, England, Rußland, ist ein einigendes Moment, daß sich, wenn auch mit immer größeren Schwierigkeiten, den einigenden Tendenzen des Sozialismus und Internationalismus gegenüber wenigstens eine Zeitlang erhalten kann. Aber in Oesterreich — in Oesterreich da hebt der Nationalismus, die Friedenssicherung, die die Kriegsrüstung auf der einen Seite zu schaffen sucht, auf der andern wieder auf. Darum wäre Oesterreich vor allem berufen, Europa in der Lösung des internationalen Problems mit einem großen Beispiel voran zu gehen, und zwar berufen, zu dieser hohen Mission gerade im Interesse seiner Selbsterhaltung. In Oesterreich zuerst müßte die Erkenntnis reifen, daß man den Frieden und nicht den Krieg vorbereiten muß, wenn man den Frieden will, im Innern des Landes, ebensowohl wie im Völkerverkehr überhaupt.

Ueberall zeigt es sich, wem man den Mund verbindet, der muß mit den Armen um sich schlagen, will er sich durchsetzen. Wer sein Recht nicht findet, auch wenn alle Argumente für ihn sprechen, der greift aus innerem Zwang zur Gewalt. Das ist

bei Individuen nicht anders, wie bei Gruppen, Klassen und Völkern. Lebensnotwendigkeiten, die sich aber nur durch Gewaltanwendung durchsetzen können, entladen sich in Katastrophen, also in der unökonomischsten Weise, die sich denken läßt und mit der ungeheuersten Verschwendung der kostbarsten Güter. In dieser Phase der Katastrophenpolitik befinden wir uns leider heute noch mitten drin. Ueberall wollen wir bereits ausgebrochene Schäden heilen, statt die Uebel an ihren Wurzeln zu fassen. Das ist das, was wir bei der gegenwärtigen Kriegsgefahr in der eklatantesten Weise erleben. Die Bestrebungen der Pazifisten, die darauf hinzuwirken trachten, die Verhältnisse umzugestalten, aus denen die Kriegsgefahren erwachsen, die Organisationen zu schaffen suchen, welche die Lösung von Völkerkonflikten durch Waffengewalt entbehrlich machen, die zu systematischer kontinuierlicher Friedensarbeit schon in normalen Zeiten aufrufen, die verlacht man — aber wenn das Unglück da ist, wenn die Spannung eine so große geworden ist, daß aller Orten schon die Funken aufblitzen, dann kommt die internationale Diplomatie und will mit ein paar Spritzen, obendrein allerältesten Kalibers, den Ausbruch des Brandes verhüten. Wer es jetzt noch nicht sieht, daß ganz neue Friedenssicherungen in unserer modernen Zeit erforderlich sind, daß nicht ein paar armselige, dazu noch soziologisch ganz unorientierte Diplomaten ausreichen, die Riesenkräfte, die in den Völkerbeziehungen wirksam sind, zu regulieren — von dem muß man wirklich glauben, daß die ganze Entwicklung der letzten Jahrzehnte spurlos an ihm vorübergegangen ist.

Aber glücklicherweise hängt die gesellschaftliche Entwicklung im Verlaufe immer weniger von der Einsicht der Herrschenden ab. Auch sie werden von Triebkräften gelenkt, die weitaus mächtiger sind, als ihre individuellen Neigungen. Wie im Einzelorganismus der Intellekt nur der bewußte Zentralregulator ist, der sich auf unzähligen, durch die ganze Geschichte herausgearbeiteten organischen Selbstregulationen aufbaut, so verhält es sich auch im sozialen Leben. Hier ist die internationale, verkehrstechnische, wirtschaftliche, geistige und kulturelle Verflochtenheit heute bereits so weit vorgeschritten, daß gleichsam schon eine Solidarität wider Willen zustande gekommen ist, was am deutlichsten daraus hervorgeht, daß in unseren Tagen jeder Konflikt zwischen den führenden Nationen vor allem darum nicht zu kriegerischer Austragung führt, weil dabei immer ein Weltbrand zu gewärtigen ist, an dem naturgemäß niemand ein Interesse hat. Wo sich deshalb das Bewußtsein von der Solidarität der Interessen noch als zu schwach erweist, den Wahnwitz eines Krieges wegen geringfügiger Ursachen zu verhüten, da ist es die Solidarität der Interessengegensätze, wenn ich so sagen darf, die im letzten Moment die Selbstregulation herbeiführt. Und gerade, daß in jüngster Zeit alle großen Spannungen zwischen den Großmächten Europas erst im letzten Moment, wenn der Ausbruch eines Krieges bereits unvermeidlich erschien, ihre friedliche Lösung erhalten, daß es hier statt zum Ausbruch des Krieges schlimmstenfalls bloß zur Mobilisierung kommt, ist ein höchst bemerkenswertes Symptom.

Es zeigt sich darin, daß die Frage über Krieg oder Frieden schließlich an einem Haar hängt, womit zum Ausdruck kommt, daß es letzten Endes Imponderabilien sind, die den entscheidenden Ausschlag geben. Imponderabilien, die in erster Linie ein Produkt unserer ganzen Zeitströmung bedeuten. Ein undefinierbares Etwas ist es, daß die Herrschenden unmittelbar vor der Entscheidung vor der Verantwortung zurückschrecken läßt, das Ganze der Kultur als Einsatz im Va banque-Spiel des Krieges zu wagen, daß es nur unverantwortliche Cliquen sind, die auch, wenn die Situation sich zum äußersten Ernst zugespitzt hat, noch für den Krieg eintreten.

Und diese Schärfung des Kulturgewissens dankt die Menschheit gewiß in hohem Maße der Unermüdlichkeit der pazifistischen Bestrebungen, die um so imposanter wirken, als heute hinter den großen Kulturideen schon die einheitlich organisierten Kulturarmeen stehen, die aus der internationalen Arbeiterschaft gebildet werden. Die breiten Massen lehnen sich naturgemäß nicht nur gegen die Bedrückung der Mehrheit durch die bevorzugte Minderheit in den einzelnen Ländern auf, sie kämpfen mit immer stärker wachsenden Kraftassoziationen auch gegen die Bedrückung der einen Völker durch die anderen, sie verlangen, daß man ökonomisch mit dem Menschenmaterial umgehe, daß neben der Güterökonomie, die Menschenökonomie nicht vernachlässigt werde, daß wir unsere kulturellen Errungenschaften nicht

mit einem zu hohen Menschenverbrauch bezahlen. Im Kriege feiert aber die Menschen- und Gütervergeudung die tollsten Orgien. Gegen diese muß sich darum ein Geschlecht, bei dem das ökonomische Denken in das Zentrum des Willens gerückt ist, am stärksten erheben. Oekonomie der Entwicklung muß sein heißestes Streben sein, und aus entwicklungsökonomischer Gesinnung heraus muß es sich mit Allgewalt einsetzen, für das große Ideal der Völkerökonomie, dessen Majestät durch nichts mehr im innersten verletzt wird, als durch kriegerische Austragung von nationalen Interessengegensätzen, besonders dort, wo es sich dabei weit mehr um dynastische Interessengegensätze als um wirkliche vitale Gegensätze der Völkerinteressen handelt.

Der Krieg ist heute noch ein Anachronismus, und er wird in Zukunft zur Unmöglichkeit werden. Die selbsttätige Entwicklung des Lebens als sozialen Prozeß, das Emporwachsen von immer neuen nationalen und internationalen Regulations- und Korregulationsmechanismen, die die normale Funktion notwendig herausarbeitet, wird den Krieg allmählich, wie sie ihn heute schon an die Peripherie der Kultur gedrängt hat, ganz ausschalten. Nicht der Völkerfriede ist darum die Utopie, der Glaube an einen ewigen Bestand des Krieges bedeutet vielmehr eine ganz utopische Hoffnung. Die nationale Parole wird auf die Dauer dem Ansturm der sozialen nicht widerstehen können. Gerade die jetzige Kriegsgefahr und ihr Verlauf muß deshalb den Pazifismus ermutigen, in seiner Arbeit nicht zu erlahmen, denn wenn es auch die Gegenwart noch nicht wahrhaben will, so dürfen doch die Pazifisten selber sich in der felsenfesten Ueberzeugung nicht beirren lassen, daß es ihrer Betätigung im Verein mit der sozialistischen Bewegung allein zu danken ist, wenn sich die sozialen und internationalen Selbstregulationen schon heute, wo sie erst in den Anfängen stehen, bereits als stark genug erweisen, die Menschheit vor einem Weltkrieg zu bewahren.

Jetzt ist darum der Augenblick da, wo die ganz intensive pazifistische Arbeit einsetzen muß, um die bedeutsamen Lehren aus dem jüngsten Konflikt urbi et orbi mit leidenschaftlicher Klarheit zu verbreiten, um ebenso wie Marx im kommunistischen Manifest den Arbeitermassen zugerufen hat: „Ihr habt eine Welt zu gewinnen und nichts zu verlieren, als eure Kette. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ an alle Völker den energischen Apell zu richten: Ihr habt im Kriege eine Welt zu verlieren und nichts zu gewinnen, als neue Ketten und neue Lasten. Nationen aller Länder, vereinigt euch. Vereinigt euch im Kampfe gegen den Krieg, vereinigt euch im unablässigen Ausbau solcher Friedensorganisationen, die den Ausbruch von Kriegen für alle Zeiten kulturtechnisch unmöglich machen!

Der Anlaß des Balkankrieges

und eine wenig beachtete Möglichkeit, schwerwiegende internationale Interessenstreitigkeiten friedlich auszugleichen.

Von Prof. L. von Bar, Göttingen.

Es wird kaum einem Zweifel unterliegen, daß, nach dem strengen Recht zu urteilen, die Balkanstaaten einen haltbaren Grund zum Kriege gegen die Türkei nicht hatten. Bedrückungen von Glaubens- oder Religionsgenossen, die in einem anderen Staate vorkommen, ebenso wenig sogar blutige Unordnungen, sofern sie nicht in greifbarer Weise auf fremdes Territorium sich erstrecken, geben nach allgemeinen Grundsätzen keinen Grund, Reformen in einem anderen Staate zu fordern und dieser Forderung letztlich mit Waffengewalt Nachdruck zu geben. Die Souveränität des fremden Staates und der aus ihr abgeleitete, heutzutage in unbestrittener Geltung befindliche Grundsatz der Nicht-Intervention stehen solchen Forderungen entgegen. Nur auf besondere Verträge können letztere gestützt werden, und hier ist es unerheblich, ob solche Verträge durch Waffengewalt erzwungen wurden, da völkerrechtlich ein durch Krieg erzwungener Vertrag nicht weniger Gültigkeit hat, als ein freiwillig geschlossener. Verträge dieser Art hat die Türkei mehrfach und schon seit langer Zeit einzugehen sich veranlaßt sehen müssen. Aber sie sind nur mit Großmächten geschlossen, und wenn schon der allgemeinen Regel zufolge Staaten, die bei einem internationalen Vertrage als vertragsschließende Teile nicht beteiligt sind, nach Maßgabe eines Vertrages zwar möglicherweise tatsächliche Vorteile genießen, nicht aber Rechte ableiten und geltend machen können, so ist noch weniger daran zu denken, daß eine europäische Großmacht einem zur Zeit der Abschließung jener Verträge noch unfertigen oder kaum fertigen Balkanstaate die Geltendmachung einer

Kulturforderung gegen die Türkei habe zur Verfügung stellen wollen. Angenommen daher, daß die jetzt kriegführenden Verbündeten von der Herbeiführung eines Schiedsspruchs nach Maßgabe der Haager Konventionen hätten Gebrauch machen wollen, so hätte solcher Schiedsspruch ohne weitere Untersuchung darüber, ob die Türkei Stammesgenossen jener Staaten im Inneren der Türkei mißhandelte oder versprochene Reformen nicht einführte, die erhobenen Forderungen prinzipiell abweisen müssen. Denn Schiedsrichter haben nach positivem Rechte, nicht aber nach allgemeinem Billigkeitsgefühle zu urteilen, wenngleich die entgegengesetzte auf einem starken Irrtume beruhende Meinung jetzt recht verbreitet zu sein scheint.

Billigkeitsgründe konnten freilich geltend gemacht werden, wenn wirklich die Zustände in der Türkei so übel waren, und wenn nicht die angeblich nur leidenden Stammesgenossen durch eigene Gewalttätigkeiten selbst wesentlich die Schuld trugen oder mittrugen an allem demjenigen, was sie zu erdulden hatten. Denn dann konnte gesagt werden, daß schließlich die Regierungen einer Volksstimmung, die im höchsten Grade durch die Kunde und den Anblick jenseits der Grenzen geschehender Greuel erregt war, Widerstand zu leisten nicht mehr imstande waren.

Ein fernerer Grund der Billigkeit, auf den eine interessante Ausführung Francis Delaisi's („La paix par le Droit" Novemberheft S. 672 ff.) hinweist, war die Sicherung eines Exportes, von welchem man die gedeihliche Entwicklung der Länder abhängig erachten dürfte, ein Punkt, auf welchen sich ja augenfällig auch die serbischen Ansprüche auf Erlangung eines Zuganges zum adriatischen Meere beziehen. War Serbien bis jetzt mit dem Export seines Viehes und seiner Bodenprodukte, dessen es durchaus zur Deckung seiner vom Auslande zu beziehenden Bedürfnisse wie seiner nicht unbeträchtlichen Schulden bedarf, von dem guten Willen Oesterreichs, d. h. von der tierärztlichen österreichisch-ungarischen Kontrolle und den Tarifen der ungarischen Bahnen, nicht minder aber von einem Handelsvertrage mit Oesterreich abhängig, so konnte Bulgarien der Weg nach Wien durch Serbien, der Weg zur Donau durch Rumänien und im Falle eines Krieges auch der Ausweg nach dem Schwarzen Meere durch Rußland, der Ausweg durch den Bosporus durch die Türkei verschlossen werden. Montenegro sodann will durch den Besitz von Skutari eine beherrschende Position am Adriatischen Meere erlangen, die mit einem Schlage das kleine Königreich zum Range einer für den Handelsverkehr des Ostens höchst bedeutenden Macht erheben würde. Wenn aber Serbien, Bulgarien und Montenegro sich zu einem Kriegszuge gegen die Türkei verbanden, so konnte Griechenland schwerlich die gute Gelegenheit vorübergehen lassen, um sein Ansehen aufrechtzuerhalten — hier kommt das griechische Patriarchat in Betracht — und fügen wir hinzu die kretische Frage in einem Griechenland günstigen Sinne zum Austrag zu bringen.

Delaisi ist der Ansicht, der furchtbare, nach allen Beschreibungen entsetzliche, zu einem Religionskriege hinaufgetriebene, die Türken wie ihre Gegner ökonomisch tief erschütternde und beide Teile, namentlich aber die Türkei im Fortschritte der Kultur hindernde Kampf hätte vermieden werden können, wenn einige bezeichnete Bahnlinien durch türkisches Gebiet gebaut worden wären, welche König Ferdinand schon mehrfach bei der türkischen Regierung in Vorschlag gebracht habe, Bahnlinien,*) welche für den serbischen und bulgarischen Export einen weiteren, notwendigen Ausweg geschaffen haben würden.

Man braucht sich darüber nicht zu entscheiden, ob mit diesen Zugeständnissen und Einrichtungen schwerwiegenden Interessen der Balkanstaaten genügt worden wäre. Sicher aber dürfte sein, daß der gegenwärtige Krieg über einen mehr befriedigenden Ausgleich Klarheit zu bringen nicht vermag. Durch das siegreiche Vordringen namentlich der bulgarischen Armee und die Schwäche und Unordnung, welche in dem ersten Stadium des Krieges bei den Türken in so evidenter Weise hervortrat, ist keineswegs dargetan, daß in dem Gewirr der Nationalitäten und Konfessionen des europäischen Territoriums der Türkei eine völlige oder annähernd völlige Aufteilung unter bulgarische, serbische und griechische Herrschaft eine bessere Ordnung herbeiführen würde. Der Krieg war von Bulgarien, Serbien und Montenegro, vielleicht auch von Griechenland, von langer Hand vorbereitet, von den Vorteilen, welche die Herren Komitatschis und deren Ortskunde der Heerführung der Verbündeten gewähren mußten, zu geschweigen, während die Türkei in einem jedem Staate gefährlichen, für die Türkei aber besonders schwierigen Umbau der Verfassung und Verwaltung sich befand und noch befindet und in diesem Zustande durch ein Ultimatum der Verbündeten überrascht wurde, das nichts weniger als eine fast gänzliche Zerstücklung der europäischen Türkei bedeutete, das daher begreiflicherweise abgelehnt wurde, und dessen Ablehnung die sofortige Eröffnung der Feindseligkeiten zur Folge hatte. Es ist eben evident falsch, daß

*) Man könnte solche Bahnlinien auch hinsichtlich der Tarife und der Gesundheits- und Veterinärpolizei unter internationale Kontrolle stellen, an welcher die exportierenden Balkanstaaten beteiligt sein würden.

ein Krieg stets für die größere Tüchtigkeit des Siegers entscheidet, stets die Minderwertigkeit des unterliegenden Staates feststellt.

Wenn nun zugleich es der ursprünglichen übereinstimmenden Ansicht der europäischen Großmächte entsprach, daß der Krieg territoriale Veränderungen nicht bringen dürfe, so ist klar, daß ein den Handelsinteressen von Serbien und Bulgarien, die man vielleicht (?) im Sinne der Schiedsverträge als „Lebensinteressen" bezeichnen kann, aber auch den Interessen Griechenlands genügendes Arrangement auch ohne vorherigen Krieg hätte getroffen werden können.

Wer sollte aber einen genügend die Einzelheiten berücksichtigenden Vorschlag machen? Jede damit hervortretende Regierung war dem Mißtrauen und dem Einwande ausgesetzt, sie verfolge eigennützige, wenn auch zurzeit noch nicht klarzustellende Zwecke. Das bewirkt fast immer Zurückhaltung*) und so finden wir es denn wieder einmal bestätigt, daß im Falle eines schwerwiegenden Interessenkonfliktes der dringenden Empfehlung der Haager Konvention ungeachtet eine den Ausbruch eines Krieges hindernde Vermittlung nicht eintritt; entweder wird eine Vermittlung überhaupt nicht unternommen oder sie erfolgt in so unbestimmter oder zurückhaltender Weise, daß sie voraussichtlich wirkungslos bleiben wird. Es würde anders sein, wenn eine Vermittlungsinstanz bestände, zugleich von hoher moralischer Autorität und in keiner Weise dem Einwande ausgesetzt, die eigennützigen Interessen irgendeines Staates fördern zu wollen.

Damit komme ich zurück auf meinen schon vor der ersten Haager Friedenskonferenz gemachten Vorschlag der Errichtung einer internationalen Akademie zur Sicherung des allgemeinen Friedens, einer Akademie, die nur Gutachten erteilen sollte, welche allein durch Richtigkeit und Begründung, also durch ihr moralisches Gewicht, eine Einigung über internationale Differenzen herbeizuführen geeignet wären.

Der Pazifismus hat mit der Prüfung dieses Vorschlags,*) ausgenommen die dänische Gruppe der interparlamentarischen Union, welche ihn auf Bajers Empfehlung gebilligt hat, sich nicht beschäftigt. Man glaubt eine einfache, glatte, ohne weiteres entscheidende Erledigung aller internationalen Differenzen durch Schiedsgerichte oder gar durch einen ständigen internationalen Gerichtshof erreichen zu können. Dies mag in fernerer Zukunft möglich sein. Zurzeit spricht die gesamte Erfahrung bei schwerwiegenden Interessenstreitigkeiten dagegen: der Japanisch-russische, der Italienisch-türkische und jetzt der Balkan-Krieg. Es spricht aber auch die Berücksichtigung des Umstandes dagegen, daß ein Staat in einem Schiedsgerichtsverfahren dem Spruche der Schiedsrichter sich unterwerfen muß, mag letzterer auch im äußersten Grade ungünstig gegen ihn ausfallen. Wenn man auch in Schiedsgerichtsverträgen solcher Staaten, zwischen denen die Möglichkeit eines Krieges tatsächlich ausgeschlossen scheint, wie zwischen der Schweiz und einem südamerikanischen Staate, eine weitgehende Friedensliebe durch Anerkennung der Erledigung aller und jeder Streitigkeiten mittels Schiedsspruch bezeugen mag, so scheuen im übrigen die Regierungen doch vor solchen Verträgen zurück. Andererseits kann mit gutem Grunde auch nach rechtsgeschichtlichen Vorgängen ein Einigungsverfahren auf Grund eines Vorschlags unbeteiligter angesehener Personen als eine Vorstufe der in späterer Zeit erfolgenden gerichtlichen Entscheidung angesehen werden.

Sodann dürfte es leichter sein, eben weil ein Gutachten keine ohne weiteres bindende Kraft besitzt, vielmehr, falls oder insoweit es unbefriedigend oder verkehrt ist, widerlegt werden kann, eine nur Gutachten abgebende Akademie in allgemein zufriedenstellender Weise mit den geeigneten Persönlichkeiten zu besetzen, als einen internationalen Gerichtshof, wie die Verhandlungen der Haager Konferenz im Jahre 1907 gezeigt haben.

Freilich ist mir gegenüber das Bedenken geäußert worden, ein Gutachten sei deshalb nicht geeignet, die Erledigung eines Streites herbeizuführen, weil dabei nicht beide Teile gehört seien. Man findet indes die angesehensten Namen von Völkerrechtskundigen und Staatsmännern, z. B. unter Erklärungen über das Verhältnis Finnlands zu Rußland, und über den tripolitanischen Krieg. Was aber ist eine solche Gesamterklärung anders als ein Gutachten? Nur daß die unterzeich-

*) Sind die kriegführenden Staaten erst durch den Krieg erschöpft, so erscheinen Vermittlungsvorschläge einer unbeteiligten Regierung weniger bedenklich und findet zugleich eher Zustimmung. Daher kommen sie dann auch häufig vor. Aber dann hat der Krieg schon seine Opfer gefordert und meist die Sachlage verschoben, so daß die schließlich akzeptierte Lösung doch oft nicht völlig rationell ist, vielmehr leicht den Anlaß gibt zu einem neuen Kriege oder zu dauernden oder sich wiederholenden internationalen Reibungen oder Hinderungen gedeihlichen Fortschritts der Kultur.

*) Vgl. darüber meinen Aufsatz in der Wochenschrift „Die Nation", 19. Oktober 1898, sowie die Broschüre „Der Burenkrieg, die Russifizierung Finnlands und die Haager Friedenskonferenz. Hannover 1900." In einem als Manuskript gedruckten, u. a. dem Berner Friedens-Bureau mitgeteilten Aufsatze ist das Projekt näher ausgeführt worden.

neten Namen für den besonderen Fall zusammengebracht werden, und da von einer Gelegenheit, die der Gegenseite gewährt wäre, ihren Standpunkt zu vertreten keine Rede war. Ist es aber bekannt, daß eine hochstehende Kollektivautorität sich voraussichtlich über einen internationalen Streit äußern wird, so werden die streitenden Teile schon bemüht sein, ihre Argumente zur Kenntnis jener Autorität zu bringen, und so, daß über diese Argumente kein Zweifel besteht. Ob dies vollständig in den Formen der Diplomatie geschieht, ist am Ende wenig erheblich.

Die Carnegie-Friedensstiftung verfügt über höchst bedeutende Mittel. Eine Berechnung zeigt, daß nur etwa der fünfte Teil dieser Mittel oder etwa der Kostenbetrag des im Haag errichteten Friedenspalastes erforderlich wäre, um die Akademie angemessen zu dotieren und sie auch, was öfter erforderlich sein dürfte, in den Stand zu setzen, durch geeignete Vertrauenspersonen an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen; denn gegen die tatsächlichen Erhebungen des gesandtschaftlichen und Konsular-Personals der Staaten wird leicht der Vorwurf vorgefaßter oder wenn auch unbewußter Parteilichkeit geltend gemacht werden können.

Vorlesungen, Bücher und Zeitschriften über Völkerrecht sind zwar, da sie zur Klarstellung und Kenntnis des Völkerrechts dienen, der Aufrechterhaltung des Friedens dienlich. Aber nicht in solchem Grade, wie man nach oberflächlicher Betrachtung glauben möchte, da schließlich bei schwierigeren Konflikten die Entscheidung aus den theoretischen Sätzen gerade im Völkerrecht meist nur mit besonderer Schwierigkeit abzuleiten ist. Ein über den einzelnen Fall von einer hervorragenden Kollektivautorität abgegebenes Gutachten kann dagegen zur Erhaltung des Friedens unvergleichliche Dienste leisten, auch wenn es sich nur um strenge Rechtsfragen handelt.*)

Noch weit größere Dienste für die Erhaltung des Friedens würden wohlbegründete als unparteiisch anzusehende Gutachten leisten können, da, wo ein billiger und den Umständen und Zeitverhältnissen angemessener Ausgleich wirklich oder scheinbar widerstreitender Interessen den Streit zu beendigen und die Kriegsgefahr zu beseitigen geeignet ist.

*) Die Tätigkeit der Akademie würde die Anwendung von Schiedssprüchen nicht mindern, vielmehr nur eine Lücke ausfüllen, welche bei anderen Mitteln friedlicher Erledigung internationaler Streitigkeiten bestehen bleibt.

Das Fazit des Balkankrieges.

Von Richard Gädke.

Ich habe nicht die Absicht, mich in diplomatische Erörterungen einzulassen über die Veränderungen politischer Art, die der Balkankrieg im Gefolge haben wird. Dies wäre einerseits verfrüht, denn wir wissen noch nicht einmal, ob er sich seinem Ende zuneigt oder ob neue kriegerische Verwicklungen gewaltigerer Art aus ihm entspringen werden. Noch weniger vermögen wir zu übersehen, wie groß der Fetzen Landes sein wird, den man von der Türkei abreißt oder in welcher Weise die Sieger sich ihren Raub teilen werden. Auf der anderen Seite ist dies vom Standpunkt des Pazifismus aus eine nebensächliche Frage, und mehr oder weniger auch vom Standpunkt der Gesittung und der Menschheitsentwicklung aus. Jedenfalls werden die Sieger mit der Beute schalten und walten, als handle es sich um leblose Dinge und nicht um lebendige Menschen. Nach dem Rechte der Bevölkerung wird niemand fragen, sondern nur nach der Macht des Siegers und den Interessen der Großmächte. Man werfe nicht ein, daß gerade in Albanien doch der Wille der Nation siegreich triumphieren und der Teilung des Landes unter stammfremde Herren sich mit Erfolg entgegenstemmen werde. Ach nein — wenn Albanien freibleibt vom serbischen und griechischen Joche, so spielen seine eigenen Wünsche hierbei gar keine Rolle, sondern nur die Eifersucht zweier Großmächte auf die ehrgeizigen Bestrebungen der Serben. In der sinnfälligsten Weise prägt es sich uns ein, daß die menschliche Freiheit aus solchen blutigen Dramen der Weltgeschichte keinen Gewinn, keinen einzigen davonträgt. Im Gegenteil, der Krieg ist das Grab der Freiheit und der gesetzlichen Ordnung.

Wenn ich von dem Fazit des Balkankrieges spreche, so meine ich damit in erster Linie die üble Rückwirkung, die er auf die Geistesrichtung derjenigen Volksschichten in Europa gehabt hat, die sich vorwiegend die nationalen nennen. Starke Hochburgen haben sie besonders in Oesterreich, Rußland, Deutschland, wo der nationale Chauvinismus infolge des Balkankrieges und seiner gefährlichen Komplikationen zeitweise geradezu Orgien gefeiert hat. Wie hat man dort von neuem die Utopien der Friedensschwärmer verspottet, als staatsgefährlich verdammt! Wieder einmal sei der unwiderstehliche Gang der Entwicklung über Theorien hinweggeschritten, die die Natur des Menschen und seine irdischen Daseinsbedingungen völlig verkennen; die aber zugleich die physische Kraft und Entschlossenheit, den rücksichtslosen Willen zur Macht und Herrschaft zu erschlaffen geeignet seien. Wenn ich schreibe, daß dieser Chauvinismus der führenden Schichten besonders in den drei östlichen

Kaiserreichen vertreten sei, so soll damit keineswegs gesagt sein, daß er sich nicht auch anderswo finde. Durch Italien wehte bei dem Feldzuge zweideutigen Rufes gegen Tripolis ein erstickender Brodem wilder Kriegslust; und in Frankreich, in England haben sich in den letzten Monden genug hetzerische, aufpeitschende Töne vernehmen lassen! Wir sind wahrhaftig noch immer im ersten Vorhofe der Zivilisation; und immer und immer wieder kommt gerade in den gebildetsten Klassen des gesittesten Teiles der Menschheit das Tier zum Vorschein, das seine Selbstsucht poetisch verklärt, indem es sie Vaterlandsliebe, Hingebung, Tapferkeit nennt.

Auch wir wissen es, wir Friedensfreunde, daß wir noch lange nicht so weit sind, wie wir sein möchten. Noch lange wird der Appell an die Waffen das letzte Wort der Diplomatie sein, noch lange das Dröhnen des Geschützes die ultima ratio. Nur soll man uns diesen Zustand nicht loben, nicht als den idealen verhimmeln, nicht als die große Schule für Mannesmut und Sittlichkeit besingen wollen. Und man soll ihn nicht als ewig und unabänderlich betrachten, sondern trotz aller Rückschläge immer und immer wieder an seiner Beseitigung arbeiten. Mühsam und dornenvoll ist der Weg, der langsam nur und allmählich uns der Einschränkung des Krieges Schritt vor Schritt näher bringen kann.

Inzwischen aber soll man daran arbeiten, die Anlässe so oft als möglich aus dem Wege zu räumen, die zum Kriege führen können. Und da hat sich gegenüber dem Geschrei der „Patrioten" eine hocherfreuliche Erscheinung gezeigt; das Gewissen der Volksmassen gegenüber leichtfertigen oder auch nur vermeidbaren Kriegen ist unleugbar schärfer geworden. In Deutschland, in Frankreich, in England wie in Italien hat sich in diesen letzten Monaten die Stimme der Vernunft in immer mächtiger anschwellenden Akkorden vernehmen lassen. Unleugbar liegen gerade diesmal sehr starke Interessengegensätze unter den Großmächten vor; wer von ihnen nicht direkt an der endgültigen Gestaltung der Dinge auf dem Balkan beteiligt ist, der ist es wenigstens durch seine Freundschaften. Aber eine große Abneigung hat sich mehr und mehr Bahn gebrochen, sich um der Freundschaft willen in blutige Kriege zu stürzen, von deren Zweck das eigene Volk kaum etwas ahnt; die Knochen auch nur eines pommerschen Grenadiers zu opfern um der Hekuba willen auf dem Balkan; die kleinliche Frage, ob Serbien einen Hafen an der Adria erhalten darf, zum Ausgangspunkte eines Waffenganges zwischen Oesterreich und Rußland, und im weiteren Verlaufe zwischen dem Dreibund und dem Dreiverein zu machen. Gewiß, ich sagte schon, wir sind noch nicht über den Berg — aber der gewaltige Widerwillen, der mit elementarer Gewalt sich aus den Tiefen unseres Volkslebens ans Licht hervorringt, gegen den Krieg: der ist ein verheißungsvoller Ausblick in eine bessere Zukunft. Niemals zuvor hat er sich mit solcher Stärke gegen jingoistische Fanfaronaden einzelner Hetzer oder einzelner Gesellschaftsschichten erhoben, niemals zuvor mit solch zwingender Macht auf die Entschließungen auch der Regierenden eingewirkt. Diesmal war wohl der größte Teil, waren vielleicht alle eifrig bemüht, das schwer kämpfende Friedensschiff durch die aufgewühlte See der Leidenschaften mit fester Hand dem sicheren Port zuzuführen. Ob ihnen schließlich durch höhere Gewalt das Steuer dennoch aus der Hand geschlagen wird — Anerkennung wird man ihnen immerhin für ihre Besonnenheit und ihren guten Willen zollen müssen. Wenn einzelne kriegslustige Generale nach dem Muster des miles gloriosus mit dem Säbel gerasselt haben und noch rasseln, so sind doch die verantwortlichen Stellen ruhig, kaltblütig, friedliebend geblieben und haben, wie es scheint, ein gutes Werk verrichtet. Das ist ein erfreulicher Vorgang, ein gutes Sympton für eine bessere Zukunft: solange es noch nicht angeht, die Kriege prinzipiell aus dem Arsenal der Staatskunst zu entfernen, wird es doch mehr und mehr gelingen, sie praktisch immer wieder hinauszuschieben. Und das ist schon ein großer Fortschritt der Friedensidee, die natürlich auf einzelne Rückschläge immer gefaßt sein muß.

Nun soll man nicht verkennen, daß auch die internationale Sozialdemokratie, der ideale Verband der Arbeiter aller Länder, ein wesentliches Verdienst hat an diesem Gange der Dinge. Man soll sie nicht des Vaterlandsverrates zeihen, sondern im Namen der Menschheit ewig Dank ihnen wissen, daß sie einmütig ihre Stimme erhoben zugunsten des Friedens, ihre Empörung aussprachen über die Möglichkeit eines Krieges um eines elenden Hafens willen. Unleugbar hat diese Geistesrichtung der Massen auch die Entschlüsse der Regierenden beeinflußt: weder in Frankreich noch in Deutschland zeigte sich in den breiten Schichten der Bevölkerung auch nur eine Spur von Lust, sich schließlich gegenseitig die Köpfe zerschlagen zu müssen, weil Oesterreich sich mit serbischen „Kulturträgern" nicht zu einigen wußte. Die gleiche Erscheinung in England! Noch im vergangenen Jahre, welche Nervosität, welche feindselige Erbitterung gegen Deutschland! In diesen letzten Wochen aber trug überall über die Versuche der Kriegshetzer die nüchterne Erwägung den Sieg davon, daß es verbrecherischer Wahnsinn wäre, wenn die beiden besten Kunden im Welthandel ihr blühendes Wirtschaftsleben um Interessen leichtfertig vernichten würden, die für sie selber nebensächliche sind.

Das sind unleugbare Fortschritte der Friedensliebe, geboren aus dem instiktiven Friedensbedürfnis heraus; hoffen wir, daß sie bis zum Ende der Balkanverwicklung sich weiterhin durchsetzen werden. Wenigstens darf man zur Stunde hoffen, daß ein Krieg, der doch noch zwischen Oesterreich und Serbien entstehen würde, lokalisiert bleiben wird. Und durch Verhaftung der serbischen Armee raschestens erledigt sein würde!

In den Arbeiterschichten zuerst, die allerdings die am meisten Leidtragenden jedes Krieges sind, hat sich siegreich der große Gedanke Bahn gebrochen, daß über dem beschränkten Umkreis des eigenen Vaterlandes der große Verband der Menschheit steht; das Vaterland, das die gesamte bewohnte Erde umfaßt. Je mehr dieser Gedanke Wurzel faßt — welche Hemmnisse bietet ihm freilich unser Geschichtsunterricht in den Schulen! — desto näher rückt der Pazifismus an sein Schlußziel heran.

Aber neben dieser erfreulichen Erscheinung unmittelbar steht eine andere, weniger schöne. Das Kreuz ward aufgepflanzt auf die Fahnenstangen, und eine Art von Religionskrieg proklamiert gegen den verblassenden Halbmond der Ungläubigen. An sich schon, welch ein Zurücksinken in ferne Vorstellungen, die uns gesitteten Menschen völlig verblaßt sind; welche Barbarei und welche Blasphemie, Gott und Glauben anzurufen um so blutiger, so mörderischer Zwecke willen, einfachen Länderraubes halber! Und schlecht, wie das heuchlerische Symbol, war denn auch die Aufführung dieser Christen gegen das arme Volk der Ungläubigen. So sahen die Kulturträger aus, so die, die neues Leben in die zerfallenden Ruinen des Türkenreiches bringen wollten. Als ob die Arbeit des Kampfes nicht greuelvoll genug an sich wäre! Das rohe Siegergefühl entfesselte die Bestie, die mordlüsterne, von perversen Trieben gepeitschte; sie sind alle drei schuldig: bulgarische, serbische, griechische Soldaten haben sich mehrfach entehrt durch abscheuliche Ausschreitungen, durch Mord und Schändung von Greisen, Weibern, Kindern, nicht einmal das Völkerrecht, das die Gesandten schützt, haben sie geachtet. Arme Türken, sie sind am Ende doch bessere Menschen als diese christlichen Kreuzesträger!

Immer wieder muß man auf diese Greuel hinweisen, soll sie ungescheut an den Pranger stellen, denn sie zeigen, was es in Wahrheit ist mit dem Kriege! Da fallen alle die Lappen und Fetzen einer erlogenen Gesittung ab; brennende Dörfer, zerstampfte Fluren, stinkende Menschenleiber decken den Weg, den er gewandelt ist. Man muß ihm den Nimbus des Erhabenen nehmen und ihn zeigen in seiner nackten Roheit: das entschleierte Bild zu Sais!

Der Krieg ist nichts Schönes, nichts Erhabenes, wie man uns vorteuscht: im günstigsten Falle ein notwendiges Uebel, das unsere Unvollkommenheit noch nicht beseitigen konnte.

Und noch ein weiteres Fazit dieses Krieges! So engbegrenzt sein Raum bisher blieb, so schnell er auch verlaufen ist wie ein Wolkenbruch, der plötzlich zu Tale stürzt: so verheerend sind gleichwohl seine wirtschaftlichen Folgen gewesen. Ganz Europa ist von ihnen berührt worden, alle Teile der Bevölkerung haben mehr oder weniger darunter gelitten. Hier ein Run auf die Sparkassen; dort allgemeines Sinken der Kurswerte; Verluste, die in die Millionen gehen; eine Stockung der Geschäfte, der Getreideausfuhr aus Rußland, der Schiffahrt, lähmende Ungewißheit, die auf der Handelswelt liegt, allgemeines Mißtrauen! Europa bildet nun eben tatsächlich eine große wirtschaftliche Einheit, mit den verzweigtesten, zwischenstaatlichen Beziehungen. Selbst ein kurzer Krieg zwischen den Balkanstaaten und der Türkei — an dem nur etwa 28 Millionen Menschen beteiligt sind, noch lange nicht die Hälfte der Kopfzahl, die Deutschland allein zu ernähren hat — kann nicht ausbrechen, ohne alle Teile der Welt in heftigste Mitleidenschaft zu ziehen. Und eine solche Erfahrung sollte gegen die Bestrebungen des Pazifismus sprechen?

Und nun das letzte! Kein Zweifel, auch wenn jetzt, wie zu hoffen, der europäische Krieg wenigstens vermieden wird, das Ende der Sache sind vermehrte Rüstungen an allen Ecken und Enden. In Deutschland ist zweifelsohne die Meinung so, daß die Regierung nur geringem Widerstande begegnen wird, wenn sie zu gelegener Zeit mit neuen großen Forderungen für Heer und Flotte kommt. In England mehren sich die Stimmen für Einführung des Zwangsdienstes, in Oesterreich sind neue Wehrvorlagen eingebracht, Frankreich macht verzweifelte Anstrengungen, den Rückgang seiner Geburtenzahl durch vermehrte Kraftanstrengung auszugleichen, Rußland rüstet unaufhörlich, und Belgien wird die allgemeine Dienstpflicht einführen.

Nicht ohne jeden Grund! Solange Ueberfälle, wie der der Italiens, wie der der Balkanstaaten möglich sind, heißt es in der Tat: Bereitsein ist alles! Daß aber andererseits in diesen Rüstungen selbst wieder der Reiz zu stetem Mißtrauen, der Keim ewiger Reibungen liegt, wer wollte es leugnen? Ein unentrinnbarer circulus vitiosus, so scheint es!

Und darum sollen wir getrost auch dieses Fazit noch aus der Krisis ziehen, die wir jetzt durchmachen, daß das Wirken der Friedensfreunde mit nichten ein unnützes, wohl gar ein schädliches sei, sondern daß es in der höheren Vernunft der Dinge liegt.

Balkankrieg und Balkankrise in ihren wirtschaftlichen Konsequenzen.

Von Austriacus.

Wie immer man die wirklichen oder vermeintlichen wirtschaftlichen Vorteile, welche die gegenwärtige Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns in der Zukunft haben wird, beurteilt (bessere handelspolitische Beziehungen zu den Balkanstaaten, daher Besserung unseres Exportes, Ausgestaltung unserer Verkehrswege an das Aegäische Meer und an die Adria u. a.), die wirtschaftlichen Nachteile des Balkankrieges und der kritischen politischen Lage überhaupt zeigen sich schon jetzt und ihre Bedeutung wächst sozusagen von Tag zu Tag. Die jetzigen Tage beweisen zunächst, wie unrecht Dr. Somary hatte, als er kürzlich in einer Industriellenversammlung die ersten Wirkungen eines Krieges auf die Volkswirtschaft, welche er als „Panik-Wirkungen" bezeichnete, in verhältnismäßig günstigen Ausdrücken schilderte. Allerdings, der Mensch vermag sich an die schwersten Schäden und Verluste mit der Zeit gewöhnen und daher auch an die wirtschaftlichen und kulturellen Verwüstungen eines Krieges oder von Kriegen in der unmittelbaren Nachbarschaft. Immerhin war Dr. Somary gnädig genug, zu empfehlen, daß man „mit der Einführung von Kriegssteuern zweckmäßig bis nach Ablauf der Panikwochen warten solle", während die Erhöhung der Zölle nach seinem menschenfreundlichen Rat möglichst rasch erfolgen soll. Zu all dem wirtschaftlichen Unheil also noch durch die höheren Zölle abermals verteuerte Lebensmittel!

Wenn wir durchaus objektiv und nicht übertrieben die Nachteile prüfen, welche der Balkankrieg und die mit ihm verknüpfte Kriegsfurcht schon jetzt der österreichischen Volkswirtschaft bereiten, so kommen wir zu überaus traurigen Ergebnissen. Wir möchten jedoch vorausschicken, daß ähnliche Schädigungen auch in den übrigen mit den Balkanländern in so innigem wirtschaftlichen Verkehre wie Oesterreich stehenden Staaten zu verzeichnen sind, und daß die Darstellung der spezifisch österreichischen Schädigungen in keiner Weise wieder, nach beliebtem Vorbilde, etwa als „ein Zeichen unserer Schwäche", ja als eine nicht sehr vaterlandfreundliche Tat ausgelegt werden darf.

Beginnen wir mit dem Ausbleiben der Lieferungen. Es ist selbstverständlich, daß die Balkanstaaten schon geraume Zeit vor dem Beginne des Krieges und während desselben eine Reihe forcierter unmittelbarer Kriegsbestellungen machten, die einzelnen hiesigen und andersstaatlichen Produzenten zugute kamen (Pferde, wogegen ja jetzt ein Ausfuhrverbot erlassen wurde; Sattler- und Riemerwaren, Verbandstoffe, Winterwäsche, Kochgeschirr, Munition u. a.). Das mag, rein geschäftlich beurteilt, allerdings als ein Vorteil unserer, aber auch anderer Volkswirtschaften aufgefaßt werden. Dem stehen aber ungleich bedeutendere Nachteile gegenüber, indem in sehr wichtigen und ohnehin in schwierigen Verhältnissen arbeitenden Branchen die gewohnten Herbst- und Winterbestellungen der Balkanstaaten in vielen Fällen zur Gänze, in anderen Fällen wenigstens zum großen Teile ausblieben. Dieser Verlust an Bestellungen wird beklagt in erster Linie in der Schuhindustrie, ferner in der Lederwarenindustrie, weiter in der Baumwoll-, Woll- und Bekleidungsindustrie, desgleichen in der Eisenwaren- und Werkzeugbranche, ebenso in der Zuckerindustrie.

Die ausbleibenden Bestellungen lassen sich ziffernmäßig allerdings derzeit noch nicht abschätzen. Das im nächsten Monate erscheinende Heft unserer Außenhandelsstatistik für den Monat November wird allerdings die bedeutende Differenz der Ausfuhr in diesem Monate gegenüber dem Vorjahre ziffernmäßig nachweisen.

Welches sind aber die wirtschaftlichen Konsequenzen dieses Ausbleibens der gewohnten Bestellungen? Zunächst selbstverständlich die Einschränkung des Betriebes, das forcierte Bearbeiten des Inlandsmarktes, daher eine Verschärfung der inländischen Konkurrenz. Insoweit aber der Inlandsmarkt gesättigt ist oder, wie z. B. gerade in der Schuhbranche, durch steigende Einfuhr billigerer ausländischer, meist deutscher Waren überfüllt ist, muß die Betriebsreduktion durchgeführt werden, und das bedeutet für viele Tausende von Arbeitern die Entlassung und für sie und ihre Familien die Gefahr des Verhungerns. In der Schuhindustrie sollen etwa 3000 Arbeiter dieser Gefahr preisgegeben sein, in der Konfektionsbranche sogar 6000 Arbeiter und Angestellte.

Ein anderer wirtschaftlicher Nachteil ergibt sich daraus, daß die Zahlungen aus den Balkanstaaten zum großen Teile ausbleiben, weil die dortigen Käufer kein oder zu wenig Geld zur Verfügung haben und dank der bekannten Moratorien auch nicht verpflichtet sind, zu zahlen oder die auf sie gezogenen Wechsel einzulösen. Dazu kommt, daß nicht ganz reelle oder schon früher schwache Firmen diese Gelegenheit benützen, um die Zahlungen überhaupt einzustellen und sich zu einer möglichst geringen Quote auszugleichen. Aus Galizien und Ungarn werden direkt fraudulose Vergleiche gemeldet — kaufmännische Hyänen des Schlachtfeldes. Die österreichischen Verkäufer nun, welche die Gelder für die gelieferten Waren nicht erhalten, kommen auch ihrerseits

in eine schwierige finanzielle Lage. Sie müssen ihren Lieferanten wieder schuldig bleiben und so pflanzt sich die Krise auch hier im Inlande weiter fort, was ja in den täglich gemeldeten Insolvenzen und Konkursen nur allzu deutlich zum Ausdrucke kommt. Dem Verfasser sind einzelne Fälle bekannt geworden, in welchen z. B. ein Textilindustrieller allein 230 000 Kr., ein kleinerer Kleiderkonfektionär 70 000 Kr. an zweifelhaften Forderungen in dem einen oder anderen Balkanstaate ausstehen haben. Nach einer ungefähren Schätzung sollen etwa 50 000 000 bis 70 000 000 Kr. gefährdete Außenstände in den Balkanländern sich befinden, und es wird vermutet, daß nach den Weihnachts- und Neujahrs-Feiertagen die Insolvenzen und Konkurse in leider ziemlich großer Zahl gemeldet werden dürften.

Die geschäftliche Lage gerade jener Industrien und Gewerbe, welche hauptsächlich für den inländischen Markt arbeiten, wird dadurch verschlechtert, daß infolge der steten politischen Erregung und Beunruhigung das Publikum mit Käufen zurückhält, und zwar um so mehr, je entbehrlicher die einzukaufenden Gegenstände sind. Das sogenannte Weihnachtsgeschäft in Wien und in anderen großen Städten hat schon jetzt außerordentlich gelitten und wird voraussichtlich auch im Monat Dezember nur in bescheidenem Maße den vorjährigen Umfang erreichen. Statt der Aufnahme von Bedarfsarbeitern und -Angestellten finden Entlassungen der alten Arbeits- und Hilfskräfte statt, und der Umsatz wird in vielen Branchen nur die Hälfte oder ein Drittel des vorjährigen Umsatzes betragen.

Aber auch noch auf einem anderen Gebiete äußert der Krieg oder die bloße Kriegsfurcht schädliche Wirkungen. Wir meinen die stete Unruhe die Ungewißheit über das, was morgen geschieht, die Furcht vor dem Verluste der in Sparkassen und Banken angelegten oder verwahrten Effekten und Gelder. Schon lesen wir eine Kundgebung des Polenklubs an die galizische Bevölkerung, in welcher sie gewarnt wird, ihre Einlagen aus den Sparkassen zurückzuziehen und aus dem Lande zu fliehen. Es wird betont, daß das Privateigentum auch im Kriege unantastbar sei (insoweit es infolge der kriegerischen Ereignisse nicht doch anders kommt!), daß die beängstigenden Gerüchte zum großen Teile auf Spekulation zurückzuführen seien, welche die politische Situation für ihre eigenen Zwecke und Gewinnabsichten mißbrauche. Die Galizische Sparkassa in Lemberg allein soll bereits gegen 19 000 000 Kr. Einlagen in den letzten Wochen zurückgezahlt haben und die Erste österreichische Sparkasse in Wien hatte in der letzten Woche ebenfalls einen großen Andrang zu gewärtigen, indem etwa 5000 Personen namentlich kleinere Beträge in einer Gesamtsumme von über 4 000 000 Kr. abhoben; größere Einlagen wurden etwa im Betrage von 2 000 000 Kronen liquidiert. Auch bei der Zentralsparkasse der Stadt Wien hat sich ein außergewöhnlicher Andrang bemerkbar gemacht, namentlich bei ihren Bezirksfilialen.

Kenner der Volkswirtschaft mögen noch so eindringlich das Irrationelle solcher Runs auf die Depotinstitute predigen — die Masse des Volkes ist leider wirtschaftlich so ungebildet, daß sie — wie einerseits an die handelspolitischen Vorteile eines Krieges — so anderseits auch an die Unsicherheit des Geldes, sobald es nicht in dem eigenen Gewahrsam ist, glaubt, und wohl auf lange Zeit hinaus noch vergebens vor derartigen Schritten gewarnt wird. Der volkswirtschaftliche Nachteil dieser Vorkommnisse beruht aber darin, daß hierdurch die Verwendung der Spareinlagen und Depots für Hypotheken und andere durchaus reelle Zwecke außerordentlich erschwert, d. h. verteuert wird, was wieder das Bauen von Wohnhäusern, Fabriken, gesunde Investitionen in der Volkswirtschaft überhaupt erschwert und verteuert.

Nicht zuletzt sei als ein volkswirtschaftlicher Nachteil der unsicheren und kritischen Lage das stete Zurückweichen der Kurse der sogenannten pupillarsicheren Papiere erwähnt, jener Papiere, in welchen der kleine Mann seine oft sauer erworbenen Spargroschen anlegt, um im Falle der Krankheit, der Erwerbsunfähigkeit oder im Falle seines Todes für seine Hinterbliebenen ein kleines aber sicheres Kapital zu besitzen. Alle diese ehrlichen Menschen sind in verhältnismäßig kurzer Zeit um nicht unbeträchtliche Summen ihrer Ersparnisse gebracht worden, statt 100 Kr. besitzen sie nur mehr 83 oder 82 Kr. Wer trägt hier die Verantwortung?

Auf der anderen Seite aber stehen die skrupellosen Spekulanten, die sich zu kritischen Zeiten stets traurig bemerkbar machen. Sie sitzen in Redaktionen und im Parlamente, in Aemtern und Kontors, und suchen die ohnehin erregte Stimmung der großen und kleinen Kapitalbesitzer, das Ungewisse der nächsten Zukunft, durch oft ganz unverantwortliche Schreckens- und Alarmnotizen möglichst auszubeuten und zu fruktifizieren. Man braucht kein Gegner des Krieges zu sein, aber dieser Sorte von Menschen sollte wohl in jedem Staate schon längst gründlich das Handwerk gelegt worden sein.

Wenn wir uns daher ein wirtschaftliches Gesamturteil erlauben dürfen, so ist es ein durchaus pessimistisches. Die direkten und indirekten Schäden, welche die Vorbereitung des Balkankrieges und dieser selbst, ferner die äußerst gespannte politische Situation unserer Volkswirtschaft zugefügt haben und beständig noch zufügen, sind durchaus nicht gering zu erachten und werden leider ihre

Wirkungen auch noch lange hinaus äußern, selbst wenn in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren eintreten sollte.

Zum Schlusse sei nur nochmals ausdrücklich festgestellt, daß, wie Nachrichten aus Deutschland, Frankreich, Italien, Rußland, ganz abgesehen von den Ländern des Kriegsschauplatzes selbst, dartun, dort die wirtschaftlichen Nachteile durchaus nicht geringer sind, ja, je nach Umständen sogar größer, so daß die wirtschaftlichen Schäden des Krieges und der Kriegsstimmung keine in Oesterreich isolierte Erscheinung genannt werden dürfen und die Feststellung dieser nachteiligen Wirkung auch nicht als ein mit dem Interesse Oesterreichs unvereinbarlicher Akt der Journalistik bezeichnet werden kann.

Ein Prolog zu meinem „Menschenschlachthaus", ein Präludium zum kommenden Krieg.

Von Wilhelm Lamszus, Hamburg.

Wenn aufgeschreckt die Völker von dem Ruhelager springen, weil drohend mit erhobenem Hammer der Krieg vor ihrer Türe steht, wenn sich die Menschheit schon zu ihrem letzten Gange rüstet, so liegen noch, die Gott zum Singen schuf: die Träumer und Poeten auf dem Liebespfühl und schlürfen eitel Himmelsblau und Maiengrün und singen rosarot die veilchenblaue Liebe —

und wenn am Horizont das Blutgewitter steigt, der Sturm der Leidenschaften ehern sich zusammenballt, wenn schon der Weltgeschichte Atem stockt, so liegen die Begnadeten nur inniger versunken da und lauschen auf die Reinheit eines edlen Verses und sonnen sich am heitern Glanze einer kostbaren Melodie, und um die Augen einer schönen Frau verraten sie das Blut der Völker — —

so kommt und sagt, es ist nichts weiter als ein Reigentanz gewesen, nichts mehr als luftige Gebilde, Wolkentand und Regenbogenglanz. So kommt und sagt, es wird nichts weiter geben als ein wildfröhlich Soldatenspiel: Wachtfeuer lodern, und es dämmert schon das Morgenrot. Die Sonne steigt. Nun singen sie und ziehen jauchzend hin:

Kein schönrer Tod ist auf der Welt,
als wer vorm Feind erschlagen . .

Die Fahnen flattern, und die Kriegsmusik rauscht feurig auf . . es geht zum Sturm . . und blitzend wirft die junge Lust dem brüllenden Tode sich entgegen. Und lauter als Gewehre und Kanonen donnern, donnert aus hunderttausend Siegeskehlen das Hurra . . .

im Schimmer steigt vor unsern Augen auf: die große Zeit, die unsterbliche Zeit der Väter und Heroen und läßt sie farbenprächtig in die Lüfte rauschen: Die wilde, flatternde, die ach so amüsante, todselige Kriegsnovelle. — — — —

Doch, wenn ihr heut an diesem grauen Tag der Nüchternheit eure verzückten Augen rückwärts wendet, so reckt sich nackt am Horizont die Wirklichkeit und steht in Eisen und in Ziegelsteinen da. Verflattert sind die bunten Ritter und Romantiker. Die düstern Schlote starren in die Luft. Geschoßfabriken, Pulvermagazine, Waffendepots. Maschinen rasseln, und es rauchen Tag und Nacht die Schornsteine der Leichenindustrie. Entsunken in die Stille des Laboratoriums steht hinter Gläsern, Tiegeln und Retorten der Forscher einsam da und lauscht den Elementen das letzte furchtbare Geheimnis ab. Noch immer ist es ihnen zu gering. Was nützt es, tausend Menschen auf einmal zu fällen, wenn aber tausend leben bleiben. Es sinnt der Menschengeist von Alters her und grübelt auf das eine Mittel, das Mittel, das sich nicht mehr überbieten läßt, womit man eine ganze Stadt mit Türmen, Mauern, Kasematten und mit Menschen auf einen Blitz und Knall in Schutt verwandeln kann. Gebt uns das Mittel her, nicht nur ein Regiment — was ist ein Regiment — das Mittel wollen wir, ein ganzes Heer von Menschen, Rossen, Generalen und Gemeinen, die ganze glänzende Armee in einem herrlich konzentrierten Augenblick in Stücke und in Staub zu blasen. Wer wird der erste sein, der dieses Zaubermittel findet? Und böt euch einer solch ein Wundermesser an, damit man einem ganzen Volk, dem ganzen Land die Gurgel auf einmal abschneiden kann — es würden gierig eure Hände nach dem Messer greifen, ihr würdet zitternd es an eurer Brust verstecken, und würdet, wenn die große Stunde kommt, den letzten, großen Schnitt probieren — — und würd' euch Macht, zu tun, wie euer Blut begehrt, es würde euch die Wollust und das Grausen packen, bis ihr den Erdball in die Luft gesprengt. —

Das ist der Krieg: der unersättliche, der grandiose Blut- und Leichentraum der fieberkranken Menschheit, das rote, heulende Delirium der blutentbrannten Völker. Hinweg mit Flitter, Tand, Musik und Träumerei! So laßt die Wahrheit aus dem Grabe steigen, daß sie ihr Leichentuch von den verwesten Schultern schlage. So laßt den Chor der Wund- und Eitersänger sich zum Festgesang aufreihen, und gebt den Toten ihre Stimme wieder.

Wißt ihr, was dieser Krieg für euch bedeutet?

Wißt ihr, was eine Million von Leichen unseres Geschlechts bedeutet?

Verhüllt nicht schamhaft euer Haupt! Breitet sie malerisch vor euren Augen aus!

Da liegen sie!

Wer wagt es, sie zu zählen? Zu wägen tausend Tonnen totes Menschenfleisch? Zu filtern tausend Hektoliter frisches Menschenblut —

und doch aus ungestilltem Mund zu singen von der Herrlichkeit des Krieges, des großen, heiligen, gottgewollten Krieges, dem Zucht- und Lehrmeister der weibischen Kultur, dem strafenden Erzieher unserer schlechten Menschheit!

So laßt uns heben an:

Wir haben ihn geschaut, ihn nackt und würdelos. Denn wir lagen selber, aus offnem Halse röchelnd, an der Erde und sind im eignen Blut erstickt und sind mit hunderttausend armen Brüdern verscharrt in fremder Erde.

Ihr Brüder, ziehet mit! Was rosenrot in seinen Schuhen steht, was sich ergötzt zu üppiger Gebärde, was sich umschlingt und Leben zeugt in ewig holdberücktem Reigen —

laßt Tanz und Andacht hinter euch, laßt Haus und Hof nun hinter euch, laßt eure Frauen, eure Kinder, eure Väter, eure Mütter nun daheim, und ziehet mit.

Der Krieg ist da!

Nun ziehet mit hinaus aufs Schlachtfeld hin! Und sehet zu, wie ihr vor ihm bestehen mögt.

Die Türkei und Rußland vor dem Haager Schiedsgericht.*)

Von Dr. Hans Wehberg, Düsseldorf.

Mehr und mehr ist durch Schückings bahnbrechendes Werk „Der Staatenverband der Haager Konferenzen" die eminente Bedeutung des im Haag Geschaffenen klar geworden, und auch manche Friedensfreunde, die früher die Ergebnisse der Haager Friedenskonferenzen mehr als Trick der Diplomatie betrachtet haben, werden nicht umhin können, ihr früheres Urteil auf Grund des Schückingschen Werkes einer Revision zu unterziehen. Wenn hochverdiente Männer erklärt haben, sie seien nicht deshalb Pacifisten geworden, damit das Haager Schiedsgericht einige Fischereistreitigkeiten und Differenzen um Geldforderungen entschiede, so war diese Meinung vielleicht noch zu verteidigen, wenn man in dem auf der ersten Haager Konferenz Geschaffenen lediglich eine internationale Gerichtsunion erblickte. Nachdem aber durch Schücking außer allen Zweifel gestellt worden ist, daß es sich im Haag nur um die Anfänge einer politischen Staatenorganisation, eines Weltstaatenbundes, handeln kann, erkennt man die Keime einer ganz neuen Entwicklung der Staatengemeinschaft; man weiß jetzt, daß es sich bei dem Haager Werke unmöglich lediglich darum handeln kann, daß der Staatengemeinschaft ein ständiges Organ zur Erledigung ihrer Streitigkeiten zur Verfügung gestellt worden ist, vielmehr reicht der Zweck desselben weit darüber hinaus: Das Haager Werk ist der Grundstein zu einer festgefügten politischen Organisation der Staaten, von dem der Haager Schiedshof nur ein Teil ist. Wie sehr ich auch in zahllosen Einzelheiten anderer Meinung als Schücking bin und wie sehr ich auch viel mehr Wert auf die bereits vorhandenen Keime eines Weltstaatenbundes als auf den wohl noch nicht eigentlich vorhandenen Weltstaatenbund als solchen legen würde, so erscheint mir das Schückingsche Werk in seiner Gesamtheit doch so treffend und die ganze moderne Entwicklungslinie der Haager Konferenzen und des Völkerrechts so klar beleuchtend, daß ich glaube, man wird und man muß in absehbarer Zeit in dem Schückingschen Buche ein Werk von nicht hoch genug zu preisendem Werte erkennen. Mancher wird vielleicht sagen: Selbst wenn Schücking Recht habe, so sei es doch nicht klug, der Diplomatie so scharf die Konsequenzen des von ihr Geschaffenen vor Augen zu führen; man mache sie dadurch stutzig. Wer so spricht, verkennt einmal die Aufgabe der wahren Wissenschaft, die festzustellen hat, was ist, und nicht nach rechts und links schielen darf. Er übersieht ferner, daß die ganze Entwicklung so sehr auf dem von Schücking ausgefurchten und vorgezeichneten Weg gehen muß, daß sie kein Skepticismus daran hindern kann.

Bei dieser eminenten Bedeutung des Haager Werkes, die zuerst von Schücking voll erkannt worden ist, wollen wir Friedensfreunde jeder einzelnen Entscheidung des Haager Schiedsgerichts und später des wirklich ständigen Gerichtshofes das denkbar größte Interesse entgegenbringen. Wir wollen in jedem weiteren Urteil des Hofes einen neuen Meilenstein zu dem Weltstaatenbunde (nicht zu verwechseln mit Weltbundesstaate)

*) Da neuerdings einige Universitäten, wie Marburg, Würzburg und Bonn, den sehr beachtenswerten Versuch gemacht haben, die friedensrechtlichen Ergebnisse der Haager Konferenzen in Dissertationen bearbeiten zu lassen, so sei an dieser Stelle auch darum gebeten, in gleicher Weise die Haager Urteile monographisch behandeln zu lassen. Die Universität Greifswald hat hiermit bereits den Anfang gemacht. 1908 erschien auf Stoerks Veranlassung eine Greifswalder Dissertation von Simon: „Natur- und völkerrechtliche Tragweite des Urteils des Haager permanenten Schiedsgerichtshofes vom 22. Mai 1904 betreffend die zeitlich unbegrenzte Ueberlassung von Grundstücken in Japan an Fremde." (48 S.) In jedem Rechtsstreite des Haager Hofes sind hochinteressante Probleme erörtert worden. Außer in den Urteilen findet man in den Schriftsätzen noch weitere Fragen erörtert, so z. B. in dem ersten peruanischen Schriftsatze des Canevaroprozesses das Problem der Rechtsnatur des Völkerrechts.

erkennen und die trefflichen Richter preisen, die, während in der Ferne noch Kanonen donnern, mit emsigen Fleiße ihr von der Mitwelt nicht immer richtig geschätztes Amt verrichten, und Stein auf Stein zu dem Bau der Zukunft tragen. Wie sehr wird das Vertrauen der Staaten in die Schiedsgerichtsbarkeit durch ein gutes Urteil gestärkt! Wie sehr vermag jedes einzelne Urteil Richtlinien für die Erledigung zukünftiger Streitigkeiten aufzustellen! Wie sehr kann durch die glückliche und rasche Beseitigung kleiner Konflikte ein besserer Boden für die Erledigung großer Differenzen geschaffen werden!

Der am 11. November in dem russisch-türkischen Streite verkündete Schiedsspruch ist in mannigfacher Hinsicht von besonderer Bedeutung, was wir am besten verstehen werden, wenn wir uns den Tatbestand kurz vergegenwärtigen.

In den Verträgen zu Adrianopel und San Stefano von 1878 hatte sich die Türkei zur Zahlung einer Kriegsentschädigung für die den russischen Untertanen in der Türkei während des Krieges zugefügten Schäden verpflichten müssen. Auf dem Berliner Kongreß wurde dieser Punkt als zu geringfügig überhaupt nicht behandelt. 1879 kamen Rußland und die Türkei überein, daß die Höhe der Entschädigungssumme von einer russischen Kommission geprüft werden und 26 750 000 Francs nicht übersteigen sollten. Es ergab sich später ein Betrag von 6 186 543 Frcs. Obwohl die Summe mangels einer Stundung sofort fällig war, zahlte die Pforte erst im Dezember 1884 zunächst 1 150 000 Frcs. und 1889 nochmals die gleiche Summe. Bereits 1887 hatte die russische Regierung die Türkei darauf aufmerksam gemacht, daß eine weitere Verzögerung der Angelegenheit die Pforte zur Zahlung von Verzugszinsen verpflichten würde. 1891 verlangte denn auch Rußland unter Bezugnahme auf jene Drohung infolge der weiteren Verzögerung der Angelegenheit die Zahlung von Verzugszinsen. 1893 erfolgte eine weitere Abzahlung von 1 725 000 Frcs. Im Jahre 1894, als von der Hauptsumme noch 91 000 türkische Pfund unbezahlt waren, schrieb der russische Botschafter an die Pforte, er bestände auf der sofortigen Zahlung des Restes der den russischen Untertanen geschuldeten, sich auf 91 000 türkische Pfund belaufenden Summe. Von Zinsen war seit 1891 in einem Schreiben der russischen Regierung nicht mehr die Rede. Dagegen erhielt die Pforte noch mehrfach Auffoderungsschreiben zur Zahlung „des Restes", und die Höhe dieses Restes war stets gleich der noch restierenden Hauptsumme angegeben. Eine weitere Zahlung der Türkei erfolgte 1894, und 1902 wurde der Rest im wesentlichen getilgt. Nunmehr verlangte Rußland wegen der Verzögerung der Zahlung in dem Zeitraum bis 1887 nicht weniger als 12% und für die Folgezeit 9% Verzugszinsen, insgesamt 20 Mill. Frcs. Die Pforte verweigerte die Zahlung, erklärte sich aber bereits 1904 bereit, die Angelegenheit dem Haager Schiedsgerichte zu übergeben. Erst 1910 war Rußland mit dieser Ueberweisung einverstanden.

Es hat große Schwierigkeiten bereitet, das Tribunal zusammenzusetzen. Rußland bestand zunächst darauf, in dem aus fünf Mitgliedern bestehenden Tribunale sollten drei Richter, darunter der Obmann, russische Staatsangehörige sein. Schließlich einigte man sich darauf, jede Partei solle zwei Richter ernennen, und die so gewählten Richter evtl. der schweizerische Bundesrat sollten mit der Ernennung des Obmannes betraut werden. Die Türkei wählte die Rechtsbeistände im Auswärtigen Amte Abro Bey und Réchid Bey, Rußland den vortragenden Rat im Ministerium Baron Traube sowie den ersten Dragoman an der russischen Botschaft in Konstantinopel Mandelstam. Der schweizerische Bundesrat ernannte, da die vier Schiedsrichter nicht rechtzeitig zu einer Einigung gelangt waren, den schweizerischen Gesandten Lardy in Paris zum Obmann. Nur Baron Taube und Lardy sind Mitglieder des Haager Schiedsgerichtshofes, so daß wir es hier mit einem besonderen Schiedsgerichte zu tun haben, dem in gleicher Weise wie dem Behringmeer- und schwedisch-norwegischen Schiedsgerichte die Geschäftsräume und das Personal des internationalen Bureaus des Haager Schiedshofes gemäß Artikel 47 Abs. 1 des Schiedsgerichtsabkommens zur Verfügung gestellt worden sind. Sehr auffällig ist, daß entgegen der völlig deutlichen Bestimmung des Artikels 45 des genannten Abkommens jede Partei je zwei Staatsangehörige ernannt hat. In den fünf Schiedsgerichten vor der zweiten Haager Konferenz war in vieren kein Nationaler vorhanden, in den acht Fällen seit 1907 dagegen siebenmal. Seit dem Orinokoprozesse haben wir kein Tribunal ohne Staatsangehörige der Parteien gehabt. Fürwahr keine günstige Entwicklung!

Als russischer Rechtsbeistand fungierte lediglich Rechtsanwalt Fromageot-Paris, der französische Delegierte zur zweiten Haager Konferenz. Die Türkei wurde durch vier Juristen vertreten, den berühmten Altmeister des internationalen Privatrechts Clunet-Paris, ferner Hesse-Paris, gleichfalls Anwalt am Appellhof, sowie die Universitätsprofessoren Roguin-Lausanne und Kemal Bey-Konstantinopel.

Bereits am 15. Februar 1911 hatte das Tribunal seine Eröffnungssitzung abgehalten, Bestimmungen über Fragen des Wechsels der Schriftsätze getroffen und insbesondere verkündet, daß die Sitzungen öffentlich sein sollten. Am 28. Oktober 1912 begannen die Verhandlungen. Nicht weniger als acht Tage trugen die Parteien die Sache vor. Am 6. No-

vember vertagte sich das Tribunal bis zur Urteilsfällung.

Es handelte sich in dem Rechtsstreite um folgende hochinteressante Fragen. Vorsichtshalber hatte die Türkei die Einrede der res judicata*) erhoben, weil die 1881 eingesetzte Kommission die Anträge einiger Forderungsberechtigter auf Festsetzung von Zinsen zurückgewiesen habe. Mit Recht entschied das Tribunal, es handle sich hier nicht darum, ob die Türkei infolge des Vertrages oder der Festsetzung der Kommission zur Zahlung von Zinsen herangezogen werden könne, sondern lediglich darum, ob die nachträglich eingetretenen Tatsachen die Forderung von Zinsen rechtfertigen. Auch mit dem Einwande der mangelnden Aktivlegitimation drang die Türkei nicht durch. Sie führte in dieser Hinsicht aus: Der Vertrag von 1879 sei zugunsten der russischen Untertanen geschlossen worden und diese seien daher die direkten Gläubiger; wolle Rußland für seine Untertanen auftreten, so müsse es nachweisen, daß sich die gesamten Forderungen noch in russischen Händen befänden und nicht zediert worden wären; sonst laufe die Türkei Gefahr, die Zinsen zweimal zahlen zu müssen. Für das Schiedsgericht ergab sich die Entscheidung aus dem Bestehen der rein völkerrechtlichen Verpflichtung zwischen Rußland und der Türkei. Sei diese festgestellt, so heißt es im Urteil, dann sei gleichgültig, zu welchem Zwecke sich Rußland die Summe habe versprechen lassen. Wenn irgendein Zweifel hieran bestehe, so würde er durch die Art und Weise widerlegt, in der die Hauptsumme abgezahlt worden sei. Die Pforte habe nämlich alle Ratenzahlungen gegen eine Quittung der russischen Botschaft in Konstantinopel direkt an die russische Regierung bezahlt und nie darnach gefragt, welchen Privatpersonen das Geld ausgehändigt würde.

Die wichtigste Rechtfertigung des türkischen Antrages auf Abweisung der russischen Forderung bestand darin, daß die Türkei die Verpflichtung eines Staates zur Zahlung von Verzugszinsen bei Geldforderungen bestritt. Die türkischen Rechtsbeistände machten einen Unterschied zwischen Forderungen, die auf eine Geldleistung gehen, und solchen, die etwas anderes als eine Geldsumme zum Gegenstande haben. Im Privatrechte, so führten sie aus, sei die Haftung für Verschulden in beiden Fällen nicht dasselbe. Es sei zu unterscheiden zwischen intérêts moratoires bei den Geldforderungen (hier sei von vorneherein der Schaden auf die Zinsen der betreffenden Geldsumme beschränkt) und den intérêts compensatoires bei den Forderungen, die ursprünglich nicht auf eine Geldsumme gingen (hier müsse der ganze, d. h. wirkliche Schaden ersetzt werden). Auch im Völkerrechte müsse nun prinzipiell die Haftung des Staates für Verschulden anerkannt werden, beschränke sich hier aber streng auf Zahlung von intérêts compensatoires. Intérêts moratoires (Verzugszinsen) könnten von einem Staate nie verlangt werden, es sei denn, daß diese ausdrücklich vereinbart worden seien. Ein Staat sei kein gewöhnlicher Schuldner und die Regeln des Privatrechts dürften nicht ohne weiteres auf das Völkerrecht übertragen werden. Eine allzu strenge Haftung des Staates könne unter Umständen seine Existenz gefährden.

Man erkennt ohne weiteres, daß diese Darlegung ein wenig gesucht war, und der glänzende Verteidiger Rußlands, Fromageot konnte denn auch mit guten Gründen darlegen, wie sehr ein solcher Standpunkt, wie ihn die Türkei annehme, den Frieden gefährde. Das Schiedsgericht hat den Unterschied zwischen intérêts moratoires und compensatoires als bedeutungslos bezeichnet, da es insbesondere nichts ausmache, ob eine Forderung sofort auf Geld laute oder später in Geld umgerechnet werde. Es hat weiter dargetan: Wiederholt seien von früheren Schiedsgerichten Verzugszinsen festgesetzt worden, so in dem Streite Nordamerika-Venezuela 1885, Mexiko-Venezuela 1903, Kolumbien-Italien 1904. Es habe sich hier nicht, wie die Türkei behauptet habe, lediglich um sogenannte intérêts compensatoires gehandelt. Somit hafte ein Staat auch bei Geldschulden für Verzug. Wenn die Türkei auf die Konsequenzen aufmerksam mache, die eine allzu scharfe Haftung des Staates hervorrufe, so seien diese bei den intérêts compensatoires genau so groß wie bei den moratoires. Stände aber die Existenz des Staates auf dem Spiele, so stände dem Schuldner die Einrede der höheren Gewalt zur Verfügung. Dieser letztere Einwand wurde denn auch tatsächlich von der Türkei geltend gemacht. Das Tribunal war aber der Meinung, die Pforte sei trotz der zahlreichen inneren und äußeren Wirren sehr wohl imstande gewesen, die sehr minimale Summe rechtzeitig zu zahlen.

Das Schiedsgericht setzt weiter fest, daß die Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen auch im Völkerrecht eine Mahnung des Schuldners voraussetze, daß daher die Zinsen nicht schon von dem Tage der Nichterfüllung der Verpflichtung, sondern erst von der Inverzugsetzung an gefordert werden dürften. Es hält aber diese Mahnung

*) Das Schiedsgericht hat auffälligerweise diese Einrede nicht vorweg entschieden, sondern erst gegen Ende des Urteils. Es hat sich auch sonst bei der Anordnung der Entscheidungsgründe im wesentlichen derjenigen Reihenfolge angeschlossen, in der die Parteien ihre Behauptungen in den Schriftsätzen gebracht haben. Das erscheint nicht zutreffend. Prozeßhindernde Einreden müssen logischerweise zuerst entschieden werden.

der Türkei von seiten Rußlands, wie aus dem diplomatischem Schriftwechsel hervorgehe, für vorliegend.

Auch die Behauptung der Türkei, es handle sich nur um eine Schenkung, für die keine Verzugszinsen zu zahlen seien, wurde von dem Tribunale zurückgewiesen. Dagegen drang die Türkei mit der Behauptung, Rußland habe auf die Verzugszinsen verzichtet, durch. Das Tribunal hielt durch die vorgelegten Schriftstücke diesen Verzicht von seiten Rußlands für voll erwiesen und entschied, die Türkei sei nicht zur Zahlung der Verzugszinsen verpflichtet.

Dieses Urteil muß Staunen und Bewunderung erwecken. Von einem fünfköpfigen Tribunal, in dem vier Staatsangehörige saßen, hätte man eine so klare Beantwortung der juristischen Fragen nimmermehr erwartet, und man vermutet sofort, mit welchem Feuereifer der einzige Unparteiische, Lardy, seines hohen Amtes gewaltet hat. Ein vermittelndes Tribunal hätte lediglich mit ein paar Sätzen ausgeführt, daß Rußland auf seine Forderung verzichtet habe; es wäre nimmermehr auf die zahlreichen anderen Rechtsfragen eingegangen; ja höchstwahrscheinlich wäre ein vermittelndes Kollegium dahin gelangt, jeder Partei zur Hälfte Recht zu geben. Nichts von alledem merkt man dieser streng rechtlichen Entscheidung an, die geradezu einen Wendepunkt in der Geschichte des Haager Schiedshofes bedeutet und Lardys Namen in die vorderste Reihe der internationalen Schiedsrichter neben Männer wie Lammasch und Renault stellt. Freilich muß auch darauf hingewiesen werden, daß gewiß Lardys Kollegen sein Bemühen eifrig unterstützt haben, und er nicht, wie seinerzeit Lammasch, einen Drago gefunden hat. Mit Recht ist aus dem Urteil nicht zu entnehmen, ob es einstimmig gefaßt ist.

Schon eine rein äußerliche Betrachtung des Urteils läßt auf seinen inneren Wert schließen. Das Urteil hat 23½ große Quartseiten, ist somit länger, als z. B. die vier ersten Urteile oder die drei letzten Urteile des Haager Schiedshofes zusammengenommen. Nur das Neufundlandurteil war noch ausführlicher und zählte 41 Druckseiten. Sodann hat das letzte Tribunal zum erstenmal in der Geschichte des Haager Schiedshofes dem Urteil einen Tatbestand — und einen wie klaren! — vorangestellt. Es hat somit berücksichtigt, daß die Haager Prozesse im wesentlichen auf dem Prinzip der Mündlichkeit beruhen und daher eine klare Niederlegung des Tatbestandes, wie ich dies auf S. 137 meines Schiedsgerichtskommentars befürwortet habe, dringend geboten ist. Mit diesen Reformen hat sich aber dieses Tribunal nicht begnügt. Es hat seinen Ruhm noch tiefer in die Geschichte der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit eingeschrieben, indem es auch mit der bisher im Haag üblichen französischen Form der Urteilsbegründung gebrochen hat. Danach begannen fast alle Sätze mit den Worten „Considérant que —". Mir ist es immer unverständlich gewesen, wie diese Form von dem Haager Schiedshofe akzeptiert worden ist. Auch der Prozeß muß wie das Recht selbst internationalisiert werden. Man muß die guten Eigenschaften nationaler Prozesse in den völkerrechtlichen Prozeß einführen, nicht aber die schlechten. Schon der berühmte deutsche Jurist Stölzel*) hat die französische Urteilsbegründung scharf kritisiert und gesagt, sie habe eine schwerfällige und hölzerne Form. Nun ist damit endlich ein Ende gemacht, und das neue Urteil des Haager Hofes liest sich besonders gut. Glücklicherweise hat man auch in der neuen Entscheidung die Völkerrechtsliteratur und die früheren Schiedssprüche im Gegensatz zu früher nicht ignoriert.

Außer dem Manouba-, Carthage- und Tavignanozwischenfalle, der Ende März 1913 verhandelt werden wird, soll, wie ich dem Berichte Darbys an die International law association von 1912 entnehme, noch ein Streitfall zwischen Bolivia und Chile wegen Bergwerke dem Haager Hofe überwiesen worden sein. Hoffentlich ist die letztere Annahme, über die mir eine Bestätigung noch nicht vorliegt, zutreffend.

RANDGLOSSEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Philadelphia, 23. November.

Mein lieber Fried!

Lassen Sie mich über Europa schweigen. Was sich dort seit meinem letzten Schreiben zugetragen, läßt sich im Rahmen dieser Amerikaberichte nicht gebührend kommentieren. Es wäre ja jede Nachricht veraltet, jede Prophezeiung überholt, jede Klage zu schwach, jede Anklage zu mild. Blödsinn und Wahnsinn, Tücke und Verbrechen und namenloser Jammer — und inmitten all der Tragödie die satirische Posse der „Formel"-suchenden Mächte! . .

Also reden wir von Amerika. Meine nächste Station war St. Louis. Wieder eine prachtvolle, reichtumstrotzende Großstadt. Hier, wie allerorten, waren wir in ein gastliches Familienheim aufgenommen. Auf dem Bahnhof begrüßte mich unser Pax-Kollege Richard Barthold, der kürzlich von der Interparlamentarischen Konferenz aus Genf zurückgekehrt war. Mein Aufenthalt

*) Vgl. Schulung für die zivilistische Praxis, I, S. 115. (8. Aufl.)

in St. Louis währte drei Tage, und ich hatte sechs Vorträge zu absolvieren — nebst anderen Veranstaltungen. Am ersten Abend sprach ich im Cityclub vor 800 Zuhörern. Am nächsten Tag war ich vom Präsidenten der Universität in Columbia (einem benachbarten Ort) eingeladen, auf der mit weiß-umrandeter Landesfahne geschmückten Mitteltribüne der Fußballschlacht als Ehrengast beizuwohnen. (Ein- für allemal: wenn ich hier die Ehren erwähne, die mir auf meiner Friedensmissionsreise erwiesen werden, so tue ich dies nur zur Charakterisierung des Ansehens, in welchem in der neuen Welt unsere Sache gehalten wird.) Das Schauspiel, und namentlich die leidenschaftliche Anteilnahme des vieltausendköpfigen Publikums interessierte mich sehr. Football hat für die amerikanische Hochschuljugend und für die Bevölkerung dieselbe aufregende Wichtigkeit, wie die Stiergefechte für Spanier und wie — — Balkankriege für die beobachtenden „Mächte".

Ferner hatte ich einen Vortrag im Tempel der „Ethischen Kultur". Ja, die Ethische Gesellschaft in St. Louis hat ihren eigenen Tempel, wo jeden Sonntagmorgen ein Andachtsgottesdienst mit Musik und Predigt stattfindet. Der jeweilige Vortrag wird nämlich als „sermon" angekündigt. Ferner wurde während meines Aufenthaltes ein Missouri-Zweig des amerikanischen Friedensvereins gegründet, wobei ich Patenstelle vertrat und Barthold zum Obmann gewählt wurde. Bei einem mir vom Commercialclub gegebenen Diner hielt der zufällig in St. Louis anwesende Leiter des Finanz-Departements eine mit unserem Friedensevangelium übereinstimmende Rede. Auch in den Schulen und Universitäten fand ich überall, daß die Professoren und die Lehrerinnen mit unserer Sache vertraut sind und sie in den Unterricht eingeführt haben.

Vom Staate Missouri ging meine Reise — durch herrliche Landschaften — nach dem Staate Georgia, in dessen Hauptstadt Atlanta ich Vortrag hielt. Der neuerwählte Gouverneur des Staates und dessen Frau waren unsere Wirte. Dadurch, daß wir überall nicht in Hotels, sondern bei Familien wohnten, habe ich viel Einblick in das amerikanische häusliche Leben gewonnen — ich werde Europäern nur Erfreuliches darüber erzählen können.

Georgia ist der Staat, der durch den Sezessionskrieg am meisten verwüstet worden war. Hier führte General Sherman seine siegreichen Truppen zur Küste. Hier hat er so viel Jammer gesehen und selber bereiten müssen, daß er schließlich den Ausspruch tat: „Ich bin des Krieges müde — er ist mir ein Ekel — Krieg ist Hölle, sein Ruhm ist „all moonshine". Jetzt ist aber wieder alles aufgeblüht — Städte und Felder in Luxus und Ueppigkeit. Mit uns reiste ein Farmagent, der uns Prospekte vorzeigte über zu erwerbende Grundstücke zum Preise von 5000 Doll., auf denen man durch Orangen- und Traubenfruchtbau in drei Jahren reich werden kann. Agenten sagen zwar nicht immer die Wahrheit — aber Tatsache ist es ja, daß hier durch Obstbau massenhafte Vermögen gemacht werden, und zwar in kürzester Zeit.

Mein nächster Aufenthalt war in Madison, Wisconsin. Dieser Ort besitzt eine der berühmtesten Universitäten Nordamerikas — berühmt durch ihren hervorragend liberalen Geist. Von hier gingen die kühnsten Lehren und die glänzendsten Lehrer ins Land. In dieser Universität ist Professor Reinsch zuhause, der im letzten Jahr Austauschprofessor in Berlin war. Leider war er während meines kurzen Besuches von Madison abwesend. Ein besonderer Zweig dieser Lehranstalt ist eine damit verbundene Agrikulturschule. Ueberhaupt, wie sich der Feldbau in den Vereinigten Staaten entwickelt und was da für Schätze winken: es ist unabsehbar. In Madison habe ich gleichfalls der Gründung eines Friedensvereins beigewohnt.

Nach einem Abstecher nach Cleveland langten wir zu dreiwöchentlichem Aufenthalt in Chicago an, wo ich für zwei Dutzend Veranstaltungen gebucht war. Es war eine bewegte Zeit — bewegt auch durch die Nachrichten, die vom Balkan herkamen und die mich natürlich in heftige Mitleidenschaft zogen. In meinen Vorträgen fühlte ich mich gezwungen, mehr vom gegenwärtigen Kriege, als vom künftigen Weltfrieden zu reden. Natürlich unter dem Gesichtspunkt, daß die Zufälligkeiten des Tages nichts gegen die Wahrheit ewiger Prinzipien, nichts gegen den Entwicklungsgang der menschlichen Gesellschaft beweisen.

Ich erhielt einen erschütternd traurigen Brief von der Königin von Rumänien. Es war die Antwort auf mein Schreiben, das ich aus Boston an sie gerichtet hatte, über meine hiesige Arbeit Mitteilung machend. Da ich englisch geschrieben hatte, antwortete sie in gleicher Sprache. Ich gebe Ihnen den Inhalt in Uebersetzung wieder.

Sinaia, 10. Oktober 1912.

Dearest Madam! Ihr Brief berührte mich beinahe wie ein Schmerzensschrei, da er mir an demselben Tage zukam, als der Krieg vor unseren eigenen Toren ausbrach. Nur die Donau rollt ihre gestiegenen Fluten zwischen uns und dem schaudervollen Unglück.

Der König tat alles, was in seiner Macht lag, um Frieden zu stiften unter all diesen aufgeregten Völkern, unter diesen jungen Nationen, welche ihre Kraft in der einzigen Art fühlen und manifestieren wollen, die auf unserer dunklen Erde bekannt ist, wo die Losung Kampf heißt.

Ich kann nicht mehr schreiben, denn ich weiß nicht, was die Frühstunden des mor-

gigen Tages künden mögen. Alles ist dunkel wie die strömenden Regenwolken, die seit so vielen Wochen den Himmel verbergen. Möge Ihr Werk in den aufgeklärten Ländern gedeihen, in denen Sie jetzt weilen. Das ist mein größter Wunsch.

Immer die Ihre
Elisabeth, Carmen Sylva.

Mein Aufenthalt in Chicago wurde mit einem im Art-Institute (Gemäldeausstellungspalast) abgehaltenen „Empfang" inauguriert. Das ist eine eigene amerikanische Gepflogenheit — diese „recapniss". Der Ehrengast steht da, ihm zur Seite einige andere zu ehrende Besucher: so standen diesmal zu meiner Rechten der Minister des Innern, Mr. Fisher und Frau, und der österreichische Vizekonsul Herr v. Hoffmann und Frau; links stellt sich derjenige auf, der die in einer Reihe herankommenden Besucher einen nach dem andern vorgestellt. Verbindlichst lächelnd, dem Vorgestellten in die Augen schauend, wiederholt man den eben gehörten Namen und versichert mit warmem Händedruck „very glad to meet you."

Ich will hier nicht herzählen, wo ich überall während meines Chicago-Aufenthaltes vorgetragen habe, nur möchte ich erwähnen, daß ich in drei Gotteshäusern auf der Kanzel stand. Und um zu zeigen, wie in liberalen amerikanischen Kirchen Friedensandachten gehalten werden, will ich hier das Programm einer solchen, in der von Jenkins Lloyd Jones geleiteten Kirche abgehaltenen Sonntagsfeier mitteilen: 1. Orgelspiel, 2. Vater unser, 3. Chorgesang: Wie lieblich die Friedensboten, von Mendelsohn, 4. Bibellektion Isaia, Dr. Jones, 5. Sopransolo: Die Felder des Friedens, 6. Gebet, 7. Hymne, von allen mitgesungen: O ihr Nationen. (In dieser Hymne wird von der „neuen Aera", von dem „Gerichtshof der Nationen" gesungen.) 8. Die Predigt, Bertha von Suttner, 9. Hymne: Der kommende Tag des Friedens, 10. Segen und Amen, Orgelnachspiel.

Von der Universität in Eyanstone, wo ich auch sprach, muß ich berichten, daß dort vor zwei Jahren von einem Privaten eine Spende von 20 000 Doll. gewidmet wurde zu dem Zwecke, daß häufig und regelmäßig Friedensvorträge vor den Studenten gehalten werden.

Am 5. November, dem Tage der Präsidentenwahl, war ich in einer öffentlichen Versammlung, wo das Publikum mit Spannung die Feuerzeichen erwartete, die von dem Ergebnis der Wahlen in den einzelnen Staaten Kunde geben. Erst am nächsten Tage war das Endresultat bekannt: Woodrow Wilson, wie erwartet, ist Präsident der Republik. Viele, die den hochgesinnten Mann persönlich kennen, versicherten mir, daß er ein warmer Pazifist ist.

In der nächsten Umgebung von Chicago liegt — was wir eine Sommerfrische nennen würden — ein herrlicher Ort: Lake Forest. Hier haben die Chicagoer Millionäre ihre Landhäuser, vielmehr Schlösser, in einem einzigen, meilenweit erstreckten Park verstreut. Ich wohnte da ein paar Tage — von exquisitestem Luxus umgeben bei der Familie Chatfield Taylor. Wie doch die Welt klein und rund ist. Im Salon der schönen Hausfrau fand ich die mit Widmung versehenen Bilder zweier sehr bekannter schöner Europäerinnen: Infantin Eulalia von Spanien und die gefeierte Venezianerin, Gräfin Morosini.

Ich bin in einem Konzert des Chicagoer philharmonischen Orchesters gewesen, von dem gerühmt wird, daß es eines der besten der Welt sei. Eine reizende amerikanische Sängerin namens Gluck wirkte mit, und mit silberheller Stimme und großer Kunst trug sie ein paar Mozartarien vor. Auch einen Liederabend der unvergleichlichen Schumann-Heink habe ich besucht, und ein Programm von Schubert, Franz und Richard Strauß genossen. Die Künstlerin, die vom hiesigen Publikum angebetet wird, baut sich jetzt in Chicago ein Heim.

Einige Tage habe ich in Milwaukee zugebracht. Diese Stadt beherbergt zirka 300 000 Deutsche — die jedoch in der gegenwärtigen Generation schon stark amerikanisiert sind. Dann kehrte ich nach Chicago zurück, wo ich noch an mehreren Orten Vorträge hielt und wo mir der österreichisch-ungarische Hilfsverein, zusammen mit dem deutschen Klub Germania, in den prachtvollen Räumen dieses Klubs ein glänzendes Abschiedsfest gaben.

Jetzt bin ich in Philadelphia, wo ich heute dem Konvent der amerikanischen Frauenstimmrechtskämpferinnen beiwohnte. Die Sitzung fand im dichtgefüllten Opernhause statt und auf der Straße waren Tausende, die keinen Einlaß finden konnten. Das ganze war ein Erlebnis, und ich hebe mir die Mitteilung darüber für meinen nächsten Brief auf. Morgen, auch im Opernhause, findet die Schlußversammlung statt. Rednerinnen: Mrs. Catt, die internationale Präsidentin der Stimmrechtsliga (künftigen Sommer wird sie zum Frauenkongreß nach Budapest kommen) und ich. Da werde ich mir alles vom Herzen sprechen, was an Schmerz, an Entrüstung und Angst darauf lastet in Betrachtung des tobenden Balkankrieges und des so nahegerückten möglichen europäischen Krieges. Bloch erbrachte doch den Beweis, daß der Zukunftskrieg in Europa unmöglich sei — weil er Ruin und Revolution und Zusammenbruch nach sich ziehen müßte, aber dem menschlichen Uebermut und kriegswütenden Frevelmut scheint nichts unmöglich zu sein!

PAZIFISTISCHE CHRONIK

24.—26. September. V. Internationaler Handelskammerkongress in Boston. Grossartige Demonstration für die Schiedsgerichtsbarkeit. Friedensrede des Präsidenten Taft.

17. Oktober. Ausbruch des Balkankrieges.

18. Oktober. Die ständige Delegation der französischen Friedensgesellschaften richtet an den französischen Ministerpräsidenten Poincaré ein Schreiben, worin sie diesem für die friedliche Intervention im Balkankonflikt dankt und ihn ersucht, die Grundsätze der Haager Konventionen zur Anerkennung zu bringen.

24. Oktober. In Erfüllung eines Beschlusses der Interparlamentarischen Konferenz in Genf wendet sich Dr. A. Gobat an die Interparlamentarischen Gruppen der europäischen Kleinstaaten, um diese dazu zu veranlassen, ihre Regierungen wegen eines gemeinsamen Schrittes zur Verminderung der Rüstungen zu sondieren.

Ende Oktober. 110 sozialdemokratische Mitglieder des Deutschen Reichstags und 41 Mitglieder der Arbeiterpartei des englischen Unterhauses erlassen eine gemeinsame Kundgebung gegen die Vermehrung der Rüstungen und die anglo-deutsche Verstimmung.

Ende Oktober. Der Vorstand der österreichischen Friedensgesellschaft richtet an den Minister des Aeussern, Grafen Berchtold, ein Schreiben, worin dieser ersucht wird, alles aufzubieten, dem Ringen am Balkan ein Ende zu machen.

7. November. In dem Bericht der Kommission der zweiten niederländischen Kammer über das Budget des Aeussern wird der Minister befragt, ob er bereit sei, seitens Hollands anzuregen, dass das Rüstungsproblem auf die Tagesordnung der Dritten Haager Konferenz gestellt wird.

4.—10. November. Grosse sozialdemokratische Protestversammlungen gegen den Krieg in Wien und zahlreichen österreichischen Städten.

9. November. Die russische Friedensgesellschaft in Moskau protestiert gegen den Balkankrieg.

6. November. Der Sobranjepräsident Danew in offizieller Mission in Budapest.

9. November. Auf dem Lord-Mayorsbankett in London hält der erste Lord der Admiralität Churchill eine deutsch-freundliche Rede: „Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern haben sich im Laufe des Jahres ständig gebessert."

11. November. Das im Haag eingesetzte Schiedsgericht in dem türkisch-russischen Streitfall kommt zu einem Urteil zugunsten der Türkei.

11. November. Freundschaftlicher Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Italien.

13. November. Protestversammlung des deutschdemokratischen Vereins in Wien gegen den Krieg.

Mitte November. Oesterreich-Ungarn und Russland beginnen zu mobilisieren. Kriegerische Spannung.

Mitte November. Zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien wie Russland verschärfen sich die Gegensätze zur bedrohlichen Krise.

Mitte November. Das Fehlen von Nachrichten seitens des österr.-ungar. Konsuls Prochaska in Prizrend verschärft die Situation zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien.

16. November. Protestversammlung der ungarischen Friedensgesellschaft in Budapest gegen den Krieg.

17. November. Grosse sozialdemokratische Friedensdemonstrationen in allen Hauptstädten Europas. In allen Versammlungen sprechen auch ausländische Sozialisten.

17. November. Die Wiener bürgerlichen Frauen demonstrieren in einer öffentlichen Versammlung gegen den Krieg.

18. November. In einer im Lotusklub in New York gehaltenen Rede erklärt Präsident Taft, dass es sein grösster Schmerz während seiner Präsidentschaft sei, dass der Senat den Schiedsvertrag mit England und Frankreich nicht ratifiziert habe.

21. November. Beim Jahresbankett der New Yorker Handelskammer erklärt Senator Elihu Root den Standpunkt, dass, wenn der Panamazollstreit mit England nicht dem Schiedsgericht unterbreitet werden solle, dies den Einfluss Amerikas für Fortschritt und Kultur annulliere und Amerika den Standpunkt eines unlauteren Kaufmanns einnehmen würde.

21. u. 22. November. In Paris tagt das Exekutivkomitee des europäischen Rates der Carnegiestiftung.

22. November. Bei der Tagung des liberalen Landesverbandes in Nottingham hält Sir John Brunner eine hervorragende Rede über die Notwendigkeit der anglo-deutschen Verständigung. „Ein Krieg zwischen England und Deutschland würde Ruin, Arbeitslosigkeit und Verarmung in fürchterlichem Masse bedeuten."

22. November. Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich zum Besuch des Hofes in Berlin.

23. November. In Brüssel tagt das Exekutivkomitee der interparlamentarischen Union.

24. November. In Basel tritt ein ausserordentlicher internationaler Sozialistenkongress zusammen, um Stellung zu nehmen gegen die europäische Kriegsgefahr. Erlass eines internationalen Manifestes gegen den Krieg. Der Kongress tagt in dem von der Kirchenbehörde einstimmig zur Verfügung gestellten altehrwürdigen Münster.

24. November. Jahresversammlung des Landesvereins Württemberg der Deutschen Friedensgesellschaft in Stuttgart.

30. November. In Paris findet ein von der Gesellschaft „Pour mieux se connaître" veranstaltetes franco-deutsches Verständigungsbankett statt.

1. Dezember. Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky hält am Jahresbankett der Royal Society of London eine Rede über die anglo-deutschen Beziehungen. Die politischen Beziehungen

der beiden Mächte wären niemals inniger und aufrichtiger gewesen als jetzt.

2. Dezember. Prinz Heinrich von Preussen in London.

2. Dezember. Im Deutschen Reichstag erklärt der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, dass das Reich fest zu Oesterreich-Ungarn stehen werde, wenn dieses während eines Konfliktes von einer dritten Macht angegriffen werden solle.

2. Dezember. Waffenstillstand zwischen der Türkei und den Staaten des Balkanbundes (mit Ausnahme Griechenlands).

7. Dezember. Die Erneuerung des Dreibundes wird amtlich bekanntgegeben.

10. Dezember. Der Friedenspreis der Nobelstiftung wird in diesem Jahre nicht verteilt.

13. Dezember. In London beginnen die Friedensverhandlungen der Balkanstaaten mit der Türkei.

AUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Haager Schiedshof. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Folgende bisherige Mitglieder des Schiedshofes sind auf weitere sechs Jahre zu Richtern ernannt worden: von Frankreich Renault, Bourgeois, d'Estournelles de Constant und Decrais; von Deutschland v. Bar, v. Martitz und Kriege; von Rumänien Rosetti, Kalinderu, Lahovary und v. Bildt; von Oesterreich-Ungarn Hofrat Lammasch, Baron Nagy.

In der Carthage-Manouba-Tavignanofrage, in der als Schiedsrichter Hammarskjöld, Fusinato, Kriege, Renault und Baron Taube fungieren, sind als Rechtsbeistände von Frankreich die Pariser Advokaten Fromageot und Hesse, von Italien Busatti, Abteilungsvorsteher im Ministerium des Aeußeren, und Professor Anzilotti aus Rom ernannt worden. Formageot tritt nunmehr bereits zum dritten Male (früher bereits im japanischen und Canevarostreite) als Rechtsbeistand vor dem Haager Hof auf. Ein viertes Mal (im Venezuelafalle) war er Sekretär der französischen Rechtsbeistände.

Elihu Root über die schiedliche Erledigung des Panamastreites.

Bei einem Bankett der New Yorker Handelskammer am 22. Nov., kam Senator Root auf den Streit der Vereinigten Staaten mit England über die Panama-Kanal-Zollabgaben zu sprechen. Er sagte:

„. . . wir haben einen Vertrag mit Großbritannien, worin wir übereingekommen sind, daß alle Fragen, die über die Auslegung von Verträgen entstehen könnten, einem Schiedsgericht unterbreitet werden sollen. Nun gibt es Männer, die verlangen, daß über die Fragen der Auslegung dieses Vertrages nicht schiedsgerichtlich entschieden werde; ich aber sage, daß wir, wenn wir es nicht tun, jenen Kaufleuten gleichen, die dafür bekannt sind, daß sie ihre Versprechungen nicht halten."

Senator Root führte weiter aus, daß Amerika in allen seinen zahlreichen Erklärungen über Schiedsgerichtsbarkeit und Frieden diskreditiert sein würden; daß der Einfluß Amerikas auf Fortschritt und Zivilisation aufgehoben wäre, wenn das Land den Vorschlägen, die den Kanal betreffen, so gegenüber stände.

„Wenn wir Freiheit und Gerechtigkeit lieben," schloß er, „wenn wir gewillt sind, als Nation so zu handeln, wie wir als Individuen zu tun uns für verpflichtet fühlen, dann werden alle Fragen, die wir besprochen haben, richtig gelöst werden; und für zahllose künftige Generationen werden die Amerikaner ebenso Brüder sein als in der Vergangenheit, dazu bestimmt, die Welt zu höherem Glück, zu einer besseren Menschheit zu führen, damit jener Philosophen und Propheten Träume einer besseren und edleren Welt verwirklichend."

Verschiedenes.

Rückkehr der Baronin Suttner. :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 14. Dezember wird sich Baronin Suttner in New York nach Europa einschiffen. Sie dürfte am 22. Dezember ungefähr in Cherbourg eintreffen und während der Weihnachtstage ihr Heim in Wien erreichen.

Am 8. Juni hatte sich die Baronin in London eingeschifft und hat am 18. Juni New York erreicht. Sie war über ein halbes Jahr fast in der neuen Welt, wo es für sie keine Rast, keine Ruhe gab. Von Stadt zu Stadt eilte sie, Vorträge haltend, Propaganda machend, Aufklärung bietend. In Kirchen, Universitäten, Theatern und Festsälen sprach sie. Manchen Tag hielt sie zwei, oftmal sogar drei Vorträge. Ihre Reise glich einem Triumphzug. In Verehrung und Bewunderung drängten sich Hunderttausende um sie, die die Leuchtkraft ihres großen Namens, die Werbekraft der Idee herbeizogen.

Die physischen Anstrengungen, denen sich die bald 70 jährige unterzog, würden Jüngere kaum ertragen können. Die mit heiligem Eifer unternommene Arbeit erwies sich jedoch als ein Stahlbad, als Verjüngungskur für unsere große Vorkämpferin. Und das ist ein Glück. Denn in Europa harrt der Heimkehrenden keine Muße. Schwer droht der Rückfall ins Mittelalter, und gerade in ihrer Heimat wird Bertha von Suttner eine Situation vorfinden, der gegenüber es heißt: Arbeiten, nicht verzweifeln!

Für alle jene aber, die sich die Heimkehr eines berühmten Europäers von einem längeren Aufenthalt in Amerika nur in Verbindung mit Goldsäcken vorstellen können, die das materielle Ergebnis der Anstrengungen bilden, sei jedoch erinnert, daß die monatelange Rundreise der Baronin Suttner keinerlei materielle Grundlagen besaß, aller Wahrscheinlichkeit nach so-

gar ein Defizit bringen wird, das die Baronin aus eigener Tasche wird begleichen müssen. Sängerinnen und Schauspielerinnen reisen unter anderen Perspektiven nach Amerika.

Wir Zurückgebliebenen begrüßen die endlich Heimkehrende in Treue. Sie hat uns lange genug gefehlt und uns gezeigt, wie schwer es für ihre Mitstreiter ist, sie zu missen. Wir halten fest und treu an dem „Schürzenband jener gewissen Dame", das wir fortab als Ehrenzeichen an unsere Fahne knüpfen wollen.

☞

Der Bierabend von Saarbrücken. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Aus Anlaß der Verlegung hoher militärischer Behörden nach Saarbrücken gab die Stadt einen Bierabend, bei dem der Armeeinspekteur der 7. Armeeinspektion, General von Eichhorn, eine Rede gegen den Pazifismus hielt.

Der Herr General wies auf den Ernst der Zeit hin, deren „dröhnenden Schritt" wir „förmlich hören" und der das Wort „Bereit sein ist alles!" aufleuchten läßt. Die Armee wäre bereit; nur in gewissen Schichten des Volkes scheine die Bereitschaft ins Wanken gekommen, die Schrecken eines Krieges auf sich zu nehmen, auch dann, wenn es sich um Ehre, Wohlstand und Zukunft unseres Vaterlandes handle. Vieles wirke hier mit. So der wachsende Wohlstand, der Luxus, die Verwöhnung. Dagegen müßte angekämpft werden, was ja auch geschehe. Dann fuhr der Herr General wörtlich fort:

„Gefährlicher erscheinen mir die immer lauter werdenden Bestrebungen und die Agitation von gewiß sehr wohlmeinenden Leuten, die an dem Schürzenband einer bekannten Dame hängen, die den ewigen Frieden predigen, wo doch das ganze Leben ein Kampf ist, und wo die Natur selbst, außer der unorganischen, sich ständig im Kampfe befindet — die mit großer Unduldsamkeit jeden als von niederer Kultur betrachten, der dem Ikarusfluge ihrer Gedanken und Wünsche nicht zu folgen vermag, und die uns glauben machen wollen, daß es nur an uns liegt, wenn nicht im ewigen Völkerfrühling die Menschen sich gegenseitig umarmen. Sie haben ja freilich nicht den Frieden auf Erden geschaffen; seitdem sie tätig sind, gibt es mehr Krieg als zuvor. Aber sie täuschen unser Volk, sie nehmen ihm die Mannhaftigkeit, unseres Volkes Stärke, und üben einen effeminierenden Einfluß aus. Es mögen ja sehr wohlmeinende Persönlichkeiten sein, die diese Ideen vertreten, aber objektiv gesprochen kann ich nur sagen: Sie begehen ein Verbrechen an unserem deutschen Volke!"

Es ist gewiß nicht zu verwundern, wenn ein General die Vorteile eines Krieges predigt und diejenigen bekämpft, die bemüht sind, den Krieg aus der Welt zu schaffen. Es ist auch nichts Neues in jenen Aeußerungen enthalten; nichts, das wir nicht schon zehntausendmal widerlegt hätten. Veraltet wie der Krieg sind auch die Anschauungen der Krieger über den Pazifismus.

☞

Das verbotene Plakat der Oesterreichischen Friedensgesellschaft.

Bezeichnend für das augenblicklich in Oesterreich herrschende System ist der Umstand, daß der im nachfolgenden veröffentlichte Aufruf von der Wiener Polizei zur Plakatierung nicht zugelassen wurde:

„Mitbürger, Mitbürgerinnen!

Die Worte, mit denen Se. Majestät unser geliebter Kaiser, jüngst in der Thronrede für die Wiederherstellung des Friedens auf dem Balkan eingetreten ist, haben überall freudigsten Wiederhall gefunden.

Ebenso hat die Erklärung Se. Exzellenz des Herrn Ministers des Aeußeren in der Delegation, die Interessen unseres Vaterlandes auf friedlichem Wege zu wahren, allseits die größte Befriedigung hervorgerufen. Weiter erklärte Abt Helmer im Heeresausschuß der österreichischen Delegation, daß er als Angehöriger des geistlichen Standes für die Erhaltung des Friedens zwischen Menschen und Staaten einzutreten habe.

Auch die Oesterreichische Friedensgesellschaft will es nicht unterlassen, den bei der gesamten Bevölkerung bestehenden Wunsch nach Vermeidung eines Krieges mit seinen entsetzlichen Folgen offen und klar zum Ausdruck zu bringen.

Schon jetzt sind die Folgen des Balkankrieges bei uns fühlbar. Sie zeigen sich in drückendem Geldmangel, in einem weiteren Fortschritte der Teuerung, in Zahlungseinstellungen, in der Einschränkung der Arbeitsgelegenheiten, in fortwährender Entwertung der Staatspapiere, in der Erhöhung des Zinsfußes. Schon lauert an den Grenzen des Reiches das Gespenst furchtbarer Seuchen, und jeder weitere Kriegstag vermehrt die Gefahren von Cholera und Pest.

Wir verkennen keineswegs unsere Pflicht gegenüber dem Vaterlande. Patriotisches Empfinden durchdringt alle Stände. Gut und Blut zu opfern zur Verteidigung des Vaterlandes ist — wenn Rechtsmittel versagen — jeder bereit. Um so mehr aber fühlen wir uns verpflichtet, gegen die Entfesselung der Kriegsfurie, anläßlich der gegenwärtigen Balkanwirren, unsere Stimme laut zu erheben und die Ratgeber der Krone daran zu erinnern:

Das Volk will keinen Krieg!

Es will keinen Krieg der Bauer, weil nur im Frieden die Landwirtschaft gedeihen kann.

Es will keinen Krieg der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte, weil Teuerung und Arbeitseinstellung die Folgen des Krieges sind.

Es will keinen Krieg der Gewerbetreibende, der Kaufmann, der Fabrikant, weil der Krieg Kredit und Handel vernichtet.

Es will keinen Krieg der Gelehrte, der Erzieher, der Künstler, weil ein Krieg die Kulturarbeit von Jahrhunderten zerstört.

Es will keinen Krieg die Frau, weil der Krieg die mit unendlichen Mühen und Opfern großgezogenen Söhne, die kräftigen Bürgen und

Stützen einer aufblühenden Zukunft, zu Siechtum und Untergang verdammt.

Darum Mitbürger, Mitbürgerinnen, vereinigt euch mit uns in der dringenden Bitte an die Regierung, die Interessen unseres Vaterlandes auf friedlichem Wege zu wahren, und bekräftigt durch schriftliche Zustimmung, was wir bereits ausgesprochen:

Das Volk, das ganze Volk will keinen Krieg!

Oesterr. Friedensgesellschaft,
Wien I., Spiegelgasse 4.

Verwundert wird man sich fragen, wieso eine derartige ernste, gutgemeinte und loyale Mahnung zum Frieden in einem europäischen Staate polizeilich verhindert werden konnte. Eine Mahnung obendrein, die nur Tatsachen enthält.

Ist man etwa nervös geworden bei der Behauptung, daß das Volk keinen Krieg wolle, nachdem man in der Presse und von den Regierungstischen der Parlamente zum Ueberdruß die Behauptung vernommen hat, daß es gerade die Völker sind, die heute zum Kriege treiben, und die armen friedliebenden Regierungen nur deren elementaren Forderungen nachgeben müssen, wenn sie mobilisieren. Die Wiener Polizei hätte es ruhig darauf ankommen lassen sollen, ob die Bevölkerung gegen das Friedensplakat Stellung genommen hätte.

Nur eine Rettung gäbe es, die Menschheit vom Pazifismus zu befreien: Schraubt die Technik zurück, etwa um ein Jahrhundert; verbietet ihr jede Entwicklung. Dann könnte man das Volk wieder empfänglich machen für die Romantik des Krieges. Schraubt also die Technik zurück! — —

Vize-Admiral Siegel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :

Mit dem am 25. cr. verstorbenen Vizeadmiral z. D. Karl Siegel, dem früheren Militärattaché an der deutschen Botschaft in Paris, ist einer der sympathischsten Mitarbeiter an den seekriegsrechtlichen Arbeiten der Haager Friedenskonferenzen dahingegangen. Er war 1852 in Buenos Aires geboren, hat also ein Alter von genau sechzig Jahren erreicht. Er wurde sowohl 1899 wie 1907 zum Mitgliede der deutschen Delegation zu den Haager Friedenskonferenzen ernannt und hat hier durch sein festes, aber persönlich liebenswürdiges und im Grunde bescheidenes Auftreten große Sympathien gewonnen und sich um sein Vaterland in hohem Maße verdient gemacht. Er war einer von denen, die unermüdlich im Haag arbeiteten. Niemand hat mit schöneren Worten die Bedeutung dieses Mannes für das Haager Werk anerkannt, als sein Mitarbeiter Zorn, der im November 1907 in der Marinerundschau über ihn folgendes schrieb: „Die deutschen Interessen wurden in der Frage der Minen und der Rechte und Pflichten der Neutralen im Seekriege in monatelanger und oft aufregender Arbeit durch Admiral Siegel vertreten. Die geistig und rednerisch schwere Aufgabe, die auf der ersten Konferenz der Vertreter des Landheeres zu erfüllen hatte, lag diesmal den Seeoffizieren ob. Es würde mir geschmacklos erscheinen, hier laute Lobpreisungen anzustimmen. Ich stelle nur fest: Die Arbeit, die ein monatelanger geistiger und rednerischer Kampf mit hervorragenden Engländern darstellte, war eine ungewöhnlich große und schwere. Und für uns andere Deutsche war es ein Moment größter innerer Befriedigung, welch hohe persönliche Sympathien unsere deutschen Offiziere trotz der festesten Geltendmachung des deutschen Standpunktes sich bald erworben und dauernd behauptet haben. Es ist dies eine Sache von großer Bedeutung, denn das Gelingen internationaler Werke hängt in erster Linie von Persönlichkeiten ab. Der Name unseres deutschen Admirals wird eine sehr ehrenvolle Stelle in der Geschichte der zweiten Haager Friedenskonferenz einnehmen."

Internationaler Friedenskongreß zu Basel. :: :: :: ::

Wir müssen uneingeschränkt und nicht ohne Neid feststellen, daß die internationale Sozialdemokratie in diesen Zeiten der kriegerischen Krise eine ganz gewaltige Agitation entfaltet hat, der ein heilsamer Einfluß sicher nicht gefehlt haben wird. Den Höhepunkt dieser internationalen Anti-Kriegsagitation bildete der außerordentliche internationale Sozialistenkongreß, den das Brüsseler internationale sozialistische Bureau für den 24. November nach Basel einberief. Dem eigentlichen Kongresse ging ein Demonstrationszug durch die Stadt voran. In corpore begaben sich die aus allen Ländern erschienenen Vertreter nach dem Baseler Münster, das die Kirchenbehörde für den Kongreß einstimmig zur Verfügung gestellt hatte. Die hervorragendsten Führer der Sozialdemokratie kamen in dieser Kirche zu Wort, in der kurz vorher der Pfarrer Taeschler eine ergreifende Predigt zugunsten des Friedens gehalten hatte.

Diese Beschützung des atheistischen Sozialismus seitens der Kirche im Interesse des Weltfriedens ist eines der hervorragendsten Ereignisse der jüngsten pazifistischen Geschichte.

AUS DER BEWEGUNG

Der Nobelpreis von 1912. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 9. Dezember wurde aus Kristiania gemeldet, daß das Nobelkomitee des norwegischen Storthing in diesem Jahre den Friedenspreis der Nobelstiftung nicht zur Verteilung bringen und den Preisbetrag gemäß Artikel 5 der Statuten für nächstes Jahr zurückbehalten wird.

Dieser Beschluß wird nicht verfehlen, in der gesamten Friedensbewegung großes Bedauern zu erwecken. Und dies aus verschiedenen Gründen. Artikel 5 der Statuten der Nobelstiftung gibt den verschiedenen Komitees der fünf Klassen allerdings das Recht, den Preis nicht alljährlich zu verteilen, sondern „wenn es der Ansicht ist, daß keine Leistung die erforderliche Eigenschaft besitzt", den Preisbetrag für

das folgende Jahr zu reservieren. Diese Voraussetzung trifft aber unter keinen Umständen zu. Wir haben unter den Pazifisten, Völkerrechtsgelehrten, Internationalisten, Friedensdiplomaten der Welt eine so große Anzahl hervorragender Persönlichkeiten, deren Leistungen außer Frage stehen, daß es eher als eine Kalamität erscheinen könnte, wie man allen gerecht werden kann. Ebenso besitzen wir eine Anzahl dem Frieden dienender Körperschaften, deren einige ebenfalls vollen Anspruch auf den Preis erheben könnten. Ein Mangel an geeigneten Leistungen liegt tatsächlich nicht vor. Durch den Beschluß des Nobelkomitees wird aber in der weiten Oeffentlichkeit, die so wenig über die Friedensbewegung unterrichtet ist, zum Schaden des Ansehens der Friedensbewegung der Anschein erweckt, als läge ein solcher Mangel vor, als wäre die ungeheure Arbeit, die für die Friedenssache geleistet wurde, unzureichend, mangelhaft, minderwertig. Was werden unsere Gegner dazu sagen, wenn sie darauf hinweisen werden, daß auf den anderen Kulturgebieten, für die die Nobelprämie ausgesetzt ist, noch nie der Fall eintrat, daß aus Mangel an geeigneten Leistungen auf die Preiszuerteilung verzichtet werden mußte, während gerade auf dem Gebiete, dem Alfred Nobel in erster Linie nützen wollte, dieser Mangel sich nach einem Jahrzehnt bereits eingestellt haben soll? Sie werden triumphieren und in ihrer Verwerfung des Pazifismus eine neue Stütze finden.

Aber noch in anderer Beziehung ist dieser Beschluß schädigend für die Friedensbewegung. Die Presse und mit ihr die große Masse des Publikums beginnt die Nichtverteilung des Preises mit dem gegenwärtigen Kriege und der kriegerischen Krise zu erklären. Man findet es unangebracht, einen Friedenspreis zu erteilen, wenn ein Krieg wütet. Diese Ansicht liegt aber gerade in jener laienhaften Auffassung des Pazifismus begründet, die wir Pazifisten so viel Mühe haben, auf das nachdrücklichste zu bekämpfen. Nach dieser Auffassung ist der Kampf für den Frieden als Unsinn dargetan, w e i l es Kriege gibt, während wir ihn gerade d e s h a l b führen, und ihn für überflüssig erachten würden, wenn die Kriege aufgehört hätten. Haben Koch, Behring, Ehrlich den Nobelpreis erhalten, weil Schwindsucht, Diphtherie und Syphilis vom Erdball verschwunden sind, oder nicht vielmehr deshalb, weil sie den Kampf gegen diese Plagen in die richtigen Bahnen gebracht haben? Und haben Passy, Randal Cremer, die Suttner und alle anderen den Friedenspreis nur deshalb bekommen, weil in den Jahren, wo er ihnen zuteil ward, gerade kein Krieg wütete, oder nicht vielmehr deshalb, weil ihre Arbeit den Kampf gegen die Kriegsplage erfolgreich aufgenommen und in eine, den endlichen Sieg verheißende Bahn gebracht haben, weil sie ihre Leben für diesen Kampf eingesetzt haben? Warum sind also i n diesem Jahre jene Männer, deren Namen viele Pazifisten seit Jahren in den Listen der Nobellaureaten zu sehen sich wünschen, des Preises nicht für würdig erachtet wo·d·n?

A. H. F.

Vorschläge zur Reform der Weltfriedenkongresse. :: Mr. F. Maddison, einer der englischen Delegierten des Weltfriedenskongresses in Genf, schlug bei dem Rat der „International Arbitration League" verschiedene Aenderungen in der Organisation der Kongresse vor, als deren Ergebnis die nachstehende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Daß, nach Kenntnisnahme des vom Sekretär erstatteten Berichtes, der die Meinung der bei früheren Kongressen anwesenden Delegierten der League bestätigt, der Rat bei der britischen Vertretung des Berner Bureaus für die Notwendigkeit solcher Veränderungen in der Organisation der Weltfriedenskongresse eintritt, die die Kongresse zu einem maßgebenden Faktor der Weltfriedensbewegung machen könnten.

Gleichzeitig möchte der Rat folgende Reformen vorschlagen:

1. Zusammensetzung. Der Kongreß sollte aus solchen Delegierten zusammengesetzt werden, die direkt von jener Gesellschaft, der sie angehören, gewählt wurden, und welche vom Berner Bureau als wählbar erkannt worden sind; Die Namen dieser Delegierten müßten spätestens 14 Tage vor Beginn des Kongresses dem Sekretär mitgeteilt werden. Dem Bureau sollte das Recht zustehen, auch Nichtdelegierte einzuladen, aber nur Delegierte dürften an der Diskussion und Abstimmung teilnehmen.

2. Verfahren. Das Bureau setzt das Programm des Kongresses fest, das spätestens 14 Tage vor Zusammentritt bekanntgegeben werden muß. Alle anderen Fragen sollen nur von einem ständigen Organisationskomitee erledigt werden, das aus sieben Mitgliedern zu bestehen hat, die in der ersten Sitzung eines jeden Kongresses zu wählen sind. Dieses Komitee wird keine Resolution nach Schluß der ersten Sitzung mehr annehmen dürfen und keinen Vorschlag, sofern er nicht durch den Kongreß gutgeheißen wurde. Die Dringlichkeit irgendeiner Frage, welche nicht offiziell oder vom Organisationskomitee angeregt wurde, könnte nur dann von einem Delegierten verlangt werden, wenn er sich die Zustimmung von 20 anderen Delegierten gesichert hat. Wird sie dann von einer 2/3 Majorität der Anwesenden unterstützt, kann die Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden."

LITERATUR U. PRESSE

Besprechungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

B i b l i o g r a p h i e d u M o u v e m e n t d e l a P a i x. Littérature pacifiste dans la Bibliothèque de l'Institut Nobel Norvégien. 4°. Kristiania (München und Leipzig: Duncker & Humblot) 1912. 238 einseitig bedruckte Seiten.

Die Bibliographie der pazifistischen Literatur bildet den ersten Band des auf vier Bände berechneten Katalogs der Bibliothek des norwegischen Nobelinstituts. Der folgende zweite Band wird die Völkerrechtsliteratur, der dritte

Band die auf die politische und diplomatische Geschichte der neuen Zeit bezügliche Literatur, der vierte Band die Literatur der Soziologie und Nationalökonomie erhalten.

Der vorliegende erste Band bildet eine erfreuliche Bereicherung der pazifistischen Literatur, indem er einem längst empfundenen Mangel abhilft. Er zeigt uns nicht nur den Umfang des pazifistischen Schrifttums, sondern durch die umfassende Zusammenstellung gleichzeitig auch den Umfang des Pazifismus selbst. Für die stets zunehmende Zahl derjenigen, die sich der wissenschaftlichen Bearbeitung des Pazifismus widmen, ist damit ein ausgezeichneter Führer geschaffen worden. Der Katalog enthält die Erscheinungen bis 1. April 1912. Er teilt das Material in 20 Gruppen. (I. Bibliographie. — II. Handbücher. — III. Geschichte der Friedensidee. — IV. Weltföderation und Internationalismus. — V. Patriotismus. — VI. Philosophie des Friedens und des Krieges. — VII. Allgemeine Friedens- und Kriegsverträge. — VIII. Verschiedenes. — IX. Zeitschriften. — X. Institutionen. — XI. Friedensgesellschaften. — XII. Friedenskongresse. — XIII. Museen und Ausstellungen. — XIV. Geschichte der Friedensbewegung. — XV. Friede und religiöse Bekenntnisse. — XVI. Wirtschaftliche und soziale Fragen und der Friede. — XVII. Friede und Unterricht. — XVIII. Die Frauen und der Friede. — XIX. Die Künste und der Friede. — XX. Pazifistische Belletristik.) Den Schluß bildet ein Sach- und ein Namenregister.

☞

„Der Ruf." Herausgegeben vom akademischen Verband für Literatur und Musik in Wien. Krieg. 8°. Wien. Wilhelm Fischers Verlagsanstalt. 32 S. 50 Pf. = 60 Heller.

„Der Ruf" ist eine zwanglos erscheinende Zeitschrift, die der genannte akademische Verband veröffentlicht. Jede Nummer ist einem besonderen Sujet gewidmet. Die vorher erschienenen beiden Nummern waren so dem „Karneval" und dem Frühling" gewidmet. Mit der vorliegenden Nummer wagten sich die Herausgeber auf ein Gebiet, zu dessen Behandlung ihre weltfremden ästhetisierenden Neigungen nicht ausreichten. Der „Krieg" wurde hier liebenswürdig verklärt, wie die Dichter es nun einmal lieben. Wir lassen uns solche Verklärungen beim „Karneval" und beim „Frühling" gefallen, eventuell auch bei der Liebe und beim Alkohol. Aber auf den Krieg übertragen, wirken derartige Umschreibungen der Wirklichkeit schädlich. Das Heftchen stellt sich als eine „Apologie des Krieges" dar. Ganz eigentümliche Verzeichnungen sind da auf diesen 32 Seiten zu lesen. Z. B. auf Seite 7: „Der Krieg ist nicht als solcher wunderbar, sondern in seinen ethischen Erscheinungen und in seiner Produktivität. Der Krieg ist immer prägnant, es handelt sich stets um den siegreichen Krieg. Ein anderer Krieg ist nämlich kein Krieg, sondern Krankheit, und man führt ihn nicht." . . . . Oder: „. . . . er (Roosevelt nämlich!) ist der anerkannte Staats- und Kriegsmann, Roosevelt americanus asiaticus, die einzige Ariernase, die die gelben Huzelknaben wegriechen wird. Er wird das begonnene Werk von Lüle-Burgas fortsetzen." (!) — — — Oder: „Die Schlappgehirne predigen den Frieden und wissen nicht, was der Friede eigentlich ist." — —

Genug! Ich möchte nur wissen, warum dieses Heft „Krieg" heißt, und nicht lieber auch „Karneval".

☞

Wilhelm Ostwald, Der energetische Imperativ. Erste Reihe. Gr.-8°. Leipzig. Akadem. Verlagsanstalt m. b. H. 544 S. 9,60

Dieses der Energie-Lehre gewidmete Werk Ostwalds enthält zwei Abteilungen, die dem Pazifismus gewidmet sind. Die eine Abteilung ist betitelt: „Organisation und Internationalismus", die andere „Pazifismus". In der erstgenannten Abteilung finden wir Aufsätze über „Die internationale Universität im Haag", über „Die Weltsprache", das „Weltgeld", über „Die Verbesserung des Kalenders" und eine Reihe von Aufsätzen, die dem Unternehmen „Die Brücke" gewidmet sind. In der anderen Abteilung finden sich neben den Aufsätzen „Kultur und Friede", „Krieg und Rassenbiologie", „Nationale Ehre", „Arbeit oder Kampf", Ostwalds bekannter Aufsatz über die Möglichkeit der Abrüstung einer einzelnen Macht, die mit dem guten Beispiel vorangehen könnte, und ein darauf bezugnehmender Aufsatz von Gaston Moch „Frankreich als Friedensträger" betitelt. Aus all diesen Aufsätzen, wie auch aus jenen, die nicht direkt mit dem Pazifismus im Zusammenhang stehen, sprudelt Ostwalds quellklare Weisheit hervor, die jedem Vorwärtsarbeiter reiche Erquickung bietet.

☞

Die Heiligen vom nächsten Donnerstag. Der Kriegsalarm hat nicht nur den niedrigen Chauvinismus aufgerüttelt, sondern aus der Tiefe auch einen Pazifismus angeschwemmt, der im Interesse der Sache lieber in Ruhe sollte belassen werden. Da ist uns in diesen Tagen mindestens ein Dutzendmal ein Briefumschlag mit der beunruhigenden Aufschrift „Achtung! Menschheitssache!" ins Haus geworfen worden. Den Inhalt bildet eine Schrift, „Das Friedenswerk; von einem Menschenfreunde der Tat"*) betitelt. Darin wird der Krieg auf 15 Seiten abgeschafft. Am nächsten Donnerstag schon. Ganz einfach: Am Sonntag, den 8. Dezember 1912, mittags 12 Uhr (man merke, wie detailliert alles ausgearbeitet ist!) müssen in jedem Staate der Erde die Parlamente zusammentreten, um folgende Tagesordnung zu beschließen:

„1. Kriege und Kriegsbereitschaft haben vom 1. Januar 1913 an bei den Völkern der Erde aufzuhören.

2. Vom 1. Januar 1913 ab werden keine Kriegswaffen irgendwelcher Art, keine Munition, keine Kriegsschiffe mehr angefertigt. Die Tätigkeit der Kriegswerkzeugfabriken ist sofort einzustellen. Die Herstellungsstoffe sind anderweitig zu verwenden."

Wie einfach! Und darauf sind die Pazifisten bis jetzt gar nicht gekommen. — Es soll uns aber nicht wundern, wenn die Kriegspresse auf diesen Vorschlag ausführlich eingehen und ihn mit dem Pazifismus identifizieren wird.

☞

Verband internationaler Studenten-Vereine an deutschen Hochschulen. Zur internationalen Kulturbewegung. Heft II. (Wintersemester 1912/13.) o. V. (Leipzig, Int. Studentenver.) 24 S.

Enthält u. a. Antworten auf die Rundfrage

*) Verlag Gebr. Harz in Altona (Elbe). 10 Pf.

„Was kann der Student für die internationale Kulturbewegung tun?“ von Eduard Bernstein, M. G. Conrad, Richard Dehmel, Max Dessoir, Alfred H. Fried, Viscount Haldane, Geheimrat Lamprecht, Johannes Schlaf u. a.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht. Hrsgb. von Prof. Dr. Josef Kohler in Berlin, Prof. Dr. L. Oppenheim in Cambridge, Privatdozent DDr. Felix Holldack in Leipzig. VI. Bd. 4. Heft. (Mit einem Beiheft: Dr. Erich Hüttenhein, Die Handelsschiffe der Kriegführenden.)

Aus dem Inhalt: Henri van der Mandere, Ist eine permanente Neutralität des niederländischen Staatsgebiets möglich und erwünscht? — Spruch des Haager Schiedsgerichts vom 3. Mai 1912 im Fall Canevero. Mitget. von Dr. Karl Strupp. Buchbesprechungen: Karl Holldack über „Das Werk vom Haag“, Strupp „Völkerrechtsquellen“, usw.

The American Journal of International Law. Vol. VI. No. 4. Mit Supplement.

Aus dem Inhalt: George C. Butte, „The Protocole Additional“ to the Int. Prize Count Convention. — Hamilton Wright, The int. Opium Conference. — Congress of Jurists at Rio de Janeiro. — The Christiania Meeting of the Instituts int. Law. — Spanish Edition of the American Journal of Int. Law. — The Ceruts Arbitration. — Fréd. Passy. — usw.

Revue Générale de Droit International Public. Publiée pas Paul Fauchille. No. 6. Novembre-Decembre 1912.

Aus dem Inhalt: A. André, La Convention sucrière de Bruxelles du 5. Mars 1902. — C. Julliot, Avions sanitaires et conventions de la Croix-Rouge, usw.

Bulletin of the Pan-American Union. Okt. 1912.

Aus dem Inhalt: Int. Congress of Chambers of Commerce. — Int. Commission of Jurists at Rio de Janeiro. — Fiftenth Congress on Hygiene and Demography. —

Josef Popper-Lynkeus, Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage. Eingehend bearbeitet und statistisch durchgerechnet. Mit einem Nachweis der theoretischen und praktischen Wertlosigkeit der Wirtschaftslehre. Gr.-8°. Dresden 1912. Carl Reimer. XVI und 813 S. 17 M.

Wilhelm Ostwald, Monistische Sonntagspredigten. Zweite Reihe. 8°. Leipzig. Akademische Verlagsgesellschaft m. b. H. Seite 209—416. 1 M.

Dr. August Sturm, Die Einteilung des Rechts und die Abtrennung des internationalen Privatrechts sowie des Friedensrechts. Eine rechtspsychologische Abhandlung. 152 S.

Richard Charmatz, Wegweiser durch die Literatur der österreichischen Geschichte. Mit einem Geleitwort von Heinrich Friedjung. 8°. Stuttgart und Berlin. 1912. 138 S.

Johann Bründler, Der ewige Frieden. 8°. Dresden und Leipzig, 1912. „Globus“, Wissenschaftliche Verlagsanstalt. 36 S.

J. Weisbart, Europal. (Europäisch.) Kurze Grammatik und Begründung. 16°. (Format VIII der Brücke.) (Hamburg 1.) 16 S.

Dr. Eduard Loewenthal, Grundzüge zur Reform und Kodifikation des Völkerrechts. (In deutscher und französischer Sprache.) Dritte, neubearbeitete Auflage. Berlin, 1912. Otto Dreyer. 16 S.

Bureau International de la Cour Permanente d'Arbitrage: Protocoles des Séances et Sentence du Tribunal d'Arbitrage constitué en vertu du Compromis d'Arbitrage signé à Constantinople entre la Russie et la Turquie le 22 Juillet/4 Août 1910. Litige russo-turc relatif aux dommages-interêts réclamés par la Russie pour le retard apporté dans le payement des indemnités dues aux particuliers russes lésés par la guerre de 1877—1878. Folio. La Haye 1912. Van Langenhuysen Frères. 102 S.

Union Interparlementaire. Statuts et Règlements (Révision de 1912). 8°. Uccle-Bruxelles 1912. Bureau Interparlementaire. 12 S.

Union Interparlementaire. 17e Conférence. Genève, 18—20 Sept. 1912. Résolutions adoptées et nominations faits par la Konférence. (Circulair aux Groupes.) 8°. Uccle-Bruxelles 1912. Bureau Interparlementaire. 16 S.

Union Interparlementaire. XVIIIe Conférence. Genève, 18—20 Sept. 1912. Rapport du Conseil Interparlementaire á la Conférence. o. O. u. J. 15 S.

Union Interparlementaire. Dix-septième Conférence, Genève, 18—20 Sept. 1912. La Juridiction d'Arbitrage dans la Vie des Peuples et la Droit international. Rapport présenté à la Conférence par M. le Prof. Dr. Zorn. 8°. o. V. u. J. 22 S.

Union Interparlementaire. Commission des Declarations des Neutralité permanente. I. Documents préliminaires. 8°. o. V. u. J. 22 S.

Société de la Paix de Moscou. Jahresbericht 1911—1912; in russischer Sprache. Moskau, 1912. 64 S.

Ve Manifestation Maç. Internationale. Luxembourg, 25, 26, 27 Mai 1912. 8°. Neuchatel (1912.) Publication du Bureau int. des rélations maçonniques. 2 Frs.

Diana Agabey Apcar, The Anguish of the New East. Lecture delivered before the english-speaking Society of Waseda University, Tokyo 26th Oct. 1912. Kl.-8°. o. O. u. J. 21 S.

Proceedings of the Texas Peace Congress hold at the Taylor University, Waco Texas. Nov. 19—21, 1907. Gr.-8°. o. O. u. J. 56 S.

National Peace Council. Economic Series. No. 3. Dorothy M. Hunter, Anglo-German Trade and the un-measured costs of War. 8°. London (1912). The Nat. Peace Council. 16 S. 1 Penny.

International Conciliation. November 1912. No. 60: As to Battleships. Contributions to the debats upon the Naval Appropriation Bill. by Hon. Findy H. Gray, Hon. James R. Mann, Hon. William Kent. 8°. New York City. Am. Ass. for Intern. Conciliation. 14 S.

Association for International Conciliation. Monthly Bulletin of Books,

Pamphlets and Magazine Articles Dealing with International Relations. Okt. 1912. 8°. 10 S.

Report of the eighteenth annual Lake Mohonk Conference on international Arbitration. May 15th, 16th an 17th, 1912. 8°. Mohonk Lake, N. J. 1912. 242 S.

Nobushige Hozumi, Lectures on the New Japanese Civil Code. As Material for the Study of Comparative Jurisprudence. 2d Ed. 8°. Tokyo, 1912. The Maruzen Kabushiki-Kaisha. III u. 166 S. Cloth.

Nobushige Hozumi, Ancestor-Worship and Japanese Law. 2d Ed. 8°. Tokyo, 1912. The Maruzen Kabushiki-Kaisha. XXX u. 198 S. Cloth.

John W. Harris, Dawn in darkest Africa. With an Introduction by the Right Hon. The Earl of Cromes. Gr.-8°. London, 1912. Smith, Elder & Co. XXXVI u. 308 S. Mit zahlreichen Illustrationen u. 1 Karte. Cloth.

A. Pearce Higgins. War and the Private Citizien. Studies in International Law. With Introductory Note by the Right Honourable Arthur Cohen. 8°. London 1912. P. S. King & Son. XII u. 38 S. Cloth. 5 sh.

Giorgio del Vecchio, Het Verschijmel van den Oorlogen het Denkbeeld van den Vrede. (Vertaald door C. R. C. Herckenrath.) 8°. Haarlem, 1911. De Erven F. Bohn. 46 S.

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

H. W. In Nr. 4 der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht" sucht Henri van der Mandere (Haag), einer der zukunftsreichsten Völkerrechtler Hollands (dessen Buch „de Haagsche overeenkomst betreffende de vreedzame beslechting van internationale geschillen", 1907 unter dem Pseudonym de Melville erschienen, nochmals empfohlen sei), die Frage zu beantworten: Ist eine permanente Neutralität des niederländischen Staatsgebiets möglich und wünschenswert? Er geht hierbei von den Verhandlungen der holländischen zweiten Kammer aus, in der sich Staatssekretär von Swinderen 1908 gegen die Neutralität aussprach. van der Mandere hält diesen Standpunkt für unrichtig. Er untersucht die Gründe der Gegner, die meinen, Holland würde sich durch eine solche Neutralität erniedrigen und eine capitis diminutio erleiden. Er weist darauf hin, daß das Land durch eine solche Neutralität Ruhe und Sicherheit erhälten würde, eine Gegenleistung, die nicht gering anzuschlagen sei. Er legt ferner dar, wie sehr das ganze Problem eine internationale, zahlreiche Staaten interessierende Frage sei. Mit politischem Takte wird es nach van der Mandere den leitenden Staatsmännern Hollands gelingen, die Neutralität in ehrenvoller Weise durchzuführen. Doch soll die Garantie nicht wie im Falle von Luxemburg, der Schweiz und Belgien von fremden Staaten vereinbart werden, ohne daß Holland in diesem Vertrage Partei wäre, sondern die Niederlande sollen dabei als selbständige Partei auftreten. Die Ausführungen verdienen das größte Interesse. Denn wie viel Hetzmaterial beziehen die chauvinistischen Zeitungen allein aus der Streitfrage, wie sich Holland in einem eventuellen Kriege der anliegenden Staaten verhalten wird! Unter den Literaturanzeigen findet man einen Beitrag Holldacks, in dem gegen Nippold und gegen Schücking polemisiert, dem „kulturfördernden" Pazifismus aber viel Lob erteilt wird. Ein Beiheft von Dr. Hüttenheim über „Die Handelsschiffe der Kriegführenden" faßt das Problem des Seebeuterechts sehr selbständig an. Mit Recht ist der Autor der Meinung, daß gerade England durch die Beseitigung des Seebeuterechts größten Vorteil haben würde. Dagegen hat Amerika von dem Seebeuterechte sehr erhebliche Vorteile, weshalb es besonders bemerkenswert erscheint, daß es stets gegen dieses Recht eingetreten ist.

In Nr. 4 des „American Journal of international law" finden wir einen besonders wertvollen Artikel von Butte über das Ergänzungsprotokoll zum internationalen Prisenabkommen; bekanntlich traten in Amerika nach der Unterzeichnung des Prisenhofabkommens verfassungsrechtliche Schwierigkeiten hervor, weil fort an nicht mehr der höchste amerikanische Prisenhof letzte Instanz in Prisensachen sein sollte. Deshalb behielten sich die Amerikaner auf der Londoner Konferenz vor, daß das Recht, den internationalen Prisenhof gegenüber den Entscheidungen ihrer Gerichte anzurufen, nur in Form einer Schadensersatzklage geltend gemacht werden dürfte. Dieses Protokoll erläutert Butte und sagt u. a., daß die konstitutionellen Schwierigkeiten Amerikas bei Vertragsschlüssen ein wenig häufig hervortreten.

Im Novemberheft der „Zeitschrift des Internationalen Anwaltsverbandes" schlägt Dr. Lössl einen Mißbilligungshof vor, der aus den Vertretern ganz neutraler Staaten zusammengesetzt sein und bei dem ein Generalprokurator das Recht haben soll, den Antrag zu stellen, daß einem Staate wegen irgendeines Vorgehens die Mißbilligung ausgesprochen wird. Ein solches Urteil hätte nach der Ansicht des Verfassers das Gewicht eines moralischen Verdammungsurteils und würde gleichzeitig die Rechtslage klären. Einen ähnlichen Vorschlag hat der Schwede Wawrinski in einer Denkschrift gemacht, worin die Programmpunkte der dritten Haager Konferenz aufgezählt waren. (Friedenswarte 1912, S. 103.)

Das neuerdings vortrefflich redigierte holländische Friedensblatt „Vreede door Recht" (dessen Titelbild freilich mit dem modernen Pazifismus nichts zu tun hat) bringt im Novemberheft zwei Urteile über den Weltfriedenskongreß von van der Mandere und de Jong, die beide darin übereinstimmen, daß mit der ganzen Methode des Kongresses ein Wandel vor sich gehen muß. Ein schöner Bericht über die Tagung des Verbandes für internationale Verständigung findet sich dort aus der Feder van der Meulens, der auch die Gründe darlegt, weshalb anfangs in Deutschland so wenig Verständnis für die internationale Organisation vorhanden war. Er sieht sie vor allem darin, daß Deutschland all seine Kraft mehr als andere Völker zunächst auf die nationale Einigung hat richten müssen. In Nr. 21 von „La Paix par le droit" bespricht Professor Ruyssen den Balkankrieg. Sein Ausbruch kann, so meint er mit Recht, uns Pazifisten nicht entmutigen. Denn unsere Ideen haben bei den Balkanvölkern noch nicht die erforderliche Verbreitung gefunden.

Im Novemberheft des „Völkerfriede" opponiert Umfrid gegen meine Bekämpfung einer

internationalen Polizeimacht; wie man sich auch immer zu dem Problem aus völkerrechtlichen oder politischen Gründen stellen mag, so erscheint auf jeden Fall die internationale Polizeimacht allenfalls als eine letzte Krönung des Gebäudes. Warum aber weisen wir heute, wo wir allmählich Realpolitik treiben können, auf Ziele hin, die doch erst verwirklicht werden können, wenn der Weg dazu gebahnt ist? Nicht einmal einen ordentlichen internationalen Staatengerichtshof haben wir, geschweige denn einen Weltschiedsvertrag, und doch wird schon von der internationalen Polizeigewalt gesprochen! Ganz anders ist es, wenn Schücking von dem Ausbau des Haager Staatenverbandes spricht, da es sich hier nur um einen Schritt, nicht aber um tausend Meter vorwärts handelt.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (Eßlingen). Nov. Rade, Der Beitrag der Kirchen zur internationalen Verständigung. — Fritz Röttcher, Abrüstung oder — Entvölkerung? — O. U. (mfrid), Die Frage der internationalen Polizeimacht. — Bürk, Der Berliner Kongreß. — C. L. Siemering, Zum Balkankrieg. — Leopold Katscher, Zwei neue Friedensstiftungen. — Dr. Hans Wehberg, Kaiser Wilhelm II. und die Haager Friedenskonferenzen.

Der Friede (Bern). Nov. G.-C., Das Feuer am Balkan. — Dr. Hans Wehberg, Warum erhielt Fried den Nobelpreis? — C. K., Ein Besuch im heutigen Port-Arthur. — usw. usw.

Die Friedens-Bewegung (Bern). Nr. 21/22. Das internationale Friedensbureau und der Balkankrieg. — Die Friedensfreunde und der Krieg. — I. Nachtrag und Ergänzung zum Bericht über den Weltfriedenskongreß in Genf. — Resolutionen, angenommen durch die XVII. Konferenz der Interparlamentarischen Union. — Erste Tagung des Verbandes für internationale Verständigung. — usw. usw.

The Arbitrator (London). Nevember. The Balkan War. — Italys „Victory". — M. Beernaert. — The italo-turkish Treaty of Peace. — British foreign Policy and Armements. — A joint anglo-german Manifest in favour of Peace. — The Universal Peace Congress. Suggested Reforms. — usw. usw.

Advocate of Peace (Washington). Nov. The Geneva Peace Congress. — President Tafts Services to the Cause of international Peace. — The Balkan War. — The Interparlamentary Conference at Geneva. — Notes on the Geneva Peace Congress. — International Congress of Chambers of Commerce. — Arnoldson, Swedens Attitude toward Russia. — usw. usw.

Monthly Circular of the national Peace Council (London). Nov.

The Messenger of Peace (Richmond, Ind.). Sept.

The Cosmopolitan Student (Madison, Wisc.). Oktober. Chatterjee, The East and the West. — George W. Nasmyth, First Congress of german International Clubs. — Lumis Vondracek, The Bohemian National Hymn. — Third International Congress of American Students. — usw. usw.

La Paix par le Droit (Paris). No. 19 u. 20. J. Prudhommeaux, La XVIIme Conférence de l'Union interparlamentaire. — J. L. et M. L. Puech, Le XIXme Congrès international de la Paix. — Th. Ruyssen, La Conciliation internationale (Branche allemande). — Jacques Dumas, Bibliographie. — usw. usw.

— Nr. 21. Charles Richet, Faut-il continuer à être Pacifiste? — Th. Ruyssen, La guerre du Balkan. — F. Delaisi, L'envers d'une Croisade. — usw. usw.

Les États-Unis d'Europe (Bern). Nov. E. A., La Leçon du Balkan. — L. de Montluc, L'Arbitrage et ses sanctions. — Une sentence arbitrale.

La Luce del Pensiero (Neapel). Nov. La Federazione internazionale. — Il prof. A. Ghisleri all 'avo. Arnaldo Agnelli. — La prof. Elvira Cimino per la dissonazione sul congresso die Ginevra. — usw. usw.

„Vreede door Recht" (Haag). November. J. C. C. Den Beer Poortugael. De Panamakanal-quaestie. — B. de Jong van Beek en Donk, H. van der Mandere, het negentiende International Vredescongres te Genève. — Verwildering der Massa. — Jacob ter Meulen, Naar aanleiding van het eerste congres te Heidelberg van den Duitschen „Verband für internationale Verständigung". — usw. usw.

Fredsfanan (Stockholm). Okt. Arnoldson, Yxan tile roten. — usw. usw.

Fredsbladet (Kopenhagen). Nov. Niels Petersen. Dansk Fredsforening (1882 bis 1912). — usw. usw.

Artikel - Rundschau.

Von Carl Ludwig Siemering.

Der in Wien so maßlos überschätzte Herausgeber der „Zukunft", Maximilian Harden, hat Ende November auch in Breslau seinen Vortrag über den „Balkankampf" gehalten, worin er ziemlich unverblümt ein selbständiges Losschlagen seitens Deutschlands befürwortete und nebenher verächtlich von dem „durch einen alten Dynamitarden ermutigten Pazifismus" (Nobelpreis!) sprach — ein Ausdruck, der in der „Bresl. Ztg." vom 26. Nov. gebührend festgenagelt wurde. Dasselbe Blatt schrieb am Schlusse seines Berichts: „Wie man sieht, ist das Ganze doch nichts anderes, als eine Kannegießerei höheren Stiles, wie sie allerdings schon der Bürgersmann zu Zeiten des seligen Faust liebte." — Die „Bresl. Ztg." teilte übrigens zu jener Zeit in Wien das Schicksal des „Berl. Tagebl." und anderer deutscher Blätter, sowie der Wiener „Arbeiterzeitg.", konfisziert zu werden, wegen Wiedergabe der vom Sozialdemokratischen Kongreß in Basel beschlossenen Antikriegs-Resolution (!) und verschiedener dort gehaltener Reden. — Harden zitierte u. a. aus dem Gedicht des Königs von Montenegro „die Glocken von Cetinje" (vgl. die russiche Spezial-Nr. von „Nord und Süd", Dezember) den höchst bezeichnenden Schlußvers:

„Grüßt Kara Georg, grüßt Danilo mir!
Es mögen eure Klänge ihnen künden:
Je größer Türkenmacht, je größ're Zier
Und Ruhm für uns, wenn wir sie überwinden."

Das sieht dem alten Räuberhauptmann ähnlich! Sein Kriegsdrama, „Die Kaiserin des Balkans", wurde neulich in Budapest vor

fast — leerem Hause, wie die „B. Z. a. M." meldet, zur Uraufführung gebracht. . . .

*

In dem bereits erwähnten Russenheft von „Nord und Süd" finden wir unter dem Titel „Die Logik der Geschichte" eine Unterredung des Herausgebers, Prof. Dr. Ludwig Stein, mit dem Grafen Witte, der den ehrlichen Friedenswillen der russischen Regierung konstatierte. Eine Garantie des Friedens sieht er „in der allgemeinen Abneigung gegen den Krieg und im Bewußtsein der Verantwortung für die Folgen, die ein Krieg für alle Beteiligten herbeiführen könnte — darin besteht die innere Logik der Geschichte. Der friedliche industrielle Typus löst den kriegerischen ab." — Vom Balkan-Kriegsschauplatz kommen wahrhaft furchtbare Nachrichten, die die Friedensliebe wesentlich stärken dürften. Grauenhafte Fluchtszenen vom Rückzug der türkischen Armee schildert der Londoner „Daily Chronicle": Der Weg der vierten Armee, die vier Tage lang ohne Nahrung war, ist mit Toten und Sterbenden dicht gepflastert; eine Unmasse von Krähen wartet, bis weitere Soldaten zusammenbrechen, wolfähnliche Hunde werfen sich auf die Leichen. Der Berichterstatter der Wiener „Reichspost" berichtet Unmenschlichkeiten, die von serbischen Truppen und Generälen an Tausenden gefangener Türken und Albanesen begangen wurden. Renzo Larco schildert im „Corriere della Sera" Hademköj, das frühere türkische Hauptquartier, jetzt ein „grauenvoller Kirchhof der Sterbenden und der Toten" — Opfer der Cholera, die wiederum eine Folge der Verseuchung des Bodens und der Brunnen durch Verwesungsgifte ist. Allan Ostler — um nur noch einen zu nennen — teilt mit, das Volk der östlichen Türkei sei von einer Tragödie bedroht, „die alle Greuel und alle Not des Balkankrieges weit hinter sich lassen wird": Eine halbe Nation wird buchstäblich verhungern, und dieses furchtbare Schicksal trifft nicht ein Heer, sondern „ein Millionenvolk von hilflosen Bauern, die kaum wissen, warum gekämpft wird, und nur ahnen, daß dieser Krieg für sie Armut, Heimatlosigkeit und Verzweiflung bedeutet."

*

Tatarennachrichten, Sensationsmeldungen, kritiklose Kombinationen huschen durch die Presse . . . Daneben mehrten sich aber schon Ende November die Stimmen der Vernunft, die es für blanken Wahnsinn erklärten, wegen Serbiens Zutritt zum Meere einen Weltkrieg zu entfesseln. „Der Instinkt sagt uns, daß die Welt nicht so verrückt ist," schrieb die offiziöse Londoner „Westminster Gazette". „Undenkbar," schreibt die „Daily News", und „Daily Telegraph" spricht von einer „monströsen Absurdität". Diese Helden von Uesküb und Monastir scheinen, wie Carl Peters im „Tag" vom 27. Nov. ausführt, „durch ihre unerwarteten Erfolge direkt übergeschnappt zu sein. Sie bilden sich ein, sie könnten die Manieren, durch welche sie die frühere Dynastie . . . beseitigten, auf ihre internationalen Beziehungen übertragen." — Leider tun sich führende Pariser Blätter, wie „Matin", „Temps", „Echo de Paris", in bewußter Hetzarbeit hervor, so daß ihnen das verbreitetste französische Blatt, der offiziöse „Petit Parisien", folgendes zu Gemüte führen muß: „. . . . Diese falschen Nachrichten sind nicht nur gefährlich, weil sie in der Menge nachher nur schwer zu verscheuchende Angst hervorrufen, sie verschlimmern gar latente Meinungsverschiedenheiten, weil sie unerwünschte Polemik erzeugen." — Die Kosten eines europäischen Völkerringens berechnet Charles Richet in Paris auf Grund offizieller Berichte und der Kosten früherer Kriege auf täglich rund 274 Millionen Francs. Hierzu bemerkt der „Fränk. Kurier" vom 28. Nov., als fast sicher müsse man annehmen, daß „bei Ausbruch eines Europa-Krieges die Preise aller Dinge sofort beträchtlich in die Höhe schnellen würden, und daß zu den aufgestellten Kosten noch wirtschaftliche und finanzielle Verluste riesenhaften Umfanges hinzukämen. Eine sichere Folge eines Europa-Krieges wäre die ökonomische Lähmung aller europäischen Großmächte auf Jahrzehnte hinaus, was dann dem Amerikaner und Japaner zustatten kommen würde."

*

Der Balkankrieg wird bekanntlich unter dem Zeichen des Kreuzes wider den Halbmond geführt. Christliche Heldentaten vollbrachte daher auch die griechische Armee, als sie in Saloniki einzog. Der englische Kriegskorrespondent Sinclair Pocley beginnt seinen brieflichen Bericht darüber mit der Feststellung, daß die Eroberer „auf Schritt und Tritt, unter dem Zeichen des Kreuzes, plündern, rauben, morden und maßlose Ausschreitungen begehen". Das berüchtigte mazedonische Komitee, das 15 Jahre lang Saloniki terrorisierte, bekam nun vollends Oberwasser und verdoppelte seine Tätigkeit mit Dolch und Pistole!! — „Pesti Naplo" in Budapest treibt am 23. Nov. seine Rührigkeit so weit, daß er ein Balkan-Interview mit dem russischen Botschafter in Berlin, Grafen Osten-Sacken, veröffentlicht, der bereits im Frühjahr 1912 — verstorben und durch Swerbejew ersetzt worden ist. — Ende November ist endlich die Entspannung der Lage eingetreten. Die „Köln. Ztg." vom 28. Nov. weist auf den für eine friedliche Lösung so wertvollen Zeitgewinn hin und gibt ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß bei der großen Balkanregelung die europäische Vernunft durchdringe.

Ein trefflicher Leitartikel der „Kieler Ztg." (28. XI.), „Am Schürzenband einer bekannten Dame?" betitelt, weist die Angriffe des Generals Eichhorn energisch zurück. — D. Rade veröffentlicht in seiner „Christlichen Welt" fortgesetzt „Glossen zum Balkankrieg". In der Nummer vom 28. November sagt er: „Es ist nicht unsere Waffe, mit der die Völker dort sich messen. Dieser Krieg findet nur augenscheinlich im Jahre 1912 statt, in Wirklichkeit auf dem Boden viel früherer Zeiten, sagen wir: unseres Dreißigjährigen Krieges." — Im „Allgemeinen Beobachter" (Hamburg) vom 1. Nov. behandelt Dr. Felix Kuh den „Fall Lamszus". Da heißt es: „Die Erregung von Kriegsfurcht und Kriegsabscheu in weiten Kreisen des Volkes bedeutet eine politische Kurzsichtigkeit und einen an Hochverrat grenzenden Frevel." — Wir

wären daher dafür, daß man den Kriegen den Prozeß macht, denn er — nicht die Pazifisten — ist es, der „Kriegsfurcht" und „Kriegsabscheu" erregt. — „Die Industrie" (Wien, 17. XI.) berichtet über eine Monatsversammlung des Industriellenklub in Wien, in der Privatdozent Dr. Felix Somary den Nachweis zu erbringen sucht, daß die Pazifisten im Unrecht sind, wenn sie behaupten, daß ein Krieg zwischen den großen Militärmächten den wirtschaftlichen Ruin herbeiführen müßte. Man könne sich ohne die Gefahr des Ruins einen Krieg ruhig leisten. In derselben Versammlung fordert Dozent Dr. Otto Neurath eine „Kriegswirtschaftslehre" als neue Disziplin, damit man sich für den Krieg besser einrichte. — In der „Zukunft" vom 30. Nov. führt Dr. Elemer Hantos in einem „Oesterreichische Finanzbereitschaft" betitelten Artikel aus, daß der Monarchie ein einjähriger Krieg auf 7½ Milliarden zu stehen kommen würde, was bei einem Nationalvermögen von 100 Milliarden nicht zu schwer in die Wagschale fiele. — „Normann Angell" legt in einem ausführlichen, in „The Christian Commonwealt" (London, 13. XI.) veröffentlichten Interview „Die große Täuschung" im Balkankrieg dar. — Ein Anonymus veröffentlicht in der „Allgemeinen Zeitung" (München, 23. XI.) einen Artikel Berchtold oder Fried?" betitelt, in dem er sagt: „Wüßte man nicht, daß Graf Berchtold der Leiter von Oesterreich-Ungarns auswärtiger Politik ist, so könnte man glauben, es sei Herr A. H. Fried, der bekannte Friedensagent (!), der die Geschicke der Monarchie lenke. Wäre er's wirklich, er könnte kaum anders handeln als Graf Berchtold, denn dieser hat im Verlaufe der Balkankrise eine Friedensliebe bekundet, für die es immer schwerer wird, eine euphemistische Bezeichnung zu finden." — Also dreinschlagen! „Friedensagent" ist eine jener Perfidien, die die Kriegshetzer nur anonym den Mut haben, vorzubringen. — Der fromme „Reichsbote" befaßt sich in seiner Nummer vom 28. Nov. wieder mit dem Thema „Christentum und Krieg" und vertritt dabei die Ansicht, daß die Kirche „kein Recht" habe, „den Krieg überhaupt als Frevel zu brandmarken". „Krieg und Christentum" seien kein Gegensatz." „Das Volk in Waffen hat die Aufgabe, ihn (den Krieg) mit voller Hingabe von Gut und Blut durchzuführen in dem zuversichtlichen Bewußtsein, daß Gott mit ihm ist." — Und wie ist es mit diesem Bewußtsein beim Feinde, wenn dieser auch christlichen Bekenntnisses ist? —

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung im allgemeinen: Alfred Nobel. „Allgemeine Zeitung" (Chemnitz), 20. XI. * Alfred H. Fried, Erster Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung. „Der Herold" (Berlin), 10. XI. * K. Kautsky, Der Krieg und die Internationale. „Die neue Zeit", 8. XI. * Pazifismus, Friedenspolitik und Chauvinismus. „Weser-Zeitung", 3. XI. * Dr. Emil Lederer, Verband für internationale Verständigung. „Poster Lloyd", 30. X. * O. Umfrid, Das Karnickel. „Der Beobachter", 12. XI. * Hermann Fernau, Die französischen Lehrer und der Pazifismus. „Das freie Wort", Nr. 16. * Maxim Fleischmann, Weltlage und Weltfrieden. „Nord u. Süd", Nov. * Naumann, Sozialdemokratie und Krieg. „Die Hilfe", 4. XI. * Erich Lilienthal, Politische Grenzen und Kulturgemeinheiten. „Dokumente des Fortschritts", Hft. 10. * W. Eggenschwyler, Der Verherrlicher des Krieges. „März", 16. XI.

II. Die internationale Politik. C. Vogtherr, Kreuz und Halbmond. „Die Geistesfreiheit", 10. XI. * S. Flesch, Der Balkan, Oesterreich und der Dreibund. „Die kritische Tribüne", Nr. 16. * Wie entstand der Balkanbund? Erinnerungen aus der Mappe eines Weitgereisten. „Janus" (München), Heft 4. * Das Wüten der „Zivilisation" in der Türkei. „Voss. Ztg.", 26. XI. * Frhr. v. Mackay, Kernfragen des Balkanproblems. „Export" (Berlin), 7 XI. * S. Flesch, Die Balkankrisis und die europäische Diplomatie. „Die kritische Tribüne", Nr. 15. * Dr. Friedrich Trefz, Eindrücke von der deutsch-englischen Verständigungskonferenz. „Hamburger · Fremdenblatt", 10. XI. * Generalmajor Keim, Kriegsgeist und Volksgeist. „Der Tag", 8. XI. * Prof. Ph. Zorn, Die Orientalische Krisis III., IV., V. „Der Tag", 5., 7. u. 8. XI. * Urteile eines englischen Lehrers über deutsche Knaben und ihre Erziehung. „Freiburger Tgbl.", 8. XI.

III. Völkerrecht. Das Haager Kriegs- und Friedensrecht im Balkankrieg. „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung", 23. XI. * Walter Schücking, Fortschritt und Aufgabe des Völkerrechts. „Die christliche Welt", 14. XI. * Dr. Hans Wehberg, Die 25. Tagung des Völkerrechtsinstituts. „Neue Preuß. (Kreuz-) Zeitung", 16. XI. * Derselbe, Ein türkischer Sieg im Haag. „Rheinisch-Westfälische Zeitung", 18. XI. * Derselbe, Ein türkischer Sieg vor dem Haager Schiedsgericht. „Neue Preuß. (Kreuz-) Zeitung", 16. XI. * Derselbe, Das Haager Schiedsgericht über eine Orientfrage. „Weser-Zeitung", 19. XI. * Derselbe, Eine Entscheidung des Haager Schiedshofes über die Haftung der Staaten für Geldschulden. „Bank-Archiv", 15. XII. * Ders., Serbiens Vorgehen gegen die österr.-ungar. Konsuln. „Kölnische Zeitung", 25. XI.

IV. Internationales. Major Belleville, Internationalisierung. „Allgemeine Zeitung", 9. XI. * Wilhelm Förster, Internationale Verständigungsarbeit inmitten der politischen Wirren. „Neckarzeitung" (Heilbronn), 23. XI. — „Breslauer Zeitung", 23. XI. * Prof. Dr. Adler, Das Weltscheckrecht. „Der Tag", 30. X.

V. Wirtschaftliches. P. Nordheim, Der Wahn kriegerischer Erfolge. (Normann Angell.) „Der Volkserzieher" (Berlin), 10. XI. * v. Buchka, Der Börsenkrach und seine Ursachen. „Der Tag", 5. XI. * Dr. Hans Wehberg, Der Einfluß des Balkankrieges auf internationale Handels- und Wechselverbindlichkeiten. „Frankfurter Zeitung", 15. XI. * Derselbe, Der Einfluß des Balkankrieges auf Handelsverträge. „Handel und Industrie", 23. XI. * Derselbe, Versicherungsverträge auf dem Balkan. „Annalen des gesamten Versicherungswesens", 28. XI. * Derselbe, Nochmals: Wechselregreß und Balkanmoratorien. „Bank-Archiv", 1. XII.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Eine Huldigung für Baronin von Suttner. Aus Basel teilt man uns mit: Dem Festzuge des Intern. Sozialisten-Kongresses, an dem über 12 000 Personen teilnahmen, wurde ein Riesenbuch vorangetragen. Vier Männer trugen das große rote Buch, das die lapidare Aufschrift „Die Waffen nieder!" trug. Gewiß eine originelle Ehrung für die Verfasserin von „Die Waffen nieder!"

Interpellation wegen eines verbotenen Plakates. In der Sitzung vom 7. Dezember des österreichischen Reichsrates interpellierten die Abgeordneten Dr. Ofner und Genossen den Minister des Innern wegen der von der Wiener Polizei-Direktion verbotenen Affichierung des auf den Balkankrieg bezughabenden Plakates der Friedensgesellschaft. Wir entnehmen dieser Interpellation nachstehende interessante Stellen:

„An der Erledigung der Polizei ist zunächst die lapidare Kürze und der Mangel jedweder Begründung zu rügen, denn die „öffentliche Ordnung" ist bekanntlich ein so dehnbarer Begriff, daß damit jede behördliche Willkür scheinbar gerechtfertigt und alle staatsbürgerlichen Rechte einfach hinwegeskamotiert werden können."

„Allerdings steht gegen derartige Bescheide der Rekurs offen, aber ohne aufschiebende Wirkung und ohne Gewähr des Zeitpunktes, bis zu welchem der Rekurs erledigt sein wird, so daß der gerügte Uebelstand in voller Schärfe trotzdem bestehen bleibt."

„Diese schroffe Ablehnung ist um so kränkender für die Friedensgesellschaften und alle Friedensfreunde in Oesterreich, als der Aufruf selbst durchaus patriotisch und loyal gehalten ist, was ja auch den notorischen Tendenzen der Oesterr. Friedensgesellschaft durchaus entspricht."

„Wir sind in Oesterreich denn doch noch nicht so weit, daß jede auch noch so sachliche Kritik an dem Kriege und seiner Berechtigung schon als unbedingt gegen die „Oeffentliche Ordnung" verstoßend gelten muß."

„Wenn man anwenden sollte, daß ein solcher Wunsch nach Frieden als ein Zeichen von Schwäche aufgefaßt werden könnte, so müssen wir dem entgegenhalten, daß diese Friedenssehnsucht nicht bloß bei uns, sondern in noch viel stärkerem Maße auch in den übrigen Staaten geäußert wird."

Pazifistisches Seminar.

Dem Wunsche vieler Mitglieder entsprechend, welche tiefer in den Geist unserer Bestrebungen eindringen wollen, aber nicht Zeit und Gelegenheit finden, die Literatur eingehend durchzustudieren, wurde seitens der Oesterreichischen Friedensgesellschaft ein pazifistisches Seminar errichtet. In diesem Seminare werden Neuerscheinungen der pazifistischen und gegnerischen Literatur, Tagesereignisse, Zeitungsartikel usw. besprochen, und die Teilnehmer geübt, gegnerische Argumente zu widerlegen.

Die Uebungen im Seminare finden jeden Donnerstag, ½8 Uhr abends, im Café Elisabethbrücke, I., Kärntnerstr. 46, statt. Die Leitung haben übernommen: Vorstandsmitglied Arthur Müller, Oberrechnungsrat Karl Schleck, Bezirksrichter Dr. Fritz Ruziczka.

Vorträge: Unser geschätztes Mitglied, Prof. Dr. A. Bátek in Prag, hielt im „Frauenklub" einen Vortrag über „Die Frau und der Krieg", ferner im „Verein der Volksabstinenten" einen Vortrag über „Krieg und Frieden".

Lehrer Ernst Nedl in Dux, ein tatkräftiger Förderer unserer Bewegung, hielt in der Monatsversammlung des Duxer Amateur-Photographen-Vereines am 9. v. M. einen Vortrag über das Thema „Du sollst nicht töten!", wobei unsere Lichtbilder zur Vorführung gelangten.

Sonntag, den 15. v. M., veranstaltete die „Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs" in Wien eine Massen-Friedenskundgebung, bei welcher die Frauen Beer-Angerer, Pauli und Granitsch sowie Herr Alfred H. Fried und die Reichstagsabgeordneten Dr. J. Ofner und E. V. Zenker in kräftigen Worten gegen den Krieg aufgetreten sind, und zum Schlusse eine Resolution für den Frieden zur einstimmigen Annahme gelangte.

Am 27. v. M. hielt Herr Alfred H. Fried über Aufforderung des Vereins „Freie Schule" in Wien einen Vortrag unter dem Titel „Der Balkankrieg und die Friedensbewegung".

Eine Kundgebung des Wiener Akademischen Friedensvereins für den Frieden. Der Wiener akadem. Friedensverein veranstaltete am 4. Dezember d. J. gemeinsam mit einem spontan gebildeten Studentenkomitee einen Vortragsabend an der philosophischen Fakultät. Prof. Dr. Oswald Richter hielt einen ausgezeichneten, die Entstehung und Entwicklung des gegenseitigen Zusammenschlusses, im Gegensatz zum Kampf Aller gegen Alle, bis zu den niedersten Lebewesen verfolgenden Vortrag über „Die naturwissenschaftlichen Grundlagen und die geschichtliche Entwicklung des Friedensgedankens", welchem demonstrativer Beifall folgte. Die anschließend an den Vortrag geplante Diskussion sowie die Fassung einer Resolution wurden vom Rektorat untersagt und mußten daher unterbleiben. Die Studenten schritten nach Beendigung des Vortrages durch die Aula zur Rampe, die sie unter Demonstrationsrufen für den Frieden einige Minuten lang besetzt hielten.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Berlin W. 50. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2. Druck: Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien.

JX
1903
F7
Jg.14

Die Friedens-Warte

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY